



Württemberg
unter der Regierung
König. Wilhelms III



Württemberg
unter der Regierung König Wilhelms II.



Charlotte



L. Wilhelm

Württemberg unter der Regierung König Wilhelms II

Unter Mitwirkung von

Staatsrat Professor Dr. von Bach, Finanzrat Beyerle, Th. Vides, Oberregierungsrat Biesenberger, Professor Dr. von Blume, Oberstudienrat Dr. Egelhaaf, A. Eisenmann, Professor Dr.-Ing. Fiechter, Verwaltungsdirektor Gayer, Dr. Gerhardt, Frau Geheimrat von Göz, Professor Dr. Gradmann, Geh. Hofrat Dr. von Güntter, Generalmajor z. D. von Habermaas, Professor D. von Häring, Oberamtmann Dr. Haßmann, Professor Dr. Kaulla, Professor Dr. von Kirchner, Dr. Kläiber, Dr. Klien, Geh. Archivrat Dr. Krauß, Kirchenrat Dr. Kroner, Oberstudienrat Dr. Lampert, Hoffjagdinspektor Lanz, K. Lindeboom, Oberfinanzrat Dr. Losch, Archivrat Dr. Mehring, Ministerialrat Dr. Michel, Oberforstrat Müller, Professor Nägele, Professor Dr. Pazaurek, G. Rau, Domkapitular Dr. Reck, Medizinaldirektor Dr. von Rembold, Ministerialdirektor Röcker, Staatsrat Dr. von Rümelin, Postrat Sautter, Archivdirektor Dr. von Schneider, Rektor Dr. Schott, Oberregierungsrat Schütz, Professor Dr. Sieglin, Direktor von Strebel, Oberfinanzrat Dr. Trüdinger, Professor Dr. Weizsäcker

herausgegeben von

Professor Dr. B. Bruns

W 78 B 1

Druck und Buchbinderarbeit der
Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart
Papier von der Papierfabrik Salach
in Salach, Württemberg

Seiner Majestät

König Wilhelm II. von Württemberg

in tiefster Ehrfurcht gewidmet

Vorwort

Am 6. Oktober 1891 hat Seine Majestät König Wilhelm II. von Württemberg den Thron seiner Vorfahren bestiegen. Zum 25. Male jährt sich demnächst der Tag. Ein Festtag für das ganze Schwabenland hätte er werden sollen, ein Jubeltag in des Wortes wahrer Bedeutung. Es ist anders gekommen. Schwarze Wolken verdüstern den Ausblick in die Zukunft. Trauer und Sorge lasten auf Land und Volk; das deutsche Vaterland hat seine schwersten Stunden zu durchmessen. So begehen wir den Tag in stillem Ernst; das ist Seiner Majestät eigener Wunsch und Wille. Aber im Herzen bewegt zu dieser Stunde alle Schwaben nur ein Gefühl tiefer Dankbarkeit und warmer Verehrung für Württembergs geliebten Herrscher.

Die Feier ist uns Anlaß, unsere Blicke über die Ereignisse der Gegenwart hinweg der Vergangenheit zuzuwenden. 25 Jahre bedeuten eine kurze Spanne Zeit im Leben eines Volkes. Und doch sind gerade diese letzten Jahre für Württembergs Entwicklung von besonderer Bedeutung gewesen, auf politischem und wirtschaftlichem, auf wissenschaftlichem und künstlerischem Gebiet. In ihnen sind die Kräfte gewachsen, die Werkzeuge geschmiedet, die das Land seine schwerste Probe bestehen ließen. Desß' soll dies Buch Zeugnis sein.

An Beschreibungen unserer Heimat fehlt es nicht. Wir besitzen zahlreiche amtliche und private Veröffentlichungen mannigfacher Art, in denen mit größter Sachkunde und Zuverlässigkeit unsere heimischen Verhältnisse dargestellt sind. Württemberg gilt daher wohl mit Recht als bestbeschriebenes Land. Eine Lücke bestand freilich. Es mangelte uns an einer Gesamtdarstellung, die dem Verständnis weiter Kreise unseres Volkes zugänglich ist. Diese Lücke will unser Werk ausfüllen. Es sollte keine neue Stoffsammlung, kein Nachschlagewerk für Fachleute werden. Ein Lesebuch möchte es sein für Leute, die Liebe zu ihrem Vaterland und Interesse an den heimatischen Zuständen und Geschehnissen besitzen. Für sie ist dies Bild der Heimat, wie sie ist und wie sie wurde, von den berufensten Kennern gezeichnet.

Eine solche volkstümliche Landesschilderung ist bisher noch in keinem anderen deutschen Bundesstaat geschaffen. Unser Werk kann darum nur als ein erster Versuch gelten. Der Krieg hat vor das Unternehmen zahllose Schwierigkeiten getürmt. Staat und Gemeinde vermögen heute die Fülle der öffentlichen Aufgaben eines Volks nicht mehr allein zu erledigen; der freien Betätigung privater Kräfte ist ein weiter Spielraum überlassen. Eine glücklichere Zukunft wird uns vielleicht erlauben, auch von diesem Gebiet noch mehr zu bringen, als bei der Ungunst der Zeiten möglich war.

Der Burgfrieden ist das Zeichen, unter dem auch dieses Buch entstand. Die Mitarbeiter haben sich bemüht, alle politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und persönlichen Gegensätze zurückzustellen und in dieser Zeit stärkster Bedrohung von außen das Einende hervorzuheben, das Trennende zu mildern. Für den, der sich, angeregt durch das Lesen des Buchs, mit einzelnen Fragen näher zu befassen wünscht, finden sich am Schlusse der meisten Abschnitte Angaben der Quellen, aus denen er weiteres Wissen zu schöpfen vermag.

Ein Volksbuch möchte das Werk werden, dem soll auch sein Umfang nicht im Wege stehen. Große Opferwilligkeit des Verlags und eine reiche Stiftung der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Untertürkheim hat uns in die Lage versetzt, es trotz hoher Aufwendungen dem Buchhandel in einer Weise zu übergeben, die jedermann seine Anschaffung ermöglicht. Mitarbeiter und Herausgeber, Stifterin und Verleger bringen so zum Regierungsjubiläum König Wilhelms dem schwäbischen Volke eine Gabe dar. Aber nicht allein sie; das Werk wäre nicht zustande gekommen, hätten nicht der Herausgeber und die Verfasser überall die freudigste Unterstützung durch Rat und Tat gefunden. Allen Mitarbeitern sei auch an dieser Stelle ein warmes Wort des Danks gewidmet.

So mag das Buch hinausziehen und seinen Weg machen. Wir geben ihm den Wunsch mit: mög' es allen zeigen, warum wir Schwaben furchtlos in die Zukunft blicken und treu zu unserem König stehen!

Stuttgart, im September 1916

B. Bruns

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V

Einleitung

Der König und das Königliche Haus	
Von Dr. Eugen von Schneider, Direktor des Geheimen Haus- und Staatsarchivs	3

Die allgemeine Entwicklung Württembergs in den Jahren 1891–1916	
Von Oberstudienrat Dr. Egelhaaf	25

I. Die innere Entwicklung Württembergs: Thronbesteigung — Ministerium von Mittnacht: Landtagswahlen von 1895 — Versuch einer Verfassungsrevision und einer Steuerreform, Scheitern einer Verwaltungsreform — Ministerium von Breiting: Novelle zum Volksschulgesetz, Steuerreform von 1903, Verfassungsreform von 1906, Gemeindeordnung, Bezirksordnung — Ministerium von Weizsäcker: Eisenbahntarifreform von 1906, Novelle zum Volksschulgesetz von 1909, Bauordnung, Landeswasserversorgung, Aufhebung des Geheimen Rats, Aufbesserung der Gehälter der Staatsbeamten, Vereinfachung der Staatsverwaltung — Kirche, Kunst, Wissenschaft und Wirtschaft. — II. Württemberg und das Reich: Nebenhäuser Abkunft von 1893 — Einwirkung der Reichsgesetzgebung auf Württemberg: Reichsmilitärgeetze, Bürgerliches Gesetzbuch — Finanzgesetze: Weinsteuer, Fahrkartensteuer, Erbschaftssteuer, Kornzölle — Verkehrsweisen: Bemühungen um den Abschluß einer Eisenbahngemeinschaft, Zustandekommen einer Güterwagengemeinschaft, Ausbau der Wasserstraßen — Württemberg im Weltkrieg.

Bevölkerungsstatistik	
Von Oberfinanzrat Professor Dr. Losch	59

Die äußeren Unterlagen — Innerer Zusammenhang und Bedeutung der Zahlen — Wandlung des Menschenbestandes — Das Bundesstaatsvolk — Die Quellen und die Abgänge — Die Wandlung der Menschenquelle — Die Wandlung der Abgänge — Stadt und Land — Zusammenballung, Umlagerung der Volksbestandteile — Eisenbahnanlieger, Begleitererscheinungen — Die neue Mischung der Konfessionen — Die Pendelwanderungen — Die Wohnhaushaltsbevölkerung.

Staat und öffentliches Leben

Staatsverfassung	
Von Professor Dr. von Blume	77

Württemberg als konstitutionelle Monarchie: Der König als Träger der Staatsgewalt — Die Geschichte der württembergischen Verfassung: Württemberg als ständischer Staat, Tübinger Vertrag von 1514, Zeiten des Absolutismus, Verfassung von 1819, Wahlgesetz von 1849, Verfassungsreform von 1906 — Der Landtag:

Das Zweikammersystem, Zusammensetzung der Ersten Kammer, der Zweiten Kammer, aktives und passives Wahlrecht, Landtagsperiode, Ständischer Ausschuß, Tätigkeit des Landtags, Geschäftsordnung, Stellung der Abgeordneten — Die Ausübung der Staatsgewalt: Gesetzgebung, Rechtsprechung, Staatsverwaltung, insbesondere Finanzverwaltung, Staatsministerium, Ministerverantwortlichkeit, Staatsgerichtshof, die Beamten, Behördenorganisation — Die Selbstverwaltung — Die Staatsbürger und ihre Rechte — Staat und Kirche: Kirchenhoheit, Kirchenregiment — Württemberg und das Reich. Seite

Rechtspflege

Von Ministerialdirektor Röcker 115

Justizministerium — Organisation der Gerichte: Oberlandesgericht, Landgerichte, Amtsgerichte, Gemeindeggerichte, Sondergerichte — Staatsanwaltschaft — Gerichtsvollzieher — Freiwillige Gerichtsbarkeit — Rechtsanwaltschaft — Gefängnis- und Strafanstaltenwesen — Verwaltungsgerichte und Kompetenzgerichtshof — Landesjustizgesetze: Bürgerliches Recht, Strafrecht, Strafvollzug — Beamtenausbildung — Begnadigungswesen.

Staats- und Körperschaftsverwaltung

Von Ministerialrat Dr. Michel 159

Staatsverwaltung: Einleitung — Die Beamten, die Behörden, Ministerium des Innern, Kreisregierungen, Oberämter, Bezirksrat — Polizeiverwaltung — Polizeigesetze, insbesondere das Baupolizeirecht, Wohnungsaufsicht, Feuerpolizei und Feuerlöschwesen, Wasserpolizeirecht, Wegerecht — Straßen- und Wasserbau — Wasserversorgung, insbesondere die Landeswasserversorgung — Körperschaftsverwaltung, insbesondere Gemeinde- und Bezirksordnung von 1906 — Gemeindeverwaltung: Die Gemeinden und ihre Bezirke, Gemeinderat, Bürgerausschuß, Ortsvorsteher, Stellung der Gemeindebeamten, Selbstverwaltung der Gemeinden, Gemeindehaushalt, Staatsaufsicht, Armenverwaltung, Orts- und Landarmenverbände, zusammengesetzte Gemeinden, Realgemeinden, Zweckverbände, kulturelle und soziale Aufgaben — Amtskörperschaften: Amtsversammlung, Bezirksrat, Amtskörperschaftsbeamte, Bezirksverbände, Aufgaben der Amtskörperschaften und Bezirksverbände.

Finanzen und Steuern

Von Oberfinanzrat Dr. Otto Trüdinger 187

Die Ordnung des Staatshaushalts im allgemeinen — Das Staatsvermögen, die Staatsschulden, die Staatsausgaben und die Staatseinnahmen. Einwirkung des Krieges — Steuern. Die staatlichen Steuern: Die direkten Steuern, die indirekten Steuern, Ertrag aus den direkten und indirekten Steuern — Die Körperschaftsbesteuerung — Kirchensteuer.

Heereswesen

Von Generalmajor J. D. von Habermaas 219

Geschichtlicher Überblick — Militärkonvention vom 25. November 1870 — Das Heereswesen unter König Wilhelm II.: Zusammensetzung des württembergischen Kontingents im Jahre 1891 — Einführung der zweijährigen Dienstzeit — Kaiserparaden und Kaisermanöver — Bebenhäuser Konvention — Truppenübungsplatz Münsingen — Remontedepot — Errichtung der Infanterieregimenter 127 und 180 — Neugestaltung der Feldartillerie — Verleihung von Säcularspangen — Militärstrafgerichtsordnung — Neubewaffnung von Infanterie und Artillerie — Veteranenappell 1910 — Heeresverstärkung 1913 — Zusammensetzung des württembergischen Kontingents am 1. Oktober 1913 — Militärische Bauten — ie Württemberger im Weltkrieg.

Gesundheitspflege

Seite

Von Medizinaldirektor Dr. von Rembold 249

Das Medizinalkollegium und seine Organisation — Das Irrenwesen — Heil- und Pflegeanstalten — Heilpersonal — Tuberkulosebekämpfung — Hygienische Fortschritte und Einrichtungen — Der Oberamtsarzt — Der Schularzt — Öffentliche Impfung — Seuchenbekämpfung — Leistungen der Selbstverwaltungskörper.

Die Arbeiterversicherung

Von Oberregierungsrat Biesenberger und Direktor Gauer 267

Organisationen der Arbeiterversicherung — Versicherungsbehörden — Die Krankenversicherung: Anstalten der Krankenfürsorge — Erholungsheime — Rassenzahnklinik — Wochenpflege — Württembergischer Krankentassenverband — Die Unfallversicherung: Berufsgenossenschaften — Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung — Die Entwicklung der Versicherungsanstalt Württemberg in den letzten 25 Jahren: Heilsfürsorge — Heilstättenbehandlung — Krankenpflege auf dem Lande — Verbesserung der Wohnungsverhältnisse — Der Weltkrieg.

Öffentliche Wohltätigkeit

Von Oberamtmann Dr. Haußmann 295

Die Zentralleitung für Wohltätigkeit — Die Bezirkswohltätigkeitsvereine — Hilfeleistung bei außerordentlichen Notständen — Kriegsfürsorge — Vereine für Jugendberziehung — Anstalten zur Förderung der Erwerbsbildung — Anstalten zur Versorgung Leidender — Anstalten zur Ausbildung von Pflegepersonal — Einrichtungen zur Bekämpfung der Lungentuberkulose — Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen — Verein für ländliche Wohlfahrtspflege — Verein zur Förderung der Wanderarbeitsstätten — Württembergische Sparkasse.

Der Landesverein vom Roten Kreuz

Von Theodor Vices 322

Frauenbestrebungen

Von Frau Geheimrat Paula von Göz 325

Kinderfürsorge — Fürsorge für junge Mädchen — Armenpflege — Krankenpflege — Frauenvereine — Frauenschulen — Berufsvereine — Frauenbewegung.

Die Presse

Von Dr. Th. Klaiber 339

Zahl, Umfang, Verbreitung und Erscheinungsweise der Zeitungen — Schwäbischer Merkur — Beobachter — Neues Tagblatt — Württemberger Zeitung — Staatsanzeiger für Württemberg — Parteiblätter — Lokalpresse — Veränderungen im Äußeren der Zeitungen — Wandlungen im Nachrichtendienst — Korrespondenzbureau — Berufsvereine — Die Presse im Krieg — Zeitschriften.

Religiöses Leben

Das religiöse Leben in der evangelischen Kirche

Von Professor D. Theodor von Häring 359

Kirchliches Verfassungsleben — Verhältnis zur Schule — Finanzielle Versorgung — Die Einzelgemeinden — Gottesdienst — Änderungen der kirchlichen Bücher — Das

christlich-religiöse Leben — Gemeinschaftswesen — Liebestätigkeit — Evangelische Gesellschaft — Evangelischer Pressverband — Vereine — Diakonissenwesen — Mission — Bibelanstalt — Pfarramt und Pfarrstand — Schlußbetrachtungen. Seite

Das religiöse Leben in der katholischen Kirche

Von Domkapitular Dr. Reck 379

Die Leitung der Diözese Rottenburg — Die Diözesanen und ihre kirchliche Versorgung — Die kirchlichen Bildungsanstalten — Katholisches Leben innerhalb bestimmter Kreise: Die katholischen Gesellenvereine — Der katholische Arbeiter- und Arbeiterinnenverein — Arbeiterinnenvereine — Lehrlings- und Jugendvereine — Vereine mit religiös-charitativem Charakter — Die klösterlichen Kongregationen der Diözese Rottenburg — Ausblick in die Zukunft.

Das religiöse Leben in der israelitischen Religionsgemeinschaft

Von Kirchenrat Dr. Theodor Kroner 395

Verhältnis vor dem Jahre 1891 — Religiöses Leben — Liebestätigkeit — Religionsunterricht und Religionsforschung — Gottesdienst — Neuordnung des kirchlichen Gemeindelebens.

Geistiges und künstlerisches Leben

I. Bildungswesen

Die Universität Tübingen

Von Staatsrat Professor Dr. M. von Rümelin, Kanzler der Universität 409

Stadt- und Landschaftsbild — Die Studentenschaft — Das Stift — Das Wachstum und der innere Ausbau — Bautätigkeit — Stiftungen — Die Universitätsverfassung — Die Fakultäten — Der Lehrkörper — Die Landesuniversität — Persönlichkeiten — Die Professoren der Jahre 1891—1916.

Technische Hochschule Stuttgart

Von Staatsrat Professor Dr. von Bach 439

Die Entwicklung zur Hochschule — Staatsprüfungen — Errichtung und Bau von Instituten und Laboratorien — Stiftungen — Verleihung des Rechts zur Erteilung des Grades eines Diplomingenieurs und der Würde eines Doktor-Ingenieurs — Die Verfassung der Technischen Hochschule vom 1. Oktober 1903 — Zahl der Studierenden — Staatszuschuß — Allgemeine Ausbildung der Ingenieure.

Die Königliche Landwirtschaftliche Hochschule Hohenheim

Von Professor Dr. von Kirchner 455

Die Entwicklung zur Hochschule — Veränderungen und Verbesserungen im Unterricht — Neueinrichtungen und Neubauten — Zweiginstitute.

Die höheren Schulen

Von Gymnasialrektor Dr. Schott 461

Die Stellung der höheren Schule im Gesamtrahmen des Kulturlebens — Die Sonderart der höheren Schule Württembergs — Die Schulbehörde — Die Schulanstalten — Die Lehrerschaft — Die Schülerschaft — Der Unterricht — Die höheren Schulen Württembergs und der Krieg.

Die Volksschulen	Seite
Von Oberregierungsrat Schüz	483
Die Schulen — Die Lehrer — Die Schulleitung — Der Erfolg.	

II. Pflege des Schrifttums und der Künste, der Heimat und ihrer Natur- und Kunstdenkmäler

Literatur

Von Dr. Th. Kläiber	501
-------------------------------	-----

Der Schwäbische Schillerverein und das Schillermuseum in Marbach

Von Geh. Hofrat Professor Dr. Otto von Güntter	541
--	-----

Theater

Von Geh. Archivrat Dr. Krauß	549
--	-----

Förderung des Theaters durch das Königspaar — Das Publikum — Der Spielplan — Uraufführungen — Pflege des modernen und des klassischen Dramas — Die Oper — Der Intendant und seine Mitarbeiter — Die Mitglieder der Hofbühne — Gastspiele — Volkstümliche Aufführungen — Wilhelmstheater — Brand des alten Hoftheaters — Das Interimstheater — Bau und Einrichtung der neuen Hoftheater — Die übrigen Theater in Stuttgart und im Lande.

Musikleben in Württemberg

Von Alexander Eisenmann, Lehrer am Rgl. Konservatorium	573
--	-----

Stuttgart als Musikstadt. 1. Wie es ist: Abonnementskonzerte — Hofkapelle — Kammermusik — Solistenkonzerte — Vereine zur Pflege der Musik — Tonseher — Unterrichtswesen — Musikbibliotheken — Musikschriftsteller — Volkskonzerte — Vorträge. 2. Wie es wurde: Erweiterung der Hofkapelle — Musikfeste — Solistenkonzerte — Vereine — Tonseher — Rgl. Konservatorium — Musikleben im Lande.

Malerei, Plastik und graphische Künste

Von Professor Dr. Weizsäcker	601
--	-----

Malerei — Graphische Künste — Bildhauerkunst — Öffentliche Einrichtungen und Vereine zur Pflege der Kunst.

Architektur

Von Professor Dr.-Ing. E. Fiechter	639
--	-----

Evangelischer Kirchenbau — Katholischer Kirchenbau — Wohnhaus — Vereinshäuser — Saalbauten — Wirtschaften — Theater — Ausstellungsgebäude — Museen — Schulhäuser — Kasernen — Rathäuser — Amtsgebäude — Bahnhöfe — Banken — Kauf- und Warenhäuser — Markthalle — Lagerhäuser — Gasthöfe — Bäder — Heime — Krankenhäuser — Heilanstalten — Friedhöfe — Heimatschutz — Bau- und gewerkschule — Künstlerische Erziehung.

Das Kunstgewerbe in Württemberg

Von Professor Dr. Gustav E. Pazauret	661
--	-----

Wandlungen des Geschmacks in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts — Material- und Techniksurrrogate — Das Landesgewerbemuseum von 1896 — Auf dem Weg zu

einem neuen Stil — Kunstgewerbeverein — Erneuerung der Kunstgewerbeschule —
Neuzeitlicher Ausbau des Landesgewerbemuseums — Das Kunstgewerbe in der
württembergischen Industrie — Das Buchgewerbe und die Kunstgewerbeschule. Seite

Altertums- und Denkmalpflege

Von Landeskonservator Professor Dr. E. Gradmann 681

Altertumspflege: Das historische Landesmuseum — Museumsverein — Die
archäologische Abteilung — Die Kgl. Münz- und Medaillensammlung — Die
neuere Abteilung der Staatsammlung vaterländischer Altertümer — Alter-
tumsammlungen und Museen im Lande — Denkmalpflege: Erhaltung der
Baudenkmäler — Wiederherstellung und Veränderung von Kunstdenkmälern —
Staatliche Denkmalpflege — Wiederherstellungen im Kirchenbau und -schmuck —
Erhaltung von Ortsbildern — Erhaltung von Bildwerken und Malereien.

Die schwäbische Landschaft; ihre Würdigung und Pflege. Wander- und Fremdenverkehr. Natur- und Heimatschutz

Von Professor Nägele 703

Die schwäbische Landschaft — Verbindung von Natur und Kultur — Landschafts-
kunde und Landschaftspflege — Verschönerungsvereine — Württembergischer
Schwarzwaldverein — Schwäbischer Albverein — Fürsorge für Wandern und
Verkehr — Fremdenverkehrsvereine — Natur- und Heimatschutz.

Pflege der Landesgeschichte

Von Archivrat Dr. Gebhard Mehring 719

Das Staatsarchiv — Veröffentlichungen des Staatsarchivs — Die Württem-
bergische Kommission für Landesgeschichte und ihre Veröffentlichungen — Die
Inventarisierung der nichtstaatlichen Archive und Registraturen — Geschichts- und
Altertumsvereine.

Pflege der Naturkunde

Von Oberstudienrat Dr. R. Lampert 731

Pflege der Naturkunde im 18. und 19. Jahrhundert — Die Kgl. Naturalien-
sammlung — Sammlungen im Lande — Das Linden-Museum — Geologische
Pyramiden — Vereine.

Wirtschaftsleben

Das Eisenbahnwesen

Von Finanzrat P. Beyerle 751

Organisation des inneren und äußeren Dienstes — Bahngebiet und Bahnbau —
Fahrzeuge — Betrieb und Verkehr — Finanzen — Personalwesen — Privat-
bahnen — Bodenseeschifffahrt — Der Verkehr im Kriege.

Das Post- und Telegraphenwesen

Von Postrat R. Sautter 783

Postbeförderung — Postbankwesen — Telegraphendienst — Fernsprechkdienst —
Personal der Post- und Telegraphenverwaltung — Post und Telegraphie im
Kriege — Ergebnisse der Post- und Telegraphenverwaltung.

Industrie und Handel. Bergbau

Seite

Von Syndikus Dr. Rlien 801

Neuere wirtschaftsgeschichtliche Grundlage der heutigen Industrie- und Handelsverfassung des Landes: Reorganisation der gesamten gewerblichen Verhältnisse, Gewerbefreiheit, Übergang von der Hand- zur Maschinenarbeit, Entstehung einer Qualitätsindustrie — Württembergs Industrie und Handel im Berufsaufbau des Reiches: Übergang vom überwiegenden „Agrarstaat“ zum überwiegenden „Industriestaat“, Stellung der einzelnen württembergischen Industriezweige im Gesamtaufbau der deutschen Industrie, Vergleich der württembergischen Industriezweige unter sich, Besonderheit und Exportgebiete der Industrie, kriegswirtschaftliche Aufgaben — Wirtschaftscharakter, örtliche Verteilung und soziale Gliederung von Industrie und Gewerbe in Württemberg: Allgemeiner Betriebscharakter, Betriebsgröße, technische Ausrüstung, Unternehmungsformen und Steuerkraft, örtliche Verteilung von Industrie und Gewerbe, Gliederung der gewerblichen Arbeiterschaft nach Alter, Familienstand, Berufsstellung und Geschlecht, Arbeitsvermittlung — Wirtschaftlicher Charakter von Württembergs Handel und Verkehr: Betriebscharakter und soziale Struktur, Großhandel, Detailhandel, Sondergebiete des Handels — Staatliche Industrie- und Gewerbeförderung: Fachschulen, Handelskammern, kriegswirtschaftliche Tätigkeit.

Gewerbe und Handwerk

Von Dr. F. Gerhardt 863

Lehrlingswesen — Gewerbliches Unterrichtswesen — Meistertitel und Meisterprüfungen — Innungs- und Vereinswesen — Gewerbliches Genossenschaftswesen — Handwerkstammern — Submissionswesen — Staatliche Gewerbeförderung — Schlußwort.

Bankwesen

Von Professor Dr. Raulla 883

Entwicklung zum Großbetrieb — Württembergische Landesbank — Stahl & Federer — Württembergische Vereinsbank — Württembergische Bankanstalt — Rgl. Württembergische Hofbank — Dörtenbach & Cie. — Hypothekengeschäft — Emissionsgeschäft — Effektenbörse — Filialen und Banken im Lande — Genossenschaftsbanken — Öffentliche Sparkassen — Württembergische Hypothekenbank — Reichsbank — Württembergische Notenbank — Darlehenskassen — Württembergische Kreditsbank.

Das Privatversicherungswesen

Von R. Lindeboom 899

Allgemeines — Der Versicherungsbestand und seine Bewegung: Lebensversicherung, Haftpflicht- und Unfallversicherung, Feuerversicherung, Viehversicherung, Rückversicherung und sonstige Versicherungszweige, Transportversicherung — Die Ergebnisse des Geschäftsbetriebes.

Die Landwirtschaft

Von Direktor E. von Strebel 919

Die natürlichen Grundlagen der württembergischen Landwirtschaft — Die wirtschaftlichen Grundlagen der württembergischen Landwirtschaft: Die landwirtschaftliche Bevölkerung, Die Besitzverhältnisse, Die Arbeiterverhältnisse, Absatz, Verkehr und Preise — Die landwirtschaftlichen Betriebszweige: Ackerbau, Wiesenbau, Weiden, Obstbau, Weinbau, Tierhaltung — Die Landwirtschaftspflege: Unter-

richtswesen, Versuchswesen, Meliorationswesen, Feldbereinigungswesen, Bauwesen, Maschinenwesen, Versicherungswesen, Genossenschaftswesen, Vereinswesen und Interessenvertretung. Seite

Die Forstwirtschaft

Von Oberforsttrat Müller 947

Waldfläche Württembergs, Verteilung nach dem Besitzstand — Staatswaldungen, Bestockungsverhältnisse, Verjüngungsbetrieb — Verwaltung des staatlichen Forstbesitzes, Forstorganisation — Forsteinrichtung, Holznutzung, Forstreservecfonds — Verkauf der Walderzeugnisse, Nebennutzungen, Waldertrag im ganzen — Körperschaftswaldungen — Privatwaldungen — Schlußbetrachtung.

Die Jagd

Von Hofjagdinspektor Forstmeister Lanz 965

Einleitung — Die jagdbaren Tiere — Die Jagdarten — Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Jagd.

Fischerei

Von Professor Dr. H. Sieglin 973

Entwicklung der Fischzucht in Württemberg — Futterbeschaffung — Anlage größerer Fischzuchtanstalten — Fischarten — Entwicklung der Bodenseefischerei — Württembergischer Landesfischereiverein — Württembergischer Anglerverein — Pachtpreise.

Das Privatgestüt Weil und das Rennwesen in Württemberg

Von Gustav Rau 981

Die Entwicklung des Privatgestüts Weil — Die arabische Vollblutzucht — Die Halbblutzucht — Die englische Vollblutzucht — Das Rennwesen in Württemberg.

Federzeichnungen von Felix Hollenberg

	Seite
Marienwahl	3
Rotenberg (Württemberg)	25
Alchalm	77
Hohenasperg	139
Hohentwiel	219
Hohenstaufen und Neckberg	267
Thierberg am Kocher	325
Aus Blaubeuren	359
Tübingen vom Ammertal	409
Blautal mit Rufenschloß	461
Jagstthal mit Morstein	501
Marbach mit Schillermuseum	541
Schwarzwaldlandschaft	601
Der Ipf bei Bopfingen	639
Albrand mit Deck	703
Rottweil	751
Niklassee bei Schuffenried	801
Friedrichshafen	883
Thal der großen Lauter mit Wartberg	919
Bebenhausen	965

Einleitung



Der König und das Königliche Haus

Von Dr. Eugen von Schneider

Direktor des Geheimen Haus- und Staatsarchivs

Im Prinzenbau zu Stuttgart, an dem Platze, den außer ihm die Stiftskirche mit der Gruft der Grafen von Württemberg, das trutzige Schloß der Herzoge und die alte Kanzlei mit ihren vielen Erinnerungen umgeben und in dessen Mitte seit 1839 Thorwaldsens ehrfurchtgebietendes Schillerstandbild emporragt, ist am 25. Februar 1848 abends 7 Uhr Prinz Wilhelm Karl Paul Heinrich Friedrich, Seine Majestät König Wilhelm II. von Württemberg, geboren. Es ist, als ob des Königs ausgeprägter Familiensinn, seine tiefgehende Vorliebe für die Geschichte seines Landes, seine hingebende Pflege der Erinnerung an Friedrich Schiller von der Geburtsstätte die erste Anregung erhalten hätten.

Nach dem Brauche des Hofes waren der Königliche Leibarzt Staatsrat Dr. von Ludwig und zwei Staatsdamen bei der Geburt anwesend; sie konnten den in das Vorzimmer berufenen Zeugen mitteilen, daß ein gesunder, wohlgebildeter Prinz zur Welt gekommen sei, und ihn bald darauf selbst vorzeigen.

Vater des Prinzen war der ritterliche Prinz Friedrich, Sohn des Prinzen Paul, eines Bruders des regierenden Königs Wilhelm I., Mutter die durch Wohltätigkeit und Frömmigkeit ausgezeichnete Prinzessin Katharine, eine Tochter des Königs. Mit den Eltern und dem königlichen Großvater freuten sich des neugeborenen Prinzen die Großmutter, Königin Pauline, und die in Kirchheim u. T. in stillem Kreise lebende Urgroßmutter, Herzogin

Henriette, beide Frauen von edlem Gemüt und bewährter Glaubensstärke. Geschwister des Vaters waren die als Großfürstin Helene Paulowna an Großfürst Michael vermählte Prinzessin Charlotte, die Herzogin Pauline von Nassau und der Prinz August, der sich später als Befehlshaber des preußischen Gardekorps Lorbeeren holte; Geschwister der Mutter die mit dem Grafen von Reipberg vermählte Prinzessin Marie, in deren behaglichem und schön gelegenen Besitz der Prinz später sein Heim aufschlagen sollte, die Königin Sophie der Niederlande, der damalige Kronprinz Karl, der sich 1846 mit der Großfürstin Olga vermählt hatte, und Prinzessin Auguste, die nachmalige Gemahlin des Prinzen August von Sachsen-Weimar.

Die Taufe des Prinzen erfolgte am 18. März. Taufpaten waren der Großvater König Wilhelm I., der Oheim Kronprinz Karl, die Urgroßmutter Herzogin Henriette, die Großmutter Königin Pauline, der Oheim Prinz August, damals schon preußischer Generalmajor, und die Tante Prinzessin Auguste.

Das Land begrüßte die Geburt des Prinzen mit Freude, der namentlich der Stuttgarter Stadtrat in einer Glückwunschadresse Ausdruck gab. Doch wurde die Freude in den Hintergrund gedrängt durch die Aufregung, die sich des Volkes durch politische Ereignisse bemächtigt hatte. Von Frankreich her wehte die Luft der Revolution. Am Tage vor der Geburt des Prinzen blies sie den König Louis Philipp, Schwiegervater des Herzogs Alexander von Württemberg, vom Throne. Ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß die Geburt gerade des Prinzen in jene stürmischen Tage fiel, der als König in Württemberg die Anhänglichkeit an die Monarchie neu zu stärken berufen war.

Schon im ersten Sommer wurde der Prinz zur Kräftigung von der Mutter auf den nach ihr benannten Ratharinenhof bei Backnang verbracht, den der Vater eben erst angelegt und mit einem hübschen Jagdschloß versehen hatte; der Leibarzt empfahl den Prinzen dem Oberamtsarzt als kerngesundes Kind zur Fürsorge. Im Jahre 1850 wurde dem Prinzen zu Baden-Baden ein Bruder geboren, dessen Leben aber sogleich wieder erlosch.

Auf die Entwicklung des Innenlebens hatten Mutter und Großmutter starken Einfluß. Bald wurde die eigentliche Pflege einer Erzieherin anvertraut, die mit gleichbleibender Sorgfalt die Regungen des Knaben überwachte und kindliche Unarten scharf unterdrückte. Tägliche Besuche bei den Großeltern ermöglichten diesen, die Fortschritte genau zu beobachten.

Nach dem Eintritt in das sechste Lebensjahr erhielt der junge Prinz einen Kandidaten der Theologie, Karl Günther, als Lehrer und Erzieher, der, aus einfachen Verhältnissen stammend, durch hervorragende Begabung, reiches Wissen, zuverlässigen Charakter und feinsinniges Wesen besonders geeignet schien und durch längere Tätigkeit am Stuttgarter Gymnasium Übung im Lehrfach gewonnen hatte. Bei der Wahl Günthers wie bei der späteren des militärischen Erziehers hat unverkennbar das Bestreben den

Ausschlag gegeben, einfachen Männern von offener, gegen alles Geschraubte und Unnatürliche feindseliger Art Einfluß auf den Prinzen zu verleihen. Es ist freilich nicht nachzuweisen, aber auch der Gedanke nicht abzulehnen, daß des hohen Bögling's späteres Gefallen am unbefangenen Natürlichen und sein Blick für das Leben, wie es ist, durch die Eigenschaften seiner Erzieher hervorgerufen und gestärkt worden ist. Günther behielt seine Stellung bis zum Jahre 1861 bei; er wurde bald eine bekannte Persönlichkeit, wie er den lebhaften, hübschen Prinzen durch die Straßen der Hauptstadt führte, den alles Schöne und Gute in den Schaufenstern anzog, während der lange schwarze Rock und der hohe Hut schon den Eindruck einer gewissen Würde machten.

Die Fächer, in denen Günther unterrichtete, waren Religion, Lateinisch, Griechisch und Geschichte. Zur Anregung des Lerneifers wurden von Günther gleichaltrige Schüler des Gymnasiums ausgewählt, die den Unterricht des Prinzen teilen durften: Bilfinger, der als Arzt in Neuenstadt a. d. L. gestorben ist; Bruker, Sohn des Professors an der nachmaligen Technischen Hochschule; Schmidlin, der jetzige Staatsminister der Justiz. Als die beiden letzteren von Stuttgart verzogen, rückten an ihre Stelle Gantter, später Dr. phil. in Frankfurt a. M., der als Oberförster gestorbene Römer und der heutige Geheime Medizinalrat Professor Dr. Fehling in Straßburg. Die letzteren hatten nur noch Religionsunterricht mit dem Prinzen, während ihm die Gymnasialfächer von verschiedenen Lehrern allein erteilt wurden und auch die Ausbildung in den Handfertigkeiten der Schreinerei und Buchbinderei ohne Genossen erfolgte. Hauptzweck der Beiziehung von Gespielen wurde jetzt die Ausbildung des Charakters, die Weckung des Sinnes für Natur, Heimat, Geschichte, für fröhlichen, reinen Lebensgenuß.

Zu dieser Aufgabe war der 1862 an die Stelle des Theologen Günther getretene militärische Erzieher, Hauptmann Lind, besonders geeignet, derselbe, der im Feldzug 1866 den Prinzen begleitete, der 1870 das 3. württembergische Jägerbataillon ruhmreich geführt hat, der 1885 als Generalleutnant in den Ruhestand getreten und 1906 als ein durch seine ehrenvolle Vergangenheit wie durch sein ungeschminktes, wenn auch manchmal scharfklantiges Wesen volkstümlicher Mann gestorben ist. Lind betrachtete es als sein Ziel, dem ihm anvertrauten Prinzen und mit ihm seinen Gespielen Liebe zu geregelter Tätigkeit, einfacher Lebenshaltung, ernster Pflichterfüllung beizubringen.

Außer den Mitschülern waren Söhne der adligen Familien von Neurath, von Taubenheim, von Urkull, von Zeppelin beigezogen, zunächst am Sonntag nachmittag, wo Spiele aller Art, ruhige und laute, im prinzlichen Palaß getrieben wurden. Nach Lind's Eintritt sammelten sich die Kameraden am Mittwoch und Samstag nachmittag, um Spaziergänge in der näheren Umgebung Stuttgarts oder Wagenausflüge nach dem Bärenschlößchen im Wildpark und dem diesem benachbarten, von Herzog Karl Eugen erbauten Schloß Solitude zu machen. Besondere Freude bereitete ein Ruderboot auf dem Bärensee, namentlich nachdem alle Genossen sich in Matrosenanzüge

hatten kleiden dürfen. Von Zeit zu Zeit ging es auch einen ganzen Tag ins Land hinaus oder erschien der Prinz bei den Klassenausflügen der Altersgenossen des Gymnasiums. Immer war der Ton ein sehr netter und frischer. Die vertrauteren Spielgenossen wurden wohl auch zur königlichen Großmutter ins Friedrichshafener Schloß geladen. Andererseits nahm der Prinz einzelne Einladungen in das Haus der Gespielen an. Besonders vergnügt wurde der Geburtstag des Prinzen gefeiert; in den letzten Jahren der Schulzeit wurden gemeinsame Theaterstücke aufgeführt, in denen der Prinz selbst die Hauptrolle übernahm und zu denen der König mit dem engeren Hofe erschien. Auch Tanzen wurde im Prinzenbau gemeinsam gelernt, doch ohne Tänzerinnen, so daß es als ein Fest erschien, wenn sich eine etwas beleibte Hofdame einstellte und sich lustig im Kreise drehen ließ. Ein auch für die Gespielen sehr wichtiges Ereignis war es, als König Wilhelm dem Enkel die Uniform eines Leutnants der Leibgarde zu Pferd verlieh.

Gegen seine Gespielen zeigte sich der Prinz immer entgegenkommend und aufmerksam; auch nach der Trennung lud er sie in den Ferien zu sich, er gedachte gern des zusammen Erlebten und verfolgte mit gnädigstem Wohlwollen das Ergehen der einzelnen und ihrer Familien.

Die Konfirmation des Prinzen Wilhelm erfolgte am 13. Dezember 1863 durch seinen ersten Erzieher Günther in der Schloßkirche im Akademieggebäude, die heute eine andere Bestimmung erhalten hat. Nachdem eine Religionsprüfung vorangegangen war, trug der Prinz in der Kirche selbst in Gegenwart der königlichen Familie und der als Zeugen bestellten Minister des königlichen Hauses sowie des Kirchen- und Schulwesens samt dem Präsidenten und einem geistlichen und weltlichen Mitglied des evangelischen Konsistoriums vor der Gemeinde in kurzer Zusammenfassung Stücke aus dem Konfirmationsbüchlein vor; sein Denkspruch lautete: Sei getreu bis in den Tod, so will ich dir die Krone des Lebens geben.

Der greise Großvater stellte dem geliebten Enkel bei diesem Anlasse eine Aufzeichnung über seine eigenen Regierungsgrundsätze und die für einen König notwendigen Eigenschaften zu, in der er ihn nachdrücklich darauf aufmerksam machte, daß der Fürst um des Volkes willen da sei, nicht aber das Volk um des Fürsten willen. Er war so treu besorgt für des Prinzen Zukunft, daß er damals schon den Plan erörtert hatte, ihn mit einer Erzherzogin von Österreich zu vermählen. Des Königs bald darauf (25. Juni 1864) erfolgter Tod riß zum erstenmal eine schmerzlich empfundene Lücke in das Leben des Prinzen.

Am 28. Oktober 1865 ließ sich Prinz Wilhelm auf der Tübinger Hochschule als Student eintragen, zugleich mit dem ein und ein halbes Jahr älteren Herzog Eugen von Württemberg, dem späteren Gemahl der Großfürstin Wera. Als nunmehriger Gouverneur des Prinzen ging Hauptmann

Und mit. Wohnung wurde gegenüber der Aula im Hause des Professors Römer genommen, eines Sohnes des Märzministers Römer, Schwiegersohns des Kriegsministers von Miller, dessen Witwe seinen Haushalt leitete. Die Fächer, in die der Prinz zuerst eingeführt wurde, waren allgemein bildender Art. Teils im engsten Kreise, teils öffentlich trug der scharfe Denker Sigwart Anthropologie, Römer Institutionen des römischen Rechts, der anschaulich klar entwickelnde Reusch Abschnitte der Physik und der Mechanik, der spätere österreichische Minister Schöffle Nationalökonomie, der junge Privatdozent Rugler, der sich eben in die württembergische Geschichte einarbeitete, Kapitel aus der neueren Geschichte vor. Es fiel auf, wie eifrig der Prinz die Vorlesungen besuchte und wie er sogar als einer der wenigen Zuhörer die Antrittsvorlesung eines Professors der Mathematik sich nicht entgehen ließ. Natürlich wurden auch die körperlichen Übungen und die Geselligkeit nicht vernachlässigt. Ritte auf prächtigen Pferden des berühmten Stuttgarter Marstalls und Tanzvergünstungen in einer Reihe von Familien boten anregende Abwechslung.

Die Tübinger Studien wurden jäh unterbrochen durch den Entscheidungskampf zwischen Preußen und Österreich um die Vormacht in Deutschland. Da Württemberg auf der Seite des alten Bundesrechts stand, zog auch Prinz Wilhelm ins Feld. Er wurde am 21. Juni 1866 zum Leutnant im 3. Reiterregiment ernannt und wurde dem Stab der württembergischen Felddivision zugeteilt. Als am 24. Juli diese bei Tauberbischofsheim mit preußischen Truppen zusammenstieß, hatte der Prinz Gelegenheit, sich durch Unererschrockenheit auszuzeichnen; neben ihm fiel ein Generalstabsoffizier tot vom Pferde. Mit dem Ritterkreuz des württembergischen Militärverdienstordens geschmückt, kehrte der Prinz nach Hause.

Nach dem Frieden wurde zur Fortsetzung der Studien die Universität Göttingen gewählt, um dem Prinzen neue Anregungen und Gesichtspunkte zu bieten. Gleichzeitig bezog wieder Herzog Eugen die Hochschule. Die Prinzen lernten damit eine eben erst preußisch gewordene Hochschule und norddeutschen Geist kennen. Des Prinzen Wilhelm Begleiter war jetzt der als begabter Generalstabsoffizier anerkannte Oberleutnant Jäger. Voller vier Semester hörte er hier Vorlesungen, erfreute sich der Schönheit der Gegend, die er gern durchstreifte, und genoß das studentische Leben in engerem und weiterem Kreise. Bei Helferich hörte er zweimal Nationalökonomie, bei demselben ökonomische Politik, Finanz- und Polizeiwissenschaft, bei Kraut deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, bei Georg Waitz Politik und deutsche Geschichte von 1815—1865, bei Zachariä gemeines deutsches Staatsrecht und Geschichte der politischen Verfassung Deutschlands, bei Thöl deutsches Privatrecht und Handelsrecht, bei Dove Kirchenrecht. Die Exmatrikel vom 4. Oktober 1868, die den Besuch dieser Vorlesungen bescheinigt, enthält das Zeugnis, daß überall keine Beschwerde gegen Seine Königliche Hoheit eingekommen sei. Lebhaft gestaltete sich in Göttingen der Verkehr in Familien.

Engen Anschluß fand der Prinz beim Korps der Bremenser, zuerst als Gast, dann als Mitglied im weiteren Sinne; er beteiligte sich an den Kneipen, Unterhaltungen und Feierlichkeiten und schloß Freundschaften. Wie sehr er sich mit der Bremensia verbunden fühlte, zeigte sein Besuch in Göttingen zu ihrem fünfzigjährigen Stiftungsfeste und die fast zwanzig Jahre nach seinem Abgang erfolgte Annahme ihres Korpsbandes.

Die Göttinger Semester bildeten die eigentlichen studentischen Lehrjahre, nachdem in Tübingen die Einleitung in die wissenschaftliche Bildung geboten worden war. Den Schluß sollte wieder Tübingen mit vorwiegend württembergischen Fächern machen. Hier verbrachte der Prinz in Begleitung des Oberleutnants Jäger das Wintersemester 1868—1869. Diesmal wohnte er im Hause des milden, eigenartigen Theologieprofessors Palmer. Er hörte namentlich württembergisches Staatsrecht bei Thudichum, württembergisches Privatrecht bei Mandry, Strafrecht, Strafprozeß und Zivilprozeß bei Pfeiffer. Besondere Freude machte ihm die Ausbildung im Gesang durch die hochbegabte Josephine Lang, Gattin des Professors Reinhold Köstlin. Wenn er sich auch selbst nur als schwachen Dilettanten bezeichnete, rechnete er doch die Musik stets zu seinen liebsten Erholungen und dachte oft und gern an die musikalischen Abende bei seiner Gesanglehrerin zurück. Später übernahm noch Alberta Ferleszi in Stuttgart die weitere Ausbildung des Prinzen in Theorie und Technik des Gesanges. In Tübingen waren es namentlich die musikalischen und theatralischen Auführungen im Palmerschen Kreise, an denen Prinz Wilhelm sich beteiligte. Oft genug konnte man ihn selbst hören, wie er durch Gesang zur Unterhaltung beitrug. Da die Familien der Professoren und höheren Beamten in Einladungen des Prinzen wetteiferten, war das gesellige Leben jenes Semesters sehr reg.

Als Göttinger Bremenser schloß sich der Prinz in Tübingen an das befreundete Korps der Schwaben an, dem er schon beim ersten Besuch nahe getreten war. Eine Reihe von Beziehungen zu Herren seines späteren Hofes hat sich hier angeknüpft oder befestigt, so zu den Freiherren von Neurath und von Soden und seinem langjährigen Flügeladjutanten General von Schott. Auch die Schwaben durften später dem Prinzen die Korpschleife überreichen und wurden durch dauernde Teilnahme an dem Bunde der alten Herren des Korps geehrt.

Es bot sicher eine freundliche Erinnerung an die schöne Tübinger Zeit, als der Prinz 1877 beim vierhundertjährigen Jubelfest der Hochschule mit der Würde eines Dr. jur. ehrenhalber bekleidet wurde.

Die wissenschaftliche Vorbereitung für Leben und Regierungstätigkeit war vollendet. Der Prinz hatte Menschen verschiedenster Art und Richtung kennen gelernt; er hatte eine gewisse, ihm angeborene Schüchternheit abgelegt. Es war Zeit, daß er sich gründlich in dem Beruf des Soldaten aus-

bildete, der dem Fürsten unentbehrlich ist. Auch hier zeigte sich ein weiter Blick darin, daß der württembergische Thronerbe in das preußische Heer eingestellt wurde. Bestimmend war dafür nicht sowohl das Vorbild seines Oheims, des Prinzen August, als vielmehr das enge militärische Bündnis, in das Württemberg mit Preußen getreten war.

Am 24. Februar 1869 zum württembergischen Oberleutnant ernannt, tat Prinz Wilhelm vom 1. April ab ein Jahr lang beim 1. Garderegiment zu Fuß in Potsdam Dienste, von da ab mit gleichem Eifer, seit 18. April 1870 als Rittmeister, beim Gardehusarenregiment. Sein Dienst brachte ihn in nähere persönliche Beziehungen zum preußischen Hofe.

Der Dienst bei den Gardehusaren dauerte vorerst nicht lange: am 9. Mai 1870 starb nach langem Leiden, doch überraschend schnell, der Vater des Prinzen, der in militärischen und staatlichen Fragen hervorragend bewährte Prinz Friedrich, der seinem Schwager König Karl besonders nahe gestanden war und dessen Tod in das königliche Haus eine tiefe Lücke riß. Bald nachher brach der Krieg mit Frankreich aus.

Es verstand sich von selbst, daß der jugendfrische württembergische Prinz mit auszog, um die Einheit Deutschlands schmieden zu helfen. Jubelten doch auch seine Landsleute beim Gedanken, daß jetzt die Schicksalsstunde des Vaterlandes nahe, selbst diejenigen unter ihnen, die sich nur ungern der preußischen Strammheit fügten. Mit großer Wärme wurde der preußische Kronprinz Friedrich Wilhelm in Stuttgart am 27. Juli aufgenommen, wie er sich vor Übernahme des Oberbefehls auch über die württembergische Felddivision meldete; am 29. erhielt Prinz Wilhelm die Weisung, sich in dessen Hauptquartier nach Speyer zu begeben. Schon am 30. reiste er ab. Mit dem Kronprinzen beritt er die Schlachtfelder bei Weißenburg und Wörth, suchte hier nach dem verwundeten Oberstleutnant Lind und freute sich der Begeisterung, mit der sämtliche Truppen in den Kampf stürzten. Immer wieder fand der Prinz Gelegenheit, nach den Württembergern, besonders auch seinem Vetter, dem Herzog Eugen, zu sehen. Am 31. August bekam er den Auftrag, bei der württembergischen Division sich aufzuhalten, um dem Kronprinzen Meldungen zu machen, was ihn zwölf Stunden im Sattel hielt. Am 1. September konnte er im Stab des Kronprinzen selbst die großen Ereignisse bei Sedan beobachten, am 2. die Unterredung König Wilhelms mit dem gebrochenen Kaiser Napoleon. Wiederholt galt es, mehr als sechzehn Stunden im Sattel auszuhalten. Denkwürdig war dem Prinzen der dankende Händedruck des ehrwürdigen Königs nach der Übergabe des feindlichen Heeres und der Bismarcks, der ihn, wie alle deutschen Fürsten, zu diesem Siege des staaterhaltenden Gedankens beglückwünschte. Vom Tage von Sedan an schmückte das Eiserne Kreuz seine Brust. Später hielt sich Prinz Wilhelm beim Großen Hauptquartier in Versailles auf. Wie er am 30. November hörte, daß die Württemberger bei Villiers in heißem Kampfe stehen, ließ er sich Aufträge an die Division geben,

konnte aber erst zum Schlusse kommen; unterwegs schlug eine Granate vor seinem Pferde ein. Nach der Schlacht bei Champigny, von der er zu spät erfahren hatte, stellte er sich wieder dort ein, da ein neuer Kampf erwartet wurde; er konnte aber nur nach den Verwundeten sehen und an das Sterbett seines Freundes, des Grafen Erich Taube, treten, mit dem er so manche fröhliche Stunde zugebracht hatte.

Mit Spannung verfolgte der Prinz die in Versailles gepflogenen Verhandlungen zwischen den preußischen und den süddeutschen Ministern über den Zusammenschluß Deutschlands, in der Erwartung, daß es nicht wieder eine Halbheit gebe. Er wurde Zeuge, wie die Vertreter des Norddeutschen Reichstags durch den Mund des Präsidenten Simson dem König von Preußen ihre Hoffnungen vortrugen und wie dieser im Schlosse von Versailles zum Deutschen Kaiser ausgerufen wurde. Er bekam noch Gelegenheit, einige bezwungene französische Forts von innen sich anzusehen und wagte sich nach der Parade des Kaisers über die für den Einmarsch bestimmten Truppen allein zu Pferde nach Paris bis zum Rontordienplatz. Nach der Rückkehr in die Heimat machte der Prinz den prächtigen Einzug in Berlin mit und konnte sich des allgemeinen Jubels über die Einigung der deutschen Fürsten und Stämme freuen.

Als Prinz Wilhelm mit in Berlin einritt, war in seiner militärischen Stellung eine wichtige Änderung erfolgt. Die mehr in Beobachtung bestehende Aufgabe im Großen Hauptquartier hatte ihn während des Kriegs sehr wenig befriedigt; er drang darauf, daß er ganz bei seinem früheren Regiment eintreten dürfe. König Karl hatte für die Zeit nach dem Kriege seine Einwilligung gegeben, und so hatte der Prinz am 5. März 1871 ein Patent als preußischer Rittmeister à la suite des Gardehusarenregiments erhalten. Am 12. November 1872 wurde ihm die Führung der 3. Schwadron dieses Regiments übertragen; am 22. Juni 1873 stieg er zum charakterisierten, am 9. Dezember zum wirklichen Major auf, und schon am 5. August 1874 übernahm er nach kurzer Abkommandierung zu den 1. Gardedragonern die Führung des Regiments. Vom 18. Januar 1875 lautet seine Ernennung zum Oberstleutnant und Regimentskommandeur. So gewann er in vierjähriger eifriger Tätigkeit genauere Einsicht in den Offiziersdienst. Die Heimat wartete aber auf den Prinzen; er wurde daher am 15. Mai 1875 vom preußischen Dienst entbunden unter Verleihung des Charakters als Oberst mit der Uniform des Gardehusarenregiments und unter Stellung à la suite des Heeres.

Prinz Wilhelm hatte seine Zeit in preußischen Diensten reich ausgenutzt. Außer den militärischen Erfahrungen boten sich ihm am Mittelpunkt des politischen Treibens die verschiedensten Beziehungen. In allen Kreisen ausgezeichnet und beliebt, erhielt er tiefere Eindrücke aus allerlei Verhältnissen des Lebens. Kaiser Wilhelm I. hatte ihn schon 1872 unter die Ritter vom hohen Orden des Schwarzen Adlers aufgenommen. Bei größeren Truppen-

übungen, bei Festlichkeiten und Fürstenbesuchen am Berliner Hofe wurde er beigezogen; so wohnte er im September 1872 der Dreikaiserzusammenkunft an, die den Einfluß Deutschlands vor der Welt bekundete. Und daß er bei seinen Untergebenen sich ein gutes Andenken schuf, dafür zeugen regelmäßige Rundgebungen von alten Regimentsangehörigen.

Während dieser Dienstzeit wurde der Prinz zweimal durch den Hingang teurer Verwandter getroffen. Am 21. Januar 1873 starb seine durch Geist und Liebenswürdigkeit hervorragende, namentlich auch von Kaiser Wilhelm I. und Fürst Bismarck geschätzte Tante Helene Paulowna, die am russischen Hofe mit Erfolg die Freundschaft mit Deutschland gefördert hatte; er eilte zu ihrer Beisehung nach Petersburg. In den Märztagen desselben Jahres mußte er an das letzte Krankenlager der kindlich verehrten Großmutter, der Königinwitwe Pauline, treten. Ihren am 10. März eintretenden Tod betrauerte mit ihm das ganze Land, dem ihre ungeheuchelte Frömmigkeit und unermüdlige Wohltätigkeit vorbildlich gewesen war.

Eine Fortsetzung und Anwendung fand der Militärdienst des Prinzen nach mehr als zwei Jahren in Württemberg. Am 14. Oktober 1877 erhielt er ein Patent als Oberst von der Kavallerie und wurde gleichzeitig à la suite des Manenregiments Nr. 19 gestellt und zum Kommandeur der 27. Kavalleriebrigade in Ludwigsburg ernannt. 1879 wurde Prinz Wilhelm württembergischer Generalmajor und in Preußen mit dem Charakter als solcher à la suite der Gardehusaren belassen. Am 16. Dezember 1883 folgte das württembergische, am 1. Juni 1885 das preußische Patent als Generalleutnant, und am 19. bzw. 24. September 1888 das Patent als General der Kavallerie, am 23. Juli 1916 die Ernennung zum Generalfeldmarschall.

Der letzte Dienst, den der Prinz noch bis 1882 versah, war der des Brigadekommandeurs. Er hat sich auch als solcher durch hingebende Treue ausgezeichnet, indem er sich um alle Einzelheiten persönlich kümmerte und namentlich durch genaue Einsicht in die Straflisten über die gerechte Behandlung seiner Untergebenen wachte. Von der engen Verbindung mit seinem Heer zeugen die anfeuernden und herzlichen Worte, die er als König bei der Verteidigung von Rekruten und anderen militärischen Gelegenheiten zu finden pflegt.

In der Zeit zwischen dem Austritt aus preußischem und dem Eintritt in württembergischen Heeresdienst begab sich Prinz Wilhelm auf Reisen. Sein Ziel war Italien mit seinen reichen Kunstschätzen, vor allem Rom, dem er sich zwei Monate widmete; dann ging er nach Sizilien und nach Malta. Erfüllt von den vielen schönen und tiefen Eindrücken kehrte er in die Heimat zurück.

Noch hatte er sich nicht entschließen können, so sehr die Mutter und das Land es wünschten, eine Gefährtin des Lebens zu wählen, da er die Wahl nur auf Grund wahrer Herzensneigung treffen wollte. Da kehrte am 2. September 1876 auf dem Gut der Prinzessin Katharine in Seefeld, wo auch

der Sohn sich gerade aufhielt, Fürst Georg Viktor von Waldeck und Pyrmont mit seiner Gemahlin, der Fürstin Helene, zu Besuch ein, die sich mit ihren Töchtern, den Prinzessinnen Marie und Emma, nach dem schweizerischen Bade Stachelberg begeben wollten. Fürstin Helene war eine Tochter der Herzogin Pauline von Nassau, der Schwester des Prinzen Friedrich von Württemberg. Prinzessin Katharine hatte durch dringende Einladung erreicht, daß die fürstlichen Töchter mit den Eltern nach Seefeld kamen. Hier erblickte Prinz Wilhelm zum ersten Male die liebreizende Verwandte, deren Geist und Gemüt ebenso anziehend waren wie die äußere Anmut. Nach wenigen Tagen wurde der Besuch in Stachelberg erwidert. Im Herbst traf der Prinz in Arolsen ein; am 18. November fand die Verlobung statt. Prinzessin Georgine Henriette Marie war in Arolsen am 23. Mai 1857 geboren und hatte eine harmlos glückliche Kinderzeit erlebt. Das Vorbild der Mutter hatte sie zur Freude an Kunst und Natur, zu Wohltätigkeit und Gottergebung angeleitet, eine längere Leidenszeit hatte ihr Wesen vertieft.

In den Monaten der Brautzeit machte sich Prinzessin Marie mit der Geschichte und den Verhältnissen ihrer neuen Heimat bekannt. Die gemeinsame Trauer über den plötzlichen Tod des Herzogs Eugen von Württemberg brachte sie dem Königshause noch näher. Am 15. Februar 1877 wurde sie in der Schloßkapelle zu Arolsen mit Prinz Wilhelm ehelich verbunden. Bald darauf jubelte Stuttgart dem jungen Paare zu, ein lauter Beweis der Mitfreude an der Vermählung des Prinzen und an der holden Erscheinung der neuen Angehörigen des Königshauses. Der König selbst war bis Ludwigsburg entgegengefahren. Aus dem ganzen Lande kamen Vertreter in die Hauptstadt, um den Neuvermählten in Form von Angebinden seine Anteilnahme zu bekunden.

Als Wohnung stand der Kronprinzenpalast in Stuttgart zur Verfügung. Der Sommer führte das prinzliche Paar in die Stille von Seefeld, von wo es im Oktober zurückkehrte, da der Prinz die Führung der Ludwigsburger Kavalleriebrigade übernahm. In Stuttgart wurde am 19. Dezember 1877 das häusliche Glück durch die Geburt einer Tochter gekrönt; sie erhielt den Namen der beiden Urgroßmütter, Pauline. Die Rücksicht auf die Gesundheit des Kindes und auf den Dienst erweckte den Wunsch nach einem ländlichen Sitze in Ludwigsburg; es gelang bald, ein passendes Anwesen zu erwerben und ganz nach dem Geschmack der Prinzessin auf das Behaglichste auszugestalten. Am 22. Mai 1878 konnte es schon bezogen werden; seit 18. November 1879, einem Erinnerungstag an die Verlobung, prangte der Name Marienwahl am Eingangstore.

Raum war die Heimstätte geschaffen, so suchte sich die Prinzessin ein eigenes Arbeitsfeld für Wohltätigkeit. Ein Teil der Hochzeitsgeschenke war mit dem Wunsche der Verwendung für Notleidende übergeben worden. Der Prinzessin lag vom Elternhause her die Fürsorge für arme und kranke Kinder

nahe. Sie faßte den Entschluß, zur Ergänzung der Werner'schen Kinderheilanstalt in Ludwigsburg eine solche zu stiften, in der gebrechliche Mädchen zugleich Unterricht und Anleitung zu beruflicher Tätigkeit erhalten sollten. Schon im Jahre 1879, an ihrem Geburtstage, wurde das neue Maria-Martha-Stift eingeweiht. Die Prinzessin selbst behielt sich Sitz und Stimme im Ausschusse der nunmehr vereinigten Kinderheilanstalten vor; des prinziplichen Paares Freigebigkeit und die allgemeine Zustimmung, die sich bei einem dafür veranstalteten Bazar kundgab, schafften der Anstalt eine sichere Grundlage. Mit ebensoviel Verstandnis als Eifer hat sich die Prinzessin den Arbeiten und Aufgaben dieser Anstalten gewidmet. Eine weitere Ergänzung haben sie gleich nach der Thronbesteigung des Prinzen Wilhelm durch die Errichtung des Wilhelmstifts für konfirmierte krüppelhafte Knaben gefunden, später durch das Charlottenstift für verkrüppelte Mädchen.

Der Prinz teilte die Vorliebe seiner hohen Gemahlin für die Werner'schen Anstalten; er wohnte selbst noch als König den Sitzungen des Ausschusses bei. Von Anfang an ging er auf alle Einzelheiten der Verwaltung ein, kümmerte sich um Anstellungen und Arztewahl, hörte die Bittgesuche und die sich daran knüpfenden Erörterungen mit an und lernte so das Leben vieler Menschen mit seinen Nöten kennen. So hat er die Welt nicht nur im Festkleid, wie sie sich den Fürsten gerne zeigt, gesehen, sondern hat sich durch Einblick in ihre dunklen Seiten trefflich für den Regentenberuf vorbereitet.

In Marienwahl fühlte sich das prinzipliche Paar so heimisch, daß es nur ungern sich davon entfernte. Doch reiste es, um sich als solches beim kaiserlichen Hofe vorzustellen, 1878 zum Geburtstag Wilhelms I. nach Berlin, ebenso im Juni des folgenden Jahres zur Feier der goldenen Hochzeit des Kaiserpaares. Die Vermählung der Schwester Emma mit dem König der Niederlande führte das prinzipliche Paar, später die der ältesten Schwester Pauline mit dem Erbprinzen von Bentheim-Steinfurt die Prinzessin in den fürstlichen Familienkreis nach Arolsen. Andererseits hatte das Paar die große Freude, im Frühjahr 1880 die fürstlichen Eltern und Geschwister von Waldeck, bald darauf den Deutschen Kronprinzen Friedrich Wilhelm, der die württembergischen Truppen besichtigte, im Sommer 1881 die Königin der Niederlande mit dem König in dem Ludwigsburger Besitztum herumführen zu dürfen.

Alles schien sich in Marienwahl vereinigt zu haben, um eine Stätte des höchsten und reinsten Glücks zu gründen. Aber das Unglück überschritt auch diese Schwelle. Nachdem 1879 die erhoffte neue Mutterfreude durch einen Unglücksfall zerstört worden war, wurde am 28. Juli 1880 zum Jubel der Eltern und des Landes ein Sohn geboren, der, am Geburtstag der Großmutter Katharine getauft, die für die Geschichte Württembergs bedeutsamen Namen Christoph Ulrich Ludwig erhielt. Prinz Ulrich gedieh sichtlich. Als aber die Mutter am Christfest von der Bescherung im Maria-Martha-Stift nach Stuttgart zurückkehrte, traf sie ihn schwer erkrankt. Ein Brechruhranfall

verzehrte rasch seine Kräfte; am 28. Dezember entschlief er. Die tief getroffenen Eltern ließen ihn an immer zugänglichem Ort, auf dem Friedhof des vertrauten Ludwigsburg, beisetzen; ein Kreuz nach dem Entwurf der Mutter schmückt das Grab so vieler Hoffnungen.

Im Spätsommer des folgenden Jahres suchte das Prinzenpaar mit dem Töchterlein die dringend nötige Erholung auf der Insel Wight. Nach der Rückkehr war die Prinzessin kräftig genug, um an Stelle der Königin Kaiser Wilhelm begrüßen zu können, der aus Anlaß des hundertsten Geburtstags des Königs Wilhelm I. von Württemberg das von diesem gestiftete Volksfest besuchte. Im Winter begann sie die kleine Pauline zu unterrichten und in Werke der Wohltätigkeit einzuführen. Im März 1882 fand die Übersiedlung der Familie von Stuttgart nach Ludwigsburg statt. In Marienwahl kam am 27. April ein totes Kind zur Welt. Die Mutter wurde von stürmischer Krankheit ergriffen; kurz vor dem Ende bat sie noch ihr Töchterchen, immer lieb gegen den Papa zu sein. In der Frühe des 30. April, eines Sonntags, hörte das liebevolle Herz auf zu schlagen; Prinzessin Marie starb in den Armen des Gemahls. Ihrem Wunsche gemäß wurde sie an der Seite des Sohnes am 2. Mai zur Erde bestattet.

Unsaybar war die Trauer des einsam gewordenen Prinzen. Seine geistige und körperliche Kraft war durch das furchtbare Unglück gebrochen, sein reiches Erdenglück schien ihm auf immer vernichtet. Nur sein mutterloses Kind bot ihm noch Trost. Man fürchtete für seine Gesundheit. Um Ablenkung zu erhalten, ließ sich Prinz Wilhelm bestimmen, einen seiner Jugendgespielen, den damaligen Landrichter Schmidlin, zu täglichem Umgang nach Marienwahl zu sich zu nehmen und sich von ihm fünf Monate lang die Grundzüge der Rechtswissenschaft wiederholen und eine Einführung in die Rechtspflege geben zu lassen. Es war der richtige Mann und das richtige Mittel. Der Prinz widmete sich mit hervorragendem Eifer den vorgetragenen Fächern, besonders dem Strafrecht und dem Strafprozeß, und eignete sich viele Kenntnisse an. Der Besuch von Schöffens- und Schwurgerichtssitzungen sowie die Anwesenheit bei Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit auf dem Rathaus diente noch zur Veranschaulichung. Auch die Teilnahme an den Sitzungen der Kammer der Standesherrn gab dem Prinzen Anlaß, sich mit seinem Berater viel über die dort berührten Fragen zu unterhalten. Dazwischenhinein wurden die Besprechungen in Montreux am Genfer See fortgesetzt, dessen Luft nervenstärkend wirken sollte. In diese Wochen fiel der Geburtstag des Deutschen Kaisers. Er wurde in engerem Kreise, darunter der frühere Präsident des Reichskanzleramts von Delbrück, gefeiert; Prinz Wilhelm hielt die allgemein bewunderte Festrede.

Lange konnte sich der Prinz nicht entschließen, zu einer zweiten Ehe zu schreiten. „Ich habe nie aus den Augen verloren,“ schrieb er noch im vierten Jahre nach dem Tode der ersten Gemahlin, „was ich meiner Stellung als Prinz und meinem Lande schuldig bin; aber ich bin mit meiner ersten

Gemahlin zu glücklich gewesen, als daß ich mich durch eine Konvenienzheirat für den Rest meines Lebens unglücklich machen möchte; so viel kann selbst einem Prinzen nicht zugemutet werden. Ich will meinem Lande nicht das Beispiel einer kalten, liebeleeren Ehe geben. Ich denke zu hoch und heilig von diesem Stande, um ihn in solcher Weise entweihen und mich selbst dadurch erniedrigen zu wollen.“

Aber sein Herz fand doch einen Ersatz. Groß war die freudige Überraschung, als die Nachricht das Land durcheilte, der Prinz habe sich am 10. Januar 1886 mit Prinzessin Charlotte Marie Ida Luise Hermine Mathilde zu Schaumburg-Lippe verlobt. Er konnte bei dieser neuen Wendung seiner Geschichte wieder mit Vertrauen in die Zukunft blicken in der festen Überzeugung, daß die Verbindung, die er einzugehen im Begriffe stand, nicht nur ihm, sondern auch seinem geliebten Kind und dem Lande zum Segen und Wohl gereichen werde.

Prinzessin Charlotte war am 10. Oktober 1864 zu Ratiboritz in Böhmen in der Prinz Schaumburg-Lippeschen Herrschaft Nachod geboren, wo ihr Vater, Prinz Wilhelm von Schaumburg-Lippe, mit der Prinzessin Bathildis, geb. Prinzessin von Anhalt, lebte. Die Schwester des Vaters, Prinzessin Mathilde, hatte sich mit dem Herzog Eugen Erdmann von Württemberg vermählt; ihr Sohn war der so jäh verstorbene Herzog Eugen. Prinzessin Charlotte erhielt sorgfältigen Unterricht. Eine besondere Begabung zeigte sie für die Musik. In Nachod, in dem alten romantischen Schlosse des Octavio Piccolomini, erlebte sie eine fröhliche Kindheit und schöne Jugend und wuchs in holder Blüte heran. Prinz Wilhelm hatte sie im Dezember 1884 in Königstein zum ersten Male kennen gelernt.

Am 8. April 1886 wurde auf Wunsch des Prinzen auf deutschem Boden, zu Bückeburg, dem Sitz der regierenden Linie des Fürstenhauses, die Vermählung gefeiert. Die Reise nach Württemberg ging in pietätvollem Sinn über Arolsen zur Familie der ersten Gemahlin. Am 13. April erfolgte der festliche Einzug in Stuttgart. Der dortige Empfang mit seiner Farben- und Lichterpracht, mit dem Gewoge fröhlicher Menschen, feierlichen Ansprachen und huldigenden Gesängen, die Zurufe bei der Vorbeifahrt der jugendlich strahlenden, glanzvoll fürstlichen Prinzessin zeigten ihr deutlich, mit welcher Innigkeit das Land am Glück des Prinzen Wilhelm Anteil nahm und welch warmen Eindruck sie selbst machte. Ein Reiterfestspiel mit der Darstellung des ritterlichen Aufzugs des Herzogs Ulrich von Württemberg bei der Hochzeit des Georg von Sturmfeder mit Marie von Lichtenstein, bei dem auch Prinz Wilhelm von Preußen anwesend war, und ein Festabend im Stuttgarter Stadtgarten boten weitere Begrüßungen. Auch Ludwigsburg und Ulm veranstalteten herzliche Bewillkommungen. Erlesene Gaben, namentlich kunstgewerblicher Art, wurden aus dem ganzen Lande dargebracht. Die Pflicht, sich dem zur Erholung in Rizza weilenden Königspaare vorzustellen, gab

noch Veranlassung zu einer genügreichen Reise. Als eine Art Abschluß der Begrüßung konnte gelten, daß der erste Geburtstag der Prinzessin, den sie in der neuen Heimat verbrachte, in Marienwahl von dem Königspaare, der teuren Mutter des Prinzen und den aus Nachod herbeigeeilten Eltern und Schwestern der Prinzessin mitgefeiert wurde.

Der Tätigkeit der Prinzessin Charlotte bot sich in der neuen Heimat ein großes Feld, das sich immer mehr erweiterte. Zunächst lagen ihr namentlich die Ludwigsburger Anstalten am Herzen. So führte sie die Weihnachtsbescherungen für arme Familien fort, bei denen sie wie ihr hoher Gemahl mit den Eltern und Kindern so weich und freundlich verkehrt, daß selbst verbitterte Herzen gewonnen werden.

Schon seit Jahren war die Gesundheit König Karls schwankend geworden. Prinz Wilhelm hatte ihn nicht nur bei Festlichkeiten wie dem Kölner Dombaifest im Jahre 1880, der Enthüllung des Niederwalddenkmals im Jahre 1883 oder bei Gedenktagen der Schlachten bei Lauffen (1884) und bei Döffingen (1888), sondern auch bei Regierungshandlungen zu vertreten gehabt. Da der Prinz sich zurückhielt und der König immer gut zu ihm war, blieb das Verhältnis das beste. Jetzt häuften sich die Anlässe, da er den Vorsitz im Staatsministerium zu führen oder den Landtag zu eröffnen hatte. Im Kaisertrauerjahr hat er beim Tode Wilhelms I. und Friedrichs III. das württembergische Königshaus vertreten und ist in dessen Namen dem Kaiser Wilhelm II. beim Regierungsantritt nahegestanden. Auch bei dem 25jährigen Regierungsjubiläum, das König Karl 1889 feiern durfte, hatten Prinz und Prinzessin Wilhelm viele Pflichten zu übernehmen. Welch allgemeine Verehrung der Prinz genoß, zeigte sich wieder, als die Kugel eines Wahnsinnigen ihn und sein Kind in Marienwahl bei der Fahrt zur Kirche bedrohte.

In der Familie hatte der Prinz in jenen Jahren mehrere Verluste zu beklagen. Am 12. Januar 1885 hatte der Oheim Prinz August die Augen geschlossen; er hatte in der Gruft zu Ludwigsburg seine Ruhestätte gefunden; seine dem geliebten Neffen vermachte hervorragende Geweihsammlung schmückt heute das Favoriteschloßchen. Am 4. Januar 1887 starb die hochverehrte Tante, Prinzessin Marie, im heutigen Wilhelmspalast, die sich bei ihren Eltern auf dem Württemberg beisehen ließ. Am 27. Oktober 1888 raffte der Tod die Fürstin Helene von Waldeck weg, in der der Prinz eine seltene, an Geist und Herzen gleich ausgezeichnete Frau und Mutter betrauerte, bei der er gewohnt war, in allen wichtigen Fragen, besonders bei der Erziehung seines Kindes, sich den besten Rat zu holen.

Das Befinden König Karls schien gebessert. Doch am 3. Oktober 1891 sahen sich die Ärzte genötigt, seine Verbringung aus dem Jagdschloß Bebenhausen nach Stuttgart anzuraten. Prinz Wilhelm hielt sich gerade zum Besuche bei Herzog Philipp von Württemberg in Gmunden auf,

Prinzessin Charlotte bei ihren Eltern in Nachod. Am 5. Oktober eilte der Prinz herbei; er weilte am Sterbebette des Königs, als dieser in der Frühe des 6. Oktober verschied. Die nunmehrige Königin Charlotte traf bald darauf ein.

So fiel der württembergische Thron an den im 44. Lebensjahre stehenden König Wilhelm II. Dieser bestieg ihn in voller Kraft des Körpers und des Geistes, ausgereift durch die Erfahrungen des Lebens; ein Fürst voll edler Herzensgüte, entschlossen, sich dem Wohl seines Landes in aufgeklärt verfassungsmäßigem Sinn zu widmen, Vertrauen zu schenken und zu fordern; ein Mann strenger Ordnung, eifriger Pflichterfüllung und guter Haushalterschaft; dazu ein treuer Schutzherr der evangelischen Landeskirche, deren Bekenntnis neben der Pflege christlicher Nächstenliebe den Leitstern seines Lebens bildete, ohne daß er Andersgläubigen irgendein Ärgernis bot. Neben dem König stand die eben 27jährige Königin Charlotte, die sich die Herzen des Volkes gewonnen hatte und, unterstützt von der unermüdlichen Palastdame Gräfin von Urkull-Gyllenband, immer mehr hineinwuchs in die Fülle von Aufgaben der Wohltätigkeit und der Mädchen-erziehung, die auf sie einstürmten; dabei geschaffen, die Pflichten einer Königin zu erfüllen.

Die erste Handlung des neuen Königs war die Verpflichtung auf die Staatsverfassung. Dann wandte er sich in warmen Ansprachen an das Volk, das Heer und die Beamten. Er gelobte, die Verfassung des Landes getreu zu wahren, Frömmigkeit und Gottesfurcht zu pflegen, den Armen und Schwachen ein warmer Freund und Helfer, dem Rechte allezeit ein eifriger Hüter zu sein und seine Stellung als Regent eines deutschen Staats in unerschütterlicher Treue zu den Verträgen, die unser großes deutsches Vaterland begründeten, wahrzunehmen. Im Telegrammwechsel mit dem Deutschen Kaiser betonte er noch besonders seine Treue zu Kaiser und Reich.

Auf 22. Oktober wurden die Landstände einberufen. Ihnen gegenüber bezeichnete der König als sein Ziel stetigen besonnenen Fortschritt auf allen Gebieten des staatlichen Lebens.

Der nächste Geburtstag des Kaisers Wilhelm II. gab Veranlassung, im Januar 1892 den Antrittsbesuch am Kaiserhofe zu machen. Die Begrüßung war sehr herzlich. König Wilhelm wurde zum Chef des Kürassierregiments Herzog Friedrich Eugen von Württemberg ernannt, der Königin Charlotte wurde der Luiseorden verliehen. Bald folgten die Besuche und Gegenbesuche anderer deutscher Fürsten.

Die gesunde Entwicklung, die Württemberg auf allen Lebensgebieten unter der Regierung König Wilhelms II. genommen hat, wird in besonderen Abschnitten geschildert werden. Hier seien nur die Änderungen auf dem Gebiete der Verfassung, Verwaltung, Steueranlage, Volksschulleitung als

Beweise dafür angeführt, daß der König selbst sich die Pflege eines besonnenen Fortschritts hat angelegen sein lassen und daß seine Regierungszeit eine der bedeutungsvollsten für das Land geworden ist. Wie sehr der König an allem Wichtigeren teilnimmt, was im Lande vor sich geht, wie sehr er sich bemüht, überall mit eigenen Augen zu sehen, wie sehr die Königin seine Gefinnung teilt, zeigt sich in der häufigen Anwesenheit der Majestäten bei so vielen Gedenktagen und Festen. Als im Herbst 1893 wieder das landwirtschaftliche Hauptfest in Cannstatt begangen wurde, ließ es sich der König nicht nehmen, vor den Vertretern der landwirtschaftlichen Vereine in zündender Rede den unerseßlichen Wert ihrer Tätigkeit für das Staatsganze hervorzuheben. Durch Besuche in den verschiedensten Gegenden des Landes trat er dem Volke nahe. Als 1899 Freudenstadt sein 300jähriges Bestehen, die Waldensergemeinden ihre vor 200 Jahren erfolgte Aufnahme im Lande feierten, beging der König ihre Feier mit ihnen; ebenso 1902 bei der Erinnerung Ravensburgs an seine vor tausend Jahren geschehene Gründung durch die Welfen, 1904, als Liebenzell sich der 300jährigen, 1910, als Ulm sich der 100jährigen Zugehörigkeit zu Württemberg freuten; sogar die Feier des 600jährigen Bestehens der Bürgerwehr in Rottenburg 1914 wußte der König zu einer beziehungsreichen Rundgebung für die Bischofsstadt und für seine Hochschätzung des Bischofs zu gestalten; auch an den Jubelfeiern der Stuttgarter Museums-gesellschaft und der privilegierten Bibelgesellschaft ehrte er die Leistungen durch seine Anwesenheit.

Bei der Einweihung neu erstandener oder wiederhergestellter öffentlicher Gebäude wie des Rathauses in Ulm, des Kurgebäudes in Wildbad, des Kur- saals in Cannstatt, vor allem der großen Stuttgarter Neubauten war der König anwesend. Als 1905 das Rathaus in Stuttgart bezogen wurde, nahm der König persönlich am Festmahl teil und sprach seine Wünsche für die Stadt aus, mit der er aufs engste durch Geburt und ganzen Lebensgang verwachsen sei; dem Besuch des Königs im Rathaus folgte dann nach vier Jahren der des Kaiserpaares, später der des jetzigen Königs Ludwig von Bayern. Im Jahr 1911 galt es dem eigenartig reizvollen Lindenmuseum die Weihe zu geben. 1912 schlossen sich die neuen Hoftheater, 1913 das Königliche Kunstgebäude an. Bei der Eröffnung des Hoftheaters, für dessen Entstehung und Tätigkeit das Königspaar ein besonderes Interesse hatte, durfte es die Anhänglichkeit und Dankbarkeit der weitesten Kreise des Volkes wieder in ergreifender Weise verspüren, und mit berechtigtem Stolz konnte der König vor den zur Hof- tafe! geladenen Sachverständigen auf das hinweisen, was mit seiner Hilfe und unter seinem Schutze für die Bühnenkunst in Stuttgart geschaffen war, und betonen, daß es ihm ernst sei mit der wahren, hohen und edlen Kunst, die das Dasein verschönt und veredelt und lebenswert macht. Des Königs- paares Anwesenheit gestaltete auch 1898 die Enthüllung des Kaiser- Wilhelm-Denkma!s in Stuttgart zu einem besonders festlichen Tage; und als 1903 die Tübinger Neckarbrücke mit dem Standbild Eberhards im Bart

geschmückt wurde, war wieder das Königspaar unter denen, die es zuerst begrüßten.

Groß ist die Zahl der Kirchen, in denen die Majestäten den ersten Gottesdienst mitbegingen und bei der ersten dabei abgehaltenen Taufe eine Patenstelle übernahmen. Auch durch die Eröffnung aller wichtigeren Ausstellungen bekundete sich die Neigung des Königs und der Königin, diese zu fördern und selbst von dem Gebotenen Kenntnis zu nehmen; zuletzt noch bei der durch den Kriegsausbruch gestörten Ausstellung für Gesundheitspflege und der der Kunstfreunde in den Ländern am Rhein, zu der auch das hessische Großherzogspaar sich in Stuttgart einfand. Ebenfalls eine Art königlicher Weihe war es, als der König 1908 ein Zeppelinluftschiff bestieg, um eine Rundfahrt über den See und die Umgebung Friedrichshafens zu machen, und als die Königin sogleich darauf eine Fahrt antrat; beide wollten ihr Vertrauen in das damals so langsam sich durchsetzende Werk des großen Erfinders bekunden, für das der König von jeher eifrig eingetreten war.

Beide fehlten auch nicht, als in Honau das volkstümliche Lichtensteinspiel die anmutige Sage vom verborgenen Herzog Ulrich von Württemberg wiedergab, als in einem literarischen Kreise in Stuttgart das Gedächtnis des Heimatschilders Hermann Kurz erneuert wurde, vor allem als Stuttgart 1905 die Erinnerung an Schillers Todestag in ebenso großartiger wie ergreifender Weise weckte. Unter des Königs hohem Schutz bewegte sich ein unabsehbarer Huldigungszug am Stuttgarter Schillerdenkmal vorbei, nachdem in der Frühe die Majestäten Vorbeerkränze mit Schleifen in den Farben des Landes dort niedergelegt hatten; König und Königin beteiligten sich am Festakte in der Liederhalle; das nächtliche Festspiel auf dem Platz des abgebrannten Hoftheaters, die überwältigende Beleuchtung der Stadt, die ganze Feier mit ihrem volkstümlichen Ton und glänzenden Verlauf bekundeten den Wett-eifer des Königspaares mit dem Volke in der Ehrung des einst aus Stuttgart entflohenen Karlschülers.

Daß es den König auch dahin trieb, wo unglückliche Ereignisse Schaden anrichteten, ist natürlich. So hat er in der durch Wassergüsse schwer heimgesuchten Balingen Gegend und in dem durch Brand verwüsteten Ilsfeld selbst nach dem Rechten gesehen.

Schon der Telegrammwechsel mit dem Kaiser bei der Thronbesteigung hat gezeigt, daß König Wilhelm II. sich ganz als deutscher Fürst fühlt. Während seiner Regierung ist das Verhältnis Württembergs zum Reich ein immer wärmeres geworden. Zahlreich waren die Anlässe, da in Stuttgart und Berlin das Gelöbnis treuen Zusammenhaltens erneuert wurde. Mit Kaiser Wilhelm II. ist auch der König von Württemberg 1908 nach Wien geeilt, um dem greisen Herrscher des verbündeten Österreich-Ungarn den Zoll der Verehrung zu entrichten, ein Besuch, der später in Friedrichshafen erwidert worden ist.

Besonders die Erinnerungsfeiern an die Taten und die Helden von 1870 und 1871 riefen König Wilhelm zur Teilnahme: 1895 stellte er sich in Wörth zur Enthüllung des Denkmals für Kaiser Friedrich ein, mit dem er einst in Frankreich eingezogen war, in demselben Jahre zur Sedanparade des preußischen Gardekorps in Berlin, 1896 bei der Einweihung des Denkmals für Kaiser Wilhelm I. auf dem Kyffhäuser, 1897 bei der des Nationaldenkmals für denselben in Berlin. In Württemberg selbst erhielten an den Gedenktagen jenes Kriegs die Sammlung und die Festfeier der alten Kriegsgenossen, bei der der König diese durch Worte der Dankbarkeit und der Ermahnung packte, wie der Festabend der Stadt durch seine Beteiligung die Weihe. Damals hat er die Marmortafeln in die Garnisonskirche zu Stuttgart gestiftet, die 1441 Namen der in den Feldzügen von 1866 und 1870/71 gefallenen Soldaten der Nachwelt überliefern. 1910 hat er dann seine Veteranen noch einmal vor seinem Residenzschloß versammelt.

Große Freude erweckte es, als der König 1895 durch sein Erscheinen bei der Feier des achtzigsten Geburtstags von Bismarck sich öffentlich als sein dankbarer Verehrer bekannte. 1913 hat er an der Erinnerungsfeier für die Schlacht bei Leipzig in dieser Stadt selbst teilgenommen, einer Feier, die in ganz Württemberg freudig mitbegangen wurde.

Bei der Eröffnung des Kaiser-Wilhelm-Kanals fehlte auch König Wilhelm II. von Württemberg nicht. Nachdem die Königin 1897 in Danzig die Taufe des zum Ersatz der „Freya“ dienenden Kreuzers vollzogen hatte, geleitete sie der König 1901 nach Wilhelmshaven zur Taufe des Linienschiffs „Schwaben“, um in der Weiherede im Namen des schwäbischen Stammes zu erklären, daß er allzeit treu zu Kaiser und Reich stehe. In seinem Namen taufte 1913 Herzog Albrecht von Württemberg das Linienschiff „König“. Zur Förderung der deutschen Seemacht übernahm der König 1900 den Schutz der württembergischen Abteilung des Flottenvereins und begünstigte die Tagung, die 1905 in Anwesenheit des Prinzen Heinrich von Preußen in Stuttgart die Anhängerschaft mehren und stärken sollte.

Der Ausbruch des Weltkriegs um das Dasein Deutschlands hat den König in Friedrichshafen überrascht. Die stürmischen Huldigungen, die ihm nach seiner sofortigen Rückkehr in die Hauptstadt gebracht wurden, waren der Ausdruck der Vaterlandsliebe, die in dem Fürsten den ersten Beschützer des Vaterlands sieht. Furchtlos und treu kämpfen seine Truppen. Innerlich mit ihnen immer verbunden, findet er sich manchmal in ihrer Mitte ein, während die Königin mit eifriger Fürsorge an der Spitze der Liebestätigkeit des Landes steht.

In der Lebenshaltung zeichnet sich der württembergische Hof, soweit nicht die Pflichten der Stellung königliche Prachtentfaltung verlangen, durch vornehme Einfachheit aus. Auch nach dem Regierungsantritt ist das Herrscher-

paar in dem heimeligen Wilhelmspalast wohnen geblieben. Hier finden auch die kleineren Einladungen statt, hier die zwanglosen Herrenabende, an denen König und Königin mit höheren Beamten und Vertretern von Kunst, Wissenschaft, Industrie und Finanz in Berührung kommen. Zum Sommeraufenthalt dient Schloß Friedrichshafen mit seinen herrlichen Anlagen am Ufer des Bodensees und das zum Jagdschloß umgewandelte Kloster Bebenhausen im wildreichen Schönbuch, wo zahlreiche Jagdgäste, darunter der Deutsche Kaiser und der König von Sachsen, sich schon eingestellt haben.

Größere Reisen in das Ausland verbietet der königliche Beruf. Ein mehrmaliger Aufenthalt in Kap Martin bei Mentone, ein neuerer in Wiesbaden war durch die Rücksicht auf die Gesundheit abgenötigt.

Zu den Liebhabereien des Königs gehören Hunde — die „Königsspißer“ sind berühmt geworden — und edle Pferde, die im Privatgestüt zu Weil gezüchtet und gepflegt werden. Eine große Vorliebe hat der König wie die Königin für das Theater, dessen Entwicklung in Stuttgart freie Bahn gelassen ist. Wichtig ist ihm die Kenntnis und Förderung der Geschichte seines Hauses und seines Landes. Deshalb hat er wohl auch die Wiederaufnahme der Benennung Württemberg für die von einer Grabkapelle eingenommene Stätte seines Stammschlusses genehmigt. Daß er aber kein Freund veralteter Böpfe ist, beweist die Aufhebung des mit Rang und Orden verbundenen Personaladels, der sehr zum Nachteil selbstbewußten Familiensinnes überhand genommen hatte. Gerne ergreift der König bei feierlichen Gelegenheiten das Wort zu klaren, gewinnenden Ansprachen; während er früher nach schriftlicher Vorbereitung sich auf sein Gedächtnis verlassen mußte, strömten ihm später die erwogenen Gedanken beim Sprechen zu und fanden ihren passenden Ausdruck.

Die wärmste Unterstützung findet bei König Wilhelm die Kunst. Er war sich, wie er selbst einmal aussprach, von der Thronbesteigung an bewußt, daß der politischen Tätigkeit eines Staates wie Württemberg enge Grenzen gezogen sind, daß aber in ihm durch künstlerische und wissenschaftliche Bestrebungen ein Kulturzentrum geschaffen werden kann, in dem mancherlei Interessen idealer Natur eine liebevolle und eigenartige Förderung erfahren. Das hat sich auf dem Gebiete der bildenden Künste gezeigt — ein dauerndes Denkmal bildet das Königliche Kunstgebäude —, am meisten aber bei der Pflege der Verehrung des erhabenen Dichtergeistes, der von Württemberg ausgegangen ist, Friedrich Schillers. Seit seinem Schreiben vom Jahre 1895, in dem der König selbst die Anregung zur Erweiterung des Marbacher zum Schwäbischen Schillerverein gegeben hat, ist das unvergleichliche Schillermuseum in Marbach erstanden, das eine Sammelstätte für schwäbische Literaturdenkmale und Erinnerungen geworden ist. Hier haben der König und die Königin mehrfach persönlich dem Andenken Schillers gehuldigt; vom Schillerverein wird unter steter Beihilfe des aller-

höchsten Schirmherrn das Bewußtsein dafür wachgehalten, was auch unsere Zeit an Schiller besitzt.

In der Familie durfte sich König Wilhelm des Glückes seiner Tochter, der Prinzessin Pauline, freuen. Am 7. Mai 1893 konnte sie nach Vorbereitung durch den damaligen Garnisonsprediger Blum in der Garnionskirche zu Ludwigsburg konfirmiert werden, wozu ihre hohe Tante, die Königinmutter der Niederlande, mit der Königin Wilhelmina sich einfanden. Die Feier machte einen so schönen und ergreifenden Eindruck, daß derselbe Geistliche auch zur Trauung der Prinzessin beigezogen wurde. Am 20. März 1898 verlobte sie sich mit dem am 27. Juni 1872 geborenen Erbprinzen Friedrich von Wied, der 1907 seinem Vater als Fürst folgen sollte. Die Freude des Königlichen Hauses wurde allerorts geteilt. In Stuttgart äußerte sie sich durch ein strahlendes Fest im Stadtgarten, an dem das Königspaar und die Verlobten teilnahmen, und durch reiche Beflaggung am 29. Oktober, dem Tage der Vermählung, zu dem wieder die Königin Wilhelmina erschien. Ein fröhlicher Schülerfackelzug, ein prächtiges Festspiel im Leibstallreithaus, das die Geschichte des württembergischen Heeres in Gruppenbildern darstellte, die Überreichung zahlreicher Hochzeitsangebinde, ein Ständchen des Liederfranzes waren Teile des Vermählungsfestes. Der Ehe sind 1899 der Erbprinz Hermann, 1901 der Prinz Dietrich entsprossen, die dem königlichen Großvater ans Herz gewachsen sind und sich gern zu Besuchen in Stuttgart oder Friedrichshafen einstellen.

Von dem engeren Königshause folgte Königin Olga am 30. Oktober 1892 dem vorangegangenen Gemahl. Mit ihr schied eine hoheitsvolle Frau und große Wohltäterin, der das Land vieles zu danken hatte. Am 3. Dezember 1898 entschlief die Schwester König Karls, Prinzessin Auguste zu Sachsen-Weimar, die mit dem volkstümlichen, 1901 gestorbenen Prinzen Hermann vermählt war. Schon am 6. Dezember erlag die andere Schwester, Prinzessin Katharine, die Mutter Seiner Majestät, einer Erkältungskrankheit. Eine überzeugte Christin und stille Armenfreundin, war sie getreu bis in den Tod. Mit treuer Sohnesliebe war ihr der König ergeben.

Auch in die Familie Ihrer Majestät riß der Tod herbe Lücken: am 10. Februar 1902 starb ihre Mutter, Prinzessin Bathildis von Schaumburg-Lippe zu Nachod, am 4. April 1906 der Vater, Prinz Wilhelm. Sie hatten miteinander die Freude erleben dürfen, daß sich die beiden Brüder und Söhne, die Prinzen Albrecht und Maximilian, jener 1897 mit der Herzogin Elsa, dieser 1898 mit der Herzogin Olga, den Töchtern der Herzogin Vera von Württemberg, vermählten, von denen freilich Prinz Maximilian 1904 den Seinen entrißen wurde.

Den äußeren Höhepunkt des Familienlebens bildete die Feier der Silberhochzeit des Königspaares am 7. und 8. April 1911. Alles, was das Land aufbieten konnte, um seiner freudigen Verehrung Ausdruck zu geben, hat es

aufgeboten. Landauf, landab wurden Blumentage veranstaltet, deren Ertragnis in Höhe von über 500 000 *M* dem Königspaar für wohlthätige Zwecke zur Verfügung gestellt und von ihm noch beträchtlich erhöht wurde. Am Vorfeiertag erschien ein Zeppelinluftschiff aus Friedrichshafen über dem Königlichen Schlosse und sandte einen Blumengruß herunter. Während der Abendtafel tauchten im Garten an den Fenstern Männergestalten auf in wallenden grünen Gewändern, die Häupter mit Efeu bekränzt, Fackeln in den Händen; weißgekleidete Frauen mit roten Rosenkränzen, die Arme voll Blumen, folgten ihnen. Als das Königspaar heraustrat, sprach eine der Frauen ein Märchen vom Wachsen der Kunst, das kein Märchen war. Blumenstreuend zogen ihre Genossinnen unter Mandolinenklang vorbei. Die Fackeln bewegten sich zu einem Altar, auf dem sie, ein Sinnbild der Liebe, in mächtiger Flamme zum Himmel loderten. Derselbe Abend brachte die Festvorstellung mit begeisteter Huldigung im Hoftheater. Der Hauptfesttag, auf den in Stuttgart auch der Blumentag fiel, zauberte hier ein nie gesehenes Leben auf die Straßen, die in großartigstem Gewand prangten. Im Residenzschloß wurden die Glückwünsche der fürstlichen Gäste, des Hofes und der geladenen Vertretungen entgegengenommen; der Oberhofprediger gab dem Fest die kirchliche Weihe. Nachmittags umjubelte die Bevölkerung die Wagen, in denen das Königspaar mit der fürstlich Wiedschen Familie eine Rundfahrt machte.

Nach der abendlichen Festtafel, bei der der König die warme Glückwunschede des Großherzogs von Baden tief und innig bewegt mit Dank an die Gäste beantwortete, brachten die Sänger Groß-Stuttgarts im Schloßhof ihre Lieder dar, und die Stadt Stuttgart huldigte noch besonders durch ein Feuerwerk mit zauberhafter Farbenstimmung. Das Königspaar drängte es nachher, öffentlich zu bezeugen, wie sehr es durch die allgemeine Teilnahme und durch alle die rührenden Rundgebungen treuer Liebe und Verehrung sich im Innersten ergriffen und zu unauslöschlichem Dank verpflichtet fühle.

Der Kreis der württembergischen Nebenlinien hat sich verengert. Am 5. November 1896 ist der österreichische Feldzeugmeister Herzog Wilhelm von Württemberg, aus der schlesischen Linie des Hauses, verschieden; am 22. Februar 1903 sein Bruder, der gütige und menschenfreundliche Herzog Nikolaus, durch dessen Tod die Karlsruher Besitzungen an König Wilhelm fielen. Am 11. April 1912 folgte Herzogin Wera, die Witwe Herzog Eugens, des Neffen dieser Brüder, die durch ihre Tätigkeit für das christliche Vereinswesen und die Armenanstalten so vieles gewirkt hatte; und als am 2. September die Äbtissin des adligen Frauenstifts Oberstenfeld, Herzogin Alexandrine Mathilde, die Augen geschlossen hatte, war der Name der ältesten ebenbürtigen Nebenlinie des württembergischen Hauses erloschen.

Die jetzt einzige ebenbürtige Nebenlinie ist vertreten durch Seine Königliche Hoheit den Herzog Philipp von Württemberg (geboren 1838), der auf Bitten der sterbenden Mutter katholisch erzogen worden ist, seine Gemahlin, Ihre Kaiserliche und Königliche Hoheit die Herzogin

Maria Theresia, des Erzherzogs Albrecht von Österreich Tochter, und drei Söhne: Herzog Albrecht (geboren 1865), der die ihm 1893 angetraute Erzherzogin Margareta Sophie schon 1902 nach glücklicher Ehe verlor, im Weltkrieg ein hervorragender Heerführer; Herzog Robert (geboren 1873), seit 1900 mit der Erzherzogin Maria Immaculata Raineria vermählt, und Herzog Ulrich (geboren 1877), die gleichfalls in höheren Stellungen mitkämpfen. Drei Prinzen und drei Prinzessinnen sind der Ehe Herzog Albrechts entsprossen.

Von den nicht ebenbürtigen Linien hat sich die der Fürsten von Teck nach England gewendet. Ihr entstammt die heutige Königin Mary, die mit König Wilhelm von Württemberg dieselbe Urgroßmutter, Herzogin Henriette, hat, und deren ältestem Bruder, wenn nicht der Großvater durch seine Ehe das Thronrecht verloren hätte, die nächste Anwartschaft auf die württembergische Krone zustände. Die zweite Linie, die der Herzoge und Fürsten von Urach, ist der Heimat treu geblieben. Ihr Haupt, Herzog Wilhelm, dessen zahlreiche Familie 1912 der verehrten Mutter beraubt wurde, steht gleichfalls als hochgeschätzter Führer im Felde.

Württemberg rüstet sich, das Regierungsjubiläum seines Königs Wilhelm II. zu begehen. Die Wunden, die der Weltkrieg geschlagen, werden die Freude nicht so laut werden lassen, wie dies in Zeiten des Friedens der Fall wäre. Aber das Land fühlt sich durch die Schwere der Lage mit dem Fürsten um so fester verbunden. Sein König ist sich — und das ist doch die vornehmste Aufgabe eines Fürsten — der Pflichten seiner Stellung klar bewußt und nimmt sie ernst. Ihm zur Seite standen immer trefflich gewählte Ratgeber. Er ist erfüllt von Güte und Wohlwollen. Vielseitige Bildung und ein nüchtern praktischer Verstand geben dem Wohlwollen die Richtung; der Sinn für Gerechtigkeit verleiht den nötigen Einschlag von Strenge. Für geleistete Dienste ist er aufrichtig dankbar, für kleine wie für große. Je mehr der König sich bewußt war, daß die Kräfte Württembergs nicht dazu angetan sind, eine europäische Rolle zu spielen, desto mehr ist er in dem Bestreben aufgegangen, ein gut deutscher Fürst und ein Vater seines Stammlandes zu sein; und so steht denn Seine Majestät beim Regierungsjubiläum da als ein König nach dem Herzen seiner Württemberger.

Quellen:

- Wilhelm II. König von Württemberg, Ludwigsburg, 1891.
 Biesendahl, König Wilhelm II. von Württemberg (Soldatenbibliothek, 4. Heft.
 Rathenow, ohne Jahr [1891]).
 Bacmeister, Wilhelm II. König von Württemberg, Salon bei Ludwigsburg, 1898.



Die allgemeine Entwicklung Württembergs in den Jahren 1891 bis 1916

Von Oberstudienrat Dr. Egelhaaf

I. Die innere Entwicklung Württembergs

Thronbesteigung

Am 6. Oktober 1891, früh 6 Uhr 50 Minuten, verschied nach langem, geduldig ertragenem Leiden König Karl, und Wilhelm II. überkam, in einem Alter von 43 Jahren, den Thron. In einer warmen und herzlichen Ansprache an das württembergische Volk gedachte der neue König mit innigen Worten seines Oheims als eines „gütigen Fürsten, dessen edles Herz stets für alles Schöne und Hohe schlug“, und gelobte, die Verfassung getreu zu wahren, Frömmigkeit und Gottesfurcht zu pflegen, den Armen und Schwachen ein warmer Freund und Helfer, dem Rechte allzeit ein eifriger Hüter zu sein und seine Stellung als Regent eines deutschen Staats in unerschütterlicher Treue zu den abgeschlossenen Verträgen wahrzunehmen. Am 8. Oktober erging ein Tagesbefehl an das XIII. Armeekorps, der es zur Bewahrung der ersten Soldatentugenden, der Treue, des Mutes, der Ausdauer, der Mannszucht und des Gehorsams, ermahnte, damit die Truppen in Hingebung an den König und an den obersten Kriegsherrn dem Namen des Armeekorps Ehre machen. Dann folgte ein Gnadenakt, der eine Reihe gerichtlich erkannter Strafen nachließ. Die Bestattung des verewigten Herrschers erfolgte am

9. Oktober in Anwesenheit des Kaisers unter großer Feierlichkeit; als Vertreter des nahe verwandten russischen Hofes war der Großfürst Michael, der Bruder der Königin-Witwe Olga, erschienen. Am 12. Oktober bestätigte der König das bisherige Ministerium, an dessen Spitze der Freiherr Hermann von Mittnacht stand; dem greisen Finanzminister von Renner ward der Eintritt in den Ruhestand verwilligt und zu seinem Nachfolger der Wirkliche Staatsrat von Riecke ernannt. Am 13. Oktober nahm der König den Titel Wilhelm II. an; auf den 22. Oktober erfolgte die Berufung der Ständerversammlung, die der König mit einer Thronrede eröffnete, in der er die Versicherung gab, daß das Glück seines Volkes die einzige Richtschnur seines Handelns sein werde.

Ministerium von Mittnacht

Die politische Leitung des Staates lag in den Händen Hermann von Mittnachts (1825—1909), eines überaus klugen und erfahrenen Staatsmannes, der auch zu den besten parlamentarischen Rednern Deutschlands gehörte und namentlich in der Debatte gleich gewandt im Vorstoß war wie in der Abwehr. Seit 24 Jahren (seit 1867) im Amt eines Ministers stehend, seit 1873 Ministerpräsident, seit 1887 Freiherr, verkörperte er gewissermaßen die politische Überlieferung des Landes, dessen Regierung seit dem Eintritt Württembergs ins Deutsche Reich stets loyal deutschpatriotisch und dabei auf die Erhaltung der dem König und dem Staate verbliebenen Rechte gerichtet war, also die gegebene Linie zwischen Unitarismus und Partikularismus innehielt. Mittnacht, ursprünglich großdeutscher Partikularist, hatte sich das besondere Vertrauen Bismarcks erworben, obschon er dessen Reichseisenbahngedanken 1876 mit zum Scheitern brachte, und hielt dem großen Staatsmann auch nach dessen Sturz die Treue. In der Zweiten Kammer besaß die am 7. August 1866 gegründete Deutsche (nationalliberal-freikonservative) Partei vermöge der Stimmenzahl ihrer Mitglieder (fast die Hälfte der 70 gewählten Abgeordneten) und der nahen Beziehungen, welche sie mit der großen Mehrzahl der Bevorzurechten verbanden, den maßgebenden Einfluß. Obschon von 1866 bis 1870 zwischen ihr und Mittnacht ein scharfer Gegensatz bestanden hatte und obschon der Minister ihr innerlich kaum je gewogen war, so ergab sich doch aus den Verhältnissen, wie sie seit dem 25. November 1870 (S. 50) sich gestaltet hatten, ein tatsächliches Zusammengehen der Regierung und der Deutschen Partei, welches auch durch die Krisis von 1876, infolge deren die Regierung die dem Reichseisenbahngedanken geneigten Reichstagsabgeordneten der Partei 1877 bei den Neuwahlen zu Fall brachte, nicht dauernd beeinträchtigt wurde. Der Minister verstand es, wie auch ihm ferner Stehende bereitwillig einräumten, ein gutes Verhältnis zu den Abgeordneten zu erhalten, ohne jemals aus der Unnahbarkeit dessen herauszutreten, der die Autorität des Staates verkörperte.

Um die Zeit des Thronwechsels war aber die Stellung der Deutschen Partei im Lande bereits erschüttert, obwohl sie bei den Wahlen vom De-

zember 1889 nochmals vier Wahlbezirke gewonnen hatte. Abgesehen von der steigenden Einsicht, daß den Finanzen nur durch Einführung der Einkommensteuer in gerechter und wirksamer Weise aufzuhelfen sei, waren es vor allem drei Dinge, die mehr und mehr zu volkstümlichen Forderungen wurden: die Einführung der zweijährigen Dienstzeit im Heere, die Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher und die Umgestaltung der Zweiten Kammer durch Austritt der Bevorrechteten zur „reinen Volkskammer“; dieser Zweck sollte durch eine „Revision der Verfassung“ erreicht werden. Die zweijährige Dienstzeit wurde 1893 im Reiche auf Probe, 1905 dauernd eingeführt. Die Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher kam vornehmlich durch die Wirren in Mißkredit, welche 1892—1894 bzw. 1904 in Heilbronn zwischen den bürgerlichen Kollegien und dem Oberbürgermeister Hegelmaier bestanden und zu dessen vorübergehender Enthebung vom Amte führten. Die Verfassungsrevision war seit 1848 eine Forderung der Linken, wurde aber — wie die zwei ersterwähnten Punkte — schließlich von allen politischen Parteien in ihr Programm aufgenommen. Aber alle Versuche, sie zustande zu bringen, scheiterten immer wieder daran, daß entweder zwischen der Regierung und der Zweiten Kammer ein Einvernehmen nicht erzielt wurde oder in der Kammer selbst es zur Bildung einer Mehrheit nicht kam; was den einen zu wenig war, erschien den anderen schon als zu viel. Es konnte nicht ausbleiben, daß das Volk ungeduldig wurde und daß es das Mißlingen aller Anläufe zu Reformen der Partei zuschrieb, welche in der Kammer tonangebend war. Man sagte, daß, wenn es der Deutschen Partei wirklich ernst mit dem liberalen Fortschritt wäre, sie der Regierung gegenüber schärfere Saiten aufziehen und ihr die Wahl zwischen Nachgeben und Konflikt stellen würde. Die Partei sei aber im Grunde mit den bestehenden Verhältnissen gar nicht unzufrieden, weil die Schultheißen meist auf ihrer Seite ständen und weil sie in der Kammer in entscheidenden Fragen von seiten der 13 Ritter und 6 evangelischen Prälaten stets starken Zulauf erhalte; und darauf vor allem beruhe ihre ganze politische Stellung.

Unter diesen Umständen erfolgten am 1. Februar 1895 die Neuwahlen zur Zweiten Kammer, und diese ergaben einen völligen Umsturz der parlamentarischen Lage. Die weitaus stärkste Partei wurde nunmehr die Deutsche Volkspartei, welche statt 22 Sitze 31, also über $\frac{3}{7}$ der gewählten Abgeordneten, erlangte. Ihr folgte das Zentrum, das in Voraussicht der Wahlen am 14. Mai 1894 vor allem auf Betreiben des Reichstagsabgeordneten für den 15. Wahlkreis (Blaubeuren-Münsingen-Ehingen-Laupheim), des Landrichters Gröber, gegründet worden war; infolge davon hatte sich die 18köpfige ministerielle Landespartei, die etwa hälftig aus Katholiken bestand, mit Schluß des Landtags aufgelöst. Das Zentrum gewann 18 Wahlkreise. An dritter Stelle erst folgte die bisher stärkste Fraktion, die der Deutschen Partei, welche am 21. Februar 1892 ein neues Programm aufgestellt und am 8. Mai desselben Jahres ihr 25jähriges Bestehen gefeiert hatte; sie vermochte nur ein Drittel ihres Besitzstandes, 10 Wahl-

freie von 29, zu retten. Ihr Führer war der neue Abgeordnete von Eßlingen, Reichsgerichtsrat a. D. von Geß. Außerdem wurden 2 Sozialdemokraten, 1 Konservativer und 4 Wilde gewählt. Die letztgenannten 5 traten mit der Mehrzahl der Bevorrechteten zur „Freien Vereinigung“ zusammen. Bei der Neubesezung der Stelle des Präsidenten der Zweiten Kammer gingen Volkspartei und Zentrum zusammen; infolge davon erhielt der bisherige Präsident, Staatsrat von Hohl (Landespartei), nur noch 32 Stimmen, während 52 auf den Führer der Volkspartei, Rechtsanwalt Friedrich Payer in Stuttgart, entfielen. Mit 49 Stimmen gegen 31 für den von der Freien Vereinigung vorgeschlagenen deutschparteilichen Kanzler der Universität, Karl von Weizsäcker, ging am 22. Februar Kiene (Zentrum) als Vizepräsident hervor.

Angesichts dieser ganz neuen Lage sah man mit Spannung dem Verhalten der Regierung entgegen, welche der Mehrheit, mit welcher sie fast ein Vierteljahrhundert zusammen gearbeitet hatte, durch das Verschwinden der Landespartei und die Niederlage der Deutschen Partei beraubt war. Würde sie zurücktreten oder mit der neuen Mehrheit sich abfinden? Es entsprach der Auffassung des führenden Staatsmannes, neu aufkommenden Strömungen, von deren Kraft er sich überzeugte, nicht zu widerstreben, sondern sich ihnen anzupassen und so ihre Leitung an sich zu nehmen. So war Mittnacht 1870 verfahren, als der Wind die Segel der Deutschen Partei schwellte; so verfuhr er jetzt, als das Glück dieser Partei endgültig den Rückenkehrte und die Demokratie ihre Stelle einnahm.

Bei den letzten Versuchen einer Verfassungsrevision hatte das Ministerium 1888 in vertraulichen Verhandlungen vorgeschlagen, alle Bevorrechteten in die Erste Kammer zu versetzen und an ihrer Stelle Vertreter der Höchstbesteuerten in die Zweite Kammer aufzunehmen. Der Vorschlag war gescheitert, weil man sich weder über den Begriff „Höchstbesteuert“ noch über die Verteilung der Höchstbesteuerten in den einzelnen Gemeinden zu einigen vermochte. Im Jahre 1894 schlug die Regierung einen Gesetzentwurf vor, der die Bevorrechteten in verminderter Zahl — 8 Ritter, 4 Vertreter der evangelischen, 2 der katholischen Kirche, 1 der Universität, 1 der Technischen Hochschule — im Hause belassen und an die Stelle der Auscheidenden 3 Vertreter der 12 landwirtschaftlichen Gauverbände, die aus den 64 Bezirksvereinen gebildet sind, und 3 der Handels- und Gewerbekammern setzen wollte. Dieser Vorschlag schien aber an Stelle der wegfallenden Vorrechte neue zu schaffen, und die damalige Mehrheit der Abgeordneten wollte sich nur zur Vermehrung der Zahl der städtischen Vertreter herbeilassen. Somit war auch dieser Versuch ergebnislos. Immer aber war die Regierung bisher auf dem Standpunkt gestanden, daß ein bloßes Ausscheiden der 23 Bevorrechteten nicht annehmbar sei, daß ein Ersatz derselben durch andere, „stabilere“ oder konservative Elemente im Interesse der ruhigen Entwicklung des Staats unbedingt geboten sei. Jetzt erklärte von Mittnacht am 5. März 1895 in

der Kammer, daß die Stellung der Regierung nicht die eines bloß passiven Widerstandes sei, daß sie im Verein mit den beiden Kammern eine Lösung auf Grund der jetzigen Situation suchen wolle, und diese sei dadurch bezeichnet, daß die Mehrzahl der Gewählten gegen die Beibehaltung der Vorrechte der Geburt oder des Amtes sei. Mit dieser Tatsache (welche aber auch früher schon ebenso feststand) hätten die Regierung und die Parteien zu rechnen. Die Regierung verzichte nicht gern auf die Privilegierten, welche an Eifer, Fleiß, Hingebung, Intelligenz und Patriotismus ihren Kollegen nicht nachgestanden seien; aber sie könne angesichts der früheren Vorgänge und ihrer eigenen früheren Vorschläge nicht ein *non possumus!* sprechen, sondern wolle die Angelegenheit weiterführen. Der Ministerpräsident sprach es mit aller Bestimmtheit aus, daß er nicht daran denke, die Führung aus der Hand zu geben; ohne das Vorgehen der Regierung sei ja an ein Ergebnis nicht zu denken, da die Volkspartei und das Zentrum in der Zweiten Kammer bloß über 53 Stimmen, nicht aber über die erforderliche Zweidrittelmehrheit verfügten und da zum Gelingen auch die Zustimmung der Kammer der Standesherrn notwendig sei. Diese Erklärung wurde nach dem amtlichen Kammerbericht „mit allseitigem Beifall“ aufgenommen. Als Ersatz für die Bevorrechteten faßte die Adresse der Zweiten Kammer an den König Abgeordnete ins Auge, welche zum Schutz der Minderheiten nach dem Verhältnismahlrecht („Proporz“) in größeren Kreisen auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts zu wählen seien.

Die Reform wurde nicht übereilt, weil der soeben erst gewählten Kammer der Lebensfaden nicht allzu schnell abgeschnitten werden sollte. Am 29. Juni 1897 gelangte aber ein Entwurf an die Stände, der die Vermehrung der Kammer der Standesherrn, die künftig „Erste Kammer“ heißen sollte, von 32 auf 47 Mitglieder vorschlug; es sollten in sie übertreten 8 Ritter, 2 Vertreter der evangelischen Kirche (der Präsident des Konsistoriums und der dienstälteste Generalsuperintendent), 1 der katholischen Kirche (der Bischof), je 1 Abgeordneter der Universität und der Technischen Hochschule, und die Zahl der vom König auf Lebenszeit berufenen Mitglieder sollte von 6 auf 10 gebracht werden. Die Vertretung der Standesherrn durch Agnaten ward beibehalten. Die Zweite Kammer sollte als Ersatz für die 23 Bevorrechteten 2 weitere Abgeordnete für Stuttgart (zusammen also 3) erhalten, dann 21 Abgeordnete, welche unter Anwendung der Verhältnis- (Proporz-) und Listenwahl in den vier Kreisen erwählt werden sollten, und zwar 7 im Neckarkreis, je 5 im Schwarzwald- und Donaukreis und 4 im Jagstkreis. Da die Zweite Kammer künftig ganz aus Vertretern von Wählern bestehen würde, die meist keine Einkommensteuer zahlen, so sollte, wenn die Erste Kammer eine Ausgabe mit Zweidrittelmehrheit ablehne, deren Aufrechterhaltung nur erfolgen, wenn in der Zweiten Kammer eine Zweidrittelmehrheit dafür sich ausspreche. Da vielfach große Bedenken gegen den „Proporz“ bestanden, der die Wahlfreiheit der einzelnen Wähler zugunsten der Parteiführer aufhebe

und für den einfachen Mann ganz unübersichtlich sei, so befürwortete die Deutsche Partei den Verzicht auf jeden Ersatz für die Bevorrechteten, um so mehr, als ja das Wahlrecht für die Bezirkswahlen und die Verhältniswahlen dasselbe sei, also ein innerer Unterschied zwischen den Ergebnissen beider Wahlarten nicht zu erwarten sei. Demgemäß trat diese Partei für die sogenannte kleine Volkskammer aus Abgeordneten der 63 Bezirke und der 7 „guten Städte“ ein. Dieser Vorschlag ward aber am 18. März 1898 mit 52 gegen 34 Stimmen abgelehnt, und am 5. April wurde der ganze Regierungsentwurf mit 69 gegen 18 Stimmen angenommen. In den Bestimmungen über die künftige Zusammensetzung der Ersten Kammer sah das Zentrum eine Verschiebung des konfessionellen Stärkeverhältnisses zuungunsten der Katholiken und machte deshalb seine endgültige Zustimmung zu der Reform davon abhängig, daß die in § 78 der Verfassungsurkunde gewährleisteten bischöflichen Rechte genau festgestellt und in die Verfassung selbst aufgenommen, also unter den Schutz einer Zweidrittelmehrheit gestellt würden. Die Staatsregierung verhielt sich hiegegen entschieden ablehnend, und ebenso verwarf die Mehrheit der Kammer die von dem Zentrum im Sinne seiner Forderung gestellten Anträge. Das Zentrum behielt sich nun zunächst seine Stellungnahme zur Verfassungsdurchsicht vor; weil damals im bischöflichen Amt ein zweimaliger Wechsel eintrat (am 12. Mai starb der Bischof von Reiser und sein Nachfolger von Vinsennmann folgte ihm am 21. September auch unerwartet rasch im Tode nach, worauf der Professor der Theologie Dr. Paul Keppler in Freiburg gewählt wurde), so war die Stellung der kirchlichen Autorität zur ganzen Sache ungewiß. Am Ende schloß sich das Zentrum am 21. Dezember 1898 mit 12 Rittern (Freiherr Wilhelm von Gemmingen fehlte) und den 6 Prälaten zusammen und brachte so 38 Stimmen gegen das Verfassungsgezet auf. Da nur 48 Stimmen dafür abgegeben wurden — von der Volkspartei, der Deutschen Partei, dem Kanzler von Weizsäcker und 7 Konservativen —, so war die Zweidrittelmehrheit (58 Stimmen bei 86 Anwesenden) nicht erreicht und die Reform abermals gefallen. Das Zentrum ward außer durch die Ablehnung seiner Anträge durch die Besorgnis bestimmt, daß infolge des Übertritts von etwa 18 protestantischen Bevorrechteten in die Erste Kammer deren katholische Mehrheit zerstört werden würde. Für die Prälaten war maßgebend der Umstand, daß die Erste Kammer als Preis ihrer Zustimmung zur Demokratisierung der Zweiten Kammer die Gewährung eines verbesserten Budgetrechts nach den Vorschlägen des Entwurfs (S. 30) forderte; die Volkspartei und die Deutsche Partei wollten aber nichts weiter gewähren als das Zugeständnis, daß auf Verlangen der Ersten Kammer die nochmalige Beratung eines ihr wichtig erscheinenden Budgetpostens sollte in der Zweiten Kammer stattfinden müssen; beharre dann die Zweite Kammer auf ihrer Ansicht, so müsse es dabei verbleiben. Bei einer solchen Ordnung der Dinge glaubten die Prälaten die Interessen der evangelischen Kirche, deren Kirchengut 1806 vom Staate weggenommen

worden war und die seitdem vom Staat unterhalten wurde, verglichen mit dem jetzigen Stand der Dinge nicht genügend sichergestellt und hielten ihre Sitze in der Zweiten Kammer und damit ihren Teil am vollen Ausgabebewilligungsrecht fest. Für die Ritter, welche seit bald 100 Jahren einen parlamentarischen Adel des Landes bildeten, aus dem mancher vortreffliche und hochverdiente Mann hervorgegangen war, kamen ähnliche Erwägungen in Betracht, aber auch das Gefühl, daß sie ein ihnen zustehendes und treu ausgeübtes Recht sich nicht entreißen lassen dürften, in ihrem Interesse wie in dem des Landes. Unter diesen Umständen ist aus der ganzen Bewegung nur ein positives Ergebnis erwachsen, die Änderung des Landtagswahlverfahrens durch das Gesetz vom 28. Januar 1899, das die Abgabe der Stimmzettel in Umschlägen zur größeren Sicherheit der geheimen Abstimmung anordnete.

Die Frage der Neuregelung des Budgetrechts der Ersten Kammer wurde auch verhängnisvoll für die von dem Finanzminister Dr. von Riecke mit außerordentlichem Nachdruck geförderte Steuerreform, deren Hauptstück die Einführung einer ergänzenden Einkommensteuer war. Riecke war es nicht mehr vergönnt, den Abschluß seines Werkes auch nur in der Zweiten Kammer zu erleben. Er starb am 9. März 1898 und erhielt als Nachfolger den Ministerialdirektor Präsidenten von Zeyer, der sich der Verabschiedung des Entwurfs mit allem Eifer annahm. In der Zweiten Kammer wurde das Verlangen der Standesherrn, daß jede künftige Erhöhung der Einkommensteuer im Wege der ordentlichen Gesetzgebung zu erfolgen habe (wonach also nicht die wesentlich auf dem Massenwahlrecht beruhende Zweite Kammer allein diese Erhöhung sollte beschließen können), am 2. Juli 1898 mit den 40 Stimmen der Volkspartei und der Deutschen Partei abgelehnt, gegen 36 der Freien Vereinigung und des Zentrums, obwohl schließlich der Ausschuß der Kammer im Interesse des Gelingens der Reform zur Nachgiebigkeit geraten hatte. Das ganze Gesetz fand am 5. Juli eine Mehrheit von 60 gegen 14 Stimmen. Für die Forderung der Kammer der Standesherrn hatte sich also nicht einmal eine einfache, geschweige denn die für eine Verfassungsänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit ergeben. Ebensowenig ward ein Einvernehmen über den Steuersatz erzielt. Die Zweite Kammer wollte ursprünglich bis auf 6 % des Einkommens hinaufgehen; schließlich wollte sie es bei 5 % belassen; die Standesherrn hielten aber auch diesen (nirgends sonst bestehenden) Satz für unheilvoll und wollten über 4,40 % nicht hinausgehen. Der Ausschuß der Kammer der Standesherrn schlug schließlich am 12. Januar 1899 bei 100 000 M. Einkommen 4,40 %, bei mehr 5 % vor; allein die Kammer selbst beharrte mit 14 gegen 12 Stimmen bei ihren Sähen, und so verzichtete die Zweite Kammer am 16. Januar mit 72 gegen 11 Stimmen auf die weitere Beratung des Entwurfs.

Nicht besser erging es den Vorschlägen zu einer Verwaltungsreform, die der Minister des Innern Dr. von Pischek, der auf den am 6. Dezember 1893 gestorbenen Minister von Schmid gefolgt war, den Ständen vorlegte. Ein Vorschlag von 1895 wollte für die größeren Städte die sogenannte Magistratsverfassung einführen, also durch die Wähler eine Stadtverordnetenversammlung wählen lassen, die dann ihrerseits den kollegialen Gemeindevorstand wählen sollte. Allein die Fraktionen der Zweiten Kammer wollten davon nichts wissen; selbst die im Hause sitzenden Ortsvorsteher der größeren Städte erklärten, daß sie lieber von der gesamten Wählerschaft abhängen wollten als von Gemeindefollegien. Am 2. Dezember 1904 wurde die Magistratsverfassung nochmals mit 36 gegen 36 Stimmen durch Stichentscheid des Präsidenten Payer abgelehnt. Im Jahre 1898 brachte nun von Pischek ein Gesetz über die Amtsobliegenheiten der Ortsvorsteher und der Verwaltungsaktuare ein. Die Hauptsache war dabei die Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher, womit sich — im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches am 1. Januar 1900 — eine Beschränkung ihrer Obliegenheiten ergab, besonders bei der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Bei den künftigen, nur auf Zeit gewählten Ortsvorstehern konnten nicht mehr mit Sicherheit dieselben juristischen Kenntnisse wie bisher vorausgesetzt werden; es sollte ihnen also von der freiwilligen Gerichtsbarkeit nur verbleiben, was sie voraussichtlich alle besorgen könnten: Abfassung von Kaufverträgen, Stellung von Pflegerechnungen, Mitwirkung bei der Schätzung von Liegenschaften, allenfalls die vorübergehende Führung eines Grundbuchs. Die polizeiliche Strafgewalt der Ortsvorsteher sollte auf die Hälfte des bisherigen Maßes herabgesetzt und eine Reihe von Strafverfügungen den Oberämtern zugewiesen werden. Die Abgeordnetenkammer nahm das Gesetz an; der Vorschlag der Regierung aber, das Gesetz auf die schon gewählten Ortsvorsteher rückwirken zu lassen, ward gegen die Stimmen der Linken als unbillig abgelehnt, obwohl der Entwurf vorsah, daß den etwa nicht wiedergewählten Ortsvorstehern ihr Gehalt bis ans Lebensende fortbezahlt, ihre wohl erworbenen Vermögensrechte also geachtet werden sollten. Die Verwaltungsaktuare, die bisher ganz von der Willkür der Gemeindebehörden abhingen, sollten in ein vom allgemeinen Wahlrecht unabhängiges Körperschaftsamt mit festem Amtsbezirk und fester Besoldung umgestaltet werden und so den Ortsvorstehern ein selbständiger Beamter zur Seite treten, was alten Wünschen der Verwaltungsaktuare Genüge tat. Die Kammer der Standesherrn war aber der Ansicht, daß in der besonders freisinnig gestalteten Gemeindeverfassung und Gemeindeverwaltung Württembergs die Lebenslänglichkeit des Ortsvorstehers das einzig konservative Gegengewicht bilde; durch dessen Wegnahme würde der Gemeindeverfassung das Rückgrat entzogen und ihr ein so radikaler Charakter gegeben, daß die Grundlagen des Staatslebens gefährdet würden. Das wäre nur zu vermeiden, wenn den Ortsvorstehern die Strafrechtspflege, die frei-

willige Gerichtsbarkeit und ihr Anteil an der Landespolizeigewalt völlig entzogen würden, nicht bloß zum Teil. Denn das alles seien königliche Hoheitsrechte, welche man den nur auf Zeit gewählten, von den Wählern stets abhängigen Ortsvorstehern nicht ausliefern dürfe. Vergebens versuchte der Minister von Pischel am 13. Januar 1899 die Kammer der Standesherrn wenigstens zum Eingehen auf die Beratung des Entwurfs zu bewegen, indem er darauf hinwies, daß durch ein ablehnendes Votum nur die radikalen Bestrebungen Wind in die Segel erhalten würden und daß auch die Absicht der Regierung vereitelt werde, durch die neue Rechtsstellung der Verwaltungsaktuelle der Gemeindeverwaltung ein konservatives Element einzufügen. Die Erste Kammer nahm am 13. Januar 1899 den kurz angebundenen Antrag ihres Ausschusses an, der auf die Ablehnung des Eintretens in die Beratung ging, und damit war auch diese Reform gescheitert. Der nach den Wahlen von 1895 mit so großen Hoffnungen begrüßte neue Landtag hatte sich, abgesehen von dem Gesetz über die Religionsreversalien (S. 44) und die Wahlzettelumschläge (S. 31), völlig unfruchtbar erwiesen; man sprach von ihm als dem „vergeblichen Landtag“, und alle Parteien und beide Kammern schoben jeweils dem anderen Teil die Verantwortung für die Fehlschläge zu.

Ministerium von Breitling

Unter dem Eindruck dieser Dinge ging man den Neuwahlen zum Landtag entgegen, die mit einem bedeutsamen Wechsel in der Staatsregierung zusammentrafen. Am 9. November 1900 trat Ministerpräsident Freiherr von Mittnacht im Alter von 75 Jahren wegen eines immer fühlbarer werdenden Augenleidens in den Ruhestand, den er noch fast 8½ Jahre lang genoß († 2. Mai 1909), und an seiner Stelle wurde der Kriegsminister Freiherr Schott von Schottenstein zum Präsidenten des Staatsministeriums ernannt, während das Auswärtige und die Verkehrsangelegenheiten an den Freiherrn Julius von Soden übergingen. Die Landtagswahlen wurden am 5. Dezember vorgenommen und lieferten das Ergebnis, daß die Volkspartei gegen 1895 drei Mandate verlor und auf 28 Mann zurückging; an zweiter Stelle stand das Zentrum mit 18 Mitgliedern, an dritter die Deutsche Partei mit 12, an vierter die Konservativen und Bauernbündler mit 6, an fünfter die Sozialdemokratie mit 5; ein Abgeordneter war „wild“. Stimmen wurden von 443 000 Wahlberechtigten abgegeben 315 000, davon für die Volkspartei 77 500, für das Zentrum 77 200, für die Deutsche Partei 63 000, für die Sozialdemokratie 58 600, für die Konservativen und Bauernbündler 30 000. Einer Anregung aus der Mitte der neuen Kammer, ob die Regierung nicht wieder mit Vorschlägen über die Verfassungsreform hervortreten wolle, setzte der Ministerpräsident am 24. Januar 1901 die Erklärung entgegen, daß das aussichtslos erscheine und also unterbleiben müsse. Nicht lange darauf nahm er unter Berufung auf seine leidende Gesundheit seinen Abschied;

am 20. März übernahm der Justizminister Dr. von Breitling, der 1896 auf von Faber (1878—1896) gefolgt war, seine Vertretung; am 11. April ward er endgültig zum Ministerpräsidenten ernannt. Das Kriegsministerium übernahm der General von Schnürlen, auf den 1906 der General von Marchtaler folgte. Nun entschloß sich der Minister des Kirchen- und Schulwesens Dr. von Weizsäcker, der nach dem Tode von Sarweys (1. April 1900) ins Amt getreten war, im Hinblick auf die Wünsche des Volksschullehrerstandes und auf die Schwierigkeiten, welche den Kirchen bei dem nachlassenden Zustrom an Studenten der Theologie aus der Geschäftsüberlastung mit der geistlichen Schulaufsicht erwuchsen, den Ständen eine Novelle zum Volksschulgesetz vorzulegen. Eine solche war schon 1894 zu Art. 3 Abs. 1 des Volksschulgesetzes vom 29. September 1836 eingebracht worden; sie wurde am 22. März 1895 Gesetz und schuf die bisherige mangelhafte „Sonntagschule“ zu einer allgemeinen Fortbildungsschule für die aus der Volksschule entlassene männliche Jugend mit zweijähriger Besuchspflicht um; der Unterricht sollte am Werktag stattfinden und nur unter besonderen Verhältnissen auf Sonntag verlegt werden; für die weibliche Jugend konnten die bürgerlichen Kollegien ebenfalls allgemeine Fortbildungsschulen errichten. Die neue Novelle, die dem Präsidium des Ständischen Ausschusses am 2. April 1902 zuging, bezeichnete in Art. 1 die Fächer, in welchen die Volksschüler zu unterweisen seien, setzte in Art. 2 als Höchstzahl der in einer Klasse zu unterrichtenden Schüler 70 fest und ordnete in Art. 3 an, daß die Schulstellen in der Regel mit ständigen Lehrern zu besetzen seien. Nach Art. 4 sollte die Bezirksschulaufsicht im allgemeinen wie bisher durch Geistliche der betreffenden Konfession in widerruflicher Eigenschaft ausgeübt werden; aber für größere, nach Bedarf neu zu bildende Bezirke sollten Bezirksschulaufsichter im Hauptamt bestellt werden können, und zwar sowohl Geistliche als Schulmänner. Nach Art. 5 sollte die konfessionelle Oberschulaufsicht bestehen bleiben; für die evangelische Schule war ein besonderer Oberschulrat vorgesehen; als katholischer Oberschulrat sollte der katholische Oberkirchenrat eintreten. Die Volksschulaufsicht war in Württemberg bisher eine rein geistliche. Der Entwurf wählte eine mittlere Linie. Er wurde daher von den Freunden der bestehenden Ordnung wie von den Vertretern einer radikalen Lösung aufs lebhafteste bekämpft und löste weiterhin durchgreifende kirchenpolitische Gegensätze aus. Schließlich nahm aber die Abgeordnetenversammlung das Gesetz vom 11. Februar 1903 mit 55 gegen 25 Stimmen an. Die Minderheit bestand aus den Abgeordneten des Zentrums und der Sozialdemokratie.

Nicht lange nachher, am 8. August 1903, gelangte die von dem Finanzminister von Beyer im Mai 1901 abermals vorgelegte Steuerreform zum Abschluß, welche die nach der Leistungskraft von 500 M an abgestufte staatliche Einkommensteuer enthielt und auch das Gemeindebesteuerungsrecht

durch Zuweisung des Rechts der Gemeinden auf Erhebung eines Zuschlags zu der staatlichen Einkommensteuer für sie selbst auf neue Grundlagen stellte. Die Zweite Kammer, welche noch am 28. Juni 1902 den Höchstfuß der Einkommensteuer von 6 % gefordert hatte und keinerlei Verbesserung des Budgetrechts der Standesherrn hatte zugestehen wollen (Mehrheit 47 gegen 34), willigte unter wesentlicher Einwirkung des Präsidenten Friedrich Payer, der ein abermaliges Scheitern der Reform durchaus verhüten wollte, am 14. Mai 1903 mit 72 Stimmen gegen 6 darein, daß für Einkommen von 200 000 *M* und mehr der Höchstattarif auf 5% gestellt wurde und daß eine etwaige Erhöhung der Einkommensteuer allein der ordentlichen Gesetzgebung vorbehalten bleibe, also von der Zustimmung der Kammer der Standesherrn abhängig sein solle. Eine Erhöhung dieser Steuer im Zusammenhang mit der Erhöhung aller anderen Steuern solle zwar im Weg des Finanzgesetzes, d. h. von der Zweiten Kammer allein, aber nur für die Dauer einer Finanzperiode beschlossen werden können und nur bis zum Betrag des aus vier Jahren zu ermittelnden Verhältnisses des Rohertrags der Einkommensteuer zu dem Rohertrag der übrigen Steuern, womit einer ausschließlichen Anziehung der Einkommensteuerschraube vorgebeugt war. Die Kammer der Standesherrn trat diesem Kompromiß am 6. Juni mit 23 gegen 4 Stimmen bei, womit die vor vier Jahren gescheiterte hochwichtige Reform glücklich unter Dach war. Der Abschluß erfolgte am 17. Juli 1903, indem alle noch vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Kammern ausgeglichen und im Gemeindesteuergesetz die Erlaubnis, 50 % von der Staatseinkommensteuer für die Gemeinden zu erheben, festgelegt wurde. Durch Gesetz vom 10. Mai 1914 wurde gestattet, diesen Zuschlag bis auf 75 % zu erhöhen. Dasselbe Gesetz steigerte die Hundesteuer der Gemeinden von 20 auf 30, in mittleren und großen Städten auf 40 *M*. Am 31. Juli 1915 ist wegen der großen Kriegskosten eine Vermögenssteuer von einer Mark auf tausend mit der Maßgabe eingeführt worden, daß Vermögen von nicht mehr als 20 000 *M* auf alle Fälle, solche von nicht mehr als 50 000 dann steuerfrei sind, wenn der Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Jahreseinkommen von weniger als 2000 *M* zur Einkommensteuer veranlagt ist.

Weniger günstig verliefen die Dinge bezüglich der Schulnovelle. Hier spielten eben die kirchenpolitischen Gegensätze eine wichtige Rolle. Nach eingehender Diskussion lehnte die Kammer der Standesherrn am 8. Juli 1904 den Art. 4, der der fachmännischen Aufsicht Raum gönnte, ab und setzte an seine Stelle die Bestimmung, daß die Schulaufsicht im Hauptamt, aber unter Ausschluß von Schulmännern ausgeübt werden könne. Der Ministerpräsident von Breitling hatte schon während der Beratung eine Erklärung der Regierung verlesen, welche darauf hinwies, daß die Ablehnung des Entwurfs die vorhandenen Gegensätze auf dem Gebiet des Verhältnisses von Staat und Kirche zur Schule in ernstem Maße verschärfen und die

auf einen Ausgleich gerichtete Politik der Regierung erschweren müßte. Jetzt zog der Ministerpräsident die ganze, ihres wesentlichsten Punktes beraubte Vorlage zurück.

Die Angelegenheit rief lebhafteste Bewegung im Lande hervor. Im Zusammenhang damit wurde die Frage einer Revision der Verfassung wieder aufgegriffen, und die Regierung brachte am 15. Juni 1905 neue Entwürfe eines Verfassungs- und eines Landtagswahlgesetzes bei den Ständen ein. Die Entwürfe sahen die Entfernung aller Bevorrechteten aus der Zweiten Kammer und ihre Herübernahme in die Erste Kammer vor, ließen aber den Gedanken eines Ersatzes für die Zweite Kammer völlig fallen. Man sagte sich, daß Kreisabgeordnete, die auf Grund allgemeiner Verhältniswahlen gewählt seien, ein konservatives Element nicht darstellten, und so schlug das Ministerium vor, die Zweite Kammer künftig nur aus 75 Abgeordneten (etwa so viel wie in Baden) bestehen zu lassen: 63 aus den Oberamtsbezirken, 6 aus den „guten Städten“ Ellwangen, Heilbronn, Ludwigsburg, Reutlingen, Tübingen, Ulm und endlich 6 aus der „guten“, seit 1. April 1905 durch die Eingemeindung von Cannstatt, Wangen und Untertürkheim sehr vergrößerten Stadt Stuttgart; diese 6 auch nach der Verhältniswahl (Proporz) zu erwählen. Das Gegengewicht gegen die Demokratisierung der Zweiten Kammer suchte das Ministerium Breitling darin, daß die (infolge des Zusammenschmelzens der Standesherrn von 55 im Jahre 1819 auf 20) immer mehr von Arbeitsunfähigkeit bedrohte Kammer der Standesherrn durch Aufnahme neuer Mitglieder wieder lebenskräftig werde; was in der Zweiten Kammer der konservative Gedanke verlor, sollte er in der — wie sie künftig heißen sollte — Ersten gewinnen. In diese sollten nämlich aus der Zweiten eintreten sechs Ritter, die Präsidenten des evangelischen Konsistoriums und der evangelischen Landessynode, zwei von den sechs Generalsuperintendenten, von ihnen selbst zu wählen, ein Vertreter des bischöflichen Ordinariats, ein katholischer Dekan, von den Dekanen selbst zu wählen, ein Vertreter der Universität Tübingen und einer der Technischen Hochschule, von den Senaten zu wählen, zwei Abgeordnete von Handel und Industrie und zwei der Landwirtschaft: die vier wirtschaftlichen Mitglieder sollte der König auf Grund der Vorschläge der Berufskörperschaften — der acht Handelskammern von Calw, Heidenheim, Heilbronn, Ravensburg, Reutlingen, Rottweil, Stuttgart, Ulm und der landwirtschaftlichen Gauverbände — ernennen. Die Hauptfrage war, ob der Entwurf der Regierung in der Zweiten Kammer eine Zweidrittelmehrheit finden würde, so daß er überhaupt an die Kammer der Standesherrn hinübergegeben werden konnte, und ob er dann die Billigung dieser Kammer erlangen würde. In der Zweiten Kammer wären Zentrum und Konservative geneigt gewesen, als Ersatz der Bevorrechteten Vertreter der ständischen Berufe, der Landwirtschaft, der

Gewerbe, des Handels aufzunehmen, und der Zentrumsführer Gröber war sogar (nach seiner Rede vom 28. Juni 1905) bereit, den Rechtsanwälten, Ärzten und Volksschullehrern eine Vertretung zuzugestehen. Diese Gedanken begegneten aber bei den anderen Parteien entschiedenem Widerspruch, und nach langen Verhandlungen vereinigte sich die Mehrheit darauf, daß die Abgeordnetenversammlung wie bisher 92 Mitglieder zählen und diese Ziffer durch Wahl von 17 sogenannten Proporzabgeordneten erreicht werden solle; diese 17 sollten in einem einzigen, das ganze Land umfassenden Wahlkreis gewählt werden, um die Wahl tunlichst auf die Höhe allgemeiner Gesichtspunkte zu erheben. Am 1. Februar 1906 erhielt der so ergänzte Entwurf eine Mehrheit von 69 gegen 20 Stimmen (18 vom Zentrum und die zwei Ritter von Breitschwert und von Bissingen). Die Standesherrn erkannten, daß sie eine Ablehnung des Verfassungs- und Landtagswahlgesetzes nur aussprechen konnten, wenn sie einen sehr gefährlichen Sturm gegen sich heraufbeschwören und zugleich die Möglichkeit, ihren eigenen Notständen abzuhelpen, verscherzen wollten. Es war vor allem dem Räte des lebenslänglichen Mitglieds Geheimrat von Heß, der das vollste Vertrauen der Standesherrn genoß, zu danken, wenn diese schließlich sich nicht auf den verneinenden Standpunkt stellten, sondern der Meinung wurden, es lasse sich etwas Neues schaffen, was dem Ganzen und ihnen selbst dienlich sei. Demgemäß machten sie, welchen der ganze „Proporz“ aus hier nicht näher zu erörternden Gründen durchaus zuwider war, zunächst den Versuch, die 17 Proporzabgeordneten auszumergen, gaben sich aber am Ende damit zufrieden, daß sie nicht in einem einzigen Landeswahlkreis, sondern in zwei Wahlkreisen durch Querteilung des Landes gewählt würden, so daß Neckar- und Jagstkreis, Donau- und Schwarzwaldkreis zusammengekommen wurden. Da so die Zahl der Abgeordneten zur Zweiten Kammer über den ursprünglichen Vorschlag der Regierung hinauswuchs, wurde auch die Erste Kammer verstärkt; die Zahl der Ritter wurde von 6 auf 8 erhöht und ein Vertreter des Handwerks hinzugefügt, den die 1897 durch Reichsgesetz geschaffenen Handwerkskammern zu wählen haben sollten. Die Ernennung neuer erblicher Mitglieder durch den König ward untersagt; auf Lebensdauer sollte er 6 bestellen dürfen. Im übrigen blieb es bei den Vorschlägen des Entwurfs. Im Landtagswahlgesetz wurden die bisher üblichen Stichwahlen abgeschafft; falls im ersten Wahlgang kein Kandidat die unbedingte Mehrheit der Stimmen (eine über die Hälfte) erhalte, so sollte gemäß dem sogenannten „romanischen System“ eine zweite Wahl stattfinden, bei der auch neue Kandidaten auftreten konnten und die verhältnismäßige Mehrheit genügen sollte. Bezüglich des Budgetrechts gestand die Zweite Kammer am 13. Juni zu, daß diejenigen fünf Steuern, welche im Weg der ordentlichen Gesetzgebung fest bestimmt sind (Steuer aus Wandergewerben, Umsatzsteuer, Abgabe von Wein- und Obstmoß, aus Sporteln und Gerichtskosten), insoweit in diesen Säzen forterhoben werden, als nicht beide Kammern über die Ablehnung oder Ermäßigung der Steuern einverstanden seien.

Auch sollte es eines übereinstimmenden Beschlusses beider Kammern bedürfen, wenn eine dieser Steuern erhöht werden sollte. Bezüglich des Rechts der Bewilligung der Ausgaben ward der Ersten Kammer das Recht zugestanden, die erneute Beratung eines von ihr abgelehnten Beschlusses der Zweiten zum Staatshaushalt zu verlangen; bleibe aber die Zweite Kammer bei ihrem Beschluß, so sollte dieser als Beschluß der Ständerversammlung gelten. Die Zweite Kammer sollte berechtigt sein, den Staatshaushalt abzulehnen, ohne daß Durchzählung durch beide Häuser stattfinde; sie behauptete also das Steuerverweigerungsrecht. Auf diesen Grundlagen erfolgte am 9. Juli der Abschluß des mühseligen Werkes, indem die Erste Kammer die so gestalteten Gesetzesentwürfe einstimmig mit 26 Stimmen, die Zweite sie mit 60 gegen 21 Stimmen annahm (das Zentrum und die beiden evangelischen Ritter von Breitschwert und von Gaisberg-Schödingen; der katholische Ritter von Bissingen enthielt sich der Abstimmung). Die Verkündigung des Gesetzes erfolgte am 16. Juli. Damit waren innere Kämpfe, welche über 50 Jahre gedauert und das Land zerklüftet hatten, endlich zu einem Ziele gekommen, die Wünsche nach einer „reinen Volkskammer“ erfüllt und zugleich der Ersten Kammer neue, tüchtige Kräfte zugeführt; infolge dieser Veränderungen hat sie an Ansehen und Wirksamkeit gewonnen. Das Zweikammersystem, an dem die Regierung unbedingt festgehalten hatte, ist durch die Verfassungsrevision außerordentlich verstärkt worden.

Am 9. und 10. Juli 1906 kam auch eine Vereinbarung beider Kammern über die Entwürfe einer Gemeindeordnung und einer Bezirksordnung zustande, die der Minister von Bischof, nachdem der erste Anlauf einer Reform, wie erzählt, im Januar 1899 gescheitert war, 1905 erneut und umgearbeitet vorgelegt hatte. Die Entwürfe erhielten die königliche Genehmigung am 28. Juli 1906. Durch die Gemeindeordnung, welche im Regierungsblatt volle 119 Seiten füllt, wurden die Vertretung und Verwaltung der Gemeinden, die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Gemeindegemeinschaften, die Verwaltung des Vermögens und der Polizei, die staatliche Aufsicht und die Handhabung der Disziplin gegen Kollegialmitglieder und Beamte neu geregelt. Betreffs der Wahl der Ortsvorsteher setzten der von der Zweiten Kammer verlangten Rückwirkung auf 1. Januar 1905 die Regierung und die Kammer der Standesherrn unbeugsamen Widerstand entgegen, um so mehr, als die Kammer nicht wiedergewählten Ortsvorstehern nur auf zwei Jahre eine Pension gewähren wollte. Es ward also bestimmt, daß künftig die Ortsvorsteher von den wahlberechtigten Gemeindebürgern auf 10 Jahre gewählt werden sollten; die Wahl sollte der Bestätigung durch die Kreisregierung bedürfen. Wählbar sollten alle Deutschen sein, welche das 25. Lebensjahr zurückgelegt hatten und nicht gesetlichen Anständen unterlagen. Nach der Bezirksordnung sollte die Amtsversammlung, welche bisher nur aus den Schultheißen bestand, künftig aus 20 bis 30 Abgeordneten der Gemeinden

bestehen, welche von den vereinigten Gemeindefollegien in geheimer Abstimmung jeweils im Dezember auf die Dauer von drei Kalenderjahren gewählt werden sollten. Die Amtsversammlung hat alle Angelegenheiten der Amtskörperschaft zu verwalten, welche nicht den Körperschaftsbeamten oder dem Bezirksrat zugewiesen sind, der aus dem Oberamtmann und sechs von der Amtsversammlung auf drei Jahre gewählten Mitgliedern besteht. Dieser Bezirksrat hat vornehmlich die Beschlüsse der Amtsversammlung vorzubereiten und auszuführen, die Amtskörperschaft gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten, bei der Vermögensverwaltung, der Aufstellung der Wirtschaftspläne, der Beaufsichtigung der Bezirksanstalten mitzuwirken, Unterbeamte zu ernennen und zu entlassen und die Geschäftsführung sämtlicher Beamten zu beaufsichtigen. Außerdem ist er zur Wahrnehmung staatlicher Geschäfte auf dem Verwaltungsgebiet berufen. Die Amtsdauer der körperschaftlichen Bezirksbeamten ward ebenso wie diejenige der Gemeindebeamten auf mindestens drei Jahre bemessen; nach zehnjähriger Dienstzeit sollte der Dienst, falls er nicht sechs Monate vor Ablauf gekündigt wurde, weitere zehn Jahre fort dauern. Die Unterbeamten haben vierteljährliche Kündigung. Die Bezirksordnung ist ein durchaus fortschrittliches Gesetz, das an Stelle der bureaukratischen Organe, welche bisher die Bezirksangelegenheiten besorgt hatten, solche der Selbstverwaltung setzte und der Gesamtbürgerschaft einen maßgebenden, von drei zu drei Jahren sich äuffernden Einfluß auf die Verwaltung einräumte.

Ministerium von Weizsäcker

Der hochverdiente Ministerpräsident Dr. von Breitling nahm nach Abschluß der Reformarbeit am 3. Dezember 1906 71jährig seinen Abschied und ward vom König durch ein sehr gnädiges Handschreiben und Verleihung der Brillanten zum Großkreuz des Kronordens ausgezeichnet. An seiner Stelle ward der in allen Staatsgeschäften sehr erfahrene und bewährte frühere Staatsminister des Kirchen- und Schulwesens Dr. von Weizsäcker, der am 27. Juni an Stelle des Freiherrn von Soden das Ministerium des Auswärtigen und der königlichen Familienangelegenheiten übernommen hatte, zum Ministerpräsidenten ernannt. Das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens bekleidete seit dem 27. Juni der bisherige Wirkliche Staatsrat von Fleischhauer, das der Justiz erhielt am 3. Dezember der Präsident des Oberlandesgerichts Staatsrat von Schmidlin. Im Finanzministerium trat an Stelle von Beyers am 8. April 1908 der Hofkammerpräsident von Geyler, dem am 15. April 1914 der Ministerialdirektor Dr. von Pistorius nachfolgte. Als der hochverdiente Minister des Innern Dr. von Pischek am 21. Dezember 1912 zurücktrat, übernahm von Fleischhauer das Ministerium des Innern; das des Kirchen- und Schulwesens ging an den Präsidenten des evangelischen Konsistoriums Dr. von Habermaas über.

Die neuen Minister von Weizsäcker und von Fleischhauer vollzogen sofort Maßnahmen, welche noch unter ihren Amtsvorgängern ausgearbeitet und, soweit nötig, ständisch verabschiedet worden waren. Fleischhauer unterzeichnete das Gesetz vom 22. Juli 1906, nach dem alle Gemeinden, in denen während dreier Jahre in gewerblichen und kaufmännischen Betrieben mindestens 40 schulpflichtige, d. h. noch nicht 18jährige, männliche Arbeiter vorhanden waren, zu deren beruflicher Weiterbildung eine gewerbliche Fortbildungsschule (Gewerbe- oder Handelsschule) zu errichten hatten. Weizsäcker brachte die Eisenbahntarifreform zur Durchführung, vermöge deren am 1. Oktober 1906 die vierte Wagenklasse, gegen welche anfänglich sehr hartnäckige Vorurteile bestanden hatten, eingeführt und am 1. Mai 1907 die Rückfahrkarten zu halben Preisen und die 14 Tage gültigen Landeskarten abgeschafft wurden (die letzte ist am 16. September 1907 ausgegeben worden).

Im Jahre 1908 brachte von Fleischhauer (5. Juni) eine neue Novelle zum Volksschulgesetz vom 29. September 1836 bei den Ständen ein, laut deren der Unterricht sich auf Religion und Sittenlehre, Deutsch, Lesen, Schreiben, Rechnen, Raumlehre, Geschichte, Erd- und Naturkunde, Singen und Zeichnen und für die Knaben außerdem auf Turnen, für die Mädchen auf weibliche Handarbeit erstrecken sollte. Hierzu sollte in den gehobenen Volksschulen (sogenannten Mittelschulen) noch eine Fremdsprache treten. Für schwachbegabte Kinder wurden Hilfsschulen mit vereinfachten Unterrichtszielen vorgesehen. Die Schulpflicht sollte vom siebten bis zum vierzehnten Lebensjahr dauern; eine örtliche Ausdehnung auf acht Jahre sollte zulässig sein. Ungerechtfertigte Schulversäumnisse wurden mit Geldstrafen für die Eltern im Betrag von 50 *S* bis 20 *M* für jeden einzelnen Fall bedroht. Die Gemeinden oder die aus Teilgemeinden zu bildenden Schulverbände erhielten das Recht, für den Besuch der Volksschule ein Schulgeld im Rahmen von 1—3 *M* anzusetzen; die allgemeine Fortbildungs- und die Sonntagschule blieben aber unentgeltlich. Die Höchstzahl der in einer Klasse zu unterrichtenden Schüler wurde auf 70 (bisher 90) festgesetzt; bei dauernd mehr als 70 Schülern sollten zwei, bei mehr als 160 drei, bei mehr als 240 vier Lehrer angestellt werden. Die Ortsaufsicht stand der Ortsschulbehörde zu und sollte vom Ortsgeistlichen ausgeübt werden, soweit es keiner kollegialen Beschlussfassung bedürfe; der Geistliche sollte von Amts wegen Mitvorsitzender der Behörde sein. Die Bezirksschulaufsicht sollte künftig durchweg (nicht bloß in den größten Bezirken, S. 34) im Hauptamt durch Fachmänner ausgeübt werden, die von Staats wegen zur Vernehmung dieses Amtes für befähigt erklärt werden und dem Bekenntnis der ihnen unterstellten Lehrer angehören. Die Oberschulbehörde für die evangelischen Volksschulen sollte nicht mehr das evangelische Konsistorium, sondern ein eigener evangelischer Oberschulrat sein. Die Oberschulbehörde für die katholischen Volksschulen dagegen sollte der Katholische Kirchenrat bleiben, aber in dieser Tätigkeit Katholischer Oberschulrat

heißen. Die Leitung des Religionsunterrichts in den Volksschulen und Lehrerbildungsanstalten, einschließlich der Bestimmung der Katechismen und Religionshandbücher, sollte unbeschadet des dem Staat zustehenden Oberaufsichtsrechts von den Oberkirchenbehörden ausgeübt werden, welche zu diesem Zweck Visitationen abhalten dürfen.

Dieser Entwurf erregte bei der Wichtigkeit der in ihm neu geregelten Dinge allgemeines Interesse, namentlich wegen der Durchführung der fachmännischen Bezirkschulaufsicht. Diese Maßregel wurde in der dem Entwurf beigegebenen Denkschrift damit begründet, daß in den seit 1836 verflossenen 70 Jahren die Zahl der Lehrstellen von 3300 auf 5500 angewachsen sei, und die Anforderungen an die Vorbildung der Lehrer sich sehr gesteigert hätten; es sei angesichts dieser Verhältnisse den Geistlichen die Ausübung der Bezirkschulaufsicht im Nebenamte schon aus äußeren Gründen wegen der Masse der zu bewältigenden Arbeit nicht mehr möglich, und eine genügende Wahrnehmung der Pflichten setze die Tätigkeit im Hauptamt voraus. Der Gang der Dinge habe von 1882—1885 von selbst zur Einführung der hauptamtlichen Aufsicht in Stuttgart, Ulm, Heilbronn und Eßlingen geführt, allerdings noch durch Theologen; allein es wäre nicht zu rechtfertigen, wenn man die Lehrer selbst von der Bekleidung des Amtes ausschließen wollte, und verlangt werden müsse nur die Ablage einer speziellen höheren Prüfung mit vorausgehendem längerem akademischem Studium.

Die Vorlage wurde scharf umkämpft. Von sozialdemokratischer Seite wurde am 11. Dezember 1908 der Antrag gestellt, die Religion vom Unterrichtsplan zu streichen, da der Staat nicht die Aufgabe habe, den Konfessionalismus zu pflegen, und ein Moralunterricht genüge. Der Minister von Fleisshauer wies aber auf den großen Wert des Religionsunterrichts hin und auf die Möglichkeit, daß Dissidenten nach dem Erlaß von 1904 ihre Kinder vom Religionsunterricht befreien lassen könnten, also Gewissenszwang nicht ausgeübt werde. Weit gewichtiger war der Widerstand der Katholiken gegen die allgemeine fachmännische Bezirkschulaufsicht. Das Zentrum stellte am 22. Januar 1909 den Antrag, die geistliche Ortsschulaufsicht zu belassen, unterlag aber am 23. mit 59 gegen 25 Stimmen (Zentrum und Rüdling-Münsingen). Die Erlaubnis für die Gemeinden, eine fakultative Simultanschule zu errichten, wenn 300 Väter eine solche verlangen, fiel am 16. Januar mit 46 gegen 36 Stimmen, weil die Sozialdemokratie, welche den Gemeinden die Errichtung solcher Schulen überhaupt freigeben wollte, durch die Forderung der Zahl von 300 Vätern allen kleinen Gemeinden die Simultanschule unmöglich gemacht fand und deshalb sich 7 Sozialdemokraten auf die Seite des Zentrums und der Konservativen gegen Volkspartei und Nationalliberale (diesen Namen hatte seit 12. Januar 1908 sich die Deutsche Partei beigelegt) schlugen. Der Minister wies darauf hin, daß vielfach die Besorgnis bestehe, daß die Vorkämpfer für die Simultanschule sie nicht sowohl um ihrer selbst willen erstreben, als um damit eine Staffel auf dem Weg zur konfessions- und religionslosen Schule zu

erringen. Für die Minderheit war die Erwägung maßgebend, daß es eine Forderung der Gewissensfreiheit sei, die Simultanschule denen zu gewähren, welche durchaus sie haben wollen, und daß nur eine praktische Grenze durch die Forderung einer genügenden Zahl von Interessenten gezogen werden müsse. Das Zustandekommen des Gesetzes war lange sehr zweifelhaft, weil einzelne wichtige Bestimmungen mit verschiedenen Mehrheiten beschlossen wurden und darüber die Parteien leicht Anlaß erhalten konnten, schließlich wegen dieses oder jenes Punktes ihre Zustimmung zu versagen. So wurde am 12. Januar 1909 in der Zweiten Kammer die Höchstzahl der Schüler einer Klasse von 70 auf 60 herabgesetzt, am 28. Januar eine einheitliche Oberschulbehörde mit konfessionellen Abteilungen gefordert und am 30. Januar den Kirchen die Leitung des Religionsunterrichts aberkannt. Durch den ersten Beschluß wurde der Unterricht erleichtert, aber die Vermehrung der Lehrstellen notwendig und damit die Kosten der Neuordnung für die Gemeinden erhöht; der zweite und dritte verschärfte den Widerspruch der kirchlichen Elemente, und doch hatte der Minister erklärt, daß der Staat die bestehenden Rechte der Kirchen gewissenhaft achten, nur deren Ausdehnung auf Kosten des Staats sich widersetzen werde. Wenn schon die Regierung den genannten Beschlüssen große Bedenken entgegenstellte, so war noch weniger anzunehmen, daß die Erste Kammer den radikalen Forderungen der Zweiten sich anbequemen werde. Schließlich vereinigten sich aber doch alle drei Faktoren dahin, daß das Gesetz in der Form zustande kam, daß es enthielt 1. die allgemeine, allmählich durchzuführende fachmännische Bezirksaufsicht; 2. die Ausübung der nicht technischen Ortsaufsicht durch den Ortsschulrat, dessen Vorsitz in den Gemeinden mit höchstens sechs Schulklassen der Ortspfarrer hat, während der Ortsvorsteher sein Stellvertreter ist; 3. die Leitung und Prüfung des Religionsunterrichts in der oben angegebenen Weise durch die Kirchen (wobei die evangelische nun den Rechtszustand erhielt, den die katholische seit 1862 besaß); 4. Errichtung zweier konfessioneller Oberschulräte in der im Entwurf enthaltenen Weise; 5. die Höchstzahl von 60 Schülern. Am 6. August 1909 gab die Zweite Kammer mit 62 gegen die 25 Stimmen des Zentrums dem so gestalteten Gesetz ihre Zustimmung. Am 11. August tat die Erste Kammer mit 28 Stimmen gegen 7 das gleiche. Im Zusammenhang mit diesen Schulfragen mag noch erwähnt werden, daß 1909 und 1911 drei neue Lehrerseminare, Backnang, Heilbronn und Rottweil, eingeweiht wurden, daß durch Gesetz vom 14. August 1911 die Gehälter der Lehrer auf 1600—3200 M., der Lehrerinnen auf 1300 bis 2300 M. festgesetzt wurden (wozu noch freie Wohnung kommt); daß die Zweite Kammer sich am 19. Juni 1912 mit allerdings nur kleiner Mehrheit (40 gegen 38) für die Verstaatlichung aller persönlichen Schulkosten aussprach, dabei aber auf den entschiedenen Widerstand der Regierung aus grundsätzlichen und finanziellen Gründen stieß; daß 1908 ein Landesverband für Jugendfürsorge ins Leben gerufen und 1912 das Amt des Schularztes für sämtliche Schularten errichtet wurde.

Im Jahre 1910 wurde am 1. April die bisher von den Gemeinden erhobene Fleischsteuer abgeschafft. Dann kam am 28. Juli nach langen Beratungen und Verhandlungen durch Vereinbarung der Stände und der Regierung eine neue Bauordnung heraus, welche das wichtige Gebiet des Bauwesens in sachgemäßer, den neuen Anforderungen an Zweckmäßigkeit, Gesundheit und Schönheit Rechnung tragender Weise regelte. An ihrer Spitze steht der Grundsatz der Baufreiheit, d. h. das Recht des einzelnen, auf seinem Grundstück zu bauen, aber so, daß er gesetzlichen Beschränkungen einschließlich ortsstatutarischen Bestimmungen unterworfen ist. Die wichtige Frage, ob und in welchem Umfang dem Ministerium des Innern ein Verbot gegen Gemeindebeschlüsse auf diesem Gebiet zu gewähren sei, ward bejahend beantwortet, aber das Verbot an vier Bedingungen geknüpft (Widerspruch der Ortsbauführung mit dem Gesetz, Schädigung des öffentlichen Wohls, erhebliche Beeinträchtigung der Interessen Dritter ohne genügenden Grund, Unterlassen der Vorschriften über öffentliche Bekanntgabe der Ortsbauführung). Ein besonderer § 63b ward, entsprechend den Bestrebungen des am 12. März 1909 gegründeten Vereins für Heimatschutz, zum Zweck der Erhaltung wertvoller Baudenkmäler ins Gesetz eingefügt. Im Jahre 1912 wurde die wichtige Aufgabe der Versorgung Stuttgarts mit gutem Trinkwasser und Schwemmkanalisation endlich gelöst, indem auf Grund des Gesetzes vom 8. Juli eine Landeswasserversorgung, der auch andere Orte beitreten können, mit dem Wasser der Niederung um Langenau und Sontheim in Angriff genommen wurde. Hierfür wurden 14,5 Millionen Mark bestimmt, welche die Gemeinden und andere Wasserabnehmer dem Staat zu ersetzen haben.

Im Jahr 1911 wurde der durch die staatliche Entwicklung des Landes als entbehrlich erkannte, in früheren Zeiten aber außerordentlich bedeutsam gewesene Geheime Rat durch Verfassungsgesetz vom 15. Juni abgeschafft, wobei aber durch Artikel 4 dieses Gesetzes dem Staatsministerium „ständige Räte zur Bearbeitung der Geschäfte und zur Teilnahme an den Beratungen“ belassen wurden.

Im gleichen Jahre gelang es, mit den Ständen eine allgemeine Aufbesserung der Gehälter der Staatsbeamten, Lehrer und Geistlichen zu verabschieden, welche über die halben Maßregeln von 1901 und 1907 hinausging und wenn auch keine volle, so doch eine annähernde Gleichstellung der württembergischen Beamten mit denen in den anderen deutschen Staaten herbeiführte. Der Staat verwandte darauf im Beharrungsstand die erhebliche Summe von 10 Millionen Mark (mit den früheren Bewilligungen zusammen 22 Millionen). Zum Ausgleich wurden fast alle bisher gezahlten persönlichen Zulagen gestrichen und bei den Lehrern der höheren Schulen die Zahl der Pflichtstunden erhöht und auf ihre volle Ableistung auch seitens der älteren Lehrer gedrungen.

Über Vereinfachungen in der Staatsverwaltung, die zur Erleichterung der finanziellen Mehrbelastung in Aussicht genommen wurden,

konnte man sich aber nicht einigen. Einer Zusammenlegung von Oberämtern widerstrebten die Bezirke, die davon Nachteil gehabt hätten, und über die Aufhebung der vier Kreisregierungen waren nicht nur die beiden Kammern uneinig (die Zweite beschloß am 5. Juni 1912 mit 47 gegen 38 Stimmen deren Aufhebung, die Erste lehnte sie am 1. Juli 1913 ab), sondern die im November 1912 neu gewählte Zweite Kammer, in der die Rechte 6 Stimmen gewonnen hatte und also das Zentrum mit 26 (vorher 25), die Konservativen mit 20 (vorher 16) Stimmen ebenso stark waren als die Linke (Volkspartei 19, Sozialdemokraten 17, Nationalliberale 10), stieß den Beschluß vom 5. Juni 1912 am 30. Mai 1913 mit 44 gegen 39 Stimmen wieder um. Aus Rücksicht auf die Finanzlage erging aber am 18. August 1911 ein Gesetz über die Errichtung einer staatlichen Klassenlotterie, und im weiteren Verfolg ward am 15. Juni 1912 ein Staatsvertrag zwischen Bayern, Württemberg und Baden einer- und Preußen andererseits abgeschlossen, daß eine preußisch-süddeutsche Klassenlotterie errichtet werden solle; am 16. August wurde auch ein neues Sportelgesetz verkündet. Vier Tage vorher, am 12. August 1911, erging ein Gesetz über Anlage eines Staatsschuldbuchs.

Kirche, Kunst, Wissenschaft und Wirtschaft

Für die evangelische Kirche sind in dem Zeitraum, den wir zu überblicken haben, einige wichtige Maßnahmen getroffen worden. Da der König ohne Sohn war und dasselbe bei den Herzögen Wilhelm († 6. November 1896) und Nikolaus († 22. Februar 1903) zutraf, so war in Aussicht zu nehmen, daß die katholische Linie des Herrscherhauses nach dem Ableben des Königs zum Thron gelangen werde; dann aber erlosch von selbst das Amt des Landesherrn als *summus episcopus* der evangelischen Kirche des Landes. Dieser Fall hatte schon 1733—1797 bestanden, und damals war durch die sogenannten „Religionsreversalien“ der Geheime Rat des Herzogtums mit der Ausübung der bischöflichen Rechte betraut worden. Der König wünschte selbst, daß die Angelegenheit rechtzeitig, in aller Ruhe und Überlegung geordnet werde, und der Staatsminister des Kirchen- und Schulwesens Dr. von Sarwey legte 1894 der fünften evangelischen Landessynode einen Gesetzesentwurf vor, welcher für den Fall, daß der König nicht der evangelischen Kirche angehöre, ein „evangelisches Kirchenregiment“ vorsah. Diesem sollten drei evangelische ordentliche Mitglieder des Geheimen Rats (in erster Linie Staatsminister), der Präsident des evangelischen Konsistoriums und der der Landessynode angehören; der Staatsminister des Kirchen- und Schulwesens sollte, falls er evangelisch war, jedenfalls Mitglied der Kirchenregierung sein und den Vorsitz führen.

In der Landessynode wurde die Vorlage am 23. November 1894 einstimmig mit der Maßgabe angenommen, daß der Name Kirchenregiment in Kirchenregierung geändert, dieser ein Generalsuperintendent als sechstes Mitglied eingefügt und das Gelübde, das die Mitglieder der Kirchenregierung

abzulegen hatten, genau formuliert wurde. Die Abgeordnetenlammer nahm aber daran Anstoß, daß die evangelischen Staatsminister von Amts wegen zum Eintritt in die Kirchenregierung verpflichtet sein sollten, da sie dadurch in Zwiespalt mit ihren staatlichen Pflichten geraten könnten, und sie strich den Antrag, § 1 des kirchlichen Gesetzesentwurfs in das staatliche Gesetz aufzunehmen, am 13. Mai 1896 mit 46 gegen 37 Stimmen der Freien Vereinigung und der Deutschen Partei. Das so geänderte staatliche Gesetz ging mit 55 gegen 28 Stimmen durch. Infolge davon zog die Staatsregierung den Gesetzesentwurf sofort zurück, und auf Verlangen des Landessynodalausschusses vom 23. Oktober 1896 wurde die Landessynode wieder berufen, um auf der Grundlage des von ihr angenommenen kirchlichen Gesetzes weiteren Beschluß zu fassen. Die Regierung stellte sich auf den Standpunkt, daß man an der Berufung der Staatsminister in die Kirchenregierung auch ohne staatlichen Zwang festhalten solle. In der Landessynode beantragte der Abgeordnete für Blaufelden, Gymnasialrektor Dr. Egelhaaf, am 11. November 1897, daß, da nun das Band zwischen Staat und Kirche an einem der wichtigsten Punkte zerschnitten sei, die notwendigen Folgerungen gezogen und der Kirche ihr 1806 vom Staat gewaltsam eingezogenes Vermögen gemäß Art. 77 der Verfassung zurückgegeben werden solle. Insofern eine Entscheidung der staatlichen Faktoren über diese Sache noch ausstehe, solle die Synode den Beschluß über die Frage der künftigen evangelischen Kirchenregierung vertagen, da die Behandlung dieser Frage wesentlich von der Lösung der ersten Frage abhängen. Für diesen Antrag aber erhoben sich am 11. November nur noch die Abgeordneten Eduard Elben, Klalber und Schmid-Sonneck. Der Abgeordnete Haag-Weikersheim, Regierungsrat im Ministerium des Innern, schlug vor, von den Ministern als angesichts der neuen Lage ungeeigneten Kirchenregenten ganz abzusehen und sie in der Kirchenregierung durch zwei von fünf Mitgliedern der Oberkirchenbehörde und den Mitgliedern des Synodalausschusses frei gewählte Personen zu ersetzen; Haag blieb aber am 17. November mit 19 gegen 36 Stimmen in der Minderheit. Die Regierung erlangte am 25. November 43 gegen 13 Stimmen für ihren Standpunkt. Das Gesetz war indes am 17. November auf den Antrag des Abgeordneten Regierungsdirektors von Bockshammer mit 40 gegen 15 Stimmen so gefaßt worden, daß die Kirchenregierung nun aus zwei Staatsministern, ferner dem Präsidenten des Konsistoriums, dem der Landessynode und dem dienstältesten Generalsuperintendenten bestehen sollte. Am 15. März 1898 nahm die Abgeordnetenlammer einschließlich des Zentrums ein Staatsgesetz an, das Art. 5 (Abs. 4 und 5) und Art. 6 des kirchlichen Gesetzes (Besetzung der Kirchenstellen durch das Konsistorium; Regelung der Zuständigkeit des Konsistoriums gegenüber der evangelischen Kirchenregierung durch spätere Verfügung; Ernennung des Konsistoriums und der Hofprediger durch den König auf Grund von Vorschlägen) genehmigte und den Eintritt der Beamten in die Kirchenregierung von der Einholung höherer Genehmigung befreite.

Das Staatsgesetz ward samt dem kirchlichen Gesetz am 28. März 1898 verkündet. Im Zusammenhang mit der Verfassungsrevision beschloß die Landessynode, auf Anregung von elf Bezirksynoden und den von Egelhaaf erstatteten Bericht ihres kirchenrechtlichen Ausschusses, am 10. November, daß nach ihrer Auffassung der evangelischen Kirche in der Ersten Kammer künftig vier Stimmen (nicht bloß zwei) gebühren und daß sie dem Präsidenten des Konsistoriums und der Landessynode und zwei Generalsuperintendenten übertragen werden sollten. Wie schon S. 36 erzählt ist, wurde dieser Wunsch von Regierung und Ständen 1906 erfüllt. Im Jahre 1901 wurden die Stolgebühren abgeschafft, 1912 von der siebenten Landessynode ein neues Gesangbuch statt des von 1840 und ein neues Choralbuch eingeführt. 1912 wurden von den sechs Generalsuperintendenturen zwei (die von Hall und Tübingen) aufgehoben.

Im Jahre 1911 gab der sogenannte Antimodernisteneid, den der Papst den katholischen Geistlichen auferlegte, Anlaß, sich erneut mit dem Verhältnis von Staat und Kirche zu beschäftigen. Am 1. Februar 1911 erklärte der Minister von Fleischhauer in der Zweiten Kammer, daß die neuen päpstlichen Verfügungen die ohnehin beschwerte Lage des Verhältnisses von Kirche und Staat in bedauerlicher Weise weiter verschärften; die rechtlichen Bürgschaften, welche den Beamten in Württemberg zustehen, werde die Regierung auch den katholischen Pfarrern nicht vorenthalten, von denen übrigens diejenigen den Eid nicht zu leisten hätten, welche Seelsorge nicht ausüben, d. h. die Professoren an den katholischen Fakultäten und ein Teil der Religionslehrer an den höheren Schulen. Die Verschärfung der Gegensätze dränge aber auf eine klare Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche hin. Darunter war zunächst die Ablösung der staatlichen Leistungen an die Kirche zu verstehen, und da auch die Abgeordnetenversammlung am 8. Juni 1912 mit 41 gegen 33 Stimmen (Zentrum, Konservative und Bauernbund) das Bedürfnis der Auseinandersetzung anerkannte und deren Beschleunigung verlangte, so wurden von der Staatsregierung die schon seit einigen Jahren eingeleiteten Vorarbeiten für die finanzielle Auseinandersetzung rascher zu dem ausgesprochenen Zweck gefördert, „die Reibungsfläche zwischen Staat und Kirche auf das tunlichst geringe Maß zu vermindern und den Staat nicht für das, was die Kirche auf ihrem Gebiet für erforderlich erachte, bis zu einem gewissen Grad mitverantwortlich zu machen“.

Für die Israeliten wurde am 8. Juli 1912 ein Gesetz über die israelitische Religionsgemeinschaft erlassen, das diese für eine Körperschaft des öffentlichen Rechts erklärte, welche ihre kirchlichen Angelegenheiten, vorbehaltlich der vom Ministerium des Kirchen- und Schulwesens auszuübenden Staatsaufsicht, selbständig nach Maßgabe einer von der israelitischen Oberkirchenbehörde aufzustellenden Verfassung zu verwalten hat. Diese Oberkirchenbehörde sollte aus einem engeren und einem weiteren Rat bestehen, wodurch auch das Laienelement zur Verwaltung herangezogen ward.

Auf dem Gebiet von Kunst und Wissenschaft sind zu nennen der Zeitfolge nach zuerst (19. November 1895) der Beginn der Arbeiten der württembergischen Kommission für Landesgeschichte, die unter dem Vorsitz des jeweiligen Staatsministers des Kirchen- und Schulwesens steht; sie wurde von den geschäftsführenden Mitgliedern Oberstudienrat Julius von Hartmann und Archivdirektor Dr. Eugen von Schneider vortrefflich geleitet und kann 1916 nach Zurücklegung ihres ersten Vierteljahrhunderts auf eine lange Reihe wertvoller Veröffentlichungen zurückblicken. Im Jahr 1895 gab der König die Anregung zur Gründung des Schillervereins, der am 10. November 1903 das Schillermuseum zu Marbach bezog und ebenfalls eine reich gesegnete Tätigkeit entfaltet hat. Am 13. März 1899 erfolgte auf Anregung des Königs, der dabei Mittel aus seiner Privatkasse zur Verfügung stellte, die Berufung der Professoren Graf Leopold von Kaldreuth, Robert Bökelberger und Carlos Grethe von der Karlsruher Kunstakademie an die Kunstschule in Stuttgart, der am 23. April 1901 der Name „Akademie der bildenden Künste“ beigelegt ward. Am 24. Februar 1904 erhielt die Landwirtschaftliche Akademie in Hohenheim den Titel einer Hochschule. Im April 1906 bildete sich unter dem Schutz des Königs der Verein württembergischer Kunstfreunde, 1909 der Verein für Heimatschutz. An Stelle des Hoftheaters, das am 20. Januar 1902 durch einen nächtlicherweile ausgebrochenen Brand zerstört wurde, fand die dramatische Muse zunächst am 12. Oktober 1902 eine Zufluchtsstätte in dem kleinen, aber behaglichen Interimstheater zwischen Schloßgarten und Reithaus; am 14. September 1914 wurden dann die durch Zusammenwirken von Krone, Staat und Stadt erstellten beiden neuen Theatergebäude, das große und das kleine Haus, feierlich eingeweiht und fanden als zurzeit schönste und zweckentsprechendste Kunststätten ganz Deutschlands ungeteilten Beifall. Am 10. Juni 1910 wurde der 2000. Student, der erstmals in das Verzeichnis der Alma mater in Tübingen eingetragen wurde, st. phil. Rink, mit Ehren bedacht; der Oberbürgermeister Haußer überreichte ihm in öffentlicher Sitzung des Gemeinderats einen silbernen Pokal, und der Senat veranstaltete in der Platanenallee eine italienische Nacht. Am 22. September 1911 wurde das Silchermuseum im Geburtsort des volkstümlichen Komponisten, in Schnaith, eingeweiht, am 21. November 1911 die neue Universitätsbibliothek in Tübingen. Die Universität selbst erhielt am 18. Mai 1904 die Erlaubnis, weibliche Studenten zuzulassen; am 12. Oktober 1904 ward ihr eine veränderte Verfassung zuteil, durch welche neben dem sehr zahlreichen großen Senat eine Art Ausschuß, der „kleine Senat“, eingeführt wurde. Die Technische Hochschule in Stuttgart erhielt am 22. Januar 1900 das Recht der Verleihung des Dr.-Ing.; am 28. September 1903 ward ihr eine neue Verfassung zuteil; ihrem Rektor ward am 16. Oktober 1912 der Titel Magnifizenz beigelegt, und in der Ersten Kammer besetzt sie seit der Verfassungsrevision von 1906 einen Sitz. Den Neuphilologen aber wurden durch die Prüfungs-

ordnung vom 18. Juni 1913 die an ihr etwa verbrachten Semester nicht mehr angerechnet; deshalb gaben sie von da an den Besuch der Hochschule auf, was der Abteilung für allgemein bildende Fächer den Grundstock ihrer akademischen Hörer entzog. Die Tierärztliche Hochschule erhielt am 14. Dezember 1910 das Recht der Doktorpromotion; aber kurz vorher hatte die Zweite Kammer am 30. Juni auf den Antrag von Balz-Schlichte die weiteren Mittel für sie mit 47 gegen 33 Stimmen verweigert, da die Landwirte die betreffende Summe besser verwenden zu können glaubten, und da die Erste Kammer am 12. Juli, weil die Auslagen für vier Hochschulen ihr zu groß erschienen, diesem Beschluß mit aller Entschiedenheit beitrug und die Beschlüsse wiederholt wurden, so blieb der Regierung nichts übrig, als die Hochschule zu schließen und ihre Beamten am 18. Juli 1913 „zeitlich in Ruhestand zu versetzen“.

Das höhere Schulwesen erfreute sich eines gedeihlichen Aufschwungs; zahlreiche neue Lehranstalten wurden gegründet. Der Stolz des alten Württemberg, die kleinen Lateinschulen, die humanistische Bildung über das ganze Land ausgebreitet hatten, wurden freilich vielfach dem Zeitgeist entsprechend durch Realschulen ersetzt oder doch mit solchen „zusammengelegt“. Die Gleichberechtigung der höheren Schulen hinsichtlich des Zugangs zur Universität wurde — nach dem preußischen Vorgang vom November 1900 — in den Jahren 1901—1903 durchgeführt. Zur Annäherung an die in anderen deutschen Staaten bestehenden Verhältnisse wurden am 21. Juli 1903 der ordentliche Lehrgang der Gymnasien, Realgymnasien und realistischen Vollanstalten von zehn auf neun Jahre herabgesetzt (neun Lateinjahre statt bisher zehn) und die Namen Lyzeum und Reallyzeum durch Progymnasium und Realprogymnasium ersetzt. Am 27. Juli 1903 wurden der Kultministerialabteilung für die Gelehrten- und Realschulen auch die höheren Mädchenschulen (unter Auflösung der bisher für sie bestehenden besonderen Kommission) unterstellt und ihr am 8. August 1903 der Name Kultministerialabteilung für die höheren Schulen beigelegt. Wiederholt wurden neue Lehrpläne erlassen (der letzte am 27. August 1912). Am 12. März 1900 erschien eine neue Rangordnung für die höheren Lehrer, welche ihnen die fünfte Rangstufe eröffnete; von Amts wegen hatten diese Stufe sechs Direktoren von Vollanstalten mit dauernd 18 Klassen seit 1. April 1911. Im Jahr 1912 wurde in Stuttgart ein Reformrealgymnasium errichtet. Das höhere Mädchenschulwesen wurde neu geordnet; als sein Ziel war das der sechsklassigen höheren Knabenschule aufgestellt und den Schulen dieser Art der Name Mädchenrealschule beigelegt. An diese soll sich eine auf drei Jahre berechnete Oberrealschule anschließen. Für Mädchen, die die alten Sprachen erlernen wollen, besteht seit April 1899 das private Königin-Charlotte-Gymnasium, das im April 1912 sein eigenes Haus (Hölderlinstraße 28) bezog.

Was die volkswirtschaftliche Entwicklung angeht, so wurden am 17. Dezember 1895 Gelder für ein neues Salzwerk bei Kochendorf bewilligt.

Die württembergische Industrie war mit großem Erfolg bemüht, durch Pflege von Besonderheiten und Lieferung von Waren von vorzüglicher Beschaffenheit sich dauernden Absatz zu sichern. Auf der Grundlage des 1879 von Bismarck durchgesetzten Zollschatzes der nationalen Arbeit aller Zweige entwickelten sie und die Landwirtschaft sich äußerst gedeihlich. Die Weinbaufläche freilich, die 1840 noch 20 000 ha betragen hatte, ging infolge vieler Fehljahre (1906, 1910, 1912, 1913, 1914) bis 1900 auf 16 830, bis 1915 gar auf 13 507 ha zurück. Erst 1911 und 1915 brachten den Winzern wieder reiche Ernten (1915 im Wert von 25 Millionen Mark, bei einem Durchschnitt von etwas über 11 Millionen).

Der Handel blühte vor allem in Stuttgart, Ulm und Heilbronn. Das Eisenbahnnetz wurde von 1891—1915 durch Erstellung von ungefähr 40 Nebenbahnen (abgesehen von den elektrischen Vorortbahnen Stuttgarts 1908 und der Wildbader Sommerbergbahn 1908) sehr verdichtet (Gesamtlänge von Staats- und Privatbahnen 2259 km). Durch Gesetz vom 23. März 1906 wurden 8 200 000 M als erste Rate für den Umbau des Stuttgarter Bahnhofes ausgeworfen, dessen Empfangsgebäude kraft Kammerbeschlusses vom 15. Juni 1907 (mit 59 gegen 6 Stimmen) und Königl. Verordnung vom 5. Oktober an die Schillerstraße gelegt wurde. Die Kraftwagenlinien wurden seit 1909 sehr vermehrt. Nach langen mageren Jahren haben die Staatsbahnen 1910—1911 einen bisher noch nie erreichten Überschuß von 26 Millionen ergeben. Die große neue Neckarbrücke von Stuttgart nach Cannstatt wurde 1893, die in Tübingen 1901 eröffnet. Auf dem Neckar wurden seit 1901 Personen von Heilbronn nach Heidelberg befördert.

II. Württemberg und das Reich

Die Beziehungen Württembergs zum Reiche hatten von Anfang an, wie S. 25 schon hervorgehoben worden ist, den Charakter vollster Loyalität, ehrlicher Pflege des Reichsgedankens auf der bundesgenössischen Grundlage, welche Bismarck mit voller Absicht und vollem Verständnis deutscher Art und Geschichte dem Reiche gegeben hatte. König Wilhelm II. hat dieses kostbare Erbe getreulich verwaltet und jederzeit als kerndeutscher Fürst gehandelt; man darf ihn mit Fug und Recht den ersten Patrioten unseres Landes nennen.

Die Rücksicht auf die militärische Einheit und auf praktische Bedürfnisse führte am 15. Januar 1892 zur Annahme des einreihigen Waffenrocks nach preußischem Muster. Bei einem Besuch des Kaisers im Jagdschloß Bebenhausen (7. bis 10. November 1893) ward dann eine wichtige Vereinbarung zwischen den beiden Herrschern getroffen, welche als die Bebenhäuser Abkunft berühmt geworden ist. Der „Staatsanzeiger“ hat sie am 13. Januar 1894 veröffentlicht. Sie trägt das Datum des 1. Dezember 1893

und hat die Form einer Allerhöchsten Order an den Kriegsminister Schott von Schottenstein. „Geleitet von dem Wunsche, die Dienstalters- und Beförderungsverhältnisse meiner Offiziere mit denen der königlich preussischen Armee in Übereinstimmung zu bringen und zu erhalten, habe ich in Gemäßheit der Art. 5, 8 und 12 Abs. 2 der Militärkonvention zwischen dem Norddeutschen Bund und Württemberg vom 21. bzw. 25. November 1870 beschlossen, die Beförderung meiner Offiziere künftig nur unter dem Gesichtspunkt eintreten zu lassen, daß alle Schwierigkeiten vermieden werden, welche sich bisher in unerwünschter Weise und zum Nachteil meiner Offiziere bei deren Kommandierung nach Preußen sowie umgekehrt der Kommandierung königlich preussischer Offiziere nach Württemberg geltend gemacht haben. Nach mündlicher Vereinbarung mit Seiner Majestät dem König von Preußen bestimme ich daher folgendes: Sie haben sich mit dem königlich preussischen Kriegsministerium in Verbindung zu setzen, um endgültig festzustellen, in welchem Dienstaltersverhältnis jeder meiner Offiziere zu den Offizieren gleicher Rangstufe in Preußen steht. Das so festgestellte Dienstalter soll fortan die einwandfreie Grundlage für die erforderlichen beiderseitigen Kommandierungen gemäß Art. 8 der Militärkonvention vom 21. bzw. 25. November 1870 bilden.“ Dann wurde weiter bestimmt, daß die Offiziere beider Teile jeweils die Uniform und die Abzeichen desjenigen Truppenteils anlegen sollten, dem sie zugeteilt würden; dadurch wurden sie den betreffenden Truppenteilen als Glieder eingereiht und hörten auf, bloße Gäste zu sein. Der König bezeichnete es endlich als seinen Wunsch, daß die württembergische Rangliste mit der preussischen vereinigt erscheine, und befahl, das Erforderliche in die Wege zu leiten. Der königliche Befehl entsprach ohne Zweifel dem Interesse des württembergischen Offizierkorps, dem dadurch an Stelle der bisherigen Schwankungen stetige Beförderungsverhältnisse gewährleistet wurden, und diente auch handgreiflich dem engeren Zusammenschluß des deutschen Heeres; es kann keinem Zweifel unterliegen, daß er sowohl für das württembergische Offizierkorps als für das deutsche Heer äußerst nützlich gewesen ist. Von volksparteilicher Seite (für die der Abgeordnete Payer-Reutlingen am 26. Mai 1894 das Wort nahm) und vom Zentrum wurde aber die Frage aufgeworfen, ob der Befehl nicht eine Abänderung der Militärkonvention bedeute, die selbst ein Bestandteil der Reichsverfassung sei, ob also nicht Bundesrat und Reichstag mit der Angelegenheit befaßt werden müßten. Der Ministerpräsident Freiherr von Mittnacht verneinte an dem genannten Tage aber die Behauptung, daß eine Abänderung der Konvention und ein den Staat Württemberg bindender Vertrag vorliege, in welchem Fall allerdings die Abkunft den Ständen vorzulegen gewesen wäre; und der Staatsrechtliche Ausschuß, dem die Angelegenheit zur Prüfung überwiesen wurde, trat dieser Ansicht bei. Am 30. Oktober 1900 kam die Sache nochmals in der Abgeordnetenversammlung zur Verhandlung, wobei der Kriegsminister Schott von Schottenstein den Befehl für eine rein militärische Zweckmäßigkeits-

maßregel ohne jegliche politische Hintergedanken erklärte. Die Reichsverfassung bestimme in Art. 63: „Die gesamte Streitmacht des Reichs wird ein einheitliches Heer bilden, welches in Krieg und Frieden unter dem Befehl des Kaisers steht,“ und alle Einräumungen, welche gegenüber diesem Artikel durch die Militärkonvention von 1870 gemacht seien, seien ausschließlich Einräumungen an die monarchische Spitze des württembergischen Staates. Durch die Teilnahme am Leben und Streben einer großen Armee, der — auf Grund von Art. 8 der Konvention — die Kommandierungen von Offizieren nach und aus Preußen dienen, werde für ein kleines Kontingent die Sicherheit gewährt, fortwährend auf der Höhe der Situation zu stehen. Abgeschlossen für sich verfallende ein kleines Kontingent der Einseitigkeit oder der Stagnation. Die Offiziere könnten auch nicht bloß als Schüler nach Preußen geschickt werden; denn nur ein verantwortliches Kommando führe vollständig in den Dienst der betreffenden Armee ein. Damit sei aber eine Zeitgrenze für die Kommandierung unmöglich, weil man nicht wissen könne, ob genau nach Ablauf der Frist für den betreffenden Offizier in Württemberg eine Stelle offen sein werde. Die Offiziere hätten vor dem Erlaß des Befehls unter großen Hemmnissen gelitten; im Herbst 1890 seien sieben württembergische Generalmajore vor der Beförderung zum Generalleutnant gestanden; da aber nur zwei württembergische Divisionen vorhanden waren, seien fünf mit Notwendigkeit durchgefallen. Jetzt aber hätten solche Offiziere, wenn in Württemberg kein Vorrücken für sie möglich sei, immer Anspruch auf Verwendung in der preußischen Armee. Der zur Wahrnehmung der württembergischen Interessen ins preußische Militärkabinett kommandierte Offizier sei dem württembergischen Kriegsminister für seine Tätigkeit verantwortlich, und der Kriegsminister sei es den Ständen gegenüber; damit sei der verfassungsmäßige Standpunkt gewahrt. Nach längeren Erörterungen nahm die Kammer schließlich einen Antrag ihrer Kommission an, nach welchem in Abs. 1 anerkannt wurde, daß der Befehl vom 1. Dezember 1893 staatsrechtlich innerhalb der Befugnisse des Trägers der Kommandogewalt erlassen sei; aber in Abs. 2 ward die Regierung ersucht, darauf bedacht zu sein, daß auch während des Bestehens des Befehls die in Art. 1 der Konvention garantierte Geschlossenheit des württembergischen Armeekorps eine Einbuße nicht erleide, daß die Kommandierungen innerhalb der Schranken des wirklichen Bedürfnisses vorgenommen werden und daß das württembergische Armeekorps vor allem auch in den hohen Kommandostellen in der Hauptsache von württembergischen Offizieren geführt werde.

Die Einwirkung der Reichsgesetzgebung auf Württemberg in dem uns zur Betrachtung vorliegenden Zeitraum ist naturgemäß eine sehr starke und anhaltende gewesen. Hierher gehören alle Militärgesetze (1893 Einführung der zweijährigen Dienstzeit; eine Reihe von Heeresverstärkungen, 1893 um 84 000 Mann, 1912 um 29 000, 1913 um 136 000

Mann; Wehrbeitrag; die Flottengesetze von 1898, 1900, 1906 und 1912; Militärstrafgerichtsordnung vom 1. Dezember 1898); dann alle sozialpolitischen Gesetze, auf deren Aufzählung im einzelnen hier des Raumes wegen nicht eingegangen werden kann, von dem über Arbeiterschutz des Jahres 1891 bis zu der Reichsversicherungsordnung von 1911. Über das vom Reich verlangte Maß ist Württemberg noch hinausgegangen, indem es 1909 die Stelle eines Landeswohnspektors und 1911 die weiblicher Aufsichtsbeamten über die Fabriken schuf. Hierher gehört namentlich auch die Inkraftsetzung des Bürgerlichen Gesetzbuches, wodurch die Einheit des bürgerlichen Rechts in Deutschland durchgeführt wurde, am 1. Januar 1900, nachdem es am 1. Juli 1896 vom Reichstag genehmigt worden war. An den Vorarbeiten für dieses gewaltige Werk hatte der Professor des Rechts in Tübingen, Professor Dr. von Mandry, eine Autorität über Fragen des Familiengüterrechts, einen hervorragenden Anteil genommen. Das Ausführungsgesetz, das die Anpassung der württembergischen Verhältnisse an die Bestimmungen des Gesetzbuchs zum Ziel hatte, war mit großer Sorgfalt von dem Justizminister Dr. von Breitling ausgearbeitet und fand 1899 die ständische Zustimmung; es ward am 28. Juli verkündet und setzte nicht weniger als 47 Gesetze, die zwischen 1610 und 1894 erlassen worden waren, außer Kraft. Sein erster Abschnitt betraf die freiwillige Gerichtsbarkeit und umfaßte sechs Titel. Der erste Titel behandelt das Grundbuch, der zweite das Vormundschafts-, der dritte das Nachlaß-, der vierte das Notariatswesen, der fünfte die öffentlichen Vermögensverzeichnisse, der sechste die Ordnungstrafen. Der zweite Abschnitt betraf den Gerichtsstand der Mitglieder des königlichen Hauses in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, der dritte das bürgerliche Recht (Allgemeines, Schuldverhältnisse, Sachenrecht, Familienrecht), der vierte die streitige Gerichtsbarkeit, der fünfte die Ausführungsvorschrift zum Handelsgesetzbuch.

Die finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen des Reiches betrafen natürlich auch Württemberg, soweit nicht seine Reservatrechte das ausschlossen. Als 1894 dem Reichstag der Vorschlag einer Weinsteuer gemacht werden sollte, stimmte Württemberg im Bundesrat dagegen, was bei der Bedeutung des Weinbaues für das Land selbstverständlich war, ließ aber seine Vertreter im Bundesrat an der möglichst zweckmäßigen Ausgestaltung des Gesetzes mitarbeiten. Im Reichstag erklärte der Ministerpräsident von Mittnacht am 20. Januar, daß 1870 bei den Beratungen in Versailles die württembergischen Vertreter von den Bevollmächtigten des Norddeutschen Bundes die Versicherung erhalten hätten, daß sie zwar nicht darauf eingehen könnten — was die Württemberger wünschten —, den Wein von den der Bundesbesteuerung unterliegenden Gegenständen auszunehmen oder seine Besteuerung von der Zustimmung Württembergs abhängig zu machen, daß aber die Eigentümlichkeit des Weins als Besteuerungs-

gegenstand nach ihrer Ansicht eine vollkommen ausreichende Gewähr dafür biete, daß der Bund von seinem verfassungsmäßigen Rechte in dieser Beziehung keinen Gebrauch machen werde. Der Bundesrat habe diesen Erklärungen seiner Bevollmächtigten im Dezember 1870 seine Zustimmung gegeben. Württemberg habe damit zwar kein formelles Reservatrecht hinsichtlich der Weinbesteuerung, auch kein eigentliches Versprechen erhalten; aber es habe doch nicht gemeint sein können, daß diesen Erklärungen gar keine Bedeutung innewohnen solle; sie seien von einer Autorität wie Delbrück in der Absicht zu beruhigen gegeben worden. Die Erklärung rief großes Aufsehen hervor; der Abgeordnete Kardorff rief aus, sie eröffne einen traurigen und betrübenden Blick in die Verhältnisse des Bundesrats. Der Staatsminister des Innern, Graf Posadowsky, stellte aber ausdrücklich fest, daß die königlich württembergische Regierung nur von einem ihr verfassungsmäßig zustehenden Recht Gebrauch gemacht habe, wenn sie ihre von der Mehrheit der Regierungen abweichende Ansicht öffentlich aussprach; es sei unmöglich, daß im Bundesrat immer Einstimmigkeit herrsche; sonst würden wir zu einem politischen Mechanismus kommen, dem das innere Leben des Föderativstaates fehlen würde. Die Weinsteuer ward darauf einem Ausschuß überwiesen, aus dem sie nicht mehr herauskam, so daß man ihr „eine Beerdigung erster Klasse“ nachsagte. Von Steuern, welche für Württemberg Bedeutung gewannen, seien die Fahrkartensteuer von 1906, die Überweisung eines Teils der Erbschaftssteuer an das Reich im gleichen Jahre, die Steuern von 1909 genannt (auf Liegenschaftsumsätze, auf Zinsbogen, Schecks, Beleuchtungskörper, Zündwaren, Schaumweine, Branntwein, Bier, Tabak). Die Kornzölle wurden durch den russischen Handelsvertrag von 1894 von 5 *M* für den Doppelzentner auf 3½ *M* herabgesetzt, durch den unter schweren Kämpfen im Reichstag durchgesetzten neuen Zolltarif vom 25. Dezember 1902 aber wieder auf 5 *M* für Roggen und Hafer, 5,50 *M* für Weizen erhöht.

Die Einheit des deutschen Verkehrswesens ward dadurch gefördert, daß Württemberg, wo die Volkspartei durch den unerwarteten Antrag Galler am 18. Mai 1901 die Abschaffung der eigenen Postwertzeichen empfahl, ab 1. April 1902 auf seine eigenen Postmarken verzichtete und die Einheitsmarke im Reich, außer Bayern, zur Durchführung gelangte. Württemberg hatte von dem Abkommen sehr erhebliche finanzielle Vorteile. Im Jahr 1911 ward eine neue Verteilung der Einnahmen notwendig, die aber dem Land immer noch einen namhaften Überschuß beließ.

Die Bestrebungen nach Ausführung des Art. 42 der Reichsverfassung (der vorschreibt, „daß die sämtlichen Bundesregierungen verpflichtet sind, die deutschen Bahnen im Interesse des allgemeinen Verkehrs wie ein einheitliches Netz zu verwalten“) stießen lange Zeit auf sehr starke partikularistische Bedenken. Der Ministerpräsident Freiherr von Mittnacht war von jeher der Überzeugung gewesen, daß an der Selbständigkeit der württembergischen

Bahnen gutenteils die Selbständigkeit des Landes überhaupt hänge. Als am 10. März 1897 der Freiherr Georg von Wöllwarth, der besonders für die einheitliche Gestaltung der Verwaltung der deutschen Eisenbahnen wirkte, in der Kammer die Hoffnung aussprach, daß Württemberg, das 1876 nicht in den Zug eingestiegen sei, jetzt der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft sich anschließen und so eine bessere Ausnutzung der Wagen und eine höhere Rente erzielen werde, da antwortete von Mittnacht, daß er seine Ablehnung des Reichseisenbahngedankens auch heute nicht bereue; daß Württemberg, solange er Minister sei, in ein Verhältnis, wie es Hessen angenommen habe, nicht eintreten werde; daß die Ausdehnung der preußisch-hessischen Gemeinschaft überhaupt einer, wie er glaube, nicht nahen Zukunft angehöre und es desto besser sein werde, je weniger davon gesprochen werde. Am 9. November 1900 trat Mittnacht zurück, und Freiherr Julius von Soden übernahm die Geschäfte. Dieser erklärte am 10. Mai 1901, daß es auch nach seiner Ansicht ausgeschlossen sei, daß Württemberg von der in Art. 22 des preußisch-hessischen Vertrags eröffneten Gelegenheit Gebrauch mache und in diese Gemeinschaft eintrete; denn die Einbuße an wirtschaftlicher wie politischer Selbständigkeit, die damit verbunden wäre, würde durch die finanziellen Vorteile — mögen sie nun größer oder kleiner, unbedingt sicher oder mutmaßlich sein — nicht aufgewogen werden. Der Minister fügte aber hinzu: Die Frage, ob überhaupt eine Eisenbahngemeinschaft mit Preußen oder mit den anderen deutschen Staaten in einer Form zu finden sei, die uns vielleicht weniger Opfer zumute und doch gewisse Vorteile biete, diese Frage betrachte er zurzeit als eine offene; ohne irgendwelche Opfer werde man natürlich auch keine Vorteile erlangen. Die Kammer nahm am 11. Mai mit 53 gegen die 26 Stimmen der Bevorrechteten, der Bauernbündler, Konservativen und der Deutschen Partei einen Antrag an, der sich für die Erhaltung der Selbständigkeit Württembergs in der Verwaltung seiner Bahnen und gegen den Anschluß an Preußen-Hessen aus wirtschaftlichen, politischen und konstitutionellen Gründen aussprach. Die Ansicht der Minderheit war dahin gegangen, daß man Ermittlungen anstellen solle, ob es angängig und im Interesse der Finanzen und Verkehrsbedürfnisse des Landes gelegen sei, die württembergischen Bahnen ohne staatsrechtliche Vereinträchtigung des württembergischen Staates, also unter entsprechender Mitwirkung von Regierung und Ständen, durch Vertrag an die preußisch-hessische Finanz- und Betriebsgemeinschaft anzugliedern. Mit allen 79 Stimmen wurde ein Zusatz R. Haußmann-Riene angenommen, welcher die Anwendung des Art. 42 der Reichsverfassung und die Schaffung eines Einflusses des Reichs auf den Eisenbahnbetrieb durch ein Reichseisenbahngesetz forderte. Aber die sinkende Eisenbahnrente, welche kaum noch 3 % erreichte, und die wenig rücksichtsvolle Umgehung der württembergischen Durchgangslinien durch die Nachbarstaaten wirkten für den Gedanken des Zusammenschlusses. Schon am 27. September 1901 nahm der von allen acht Handelskammern

des Landes beschickte erste Handelskammertag unter dem Vorsitz des Geheimen Kommerzienrats Widenmann den Antrag der Stuttgarter Handelskammer an, der den Anschluß Württembergs an die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft für dringend wünschenswert erklärte; die Heidenheimer Kammer trat sogar für die Überführung der deutschen Eisenbahnen in Eigentum und Verwaltung des Reiches, eventuell für eine süddeutsche Eisenbahngemeinschaft ein, um die unangenehmen Folgen des bayerischen Wettbewerbs abzuschneiden. Am 19. Dezember 1901 fanden in Stuttgart vertrauliche Verhandlungen zwischen Vertretern des Reichseisenbahnamts, des Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahnen und der Eisenbahnverwaltungen von Bayern, Württemberg und Baden statt, wobei eine die Beseitigung der Rückfahrkarten mit Preisermäßigung ermöglichende Festsetzung der Einheitsätze, die Einschränkung oder Beseitigung des Schnellzugszuschlags, die Regelung des Nahverkehrs und die Vereinfachung der Abfertigung des Reisegepäcks zur Erörterung kamen. Es galt aber mehr und Größeres, und es war der König selbst, welcher schon 1904 sich mit Nachdruck des Gedankens größerer Einheitlichkeit der Verwaltung der deutschen Bahnen annahm; er brachte, wie der Minister von Soden am 6. Dezember 1904 in der Zweiten Kammer ausdrücklich erklärte, dieser Frage von Anfang an ein lebhaftes Interesse entgegen und ermächtigte den Minister, mit der preußisch-hessischen Eisenbahnverwaltung Fühlung zu suchen, ob nicht eine vollständige Betriebsmittelgemeinschaft — also der Lokomotiven, der Personen-, Gepäc- und Güterwagen, der Ausrüstungs- und Lademittel, der Werkstätten —, deren einheitliche Unterhaltung und Erneuerung und eine gemeinsame Beschaffung der Betriebsmaterialien ausführbar sei. Der preußische Minister von Budde gab im Auftrag des Kaisers eine günstige Antwort, wollte aber auch den Schein vermeiden, als ob von Preußen ein Druck ausgeübt worden sei, und wünschte deshalb die Unterstützung des württembergischen Vorgehens noch durch andere, besonders süddeutsche Verwaltungen. Auf von Sodens Anfrage erklärte sich Baden und dann auch Bayern zu Verhandlungen bereit, und auf einer Ministerberatung in Heidelberg am 29. September 1904 einigte man sich, einen Ausschuß einzusetzen, der spätestens im Januar 1905 auf Grund des oben skizzierten württembergischen Entwurfes die förmlichen Beratungen aufnehmen sollte. Auch wurde eine Personentarifreform als erstrebenswert und notwendig erachtet; ausdrücklich wurde aber die Einführung der 4. Wagenklasse als nicht unbedingt geboten bezeichnet, hierüber vielmehr jedem Staat freie Hand gewahrt. Die Personentarifreform ward dann 1906—1907 durchgeführt, Rückfahrkarten, Landeskarten, das badische Kilometerheft unter Ermäßigung der Tarife abgeschafft und in Württemberg die 4. Klasse in die Züge eingestellt (s. S. 40). Die Betriebsmittelgemeinschaft aber scheiterte im Herbst 1905 am unerwarteten Rücktritt Bayerns von den Verhandlungen, vor allem aber war inzwischen der tödlich erkrankte

Minister von Budd e von seinem Amt zurückgetreten, was zur Folge hatte, daß die partikularistischen Tendenzen in Preußen wieder die Oberhand gewannen. Nun erklärte Bayern, nur zu einer Gemeinschaft auf die Güterwagen die Hand bieten zu können, und obschon der neue Ministerpräsident und Minister für Auswärtiges und Verkehrsangelegenheiten Dr. von Weizsäcker 1907 darlegte, daß eine solche Beschränkung schwer ausführbar sei, weil die Eisenbahnwerkstätten mit geringen Ausnahmen für alle Betriebsmittel tätig seien und eine Ausscheidung der Unterhaltungskosten der Güterwagen aus den allgemeinen Unterhaltungskosten fast nicht möglich sei, so war doch das ursprüngliche Ziel nicht zu erreichen, da Preußen hinter Bayern stand. So mußte man sich am 21. November 1908 bescheiden, einen Verband der preußischen, bayerischen, sächsischen, württembergischen, badischen, mecklenburgischen, oldenburgischen und Reichseisenbahngüterwagen zu gründen, der die völlig freie Benutzung dieser Wagen durch ganz Deutschland einführt. Man berechnete, daß dadurch immerhin 200 Millionen Achskilometer an sonst leerfahrenden Wagen und $18\frac{1}{2}$ Millionen Mark an Miete erspart würden. Württemberg hatte zu der Gemeinschaft 10 097 Güterwagen zu stellen, Bayern 42 391, Preußen 379 699.

Für die Verkehrsförderung kommt auch sehr in Betracht der Ausbau der Wasserstraßen, und die Regierung König Wilhelms II. (der das Wassergesetz vom 1. Dezember 1900 verdankt wird, das den Gebrauch der öffentlichen Gewässer in Württemberg regelte) hat auch dieser wichtigen Frage ihre Aufmerksamkeit gebührendermaßen zugewandt. Die Abgeordnetenversammlung bewilligte am 16. Juni 1905 die Summe von 50 000 M zur Vornahme von Vorarbeiten für den Bau eines Großschiffahrtsweges von Mannheim bis Heilbronn, und weil die Erstellung leistungsfähiger Wasserstraßen ohne Einführung von Schiffahrtsabgaben zu kostspielig werden mußte, trat die württembergische Regierung, im Gegensatz zu Sachsen, Baden und Hessen, im Bundesrat für eine Abänderung des Art. 54 der Reichsverfassung ein, welcher die Erhebung von Abgaben auf den Flüssen untersagte. Durch diese Abänderung ließ sich die unanfechtbare rechtliche Grundlage für die Einführung von Schiffahrtsabgaben gewinnen, und auch die Abgeordnetenversammlung sprach sich am 6. Juni 1907 für diesen Weg aus. Man war in Württemberg zur Erkenntnis gekommen, daß die Kanalisation des Neckars von Mannheim bis Heilbronn, welche schon Herzog Christoph beabsichtigt hatte, sowohl für die württembergische Industrie, welche ihre Kohlen von auswärts beziehen muß, als für die Landwirtschaft, die ihre Futtermittel auch einführen muß, eine Lebensfrage sei; für sich allein könnte aber Württemberg diese Kanalisation, da sie größtenteils außerhalb seiner Grenzen geschehen mußte, aus staatsrechtlichen und auch aus finanziellen Gründen nicht vornehmen. Das Gesetz, das die Abänderung von Art. 54 und demgemäß die

Einführung von Schiffsabgaben vorschlug, kam im Herbst 1911 im Reichstag zur Behandlung. Es verfügte, daß auf natürlichen Wasserstraßen Abgaben nur zum Zweck der Verkehrserleichterung und nur im Betrag der aufgewandten Kosten erhoben werden dürfen. Zur Ausbringung der Mittel wurden aus den beteiligten Staaten Stromverbände — einer für den Rhein, einer für die Weser, einer für die Elbe — gebildet. Diese Verbände sollten Verwaltungsausschüsse niederlegen, denen aus den Kreisen der beteiligten Kaufleute, Industriellen und Landwirte Strombeiräte beigegeben würden. Das Gesetz wurde im Ausschuß dahin verbessert, daß das auszuführende Bauprogramm auf die Rheinstrecke von Straßburg bis Konstanz ausgedehnt und eine Erhöhung der Abgaben von der Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit der Strombeiräte abhängig gemacht wurde. Im Rheinverband, zu dem der Main bis Aschaffenburg, der Neckar bis Heilbronn gehören sollte, hatte Preußen 8 Stimmen, Baden 5, Bayern 4, Hessen 4, Württemberg 3, Elsaß-Lothringen 3, zusammen 27. Der Neckar sollte (bis Heilbronn) bis zu einer Tiefe von 2,20 m kanalisiert werden, der Main (bis Aschaffenburg) bis zu 2,50 m, der Rhein von Straßburg bis Sondernheim bis zu 2, von Mannheim bis St. Goar bis zu 2,50 m. Bei der Verhandlung im Reichstag setzte der Minister Dr. von Bischof die Gründe auseinander, warum Württemberg dem Gesetz zugestimmt habe, und gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß durch die Kanalisation sowohl die Gesamtheit der Verbandsstaaten als Württemberg Vorteil haben werde und daß nicht eine Verteuerung der Getreidepreise — was die Sozialdemokratie befürchtete —, sondern vielmehr eine Verbilligung eintreten werde. Der Reichstag nahm, nachdem Anträge auf Einbeziehung der Lahn und Saale zurückgezogen und der auf Einbeziehung der Mosel am 17. November mit 188 gegen 109 Stimmen abgelehnt war, am 1. Dezember das Gesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger aus anderen Parteien an, worauf es am 24. Dezember 1911 veröffentlicht wurde. Weil aber bezüglich der Abgaben auf dem Rhein und der Elbe infolge internationaler Verträge (zwischen dem Norddeutschen Bund und Österreich vom 22. Juni 1870, Rheinschiffsahrtsakte vom 17. Oktober 1868, badisch-schweizerischer Vertrag vom 10. Mai 1879) die Zustimmung der Niederlande, der Schweiz und Österreichs erforderlich war, konnte zunächst nur die Weserkanalisierung zwischen Münden und Bremen und die der Aller bis zur Leinemündung in Angriff genommen werden, und der Krieg von 1914 hat natürlich die ganze Angelegenheit auf die lange Bank geschoben.

In diesem Krieg hat König Wilhelm II. sich vom ersten Tage an als der treue deutsche Patriot und sorgliche Landesvater erwiesen, als den ihn sein Volk seit Jahrzehnten kannte. Er tat, was in seinen Kräften stand, um den vaterländischen Geist des Volkes und des Heeres zu kräftigen, indem er den Scharen der Bürger, welche in den ersten Zeiten öfters, von innerer Naturgewalt getrieben, den Weg zu seinem Schlosse einschlugen, mann-

hafte und kraftvolle Worte zurief, indem er wohl selbst am Sonntag den 23. August nach dem Gottesdienst in der Garnisonskirche den Stuttgartern die Siegesbotschaft von Longwy freudigen und stolzen Herzens mitteilte, und indem er seine Truppen wiederholt in Ost und West besuchte, die Tapferen auszeichnete, die Verwundeten tröstete (17. September, 8. Oktober, 31. Oktober 1914, 25. Januar, 11. April, 13. Mai — damals in Polen —, 20. Juli, 3. September, 29. November 1915). Die Württemberger haben unter dem Oberbefehl des Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen bei Longwy und in den Argonnen, dann bei Ypern, vor Verdun, in Polen, wo sie beim Durchbruch der Narewlinie im Juli 1915 hervorragend mitwirkten, und in Serbien überall sich mit Ruhm bedeckt, und am 24. November 1914 schrieb der Kaiser dem König eine Feldpostkarte, die das Lob enthielt: „Deine Schwaben sind ebenso stramm, wie sie zäh und tapfer sind.“ Den König und den sturm-bewährten Anführer der vierten Armee, der zurzeit die Wacht an der Yser und der Nordsee hält, Herzog Albrecht von Württemberg, ernannte der Kaiser am 23. Juli bzw. am 1. August 1916 zu Generalfeldmarschällen der preußischen Armee, den ersten als „den erhabenen Chef von Truppen, die unvergleichliche Tapferkeit bewiesen hätten“, den zweiten als einen Feldherrn „von unermüdlicher Hingabe, Umsicht und Tatkraft“. Angesichts dieser Anerkennung durch den obersten Kriegsherrn ertragen sich die herben Verluste leichter, die auch unsere Truppen erlitten haben. Das Volk daheim hat sich derer draußen nicht unwert erwiesen; die Opfertage vom 2. August 1915 und 25. Februar 1916 ergaben 800 000 bzw. 480 000 M; bei den vier Reichskriegsanleihen zeichnete Württemberg 108,5, 310,9, 432,8 und 414 Millionen, und den wirtschaftlichen Maßnahmen, die zum Zweck des Durchhaltens vom Bundesrat angeordnet wurden (der Brotkarte vom 12. März 1915, der Butterkarte vom 9. März 1916, der Fleischkarte vom 17. April 1916 und der Zuckerkarte vom 23. Mai 1916) hat sich alles gern in dem Gedanken gefügt, daß für das Vaterland Entbehren selbstverständliche Pflicht sei.

Quellen:

Eine Darstellung der Geschichte dieser 25 Jahre gibt es noch nicht. Der vorstehende Versuch gründet sich auf amtliche Akten der Regierung und der Stände. Nützliche Wegweiserdienste leisteten die Jahresübersichten im „Staatsanzeiger“, im „Schwäbischen Merkur“ und in den Württembergischen Jahrbüchern für Statistik.

Bevölkerungstatistik^{*)}

Von Oberfinanzrat Dr. Lofsch

Die äußeren Unterlagen. — Man hat zu unterscheiden zwischen Erhebungen des Bestandes der Bevölkerung und solchen über ihre Bewegung. Württemberg hat nicht nur an den entsprechenden Fortschritten der Reichsstatistik auf diesen Gebieten mitgewirkt und teilgenommen, sondern auch darüber hinaus manches Neue geleistet.

a) Was den Bestand anlangt, so haben zunächst die allgemeinen, vom Bundesrat beschlossenen (Dezember-) Volkszählungen 1895, 1900, 1905, 1910 neben den üblichen Merkmalen der Bevölkerung Württembergs vor allem manche sozialpolitisch wichtige erhoben, und zwar

1895: Arbeitslose.***) Wohnungswesen der 5 größten Städte.

1900: Geburtsort; Arbeitsort und Wohnort; allgemeine, summarische Wohnungserhebung.

1905: Allgemeine Wohnungserhebung.

1910: Wohnungserhebung, Arbeitsort und Wohnort in eingehender Bearbeitung.

Neben diesen allgemeinen Wintervolkszählungen wurden jedoch am 14. Juni 1895 und 12. Juni 1907 Reichsberufs- und Betriebszählungen veranstaltet, welche nicht nur vollständige Sommervolkszählungen waren, sondern auch Wirtschaftserhebungen größten Stiles, da nicht nur die Berufsverhältnisse sämtlicher Landesbewohner (Haupt- und Nebenberuf) erkundet und bearbeitet worden sind, sondern auch sämtliche Landwirtschafts- und Gewerbebetriebe. Während die erste Erhebung dieser Art am 5. Juni 1882 ein summarischer, die ganze sozialpolitische Gesetzgebung des Reichs einleitender und vorbereitender Versuch genannt werden muß, diese Gesamtverhältnisse erschöpfend vorzuführen, sind die zwei in unsere Periode fallenden Sonderzählungen als wirkliche Inventuren des wirtschaftlichen Lebens im Reich und in Württemberg zu bezeichnen, wobei sogleich bemerkt sein mag, daß auch die Beziehungen Württembergs zum Reich, d. h. die Bundesstaaten als Glieder des ganzen Reichswirtschaftskörpers, dabei hervorgetreten

^{*)} Es handelt sich im Folgenden nicht um die württembergische „Statistik“ oder um die Entwicklung des württembergischen Statistischen Landesamts, sondern um den innerhalb einer gegebenen Raum- und Stoffeinteilung vom Herausgeber gewünschten Ausschnitt „Bevölkerungstatistik“.

^{**) Das gesperrt Gedruckte war für das ganze Reich durch den Bundesrat angeordnet.}

sind. Dieses letztere ist wichtig. Die zahlreichen einschlägigen Veröffentlichungen sind in den Württembergischen Jahrbüchern für Statistik und Landeskunde oder in Sonderbänden dazu erfolgt, und als Nebenfrucht fielen dabei u. a. auch die zwei Ausgaben (1898 und 1910) einer württembergischen Gemeindestatistik ab. Neben der zweiten Reihe von amtlichen Oberamtsbeschreibungen, von denen bisher Reutlingen 1893, Ehingen 1893, Cannstatt 1895, Ulm 1897, Rottenburg 1899/1900, Heilbronn 1901/02, Urach 1909, Münsingen 1912, Tettnang 1915 erschienen sind, welche also in chronologischen Reihen erfolgen, bieten die Gemeindestatistiken einen gleichzeitigen Querschnitt durch alle zahlenmäßig faßbaren, kennzeichnenden Merkmale des Gemeindelebens, der Bezirke, des Landes:*) beide ergänzen sich daher als landeskundliche Unterlagen; durch die seit 1897 in zwanglosen Nummern erscheinenden „Mitteilungen“ des Statistischen Landesamts werden wichtigere Ergebnisse in kleineren Beiträgen veröffentlicht.

b) Für die Verfolgung der natürlichen Bewegung der Bevölkerung wurde die allgemeine Todesursachenstatistik neu eingeführt (1892), mit der Statistik der Sterbefälle einheitlich verbunden (1898), weiter erstreckt (1901), der Säuglingssterblichkeit wurden besondere Auszählungen und Arbeiten gewidmet, wie solche u. a. in der Stuttgarter Gesundheitsausstellung (1914, vgl. den Katalog) in graphischen Niederschlägen zu sehen waren.

Die örtliche Bewegung der Bevölkerung, vor allem die Verfolgung der Fernwanderungen, erforderte Anregungen**) zur Fortbildung der Reichsstatistik, ohne welche die Hinauswanderungen nicht festgestellt werden können.

Innerer Zusammenhang und Bedeutung der Zahlen. — Bevölkerungstatistische Tatsachen und Probleme können nur durch Zusammenhalt von Bestands- und Bewegungsergebnissen gewürdigt werden. Hierzu sind Vergleichs- und Verhältniszahlen unvermeidlich. Das Zahlenheer muß übersichtlich gegliedert und wirksam erläutert werden. Letzteres ist nur aus dem Gange der ganzen Volkswirtschaft heraus möglich; ohne das hat man nur haltloses Gerede vor sich. Es darf nicht verschwiegen werden, daß vor Beginn des letzten Vierteljahrhunderts der Altmeister der württembergischen Statistik und Mitbegründer des Kaiserlich Statistischen Amtes, Gustav Rümelin, eine gewisse Übervölkerungsfurcht hegte. Sie war zwar für das, man darf sagen jahrhundertelange Auswanderungsland Württemberg gewiß begründet, weniger für Gesamtdeutschland. Mit Beginn des Jahres 1891 etwa setzte eine gründliche, nicht voraussehbare Wandlung ein. In etwa 20 Jahren, 1891—1910, gestaltete sich das „Auswanderungsreich“ zu einem — „Mehreinwanderungsreich“ um. Die industriellen, die binnen- und überseeverkehrswirtschaftlichen „Organe“ des reichsdeutschen Wirtschaftskörpers

*) Das vierbändige Werk „Das Königreich Württemberg“, 1904/1907, ist mehr Orts- und Bezirks- als Landesbeschreibung.

**) Die Statistik in Deutschland. J. Schweizer, Verlag, München, 1911, Band I, S. 471 ff.

erfuhren ein nie erhörtes Wachstum. Aus 26 deutschen Großstädten wurden 1891—1915 52; sie und ihre Vororte wie die Industriezentren sogen nicht etwa nur die Überschüsse der ländlich-landwirtschaftlichen Wohnorte auf, sondern rissen auch Lücken in diese, welche vor allem im Nordosten durch Wanderarbeiter ausgefüllt werden mußten. Von Übervölkerung sprach man nur mehr unter Beschränkung auf diese Groß- und Industriestädte; in ihnen erhob sich die Wohnungsfrage wie ein drohendes Gespenst. Schon vor der Wende des Jahrhunderts zeigten sich aber gerade dort auch schon die leisen Anfänge von Erscheinungen, welche das Gegenteil der Befürchtungen der achtziger Jahre erweckten.

Seit etwa 1910 sehen wir die Frage des Nachlassens der „Geborenenziffer“, trotz starken Sinkens der Sterbeziffer und daher zunächst kaum merkbaren Sinkens der Geborenenüberschüsse, in der bevölkerungsstatistischen und bald auch der sozialwissenschaftlichen Erörterung überhandnehmen, und neuerdings ist sie, vollends unter dem Einfluß und Eindruck des Europakrieges, geradezu in den Mittelpunkt der Tagesfragen gerückt. Teils ängstliche und überschwengliche, teils oberflächliche, teils ernst sachliche Artikel, Vorschläge usw. sind heute häufig geworden. Die Nationalökonomien, welche die Bevölkerung in ihren Lehrbüchern als unbequemen Anhang in der Regel „malthusianisch“ behandelt oder gar nicht berührt hatten, fingen an, stutzig zu werden und die Behauptung etwas ernsthafter zu prüfen, welche der Verfasser dieser Zeilen schon lange verfochten hat, daß die Menschen sozusagen auch ein klein bißchen zum — Volksvermögen gehören. Mit einem Schlage ist die Wahrheit des Wortes in den Vordergrund gerückt, mit welcher die Besprechung der Jahrhundertwendevolkszählung für Württemberg beginnt: „Das kostbarste Gut eines Volkes ist — es selbst“ (Württ. Jahrbücher 1902, S. 187; vgl. auch Allg. Statist. Archiv 1914, S. 187 ff.).

Diese ganz kurzen Vorbemerkungen waren unerlässlich, um das Folgende sowohl geographisch-bundesstaatlich als geschichtlich in den größeren Zusammenhang einzustellen, weil Württemberg keine volkswirtschaftliche Insel ist.

Die Wandlung des Menschenbestandes. — Teilt man die 100 Jahre zwischen 1816 und 1916 in vier Teile zu je 25 Jahren, so ergibt sich in abgerundeten Zahlen folgendes Bild des jeweiligen Volksbestandes in Württemberg:

Jahr	Volksbestand	Zunahme in 100 Jahren von Periode zu Periode		
1816	1 400 000	} } } } } } } } } }	253 000 108 000 282 000 507 000 }	1 150 000
1841	1 653 000			
1866	1 761 000			
1891	2 043 000			
1916	2 550 000 (?)			

Auf dem gleichgebliebenen Gebiete Württembergs sind in den 25 Jahren der Regierung König Wilhelms II. über eine halbe Million Menschen zugewachsen, also nahezu so viele wie in den 75 vorhergegangenen Jahren zusammen. Die ersten 23 Jahre waren gesegnete Friedensjahre; die letzten zwei standen im Zeichen des furchtbaren Weltkrieges, und so müssen die Zahlen einen gewissen, wenn auch für diese Gesamtüberschau nicht mehr wesentlichen Abzug erfahren, wenn einmal die Todesbilanz abgeschlossen werden kann, zu welcher noch eine gewisse Nachwuchsunterbilanz stößt.

Nach dem Dreißigjährigen Krieg hatte das damalige Herzogtum Altwürttemberg etwa $\frac{1}{2}$ Million Einwohner; in den letzten 25 Jahren ist also die Volkszahl eines ganzen, großen Herzogtums an Menschen neu hinzugetreten. Das ist das eine.

Das Bundesstaatsvolk. — Auf der anderen Seite wird gerade die letzte Periode noch durch einen Vergleich gekennzeichnet. Seit 1871 ist das Königreich Württemberg ein Bundesstaat des Deutschen Reichs. Als Glied des Reichsvolkkörpers hat das Volk Württembergs sich so entwickelt:

	Reichsvolksbestand in Millionen	Württ. Volksbestand in Millionen	In Prozent des Reichsbestandes
1816	24,8	1,40	5,63
1841	33,0	1,65	5,01
1866	39,8	1,76	4,43
1871	41,0	1,82	4,43
1891	49,8	2,04	4,11
1916	69,0	2,55	3,70

Die Mengenbedeutung Württembergs innerhalb des jetzigen Reichsgebiets ist also, trotz eigenen starken Anwachsens der Volkszahl, verhältnismäßig gesunken. Dies rührt daher, daß anderwärts im Reich, jedoch keineswegs überall, die Masse noch rascher anwuchs. Wenn man die 4 Perioden von je 25 Jahren nimmt, so war der Rückgang dem Reich als Ganzem gegenüber nacheinander 62, 58, 33, 41 Einheiten, das will heißen, daß er sich seit Eintreten des Volkes in die Reichsgemeinschaft erheblich verlangsamt hat, ohne jedoch zu verschwinden. Geborene Württemberger waren in der jeweiligen Reichsbevölkerung im Jahre 1890 4,26 %, 1900 4,03 % und 1907 3,92 %.

Die tieferen Ursachen dieser zwei Erscheinungen der Volksmasse, der stark ansteigenden überhaupt, wie der im Verhältnis zum Reich etwas langsameren, gehen in der Hauptsache auf wirtschaftliche Umwälzungen im Reichskörper mit gemeinsamem Indigenat, d. h. Wanderfreiheit, zurück; hier ist darauf nicht einzugehen; es ist anderwärts gesehen.

Die Quellen und die Abgänge. — Wie ist — zunächst rein bevölkerungstatistisch — diese gewaltige Verdichtung der Landesbevölkerung Württembergs vor sich gegangen? Hierüber geben folgende runde Ziffern Auskunft: *)

Zeitraum	Geborene	Gestorbene	Natürliche Überschüsse
1816/40	1 527 000	1 206 000	321 000
1841/65	1 720 000	1 374 000	346 000
1866/90	1 977 000	1 451 000	526 000
1891/1915	1 868 000	1 220 000	648 000
1816/1915	7 092 000	5 251 000	1 841 000

Vier bedeutsame Erscheinungen heben sich bei Betrachtung dieses Menschenumsatzes, dieses Werdens und Vergehens, vor allem heraus:

1. Leben und Tod schwellen in den ersten drei Perioden stark an und senken sich beide in der letzten.

2. Die Gesamternte des Todes senkt sich in der letzten Periode an Masse und verhältnismäßig noch weit stärker als die Abnahme der Lebenskeime.

3. Der natürliche Lebensüberschuß des Volkes steigt infolgedessen noch ununterbrochen.

4. Zwischen der natürlichen Zunahme des württembergischen Volks im ganzen Jahrhundert 1816/1915 mit 1 841 000 und zwischen der oben (S. 61) festgestellten tatsächlichen Zunahme mit 1 150 000 klappt eine Lücke von 691 000.

Es sind ganz außergewöhnliche Vorgänge, deren Gesamtwirkung sich mit in diesen Zahlen ausprägt; nur so tritt der unterscheidende Charakter gerade der letzten 25 Jahre schon in diesen Allgemeinurissen heraus. Noch schärfer wird er, wenn sowohl die Menschenquelle als die Abgänge und die Überlebenden noch etwas weiter gegliedert werden.

Die Wandlung der Menschenquelle. — Teilt man die 25 Jahre 1891—1915 in zwei gleiche Teile durch Halbierung des Jahres 1903, so erhält man folgende Summen:

	Geborene	Totgeborene	Lebendgeborene	Gestorbene (ohne Totgeb.)
1891/1903	936 000	30 000	906 000	603 500
1903/1915	932 000	26 000	906 000	560 500
Jüngste halbe Periode ± }	— 4 000	— 4 000	± 0	— 43 000

Dieses Zahlenbild besagt, daß in einer Periode noch außerordentlich starker Zunahme der Volkszahl (S. 61) die Zahl der Geborenen etwa Mitte dieser Periode abzunehmen begann, daß diese Abnahme, weil auf die Tot-

*) Württembergische Jahrbücher 1900, II, S. 56 ff., und spätere Jahrgänge.

geborenen beschränkt, zunächst nur einen Stillstand in der Zahl der Lebendgeborenen bewirkte, daß jedoch durch die Weiterabnahme der Gestorbenen, aber lediglich durch sie, noch der Geborenenüberschuß aufrecht erhalten wurde, wenn auch mühsam.

Dieses Zahlenbild erhält sofort ein anderes, man kann sagen hippokratisches Gesicht, wenn man die letzten 10 Jahre ebenso in zwei Teile spaltet, um den Verlauf zu erkennen:

1906/1910	386 300	10 700	375 600	218 700
1911/1915	335 300	9 030	326 270	225 000
1906/1915	— 51 000	— 1 770	— 49 330	+ 6 300

Die verhängnisvolle Wandlung ist erfolgt wie bei einer in die Luft geschossenen Kugel, welche aufwärtsstrebend an dem toten Punkte, den Gang verlangsamend, anlangt, um sodann, umgekehrt — den Fall beschleunigend — zu fallen.

Der winzige Rückgang der Totgeborenen verschwindet fast gegenüber der beträchtlichen Minderung der Lebendgeborenen; gleichzeitig hat die Zahl der Gestorbenen aufgehört, weiter zu fallen; sie stieg; unsere Kriegsgefallenen beschleunigten dieses Steigen; aber mit dem Kriege reißt der Faden ab und setzt etwas ganz Neues ein.

Die Wandlung der Abgänge. — a) Die natürlichen: Unter den Gestorbenen der 100 Jahre 1816/1915 haben sich befunden rund:

	Totgeborene	Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Sonstige Gestorbene
1816/40	62 500	412 000	731 500
1841/65	70 000	470 000	834 000
1866/90	74 000	549 000	828 000
1891/1915	56 000	377 000	787 000

Auch ohne die hier absichtlich vermiedenen „Verhältniszahlen“ tritt die Bedeutung der Säuglingssterblichkeit im württembergischen Volksleben ebenso heraus wie ihre, allerdings erst im letzten Teil der letzten Periode erhebliche Abnahme. Die Abnahme der Säuglingssterblichkeit bei gleichzeitiger Abnahme der Totgeborenen ist Einsparung von Neuleben, von Lebenskräften, welche da sind. „Ungeborenes“, Unerzeugtes kann aber nicht „eingespart“ werden; zunehmende Unfruchtbarkeit ist also, je nachdem, schlimmer als — größere Säuglingssterblichkeit.

Gerade in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch begann die Abnahme der Geborenen auch in Württemberg so stark zu werden, daß die sehr starke Einengung der Säuglingssterblichkeit nicht mehr imstande war, das Abschmelzen des Geburtenüberschusses hintanzuhalten; in den letzten Jahren mußte die Einsparung durch verminderte Säuglingssterblichkeit kleiner werden, weil sie bestimmte Grenzen hat, die Abnahme der Geborenen aber ging weiter.

b) Die territorialen (Abwanderung). Über die andere Seite des Abganges der Überlebenden gibt folgende Bilanz Auskunft:

Periode	Natürliche Überschüsse	Wirkliche Zunahmen in Württemberg	Abmangel	Darunter nachgewie- sene überseeische Aus- wanderung
1816/40	321 000	253 000	— 68 000	— 80 000
1841/65	346 000	108 000	— 238 000	— 240 000
1866/90	526 000	282 000	— 244 000	— 133 000
1891/1915	648 000	507 000	— 141 000	— 45 000
1816/1915	1 841 000	1 150 000	— 691 000	— 498 000

Hier tritt neben die kennzeichnende Säuglingssterblichkeitsentwicklung ein für Württemberg noch viel kennzeichnenderes Merkmal: der große Unterschied zwischen natürlichen und wirklichen Zunahmen reißt Württemberg ein in die Zahl der ausgesprochenen Mehrauswanderungsgebiete. Aber auch als solches hat es eine höchst wichtige Wandlung zu verzeichnen. In den ersten 50 Jahren, 1816/65, ist allein die nachweisbare überseeische Auswanderung, welche fast restlos in den Vereinigten Staaten von Nordamerika verschwand, größer als der rechnerische Abmangel, was von Nachbarschaftsmehreinwanderungen herrührt. In der dritten Periode flaut die überseeische Auswanderung etwas ab, nicht aber der Abmangel, d. h. das Auswanderungsmehr; in der jüngsten Periode endlich schrumpft die überseeische Auswanderung zusehends ein, auch die übrige Mehrauswanderung wird sehr viel geringer, verglichen mit demjenigen Teile des natürlichen Überschusses, der als wirkliche Zunahme im Lande Württemberg verblieb. Die Lösung dieser Zahlenrätsel ist für die jüngste Periode 1891/1915 mit Hilfe der neueren Gebürtigkeitsstatistiken des Reichs sehr einfach, wenn schon hier auf Zahlen nicht eingegangen werden soll. Schon 1866/91 ging die andere Hälfte des Abmangels nicht mehr über See ab, sondern hinaus ins Reich, zum kleineren Teile auch in die Schweiz usw.; in der vierten Periode dauern die Abwanderungen nach dem Reiche, vor allem nach Westen, Nordwesten und in die sich bildenden Großstädte und Industriezentren anschwellend fort, ihr zur Seite gehen nicht unerhebliche Einwanderungen aus dem Osten und Süden (Bayern, Schweiz, zum Teil auch Österreich, Italien); gleichzeitig aber kommt eine ganz außerordentliche, nie dagewesene innerwürttembergische Binnenwanderung in Fluß. Hatte die erste Periode noch zu zahlreichen schwäbischen Reichsauslandskolonien in Rußland, Amerika geführt, bei letzterem die zweite und dritte hindurch mehr oder minder angedauert, so erhält die letzte ihren besonderen Charakter durch Bildung zahlreicher und wachsender Schwabenansammlungen in den deutschen Großstädten und durch die Bildung von „Neustädten“, wie Vergrößerung vieler kleinerer Stadt- und Landgemeinden in Württemberg selbst. Zu Beginn der letzten Periode wird Stuttgart zunächst „rechnerisch“ (1885: 96256, 1890: 104093 Einwohner), sodann „wirklich“ zur Großstadt, in ihrem

Verlaufe (1905) wird diese Landeshauptgroßstadt durch Eingemeindungen fast am ganzen Umkreis zu Groß-Stuttgart, zu einem im Mittelpunkt des Landes gelegenen Großkörper mit der Menschenmasse nahezu eines „Reiſes“.

Stadt und Land. — Hatten die überſeeiſchen Auswanderer größtenteils mit der Natur in Urbarmachung uſw. und Anpassung zu kämpfen, die ins Reich Abgegangenen ſich eine neue Brotſtelle zu erkämpfen, ſo blieb auch den Zurückgebliebenen, gar nicht Gewanderten oder in die Neubildungen Hineingeſicherten und -ſichernden der Kampf des neuen Lebens nicht erſpart: die Kluft zwiſchen Stadt und Land tat ſich auf, wenn auch durch vieles in der Eigenart der Bewohner, der landwirtſchaftlichen Beſitzverteilung, des Verkehrs, der Induſtrie uſw. gemildert.

Mit 12 Gemeinden von über 10 000 Einwohnern (Stuttgart, Ulm, Heilbronn, Eßlingen, Cannſtatt, Reutlingen, Ludwigsburg, Ömünd, Göppingen, Tübingen, Ravensburg, Tuttlingen) iſt Württemberg in das Jahr 1891 eingetreten; eben hatte Tuttlingen im Oberland dieſe Grenze erreicht. Bis zum Jahre 1910 hatten, während die anderen fortwuchſen, 9 weitere dieſe Grenze überſchritten: Heidenheim, Schwenningen, Geislingen-St., Feuerbach, Zuffenhausen, Ebingen, Alalen, Schramberg, Bödingen, während Cannſtatt (1905) in Groß-Stuttgart aufging; biſher werden Kirchheim/Teck, Rottweil, Friedrichshafen hinzugekommen ſein, ſo daß ſich in 25 Jahren die Zahl der größeren Gemeinden Württembergs gerade verdoppelt hat. Das Wort „Mein Land hat kleine Städte“ gilt heute in dieſem Sinne nicht mehr ganz, wenn es auch angeſichts der vielen dazwiſchen liegenden winzigen Städtchen noch richtig iſt, wie angeſichts der weit ſtärkeren Stadtentwicklung in Sachſen, Baden und anderen Reichsteilen. Auch die Zahl der Gemeinden mit zwiſchen 5000 und 10 000 Einwohnern hat ſich ſeit 1890 von 19 auf 27 erhöht.

Ende 1910 wohnt die Mehrzahl der Württemberger in 167 „ſtädtiſchen“ Gemeinden mit je 2000 und mehr Einwohnern, nämlich 1 223 916, während in den übrigen 1735 Gemeinden des Landes bis zu 2000 Einwohnern 1 213 658 Menſchen als ortsanweſend gezählt wurden; ſeit 1910 iſt die Verſchiebung noch etwas weiter gerückt. Man beachte, daß noch im Jahre 1890 nahezu zwei Drittel der württembergiſchen Landesbevölkerung — „Landbevölkerung“ im letzteren Sinn war.

Zuſammenballung, Umlagerung der Volksbeſtandteile. — Der „Zug nach der Stadt“, das Heraufwachen neuer, die Veränderungen alter Stadtgebilde durch Wandergewinne und zunächſt noch regen, dann aber nachlaſſenden Eigennachwuchs kennzeichnet die Neubildung nicht ganz. Eine Art Kontraktion fand mit der Konzentration ſtatt. Sehr viele Landgemeinden nahmen überhaupt nicht zu, ſie blieben ſtehen oder nahmen mehr oder minder dauernd — ab. Man kann von einer gewiſſen Verödung mancher

land- und waldwirtschaftlichen Gebiete des Landes sprechen, sozusagen Blutfülle dort, Blutleere hier; nicht nur Überschüsse flossen ab oder wurden von den Städten, den Industriegebieten angezogen, sondern teilweise sehr viel mehr. Der Abstrom vom Lande, welchen Georg Hansen gerade vor Beginn der letzten 25-Jahresperiode so anschaulich schilderte, artete auch in Württemberg vielfach zur Landflucht aus.

Es gibt natürlich „keinerlei“ Naturgesetz für eine normale Verteilung der Menschen auf Stadt und Land, auf Land- und Forstwirtschaft, Gewerbe, Handel, Verkehr usw., vollends nicht für ein kleineres Richteigenzollstaatsgebiet, wennschon der Satz vom Gleichgewicht der Kräfte auch für massenwechselnde Großkörper anwendbar ist. Eben deshalb erhob sich aus den angedeuteten geographischen Konzentrationsvorgängen, welche wirtschaftliche Wurzeln und — Früchte zeitigten, ein ganz neues, zunächst mehr latentes politisches Leben, ein zweiseitiges Stadt- und Landstreben, welches hier lediglich anzudeuten ist. Vom dunklen Empfinden bis zu mehr oder weniger zielbewußter Tat trat hervor, daß Verkehr und Verkehrsmittel den wirtschaftlichen Kreislauf im Volkskörper bedingen, beeinflussen, hemmen, beschleunigen usw. können. Für Binnengebiete aber wie Württemberg, welche keinen natürlichen schiffbaren Strom haben oder an ihn grenzen, ist das wichtigste Verkehrsmittel für Mensch und Gut das Eisenbahnsystem, seine Anlage und Handhabung.

Die Eisenbahnanlieger. — Auch zur Klärung dieser wichtigen Dinge hat die Bevölkerungsstatistik in den letzten 25 Jahren Bausteine geliefert. Einen allgemein gültigen Maßstab für „Angeschlossensein“ gibt es nicht. Nimmt man als „angeschlossen“ die Einwohner derjenigen politischen Gemeinden Württembergs, nach denen eine Station irgendwelcher Ordnung benannt war oder ist, sowie derjenigen, auf deren Markung eine Station lag oder liegt, so erhalten wir folgende Entwicklung:

	Bevölkerung	Davon angeschlossen	In %
1846	1 726 716	88 443	5,12
1867	1 778 396	408 367	22,96
1890	2 036 522	907 030	44,54
1903	2 169 480	1 243 523	57,30
1908	2 302 179	1 410 764	61,30

Man wird annehmen dürfen, daß zurzeit vielleicht 70 % der Bevölkerung des Landes im obigen Sinne „angeschlossen“ sind; der Rest ist mehr oder minder eisenbahn- bzw. stationenfern. Da die Anteilnahme an dem Netze sowohl nach Kreisen als nach Oberämtern sehr verschieden ist, da ferner von dem näheren Anschlusse günstige Einflüsse vor allem auch auf die Zahl der Einwohner usw. erhofft werden, so ergibt sich über Art und Zeit des Ausbaues des Netzes eine große Anzahl von Wünschen, während gleichzeitig die

Frage des Anschlusses an die großen Wasserwege nicht nur für das Land, sondern gerade auch für die schon eisenbahnangeschlossenen Gebiete sich erhebt (Güterverkehr). Eine Darstellung von den bevölkerungstatistischen Gegebenheiten aus hat mit den Worten abgeschlossen (Württ. Jahrb. 1912, S. 372): „Inwieweit der jeweils zu behandelnde Weiterbau des Netzes der Gerechtigkeit oder Gleichberechtigung entspricht, kann durch die gebotene Darstellung nachgeprüft werden; daß der Weiterbau als solcher sein Ziel nie erreichen kann, ebenfalls. Es bleibt also noch übrig, zu vermuten, daß er eines schönen Tags aus Gründen, welche nicht in die Statistik, sondern in die Finanzpolitik gehören — aufhört.“

Begleiterscheinungen. — Wir kennen die anthropologische Beschaffenheit der Bewohner Württembergs im ganzen nicht; wir wissen zwar, daß z. B. der Dreißigjährige Krieg nicht nur Tausende von Familien, sondern auch Hunderte von Siedlungen mehr oder minder vollständig verödet hat; ein förmlicher Neuaufbau des Volkes mußte erfolgen.

Es ist daher wichtig, sich klarzumachen, daß mit den Wanderungen der letzten 25 Jahre sich ganz bedeutende Neumischungen vollzogen haben. Unter je 1000 Ortsanwesenden waren:

	1871	1895	1907
1. Ortsgebürtige	721	660	621
2. Sonst in Württemberg geboren	251	—	310
3. Im Reich (ohne W.) geboren .	22 (—)*	33 (80)	47 (96)
4. Im Reichsland geboren	6	8	15

Es zeigt sich, daß auf je zwei Württemberger draußen ein hereingewanderter geborener Reichsdeutscher kam, ferner, daß der „Austausch“ im Wachsen begriffen ist, gerade in der letzten Zeit. Die Durchsetzung mit Reichsausländern ging ebenfalls rascher vor sich, als die Volkszahl anwuchs: in den 19 Jahren 1871/90 wuchs ihre Zahl nur von 10 656 auf 12 250, in den 20 Jahren 1891/1910 von 12 250 auf 25 848, wovon etwa der vierte Teil, 6367, in Stuttgart, und worunter etwa 10 000 nach Österreich, 7000 nach Italien, 5000 nach der Schweiz staatsangehörig. Doch war schon im Jahre 1907 allein der rechtsrheinische bayerische Einschlag in die württembergische Bevölkerung mit etwa 36 000 in Bayern geborenen, in Württemberg ortsanwesenden Personen noch um die Hälfte größer als das ganze Ausländer-tum. Darüber, welche „Qualitäten“ von in Württemberg geborenen Menschen abgegeben und welche an draußen Geborenen dafür eingetauscht werden, gibt die Bevölkerungstatistik naturgemäß keine Auskunft; daß wir viele tüchtige Dienstmädchen nach Frankfurt, Mannheim, Karlsruhe, Basel, Zürich usw. liefern, welche dort zum Teil aufgeheiratet werden, läßt sich

*) Die Klammerzahlen geben die entsprechende Quote der geborenen Württemberger im Reich draußen. Neuere Zahlen gibt es nicht.

nachweisen, auch Pfarrer, Lehrer, Künstler, Techniker, Handwerker, große und kleine Kaufleute, Angestellte — nicht aber „Abgeordnete“ — werden mehr abgegeben als empfangen und dafür vorzugsweise Erdarbeiter, Hütekinder, „Schweizer“, Arbeiter aller Arten zum Teil zu dauerndem, zum Teil zu periodischem Aufenthalt ins Land gezogen.

Die neue Mischung der Konfessionen. — Eigenartig hat sich durch den Fluß der Binnenwanderungen noch mehr als durch den der Außenwanderungen die Lagerung der Angehörigen der verschiedenen religiösen Bekenntnisse gestaltet.

Der evangelischen Bevölkerung des Landes gehörten ursprünglich südlich der Donau nur vereinzelte Landgemeinden, jedoch die ehemals freien Reichsstädte Ravensburg, Biberach, Leutkirch, Isny an; im übrigen war dieser Teil Neuwürttembergs kompakt römisch-katholisch. Außerdem zieht sich vom nördlichen Teil des Oberamts Ehingen durch die schmale Brücke des katholischen oberen Filstales (Gaisentäle) ein schmaler Streifen in das kleinere östliche, um Smünd gelegene katholische Gebiet und von dort über das nördliche Gebiet des Alener Bezirks in die fast kompakt katholischen Bezirke Neresheim, Ellwangen, im äußersten Nordosten des Landes. Ähnlich gelangt man über das kleinere katholische Gebiet der Bezirke Rottenburg und Horb, welches nach dem Süden zunächst durch Hohenzollern, sodann aber auch auf württembergischem Boden durch einen an den quer ostwestwärts streichenden Riegel Hohenzollerns südlich sich anlegenden Streifen rein evangelischer Gemeinden nur mit einer Unterbrechung (Binsdorf, Erlaheim, Geislingen) getrennt wird, in das ebenfalls erhebliche katholische Gebiet um Oberndorf, Rottweil, Spaichingen; außerdem liegen an der nordwestlichen Peripherie die den Bezirken Neckarsulm, Rünzelsau, Mergentheim zugehörigen Grenzstreifengemeinden, während im ganzen Zentralwürttemberg etwa ein Duzend fast nur ganz kleiner Landgemeinden katholisch sind.

Diese geschichtlich überkommenen Lagerungen brachten es, als die Wanderbewegung in den früher nicht dagewesenen Fluß kamen, mit sich, daß, von den Grenzwanderungen und ihren vielgestaltigen Einzelheiten abgesehen, die Wanderungsgewinne zwar nicht ausschließlich, aber weit überwiegend dem unteren Neckargebiet einschließlich der Industriestraße Geislingen—Neckarsulm zugut kamen, wobei im Südwesten die evangelischen Mittelpunkte Tuttlingen, Ehingen, Schwenningen des südlichen Teils von den katholischen Oberndorf, Rottweil, Schramberg des nördlichen abgeglichen werden.

Diese Lagerungen im Zusammenhang mit der zweifellos größeren Initiative auf industriellem Gebiete bei der evangelischen Seite brachten es mit sich, daß die katholischen Minoritäten in fast allen „Neustädten“ des Landes stark zunahmen, daß, wo keine da waren, sich solche bildeten, zum Teil verstärkt durch die Ausländer. So kam es, daß die Zahl der Katholiken unter

der Gesamtbevölkerung Württembergs, welche 1858/90 von 30,75 % auf 29,93 % herabgesunken war, bis 1. Dezember 1910 wieder auf 30,37 % sich hob, daß die evangelischen oder katholischen Mehrheiten oder Minderheiten je nach der konfessionellen Beschaffenheit der „Einzugsgebiete“ sich stark hoben oder senkten, also im ganzen eine viel größere Durchsetzung der beiden Hauptkonfessionen des Landes in örtlicher Hinsicht erfolgt ist, als der Zunahme entsprochen haben würde.

Hierauf ist bei der Bearbeitung der Volkszählungsergebnisse mehrfach hingewiesen worden, unter anderem auch wegen der unmittelbaren praktischen Folgen dieser Umlagerungen und Neubildungen für die Kirchen, Schulen, Mischehen usw.; ebenso wurde auf die mit der Veränderung der Überlebendenzahlen zu erwartenden Veränderungen der Schülerzahlen hingewiesen. Daß die etwa 12 000 im Bestand seit 1891 etwa gleichgebliebenen Israeliten sich zunehmend in die Städte, voran die Großstadt, gezogen haben, ist ebenfalls eine bemerkenswerte, wenn auch keineswegs spezifisch württembergische Erscheinung. Das Anwachsen der Sekten, Dissidenten, ist zwar in den letzten 25 Jahren so stark gewesen, daß eine Verdoppelung (am 1. Dezember 1910 im ganzen 12 863) vorliegt und ihre Zahl die der Israeliten des Landes erstmals überschritt, der Menge nach kommen sie jedoch bei 0,5 % der Gesamtbevölkerung nur lokal zur Geltung.

Auf weiteres und auf Einzelheiten ist hier nicht einzugehen.

Die Pendelwanderungen. — Neben die „Ganzwanderungen“ sind gerade in der letzten Periode noch „halbe“ getreten, ermöglicht bzw. unterstützt, wie z. B. in Belgien, durch die Arbeiterverkehrspolitik der Staatseisenbahnverwaltung. Man hat schon bei der Jahrhundertwende Volkszählung vom 1. Dezember 1900, wenn auch etwas zaghaft, einen Reichsüberblick über diese Neubildungen von „Symbiose“ vor allem zwischen Eigenwohnung, Landwirtschafts-, Industrieerwerb usw. anzubahnen gesucht, allein die Bundesstaaten sind, abgesehen von Württemberg, *) mit diesem Novum nicht fertig geworden, während in Württemberg diese Pionierarbeit am 1. Dezember 1910 fortgesetzt worden ist. **) Im Jahre 1900 sind unter Einschluß der von oder nach außerhalb der Landesgrenzen „Pendelnden“ 60 921 Personen derart zwischen Wohnstätten (-gemeinden) und Arbeitsstätten hin und her gefahren, gegangen, geradelt, geautelt; im Jahre 1910 war die Summe der allein innerhalb des Landes erfolgenden derartigen Bewegungen auf 88 155 angewachsen, welcher Summe im Jahre 1900 nur die Ziffer 54 322 entsprach (Württ. Jahrb. 1912, S. 319 ff. und S. 391 ff.). Man wird jetzt die Gesamtzahl ruhig auf über 100 000, darunter sehr viele Familienväter, ansehen können. Diese eigenartigen Ineinanderflechtungen brachten es mit sich, daß

*) Statistik des Deutschen Reichs, Band 150, S. 176.

**) Reichsarbeitsblatt, Jahrg. 1914, S. 476.

sich eine ganze Anzahl von Gemeinden als ausgesprochene Wohnort-, d. h. Abgabegemeinden kennzeichnen, andere umgekehrt als Einschülfungsgemeinden, während eine nicht unbeträchtliche Zahl in beiden Richtungen beteiligt ist. Dabei darf nicht unbeachtet bleiben, daß der Binnenverkehr innerhalb Groß-Stuttgart im Jahre 1910 bei der Erhebung naturgemäß ausgeschaltet war, weil eben die Gemeinde mit ihrer Markung, d. h. die Arbeit außerhalb der Wohnortgemeinde, das kennzeichnende Erhebungsmerkmal bildete und bilden mußte. Das sehr verzweigte Übersichtsbild des Standes dieser Dinge am 1. Dezember 1910 ist in einer Karte niedergelegt, welche dem Volkszählungstexte beigelegt worden ist (Württ. Jahrb. 1912, Anhang).

Man mag sich ausmalen, daß der außerordentlich starke Zu- und namentlich Abgang von Pendlern mit gewissen Zügen mancherlei Unbequemlichkeit für die Verkehrsbehörden wie für die Pendler selbst mit sich bringt; allein die überwiegenden Vorteile liegen klar. Sie erstrecken sich auch auf das Wohnungswesen des Landes; man könnte sagen, das militärische Wort „getrennt marschieren, vereint schlagen“ lasse sich auch übertragen auf dieses Gebiet „getrennt wohnen, vereint — arbeiten“, wenn man an die Fragen des Stadtbauplanes von Groß-Stuttgart denkt, welches am 1. Dezember 1910 aus 314 Wohnortsgemeinden aller vier Kreise des Landes im ganzen nicht weniger als 15 307 (worunter 2798 weibliche) Pendler zur täglichen Arbeit hereinbezog. Auf die verwaltungs- und steuerpolitischen Folgen ist hier nicht einzugehen.

Die Wohnhaushaltsbevölkerung. — Noch vor 25 Jahren haben sich die Erkundungen der Bevölkerungsstatistik auf die Nachweise über Zahl der bewohnten und unbewohnten „Baulichkeiten“ und Neubauten beschränkt. Da tauchte die „Wohnungsfrage“ auf, voran in den Altgroßstädten Berlin, Hamburg, Breslau usw., und mit ihr die Versuche zu Wohnungsstatistiken der Städte. Ihr „Vergleich“ war nahezu unmöglich wegen der kaleidoskopartigen Fülle von Methoden, Aufbereitungsarten, Aufstellungen. Auch hier gingen dann einzelne bundesstaatliche Ämter weiter voran, so Baden, Sachsen, Württemberg (1895, 1900, 1905, 1910); Württemberg versuchte auch bei der Volkszählung 1910 ein Reichsminimum von vergleichbaren Unterlagen herbeizuführen, jedoch ohne praktischen Erfolg. Es war in Ulm, am Sitz der — freilich durch besonders glückliche Umstände begünstigten — Boden- und Wohnungspolitik, wo im Kreise der deutschen staatlichen Statistiker die Frage erörtert wurde. Während ein Teil von der Möglichkeit einer vergleichenden Wohnungsstatistik für das Reich überzeugt war, verhielt sich ein anderer zweifelnd. Bemerkenswert dürfte in dieser Hinsicht sein, daß der damalige Präsident des Kaiserlich Statistischen Amtes kurz darauf den Verfasser dieser Zeilen ersuchte, in der neugegründeten Zeitschrift „Am Grund und Boden“ über diese Möglichkeit sich auszusprechen, was auch geschah,*) nachdem

*) In Nr. 2 von „Am Grund und Boden“, S. 94/104.

dazwischen die Ergebnisse der vergleichenden Wohnungsstatistik für das ganze Staatsgebiet Württembergs veröffentlicht waren (Württ. Jahrb. 1912). Kurz darauf verfocht Präsident a. D. van der Borgh in einem umfassenden Referat in Wien bei der Tagung des Internationalen Statistischen Instituts die Möglichkeit, ja Dringlichkeit einer — internationalen Wohnungsstatistik, mit der es — auch ohne den inzwischen ausgebrochenen Krieg — wohl gute Weile gehabt haben würde.

In Württemberg wurden am 1. Dezember 1910 46 390 Einzellebende, 491 426 gewöhnliche Haushalte mit 2 und mehr Personen, 1017 Anstalten, 2552 Gasthöfe, Pensionen, Herbergen usw. gezählt, also im ganzen 542 385 Haushalte im weitesten Sinne mit 2 437 574 ortsanwesenden Personen; davon sind die zwei ersten Arten, also 537 816, eigentliche Haushalte mit 2 364 284 Menschen, d. h. 97 %, auf „Wohnverhältnisse“ genau untersucht worden. Die im Anhalt an die Verfügung des Rgl. Ministeriums des Innern vom 21. Mai 1901 (Reg.-Bl. S. 130) über die Wohnungsaufsicht geschaffene Landeswohnungsinspektion kann, abgesehen davon, daß sie sich den technischen und hygienischen Mißständen in erster Linie praktisch zuzuwenden hat, ein gleichzeitiges und vergleichbares Bild der Wohnungszustände des Landes nicht gewinnen; insofern kennzeichnet sich das umfassende, gelegentlich der Volkszählung gewonnene Wohnungsbild als eine sozialpolitische Hilfs- und Orientierungsarbeit.

Durch Kombination zwischen Haushaltgröße und Wohnungsraumzahl wurden alle Fälle mit je 1, 2, 3, 4 usw. Personen mit allen Fällen von je 1, 2, 3, 4 usw. Wohnräumen klargelegt, und zwar für Stuttgart, das übrige Land und Württemberg im ganzen. Nur die Benützung der elektrischen Zählmaschinen gestattete diese bei Handarbeit durch riesige Kosten sich ausschließende Entrollung. Es wurden neben allen Wohnungsgrößen mit ihrer Belegung auch die Eigen-, Miet- und Dienstwohnhaushalte mitunterschieden, die Zusammensetzungsarten der Haushalte nach Personenarten, nach Berufsabteilungen, die Küchen-, Küchenanteils- und Ohneküchenwohnungen, so daß sich die „übervölkerten Haushalte“ klar heraus hoben und jeder Begriff einer solchen an Hand des Urmaterials weiter hätte untersucht werden können. Dies geschah aber nicht, obschon es zu der Erledigung der Frage geführt haben müßte, ob der „Übervölkerungsbegriff“ im Sinne dieser Untersuchung mit den auf Grund von § 5 der erwähnten Verfügung bekannt gewordenen Fällen sich deckt oder nicht deckt.

Naturgemäß kann hier nur das allgemeine Ergebnis Platz finden. Es zeigte sich, daß $\frac{19}{20}$ oder $\frac{24}{25}$ der Bevölkerung Württembergs sich in durchaus normalen Wohnverhältnissen befanden. Die Ergebnisse „sind geeignet (Württ. Jahrb. 1912, S. 425), Verbesserungsvorschläge entstehen zu lassen, aber diese betreffen nur ganz kleine Ausschnitte des wirklichen Wohnhaushaltlebens, das in seiner überwältigenden, kompakten Mehrheitsmasse als normal bezeichnet werden muß. Gerade dieses letztere aber ist ein wesentlicher Gewinn

der vorliegenden so vielseitigen Durchleuchtung, daß man nicht mehr so ganz allgemein über unerträgliche Wohnungsmißstände Redensarten machen kann, sondern feste Tatsachengrenzen vor sich hat, welche den Verteidigern wie den Angreifern der heutigen Wohnungszustände gleichermaßen dienen wie Schranken auferlegen“.

Seit Beginn des unseligen Krieges werden sich Freunde wie Feinde der Wohnungspolitik, die ja immer noch auf der Tagesordnung steht, in Polen wie in Galizien, in Nordfrankreich wie in Belgien, in Serbien wie in Galizien, überzeugt haben, daß diese Beurteilung sachlich war, weil sie an die Stelle von zufällig oder tendenziös herausgegriffenen Einzelbildern des Schlimmeren oder Besseren einfach den vollen Sachverhalt gesetzt hat, welcher allen einseitigen Übertreibungen nach der einen oder anderen Seite ein Ende bereitet hat.

Sonstiges. — Aus der Bevölkerungsstatistik wären noch manche Gebiete zu nennen, welche in den letzten 25 Jahren weitergebaut worden sind. Die genauen Altersauszählungen haben eine bessere Sterbetafel ermöglicht, aus der die Gesamtwirkung sowohl unserer ärztlichen Fortschritte, als insonderheit die Wirkungen der sozialpolitischen Versicherungsgesetze deutlich erkennbar wird; eine Blindenstatistik führte zu eingehender Untersuchung dieser Unglücklichen (Württ. Jahrb. 1897, S. 77), die Arbeitslosen wurden im Jahre 1895 zweimal erhoben, zu einem Zeitpunkt, wo das seitdem reich ausgebaute Arbeitsvermittlungswesen eben erst durch den damaligen Gewerberichter Dr. Lautenschlager — später Stadtrat in Frankfurt a. M. — einen kräftigen Anstoß erhielt, die Todesursachenstatistik ist nach ihrer Verbindung mit der allgemeinen Sterbefallstatistik wohl zuverlässiger und weiter gefördert als in vielen anderen Bundesstaaten, ein Kataster der Geisteskranken ist in Arbeit. Diese letzteren Dinge liegen schon auf dem Grenzgebiet zwischen Bevölkerungs- und Medizinalstatistik.

Schluß. — Durch den Krieg sind sehr viele allgemeine, in amtlichen wie persönlichen Veröffentlichungen aus Württemberg lange zuvor erörterte Bevölkerungsfragen plötzlich in den Vordergrund nicht nur des Interesses, sondern auch der praktischen Behandlung getreten. Die großen unmittelbaren und mittelbaren Menschenverluste in Verbindung mit dem Geburtenrückgang, namentlich in den Großstädten, geben dazu ernste Veranlassung.

Staat und öffentliches Leben



Staatsverfassung

Von Professor Dr. von Blume

Württemberg als konstitutionelle Monarchie

Der württembergische Staat hat unter der Regierung König Wilhelms II. eine tiefgreifende Veränderung durchgemacht.

Nicht eine Veränderung seiner Grenzen. Eine freiwillige Teilung des Staatsgebietes ist durch § 1 der Verfassungsurkunde vom 25. September 1819 ausgeschlossen. Eine gewalttame Lostrennung von Gebietsteilen ist dem Staate, den seit der Gründung des Deutschen Reiches dessen gesamte Wehrmacht schützt, erspart geblieben. Eine Vermehrung hat das Staatsgebiet seit dem Jahre 1810 nicht erfahren; nur Auflösungen von Hoheitsgemeinschaften sowie Grenzberichtigungen haben stattgefunden, so noch durch den Staatsvertrag vom 17. Dezember 1914 eine Vereinigung der Landesgrenze zwischen Württemberg und Bayern.

Aber die sämtlichen Bestandteile des Königreichs sind nach § 1 der Verfassungsurkunde vereinigt „zur Teilnahme an einer und derselben Verfassung“. Und diese Verfassung hat nach längeren und lebhaften Kämpfen durch das Verfassungsgesetz vom 16. Juli 1906 und das Landtagswahlgesetz vom gleichen Tage eine Veränderung erfahren, die der Regierung, unter der sie geschah, für immer einen hervorragenden Platz in der Geschichte Württembergs sichert.

Doch war mit diesen Gesetzen die Fortbildung der Staatsverfassung nicht abgeschlossen. Am 28. Juni 1906 genehmigte der König die vom

Landtage beschlossenen Entwürfe einer Gemeindeordnung und einer Bezirksordnung, die am 1. Dezember 1907 in Kraft traten und die Verfassungsurkunde in wesentlichen Punkten ergänzten. Im Februar 1911 endlich erging ein Verfassungsgesetz, wodurch der altherwürdige Geheime Rat, der durch die Entwicklung des Staatslebens überflüssig geworden war, seiner letzten Rechte entkleidet wurde.

Gemeinsam ist diesen Verfassungsgesetzen das Ziel, die sehr erheblichen Reste ständischen Rechtes, die in der Verfassung von 1819 sich erhalten hatten, durch Bestimmungen zu ersetzen, die dem Wesen des konstitutionell-monarchischen Staates mit Selbstverwaltung der Kommunalverbände entsprechen.

Wenn diese Änderungen nur zögernd und unter tunlichster Schonung des Althergebrachten beschlossen worden sind, so ist der württembergische Staat auch in dieser Hinsicht unter der Regierung König Wilhelms II. nur den guten Überlieferungen der Vorfahren gefolgt.

Württembergs Verfassung ist die einer „konstitutionellen Monarchie“. Das will sagen: Alle die Rechte, die wir dem Staate Württemberg gegenüber Land und Leuten zuschreiben, laufen in der Person des Herrschers zusammen. „Der König,“ sagt § 4 der Verfassungsurkunde, „ist das Haupt des Staates und vereinigt in sich alle Rechte der Staatsgewalt.“ Aber er übt diese Staatsgewalt nicht unbeschränkt, sondern nach Maßgabe der durch die Verfassung (die Konstitution) festgesetzten Bestimmungen nur mit Beschränkungen aus.

Die württembergische Krone ist erblich in dem vormals gräflichen Hause von Württemberg, das auf den im Jahre 1265 verstorbenen Grafen Ulrich zurückgeht. Sie ist erblich nach dem Rechte der Erstgeburt auf Grund der Abstammung in gerader Linie. Und zwar im Mannesstamm. Erlischt dieser, so geht die Thronfolge auf die weibliche Linie über, erbt dann aber im Mannsstamm weiter. Erbberechtigt sind nur die Kinder aus ebenbürtiger Ehe; ob dieser Fall gegeben ist, entscheidet sich nach dem Herkommen, das zur Zeit der Aufhebung des Reiches in Württemberg galt.

Findet ein Thronwechsel statt, so tritt der König kraft seines Erbrechts unmittelbar sein Herrscheramt an, ohne daß es einer Huldigung des Volkes bedürfte. Er bekräftigt aber die Übernahme seiner königlichen Pflichten durch Ausstellung einer feierlichen Urkunde, worin er die unverbrüchliche Festhaltung der Landesverfassung bei seinem königlichen Worte zusichert, und empfängt dafür den Huldigungseid, der von jedem Württemberger nach zurückgelegtem sechzehntem Lebensjahr abzulegen ist.

Nur ein volljähriger König ist in der Lage, die königlichen Rechte selbst auszuüben (Verfassungsurkunde § 9). Volljährig wird der König mit zurückgelegtem achtzehntem Lebensjahre. Hat er dieses Alter noch nicht erreicht, so muß ein Reichsverweser ihn vertreten. Ebenso, wenn er aus anderen

Ursachen, beispielsweise Krankheit, an der Ausübung der Regierung dauernd verhindert ist. Zeigen sich bei dem künftigen Nachfolger des Königs Eigenschaften, die voraussichtlich eine Reichsverwesung nötig machen, so muß für eine solche schon bei Lebzeiten des regierenden Königs durch ein Staatsgesetz vorgeorgt werden. Die Reichsverwesung kommt dem in der Erbfolge nächsten Agnaten zu, nötigenfalls wird die Mutter oder die Großmutter des Königs von väterlicher Seite dazu berufen. Der Reichsverweser übt die volle Staatsgewalt im Namen des Königs aus, mit einigen Einschränkungen jedoch, von denen die wichtigste ist, daß eine während der Regentschaft vorgenommene etwaige Abänderung der Verfassung nur für die Dauer der Regentschaft gilt.

Über den Fall einer vorübergehenden Stellvertretung des Königs enthält die Verfassung keine ausdrücklichen Bestimmungen; es ist aber unbezweifelt, daß der König berechtigt ist, für die Zeit einer Erkrankung oder eines Aufenthaltes außer Landes einen Vertreter zu bestellen, der die ihm übertragenen Regierungshandlungen mit derselben Wirkung ausübt wie der König selbst.

Der König ist das Haupt des Staates und als solches heilig und unverleßlich, d. h. er genießt für seine Person besonderen gesetzlichen Schutz und ist für seine Handlungen nur Gott und sich selbst verantwortlich. Dem entsprechen die Ehrenrechte, die ihm zugebilligt werden.

Als Oberhaupt der königlichen Familie übt er die Hoheit und Gerichtsbarkeit über die Mitglieder des königlichen Hauses aus nach Maßgabe des Hausgesetzes vom 8. Juni 1828.

Als Oberhaupt des Staates vereinigt er in sich alle Rechte der Staatsgewalt. Der König ist mithin im Staate Württemberg „Träger der Staatsgewalt“. Das heißt: Der Wille des Königs ist der Staatswille. Württemberg ist zwar eine konstitutionelle Monarchie, aber eine Monarchie im vollen Sinne des Wortes, nicht eine Demokratie mit einem Herrscher, dem vom Volke bestimmte Rechte übertragen sind. Der König von Württemberg herrscht aus eigenem, nicht aus abgeleitetem Recht. Der König hat folglich nicht nur die in der Verfassung aufgezählten Befugnisse, sondern alle Rechte, die in der Staatsgewalt enthalten sind, es sei denn, daß die Verfassung ihm solche vorenthalte oder beschränke.

Der König als Oberhaupt des Staates vertritt ihn in allen seinen Verhältnissen gegen auswärtige Staaten (Verfassungs-urkunde § 85). Seit Württemberg ein Gliedstaat des Deutschen Reiches geworden ist, ist zwar die Aufgabe des Schutzes von Land und Leuten auch für Württemberg eine deutsche Angelegenheit geworden; nur der Deutsche Kaiser kann für Württemberg den Krieg erklären, nur dieser den Friedensvertrag schließen, der den Krieg beendet. Auch sind die Zollgrenzen Reichsgrenzen geworden, Handelsverträge also Reichsache. Aber Württemberg

hat eigene Post und eigene Eisenbahnen und somit auch das Recht, über den Anschluß an den internationalen Verkehr seine völkerrechtlichen Verträge abzuschließen.

Innerhalb des Reiches bleibt überdies ein weites Gebiet staatlichen Lebens, auf dem Württemberg die eigene Staatshoheit gegenüber anderen Gliedstaaten des Reiches wahrzunehmen hat und durch Verträge mit diesen wahrnehmen kann. Alle derartigen Staatsverträge schließt der König als Vertreter des Staates und bedarf dazu einer Zustimmung des Landtags nur insoweit, als Staatsgebiet oder Staatseigentum dadurch veräußert oder belastet werden, ein Landesgesetz aufgehoben oder abgeändert oder Rechten der Staatsbürger Eintrag geschehen soll.

In der Ausübung der Staatsgewalt beschränkt ist der König vor allem auf dem Gebiete der Gesetzgebung und der Besteuerung. In diesen Beziehungen ist sein Wille nicht allein maßgeblich, sondern es tritt neben den König in der Ausübung der Staatsgewalt der Landtag, die Vertretung des Volkes von Württemberg.

Württembergs Staatsform gleicht somit in ihren Grundzügen der der meisten deutschen Bundesstaaten. Aber die Ausgestaltung im einzelnen zeigt Eigentümlichkeiten, die keine der Schwesterverfassungen aufzuweisen hat. Wie in den Gesteinschichten der Alb sich die Geschichte des Landes niedergeschlagen hat und vor den Augen des Gesteinskundigen sichtbar daliegt, so ist in der Verfassung Württembergs eine Schichtung erkennbar, die das Werden und Wachsen des Staates dem politisch Gebildeten zeigt und den Beweis liefert, daß die Verfassung allmählich geworden ist, daß sie sich bodenständig entwickelt hat.

Die Geschichte der württembergischen Verfassung

Der Gang der Verfassungsgeschichte in den Einzelstaaten Deutschlands ist im allgemeinen der gewesen, daß zugleich mit dem Sinken der kaiserlichen Macht im 14. und 15. Jahrhundert die landesherrliche Gewalt sich erhob, alsbald aber eine Beschränkung durch die Landstände sich gefallen lassen mußte. Die Ursache des Nachgebens der Landesherren war ihre Geldnot; sie gaben von ihrer Macht her, um sich Geldebewilligungen von den Untertanen zu erkaufen. Die Stände — Prälaten, Ritterschaft und Städte — sind die Träger der wichtigsten staatlichen Leistungen: der Landesverteidigung, des Gerichts und der Friedensbewahrung, und beanspruchen dafür das Recht der Selbstverwaltung, insbesondere in geldwirtschaftlicher Beziehung. Die Landesherren aber bedürfen infolge der Verdrängung der Natural- durch die Geldwirtschaft und weil durch die Entwicklung der Schußwaffen das Heerwesen eine gründliche Veränderung erfährt, in immer zunehmendem Maße der wirtschaftlichen Unterstützung der Stände. So wird ein Zusammen-

wirken zwischen dem Landesherrn und der Landschaft erforderlich; es entsteht der ständische Staat.

Man bezeichnet ihn wohl als einen Doppelstaat, als „dualistisch“ in dem Sinne, daß zwischen dem Landesfürstentum und den Ständen wie zwischen zwei Mächten verhandelt und das Ergebnis der Verhandlungen in einem Vertrage niedergelegt wird. Doch darf bei einer richtigen Würdigung dieses Verhältnisses nicht vergessen werden, daß in solchen Verträgen nicht nur ein Ausgleich der einander widerstrebenden Wünsche der Beteiligten, sondern zugleich das „gemeine Beste“ erstrebt wird. Auch der ständische Staat ist schon ein Gemeinwesen, aber gewissermaßen ein Staatenbund, der landesherrliche Gewalt und ständische Gewalt gegeneinander abgrenzt und zugleich verbindet.

Als Verfassungsurkunde des ständischen Staates Württemberg wird der Tübinger Vertrag vom 8. Juli 1514 angesehen und verehrt.

Die „Magna charta libertatum“ Württembergs hat man ihn genannt — vielleicht etwas übertreibend, aber doch nicht ganz mit Unrecht. Denn er sichert „dem gemeinen Mann“ Auswanderungsfreiheit und ordentliches Gericht zu, dem ständischen Landtag aber — an dem in Württemberg die Ritterschaft nicht teilnahm, weil sie bald nach Abschluß des Tübinger Vertrages fast durchgehends reichsfrei wurde — das Steuerbewilligungsrecht und das Recht der Mitwirkung bei der Entscheidung über Krieg und Frieden.

Was die Verfassungsgeschichte Württembergs von der der anderen deutschen Staaten unterscheidet und dem Tübinger Vertrag seine besondere Bedeutung verleiht, ist nicht so sehr sein Inhalt, der sich in seinen wesentlichen Teilen auch in sonstigen Staatsgrundverträgen findet, sondern die Dauer der Rechtsbeständigkeit des ständischen Staates. Während in Brandenburg-Preußen, in Bayern, in Sachsen — hier früher, dort später, aber überall in gleicher Weise — das Landesfürstentum dem ständischen Wesen ein Ende machte und an die Stelle des Doppelstaates den einheitlichen Staat setzte, unter der Herrschaft des absoluten, d. h. in seiner Gewalt unbeschränkten Fürsten, blieb in Württemberg auch im 18. Jahrhundert das alte Staatswesen, „das alte Recht“, von dem Wandel der Zeiten unberührt. Ja der Zwiespalt im Staatswesen verstärkte sich seit den Tagen des Tübinger Vertrages noch erheblich. Die Stände leisteten nämlich ihre Beiträge zu den Kosten der Staatsverwaltung in der Weise, daß sie jeweilig die Schulden der herzoglichen Kasse deckten und die zu diesem Zwecke verwilligten Steuern in die eigene Verwaltung der Landschaftskasse nahmen. Auch schufen sie sich in der „sonderbaren geheimen Geldtruchen“ ein eigenes Vermögen, aus dem sie jeweilig bei besonderen Gelegenheiten dem Landesfürsten „Donativgelder“ zukommen ließen. Der ständig tagende, den Landtag allmählich zurückdrängende ständische Ausschuß entwickelte sich zu einer förmlichen Nebenregierung, die dazu übergehen konnte, eigene auswärtige Politik durch eigene Gesandte zu treiben. Kurz, die Doppelheit des ständischen Staates

kam in Württemberg zur vollsten Blüte und behauptete sich siegreich gegen alle Versuche zur Aufrichtung einer einheitlichen, absoluten Staatsgewalt.

Nicht in jeder Hinsicht zum Vorteil des Staates, wie wir heute sagen dürfen. Denn sowohl die wirtschaftliche Entwicklung des Landes wie die Entfaltung seiner Wehrkraft litten unter dem hemmenden Einfluß der Stände. Aber eines blieb dafür in Württemberg erhalten, was in den anderen Staaten erst wieder geweckt werden mußte: das Selbstbewußtsein eines freien Bürgertums.

Erst das napoleonische Zeitalter brachte unter der Regierung König Friedrichs neun Jahre des Absolutismus, indem der König die ihm verliehene „*souveraineté pleine et entière*“ als Unabhängigkeit auch nach innen auslegte. Aber es war ein Absolutismus von Napoleons Gnaden, der dessen Sturz nicht überdauerte; und ehe noch die deutsche Bundesakte die Einführung einer Landesverfassung in den Bundesstaaten forderte, entschloß sich der König dazu, aus eigener Machtvollkommenheit eine Verfassung zu geben.

Sie sah für den Landtag neben Vertretern des Adels gewählte Abgeordnete des Landes vor, wollte also eine Vertretung des Volkes, nicht der Stände, schaffen und somit den neuen, durch die Französische Revolution zur Anerkennung gelangten Rechtsgedanken Rechnung tragen. Aber das Vorgehen des Königs stieß auf Widerspruch bei den Ständen, die die Wiederherstellung des alten Rechtszustandes und seine Ausdehnung auf die neu-erworbenen Landesteile forderten. Einigungsversuche führten zwar schließlich zur Aufstellung eines ständischen Entwurfes, doch starb König Friedrich, ehe es zu einer Entscheidung kam.

Sein Sohn, König Wilhelm, ließ der Ständerversammlung am 3. März 1817 einen neuen königlichen Verfassungsentwurf vorlegen, der das Zweikammersystem vorschlug, und zwar so, daß die Zweite Kammer nur Volksvertreter enthalten sollte. Aber auch dieser Entwurf wurde abgelehnt; bis dann endlich im Jahre 1819 eine lediglich zum Zwecke der Verfassungsberatung berufene Ständerversammlung zum Ziele führte. Eine aus königlichen Abgesandten und Vertretern der Ständerversammlung zusammengesetzte Kommission stellte einen neuen gemeinsamen Verfassungsentwurf auf. Er ging als „Proposition“ an die Ständerversammlung und von dieser an den König. Am 22. September 1819 erfolgte die königliche Entschlie-ßung, in der die Mehrzahl der Anträge der Ständerversammlung angenommen, aber auch manche Wünsche abgelehnt wurden. Die so gestaltete Verfassung wurde dann von der Ständerversammlung einstimmig angenommen und die Verfassungsurkunde am 25. September 1819 vom König und von den Ständen unterzeichnet.

Der äußeren Form nach gibt sich der Vorgang, dem alten ständischen Rechte entsprechend, als ein Vertragsschluß zwischen dem Herrscher und der Vertretung der Stände über die beiderseitigen Rechte. In Wahrheit bedeutet er etwas anderes: er bedeutet die Selbstbeschränkung des Königtums

zugunsten einer neugeschaffenen Volksvertretung und die endgültige Abkündigung der alten Stände.

Die altständische Verfassung stellt den Landtag als Vertretung der Stände dem Landesherrn gegenüber zur Wahrnehmung der den Ständen zustehenden Rechte und Freiheiten. Die Abgeordneten sind Beauftragte der Korporationen, von denen sie entsandt, bezahlt und abberufen werden. Die Verfassung des konstitutionellen Staates dagegen stellt den Landtag als eine Volksvertretung neben den Herrscher zu gemeinsamem Handeln für den Staat. Der „Gewählte,“ heißt es nun in der Verfassung (§ 155), „ist als Vertreter des ganzen Landes anzusehen“. Er ist daher an keine Instruktionen gebunden und schwört, „das unzertrennliche Wohl des Königs und des Vaterlandes, ohne alle Nebenrücksicht, nach seiner eigenen Überzeugung frei und gewissenhaft zu beraten“ (Verfassungsurkunde § 163). Die Volksvertretung ist als Organ des Staates neben den König getreten zur Erfüllung positiver Aufgaben im Staate, während die Vertretung der Stände dem Herrscher gegenüberstand, mit der negativen Aufgabe der Wahrung ständischer Rechte.

So war der altständische Landtag an der Gesetzgebung nur insofern beteiligt, als gegen seinen Willen eine geltende Landesverordnung nicht abgeändert werden durfte. Der Landtag des neuen Verfassungsrechtes dagegen ist berufen, bei jedem Gesetz an der Feststellung des Gesetzesinhaltes mitzuwirken. Die Finanzverwaltung des Landesherrn kam zur Prüfung durch die alten Stände nur dann, wenn die Erträgnisse des „Kammergutes“ zur Bestreitung der Ausgaben nicht ausreichten und neue Steuern gefordert wurden. Die Volksvertretung aber ist berechtigt, bei der Aufstellung des Staatshaushaltsetats in Einnahme und Ausgabe mitzuwirken, um damit die Unterlage für das Finanzgesetz zu schaffen, das periodisch die Steuern bewilligt. Erst durch die Verfassung von 1819 ist also der Landtag zu einem mit dem Landesherrn gleichberechtigten Faktor der Gesetzgebung geworden, erst durch sie ist das Volk zur Teilnahme an der Staatslenkung gelangt.

Aber indem die Stände Württembergs darenwilligten, daß das „alte gute Recht“ einem neuen besseren Platz machte, sorgten sie doch dafür, daß der Sprung vom alten zum neuen nicht gar zu groß sei. Noch nannten sie die Vertretung des Volkes „die Stände“. Noch stellten sie ihnen die Aufgabe, „die Rechte des Landes in den durch die Verfassung bestimmten Verhältnissen zum Regenten geltend zu machen“ — so standen sie scheinbar immer noch in Abwehrstellung gegenüber, nicht in Helferstellung neben dem Herrscher. Mehr noch: sie behielten Einrichtungen bei, die, aus dem Geiste des ständischen Wesens geboren, nicht recht zu dem Grundgedanken des Staatsrechts der konstitutionellen Monarchie stimmen wollten.

Zunächst die Zusammensetzung der Volksvertretung. Während der königliche Verfassungsentwurf von 1817 nach dem Vorbild der englischen

und der französischen Verfassung die eine der beiden Kammern lediglich aus gewählten Volksvertretern zusammensetzen wollte, wurde in der von den Ständen angenommenen Verfassung die Erste Kammer ausschließlich den Standesherrn vorbehalten, während in der Zweiten Kammer neben den gewählten Abgeordneten der sieben „guten“ Städte und der Oberamtsbezirke 13 Mitglieder des ritterschaftlichen Adels sowie 6 Vertreter der protestantischen und 3 der katholischen Geistlichkeit erscheinen, was auch der Zweiten Kammer ein recht ständisches Aussehen verleiht.

Aus dem alten in das neue Recht hinübergenommen wurde auch der Geheime Rat. Er stand zur Zeit der ständischen Verfassung selbständig zwischen der Regierung und den Ständen als vermittelndes Glied des Staatsorganismus, wurde mit der ständischen Verfassung im Jahre 1806 beseitigt, aber durch die Verfassung von 1819 wiederhergestellt „als oberste, unmittelbar neben dem König stehende, seiner Hauptbestimmung nach bloß beratende Staatsbehörde“. Allerdings wurden an die Spitze der sechs Verwaltungsdepartements Minister gestellt, die sämtlich zugleich dem Geheimen Rat angehörten. Aber der Geheime Rat war nicht etwa das Ministerium, sondern eine selbständige Staatsbehörde mit selbständigen Aufgaben.

Durchaus im Geiste des alten ständischen Rechtes war ferner die Beibehaltung des „Ständischen Ausschusses“, der als „Stellvertreter der Stände, solange die Stände nicht versammelt sind“, die zur Erhaltung der Verfassung ihm zustehenden Mittel zur Anwendung zu bringen, außerdem die Verwendung der verwilligten Steuern für das verflossene Jahr zu prüfen, die Beratung des Etats für das künftige Jahr vorzubereiten und die den Kammern vorgelegten Gesekentwürfe vorzubereiten hatte.

Vollends altständisch gedacht ist in der Verfassung die Einrichtung der Staatsschuldenverwaltung. Wenn die Staatsschuld unter die Gewährleistung der Stände gestellt und die Schuldenzahlungskasse von ständischen Beamten unter Leitung und Verantwortlichkeit der Stände verwaltet wird, so ist dies nur verständlich mit Hilfe der Erinnerung, daß die Stände des alten Rechts Verbände waren, die mit ihrem Vermögen für die Schulden des Landesherrn eintraten.

Am stärksten war, wie gesagt, in der Verfassung von 1819 die altständische Staatsauffassung in denjenigen Bestimmungen zum Ausdruck gelangt, die die Zusammensetzung der beiden Kammern des Landtags regelten.

Die Erste Kammer (Kammer der Standesherrn) bestand

1. aus den Prinzen des königlichen Hauses;
2. aus den Häuptern der fürstlichen und gräflichen Familien und den Vertretern der standesherrlichen Gemeinschaften, auf deren Besitzungen vormals eine Reichs- oder Kreistagsstimme geruht hatte;
3. aus den vom König erblich oder auf Lebenszeit ernannten Mitgliedern, von denen die erblichen aus dem standesherrlichen oder ritterschaftlichen Adel mit größerem Fideikommißbesitze, die lebenslänglichen ohne

Rücksicht auf Geburt oder Vermögen aus den würdigsten Staatsbürgern ernannt werden sollten.

Die Zweite Kammer (Kammer der Abgeordneten) setzte sich zusammen

1. aus 13 Mitgliedern des ritterschaftlichen Adels, welche von diesem aus seiner Mitte gewählt wurden;
2. aus den sechs protestantischen Generalsuperintendenten;
3. aus dem Landesbischof, einem vom Domkapitel gewählten Mitgliede und dem der Amtszeit nach ältesten Dekan katholischer Konfession;
4. aus dem Kanzler der Landesuniversität;
5. aus einem gewählten Abgeordneten von jeder der Städte Stuttgart, Tübingen, Ludwigsburg, Ellwangen, Ulm, Heilbronn und Reutlingen;
6. aus einem gewählten Abgeordneten von jedem Oberamtsbezirk.

Auf den ersten Blick ist erkennbar, daß die Zusammensetzung der Zweiten Kammer einen einheitlichen Grundgedanken vermissen läßt. Die ersten vier Gruppen der Abgeordneten gehen zum Teil überhaupt nicht aus Wahlen und, soweit sie gewählt werden, nicht nur aus allgemeinen Volkswahlen, sondern auch aus Wahlen ständischer Körperschaften hervor. Auch die Gruppe der städtischen Abgeordneten sieht mehr nach einer Vertretung der Wahlkörperschaft als nach einer innerhalb städtischer Bezirke gewählten Volksvertretung aus, da ja Stuttgart ebenso wie Ellwangen nur einen Abgeordneten entsendet.

Daß diese Zusammensetzung der Ständerversammlung nicht unangefochten blieb, kann angesichts der Entwicklung, die das Verfassungsleben im übrigen Deutschland nahm, nicht wundernehmen. Daß die große Bewegung des Jahres 1848 zu einem Reformversuch führte, ist selbstverständlich. Er hat aber keine nachhaltigen Spuren hinterlassen. Zwar erging am 1. Juli 1849 ein Wahlgesetz, auf Grund dessen eine „konstituierende Landesversammlung“ berufen werden sollte; der auf Grund dieses Gesetzes gewählte Landtag verfiel aber dreimal der Auflösung, und unter Berufung auf den § 89 der alten Verfassung, der dem König das sogenannte „Notverordnungsrecht“ verleiht, ordnete der König an, daß der alte Rechtszustand wieder in Kraft trete. Seitdem hat die Verfassung von 1819 unangefochten die Zusammensetzung und die Rechte des Landtags bestimmt. Der bei der Gelegenheit der Verfassungsrevision von 1906 gemachte Versuch, auf das Gesetz vom 1. Juli 1849 zurückzugreifen, mußte daher von vornherein als aussichtslos erscheinen.

Der Gedanke, daß die Verfassung von 1819 reformbedürftig sei, starb aber nicht. Die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts für den Reichstag des norddeutschen Bundes mußte auch in den süddeutschen Staaten einen Anstoß zu erneuten Reformversuchen geben. Eine im Jahr 1867 eingebrachte Regierungsvorlage führte indessen nur zur Einführung der direkten Wahl, ohne an der Zusammensetzung der Stände etwas zu ändern.

Ebenso blieb der Versuch des Jahres 1894 ohne Erfolg, und auch eine im Jahre 1897 eingebrachte Vorlage scheiterte schließlich, nachdem es zunächst geschehen hatte, als sollte sie zu einem Ergebnis führen. Der Wunsch nach einer Verfassungsänderung kam trotz oder wegen dieser Mißerfolge nicht zur Ruhe, und im Jahre 1904 wurde der Landtag mit einer Thronrede eröffnet, die die Verfassungsreform in die vorderste Reihe der staatlichen Aufgaben stellte.

Nach langwierigen Kämpfen, bei denen insbesondere die Frage der Beibehaltung der Ersten Kammer und ihrer Stellung zur Zweiten Kammer sowie die Frage des Proportionalwahlrechtes eine Rolle spielten, ist dann im Jahre 1906 das Verfassungsgesetz, das die Zusammensetzung und das Zusammenwirken der Kammern auf eine neue Grundlage stellen sollte, zustande gekommen. Am 16. Juli 1906 wurde es verabschiedet, um am 1. Dezember desselben Jahres in Kraft zu treten, zugleich mit dem Landtagswahlgesetz vom selbigen Tage, das das Wahlverfahren neu geregelt hat.

Der Landtag

Wie die Verfassung von 1819, so baut auch dieses Reformgesetz den Landtag auf der Grundlage des Zweikammersystems auf, obwohl die Forderung, daß die Erste Kammer gänzlich beseitigt werden möge, in Württemberg lebhaft erhoben worden war.

Für die Beibehaltung sprachen gewichtige Gründe. Soll in der durch allgemeine Wahlen sich erneuernden Zweiten Kammer die jeweilige Volksstimmung ihren Ausdruck finden, so bildet gegenüber dem Wechsel der politischen Strömungen die Erste Kammer in der Staatsorganisation ein Element des Beharrens; sie läßt neben dem demokratischen den aristokratischen Staatsgedanken zur Geltung kommen. In einem Staate, dessen Minister den Willen des Königs, nicht den des Parlaments vollziehen, ist es überdies die Aufgabe einer Ersten Kammer, zwischen der Regierung und der aus Volkswahlen hervorgehenden Zweiten Kammer zu vermitteln. So haben denn alle größeren deutschen Staaten auch bei neuzeitlichen Änderungen der Verfassung am Zweikammersystem festgehalten.

Beide Kammern sind in Württemberg wie in den übrigen deutschen Staaten mit diesem System grundsätzlich gleichberechtigt. Sie haben insbesondere gleichen Anteil an dem wichtigsten Recht der Volksvertretung: dem Recht der Mitwirkung bei der Gesetzgebung. Ein Vorrecht genießt die Zweite Kammer nur in bestimmten — nicht allen — Finanzangelegenheiten. Der Gedanke, der dem zugrunde liegt, ist der, daß die Zweite Kammer, als aus Volkswahlen hervorgehend, in besonderem Maße berufen sei, die Steuerzahler gegenüber der Regierung zu vertreten — eine Auffassung, über deren Berechtigung sich vielleicht streiten läßt, die aber in den meisten deutschen Verfassungen Ausdruck gefunden hat.

Gleicht auch hierin die württembergische Verfassung den anderen, so gestaltet sie doch das Vorrecht der Zweiten Kammer eigenartig. Es betrifft einmal den Geschäftsgang bei der Beschlußfassung. Steuergesetze müssen zunächst der Zweiten Kammer vorgelegt werden. Ebenso der „Hauptetat“, der Voranschlag für den Jahreshaushalt des Staates. Bei seiner Festsetzung übt aber die Zweite Kammer auch ein sachliches Vorrecht aus. In der Verfassung von 1819 bezog sich dies auf alle Abgabenverwilligungen und war so gestaltet, daß solche die Erste Kammer nur im ganzen, ohne Änderung, annehmen oder ablehnen konnte und, wenn letzteres geschah, eine sogenannte „Durchzählung“ der gesamten Stimmen beider Kammern stattfand. Seit der Verfassungsänderung von 1906 ist, wie gesagt, dieses sachliche Vorrecht der Zweiten Kammer auf die Beschlußfassung über den Hauptetat beschränkt und überdies sein Einfluß auf den Etat verringert, das „Budgetrecht“ der Ersten Kammer also verbessert worden.

Die Erste Kammer hat nämlich das Recht erhalten, Abänderungsvorschläge zum Etat zu machen und mit diesen den Etat zu abermaliger Beschlußfassung an die Zweite Kammer zurückzugeben. Schließt sich diese der Ersten Kammer nicht an, so gilt allerdings der Beschluß der Zweiten Kammer als Beschluß der Ständerversammlung. Es findet dann aber noch eine Abstimmung über den Etat im ganzen statt, bei der jede Kammer den Etat ablehnen kann. Tut dies die Zweite Kammer allein, so hat es dabei sein Bewenden, tut es nur die Erste Kammer, so findet nunmehr Durchzählung durch beide Häuser des Landtags statt, und bei eintretender Stimmengleichheit gibt die Stimme des Präsidenten der Zweiten Kammer den Ausschlag (Verfassungsurkunde § 108). Obgleich demnach die Zweite Kammer noch ein gewisses Vorrecht bei der Etatsfeststellung genießt, ist doch der Ersten Kammer nunmehr ein erheblicher Einfluß auf die Gestaltung des Staatshaushaltes gewährt worden.

Von besonderer Bedeutung aber ist für die Stellung der Ersten Kammer, daß ihr die volle Mitwirkung bei der Festsetzung derjenigen Steuern gewährt ist, die im Wege ordentlicher Gesetzgebung mit festen Sätzen angeordnet werden, worüber bei Besprechung des Finanzwesens noch etwas zu sagen sein wird.

In der Regel müssen die von der Ständerversammlung zu erledigenden Angelegenheiten in jeder Kammer besonders verhandelt werden. Eine vertrauliche Besprechung beider Kammern wird zwar durch die Verfassung (§ 177) ausdrücklich gestattet; doch ist dies ohne praktische Bedeutung. In einzelnen Fällen aber ist eine gemeinsame Sitzung der beiden Kammern verfassungsgemäß erforderlich, so bei der Eröffnung und Schließung des Landtags und bei verschiedenen Wahlhandlungen, insbesondere bei der Wahl des ständischen Ausschusses.

Jede Kammer ist nur ein Teil eines Ganzen, des Landtags. Zu einem Landtagsbeschlusse gehören übereinstimmende Beschlüsse beider

Kammern. Nur ausnahmsweise kann eine Kammer für sich allein in Tätigkeit treten. Der Hauptfall ist die Erhebung der Anklage vor dem Staatsgerichtshof.

Die Erste Kammer setzt sich seit 1906 (Verfassungsurkunde § 129) wie folgt zusammen:

1. aus den Prinzen des Königlichen Hauses;
2. aus den Häuptern der fürstlichen und gräflichen Familien, auf deren Besitzungen vormals eine Reichs- oder Kreistagsstimme geruht hat, sowie aus den Häuptern der gräflichen Familien von Neuchberg und von Neipperg, solange sie sich im Besitz ihres mit Fideikommiß belegten, nach dem Rechte der Erstgeburt sich vererbenden Grundvermögens im Königreich befinden;
3. aus höchstens sechs vom König auf Lebenszeit ernannten Mitgliedern;
4. aus acht Mitgliedern des ritterschaftlichen Adels;
5. aus dem Präsidenten des evangelischen Konsistoriums, dem Präsidenten der evangelischen Landessynode — im Fall der Erledigung der Stelle dem durch die Landessynodalordnung bestimmten Stellvertreter desselben — und zwei evangelischen Generalsuperintendenten, ferner aus einem Vertreter des bischöflichen Ordinariates und einem von den katholischen Dekanen aus ihrer Mitte gewählten Mitgliede;
6. aus je einem Vertreter der Landesuniversität in Tübingen und der Technischen Hochschule in Stuttgart;
7. aus zwei Vertretern des Handels und der Industrie, zwei Vertretern der Landwirtschaft und einem Vertreter des Handwerks.

Die ehemalige „Kammer der Standesherrn“ ist somit vermehrt worden um Abgeordnete derjenigen Körperschaften, die ehemals in der Zweiten Kammer vertreten waren, und um Vertreter der erwerbenden Stände. Das Recht des Königs, Mitglieder zu ernennen, ist beibehalten, aber auf die Zahl von sechs lebenslänglichen Mitgliedern beschränkt worden — ein „Pairschub“ ist damit ausgeschlossen. Es ist viel „altes Recht“ in der Zusammensetzung der Ersten Kammer erhalten geblieben, nichtsdestoweniger ist sie keine Ständevertretung im alten Sinne des Worts, sondern wie die Mitglieder der Zweiten Kammer, so sind auch die der Ersten Kammer Vertreter des ganzen Landes und des Gemeinwohles aller Württemberger. Dies ist für die gewählten Mitglieder des Landtags im § 155 der Verfassung ausdrücklich ausgesprochen; es gilt aber nicht minder für die erblichen und die vom Könige bestellten Mitglieder der Ersten Kammer.

Die Zweite Kammer ist durch das Verfassungsgesetz von 1906 im § 133 als reine Wahlkammer gestaltet worden, wenn auch nicht auf einheitlicher Grundlage. Sie setzt sich zusammen wie folgt:

1. aus je einem Abgeordneten eines jeden Amtsbezirks;
2. aus sechs Abgeordneten der Stadt Stuttgart und je einem Abgeordneten der Städte Tübingen, Ulm, Heilbronn und Reutlingen;

3. aus 17 Abgeordneten zweier Landtagswahlkreise, von denen der erste den Neckarkreis und Jagstkreis umfaßt und neun Abgeordnete wählt, der zweite den Schwarzwaldkreis und Donaukreis umfaßt und acht Abgeordnete wählt.

An die Stelle der 23 Vertreter von Korporationen, die bei der Verfassungsreform aus der Zweiten Kammer ausgeschieden sind, sind mithin 17 Abgeordnete der Landtagswahlkreise getreten, überdies ist die Zahl der Abgeordneten der Stadt Stuttgart um fünf vermehrt worden. Die Abgeordneten der Oberamtsbezirke und der Städte, mit Ausnahme von Stuttgart, werden durch Mehrheitswahlen, die übrigen Abgeordneten, also die Vertreter der Stadt Stuttgart und die Abgeordneten der beiden Landeswahlkreise, durch Listen- und Verhältniswahl bestellt. Das Wahlsystem ist also ebenso wenig einheitlich wie die Bildung der Wahlkörper.

Nach dem Mehrheitswahlverfahren gilt derjenige Abgeordnete als gewählt, der im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen oder, wenn eine solche sich nicht herausstellt, in einem zweiten Wahlgang die relative Mehrheit erlangt hat. Bei einem solchen Verfahren kommt also die Minderheit der Wähler überhaupt nicht zur Geltung. Dafür ist es geeignet, die in kleineren Wahlbezirken sich meldenden besonderen Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Die Listenwahl verlangt, daß ein Wahlvorschlag gemacht werde, der nach Art. 28 des Landtagswahlgesetzes von mindestens 20 Personen ausgehen und die Wählervereinigung, von der er gemacht wird, nach ihrer Parteistellung oder sonstwie kenntlich machen muß. Die Listenwahl ist also auf Parteien, nicht auf Bezirke eingestellt. Sie ist aber durch die Verbindung mit der Verhältniswahl geeignet, den Minderheiten eine Vertretung zu sichern.

Allerdings wird im württembergischen Wahlgesetz durch das Zulassen des „Rumulierens“ und „Panachierens“ der Stimmen den persönlichen Neigungen und Abneigungen der Wähler ein erheblicher Spielraum gelassen. Jede Vorschlagsliste darf nämlich sechs Bewerber enthalten; dementsprechend darf jeder Wähler sechs Namen nennen, so zwar, daß der vorstehende Bewerber vor dem nachstehenden den Vorzug hat. Der Wähler ist aber nicht gehalten, eine der Vorschlagslisten anzunehmen, er kann vielmehr Namen von allen Vorschlagslisten zusammenstellen, und zwar in beliebiger Reihenfolge; er kann ferner sich auf weniger als sechs Namen beschränken und dafür einzelnen der von ihm gewählten durch Wiederholung der Namen oder Beifügung einer Zahl bis zu drei Stimmen geben.

Die Verteilung der Abgeordnetenitze nach der Proportion der Stimmen, „der Proport“, wie man hierzulande dieses Verfahren gern nennt, geschieht in der Weise, daß die auf die einzelnen Vorschläge gefallen Stimmenzahlen berechnet werden und danach die auf die betreffende Gruppe entfallende Abgeordnetenzahl bestimmt wird. Haben einzelne Gruppen ihre Wahlvorschläge verbunden — was nach dem Wahlgesetz zulässig und unter

befreundeten Parteien üblich ist —, so wird zunächst die Gesamtzahl der auf die verbündeten Gruppen entfallenden Abgeordneten berechnet und dann diese Zahl nach Verhältnis der auf die einzelnen Wahlvorschläge lautenden Stimmen geteilt.

Ein mit dem System der Wahlvorschlagslisten verbundener Vorteil bedarf noch der Erwähnung: es wird dadurch vermieden, daß im Laufe einer Wahlperiode Ersatzwahlen stattfinden müssen. Stirbt ein Abgeordneter oder legt er sein Mandat nieder, so muß nach dem System der Mehrheitswahl und Bezirkswahl für ihn ein Nachfolger durch Neuwahl bestimmt werden. War aber der ausgeschiedene Abgeordnete von einer Vorschlagsliste genommen, so kann ohne weiteres für ihn der eintreten, der die nächstgroße Stimmenzahl auf sich vereinigt hat; ist die Liste erschöpft, so kann die etwa mit ihr verbundene Vorschlagsliste aushelfen.

Das württembergische Wahlrecht ist „allgemein, gleich, geheim und direkt“. Es ist allgemein, mit der Beschränkung, daß nur Männer es haben, und zwar nur solche, die die württembergische Staatsangehörigkeit besitzen und das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben. Es ist gleich, insofern jeder Wähler das gleiche Stimmrecht besitzt, ohne Einteilung in Wählergruppen je nach der Steuerleistung und ohne daß einzelnen Wählergruppen ein Mehrstimmrecht (Pluralwahlrecht) beigelegt wäre. Es ist geheim, und zwar sind für die Wahlen zur Zweiten Kammer — auch die Wahlen zur Ersten Kammer sind übrigens geheim — besondere Vorsichtsmaßregeln zur Sicherung des Wahlheimnisses vorgeschrieben (Landtagswahlgesetz Art. 14). „Direkt“ ist das Wahlrecht endlich insofern, als die Stimme unmittelbar dem zu Wählenden gegeben wird, nicht zunächst einem Wahlmanne, wie es in der Verfassung von 1819 vorgesehen war. Das württembergische Wahlrecht ist mithin unter den verschiedenen Wahlrechtssystemen der deutschen Einzelstaaten dasjenige, das den demokratischen Forderungen am weitesten entgegenkommt.

Daß Männer, die unfähig oder unwürdig sind zu wählen (Geisteskranke, Männer, denen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind), von der Berechtigung zur Wahl ausgeschlossen werden, versteht sich für jede Verfassung von selbst. Nicht so selbstverständlich ist, daß der Empfang einer öffentlichen Armenunterstützung für das laufende und für das nächste Jahr vom Wahlrecht ausschließt. Doch findet sich eine solche Bestimmung in allen deutschen Landtagswahlgesetzen; für Württemberg ist sie erheblich gemildert durch den Zusatz, daß der Genuß einer Unterstützung wegen eines vorübergehenden Unglücks auf das Wahlrecht keinen Einfluß haben soll.

Die Gründe, die vom Recht zu wählen ausschließen, beeinträchtigen ebenso das Recht, gewählt zu werden, das „passive Wahlrecht“. Im übrigen gilt in dieser Hinsicht das folgende:

Wählbar zum Landtag, sei es zur Ersten oder Zweiten Kammer, sind nur Männer, die das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben, auch die württem-

bergische Staatsangehörigkeit und einen Wohnsitz im Königreich Württemberg besitzen. Beamte sind wählbar und bedürfen zum Eintritt in den Landtag keines Urlaubs; doch können bei den Wahlen für die Oberamtsbezirke und Städte Staatsdiener nicht innerhalb des Bezirkes ihre Amtsverwaltung und Kirchendiener nicht innerhalb des Oberamtsbezirks, in welchem sie wohnen, gewählt werden.

Die vom König zu ernennenden Mitglieder der Ersten Kammer müssen die gleichen Bedingungen erfüllen wie die gewählten. Für die erblichen Mitglieder dieser Kammer ist lediglich Voraussetzung des Eintritts, daß sie volljährig sind, wobei die Volljährigkeit der Prinzen des Königlichen Hauses sich nach den Hausgesetzen bestimmt.

Niemand kann gleichzeitig Mitglied beider Kammern sein; ein erbliches Mitglied der Ersten Kammer ist daher für die Zweite Kammer nicht wählbar. Ein Mitglied der Zweiten Kammer, das in die Erste Kammer eintritt, muß aus der anderen Kammer ausscheiden. Ebenso scheidet aus der Ersten Kammer aus, wer diejenigen Rechtsgrundlagen verloren hat, auf der seine Mitgliedschaft sich aufbaute, also etwa den für die Landsstandschafft maßgebenden Grundbesitz oder das Amt, mit dem der Sitz in der Ersten Kammer verknüpft war. Aus der Zweiten Kammer muß ausscheiden, wer ein besoldetes Reichs- oder Staatsamt annimmt oder im Reichs- oder Staatsdienst ein Amt antritt, mit welchem ein höherer Gehalt oder Rang verbunden ist.

Wie niemand, der in den Landtag gewählt ist, das Mandat anzunehmen braucht, so kann auch jeder gewählte Abgeordnete durch Verzicht wieder aus dem Landtag ausscheiden. Eine Besonderheit des württembergischen Verfassungsrechtes aber ist es, daß ein Abgeordneter durch Erkenntnis des Staatsgerichtshofes von der „Landsstandschafft“ ausgeschlossen werden kann, wenn er sich einer Verfassungsverletzung schuldig gemacht oder gar an einem auf Umsturz der Verfassung gerichteten Unternehmen sich beteiligt hat.

Alle durch Wahl berufenen Mitglieder des Landtags, sowohl die der Ersten wie die der Zweiten Kammer, sind auf sechs Jahre gewählt. Alle sechs Jahre müssen also neue Wahlen stattfinden. Und zwar wird die Wahlperiode — auch Legislaturperiode genannt — gerechnet vom Tage der letzten allgemeinen Hauptwahl der Abgeordneten der Oberamtsbezirke und Städte zur Zweiten Kammer.

Ausnahmsweise kann die Wahlperiode dadurch abgekürzt werden, daß der Landtag aufgelöst wird. Das Recht hierzu steht dem König unbeschränkt zu. Durch die Auflösung verlieren sämtliche gewählten Mitglieder beider Kammern sowie die auf Grund einer Vorschlagswahl vom König ernannten Mitglieder der Ersten Kammer ihr Mandat. Die Neuwahlen müssen so rechtzeitig erfolgen, daß binnen sechs Monaten nach der Auflösung ein neuer Landtag einberufen werden kann.

Soll der Landtag tagen, so muß er vom König einberufen werden. Da die Verfassung eine dreijährige Statsperiode als Regel vorsieht, so ist der Landtag mindestens alle drei Jahre einzuberufen; zur Erledigung wichtiger und dringender Landesangelegenheiten kann er außerordentlicherweise einberufen werden, so oft es der König für gut befindet. Regelmäßig würde demgemäß die sechsjährige Wahlperiode des Landtags in zwei Sitzungsperioden (Landtagsperioden) zerfallen, doch besteht, seit der Stat gewöhnlich auf zwei Jahre verabschiedet wird, eine innere Notwendigkeit für diese Hälftelung der Wahlperioden eigentlich nicht mehr.

Eine Landtagsperiode beginnt, wenn der König den Landtag eröffnet hat, und endigt, wenn er ihn geschlossen hat. Sie kann unterbrochen werden durch eine Vertagung auf bestimmte oder unbestimmte Zeit; ist die Vertagung auf unbestimmte Zeit ausgesprochen worden, so bedarf es einer neuen königlichen Verordnung, wenn die Tagung fortgesetzt werden soll.

Die Einteilung der Landtagstätigkeit in Perioden ist für die Erledigung der Landtagsgeschäfte insofern von großer Bedeutung, als mit der Schließung einer Landtagsperiode die laufenden Geschäfte des Landtags sämtlich abgebrochen werden und, wenn sie nicht unerledigt bleiben sollen, bei Wiedereröffnung des Landtags neu aufgenommen werden müssen; die Regierungsvorlagen müssen neu eingebracht, die Anträge der Abgeordneten neu gestellt werden; alle Verhandlungen über diese Vorlagen und Anträge sind dann so zu führen, als seien die früheren Verhandlungen nicht geschehen. Jeder neu einberufene Landtag ist also ein neuer Landtag. Man nennt dies den Grundsatz der „Diskontinuität“ des Parlaments. Begründet ist er darin, daß die „Stände“ des heutigen Staates nicht eine Körperschaft, sondern eine Versammlung von Abgeordneten sind, die erst da ist, wenn sie einberufen worden ist, und da zu sein aufhört, wenn sie geschlossen worden ist. Wird der Landtag nur vertagt, so findet dieser Grundsatz keine Anwendung, die Verhandlungen werden nur unterbrochen, nicht abgebrochen. Ist die Wahlperiode abgelaufen oder der Landtag aufgelöst worden, so versteht sich von selbst, daß kein Landtag mehr da ist. Es bleibt aber in diesem Falle ebenso wie in dem einer Schließung des Landtags innerhalb der Wahlperiode der „Ständische Ausschuß“ übrig, als „Stellvertreter der Stände“, wie die Verfassung sagt.

Der Ständische Ausschuß besteht aus zwölf Personen, nämlich den Präsidenten der beiden Kammern, zwei Mitgliedern der Ersten und acht aus der Zweiten Kammer. Zur Wahl vereinigen sich die beiden Kammern und wählen die Ausschußmitglieder auf die Zeit von einem ordentlichen Landtag zum anderen, also auf drei Jahre. Von den Mitgliedern des Ausschusses bilden sechs den sogenannten engeren Ausschuß und müssen in Stuttgart wohnen; doch wird ein Absteigequartier in Stuttgart als genügend betrachtet, seit die Reise nach Stuttgart nicht mehr wie im Jahre 1819 mit Fuhrwerk gemacht zu werden pflegt.

Der engere Ausschuß führt die laufenden Geschäfte und beruft die Mitglieder des weiteren Ausschusses nur aus besonderen Gründen, die durch ein Gesetz vom 20. Juni 1820 genauer umschrieben sind. Den Vorsitz im Ausschuß führt der Präsident der Ersten Kammer.

Die Ausschußmitglieder genießen in Hinsicht ihrer Tätigkeit im Ausschusse denjenigen Schutz der Immunität, den die übrigen Landtagsmitglieder nur genießen, solange die Kammern versammelt sind. Die Mitglieder des engeren Ausschusses beziehen einen festen jährlichen Gehalt; die Mitglieder des weiteren Ausschusses während ihrer Einberufung die Tagegelder und Reisegelber der Abgeordneten.

Die Verfassungsrevision von 1906 hat den württembergischen Landtag im Sinne des neuzeitlichen Staatsrechts umgestaltet. Der Ständische Ausschuß, in dem einst die Vorfahren ein Bollwerk ständischer Freiheit sahen, ist trotz der grundsätzlichen Änderung, die das Verhältnis von Krone und Volksvertretung erfahren hat, bestehen geblieben. Gleichwohl hat seine Stellung im Staate vom Wandel der Zeit nicht unberührt bleiben können. Von seinen Aufgaben sind ihm die meisten, wenn nicht durch Gesetz, so durch tatsächliche Übung abgenommen worden: weder die Prüfung der Rechnungen des Vorjahres, noch die Beratung des Stats des künftigen Jahres, noch die Vorberatung der an die Ständerversammlungen gelangenden Vorlagen gehört in der Gegenwart noch zu seinen Obliegenheiten. Und von der Erhebung von Vorstellungen, Beschwerden und Verwahrungen beim Staatsministerium gemäß § 188 Abs. 1 der Verfassungsurkunde ist heute in den Akten des Ständischen Ausschusses kaum noch die Rede. Allerdings wirkt der Ständische Ausschuß noch bei der Verwaltung der Staatsschulden mit. Sein Geschäftskreis ist aber heute gegen früher so vermindert geworden, daß seine Bedeutung über die einer geschichtlichen Erinnerung an die Zeit des ständischen Staates und der gespaltenen Staatsgewalt nicht wesentlich hinausreicht.

Noch ist die Tätigkeit des Landtages und die Stellung seiner Mitglieder zu betrachten. Vor Eröffnung des Landtages haben sich die zur Tagung erschienenen Mitglieder beim Ständischen Ausschusse zu legitimieren, der eine vorläufige Prüfung der Berechtigung zum Eintritt in die Versammlung vornimmt; die endgültige Prüfung ist Sache der betreffenden Kammer.

Der König eröffnet den Landtag in Person oder durch einen bevollmächtigten Minister, sobald eine hinreichende Zahl von Abgeordneten versammelt ist; für die Erste Kammer genügt die Anwesenheit der Hälfte, für die Zweite Kammer das Erscheinen von zwei Dritteln der Mitglieder. Bei der Eröffnung legen neueintretende Mitglieder in die Hände des Königs oder des ihn vertretenden Ministers den oben erwähnten Ständeeid ab.

Zur Leitung ihrer Tätigkeit bedarf jede Kammer eines Vorstandes; dieser bedarf der Schriftführer zu seiner Unterstützung. Ihren Vorstand,

der verfassungsgemäß aus einem Präsidenten und zwei Vizepräsidenten besteht, wählt jede Kammer selbst; nur der Präsident der Ersten Kammer wird vom König ernannt, und zwar ohne Vorschlag der Kammer. Ebenso bestellen die Stände selbst das ständische Amtspersonal, und zwar, soweit es lebenslänglich angestellt wird, auf Grund einer Wahl, die in den wichtigeren Fällen königlicher Bestätigung bedarf.

Die Art und Weise der Geschäftsführung der Kammern, den Gang der Verhandlungen, die sogenannte Sitzungspolizei regelt jede Kammer selbst durch eine Geschäftsordnung. Doch ist durch die Verfassung vorgeschrieben, daß die Verhandlungen beider Kammern grundsätzlich öffentlich sein müssen und durch den Druck bekanntzumachen sind; immerhin kann ausnahmsweise auf Begehren der Minister oder auf Antrag aus der Kammer eine Geheimung beschlossen werden. Den Ministern und königlichen Kommissaren ist das Recht gewährleistet, den Sitzungen der Kammern anzuwohnen. Endlich trifft auch die Verfassung Bestimmungen über die Beschlußfassung im Landtage.

Zu einer gültigen Beschlußfassung in der Ersten Kammer ist die Anwesenheit der Hälfte, in der Zweiten Kammer die Anwesenheit von zwei Dritteln der Mitglieder erforderlich. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt, und zwar entscheidet die absolute Mehrheit; nur bei Wahlen kann unter Umständen die relative Mehrheit genügen. Im Falle der Stimmengleichheit gibt die Stimme des Präsidenten den Ausschlag; was so auszulegen sein dürfte, daß er nur dann mitzustimmen hat, wenn durch seine Stimme eine Entscheidung herbeigeführt werden soll; doch hat die staatsrechtliche Kommission der Zweiten Kammer in neuerer Zeit die entgegengesetzte Ansicht vertreten. Entscheidend ist übrigens bei Abstimmungen gewöhnlich die einfache Stimmenmehrheit; nur bei Verfassungsänderungen ist in beiden Kammern eine Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Die Abgeordneten dürfen ihr Stimmrecht nur in Person ausüben; niemand kann eine doppelte Stimme führen. Eine Ausnahme gilt nur für diejenige Gruppe der Ersten Kammer, die aus den Häuptern der fürstlichen und gräflichen Familien gebildet ist; sie dürfen, wenn sie durch Krankheit oder ähnliche Gründe tatsächlich behindert sind, einen Agnaten mit ihrer Stellvertretung beauftragen. Im übrigen sind die sogenannten „Geisterstimmen“ aus dem Recht der Ersten Kammer durch die Verfassungsreform von 1906 beseitigt worden.

Zur Sicherung der Unabhängigkeit der Kammern in der Ausübung ihrer Rechte, insbesondere bei der Beschlußfassung, dienen die Bestimmungen über die Immunität der Ständemitglieder. Kein Mitglied der Ständeversammlung kann, solange die Stände versammelt sind, ohne Genehmigung der betreffenden Kammer wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der Tat oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen

wird. Außerdem muß auf Verlangen der Kammer jedes Strafverfahren gegen eines ihrer Mitglieder und jede Untersuchungshaft für die Zeit, während welcher die Stände versammelt sind, aufgehoben werden. Insofern ist die Wahrnehmung der Immunität also in das Ermessen der Kammer gestellt. Daneben genießen aber die Mitglieder des Landtags noch eine persönliche Immunität nach § 11 des Reichsstrafgesetzbuches, insofern, als kein Mitglied des Landtags wegen seiner Abstimmung oder wegen einer in Ausübung seines Berufes als Landtagsmitglied getanen Äußerung zur Verantwortung gezogen werden kann. Durch § 185 sind die Abgeordneten überdies auch gegen disziplinarische Verfolgung sichergestellt; inwieweit sie wegen ihres Verhaltens in den Kammerverhandlungen von dieser selbst zur Verantwortung gezogen werden können, ist eine Frage des Rechts der Sitzungspolizei, also der Geschäftsordnung. Es darf endlich an dieser Stelle erwähnt werden, daß der Landtag und seine Mitglieder gegen den Versuch einer Vergewaltigung durch die Bestimmungen der §§ 105, 106 des Reichsstrafgesetzbuchs einen besonderen Schutz erhalten haben, auch die Landtagsmitglieder nur mit Genehmigung der betreffenden Kammer als Zeugen oder Sachverständige vernommen werden können.

Für die Opfer an Zeit, Kraft und Vermögen, die die Ständemitglieder durch die Teilnahme an den Ständerversammlungen dem Lande bringen, beziehen sie Tagegelder und Reisekostenersatz; die Tagegelder werden zwar in Krankheitsfällen, in anderen Fällen der Abwesenheit der Mitglieder aber nicht gezahlt; ebensowenig während einer Vertagung der Kammer. Die Präsidenten der beiden Kammern beziehen einen besonderen Entschädigungsgehalt. Zur Bestreitung des „ständischen Aufwands“, insbesondere der Gehälter, Tagegelder und Reisekosten, besteht eine eigene „ständische Substitutionskasse“, der Rest der alten „geheimen Truchen“.

Die Ausübung der Staatsgewalt

Für die Einfügung der Stände in die Staatsorganisation und die Verteilung der Befugnisse, die unter dem Begriff der Staatsgewalt zusammengefaßt werden, ist in allen deutschen Staaten der aus der französischen Staatsrechtslehre herübergenommene „Grundsatz der Gewaltenteilung“ bestimmend gewesen. Zwar treten die „gesetzgebende“, die „richterliche“ und die „vollziehende“ Gewalt nicht mit diesem Namen in der württembergischen Verfassung auf. In der Sache aber ist das Bild in Württemberg das gleiche wie in den anderen Staaten mit konstitutioneller Monarchie: der König ist in der Gesetzgebung beschränkt durch das Recht der Mitwirkung der Stände; die Gerichtsbarkeit wird im Namen des Königs durch unabhängige Gerichte ausgeübt; die Verwaltung aber ist das unbeschränkte Recht des Königs, bis auf die Aufstellung des Staatshaushaltsetats und den Abschluß gewisser, das Staatsvermögen oder die Staatsbürger belastender Staatsverträge,

wozu die Stände in ähnlicher Weise ihre Zustimmung zu erteilen haben wie zum Erlaß von Gesetzen. Das früher schon erwähnte Recht der Stände, die Staatsschuldenkasse zu leiten, will freilich zum Gedanken der Gewaltenteilung nicht stimmen. Aber die württembergische Verfassung weist solche, als Reste altständischen Wesens zu erklärende Besonderheiten noch mehr auf, ohne daß das Gesamtbild der Verfassung dadurch geändert würde.

1. Gesetzgebung

Die gesetzgebende Gewalt in Württemberg wird vom König und vom Landtage gemeinschaftlich ausgeübt. Ohne Zustimmung der Stände kann nach § 88 der Verfassung kein Gesetz gegeben, aufgehoben, abgeändert oder authentisch erläutert werden.

Unter einem Gesetz im Sinne dieser Verfassungsbestimmung ist jeder Rechtsatz zu verstehen. Jede erzwingbare Vorschrift der staatlichen Obrigkeit soll der Mitbestimmung durch die Stände unterliegen, das ist die Bedeutung der Beschränkung des königlichen Gesetzgebungsrechtes.

Die Befragung der Stände würde aber in dringenden Fällen eine gefährliche Verzögerung bedeuten. Daher gibt die Verfassung dem König das Recht, in solchen Fällen durch eine sogenannte „Notverordnung“ als alleiniger Gesetzgeber einzugreifen, wie bei aller Gesetzgebung unter Verantwortlichkeit der Minister (Verfassungsurkunde § 89). Ob die Lage so dringlich ist, daß von der Befragung des Landtags Umgang genommen werden muß, entscheidet die Regierung nach pflichtgemäßem Ermessen. Eine nachträgliche Genehmigung der Notverordnung durch den Landtag fordert — im Gegensatz zu anderen Verfassungen — die württembergische Verfassung nicht.

Im übrigen ist dem König nur das Recht vorbehalten, ohne die Mitwirkung der Stände die zur Ausführung der Gesetze notwendigen Verordnungen zu erlassen (Verfassungsurkunde § 89). Auch diese Verordnungen können zwar Recht setzen, aber nur innerhalb des durch ein Gesetz abgesteckten Rahmens. Das gilt insbesondere für die Polizeiverordnungen, die in dem Polizeistrafgesetzbuch vom 27. Dezember 1871 und 4. Juli 1898 ihre Rechtsgrundlage erhalten haben.

Wie ist der Weg der Gesetzgebung in Württemberg?

Von Bedeutung ist zunächst dieses: Das Recht, Gesetze vorzuschlagen, die sogenannte „Initiative“, steht seit dem Verfassungsgesetz vom 23. Juni 1874 nicht nur dem Könige, sondern auch dem Landtage, und zwar jeder der beiden Kammern zu (Verfassungsgesetz § 172). Eine Ausnahme machen nur Gesetzentwürfe über Auflegung von Steuern, über die Aufnahme von Anlehen, über die Feststellung des Staatshaushaltsetats oder über außerordentliche, im Etat nicht vorgesehene Ausgaben. Diese müssen von der Regierung den Kammern, und zwar zunächst der Zweiten Kammer, vorgelegt werden.

Soll der Gesetzesvorschlag vom König ausgehen, so ist er verfassungsgemäß durch das Gesamtministerium vorzubereiten und nach der Herbeiführung der königlichen Entschließung mit Gegenzeichnung mindestens eines Ministers auch vom Staatsministerium den Ständen vorzulegen. Finanzgesetze werden, wie noch zu erwähnen sein wird, vom Finanzminister eingebracht.

Soll der Gesetzesvorschlag von einer Kammer ausgehen, so muß er in der Ersten Kammer von mindestens 5, in der Zweiten Kammer von mindestens 15 Mitgliedern eingebracht werden. Ob dann der Beschlußfassung in der Kammer eine Kommissionsberatung vorausgehen soll, liegt im Ermessen der Kammer; doch müssen Gesetzentwürfe der Regierung auf deren Verlangen zunächst einer Kommission zur Vorberatung überwiesen werden.

Die von einer Kammer gefaßten Beschlüsse gehen zuvörderst an die andere Kammer und werden an den König erst gebracht, wenn ein übereinstimmender Beschluß beider Kammern vorliegt. Hat die eine Kammer den Vorschlag der anderen verworfen, so kann der Vorschlag in derselben Sitzungsperiode nicht wiederholt werden; dagegen hat die Regierung das Recht, eine abgelehnte Vorlage jederzeit wieder einzubringen.

Hat der Landtag Abänderungsvorschläge zu einer Regierungsvorlage oder selbst einen Gesetzesvorschlag gemacht, so muß selbstverständlich wiederum das Ministerium ein Gutachten abgeben, ehe die königliche Entschließung erfolgt. Stimmt der Wille des Königs mit dem des Landtags überein, so kann nunmehr das Gesetz die „Sanktion“ erhalten, d. h. der König kann befehlen, daß der festgestellte Wortlaut Gesetz sein solle. Zugleich fertigt der König die Urkunde des Gesetzes durch seine Unterschrift aus. Dann wird das Gesetz verkündet mit dem Hinweis auf die Vernehmung des Ministeriums und die erfolgte Zustimmung der Stände. Ist ein besonderer Anfangstermin seiner Geltung nicht bestimmt, so tritt das Gesetz mit seiner Verkündung in Kraft.

2. Rechtsprechung

Zur Wahrung der Gesetze sind die Gerichte bestellt, die im Namen des Königs, aber unabhängig von seinem Willen, Recht sprechen. Für die Organisation der ordentlichen Gerichte, die für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten und Straffachen bestellt sind, gibt das Reichsrecht durch das Gerichtsverfassungsgesetz die Anweisung. Der Satz der württembergischen Verfassung (§ 97), daß die Gerichtsbarkeit durch „kollegialisch gebildete“ Gerichte ausgeübt werde, gilt daher nicht mehr.

Ebenso wie die Organisation ist auch das Verfahren dieser Gerichte nunmehr reichsrechtlich geordnet und untersteht der Obergewalt des Reiches, wie auch die Entscheidungen der württembergischen Gerichte der Revision durch das Reichsgericht unterworfen sind. Seit die sogenannte freiwillige Gerichtsbarkeit der ordentlichen Gerichte reichsrechtlich geordnet ist, ist auch

in dieser Hinsicht das württembergische Recht eingeschränkt. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit dagegen, die über Ansprüche und Verbindlichkeiten aus dem öffentlichen Recht und über die Rechtmäßigkeit von Handlungen der Verwaltungsbehörden entscheidet, beruht ausschließlich auf württembergischem Recht, und zwar auf dem Gesetze vom 12. Dezember 1876.

Übrigens steht trotz Eingreifens der Reichsverfassung in die Organisation und Tätigkeit der ordentlichen Gerichte die ordentliche Gerichtsbarkeit dem Staate Württemberg nach wie vor zu; die Gerichte sprechen im Namen des Königs und unter seiner Oberaufsicht Recht, die Richter sind württembergische Beamte und unterliegen der Disziplinargewalt des Staates nach württembergischem Beamtenrecht.

Unabhängig sind sie in dem Sinne, daß ihre Rechtsprechung lediglich dem Gesetze unterworfen ist. Daß sie bei Beantwortung der Frage, welcher Befehl dem Gesetze zu entnehmen ist, auch die Vorfrage zu prüfen haben, ob überhaupt ein verfassungsgemäß zustandegekommenes Gesetz vorliege, ist nach württembergischem Staatsrecht unbestritten. Die Unabhängigkeit der Richter ist übrigens dadurch sichergestellt, daß ihnen ein erhöhter Schutz gegen unfreiwilligen Verlust ihres Amtes gewährt wird. Die einschlägigen Bestimmungen der Verfassung sind jetzt durch das Beamtengesetz ersetzt worden, das wiederum nur so weit gilt, als es mit dem Reichs-Gerichtsverfassungsgesetz im Einklang steht. Danach können Richter regelmäßig nicht gegen ihren Willen an eine andere Stelle versetzt werden; in den Ruhestand versetzt werden können sie nur im Wege eines förmlichen Disziplinarverfahrens. Den Mitgliedern der Verwaltungsgerichte ist übrigens, obwohl dies durch die Verfassung nicht geboten ist, durch das Beamtengesetz dieselbe Unabhängigkeit gewährleistet wie den Richtern der ordentlichen Gerichte.

Obwohl die Gerichtsbarkeit auch in Strafsachen lediglich nach Maßgabe der Gesetze und nicht nach Befehl des Königs zu handhaben ist, ist doch dem Herrscher als eines seiner vornehmsten Rechte das der Begnadigung Verstraster durch die Verfassung vorbehalten worden. Darüber hinausgehend ist sogar dem König das sogenannte Abolitionsrecht verblieben, nämlich das Recht, anzuordnen, daß ein gegen einen Beschuldigten anstehendes Verfahren eingestellt und niedergeschlagen werde, solange noch die Untersuchung nicht abgeschlossen ist.

3. Verwaltung

In der Verwaltung, d. h. derjenigen Staatstätigkeit, die weder Gesetzgebung noch Rechtsprechung ist, ist der König grundsätzlich von der Mitwirkung des Landtages unabhängig. Der königliche Wille ist zwar auch hier dem Gesetze unterworfen, durch das er sich gebunden hat; aber die Verwaltungshandlungen unterliegen an sich sowenig der Nachprüfung wie der Zustimmung der Stände. Eine Ausnahme gilt nur für die Finanzverwaltung.

Auch die Verwaltung der Staatsfinanzen ist königliche Verwaltung. Gleichwohl zieht an dieser Stelle aus naheliegenden Gründen abermals das konstitutionelle System dem Recht des Königs eine Schranke zugunsten der Volksvertretung. Um die Mitwirkung der Stände bei der Finanzverwaltung und den Einfluß zu verstehen, den sie damit überhaupt auf die Staatsverwaltung erhalten, bedarf es eines Blickes auf das Finanzwesen des Staates Württemberg. Wie so viele Staatseinrichtungen weist es noch die Spuren der Entwicklung vom ständischen Doppelstaat zum einheitlichen Staat auf. „Soweit der Betrag des Kammerguts nicht ausreicht,“ heißt es in § 109 Verfassungsurkunde, „wird der Staatsbedarf durch Steuern bestritten.“ Der Staat lebt also nach der Verfassung in erster Linie von den Erträgen des Staatsvermögens. Entstanden ist das „Kammergut“ aus dem fürstlichen Vermögen, das ehemals ebensowohl dem Staat wie dem Fürsten diente.

Durch die Verfassung von 1819 ist eine Auseinandersetzung zwischen dem Staat und der Krone in wirtschaftlicher Hinsicht vorgenommen worden: indem das Kammervermögen zum Staatsvermögen erklärt wurde, wurde zugleich das sogenannte Kammererschreibereigut als „Hofdomänenkammergut“ der königlichen Familie zu Privateigentum überlassen, seine dauernde Erhaltung aber durch die Verfassung (§ 108) sichergestellt. Es bildet ein Familienfideikommiß der königlichen Familie, dessen Verwaltung und Nutzung der König hat, das aber zu den allgemeinen Landeslasten, insbesondere den Steuern, seinen Beitrag zu leisten verpflichtet ist. Das Privatvermögen des Königs ist demnach von dem Vermögen der königlichen Familie zu unterscheiden und im Todesfalle abzusondern.

Da das Hofdomänenkammergut zur Bestreitung der Bedürfnisse des Königs und der königlichen Familie nicht ausreicht, so wurde dem König durch die Verfassung eine „Zivilliste“ gesichert, deren Betrag durch Gesetz festzustellen ist. Sie ist durch das Gesetz vom 6. November 1891 und die Novelle vom 18. April 1913 für die Regierungszeit König Wilhelms II. festgesetzt. Außer diesen Mitteln steht dem König gemäß dem Krondotationsedikt vom 20. Januar 1819 die Nutzung gewisser dem Staat gehöriger Grundstücke, Gebäude und sonstiger Vermögensstücke, die sogenannte „Krondotation“, zu.

Die Trennung der Staatsmittel von dem Vermögen der königlichen Familie hat endlich auch notwendig gemacht, die nach dem königlichen Hausgesetz den Mitgliedern des Königshauses zustehenden Ansprüche auf Apanagen, Wittum, Heiratsgut und ähnliche Leistungen auf die Staatskasse zu übernehmen (Verfassungsurkunde § 105).

Zum Kammergut gehört zunächst das sogenannte Verwaltungsvermögen, das in der Hauptsache aus den staatlichen Verwaltungsgebäuden besteht, sodann das Finanzvermögen, d. h. das werbende Vermögen des Staates. Dieses setzt sich aus landwirtschaftlichen Gütern, Forsten, Jagden, Bergwerken, Salinen, ferner aus Verkehrsanstalten wie Eisenbahnen

und Post sowie sonstigen ertragbringenden Staatseinrichtungen zusammen. Die Verwaltung des Kammerguts steht dem König zu. Zur Veräußerung oder Belastung dieses Vermögens ist aber grundsätzlich die Einwilligung der Stände erforderlich. Bei Veräußerungen und Belastungen zum Zweck einer Mehrung des Kammergutes kann zwar von dieser Einwilligung abgesehen werden, es ist aber über derartige Vorgänge den Ständen alljährlich Rechnung zu legen (Verfassungsurkunde § 107).

Das Recht der Stände, einer Verminderung des Kammerguts Einhalt zu tun, bildet einen Teil ihres „Budgetrechtes“, sofern als Staatseinnahmen in erster Linie die Erträge des Kammergutes in Betracht kommen und der Steuerbedarf von diesen Beträgen abhängt. Budgetrecht des Landtags nennt man das Recht der Mitwirkung, wenn die Einnahmen und Ausgaben des Staates in einem Voranschlag festgestellt werden. Dieser Voranschlag, der „Hauptetat“, ist ein Wirtschaftsplan der Verwaltung, seine Aufstellung mithin eine Verwaltungsangelegenheit. Wenn gleichwohl die Verfassung die Volksvertretung beruft, um bei der Festsetzung des Etats mitzuwirken, so ist der Grund leicht ersichtlich: der Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben ist die Unterlage für die Steuerbewilligung. Diese aber ist notwendig eine Aufgabe des Landtages, eine im Wege der Gesetzgebung zu erledigende Aufgabe, da ja durch die Steuer das Eigentum des einzelnen belastet werden soll.

Um nun dem Parlament das Recht der Zustimmung auch zum Etat zu sichern, schreiben andere Verfassungen, wie die des Reiches und die preussische, vor, daß der Etat stets in Form des Gesetzes festzustellen sei. Eine solche Bestimmung enthält die württembergische Verfassung nicht. Der Etat ist für sie lediglich die Unterlage des Finanzgesetzes, durch das die Steuern bewilligt werden; wenn die Stände ihn „anerkennen“ und „annehmen“ (§ 112 der Verfassungsurkunde), so bedeutet dies nicht einen Akt der Gesetzgebung, sondern die Billigung der von der Regierung gegebenen Aufklärungen. Damit ist jedenfalls das eine sichergestellt, daß ein eigentliches Ausgabenbewilligungsrecht den Ständen in Württemberg nicht zusteht.

Dagegen bedarf, wie gesagt, die Verwilligung der Steuern einer übereinstimmenden Willenserklärung von Regierung und Ständen in der Form des Gesetzes. In das Gesetz, das die Steuern für eine Finanzperiode bewilligt, das Finanzgesetz, pflegt nun der Etat in der Weise hineingearbeitet zu werden, daß der Staatsbedarf in einer Gesamtziffer darin festgesetzt wird, ohne daß damit alle Einzelheiten des Etats zu gesetzlichen Bestimmungen gemacht werden. Das Recht, ein solches Finanzgesetz vorzuschlagen, hat nur die Regierung; eingebracht wird es nicht wie andere Gesetze vom Gesamtministerium, sondern vom Finanzminister. Da es stets eine Steuerverwilligung enthält, ist es zunächst der Zweiten Kammer zur Beschlußfassung vorzulegen. Die Vorrechte, die die Zweite Kammer bei der Feststellung des Hauptetats genießt, sind oben geschildert worden.

Der Etat soll nach § 112 der Verfassung in der Regel für drei Jahre aufgestellt werden, doch wird diese Regel jetzt regelmäßig durchbrochen, indem die zweijährige Etatsperiode üblich geworden ist. Die zeitliche Begrenzung der Gültigkeit des Finanzetatgesetzes bezieht sich aber nicht auf diejenigen Bestimmungen, die noch einen anderen als finanzrechtlichen Inhalt haben, wie Gehaltsregelungen und dergleichen, sie bezieht sich andererseits nicht auf solche Abgabebewilligungen, die in einem Dauergesetz abschließend geregelt sind und in den Etat hinübergenommen werden, wie etwa die Berechnung der Sporeln und Gerichtskosten.

Dem Landtag steht also auch nicht ein unbedingtes Steuerverweigerungsrecht, wenigstens nicht in dem Sinne zu, daß er nach seinem Belieben früher gesetzlich festgelegte Steuern wieder aus dem Etat streichen könnte. Es sei denn, daß er sich dazu entschließt, den Etat im ganzen abzulehnen. Der Umstand, daß bei der Verwilligung dauernder Steuern außerhalb des Finanzgesetzes beide Kammern gleichberechtigt sind, hat ja dazu geführt, das Vorrecht der Zweiten Kammer bei der Etatsfeststellung dahin zu beschränken, daß solche Steuern nur durch Ablehnung des Etats im ganzen einseitig von der Zweiten Kammer beseitigt werden können. Wenn übrigens die Verfassungsurkunde im § 113 ausdrücklich sagt, daß die Verwilligung der Steuern nicht an Bedingungen geknüpft werden dürfe, welche die Verwendung dieser Steuern nicht unmittelbar betreffen, so sollte durch diesen für uns Heutige selbstverständlichen Satz eine deutliche Ablehnung altständischer Gepflogenheiten ausgesprochen werden.

Die Prüfung des vorgelegten Hauptetats wird in der Regel einige Zeit erfordern. Darum sieht die Verfassung vor, daß die für die abgelaufene Etatsperiode verwilligten Steuern auch im ersten Drittel des folgenden Jahres ohne weiteres forterhoben werden dürfen (Verfassungsurkunde § 114).

Wie zur Feststellung des Etats für die neue Etatsperiode, so sind die Stände auch berufen, die Rechnungsergebnisse der abgelaufenen Periode daraufhin nachzuprüfen, ob die Festsetzungen des Etats eingehalten worden sind. Ein von der Regierung unabhängiger oberster Rechnungshof, der dem Finanzausschuß des Landtages bei dieser Aufgabe vorzuarbeiten hätte, besteht zurzeit in Württemberg noch nicht; die Tätigkeit der dem Finanzministerium unterstellten Oberrechnungskammer ist lediglich eine innere Angelegenheit der Verwaltung.

Die Mitwirkung der Stände bei der Aufstellung des Etats bedeutet nach alledem mehr als die Zustimmung zu einem Regierungsvorschlag; sie bedeutet die Kontrolle der Verwaltung unter dem Gesichtspunkt ihres finanziellen Ergebnisses. Dem entspricht die Etatsberatung im Landtage. Sie ist ein Rechenschaftsbericht der Regierung und auf Grund dessen eine Erörterung der Maßnahmen der Vergangenheit und der für die Zukunft zu stellenden Forderungen. Insofern ist das Budgetrecht in besonderem Sinne

das Recht der Mitwirkung des Landtages und folglich mittelbar der Mitwirkung des Volkes bei der Regierung.

Wie schon erwähnt wurde, ist aber das Recht der Stände zur Mitwirkung bei der Finanzverwaltung hinsichtlich eines ihrer Zweige, der Staatsschuldenverwaltung, so ausgebildet worden, daß die Stände selbst zur Verwaltungsbehörde geworden sind und der Regierung nur die Oberaufsicht gegenüber der ständischen Verwaltung belassen worden ist. Womit das sonst beobachtete Verhältnis zwischen der Regierung und dem Landtage geradezu in sein Gegenteil verkehrt worden ist.

Zur Aufnahme von Staatsschulden in der Form eines Anlehens bedarf es gemäß § 181 Abs. 2 der Verfassungsurkunde einer Zustimmung der Stände. Bei deren Erteilung sind beide Kammern völlig gleichberechtigt. Wenn außerdem nach § 119 der Verfassungsurkunde die Staatsschuld unter die Gewährleistung der Stände gestellt ist, so hat das keine besondere rechtliche Bedeutung. Denn, da im konstitutionellen Staate der Landtag keine Körperschaft im Rechtsinne ist, aber auch keine Körperschaften vertritt, es sei denn den Staat, so kann er auch keine Haftung für die Staatsschulden übernehmen. Daß die Stände in besonderer Weise für die Staatsschuldenverwaltung verantwortlich sind, ist richtig, aber lediglich Folge dessen, daß ihnen die Staatsschuldenzahlungskasse unterstellt ist (Verfassungsurkunde § 120).

Diese Schuldenzahlungskasse oder, wie sie jetzt heißt, die „Staatsschuldenkasse“, hat gemäß § 120 der Verfassungsurkunde ihre Ordnung durch ein in Gesetzesform erlassenes Staatsschuldenstatut erhalten (Statut vom 22. Juni 1820, revidiert am 22. Februar 1837). Danach hat die Leitung der Kasse im Namen der Ständerversammlung eine Kommission, die aus einem Mitglied der Ersten und vier Mitgliedern der Zweiten Kammer besteht und für die, solange als die Stände nicht versammelt sind, der Ständische Ausschuß eintritt. Die Beamten der Kasse werden von den Ständen gewählt und vom Könige bestätigt; sie leisten den Staatsdienereid, müssen aber den Ständen gegenüber sich besonders verpflichten, lediglich ständische Zahlungsanweisungen auszuführen. Die Kosten der Verwaltung trägt die ständische Sustentationskasse.

Die Oberaufsicht der Regierung wird durch einen Kommissar ausgeübt; die Jahresrechnung wird nach einer Prüfung durch die Oberrechnungskammer von königlichen und ständischen Kommissarien abgehört; der Jahresetat der Kasse ist dem Finanzministerium vorzulegen.

Eine Änderung dieses Rechtszustandes ist durch die Verfassungsrevision von 1906 nicht herbeigeführt worden.

Grundsätzlich ist das Recht der Regierung dem Könige vorbehalten. Der König regiert. Das heißt im Sinne des württembergischen Staatsrechts: der König führt selbst die Regierungsgeschäfte, soweit er nicht andere mit ihrer Erledigung beauftragt. Der Satz: „Le roi règne, mais ne gouverne pas“

ist nicht deutsches Staatsrecht. Sondern: der Wille des Königs ist für die Regierung maßgebend, auch wenn in seinem Namen Beauftragte handeln. Allerdings: der königliche Wille ist nicht schlechthin frei, sondern ist der Verfassung und den Gesetzen unterworfen; aber die königliche Entschliebung bleibt, innerhalb der ihr gezogenen Grenzen, die Quelle aller Staatshandlungen.

Für seine Entschliebung ist der König keinem Menschen außer sich selbst verantwortlich, nicht für ihre Zweckmäßigkeit, auch nicht für ihre Rechtmäßigkeit. Darum schreibt das neuzeitliche Verfassungsrecht vor, daß für die von dem Könige ausgehenden Regierungsverfügungen ein Minister durch „Gegenzeichnung“ die Verantwortlichkeit übernehme. So auch die württembergische Verfassungsurkunde im § 51.

Die Minister sind die Chefs der Verwaltungsdepartements, deren es zurzeit in Württemberg sechs gibt: das Ministerium der Justiz, das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, das Ministerium des Innern, das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens, das Ministerium des Krieges und das Ministerium der Finanzen. Die bestehende Zahl der Verwaltungsdepartements kann nur durch ein Gesetz geändert werden (Art. 1 Abs. 2 des Gesetzes vom 1. Juli 1876).

Der König ernennt und entläßt die Minister nach freier Entschliebung (Verfassungsurkunde § 87). Denn Württemberg wird, wie die übrigen deutschen Staaten, nicht parlamentarisch regiert, sondern monarchisch. Wohl mag und wird der König bei der Wahl seiner Minister auch darauf Rücksicht nehmen, ob sie das allgemeine Vertrauen genießen, aber keine Volksvertretung kann ihn zwingen, einen Minister zu bestellen oder zu entlassen. Dagegen kann jeder Minister verlangen, aus dem Amte entlassen zu werden, wenn er dies für richtig befindet. Da die Minister die Verantwortlichkeit für die Regierungsakte des Königs zu tragen haben, so müssen sie ihrerseits in ihren Entschliebungen dem königlichen Willen gegenüber insoweit freibleiben, daß sie die Verantwortung für eine von ihnen verlangte Regierungshandlung ablehnen und, falls der König auf seinem Willen beharrt, ihre Entlassung begehren können (Gesetz vom 1. Juli 1876, Art. 2).

Die Minister insgesamt bilden das Staatsministerium, bei dessen Beratungen der Ministerpräsident den Vorsitz führt. Die Aufgabe des Staatsministeriums ist die Beratung aller allgemeinen Angelegenheiten, wozu außer den Fragen der Staatsverfassung insbesondere die Behördenorganisation sowie die Erlassung, Abänderung und authentische Erklärung von Gesetzen und allgemeinen Verordnungen gehören. Alle dem Könige vorzulegenden Vorschläge der Minister in solchen Angelegenheiten müssen im Staatsministerium zur Beratung vorgetragen und mit dessen Gutachten an den König gebracht werden. Außerdem ist selbstverständlich das Gesamtministerium Berater des Königs in allen Angelegenheiten, die dieser ihm zuweist.

Die Organisation des Staatsministeriums beruht auf dem Verfassungsgesetz vom 1. Juli 1876. Ehedem bestand, wie schon oben bemerkt worden ist, außer dem Ministerium als Rest des ständischen Staates der Geheime Rat, ein erweitertes Gesamtministerium, das in neuerer Zeit schrittweise seiner Rechte entkleidet wurde, bis es durch das Verfassungsgesetz vom 15. Juni 1911 gänzlich aufgehoben worden ist. Seitdem hat das Staatsministerium auch diejenigen Aufgaben, in denen früher außer ihm noch der Geheime Rat sein Gutachten abzugeben hatte, zur ausschließlichen Erledigung übernommen.

Das Staatsministerium ist der oberste Rat des Königs. Die verantwortliche höchste Regierungsbehörde ist aber nicht die Gesamtheit der Minister, sondern der einzelne Departementschef. Verantwortlich ist er zunächst dem König als seinem Auftraggeber, der ihn entlassen kann, wenn der Minister das königliche Vertrauen nicht mehr besitzt. Verantwortlich ist er ferner, wie jeder Beamte, nach den Bestimmungen des Strafrechts und des bürgerlichen Rechts. Wegen einer Amtshandlung, die eine Verletzung der Verfassung enthält, kann er überdies vor den Staatsgerichtshof gezogen werden. Zur Erhebung der Anklage sind nach § 199 der Verfassungsurkunde „die Stände“, also beide Kammern des Landtags, berechtigt. Während aber in einzelnen deutschen Staaten die Ministeranklage sich auch auf den Fall gründen kann, daß der Minister in anderer Weise als durch Verfassungsverletzung das Staatswohl gefährdet hat, entscheidet darüber, ob ein Minister aus solchem Grunde zu entlassen ist, in Württemberg ausschließlich der König. Mangelhafte Führung der Geschäfte mag dem Minister im Landtage vorgehalten werden — eine Verantwortlichkeit im staatsrechtlichen Sinne trägt er den Ständen gegenüber nur für die Verfassungsmäßigkeit der Regierungshandlungen.

Der Staatsgerichtshof, der hiernach die Verfassung ebensowohl gegenüber den Ministern wie, nach früheren Ausführungen, gegenüber den Ständemitgliedern zu wahren hat, ist eine unabhängige richterliche Behörde, der außer einem vom König aus den ersten Vorständen der höheren Gerichte zu ernennenden Vorsitzenden 12 Richter angehören. Von diesen bestimmt sechs der König, sechs wählt die Ständeverversammlung in einer gemeinschaftlichen Sitzung beider Kammern. Die vom König ernannten werden den höheren Gerichten des Landes entnommen. Die ständischen Richter dürfen nicht der Ständeverversammlung angehören, müssen aber die zum Eintritt in den Landtag erforderlichen Eigenschaften besitzen; wenigstens zwei von ihnen müssen rechtsgelehrt sein.

Die Aufgabe des Gerichtshofes ist die eines Disziplinargerichtes für besondere Fälle; seine Strafbefugnis erstreckt sich nur auf Verweise und Geldstrafen, auf Suspension und Entfernung vom Amte, den Ständemitgliedern gegenüber auf zeitliche oder immerwährende Ausschließung von der Landstandschafft. Gegen seine Urteile gibt es keine Berufung; auch eine Begnadigung durch den König ist nur zulässig, wenn sie nicht zu einer Wiederanstellung eines zur Strafe entlassenen Beamten führt.

Den Ministern unterstellt ist das Heer der Beamten, der Staatsdiener aller Art, die gemäß den Gesetzen des Landes, den königlichen Verordnungen und den Anweisungen der Vorgesetzten die Regierungsgeschäfte zu erledigen haben. Sie sind ebenso wie die Minister innerhalb ihres Geschäftskreises für ihre auf eigener Entschließung beruhenden Handlungen und Unterlassungen verantwortlich, werden aber — anders als die Minister — von der Verantwortung dadurch frei, daß sie auf Weisung eines Vorgesetzten handeln. Während nämlich der Minister sich der Ausführung eines königlichen Befehls durch Niederlegung seines Amtes entziehen darf, steht dieses Recht den anderen Beamten nicht zu. Sie müssen gehorchen, auch wenn sie einen Befehl für unzweckmäßig halten. Immerhin hat die Gehorsamspflicht des Beamten ihre Grenze. Eine mit Strafe bedrohte Handlung oder Unterlassung kann nicht von ihm verlangt werden. Überdies hat er bei jeder an ihn ergehenden Weisung zu prüfen, ob die befehlende Behörde hierzu überhaupt zuständig und ob ihm der Befehl in der gehörigen Form zugegangen ist; andernfalls kann er erklären, daß er nicht zu gehorchen brauche. Endlich ist durch die Verfassung den Beamten ausdrücklich das Recht gewährleistet, ehe sie einen Befehl ausführen, der vorgesetzten Stelle ihre Bedenken „auf geziemende Weise und unter Vermeidung jeder nachteiligen Verzögerung vorzutragen“ (Verfassungsurkunde § 83). Im übrigen regelt sich die Rechtsstellung der Beamten nach dem Staatsbeamtengesetz vom 28. Juni 1876, das durch ein Gesetz vom 1. August 1907 unter der Regierung König Wilhelms II. in wesentlichen Punkten eine Neugestaltung erfahren hat, insbesondere in der Richtung, daß allen Beamten die Pensionsberechtigung zugesichert wurde, auch die Pensionsbezüge und Versorgung der Witwen und Waisen verbessert wurden.

Die Behördenorganisation, innerhalb deren die Beamten tätig sind, ergibt sich aus der Verteilung der Staatsaufgaben nach sachlichen und nach örtlichen Gesichtspunkten. Jedes Ministerium hat sein „Departement“ oder „Ressort“, d. h. einen bestimmten Aufgabenkreis, und ist die Zentralstelle für die Erledigung dieser Aufgaben.

Die Verteilung der Aufgaben an die verschiedenen Ressorts und damit die Organisation der Ministerien beruht lediglich auf Zweckmäßigkeitsrücksichten; so ist denn in Württemberg die Schulverwaltung von der Verwaltung des „Innern“ abgetrennt und mit der Verwaltung des Kirchenwesens vereinigt, die Verwaltung der Verkehrsanstalten aber dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten angegliedert.

Zweckmäßigkeitsrücksichten bestimmen auch die Einteilung des Landes in Verwaltungsbezirke. Die den Ministerien unterstellten Behörden erhalten einen örtlichen Bezirk zugewiesen, und zwar so, daß mit der Verwaltung des größeren Bezirkes zugleich die Aufsicht über die Verwaltung der von diesem umschlossenen kleineren Bezirke verknüpft ist, womit ein System der Über- und Unterordnung von Behörden sich ergibt. Damit ist einerseits die erforder-

liche Zentralisation der Verwaltung geschaffen, andererseits die wünschenswerte Dezentralisation des Staates ermöglicht. Gewährleistet wird diese allerdings erst dadurch, daß den unteren Stellen die Freiheit der Entschliebung unter eigener Verantwortung soweit wie irgend möglich gelassen wird.

Die Teilung des Landes in Verwaltungsbezirke ist nicht für alle Ressorts einheitlich durchgeführt; immerhin ist die für die Verwaltung des „Innern“ geschaffene Landeseinteilung auch für die anderen Ressorts von Bedeutung. Sie zerlegt das Land in vier Kreise (Neckar-, Schwarzwald-, Jagst- und Donaukreis) und 64 Oberamtsbezirke, von denen einer der Bezirke die Stadt Stuttgart ist. Eine Veränderung dieser Bezirke kann nur durch Gesetz erfolgen (Verfassungsurkunde § 133). Die Bezirkseinteilung schafft aber keine selbständigen Körperschaften, sie grenzt nur den Bereich ab für die Tätigkeit der staatlichen Verwaltungsbehörden.

Die Selbstverwaltung

Indessen kennt die württembergische Verfassung auch Körperschaften, Gemeinwesen, die einen eigenen räumlichen Bereich haben und ein eigenes Leben nach öffentlichem Recht führen und zugleich mit der Erfüllung staatlicher Aufgaben betraut sind. Der Gedanke der „Selbstverwaltung“ ist dem Gedanken der Dezentralisation der Staatsverwaltung verwandt, ohne sich mit ihm völlig zu decken. Er bedeutet die Anerkennung der Tatsache, daß in den Gemeinden und ähnlichen Verbänden auf örtlicher Grundlage von alters her Organisationen vorhanden sind, die, ihrem Wesen und Zwecke nach dem Staate verwandt, von diesem nicht übersehen, geschweige denn unterdrückt werden können, vielmehr gepflegt und dem Ganzen, dessen Teile sie sind, dem Staate, dienstbar gemacht werden müssen. So wird ihnen eigenes Leben von Rechts wegen zugestanden; außer ihrem „eigenen Wirkungskreis“ erhalten sie aber auch einen „übertragenen“ zugewiesen, indem sie an Stelle staatlicher Behörden tätig sind. Innerhalb ihres eigenen Wirkungskreises haben sie „Selbstgesetzgebung“ (Autonomie) und „Selbstverwaltung“, unter staatlicher Aufsicht; im übertragenen Wirkungskreis nehmen sie staatliche Befehle in Empfang und führen sie aus. Im ständischen Staat ergab sich das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden und ähnlicher Verbände von selbst als das Recht ständischer Körperschaften; der einheitliche Staat des absoluten Herrschertums neigte dazu, die Selbstständigkeit der Kommunalverbände völlig zu beseitigen; der deutsche Verfassungsstaat hat sie wieder zur Geltung gebracht, wobei das Vorbild der durch den Freiherrn vom Stein in Preußen eingeleiteten Reformen nachhaltig gewirkt hat. In Württemberg hatte sich die Selbstständigkeit der Gemeinden stets erhalten; es handelte sich seit der Verfassung von 1819 nur um eine Einfügung in den neugeordneten Staat.

Außer den Gemeinden bestehen in Württemberg als Träger selbständigen körperschaftlichen Lebens seit Jahrhunderten die Amtskörperschaften. Sie

werden heute gebildet, indem die sämtlichen Gemeinden eines Oberamts verbunden werden. Amtskörperschaft und Oberamt haben mithin den gleichen Bereich; aber das Oberamt ist nur ein Bezirk der Verwaltung, die Amtskörperschaft ist ein Gemeinwesen.

Gemeinden und Amtskörperschaften sind mithin die Kommunalverbände mit Selbstverwaltung in Württemberg. Ihre Selbständigkeit ist durch die Verfassung insofern gewährleistet, als darin ausgesprochen ist, daß keine Staatsbehörde befugt sei, ohne ihre Zustimmung über das Eigentum der Gemeinden oder Amtskörperschaften zu verfügen (Verfassungsurkunde § 66). Über die Verfassung der Gemeinden trifft die Staatsverfassungsurkunde nur insoweit Bestimmung, als sie für jede Gemeinde außer dem Gemeinderat einen Bürgerausschuß und für die Amtskörperschaften eine Amtsversammlung vorsieht. Im übrigen ist das Gemeinderecht durch die Gemeindeordnung vom 28. Juli 1906 und das Recht der Amtskörperschaften durch die Bezirksordnung vom selbigen Tage einer Neugestaltung unterzogen worden, die den auf dem Gebiet der Selbstverwaltung gemachten Erfahrungen in weitgehendem Maße Rechnung trägt.

Die Staatsbürger und ihre Rechte

Träger der Staatsgewalt ist nach der oben gegebenen Darstellung in Württemberg der König, nicht das Volk. Aber der König ist nicht der Staat. Dem Wort: „l'état c'est moi“ stellte deutsche Staatsauffassung schon zur Zeit des absoluten Herrschertums den Satz entgegen, daß der König nur der erste Diener des Staates sei, und heute hat er vollends seine Geltung verloren. Der Staat ist das unter einer höchsten Gewalt vereinigte seßhafte Volk. Der heutige Staat ist ohne die Staatsbürger nicht denkbar.

Für den Staat des 18. Jahrhunderts, den „Polizeistaat“, war der Bürger lediglich „Untertan“; Land und Leute waren Gegenstand der Herrschaft des Staatsoberhauptes. Der Bürger des konstitutionellen Staates ist dessen Teilhaber geworden; er nimmt teil an der Staatsleitung, unmittelbar, wenn er gesetzgebenden Körperschaften angehört, mittelbar, wenn er einen Abgeordneten in diese Körperschaft entsendet.

Über Erwerb und Verlust des Staatsbürgerrechtes bestimmt im Deutschen Reiche nicht mehr der Einzelstaat. Da jeder Württemberger zugleich Reichsbürger ist, beantwortet das Reichsrecht auch die Frage, wie man Württemberger wird, und zwar durch das Gesetz über die Reichs- und Staatsangehörigkeit von 1913. Darum ist die Ablegung des Huldigungseides nach zurückgelegtem 16. Lebensjahr (Verfassungsurkunde § 20) zwar noch Pflicht eines jeden geborenen Württembergers, aber nicht mehr Voraussetzung für den Erwerb der württembergischen Staatsangehörigkeit.

Aber die allgemeinen Rechtsverhältnisse der württembergischen Staatsbürger ordnet die württembergische Verfassungsurkunde, und zwar bezeich-

nenderweise unmittelbar, nachdem sie vom König von der Thronfolge und der Reichsverweisung gehandelt hat. Zwei Gruppen von Rechten der Württemberger lassen sich unterscheiden: solche, die sie im Staate haben, und solche, die ihnen gegenüber dem Staate zustehen.

Als Mitglieder des Staates genießen alle Württemberger die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und sind ebenso zu gleichen staatsbürgerlichen Pflichten und gleicher Teilnahme an den Staatslasten verbunden (Verfassungsurkunde § 21). Das will nicht bedeuten, daß völlige Gleichheit im Ausmaß der Rechte und Pflichten herrschen solle — eine unmögliche Forderung bei der großen Verschiedenheit der Leistungen! —, sondern daß die Geburt grundsätzlich keine Vorrechte begründet. Darum kann insbesondere verfassungsgemäß kein Staatsbürger wegen seiner Geburt von einem Staatsamt ausgeschlossen werden. Ebenso soll das religiöse Bekenntnis irgendeinen Unterschied hinsichtlich der staatsbürgerlichen Rechte nicht begründen. Die Rechtsgleichheit der Angehörigen der verschiedenen Konfessionen ist übrigens jetzt auch durch Reichsgesetz (vom 3. Juli 1869) gewährleistet.

Immerhin läßt der so zu verstehende Grundsatz der Rechtsgleichheit der Staatsbürger gewisse Ausnahmen zu. Vorrechte bestehen nach der Verfassung für den König und für die Mitglieder des Königlischen Hauses insofern, als ihnen die autonome Regelung ihrer Familienrechte im Verhältnisse vorbehalten ist; gewisse Vorrechte haben ferner die standesherrlichen Familien, und auch dem ritterschaftlichen Adel ist die Bildung von autonomen Körperschaften durch die Verfassung vorbehalten (Verfassungsurkunde § 42).

Der Staat gewährleistet dem einzelnen Bürger durch die Verfassung aber nicht nur die Teilnahme an den Staatseinrichtungen, sondern ein gewisses Maß von Unabhängigkeit. Zur Freiheit im Staate gesellt sich die Freiheit vom Staate. „Freiheit der Person, Gewissens- und Denkfreiheit, Freiheit des Eigentums und Auswanderungsfreiheit“ werden dem Württemberger durch § 24 der Verfassungsurkunde ausdrücklich zugesichert, desgleichen durch § 27 die ungestörte Gewissensfreiheit. Nur in Fällen dringender Not des Staates treten die Bestimmungen über die Freiheit der Person, des Eigentums und der Presse außer Kraft, und zwar auf Grund der Reichsverfassung, die für den Fall einer Verhängung des Kriegszustandes die zeitweilige Aufhebung einzelner verfassungsmäßig gewährleisteter Freiheiten vorsieht.

Staat und Kirche

In seiner Tätigkeit begegnet sich der Staat an vielen Stellen mit den religiösen Verbänden, den Kirchen, die wie er ihr Leben in organisierter Rechtsgemeinschaft führen, wie er „Gemeinwesen“ sind. Doch ist seine Stellungnahme den Kirchen gegenüber wesentlich anders als gegenüber den früher erwähnten Gemeinwesen nicht staatlicher Art, den Kommunalverbänden. Die Kommunalverbände sind, wenn auch in vielen Beziehungen selbst-

ständig gestellt, doch Glieder des Staates, denn alle ihre Aufgaben liegen innerhalb des Bereiches der Staatsaufgaben. Die Kirchen haben ihre Aufgaben für sich und stehen insofern außerhalb des Staates. Daß der Staat die Aufsicht über die Kirchen, die sogenannte „Kirchenhoheit“, für sich in Anspruch nimmt und ihnen seinen Schutz angedeihen läßt, ändert hieran nichts.

Bis zum Jahre 1803 freilich war in Württemberg die Kirche eine Staatseinrichtung. Württemberg war ein ausschließlich protestantischer Staat, die evangelische Religion die Staatsreligion, der Landesherr der oberste Landesbischof; alle Staatsämter waren lediglich mit Evangelischen besetzt. Daran wurde grundsätzlich auch dann nichts geändert, als katholische Landesherren zur Regierung kamen, es wurde nur durch die sogenannten „Religionsreversalien“ dafür gesorgt, daß der Geheime Rat in Vertretung des katholischen Herrschers das Regiment in der Landeskirche ausübte.

Dagegen mußte allerdings eine grundsätzliche Veränderung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche eintreten, als im Jahre 1803 katholische Landesteile zu den protestantischen hinzuerworben und im Jahre 1806 mit dem früheren Herzogtum, nunmehrigen Königtum, vereinigt wurden. Es mußte eine Scheidung zwischen Staat und Kirche stattfinden. Zunächst zwar bedeutete das nur so viel, daß Staat und Kirche nicht mehr eins sein konnten, der konfessionelle Charakter des Staats verschwinden mußte. Die Verfassung von 1819 sicherte den drei im Königreiche bestehenden christlichen Konfessionen — der lutherischen, der reformierten und der katholischen — die freie öffentliche Religionsübung, den Genuß ihres Vermögens und Autonomie in den inneren kirchlichen Angelegenheiten zu. Der Gedanke des Staatskirchentums blieb gleichwohl wirksam, insofern der Staat nicht nur die Aufsicht, sondern auch die Herrschaft über beide Kirchen in Anspruch nahm, und der König auf Grund des sogenannten Staatspatronatsrechtes die Ämter der katholischen Kirche in Württemberg ebenso besetzte wie die Ämter der evangelisch-lutherischen Kirche auf Grund des sogenannten Kirchenregiments. Indessen hat sich dies Verhältnis zur katholischen Kirche auf die Dauer nicht aufrecht erhalten lassen; im Jahre 1857 wurde der Versuch gemacht, es im Wege eines Vertrages mit der Kirche neu zu ordnen; da dieser Versuch mißglückte, so erging am 30. Januar 1862 ein Staatsgesetz, durch das die Beziehung zwischen dem Staat und der katholischen Kirche in den Hauptpunkten, wenn auch nicht in allen Beziehungen, klargestellt wurde.

Das Rechtsverhältnis zwischen Staat und Kirche auf der Grundlage der Verfassung und der zu ihrer Ergänzung dienenden Gesetze gestaltet sich zurzeit folgendermaßen:

Als Kirchen anerkannt sind in der Verfassungsurkunde nur die drei obengenannten christlichen Kirchen, von denen allerdings die reformierte nur durch eine Gemeinde in Württemberg vertreten ist; die Rechtsverhältnisse der israelitischen Kirchengemeinden sind durch Gesetz vom 25. April 1828

und vom 23. Dezember 1873 sowie durch mehrere königliche Verordnungen geordnet worden. Die Bildung religiöser Vereine außerhalb einer der anerkannten Kirchen ist gestattet und nach dem Gesetz vom 9. April 1872 von staatlicher Genehmigung unabhängig.

Allen drei christlichen Kirchen ist die Eigenschaft einer öffentlichen Körperschaft zuerkannt und der volle Genuß ihres Kirchen-, Schul- und Armenfonds zugesichert (Verfassungsurkunde § 70). Indes ist erst durch das Ausführungsgesetz zum Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz eine Trennung der kirchlichen Armenpflege von der Gemeindepflege und noch später durch die beiden Gesetze, betreffend die Vertretung der evangelischen Kirchen- und der katholischen Pfarrgemeinden, vom 14. Juni 1887 die Trennung der kirchlichen von der bürgerlichen Gemeinde vorgenommen worden. Nach § 77 der Verfassungsurkunde sollte außerdem die abgesonderte Verwaltung des evangelischen Kirchengutes des vormaligen Herzogtums Württemberg wiederhergestellt und für die katholische Kirche ein besonderer katholischer Kirchenfonds ausgeschieden werden. Doch ist es hierzu bisher nicht gekommen. Infolgedessen sieht sich der Staat genötigt, den Kirchen zur Bestreitung ihres Aufwandes erhebliche Zuschüsse zu leisten, die im Staatsgesetz vorgesehen werden. Für einzelne Bedürfnisse der Kirche bestehen daneben noch besondere Fonds; die kirchlichen Landesfonds der evangelisch-lutherischen Kirche — die kirchliche Besoldungskasse, der Besoldungsverbesserungsfonds, der Unterstützungsfonds, die geistliche Witwenkasse, der kirchliche Hilfsfonds — stehen in der Verwaltung des Konsistoriums. Von den Fonds der katholischen Kirche wird die Bistumsdotation unter Aufsicht des Staates durch das bischöfliche Ordinariat, der sogenannte „Interkalarfonds“ gemeinschaftlich von Staat und Kirche verwaltet.

Gegenüber der Kirche steht dem Staate die Kirchenhoheit, d. h. ein Schutz- und Aufsichtsrecht, zu, das vom König ausgeübt wird. Der evangelisch-lutherischen Landeskirche gegenüber hat dieses Recht indes so lange keine Bedeutung, als der König zugleich der oberste Landesbischof ist. Dagegen äußert es sich der katholischen Kirche gegenüber in dem Recht der Einsichtnahme bei allen Anordnungen der Kirchengewalt; soweit es sich um sogenannte gemischte Gegenstände, d. h. um solche handelt, die staatliche oder bürgerliche Verhältnisse neben den kirchlichen berühren, hat der Staat überdies das Genehmigungsrecht gegenüber den Kirchengesetzen; auf das allgemeine Recht des landesherrlichen „Placet“ nach § 72 der Verfassungsurkunde hat der Staat der katholischen Kirche gegenüber durch das Gesetz von 1862 verzichtet.

Der evangelisch-lutherischen Kirche gegenüber würde im Falle einer Trennung von Kirchenhoheit und Kirchenregiment das Recht des Staates zur Genehmigung von Kirchengesetzen voll in Wirksamkeit treten.

Im übrigen haben die Kirchen die volle Autonomie in innerkirchlichen Angelegenheiten (Verfassungsurkunde § 71) und das Recht der Ernennung

der Kirchendiener, soweit nicht das Kirchenpatronatrecht eingreift. Die Kirchendiener stehen unter der kirchlichen Disziplinargewalt, der allerdings, soweit es sich um die katholische Kirche handelt, durch das Kirchengesetz von 1862 gewisse Schranken gezogen sind. In Ansehung ihrer bürgerlichen Handlungen und Verhältnisse sind die Kirchendiener nach den ausdrücklichen Bestimmungen des § 73 der Verfassungsurkunde der weltlichen Obrigkeit unterworfen, was nicht ausschließt, daß ihnen durch einzelne Gesetze Vorzugsrechte gegenüber anderen Staatsbürgern zugestanden werden; die katholischen Kirchendiener sollen in dieser Hinsicht nach § 80 dieser Verfassungsurkunde nicht ungünstiger gestellt sein als die Diener der protestantischen Kirchen. Allen Kirchendienern sichert § 74 der Verfassungsurkunde für den Fall, daß sie durch Altersschwäche oder andauernde Krankheit zur Versetzung ihres Amtes unfähig werden, einen angemessenen lebenslänglichen Ruhegehalt zu. Für die katholischen Geistlichen soll außerdem gemäß § 81 der Verfassungsurkunde auch dann gesorgt werden, wenn sie sich wegen eines Vergehens die Entsetzung vom Amte zugezogen haben, ohne zugleich ihrer geistlichen Würde verlustig geworden zu sein.

Die Organisation des Kirchenregiments, d. h. der der Kirche gegenüber ihren Mitgliedern zustehenden Gewalt, gestaltet sich nun allerdings nach der Verfassung in der evangelisch-lutherischen Landeskirche grundsätzlich anders als in der katholischen Kirche.

Die evangelisch-lutherische Landeskirche befindet sich in Personalunion mit dem Staat: der König ist zugleich der oberste Landesbischof und Träger der kirchlichen Gewalt in dieser Kirche. Da er als Oberhaupt des Staates die Kirchenhoheit ihr gegenüber ausübt, befindet er sich also in einer Doppelstellung zur evangelisch-lutherischen Kirche. In der Kirchenhoheit wird er durch das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens vertreten; das Kirchenregiment wird durch das Konsistorium und den „Synodus“ verwaltet, der durch Hinzutreten der sechs Generalsuperintendenten zum Konsistorium gebildet wird (Verfassungsurkunde § 75).

Die Kirchenhoheit steht selbstverständlich dem König ungeschmälert auch dann zu, wenn er einer anderen als der evangelischen Konfession angehört. Dagegen muß in solchem Falle das Kirchenregiment allerdings eine Änderung erfahren. Nach § 70 der Verfassungsurkunde sollten dann die früheren sogenannten Religionsreversalien wieder in Geltung treten. Sie sind aber seit dem 28. März 1898 durch das Gesetz betreffend die Ausübung der landesherrlichen Kirchenregimentsrechte im Falle der Zugehörigkeit des Königs zu einer anderen als der evangelischen Konfession ersetzt worden. Danach werden für den durch seine Konfession an der Ausübung des Kirchenregiments verhinderten Landesherrn dessen Rechte durch die „Evangelische Kirchenregierung“ ausgeübt, ein Kollegium von fünf Mitgliedern, das aus zwei Staatsministern, dem Präsidenten des evangelischen Konsistoriums,

dem Präsidenten der evangelischen Landessynode und dem dienstältesten Generalsuperintendenten besteht. Sein Vorstand ist regelmäßig der Minister des Kirchen- und Schulwesens. Die Mitglieder der evangelischen Kirchenregierung werden bei Antritt ihres Amtes durch ein besonderes, feierliches Gelübde verpflichtet.

Die Geschäftsaufgabe der evangelischen Kirchenregierung umfaßt die sämtlichen innerkirchlichen Angelegenheiten, welche zur Entschließung des evangelischen Landesherrn stehen, und zwar übt sie die ihr übertragenen Befugnisse selbständig, ohne Anbringen an den König aus. Nur werden der Vorstand des evangelischen Konsistoriums sowie dessen Mitglieder und der evangelische Hofprediger vom König selbst ernannt, der evangelischen Kirchenregierung steht nur das Vorschlagsrecht zu.

Da die evangelisch-lutherische Kirche die volle Autonomie besitzt, so ist die Organisation der Kirche ausschließlich durch die Kirchengesetzgebung zu bestimmen, die Einrichtung der Landessynoden und Diözesansynoden sowie die Ausgestaltung der Rechte der Kirchengemeinden beruht auf kirchlichen, nicht auf staatlichen Gesetzen. Ebenso ist die Kirchenverwaltung unabhängig von der Einwirkung des Staates; lediglich dadurch, daß der Staat Zuschüsse zu den Kosten des kirchlichen Aufwandes leistet, kommt ihm ein gewisser Einfluß zu.

Die katholische Kirche ist mit dem Staate nur insoweit verbunden, als dieser die Kirchenhoheit ausübt und zur Besoldung ihrer Kirchendiener Zuschüsse leistet. Andererseits gesteht der Staat der Kirche die Leitung des katholischen Religionsunterrichts in der Volksschule sowie in den öffentlichen und in den sonstigen Privatunterrichtsanstalten zu, unbeschadet des Aufsichtsrechts, das der Staat über alle Lehranstalten in Anspruch nimmt.

Zur Ausübung des staatlichen Aufsichtsrechts gegenüber der katholischen Kirche ist der katholische Kirchenrat bestellt, der nur aus katholischen Mitgliedern besteht, übrigens dem Ministerium des Kirchen- und Schulwesens untergeordnet ist (Verfassungsurkunde § 79).

Die Leitung der inneren Angelegenheiten der katholischen Kirche steht in Württemberg dem Landesbischof, der in Rottenburg seinen Sitz hat, und dem Domkapitel des Bistums zu. Beide zusammen bilden das bischöfliche Ordinariat.

Die israelitische Kirche ist in Württemberg durch Staatsgesetz organisiert; der Staat hat sich ihr gegenüber mithin nicht auf sein Aufsichtsrecht beschränkt. Die oben schon erwähnten Gesetze und Verordnungen weisen jeden Israeliten einer israelitischen Kirchengemeinde zu, die ihren Kirchenvorsteher und eine Synagoge hat. Die Aufsicht und Leitung des israelitischen Kirchenwesens hat die von der Regierung bestellte Oberkirchenbehörde; sie besteht aus einem Regierungsbevollmächtigten, einem israelitischen Theologen und wenigstens drei israelitischen Beisitzern. Der kirchliche Aufwand wird teils aus dem israelitischen Zentralkirchenfonds, teils aus örtlichen Fonds bestritten, die, soweit erforderlich, durch kirchliche Umlagen ergänzt werden.

Württemberg und das Reich

Das Bild der württembergischen Staatsverfassung ist nicht vollständig, wenn der Stellung des Staates im Deutschen Reiche nicht gedacht wird.

Seit dem 1. Januar 1879 ist Württemberg ein Gliedstaat des Reiches. Es hat damit zwar seine „Souveränität“ an das Reich verloren, aber nicht aufgehört, ein Staat zu sein. Denn die Souveränität im Sinne der Unabhängigkeit von jeder anderen Staatsgewalt ist keineswegs, wie manche meinen, für einen Staat unentbehrlich, sofern nur der Staat eine eigene Herrschaft über Gebiet und Volk behält. Überdies nimmt Württemberg, wie alle anderen Gliedstaaten, an der Reichsgewalt und damit an der Reichssouveränität teil.

Das Organ des Reichs, in dem die Beteiligung Württembergs an der Reichsregierung zum Ausdruck kommt, ist der Bundesrat. Württemberg hat in ihm vier Stimmen, ebensoviel wie das Königreich Sachsen. Das Stimmrecht im Bundesrat wird durch Bevollmächtigte ausgeübt, die nach den Instruktionen ihrer Landesregierung zu stimmen haben; jeder Staat darf so viel Bevollmächtigte ernennen, wie er Stimmen hat, doch kann die Gesamtheit der zuständigen Stimmen nur einheitlich abgegeben werden (Reichsverfassung Art. 6).

Aus seiner Mitte bildet der Bundesrat eine Anzahl dauernder Ausschüsse, deren Mitglieder vom Bundesrat gewählt werden. In dem Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten ist Württemberg ständig vertreten auf Grund von Reichsverfassung Art. 8. Der Ausschuß hat übrigens nur die Aufgabe der Beratung, da die Entscheidung über die auswärtige Politik des Reichs ausschließlich dem Kaiser zusteht (Reichsverfassung Art. 11).

Die Beschränkungen, die die Reichshoheit der Staatshoheit Württemberg auferlegt, sind in der vorstehenden Darstellung des württembergischen Verfassungsrechts mehrfach erwähnt. Sie finden sich auf allen Gebieten staatlichen Lebens.

Den Schutz des gesamten Reichsgebietes und seiner Bewohner hat das Reich übernommen; indem der Kaiser das Reich völkerrechtlich vertritt (Reichsverfassung Art. 11), vertritt er damit zugleich den Staat Württemberg. Württemberg hat zwar das Recht behalten, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen, entsendet aber nach außerdeutschen Staaten Gesandte nicht mehr.

Zugunsten des Reiches beschränkt ist das Gesetzgebungsrecht Württembergs. Und zwar entweder so, daß die Reichsgesetzgebung ausschließlich zuständig ist — dies ist in solchen Angelegenheiten der Fall, die ganz der Verwaltung des Reiches überwiesen sind, wie etwa das Zollwesen und das Kriegsmarinewesen — oder so, daß die Landesgesetzgebung neben der des Reiches zuständig bleibt, das etwa erlassene Reichsgesetz aber dem Landesrecht vorgeht. Dies ist der Fall in allen Angelegenheiten, die in Art. 4 der Reichsverfassung aufgezählt sind. Soweit das Reich die Gesetzgebung hat, hat es auch die Aufsicht über die Ausführung der von ihm erlassenen Gesetze und kann die Einzelstaaten zur Beachtung seiner Vorschriften anhalten.

Im Wege der Gesetzgebung auf Grund von Art. 4 der Reichsverfassung hat das Reich auch die Gerichtsverfassung in der ordentlichen Gerichtsbarkeit an sich gezogen und damit die Zuständigkeit Württembergs zur Regelung seiner Gerichtsbarkeit wesentlich eingeschränkt. Außerdem ist durch die Einrichtung des Reichsgerichtes eine Gerichtsbehörde geschaffen, die im Namen des Reiches im Instanzenzuge der ordentlichen Gerichtsbarkeit an letzter Stelle Recht spricht und die deutsche Rechtseinheit auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts, Straf- und Prozeßrechts verwirklicht.

Der Verwaltung der Einzelstaaten sind alle die Angelegenheiten entzogen, die das Reich zu eigener Verwaltung an sich genommen hat; in einzelnen Angelegenheiten, wie im Militärwesen, ist zwar die Landeshoheit nicht beseitigt worden, hat aber durch die Staatsgewalt des Reiches eine wesentliche Einschränkung erfahren.

Die dem Reiche nach der Reichsverfassung zustehenden Rechte sind indessen zugunsten einzelner Gliedstaaten durch Vorbehalte eingeengt worden, woraus sich für diese Staaten sogenannte „Reservatrechte“ ergeben. Sie beruhen entweder auf Abmachungen, auf die die Reichsverfassung Bezug nimmt, oder sind unmittelbar in die Reichsverfassung aufgenommen worden.

Das erste ist der Fall bezüglich der „Militärkonvention“, die zwischen Württemberg und dem Norddeutschen Bund, dem Rechtsvorgänger des Reiches, am 21./25. November 1870 geschlossen worden ist und nach der Schlußbestimmung zu Abschnitt 11 der Reichsverfassung einen Teil des Reichsmilitärrechts bildet. Die sogenannte Bebenhäuser Konvention ist übrigens eine Militärkonvention in diesem Sinne nicht, sondern lediglich eine Abmachung zwischen der preußischen und der württembergischen Militärverwaltung.

Ein Vorbehalt der zweiten Art betrifft das Post- und Telegraphenwesen, das dem Staate Württemberg verblieben ist (Reichsverfassung Art. 52). Auch hat Württemberg nach Art. 35 der Reichsverfassung das Recht der Besteuerung des inländischen Branntweins und Biers sich vorbehalten. Auf sein Branntweinbesteuerungsrecht hat Württemberg dann im Jahre 1887 verzichtet und sich nur noch vorbehalten, daß der Maßstab der Verteilung des Reinertrags unter die einzelnen Bundesstaaten ohne seine Zustimmung nicht abgeändert werden kann.

Seine Reichstreue hat der württembergische Staat seit der Gründung oft bewiesen. Niemals aber glänzender als im gegenwärtigen Kriege, in dem Fürst und Volk in Württemberg wie ein Mann für das deutsche Vaterland eintreten.

Möge die Festigkeit des Reiches, die in diesem Kriege ihre stärkste Probe besteht, fortan nie mehr angezweifelt werden, möge aber auch dem Staate Württemberg im Reiche seine Eigenart bewahrt bleiben, damit in der Staatsverfassung Deutschlands die dem deutschen Wesen eigentümliche Vereinigung von Selbständigkeit des Einzelnen und Unterordnung unter das Ganze immerdar ihr Bild wiederfinden!

Rechtspflege

Von Direktor Röcker, Vortragendem Rat im Kgl. Justizministerium

Rönig Wilhelm II., der einst selbst auf den Universitäten Tübingen und Göttingen dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften ergeben war, hat stets in besonderem Maße sein Interesse der Justiz zugewandt. *Justitia fundamentum regnorum*: diese alte, aber ewig junge Weisheit, der sittlich ernste Maßstab und feste Grundpfeiler auch der reinen Staatsklugheit, ist dem Landesherrn durch die wissenschaftliche Vertiefung in die Gedankengänge und inneren Zusammenhänge der staatlichen Rechtsordnung zu lebendigem geistigem Besitz geworden. Aber auch im schwäbischen Volksstamm im ganzen ist das Wesen des Rechts tief verankert und zu feinem, empfindlichem Rechtsgefühl entwickelt. Der Kampf ums Recht spielt in seiner Geschichte eine hervorragende Rolle, sein Rechtsinn ist in diesen Kämpfen in scharf ausgeprägter Weise erzogen worden.

In Württemberg hat sich, wie in den anderen deutschen Ländern, im Laufe des 15. Jahrhunderts auf dem Gebiete des Privatrechts jener geschichtlich denkwürdige Vorgang vollzogen, daß sich das einheimische, bodenständige Recht mit einem fremden Rechtssystem, dem großartig durchdachten und kunstvoll ausgebildeten römischen Rechte aufs innigste verschmolz. Getreu deutscher Eigenart, Kulturgüter und geistige Werte fremder Völker verständnisvoll zu schätzen und nutzbar zu machen, hatte auch das schwäbische Volk das klassische römische Recht in Fleisch und Blut seines Rechtslebens aufgenommen, dergestalt, daß auf den im neuen deutschen bürgerlichen Rechte dem Landesrecht vorbehaltenen Gebieten das *Corpus juris civilis* noch heutzutage als Rechtsquelle wenigstens formell in Geltung steht.

So zeigt es klares Verständnis für die Regentenaufgaben, wenn Württembergs Fürsten von jeher darauf bedacht gewesen sind, diesem Sinn und Feingefühl ihres Volkes für Recht und Rechtspflege entgegenzukommen und ihm warme Fürsorge zuzuwenden. Perioden gesteigerter Ergiebigkeit der Justizgesetzgebung, wie sie beispielsweise auf dem Gebiete des Privatrechts durch die Landrechte von 1555, 1567 und 1610, verknüpft mit den Namen der Herzoge Christoph und Friedrich, auf den Gebieten der Gerichtsverfassung, des Privat-, Prozeß- und Strafrechts im 19. Jahrhundert, verknüpft mit dem Namen König Wilhelms I., charakteristisch heraustreten, sind unverlöschliche Denkmale solcher Regentenfürsorge.

Zwar ist seit der Errichtung des Deutschen Reiches die Justizgesetzgebung auf jenen eben genannten Gebieten im wesentlichen in die Zuständigkeit des Reiches übergegangen, aber den einzelnen Bundesstaaten ist, zumal bei der immer feineren Verästelung des ganzen Verkehrslebens, neben der Justizverwaltung hier nichtsdestoweniger eine gewaltige Fülle von Aufgaben geblieben; die württembergische Ausführungsgesetzgebung zum Bürgerlichen Gesetzbuch, für immer verknüpft mit dem Namen König Wilhelms II., legt bereites Zeugnis hierfür ab.

An der Spitze der Behörden, denen die Rechtspflege anvertraut ist, steht das Justizministerium. Es übt die höchste Dienstaufsicht über die Gerichte und die Gerichtsbeamten, die Staatsanwaltschaft und die staatsanwaltschaftlichen Beamten und die anderen Behörden und Beamten der Justiz, einschließlich der Strafanstalten, aus. Die Behandlung der Dienst-erledigungs- und Befetzungsfälle, soweit sie nicht für Unterbeamte des Strafanstaltendienstes dem Strafanstaltenkollegium übertragen ist, die Entscheidung über die Anträge auf Zulassung zur Rechtsanwaltschaft, die Bestellung der öffentlichen Notare, die Leitung der Dienstprüfungen gehört zu seinem Geschäftskreis. Es bereitet ferner die Verbesserungen der Landesgesetzgebung für das Justizfach und auf dem gleichen Gebiete die Mitarbeit Württembergs an der Reichsgesetzgebung vor, begutachtet die schweren Straffälle zum Zwecke der etwaigen Ausübung des königlichen Begnadigungsrechts, prüft überhaupt alle Gnadenfälle in Justizsachen und ist außerdem zur Entscheidung auf einzelnen Gebieten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, beispielsweise für die Ehelichkeitserklärung eines unehelichen Kindes, die Befreiung von den gesetzlichen Erfordernissen der Annahme an Kindes Statt, die Ermächtigung zur Änderung des Familiennamens, berufen. Drei Staatsminister der Justiz haben in den letzten fünf und zwanzig Jahren dem Könige gedient: Dr. von Faber, schon 1878 an die Spitze der Justizverwaltung getreten, bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahre 1896, hierauf Dr. von Breiting, seit 1901 zugleich Ministerpräsident, und als auch dieser sich in den Ruhestand begeben hatte, seit 1906 Dr. von Schmidlin, bis dahin Oberlandesgerichtspräsident. Dem Staatsminister stehen ein Ministerialdirektor, zwei vortragende Räte, ein Kanzleidirektor in der Stellung eines Landgerichtsrats und eine Mehrzahl zum Richteramt befähigter Sekretäre zur Seite.

Organisation der Gerichte

Seitdem König Wilhelm I. durch seine Reformen von 1817 und 1818 auch in den unteren Instanzen die für die höheren Instanzen bereits bestehende Trennung von Justiz und Verwaltung durchgeführt hat, wird in Württemberg die richterliche Gewalt durch unabhängige, nur dem Gesetze unterworfenen Gerichte ausgeübt. Die Gerichte sind Staatsgerichte, eine

Privatgerichtsbarkeit ist unstatthaft. Die Grundlage der Gerichtsverfassung bildet für die ordentliche streitige Gerichtsbarkeit in bürgerlichen und in Strafsachen nunmehr das Reichsgerichtsverfassungsgesetz vom 27. Januar 1877 und das württembergische Ausführungsgesetz hierzu vom 24. Januar 1879, aber der äußere Aufbau der Gerichte steht auch heute noch im wesentlichen auf dem soliden Unterbau, den die Edikte König Wilhelms I. von 1817 und 1818 geschaffen haben.

Das höchste Landesgericht ist das Oberlandesgericht, mit dem Sitz in Stuttgart, die Fortsetzung des 1817 an Stelle des ehemaligen Hofgerichts zu Tübingen getretenen Obertribunals, das, bis 1869 gegliedert in einen Zivil-, einen Kriminal- und einen Pupillensenat, und von da ab gegliedert in eine Zivil- und eine Strafkammer sowie ein Ehegericht, bis zum Inkrafttreten der einheitlichen Gerichtsorganisation des Reiches am 1. Oktober 1879 als oberstes Gericht des Landes gewirkt hatte. Es ist in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit Berufungs- und Beschwerdeinstanz für Urteile und Entscheidungen der Landgerichte, in Strafsachen Revisionsinstanz für Urteile der Landgerichte in der Berufungsinstanz sowie Beschwerdegericht für Entscheidungen der Landgerichte in erster wie in zweiter Instanz. Vor ihm gibt der König in Rechtsstreitigkeiten, die das Privatvermögen oder die Zivilliste betreffen, Recht, und die Mitglieder des Königlichen Hauses haben in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in Strafsachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit bei ihm ihren Gerichtsstand. Zugleich ist das Oberlandesgericht die nächste Dienstaufsichtsbehörde der Landgerichte. Am 1. Oktober 1879 mit 1 Präsidenten, 2 Senatspräsidenten und 12 Räten ins Leben getreten, zählt es jetzt neben dem Präsidenten 3 Senatspräsidenten und 18 Räte; es ist in 3 Zivilsenate und 1 Strafsenat gegliedert. Seit es 1880 die nüchternen Räume des sogenannten Stockgebäudes verlassen hat, ist es in dem stillen, weiten Obergeschoß des formschönen Justizgebäudes an der Urbanstraße untergebracht. Ehrwürdige Überlieferung umgibt das oberste Gericht des Landes. Die Bilder von Württembergs Königen in seinem Plenarsitzungssaal erinnern sinnvoll an den tiefen Zusammenhang zwischen Landesherrn, Monarchie und Rechtspflege. Stiftungen mehrerer Präsidenten und Räte des ehemaligen Tübinger Hofgerichts aus dem 17. und 18. Jahrhundert, mit ihren Erträgen teils der Bücherei des Gerichts, teils der zeitweiligen Abhaltung feierlicher Kollegialmahlzeiten zur Pflege persönlicher Verbindung unter den Gerichtsmitgliedern gewidmet, sind lebendige Zeugen jener geschichtlichen Überlieferung des obersten Gerichtshofes.

Auf der Grundlage der Einteilung des Landes in 4 Kreise war 1818 als Mittelinstanz für jeden Kreis 1 Gerichtshof (in Ehlingen, Tübingen, Ellwangen und Ulm) errichtet worden; 1869 hatte jeder Kreis 2 Gerichtshöfe (in Stuttgart, Heilbronn, Tübingen, Rottweil, Ellwangen, Hall, Ulm und

Ravensburg) erhalten. An ihre Stelle sind seit 1. Oktober 1879 an denselben Orten die 8 Landgerichte getreten. Bei sämtlichen Landgerichten sind Zivil- und Strafkammern, bei dem Landgericht Stuttgart außerdem für den gesamten Bezirk 3 Kammern für Handelsachen gebildet; periodisch, in der Regel alle 3 Monate, treten bei ihnen die Schwurgerichte zusammen, ferner werden bei den Landgerichten Untersuchungsrichter je auf die Dauer eines Geschäftsjahres durch das Justizministerium bestellt; die Handelsrichter in Stuttgart, derzeit 36, werden auf gutachtlichen Vorschlag der Handelskammer für die Dauer von 3 Jahren vom König ernannt.

Die Landgerichte sind zuständig in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten als erste Instanz in allen nicht den Amtsgerichten zugewiesenen Sachen, als Berufungs- und Beschwerdeinstanz für die vor den Amtsgerichten verhandelten Fälle; die Kammern für Handelsachen sind in der Hauptsache zur Entscheidung von Rechtsstreiten aus kaufmännischen Handelsgeschäften, Wechseln und sonstigen Orderpapieren sowie wegen unlauteren Wettbewerbs berufen. Die Strafkammern sind die Gerichte erster Instanz für alle Vergehen, die nicht zur Zuständigkeit der Amtsgerichte und Schöffengerichte gehören, sowie für gewisse Gruppen von Verbrechen, ferner das Berufungsgericht für die Urteile der Amtsgerichte und Schöffengerichte und das Beschwerdegericht für Verfügungen des Untersuchungsrichters und des Amtsrichters. Die Schwurgerichte, bestehend aus 3 richterlichen Mitgliedern und 12 zur Entscheidung der Schuldfrage berufenen Geschworenen, sind für diejenigen Verbrechen zuständig, die nicht zur Zuständigkeit der Strafkammern und des Reichsgerichts gehören, sowie für alle durch die Presse begangenen Verbrechen und Vergehen, mit Ausnahme einiger preßpolizeilicher Vergehen sowie derjenigen Fälle, in denen die Strafverfolgung nur auf Antrag eintritt. In Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit sind die Landgerichte nach Maßgabe des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und der Grundbuchordnung die Beschwerdeinstanz gegenüber den Verfügungen der Amtsgerichte; außerdem sind sie die nächste Dienstaufsichtsbehörde gegenüber den Amtsgerichten.

Während der bisherigen Regierungsperiode König Wilhelms II. haben die Landgerichte eine erhebliche Vermehrung ihres Personalstandes erfahren. Im Jahre 1891 mit 8 Präsidenten, 13 Direktoren und 99 Landgerichtsräten und Landrichtern besetzt, beträgt ihr heutiger etatsmäßiger Stand neben den 8 Präsidenten 22 Direktoren und 125 Räte und Landrichter. Das Absehen war vornehmlich auf die Neuerrichtung von Kammern gerichtet, so daß in Stuttgart nun 5 Zivil- und 4 Strafkammern (neben 3 Kammern für Handelsachen), in Heilbronn und Ulm je 2 Zivil- und 2 Strafkammern, in Tübingen, Rottweil und Ravensburg je 2 Zivilkammern und 1 Strafkammer, in Hall und Ellwangen je 1 Zivil- und 1 Strafkammer bestehen.

Die Bezirke der Landgerichte sind dieselben, wie sie schon bei der Justizorganisation von 1869 für die Kreisgerichtshöfe abgegrenzt worden sind; die Einteilung hat sich trotz mancher durch die geographischen Verhältnisse gegebenen Unebenheiten, namentlich mit der zunehmenden Vervollkommenung des Eisenbahnnetzes, bewährt. Die Zahl der ihnen zugeteilten Amtsgerichtsbezirke ist verhältnismäßig gleich; sie schwankt zwischen 7 und 9. Erheblich verschieden aber sind die Zahlen ihrer Einwohner; sie schwanken zwischen 591 607 (Stuttgart) und 188 244 (Hall).

Die Räume, in denen die Landgerichte ihres Amtes walten, umspannen die Gegenwart bis zum grauen Mittelalter. Stuttgart ist in dem 1879 vollendeten, aus Mitteln der französischen Kriegsschädigung erbauten Justizgebäude untergebracht und harret der dringend nötigen Ausdehnung in einem neuen, der Vollendung entgegengehenden Erweiterungsbau, Heilbronn hat die Räume des architektonisch merkwürdigen und malerischen Gebäudekomplexes der ehemaligen Deutschordenskommande inne, Tübingen erfreut sich eines 1905 in Betrieb genommenen, frei am Hang des Östbergs in deutschen Renaissanceformen emporragenden Neubaus, auch Rottweil hat seit 1910 einen wohl gelungenen, in gefälligen Barockformen freundlich anmutenden Neubau; in Ellwangen ist die Zivilkammer im ehemaligen fürstlichen und städtischen Rathaus, die Strafkammer im unteren Bau des ehemaligen, um 1720 erstellten Jesuitenkollegiums untergebracht; für Hall sind die Räume des ehemaligen reichsstädtischen Rüsthauses und Marstalls verwendet, Ulm besitzt ein neues, 1898 in edlem, klassischem Stil fertiggestelltes, weiträumiges Gebäude, und Ravensburg benutzt die der Stadt Ravensburg gehörigen ehrwürdigen Räume des 1806 aufgehobenen Karmeliterklosters.

Die untere Instanz wird von 64 Amtsgerichten gebildet, deren je eines für jeden Oberamtsbezirk und für die Stadt Stuttgart besteht; sie sind am 1. Oktober 1879 an die Stelle der schon 1818 gegründeten und bei der Organisation von 1869 beibehaltenen Oberamtsgerichte getreten. Ihnen stehen Amtsrichter als Einzelrichter vor; bei den mit mehreren Amtsrichtern besetzten Amtsgerichten ist einem von ihnen die allgemeine Dienstaufsicht übertragen, bei dem Amtsgerichte Stuttgart, dessen Richterzahl 15 übersteigt, ist die Dienstaufsicht zwischen zwei Richtern geteilt. Ständige Gerichtstage außerhalb des Gerichtssizes werden nach Anordnung des Justizministeriums bei vorliegendem Bedürfnis, derzeit in 8 Amtsgerichtsbezirken, abgehalten. Für die Verhandlung von Strafsachen sind bei den Amtsgerichten Schöffengerichte gebildet, die aus 1 Amtsrichter als Vorsitzenden und 2 Schöffen bestehen; die Schöffen üben während der Hauptverhandlung das Richteramt in vollem Umfang und mit gleichem Stimmrecht wie der Amtsrichter aus.

Zuständig sind die Amtsgerichte im Gebiet der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten über vermögens-

rechtliche Ansprüche, deren Gegenstand an Geld oder Geldeswert 600 M nicht übersteigt, sowie ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes für gewisse vom Gesetze besonders bezeichnete Streitigkeiten, ferner für das Mahn-, Entmündigungs- und Konkursverfahren sowie gewisse Zwangsvollstreckungshandlungen. In Strafsachen ist dem Amtsrichter neben gewissen einzelnen Handlungen im Vorverfahren unter anderem die Strafvollstreckung in denjenigen Sachen, in denen ein Strafbefehl ergangen ist oder das Schöffengericht oder der Amtsrichter in erster Instanz erkannt hat, sowie in gewissen Strafgrößen die Verhandlung und Entscheidung in Forstrügesachen übertragen; die Schöffengerichte sind zuständig für alle Übertretungen, für gewisse leichtere und die ihnen vom Landgericht zur Verhandlung und Entscheidung jeweils überwiesenen Vergehen, sowie für alle Privatklagsachen. Auf dem Gebiete der freiwilligen Gerichtsbarkeit steht den Amtsgerichten die Dienstaufsicht über die Grundbuchämter, ferner über die ordentlichen Vormundschafts- und die ordentlichen Nachlaßgerichte sowie über die öffentlichen Notare zu; auch bilden sie die nächste Instanz zur Erledigung der Anträge auf Abänderung von Entscheidungen der ihnen unterstellten Grundbuchämter, Vormundschafts- und Nachlaßgerichte. Sodann sind ihnen bestimmte wichtigere Verrichtungen des Vormundschafts- und Nachlaßgerichts vorbehalten und sind sie zu Grundbuchämtern hinsichtlich der bisher exemten standesherrlichen und ritterschaftlichen Güter bestellt, sowie bezüglich der Vormundschafts- und Nachlaßsachen der Mitglieder der standesherrlichen und ritterschaftlichen Familien zur Verrichtung der Geschäfte des Vormundschafts- und des Nachlaßgerichts berufen. Außerdem liegt ihnen noch die Aufsicht über die Standesbeamten, ferner die Führung des Handelsregisters, des Genossenschaftsregisters, des Musterregisters sowie des Vereins- und des Güterrechtsregisters ob. Für die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung von Grundstücken sind sie als Vollstreckungsgericht zuständig; hierbei werden die Amtshandlungen in gewissem Umfange von einem seitens des Gerichts aufzustellenden Kommissär wahrgenommen.

Im Jahre 1891 hat die etatsmäßige Zahl der Amtsrichter 132 betragen; fortdauernd gebotene Vermehrung hat ihre Zahl jetzt auf 179 gebracht. Ihr Sitz ist mit Ausnahme des Amtsgerichts für den Oberamtsbezirk Gerabronn, das sich in Langenburg befindet, jeweils am Sitze des Oberamts.

Besonderes Augenmerk wurde während der Regierung König Wilhelms II. der würdigen und zweckmäßigen räumlichen Unterbringung der Amtsgerichte zugewendet; neben zahlreichen Erweiterungs- und Verbesserungsbauten sind in dieser Zeit Neubauten entstanden in Hall, Langenburg, Maulbronn, Oberndorf, Reutlingen, Riedlingen, Tübingen, Ulm, Urach, Waiblingen und Waldsee.

Bei jedem Gerichte ist eine Gerichtsschreiberei eingerichtet; für die Schreib- und sonstigen niederen Kanzleiarbeiten sind ihnen Kanzlisten, den

Amtsgerichten auch Kanzleigehilfen, für den Aufwartdienst das nötige Dienerpersonal beigegeben. Die Zahl der etatsmäßigen Gerichtsschreibereibeamten (Expeditionen und Gerichtsfekretäre) hat im Jahre 1891 167 betragen, inzwischen ist sie auf 291 angewachsen.

Eine Sondereinrichtung Württembergs bilden die Gemeindeggerichte. Sie sind ein Rest der ausgedehnten alten Zivilgerichtsbarkeit der württembergischen Städte und Dörfer, von jeher als geheiligtes Recht gehegt, 1806 von König Friedrich mit absoluter Machtvollkommenheit aufgehoben, jedoch 1818 von König Wilhelm I. für geringfügige Sachen (15—30 fl. Streitwert) und für Untergangssachen, sowie als Vergleichsgerichte für alle Sachen wiederhergestellt. Auf Grund gesetzlichen Vorbehalts auch im Rahmen der reichsrechtlichen Gerichtsorganisation zugelassen, sind sie jetzt die Bagatellgerichte für Streitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche, deren Gegenstand an Geld oder Geldeswert in den Gemeinden I. Klasse 50 M, in den Gemeinden II. Klasse 40 M und in den Gemeinden III. Klasse 30 M nicht übersteigt, wofern der Kläger und der Beklagte in der Gemeinde den Wohnsitz oder eine Niederlassung oder den Aufenthalt haben; dingliche Klagen in betreff unbeweglicher Sachen, die außerhalb des Gemeindebezirks gelegen sind, sowie Ansprüche aus Wechselln und Schecks sind von der Zuständigkeit des Gemeindeggerichts ausgeschlossen.

Das Gemeindeggericht ist grundsätzlich der Gemeinderat; seine Geschäfte können aber auch einer mit drei Mitgliedern, einschließlich des Vorsitzenden, besetzten Abteilung des Gemeinderats und die Obliegenheiten des Abteilungsvorsitzenden einem Gemeindebeamten außerhalb des Gemeinderats übertragen werden. Von dieser Befugnis ist in allen größeren Gemeinden Gebrauch gemacht. Werden Geldforderungen, bei denen die für die Zuständigkeit des Gemeindeggerichts geltenden Voraussetzungen zutreffen, als unbefritten eingeklagt, so findet das „Schuldklagverfahren“ (Mahnverfahren) vor dem Vorsitzenden des Gemeindeggerichts statt. Gegen die Entscheidung der Gemeindeggerichte steht den Parteien die Berufung auf den ordentlichen Rechtsweg offen. Ihre Geschäftsführung ist der Aufsicht durch die Amtsgerichte unterstellt; ihre Zusammensetzung und ihr Geschäftsgang sind durch eingehende Dienstvorschriften des Justizministeriums geordnet, die im Jahre 1902 aufgestellt und im Jahre 1911 in neuer Fassung bekanntgegeben worden sind. Das Gebührenwesen für sie ist durch Königliche Verordnung vom 28. Juni 1902 geregelt. Anknüpfend an die einstige patriarchalische Stellung der Gemeindeggerichte als Vergleichsgerichte für alle Streitigkeiten weisen jene Dienstvorschriften heute noch ausdrücklich auf die Befugnis des Ortsvorstehers hin, vermöge seiner Autoritäts- und Vertrauensstellung die gütliche Erledigung bürgerlicher Rechtsstreitigkeiten zwischen Ortsangehörigen auf außergerichtlichem Wege zu versuchen. Ein weiteres fruchtbares, durch eingehende Vorschrift des Justizministeriums vom Jahre 1896 geregeltes Feld der Sühne-

tätigkeit unter den Gemeindegenossen ist dem Ortsvorsteher durch § 420 der Strafprozeßordnung eröffnet, wonach wegen Beleidigungen die Erhebung der Privatklage zwischen den Einwohnern desselben Gemeindebezirks erst nach vorausgegangenem fruchtlosem Sühneversuch vor einer Vergleichsbehörde — in Württemberg dem Ortsvorsteher — stattfinden kann.

Als Sondergerichte auf reichsrechtlicher Grundlage sind die Gewerbe- und die Kaufmannsgerichte tätig. Gewerbegerichte gemäß den Reichsgesetzen vom 29. Juli 1890 und 30. Juni 1901 werden durch Ortsakung für den Bezirk einer oder mehrerer Gemeinden errichtet; in Gemeinden mit einer 20 000 überschreitenden Einwohnerzahl muß ein Gewerbegericht bestellt werden.

Für jedes Gewerbegericht werden 1 Vorsitzender und mindestens 4 Beisitzer, je zur Hälfte aus Arbeitgebern und Arbeitern bestehend, die Beisitzer im Wege geheimer und unmittelbarer Wahl der Arbeitgeber und Arbeiter, berufen. Ihre sachliche Zuständigkeit erstreckt sich auf den vom Gesetz umgrenzten Kreis von gewerblichen Streitigkeiten und ist auf bestimmte Arten von Gewerbe- oder Fabrikbetrieben nicht beschränkt; ihre Zahl beträgt nunmehr 27, darunter sind 6 zugleich für eine Mehrzahl von Gemeinden errichtet.

Die Kaufmannsgerichte, zur Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Dienst- oder Lehrverhältnisse zwischen Kaufleuten einerseits und ihren Handlungsgehilfen oder Lehrlingen andererseits bestimmt, werden gemäß dem Reichsgesetze vom 6. Juli 1904 in der den Gewerbegerichten entsprechenden Form und Zusammensetzung für eine oder mehrere Gemeinden gemeinschaftlich errichtet; zurzeit bestehen 14 Kaufmannsgerichte, darunter 5 zugleich für eine Mehrzahl von Gemeinden.

Besteht in einer Gemeinde kein zuständiges Gewerbe- oder Kaufmannsgericht, so entscheiden über gewisse Gruppen gewerblicher oder kaufmännischer Streitsachen (Antritt, Fortsetzung und Auflösung des Arbeitsverhältnisses, Inhalt und Aushändigung des Lohnbuchs, Arbeitsbuchs oder Zeugnisses, Krankenversicherungsbeiträge der Arbeiter und Angestellten) auf Anrufen einer Partei die Ortsvorsteher, vorbehaltlich der Beschreitung des ordentlichen Rechtswegs.

Die Staatsanwaltschaft

Bei jedem ordentlichen Gerichte des Königreiches besteht eine Staatsanwaltschaft. Diese zur Vertretung des Staatsinteresses im Strafverfahren, vornehmlich zur Erhebung der Klage berufene, mit weitgehender Machtvollkommenheit ausgestattete Behörde, deren Heimat Frankreich ist, blickt in deutschen Landen nicht auf ein langes Alter zurück, in Württemberg auf wenig mehr als 70 Jahre. Der Staatsanwalt, zuerst durch die württem-

bergische Strafprozeßordnung von 1843 als öffentlicher Ankläger im neuen öffentlichen und mündlichen Schlußverfahren bei schweren Straffällen nebenamtlich aus der Zahl der Richter an den Kreis- oder Bezirksgerichten berufen, gewann mit der Einführung der Schwurgerichte 1849 bald weiteren Boden im Gefüge des Strafprozesses. Zur selbständigen, mit besonders angestellten Beamten besetzten Behörde wuchs die Staatsanwaltschaft sich aus, als die Strafprozeßordnung von 1868 den Strafprozeß auf den Boden des Anlageprinzips gestellt und die Initiative zur Strafverfolgung allgemein in die Hand des Staatsanwalts gelegt hatte. Noch aber war sie mit dem Gerichte organisch verbunden; der Staatsanwalt war zugleich Mitglied des Gerichts, sein Auftrag zur Beforgung der staatsanwaltlichen Verrichtungen war stets widerruflich, und mit der Entbindung von diesem Auftrage trat er als Richter bei dem Gerichte ein.

Die Reichsjustizorganisation von 1879 vollendete die stufenweise Entwicklung; das Amt des Staatsanwalts ist jetzt vom Richteramt vollkommen getrennt und als reines Staatsverwaltungsamt ausgebildet. Innerhalb jedes Bundesstaates bildet die Staatsanwaltschaft in gewissem Maße einen einheitlichen Organismus, dessen Haupt die oberste Justizverwaltungsstelle, das Justizministerium, ist; der Landesjustizverwaltung und den vorgesetzten staatsanwaltlichen Behörden steht das Recht der Aufsicht und Leitung in der Art zu, daß sie jederzeit durch Anweisungen in die Tätigkeit einer unteren Behörde eingreifen dürfen. Besteht eine staatsanwaltliche Behörde aus mehreren Beamten, so ist allein der erste Beamte der Träger des Amts und die ihm beigegebenen Beamten handeln überall nur als seine Vertreter.

Das Amt der Staatsanwaltschaft wird ausgeübt bei dem Oberlandesgerichte, den Landgerichten und den Schwurgerichten durch einen oder mehrere Staatsanwälte, bei den Amtsgerichten und den Schöffengerichten, soweit nicht die Staatsanwaltschaft des übergeordneten Landgerichts die Geschäfte wahrnimmt, durch einen oder mehrere Amtsanwälte. Der Staatsanwalt bei dem Oberlandesgericht, anlässlich der Organisation von 1879 „Oberstaatsanwalt“ genannt, führt seit 1898 in Anknüpfung an die von 1869 bis 1879 bestandene Amtsbezeichnung den Titel „Generalstaatsanwalt“, die ersten Beamten der Staatsanwaltschaft bei den Landgerichten, 1879 als „Erste Staatsanwälte“ bezeichnet, haben gleichzeitig mit der Erneuerung des Amtstitels „Generalstaatsanwalt“ die von 1869 bis 1879 gebräuchliche Amtsbezeichnung „Oberstaatsanwalt“ erhalten. Sämtliche übrigen staatsanwaltlichen Beamten führen den Titel „Staatsanwalt“. In Forstrügesachen sowie in Steuer-, Zoll- und Poststraffachen werden die Verrichtungen der Staatsanwaltschaft bei den Amts- und Schöffengerichten durch besondere von dem Justizministerium betraute Beamte des betreffenden Dienstzweigs wahrgenommen.

Die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft, die neben der Strafverfolgung auch die Strafvollstreckung, soweit diese nicht den Amts-

gerichten übertragen ist, umfaßt, ist nicht auf die Strafrechtspflege beschränkt; auf dem Gebiete der Zivilrechtspflege ist die Staatsanwaltschaft befugt, in Ehesachen und in Rechtsstreitigkeiten, welche die Feststellung des Rechtsverhältnisses zwischen Eltern und Kindern zum Gegenstand haben, mitzuwirken, in Ehesachen die Nichtigkeitklage selbständig zu erheben, außerdem bei Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche Anträge zu stellen sowie Beschwerden und Klagen zu erheben. Zu ihrer Unterstützung auf dem Gebiet der Strafverfolgung sind ihr die Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes als Hilfsbeamte beigeordnet; der Kreis dieser Hilfsbeamten ist in Württemberg durch Königliche Verordnung (neuestens durch Verordnung vom 13. August 1914) des näheren geregelt.

Im Jahre 1891 war die Staatsanwaltschaft bei den Landgerichten mit 8 ersten Beamten und 21 etatsmäßigen Staatsanwälten besetzt; 4 erste Staatsanwälte waren den Oberräten gleichgestellt; nunmehr stehen sämtliche 8 Oberstaatsanwälte auf dieser Stufe, die Zahl der etatsmäßigen Staatsanwälte ist auf 25 gestiegen. Daneben sind 22 besondere Amtsanwälte tätig, deren Verrichtungen durchweg von Gerichtsassessoren wahrgenommen werden.

Gerichtsvollzieher

Die Zwangsvollstreckung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, soweit sie nicht den Gerichten vorbehalten ist, wie beispielsweise die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen und in Forderungen und andere Vermögensrechte, liegt dem Gerichtsvollzieher ob. In den genannten Rechtsstreitigkeiten, im Strafverfahren und in nicht gerichtlichen Rechtsangelegenheiten gehören außerdem zu seiner Amtsaufgabe diejenigen Zustellungen, die auf Betreiben einer Partei erfolgen; die von Amts wegen erfolgenden Zustellungen bewirkt der Gerichtsschreiber mittels Inanspruchnahme des Gerichtsdieners oder der Post.

Das Amt des Gerichtsvollziehers, in Württemberg früher unbekannt, brachte die Justizorganisation von 1879. In geschichtlicher Anknüpfung an die bis dahin in Württemberg bestandene Verbindung des staatlichen Zwangsvollstreckungsdienstes mit den Gemeindebehörden wurde, übrigens unter Überweisung des Zustellungsdienstes an besondere gerichtliche Zustellungsbeamte, grundsätzlich der Ortsvorsteher mit dem Amte betraut, mit der Maßgabe freilich, daß an seiner Stelle die Gemeinden besondere Gerichtsvollzieher wählen, nötigenfalls die Landgerichte solche bestellen konnten. Vom Gang der Entwicklung und dem Druck der Verhältnisse bald in diese letztere Bahn gedrängt, wurde durch Gesetz vom 11. Juli 1910 das Gerichtsvollzieherwesen verstaatlicht, nachdem zuletzt in den Gemeinden des Landes nur noch 4,5 % Ortsvorsteher und im übrigen besonders gewählte, zu kleinem Bruchteil gerichtlich bestellte Beamte das Amt versehen hatten. Seit 1. Oktober 1911 sind hiernach die Gerichtsvoll-

zieher staatliche Beamte; jedem Amtsgerichte sind ein oder mehrere Gerichtsvollzieher beigegeben, ihre Zahl beträgt neben einer Mehrzahl von Hilfsgerichtsvollziehern derzeit 88. Voraussetzung zur Erlangung des Amtes ist die Erstehung einer Dienstprüfung, von deren Ablegung übrigens diejenigen befreit sind, welche die mittlere Dienstprüfung in den Departements der Justiz, des Innern oder der Finanzen erstanden haben. Eingehende Dienstvorschriften von 1911 und 1914 regeln die nicht leichte Diensttätigkeit der Gerichtsvollzieher.

Freiwillige Gerichtsbarkeit

Von jeher hat in Württemberg in der bürgerlichen Rechtspflege neben der streitigen Gerichtsbarkeit die freiwillige Gerichtsbarkeit, die Rechtsfürsorge für den Bürger, einen breiten und sorgsam gepflegten Raum eingenommen. Ihre Organisation hat unter König Wilhelm II. die einschneidendste Änderung seit ihrem Bestehen erfahren. Verwachsen mit der alten Gerichtsbarkeit der Dorf- und Stadtgerichte, aus der sie nur kurze Zeit während des absoluten Königtums von 1806 bis 1818 herausgebrochen war, hat sie in den Gemeinden neue Wurzeln geschlagen, als unter König Wilhelm I. das Notariatsedikt von 1819, das Pfandgesetz von 1825 und das Notariatsgesetz von 1843 die Ausübung der freiwilligen Gerichtsbarkeit den Gemeinden, freilich unter Beiegebung staatlicher Hilfsbeamter, der Gerichts- und Amtsnotare, in reich gegliederter Verästelung übertragen worden war.

Als das Bürgerliche Gesetzbuch und seine Nebengesetze auf 1. Januar 1900 die freiwillige Gerichtsbarkeit für das ganze Reich grundsätzlich den Amtsgerichten zugewiesen hatte, vermied es die württembergische Gesetzgebung, unter Benützung sorgfältig vorbereiteter landesrechtlicher Ausnahmeverbhalte, die Linie seiner geschichtlichen Überlieferung durch radikalen Übertritt auf den Boden des Reichsrechts jäh zu unterbrechen. Sie schuf einen Ausgleich zwischen dem früheren Zustand und dem neuen Recht. Jeder der damals 1911 Gemeinden des Landes verblieben, wie seither, ihre eigenen Behörden der freiwilligen Gerichtsbarkeit mit eigenen Amtsräumen, Akten, Registern und Büchern; diese Behörden wurden jedoch, und zwar in der Dreiteilung: Grundbuchamt, ordentliches Vormundschaftsgericht und ordentliches Nachlaßgericht, als staatliche Behörden organisiert, die unmittelbar der Dienstaufsicht der Amtsgerichte unterstellt sind. Die Übertragung einzelner wichtigerer vormundschafts- und nachlaßgerichtlicher Geschäfte an die Amtsgerichte als erstinstanzliche Behörden und die Tätigkeit der Amtsgerichte als Behörden der freiwilligen Gerichtsbarkeit für sogenannte Exremte ist schon oben erwähnt.

Abgesehen von diesen Ausnahmen bilden die als staatliche Beamte angestellten Bezirksnotare den Mittelpunkt der Organisation; sie sind grundsätzlich die Grundbuchbeamten sowie die Vorsitzenden der Vormundschafts- und Nachlaßgerichte in den Gemeinden ihres Geschäftsbezirks. Die Grund-

buchämter verwalten sie als Einzelbeamte, während ihnen bei den Vormundschafts- und Nachlaßgerichten zwei (bis 1909 vier) von dem Gemeinderat der Gemeinde gewählte Waisenrichter zur Seite treten. Mit der Bekleidung der Stelle eines Bezirksnotars ist das Amt eines öffentlichen Notars ohne weiteres verbunden. Als Grundbuchbeamte sind in einzelnen Gemeinden noch besondere Beamte, sogenannte Geschäftsmänner (Ortsvorsteher, Ratschreiber und sonstige Gemeindebeamte), kraft staatlicher Bestellung tätig.

Die Bezirksnotare sind nicht akademisch gebildete Beamte, sie erhalten ihre Vorbildung, die zugleich die Vorbildung für die Gerichtsschreiberlaufbahn bildet, in einem durch Königliche Verordnung vom 31. Juli 1899 geregelten, mindestens fünfjährigen Lehr- und Vorbereitungsdienst bei Amtsgerichten und Notaren sowie in einem von Richtern und Notaren geleiteten achtmonatigen Unterrichtskurs, ihre Anstellung ist durch das Erstehen der mittleren Justizdienstprüfung bedingt.

Die Zahl der Bezirksnotare, die 1891 162 betragen hatte, wurde 1900 auf 181 erhöht und ist jetzt auf 254 gestiegen. Am 1. Januar 1900 waren von den damals bestehenden 1911 Grundbuchämtern 860 in der Verwaltung der Bezirksnotare, 1051 in der Verwaltung von sonstigen Geschäftsmännern gestanden, am 1. Januar 1916 waren von den bestehenden 1898 Grundbuchämtern nur noch 140 in der Verwaltung von Geschäftsmännern verblieben, während die übrigen 1758 von den Bezirksnotaren verwaltet wurden.

Als Organe der freiwilligen Gerichtsbarkeit kommen weiterhin in Betracht die öffentlichen Notare (derzeit 34), die neben den Bezirksnotaren bei vorhandenem Bedürfnis aus dem Kreise der zum Richteramt oder zum mittleren Justizdienst befähigten Personen ernannt werden und berufen sind, die Beurkundung von Rechtsgeschäften und sonstigen rechtserheblichen Tatsachen, die Beglaubigung von Erklärungen, Unterschriften, Handzeichen usw. vorzunehmen, ferner der Gemeindewaisenrat, gebildet aus dem Gemeinderat oder einer gemeinderätlichen Abteilung, dem die Unterstützung des Vormundschaftsgerichts bei der Fürsorge für die Mündel obliegt, sodann die Ratschreiber, die im Grundbuch-, Vormundschafts- und Nachlaßwesen zur Vertretung des Grundbuchbeamten sowie des Vorsitzenden des Vormundschafts- und des Nachlaßgerichts berufen sind und als selbständige Befugnisse die Beurkundung von Rechtsgeschäften über Grundstücke, einschließlich der Entgegennahme von Auflassungen, sowie die Beglaubigung von Unterschriften und in gewissem Umfang von Abschriften vornehmen können; zu nennen sind ferner die zur amtlichen Schätzung des Werts von Grundstücken im Grundstücks- und Hypothekenverkehr berufenen, aus dem Gemeinderat oder einer gemeinderätlichen Abteilung bestehenden Schätzungsbehörden und die zur Mitwirkung bei der Aufnahme öffentlicher Vermögensverzeichnisse bestimmten, in der Regel aus zwei Gemeinderatsmitgliedern oder zwei vom Gemeinderat bestellten Inventierern bestehenden örtlichen Inventur-

behörden. Auch die Ortsvorsteher sind mit der ihnen in gleichem Umfang wie den Ratschreibern verliehenen Beglaubigungsbefugnis in den Organismus der freiwilligen Gerichtsbarkeit eingegliedert.

Mit den Gemeinden verknüpft ist das für das Rechtsleben ebenso bedeutsame, wie mit der Gemütsseite des Volkes eng verbundene Standesamtswesen, in dessen drei großen Registern Geburt, Ehe und Tod urkundlich gemacht sind; für die Regel bildet jeder Gemeindebezirk einen Standesamtsbezirk, und der Ortsvorsteher ist grundsätzlich zum Standesbeamten berufen, wofern nicht mit Genehmigung der Zivilkammer des Landgerichts und der Kreisregierung ein besonderer Standesbeamter von den Gemeindefollegien oder unter besonderen Umständen von den genannten Staatsbehörden unmittelbar bestellt ist. Eine württembergische Besonderheit ist das schon seit 1807 bestehende Familienregister, in das vom Standesbeamten jede deutsche Familie eingetragen wird, die sich im Standesamtsbezirk dauernd niedergelassen hat.

Die Rechtsanwaltschaft

Diener der Rechtspflege sind nicht nur öffentliche Beamte, sondern auch die Angehörigen eines freien Berufs, die Rechtsanwälte, deren Organisation auf der deutschen Rechtsanwaltsordnung vom 1. Juli 1878 beruht. Die bei den Gerichten des Landes zugelassenen Rechtsanwälte bilden zusammen die Württembergische Anwaltskammer, die ihren Sitz in Stuttgart hat und ihren aus mindestens 9 Mitgliedern bestehenden Vorstand je auf 4 Jahre mit der Maßgabe wählt, daß alle 2 Jahre die Hälfte der Mitglieder ausscheidet. Dem Vorstand liegt neben sonstigen Aufgaben im Interesse des Standes und der Rechtspflege im allgemeinen die Handhabung der ehrengerichtlichen Strafgewalt über die Mitglieder der Kammer ob. Die Zahl der bei den württembergischen Gerichten zugelassenen Rechtsanwälte hat im Laufe der letzten 25 Jahre eine ungewöhnliche Vermehrung erfahren: nachdem sie 1891 nur 183 betragen hatte, 1900 auf 230, 1910 auf 380 gestiegen war, hat sie Ende 1913 445 und Ende 1915 412 betragen.

Gefängnis- und Strafanstaltenwesen

Der Ernst der Rechtspflege und die in ihr verkörperte Hoheit und Macht des Staates prägt sich am sinnfälligsten im Gefängnis- und Strafanstaltenwesen aus. In dem der unmittelbaren Leitung des Justizministeriums unterstellten Strafanstaltenkollegium, das seine Organisation dem Strafedikt von 1824 verdankt, ist dieser wichtige und vielgestaltige Zweig der Rechtspflege einer kollegialisch gebildeten Landeszentralstelle anvertraut, deren Wirkungskreis in der wirtschaftlichen und polizeilichen Verwaltung sämtlicher Strafanstalten und in der Aufsicht über die amtsgerichtlichen Gefängnisse besteht und die aus Beamten des Justizministeriums, des höheren

Richterstandes sowie der Departements des Innern und der Finanzen unter Hinzutritt zweier geistlicher Mitglieder sowie je eines ärztlichen, eines bauverständigen und eines gewerblich-kaufmännischen Mitglieds zusammengefaßt ist. Zum Vollzuge der Freiheitsstrafen dienen im einzelnen die folgenden Strafanstalten.

Das Bucht haus Ludwigsburg, mit einer Belegfähigkeit bis zu 900 Köpfen, beherbergt alle männlichen Bucht haussträflinge. Auf dem Gelände des ehemaligen, im Jahre 1738 eröffneten herzoglichen Bucht- und Arbeitshauses stehend, das zugleich zur Verwahrung von Armen, Waisen und Vagabunden, von 1748 ab als „Tollhaus“ auch zur Unterbringung von Geisteskranken benutzt wurde, erhielt es erst im 19. Jahrhundert den ausschließlichen Charakter als Strafanstalt, nachdem 1812 das Tollhaus nach Zwiefalten verlegt und 1824 auch das Armen- und Waisenhaus als fremdartig erkannte Einrichtung losgetrennt worden war. Eine überaus wertvolle Grundlage zu fortschreitender, zeitgemäßer Ausbildung des Strafvollzugs bot die im Jahre 1884 dem Bucht hause angegliederte ehemalige Festung Hohenasperg. Zuerst mit einer Zweigstrafanstalt für erstmals bestrafte Bucht haussträflinge belegt, wurde dort 1888 in einem weiteren großen Festungsgebäude eine Invalidenstrafanstalt zur Aufnahme körperlich oder geistig gebrechlicher männlicher Strafgefangenen errichtet, gegen die in den anderen Anstalten des Landes ein hausordnungsgemäßer Strafvollzug nicht durchführbar ist. Im Jahre 1905 trat eine Irrenanstalt für solche männliche Strafgefangene hinzu, die während des Strafvollzugs geisteskrank geworden sind oder deren Geisteszustand zweifelhaft ist und die dort unter der Leitung eines Psychiaters einem Heil- oder Pflegeverfahren unterworfen oder zunächst nur auf ihren Geisteszustand geprüft werden. In den folgenden Jahren 1906—1908 wurden weitere luftige und sonnige Räume der hochgelegenen Festung zur Aufnahme aller an Tuberkulose leidenden männlichen Strafgefangenen eingerichtet, und im Sommer 1914 unmittelbar vor Kriegsbeginn ein weiterer Bau zur Unterbringung der zahlreichen Epileptiker der Invalidenstrafanstalt fertiggestellt. Seit 1891 ist in der Hauptanstalt Ludwigsburg ein Zellenbau errichtet, der 1902, nachdem das Bucht haus Stuttgart aufgehoben worden war, eine Erweiterung erfahren hat und jetzt 156 Zellen zum Vollzug der Bucht hausstrafe in Einzelhaft enthält.

In dieser 180jährigen Entwicklung der Strafanstalt Ludwigsburg ist im kleinen ein getreues Spiegelbild des Wesens des gesamten Strafvollzugs im 18. und seiner großen Wandlungen im 19. und 20. Jahrhundert beschloffen. Das 18. Jahrhundert sperrt Verbrecher, Waisen und Geisteskranken noch wahllos hinter gemeinsame Kerkermauern, das 19. Jahrhundert sprengt für Waisen und Geisteskranken diese grausamen, unvernünftigen Fesseln, und 19. und 20. Jahrhundert zeigen vereint auch gegen die Verbrecher bei aller gebotenen scharfen Strenge in fortschreitend gegliederten Anstalten eine sittlich und volkswirtschaftlich tief begründete humane Rück-

sichtnahme auf ihr körperliches und sittliches Elend in seinen verschiedenen Stufen und Schattierungen.

Eine geschlossene, ganz nach dem System der Einzelhaft eingerichtete Strafanstalt bildet das von 1868—1874 erbaute Zellengefängnis Heilbronn. Es dient zur Aufnahme männlicher, zu Gefängnis von mindestens viermonatiger und höchstens dreijähriger Dauer verurteilter Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet und zur Zeit der Begehung der strafbaren Handlung das 30. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt hatten. Bis zum Jahre 1902 war mit dem Zellengefängnis die Strafanstalt für jugendliche Gefangene verbunden, die sich bis 1874 im Landesgefängnis Hall befunden hatte. Die Anstalt hat 226 Einzelzellen; die weiterhin noch vorhandenen Gemeinschaftsräume gestatten im Bedürfnisfall eine Belegung bis zu 300 Köpfen.

Das Landesgefängnis Hall, in den Jahren 1846—1848 nach dem System der Gemeinschaftshaft erbaut, seit 1877 durch die Zweigstrafanstalt in Kleinkomburg, dem 1803 aufgehobenen Franziskanerkloster St. Egidien, erweitert, ist bestimmt für die zu Gefängnis von mehr als vier Wochen verurteilten Männer, wofür ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind, für die wiederholt rückfälligen Diebe und Betrüger sowie die Zuhälter und außerdem für die zu geschärfter Haft von mehr als vier Wochen mit dem Vollzug in einer höheren Strafanstalt verurteilten Bettler, Landstreicher und ähnliche Gesetzesübertreter. Im Jahre 1899 durch einen Zellenbau mit 65 Einzelzellen erweitert, bietet es mit seiner Zweiganstalt Raum für 500 Gefangene.

Das Landesgefängnis Rottenburg, auf dem Grund und Boden der ehemaligen Burg der Grafen von Hohenberg, dem einstmaligen Witwensitz der Erzherzogin Mechtild, der Mutter des Grafen Eberhard im Bart, erstellt und seit 1808 Strafanstaltszwecken dienend, ist für die weder nach Heilbronn noch nach Hall einzuliefernden, zu mehr als vierwöchiger Gefängnisstrafe verurteilten Männer bestimmt. Seit 1902 ist mit ihm die in einem besonderen, neuen Jugendbau untergebrachte Strafanstalt für jugendliche männliche Gefangene verbunden, die eine mehr als dreiwöchige Gefängnisstrafe oder verschärfte Haft von mehr als vier Wochen mit dem Vollzug in einer höheren Strafanstalt zu verbüßen haben. Auch diese Strafanstalt, früher nur nach dem System der Gemeinschaftshaft eingerichtet, ist durch den im Jahr 1891 erstellten Anbau eines Zellenflügels mit 90 Einzelzellen und durch die Errichtung des Jugendbaus mit 110 Einzelzellen nunmehr nach dem gemischten System (Verbindung von Gemeinschafts- und Einzelhaft) eingerichtet; sie kann mit 465 Gefangenen belegt werden.

Zum Vollzug der gegen Frauen erkannten Strafen (aller Zuchthausstrafen, sowie der Gefängnis- und der geschärften Haftstrafen von mehr als vier Wochen, sofern letztere urteilsgemäß in einer höheren Strafanstalt vollstreckbar sind), dient die Strafanstalt Gotteszell bei Gmünd, mit

einer Abteilung für jugendliche weibliche Gefangene. Sie ist in den Gebäulichkeiten des 1803 aufgehobenen Dominikanerinnenklosters untergebracht, das seit 1809 zu Strafanstaltszwecken benutzt und seit 1872 die ausschließliche Strafanstalt für weibliche Gefangene ist. Ihre Belegfähigkeit geht bis zu 210 Köpfen, ein 1893 fertiggestellter Zellenbau enthält 47 Einzelzellen. Der Strafanstalt ist seit 1907 das Arbeitshaus für weibliche Eingewiesene angegliedert; das Arbeitshaus für männliche Eingewiesene befindet sich als selbständige Anstalt in Vaihingen a. d. Enz.

Die Durchschnittszahl der in den höheren Strafanstalten verwahrten Gefangenen hat in den letzten 25 Jahren eine fast stetige Abnahme erfahren; nachdem sie 1891: 1850,3, 1900: 1821, 1905: 1636,6, 1910: 1544 betragen hatte, belief sie sich 1913 auf 1576,2 Gefangene.

Bei jedem Amtsgerichte, mit Ausnahme des Amtsgerichts Stuttgart-Amt, befindet sich ein Gefängnis für Straf- und Untersuchungsgefangene sowie für Personen, die auf Grund der Prozeßgesetze in gerichtliche Zwangs- oder Sicherheitshaft genommen werden. An den Sitzen der Landgerichte dient dieses Gefängnis zugleich zur Verwahrung der landgerichtlichen Untersuchungsgefangenen; nur das Landgericht Heilbronn besitzt ein eigenes Untersuchungsgefängnis. Die Belegfähigkeit der amtsgerichtlichen Gefängnisse beziffert sich auf rund 1600 Köpfe, die Zahl ihrer Einzelzellen ist 525. Seit einer Reihe von Jahren ist im Interesse der Vereinfachung die tunliche Verbindung der oberamtlichen Gefängnisse mit den Amtsgerichtsgefängnissen im Gang; sie ist jetzt beiläufig in der Hälfte der Amtsgerichtsbezirke durchgeführt.

Verwaltungsgerichte und Kompetenzgerichtshof

Die Rechtspflege auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts, früher vom Geheimen Rat unter Zuziehung der Vorstände des Obertribunals geübt, ist erst seit etwa 40 Jahren, nämlich durch das Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege vom 16. Dezember 1876, in neuzeitlichem Sinne auf selbständige, richterliche Grundlage gestellt. Die Verwaltungsgerichte haben hiernach in der Regel über alle Streitigkeiten aus Rechtsverhältnissen zu entscheiden, die auf dem Unterordnungsverhältnis des Einzelnen zur Staatsgewalt oder zu einer öffentlichen Korporation beruhen, sofern hierbei die Verletzung subjektiver Rechte behauptet wird.

Als Verwaltungsgerichte entscheiden in erster Instanz die Kreisregierungen in der Besetzung mit drei Mitgliedern, einschließlich des Vorstands, mündlich und öffentlich verhandelnd, in den vom Gesetze bestimmten Fällen von Parteistreitigkeiten teils zwischen dem Staate und öffentlichen Korporationen, teils zwischen diesen unter sich, teils zwischen Einzelnen und öffentlichen Korporationen oder dem Staate, ferner auf besonderen Gebieten das Oberbergamt, die Kommission für Aufhebung des Lehensverbandes und die Ablösungskommission.

Ihre Spitze hat die Verwaltungsrechtspflege im Verwaltungsgerichtshof, der zurzeit aus dem Vorstande, zwei im Hauptamt angestellten Oberverwaltungsgerichtsräten, zwei Oberlandesgerichtsräten und einem Rechtslehrer der Landesuniversität besteht und für die Regel in der Besetzung mit fünf Mitgliedern und im öffentlichen, mündlichen Verfahren zunächst als Berufungsinstanz in den von den Kreisregierungen entschiedenen Parteistreitigkeiten und sodann als einzige Verwaltungsrechtsinstanz in den Fällen der sogenannten Rechtsbeschwerde Recht spricht, außerdem im Zwangsenteignungsverfahren als Beschwerdeinstanz gegenüber den Entscheidungen der Enteignungsbehörde und im Ordnungs- und Ungebührstrafverfahren der Verwaltungsbehörden sowie in Disziplinarstrafsachen von Beamten in bestimmten Grenzen als Strafrekursinstanz bestellt ist. Seine Aufgaben sind durch die neuere Gesetzgebung, namentlich in Steuersachen, erheblich gewachsen.

Ein besonderes Gericht für Kompetenzstreitigkeiten zwischen den bürgerlichen Gerichten und den Verwaltungsgerichten oder Verwaltungsbehörden sowie für Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Verwaltungsgerichten und den Verwaltungsbehörden, mit Ausnahme der dem Straffenat des Oberlandesgerichts vorbehaltenen Kompetenzkonflikte in Strafsachen zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden, besteht seit 1. Oktober 1879 in dem Kompetenzgerichtshof, der aus 7 Mitgliedern (einem Staatsrat als Vorstand, 4 Oberlandesgerichtsräten und 2 höheren Verwaltungsbeamten) zusammengesetzt ist.

Im württembergischen Staatshaushalt spiegelt sich die Entwicklung der Rechtspflege in den letzten 25 Jahren in nüchternen Zahlen charakteristisch wider: im Jahre 1891 hat der Staatsbedarf für die Justizverwaltung 4 107 074 M 13 Pf. betragen, für das Rechnungsjahr 1914 war er auf 7 780 641 M gestiegen. Das Gerichtskostenwesen für die streitige und die freiwillige Gerichtsbarkeit ist durch umfangreiche Rassenordnungen vom 10. März 1913 unter tunlichster Vereinfachung und mit dem Ziele klarer Durchsichtigkeit neu geregelt worden.

Landesjustizgesetze

Ist in vorstehendem der Aufbau und die Gliederung des Behördenkörpers dargestellt, der berufen ist, dem Volke Recht zu sprechen und das gesprochene Recht kraft staatlicher Machtfülle zu verwirklichen, so soll im folgenden noch ein Blick auf den Rechtsstoff geworfen werden, der im Laufe des letzten Vierteljahrhunderts aus württembergischen Quellen, jenem Körper Leben und Kraft gebend, Richtung und Maßstabweisend, zugeflossen ist. Die Reichsgesetzgebung, aus der die württembergische Rechtspflege als lebendiges Glied des einheitlichen deutschen Rechtsorganismus vornehmlich ihren Rechtsstoff schöpft, möge, als zu weitführend, hier außer Betracht bleiben.

Die Justizgesetzgebung in Württemberg stand am Schlusse des vorigen und zu Anfang des jetzigen Jahrhunderts im Zeichen des einheitlichen deut-

schen bürgerlichen Rechts. Als im Jahre 1896 das Bürgerliche Gesetzbuch vollendet war, an dessen Schaffung in allen Vorbereitungsabschnitten auch Württemberg regen Anteil genommen hatte, galt es, seinem auf 1. Januar 1900 bestimmten Inkrafttreten den Boden zu bereiten und das Landesrecht dem Reichsrecht anzupassen. Das Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch und zu dessen Nebengesetzen, im Auftrage des Justizministers von einer siebengliedrigen Kommission unter dem Vorsitz des Professors Staatsrats Dr. von Mandry und mit dem damaligen Ministerialdirektor, jetzigen Ministerpräsidenten Dr. von Weizsäcker als Generalreferenten, von November 1896 bis Ende Juli 1898 im Entwürfe aufgestellt, nach vorgängiger Beratung im Staatsministerium im November 1898 den Landständen übergeben, von diesen unter Zustimmung zu allen grundlegenden Punkten bis Juli 1899 beraten, hat am 28. Juli 1899 in der von den Ständen beschlossenen Fassung die Königliche Sanction erhalten. In 283 Artikeln nebst der eine Anlage bildenden Gefindeordnung hat es auf dem Gebiet der freiwilligen Gerichtsbarkeit die oben geschilderte, dem Reichsrecht angepasste Organisation geschaffen, auf mehrfachen Gebieten des materiellen Rechts, beispielsweise dem Verbot der Gutszertrümmerung (in Anlehnung an das sogenannte Liegenschaftsgesetz von 1853), der Beschränkung des Grundstückserwerbs durch die sogenannte tote Hand, den Schuldverschreibungen auf den Inhaber, dem Ersatz des Wildschadens, der Haftung des Staates und der Gemeinden für Amtspflichtverletzungen ihrer Beamten, dem Nachbarrecht, in Benutzung landesrechtlicher Vorbehalte des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch neue Regelung getroffen und auf anderen Gebieten, beispielsweise dem Rechte der Namensänderung, dem Hinterlegungswesen, der Gebäudebrandversicherung, dem Jagd-, Fischerei- und Bergrecht, der Zwangsentziehung und Feldbereinigung, der bürgerlichen Ehe und Verwandtschaft, die gebotene Berichtigung und Ergänzung des Landesrechts herbeigeführt. Zugleich wurden die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zum Gerichtsverfassungsgesetz, zur Zivilprozeßordnung, zum Gesetze über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung sowie zum Handelsgesetzbuch getroffen.

Eine Königliche Verordnung vom 30. Juli sowie eine umfangreiche Ministerialverfügung vom 2. September 1899 vollendeten die Ordnung des für den Grundstücksverkehr und den Grundkredit lebenswichtigen Grundbuchwesens, das Vormundschafts- und das Nachlaßwesen fanden in umfassenden Ministerialverfügungen vom 14. September 1899 den Abschluß ihrer Regelung. Durch die genannte Königliche Verordnung wurden vom 1. Januar 1900 an die in den Gemeinden bisher geführten Güter-, Servituten- und Unterpfandsbücher für den Grundbuchamtsbezirk als Grundbuch mit der Maßgabe erklärt, daß das Güterbuch das Hauptbuch bilde. Gleichzeitig wurden Anordnungen zur beschleunigten Herstellung neuer Grundbücher mittels Umschreibung des Inhalts der alten Bücher erlassen; das gewaltige, 5 776 199 Grundstücke umfassende Umschreibungsgeschäft war dank der hin-

gebenden Arbeit der Grundbuchbeamten schon Ende 1905 in der Hauptsache vollendet.

Zahlreiche weitere Ministerialverfügungen, beispielsweise über Namensänderungen, über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung, die Aufnahme von Vermögensverzeichnissen und die Vornahme der Schätzung von Grundstücken (in letzterem Gebiet ersetzt durch neue, verbesserte Vorschriften vom 18. März 1914), über die Erhaltung und Fortführung der Flurkarten und Primärkataster, zur Ausführung des Reichsgesetzes über den Personenstand und die Eheschließung, über die Familienregister und die Mitteilungen über Personenstandsänderungen, die Führung des Handels-, Genossenschafts- und Vereinsregisters, brachten im Herbst 1899 den Ausbau der Privatrechtsreform bis in die feinsten Verzweigungen zum Abschluß.

Das Gerichtskostenwesen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie im Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren, im Jahre 1899 vorläufig im Wege Königlich Verordnungen in Verbindung mit einer landesrechtlichen Gebührenordnung für öffentliche Notare und Rechtsanwälte geregelt, fand auf Grund der gesammelten Erfahrungen seinen endgültigen gesetzlichen Ausbau in der Gerichtskostenordnung vom 1. Dezember 1906; durch Gesetz von demselben Tage wurde die Vergütung für die Berufstätigkeit der Rechtsanwälte, soweit sie nicht reichsgesetzlich geordnet ist, mittels einer württembergischen Gebührenordnung geregelt. Die Gebühren der öffentlichen Notare und anderer in Rechtsangelegenheiten tätigen Personen fanden in der auf Könighchen Verordnungen vom 2. März 1907 und 30. April 1908 beruhenden Notariatsgebührenordnung ihre abschließende Regelung.

Hinausgreifend über das reine Privatrechtsgebiet, jedoch im Zusammenhang mit der vorgeschilderten Gesetzgebung, ist in richtiger Würdigung der Zeitbedürfnisse zum Schutze der Allgemeinheit gegen bedrohliche Zustände und zur Abstellung sozialer Notstände am 29. Dezember 1899 das wichtige Gesetz über die Zwangserziehung Minderjähriger (seit 1905 Fürsorgeerziehung genannt) ergangen. Seine Durchführung und sachgemäße Handhabung hat fortdauernd — mittels Ministerialverfügungen von 1900, 1906, 1907 und 1910 — den Gegenstand ernster Sorge gebildet. Auch in der Folgezeit stand die Rechtsgesetzgebung nicht still.

Am 1. Dezember 1900 erging zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Gewässer und ihrer Benutzung das im wesentlichen verwaltungsrechtliche, jedoch auch in Privatrechtsverhältnisse tief einschneidende Wassergesetz, mit Gesetz vom 4. Juni 1903 wurde die Haftung des Betriebsunternehmers für Sachschaden beim Eisenbahnbetrieb und mit Gesetz vom 2. Dezember 1904 das Recht des Leihgedingsvertrags geregelt, mit Gesetz vom 23. März 1906 das Rechtsgebilde der Bahneinheit (die Zusammenfassung einer dem öffentlichen Verkehr dienenden, nicht

vom Staate betriebenen Eisenbahn mit den dem Bahnunternehmen gewidmeten Gegenständen zu einer rechtlichen, dem Rechte an Grundstücken unterliegenden Einheit, für die ein besonderes Bahngrundbuch geführt wird) geschaffen und durch Gesetz vom 28. November 1906 über das Unschädlichkeitszeugnis eine Erleichterung des Grundstücksverkehrs ermöglicht, insofern im Falle der Veräußerung eines Teils eines Grundstücks die Befreiung des Trennstücks von den Belastungen des Grundstücks ohne Einwilligung des Berechtigten insoweit eintritt, als von dem Amtsgerichte festgestellt wird, daß die Rechtsänderung für die Beteiligten unschädlich ist.

Auf demselben sozialen Gebiete, wie das Fürsorgeerziehungsgesetz, nämlich der Bewahrung des jugendlichen Volksnachwuchses, bewegt sich das Gesetz vom 16. August 1909, das zum Inkost- und Inpflegenehmen fremder, noch schulpflichtiger Kinder die Einholung polizeilicher Erlaubnis gebietet, sowie das im Anschluß an eine bald nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs aufgetretene Bewegung am 8. Juni 1912 ergangene Gesetz über die Berufsvormundschaft, das die Führung der Vormundschaft über Minderjährige durch amtlich angestellte Berufsvormünder und durch Anstaltsvorstände in den Bereich seiner Regelung gezogen und durch eingehende Ministerialverfügungen eine besonders sorgfältige Ausgestaltung erfahren hat.

Auf dem Gebiet der Strafrechtspflege hat, nachdem zu Anfang des jetzigen Jahrhunderts die Schaffung des deutschen bürgerlichen Rechts im wesentlichen ihr Ziel erreicht hatte, die Reformarbeit im Reiche mit Nachdruck eingesetzt. Noch ist sie nicht zu Ende gekommen; die Versuche, die Reform des Strafprozesses vorwegzunehmen, sind an unüberbrückbar gebliebenen Gegensätzen zwischen Bundesrat und Reichstag gescheitert; die in den Vorarbeiten weit und verheißungsvoll geförderte Reform des materiellen Strafrechts ist durch den Weltkrieg jäh unterbrochen. So liegen die Dinge seit geraumer Zeit im Fluß, und es ist hiernach verständlich, daß die Landesgesetzgebung auf den ihr neben dem Reichsrecht vorbehalten gebliebenen Gebieten des Strafrechts eine gewisse Zurückhaltung geübt hat. Doch ist sie nicht stillgestanden. Das Polizeistrafrecht hat durch eine Novelle vom 4. Juli 1898 zu dem Polizeistrafgesetze vom 27. Dezember 1871 eine umfassende Erweiterung und Fortbildung erfahren, das Forstpolizeigesetz vom 8. September 1879 ist durch Gesetz vom 19. Februar 1902 grundlegend neugestaltet und das Forststrafgesetz vom 2. September 1879 bei Gelegenheit der forstpolizeilichen Novelle in mehrfachen Punkten geändert worden; auch das schon erwähnte Wassergesetz von 1901 ist mit einer Reihe strafrechtlicher Bestimmungen ausgestattet.

Die Fortschritte im Weltverkehr und die mit ihnen zunehmende Internationalität des Verbrechertums haben das Bedürfnis gezeitigt, neben dem

schon 1890 durch Königliche Verordnung geregelten Verfahren bei der Auslieferung von Verbrechern an das Ausland die Erwirkung der Auslieferung von Verbrechern aus dem Ausland nach Maßgabe des diesfalls bestehenden zwischenstaatlichen Rechts durch Ministerialverfügung vom 21. November 1905 und zahlreiche Nachträge hierzu zusammenfassend zu ordnen.

Die schon oben berührte Erkenntnis, auch die Rechtsgesetzgebung dem neuzeitlichen sozialen Bedürfnis gemäß in den Dienst der Sorge für die Jugend, den Träger der Zukunft des Volkes, zu stellen, hat im Strafverfahren in wachsendem Maße der Überzeugung Raum verschafft, daß gegen jugendliche Gesetzesbrecher im Vordergrund aller Maßnahmen der Erziehungsgedanke stehe und zur weitestgehenden Auswirkung zu kommen habe. Um dies praktisch auf dem Boden des bestehenden Rechtes im Strafverfahren gegen Jugendliche durchzuführen, wurden im Jahre 1908 zunächst bei den Amtsgerichten Einrichtungen getroffen, die in der Hauptsache die Zuweisung der Strafsachen gegen Jugendliche zu dem Geschäftskreis des dienstaufsichtsführenden Amtsrichters als Jugendrichter sowie die äußere Absonderung der Hauptverhandlungen gegen Jugendliche von den sonstigen Verhandlungen bezwecken, zugleich wurde den Staatsanwaltschaften gewisse Richtlinien behufs ausgiebiger Überweisung jener Strafsachen an die Schöffengerichte und behufs zweckentsprechender Gestaltung des Ermittlungsverfahrens gegen Jugendliche an die Hand gegeben. Am 21. Januar 1911 erfolgte sodann auf Grund der inzwischen gemachten Erfahrungen in einer umfassenden Verfügung des Justizministeriums die weitere Ausgestaltung des Jugendstrafverfahrens, wobei als Leitgedanke die Weisung vorangestellt wurde, in allen Abschnitten dieses Verfahrens, unbeschadet der sonstigen Zwecke des Strafverfahrens, die erzieherische Einwirkung auf den Beschuldigten stets im Auge zu behalten. Auf diesem Gebiete hat sich, von dem Justizministerium in jener Verfügung warm gefördert, in den sogenannten Jugendgerichtshilfen, die bis jetzt sich in sieben größeren Städten gebildet haben, ein segensreiches Zusammenwirken sozialer Fürsorgearbeit mit den Behörden der Strafjustiz überaus erfreulich entwickelt.

Die Regelung des Vollzugs der gerichtlich erkannten Freiheitsstrafen ist vom Reiche bis jetzt noch den Bundesstaaten überlassen. In dem natürlichen Bestreben, hier bis zur Erlassung eines Reichs-Strafvollzugsgesetzes tunlichste Einheitlichkeit zu schaffen, haben die Bundesregierungen im Jahre 1897 Grundsätze vereinbart, die alle einzelnen Zweige der Gefangenenbehandlung eingehend regeln und beim Vollzug der Freiheitsstrafen gleichmäßig zur Anwendung gebracht werden. Auf der Grundlage dieser sogenannten bundesrätlichen Grundsätze sind in Württemberg unter dem 4. März 1899 für sämtliche Strafanstalten und für die amtsgerichtlichen Gefängnisse neue Hausordnungen erlassen worden. Das Verfahren zur Unter-

bringung der an die Landespolizeibehörde überwiesenen gerichtlich Bestraften in den Arbeitshäusern, in Besserungs- oder Erziehungsanstalten oder Asylen wurde 1907, die vorläufige, auf Wohlverhalten erfolgende Entlassung von Strafgefangenen 1908 neuzeitlich geregelt.

Auch die zu straff geordnetem und sicherem Geschäftsbetrieb unentbehrlichen Vorschriften für den inneren Dienst sind für alle Justizbehörden in Anpassung an die fortschreitende Entwicklung der Gesetzgebung jeweils neu gefaßt oder ergänzt worden: 1899, 1900 und 1910 für die Gerichte, 1899 für die Bezirksnotariate, 1906 für die Staatsanwaltschaften und, wie schon oben berührt, 1902 und 1911 für die Gemeindeggerichte, 1911 und 1914 für die Gerichtsvollzieher. Die Ausübung der Dienstaufsicht durch die übergeordneten Stellen mittels Visitationen und periodischer Prüfung der Geschäftsberichte und Prozeßlisten hat gleichfalls den Gegenstand neuer eingehender Anordnungen gebildet.

Beamtenausbildung

Ernste Fürsorge ist auch dem wichtigen Gebiet der Heranbildung des Beamtenpersonals zugewendet gewesen. Durch Königliche Verordnung vom 7. Dezember 1903 ist für den höheren Justizdienst Prüfungswesen und Vorbereitung neu geregelt worden. Die erste höhere Prüfung, der sich auch die Kandidaten des höheren Verwaltungs- und des höheren Finanzdienstes zu unterziehen haben, abgelegt nach mindestens siebensemestrigem Studium vor einer an der Landesuniversität aus den Lehrern der juristischen und staatswissenschaftlichen Fakultät unter dem Vorsitz eines höheren Justizbeamten bestehenden Kommission, mit schriftlichen Klausurarbeiten und mündlicher Prüfung, befähigt zum Dienste als Referendar bei den Justizbehörden; die zweite höhere Prüfung (Assessorprüfung), abgelegt nach dreijährigem Vorbereitungsdiensft vor einer bei dem Oberlandesgericht gebildeten Kommission, ebenfalls mit schriftlichen Klausurarbeiten (Bearbeitung größerer praktischer Rechtsfälle) und mündlicher Prüfung, gewährt die Befähigung zum Richteramt.

Die fruchtbringende Gestaltung des Vorbereitungsdienstes der Referendare bildete den Gegenstand zweier eingehender Ministerialverfügungen von 1900 und 1911; treffend weist hierbei die neueste Verfügung darauf hin, daß neben der wissenschaftlichen Erfassung seiner Aufgabe, die dem Juristen in erster Linie vorgezeichnet ist, die vielgestaltigen Erscheinungen des Rechtsverkehrs, mit denen er vertraut sein muß, immer neue Anforderungen an seine praktische Ausbildung stellen, und daß von fortschreitender Bedeutung für die Rechtspflege insbesondere der Einblick in die Vorgänge des wirtschaftlichen Lebens und seiner sozialen Bedürfnisse sei.

Die Vorbildung und das Prüfungswesen für die Beamten des mittleren Dienstes (Gerichtsekretäre, Expeditoren, Bezirksnotare) ist schon oben erwähnt.

Begnadigungswesen

Das festgefügte Gebäude der Rechtspflege ziert als Krone die Königliche Gnade. Von diesem schönsten landesherrlichen Vorrecht, das Art. 97 der Verfassungsurkunde sowohl als das Recht der Aufhebung und Milderung von Strafen wie auch als das Recht der Niederschlagung anhängiger Strafverfahren ausdrücklich anerkennt, macht des Königs Majestät nicht nur in jahraus, jahrein ergehenden Einzelgnadenerweisen, sondern auch mittels allgemeiner Gnadenerlasse in hochherzigster Art weissen Gebrauch. Zumal im Laufe des großen Krieges hat das Gnadenrecht im Wege des Strafnachlasses und der Niederschlagung bei Kriegsteilnehmern und ihren Angehörigen viel seelischen Druck und lähmende Sorge gehoben, und erst in jüngster Zeit — am Geburtsfeste des Kaisers 1916 — hat ein allgemeiner Gnadenerlaß, der in bestimmten Grenzen die Löschung von Vorstrafen im Strafregister verfügte, wiederum für viele wahrhaft befreiend von schwerer Gemütsbelastung gewirkt.

Auf das Königliche Geburtsfest im Jahre 1896 hat das Gnadenrecht die Einrichtung der sogenannten bedingten Begnadigung, des Aufschubs der Vollstreckung erkannter Strafen mit der Aussicht auf Begnadigung nach Ablauf einer Probezeit, ins Leben gerufen. „Es ist Mein Wille,“ heißt es in dem grundlegenden Allerhöchsten Erlaß an den Justizminister, „demjenigen Teil der Jugend, welcher sich nur aus Unbesonnenheit und Unerfahrenheit zu einer minder schweren Verfehlung wider das Strafgesetz hat verleiten lassen, im Besonderen Meine Königliche Gnade zuzuwenden.“ Hiernach ausgehend von dem Grundgedanken der Jugendpflege, hat diese auch anderwärts erprobte Einrichtung in den jetzt abgelaufenen 20 Jahren immer mehr an Boden gewonnen. Die in ihr beschlossene Wohltat ist in steigendem Maße auch auf erwachsene Verurteilte (bis zu 47 % aller Bewilligungen im Jahre 1914) ausgedehnt, und inhaltlich ist die Einrichtung durch mehrfache umfassende Ministerialverfügungen, insbesondere vom 29. April 1911 und vom 31. März 1916, stetig weiter ausgebaut und vertieft worden. Es ist nicht zu bezweifeln, daß das künftige deutsche Strafrecht sie als gesetzliche Einrichtung übernehmen wird.

Neue, ungeahnte Aufgaben sind der Rechtspflege im Weltkriege erwachsen; auch sie ward zu ihrem Teil dazu mitberufen, die Kriegsrüstung des Volkes im Innern zu schmieden und stark zu erhalten. Das Bewußtsein von der Macht und der sittlichen Bedeutung des Staates, das durch den großen Krieg in unserem Volke so lebendig neu erweckt worden ist, hat auch die Bedeutung von Wage und Schwert in der Hand der staatlichen Rechtspflege aufs neue in ein helles Licht gerückt. Der württembergische Juristenstand ist sich dieser Größe seines Berufs voll bewußt. Alter vaterländischer Überlieferung folgend, wird er wie bisher, so auch in der an Aufgaben immer

reicher werdenden Zukunft furchtlos und treu in strenger, unbeugsamer Sachlichkeit, zugleich aber auch mit humanem, sozialem Empfinden seines Amtes walten. Dann wird Rechtspflege und Rechtspfprechung in Württemberg auch fernerhin vom Vertrauen des Volkes, dem sichersten Prüfstein ihrer Güte, getragen sein und werden Ludwig Uhlands Worte dauernd wahr bleiben:

Rein Herold wird's den Völkern künden
Mit Pauken und Trommetenschall,
Und dennoch wird es Wurzel gründen
In deutschen Gauen überall,
Daß Weisheit nicht das Recht begraben,
Noch Wohlfahrt es ersetzen mag,
Daß bei dem biedern Volk in Schwaben
Das Recht besteht und der Vertrag.

Quellen:

- Gaupp-Gözz, Das Staatsrecht des Königreichs Württemberg.
 Bohn, Die württembergische Justizverwaltung.
 R. G. v. Wächter, Handbuch des im Königreich Württemberg geltenden Privatrechts.
 Württembergische Justizstatistik, herausgegeben vom R. Justizministerium,
 jährlich erscheinend.
 Die Akten des R. Justizministeriums.



Staats- und Körperchaftsverwaltung

Von Ministerialrat Dr. Michel

A. Staatsverwaltung

Einleitung

Die Staatsverwaltung spiegelt das Bild ihrer Zeit, die geistigen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände wider, bleibende und wechselnde Erscheinungen. Den festen Grund, in dem das Wohl eines Landes verankert ist, bildet das Vertrauen des Volkes zur Staatsgewalt. Dieses Vertrauen umrankt besonders innig die Regierung König Wilhelms II., die in die Zeit machtvoller Entwicklung Deutschlands und ausblühenden staatlichen Lebens fällt. Zwar werden seit der Gründung des Deutschen Reichs durch den sich immer mehr weitenden Kreis seiner Gesetzgebung und Verwaltung den einzelnen Bundesstaaten in ihrer gesetzgeberischen Tätigkeit und selbständigen Fürsorge engere Schranken gezogen. Aus dem Reichsverband erwächst aber den Gliedstaaten nicht nur ein hoher nationaler Gewinn, sie genießen auch die Vorteile der aus der Reichsgemeinschaft quellenden geistigen und wirtschaftlichen Kräfte. Ist durch das Reich das eigene Tätigkeitsgebiet des württembergischen Staates auch eingeschränkt, so ist ihm doch noch genügend Raum und Luft zur Entwicklung staatlichen Lebens gelassen, in dem sich die Eigenart des schwäbischen Volkstums entfalten kann. Nicht bloß, daß die Durchführung reichsgesetzlicher Maßnahmen den Landesbehörden obliegt, wobei den besonderen Verhältnissen des Landes im ge-

gebenen Rahmen Rechnung getragen werden kann; es breitet sich noch immer ein weites Feld für eine selbständige staatliche Betätigung aus, die in der Pflege der heimischen Wohlfahrt und Kultur ihre vornehmste Aufgabe findet. So ist auch in den letzten 25 Jahren der Puls des staatlichen Lebens in Württemberg nicht stillgestanden. Ein reiches Füllhorn hat vielmehr gerade auf dem Gebiete der inneren Verwaltung die Gesetzgebung ausgeschüttet; mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahrzehnte zusammenhängende soziale Probleme und die den Verkehr und das Wirtschaftsleben beherrschenden Fortschritte der Technik bahnten neue Wege. Dabei hat sich die fürsorgende Tätigkeit des Staates auf das vielseitigste und fruchtbarste gestaltet. Vor eine Fülle ungeahnter Aufgaben hat der Weltkrieg die Behörden der inneren Verwaltung gestellt; unter pflichtbewußter, opferwilliger Einsetzung aller Kräfte wirken die Verwaltungsbeamten, auf denen die nicht leichte Verantwortung einer zielsicheren Anordnung und tatkräftigen Durchführung der in das Leben der Gesamtheit und des Einzelnen tief einschneidenden wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen ruht, für die Wehr und den Sieg des Vaterlandes.

Die Staatsverwaltung umfaßt an sich die gesamte, auf den Schutz und die Förderung der persönlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten der Landesangehörigen und ihrer gemeinschaftlichen Interessen gerichtete Tätigkeit des Staates. Zweck dieser Abhandlung kann nun nicht sein, diese weitverzweigte Tätigkeit in ihrer Entwicklung auf den einzelnen Gebieten zur Darstellung zu bringen; vielmehr soll nur ein Überblick über die hauptsächlichsten Aufgaben der Verwaltung, soweit sie nicht in diesem Buch besonders behandelt sind, gegeben werden. Der wachsende Umfang der inneren Staatsverwaltung drückt sich deutlich in dem steigenden Geldbedarf des Hauptfinanzetats aus; dieser forderte für das Departement des Innern im Jahr 1891 den Betrag von 6823 000 *M.*, der letzte Friedensetat (1914) dagegen den Betrag von 14592 000 *M.*

Beamte und Behörden

In der Organisation der Behörden der inneren Verwaltung ist, abgesehen von den für das Gebiet der Arbeiterversicherung neugeschaffenen Stellen und dem durch die Bezirksordnung vom 28. Juli 1906 in die Bezirksverwaltung eingefügten Bezirksrat, eine Änderung nicht eingetreten. Mit einem entschiedenen Schritt wurde dagegen an die schon länger als Bedürfnis empfundene Reform des Bildungsganges der Anwärter für den höheren Verwaltungsdienst herangetreten. Die mit dem Bestehen einer besonderen staatswissenschaftlichen Fakultät an der Landesuniversität zusammenhängende Trennung des akademischen Studienganges der „Regiminalisten“ von dem der Juristen, eine württembergische Besonderheit, mußte wegen des Mangels einer einheitlichen wissenschaftlichen Durchbildung und

eines gründlichen juristischen Studiums den Beamtenstand nachteilig beeinflussen und für die Verwaltung um so ungünstiger wirken, je höhere Anforderungen an sie bei der fortschreitenden Durchdringung des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens mit Rechtsgedanken gestellt wurden. Die Rgl. Verordnung vom 7. Dezember 1903 schuf eine einheitliche Grundlage für die Ausbildung zum Justiz-, Verwaltungs- und Finanzdienst unter Zusammenlegung der ersten Staatsprüfung und bestimmt weiter, daß der zweiten Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst (Assessorprüfung) eine einjährige Beschäftigung im Justizdepartement und ein zweijähriger Vorbereitungsdienst in den verschiedenen Zweigen der Verwaltung voranzugehen hat. So vereint sich mit der unerläßlichen Aneignung staatsrechtlicher und volkswirtschaftlicher Kenntnisse die notwendige Schulung in der juristischen Denkweise. Der Verwaltungsbeamte muß in lebendiger Fühlung mit den wechselnden Bedürfnissen des öffentlichen Lebens bleiben, neuen Formen der Rechts- und Wirtschaftssysteme darf er nicht fremd gegenüberstehen; sein Beruf erfordert fortgesetzte Erweiterung und Vertiefung der Kenntnisse. Daher wird in neuerer Zeit mit Recht die Fortbildung der Verwaltungsbeamten durch Ermöglichung ihrer Beteiligung an besonderen Kursen und Besichtigungsreisen gefördert.

Besonderer Wert wurde in Württemberg stets auf die Ausbildung der Beamten des mittleren Dienstes gelegt, die nicht nur bei zahlreichen staatlichen Beamtungen Verwendung finden, sondern vor allem als Körperschaftsbeamte verantwortungsvolle und einflußreiche Stellungen bekleiden. Die vielfachen, auf die Hebung ihres Standes gerichteten Bestrebungen dieser Beamtenklasse wurden in der Rgl. Verordnung vom 16. Oktober 1913 tunlichst berücksichtigt.

Auch die Vorschriften über die Befähigung zum höheren Staatsdienst im Hochbau-, Bauingenieur- und Maschineningenieurfach fanden durch die Rgl. Verordnung vom 22. August 1909 und die Ministerialverfügungen vom 30. August 1909 über die praktische Tätigkeit der Diplomingenieure eine der Bedeutung des technischen Beamtenstandes entsprechende und insbesondere auch die Freizügigkeit der Diplomingenieure innerhalb Deutschlands sichernde Regelung. Für die mittleren Techniker, die durch ihre amtliche Tätigkeit bei den Oberämtern und in den Gemeinden die Baulust und die Bauweise weitgehend beeinflussen können, brachten die Ministerialverfügung über die Bauwerkmeisterprüfung vom 26. April 1902 und die Rgl. Verordnung über die Prüfung im Wasserbaufach vom 29. November 1902 zweckmäßige Vorschriften.

In diesem Zusammenhang sind auch innerdienstliche Neuerungen zu erwähnen. Der gespreizte Kanzleistil mit seinen veralteten Kurialien, in den Schreiberstuben bis Ende des vorigen Jahrhunderts treu behütet, wurde seines überkommenen bezopften Beiwerks entkleidet und durch ministerielle Anordnungen vom Jahre 1902 eine knappe und klare Schreib-

weise gefordert. Fernsprecher und Schreibmaschine, jetzt unentbehrlich geworden, hielten auch in sonst stille Ranzleien ihren Einzug. Vereinfachung und Verbilligung ist Richtschnur für den Dienstbetrieb. Der Erfolg der Verwaltung hängt mit ab von der richtigen Verwertung der Beamtenkräfte; in diesem Sinn wird die durch die Vollzugsverfügung zur Bezirksordnung vom 30. Oktober 1907 eingeleitete Entlastung der höheren Beamten von mechanischen und einfacheren Ranzleigeschäften weiter durchgeführt.

Gegenstand ernster Fürsorge des Staates ist die Ordnung der Dienst- und Besoldungsverhältnisse der Beamten. Entgegen der im alten Herzogtum Württemberg maßgebenden, dem mittelalterlichen Lehenrecht entnommenen Auffassung, wonach das Staatsdienerverhältnis lediglich auf einem Privatvertrag beruhte, stand in der absolutistischen Zeit der Staatsbeamte in einem durchaus einseitig dem Willen des Herrschers unterworfenen Dienstverhältnis. Die Verfassungszeit erstrebte eine gesetzliche Regelung; die grundsätzlichen Bestimmungen wurden in die Verfassungsurkunde selbst aufgenommen, während die Dienstpragmatik von 1821 wie das Strafedeikt von 1824 die Dienst- und Besoldungsverhältnisse eingehender ordneten. In der altwürttembergischen Beamtenhierarchie begründete Unterscheidungen wie diejenigen von „adligen und gelehrten Bänken“ in den Kollegien waren schon früher beseitigt worden. Nach der Gründung des Deutschen Reichs wurde eine durchgreifende Neuregelung in enger Anlehnung an das Reichsbeamtenrecht durch das Beamtengeesez vom 28. Juni 1876 vorgenommen. Verschiedentlich fand in neuerer Zeit eine Durchsicht der gesetzlichen Vorschriften statt, die zu einschneidenden Änderungen des Beamtenrechts führte (Gesetze vom 29. Juli 1905, vom 1. August 1907 und vom 23. Juli 1910). Hier kann nur das Wesentlichste angeführt werden: Die Anstellung auf Widerruf wurde beseitigt; die Beamten werden auf Lebenszeit (diese sind in einer Anlage zum Gesesez verzeichnet) oder auf vierteljährliche, durch Schutzvorschriften eingeschränkte Kündigung angestellt; letztere werden bei Würdigkeit und zufriedenstellender Dienstführung nach Zurücklegung einer siebenjährigen, unter Umständen auch bloß fünfjährigen, Dienstzeit in die Rechte der auf Lebenszeit angestellten Beamten eingewiesen. Daneben gibt es sogenannte Funktionäre, die vorübergehend oder, ohne eine Anstellung im Sinne des Gesetzes erlangt zu haben, im Staatsdienst beschäftigt oder als verpflichtete persönliche Gehilfen eines Beamten für Zwecke des Staatsdienstes verwendet werden. Die Dienstkautionen sind seit 1899 in Wegfall gekommen, ebenso seit 1907 die vorher gegen Unterbedienstete zulässige Verhängung von Haftstrafe im Disziplinarweg. Wiederholt wurde in Berücksichtigung der in den letzten Jahrzehnten eingetretenen Steigerung der Kosten für Lebensunterhalt, Wohnung und Kindererziehung Gehaltsaufbesserungen, zuletzt 1911, durchgeführt. Die Gehaltsvorrückung erfolgt nach Dienstaltersstufen, in der Regel alle drei Jahre; für diese sind etatsmäßig verabschiedete

Grundsätze (Gehaltsordnung) maßgebend; hiernach sind die Beamten hinsichtlich der Höhe ihrer Bezüge in sechs Klassen eingeteilt, wonach sich auch die Höhe des Wohnungsgeldes, für das ein Tarif nach vier Ortsklassen aufgestellt ist, richtet. Eine wesentliche Besserung erfuhren die Pensionsverhältnisse. Die Pensionsberechtigung genießen jetzt alle Beamte; sie wurde auch auf Wohnungsgeld und freie Dienstwohnung ausgedehnt. Die Leistungen der Beamten an die früher bestandene Witwen- und Waisenkasse, von denen der Abzug von $\frac{1}{4}$ des Gehalts im ersten Anstellungsjahr besonders drückend war, wurden beseitigt, der Höchstbetrag des Ruhegehalts und die Pensionen der Witwen und Waisen nicht unerheblich erhöht und die Einrechnung von früheren Dienstzeiten in die pensionsberechtigte Dienstzeit erweitert. Die Beamtenfürsorge wird vervollständigt durch das Gesetz vom 23. Dezember 1902 über die Gewährung von Ruhegehalten, Sterbegeldern und Renten an Beamte und ihre Hinterbliebenen im Falle der Verletzung oder des Todes durch Unfälle im Dienste.

So ist unter der Regierung König Wilhelms II. durch neuzeitliche Gestaltung der Prüfungs- und Dienstvorschriften, aber auch durch gehaltliche und pensionsrechtliche Besserstellung im Interesse des Staatswohles mit weitem Blick Sorge getragen worden, daß der sich erneuernde Beamtenkörper auf der Höhe seiner Aufgaben steht und ihm Tüchtigkeit und Berufsfreudigkeit gewahrt bleiben.

Die oberste Leitung der gesamten inneren Verwaltung mit ihrem ausgedehnten, sich fortgesetzt erweiternden Wirkungskreis hat das Ministerium des Innern. Beim Regierungsantritt des jetzigen Königs stand dem Ministerium Staatsminister von Schmid bis zu seinem Ableben Ende 1893 vor. Nahezu zwei Jahrzehnte hat sodann Staatsminister Dr. von Pischel bis zu seiner Ende 1912 erfolgten Zuruhesetzung dieses arbeitsreiche Amt bekleidet. Seither steht an der Spitze des Ministeriums des Innern Staatsminister Dr. von Fleischhauer, vorher Staatsminister des Kirchen- und Schulwesens. Ein Ministerialdirektor, sechs vortragende Räte und ein Stab von weiteren Beamten (vier Regierungsräte, fünf Oberamtmänner) sind dem Minister beigegeben. Die Zusammenfassung des Ministerialdirektors und der Räte in dem Kollegium der Oberregierung hat die ihm durch das V. Edikt vom 18. November 1817 verliehene Bedeutung, daß der Staatsminister im Fall der Nichtübereinstimmung mit der Oberregierung dem Geheimen Rat Vortrag zu erstatten hatte, längst verloren; das Kollegium tritt nur noch nach dem Ermessen des Staatsministers zu dessen — unverbindlichen — Beratung zusammen. Der schon seit Jahren erwogene dringliche Neubau für das Ministerium des Innern, dessen bescheidenes Heim am Dorotheenplatz längst zu eng geworden ist, hat durch den Krieg einen weiteren Aufschub erhalten.

Dem Ministerium sind für einzelne Verwaltungszweige, bei denen eine gleichmäßige Behandlung für das ganze Land besonders geboten ist, Ministerialabteilungen und zentrale Sonderbehörden angegliedert und unterstellt (Ministerialabteilung für das Hochbauwesen, Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau, Medizinalkollegium, Zentralstelle für Gewerbe und Handel, Zentralstelle für die Landwirtschaft, Bauamt für das öffentliche Wasserversorgungsweisen, Körperschaftsforstdirektion, Kommission für die Adelsmatrikel, Oberbergrat, Oberrekutierungsrat — dieser gleichzeitig dem Kriegsministerium unterstellt —, Landespolizeizentrale, Landjägerkorps, Landgestüttskommission, Archiv des Innern). Die Erledigung der allgemeinen Geschäfte der inneren Verwaltung liegt den Kreisregierungen und den Oberämtern (im Stadtbezirk Stuttgart der Stadtdirektion) ob.

Die nach dem Vorbild der französischen Departementsverfassung von 1789 erfolgte Einteilung des Landes in vier Kreise (Neckar-, Schwarzwald-, Jagst- und Donaukreis) ist nicht etwa auf ein durch gemeinsame und einheitliche Interessen bedingte Geschlossenheit dieser Kreise zurückzuführen; vielmehr waren die im Jahre 1817 ins Leben gerufenen vier Kreisregierungen, denen bei der Größe des Landes und den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Landesteile die Unterlage kommunaler Kreisverbände nicht gegeben werden konnte, von Anfang an gedacht als Mittelstellen mit einem rein staatlichen Aufgabekreis. Dieser hat sich, wenn auch einzelne Gesetze aus den letzten Jahrzehnten neue Geschäfte brachten, durch die allmähliche Übertragung einer Reihe von Angelegenheiten an zentrale Fachbehörden gegen früher wesentlich verengert.

In den Geschäftskreis der Kreisregierungen fallen zurzeit insbesondere: Staatsangehörigkeitsangelegenheiten, Übernahme der aus fremden Staaten Ausgewiesenen, die Landespolizei mit ihren verschiedenen Zweigen, vor allem die Sicherheits-, Gewerbe- und Wasserpolizei, die Aufsicht über die Gemeinde-, Stiftungs- und Amtskörperschaftsverwaltung, über die Landarmenverbände, über die Verwaltung des örtlichen Kirchenvermögens, die Entscheidung in verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten als Verwaltungsgerichte erster Instanz. Sie sind besetzt mit einem Regierungspräsidenten, einer Anzahl administrativer Räte und Assessoren und einem technischen Rat für wasserpolizeiliche Angelegenheiten. Die Geschäftsbehandlung erfolgt nach der Rgl. Verordnung vom 15. November 1889 teils im Bureauweg, teils im Wege kollegialer Beschlussfassung, im gewerbepolizeilichen Verfahren auf Grund öffentlich mündlicher Verhandlung, ebenso in wasserpolizeilichen Angelegenheiten, wobei zwei sachverständige Laien mitwirken, der erste durch das Wassergesetz vom 1. Dezember 1900 geschaffene Ansat der Beteiligung bürgerlicher Elemente an der Staatsverwaltung.

Die Frage des Fortbestandes der Kreisregierungen, im Laufe des vorigen Jahrhunderts wiederholt lebhaft erörtert, ist durch die Denkschrift der Regierung vom Jahre 1911 über die Vereinfachung der Staats-

verwaltung wieder in den Vordergrund gerückt worden und harrt noch der Lösung. Den Kreisregierungen fehlt die Möglichkeit einer schöpferischen Betätigung, dazu mangelt ihnen der wirksame Hebel, die Verfügung über Staatsmittel, und die Tragkraft eines Selbstverwaltungskörpers. Bloß als Organe der Landespolizei und der Aufsicht konnten sie die Gunst weder der Bevölkerung noch der nachgeordneten Behörden gewinnen. Aber das Zeugnis ist ihnen sicher, daß sie besonders bei der Durchführung von Gesetzen große Arbeit geleistet und in ihrem Bereich die Staatsverwaltung gefördert haben.

In der Bezirksverwaltung strahlt die gesamte Staatsverwaltung aus. Der Aufgabenkreis verschiebt und erweitert sich fortgesetzt. Die neuerdings vielfach erstrebte und auf einzelnen Gebieten durchgeführte Dezentralisation der Verwaltung hebt die Bedeutung der Bezirksämter. Die oberamtlichen Geschäfte im einzelnen anzuführen, soll, da es doch nicht erschöpfend geschehen kann, unterlassen werden. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Oberämter die sämtlichen Geschäfte der inneren Verwaltung zu besorgen haben, soweit sie nicht in die Zuständigkeit sonstiger Staatsbehörden und der Gemeindebehörden fallen. Daneben haben sie bei gewissen, zum Geschäftskreis der Ministerien des Kirchen- und Schulwesens, der Finanzen und des Kriegswesens gehörenden Gegenständen mitzuwirken. In jedem Oberamtsbezirk (63 an der Zahl) besteht ein Oberamt als staatliche Verwaltungsstelle, im Stadtbezirk Stuttgart die Stadtdirektion. Für die Handhabung der Schifffahrts-, Hafen- und Fremdenpolizei in den Hafen- und Landungsorten am Bodensee ist die Hafendirektion in Friedrichshafen berufen. Nicht zu verkennen ist, daß jedenfalls einige der Oberamtsbezirke als staatliche Verwaltungsbezirke verhältnismäßig klein sind, weswegen die oben erwähnte Denkschrift über die Vereinfachung der Staatsverwaltung die Zusammenlegung einer Reihe von staatlichen Verwaltungsbezirken, jedoch unter Fortbestand der Amtskörperschaften, vorgeschlagen hat. Über die Zweckmäßigkeit dieser insbesondere lokalen Hemmungen ausgesetzten Zusammenlegung gehen die Auffassungen auseinander. Es ist hier nicht der Ort, darauf einzugehen. Nicht so schwierig ist eine Vereinigung von Oberamtsarzt- und Oberamtstierarztstellen, womit in mehreren Bezirken ein Anfang gemacht worden ist.

Eine grundlegende Änderung der staatlichen Bezirksverwaltung brachte die Bezirksordnung von 1906 durch die Beiziehung von Laien nach dem Vorbilde anderer deutscher Staaten. Es wurde der Bezirksrat, ein Kollegium von sechs Mitgliedern, geschaffen, der bei der Erledigung bestimmter staatlicher Angelegenheiten an der Seite des Oberamts mitzuwirken hat. Die Mitglieder des Bezirksrats werden von der Amtsversammlung auf die Dauer von drei Jahren gewählt, und zwar drei ordentliche Mitglieder und zwei Stellvertreter aus der Mitte der Amtsversammlung, die übrigen aus den sonstigen Bezirksangehörigen. Beamte und Unterbeamte der Amts-

Körperschaft können dem Bezirksrat nicht angehören. Zuständig ist der Bezirksrat, abgesehen von zahlreichen Beschwerdefachen, vor allem zu bestimmten gewerbepolizeilichen Erlaubniserteilungen; auch ist er zur Mitwirkung bei Ausübung der staatlichen Aufsicht über die Gemeinde- und Stiftungsverwaltung berufen. Gesetzwidrige Beschlüsse hat der Oberamtsvorstand zu beanstanden und der Aufsichtsbehörde zur Entscheidung vorzulegen. Das Verfahren vor dem Bezirksrat ist eingehend geregelt, in bestimmten Fällen, wie in Gewerbesachen, erfolgt die Entscheidung auf Grund öffentlich mündlicher Verhandlung. Ein hohes Ziel ist dem Bezirksrat gesetzt: es soll durch ihn die praktische Erfahrung angesehener Männer des Bezirks für die Staatsverwaltung nutzbar gemacht und das Vertrauen des Volkes zu dieser erhöht werden. Verhältnismäßig spät ist dieser Gedanke in Württemberg gereift, um so schneller hat diese Einrichtung Wurzel im Volke geschlagen, dessen Wesensart eine ernste und fruchtbare Mitarbeit sichert.

Die Oberämter sind besetzt mit dem Oberamtmann als Vorstand (zum Teil mit dem Titel oder in der Dienststellung eines Regierungsrats oder Oberregierungsrats), einem zweiten akademisch gebildeten Beamten, dem Amtmann (größere Oberämter haben mehrere zweite Beamte), einem Oberamtssekretär und dem weiter erforderlichen Kanzleipersonal. Zur Unterstützung des Oberamts bei der Handhabung der Gesundheits- und Veterinärpolizei ist der Oberamtsarzt und der Oberamtstierarzt berufen, während es in bau- und feuerpolizeilichen Angelegenheiten durch den Oberamtsbaumeister, den Oberfeuerwächter und den Bezirksfeuerlöschinspektor — Funktionen, die vielfach in einer Person vereinigt sind — beraten wird.

Lange haben sich bei den Oberämtern veraltete, den Geschäftsgang hemmende Einrichtungen erhalten. Die Reglementierung der Geschäfte, die in der eingehenden Registraturordnung von 1843, in der sorgsamten Führung von Amtsprotokollen und sich häufender Verzeichnisse und in zeitraubenden Visitationen bezeichnenden Ausdruck fand, wurde immer mehr abgeschwächt, in der Erkenntnis, daß die vielgestaltigen, wechselnden Verhältnisse der Jetztzeit keine Schablone leiden und häufig rasches, entschlossenes Handeln, aber auch anpassungsfähiges, haushalterisches Arbeiten gerade bei der Bezirksverwaltung verlangen. 1903 wurde das Kanzleiaversum, eine Abfindung des Oberamtmanns für die Bestreitung der Kanzlei- und Gehilfentkosten, eine Einrichtung, an die jetzt noch bei anderen Beamtungen der „Tintenkreuzer“ leise erinnert, abgeschafft. Die Revisionsassistenten, bis 1895 Privatgehilfen der Oberamtmänner, dann staatliche Funktionäre, die von den Kreisregierungen angestellt wurden, erhielten 1903 die Stellung etatsmäßiger Staatsbeamten und den Titel Oberamtssekretär. Die oberamtliche Rassenordnung vom 26. März 1913 ordnete das oberamtliche Geldwesen (Sporteln, Geldstrafen, Kanzlei-, Haft-, Transportkosten) in über-

sichtlicher Zusammenfassung. Die Anstellung und die Bezüge der Assistenten und Gehilfen wurden neu geregelt. Eine Reihe weiterer Dienstvorschriften gestattet dem Oberamtmann die gebotene Bewegungsfreiheit. In der Doppelstellung als staatlicher Bezirksbeamter und als Leiter der Amtskörperschaftsverwaltung steht der Oberamtsvorstand im Mittelpunkt aller öffentlichen Angelegenheiten des Bezirks. Die Bedeutung dieser Stellung kommt auch in der Besetzung und der Ausstattung der Oberämter mehr und mehr zum Ausdruck.

Polizeiverwaltung

Neben der Wahrnehmung der Hoheitsrechte des Staates und der Sorge für die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten der Landesangehörigen gehört die Polizei zu den Hauptaufgaben der allgemeinen Behörden der inneren Verwaltung. Ursprünglich den „guten, geordneten Zustand des Staatswesens“ bedeutend, hatte sich die Polizei in den Zeiten des Polizeistaats, dessen allumfassende Fürsorge auch das schwäbische Volk in der herzoglichen Zeit genoß, kein geringeres Ziel gesetzt als die Verwirklichung der „irdischen Glückseligkeit“ der Untertanen. Anklänge hieran finden sich noch in dem württembergischen Verfassungsstaat des 19. Jahrhunderts, und noch jetzt erinnern an die fürsorgende Seite der Polizei gewisse wirtschaftspolizeiliche Bestimmungen des Forstpolizeigesetzes von 1879. Zwar enthält weder das Polizeistrafgesetz vom 27. Dezember 1871 noch die neue Gemeindeordnung von 1906 eine Bestimmung über Begriff und Umfang der Polizei; tatsächlich wird aber in Württemberg, dessen Volk einen besonders ausgeprägten Sinn für persönliche Freiheit besitzt, in der Gesetzgebung und Praxis unter Polizei nur die obrigkeitliche Tätigkeit verstanden, welche die Abwehr von Gefahren für das Wohl der Allgemeinheit und des Einzelnen bezweckt.

Nach dem Verwaltungsedikt vom 1. März 1822 wurde die Polizei innerhalb der Gemeinden in deren Namen von der Ortspolizeibehörde ausgeübt; nach der Gemeindeordnung von 1906 kennzeichnet sich die Ortspolizei als eine den Gemeinden gesetzlich überlassene Angelegenheit, deren Verwaltung auf Kosten der Gemeinden geht. In diesem übertragenen Wirkungskreis ist die Selbstverwaltung der Gemeinden der Natur der Sache nach eingeschränkt. Das tritt vor allem in den Befugnissen der staatlichen Aufsichtsbehörden zutage, die durch die Gemeindeordnung schärfer, als dies früher der Fall war, umgrenzt wurden und es ermöglichen, daß die Aufsichtsbehörden Verfügungen der Ortspolizei ebenso wie solche der Bezirksinstanz wegen Verstoßes gegen gesetzliche Vorschriften, das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Dritter — im letzteren Fall auf Beschwerde — aufheben und auf dem Gebiete der Sicherheits- und Gesundheitspolizei bei Gefahr im Verzug Anordnungen an Stelle der Gemeindebehörden selbst

treffen können. Dieser Verwaltungszwang gewinnt eine besondere Bedeutung mit der Durchführung solcher mit Kosten verknüpften Maßnahmen im Wege der Zwangsetatisierung, mit der die Gemeindeordnung eine Lücke des früheren Gemeinderectes beseitigte. Träger der Ortspolizeigewalt ist der Ortsvorsteher, dem in den gesetzlich bestimmten Fällen eine Strafbefugnis je nach der Klasse der Gemeinde von 2 bis 6 Tagen Haft und bis zu 30 *M* Geldstrafe zukommt. In mittleren und großen Städten ist zur Entlastung des Ortsvorstehers die schon durch die Verwaltungsnovelle vom 21. Mai 1891 ermöglichte Zuweisung von polizeilichen Geschäften an selbstständige Polizeibeamte (Stadtpolizeiamter) zulässig, während in den kleinen Teilgemeinden der Anwalt Polizeisachen von geringerer Bedeutung zu erledigen befugt ist. Einen weiteren Fortschritt schuf die Gemeindeordnung durch die bisher auf dem Gebiete der Polizeiverwaltung vermischte klare Abscheidung der Zuständigkeit des Ortsvorstehers von derjenigen des Gemeinderats; letztere beschränkt sich, abgesehen von der Zustimmung zu den vom Ortsvorsteher erlassenen ortspolizeilichen Vorschriften von fortdauernder Geltung, in der Hauptsache auf die mit Kosten für die Gemeinde verbundenen polizeilichen Maßnahmen und Einrichtungen; als solche kommen vor allem, abgesehen von der Aufstellung des erforderlichen Polizei- und Feldschutzpersonals, die Ortsgefängnisse in Betracht.

Die oberamtliche Zuständigkeit dehnt sich auf alle Zweige der Polizei aus. Zur Erlassung bezirkspolizeilicher Vorschriften von fortdauernder Geltung ist die Zustimmung des Bezirksrats notwendig. Die Oberämter sind nur zur Abriigung von Übertretungen befugt, soweit nicht die Ortsvorsteher oder andere Behörden zuständig sind. Dabei ist durch die das Verfahren regelnde Polizeistrafnovelle vom 12. August 1879 die oberamtliche Strafgewalt bei Strafverfügungen entsprechend den Bestimmungen der Strafprozeßordnung auf Haft bis zu 14 Tagen und Geldstrafe bis zu 150 *M*, bei Straferkenntnissen wegen Ungehorsam oder Ungebühr auf Haft bis zu 8 bzw. 3 Tagen und Geldstrafe bis zu 100 *M* festgesetzt. Gegen Strafverfügungen der Ortsvorsteher und der Oberämter kann entweder Antrag auf gerichtliche Entscheidung oder einmalige Beschwerde bei der vorgesetzten Verwaltungsbehörde erhoben werden. Zur Durchführung gesetzmäßiger Anordnungen können sich die Polizeibehörden auch der Zwangsgewalt bedienen; ebenso sind sie zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, zur vorläufigen Festnahme und polizeilichen Verwahrung von Personen befugt. Der straffen Unterordnung der Oberämter unter die übergeordnete staatliche Behörde entspricht es, daß diese auf dem ganzen Gebiete der oberamtlichen Polizeiverwaltung in dringenden Fällen die zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und des allgemeinen Wohls erforderlichen Verfügungen unmittelbar an Stelle des Oberamts treffen kann.

Das oberamtliche Gefängniswesen wurde durch die Bezirksordnung neu geregelt; sie beseitigte die geschichtlich auf die frühere Stellung der Amtskörperschaften im Staatsverband zurückzuführende Verpflichtung derselben zur Unterbringung und Verpflegung der oberamtlichen Gefangenen, die auf den Staat übernommen wurde. Dagegen wurde das Geldstrafbezugsrecht der Amtskörperschaften aufgehoben, während die von den Ortsvorstehern verhängten Geldstrafen in die Gemeindefasse fließen, soweit nicht in einzelnen Gesetzen etwas anderes bestimmt ist. Eine Dienst- und Hausordnung für die Oberamtsgefängnisse vom 1. Mai 1909 ordnete den Gefängnisbetrieb den neuen Verhältnissen entsprechend. In diesem Zusammenhang ist auch die Gefangenentransportordnung vom 21. März 1903 zu erwähnen, welche die zahlreichen und vielfach veralteten Bestimmungen durch neue, zweckmäßigere Vorschriften ersetzte und durch deren Zusammenfassung die richtige Handhabung der Transporte erleichtert.

Den Polizeibehörden, und zwar den Staats- wie den Gemeindebehörden, steht zum Zweck der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit als Landespolizeianstalt unterstützend zur Seite das Landjägerkorps, das, König und Vaterland immer treu ergeben, auf eine mehr als hundertjährige, an Verdiensten für den Staat reiche Tätigkeit zurückblickt und sich seine bewährte, militärisch organisierte Verfassung im Wechsel der Zeiten erhalten hat. Im Jahre 1807 von König Friedrich ins Leben gerufen (zuerst Landreuterkorps, 1809 Landdragonerkorps, 1811 Gendarmeriekorps, seit 1823 Landjägerkorps genannt), beruhte seine Organisation auf der Rgl. Verordnung vom 5. Juni 1823, bis die Rgl. Verordnung vom 11. Oktober 1898 die Rechtsverhältnisse auf der bisherigen Grundlage neu ordnete. Königliche Huld ward dem Korps durch die fürsorgenden Bestimmungen über die Invaliderung der Landjäger zuteil, an deren Stelle 1907 eine Ruhegehaltsgewährung und Hinterbliebenenfürsorge unter Gleichstellung mit den unteren Staatsbeamten trat. Durch die Befriedigung dieses lange gehegten Wunsches der Landjäger hat deren verantwortungsvolle Tätigkeit die verdiente Anerkennung gefunden. Die Landjägermannschaft (530), an deren Spitze ein Korpskommandeur und zwei Bezirkskommandeure mit 67 Stationskommandanten stehen, ist zurzeit auf 65 Haupt- und 350 Nebenstellen über das Land verteilt.

Trotzdem das Landjägerkorps in vieler Hinsicht eine einheitliche Durchführung polizeilicher Maßnahmen ermöglicht, machte sich bei der fortschreitenden Entwicklung des Verkehrs und der sich immer mehr spezialisierenden und besondere Fachkenntnisse voraussetzenden Tätigkeit der Polizeibehörden das Bedürfnis nach einer weiteren staatlichen Landespolizeianstalt geltend. Die in Zusammenhang hiermit gebrachte wiederholte Erörterung der Frage der Verstaatlichung der Polizei in der Hauptstadt des Landes, die

schon früher, und zwar bis 1849, in den Händen einer staatlichen Behörde (Oberpolizeidirektion, später Stadtdirektion, unter einem besonderen Residenzpolizeiministerium) lag, führte eine Änderung des bestehenden Zustandes nicht herbei. So wurde 1913 die Landespolizeizentralstelle geschaffen, die mit einem Regierungsrat und einigen weiteren für den besonderen Dienst geeigneten Beamten besetzt ist. Die neue Anstalt sichert eine einheitliche Überwachung und ein schnelles Eingreifen auf verschiedenen polizeilichen Gebieten (Spionage, Zigeunerwesen, Filmzensur für Kinematographen) und leistet als zentrale Sammel- und Auskunftstelle (Fingerabdrücke, Körpermessungen, Verbrecherphotographien) kaum mehr zu entbehrende Dienste. Die Einrichtungen der Zentrale geben ein anschauliches Bild von den neuzeitlichen, der raschen Erkennung und Ergreifung von Tätern dienenden Mitteln.

Polizeigesetze und besondere polizeiliche Einrichtungen

Nach innen und nach außen ist durch die Gesetzgebung im letzten Vierteljahrhundert die Organisation der Polizei gefestigt worden. Um so sicherer ist der Schutz, mit dem sie die öffentliche Sicherheit und Ordnung, die Eckpfeiler des Staatsgebäudes, zu stützen vermag. Maß und Art dieses Schutzes werden bestimmt durch die Kulturentwicklung, die auch die Polizeigesetze beherrscht. So war z. B. nach älteren württembergischen Vorschriften jeder angeessene Bürger verpflichtet, eine Waffenrüstung zu besitzen; im 19. Jahrhundert wurde hingegen das Recht, Waffen zu tragen, eingeschränkt (abgesehen von den einschlägigen reichsgesetzlichen Bestimmungen ist in Württemberg durch das Gesetz vom 1. Juni 1853 verboten der Besitz größerer Geschütze, das Führen von Schießwaffen durch junge Leute unter 16 Jahren, das Mitführen von Schieß-, Hieb- und Stichwaffen in Wirtshäusern, sofern nicht eine gesetzlich bestimmte Veranlassung hierzu vorliegt, ferner unterstellt das Gesetz die Schützengesellschaften und Bürgerwehren der polizeilichen Aufsicht und die Bildung organisierter bewaffneter Korps der behördlichen Genehmigung). In neuerer Zeit gehen die Bestrebungen dahin, auch dem Waffengebrauch der Landjäger Schranken zu ziehen — allerdings scheiterte der zu Anfang dieses Jahrhunderts von den Ständen gemachte Versuch einer gesetzlichen Regelung dieser Frage. Neue Erscheinungen auf den wirtschaftlichen Gebieten, technische Erfindungen, die fortschreitende Verwertung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse, umwälzende Neuerungen im Verkehr können Gefahren für die öffentliche Ordnung, Sittlichkeit und Gesundheit zeitigen, denen gegenüber die Polizei vorbeugend, hemmend oder ordnend einzuschreiten hat. Der Sinn für Ordnung durchdringt deutsches Wesen; dem schwäbischen Volk zudem hat seine politische Erziehung diesen Sinn geschärft. Wenn es eines Beweises bedurft hätte, daß die Ordnung eines unserer nationalen Güter ist, so hätte ihn der Weltkrieg voll erbracht. Die Polizei hätte die Riesenaufgabe, Verkehr, Gewerbe und Handel und

die ganze Lebenshaltung in ungewohnte und enge Fesseln zu schnüren, nicht zu lösen vermocht ohne die einsichtige Mitwirkung der Bevölkerung und die Kraft der Selbsthilfe. Daß die zahllosen kriegswirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen in Württemberg in mustergültiger Ordnung zur Durchführung gelangen, darf von König, Regierung und Volk mit stolzer Genugtuung empfunden werden.

Mit der Einführung des Reichsstrafgesetzbuches ergab sich für Württemberg die Notwendigkeit einer Neuordnung und Zusammenfassung der polizeigesetzlichen Bestimmungen. Das Polizeistrafgesetz vom 27. Dezember 1871, das diesen Zweck erfüllte, wurde durch das Gesetz vom 4. Juli 1898 neuen Verhältnissen und Anschauungen entsprechend ergänzt und abgeändert. Im übrigen ist das materielle Polizeirecht in zahlreichen Einzelgesetzen, Verordnungen und Verfügungen niedergelegt, die teils durch Reichsgesetze, teils durch das eigene Bedürfnis des Landes erforderlich wurden.

Infolge reichsgesetzlicher Regelung sind u. a. erlassen worden: die Verfügung vom 16. August 1905 über den Verkehr mit Sprengstoffen, die Eichverordnung vom 16. Mai 1912, nachdem auf Grund der Maß- und Gewichtsordnung vom 30. Mai 1908 die Rgl. Verordnung vom 27. März 1912 die Verstaatlichung des Eichwesens verfügt hatte. Vorläufig sind zwölf unter der Aufsicht der Zentralstelle für Gewerbe und Handel und der allgemeinen Dienstaufsicht der betreffenden Oberämter stehende staatliche Eichämter geschaffen worden, die mit geprüften Eich- und Obereichmeistern besetzt sind; die bewährte württembergische Einrichtung der Gemeindefacheichämter wurde beibehalten. Die früher von den Amtskörperschaften auf ihre Kosten übernommene polizeiliche und freiwillige Maß- und Gewichtsvisitation ist auf die staatlichen Eichämter und die Ortspolizeibehörden übergegangen. Die Freizügigkeit der Meßgeräte ist durch die neue Maß- und Gewichtsordnung auf das ganze Reichsgebiet ausgedehnt worden.

Während die Pressopolizei durch das Reichsgesetz vom 7. Mai 1874 noch geregelt worden ist (aus dem früheren württembergischen Recht ist nur noch die Bestimmung über die Ablieferung eines Freieremplars jeder Druckschrift an die öffentliche Bibliothek in Stuttgart übriggeblieben), ist das infolge der Erweiterung und Vertiefung parteipolitischer Bestrebungen als eine politische Tagesfrage in der Presse und in den Parlamenten lebhaft erörterte Vereins- und Versammlungsrecht erst durch das Reichsvereinsgesetz vom 19. April 1908 der einzelstaatlichen Zuständigkeit entzogen worden. Württemberg besaß bis dahin ein freies Vereins- und Versammlungsrecht, das nur durch den einzigen Artikel des Gesetzes vom 2. April 1848 über Volksversammlungen und den Art. 9 des Polizeistrafgesetzes über die Vorlegung der Statuten von Vereinen geregelt war. Durch die Vollzugsverordnung zum Vereinsgesetz vom 13. Mai 1908 und weitere ministerielle

Anordnungen ist eine Anwendung des Reichsgesetzes gesichert, die dem freiheitlichen Geist des alten württembergischen Rechts entspricht.

Auf anderen Gebieten der Polizei ist ein selbständiges Vorgehen der Einzelstaaten durch die Zuständigkeit des Reichs nicht beengt. Das gilt vor allem von der Sittenpolizei, die früher in sorgfamer Obhut der altwürttembergischen Kirchenkonvente stets ein wachsameres Auge in den Gemeinden hatte. Die Vorschriften über die bürgerliche Feier der Sonn-, Fest- und Feiertage wurden durch die Rgl. Verordnung vom 22. Mai 1895 ergänzt und neu gefaßt. Die Bestimmungen der Ministerialverfügung vom 2. Dezember 1871 über die auf 11 Uhr nachts festgesetzte Polizeistunde, die durch den Gemeinderat mit Genehmigung des Bezirksrats allgemein und dauernd verlängert oder aufgehoben werden kann, erhielten hinsichtlich des Widerrufs letzterer Anordnungen und der Zuständigkeit des Oberamts zum Einschreiten gegenüber einzelnen Wirtschaften durch die Verfügung vom 20. April 1911 eine bestimmtere Fassung. Hierher gehört auch das Lotteriegesez vom 18. August 1911, das, veranlaßt durch die aus fiskalischen Gründen vereinbarte Beteiligung Württembergs an der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie, in Anknüpfung an die früheren Vorschriften die Veranstaltung sonstiger öffentlicher Lotterien und öffentlicher Auspielungen sowie den Vertrieb von Losen auswärtiger Lotterien von der Genehmigung des Ministeriums des Innern abhängig macht und die Strafen für das Spielen in fremden, nicht zugelassenen Geldlotterien erheblich verschärft.

Einer neuen Erscheinung der modernsten Unterhaltungsvorstellung wendet sich das Lichtspielgesez vom 31. März 1914 zu, während schon die Ministerialverfügung vom 14. Dezember 1910 über die bauliche Einrichtung und den Betrieb von Kinematographen zweckmäßige Vorschriften gegeben hatte. Der Kinematograph, der sich nicht bloß in den größeren Städten, sondern selbst auf dem platten Land zu verbreiten beginnt, verleiht durch fesselnde Augenblicksbilder der Photographie Leben und Handlung und kann so als ein vorzügliches Belehrungs- und Unterhaltungsmittel dienen, aber auch durch die bildliche Darstellung von Schauer- und Schmutzgeschichten und unsittlichen Begebenheiten den Sinn für Recht, Ordnung und Sitte verwirren und insbesondere auf die Jugend verderblich einwirken. Mit seinem gesezgeberischen Eingreifen ist Württemberg den anderen Staaten vorbildlich vorangegangen. Die polizeilichen Maßnahmen bestehen nach dem Lichtspielgesez in der Filmzensur, wonach nur die von der Landespolizeizentralstelle geprüften Bildstreifen verwendet werden dürfen, und in der Befugnis der Ortspolizeibehörden, auch zugelassene Filme wegen besonderer örtlicher Verhältnisse auszuschließen, sowie in der strengeren Überwachung von Jugendvorstellungen. Nähere Anweisungen gibt die Vollzugsverfügung vom 3. Juni 1914.

Auf dem Gebiete der Fremdenpolizei ist die neue Meldopolizeiordnung vom 20. Dezember 1913 zu erwähnen, die eine Anzeige jeder

Wohnungsänderung binnen drei Tagen, die Erteilung von Abmeldebescheinigungen, die einheitliche Verwendung von Vordrucken, die Führung von Fremdenverzeichnissen durch die Wirte und von Einwohnerverzeichnissen in der Form loser Karten vorsieht. Die Verpflichtung der Arbeitgeber zur Anzeige über den Eintritt von Arbeitern und Dienstboten auf Grund der Arbeiterversicherungsgesetze wird durch die Meldepolizeiordnung nicht berührt.

Die Auffassung über die gegenüber den Landstreichern und Bettlern zu ergreifenden Maßnahmen hat im Laufe der Zeit gewechselt. Die alte Gefellensitte, auf der Landstraße zu walzen und Umschau bei den Meistern zu halten, war in Württemberg schon frühzeitig zur Landplage geworden und veranlaßte scharfe Maßnahmen, doch ohne Erfolg. Während noch Robert von Mohl in seinem Württembergischen Staatsrecht die Vaganten eine „Horde von Halbwilden“ nennt, will die Neuzeit im Geiste des Pastors von Bodelschwingh das fahrende Volk als „Brüder von der Landstraße“ behandelt wissen. In Württemberg wurde zwar schon zu Anfang der 1880er Jahre durch die Einrichtung von Naturalverpflegungsstationen und in Verbindung damit durch strenges polizeiliches Einschreiten (Ministerialerlasse vom 2. Februar 1884 und vom 21. März 1888) das Stromertum einzudämmen gesucht; aber auch dieses System versagte. Erst in den letzten Jahren ist durch die Einrichtung von Wanderarbeitsstätten, welche auf Veranlassung des Ministeriums des Innern der von der Zentralleitung für Wohltätigkeit ins Leben gerufene „Verein zur Förderung der Wanderarbeitsstätten in Württemberg“ mit Erfolg in die Hand genommen hat, erfreuliche Abhilfe geschaffen worden. Mit der mustergültigen Einrichtung des Wanderarbeitsstättenhekes hat Württemberg der in Aussicht genommenen Erlassung eines Wanderfürsorgegesetzes durch das Reich erfolgreich vorgearbeitet.

Gegenüber den bestraften Bettlern und Landstreichern, bei denen auf Überweisung an die Landespolizeibehörde durch die Gerichte erkannt worden ist, kann die Kreisregierung die Einweisung in ein Arbeitshaus verfügen, während feile Dirnen auch in eine Besserungs- oder Erziehungsanstalt oder in ein Asyl eingewiesen werden können. Über die Einrichtung und den Betrieb der Arbeitshäuser sind durch die Ministerialverfügung vom 26. März 1907 neue Vorschriften erlassen worden, um den Zweck dieser polizeilichen Nachhaft besser zu erreichen, nämlich die Insassen an eine strenge häusliche Zucht und eine geregelte Beschäftigung zu gewöhnen und sie vor dem Rückfall in einen strafbaren Lebenswandel zu bewahren. Es besteht ein Arbeitshaus für Männer in Baihingen a. d. Enz und ein solches für Weiber in Gotteszell (bis 1907 in Rottenburg), das mit der dortigen Strafanstalt in Verbindung steht. Eine andere Maßnahme der polizeilichen Für- und Vorsorge ist die Stellung unter Polizeiaufsicht, zu deren Verhängung gleichfalls die Kreisregierungen

zuständig sind; sie besteht in der Hauptsache in einer Überwachung der betreffenden Personen; durch die Ministerialverfügung vom 18. November 1902 wurde angeordnet, daß hierbei die Schutzfürsorge des Vereins für entlassene Strafgefangene die gebotene Berücksichtigung erfährt.

Völlig neugestaltet wurde im Jahre 1910 das Baupolizeirecht. Die alte Bauordnung von 1655 konnte bei der früheren Stetigkeit der Verhältnisse über zwei Jahrhunderte in Geltung bleiben; die „Neue allgemeine Bauordnung“ vom 6. Oktober 1872 vermochte knapp 40 Jahre der raschen Entwicklung aller Verhältnisse in unserem Zeitalter standzuhalten. Ihre Bestimmungen waren nicht elastisch genug, um den Anforderungen zu genügen, welche die Fortschritte der Technik, die zunehmende Industrialisierung, der steigende Wohlstand, neue Anschauungen über die gesundheitlichen Verhältnisse und die wachsende Bedeutung der sozialen Wohnungsfürsorge an das Baurecht stellten. So trat das Bedürfnis nach einer durchgreifenden Änderung der Bauordnung immer mehr hervor; nachdem schon Mitte der 1890er Jahre im Ministerium des Innern mit den Vorarbeiten begonnen worden war, kam nach langwierigen parlamentarischen Verhandlungen die Bauordnung vom 28. Juli 1910 zustande. Zu ihrem Vollzug ist eine Reihe von Ministerialverfügungen erlassen worden: die allgemeine Vollzugsverfügung vom 10. Mai 1911, die Verfügung vom gleichen Tag über den Schutz der Bauarbeiter, die eingehenden Vorschriften über die zum Schutz der Bauarbeiter gegen Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit zu ergreifenden Maßnahmen (Abdeckungen, Baugerüste, Abspriehungen, Bauhütten, Hebezeuge) erteilte; die Verfügung vom 31. August 1910 über die Einrichtung und den Betrieb von Fahrstühlen und diejenige vom 18. Dezember 1912 über Bauaufzüge.

Das neue Baugesetz knüpft an die bewährten Grundlagen und den Aufbau der früheren Bauordnung an, hält grundsätzlich fest an der in den Verhältnissen des Landes begründeten gleichmäßigen und einheitlichen Regelung des Baurechts für Stadt und Land sowie an der Baufreiheit des Grundstückseigentümers, die nur den gesetzlich festgestellten öffentlich-rechtlichen Beschränkungen unterliegt. Im einzelnen aber enthält die Bauordnung von 1910 wesentliche Neuerungen und Änderungen des bisherigen Rechts. Das Verordnungsrecht der Regierung ist auf dem durch die Bauordnung geregelten Gebiet auf die gesetzlich bestimmten Fälle beschränkt worden, während andererseits der Selbstgesetzgebung der Gemeinden bei Erlassung von Ortsbauordnungen ein erweiterter Einfluß eingeräumt wurde, insbesondere durch Aufstellung weitergehender Beschränkungen der Bauberechtigung im Rahmen des Gesetzes. Dagegen ist das Erfordernis der Genehmigung der Ortsbauordnungen durch das Ministerium des Innern geblieben, wenn auch bestimmte Voraussetzungen an die Verfassung der Genehmigung geknüpft wurden. Ebenso ist an der

Genehmigung der Aufstellung der Ortsbaupläne festgehalten worden, und zwar ist in großen und mittleren Städten das Ministerium des Innern, in den übrigen Gemeinden der Bezirksrat, wenn keine Einwände erhoben wurden, das Oberamt zuständig; es kann jedoch durch Verordnung die Zuständigkeit des Ministeriums beim Vorliegen besonderer Verhältnisse auch auf andere Gemeinden ausgedehnt werden. Im übrigen ist bei der Aufstellung der Ortsbaupläne, die unter öffentlicher Auflegung der Pläne durch die Gemeindefollegien erfolgt, gegenüber dem früher vielbeklagten Schematismus einer freieren Ausgestaltung unter Berücksichtigung der heimischen Bauweise Raum gelassen. Auch wurde die bisherige, vielfach als lästig empfundene Vorschrift, wonach bei jeder Ausführung eines neuen oder Veränderung eines bestehenden Gebäudes an einer Ortsstraße eine Baulinie festzustellen war, insbesondere für ländliche Orte eingeschränkt. Ausdrücklich wird hervorgehoben, daß bei der Gestaltung der Ortsbaupläne den Anforderungen der Gesundheit, des Verkehrs, der Feuericherheit, der wirtschaftlichen Verhältnisse der Einwohner sowie den Rücksichten auf Heimatschutz Rechnung zu tragen ist.

Neu ist die Zulässigkeit der Verhängung einer Bausperrre für die von der beabsichtigten Ausdehnung eines Ortsbauplans betroffenen Gebiete. Das bisherige schwerfällige Enteignungsverfahren ist wesentlich vereinfacht und erweitert worden. Die Bestimmungen über die Durchführung der Ortsbaupläne, die Herstellung und Unterhaltung der Straßen, die Anlegung von Privatwegen knüpfen an das frühere Recht an; jedoch ist die Befugnis der Gemeinden, die Grundeigentümer zur Bestreitung des Straßenaufwands heranzuziehen, nicht unwesentlich erweitert worden. Die Vorschriften über die Ausführung der Bauten in bezug auf Stellung und Lage, Baufestigkeit, Gesundheit, Verkehrs- und Feuericherheit enthalten im allgemeinen Mindestforderungen. In Abweichung von dem früheren Recht ist vorgesehen, daß Gebäude auch ganz oder teilweise hinter die Baulinie zurückgestellt werden können, wenn nicht durch Ortsbaufassung anderweitiges bestimmt ist. Hinsichtlich der Dichtigkeit der Bebauung wird nicht bloß Zugänglichkeit, sondern auch genügender Zutritt von Luft und Licht verlangt, zu welchem Zweck eine Flächen- und Abstandsregel aufgestellt wird.

Auch die künstlerische und ästhetische Seite, die Rücksicht auf Bau- und Naturdenkmale kommt zur Geltung, indem gefordert wird, daß künstlerisch oder geschichtlich wertvolle Bauwerke in ihrem Bestand und Gesamtbild möglichst erhalten werden sollen; ebenso dürfen eigenartige Orts-, Straßen- und Landschaftsbilder durch Neubauten, Reklameschilder und Aufschriften nicht verunstaltet werden. Die Ministerialverfügung vom 14. Januar 1912 über Baudenkmale sieht beim Vollzug dieser Vorschriften vor, daß für das Land ein Denkmalrat gebildet wird, der ein Denkmalverzeichnis führt, aus dem den Bezirken und den Gemeinden Auszüge als Bezirks- und Ortsverzeichnisse

zugestellt werden. So trägt auch die neue Bauordnung für ihren Teil dazu bei, daß der vaterländische Sinn für Heimatkunde wachgehalten wird, dessen Pflege doppelt wichtig ist in einer rasch lebenden Zeit und in einem Lande von erinnerungsreicher Vergangenheit.

Eine Lücke des bisherigen Rechts wird durch die Einführung des Baulastenbuches beseitigt, das in jeder Gemeinde zu führen und dessen Einsicht jedermann gestattet ist; in dieses Buch sind die Verpflichtungen der Grundeigentümer zu Leistungen und Beiträgen und die hinsichtlich der Überbauung übernommenen Baulasten (früher Baureverse genannt) einzutragen, womit diese als öffentlich-rechtliche Last auf dem Grundstück ruhen und auf den Nachfolger im Eigentum übergehen.

Das baupolizeiliche Genehmigungsverfahren wurde, damit es beschleunigt werden kann, vereinfacht. Die bisherige Unterscheidung zwischen anzeige- und genehmigungspflichtigen Bauten ist grundsätzlich fallen gelassen worden; die frühere Zuständigkeit des Ministeriums des Innern zur Genehmigung von Bauten im Stadtbezirk Stuttgart und von sogenannten eigentümlichen Bauwerken wurde beseitigt und die seitherige Zuständigkeit der Oberämter weitgehend den Gemeindebehörden übertragen, und zwar in allen Gemeinden, die durch einen geprüften Ortsbautechniker beraten sind, und fast unbeschränkt, wenn letzterer sich nicht mit Privatbaugeschäften befassen darf. Baudispensationen sind nach wie vor zulässig, jedoch ist das Ministerium des Innern nicht mehr ausschließlich zuständig.

Die Ortsbaupolizei wird vom Ortsvorsteher wahrgenommen, in bestimmten Fällen vom Gemeinderat. An Stelle der früheren Ortsbauschau ist der Ortsbautechniker getreten, der mindestens die Berechtigung zur Führung des Meistertitels als Maurer- oder Zimmermeister haben muß; es kann aber auch dem Oberamtsbaumeister die Beratung der Gemeinde übertragen werden. Der Oberamtsbaumeister, der von der Amtskörperschaft zu bestellen ist, die Bauwerkmeisterprüfung bestanden haben muß und dessen Wahl von dem Ministerium des Innern zu bestätigen ist, hat die Aufgabe, das Oberamt zu beraten und zu unterstützen. Die Beseitigung eines früheren Mißstands bezweckt die Vorschrift, daß der Oberamtsbaumeister private Baugeschäfte nicht übernehmen darf. Neu ist die Bestimmung, daß dort, wo eine lebhafte Bautätigkeit besteht, Bauaufseher aus dem Bauarbeiterstand zu bestellen sind, welche zur Überwachung der Sicherheit der Bauausführung und der Bauarbeiter berufen sind.

Die allgemeine Aufsicht über die Handhabung der Baupolizei steht dem Oberamt (in Stuttgart dem Ministerium des Innern), die Oberaufsicht dem Ministerium des Innern zu, das zur Beaufsichtigung der Tätigkeit der Oberamtsbaumeister und der Ortsbautechniker einen oder mehrere staatliche Aufsichtsbeamte bestellt. Die dem Ministerium des Innern obliegenden Geschäfte werden durch die Ministerialabteilung für das Hochbauwesen,

errichtet durch die Rgl. Verordnung vom 16. Dezember 1872, besorgt, und zwar werden die wichtigen Gegenstände dem Minister vorgelegt, die übrigen von dem Abteilungsvorstand unter Zuziehung des Kollegiums oder im Bureauweg erledigt. Die Abteilung besteht aus einem Direktor und einer Anzahl administrativer und technischer Räte. Die Oberämter sind der Abteilung unmittelbar untergeordnet.

Im Zusammenhang mit der Baupolizei steht die Wohnungsaufsicht, die, der sozialen Richtung unserer Zeit folgend, in Württemberg durch die Ministerialverfügung vom 21. Mai 1901 zum Zwecke der Fernhaltung und Beseitigung erheblicher, das Leben, die Gesundheit oder Sittlichkeit gefährdender Mißstände eingerichtet und durch die Verfügung vom 18. Mai 1907 auf alle Gemeinden des Landes ausgedehnt wurde. Sie erstreckt sich auf alle Wohnungen mit drei oder weniger Wohnräumen und solche, in denen Schlafgänger gegen Entgelt oder Fremde gewerbsmäßig beherbergt werden, sowie auf die Schlafgelasse der Arbeiter, Lehrlinge, Dienstboten bei den Arbeitgebern. Solche Wohngelasse sollen alle zwei Jahre durch Wohnungsinspektoren besichtigt werden; dies sind in der Regel entweder Mitglieder der Ortsfeuerchau oder die Oberfeuerschauer der Amtskörperschaft. Zur Beratung des Ministeriums des Innern, der Oberämter und der Gemeinden sowie gemeinnütziger Bauvereinigungen wurde 1909 die Stelle eines Landeswohnungsinspektors geschaffen.

Die Wohnungsaufsicht hat in Württemberg, besonders seitdem sie mehr und mehr in fachverständige Hände gelegt und eine einheitliche Durchführung gesichert wird, greifbare Wirkungen gezeitigt; wirksam arbeitet sie der Wohnungsfürsorge in die Hand, ein vielumstrittenes neuzeitliches Problem, bei dessen Lösung neben Arbeitgebern und gemeinnützigen Bauvereinigungen in erster Linie die Gemeinden zur Mitwirkung berufen sind. Nach dem Jahresbericht des Landeswohnungsinspektors vom Jahre 1912 waren in Württemberg an Kleinwohnungen für Arbeiter und Angestellte von Gemeinden, Arbeitgebern und Bauvereinigungen 1353 Gebäude mit 4160 Wohnungen bei einem Gesamtbauaufwand von rund 32 Millionen Mark erstellt, die teils als Miets-, teils als Erwerbshäuser zur Verfügung stehen. Als Geldgeberin ist in erster Linie die Versicherungsanstalt Württemberg beteiligt. Die Frage, ob durch ein Eingreifen des Reichs (Reichswohnungsgesetz) das Ziel schneller und sicherer erreicht wird, ist durch die auf breitere und stärkere Schultern zu legenden vaterländische Sorge für die heimkehrenden Krieger (Kriegerheimstätten) wieder in Fluß gekommen.

Zur Baupolizei steht in engster Beziehung die Feuerpolizei. Die Bauordnung selbst enthält hierüber eine Reihe von Vorschriften (Zugänglichkeit von Gebäuden, Verwendung von feuersicherem Material, Feuerstätten).

Hierzu ist ergangen die Ministerialverfügung vom 22. Januar 1911 über die Feuerungseinrichtungen; auch die Verfügung über die Verbrennungsmotoren vom 19. September 1913 und die Azetylenverfügung vom 20. Mai 1914 gehören hierher. In Anpassung an die neuen Verhältnisse gibt die an die Stelle der Verordnung vom 21. Dezember 1876 getretene Feuerpolizeiordnung vom 4. September 1912 zweckmäßigere Vorschriften. Die Feuerpolizei wird von der Ortsbehörde mit Unterstützung der Ortsfeuerschau gehandhabt; diese besteht aus zwei Mitgliedern, von denen eines hausachverständig sein muß; sie hat alle zwei Jahre, abwechselnd mit der Oberfeuerschau, Besichtigungen vorzunehmen. Die Hausbesitzer sind verpflichtet, alle Feuerstätten und Ramine nach Maßgabe der Vorschriften der Raminfegerordnung vom 3. Oktober 1876 reinigen zu lassen. Die Rehrbezirke werden durch den Bezirksrat bestimmt, ihre Zuweisung erfolgt in widerruflicher Weise durch das Oberamt nach Anhörung des Bezirksrats. Durch die Ministerialverfügung vom 30. November 1908 wurden den Anforderungen des Dienstes und den Interessen der Raminfeger entsprechende neue Vorschriften, insbesondere auch über die lange Zeit erörterte Leistung eines Beitrags neu angestellter Raminfeger an den bisherigen Stelleninhaber und dessen Hinterbliebene getroffen. Zur Beratung des Oberamts und der Amtskörperschaft in Feuerpolizeisachen hat diese einen Oberfeuerschauer zu bestellen, der die Bauwerkmeisterprüfung bestanden haben muß und von der Kreisregierung zu bestätigen ist.

Das Feuerlöschwesen ist auf der bewährten Grundlage der Landesfeuerlöschordnung vom 7. Juni 1885 geregelt, die durch die Gesetze vom 25. Oktober 1897 und vom 23. Juli 1910 in einigen Punkten abgeändert worden ist. In den Gemeinden, welche verpflichtet sind, die erforderlichen Einrichtungen für das Feuerlöschwesen zu treffen und zu unterhalten, sind Lösch- und Rettungsmannschaften organisiert in der freiwilligen Feuerwehr oder der Berufsfeuerwehr oder der Pflichtfeuerwehr, der, von bestimmten Ausnahmen abgesehen, alle männlichen Einwohner vom 18. bis zum 50. Lebensjahr angehören. Der vortrefflichen Organisation und Ausbildung der württembergischen Feuerwehr ist es mitzuver danken, wenn, von vier katastrophalen Brandunglücksfällen (Ilsfeld und Binsdorf 1904, Darmsheim 1907, Böhmentkirch 1910) abgesehen, ausgedehntere Brandfälle immer seltener werden. Die treue Erfüllung des Feuerwehrdienstes wird bei 25jähriger Dienstzeit durch Verleihung des Feuerwehrdienstehrenzeichens, von den wackeren Feuerwehrleuten mit Stolz getragen, anerkannt.

Des näheren wird das Feuerlöschwesen nach den örtlichen Verhältnissen durch Lokal- und Bezirksfeuerlöschordnungen geregelt. In jedem Oberamtsbezirk wird ein Bezirksfeuerlöschinspektor bestellt, der von der

Amtsversammlung gewählt und von der Kreisregierung bestätigt wird. Der Landesfeuerlöschinspektor, der zur Beratung der Zentralbehörden berufen ist und die technische Oberaufsicht über das gesamte Feuerlöschwesen führt, ist seit 1872 der Gebäudebrandversicherungsanstalt beigegeben. Zum Zweck der staatlichen Förderung des Feuerlöschwesens ist eine besondere Zentralkasse errichtet, deren Mittel, die sie aus Beiträgen der Gebäudebrandversicherungsanstalt und der privaten Feuerversicherungsgesellschaften schöpft, zur Unterstützung verunglückter Feuerwehrleute und ihrer Hinterbliebenen und zu Beiträgen an Gemeinden zu den Kosten der Feuerlösch-einrichtungen, insbesondere auch von Wasserversorgungsanlagen, bestimmt sind. An solchen Beiträgen hat die Zentralkasse seit ihrem Bestehen (1868) rund 4 800 000 M an die Gemeinden ausbezahlt. Durch diese Beitragsleistungen ist wesentlich mit erreicht worden, daß die Ausrüstung der Feuerwehr und die Feuerlösch-einrichtungen in fast allen Orten dem Stand der Technik entsprechend vervollkommenet worden sind, so daß Feuerteich und Feuereimer, wie im Zeitalter des Telephons und Telegraphen der Feuer-reiter bald nur noch der Erinnerung angehören. Die Zentralkasse wird unter der Leitung des Ministeriums des Innern oder des Vorstandes der Gebäudebrandversicherungsanstalt von einer Kommission verwaltet, der Mitglieder des Verwaltungsrats dieser Anstalt, der Landesfeuerlöschinspektor und Vertreter der Feuerversicherungsgesellschaften und der Feuerwehren des Landes angehören.

Bei Waldbränden sind, mit Rücksicht auf den hohen volkswirtschaftlichen Wert der Wälder, besondere Maßnahmen zu ergreifen. An die Stelle der veralteten Waldfeuerordnung von 1807 trat die Waldfeuerlöschordnung vom 4. Juli 1900, welche die gebotene weitergehende Verpflichtung zur Beteiligung an den Löscharbeiten und die Verteilung der Kosten und des Schadenersatzes auf Staat, Amtskörperschaft und die Beteiligten regelt.

Die Versicherung gegen Brandschaden bezweckt die Gebäudebrandversicherungsanstalt, die schon seit 1773 besteht und deren Einrichtung zurzeit auf dem Gesetz vom 14. März 1853 beruht. Die Anstalt ist eine staatlich geleitete Gegenseitigkeitsanstalt mit Beitrittszwang und Versicherungsmonopol; bei ihr sind sämtliche Gebäude des Landes mit wenigen gesetzlich bestimmten Ausnahmen gegen Feuer, Blitzstrahl und Explosion versichert. Die Gebäude, die nach dem Grad ihrer Feuergefährlichkeit in Klassen eingeteilt sind, werden nach ihrem Wert von örtlichen Schätzungskommissionen eingeschätzt, worüber in den Gemeinden Feuerversicherungsbücher geführt werden. Der Feuerschaden wird vom Oberamt unter Zuziehung von Bauverständigen abgeschätzt, während die Entschädigung selbst von dem Verwaltungsrat der Anstalt festgesetzt wird. Der Aufwand der Anstalt wird durch Umlage auf sämtliche versicherte Gebäudebesitzer gedeckt, deren Höhe jährlich durch Ministerialverfügung bestimmt wird. Die Verwaltung liegt

in den Händen eines mit den Befugnissen eines Landeskollegiums ausgestatteten Verwaltungsrats, dessen Mitglieder (drei ordentliche und zwei außerordentliche) vom König ernannt werden. Dem Verwaltungsrat sind Brandversicherungsinspektoren beigegeben, welche die Schätzungen zu überwachen und in bestimmten Fällen hierbei mitzuwirken haben. Die Oberleitung hat das Ministerium des Innern; in der Regel alle drei Jahre beruft dieses aus der Mitte der von den Amtsversammlungen bezeichneten Gebäudebesitzer eine Anzahl Vertreter der Versicherten zur Beratung allgemeiner Angelegenheiten der Anstalt. Wie lebhaft sich die bauliche Entwicklung in Württemberg in den letzten 25 Jahren gestaltet hat, beweisen folgende Zahlen: Im Jahre 1891 waren im ganzen 588 395 Gebäude mit einem Versicherungsanschlag von 2 182 936 000 *M.*, im Jahr 1915 dagegen 694 929 Gebäude mit einem Versicherungsanschlag von 4 932 369 000 *M.* bei der Gebäudebrandversicherungsanstalt versichert. Obwohl die Grundlagen des Brandversicherungsgesetzes von 1853 sich im allgemeinen bewährt haben, hat sich doch im Laufe der Jahre das Bedürfnis nach einer Abänderung der durch einzelne Gesetze übrigens vielfach durchbrochenen Brandversicherungsordnung geltend gemacht. Außerdem hat die Reichsgesetzgebung durch die Gesetze über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 und über den Versicherungsvertrag vom 30. Mai 1908 das württembergische Brandversicherungsgesetz wenn auch nicht unmittelbar berührt, so doch dessen Anpassung an reichsgesetzliche Bestimmungen im Interesse der Rechtseinheit nahegelegt. Die Regierung hat daher 1913 bei den Landständen den Entwurf eines Gebäudebrandversicherungsgesetzes eingebracht; dessen Durchberatung hat der Kriegsausbruch verhindert.

Die Neuregelung des Wasserpolizeirechts ist einer der großen gesetzgeberischen Erfolge der Regierung des jetzigen Königs. Der frühere schwankende Rechtszustand, der sich auf vereinzelte gesetzliche, zum Teil sehr alte Vorschriften, wie auf die Mühlordnung von 1729, stützte und im übrigen in der durch den Herzogsbrief von 1495 verbrieften Regalität, in dem gemeinen Recht und im altehrwürdigen Herkommen seine Quellen hatte, war unvereinbar geworden mit den Grundsätzen der Rechtsicherheit und Rechtseinheit wie mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Neuzeit. Die Neuordnung der wasserrechtlichen Verhältnisse, eine immer wiederkehrende Forderung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Kreise, wurde als eine der ersten Aufgaben nach dem Regierungsantritt König Wilhelms II. in Angriff genommen; nach mehrjährigen parlamentarischen Verhandlungen konnte der schon 1895 den Ständen vorgelegte Gesetzentwurf als Wassergesetz vom 1. Dezember 1900 verabschiedet werden. Das Gesetz, zu dem eine ausführliche Vollzugsverordnung vom 16. November 1901 ergangen ist, regelt die allgemeinen Rechtsverhältnisse der öffentlichen Gewässer, davon ausgehend, daß zu den öffentlichen Gewässern alle in natürlichem oder

künstlichem Bett ständig fließenden Gewässer gehören, ihre Benützung durch Gemeingebrauch und die darüber hinausgehende, der polizeilichen Erlaubnis unterstellte Benützung (Anbringung baulicher Anlagen, Entnahme von Kies und Sand, Einleitung von nicht einwandfreien Flüssigkeiten, Einrichtung von Fahren und Erstellung von Brücken), ferner die besonderen Nutzungsrechte einzelner, die der Verleihung durch die Kreisregierung bedürfen (Triebwerke, Bewässerungsanlagen, Bad- und Waschanstalten, Stauanlagen) sowie die Auferlegung von Zwangsverpflichtungen zur erleichterten Durchführung nützlicher Unternehmungen.

Zur Beilegung von Wasserstreitigkeiten sind Wasserschiedsgerichte für jeden Oberamtsbezirk vorgesehen, deren Anrufung im Ermessen der Beteiligten liegt. Ein besonderer Abschnitt ist der Bildung von Wassergenossenschaften gewidmet. Der Klarstellung und jederzeitigen Er-sichtlichmachung der oft verwickelten Rechtsverhältnisse dienen die Wasser-rechtsbücher, die von den Kreisregierungen geführt werden. Nach den Einträgen in diese Wasserrechtsbücher werden in Württemberg 3614 Wasserkräfte mit einem Gefäll an 15500 m und 95000 Pferdekraften ausgenützt; hierunter befinden sich 206 Elektrizitätswerke mit 29000 Pferdekraften. Auf ein Triebwerk kommen hienach durchschnittlich nur 26 Pferdekraften (von den Wasserkräften haben 55% bis zu 10, 34% bis zu 50, 6% bis zu 100, 4% bis zu 1000 und nur 0,3% über 1000 Pferdekraften). Verfügbar werden noch Wasserkräfte sein mit etwa 100000 Pferdekraften. Eine regelmäßig wiederkehrende Wasserschau sichert die Einhaltung von Vorschriften und der wasser-polizeilichen Ordnung.

In dem Wassergesetz ist die schwierige Aufgabe durch-geführt, für ein Gebiet, auf dem privates und öffentliches Recht nebeneinander herrschten, eine einheitliche und sichere Rechtsordnung zu schaffen sowie für einen billigen Ausgleich zwischen widerstrebenden Interessen die Grundlage zu bieten, die eine wirtschaftliche Ausnützung von Wasserkräften und eine Berücksichtigung der polizeilichen und sonstigen öffentlichen Interessen ermöglicht.

Sofort nach der Neuordnung des Wasserrechts stellte die königliche Thronrede vom 15. Januar 1901 eine Neugestaltung des Wegerechts in Aussicht, das noch auf der Wegeordnung von 1808 beruht, die bezüglich der Unterhaltungspflicht unterscheidet zwischen Staatsstraßen (Post- und Kom-merzialstraßen) und sonstigen öffentlichen Wegen (Nachbarschaftsstraßen, Feldwegen; bezüglich letzterer gilt das Feldwegegesetz von 1862). Zwar konnte sich die Ankündigung wegen der finanziellen Wirkungen der geplanten Neuregelung nicht so rasch erfüllen. Der in dem Ministerium des Innern ausgearbeitete umfassende Entwurf eines Weggesetzes wurde im Jahre 1914 wenige Monate vor Kriegsausbruch bei den Ständen eingebracht und

harrt noch der Erledigung. Es ist zu hoffen, daß auch dieses werdende Recht so gestaltet wird, daß unter gerechter Verteilung der Straßenbaulasten zwischen Staat, Amtskörperschaften und Gemeinden das württembergische Straßennetz seine wirtschaftlich kulturellen Zwecke, insbesondere die gesteigerten Ansprüche des neuzeitlichen Verkehrs erfüllen kann. Die frühere Idylle der Landstraßen hat der hastenden Eile des Kraftwagen- und Radfahrverkehrs weichen müssen, und dieser Entwicklung mußten auch die straßenpolizeilichen Vorschriften folgen. Den Radfahrverkehr regelt eine neue Ministerialverfügung vom 29. April 1907/18. März 1908, während der über die Landesgrenzen hinausstrebende Verkehr mit Kraftfahrzeugen eine einheitliche Regelung für das ganze Reich (Reichsgesetz vom 3. Mai 1909) erforderte und selbst internationale Übereinkommen herbeiführte. Im übrigen gelten, abgesehen von einzelnen Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs und des Polizeistrafgesetzes und einiger anderer Gesetze über die Benützung öffentlicher Straßen, noch die Vorschriften der Rgl. Verordnung vom 6. Juli 1873 mit einer unwesentlichen Abänderung durch die Verordnung vom 16. September 1900.

Straßen- und Wasserbau

Die Leitung und Verwaltung des Staatsstraßen- und Wasserbauwesens ist seit 1848 der Ministerialabteilung für Straßen- und Wasserbau übertragen, die aus einem Direktor und einer Anzahl technischer und administrativer Räte besteht und zu deren Geschäftskreis neben der Oberaufsicht über das Dienstpersonal der Straßen- und Wasserbauverwaltung insbesondere die Planaufstellung und Leitung bei Neubauten und Verbesserungen von Staatsstraßen und Brücken, die Verwaltung der staatlichen Mittel für den Flußbau und die Neckarschiffahrt, die Beratung der Gemeinden und Amtskörperschaften und die wasserpolizeiliche Beratung des Ministeriums des Innern gehört. Angegliedert sind der Abteilung ein technisches Bureau, ein Gewässeramt, ein Abwasseramt, ein Wasserkraftamt und ein Starkstromamt. Der Zentralverwaltung sind 15 Straßenbauinspektionen unterstellt, die mit einem Straßenbauinspektor und den weiter erforderlichen technischen Beamten besetzt sind und zu deren Aufgaben vor allem die Aufsicht über den Zustand der Staatsstraßen und Brücken, über das untergeordnete Dienstpersonal wie Straßenmeister (34), Walzmeister (17), Straßenwärter (811), Flußmeister (5), Flußwärter (11), ferner Planbearbeitungen und Bauausführungen und die Beaufsichtigung der mit Staatsunterstützung ausgeführten oder unterhaltenen Straßen- und Flußbauten gehört.

An das Staatsstraßennetz mit einer Länge von insgesamt 3166 km sind alle Gemeinden mit über 5000 Einwohner (Trossingen, Ul. Tuttlingen, ausgenommen) und alle Oberamtsstädte (Gerabronn ausgenommen) angeschlossen. Der Straßenbau bedarf trotz der Umwälzung des Verkehrs durch die Eisenbahnen in einem Hügelland wie Württemberg besonderer Fürsorge,

die sich denn auch in wirksamer Weise betätigt. Fast allenthalben im Lande winden sich jetzt bequeme Fahrstraßen die Berghalden hinan, wo früher Fuhrwerke mit Vorspann mühsam steile Hänge überwinden mußten. Allein in den letzten 25 Jahren wurden 148 Neubauten mit einem Aufwand von 6 Millionen Mark und 139 Verbesserungen mit einem Aufwand von 3,7 Millionen Mark ausgeführt, während für Nachbarschaftsstraßen zu Neubauten (260) und Verbesserungen (360) zusammen 6,8 Millionen Mark Staatsbeiträge gewährt wurden.

Lebhaft gestaltete sich auch die Brückenbautätigkeit. Zwei Jahre nach dem Regierungsantritt König Wilhelms II. konnte die Neckarbrücke zwischen Stuttgart und Cannstatt, mit deren Bau noch unter König Karl begonnen worden war und die 1906 mit den Standbildern der beiden Könige geschmückt wurde, als König-Karls-Brücke dem Verkehr übergeben werden. Die sich 10 m über der Talsohle hinwölbende Brücke, deren landschaftliche Umgebung sich zu einem reizvollen Gesamtbild fügt, gilt als ein Meisterwerk deutscher Brückenbaukunst; sie wurde vom Staat (Erbauer Präsident von Leibbrand) unter Beteiligung der beiden nunmehr vereinigten Städte und der Amtskörperschaft Cannstatt mit einem Kostenaufwand von 1 300 000 M. erstellt. Im Laufe der folgenden Jahre wurden weitere 114 Brücken mit einem Aufwand von 5 Millionen Mark neu gebaut und zu 61 Brückenbauten 900 000 M. Staatsbeiträge bewilligt. Besonders erwähnt sei die neue, 1903 fertiggestellte Neckarbrücke in Tübingen, die nicht nur die Verkehrsbedürfnisse der Universitätsstadt befriedigt, sondern auch als Bauwerk vermöge der architektonischen Ausgestaltung eine Zierde der Stadt bildet; die Brücke trägt als pietätvollen Schmuck das Standbild des Grafen Eberhard im Bart, des Gründers der Landesuniversität. Anziehend in ihrer Art wirkt auch die neue Brücke bei Langenargen, die einzige Hängebrücke in Württemberg, die in leicht geschwungener Kettenlinie die beiden Ufer der Argen kurz vor der Mündung in den Bodensee verbindet.

Neben Straßen- und Brückenbauten stellen Flußbauten oft schwierige technische Aufgaben; für solche wurden seit 1891 3,3 Millionen Mark aufgewendet, während an Gemeinden 5 000 000 M. Beiträge ausbezahlt worden sind. Der schon Ende der 1890er Jahre fertiggestellte Entwurf einer Flußbauordnung mußte vorläufig noch zurückgestellt werden. Eine für die Wasserwirtschaft wichtige Tätigkeit liegt dem Gewässeramt ob; es wurden seit 1891 für 188 Flüsse und Bäche eingehende Flußbeschreibungen mit genauen Gefällsaufnahmen angefertigt, die in den regelmäßig erscheinenden Verwaltungsberichten der Abteilung enthalten sind und eine reiche Ausbeute über die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse des Landes geben. Immer größere Bedeutung kommt der Abwasserbeseitigung zu; früher weniger beachtet, ist sie jetzt besonders an Orten mit industriellen Betrieben eine dringliche Aufgabe der Gemeinden geworden. Um eine sachgemäße Beratung der Gemeinden und eine zweckmäßige Ausführung von Kanalisationen und Klär-

anlagen zu ermöglichen, wurde 1907 der Abteilung ein besonderer Techniker zu diesem Zwecke beigegeben.

Die Tätigkeit des Starkstromamtes ist der polizeilichen Prüfung und Überwachung elektrischer Starkstromanlagen gewidmet. Hierüber wurden in Anpassung an den neuesten Stand der sich rasch entwickelnden Elektrotechnik durch die Ministerialverfügung vom 21. April 1913 zusammenfassende Vorschriften erteilt, die eine Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Verkehrseinrichtungen und eine Gefährdung von Leben und Gesundheit sowie Feuersgefahr verhindern sollen. Die Starkstromanlagen unterliegen einem polizeilichen Erkenntnis durch das Ministerium des Innern und werden in regelmäßigen Zwischenräumen, in der Regel alle fünf Jahre, nachgeprüft.

Eine Aufgabe von besonderer und weittragender Bedeutung wurde der Abteilung im Jahre 1903/04 gestellt mit der Übertragung der Bearbeitung eines Planes über die Schiffbarmachung des Neckars, auf dem seit 1877 die Rettenschleppschiffahrt bis Heilbronn und Lauffen als Notbehelf eingerichtet ist. Die Gestaltung der wirtschaftlichen Zukunft Württembergs, dessen blühende Leicht- und Feinindustrie Zeugnis ablegt von einem aufstrebenden Unternehmungsgeist, hängt wesentlich ab von der Eröffnung eines Großschiffahrtsweges auf dem Neckar, der den Anschluß an die deutsche Binnenschiffahrt ermöglicht. Begreiflicherweise hat diese wichtige Frage schon seit Jahren nicht bloß das lebhafteste Interesse der beteiligten Kreise und Städte auf sich gelenkt, sondern auch seitens der Regierung die wärmste Förderung gefunden, besonders seitdem das von der Abteilung ausgearbeitete Projekt dessen technische und wirtschaftliche Ausführbarkeit erwiesen hat. Bereits schien die Erreichung des Ziels durch das Reichsgesetz über den Ausbau der deutschen Wasserstraßen und die Einführung von Schiffsabgaben von 1911 in greifbare Nähe gerückt, als aus der Rheinschiffsahrtsakte von 1831 neue Schwierigkeiten abgeleitet wurden. Weiter ausgreifende Kanalpläne, die Verbindung des Neckars mit der Donau und dieser mit dem Bodensee sind inzwischen durch Vorbearbeitung von Plänen gefördert worden, während die Schiffbarmachung der Donau bis zur alten Reichsstadt Ulm im Zusammenhang steht mit den Kanalbestrebungen des bayerischen Nachbarstaates. Damit sind unter der Regierung König Wilhelms II. die Grundlagen für eine großzügige Wasserstraßenpolitik gelegt worden; möge es dem König gegönnt sein, unter seiner Regierung verwirklicht zu sehen, daß ein schiffbarer Wasserweg bis zum Herzen des Landes freie Bahn schafft für dessen wirtschaftliche Entwicklung!

Wasserversorgung

Tatkräftig und erfolgreich wird die öffentliche Wasserversorgung in richtiger Erkenntnis ihrer großen wirtschaftlichen, gesundheitlichen und feuerpolizeilichen Bedeutung durch den Staat gefördert. Trotzdem Württemberg

kein wasserreiches Land ist, manche Gegenden vielmehr geradezu wasserarm sind und die Höhenverhältnisse zumeist eine künstliche Hebung des Wassers bedingen, erfreut sich der bei weitem überwiegende Teil der Gemeinden, und zwar nicht bloß die Städte und größeren Ortschaften, sondern auch die kleinsten Landgemeinden, der Wohltat einer zentralen Wasserversorgung. Weit über die Grenzen des Landes hinaus sind die erstellten Werke durch die organische und wirtschaftliche Zusammenfassung einer Mehrzahl von Gemeinden in Gruppenwasserversorgungen vorbildlich geworden. Die gruppenweise Wasserversorgung hat sich überall da, insbesondere bei künstlicher Förderung des Wassers, als zweckmäßig erwiesen, wo eine kleinere oder größere Zahl von Gemeinden vermöge ihrer Lage sich zu einer Wassergemeinschaft zusammenschließen kann und die auf die einzelnen Gemeinden entfallenden Kosten der Herstellung und des Betriebs eines gemeinsamen Werks geringer sind als die Kosten einer Einzelanlage. Die Gruppenwasserversorgungen sind als öffentlich-rechtliche Verbände (Zweckverbände) organisiert. Die Baukosten werden in der Regel nach dem Kopf der Bevölkerung, die Betriebs- und Unterhaltungskosten nach dem tatsächlichen oder geschätzten Wasserverbrauch umgelegt.

Bahnbrechend wurde die Wasserversorgung der Schwäbischen Alb, deren zerklüftetes Kalkgestein die Niederschläge rasch versinken läßt und auf deren Höhe Regen- und Schneewasser in nicht bedenkenfreiem Zustand in sogenannten Höhlen oder Hülben nur zum notdürftigen menschlichen Gebrauch angesammelt werden konnte. Nach dem von dem Ingenieur und späteren Baudirektor Dr. von Ehm ann, dem ersten Staatstechniker für das öffentliche Wasserversorgungswesen, aufgestellten systematischen Plan wurde, nachdem im Kriegsjahr 1870 der erste Spatenstich erfolgt war, in den folgenden Jahrzehnten die Wasserversorgung der hochgelegenen Alborte durch künstliche Hebung von frischem und reichlichem Wasser aus den tief eingeschnittenen Albtälern durchgeführt.

Bis zum Jahr 1891 waren es 9, mit der zur Zeit im Bau befindlichen vorderen Uracher Albgruppe sind es 19 Gruppen, die nunmehr das ganze Albgebiet in sich schließen.

Nachdem die mustergültige Albwasserversorgung die großen Vorteile des gruppenweisen Zusammenschlusses von Gemeinden, insbesondere bei der erheblichen Unterstützung solcher Unternehmungen aus Staatsmitteln, hatte erkennen lassen, fand diese Einrichtung immer mehr Anklang. Lebhaft gestaltete sich vor allem in den letzten zwölf Jahren die Bautätigkeit; es reihte sich Werk an Werk, so daß sich jetzt ein Kranz von Wassergemeinschaften über alle Landesteile breitet. Bis zum Jahr 1891 wurden 10 Gruppenwasserversorgungen ausgeführt, jetzt sind bereits 51 solcher Werke im Betrieb, die mit einem Gesamtbauaufwand von 21 Millionen Mark erstellt wurden und 400 Gemeinden mit zusammen 275 000 Einwohnern umfassen, während zurzeit noch vier weitere Gruppenwerke im

Bau sind. Von den größeren Gruppen seien hier erwähnt: die Härdtfeld-Altbuch- (1891/93, 13 Gemeinden), Schwarzwald- (1899, 50 Gemeinden), Filder- (1905, 18 Gemeinden), Gäu- (1906, 25 Gemeinden), Heimbach- (1906, 10 Gemeinden), Befigheimer- (1907, 7 Gemeinden), Strohgäu- (1907, 7 Gemeinden), Uhinger- (1908, 10 Gemeinden), Eislinger- (1909, 8 Gemeinden), Kleiner-Heuberg- (1910, 16 Gemeinden), Sulm- (1910, 10 Gemeinden), Haslach- (1912, 6 Gemeinden) Gruppe. Die zuletzt genannte Gruppe ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie sich auf nicht weniger als 152 Wohnplätze erstreckt und mit anderen benachbarten Gruppen zeigt, wie auch in Oberschwaben, trotz seiner zahlreich zerstreuten Einzelwohnsitze, Wasserversorgungsanlagen für größere Gebiete erstellt werden können. Vielfach sind indessen die Verhältnisse für ein Zusammengehen mehrerer Gemeinden nicht geeignet; in der großen Mehrzahl werden Einzelanlagen gebaut.

Die Gruppenwasserversorgungen eingerechnet, sind nunmehr $\frac{3}{4}$ aller selbständigen Gemeinden des Landes durch Hochdruckwasserleitungen mit Trink- und Nutzwasser versorgt. Dieser kulturelle Fortschritt ist wesentlich der warmen Förderung des Wasserversorgungswesens durch den Staat zu danken. Das Rgl. Bauamt für das öffentliche Wasserversorgungswesen, an dessen Spitze ein Staatstechniker steht und dem eine Reihe von Ingenieuren beigegeben ist, hat die Aufgabe, die Gemeinden und Staatsbehörden zu beraten, Pläne und Kostenvoranschläge, und zwar für weniger bemittelte Gemeinden kostenlos, aufzustellen, bei Bauausführungen erforderlichenfalls die Bauoberleitung zu übernehmen und die erstellten Anlagen in bestimmten Zwischenräumen nachzuprüfen. Hierauf allein beschränkt sich indessen die staatliche Fürsorge nicht, die Gemeinden werden auch aus Staatsmitteln kräftig unterstützt, und zwar werden bei Einzelanlagen Staatsbeiträge bis zu 10 %, bei Gruppenwasserversorgungen, mit Rücksicht auf die größere wirtschaftliche Bedeutung solcher Unternehmungen, neben der Übernahme der Bauleitungskosten auf die Staatskasse Beiträge von 15—20 % der Baukosten gewährt. Im ganzen hat der Staat seit 1870 für Beiträge aufgewendet 6 570 000 M, wovon 4 560 000 M auf Gruppenwasserversorgungen und von letzterer Summe 3 100 000 M auf die Zeit von 1891 an entfallen. Außerdem gibt die Zentralkasse zur Förderung des Feuerlöschwesens nicht unerhebliche Beiträge zu den Wasserleitungskosten.

Die Erfolge auf dem Gebiete der öffentlichen Wasserversorgung werden gekrönt durch die staatliche Landeswasserversorgung, deren Bau nach vorausgegangenen eingehenden Untersuchungen nach den Plänen des Staatstechnikers Baurat Groß im Jahre 1912 begonnen und trotz des Krieges fortgesetzt wurde, so daß das große gemeinnützige Werk noch im Jubiläumsjahr des Königs dem Betrieb übergeben werden kann. Veranlaßt durch die der Wasserversorgung der Stadt Stuttgart und anderen benachbarten Städten erwachsenen Schwierigkeiten wurde der Bau des



von dem Ministerium des Innern auf das wärmste geförderten Unternehmens, als nach längeren Verhandlungen Verträge zwischen dem Staat und den beteiligten Gemeinden zustande gekommen waren, von den Landständen unter einmütiger Bewilligung eines Baukredits von 14 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark im Jahr 1912 gutgeheißen.

Hiernach wird die Landeswasserversorgung vom Staate gebaut und betrieben, während die angeschlossenen Gemeinden, die sich zur Abnahme bestimmter Wassermengen verpflichtet haben, dem Staate die Selbstkosten durch Bezahlung von Wasserzinsen ersetzen, wobei eine Tilgung des Anlagekapitals in 40 Jahren zugrunde gelegt ist. Der Staat erstellt die gesamte Anlage, mit Ausnahme der Ortsleitungen und Ortsbehälter und der Anschlußleitung vom Endbehälter Rotenberg nach Stuttgart. Ein aus Vertretern der angeschlossenen Gemeinden gebildeter Beirat wirkt bei dem Bau und der Verwaltung des Werkes mit.

In der breiten und langgedehnten Talniederung zwischen Langenau und Niederstotzingen, wo nur einzelne Pappelbäume und verträumtes Buschwerk im Wechsel von Wiese und Acker die Stille der Ebene umstehen und schwankender Boden den aufsprudelnden Wasserreichtum des

Erdbinnern verrät, wird für die Landeswasserversorgung quellfrisches Wasser gewonnen. Das in den Spalten der Schwäbischen Alb versickerte Wasser, das, in mächtigen, von undurchlässigen Schichten überdeckten Ries- und Sandlagern der weitgestreckten Donauniederung (446 m über Meereshöhe) sich reinigend, als Grundwasserstrom abfließt, wird durch mehrere Filterbrunnengalerien in einer Tiefe von 8—17 m gefaßt und durch eine Saugleitung zusammengeführt. Weit sichtbar erhebt sich aus der stillen Einsamkeit des Donaurieds das schmutze Gebäude der Förderstation, die das Wasser durch elektrisch angetriebene Hochdruckkreiselpumpen in einer 38 km langen, unterwegs durch mehrere Stollen führenden Druckrohrleitung zu dem 540 m hoch gelegenen Stollenbehälter Osterbuch bei Alen hebt, der 1870 m lang und 13 000 cbm fassend die Alb durchbricht. Von hier zieht sich die 60 km lange Fallrohrleitung (Guß- und Stahlröhren) mit einem lichten Durchmesser von 900 mm, deren Druck durch mehrere Zwischenbehälter ausgleichend geregelt wird, dem Albtrauf und weiter dem Remstal entlang nach dem Herzen des Landes bis zum Stollen- und Endbehälter Fellbach-Rotenberg (408 m hoch), dessen Kammern rund 18 000 cbm Wasser aufnehmen. Die Anschlußleitungen nach den einzelnen Gemeinden zweigen unterwegs und von dem Endbehälter aus ab. Die Anlage ist so gebaut, daß 800 Sekundenliter durch sie gefördert werden können. Außer der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart sind die Städte Eßlingen, Ellwangen, Feuerbach, Gmünd, Göppingen, Ludwigsburg, Waiblingen, Zuffenhausen und bis jetzt 85 Landorte, die zum Teil, wie in den Bezirken Ellwangen, Alen und Gmünd, zu größeren Gruppen zusammengeschlossen sind, sowie eine Reihe Einzelabnehmer, hierunter vor allem die Eisenbahnverwaltung, an das Werk angeschlossen. Die Landeswasserversorgung, ein Friedenswerk, über dessen Bau die schwere Zeit des Völkrieges kam, wird auch späteren Zeiten noch Zeugnis von der durch den Krieg nicht gelähmten inneren Kraft und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des württembergischen Staates geben.

Nicht die äußere Ordnung der Verhältnisse allein ist das Endziel der Staatsverwaltung; über ihren Erfolg entscheiden vielmehr die wirtschaftlichen und kulturellen Werte, die sie schafft. Hieran gemessen, war die württembergische Staatsverwaltung in den letzten 25 Jahren eine segensreiche. Nicht bloß die auf den einzelnen Verwaltungsgebieten der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und Wohlfahrt des Landes dienenden Einrichtungen, Anstalten und Organisationen bezeugen dies; sichtbare, bleibende Beweise sind vor allem die geschaffenen Kulturwerke, die auch die ferne Zukunft an die Regierungszeit König Wilhelms II. erinnern werden gleichwie Denkmale aus Granit:

sie schimmern nicht,
aber sie dauern.

B. Körperschaftsverwaltung

1. Gemeinden, Gemeindeverbände, Landarmenverbände

Die Gemeinden sind nach der Verfassungsurkunde die „Grundlagen des Staatsvereins“; sie bilden den festen Grund, auf dem das Staatsgebäude ruht. Hierin liegt der Keim, der sie zu machtvollen Gemeinwesen erblühen läßt. Nicht immer zwar waren die Gemeinden in der Entfaltung ihrer in dem Gemeinfinn der Bürger wurzelnden Kraft frei und ungehemmt. Die blühenden Städte des Mittelalters kamen gegenüber der erstarkenden Territorialgewalt der Landesfürsten, die immer mehr allgemeine Lasten auf die Gemeinden abzuwälzen suchten, in Stockung. Auch in den altwürttembergischen Stammlanden war es nicht anders. Die unantastbaren Grundrechte der Gemeinden, die Selbstverwaltung und die Beteiligung der Bürger an der Verwaltung wurden in der absolutistischen Zeit wenig beachtet. Von der früheren Vertretung der Bürgerschaft gegenüber dem aus Gericht und Rat bestehenden lebenslänglichen Magistrat, der sich selbst ergänzte, war keine Rede mehr. Aber noch waren in den schwäbischen Gemeinwesen freiheitliche Regungen lebendig, die am Ende des 18. Jahrhunderts gegen die „Oligarchie“ der Magistrate und die staatliche Bevormundung kräftig einsetzten. Die Bewegung gegen die bisherige Entwicklung kam noch mehr in Fluß, als die Verwaltung in den angegliederten neuwürttembergischen Landesteilen geregelt werden mußte, zu derselben Zeit, als in Preußen die Steinschen Reformgesetze durch Heranziehung der Bürger zur Gemeindeverwaltung die Volkskraft für die Erneuerung des daniederliegenden Staates nutzbar machten.

Die Neuordnung der Gemeindeverwaltung kam schließlich, nachdem ihr die Organisationsedikte des Jahres 1818 vorgearbeitet hatten, unter Trennung der nach dem alten württembergischen Recht vereinigten Rechtspflege und Verwaltung durch das Verwaltungsedikt vom 1. März 1822 zustande. Nach den Grundlinien dieses Gesetzes, das 85 Jahre in Kraft blieb, baut sich noch jetzt die Gemeindeverfassung auf. Im Laufe der Jahrzehnte wurde aber das Gemeinderecht, das zum Teil noch seine Quelle in der Kommunalordnung von 1758 hatte, durch zahlreiche Einzelgesetze, vor allem die Gesetze vom 6. Juli 1849 und vom 21. Mai 1891, Verordnungen und Verfügungen abgeändert und ergänzt und dadurch so unübersichtlich, daß die Mühsamkeit der Orientierung die Verwaltung erschwerte. Hierdurch und infolge der gegen einzelne Gemeindeeinrichtungen gerichteten Reformbestrebungen wurde das Bedürfnis nach einer Zusammenfassung und teilweisen Umgestaltung immer dringender. Insbesondere gab die Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher, deren Abschaffung zu einer Programmforderung der politischen Parteien wurde, den kräftigsten Anstoß zu einer

Änderung des bestehenden Zustandes. Der bei einer unbefangenen Würdigung naheliegende Standpunkt, daß die lebenslängliche Wahl des Ortsvorstehers die Stetigkeit, Autorität und die Selbständigkeit der Verwaltung sichert, trat zurück gegenüber dem politischen Gesichtspunkt, der die wiederkehrende Wahl als ein Volksrecht fordert, und gegenüber dem Bedenken, daß je nach der Persönlichkeit des Amtsinhabers Stetigkeit zum Stillstand und ein gesteigertes Macht- und Selbstgefühl zur Plage nach unten und oben werden kann.

Aus langwierigen parlamentarischen Verhandlungen ging die Gemeindeordnung und die Bezirksordnung vom 28. Juli 1906 hervor, das umfangreichste und bedeutksamste Gesetzgebungswerk der letzten Jahrzehnte. Hierzu sind die Vollzugsverfügungen vom 6. und 30. Oktober 1907 ergangen. Zwar scheute das Abgeordnetenhaus vor der von der Regierung vorgeschlagenen durchgreifenden Vereinfachung der Gemeindeverwaltung, nämlich der Abschaffung des Bürgerausschusses in den Landgemeinden einerseits und der Einführung der Magistratsverfassung in den größeren Städten andererseits, zurück. Der neben dem Gemeinderat bestehende Bürgerausschuß ist geschichtlich unmittelbar aus dem Institut der Gemeindegemeindeparlamentarier hervorgegangen, das im Jahre 1817 eine gesetzliche Grundlage erhielt und bestimmt war, gegenüber dem lebenslänglichen Magistrat ein bewegliches, die wechselnden Anschauungen der Bürgerschaft vertretendes Kontrollorgan zu bilden. Das Verwaltungsedikt und noch mehr die späteren Gesetze verwischten die ursprüngliche Bedeutung des Bürgerausschusses, indem ihm in bestimmten Fällen eine mitverwaltende Tätigkeit eingeräumt wurde. Die Gemeindeordnung hat an diesem doppelten Charakter des Bürgerausschusses nicht bloß festgehalten, sondern ihn durch Verleihung eines wenn auch beschränkten Initiativrechtes noch weiter ausgebildet. Das Zusammenwirken zweier besonderer Kollegien in allen Gemeinden, sowohl in Stadt- wie in Landgemeinden, gewählt von der Bürgerschaft nach demselben Wahlverfahren und aus demselben Personenkreis, von welchem dem einen die Vertretung und Verwaltung, dem anderen die Überwachung und eine beschränkte Mitverwaltung zukommt, ist das charakteristische Merkmal der württembergischen Gemeindeverfassung.

Im übrigen hat die Gemeindeordnung von 1906 die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden innerlich fester und einheitlicher gefügt, von veralteten Formen befreit und mit neuzeitlichen Ideen erfüllt. Vor allem brachte sie, wie die Bezirksordnung für die Amtskörperschaften, einen weiteren Ausbau der Körperschaftsverfassung und der Selbstverwaltung, indem den Gemeinden und Amtskörperschaften ein bestimmt umgrenztes, durch die früheren Gesetze nicht geregeltes örtliches Gesetzgebungsrecht (Satzungs- oder Statutarrecht) eingeräumt wurde, die Befugnisse der staatlichen Auf-

sichtsbehörden durch Gewährung eines größeren verwaltungsrichterlichen Schutzes eingeschränkt wurden, ein Selbstverwaltungsorgan, der Bezirksrat, zur Mitwirkung bei der Aufsichtsführung herangezogen und die Selbständigkeit der größeren Stadtgemeinden erweitert wurde. Eine zweckmäßigere Gestaltung erfuhren weiterhin die Anstellungsverhältnisse der Gemeindebeamten sowie das Institut der Verwaltungsaktuare (Rechnungshilfsbeamten) und das Rechnungswesen.

Mit einem ganz neuen Schritt ging Württemberg den anderen deutschen Staaten durch die Einführung der Verhältniswahl an Stelle der einfachen Listenwahl bei den Wahlen der Mitglieder der Gemeindefollegien in den großen und mittleren Städten voran. Mit Recht wurde davon abgesehen, dieses Wahlverfahren auf die übrigen Gemeinden auszudehnen, weil die Wahlen in den kleineren Gemeinden mehr Personen- als Parteiwahlen sind und das immerhin verwickelte Verfahren der Verhältniswahl sich für einfache Verhältnisse nicht eignet. Der Zweck dieses Wahlsystems, die Berücksichtigung der Minderheit, hat im übrigen in der Kommunalverwaltung eine besondere Berechtigung, da hier nicht wie bei den staatlichen Parlamentswahlen die Wahlergebnisse verschiedener Bezirke sich ausgleichen und die durch Mehrheitswahlen bewirkte völlige Ausschaltung der Minderheiten von der Gemeindeverwaltung eine gedeihliche Entfaltung des Gemeindelebens hemmen kann. In Württemberg hat die Verhältniswahl noch eine besondere Bedeutung, weil sein freisinniges Gemeindewahlrecht den größeren Vermögen und Einkommen keine Bevorzugung zugesteht.

Die neue Gemeindeordnung hat das Gemeinderecht in freiheitlichem Geiste weiterentwickelt und den Gemeinden den Spielraum gegeben, dessen sie bedürfen, um unter Wahrung ihrer Eigenart und ihrer Selbständigkeit die großen Aufgaben erfüllen zu können, die Staat und Gesellschaft, das Wirtschaftsleben und Verkehrswesen in der Neuzeit an sie stellen.

Die Neuordnung des Gemeinderechts wurde nicht ausgedehnt auf den persönlichen Gemeindeverband, das Gemeindebürgerrecht und Gemeindewahlrecht, das durch das Gesetz vom 25. Juni 1885 über die Gemeindeangehörigkeit geregelt ist. Mit der wiederholt erörterten Änderung dieses Gesetzes verbinden sich wegen der damit verflochtenen strittigen, mehr sozialrechtlichen Fragen besondere Schwierigkeiten. Das geltende Recht hält an der Bürgergemeinde fest. Das Bürgerrecht wird erworben durch Abstammung, Verehelichung, Erteilung und Anstellung. Nur die in der Gemeinde wohnenden und daselbst Steuern zahlenden 25 Jahre alten Bürger besitzen das Gemeindewahl- und Wählbarkeitsrecht. Weitere Voraussetzungen (unter anderm Bezahlung eines Einstandsgeldes) sind an die Berechtigung zur Teilnahme an Gemeindenußungen geknüpft (sogenannte Voll- oder Aktivbürger). Das Bürgerrecht kann auch bei Verlegung des Wohnsitzes erhalten werden, wenn eine jährliche Gebühr (Rekognitionsgebühr) entrichtet wird.

Die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden baut sich nach dem nunmehr geltenden Recht auf folgenden Grundlagen auf:

Die Gemeinden sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, die als Verbände zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Gemeindegemeinschaften mit dem Selbstverwaltungsrecht ausgestattet sind und einen Teil der staatlichen Hoheitsrechte innerhalb eines örtlich begrenzten Gebiets ausüben. Jeder Teil des Staatsgebiets, das in seinem ganzen Umfang 1849 in Gemeindebezirke aufgeteilt worden ist, muß einem Gemeindebezirk angehören, der aus einer oder mehreren Markungen bestehen kann. Die wachsende Ausdehnung der Städte und die mit ihrer Industrialisierung zusammenhängende Ansiedlung von Arbeitern in benachbarten Orten, denen dadurch oft große Lasten ohne Ausgleichung durch Steuerkräfte aufgebürdet werden, drängen häufig zur Änderung der Gemeindebezirke. Es sei nur erinnert an die in den letzten zwei Jahrzehnten vollzogenen Eingemeindungen der Stadt Cannstatt und der Vororte Degerloch, Gaisburg, Untertürkheim, Wangen nach Stuttgart, von Bezingen nach Reutlingen, Söflingen nach Ulm, Schnaitheim nach Heidenheim, Altenstadt nach Geislingen. Die gesetzliche Unterlage hierfür gibt die Gemeindeordnung, indem die Veränderung der Gemeindebezirke auf Grund von Vereinbarungen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden, unter Umständen zwangsweise durch Verfügung des Ministeriums des Innern oder, wenn es sich um die Vereinigung selbständiger Gemeinden handelt, durch Gesetz für zulässig erklärt wird.

Die Gemeinden werden nach der Größe der Einwohnerzahl eingeteilt in solche mit mehr als 50 000 Einwohnern (große Städte), mit mehr als 10 000 bis 50 000 Einwohnern (mittlere Städte) und die übrigen Gemeinden (kleinere Städte und Landgemeinden); letztere zerfallen in Gemeinden 1. Klasse (4000 bis 10 000 Einwohner), 2. Klasse (1000 bis 4000 Einwohner) und 3. Klasse (bis zu 1000 Einwohner). Unter den 1899 selbständigen Gemeinden gibt es zurzeit 2 große Städte (Stuttgart, Ulm), 15 mittlere Städte (Heilbronn, Eßlingen, Ludwigsburg, Feuerbach, Bussenhausen, Reutlingen, Tübingen, Schwenningen, Tuttlingen, Ebingen, Heidenheim, Gmünd, Alalen, Göppingen, Ravensburg), 42 Gemeinden 1. Klasse, 479 Gemeinden 2. Klasse und 1361 Gemeinden 3. Klasse. Die Stadteigenschaft ist eine Folge der Einreihung unter die mittleren Städte; sie kann einer Landgemeinde auch durch königliche Entschliebung verliehen werden, begründet aber keine besonderen Vorrechte. Im übrigen ist mit der Klasseneinreihung nur eine unterschiedliche Behandlung in einzelnen Verwaltungsangelegenheiten verbunden (Zahl der Mitglieder der Gemeindefollegien, Ausübung der Staatsaufsicht in einzelnen Fällen, Strafbefugnis des Ortsvorstehers); die wichtigste Abstufung ist die zwischen den großen und mittleren Städten einerseits und den übrigen Gemeinden andererseits.

Die Vertretung und Verwaltung der Gemeinden kommt dem Gemeinderat zu, der aus dem Ortsvorsteher als Vorsitzendem und je nach der

Klasse der Gemeinde aus 4 bis 42 Mitgliedern besteht, die von den wahlberechtigten Bürgern aus ihrer Mitte auf sechs Jahre in der Art gewählt werden, daß je nach zwei Jahren ein Drittel ausscheidet und durch eine Neuwahl ersetzt wird. Die Wahl erfolgt in den großen und mittleren Gemeinden nach dem Grundsatz der verhältnismäßigen Vertretung der Wähler (Proporz), wobei für den Wahlvorschlag einer Wählervereinigung abzustimmen ist, mehrere Wahlvorschläge verbunden werden können, der Wähler auch aus verschiedenen Wahlvorschlägen Personen entnehmen und auch sogenannte „Wilde“ wählen und einzelnen Bewerbern bis zu drei Stimmen geben kann. In großen und mittleren Städten können besoldete Gemeinderatsmitglieder von den Gemeindefollegien auf bestimmte Zeiträume von nicht weniger als sechs Jahre angestellt werden, die zuzüglich des Ortsvorstehers den vierten Teil der unbesoldeten Mitglieder nicht übersteigen dürfen. Der Wirkungskreis des Gemeinderats umfaßt die Vertretung der Gemeinden nach außen und die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten, insbesondere auch die Ernennung und Entlassung der Beamten und Unterbeamten sowie im staatlichen Auftrag die Mitwirkung bei der Durchführung zahlreicher Gesetze (s. auch unter Rechtspflege). In Gemeinden 1. und 2. Klasse können durch Gemeindefakung zur Erledigung einzelner Angelegenheiten Abteilungen gebildet und außerdem in allen Gemeinden zur Vorbereitung von Verhandlungen Ausschüsse bestellt werden. In den mittleren und großen Städten ist es zulässig, für einzelne Zweige der Verwaltung Kommissionen einzusetzen, in die auch Nichtmitglieder der Gemeindefollegien berufen werden können. Die Mitglieder des Gemeinderats beziehen keinen Gehalt, sie erhalten jedoch für die durch Sitzungen veranlaßte Zeitverräumnis Taggelder, und zwar in großen Städten kraft Gesetzes, in den übrigen Gemeinden auf Grund Satzungsbestimmung.

Der Bürgerausschuß wird zur Überwachung der Gemeindevverwaltung bestellt; er ist in derselben Weise und mit der gleichen Mitgliederzahl wie der Gemeinderat einschließlich des Ortsvorstehers zu wählen. Die Wahl erfolgt auf vier Jahre, alle zwei Jahre scheidet die Hälfte aus. Die Mitglieder erhalten keine Sitzungstaggelder, sondern nur eine Entschädigung für besondere Dienstverrichtungen. Vorsitzender des Bürgerausschusses ist ein aus seiner Mitte gewählter Obmann. Die überwachende Tätigkeit besteht vor allem in der Kontrolle der voranschlagsmäßigen Führung des Gemeindehaushalts und der Durchsicht der Jahresrechnung. Die mitverwaltende Tätigkeit vollzieht sich in der erforderlichen Zustimmung zu den Beschlüssen des Gemeinderats in bestimmten Angelegenheiten; der Bürgerausschuß kann jedoch auch in allen Gemeindeangelegenheiten dem Gemeinderat Vorschläge machen, über welche dieser Beschluß zu fassen hat. Bei Meinungsverschiedenheiten findet unter bestimmten Voraussetzungen eine Vereinigung beider Kollegien und Beschlußfassung im Wege der Durchzählung der Stimmen statt.

An der Spitze der Gemeindeverwaltung steht der Ortsvorsteher, der von den wahlberechtigten Bürgern auf einen Zeitraum von zehn Jahren gewählt wird. Die vor dem Tag der Verkündung der Gemeindeordnung gewählten Ortsvorsteher bleiben auf Lebensdauer gewählt, wenn sie sich nicht freiwillig einer Neuwahl unterziehen. Wählbar ist jeder Deutsche, wenn er die sonstigen Wählbarkeitsrechte besitzt, nach Zurücklegung des 25. Lebensjahres. Die Wahl bedarf der Bestätigung durch die Kreisregierung, in größeren Städten durch den König. Hat der Gewählte zwei Drittel der Stimmen erhalten, so darf die Bestätigung nur versagt werden, wenn der Disziplinarhof für Körperschaftsbeamte sich dahin ausspricht, daß Gründe vorliegen, welche die Entfernung vom Amt rechtfertigen würden. Die Bestätigung durch den König ist jedoch eine völlig freie. Der Ortsvorsteher führt den geschichtlich überlieferten Titel Schultheiß (in Städten Stadtschultheiß); der Titel Oberbürgermeister wird vom König als Auszeichnung verliehen. Dem Ortsvorsteher kommt nicht bloß die äußere Geschäftsführung und der Vorsitz im Gemeinderat zu, in seinen Händen liegt die Leitung und Beaufsichtigung der gesamten Gemeindeverwaltung, der er Richtung und Ziel gibt. Vor Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs auch mit den Geschäften der freiwilligen Gerichtsbarkeit betraut, hat er jetzt noch, soweit erforderlich, die örtlichen Geschäfte der allgemeinen Staats- und der Bezirksverwaltung zu besorgen; insofern kann er auch als unterstes Staatsorgan bezeichnet werden.

Neben dem Ortsvorsteher ist in jeder Gemeinde ein Gemeindepfleger (der altwürttembergische Burgermeister) angestellt, in großen Städten, wenn erforderlich, mehrere Stadtpfleger. Die Führung der Gemeinderatsprotokolle und die Besorgung der sonstigen Kanzleigeschäfte liegt dem Ortsvorsteher ob; es können aber hierfür in größeren Gemeinden besondere Ratschreiber aufgestellt werden. Die Gemeinden stellen im übrigen nach Bedarf weitere Beamte, insbesondere solche mit Fachkenntnissen, und Unterbeamte an.

Die sogenannte automatische Anstellung, die eine Verbesserung der Anstellungsverhältnisse bezweckt, bewirkt die von selbst eintretende Verlängerung der Dienstanstellung der Berufsbeamten nach Ablauf einer vertragsmäßig bestimmten oder einer zehnjährigen Anstellungszeit, falls nicht vorher gekündigt wird. Denselben Zweck dient die Bestimmung, daß bei einer Auflösung des Dienstverhältnisses gegen den Willen des Beamten nach einer zwanzig- oder dreißigjährigen Dienstzeit ein Ruhegehalt auf zwei Jahre oder auf Lebensdauer gewährt wird. Ähnliches gilt für Ortsvorsteher im Falle ihrer Nichtwiedewahl.

Die Disziplinarverhältnisse der Gemeindebeamten sind in Anlehnung an diejenigen der Staatsbeamten geregelt. Über die Entfernung vom Amt entscheidet der Disziplinarhof für Körperschaftsbeamte, dessen Vorsitzender ein höherer Staatsbeamter ist, während je zwei weitere Mitglieder aus der Zahl der Mitglieder des Oberlandesgerichts, der höheren

Beamten des Departements des Innern und der Körperschaftsbeamten entnommen werden. Die auf unbestimmte Zeit angestellten Beamten und die Unterbeamten können wegen grober Dienstverfehlung ohne weiteres von der Anstellungsbehörde oder durch die Kreisregierung entlassen werden. Die Amtsenthebung von Beamten, die wegen eines Gebrechens oder Schwäche der körperlichen oder geistigen Kräfte dienstunfähig geworden sind oder mehr als ein Jahr an der Verfehlung ihres Dienstes gehindert waren, regelt ein Gesetz vom 25. Juni 1894.

An demselben Tage wurde das Körperschaftspensionsgesetz erlassen, das den Beamten und ihren Hinterbliebenen die notwendige, vorher vermifzte Sicherstellung im Falle unverschuldeter dauernder Dienstunfähigkeit und des Todes brachte. Das Gesetz, das im Laufe der Jahre durch Anpassung an die Bestimmungen des Staatsbeamtengesetzes und Erweiterung des Kreises der pensionsberechtigten Personen wiederholt geändert und ergänzt wurde, hat im Jahre 1914 eine durchgreifende Änderung insbesondere durch Ausdehnung auf die Unterbeamten erfahren (Gesetz vom 7. Mai 1914). Nunmehr ist die Körperschaftspensionskasse, die eigene Rechtsfähigkeit besitzt, als Zwangsanstalt für alle hauptberuflich mit einem Gehalt von mindestens 400 M angestellten Beamten und Unterbeamten der Gemeinden, Amtskörperschaften, Landarmenverbände, Stiftungen, Orts- und Innungsrankassen bestimmt, während die Beamten und Angestellten der Kirchen- und Pfarrgemeinden, der Handels- und Handwerkskammern, der Innungen und der nicht über das Gebiet des Landes hinausreichenden Berufsgenossenschaften sowie nebenberufliche Ortsvorsteher, Verwaltungsaktuelle und Gemeindepfleger mit einem Mindestgehalt von 500 bzw. 700 M als freiwillige Mitglieder der Kasse beitreten können. Im übrigen lehnen sich die Bestimmungen über die Pensionsberechtigung eng an diejenigen des Staatsbeamtengesetzes an. Die Pensionskasse deckt ihren Aufwand aus den Beiträgen der Mitglieder (Eintrittsgeld 10 %, Jahresbeitrag 2 % der pensionsberechtigten Bezüge) und einem Zuschuß der beteiligten Körperschaften (4 % der pensionsberechtigten Bezüge) und, soweit diese Mittel nicht ausreichen, durch Umlage auf die Körperschaften. Die Verwaltung der Kasse ist einem Verwaltungsrat übertragen, der aus 16 Mitgliedern, und zwar je 4 Vertretern der Beamten, der Unterbeamten und 8 Vertretern der Körperschaften besteht und dessen Vorsitzender ein Staatsbeamter ist. Der Entwicklung der Pensionskasse entspricht die steigende Mitgliederzahl; im Jahr 1897 hatte sie 1203 Mitglieder, jetzt gehören ihr gegen 10000 Mitglieder an.

Einen weiteren Fortschritt in der Beamtenfürsorge enthält das Gesetz über die Unfallfürsorge für Körperschaftsbeamte vom 7. Mai 1914, wonach den Gemeindeangestellten aus einer der Pensionskasse angegliederten Fürsorgekasse bei Verletzung durch einen im Dienst erlittenen Unfall Ruhegehälter und den Hinterbliebenen Sterbegelder und Renten gewährt werden.

Die organische Selbständigkeit der Gemeinden ist eine Voraussetzung für die Selbstverwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten. Der wichtigste Ausfluß dieses Rechts ist die Selbstgesetzgebung, die aber der Natur der Sache nach beschränkt ist auf die den Gegenstand der Gemeindeordnung bildenden Verhältnisse der Verfassung und Verwaltung der Gemeinden. Die hierüber aufgestellten Satzungen bedürfen in den gesetzlich bestimmten Fällen der staatlichen Genehmigung, im übrigen sind sie vollziehbar, wenn sie nicht von der Aufsichtsbehörde innerhalb einer bestimmten Frist wegen Widerspruchs mit den Gesetzen oder Verletzung der Rechte Dritter oder des öffentlichen Interesses beanstandet werden.

Für die Verwaltung des Gemeindevermögens gilt als Richtlinie die Erhaltung seines Bestandes und die Vermehrung seiner Erträge. Das Geldvermögen ist verzinslich, und zwar im allgemeinen mündelsicher anzulegen, worüber die Vollzugsverfügung die erforderlichen Vorschriften erteilt. Einen besonderen Bestandteil des Gemeindevermögens bildet das Grundstockvermögen, das ungeschmälert zu erhalten ist und dessen Zu- und Abgang daher genau geregelt ist. Weitere Vorschriften bestehen für das Stiftungsvermögen. Da im Herzogtum Württemberg sich die bürgerliche und kirchliche Gemeinde deckten, waren alle Stiftungen ohne Unterscheidung ihrer Zweckbestimmung in der Heiligen- oder Stiftungspflege vereinigt, die von einem besonderen Organ, dem Stiftungsrat, verwaltet wurde. Eine Auscheidung vollzog sich erst infolge der neuen Armen- und Kirchengesetzgebung. Das jetzige Gemeindestiftungsvermögen wird vom Gemeinderat verwaltet, ist aber von dem übrigen Gemeindevermögen getrennt zu halten und nur für die Stiftungszwecke zu verwenden.

Der Gemeindehaushalt wird auf der Grundlage eines jährlichen Voranschlags über die Einnahmen und Ausgaben geführt. Nach seiner Aufstellung durch die Gemeindefollegien, für die in den kleineren Städten und Landgemeinden eine bestimmte Form vorgeschrieben ist, wird er der staatlichen Aufsichtsbehörde zur Prüfung und Vollziehbarkeitserklärung vorgelegt. Schulden dürfen nur zum Zweck der Abtragung älterer Schulden oder zur Deckung solcher notwendigen oder nützlichen Ausgaben aufgenommen werden, deren Bestreitung aus anderen Mitteln ohne Überbürdung der Steuerpflichtigen nicht möglich ist. Die Schuldauflagen wie die erforderlichen Schuldentilgungspläne bedürfen der Genehmigung der Kreisregierung. Die Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber unterliegt der Genehmigung des Ministeriums des Innern.

Das Gemeinderechnungswesen befand sich von jeher in Württemberg in der sorgsamsten Pflege besonderer Rechnungsverständiger, die zwar auf eine richtige und reinliche Buchung großes Gewicht legten, die Rechnungsführung aber mit Umständlichkeiten und mit Formen umkleideten, die nur Fachmännern bekannt waren und die Rechnungen für den Laien unübersichtlich und schwer verständlich machten. Die schon nach Erlassung des

Verwaltungsedikts in Aussicht gestellte Rechnungsinstruktion kam nicht zustande. Erst die Vollzugsverfügung zur Gemeindeordnung hat das Rechnungswesen, zwar festhaltend an der sogenannten kameralistischen Form, auf eine neue Grundlage gestellt, die eine einfache, durchsichtige und einheitliche Rechnungslegung und die Führung des Hauptbuches als Rechnung durch den Rechner selbst ermöglicht. Die frühere besondere Rechnungsstellung ist weggefallen und eine für sämtliche kleineren Städte und Landgemeinden einheitliche Rechnungsform vorgeschrieben, die auch für die Jahresvorschläge maßgebend ist. Vereinfacht wurde die Rechnungsprüfung durch die Aufsichtsbehörde, insbesondere in den großen und mittleren Städten, sowie die sogenannte Rechnungsabhör. Außerdem wurde die Anstellung der Rechnungshilfsbeamten, der Verwaltungsaktuarie, die seither von den einzelnen Gemeinden bestellt wurden, insofern gesicherter, als sie jetzt von den Amtskörperschaften unter Zuteilung bestimmter Verwaltungsbezirke angestellt werden.

Das Maß der Staatsaufsicht über die Gemeindeverwaltung, die in früheren Zeiten von einer Überspannung nicht frei war, wird nach dem Inhalt der Gemeindeordnung in der Hauptsache bestimmt durch die Sorge für die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, und zwar wird darüber gewacht, daß die Gemeindeverwaltung ihre gesetzlichen Befugnisse nicht überschreitet, bei der Geschäftsführung die gesetzlichen Vorschriften beachtet und die gesetzlich obliegenden öffentlichen Verbindlichkeiten erfüllt werden, wobei die Gemeindeordnung früher nicht gekannte Zwangsmaßnahmen (Zwangsetatistierung) für zulässig erklärt. Mehr den Charakter einer vormundschaftlichen Aufsichtsführung hat das Erfordernis der staatlichen Genehmigung der Beschlüsse der Gemeindegremien in gesetzlich bestimmten Fällen. Über die weitergehenden Aufsichtsbefugnisse auf dem Gebiete der Ortspolizei war bei der Staatsverwaltung die Rede. Gegenüber unberechtigten Eingriffen der Aufsichtsbehörde in die Selbstverwaltung haben die Gemeinden das Recht der Beschwerde, und zwar in bestimmten Fällen auch die Rechtsbeschwerde an den Verwaltungsgerichtshof, ohne die sonst erforderliche Voraussetzung der Verletzung eines Eigenrechts.

Ein besonderer Zweig der Gemeindeverwaltung ist die Armenverwaltung. Während früher die Pflicht zur Armenunterstützung in Württemberg wie in anderen Staaten auf der Heimatgemeinde ruhte, hat sie das Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz (in Württemberg seit 1. Januar 1873) auf die Unterstützungswohnsitzgemeinde übertragen. Hierzu sind in Württemberg die Ausführungsgesetze vom 17. April 1873, 2. Juli 1889 und 8. August 1907 ergangen. Die württembergische Organisation des Armenwesens hat sich bewährt. Hiernach bildet jede Gemeinde einen Ortsarmenverband, der durch die aus dem Gemeinderat unter Hinzutritt der ersten Ortsgeistlichen jeden Bekenntnisses bestehende Ortsarmenbehörde vertreten

wird. Für die Verwaltung der gesamten öffentlichen Armenpflege können auch Deputationen aus Mitgliedern der Gemeindefollegien unter Zuziehung anderer Ortseinwohner und für einzelne Zweige der Armenpflege Kommissionen sowie für einzelne Bezirke Armenpfleger bestellt werden. Der Umfang der Armenunterstützung erstreckt sich auf die Gewährung von Obdach, des unentbehrlichen Lebensunterhalts, die erforderliche Pflege in Krankheitsfällen und im Falle des Ablebens eines angemessenen Begräbnisses. Die Unterstützung erfolgt durch Abgabe von Lebensmitteln, Kleidung usw. oder durch die Unterbringung in einem Armen- oder Krankenhause (offene oder geschlossene Armenpflege). Über den Umfang der Leistungen der Ortsarmenverbände liegt eine Statistik für das ganze Land aus neuerer Zeit nicht vor. Die Verhältnisse in der Landeshauptstadt liefern einen Ausschnitt. In Stuttgart waren 1912 vorhanden 293 ehrenamtliche Armenpfleger und 34 Armenpflegerinnen, denen die Begutachtung von Unterstützungsge suchen obliegt. Der Aufwand für die geschlossene Armenpflege betrug 391 000 M., für die offene Armenpflege 99 000 M., während sich der von dem Ortsarmenverband abzüglich der Ersatzeleistungen zu tragende Gesamtaufwand auf das Armenwesen auf rund 1 Million Mark belief, d. i. 3 M 34 Pf. auf den Kopf der Bevölkerung; hiervon waren 325 000 M. aus Steuermitteln aufzubringen.

Die Verpflichtung zur Tragung der Armenlast für Landarme, d. h. solche Personen, die keinen Unterstützungswohnsitz haben, ruht auf den Landarmenverbänden, die auch bedürftigen Ortsarmenverbänden Beihilfe zu gewähren haben. In Württemberg bilden seit 1890 die vier Kreise (vorher die Oberamtsbezirke) einen Landarmenverband; die Verwaltung liegt der Landarmenbehörde ob, deren Vorsitzender von dem Ministerium des Innern bestellt wird, während die Mitglieder von den Amtsversammlungen gewählt werden; die laufenden Geschäfte besorgt ein Ausschuß. Die württembergischen Landarmenverbände sind befugt, die Kosten der Armenpflege für Geistesranke, Blödsinnige, an Epilepsie und ähnlichen Krankheiten leidende Personen, Taubstumme und Blinde unmittelbar zu übernehmen und zu diesem Zweck eigene Anstalten zu errichten. Die freiwillige Übernahme solcher Kranken hat sich durchaus bewährt; hierauf — sowie auf die teilweise zu tragenden Kosten der Fürsorgeerziehung — ist die nachhaltige Steigerung der Kreisumlagen der Landarmenverbände zurückzuführen; sie betrug im Jahr 1915 im Neckarkreis 851 000 M., im Schwarzwaldkreis 400 000 M., im Jagstkreis 220 000 M., im Donaukreis 350 000 M. Aus der Staatskasse erhalten die Landarmenverbände einen Staatsbeitrag, womit ihnen annähernd ein Drittel ihres auf gesetzlicher Verpflichtung beruhenden Unterstützungsaufwands ersetzt wird; er beträgt zurzeit für die vier Landarmenverbände zusammen 200 000 M. Die Landarmenverbände besitzen je eine Landarmenanstalt mit eigenem Wirtschaftsbetrieb, in welche Landarme eingewiesen werden. Eine besondere Aufgabe ist den Landarmenverbänden durch Übertragung der Fürsorgeerziehung (Zwangserziehung),

die durch das Gesetz vom 29. Dezember 1899/11. November 1905 in zweckentsprechender Weise geregelt wurde, zugewiesen worden. Zur Entscheidung über die Art der Unterbringung, zur Durchführung, Überwachung und Beschaffung eines Unterkommens nach der Entlassung (regelmäßig mit vollendetem 18. Lebensjahr) ist der Ausschuß der Landarmenbehörde zuständig. Die Kosten werden, soweit sie nicht von hierzu verpflichteten Personen ersetzt werden, zu einem Fünftel von dem Ortsarmenverband des Unterstützungswohnhauses, im übrigen je hälftig von dem Staat und dem Landarmenverband getragen. Im Jahr 1913 waren im ganzen Land 2162 Böglinge der Fürsorgenerziehung unterworfen, wovon die große Mehrzahl in Anstalten untergebracht ist. Der Erziehungsaufwand hat sich seit 1900 fast verfünffacht, er ist von rund 71 000 M auf 322 000 M im Jahr 1912 gestiegen, der Aufwand des Staates und der Landarmenverbände von je 28 000 M auf 126 000 M. Die württembergischen Landarmenverbände blickten im Jahr 1915 auf eine 25jährige, dem Dienst der öffentlichen Wohltätigkeit gewidmete segensreiche Tätigkeit zurück.

Nicht jede Ortschaft bildet eine selbständige Gemeinde; die kleineren Orte gehören entweder als Teilorte zu einer selbständigen Gemeinde oder sie bilden als Teilgemeinden mit anderen Teilgemeinden eine zusammengesetzte Gemeinde, wobei der Gesamtgemeinde mehr die Verwaltung der gemeinsamen, den Teilgemeinden die der örtlichen Angelegenheiten zugewiesen ist, im einzelnen aber auf Grund der aufzustellenden Satzungen und des Herkommens mancherlei Verschiedenheiten bestehen. Die Teilgemeinden, für die ein gemeinsamer Ortsvorsteher gewählt wird, haben wie die Gesamtgemeinde besondere Organe. Vorsitzender der Teilgemeinderkollegien ist in den Teilgemeinden, in denen der Ortsvorsteher nicht seinen Sitz hat, der Anwalt. Die zusammengesetzten Gemeinden, deren es 584 mit 2584 Teilgemeinden gibt, sind eine Besonderheit der württembergischen Gemeindeorganisation; sie haben häufig, besonders in Gegenden mit zerstreuten Siedlungen, einen großen Umfang.

Zurück in die Zeiten der Ursprünge der politischen Gemeinden führen die Realgemeinden, Überreste der alten deutschen Markgenossenschaft, die sich in Württemberg, besonders im Jagst- und Donaukreis, bis in die Jetztzeit erhalten haben. Sie stellen eine Art deutschrechtlicher Genossenschaft dar, die als Träger gemeinsamen, und zwar privaten Eigentums, das sonst in den Gemeinden noch als Allmand der wirtschaftlichen Nutzung der Gemeindegemeinschaften dient, auch zu Leistungen für öffentliche Zwecke verpflichtet ist. Indessen erschwert gerade dieser Umstand die Durchführung öffentlicher Einrichtungen in den politischen Gemeinden. Es war daher ein bemerkenswerter Fortschritt, daß durch Gesetz vom 28. November 1900 die Ablösung der Realgemeinderechte ermöglicht wurde. Von den im Jahr 1895/96 in 551 Orten vorhanden gewesenen Realgemeinderechten sind inzwischen 346 zur Ablösung gekommen.

Der Zersplitterung der Gemeinden in kleinere Gemeinwesen steht der allgemeine Zug der Neuzeit nach Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kräfte gegenüber, der bei Erfüllung von Gemeindezwecken in der Bildung von Gemeindeverbänden (Zweckverbänden) zur Geltung kommt. Durch diese soll die leichtere und zweckmäßigere Durchführung von Aufgaben ermöglicht werden, wozu die Kraft einzelner Gemeinden nicht ausreicht. Diesem Bedürfnis trägt das württembergische Gemeinderecht Rechnung, indem die Gemeindeordnung die Vereinigung mehrerer Gemeinden behufs besserer Erfüllung bestimmter dauernder Gemeindezwecke zu öffentlich-rechtlichen Gemeindeverbänden mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde zuläßt. Solche Verbände können außerdem nach besonderen Gesetzen, so auf dem Gebiet des Schulwesens, der Armenpflege, des Feuerlöschwesens gebildet werden.

Die Gemeindeverbände haben vor allem bei der öffentlichen Wasserversorgung (Wasserversorgungsgruppen) und neuerdings auch bei der Elektrizitätsversorgung besonderen Anklang gefunden.

Der Rahmen der Gemeindeverfassung darf die natürliche Entwicklung der Gemeinden nicht einschnüren. Die württembergischen Gemeinden haben sich dank ihrer wohlgeordneten Verwaltung und des im schwäbischen Volk immer lebendigen Bürger sinns den gewaltigen Anforderungen des letzten Vierteljahrhunderts gewachsen gezeigt. Das beweisen die kulturellen Fortschritte, die sich selbst die kleinsten Gemeinden trotz des fühlbarer werdenden Drucks der Steuerlasten zu eigen gemacht haben, sowie die von einer steigenden Leistungsfähigkeit getragene Entwicklung der größeren Gemeinden. Fast alle bedeutenderen Städte haben ihr Weichbild in den letzten Jahrzehnten weiter hinausgerückt, allen voran Württembergs schöne und kraftvoll emporsteigende Landeshauptstadt. Wie für die Finanzwirtschaft der Gemeinden die Fondsansammlung an Stelle der Schuldenwirtschaft eine bessere Grundlage schafft, so ist für eine stetige, von der Bauspekulation unabhängige räumliche Ausdehnung, insbesondere der Städte, die Erwerbung von Gemeindegrundstücken (Baugelände) wichtig. Eine gesunde gemeindliche Bodenpolitik ist weiter die Voraussetzung für eine wirksame Wohnungsfürsorge (Förderung des Kleinwohnungs wesens). Zwar handelt es sich hier um eine verhältnismäßig neue Aufgabe der Gemeinden, über deren zweckmäßigste Lösung die Auffassungen noch auseinandergehen. Trotzdem haben auch württembergische Städte zumeist im Zusammenwirken mit gemeinnützigen Bauvereinigungen auf diesem Gebiete Erfolge erzielt, wie Stuttgart, Heidenheim und in besonderer Weise die Stadt Ulm, deren fluge Bodenpolitik und tatkräftige Förderung des Kleinwohnungsbaus auf der Grundlage der weiträumigen Bebauungsweise und in der Form des mit einem Wiederkaufsrecht belasteten Erwerbshauses in weiten Kreisen Beachtung und Anerkennung gefunden hat.

Eine immer mehr beherrschende Stellung in der Gemeindegewirtschaft nehmen die technischen Betriebe ein. In wie großem Umfang in Württemberg Wasserversorgungsanlagen erstellt worden sind, wurde schon in dem Abschnitt „Staatsverwaltung“ dargelegt. Auch Anlagen zur Abwasserbeseitigung werden in neuerer Zeit mehr und mehr erstellt; so hat die Stadt Stuttgart mit einer noch während des Krieges fertiggestellten

Zusammenstellung der Elektrizitätswerke



Kläranlage ein technisch bedeutjames Werk gebaut. In einer großen Zahl von Gemeinden wurden Gaswerke errichtet. Besonders aber machte die Elektrizitätsversorgung überraschende Fortschritte. Das Jubiläumsjahr des Königs erinnert an ein denkwürdiges Ereignis vor 25 Jahren, das Staunen und Bewunderung weit über Deutschlands Grenzen hinaus erregte: die erste elektrische Kraftübertragung auf größere Entfernung wurde von dem württembergischen Neckarstädtchen Lauffen aus nach Frankfurt a. M. durch eine 170 km lange Fernleitung ausgeführt. Ungeheuer rasch hat die Elektrizität ihren Herrschaftsbereich ausgedehnt. Von der kleinen Bachmühle, die der nächsten Umgebung eben noch elektrischen Strom abgeben kann, bis zum Großkraftwerk, das weit über die früheren Vorstellungen hinaus die Kraftleistung steigert und Raumentfernungen überwindet, ist nur eine kurze Spanne. Nicht allein die Industrie und die Städte, auch Kleingewerbe, Landwirtschaft und das platte Land haben sich die Elektrizität dienstbar gemacht. Obwohl Württemberg keine großen natürlichen Kraftquellen besitzt, ist fast dem ganzen Land in wenigen Jahren durch Überlandzentralen die Elektrizität, die besonders während der Kriegszeit als Wohltat empfunden wird, zugeführt worden. Nicht weniger als 243 Elektrizitätswerke (darunter 63 zumieist kleinere Überlandzentralen) wurden erstellt, die von den 1899 selbständigen Gemeinden des Landes rund 1800 versorgen; nur 5 % der Gemeinden oder 2,8 % der gesamten Bevölkerung wird Elektrizität noch nicht geliefert. Die Überlandzentralen sind teils als private Unternehmungen (Einzelfirmen, Aktiengesellschaften, Genossenschaften), teils von körperschaftlichen Verbänden gebaut. Von letzteren ist weitaus der größte und wirtschaftlich bedeutendste der Bezirksverband „Oberschwäbische Elektrizitätswerke“, der sich auf 15 Oberamtsbezirke des Oberlandes und der Alb sowie auf fast ganz Hohenzollern erstreckt.

Auf allen Gebieten des Gemeindelebens herrschte bis zum Ausbruch des Weltkrieges ein rastloses Vorwärtstreben. Neben den neuzeitlichen Einrichtungen der Wirtschaftsbetriebe erstanden zahlreiche neue Schul- und Rathausbauten, Krankenhäuser, Badanstalten, Schlachthäuser und Wohlfahrtsanstalten. Die größten Anforderungen stellt der Krieg mit seiner Umwälzung der bestehenden Wirtschaftsverhältnisse an die Gemeinden; glänzend hat sich ihre feste Kraft auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge (Unterstützung der Kriegerfamilien und der Erwerbslosen, Sorge für die Ernährung der Bevölkerung) erprobt. Nach dem Kriege wird weise Sparsamkeit die Gemeindevirtschaft beherrschen müssen. Neue Aufgaben und Probleme werden sich aufdrängen. Die in den ernstesten Zeiten der Vergangenheit und Gegenwart gestählte Kraft und bewährte Treue des Bürgertums werden die Gemeinden, mit dem Staat und seinem Herrscherhaus fest verwachsen, befähigen, an der Erfüllung der hohen Volkszwecke erfolgreich mitzuwirken, dem sie „als die Grundlagen des Staatsvereins“ dienen.

2. Amtskörperschaften

Die Entstehung der Amtskörperschaften reicht in die ältesten Zeiten der Geschichte des württembergischen Staats zurück. Sie sind hervorgegangen aus der Vereinigung von „Stadt und Amt“, die neben der Wahrung gemeinsamer Interessen die Tragung gemeinschaftlicher Lasten (Amts- und Landschaftenordnung von 1489) bezweckte und denen ein herzoglicher Beamter (Vogt, Stabsbeamter, seit 1759 Oberamtmann) vorstand. Die Landesabgaben, die sie an die Landschaftskasse abzuliefern hatten, legten sie mit den eigenen Ausgaben auf die einzelnen Gemeinden um. Die Amtsversammlung, das Verwaltungsorgan, setzte sich nach der Kommunalordnung von 1758 zusammen aus den Schultheißen, Bürgermeistern (Gemeinderechnern), Mitgliedern des Gerichts, Stadt- und Amtsschreibern. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde die Bezirksverwaltung auf die neu erworbenen Landesteile ausgedehnt und das ganze Land im Jahr 1810 in 64 Oberamtsbezirke (63 Amtskörperschaften und der Stadtbezirk Stuttgart) eingeteilt. Die Verfassung von 1819 und das Verwaltungsedikt von 1822 haben die Amtskörperschaften als Selbstverwaltungskörper weiter ausgebildet. Im Wandel der Jahrhunderte sind die Amtskörperschaften ein fester Grundstock der durch gemeinschaftliche Interessen verwachsenen Bezirksgemeinden geblieben und eine für das ganze Land segensreiche Einrichtung geworden. Die Bezirksordnung von 1906 hat denn auch an der bewährten Grundlage der Amtskörperschaftsverfassung festgehalten; sie hat nur an die Stelle des Amtsversammlungsausschusses den Bezirksrat gestellt und im übrigen ihre Selbstverwaltung, die Anlegung des Vermögens, die Rechtsverhältnisse der Beamten und die Staatsaufsicht nach den grundlegenden Bestimmungen der Gemeindeordnung geregelt.

Die Amtskörperschaft ist nach der Bezirksordnung der zur Selbstverwaltung seiner Angelegenheiten berufene Verband der Gemeinden eines Oberamtsbezirks. Ihre Aufgabe ist die Pflege der gemeinschaftlichen Interessen der Gemeinden und ihrer Angehörigen, wobei die Bestimmung über den Umfang dieses Wirkungskreises im allgemeinen dem Ermessen der Amtskörperschaft überlassen ist. Im einzelnen gehören zu diesen Aufgaben: die Herstellung und Unterhaltung von Straßen und Brücken, Errichtung und Unterstüßung von gemeinnützigen Anstalten, Armenbeschäftigungsanstalten, Wanderarbeitsstätten, Förderung des landwirtschaftlichen und gewerblichen Schulwesens, Pflege des Gesundheitswesens, vor allem die Erstellung von Krankenhäusern. Auch können die Amtskörperschaften unter bestimmten Voraussetzungen öffentlich-rechtliche Verpflichtungen der Gemeinden übernehmen, ausgenommen das Volksschulwesen und das öffentliche Armenwesen. Unter den Leistungen für staatliche Zwecke steht an erster Stelle die Aufbringung der Staatssteuern aus Grundeigentum, Gefällen, Gebäuden

und Gewerben durch Vermittlung der Gemeinden und ihre kostenfreie Ablieferung an die Staatskasse. Im übrigen erinnert noch an ihre frühere enge Beziehung zur Landschaftskasse die Inanspruchnahme der Amtskörperschaftskasse (Oberamtspflege) als Einzugsstelle für eine Reihe von staatlichen Abgaben und Umlagen.

Oberstes Organ der Amtskörperschaft ist die Amtsversammlung, die aus dem Oberamtmann als Vorsitzenden und 20—30 Abgeordneten der Gemeinden, die von den Gemeindegremien auf 3 Jahre aus der Mitte der wahlberechtigten Bürger gewählt werden, besteht. Die kleineren Gemeinden einigen sich über eine Reihenfolge in der stimmberechtigten Vertretung. Zum Geschäftskreis der Amtsversammlung gehören alle Angelegenheiten, soweit zu ihrer Erledigung nicht der Bezirksrat oder bestimmte Beamte zuständig sind. Die Bezirksakungen werden der Kreisregierung zur Vollziehbarkeitserklärung vorgelegt.

Dem Bezirksrat (s. oben unter Staatsverwaltung) kommt die Stellung eines ständigen Ausschusses der Amtsversammlung zu; er vertritt die Amtskörperschaft nach außen und hat die laufenden Geschäfte zu besorgen.

Als Amtskörperschaftsbeamte, deren Rechtsverhältnisse wie diejenigen der Gemeindebeamten geregelt sind, werden angestellt der Oberamtspfleger, Oberamtsparkassier, Krankenhausverwalter, Verwaltungsaktuale, Oberamtsbaumeister, Oberamtsstraßenmeister, Oberfeuerhauer, Bezirksfeuerlöschinspektor, auch Ärzte und Katastergeometer. — Der Oberamtspfleger ist der allgemeine Vermögensverwalter und Rechner der Amtskörperschaft, dessen Anstellung der Bestätigung durch die Kreisregierung bedarf.

Der Aufwand der Amtskörperschaft wird in der Hauptsache — Liegenschaftsvermögen außer Anstaltsgebäuden ist in der Regel nicht vorhanden — durch Umlage auf die einzelnen Gemeinden gedeckt. Eine wichtige Einrichtung war nach dem älteren Recht die Amtsvergleiche, wonach der einzelnen Gemeinden für allgemeine Zwecke erwachsene besondere Aufwand nachträglich auf alle Gemeinden umgelegt wurde; schon seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts nur noch eine besondere Verrechnungsart darstellend, ist sie jetzt ganz beseitigt.

Wie die einzelnen Gemeinden sich zu Gemeindeverbänden, so können sich auch Oberamtsbezirke zu Bezirksverbänden zum Zwecke der besseren Erfüllung bestimmter dauernder Aufgaben mit Genehmigung des Ministeriums des Innern zusammenschließen. Bis jetzt sind zwei Bezirksverbände größeren Umfanges gebildet worden: der Bezirksverband „Oberschwäbische Elektrizitätswerke“ und der Württembergische Giroverband, der die Einführung des Überweisungsverkehrs bei den Sparkassen bezweckt.

Die Förderung der Wohlfahrt ihrer Bezirke ist diejenige Aufgabe der Amtskörperschaften, der sie in Zeiten des Niedergangs wie des Auf-

schwungs des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens gerecht worden sind. In besonderer Weise dienen sie als Träger des öffentlichen Sparwesens der Hebung des allgemeinen Wohlstands. Die OberamtsSparkassen sind gemeinnützige Einrichtungen der Amtskörperschaften, in erster Linie dazu bestimmt, den weniger bemittelten Volksklassen eine sichere Ansammlung kleiner Kapitalien zu ermöglichen. Ursprünglich als Anstalten der vorbeugenden Armenpflege gedacht, stehen sie, über diesen Zweck längst hinausgewachsen, jetzt im Dienst der Volkswohlfahrt. Gesetzliche Vorschriften über ihre rechtliche Gestaltung bestanden früher in Württemberg nicht; erst die Bezirksordnung stellte bestimmte Mindestforderungen auf, welche die über die Verhältnisse und Verwaltung der OberamtsSparkasse aufzustellende und von dem Ministerium des Innern zu genehmigende Satzung zu erfüllen hat. Der gesetzlichen Vorschrift gemäß ist eine als Sicherheitsfonds zu betrachtende Rücklage zu bilden, die dem zwölften Teil des gesamten Guthabens der Einleger gleichkommen soll. Die jährlichen Betriebsüberschüsse sind zur Hälfte der Rücklage bis zu ihrer satzungsgemäßen Höhe zuzuschlagen, im übrigen sollen sie zur Erhöhung des Zinsfußes für die Einleger oder zur Herabsetzung desjenigen für die Schuldner dienen; doch können sie auch für gemeinnützige, den Bezirksangehörigen zugute kommende Zwecke mit Genehmigung des Ministeriums des Innern verwendet werden. Als Einlagehöchstsatz, der durch die Satzung festzulegen ist, wird zurzeit durch die Aufsichtsbehörde der Betrag von 10 000 M (gegen 1000—2000 M im Jahr 1891), für öffentliche Körperschaften und gemeinnützige Anstalten und Vereine der Betrag von 20 000 M zugelassen. Der Mindestbetrag einer Einlage ist 1 M. Dadurch, daß die Geschäfte der OberamtsSparkassen auf Rechnung und Gefahr der Amtskörperschaften geführt werden und den Einlagen Mündelsicherheit zukommt, genießen diese Sparkassen unbedingtes Vertrauen der Bevölkerung, das insbesondere bei Ausbruch des Weltkrieges und während seiner langen Dauer glänzend gerechtfertigt worden ist. Dieses Vertrauen, das sich in dem starken Zufluß von Spareinlagen gerade während des Krieges bekundet, hat es ermöglicht, daß die württembergischen Sparkassen in hervorragendem Maße sich an den Krieganleihen beteiligen und so in schwerer Zeit dem Vaterlande dienen können.

Bei jedem Oberamtsbezirk besteht eine OberamtsSparkasse; die ältesten wurden in den Bezirken Ravensburg (1822) und Tettnang (1824), die jüngsten in den Bezirken Böblingen (1903) und Rottweil (1904) gegründet. Neben den OberamtsSparkassen bestehen 8 Gemeindesparkassen (Stuttgart, Ulm, Schwenningen, Feuerbach, Mühlacker, Sindelfingen, Langenau, Obermarktal), von denen bei weitem die bedeutendste die Städtische Sparkasse in Stuttgart ist (über die Württembergische Sparkasse — Landessparkasse — s. unter „Öffentliche Wohltätigkeit“). Der Württembergische Sparkassenverband, eine mehr lose Vereinigung, dient der Förderung der gemeinsamen Ziele und der Vertretung der Interessen der Sparkassen. Die öffentlichen Sparkassen in

Württemberg haben sich zwar langsam, aber gerade in den letzten 25 Jahren stetig fortschreitend entwickelt.

Die steigende Sparkraft des Landes bekunden folgende Zahlen. Der Einlagenbestand sämtlicher Sparkassen, einschließlich der Württembergischen Sparkasse (Landessparkasse), betrug Ende 1891 137 Millionen und Ende 1914 688 Millionen Mark; in dem gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Einleger von 344 000 auf 871 000.

In der richtigen Erkenntnis, daß der Sparsinn durch Erleichterungen in der Spargelegenheit am besten gefördert wird, haben die württembergischen Sparkassen neben Einrichtungen wie Schul-, Pfennigsparkassen, Heimsparbüchsen, Sparmarken und Sparautomaten vor allem die örtlichen Annahmestellen (Ortssparpfleger, Zweigstellen, Agenturen) geschaffen und weiter ausgebaut (1891 waren es 1373, 1914 schon 2447). Durch dieses weitverzweigte Netz örtlicher Sparstellen, wie es kein anderer Staat in Deutschland besitzt, werden die Spargelder gesammelt und der Sparzentrale zugeleitet, von der die Gelder für die Allgemeinheit wieder nutzbar angelegt werden. Zu dem Hauptzweck der Sparkassen, der Geldansammlung, tritt ergänzend die billige Befriedigung des Kreditbedürfnisses der Bezirksangehörigen und der öffentlichen Körperschaften. In welchem Umfang die Sparkassen als Geldgeber die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Landes beeinflussen, bezeugen die 602 Millionen Mark, die sie im Jahr 1914 in Hypotheken und Darlehen an öffentliche Körperschaften angelegt hatten.

Einer neuen Aufgabe haben sich die öffentlichen Sparkassen Württembergs neuerdings durch die im August 1916 erfolgte Gründung des Württembergischen Giroverbands zugewandt; die Pflege des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, welche der Verband bezweckt, ist von großem volkswirtschaftlichem Wert und im Weltkrieg von vaterländischer Bedeutung geworden.

So greift die Amtskörperschaftsverwaltung über ihren Bezirk hinaus, nach demselben hohen Ziele strebend, das der gesamten Verwaltung gesetzt ist, ob sie vom Staate oder den Gemeinden geführt wird, ob sie Ordnung spendet oder durch Fürsorge wirkt:

Stärkung und Mehrung der Volkskraft.

Quellen:

Winterlin, Geschichte der Behördenorganisation in Württemberg.

von Mohl, Staatsrecht des Königreichs Württemberg.

Söj, Staatsrecht des Königreichs Württemberg.

Die Zahlenangaben aus dem Geschäftskreis der Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau sowie die Karte über die Elektrizitätsversorgung verdanke ich Herrn Oberbaurat Eugenhan.

Finanzen und Steuern

Von Oberfinanzrat Dr. Otto Trüdinger

I. Die Ordnung des Staatshaushalts im allgemeinen

Die Ordnung des Staatshaushalts nach den Grundsätzen der modernen Staturwirtschaft vollzog sich im zweiten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts ungefähr gleichzeitig und im Zusammenhang mit der Regelung des Verfassungswerkes (Verfassungsurkunde vom 25. September 1819).*) Nach dem V., VI. und VII. Edikt König Wilhelms I. vom 18. November 1817 sollen als die Grundbedingungen, um in den Staatshaushalt Klarheit, Übersicht und Ordnung zu bringen, festgehalten werden: die Vereinigung der sämtlichen Einnahmen des Staats in der Staatshauptkasse, aus welcher und durch welche alle Ausgaben zu bestreiten sind; die Anerkennung des Hauptfinanzetats als Grundlage für den gesamten Staatshaushalt; die Überweisung sämtlicher Staatsrechnungen an eine Revisionsbehörde, die Oberrechnungskammer. Die Verfassungsurkunde hat noch den Grundsatz voller Offenheit gegenüber der Ständeverammlung hinzugefügt, indem sie bestimmte, daß den Ständen der Hauptfinanzetat zur Prüfung vorgelegt werden müsse (§ 111), indem sie weiter davon ausgeht, daß der Hauptfinanzetat von den Ständen anerkannt und angenommen sein müsse (§ 112), um als Nachweisung über die Notwendigkeit und Nützlichkeit der zu machenden Ausgaben und über die Unzulänglichkeit der Kammergutseinkünfte das Ansinnen einer Steuerverwilligung zu begründen, indem sie endlich, der Steuerverwilligung gleichfalls vorausgehend, den Nachweis über die Verwendung der früheren Staatseinnahmen fordert (§ 110).

Die vorgenannten Bestimmungen der Verfassungsurkunde sind heute noch in Gültigkeit. Dagegen hat die Verfassungsreform von 1906 für die Beratung und Beschlußfassung über den Hauptfinanzetat gegen früher veränderte Bestimmungen getroffen. Danach wird der Hauptfinanzetat in der Zweiten Kammer in Beratung gezogen und von ihr zunächst über die einzelnen Titel desselben Beschluß gefaßt. Die Beschlüsse der Zweiten Kammer werden sodann der Ersten Kammer zur Beratung und Beschlußfassung mitgeteilt. Hat sich dabei die Erste Kammer für Abänderung eines von der Zweiten Kammer gefaßten Beschlusses erklärt, so hat die Zweite Kammer

*) Im folgenden abgekürzt VU. = Verfassungsurkunde.

den Gegenstand einer nochmaligen Beratung und Beschlußfassung zu unterziehen. Wenn hierbei die Zweite Kammer einen von demjenigen der Ersten Kammer abweichenden Beschluß faßt, so gilt ihr Beschluß als Beschluß der Ständerversammlung. Diejenigen Steuern, deren Sätze im Wege der ordentlichen Gesetzgebung fest bestimmt sind, werden, außer im Fall der Ablehnung des Etats im ganzen, in diesen Sätzen so lange und insoweit forterhoben, als nicht beide Kammern über die Ablehnung der Steuer oder die Ermäßigung des Steuersatzes einverstanden sind. Eines übereinstimmenden Beschlusses beider Kammern bedarf es, wenn eine Steuer, für welche in einem Steuergesetz ein fester Steuersatz bestimmt ist, in einem höheren Betrag erhoben werden soll. Nach erfolgter Beschlußfassung über die einzelnen Titel des Hauptfinanzetats wird über den letzteren im ganzen zuerst in der Zweiten, dann in der Ersten Kammer abgestimmt. Wird hierbei von der Ersten Kammer der von der Zweiten angenommene Etat abgelehnt, so wird eine Zusammenzählung der bejahenden und der verneinenden Stimmen beider Kammern vorgenommen und alsdann nach der Mehrheit sämtlicher Stimmen der Ständebeschluß gefaßt. Tritt in diesem Fall Stimmengleichheit ein, so hat der Präsident der Zweiten Kammer die Entscheidung. Bei der Beschlußfassung über Aufnahme von Anlehen und über Veräußerung von Bestandteilen des Kammerguts, auch wenn sie in Verbindung mit der Beschlußfassung über den Hauptfinanzetat erfolgt, sind beide Kammern gleichberechtigt.

Der Hauptfinanzetat über den Staatsbedarf, den Ertrag des Kammerguts und die darüber hinaus noch erforderlichen Deckungsmittel, insbesondere an Steuern, wird seit 1871 je für eine zweijährige, mit ungerader Jahreszahl beginnende Periode (Finanzperiode) aufgestellt; von 1877/79 erstreckte sich der Etat wegen Überführung in den neuen Rechnungstermin — 1. April, vorher 1. Juli — auf den Zeitraum von $1\frac{3}{4}$ Jahren, und seit 1915 umfaßt er, da es wegen des Krieges unmöglich ist, die Einnahmen und Ausgaben auf zwei Jahre zu veranschlagen, als Kriegsetat nur ein einziges Jahr. Der Etat bildet einen wesentlichen Bestandteil des in Gesetzesform verkündeten Finanzgesetzes und ist ein sogenannter Nettoetat, d. h. bei den Staatsausgaben sind die damit unmittelbar zusammenhängenden Einnahmen, bei den Staatseinnahmen die damit verbundenen Ausgaben (Verwaltungs- und Erhebungskosten oder der Elementaraufwand) in Abzug gebracht. Erweisen sich im Laufe einer Finanzperiode neue Ausgaben als notwendig, so müssen Nachtragetats gefertigt und eingebracht werden, welche bei der ständischen Beratung und Beschlußfassung wie der Hauptfinanzetat zu behandeln sind.

Der Hauptfinanzetat enthält nur die Laufende Verwaltung. Dagegen umfaßt die Staatsrechnung zugleich die Restverwaltung, den Außerordentlichen Dienst und die Ergebnisse der Grundstocksverwaltung. Die Restverwaltung begreift in sich die beim Abschluß der Laufenden Verwaltung eines Jahres sich ergebenden Rassenbestände und Aktiv-

ausstände einerseits und die bare Mehrausgabe sowie die Ausgabereife andererseits, wozu dann noch die aus den früheren Jahren herrührenden Rassenbestände oder Mehrausgaben, Aktivausstände und Passivreste (soweit diese Aktivausstände und Passivreste noch nicht verwirklicht, die Rassenbestände noch nicht verbraucht und die Mehrausgaben noch nicht gedeckt sind) kommen, und bietet die willkommenen Mittel zu einmaligen Staatsaufwendungen für besondere Zwecke, z. B. zu größeren Bauwesen, auch Eisenbahnbauten und zu außerordentlichen Schuldentilgungen. Im Rechnungsjahr 1913 belief sich der Betrag der aus der Restverwaltung für „besondere Zwecke“, d. h. insbesondere zu Bauten, auch zur Unterstützung von Unwetterbeschädigten und des durch die Fehljahre betroffenen Weingärtnerstandes verwendeten Gelder auf 2305319 M. Streng genommen müßte über die Mittel der Restverwaltung als „frühere Staatseinnahmen“ im Sinne von § 110 V.-U. verfügt sein, ehe neue Steuern verwilligt werden; im Gegensatz zu dieser Verfassungsbestimmung hat sich aber bei den Landständen die Übung eingeschlichen, zunächst ohne Rücksicht auf die Restmittel die neuen Steuern zu verwilligen und dann erst über die Restmittel zu verfügen. In dem „Außerordentlichen Dienst“ werden die Einnahmen aus den Geldern der Staatsanlehen und die weitere Verwendung dieser Gelder nachgewiesen. In der „Grundstocksverwaltung“ werden die für veräußerte Bestandteile des Staatskammerguts und aus Ablösungen von Verbindlichkeiten eingehenden Gelder sowie die Zahlungen für neue Erwerbungen zu demselben verrechnet; im Rechnungsjahr 1913 betrugen die eingegangenen Gelder 2199123 M., die für neue Erwerbungen, für Ablösungen von Verbindlichkeiten und für Bauten (auch Eisenbahnbauten) bezahlten Gelder 1084418 M.

Zum Zweck der den Ständen zustehenden Prüfung der richtigen, der Verabschiedung angemessenen Verwendung der verwilligten Steuern (§ 110 V.-U.) werden ihnen die abgeschlossenen Staatsrechnungen und außerdem seit 1877/78 gedruckte Nachweisungen der Rechnungsergebnisse übergeben. Die ständische Rechnungsprüfung ist nach der Natur der Sache eine ganz summarische; sie wurde früher zumeist von dem Ständischen Ausschuß (auf Grund von § 188 Abs. 2 V.-U.) vorgenommen; seit 1874/75 erfolgt sie durch die Finanzausschüsse der beiden Ständekammern. Durchaus selbständig wird die administrative Rechnungs- und Rassenkontrolle ausgeübt, welche der Oberrechnungskammer (und für den Geschäftskreis des Steuerkollegiums und der Bergdirektion diesen Behörden) übertragen ist. Mehr und mehr hat sich im Laufe der Zeit die Überzeugung durchgesetzt, daß das Kontrollerecht der Stände, so wie es tatsächlich ausgeübt wird, keinen seiner Bedeutung entsprechenden praktischen Inhalt gefunden hat. Denn eine sachgemäße Erledigung der Prüfung setzt nicht nur eine gründliche, ins einzelne gehende Kenntnis der Verwaltung und eine vollständige Beherrschung der sämtlichen auf das Staatsrechnungswesen sich beziehenden

gesetzlichen und Verwaltungsvorschriften, sondern insbesondere auch eine genaue Kenntnis der Technik des Staatsrechnungswesens voraus, Erfordernisse, die im allgemeinen nur nach längerer Beschäftigung mit diesem Gegenstande erworben werden können. Die Erkenntnis dieser Tatsache hat zu der von der Ersten wie auch von der Zweiten Kammer wiederholt gestellten Forderung geführt, daß auch in Württemberg nach dem Beispiel in mehreren anderen deutschen Staaten eine von der Staatsverwaltung unabhängige Behörde errichtet werde, der die Aufgabe zufallen würde, die Tätigkeit der Stände in Beziehung auf die ihnen zustehende Kontrolle des Staatshaushalts (Staatskontrolle) zu erleichtern und zu unterstützen. Die württembergische Regierung hat dieses Verlangen als berechtigt anerkannt und am 12. Juni 1913 den Ständen einen Gesetzentwurf, betreffend den Rechnungshof, vorgelegt. Gleichzeitig hat die württembergische Staatsregierung, da bis jetzt ein kodifiziertes Statrecht (Statgesetz, d. h. Gesetz über die Verwaltung der Staatseinnahmen und Staatsausgaben) nicht besteht und der Wunsch nach einer allgemeinen gesetzlichen Regelung über Einrichtung, Führung und Kontrolle des Staatshaushalts immer lebhafter erhoben wurde, den Ständen einen Gesetzentwurf, betreffend den Staatshaushalt, vorgelegt, der eine einheitlichere Gestaltung des Staatshaushalts (durch Vereinigung der Restverwaltung, des Außerordentlichen Dienstes und der Laufenden Verwaltung im Etat) sowie eine klarere Darstellung der wirklichen Ergebnisse des Staatshaushalts bezweckt. Bis jetzt sind die beiden Gesetzentwürfe nicht verabschiedet worden; es ist aber anzunehmen, daß sie in den nächsten Jahren Gesetzeskraft erlangen werden, womit langgehegte Wünsche der Volksvertretung eine Erfüllung finden werden.

Die Leitung des Staatshaushalts nach allen seinen Seiten und die oberste Aufsicht über die gesamte Verwaltung des Staatsvermögens und des Staatseinkommens (mit Ausnahme desjenigen aus den Verkehrsanstalten), ferner die Verwaltung des Hochbauwesens für sämtliche Staatsverwaltungszweige (ausgenommen die Verkehrsanstalten und einige wenige auf besondere Baufonds angewiesene Staatsanstalten) sowie die Aufsicht über das Stat-, Rassen- und Rechnungswesen des Staats hat das Finanzministerium. Ihm steht auch — eine württembergische Besonderheit — die in anderen Staaten in der Regel dem Ministerium der inneren Angelegenheiten übertragene Aufsicht über die allgemeine Statistik zu. Die Verwaltung des Staatsschuldenwesens dagegen ist den Ständen zugewiesen (s. u.).

Unter dem Finanzministerium stehen 6 Mittelstellen, nämlich das Steuerkollegium, bestehend aus zwei selbständigen Abteilungen, einerseits für die direkten Steuern, andererseits für die indirekten Landessteuern, die Zölle und die Reichsteuern, die Oberrechnungskammer (s. o.), die Staatskassenverwaltung, d. i. die Zentralstelle zur Verwaltung der Staatshauptkasse, in welcher die gesamte Einnahme und Ausgabe des Staates

vereinigt ist, und zugleich die Landesbehörde für die staatliche Klassenlotterie, die Bau- und Bergdirektion zur Verwaltung des Staatseigentums an Gebäuden, Domänen und einzelnen Grundstücken, soweit sie nicht anderen Behörden übertragen ist, zur Leitung des Bauwesens jeder Art an den Staatsgebäuden, soweit nicht besondere Ausnahmen, wie namentlich bezüglich der Verkehrsanstalten und einiger anderer Staatsanstalten, bestehen, sowie zur Verwaltung der kgl. Münze, der Bergwerke, Hüttenwerke und Salinen des Staats und der Badanstalt Wildbad, die Forstdirektion zur Verwaltung der Staatswaldungen, der Staatsjagden, der staatlichen Seen und Fischwasser und eines Teils der einzelverpachteten Staatsgüter, zur Aufsicht über die Handhabung der Forstpolizei in den Staats- und Privatwaldungen und zur leitenden Fürsorge für die Floßstraßen, soweit solche der Finanzverwaltung obliegt, endlich das Statistische Landesamt für die Statistik, Topographie (Landesbeschreibung und Landkarten, auch geologische Landesaufnahme) und Meteorologie.

Die Bezirksverwaltung gliedert sich in vier Zweige: für die Forstverwaltung 147 Forstämter, für die Bau- und Bergverwaltung 14 Bezirksbauämter, 6 Hüttenwerke, 4 Salinen und die Badverwaltung Wildbad, für die Verwaltung der Zölle, der Salz-, der Zucker- und der Tabaksteuer die 4 Hauptzollämter, endlich für die gesamte übrige Finanzverwaltung, nämlich für das Domänenwesen (soweit nicht, was bezüglich der staatlichen Seen und Fischwasser und eines Teils der einzelverpachteten Staatsgüter seit 1. April 1911 der Fall ist, die Verwaltung durch die Forstämter erfolgt), für die Steuerverwaltung, soweit sie nicht den Hauptzollämtern zugewiesen ist, und für den gesamten staatlichen Rassen dienst in der Bezirksinstanz (abgesehen von demjenigen der Verkehrsanstalten, der Gerichtskassen und der oberamtlichen Ranzleikassen) die 65 Kameralämter und das Hauptsteueramt Stuttgart.

II. Das Staatsvermögen, die Staatsschulden, die Staatsausgaben und die Staatseinnahmen

Staatsvermögen

Das Staatsvermögen wird durch folgende Hauptbestandteile gebildet:

1. Das Staatskammergut, das zu unterscheiden ist von dem Krongut, d. i. dem Vermögen der Krondotation oder dem „Grundvermögen der Zivilliste“, einem für den Gebrauch des Königs und den Bedarf der Hofhaltung bestellten, teils aus dem Kammergut, teils aus dem ererbten Vermögen des Königs und der königlichen Familie ausgeschiedenen „Familienfideikommiß“, sowie auch von dem im Privateigentum der königlichen Familie stehenden Hofkammergut (§ 102, 108 V.-U.). Das Staatskammergut soll (§ 107 V.-U.) in seinem wesentlichen Bestande erhalten werden, kann daher ohne Einwilligung der Stände weder durch Veräußerung vermindert, noch mit

Schulden oder sonst mit einer bleibenden Last beschwert werden. Als eine Verminderung des Kammerguts ist es jedoch nicht anzusehen, wenn zu einer entschieden vorteilhaften Erwerbung ein Geldanlehen aufgenommen oder zum Vorteil des Ganzen eine Veräußerung oder Austausch einzelner minder bedeutender Bestandteile desselben vorgenommen wird. Es muß aber den Ständen in jedem Jahr eine genaue Berechnung über den Erlös aus solchen Veräußerungen und über dessen Wiederverwendung zum Grundstock vorgelegt werden (§ 107 V.-U.).

Die wichtigsten Bestandteile des Staatskammerguts sind:

a) Die Staatswaldungen. Die Staatswaldfläche betrug (nach der Statistik der Bodenbenutzung) im Jahre 1893 186 657 ha, im Jahr 1913 188 124 ha, d. i. 31,1 % oder nicht ganz $\frac{1}{3}$ der Gesamtwaldfläche des Landes und 9,7 % oder annähernd $\frac{1}{10}$ der Grundfläche des Königreichs. Von der Staatswaldfläche war im Jahr 1913 nicht ganz $\frac{1}{3}$, nämlich 56 478 ha = 30 % Laubholz-, mehr als $\frac{2}{3}$, nämlich 131 646 ha = 70 %, Nadelholzwald. Der Hochwaldbetrieb ist im Laub- wie im Nadelholzwald die Regel. Der Holz-ertrag auf der Staatswaldfläche von 188 124 ha betrug im Wirtschaftsjahr 1912 nach den besonderen statistischen Erhebungen vom Jahr 1913 770 910 fm Nutholz (57 474 fm Laub-, 713 436 fm Nadelholz), 396 358 fm Brennholz (235 495 fm Laub-, 160 863 fm Nadelholz), 194 912 fm Stoc- und Reisholz. Nachstehende, den von der Kgl. Forstdirection herausgegebenen „Forststatistischen Mitteilungen“ entnommene Zahlen geben ein Bild darüber, wie sich im Laufe der letzten 60 Jahre die Roherträge aus den Staatswaldungen, die Ausgaben und die Reinerträge gestaltet haben.

Staatswaldungen	1853	1891	1912
	fm	fm	fm
Verholzungsanfall im ganzen	708697	882536	1178948
auf 1 ha	3,83	4,55	5,91
Gesamtbetrag der Einnahmen	<i>M</i> 4033852	<i>M</i> 10782251	<i>M</i> 21265690
darunter Holzzertrag im ganzen	3714564	10372120	20234070
auf 1 fm	5,24	11,75	17,16
„ Erlös aus Nebennutzungen	70243	285538	758394
„ Einnahmen aus der Jagd	6694	63120	160428
Gesamtbetrag der Ausgaben	2184405	4711472	7925791
darunter Aufwand für das Verwaltungs- und Schutzpersonal	—	1361931	1883624
„ Kulturkosten	156407	355832	674226
„ Wegbaukosten	128585	641150	1052065
„ Holzhauerlöhne	796885	1616182	2900768
„ Steuern	—	389319	930151
„ Holzberechtigungen	—	89091	123566
„ Ausgaben auf die Jagd	—	36956	38961
Betrag der Ausgaben in % der Bruttoeinnahmen	<i>o</i> / _o 54,1	<i>o</i> / _o 43,7	<i>o</i> / _o 37,3
Reinertrag im ganzen	<i>M</i> 1849447	<i>M</i> 6070779	<i>M</i> 13339899
auf 1 ha	10,00	31,29	66,92
auf 1 fm Verholzungsanfall	2,61	6,88	11,31

Diese Zahlen lassen deutlich erkennen, welche wichtige Stellung den Staatswaldungen, deren Erträge, nicht zum wenigsten dank der verständnisvollen und hingebenden Arbeit der Organe der Staatsforstverwaltung, in stetiger Steigerung begriffen sind (Zunahme des Verbbolzansfalls von 1891 bis 1912 um 33,6 %, demnach um mehr als $\frac{1}{3}$), im Staatshaushalt zukommt. Bei Unterstellung eines „forstlichen“ Zinsfußes von 3 % gelangt man zu einem Gesamtrentierungswert der Staatswaldungen im Jahre 1912 von 445 Millionen Mark gegen 200 Millionen Mark im Jahre 1891. Berücksichtigt man weiterhin die erheblichen, in die Millionen gehenden und ebenfalls stetig steigenden Summen, die jahraus, jahrein durch die Holzhauerlöhne, durch die Kultur- und Wegbaukosten vielen Familien des Landes zufließen, so erhellt daraus auch die große sozialpolitische Bedeutung des Staatswaldbesitzes.

Unter dem Ertrag aus den Staatswaldungen ist auch inbegriffen der Ertrag aus den oberbayerischen Torffeldern (im Rechnungsjahr 1913 15 900 cbm Brenntorf und 62 000 Ztr. Torfstreu und Torfmüll mit einem Erlös von 128 700 M) und aus sonstigen forstlichen Nebennutzungen.

b) Die landwirtschaftlich benutzten Domänen und einzelnen Grundstücke, am 1. April 1892 rund 10 091 ha und abzüglich der Wege und Hofräume 9873 ha, darunter 9161 ha bebaute Fläche und nach der Art der Verpachtung 4406 ha Meiereien mit 164 553 M Pächtertrag und 5467 ha einzelne Güter mit 483 640 M Pächtertrag, insgesamt 648 193 M Pächtertrag oder auf 1 ha 65,6 M; am 1. April 1910 rund 9559 ha und abzüglich der Wege und Hofräume 9312 ha, darunter 8514 ha bebaute Fläche und nach der Art der Verpachtung 4367 ha Meiereien (29 mit 2520 ha an Private, 4 mit 439 ha an die 4 Ackerbauschulen, 10 mit 1408 ha zu Staatszwecken) mit 148 349 M Pächtertrag und 4945 ha einzelne Güter mit 428 337 M Pächtertrag, insgesamt 576 686 M Pächtertrag oder auf 1 ha 61,9 M. Die Verminderung der Fläche der Staatsgüter rührt teils von Verkäufen, teils von Aufforstungen her.

c) Die sechs Hüttenwerke (Abtsgmünd, Friedrichstal, Königsbrunn, Ludwigstal, Wasseralfingen, Wilhelmshütte); Grundkapital (am 31. März 1914) 3 123 100 M, Betriebskapital 4 349 600 M, Absatz im Rechnungsjahr 1891 62 578 dz Gußwaren, 41 470 dz Schmied- und Walzeisen, 37 dz Roheisen und Hammerzeug, 324 722 Stück Sensen, Strohmesser, zusammen mit einem Erlös von 4 647 800 M, im Rechnungsjahr 1913 137 726 dz Gußwaren, 51 678 dz Stabeisen und Stahl, 4007 dz Nebenprodukte, zusammen mit einem Erlös von 7 268 200 M. Der Überschuß der staatlichen Hüttenwerke betrug im Rechnungsjahr 1891 340 467 M (davon an die Staatshauptkasse abgeliefert 300 000 M, dem Betriebsfonds belassen 40 467 M), im Rechnungsjahr 1913 281 458 M (davon an die Staatshauptkasse abgeliefert 200 000 M, dem Betriebsfonds überlassen 81 458 M).

d) Die vier staatlichen Salinen (Friedrichshall, Hall, Sulz a. N., Wilhelmshall). Grundkapital (am 31. März 1914) 3 034 000 M, Betriebskapital

1 198 200 *M.* Überschuß der Salinen im Rechnungsjahr 1891 561 675 *M.*, im Rechnungsjahr 1913 635 853 *M.*

e) Die Staatseisenbahnen, mit einem Anlagekapital von 484 561 400 *M.* am 31. März 1891, 838 036 900 *M.* am 31. März 1913 (davon bestritten aus Anlehen 718 936 900 *M.*, Grundstocksmitteln 39 051 000 *M.*, Restmitteln 41 422 800 *M.*, Überschüssen des Eisenbahnreservefonds 7 264 800 *M.*, aus Betriebseinnahmen 31 361 400 *M.*) und von 868 335 000 *M.* (geschätzt) am 31. März 1914.

f) Der Wert der Kgl. Badanstalt Wildbad, welche teils verpachtet ist (das Kgl. Badhotel), teils selbst betrieben wird (die Bäder, das Katharinenstift usw.), der Kgl. Münze und der Staatsgebäude aller Art.

2. Das Geldgrundstockvermögen, d. h. der in mobilen Werten angelegte Teil des Staatskammerguts: am 31. März 1891 21 625 700 *M.*, am 31. März 1914 16 259 695 *M.* Die Verminderung rührt hauptsächlich von der Verwendung für die Staatseisenbahnen her.

3. Das Vermögen der Restverwaltung: am 31. März 1891 16 856 912 *M.*, am 31. März 1914 22 994 048 *M.*

4. Dazu kommen die bei einzelnen Staatsanstalten und -betrieben, nämlich Staatsschuldenkasse, Kasse des Regierungsblatts, den 5 gerichtlichen Strafanstalten, Eisenbahn-, Post- und Telegraphen-, sowie Bodenseedampfschiffahrtsverwaltung, Rassenamt des Staatsanzeigers, der Arbeitshausverwaltung Baihingen a. E., den 5 Irrenanstalten, Landgestüt, der Landwirtschaftlichen Anstalt Hohenheim, Weinbauschule Weinsberg, Münze, den 4 Salinen und 6 Hüttenwerken sowie der Badkasse Wildbad vorhandenen besonderen, aus dem Vermögen der Restverwaltung ausgeschiedenen Betriebsfonds, bestehend in Rassenvorräten, Natural- und Materialbeständen, Kapitalien, Ausständen, deren Vermögen insgesamt am 31. März 1914 15 007 090 *M.* betrug, sowie die für gewisse Zwecke ausgeschiedenen weiteren Staatsfonds, nämlich der durch Gesetz vom 29. Juli 1899 gebildete, durch Gesetz vom 25. Juli 1910 erweiterte Eisenbahnreservefonds, welcher die Bestimmung hat, für den Staatshaushalt die Jahreschwankungen der Eisenbahnreinerträge von Jahr zu Jahr möglichst auszugleichen, daher in guten Jahren die über den Normalbetrag des Solls der Ablieferung zur Staatskasse hinausgehenden Reinerträge aufzunehmen und in ungünstigen Jahren dem dahinter zurückbleibenden Reinertrag den Fehlbetrag zuzuschießen; Vermögensbestand am 31. März 1900 1 107 700 *M.*, am 31. März 1914 10 Millionen Mark, ferner der durch Gesetz vom 1. August 1905 gebildete und durch Gesetz vom 25. Juli 1910 neueregelte Forstreservefonds, der eine Ausgleichung der Schwankungen in den Einnahmen der staatlichen Forstverwaltung herbeiführen und zugleich der Verwaltung die Möglichkeit der besseren Ausnützung einer

jeweiligen günstigen Marktlage durch außerordentliche Holznutzungen geben soll; Vermögensstand am 31. März 1906 1 850 100 *M.*, am 31. März 1914 8 164 200 *M.*, endlich die seit 1. Januar 1900 bei den Gerichten hinterlegten und in das Eigentum des Staats übergehenden, nach Art. 151 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 28. Juli 1899 regelmäßig (mit 2,4 %) zu verzinsenden Gelder mit einem Bestand am 31. März 1914 von 621 500 *M.*

Staatsschulden

Für die Staatsschulden gilt in Württemberg, abweichend von dem Grundsatz des konstitutionellen Staatsrechts, nach welchem die Ausübung der Staatsgewalt der Regierung, den Ständen aber eine kontrollierende Tätigkeit zusteht, der umgekehrte Grundsatz, daß dieselben durch die Stände unter der Aufsicht der Regierung verwaltet werden. Die Verfassungsurkunde (§ 119—123) stellt nämlich die Staatsschuld unter die Gewährleistung der Stände und bestimmt, daß die Staatsschuldenkasse unter Leitung und Verantwortlichkeit der Stände verwaltet werden soll, daß dem Ständischen Ausschuß monatliche Kassenberichte in doppelter Fertigung, wovon eine von dem Ausschuß dem Finanzministerium mitzuteilen ist, zu übergeben sind, daß der Regierung vermöge des Obergewichts freisteht, von dem Zustande der Staatsschuldenkasse jederzeit Einsicht zu nehmen und daß die Jahresrechnung über dieselbe von einer königlichen und einer ständischen Kommission abgehört, das Ergebnis aber öffentlich durch den Druck bekanntgemacht wird. Diese ständische Staatsschuldenverwaltung ist eine württembergische Besonderheit und verkörpert in sich eine Errungenschaft der altwürttembergischen Verfassung, in welcher die von den Ständen selbst verwaltete Landessteuerkasse ihrer Hauptbestimmung nach Staatsschuldenkasse war. Die Verwaltung der Staatsschuldenkasse wird, solange der Landtag nicht versammelt ist, durch den Ständischen Ausschuß, bei versammeltem Landtag durch die von beiden Kammern gewählte Staatsschuldenverwaltungscommission, die erst durch die im Jahr 1909 festgesetzte gemeinsame Geschäftsordnung der beiden Kammern die ihr bis dahin fehlenden festen Grundlagen erhalten hat, unmittelbar geleitet. Die Beamten der Staatsschuldenkasse werden im Zusammentritt beider Kammern gewählt und durch den König bestätigt; sie sind den Ständen und in deren Abwesenheit dem Ständischen Ausschuß untergeordnet; sie leisten den Dienst-eid als Staatsbeamte und haben die Rechte und Pflichten von solchen, außerdem werden sie noch dahin verpflichtet, daß sie nur von der ständischen Behörde Zahlungsverfügungen annehmen. Die Kosten der Verwaltung der Staatsschuldenkasse an Besoldungen und Ranzleierfordernissen trägt die Ständische Kasse (im Rechnungsjahr 1913 175 613 *M.*). Zur Ausübung des Obergewichts ist vom König ein Kommissär bestellt; die monatliche

Revision der Kasse erfolgt durch ein Mitglied der Oberrechnungskammer, wozu der Ständische Ausschuß ebenfalls ein Mitglied abzuordnen hat. Von der Oberrechnungskammer wird auch die Jahresrechnung abgenommen und geprüft, worauf dieselbe von königlichen und ständischen Kommissarien abgehört wird.

Die Aufnahme von Staatsschulden, wohin auch die Konversion bestehender Schulden zu rechnen ist, kann nur auf die Initiative der Staatsregierung auf Grund einer gemeinschaftlichen Verabschiedung zwischen Regierung und Ständen, d. h. in der Form des Gesetzes beschlossen werden. Die eigentliche Schuldaufnahme, d. h. die Effektuierung des Anlehens, erfolgt in der Regel durch einen Anlehensvertrag, der mit Genehmigung der Staatsregierung zwischen dem weiteren Ständischen Ausschuß oder bei versammeltem Landtag der Staatsschuldenverwaltungscommission und dem zur Übernahme bereiten Bankkonsortium abgeschlossen wird. Die Anlehensgelder fließen zunächst in die Staatsschuldentasse, von welcher sie den Verabschiedungen entsprechend an die Staatshauptkasse verabsfolgt werden. In den Büchern der letzteren werden diese Einnahmen und ihre Verwendung als Außerordentlicher Dienst (s. o.) nachgewiesen. Die Teilschuldverschreibungen der Anlehen („Obligationen“) sind seit 1845 Inhaberpapiere; die vor 1911 ausgestellten können auf Antrag unter Ansehung einer mäßigen Spoteil auf den Namen des Gläubigers umgeschrieben und durch Zurücknahme der Umschreibung wieder auf den Inhaber gestellt werden. Zu der wohl auch künftighin die Regel bildenden Schuldaufnahme durch Anlehensbegebung und Staatsschuldverschreibung (Brieffschuld) ist seit 1. Oktober 1911 noch eine andere Art der Begründung von Staatsschulden, nämlich durch Barzahlung des Kurswertes auf Buchschuld, hinzugekommen. Auch können alle württembergischen Staatsschuldverschreibungen in Buchschulden umgewandelt werden. Die ständische Staatsschuldenverwaltungsbehörde ist verantwortlich dafür, daß die im Staatsschuldbuch eingetragenen Forderungen und die noch umlaufenden Staatsschuldverschreibungen zusammen den Gesamtbetrag der aufgenommenen, noch nicht getilgten Staatsschuld und der bewilligten, noch nicht vollzogenen Anlehenskredite nicht überschreiten, und die Staatsregierung übt kraft ihres Obergerichtsrechts die fortlaufende Kontrolle über die Einhaltung dieser Bestimmung aus.

Einen weiteren Bestandteil der Staatsschuld bilden als „schwebende Schuld“ seit 1881 zur Verstärkung des Betriebskapitals der Staatshauptkasse die Schakanweisungen, die wie die Staatsschuldverschreibungen auf die Staatsschuldentasse lauten. Die Ausgabe erfolgt durch das Finanzministerium, dem auch die Bestimmung des Zinsfußes und die Dauer der Umlaufzeit innerhalb der gesetzlichen Schranke überlassen bleibt. Die Schakanweisungen werden verzinst wie Wechsel durch Diskontabzug im voraus, nach Verfall zum Nennbetrag eingelöst und nicht auf Namen umgeschrieben. Die Maximalhöhe der Schakanweisungen betrug anfangs

5 Millionen Mark, in der Finanzperiode 1913/14 20 Millionen Mark und im Kriegsjahr 1915 ist sie sogar auf 60 Millionen Mark erhöht worden. Diese bedeutende Erhöhung hängt damit zusammen, daß der Krieg bei den Staatseinnahmen sehr starke Ausfälle (namentlich bei den Eisenbahnen, aber auch bei den Steuern, s. u.) verursacht, denen gegenüber die Staatsausgaben entfernt nicht im gleichen Maß zurückgehen, und daß infolge der großen Anforderungen des Reichs an den Kapitalmarkt die Bundesstaaten genötigt sind, ihren Geldbedarf vorläufig im Wege des kurzfristigen Kredits zu befriedigen. Aus dem gleichen Grunde ist ebenfalls zur Verstärkung der Betriebsmittel der Staatshauptkasse durch das Finanzgesetz für das Rechnungsjahr 1915 als neue weitere Form der Staatsschuld der Wechselkredit zugelassen worden, indem bestimmt worden ist, daß statt Schatzanweisungen auch Wechsel nach Maßgabe der Vorschriften der Wechselordnung ausgegeben werden dürfen.

Die württembergische Staatsschuld ist seit 1845 seitens der Gläubiger unkündbar. Bei der vor dem 1. April 1903 aufgenommenen Staatsschuld besteht teils eine vertragsmäßig festgelegte Zwangstilgung nach dem Annuitätensystem, teils freie Tilgung mit einem Endtermin (1. Juli 1950) für deren Vollzug. Durch Gesetz vom 18. Mai 1903 ist unbeschadet der geltenden Vertragsbestimmungen für die Tilgung ein festes Mindestmaß bestimmt und zugleich für künftige Anlehen die Tilgung auf dem Wege der Verlosung einzelner Schuldverschreibungen ausgeschlossen worden. Danach ist in jedem Rechnungsjahr durch Rückkauf (zum Tageskurs) oder Kündigung eine Tilgung in Höhe von mindestens $\frac{3}{5}\%$ der verzinslichen Staatsschuld vorzunehmen; ergibt sich ein Überschuß des Staatshaushalts, so sind im folgenden Rechnungsjahr außerdem zwei Fünftel des Überschusses zu einer außerordentlichen Schuldentilgung oder zur Verrechnung auf verwilligte neue Anlehen zu verwenden. Um der Staatsschuldenverwaltung die Erfüllung ihrer Pflichten bezüglich der Zinszahlung und der Schuldentilgung zu ermöglichen, wird vom Finanzministerium festgesetzt, welcher Teil der Staatseinnahmen in jedem Jahr direkt an die Staatsschuldenkasse abzuliefern ist.

Die Höhe der württembergischen Staatsschuld betrug am 1. Juli 1820, bei dem Übergang in die Ständische Verwaltung, 20 812 744 fl. = 35 678 990 M., am 1. Juli 1845, wo die Aufnahme der Eisenbahnanlehen begann, 35 631 423 M., am 1. April 1891 427 966 751 M., am 1. April 1913 652 886 025 M. Von letzterem Betrag entfallen auf Anlehen zu 3 % 19 332 600 M., zu $3\frac{1}{2}\%$ 485 553 425 M., zu 4 % 148 000 000 M., wonach sich für die ganze Staatsschuld ein durchschnittlicher Zinsfuß von 3,5985 % ergibt. Ferner entfällt von der Staatsschuld am 1. April 1913 auf die Eisenbahnschuld die Summe von 633 378 516 M., auf die allgemeine Staatsschuld der Rest mit 19 507 509 M. Der Stand des am 1. September 1911 eröffneten Staatsschuldbuches belief sich am 1. September 1912 bereits auf 24 784 300 M.

Staatsausgaben und Staatseinnahmen

Die Sollbeträge der Staatsausgaben nach den Haupttätigkeitsgebieten des Staats sowie der Staatseinnahmen nach ihren Hauptquellen sind auf Grund der Rechnungsergebnisse im Jahr 1892, dem ersten Jahr nach der Thronbesteigung König Wilhelms II., ferner im Jahr 1913, dem letzten Jahr vor dem Krieg, weiterhin im Jahr 1914 und endlich auf Grund des Voranschlags im Jahr 1916 in nebenstehender Tabelle dargestellt.

Die Staatsausgaben zeigen von 1891—1913 durchweg, mit einziger Ausnahme derjenigen für „König und Königliches Haus“ sowie für „Verwaltung der Auswärtigen Angelegenheiten“, die nur wenig gestiegen sind, eine ganz erhebliche Steigerung, zumeist auf das Doppelte bis Dreifache und darüber hinaus (so bei den Pensionen und Wartegeldern). Diese Steigerung ist eine Folge der stetig wachsenden Ausdehnung der Staats-tätigkeit, von der Wissenschaft und Künste, Unterrichts- und Bildungs-weisen in gleicher Weise Nutzen ziehen, wie die der materiellen Wohlfahrt der Staatsangehörigen dienenden Veranstaltungen auf dem Gebiete der Land-wirtschaft, der Industrie, des Handels, des Verkehrs und der gesamten Landeskultur. Bemerkenswert ist namentlich, daß der nächst den Ausgaben für Verzinsung der Staatsschuld größte Aufwand auf die Verwaltung des Kirchen- und Schulwesens entfällt; inbegriffen sind hierbei die Ausgaben für die Kirchen, für das gesamte niedere und höhere Schulwesen (einschließlich Universität Tübingen, Technische Hochschule, Anstalt in Hohenheim, son-stige landwirtschaftliche und gewerbliche Schulen), für die Erziehungshäuser (Waisenhäuser, Taubstommen- und Blindenanstalten) sowie auch für die wissenschaftlichen und Kunstsammlungen des Staats, Kunstschule und Kunst-gewerbeschule, für vaterländische Kunst- und Altertumsdenkmale, Münz-sammlung, Natur- und Heimatschutz, für die Unterstützung von wissenschaft-lichen Vereinen und Anstalten. Die liebevolle Pflege, welche Regierung und Volksvertretung gerne und in stetig wachsendem Maße den idealen Interessen angedeihen lassen, zeigt sich hier in schönem Lichte.

Einen namhaften Teil der Staatsausgaben machen die Leistungen an das Deutsche Reich aus, die einmal die sogenannten Matrikularbeiträge, weiterhin die Ausgleichungsbeträge für die Brausteuern und für die Post- und Telegraphenverwaltung sowie die Kosten der Bescheidung des Bundesrats in sich schließen. Die Matrikularbeiträge sind die Beiträge der Bundesstaaten, die sie nach Maßgabe ihrer Bevölkerung zur Bestreitung der durch die eigenen Einnahmen des Reichs nicht gedeckten gemeinschaftlichen Ausgaben des ordentlichen Etats an die Reichskasse abzuführen haben (Art. 70 der Reichs-verfassung); im Rechnungsjahr 1913 betrug der Matrikularbeitrag Württem-bergs 9077064 M. Den Ausgleichungsbetrag für die Brausteuern hat Württemberg dafür zu bezahlen, daß ihm nach Art. 35 der Reichsverfassung die Besteuerung des Bieres durch Landesgesetzgebung vorbehalten ist; diese

Die Staatsausgaben und Staatseinnahmen nach ihren Hauptquellen

Art der Ausgaben und Einnahmen	1892		1913		1914	1916
	brutto in 1000 Mark	netto	brutto in 1000 Mark	netto	netto in 1000 Mark	netto in 1000 Mark
I. Ausgaben						
König u. Königliches Haus	2283,1	2283,1	2479,8	2479,8	2504,9	2478,0
Landstände (ohne Staats- schuldenverwaltung) . . .	268,6	268,6	674,0	674,0	298,3	493,1
Staatsministerium, Ver- waltungsgerichtshof (Ge- heimer Rat ¹⁾)	89,5	89,5	108,7	108,7	101,2	106,9
Justizverwaltung	5052,9	4228,8	9988,2	7707,1	7558,6	7579,6
Verwaltung der Auswärtigen Angelegenheiten	205,0	205,0	224,0	224,0	206,6	224,0
Innere Verwaltung	7847,9	6936,6	17307,2	14477,6	13623,2	13600,4
Verwaltung des Kirchen- und Schulwesens	10698,0	10411,7	23431,8	22549,8	22236,6	22701,2
Finanzverwaltung	3810,3	3333,9	8465,1	7578,6	7250,6	6628,7
Pensionen u. Wartegelder	2561,0	2561,0	11607,2	11607,2	12636,2	13891,6
Unterstützungen	469,1	469,1	1048,0	1048,0	995,9	1064,5
Renten u. Entschädigungen	303,9	303,9	673,4	673,4	647,0	647,4
Staatsschuld und Zinse aus Schatzanweisungen	19251,2	19251,2	26774,8	26774,8	28194,4	30292,5
Leistungen an das Deutsche Reich	15195,8	15195,8	19276,8	19276,8	13210,8	20068,5
Sonstige Ausgaben (Auf- wand an Postporto, Dis- positionsfonds)	457,8	457,8	1427,2	1427,2	1140,6	1310,0
Verwaltungsausgaben in den Einnahmeetats	46636,6	—	113849,0	—	—	—
zus. I. Ausgaben	115130,7	65996,0	237335,2	116607,0	110604,9	121086,4
II. Einnahmen						
Ertrag d. Staatskammerguts						
Staatsgüter (Domänen)	1355,6	665,1	1048,3	304,6	309,2	261,9
Badanstalt Wildbad . . .			413,2	144,0	30,0	30,0
Forsten	11453,8	6498,7	21050,8	12680,8	13145,3	11871,6
Jagden	64,2	25,6	159,1	119,6	102,2	96,8
Berg- und Hüttenwerke und Salinen	5854,6	583,5	10251,3	917,4	850,0	930,0
Eisenbahnen	37680,5	12722,1	94295,7	24721,3	20725,0 ²⁾	24651,6
Posten u. Telegraphen	10016,8	1338,9	31978,0	9038,6	7913,8	10187,6
Bodensee-Dampfschiff- fahrt	285,7	1,6	518,7	65,7	Fehlbetrag*	1,0
Staatslotterie	—	—	785,0	782,0	391,4	782,0
Sonstiges ³⁾	786,4	774,4	1160,5	841,8	704,5	746,2
zus. Ertrag des Staats- kammerguts	67497,6	22609,9	161660,6	49615,8	44147,4	49558,7
Landessteuern	30266,4	28517,5	64389,2	62585,0	57992,8	58535,5
Anteil an den Reichsein- nahmen	14787,7	14787,7	8208,0	8208,0	7747,4	7744,2
Verwaltungseinnahmen in den Ausgabeetats	2498,1	—	6805,1	—	—	—
zus. II. Einnahmen	115049,8	65915,1	241062,9	120408,8	110092,6 ⁴⁾	115838,4 ⁵⁾

¹⁾ Der Geheimer Rat ist durch Verfassungsgesetz vom 15. Juni 1911 aufgehoben worden.

²⁾ Ertrag der Münze, des „Staatsanzeigers“, verschiedene Einnahmen bei der Staatshauptkasse, Steuerstrafen.

³⁾ Einschließlich eines Zuschusses aus dem Eisenbahnrefervefonds in Höhe von 3314616 Mark.

⁴⁾ Einschließlich eines Zuschusses der Laufenden Verwaltung von 1913 mit 205064 Mark.

⁵⁾ Gegenüber den Ausgaben ergibt sich ein Fehlbetrag von 5248045 Mark, der in vorläufiger Weise durch einen Vorstoß aus dem nötigenfalls durch die Ausgabe von Schatzanweisungen oder Wechseln zu verstärkenden Betriebs- und Vorratkapital der Staatshauptkasse ausgeglichen werden soll.

Leistung richtet sich nach der Höhe des Ertrags der im Gebiet der norddeutschen Brauzeugemeinschaft erhobenen Reichsbrausteuer und wird derart berechnet, daß die auf den Kopf der Bevölkerung der norddeutschen Brauzeugemeinschaft treffende Brausteuerbelastung mit der Einwohnerzahl Württembergs vervielfacht wird; sie betrug im Rechnungsjahr 1913 6144392 *M.* Der Ausgleichsbetrag für die Post- und Telegraphenverwaltung ist die Vergütung dafür, was die übrigen Bundesstaaten, ausgenommen Bayern, welches, wie Württemberg, seine eigene Postverwaltung hat, an Einnahmen aus der Post- und Telegraphenverwaltung in die Reichskasse einwerfen; er belief sich im Rechnungsjahr 1913 auf 4 028 554 *M.*

Von den Staatseinnahmen fließt der kleinere Teil aus dem Kammergut, der größere Teil aus den Landessteuern sowie den Überweisungen aus der Reichskasse, die ebenfalls aus Steuern bestehen; zu den Nettoeinnahmen des Rechnungsjahres 1913 trugen bei: die Erträge aus dem Kammergut 41,2 %, die Landessteuern 52 %, die Überweisungen aus der Reichskasse 6,8 %.

Unter den Erträgen des Staatskammerguts steht weitaus an erster Stelle, mit nahezu der Hälfte, derjenige aus den Staatseisenbahnen, an zweiter Stelle der Ertrag aus den Staatswaldungen, an dritter Stelle derjenige aus den Posten und Telegraphen. Insgesamt steuerten diese drei Verwaltungszweige zu dem Ertrag aus dem Staatskammergut im Jahre 1913 93,6 % bei, so daß daneben die aus den übrigen Quellen fließenden Erträge des Staatskammerguts ganz in den Hintergrund treten. In die Augen fallend ist das bedeutende Anwachsen der Einnahmen aus den Posten und Telegraphen auf nahezu das Siebenfache seit dem Jahr 1892. In diesem namhaften Anwachsen der Erträge aus der Post- und Telegraphenverwaltung kommt vor allem zum Ausdruck die Wirkung der fortschreitenden Entwicklung des heimischen Wirtschaftslebens, zu einem Teile wird sie aber auch als eine günstige Folge des zwischen der württembergischen Postverwaltung und der deutschen Reichspostverwaltung abgeschlossenen, am 1. April 1902 in Geltung getretenen Postmarkenabkommens anzusehen sein.

Als eine neue, zu den Erträgen aus dem Staatskammergut hinzugetretene Einnahmequelle für den Staat ist seit kurzem die Lotterienutzbar gemacht worden. Auf Grund des Lotteriegesetzes vom 18. August 1911, welches die Staatsregierung ermächtigt, entweder selbst, sei es allein oder in Gemeinschaft mit anderen deutschen Bundesstaaten, eine staatliche Klassenlotterie einzurichten oder die Klassenlotterie eines anderen deutschen Bundesstaates im Wege der Vereinbarung zum Geschäftsbetrieb in Württemberg zuzulassen, und weiterhin die grundsätzlichen Bestimmungen über die Veranstaltung von Privatlotterien in Württemberg und über die Zulassung auswärtiger Lotterien nebst den zum Schutz der zugelassenen Staats- und Privatlotterien erforderlichen Strafbestimmungen enthält, ist zwischen Württemberg, Bayern und Baden einerseits und Preußen anderer-

seits am 29. Juli 1911, vorerst auf 15 Jahre, ein am 1. Juli 1912 in Kraft getretener Staatsvertrag über die Regelung der Lotterieverhältnisse abgeschlossen worden. Danach ist Württemberg, unter Verzicht auf die Einrichtung einer eigenen und auf die Beteiligung an einer anderen Staatslotterie, der preußischen Klassenlotterie beigetreten, die unter der Bezeichnung „Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie“ fortgeführt wird und außer Sachsen und Hamburg sämtliche deutsche Bundesstaaten sowie Elsaß-Lothringen umfaßt. Für seine Beteiligung an der Lotterie erhält Württemberg jährlich einen Ertragsanteil, der vorerst auf 785 000 *M* festgesetzt ist, unter Umständen aber nach Maßgabe des Losabsatzes im Land sich erhöht oder vermindert. Der Losvertrieb erfolgt durch Lottereeinnehmer, welche durch die Württembergische Staatskassenverwaltung im Benehmen mit der preußischen General-Lotteriedirektion angestellt und entlassen werden.

Der das Gegenstück der Matrikularbeiträge bildende Anteil Württembergs an den Reichseinnahmen besteht in der Hauptsache aus den sogenannten Überweisungen aus der Reichskasse. Nach dem neuesten Stand der Reichsgesetzgebung gibt es nur noch eine einzige Überweisungssteuer, nämlich die Branntweinsteuer; der Anteil Württembergs an der Reineinnahme aus dieser Steuer betrug im Rechnungsjahr 1913 7 323 578 *M*. Dazu kommt der Anteil, der von der seit Juli 1906 für Rechnung des Reichs erhobenen Erbschaftsteuer den Bundesstaaten verbleibt und ursprünglich auf ein Drittel, 1909 auf ein Viertel, 1913 auf ein Fünftel ihrer Roheinnahmen festgesetzt worden ist; der Anteil Württembergs im Rechnungsjahr 1913 betrug 620 055 *M*. Im ganzen genommen gestaltete sich das finanzielle Verhältnis Württembergs zu dem Reich auf Grund der Rechnungsergebnisse der letzten vier Friedensjahre 1910—1913 so, daß im Durchschnitt dieses Zeitraums betrugen: die Leistungen an das Reich 18 349 653 *M*, die Überweisungen von dem Reich 7 627 373 *M*, und demnach die tatsächliche Leistung an das Reich (nach Abzug der Überweisungen) 10 722 280 *M*.

Einwirkung des Krieges auf die Staatseinnahmen und Staatsausgaben

Das im Vorstehenden gezeichnete Bild des württembergischen Staatshaushalts, wie es sich nach der Seite der Staatsausgaben und der Staatseinnahmen darstellt, ist durch den wenige Monate nach Beginn des Rechnungsjahres 1914 ausgebrochenen Weltkrieg fühlbar beeinflusst worden. Wennschon durch möglichste Einschränkung und Sparsamkeit auch im öffentlichen Leben und in der Staatswirtschaft manche Ausgabenverminderung erzielt werden konnte, so sind doch der Staatskasse durch den Krieg neue, unvorhergesehene Lasten erwachsen, so namentlich durch die Gewährung von Beihilfen an die Angehörigen der zum Heer eingezogenen staatlichen Arbeiter und nicht ständig gegen Entgelt beschäftigten Staatsbeamten sowie von

Kriegsteuerungszulagen an Staatsbeamte und -arbeiter. Immerhin blieb der Gesamtbetrag der reinen Ausgaben (abzüglich der Einnahmen) der Laufenden Verwaltung im Rechnungsjahr 1914 mit 110 604 936 *M* gegen den Voranschlag für dieses Jahr nur um 11 302 218 *M*, gegen die (reinen) Ausgaben im vorangegangenen Friedensjahr 1913 nur um 6 207 061 *M* zurück. Im wesentlichen freilich ist dieser verhältnismäßig günstige Abschluß der Staatsrechnung nach der Seite der Staatsausgaben darauf zurückzuführen, daß der Ausgleichsbeitrag für die Post- und Telegraphenverwaltung, den Württemberg in der Regel an das Reich zu bezahlen hat (s. o.) und der für das Jahr 1914 zu 5 500 000 *M* veranschlagt war, sich für dieses Jahr in einen Beitrag, den Württemberg vom Reich zu empfangen hatte, in der beträchtlichen Höhe von 7 398 688 *M* verwandelte.

Wesentlich einschneidender war die Einwirkung des Kriegs auf die Staatseinnahmen. Die Einnahmen aus den Eisenbahnen und aus den Posten haben infolge des durch den Krieg veranlaßten Verkehrsrückgangs eine erhebliche Minderung erfahren, so daß der Ertrag des Staatskammerguts (nach Abzug der Ausgaben) im Jahr 1914 mit 44 147 393 *M* gegen den Voranschlag für dieses Jahr um 5 806 843 *M*, gegen den Ertrag des Friedensjahres 1913 um 3 770 272 *M* zurückbleibt. Auch die Steuern (besonders die Wirtschaftsabgaben infolge Einschränkung der Malzverwendung in den Bierbrauereien, die Umsatzsteuer, die Sporteln und Gerichtsgebühren, vgl. unten S. 213) haben weniger abgeworfen. Die Gesamteinnahmen der Laufenden Verwaltung des Rechnungsjahres 1914 (mit Einrechnung eines Zuschusses aus dem Eisenbahnreservefonds mit 3 314 616 *M* und aus der Laufenden Verwaltung des Jahres 1913 mit 205 064 *M*) betrugen 110 092 616 *M*. Gegen die Gesamtausgaben des Jahres 1914 mit 110 604 936 *M* ergibt sich demnach ein rechnungsmäßiger Fehlbetrag des Jahres 1914 von nur 512 320 *M*, der seinen Ausgleich durch einen Zuschuß aus der Restverwaltung in gleicher Höhe gefunden hat. Auch der zahlenmäßig noch nicht bekannte Abschluß des Rechnungsjahres 1915, auf das der Krieg voll eingewirkt hat, wird sich, wie aus dem Vortrag des Finanzministers an die Ständerversammlung zu dem Entwurf des Finanzgesetzes und des Hauptfinanzetats für 1916 hervorgeht, so gestalten, daß die Wirklichkeit von einem Ausgleich zwischen Bedarf und Einnahmen nicht so weit entfernt sein wird, als wie der einen ungedeckten Betrag von 5 213 733 *M* aufweisende Voranschlag angenommen hatte. Wenn man bedenkt, daß bis jetzt trotz des Kriegs alle Mittel, wie sie der Etat auch für die Kriegsjahre in reichlichem Maße ausgeworfen hat, in vollem Umfange aufgewendet und ausgegeben worden sind, daß jede Zahlung, zu der der Staat verpflichtet ist, pünktlich ihre Erfüllung gefunden hat, daß dabei der Staat auf dem Anlehensmarkt nicht erschienen und der der Finanzverwaltung eröffnete Kredit von 60 Millionen Mark bis jetzt nur in sehr mäßigem Umfang in Anspruch genommen worden ist, so darf wohl gesagt werden, daß der württembergische

Staat die gewaltigen Erschütterungen, die der Krieg auf das gesamte Wirtschaftsleben ausübt, in seinem Haushalt nicht schlecht überstanden hat, wozu allerdings das schärfere Anziehen der Steuerschraube nicht wenig beigetragen hat. Es ist zu hoffen, daß die württembergischen Staatsfinanzen diese Erschütterungen vermöge der guten Grundlage, auf der sie ruhen, bis zum Ende des Krieges überstehen werden.

III. Steuern

A. Die staatlichen Steuern

Die Deckung des Staatsbedarfs, soweit er nicht aus dem Ertrag des Staatskammerguts und den Überweisungen aus der Reichskasse bestritten werden kann, geschieht durch Steuern (staatliche Steuern). Ohne Verwilligung der Stände, die jedoch nach § 113 V.-U. nicht an Bedingungen geknüpft werden darf, welche die Verwendung dieser Steuern nicht unmittelbar betreffen, kann weder in Kriegs- noch in Friedenszeiten eine direkte oder indirekte Steuer ausgeschrieben und erhoben werden. Die auf einen gewissen Zeitraum verwilligten Jahressteuern werden nach § 114 V.-U. nach Ablauf dieses Zeitraums in gleichem Maße auch im ersten Drittel des folgenden Jahres auf Rechnung der neuen Verwilligung eingezogen, vorausgesetzt, daß die letztere nicht rechtzeitig vorher erfolgt sein sollte. Gehen auch die ersten vier Monate des neuen Statjahres vorüber, ohne daß das Finanzgesetz zustande gekommen ist, so muß für die Forterhebung der Steuern durch ein mit den Ständen zu verabschiedendes Gesetz, durch das dann selbstverständlich die Steuern auch in einem höheren als dem durch das abgelaufene Finanzgesetz normierten Betrage verwilligt werden können, Fürsorge getroffen werden, ein Notbehelf, der schon wiederholt praktisch geworden ist.

Die württembergische Finanzgesetzgebung unterscheidet zwischen direkten und indirekten Steuern.

1. Die direkten Steuern

Die direkten Steuern wurden lange Zeit, bis zum 1. April 1905, ausschließlich in der Form von Ertragsteuern erhoben, und zwar gemäß dem Gesetz vom 28. April 1873 in Verbindung mit dem Gesetz vom 6. Juni 1887 die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer aus dem durch Schätzung ermittelten Ertrag der Steuerobjekte, gemäß dem Gesetz vom 19. September 1852 und den zahlreichen dazu erlassenen Novellen die Kapital-, Renten-, Dienst- und Berufseinkommensteuer aus dem auf Grund von Fassungen festgestellten Jahresertrag nach dem Stand zu Beginn des Steuerjahres (1. April). Die für die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer hergestellten Kataster wurden bezüglich der berechneten Steuerkapitale als gleichwertig behandelt und mit dem gleichen, jeweils im Finanzgesetz

bestimmten Steuersatz, zuletzt 3,9%, belegt, während der ebenfalls dem Finanzgesetz vorbehaltene Steuersatz bei der Kapital-, Renten-, Dienst- und Berufseinkommensteuer 4,8 % betrug. Die Vorzüge dieser Ertragsteuern bestanden darin, daß jede für sich auf guter, sorgfältiger Grundlage aufgebaut war, daß ihre Veranlagung verhältnismäßig leicht, einfach und billig vor sich ging, daß nur ein geringes Eindringen in die persönlichen Vermögensverhältnisse der Steuerzahler erforderlich war, daß ihre Erträge regelmäßig und sicher eingingen und von Jahr zu Jahr stiegen, daß Steuernachlässe und -rückstände für Rechnung der Staatskasse nur bei der letztgenannten Steuerart (Kapital- usw. -einkommensteuer) und hier in geringem Betrage vorkamen, endlich, daß man hoffen durfte, selbst in Zeiten der Not und des Krieges beim Daniederliegen des Erwerbs sie in mäßiger Höhe forterheben zu können. Diesen unbestreitbaren Vorzügen standen aber auch entschiedene, mit der Zeit immer fühlbarer werdende Nachteile gegenüber. Die Ertragsteuern ließen eine einheitliche Zusammenfassung und Erfassung der persönlichen Steuerkraft vermissen und vermochten sich daher der persönlichen Leistungsfähigkeit nur unvollkommen anzuschließen; namentlich aber zeigten sie sich unfähig zur Durchführung einer gerechten Steuerprogression, zur Gewährung eines „Existenzminimums“ sowie zur Gestattung des Schuldenabzugs.

Die Notwendigkeit einer Reform der Steuergesetzgebung im Sinne der Einführung einer ergänzenden allgemeinen Einkommensteuer nach dem Vorgang in den meisten anderen Staaten des Deutschen Reichs (insbesondere Preußen, Sachsen, Baden) machte sich immer dringender fühlbar; namentlich sind schon seit dem Jahr 1889 von den Ständen Anträge in dieser Richtung an die Staatsregierung gerichtet worden. Im Mai 1895 wurden von der Regierung die Entwürfe für die Weiterbildung des direkten Staatssteuerwesens in der Richtung der Einführung einer allgemeinen ergänzenden Einkommensteuer den Ständen vorgelegt. Nach langen parlamentarischen Kämpfen, und nachdem inzwischen der Schöpfer der ersten Entwürfe, der als bewährter Finanzpolitiker wie als fruchtbarer Schriftsteller um das Vaterland verdiente Finanzminister Dr. von Riecke, am 9. März 1898 seiner Tätigkeit durch den Tod entzogen worden war, ist das Reformwerk am 8. August 1903, im wesentlichen auf der Grundlage der ersten Entwürfe, wenn auch unter mancherlei Änderungen, zum Abschluß gebracht worden und am 1. April 1905 in Kraft getreten. Doch war der Abschluß kein endgültiger. Denn noch fehlte als Schlußglied in der Steuerkette die neben der Einkommensteuer zum Zweck der Vorbelastung des fundierten Einkommens als Ergänzung hergehende, mit Schuldenabzug verbundene Besteuerung des Vermögensbesitzes. Im Unterschied zu dem erst nach 34jährigen Verhandlungen zustande gekommenen Werk der Einkommensteuer hat die Einführung der Vermögensteuer unter dem Zwang der Notwendigkeit, für die durch den Krieg verursachten Bedürfnisse rasch neue Einnahmequellen zu schaffen, von der Einbringung des

Gesetzentwurfes bei den Ständen (21. Juni 1915) bis zur Verkündigung des verabschiedeten Gesetzes (31. Juli 1915) nur einen Zeitraum von 5 Wochen in Anspruch genommen. Wesentlich erleichtert wurde das Zustandekommen der Vermögensteuer dadurch, daß die Veranlagung zu der Steuer an die für den einmaligen Wehrbeitrag des Reichs und später für die Reichsbesitzsteuer von drei zu drei Jahren erfolgende Feststellung des Vermögens sich anschließt und nur in wenigen Ausnahmefällen eine besondere Vermögensfeststellung erfordert. Damit ist einerseits eine ganz bedeutende Ersparnis an Arbeit und Kosten der Veranlagung verbunden und andererseits für die Steuerpflichtigen eine durchsichtige Rechtslage geschaffen und eine unerwünschte Verschiedenheit bei der Veranlagung der auf der gleichen Grundlage beruhenden Reichs- und Landessteuer vermieden. Mit der Einführung der Vermögensteuer, die, wenn sie auch aus den durch den Krieg veranlaßten besonderen Verhältnissen heraus entstanden ist, doch nicht als eine Not- oder Kriegsteuer anzusehen ist, ist das Werk der württembergischen Steuerreform, wenigstens in seinen Hauptgrundzügen, zu einem endgültigen Abschluß gelangt, was für die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, die in den nächsten Jahren vor manche schwierige Probleme sich gestellt sehen wird, sehr zu begrüßen ist. Hiernach besteht in Württemberg bezüglich der direkten Staatssteuern folgender Rechtszustand:

Seit 1. April 1905 bildet auf Grund des Gesetzes vom 8. August 1903 die neue allgemeine Einkommensteuer die Hauptsteuer und die Stütze des direkten Staatssteuersystems. Im Gegensatz zu den Ertragsteuern hält sie sich im wesentlichen an die Person des Steuerpflichtigen — als Steuerpflichtige gelten auch die juristischen Personen des Privatrechts und des öffentlichen Rechts sowie Personenvereine von nicht geschlossener Mitgliederzahl, auch wenn sie nicht mit Rechtsfähigkeit ausgestattet sind — mit seinem wirklichen jährlichen Gesamteinkommen und seiner wirtschaftlichen Individualität und trägt mit der Freilassung des „Existenzminimums“ (500—800 M, je nach der Größe der Familie), mit der degressiven Besteuerung der kleinen und mittleren Einkommen (Steuersatz 2 M = 0,4 % bei dem Einkommen von 500 M, von da an allmählich, und zwar progressiv anwachsend, bis zum Einkommen von 200 000 M, von da ab Höchstsatz mit 5 %), ferner mit der Berücksichtigung der Familien- und besonderen Verhältnisse in den unteren Einkommensstufen und endlich mit der Zulassung des Schuldzinsenabzugs in weitgehendem Maße dem Grundsatz der Besteuerung nach der individuellen Leistungsfähigkeit Rechnung. Für jede Etatperiode wird durch Finanzgesetz bestimmt, wie viele Prozente des Einheitsatzes des — übrigens im Zusammenhang mit einer in Vorbereitung befindlichen Einkommensteuerreform (s. u.) voraussichtlich sich ändernden — Steuertarifs erhoben werden sollen (1905—1908 100 %, 1909—1915 105 % des Einheitsatzes; für 1916 ist zur Deckung des wegen des Krieges zu erwartenden Abmangels eine wesentliche Erhöhung erfolgt, die jedoch erst bei Einkommen von 20 000 M

und mehr voll, nämlich mit 130 % des Einheitssatzes statt seither 105 %, in Geltung tritt, bei den niedrigeren Einkommen bis zu 3050 *M* herab degressiv bis auf 106 % sich ermäßigt und bei den Einkommen unter 3050 *M* überhaupt nicht Platz greift, so daß es hier bei dem seitherigen Einheitsatz von 105% verbleibt). Der Steuereinzug erfolgt grundsätzlich durch die Staatssteuerbehörden und nur in Gemeinden, die sich bereit erklären, im staatlichen Auftrag durch die Gemeinden. Im Jahr 1913 haben, nach der Größe des Einkommens gruppiert, die Einzelpersonen in folgender Weise zu dem Einkommensteuerertrag beigetragen:

	Zahl der Besteuernten	Steuerertrag
Kleine Einkommen (bis 3050 <i>M</i>) . . .	693874 = 91,93 %	5966112 <i>M</i> = 27,68 %
Mittlere Einkommen (3050 bis 10000 <i>M</i>)	53268 = 7,06 "	5977670 " = 27,74 "
Große Einkommen (10000 bis 30000 <i>M</i>)	5990 = 0,79 "	3535027 " = 16,40 "
Sehr große Einkommen (30000 <i>M</i> u. mehr)	1675 = 0,22 "	6073503 " = 28,18 "
Zusammen	754807 = 100,00 %	21552312 <i>M</i> = 100,00 %

Die kleinen Einkommen machen weitaus die große Mehrzahl (mehr als $\frac{9}{10}$ aller Einkommen) aus; zu dem Steuerertrag tragen sie aber nur etwas mehr als $\frac{1}{4}$ bei, dagegen die mittleren, großen und sehr großen Einkommen, welche mit nicht ganz $\frac{1}{10}$ an sämtlichen Einkommen beteiligt sind, nahezu $\frac{3}{4}$.

Der Einkommensteuer treten ergänzend zur Seite:

a) Die neue, mit dem 1. April 1915 in Geltung getretene Vermögensteuer, welche das Reinvermögen (Rohvermögen nach Abzug der Schulden) aller nach dem Einkommensteuergesetz steuerpflichtigen natürlichen Personen (also mit Ausschluß der juristischen Personen) erfaßt; steuerfrei sind alle Vermögen von nicht mehr als 20 000 *M*, sowie die Vermögen von nicht mehr als 50 000 *M*, wenn der Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Jahreseinkommen von weniger als 2000 *M* zur Einkommensteuer veranlagt ist. Die Vermögensteuer wird von je 1000 *M* steuerbarem Vermögen gleichmäßig, also ohne Progression, festgesetzt und der Steuersatz für jedes Jahr durch Finanzgesetz bestimmt (seit Einführung 1 *M* für 1000 *M* steuerbares Vermögen).

b) Die seitherige Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, auf Grund des Gesetzes vom 28. April 1873 mit den durch die Einkommensteuerreform notwendig gewordenen Änderungen der Novelle vom 8. August 1903, die übrigens nur einzelne Bestimmungen des Gesetzes von 1873 betreffen, so daß es im wesentlichen bezüglich der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer bei dem bisher geltenden Recht verblieb.

Die Grundsteuer ist eine Steuer von dem nach Kulturarten und Klassen eingeschätzten Reinertrag der einzelnen Grundstücke, die damit verbundene Gefällsteuer eine Steuer von dem Reinertrag der auf den Grundstücken haftenden Berechtigungen Dritter. Auf die individuellen Verhältnisse der Grundstücke und ihrer Besitzer, also insbesondere die individuelle Bewirtschaftung, ist bei der in den Jahren 1875—1886 unter Zugrundelegung der Verhältnisse der Jahre 1855—1869 erfolgten Fest-

stellung des Reinertrags (Katastrierung) keine Rücksicht genommen. Auch bezüglich der Fortführung findet daher nur eine Berichtigung bei Veränderung in den äußeren Verhältnissen (Teilungen, Zusammenlegungen, Änderung der Kulturart usw.) statt. In der Annahme, daß das Grundkataster weder einen persönlichen Arbeitsverdienst noch im allgemeinen einen Unternehmergewinn enthalte, vielmehr einen bloßen Vermögensertrag darstelle, hat die Steuerreform das Grundkataster für geeignet gehalten, der Einkommensteuer ohne organische Änderung als Ergänzungssteuer zur Seite gestellt zu werden. Da aber zur Zeit der Einführung der Einkommensteuer gegenüber den Verhältnissen bei der Herstellung des Grundkatasters die landwirtschaftlichen Reinerträge durchschnittlich zurückgegangen waren, so hat die Novelle von 1903 bestimmt, daß das bestehende Grundkataster nur noch mit gewissen Abstrichen (bei den Weinbergen 40 %, im übrigen — außer bei Waldungen und dem Gefällkataster, wo ein Abzug nicht stattfindet — 20 %) der Besteuerung des Grund und Bodens zugrunde gelegt werden soll.

Die Gebäudesteuer ist eine Steuer auf den Reinertrag der Gebäude (gleichviel ob sie zu Wohn- oder wirtschaftlichen, z. B. landwirtschaftlichen, gewerblichen Zwecken dienen), der berechnet wird aus dem durch Schätzung zu ermittelnden vollen Kapitalwert, d. h. demjenigen Wert, um welchen ein Gebäude samt Grundfläche und Hofraute nach Lage, Nutzbarkeit, Umfang, Bauzustand, innerer baulicher Einrichtung und den übrigen auf den Wert einwirkenden Verhältnissen, jedoch ohne Berücksichtigung der mit dem Gebäude etwa verbundenen nutzbaren Rechte zur Zeit der Katastrierung von dem Besitzer abgegeben werden könnte und einen Käufer finden würde; der steuerbare Jahresertrag ist auf 3 % dieses Kapitalwerts festgesetzt. Auch bei der Gebäudesteuer ist die durch das Gesetz vom 28. April 1873 angeordnete Katastrierung eine einmalige gewesen, und die Fortführung des Gebäudekatasters beschränkt sich auf eine jährliche Berichtigung bei Veränderung der äußeren Verhältnisse (Neuentstehung oder Abgang von Gebäuden, Veränderung in der Stockzahl usw.). Als reines Vermögenskataster hat das Gebäudekataster im wesentlichen unverändert zur Ergänzung der Einkommensteuer Verwendung gefunden; um es aber beweglicher zu machen und den Bedürfnissen der Jetztzeit besser anzupassen, ist durch die Novelle vom 8. August 1903 eine von Zeit zu Zeit vorzunehmende allgemeine Revision der Gebäudeeinschätzung vorgeschrieben und erstmals in den Jahren 1907 und 1908 vorgenommen (in Kraft getreten am 1. April 1909) worden.

Zur Gewerbesteuer wird jedes einzelne Gewerbe nach dem doppelten Maßstab des Arbeitsverdienstes und des in Prozenten auszudrückenden Ertrages aus dem in dem Gewerbe verwendeten Betriebskapital eingeschätzt. Beträgt letzteres weniger als 700 M., so wird ein Ertrag daraus nicht berechnet; im übrigen kommt der Ertrag daraus unverkürzt und ohne Schulden- oder Schuldzinsenabzug in Ansatz. Dagegen findet beim persönlichen Arbeitsverdienst eine Kürzung in der Weise statt, daß bis 850 M. $\frac{1}{10}$,

von 850—1700 $\frac{2}{10}$, von 1700—2550 $\frac{4}{10}$, von 2550—3400 \mathcal{M} $\frac{8}{10}$ und erst von da ab der volle Betrag als Steuerkapital in Rechnung genommen wird. Um das Gewerbesteuerkapital zur Ergänzung der das persönliche Arbeitsverdienst gleichfalls treffenden Einkommensteuer tauglich zu machen, sind bei der Steuerreform an dem Gewerbesteuerkapital gewisse Abstriche gemacht worden, stärkere im Kleingewerbe, wo der größere Teil des Ertrages Arbeitsverdienst und damit unfundiertes Einkommen darstellt, als im Großgewerbe, wo der persönliche Arbeitsverdienst zurücktritt und der Gewerbeertrag mehr den Nutzen aus dem im Gewerbebetrieb verwendeten Kapital und den Unternehmengewinn enthält, und zwar nach der Höhe des Steuerkapitals sich abstuft (bis 1000 \mathcal{M} 60 %, 1001—5000 \mathcal{M} 50 %, 5001—10 000 \mathcal{M} 40 %, 10 001—30 000 \mathcal{M} 30 %, über 30 000 \mathcal{M} 20 %).

Der Betrag der von dem Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuerkapital in gleicher Höhe zu entrichtenden Steuern wird für jede Statperiode durch das Finanzgesetz bestimmt (von 1905—1908 2 %, seit 1909 2,1 %). Der Einzug der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer erfolgt nicht wie bei den übrigen Steuern (eine weitere Ausnahme besteht nur noch in gewissem Umfang hinsichtlich der Einkommensteuer, s. o.) unmittelbar durch den Staat bei den Steuerpflichtigen, vielmehr werden gemäß §§ 115—118 V.-U. in Anknüpfung an das altwürttembergische Verfassungsrecht die Steuern auf die einzelnen Gemeinden ausgeschrieben. Die Gemeinden berechnen auf Grund des Ortskatasters im Steuerbuch die in den ersten acht Tagen jeden Monats mit $\frac{1}{12}$ des Jahresbetrags fälligen Steuerbeträge der einzelnen Steuerpflichtigen und bringen sie zum Einzug. Die gesamte Steuerschuld ist in Monatsraten von der Gemeinde an die Amtspflege und von dieser an die Staatskasse kostenfrei abzuliefern.

Weil durch die im Jahr 1915 erfolgte Einfügung der Vermögensteuer in das Steuersystem als weitere Ergänzungssteuer zu der Einkommensteuer das seitherige Besteuerungsverhältnis zwischen fundiertem und unfundiertem Einkommen zu Ungunsten des ersteren verschoben ist, ist von den Ständen ein Ausgleich im württembergischen Steuersystem durch eine Änderung des Katastergesetzes und eine Ermäßigung des Ertragsteuersatzes sowie durch eine Ausgestaltung der Einkommensteuer unter Schonung der kleinen Einkommen als erwünscht bezeichnet und von der Regierung zugesagt worden.

c) Die Kapitalsteuer, nach dem Gesetz vom 8. August 1903, das sich jedoch im wesentlichen an die Bestimmungen des Gesetzes vom 19. September 1852 und die hierzu ergangenen Ergänzungsgesetze anschließt. Der Steuer unterliegt der Ertrag von Kapitalvermögen ohne Abzug von Schuldzinsen und ohne Abzug von Verwaltungskosten sowie das Einkommen aus Renten. Steuerpflichtig sind die sämtlichen natürlichen und juristischen Personen (einschließlich Personenvereine). Das Gesetz bestimmt für gewisse Fälle Steuerbefreiung, und zwar vollständige (insbesondere bei Witwen,

geschiedenen oder verlassenen Ehefrauen, Minderjährigen und gebrechlichen Personen, wenn ihr gesamtes steuerbares Einkommen weniger als 500 M beträgt) oder teilweise. Die Veranlagung zur Steuer erfolgt auf Grund der Steuererklärung (Fassion). Der Steuersatz wird für jede Etatperiode durch das Finanzgesetz bestimmt (1905—1908 2%, seit 1909 2,1%).

d) Zu den direkten Steuern zählt endlich die durch Gesetz vom 15. Dezember 1899 aus dem Rahmen der ordentlichen Gewerbesteuer herausgenommene und für sich geregelte Wandergewerbesteuer, welcher der Gewerbebetrieb im Umherziehen unterliegt, mit besonderen Vorschriften für das Hausiergewerbe, für Detailreisende, für Schaustellungen und Lustbarkeiten, für Wanderlager und für außerdeutsche Handlungsreisende.

2. Die indirekten Steuern

Zu den indirekten Steuern zählen folgende:

a) Die Umsatzsteuer, früher Liegenschaftsakkise, schon seit 1824 erhoben, letztmals neugeregelt durch Gesetz vom 28. August 1899, eine an den Eigentumsübergang von Immobilien geknüpfte Verkehrssteuer, welcher der entgeltlich durch Rechtsgeschäft, ferner durch Zuschlag in einer Zwangsversteigerung sowie durch Zwangsenteignung erfolgende Erwerb des Eigentums an Grundstücken unterliegt und wobei diejenigen Berechtigungen, deren Erwerb sich in der Rechtsform des Eigentumserwerbs vollzieht, wie Grundstücke behandelt werden. Die Steuer ist bei Kaufverträgen von dem Betrag des vereinbarten Kaufpreises, sonst von dem Gesamtwert der entsprechenden Leistungen, bei Tauschverträgen vom Wert der beiderseits erworbenen steuerpflichtigen Gegenstände zu entrichten. Die Entrichtung liegt dem Erwerber ob. Der Steuersatz ist ein fester (1900—1911 1,20 M; seit 1911 1,50 M, und nur bei Umsätzen mit einem steuerpflichtigen Betrag von nicht mehr als 1000 M, sofern der Steuerpflichtige ein Einkommen von nicht mehr als 2000 M hat und den Grundstückshandel nicht gewerbsmäßig betreibt, 1,20 M vom Hundert des steuerpflichtigen Werts).

b) Die Wirtschaftsabgaben, die unter den indirekten Steuern die erste Stelle einnehmen. Die Ausschankabgabe von Wein und Obstmost (das sogenannte Umgeld), eine sehr alte Abgabe, schon 1312 erwähnt, letztmals neugeordnet durch Gesetz vom 4. Juli 1900, wird nicht aus dem häuslichen Konsum, sondern nur von dem ausgesenkten oder sonst in Mengen unter 20 Litern gegen Entgelt abgegebenen Wein und Most bei den Wirten selbst erhoben, und zwar entweder im Wege des Abstichverfahrens durch jährliche Ermittlung der verbrauchten Menge und Feststellung des durchschnittlichen Ausschankpreises, oder durch Akkorde von 3-, 2- oder 1jähriger Dauer, wobei die Akkordsumme als Steueraversum für die Akkordperiode aus dem mutmaßlichen Ausschankerlös dieser Periode berechnet wird. Der — feste — Steuersatz beträgt 11 % des Erlöses vom Wein, 8 % des Erlöses vom Obst-

most, darf aber reichsrechtlich (Zollvereinsvertrag vom 8. Juli 1867) 11 Pf. von 1 Liter nicht übersteigen. Steuerfrei ist insbesondere jeder Verkauf im großen von 20 Liter an, ferner der der ersten Einkellerung unmittelbar folgende Ausschank von verzolltem Getränke und der Hausbrauch der Wirte. Der Biersteuer, seit 1827 als Malzsteuer erhoben, unterliegt das zur Bierbereitung bestimmte, in Württemberg geschrotene Malz bei Verbot der Verwendung von Ersatzstoffen jeglicher Art zur Bierbereitung, außer Darr- oder Luftmalz und Hopfen. Steuerpflichtig ist derjenige, für dessen Rechnung Malz geschrotet wird, mit dem Einbringen des Malzes in die Mühle. Die Steuer, deren Satz durch Finanzgesetz bestimmt und derzeit höchstens 22 M für 1 dz ungeschrotenes Malz beträgt, ist zufolge Gesetzes vom 16. August 1909 abgestuft nach der steuerpflichtigen Malzmenge (für die ersten 250 dz 65 %, für die folgenden 1250 dz 80 %, für die folgenden 1500 dz 90 %, für die folgenden 2000 dz 95 %, für den Rest 100 % des Steuerfakes). Außerdem wird eine Übergangssteuer von dem aus anderen Bundesstaaten eingeführten geschroteten Malz (22 M für 1 dz) und Bier (4,73 M für 1 hl) erhoben.

c) Die Sporteln und Gerichtskosten. Die Sporteln sind Abgaben, die sich als Vergütung für die Inanspruchnahme einer Behörde im Sonderinteresse Einzelner darstellen; sie werden nach den in den Gesetzen vom 16. August 1911 und 8. Juli 1912 enthaltenen Sätzen und Bestimmungen und mit den aus den §§ 7 und 105 des Reichsstempelgesetzes vom 8. Juli 1913 hinsichtlich der Sporteln für Gesellschafts- und Versicherungsverträge sich ergebenden Beschränkungen erhoben. Die Gerichtskosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, insbesondere die Gebühren in Grundbuch-, Vormundschafts-, Nachlaß- und Teilungs-, Handels-, Vereins- und Güterrechtsachen, bei Beurkundungen sowie im Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren werden nach den Sätzen und Bestimmungen der Gerichtskostenordnung vom 1. Dezember 1906 in der Fassung der Gesetze vom 5. Juli 1910 und 28. Juli 1911 erhoben. Zu den hiernach sich berechnenden Beträgen wird auf Grund des Gesetzes vom 31. Juli 1915 ein Zuschlag erhoben, der jeweils durch Finanzgesetz bestimmt wird und zurzeit 40 % beträgt.

d) Die Erbschafts- und Schenkungssteuer nach dem Gesetz vom 26. Dezember 1899, soweit sie nach Maßgabe der §§ 59 und 60 des Reichserbschaftsteuergesetzes vom 3. Juni 1906, das die Erbschaftssteuer in der Hauptsache für das Reich in Anspruch genommen hat, für Landeszwecke noch ausgenützt werden kann (zur Zeit des Inkrafttretens des Reichsgesetzes bereits begründete Erbanfälle und Schenkungen; Erbanfälle und Schenkungen von mehr als 500 M und nicht mehr als 10 000 M an die engere Familie des Erblassers) mit dem Mindestsatz von 2 %.

e) Der Zuschlag zur Reichserbschaftssteuer, welcher mit der Reichssteuer angelegt und zu dem Höchstbetrag von 30 % der Reichssteuer erhoben wird.

f) Die Zuwachssteuer, die jüngste unter den indirekten Steuern. Durch das Reichszuwachssteuergesetz vom 14. Februar 1911 ist von dem bei Übergang des Grundeigentums ohne Zutun des Eigentümers entstandenen Wertzuwachs bei einem Veräußerungspreis von einer gewissen Höhe ab eine Abgabe von 10—30 % der Wertsteigerung festgesetzt und bestimmt worden, daß von dem Rohertrag der Steuer $\frac{5}{10}$ dem Reich, $\frac{1}{10}$ dem Bundesstaat und $\frac{4}{10}$ der Gemeinde der belegenen Sache zufließen solle. Schon nach zwei Jahren, bei Einführung des Vermögenszuwachssteuergesetzes vom 3. Juli 1913, hat das Reich auf seinen Anteil an der Grundwertzuwachssteuer mit 50 % des Gesamtanfalls verzichtet und diesen Anteil den Einzelstaaten und den Gemeinden im Weg der Landesgesetzgebung zur Verfügung gestellt. Durch Gesetz vom 31. Juli 1915 ist die Zuwachssteuer für Landes Zwecke in Anspruch genommen worden in der Weise, daß sie — in den durch das Reichsgesetz von 1911 bestimmten Fällen — nur noch erhoben wird in den großen und mittleren Städten (zurzeit 18) und außerdem in bestimmten Orten (nach Anordnung der Ministerien des Innern und der Finanzen), in denen größere öffentliche, die Grundstückswerte voraussichtlich erheblich steigernde Unternehmungen in Gang kommen, und daß der Staat 60 %, die Gemeinde 40 % des Ertrags erhält. Der Ertrag ist zurzeit ein niedriger infolge Darniederliegens des Grundstücksmarktes, wird aber, wenn normale Zeiten wiederkehren, auf das Fünf- bis Sechsfache steigen. Eine Beseitigung der mit der Zuwachssteuer verbundenen zahlreichen Mängel, Härten und Unebenheiten ist für die Friedenszeit in Aussicht genommen.

3. Ertrag aus den direkten und indirekten Steuern

Die Übersicht auf Seite 213 gibt eine Nachweisung über die Erträge der einzelnen direkten und indirekten Staatssteuern in den Jahren 1892, 1904, 1905, 1913, 1914 (je auf Grund der Rechnungsergebnisse, für die drei erstgenannten Jahre getrennt nach Roh- und Reinerträgen) und 1916 (auf Grund des Voranschlags). Deutlich zeigt sich, welche große Veränderungen in dem Staatssteuerwesen durch die Steuerreform des Jahres 1903 bewirkt worden sind. Der Ertrag (Reinertrag) der direkten Steuern ist in den 12 Jahren 1892—1904 (vor der Steuerreform) um 7,3, in den 8 Jahren 1905—1913 (nach der Steuerreform) aber um 13 Millionen Mark gestiegen, ein Beweis, welche ergiebige, das Volkseinkommen in weit vollere Maße erfassende Steuerquelle durch die Einkommensteuer erschlossen worden ist. Auch das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern hat sich im Lauf der letzten 20 Jahre merklich verändert: im Jahre 1892 machten die direkten Steuern die kleinere Hälfte (47,1 %), die indirekten Steuern die größere Hälfte (52,9 %) sämtlicher Landessteuern aus; im Jahre 1913 dagegen betrug der Anteil der direkten Steuern 58,3 %, der indirekten Steuern nur noch 41,7 %; von 1892 bis 1913 haben die ersteren um 170 %, die letzteren nur um 74 % sich

erhöht. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen im Jahre 1892 an direkten Steuern 6,60 M., an indirekten 7,31 M., zusammen 13,91 M., im Jahre 1913 an direkten Steuern 14,58 M., an indirekten 10,42 M., zusammen 25 M. Durch die Einfügung der Vermögensteuer in den Kreis der Steuern ist das Verhältnis noch mehr zu Lasten der direkten Steuern verschoben worden. Dabei ist freilich zu beachten, daß die Reichssteuern bis jetzt in der Hauptsache aus der Quelle der indirekten Steuern geschöpft und diejenige der direkten Steuern erst in neuester Zeit und in bescheidenem Maße in Anspruch genommen haben. Im Finanzjahr 1913 waren an den Gesamteinnahmen des Reichs aus Zöllen, Steuern und Matrikularbeiträgen beteiligt: die Zölle mit 33,0 %, die Verbrauchs- und sonstige Aufwandsteuern (aus Tabak, Zucker, Salz, Branntwein, Essigsäure, Bier, Schaumwein, Leuchtmitteln, Zündwaren, Spielkarten, Kraftfahrzeugen, Personenfahrtarten) mit 36,4 %, die Verkehrssteuern (Stempelabgaben, Zuwachsteuer) mit 11,3 %, die Erbschaftsteuer mit 2,1 %, die direkten Steuern (Abgabe von Vergütungen an Mitglieder für Aufsichtsräte, Wehrbeitrag) mit 14,8 %, die Matrikularbeiträge mit 2,4 %.

B. Die Körperschaftbesteuerung

Mit der Staatssteuerreform des Jahres 1913 war auch eine durchgreifende Reform der Körperschaftbesteuerung (Gemeinde- und Amtskörperschaftsteuer) verbunden. Vorher bildete den Kern und Hauptbestandteil des Gemeindesteuerverwesens der Gemeindefschaden in Form von unbeschränkten Zuschlägen zu der Staatssteuer auf Grund (Gefälle), Gebäude und Gewerbe, welche im Jahre 1879 120 %, 1890 153 %, 1904 195 % der Staatssteuern ausmachten. Dazu kamen an direkten Steuern die Einkommensteuer, ebenfalls in Form eines Zuschlags zur staatlichen Kapital-, Renten-, Dienst- und Berufseinkommensteuer, der nur in denjenigen Gemeinden, welche einen Gemeindefschaden umlegten, und nur in einem bestimmten Verhältnis zu diesem erhoben werden und einschließlic des Zuschlags für die Amtskörperschaft (s. u.) 1 % des der Staatssteuer unterliegenden Einkommensbetrags nicht übersteigen durfte, sowie die Wohnsteuer nebst der Rekognitionsgebühr, an indirekten Steuern die Verbrauchsabgaben von Bier, Fleisch und Gas, die einzeln oder zusammen mit staatlicher Genehmigung in den Gemeinden erhoben werden durften, die einen größeren Gemeindefschaden umlegen mußten, als für den Staat Grund-, Gebäude- und Gewerbebesteuer erhoben wurde, sodann die Hundesteuer in der Form eines Zuschlags zur staatlichen Hundesteuer und von staatlicher Genehmigung abhängig, endlich die Umsatzsteuer in der Form eines Zuschlags zur staatlichen Umsatzsteuer mit staatlicher Genehmigung in denjenigen Gemeinden, in denen der Gemeindefschaden die Staatssteuer auf Grund, Gebäude und Gewerbe überstieg. Die Amtskörperschaftsteuer ruhte ebenfalls in erster Linie auf Grundeigentum,

Die Erträge der staatlichen Landessteuern.

Steuern	1892		1904		1905		1913	1914	1916
	brutto M.	netto M.	brutto M.	netto M.	brutto M.	netto M.	netto M.	netto M.	netto M.
Direkte Steuern									
Einkommensteuer	—	—	—	—	16 354 942	15 678 810	24 953 154	24 826 675	27 778 000
Vermögenssteuer	—	—	—	—	—	—	—	—	599 500
Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer	8 395 866	8 163 414	11 907 905	11 593 694	5 146 651	4 859 402	7 116 113	7 305 921	7 100 110
Kapitalsteuer	41 588 868	5 371 183	6 466 017	9 176 254	2 944 880	2 891 917	4 366 334	4 630 801	4 673 000
Dienst- und Berufseinkommensteuer . .	1 414 316	—	2 986 555	—	—	—	—	—	—
Wandergewerbesteuer	—	—	78 792	77 470	78 062	76 455	90 824	76 265	91 000
Zusammen direkte Steuern	13 969 050	13 553 497	21 439 269	20 847 418	24 524 515	23 506 584	36 526 425	36 839 662	45 637 110
Indirekte Steuern									
Umsatzsteuer (früher Liegenschaftszulage)	1814 725	1 766 497	2876 311	2 786 930	3 224 536	3 176 636	3 013 804	2 080 958	680 000
Zulage von Lotterien, Theatern und aus- gestellten Seltenheiten *)	38 924	—	—	—	—	—	—	—	—
Wirtschaftsabgaben	11 011 614	10 017 442	10 738 295	9 562 170	11 416 971	11 039 753	15 182 966	12 660 019	8 259 000
Zulage von Zinsen **)	387 824	204 944	694 472	410 127	—	—	—	—	—
Sporteln und Gerichtskosten	2 145 880	2 143 112	4 091 629	4 089 393	4 582 632	3 787 168	7 034 794	5 664 772	3 100 000
Erbschafts- und Schenkungssteuer . . .	868 063	850 910	1 139 040	1 124 214	1 375 425	1 356 363	826 987	747 357	764 400
darunter Landeserbschaftsteuer . . .	868 063	850 910	1 139 040	1 124 214	1 375 425	1 356 363	746 15	89 225	74 400
„ Zuschlag zur Reichserbschaftsteuer	—	—	—	—	—	—	752 372	658 132	690 000
Zuwachssteuer	—	—	—	—	—	—	—	—	95 000
Zusammen indirekte Steuern	16 267 030	14 982 905	19 539 747	17 972 834	20 599 564	19 359 920	26 058 551	21 153 106	12 898 400
Steuern im ganzen	30 236 080	28 517 502	40 979 016	38 820 252	45 124 079	42 866 504	62 584 976	57 992 768	58 535 510

*) Soweit die Zulage von Theatern und ausgestellten Seltenheiten erhoben wurde, ist die Wandergewerbesteuer an ihre Stelle getreten; soweit sie Ausstellungen, Verlosungen, Lotterien betraf, ist sie von der Reichsstempelabgabe abgelöst worden. — **) Seit 1. April 1905 nur noch Gemeindesteuer.

Gebäude und Gewerbe in der Form eines Zuschlags zur Staatssteuer (Amtschaden); eine Ergänzung bildete wie bei den Gemeinden die Besteuerung des Einkommens von Kapitalien, Renten, Dienst und Beruf sowie die Wandergewerbsteuer in der Form von Zuschlägen zur staatlichen Wandergewerbsteuer. Die Nachteile, die den Ertragsteuern eigen sind und zu der Staatssteuerreform Anlaß gaben, haften selbstverständlich auch der Körperschaftsbesteuerung an, und sie fielen bei dieser um so mehr ins Gewicht, als die Gemeinde- und Amtskörperschaftsteuern aus Grund, Gebäude und Gewerbe zusammengenommen die darauf ruhenden Staatssteuern, wie oben erwähnt, noch um ein erhebliches übertrafen. Durch die immer wachsende Belastung von Grund, Gebäude und Gewerbe wurde ein fast unerträglicher Zustand geschaffen, der nicht nur auf die Leistungsfähigkeit der Gemeinden lähmend einwirkte, sondern auch das wirtschaftliche Fortkommen der Angehörigen derselben bedrohte.

Durch die, wie die Staatssteuerreform, am 1. April 1905 in Kraft getretene Reform der Kommunalbesteuerung sind die Amtskörperschaften des bisher innegehabten Rechts der Besteuerung mit einziger Ausnahme der Wandergewerbsteuer, einer Abgabe von den in Württemberg nicht wohnhaften Wandergewerbetreibenden, ganz entledigt und auf die Erhebung einer Umlage auf die ihnen angehörenden Gemeinden beschränkt worden, so daß es jetzt nur noch ein Besteuerungsrecht der Gemeinden gibt.

Im Unterschied zu der Staatsbesteuerung, welche durch das Reformwerk des Jahres 1903 auf ganz neue Grundlagen gestellt worden ist, ist die Gemeindebesteuerung bei weitem nicht in dem Maße geändert, vielmehr nur durch Einfügung mehrerer neuer Steuern erweitert worden. Das Rückgrat der Gemeindebesteuerung bildet in Verfolgung des Grundsatzes, daß im Gemeindesteuerverwesen der Gesichtspunkt der Besteuerung nach dem Interesse gegenüber demjenigen der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit in den Vordergrund zu treten hat, nach wie vor die in ihrer Höhe unbeschränkte Umlage auf Grundeigentum, Gebäude und Gewerbe auf Grundlage der für die staatliche Besteuerung angelegten Kataster unter Hinzurechnung der nur für die gemeindesteuerpflichtigen Objekte ermittelten Katasterwerte und unter gleichmäßiger prozentualer Inanspruchnahme der Kataster. Die für die Staatsbesteuerung angeordneten summarischen Abstriche gelten für die Gemeindebesteuerung unbeschränkt auch bezüglich des Grundkatasters, bezüglich des Gewerbekatasters dagegen nur im hälftigen Betrage und nur in denjenigen Gemeinden, die eine gemeindliche Einkommensteuer erheben. Als Ergänzungssteuern, mit dem Zwecke, die frühere einseitige und übermäßige Belastung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuerpflichtigen zu erleichtern, treten hinzu: die Kapitalsteuer, welche in der Form des Zuschlags zur staatlichen Kapitalsteuer von allen Gemeinden erhoben werden muß, die zu

einer Umlage auf Grundstücke, Gebäude und Gewerbe genötigt sind, in Prozenten des steuerbaren Kapitalertrags die Hälfte des Prozentjahres, in dem das Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer zur Umlage herangezogen wird, beträgt, jedoch 1 % des steuerbaren Kapitalertrags nicht übersteigen darf, die Einkommensteuer, welche in der Form eines Zuschlags zur staatlichen Einkommensteuer in denjenigen Gemeinden, in denen die Umlage auf Grundstücke, Gebäude und Gewerbe mehr als 2 % beträgt, erfolgen darf, in denjenigen Gemeinden, in denen diese Umlage mehr als 6 % beträgt, erfolgen muß und im Verhältnis der Inanspruchnahme des Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer zur Gemeindebesteuerung sich abstuft, höchstens aber auf 50 % der Einheitsätze ansteigen darf (eine Änderung erfolgte im Jahr 1914, s. u.); die Wohnsteuer, die an die gleiche Voraussetzung wie die Gemeindeeinkommensteuer geknüpft ist und gesetzlich auf 2 *M* für einen Mann, 1 *M* für eine selbständige Frauensperson festgelegt ist, die Verbrauchsabgaben auf Bier im Höchstbetrag von 65 Pf. für 1 hl (reichsgesetzlicher Höchstfuß), Gas im Höchstbetrag von 4 Pf. für 1 cbm, Elektrizität im Höchstbetrag von 15 Pf. für 1000 Wattstunden (die weitere auf Fleisch ist zufolge § 13 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 seit 1. April 1910 aufgehoben), deren Erhebung mit Genehmigung der Ministerien des Innern und der Finanzen erfolgen darf, wenn die Gemeindeumlage auf Grundstücke, Gebäude und Gewerbe mehr als 4 % der bezüglichen Kataster beträgt, jedoch nur insoweit zulässig ist, als diese Umlage mindestens noch 2 % beträgt, die Grundstücksumsatzsteuer, die in der Form des Zuschlags zur staatlichen Umsatzsteuer im Maximum von 1 % und, solange der Staat selbst mehr als 1 % erhebt (derzeit 1,5 %), von 0,80 % des der Staatssteuer unterliegenden Betrags mit Genehmigung der Ministerien des Innern und der Finanzen erhoben werden darf, sofern die Gemeindeumlage auf Grundstücke, Gebäude und Gewerbe mehr als 4 % des Katasters beträgt, die Hundesteuer, die nunmehr ausschließlich den Gemeinden zukommt, in allen Gemeinden erhoben werden muß und jährlich 8 *M* beträgt, in den Gemeinden aber, welche eine Umlage auf Grundstücke, Gebäude und Gewerbe erheben, mit Genehmigung des Ministeriums des Innern auf 20 *M* erhöht werden kann (Änderung im Jahr 1914, s. u.), die Bauplatzsteuer, die in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern ohne, in den anderen Gemeinden nur mit Genehmigung der Ministerien des Innern und der Finanzen in der Form eines Zuschlags zu der gemeindlichen Grundsteuer erhoben werden darf, jedoch, insbesondere seit Einführung der Zuwachsteuer (s. o.), ziemlich bedeutungslos ist, die Warenhaussteuer, welche in allen Gemeinden, sofern sie Unternehmungen mit dem Großbetrieb des Kleinhandels in Waren verschiedener Gattung nach der Art der Warenhäuser, Großbasare, Abzahlungs-, Versteigerungs- und Versandgeschäfte beherbergen, von einem nach der Größe der Gemeinden sich abstufoenden Jahresumsatz ab (80 000 *M* in Gemeinden bis zu 10 000, 150 000 *M* in Gemeinden

von mehr als 10 000—50 000 Einwohnern, 200 000 *M* in größeren Gemeinden) in der Form eines Zuschlags zu dem ordentlichen Steuerkapital der in Frage stehenden gewerblichen Unternehmung von mindestens 20 % bis höchstens 50 % erhoben werden muß (derzeit in Stuttgart, Ulm, Heilbronn, Ludwigsburg, Gmünd, Sulz a. N.), endlich die Wandergewerbsteuer, die in allen Gemeinden, in welchen eine Umlage auf Grund, Gebäude und Gewerbe stattfindet, in der Form eines bestimmten Zuschlags zu der staatlichen Wandergewerbsteuer erhoben werden muß.

Die nachstehenden Zahlen enthalten die Ergebnisse der Gemeindebesteuerung in den Jahren 1908 und 1912.

Art der Gemeindesteuern (Zahl der Gemeinden des Landes überhaupt im Jahr 1908: 1903, im Jahr 1912: 1899)	1908			1912		
	Zahl der Gemeinden, welche die betreffenden Steuern erheben	Steuerertrag		Zahl der Gemeinden, welche die betreffenden Steuern erheben	Steuerertrag	
		<i>M</i>	in Prozenten des Gesamtertrags		<i>M</i>	in Prozenten des Gesamtertrags
Grund-, Gebäude- u. Gewerbe- steuer *) einschließlich Waren- haussteuer	1859	30 372 520	64,9	1864	38 457 125	66,5
Einkommensteuer	1773	9 420 053	20,1	1804	11 713 104	20,2
Kapitalsteuer	1859	1 679 124	3,6	1862	1 969 816	3,4
Wohnsteuer	1849	1 097 230	2,3	1857	1 193 528	2,1
Verbrauchs- abgaben { Bier	127	2 175 012	4,7	{ 133	1 429 271	2,4
{ Gas u. Elektrizität	3			{ 1		
{ Fleisch	14			{ —		
Grundstücksumsatzsteuer	206	951 346	2,0	252	1 012 304	1,8
Hundabgabe	1903	970 279	2,1	1899	1 082 506	1,9
Wandergewerbsteuer	1420	144 246	0,3	1413	162 654	0,3
Anteil am Ertrag der Zuwachs- steuer	—	—	—	559	810 007	1,4
Zusammen	—	46 809 810	100,0	—	57 830 315	100,0

Gemeindesteuern — ausgenommen die Hundesteuer — werden nicht in allen Gemeinden erhoben; eine kleine Zahl von Gemeinden, im Jahre 1908 44, im Jahr 1912 35, ist in der glücklichen Lage, keine Gemeindesteuern erheben zu müssen, da ihre Ausgaben durch andere Einnahmen (aus Grundbesitz an Wald und Feld sowie aus Gebühren, Beiträgen usw.) gedeckt werden. Als Ergänzungssteuern zu der Gemeindeumlage werden hauptsächlich Kapital-, Wohn-, Einkommensteuer erhoben, während die Grundstücksumsatzsteuer und die Verbrauchsabgaben in der weitaus kleineren Zahl der Gemeinden zur Erhebung kommen. Weiterhin zeigen diese Zahlen, welche beherrschende Stellung im Gemeindesteuernwesen der Umlage auf Grundstücke, Gebäude und Gewerbe zukommt, neben der nur die Einkommensteuer noch eine erhebliche Rolle spielt, während alle übrigen Steuern in sehr bescheidenem Maße zu

*) Gemeindeumlage einschließlich der Amtskörperschaftsumlage, welche letztere im Jahre 1908 6560514 *M*, im Jahre 1912 7511713 *M* betrug.

dem Steueranfall beitragen. Eine Gemeindeumlage bis zu 10 % der Kataster (auf Grund, Gebäude und Gewerbe) hatten im Jahre 1908 783, im Jahre 1912 535, von 10 % bis zu 20 % im Jahre 1908 1000, im Jahre 1912 1157, von 20 % und mehr im Jahre 1908 120, im Jahr 1912 207 Gemeinden. Im Hinblick auf diese starke und wachsende Belastung durch die Gemeindeumlage, welche bis zum zehnfachen und fünfzehnfachen Betrag der Staatssteuer ansteigt, ist zum Zweck einer Entlastung der Gemeindeumlage durch Gesetz vom 10. Mai 1914 eine Änderung der Gemeindebesteuerung in der Richtung vorgenommen worden, daß die Einkommensteuer für Gemeindezwecke in stärkerem Grade als seither (insbesondere Hinaussetzung der Höchstgrenze von 50 % auf 75 % der staatlichen Einheitsätze) in Anspruch genommen werden kann. Außerdem ist durch das vorgenannte Gesetz zum Zweck der Erhöhung der Gemeindecinnahmen den Gemeinden, die eine Umlage auf Grundeigentum, Gebäude und Gewerbe erheben (das sind die allermeisten Gemeinden, s. o.), die Ermächtigung erteilt worden, mit Genehmigung des Ministeriums des Innern die Abgabe für einen Hund bis zu 30 *M.*, in großen und mittleren Städten für jeden weiteren Hund desselben Steuerpflichtigen bis zu 40 *M.* zu erhöhen. Die Wirkungen dieser Änderung der Gemeindebesteuerung sind noch nicht bekannt. So viel steht jedenfalls fest, daß sie den Anteil der direkten Steuer an der Gemeindebesteuerung, der 1908 90,9 %, 1912 92,2 % betrug, während die indirekten Steuern 1908 9,1 %, 1912 7,8 % ausmachten, noch mehr steigern wird.

C. Kirchensteuer

Die kirchliche Besteuerung (Gesetz vom 14. Juni 1887) hat insoweit zu erfolgen, als der Haushaltsbedarf der Kirchengemeinden nach dem Voranschlag nicht durch ordentliche oder außerordentliche Einnahmen aufgebracht werden kann, und unterliegt der Staatsaufsicht, insbesondere hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit der Auferlegung, der Leistungsfähigkeit der Pflichtigen und der Angemessenheit des Beitragsfußes. Die Umlagepflicht ist eine persönliche der Kirchengemeindengenossen, erfaßt daher nicht juristische Personen. Die regelmäßige Beitragsgrenze ist für die Summe der Kirchengemeindeumlage auf 10 % der von der Gesamtheit der pflichtigen Kirchengemeindengenossen zu entrichtenden direkten Staatssteuern bestimmt. Überschreitung darf nur mit Genehmigung der Ministerien des Innern und des Kirchen- und Schulwesens erfolgen. Die Feststellung des Umlagemäßigkeitsmaßstabs kann von der Kirchengemeindevertretung den wirklichen Verhältnissen angepaßt werden. Jede Umlageerhebung bedarf vor dem Vollzug der Genehmigung durch die Staatsbehörde.

Auf dem Gebiete der Finanzen und Steuern sind während der Regierungszeit König Wilhelms II., um den Bedürfnissen und Forderungen

der vorwärts drängenden Zeit zu entsprechen, manche einschneidende Änderungen erfolgt. Die tiefgreifendste war die im Jahr 1895 begonnene, im Jahre 1905 mit der Einführung der Einkommensteuer zum vorläufigen und im Jahre 1915 mit der Einführung der Vermögensteuer zu einem wenigstens in den Haupttrichtlinien und wesentlichsten Grundzügen endgültigen Abschluß gelangte Steuerreform. Ihre große volkswirtschaftliche und finanzielle Bedeutung ruht darin, daß sie die Steuerkraft des Volkes in einem weit volleren und vermöge des von sozialem Geist durchwehten Einkommensteuertarifs dem Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit weit mehr gerecht werdenden Maße, als es vordem der Fall war, für die Erfüllung der Staatsaufgaben heranzieht. Der durchgreifenden Neuordnung des Steuerwesens ist es wesentlich zu verdanken, daß die württembergischen Finanzen auch durch die schwere Kriegszeit gut durchgehalten haben und, wie mit Grund zu hoffen ist, bis zum Ende des Kriegs und der Wiederkehr friedlicher Zeiten gut durchhalten werden.

Darüber freilich kann kein Zweifel bestehen, daß, auch wenn der Frieden wieder eingekehrt sein wird, die Nachwirkungen des Krieges sich gerade auf dem Gebiete der Finanzen auf lange Zeit hinaus fühlbar machen und die Ordnung des Finanzwesens, insbesondere im Verhältnis der Bundesstaaten zum Reich, vor neue Aufgaben stellen werden. Das wichtigste und schwierigste Problem wird sein, ob die seitherige, von den Bundesstaaten mit Rücksicht auf die unversehrte Erhaltung ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit und Lebenskraft mit Entschiedenheit befürwortete Verteilung der Steuerquellen zwischen Reich und Einzelstaaten, wonach dem Reich die Zölle und Verbrauchssteuern sowie nach Bedarf die Verkehrssteuern zugewiesen, den Einzelstaaten und Gemeinden dagegen die direkten Steuern, vor allem diejenigen von Einkommen, Vermögen und Ertrag überlassen sind, verbleiben oder ob nicht dem Reich im Hinblick auf seinen voraussichtlich stark wachsenden finanziellen Mehrbedarf die Möglichkeit gewährt werden muß, an den Quellen der direkten Steuern, die vom Reich im Jahre 1913 durch den Wehrbeitrag (Besitzsteuer), im Jahre 1916 durch die Kriegssteuer bereits angebrochen worden sind, in noch stärkerem Maße mitzuschöpfen. Wie aber auch diese Frage gelöst werden wird, so viel steht fest, daß die Anspannung der Steuerkraft zur Bewältigung der Aufgaben, die die kommende Zeit bringt, sich erheblich steigern wird. Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß diesen gesteigerten Anforderungen auch unser württembergisches Volk vermöge seiner Arbeitstüchtigkeit, die schließlich doch den besten Teil des Reichtums eines Volkes ausmacht, gerecht werden wird.

Quellen:

Riecke, Verfassung, Verwaltung und Staatshaushalt des Königreichs Württemberg. Stuttgart 1884, W. Kohlhammer.

Sösz, Das Staatsrecht des Königreichs Württemberg. Tübingen 1908. J. C. B. Mohr.
Pistorius, Gesetz betreffend die Einkommensteuer. Ravensburg, Verlag O. Maier.



Heereswesen

Von Generalmajor z. D. von Habermaas

A. Geschichtlicher Überblick

Die Anfänge des württembergischen Heereswesens reichen in das 16. Jahrhundert zurück, wo das damalige Herzogtum Württemberg als Teil des schwäbischen Kreises ein bestimmtes Truppentontingent zur Reichsarmee zu stellen hatte. Es hat unter den verschiedenen Herrschern manche Wandlungen durchgemacht, bis nach Beendigung der Freiheitskriege König Wilhelm I. nach seinem am 30. Oktober 1816 erfolgten Regierungsantritt mit der damaligen Neuordnung des Heeres die Grundlagen für die im wesentlichen bis in die neueste Zeit bestehende Einteilung geschaffen hat.

Er teilte die Infanterie in 8 Regimenter (Nr. 1—8), die Kavallerie in 4 Regimenter (Nr. 1—4), die Artillerie in 1 Regiment zu 6 Kompagnien und 1 Trainkompagnie ein und gliederte diesen Truppenteilen im Jahr 1817 noch eine Sappeurkompagnie an.

Zur Infanterie traten im Lauf der Jahre noch 3 Jägerbataillone, bei der Artillerie wechselte die Einteilung mehrmals.

In den Krieg 1866 zogen die Württemberger im Verband des VIII. deutschen Bundesarmeekorps als Rgl. Württembergische Felddivision in der Stärke von 15 Bataillonen, 12 Schwadronen, 6 Batterien, 2 Pionierkompagnien.

Der Friedensschluß brachte das Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen und als Folge dieses nach harten parlamentarischen Kämpfen die allgemeine Wehrpflicht.

Die Zusammensetzung der Truppen im Krieg 1870/71 war ähnlich wie 1866. Die württembergische Felddivision bildete einen Teil der 3. Armee unter dem preußischen Kronprinzen, dem nachmaligen Kaiser Friedrich. Ihr ruhmvoller Anteil an dem Krieg gehört der Geschichte an, darauf hier näher einzugehen, verbietet die gebotene Beschränkung des Stoffes.

Noch während des Krieges war mit Preußen in Versailles die Militärkonvention vom 25. November 1870 abgeschlossen worden, welche die Einfügung der württembergischen Truppen in das deutsche Bundesheer mit sich brachte und in Verbindung mit der deutschen Wehrordnung eine der Grundlagen unseres heutigen Heereswesens ist.

Militärkonvention vom 25. November 1870

Nach der Militärkonvention bilden die württembergischen Truppen als Teil des deutschen Bundesheeres ein in sich geschlossenes (XIII.) Armeekorps. Bundesfeldherr ist der König von Preußen. Die Unterstellung unter seinen Befehl wird im Fahneneid dadurch zum Ausdruck gebracht, daß der Soldat neben dem Gelöbnis der Treue für den König von Württemberg auch dem Bundesfeldherrn Gehorsam gelobt.

Die Ernennung, Beförderung und Versetzung von Offizieren und Beamten des württembergischen Armeekorps erfolgt durch den König von Württemberg, diejenige des kommandierenden Generals nach vorheriger Zustimmung des Königs von Preußen.

Der König von Württemberg genießt als Chef seiner Truppen die ihm zustehenden Ehren und Rechte und übt die entsprechenden gerichtsherrlichen Befugnisse samt Bestätigungs- und Begnadigungsrecht aus.

Während der Dauer friedlicher Verhältnisse soll das württembergische Armeekorps in seinem Verband und seiner Gliederung erhalten bleiben und seine Standorte innerhalb Württembergs haben.

Aber die Ernennung der Kommandanten für die in Württemberg gelegenen festen Plätze, welche nach der Bundesverfassung dem Bundesfeldherrn zusteht, sowie über die ihm gleichfalls zustehende Berechtigung, innerhalb des Königreichs neue Befestigungen anzulegen, wird sich der Bundesfeldherr eintretendenfalls mit dem König von Württemberg in Verbindung setzen.

Zur Beförderung der Gleichmäßigkeit in der Ausbildung und im inneren Dienst werden nach gegenseitiger Verabredung einige königlich württembergische Offiziere je auf 1—2 Jahre in die preußische Armee und königlich preußische Offiziere in das württembergische Armeekorps aufgenommen. Hinsichtlich Versetzung einzelner Offiziere aus württembergischen Diensten in die preußische Armee oder umgekehrt haben in jedem Einzelfalle besondere Verabredungen stattzufinden.

Dem Bundesfeldherrn steht das Recht zu, sich jederzeit durch Inspektionen von der Verfassung der württembergischen Truppen zu überzeugen oder diese durch besonders zu ernennende Inspektoren besichtigen zu lassen.

Für Organisation des württembergischen Armeekorps sind die derzeitigen preussischen Normen maßgebend, ausgenommen sind die Militärkirchenordnung, das Militärstrafgesetzbuch, die Militärstrafgerichtsordnung und die Bestimmungen über Einquartierung und Ersatz von Flurschäden. *)

Gradabzeichen sowie Benennungen und Art der Verwaltung sind dieselben wie in Preußen. Bestimmungen über Bekleidung für das württembergische Armeekorps werden vom König von Württemberg gegeben, es soll dabei den Verhältnissen des Bundesheeres möglichst Rechnung getragen werden.

Württemberg bestreitet nach Maßgabe des Bundeshaushaltsetats den Aufwand für die Unterhaltung des Armeekorps, einschließlich Neuanschaffungen, Bauten usw., sowie den Anteil an den Kosten für die gemeinschaftlichen Einrichtungen des Reichsheeres, Festungen, Militärbildungsanstalten, militärwissenschaftliche und technische Institute, Generalstab usw. aus den ihm vom Reich zur Verfügung gestellten Mitteln selbständig.

Im Sommer 1874 war die Neuorganisation des württembergischen Armeekorps durchgeführt, die Infanterie hatte in dem von den Waffenfabrikanten Gebrüder Mauser in Oberndorf hergestellten Gewehr M/71, die Feldartillerie in dem Feldgeschütz C/73 neue Bewaffnung erhalten, die militärischen und Verwaltungsverhältnisse der Festung Ulm waren durch eine aus Vertretern des preussischen, bayerischen und württembergischen Kriegsministeriums zusammengesetzte Kommission wie folgt festgelegt worden:

Die Befestigung von Ulm auf beiden Donauufern bildet vorbehaltlich der Souveränitätsrechte der Territorialherren einen einheitlichen Waffenplatz unter einem einheitlichen Kommando und einheitlicher Verwaltung durch Organe des Reichs.

Der Deutsche Kaiser ernennt den Gouverneur und den Kommandanten nebst zugehörigem Stab; der Gouverneur steht unmittelbar unter dem Deutschen Kaiser. Die Friedensbesatzung wird von den Kontingenten der beiden Territorialstaaten gebildet und bleibt nach Territorien getrennt. Die Verwaltungsangelegenheiten der Friedensbesatzung werden von den Territorialstaaten selbständig besorgt. Stärke und Zusammensetzung der Kriegsbefatzung richtet sich nach dem Mobilmachungsplan.

In eifriger Friedensarbeit wurde nunmehr die Vervollkommenung und der Ausbau des Armeekorps weiter betrieben, und im Herbst 1876 konnte König Karl zum ersten Male das neue Korps dem Deutschen Kaiser bei einer Parade auf dem Gelände von Pflugfelden vorführen.

*) Seitdem durch besondere Gesetze einheitlich geregelt.

Noch einmal, im Jahre 1885, nahm der greise Heldenkaiser auf demselben Paradefelde und bei den an die Parade sich anschließenden Manövern Gelegenheit, sich von der Kriegstüchtigkeit und Schlagfertigkeit des württembergischen Armeekorps zu überzeugen. Es war das letztemal, daß die Württemberger ihren Bundesfeldherrn sehen sollten, im März 1888 trauerte das Armeekorps mit dem übrigen Heere an seiner Bahre, und wenige Monate nachher hatte es auch den Tod des zweiten Kaisers zu beklagen, der in jugendlicher Frische als Kronprinz einst auch die Schwaben zu Ruhm und Sieg geführt hatte.

Im folgenden Jahre, am 25. Juni 1889, durften die Württemberger anlässlich der zur Feier des 25jährigen Regierungsjubiläums des Königs Karl abgehaltenen Parade auf dem Cannstatter Exerzierplatz, an der die Truppen der Stuttgarter und Ludwigsburger Garnison vollzählig, die übrigen Truppen des Armeekorps durch Abordnungen vertreten waren, zum ersten Male den zur Beglückwünschung eingetroffenen dritten Deutschen Kaiser, Wilhelm II., begrüßen.

Wenige Jahre waren seit dem Jubiläum und seit dem Hinscheiden der beiden ersten Kaiser verflossen, als am 6. Oktober 1891 der Tod des Königs Karl das Armeekorps in neue Trauer versetzte. Tief beklagten die Truppen den Tod ihres Kriegs- und Landesherrn, der in großer Zeit entschlossen an der Seite des Norddeutschen Bundes in den Krieg getreten war und nach dem Krieg mit regstem Interesse die Neubildung des Armeekorps und dessen Einführung in die neuen Verhältnisse überwacht hatte.

B. Das Heereswesen unter König Wilhelm II.

Am 8. Oktober leisteten die Truppen dem neuen Kriegsherrn, der zuletzt als Kommandeur der 27. Kavalleriebrigade (2. Rgl. Württ.) vom 14. Oktober 1877 bis 13. Juli 1882 aufs eifrigste an ihrer kriegsmäßigen Ausbildung mitgewirkt hatte, den Fahneneid.

Zusammensetzung des württembergischen Kontingents im Jahre 1891

Die Zusammensetzung entsprach, abgesehen von der inzwischen um ein Regiment vermehrten Feldartillerie, im wesentlichen noch der aus der Militärkonvention hervorgegangenen; die Infanterie zählte 8 Regimenter zu 3 Bataillonen, die Kavallerie 4 Regimenter zu 5 Eskadronen, die Artillerie 2 Regimenter zu 9 bzw. 11 Batterien, dazu kamen je ein Fußartillerie-, Pionier- und Trainbataillon, eine Eisenbahnkompagnie und für das Ersatz-

und Kontrollwesen 17 Landwehrbezirkskommandos. An der Spitze stand und steht noch heute als oberste Behörde für alle Militärverwaltungs- und persönliche Angelegenheiten das Kriegsministerium, als oberste Kommando-behörde das Generalkommando.

Die Einteilung des Armeekorps war damals folgende:

- 26. Division (1. Rgl. Württembergische);
- 27. Division (2. Rgl. Württembergische);
- 13. Feldartilleriebrigade (Rgl. Württembergische);
- Württ. Fußartilleriebataillon Nr. 13;
- Württ. Pionierbataillon Nr. 13;
- Württ. Trainbataillon Nr. 13.

Zur 26. Division gehörten:

Die 51. Infanteriebrigade (1. Rgl. Württ.) mit dem Grenadierregiment Königin Olga (1. Württ.) Nr. 119 und dem Infanterieregiment Kaiser Friedrich, König von Preußen (7. Württ.) Nr. 125;

die 52. Infanteriebrigade (2. Rgl. Württ.) mit dem 3. und 4. Württembergischen Infanterieregiment Nr. 121 und 122;

die 26. Kavalleriebrigade (1. Rgl. Württ.) mit dem Dragonerregiment Königin Olga (1. Württ.) Nr. 25 und dem Ulanenregiment König Karl (1. Württ.) Nr. 19.

Zur 27. Division:

Die 53. Infanteriebrigade (3. Rgl. Württ.) mit dem Grenadierregiment König Karl (5. Württ.) Nr. 123 und dem Infanterieregiment König Wilhelm (6. Württ.) Nr. 124;

die 54. Infanteriebrigade (4. Rgl. Württ.) mit dem Infanterieregiment Kaiser Wilhelm, König von Preußen (2. Württ.) Nr. 120;

die 27. Kavalleriebrigade (2. Rgl. Württ.) mit dem 2. Württembergischen Dragonerregiment Nr. 26 und dem Ulanenregiment König Wilhelm (2. Württ.) Nr. 20.

Zur Feldartilleriebrigade gehörten das Feldartillerieregiment König Karl (1. Württ.) Nr. 13 und das 2. Württembergische Feldartillerieregiment Nr. 29, Prinzregent Luitpold von Bayern.

Jeder Infanteriebrigade waren außerdem noch 4 bzw. 5 Landwehrbezirkskommandos unterstellt. Außerhalb des Korpsverbands standen das zum XV. Armeekorps nach Straßburg i. E. abkommandierte Infanterieregiment 126 und die dem preußischen Eisenbahnregiment zugeteilte Eisenbahnkompagnie in Berlin.

Die etatsmäßige Friedensstärke der einzelnen Waffen zeigt die nachstehende Übersicht. Die Höhe des Etats ist aus der Zusammenstellung auf S. 240 ersichtlich.

Etatsmäßige Friedensstärke des Württembergischen Armeekorps 1891

	Zahl	Etatsstärke		
		Offiziere, Ärzte, obere Beamte	Unteroffiziere, Unterbeamte, Gemeine	Dienststärkerbe
Infanterieregimenter	8	548	13 927	—
Kavallerieregimenter	4	125	2 752	2668
Feldartillerieregimenter	2	133	2 287	1200
Fußartilleriebataillon	1	23	497	—
Pionierbataillon	1	24	473	—
Eisenbahnkompagnie	1	5	122	—
Trainbataillon	1	17	288	190
Bezirkskommandos	17	32	295	—
Sonstige Formationen: Schloßgarde, Intendantur, Festungsgefängnis, nicht regimentierte Offiziere	—	68	137	—
Zusammen	—	975	20 778	4058

Einführung der zweijährigen Dienstzeit

Von einschneidender Bedeutung für das Heer war die zum 1. Oktober 1893 erfolgte Einführung der zweijährigen Dienstzeit und im Zusammenhang damit die Aufstellung vierter Bataillone bei den Infanterieregimentern. Nur für die Kavallerie (in Preußen auch für die reitende Artillerie) wurde die dreijährige Dienstzeit beibehalten.

Durch die Aufstellung der vierten Bataillone, die nur zwei Kompagnien stark waren und deren Etat aus Sparsamkeitsrücksichten nur einen geringen Mannschaftsbestand (193 Unteroffiziere und Gemeine) aufwies, wollte man die Infanterie von den die Ausbildung erschwerenden zahlreichen Kommandierungen außerhalb der Truppe (Arbeitsdienst, Ordonanzen, Burschen usw.) entlasten, die natürlich bei zweijähriger Dienstzeit von der Truppe noch unangenehmer empfunden wurden als zuvor. Die Hauptlast der Kommandierungen sollten die vierten Bataillone übernehmen, auch sollten diese die Stämme für Reserveformationen bilden. Über die Schwierigkeiten der Ausbildung der schwachen Bataillone hoffte man hinwegkommen zu können.

Schon nach wenigen Jahren aber ergab sich, daß der zweifellos festgestellte Vorteil der Entlastung der übrigen Bataillone und der gründlicheren Ausbildung derselben den Nachteil der ebenso einwandfrei festgestellten Minderwertigkeit der Ausbildung der vierten Bataillone nicht ausgleichen könne. Die Einrichtung wurde deshalb nach wenigen Jahren und nachdem die Truppe sich in die zweijährige Dienstzeit eingelebt hatte, als solche wieder aufgegeben, dagegen konnte man auf die Stämme für Reserveformationen

nicht verzichten, nur sollte diesen dieselbe Ausbildung wie den übrigen Teilen der Infanterie zuteil werden. So wurden je zwei der vierten Bataillone zu einem Vollbataillon vereinigt, durch geringe Abgaben der anderen Bataillone auf eine Stärke von 500 Mann gebracht und je zwei Bataillone zu einem Regiment vereinigt und mit diesen Regimentern ein viel festerer Stamm für Reserveformationen erreicht, als dies mit den nicht hinlänglich auszubildenden vierten Bataillonen möglich gewesen war.

Die Umformungen im Herbst 1893 brachten außer der Infanterie auch der Feldartillerie eine Verstärkung, und zwar dem Feldartillerieregiment Nr. 13 eine 4. Abteilung zu 3 Batterien. Dagegen schied aus Etatsrücksichten das Fußartilleriebataillon Nr. 13 aus dem Verband des württembergischen Armeekorps aus und wurde von Preußen übernommen. Gleichzeitig wurde das Pionierbataillon Nr. 13 zur Erzielung gleichmäßiger und besonders in pioniertechnischer Hinsicht mit den preußischen Bataillonen genau übereinstimmender Ausbildung unter Festhaltung der bisherigen Etatsverhältnisse der 2. Pionierinspektion in Mainz unterstellt, dessen Inspekteur von jetzt ab regelmäßig zweimal im Jahre das Bataillon wie die anderen ihm unterstellten Bataillone zu besichtigen hatte. Gelegentlich der Umformung der Eisenbahntruppen wurde aus der 16. (Rgl. Württ.) Eisenbahnkompagnie die 4. (Rgl. Württ.) Kompagnie des Eisenbahnregiments Nr. 2.

Kaiserparaden und Kaisermanöver

Bevor diese Veränderungen eintraten, stand das gesamte Armeekorps zum ersten Male vor Kaiser Wilhelm II. auf dem Exerzierplatz in Cannstatt in Parade, nachdem Teile schon im Jahre 1889 bei der Jubiläumsparade in ihm den neuen Bundesfeldherrn hatten begrüßen dürfen. Bei einem am Tage nach der Parade abgehaltenen Manöver zwischen Stuttgart und Ludwigsburg nahm dann der Deutsche Kaiser Veranlassung, sich auch von der gefechtsmäßigen Ausbildung der württembergischen Truppen zu überzeugen.

Daß der dabei gewonnene Eindruck ein günstiger gewesen ist, dafür zeugt folgendes an unseren König gerichtetes Dankschreiben:

Durchlauchtigster Großmächtigster Fürst, freundlich lieber
Vetter und Bruder!

Die am heutigen Tage beendeten großen Übungen des XIII. (Rgl. Württ.) Armeekorps haben ein in jeder Beziehung so sehr erfreuliches Resultat ergeben, daß ich Euer Majestät Land und Truppen nicht verlassen kann, ohne Meiner bereits gestern nach der vortrefflichen Parade ausgesprochenen lebhaften Befriedigung und Anerkennung nochmals den wärmsten Ausdruck zu geben.

Euer Majestät Armeekorps befindet sich in jeder Beziehung in einem durchaus kriegstüchtigen Zustande und ist vollkommen geeignet, in dem Heere unseres deutschen Vaterlandes die Stelle einzunehmen, welche sich für die Söhne des schönen württembergischen Landes mit seiner glorreichen Vergangenheit gebührt. Ich habe mit Freuden wahrgenommen, daß in dem Korps von allen berufenen Stellen an der sorgfältigen Ausbildung der Truppen mit großer Sachkenntnis und Hingabe und mit unermüdlichem Fleiß gearbeitet wird. Ich spreche Euer Majestät Meinen herzlichsten Glückwunsch zu solchen Leistungen aus, und es gereicht Mir zur Freude, mit der Überzeugung von hier zu scheiden, daß ich Mich mit Euer Majestät über die hohe Wichtigkeit und den tiefen Ernst, welcher in der kriegsgemäßen Ausbildung der Armee für das Wohl des gesamten Vaterlandes liegt, in vollster Übereinstimmung befinde. Indem Ich Euer Majestät bitte, Ihren Truppen und deren Führern, insbesondere aber dem kommandierenden General Kenntnis von Meiner lebhaften Anerkennung geben zu wollen, spreche Ich zugleich nochmals Meinen herzlichsten Dank für die so liebevolle Aufnahme, die Mir und der Kaiserin, Meiner Gemahlin, in Euer Majestät Hause und in Ihrem Lande bereitet worden ist, aus.

Ich verbleibe mit der Versicherung der vollkommensten Hochachtung und in aufrichtiger Freundschaft

Stuttgart, den 16. September 1893.

Euer Majestät

freundwilliger Vetter und Bruder

Wilhelm.

In der Folge haben dann noch zweimal, 1899 und 1909, Kaisermanöver stattgefunden, denen jedesmal eine Parade des ganzen Armeekorps auf dem Cannstatter Exerzierplatz vorausgegangen ist.

Im Jahre 1899 waren am Manöver noch das XIV. und XV. Armeekorps und ein Kavalleriekorps beteiligt. Es kämpfte vom 9. bis 12. September eine aus dem XIII. und XIV. Armeekorps gebildete Armeeabteilung gegen das verstärkte XV. Armeekorps im Abschnitt zwischen Enz und Glerns in der Gegend von Weil der Stadt.

Am 13. September waren die drei Armeekorps und das Kavalleriekorps unter dem Befehl des Königs von Württemberg zu einer Armeeabteilung zusammengezogen, die am Glernsabschnitt und auf dem langen Felde gegen ein durch Abgaben verschiedener Armeekorps gebildetes XX. Armeekorps und eine zusammengestellte Kavalleriedivision zu kämpfen hatte.

Die Worte vollster Anerkennung, die der Deutsche Kaiser am Schluß der Manöver den Truppen aussprach, bekräftigte der König für seine Truppen durch folgenden Erlaß:

„Die hohe uneingeschränkte Anerkennung, welche Seine Majestät der Kaiser Meinem Armeekorps, wie nach der Parade, so auch heute am Schlusse der in großem Verbande stattgehabten Manöver gezollt hat, erfüllt Mich mit großer Freude und gerechtem Stolz.

Ich beglückwünsche Meine Truppen zu dem vollen Erfolge, mit welchem sie vor dem Auge des Obersten Kriegsherrn bestanden haben und spreche denselben in all ihren Gliedern Meinen wärmsten Dank aus für die treue unermüdliche Hingabe an die vielgestaltigen Aufgaben des Dienstes, welche allerorts und von allen Dienstgraden betätigt, ein solch vorzügliches Resultat gezeitigt hat.

Daß Mein Armeekorps nicht rasten, sondern fortschreitend seinen ehrenvollen Platz in der Großen deutschen Armee behaupten wird, dessen bin ich sicher.

Stuttgart, den 13. September 1899.

(gez.) Wilhelm.“

Das Jahr 1909 sah die Kaisermanöver in der Jagst- und Taubergegend. Eine aus dem XIII., dem I. bayerischen Armeekorps und einem Kavalleriekorps zusammengestellte Blaue Armeeeinheit kämpfte dabei gegen eine Rote Partei, die aus dem XIV., dem III. bayerischen und einem aus der 39. Division und der 4. bayerischen Division zusammengestellten XX. Armeekorps bestand.

Auch nach diesem Manöver durften sich die württembergischen Truppen der vollsten Anerkennung ihres obersten Kriegsherrn wie ihres Königs erfreuen.

Wie der Kaiser als Bundesfeldherr im ganzen Reiche alljährlich durch Paraden und Manöver sich von der Kriegstüchtigkeit des deutschen Heeres überzeugt, so hat auch unser König seit seinem Regierungsantritt alljährlich gelegentlich von Übungen und Paraden in den größeren Garnisonen und durch regelmäßige Teilnahme an den Herbstübungen des Armeekorps, wobei er an einzelnen Tagen Aufgabestellung und Leitung selbst übernahm, die Ausbildung der württembergischen Truppen überwacht und in hohem Grade deren Kriegsbereitschaft gefördert.

Bebenhäuser Konvention

In etwa dieselbe Zeit wie der Übergang zur zweijährigen Dienstzeit fällt eine Maßnahme, die für unser Offizierkorps und die württembergischen Truppen von großer Bedeutung sein sollte.

Die in der Militärkonvention zum Zwecke der Gleichmäßigkeit in der Ausbildung und im inneren Dienst vorgesehene gegenseitige Kommandierung einzelner Offiziere auf 1—2 Jahre hatte nur ein loses Band mit der preußi-

schen Armee geschaffen und war bei den verschiedenen Beförderungsverhältnissen beider Kontingente auf mancherlei Schwierigkeiten gestoßen. Zu Anfang der siebziger Jahre hatte der Abgang vieler älterer Offiziere nach dem Feldzug und die Vergrößerung des Armeekorps im württembergischen Offizierkorps ungewöhnlich rasche Beförderungsverhältnisse geschaffen, durch welche dieses besonders bei der Beförderung zum Hauptmann und Stabs-offizier den preußischen Offizieren bedeutend vorausgekommen war. Umgekehrt hatte gerade dieses rasche Vorwärtstommen verhältnismäßig junger Offiziere gegen Ende der achtziger Jahre eine erhebliche Stodung in den Beförderungsverhältnissen nach sich gezogen.

Die beiden Heeresleitungen sahen sich daher bei der gegenseitigen Kommandierung stets vor die Notwendigkeit gestellt, auf das Dienstalter der betreffenden Offiziere Rücksicht zu nehmen und nach Möglichkeit zu vermeiden, daß ein im Dienstalter älterer Offizier des einen Kontingents einem jüngeren des anderen unterstellt wurde.

Manchen tüchtigen Elementen des württembergischen Offizierkorps wurde dadurch der erwünschte Raum zur Betätigung und Weiterbildung beschränkt, das Bedürfnis nach einer beide Teile befriedigenden Lösung dieser Frage mit der Zeit immer dringlicher.

Gelegentlich eines mündlichen Gedankenaustausches, der über diese Frage bei einem Besuch des Deutschen Kaisers bei König Wilhelm in Bebenhausen zwischen beiden Monarchen gepflogen wurde, einigten sich diese dahin, künftighin die Beförderungsverhältnisse ihrer beiderseitigen Offizierkorps einheitlich zu regeln, und letzterer beauftragte daraufhin den Kriegsminister am 1. Dezember 1893, die Angelegenheit mit dem preußischen Kriegsminister nach folgenden Gesichtspunkten zu regeln.

1. Endgültige Feststellung des Dienstaltersverhältnisses aller württembergischen Offiziere zu den preußischen gleicher Rangstufe und damit Schaffung einer einwandfreien Grundlage für die beiderseitigen Kommandierungen und sinngemäßes Verfahren bei den aus Anlaß von Neuernennungen und Beförderungen zu verleihenden Patenten.

2. Die nach Preußen kommandierten württembergischen Offiziere legen die Uniform und alle Abzeichen des Truppenteils an, dem sie zugeteilt werden. Generale und Generalstabsoffiziere legen preußische Uniform an. Dasselbe gilt umgekehrt für die von Preußen nach Württemberg kommandierten Offiziere.

3. Die Rangliste der württembergischen Offiziere erscheint mit der der preußischen Armee vereinigt.

4. Ein württembergischer Offizier wird zur dauernden Dienstleistung in das preußische Militärkabinett kommandiert.

Mit diesem Übereinkommen, das nach dem Ort der einleitenden Besprechungen verschiedentlich mit dem Namen „Bebenhäuser Konvention“ benannt wurde, ist eine vielerörterte Frage zur Ruhe gekommen, und seither

hat sich erwiesen, daß der von König Wilhelm in weiser Fürsorge für seine Offiziere gefaßte Entschluß nicht nur diesen zum Vorteil, sondern der ganzen gleichmäßigen Weiterentwicklung des württembergischen Heereswesens im Anschluß an das preußische in hohem Maße förderlich gewesen ist.

Groß ist die Zahl der württembergischen Offiziere, die seit Abschluß der Vereinbarung bis zum Beginn des Krieges als Führer größerer Verbände und im Generalstab, im Dienst der Truppen und bei den Lehranstalten der preußischen Armee zum ausgesprochenen Nutzen des heimatischen Kontingents Verwendung gefunden haben.

Der dabei von unseren Offizieren erlangten umfassenden Weiter- und Durchbildung ist zu einem wesentlichen Teile die hohe Kriegstüchtigkeit zu verdanken, von der die Württemberger in dem gewaltigen Völkerkampf auf allen Kriegsschauplätzen, im Bewegungs- und im Stellungskrieg, Proben abgelegt haben und auf den nunmehr über zwei Jahrzehnte bestehenden engen Anschluß des württembergischen Kontingents an die preußische Armee ist es zurückzuführen, daß nach Besetzung der Führerstellen bei den eigenen stark vermehrten Truppen noch eine Anzahl württembergischer Offiziere der preußischen Armee für höhere und höchste Führerstellen und für den Generalstabsdienst hat zur Verfügung gestellt werden können.

So bekleidet zur Zeit Herzog Albrecht von Württemberg, der von 1906 bis 1908 das XI. preußische Armeekorps, von 1908 bis 1913 unser XIII. Armeekorps befehligt und dann bis zu Ausbruch des Krieges an der Spitze der 6. Armeeinspektion gestanden hatte, die Stelle eines Armeeführers, drei württembergische Generale stehen an der Spitze von Armeekorps, etwa zehn Generale an der Spitze höherer Verbände in der preußischen Armee und auch bei der obersten Heeresleitung nimmt eine der wichtigsten Stellen, die des Chefs des Feld Eisenbahnwesens, ein württembergischer General ein.

Truppenübungsplatz Münsingen

Die mehr und mehr sich steigenden Anforderungen an kriegsmäßige Ausbildung der Truppen, die im Jahre 1889 erfolgte Einführung der neuen weittragenden Handfeuerwaffen (Gewehr M/88) und die mit der Schießvorschrift 89 erheblich gesteigerten Anforderungen an die gefechtsmäßige Schießausbildung hatten es mit den Jahren immer nötiger gemacht, die Gefechtsausbildung der Truppen in das Gelände zu verlegen.

Die vorwiegend ebenen, räumlich beschränkten Exerzierplätze in den Standorten waren wohl ausreichend für Einübung reglementarischer Formen, für gefechtsmäßige Übungen indessen wenig brauchbar. Dasselbe war mit den Schießständen der Fall, sie reichten für schulmäßige Schießausbildung aus, waren aber für gefechtsmäßiges Schießen mit scharfer Munition, dessen Bedeutung sich mehr und mehr geltend machte, nicht geeignet, zumal bei der großen Tragweite des neuen Gewehrs selbst bei den einfachsten Formen

des gefechtsmäßigen Schießens die Umgebung der Schießstände zu sehr gefährdet wurde.

Gefechtsmäßige Exerzier- und Schießübungen mit scharfer Munition wurden deshalb schon seit geraumer Zeit in besonderem, jeweils ermietetem Gelände abgehalten. Diese Ermietung stieß mit steigender Verbesserung des Bodens und stetig vermehrtem Anbau auf immer größere Schwierigkeiten, zumal da infolge der nötigen umfassenden Absperrungen die landwirtschaftlichen Arbeiten zu sehr gestört wurden.

Diese Rücksichten zwangen wie die preußische so auch die württembergische Heeresverwaltung, der Beschaffung besonderer Übungsplätze von einer den Forderungen der Truppenausbildung genügenden Größe näherzutreten.

Ein geeignetes Gelände hierfür fand sich in der Nähe von Münsingen; hier wurde im Jahre 1895 ein Übungsplatz erworben, der für alle Waffen gefechtsmäßige Ausbildung und Übungen mit scharfer Munition ermöglicht.

Der auf einer Anzahl Gemarkungen der Oberämter Münsingen und Urach gelegene Platz hat eine mittlere Länge und Breite von etwa 6 km und bietet mit seinen wechselnden Höhen und Mulden, seinen größeren und kleineren Waldstücken ein für seine Zwecke besonders geeignetes Gelände.

In seiner Südwestecke, etwa 3 km von Münsingen entfernt, wurde ein Barackenlager errichtet, das in Backsteinbauten einfachster Art die für die Verwaltung (Kommandantur, Garnisonverwaltung, Proviantamt usw.) und für die lagermäßige Unterbringung der Truppen erforderlichen Gebäude und Stallungen enthält und in dem zunächst gleichzeitig eine Infanterie- und eine Artillerie- (bzw. Kavallerie-) Brigade untergebracht werden konnten.

Im Durchschnitt sind dann in den letzten Jahren in dem Lager außer den dauernd dort anwesenden Verwaltungsbehörden jährlich 1300 Offiziere, 37 700 Unteroffiziere und Mannschaften untergebracht gewesen.

Es liegt auf der Hand, welche wirtschaftlichen Vorteile die Anwesenheit einer solchen Truppenzahl der früher in bedrückten Verhältnissen lebenden Bevölkerung der Münsinger Alb gebracht hat. Arbeiter und Handwerker aller Art, auch weibliche Arbeitskräfte, als Wäscherinnen, Näherinnen usw., aus den benachbarten Ortschaften finden durch das Lager dauernde Arbeit, das Proviantamt deckt seinen Bedarf an Hafer, Heu und Stroh im weitesten Umfang aus der Nachbarschaft, die Verwertung des Stalldüngers hat bereits eine erhebliche Verbesserung des Bodens der an den Platz angrenzenden Grundstücke ermöglicht und deren Ertragnisse von Jahr zu Jahr günstiger gestaltet. Der Gesamtumsatz aus Lieferungen für Küche und Kantine, für Fuhrleistungen usw. ist jährlich auf etwa 1½ Millionen Mark zu veranschlagen und kommt zum großen Teil den umliegenden Gemeinden zugut.

Drei weitere Lager sind während des Krieges zur Unterbringung von zahlreichen Gefangenen auf dem Plage gebaut worden. Sie werden nach

Friedenschluß eine willkommene Vermehrung des für Truppenunterbringung verfügbaren Raumes bilden und damit die Möglichkeit bieten, auch Übungen in großen Verbänden (Division, Armeekorps) auf dem Platze abzuhalten.

Remontedepot

An den Truppenübungsplatz schließt sich im Osten das im Jahre 1898 errichtete Remontedepot Breithülen an. Es verdankt sein Entstehen dem Bestreben der Militärverwaltung, neben der Sicherung genügenden Remonteerfases zur Hebung der Landespferdezucht beizutragen, indem sie durch Abnahme brauchbarer Pferde den Pferdezüchtern Absatz schafft.

Die teils in der Fohlenaufzuchtanstalt des staatlichen Landesgestüts, teils auf Remontemärkten innerhalb des Königreichs und, soweit der Bedarf hier nicht gedeckt werden kann, in Holstein und in Ostpreußen gekauften Pferde werden dreijährig in das Depot eingestellt und im allgemeinen nach einjähriger Pflege und Wartung vierjährig den Truppen überwiesen.

Das Depot umfaßt 130 ha und ist für landwirtschaftlichen Betrieb eingerichtet, der einen Teil des Futterbedarfs deckt, die Lieferung des übrigen Bedarfs kommt auch hier in der Hauptsache den Nachbargemeinden zugut.

Die Leitung liegt in den Händen eines Stabsoffiziers, zugleich Vorsitzenden der Remonteankaufskommission, dem neben dem erforderlichen Warte- und Unterpersonal ein Veterinäroffizier, ein Inspektor und ein Futtermeister zur Seite stehen. Das Depot ist seit 1904 für 252 Pferde eingerichtet und genügt damit etwa zur Hälfte dem rund 500 Pferde betragenden jährlichen Remontebedarf des Armeekorps.

Errichtung der Infanterieregimenter 127 und 180

Wie schon oben erwähnt, hatten sich die im Herbst 1893 bei den Infanterieregimentern aufgestellten Halbbataillone nicht bewährt, es war deshalb durch Gesetz vom 28. Juni 1896 zum 1. April 1897 ihre Zusammenstellung zu ganzen Bataillonen und zu Regimentern beschlossen worden. Es wurde aus den Halbbataillonen der 27. Division und des zum XV. Armeekorps abkommandierten Infanterieregiments Nr. 126 das 9. württembergische Infanterieregiment Nr. 127 mit dem Standort Ulm, aus den Halbbataillonen der 26. Division das 10. württembergische Infanterieregiment Nr. 180 mit den Standorten Tübingen (Regimentsstab und I.) und Smünd (II. Bat.) gebildet.

Um für die neuen Bataillone Raum zu schaffen, wurde das bisher in Smünd stehende III./122 nach Heilbronn, das in Tübingen stehende III./125 nach Stuttgart verlegt.

Neugestaltung der Feldartillerie

Die mit der Einführung des neuen Geschützes C/96 erhöhten Ansprüche an die Gefechtsausbildung der Feldartillerie, die durch die zweijährige Dienstzeit erhöhte Schwierigkeit der Ausbildung und endlich die Notwendigkeit, den Divisionskommandeuren im Frieden schon Einfluß auf die Ausbildung der Feldartillerie zu geben und ihnen zu ermöglichen, sich eingehender mit deren Wesen zu befassen als bisher, wo die Artilleriebrigade dem Generalkommando unmittelbar unterstellt war, machte mehr und mehr eine Neugestaltung dieser Waffe nötig.

Der Dienstbetrieb der 11—12 Batterien stark gewordenen Regimente ließ sich mit genügender Gründlichkeit nicht mehr von einem Regimentskommandeur überwachen, auch die einheitliche Gefechtsleitung solch großer Gefechtskörper war zu schwierig. Es wurden daher zum 1. Oktober 1899 bei allen Armeekorps aus einer Feldartilleriebrigade zwei Brigaden und ebenso aus jedem Regiment zwei Regimente gebildet. Aus der 13. (Rgl. Württ.) Feldartilleriebrigade wurde die 26. (1. Rgl. Württ.) und die 27. (2. Rgl. Württ.) Feldartilleriebrigade, sie unterstanden von jetzt ab den Divisionen gleicher Nummer. Das Feldartillerieregiment König Karl bildete aus seiner II. und III. Abteilung das 3. Württembergische Feldartillerieregiment Nr. 49 mit dem Standort Ulm, das Feldartillerieregiment Nr. 29, aus der III. und IV. Abteilung das 4. Württembergische Feldartillerieregiment Nr. 65 mit dem Standort Ludwigsburg. Die bis dahin bei dieser IV. Abteilung fehlende 3. Batterie wurde neu aufgestellt, die 4. Feldartillerieregiment des Armeekorps bestanden somit jetzt gleichmäßig aus je 2 Abteilungen zu 3 Batterien. Als Standort erhielt die II. (früher IV.) Abteilung Feldartillerieregiments König Karl Cannstatt zugewiesen.

Gleichzeitig mit diesen Neubildungen wurde die bis dahin dem Eisenbahnregiment Nr. 2 zugeteilte württembergische Eisenbahnkompagnie von Preußen übernommen, dafür aber beim Telegraphenbataillon Nr. 1 in Berlin ein württembergisches Telegraphendetachment neu gebildet.

Verleihung von Säkularspangen für Fahnen und Standarten

Der Jahrhundertwechsel gab sämtlichen deutschen Fürsten Veranlassung, durch Verleihung von Säkularspangen für Fahnen- und Standartenbänder die Erinnerung an den Krieg 1870/71 und die daraus hervorgegangene Einigung des deutschen Volkes aufzufrischen.

König Wilhelm begleitete die Verleihung durch folgenden Erlaß:

„Im Rückblick auf die Waffentaten der Söhne Württembergs im eben verfloßenen Jahrhundert, in Sonderheit an deren ruhmvolle Teilnahme

- an dem glorreichen Kriege, dessen Siegespreis nach heißem gemeinsamem Ringen der Stämme aus Nord und Süd die Einigung des deutschen Volkes war, verleihe Ich den Fahnen und Standarten Meines Armeekorps Säkularspangen, welche am heutigen Tage an den Bändern der mit Lorbeer zu schmückenden Feldzeichen in feierlicher Weise anzubringen sind.

Dieses nach einmütigem Beschluß der deutschen Fürsten den Fahnen und Standarten sämtlicher Kontingente zuteil werdende Erinnerungszeichen soll ein weiteres Unterpfand für die Einheit und Untrennbarkeit des deutschen Heeres und eine Mahnung sein, immerdar festzuhalten an dem Errungenen und in Sturm und Gefahr furchtlos und treu zu stehen zu Kaiser, König und Vaterland.

Stuttgart, den 1. Januar 1900.

(gez.) Wilhelm.“

Militärstrafgerichtsordnung

Gliederung, Dienstbetrieb, innere Einrichtungen waren innerhalb der einzelnen Kontingente des Reichsheeres seit 1871 allmählich einheitlich geworden, dagegen wichen in einem sehr wichtigen Punkte, der Gerichtsverfassung, die preussischen, bayerischen und württembergischen Einrichtungen noch erheblich voneinander ab. Wohl besaß das Heer seit 1872 ein einheitliches Militärstrafgesetzbuch und die Disziplinarstrafordnung, dagegen hatten Preußen und Württemberg in sich verschiedene, auf dem nicht öffentlichen schriftlichen Verfahren beruhende Strafgerichtsordnungen, während in Bayern das öffentliche mündliche Verfahren eingeführt war.

Auch auf diesem Gebiet zu der erwünschten Einheit und einem dem allgemeinen Volksempfinden mehr angepaßten Verfahren innerhalb des ganzen Reichsheeres zu gelangen, war der Zweck der nach langen Verhandlungen zwischen den Regierungen unter sich und dann mit dem Reichstag zustande gekommenen Militärstrafgerichtsordnung vom 1. Dezember 1898, die dann am 1. Januar 1901 in Kraft getreten ist.

Sie beruht unter Anlehnung an das bürgerliche Gerichtsverfahren auf dem öffentlichen mündlichen Verfahren und der Unabhängigkeit der nur dem Gesetz unterworfenen erkennenden Gerichte.

Bei diesen werden unterschieden: Standgerichte für Aburteilung geringerer Vergehen (Freiheitsstrafen bis zu 6 Wochen), Kriegsgerichte für Aburteilung aller strafbaren Handlungen, Oberkriegsgerichte am Sitze der Generalkommandos als Berufungsgerichte und das Reichsmilitärgericht in Berlin, welches als Revisionsgericht die gleichmäßige Rechtspredung innerhalb des gesamten deutschen Heeres gewährleistet.

Neubewaffnung von Infanterie und Artillerie

In die ersten Jahre des neuen Jahrhunderts fällt bei der Infanterie die Ausrüstung mit dem Gewehr M/98, bei der Feldartillerie die Umwandlung des Feldgeschützes C/96 zum Rohrrücklaufgeschütz mit Schutzhilden. Zwar waren beim bisherigen Gewehr M/88 die ballistischen Leistungen ausreichend, dagegen hatten sich Laufmantel und insbesondere die Mehrladeeinrichtung nicht ganz zweckmäßig erwiesen. Der nach unten offene Ladefasten des Gewehrs M/88 war gegen Verschmutzung beim Schießen im Liegen — der im Gefecht am häufigsten vorkommenden Art des Schießens — nicht genügend geschützt, auch war nicht genügend Vorkehrung getroffen, gleichzeitige Einführung von zwei Patronen in den Lauf und daraus folgende bedenkliche Ladehemmungen zu verhindern. Das neue Gewehr M/98 hob diese Nachteile auf, der Laufmantel fiel weg, an seiner Stelle wurde der Lauf des neuen Gewehrs verstärkt und mit Handschutz versehen, der Patronenrahmen wurde durch den Ladestreifen ersetzt, der schon beim Einführen der Patronen in den Ladefasten abfällt, dieser war nunmehr nach unten geschlossen und damit eine Hauptursache für seine Verschmutzung und für Ladehemmungen beseitigt.

Auch beim Feldgeschütz war eine Änderung des Kalibers und der Munition nicht nötig gewesen, um die Feldartillerie mit einem allen Anforderungen der Neuzeit genügenden Geschütz auszurüsten, dagegen war mit der Einrichtung zum Rohrrücklaufgeschütz der Vorteil erreicht, daß das einmal gerichtete und eingeschossene Geschütz nicht bei jedem Schuß neu gerichtet werden muß, die Feuergeschwindigkeit im Bedarfsfalle also erheblich gesteigert werden kann; auch hat durch die Anbringung der Schutzhilde die Geschützbedienung einen gegen Infanterie- und Schrapnellgeschosse und gegen Sprengstücke ausreichenden Schutz erhalten.

Eine andere Schußwaffe hatte im Lauf der Jahre mehr und mehr Bedeutung gewonnen und zum Teil schon Eingang in fremde Heere gefunden — das Maschinengewehr. Auch die deutsche Heeresverwaltung hatte sich schon lange mit dieser Waffe beschäftigt und eingehende Versuche mit den verschiedenen Systemen angestellt, die schließlich zur Einführung eines von dem Amerikaner Maxim erfundenen Modells führten.

Dieses Maschinengewehr ruht in abnehmbarem Schlitten auf einem von 4 bzw. 2 Pferden gezogenen Wagen. Seine Feuerwirkung entspricht der eines kriegsstarke Infanteriezugs (etwa 80 Gewehre) und hat vor diesem die größere Treffsicherheit voraus. Es bildet vermöge seiner Feuerkraft und Beweglichkeit eine Hilfswaffe, die in wichtigen Gefechtslagen ausschlaggebend sein kann. Unsere Infanterie durfte dieses vorzügliche, besonders auch schon im Russisch-Japanischen Kriege bewährte Hilfsmittel zur Verstärkung ihrer Feuerkraft nicht länger entbehren. Nachdem schon eine Reihe von Jahren besondere einzelnen Jägerbataillonen zugeteilte

Maschinengewehrabteilungen bestanden und die Gewehre auch bereits in die Ausrüstung der großen Festungen Aufnahme gefunden hatten, wurde im Jahre 1911 auch die Zuteilung besonderer Maschinengewehrkompanien zu den Infanterieregimentern beschlossen, aus Ersparnisrücksichten aber zunächst nur zu einem Regiment jeder Infanteriebrigade. Beim XIII. Armeekorps erhielten solche Kompanien die Regimenter 119, 120, 121 und 124.

Gleichzeitig mit den Maschinengewehrkompanien wurden entsprechend der zunehmenden Bedeutung, welche die Entwicklung der Luftschiffahrt, des Kraftfahrwesens und der drahtlosen Telegraphie für das Heereswesen gewonnen hatten, im Anschluß an die preußischen Formationen folgende württembergische Truppenkörper neu aufgestellt:

Ein Detachement bei der 2. Kompanie des neu errichteten Luftschifferbataillons Nr. 3 (Standort Meh);

ein Detachement bei dem neu errichteten Kraftfahrbataillon (Standort Berlin);

ein Detachement bei der 4. (Funker-) Kompanie des Telegraphenbataillons Nr. 1, bei dem seit 1899 bereits ein württembergisches Telegraphendetachement bestand.

Veteranenappell 1910

Bevor wir die Entwicklung unseres Heereswesens weiter verfolgen, sei kurz einer erhebenden Feier gedacht, der durch die rege Anteilnahme des Königs eine besondere Bedeutung verliehen wurde. Im Juli 1910 waren 40 Jahre vergangen, seit französischer Übermut dem deutschen Volke einen Krieg aufgezwungen hatte, der für die Franzosen so verhängnisvoll werden, uns aber die längst ersehnte deutsche Einheit bringen sollte. Wie allenthalben in deutschen Landen, so herrschte auch im Kreise der württembergischen Kriegsveteranen der Wunsch, nach 40 Jahren in möglichst großer Zahl wieder einmal zusammenzukommen und gemeinschaftlich der Tage zu gedenken, an denen sie einstmals auf blutiger Kampfstätte gefochten hatten. Es lag nahe, für die Zusammenkunft die Erinnerungstage von Villiers und Champigny zu wählen.

Nachdem, gefördert von König Wilhelm II., ein unter dem Ehrenvorsitz des damaligen kommandierenden Generals, des Herzogs Albrecht von Württemberg, gebildeter Ausschuß die nötigen Vorbereitungen getroffen hatte, strömten am Sonntag den 4. Dezember in der Frühe Tausende alter Krieger nach der Landeshauptstadt, deren Bürgerschaft durch reichen Flaggenschmuck ihre Anteilnahme an der Feier bekundete. 235 Offiziere, Sanitätsoffiziere und obere Beamte und 9745 Unteroffiziere und Mannschaften traten in den Vormittagsstunden zur Paradeaufstellung

in den Verbänden, denen sie einstmals während des Krieges angehört hatten, auf dem Schloßplatz zusammen, woselbst um 12 Uhr Seine Majestät, begrüßt von dem begeisterten Hurraruf der Veteranen und unter den Klängen des Präsentiermarsches und der Nationalhymne, aus der Hand des dienstältesten Offiziers, General der Infanterie z. D. Freiherrn Pergler von Perglas, den Frontrapport entgegennahm und dann die langen Fronten abschritt. Ein in vortrefflicher Haltung durchgeführter Parademarsch schloß sich hieran an.

An derselben Stelle, wo die Veteranen seinerzeit nach der Rückkehr aus dem Feldzug an König Karl vorübergezogen waren, durften sie nunmehr wieder an ihrem erhabenen Herrscher vorbeimarschieren, der sie einstmals als Prinz Wilhelm in den Kampf begleitet hatte.

Nach dem Vorbeimarsch versammelte Seine Majestät die Offiziere und Abordnungen sämtlicher in der Parade gestandener Verbände und hob in warm empfundener Ansprache die Bedeutung des Tages hervor.

Verleihung von Orden und Ehrenzeichen und anderer Gnadenbeweise schloß diesen Teil der Feier. Es folgten nunmehr festliche Bewirtungen in den reich geschmückten Kasernen und den großen Festsälen einzelner Vereine und Gastwirtschaften, an denen Veteranen aller Grade teilnahmen und die Erinnerungen an die gemeinsam verlebte Kriegszeit auffrischten. Eine Festtafel im Königlichen Schloß, bei der Seine Majestät nochmals in erhebenden Worten der Bedeutung des Tages gedachte und ein Hurra auf Seine Majestät den Kaiser ausbrachte, beschloß den festlichen Tag.

Heeresverstärkung 1913

Immer mehr zogen sich nach der Heeresverstärkung von 1911 die Wolken am politischen Horizont zusammen und ließen klar erkennen, daß Deutschland über kurz oder lang genötigt sein werde, gegen eine Welt von Feinden ins Feld zu ziehen. Im Westen bereitete Frankreich die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit ohne jede Einschränkung vor und stellte ungezählte Millionen aus den Taschen seiner sparsamen Bevölkerung als Anleihen für russische Rüstungen zur Verfügung, trotz seiner schwächeren Bevölkerung war der Friedensstand seines Heeres ein größerer als der des deutschen, Rußland zog immer mehr Truppen an seiner Westgrenze zusammen, in England wurde infolge seiner Eifersucht auf die glänzende Entwicklung der deutschen Industrie und des überseeischen Handels die feindselige Gesinnung immer offener. Als der Ausgang des Balkankrieges die europäischen Machtverhältnisse noch mehr zu Ungunsten Deutschlands verschoben hatte, durfte die Heeresleitung nicht länger zögern, die Mittel zu weiterer Verstärkung des Heeres zu fordern. Sie war dazu um so mehr berechtigt, als die Stärke des Heeres mit dem Wachstum der Bevölkerung keineswegs Schritt gehalten

hatte und der Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht eigentlich nur noch auf dem Papier stand. Die allgemeine Wehrpflicht aber ist es, die Preußen und später auch Deutschland groß gemacht hat, sie mußte wieder mehr zur Geltung kommen, wenn das deutsche Heer den ihm drohenden Gefahren gewachsen bleiben wollte.

Durch Einstellung einer erheblich größeren Zahl von Rekruten sollte deshalb der Friedensstand der Truppen erhöht und dadurch sowie durch verbesserte Zusammensetzung mancher Truppenteile der rasche Übergang vom Friedens- zum Kriegszustand und damit die Kriegsbereitschaft gefördert werden. Es handelte sich bei dieser neuen Gesetzesvorlage weit weniger um Neuauftellung von Truppen als um Verstärkung und gleichmäßigere Ausgestaltung der vorhandenen. Hierzu gehörte neben Erhöhung des Friedensstandes in erster Linie die Errichtung von dritten Bataillonen bei den seinerzeit aus den vierten Bataillonen gebildeten neuen Infanterieregimentern und die Zuteilung von Maschinengewehrkompanien an die gesamte Infanterie; dazu kam noch die Verstärkung der Stäbe, um im Mobilmachungsfall aus ihnen leichter die Stäbe der zahlreichen Reserve- und Landwehrtruppen bilden zu können.

Endlich war auch noch weitere Verstärkung der Fußartillerie und weitere Ausgestaltung der neugebildeten technischen Truppen dringendes Bedürfnis.

Dementsprechend wurden beim württembergischen Armeekorps neben Erhöhung des Friedensstandes neu aufgestellt die dritten Bataillone der Infanterieregimenter Nr. 127 und 180, Maschinengewehrkompanien bei den Infanterieregimentern 122, 123, 125, 126, 127 und 180, 1 Telegraphenkompanie als 3. Kompanie des preußischen Telegraphenbataillons Nr. 4, ein Detachement bei der preußischen Festungsfernspreschkompagnie Nr. 4, unter Wegfall der beiden Detachements beim Telegraphenbataillon Nr. 1, 1 Luftschiffertkompanie mit dem Standort Friedrichshafen, unter Wegfall des 1911 beim preußischen Luftschifferbataillon Nr. 3 in Metz errichteten Detachements. Es lag nahe, zum Standort einer Luftschiffertkompanie die Stadt zu wählen, wo Graf Zeppelin in jahrelanger unermüdlicher Arbeit sein Lenkluftschiff erfunden und allen sich aufstürmenden Schwierigkeiten und Hemmungen zum Trotz zur heutigen Vollkommenheit durchgebildet und ausgebaut hat. Die Kompanie ist in der Nähe der Zeppelinwerft untergebracht, ebenso ist dort eine Militärluftschiffhalle größten Umfangs neu erstellt worden.

An Stäben wurden neu aufgestellt:

Die Landwehrinspektion Stuttgart, deren Inspekteur gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Gouvernements beauftragt wurde;

das Bezirkskommando II Stuttgart, da bei dem steten Wachstum der Bevölkerung der Umfang der Geschäfte für ein Bezirkskommando zu groß geworden war.

Die außerdem für 1. Oktober 1914 in Aussicht genommene Errichtung eines Fußartilleriebataillons nebst Besspannungsabteilung, einer 5. Eskadron bei der Trainabteilung, die Errichtung einer Unteroffizierschule in Ellwangen und einer für 25 Offiziere und 75 Mannschaften bestimmten Militärkuranstalt in Wildbad, endlich noch die Umwandlung des Scheinwerferzugs beim Pionierbataillon Nr. 13 in eine Scheinwerferabteilung kamen infolge des Kriegsausbruchs nicht mehr zur Durchführung.

Zusammensetzung des württembergischen Kontingents am 1. Oktober 1913

1. Das Kriegsministerium

als oberste Behörde für die Organisations- und Personal-Angelegenheiten und für alle Verwaltungs- und Justizverwaltungs-sachen.

Das Kriegsministerium zerfällt in 7 Abteilungen:

Zentral-Abteilung (Z)

**Abteilung für allgemeine Armee- und für persönliche An-
gelegenheiten (A)**

Abteilung für Waffen und Feldgerät (W)

Verwaltungs-Abteilung (B)

Verorgungs- und Justiz-Abteilung (C)

Medizinal-Abteilung (MA.)

Kollegium zur Entscheidung von Pensionsfragen.

Es sind unterstellt

dem Kriegsministerium:

Militärbevollmächtigter in Berlin

Oberrekrutierungsamt

Schloßgardekompagnie

der Abteilung für allgemeine Armee- und für persönliche Angelegenheiten:

Remontierungswesen

Evangelische Feldpropstei

der Abteilung für Waffen und Feldgerät:

Artillerie-Depot in Ludwigsburg und Alm

Train-Depot in Ludwigsburg

Landes-Armee-Museum in Stuttgart

der Verwaltungs-Abteilung:

Kriegszahlamt

2. XIII. (Kgl. Württ.) Armeekorps

Generalkommando, Standort Stuttgart, mit Generalstab, Adjutantur,
Intendantur des Armeekorps, Sanitätsamt, Korpsveterinär und Oberkriegsgericht.

27. Division (2. Kgl. Württ.) Standort Ulm		26. Division (1. Kgl. Württ.) Standort Stuttgart	
54. Infanteriebrigade (4. Kgl. Württ.) Standort Ulm Infanterieregiment Kaiser Wilhelm, König von Preußen (2. Württ.) Nr. 120 Standort Ulm	53. Infanteriebrigade (3. Kgl. Württ.) Standort Ulm Grenadierregiment König Karl (5. Württ.) Nr. 123 Standort Ulm	52. Infanteriebrigade (2. Kgl. Württ.) Standort Ludwigsburg Infanterieregiment Alt-Württemberg (3. Württ.) Nr. 121 Standort Ludwigsburg Füsilieregiment Kaiser Franz Joseph von Österreich, König von Ungarn (4. Württ.) Nr. 122 Standort: Stab, I, III Heil- bronn, II Mergentheim Landwehrbezirke Leonberg, Ludwigs- burg	51. Infanteriebrigade (1. Kgl. Württ.) Standort Stuttgart Grenadierregiment Königin Olga (1. Württ.) Nr. 119 Standort Stuttgart Infanterieregiment Kaiser Friedrich, König von Preußen (7. Württ.) Nr. 125 Standort Stuttgart Landwehrbezirke Calw, Horb
9. Württ. Infanterie- regiment Nr. 127 Standort Ulm	Infanterieregiment König Wilhelm I. (6. Württ.) Nr. 124 Standort Weingarten		
10. Württ. Infanterie- regiment Nr. 180 Standort: Stab, I, III Ul- bingen, II Gmünd Landwehrbezirke Vöhrach, Ravensburg	Landwehrbezirke Mergentheim, Ellwangen		
27. Kavalleriebrigade (2. Kgl. Württ.) Standort Ulm Ulanenregiment König Karl (1. Württ.) Nr. 19 Standort Ulm und Wiblingen Ulanenregiment König Wilhelm I. (2. Württ.) Nr. 20 Standort Ludwigsburg		26. Kavalleriebrigade (1. Kgl. Württ.) Standort Stuttgart Dragonerregt. Königin Olga (1. Württ.) Nr. 25 Standort Ludwigsburg Dragonerregiment König (2. Württ.) Nr. 26 Standort Stuttgart (Cannstatt) Landwehrbezirk Rottweil	
27. Feldartilleriebrigade (2. Kgl. Württ.) Standort Ulm Feldartillerieregiment König Karl (1. Württ.) Nr. 13 Standort: Stab, I Ulm, II Stuttgart (Cannstatt) 3. Württ. Feldartillerieregiment Nr. 49 Standort Ulm Landwehrbezirk Ulm		26. Feldartilleriebrigade (1. Kgl. Württ.) Standort Ludwigsburg 2. Württ. Feldartillerieregiment Nr. 29 Prinz-Regent Luitpold von Bayern Standort Ludwigsburg 4. Württ. Feldartillerieregiment Nr. 65 Standort Ludwigsburg	
Landwehrinspektion. Landwehrbezirke Stuttgart I und II, Ehingen, Eßlingen, Gmünd, Hall, Heilbronn, Reutlingen			
Württembergisches Pionierbataillon Nr. 13. Standort Ulm			
Württembergische Trainabteilung Nr. 13. Standort Ludwigsburg.			
Gouvernement Stuttgart. Die Geschäfte werden vom Inspekteur der Landwehrinspektion wahrgenommen		Truppenübungsplatz Münzingen	Remontedepot Breitbühl
Bekleidungsamt Ludwigsburg	Festungsgefängnis Ulm	Arbeiterabteilung Ulm	

**3. Nicht dem Verband des XIII. Armeekorps angehörende
Truppenteile:**

8. Württ. Infanterieregiment Nr. 126 Großherzog Friedrich von Baden
Standort Straßburg i. E. In den Bereich des XV. Armeekorps abkommandiert

Württembergische Kompanie beim 1. Bataillon Eisenbahnregiments Nr. 4, Berlin,

Württ. Detachement bei der Betriebsabteilung der Kgl. Preussischen Eisenbahntruppen, Berlin,
 Württ. Kompagnie beim Preussischen Telegraphenbataillon Nr. 4, Karlsruhe,
 Württ. Detachement bei der Preussischen Festungsfernsprechkompagnie Nr. 4, Straßburg i. E.,
 Württ. Kompagnie beim Preussischen Luftschiffbataillon Nr. 4, Friedrichshafen,
 Württ. Detachement beim Preussischen Kraftfahrbataillon, Berlin,
 Württ. Detachement bei der Preussischen Versuchsabteilung des Militärverkehrswezens, Berlin.

Die etatmäßige Friedensstärke ergeben nachstehende Zahlen, wobei zum Vergleich mit dem Stand von 1891 (s. S. 223) die damaligen Zahlen in Klammern wiederholt sind:

	Zahl	Etatstärke		
		Offiziere, Ärzte, obere Beamte	Unteroffiziere, untere Beamte, Gemeine	Dienstpferde
Infanterieregimenter	10 (8)	730 (548)	20 024 (13 927)	—
Maschinengewehrkompanien	10 (—)	40 (—)	710 (—)	220 (—)
Kavallerieregimenter	4 (4)	129 (125)	2972 (2752)	2904 (2668)
Feldartillerieregimenter	4 (2)	168 (133)	3024 (2287)	1804 (1200)
Fußartilleriebataillon*) mit Spannungsabteilung	1 (1)	28 (23)	663 (497)	138 (—)
Pionierbataillon	1 (1)	28 (24)	641 (473)	—
mit Scheinwerferzug	1	2 (—)	38 (—)	25 (—)
Verkehrstruppen (Eisenbahn-, Telegraphen-, Luftschiffertruppen)		23 (5)	596 (122)	37 (—)
Trainabteilung (früher Trainbataillon)	1	24 (17)	431 (288)	301 (190)
Bezirkskommandos	18 (17)	58 (32)	349 (295)	—
Nichtregimentierte Offiziere u. sonstige Formationen (Schloßgarde, Halbinvaliden, Intendantur, Bekleidungsamtsw.)		102 (68)	143 (137)	—
Zusammen		1331 (975)	29 591 (20 778)	5429 (4058)

Militärische Bauten

Die geschilderte Entwicklung der württembergischen Truppenmacht, besonders in den letzten zehn Jahren, hat neben umfassenden Erweiterungsbauten auch eine Anzahl Neubauten für deren Unterbringung, Verwaltung und Verpflegung nötig gemacht.

*) Im Etat für 1. Oktober 1914 vorgesehen, wegen Kriegsausbruch vorläufig nicht aufgestellt (s. o.).

In Stuttgart war das im Jahr 1819 angekaufte, seitdem mehrmals erweiterte Dienstgebäude des Kriegsministeriums für den gesteigerten Geschäftsbetrieb schon lange zu eng geworden. Ein allen Anforderungen entsprechender Neubau in der Olgastraße hat kurz vor Kriegsausbruch noch bezogen werden können.

Als Ersatz für die gesundheitlich und räumlich nicht mehr genügenden Kasernen des Dragonerregiments Königin Olga in Ludwigsburg und des Ulanenregiments König Karl in Ulm traten Neubauten (1906 bzw. 1914). Die Kaserne in Ulm nimmt auch die bisher in Wiblingen untergebracht gewesenen zwei Eskadronen auf, deren bisherige Kaserne, das Schloß — früher Kloster — in Wiblingen, nach den ursprünglichen Plänen ausgebaut, einem Bataillon der Garnison Ulm zur Unterkunft dienen wird.

Auch das Dragonerregiment König erfreut sich seit 1910 einer neuen, besonders schön gelegenen Kaserne auf der Staig bei Cannstatt, auf einem Platz, auf dem einstmals ein römisches Lager gestanden hat.

Den Anstoß zur Verlegung dieses Regiments von Stuttgart nach Cannstatt gab der Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs, der sich auf das Gelände der früheren Kaserne und des mit ihr verbunden gewesenen Proviantamts erstreckte. Für letzteres ist eine große, mit den neuesten Einrichtungen ausgestattete Anlage zwischen Stuttgart und Feuerbach auf der Prag erstellt worden.

Der im Jahr 1904 eingeweihten katholischen Garnisonkirche in Ulm folgte im Jahr 1910 ebenda eine protestantische.

Im Sommer 1914, kurz vor Beginn des Kriegs, wurde das Nebenartilleriedepot-Gebäude in Stuttgart und der Kriegsluftschiffhafen in Friedrichshafen in Benutzung genommen.

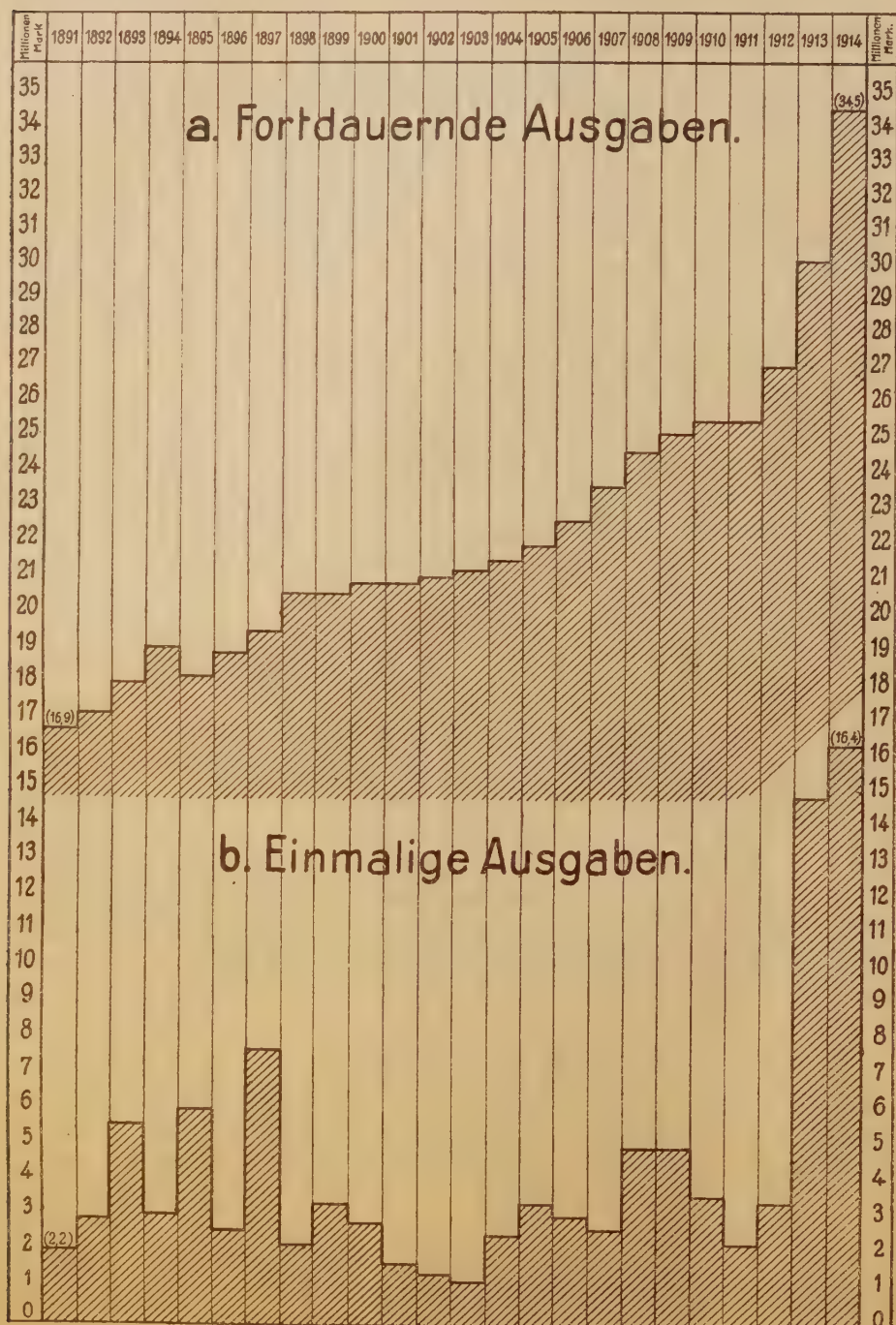
Infolge des Krieges trat dann im militärischen Bauwesen eine kurze Stodung ein. Doch wurden schon im Herbst 1914, hauptsächlich um dem schwer darniederliegenden Baugewerbe unter die Arme zu greifen, nicht nur die begonnenen Bauten weitergeführt, sondern auch neue in Angriff genommen. Vollendet wurden seit Kriegsbeginn die Kasernen in Tübingen und Eßlingen für je ein Infanteriebataillon, die Unteroffizierovorbildungsanstalt in Ellwangen (s. o.), die für eine Artillerieabteilung bestimmte Kaserne zwischen Cannstatt und Fellbach, das neue Garnisonlazarett in Tübingen, das zweite Bezirkskommando in Stuttgart sowie das Artilleriedepot mit Munitionsanstalt in Ulm.

Außerdem wurden als Kriegsbauten erstellt:

Sechs Kriegsgefangenenlager; davon, wie bereits erwähnt, dre auf bzw. beim Truppenübungsplatz Münsingen, je eines in Ulm, Eglosheim und Ellwangen, letzteres für Offiziere, und das Barackenkasernement für eine Fliegerabteilung bei Böblingen.

Schließlich ist im Bau begriffen die bereits erwähnte Militärkuranstalt für Offiziere und Mannschaften in Wildbad, deren Inbetriebnahme auf das Jahr 1917 in Aussicht genommen ist.

Die allmähliche Zunahme des Militäretats in fortdauernden und einmaligen Ausgaben von 1891 bis 1914 ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich:



Deutlich zeigen vorstehende Zahlen, wie seit dem Regierungsantritt König Wilhelms II. am Ausbau unseres Heereswesens gearbeitet worden ist, sie zeigen aber auch, welche Opfer für die Entwicklung des Heeres gebracht worden sind. Daß diese Opfer nötig und nicht umsonst gewesen sind, hat der bisherige Verlauf des Krieges bewiesen.

Die Württemberger im Weltkrieg

Die dank der getroffenen Vorbereitungen durch die einzelnen Kriegsministerien in der Hauptsache zum 1. Oktober 1913 durchgeführte Verstärkung der Armee hatte es dieser im Winter 1913/14 und in den ersten Sommermonaten 1914 noch ermöglicht, sich die Neubildungen anzugliedern, als am 2. August der längst erwartete Krieg ausbrach.

Es ist jetzt, wo die deutschen Heere in den eroberten feindlichen Gebieten im Osten und im Westen mit zähen und tapferen Gegnern noch um den völligen Sieg ringen, noch nicht an der Zeit, mit Angaben über Stärke und Zusammensetzung unserer über den Rahmen eines Armeekorps weit hinausgewachsenen Truppen oder mit einer eingehenden Darstellung der Kriegshandlungen an die Öffentlichkeit zu treten, doch mögen nachstehende Zeilen in großen Umrissen zeigen, wie hervorragend bisher auf allen Kriegsschauplätzen die Württemberger an der Bekämpfung unserer zahlreichen Feinde mitgewirkt haben.

Sofort nach Ausspruch der Mobilmachung wurden außer den im Korpsverband stehenden Truppen noch zahlreiche Reserve- und Landwehrformationen planmäßig auf Kriegsfuß gesetzt und an die im Mobilmachungsplan vorgesehenen Punkte im Aufmarschgebiet befördert, gleichzeitig wurde durch Einstellung von Ersatzreserven und der nach Tausenden zu den Fahnen eilenden Freiwilligen die Bildung von weiteren Formationen in die Wege geleitet.

Mit den Truppen zogen auch sämtliche Prinzen des königlichen Hauses, soweit sie militärische Stellungen einnehmen, ins Feld: Herzog Albrecht, wie schon erwähnt, als Führer der 4. Armee, Herzog Robert an der Spitze der Württembergischen Dragonerbrigade, Herzog Ulrich an der Spitze des Manenregiments Nr. 20 und später einer preußischen Kavalleriebrigade, bei welcher er während der Kämpfe in Kurland verwundet wurde, die drei Söhne des Herzogs Albrecht bei höheren Stäben eingeteilt, Herzog Wilhelm von Urach als Kommandeur der 26. Infanteriedivision und dessen ältester Sohn im Verband einer Feldartillerieabteilung.

König Wilhelm hatte schon am 2. August an seine Truppen folgende Abschiedsworte gerichtet:

„Offiziere und Mannschaften! Aufgerufen zur Verteidigung des bedrohten Vaterlandes werdet Ihr demnächst die Heimat verlassen, um Schulter an Schulter mit den anderen deutschen Stämmen zu kämpfen für Deutschlands Ehre, Größe und Macht.

Ich vertraue fest auf die allzeit bewährte pflichttreue Hingebung Meiner Truppen und bin gewiß, daß Meine Württemberger den Vätern gleich wetteifern werden mit den Waffengefährten aus Nord und Süd, um unsere große Sache zum Sieg zu führen.

Die Erfüllung Meines Herzenswunsches, jeden einzelnen Truppenteil persönlich zu verabschieden, ist nach Lage der Verhältnisse leider unmöglich, und so rufe Ich denn Euch auf diesem Wege Meine treuesten Wünsche zu. Gott mit Euch.

Stuttgart, den 2. August 1914.

(gez.) Wilhelm.“

Wenn auch nicht alle Truppenteile persönlich verabschiedet werden konnten, so ließ es der König sich doch nicht nehmen, wo irgendwie die Gelegenheit sich bot, wenigstens einzelne Teile der Stuttgarter und Ludwigsburger Garnison vor dem Ausmarsch noch zu begrüßen.

Überall richtete er noch ermunternde Worte an die Truppen und trug so nicht wenig dazu bei, daß diese mit so erhebender Begeisterung in den schweren Kampf gezogen sind.

Auch später im Verlauf des Krieges hat König Wilhelm durch öftere Reisen an die verschiedenen Fronten im Westen und im Osten Gelegenheit genommen, seine sämtlichen Truppen wiederholt aufzusuchen, sich persönlich von deren Ergehen zu überzeugen und seinen allorts voll bewährten Landeskindern unter Verleihung zahlreicher Gnadenbeweise wärmsten Dank und hohe Anerkennung auszusprechen.

Das Armeekorps trat im Aufmarschgebiet in den Verband der 5. Armee. Wie einstmals die Väter, standen die Württemberger hier unter dem Befehl des Deutschen Kronprinzen.

Wenige Wochen nach ausgesprochener Mobilmachung durften wir in der Heimat von den Siegen lesen, die allenthalben an der Grenze unsere Truppen erfochten hatten, und die Gegend von Longuyon westlich der Feste Longwy war es, wo das XIII. Armeekorps die ersten kriegerischen Lorbeeren pflückte und bewies, daß der Geist von 1870/71 sich von den Vätern auf die Söhne vererbt hatte.

Wieder wie im Feldzug 1870/71 kam es zu heftigen Kämpfen an der Maas oberhalb von Sedan, die mit weiterem Zurückweichen der Franzosen endigten. Unaufhaltsam ging nunmehr der Vormarsch in südlicher Richtung weiter, und schon konnte man hoffen, mit den östlich des französischen Festungsgürtels vordringenden Teilen der 6. Armee Fühlung zu bekommen und die wichtige Festung Verdun einzuschließen, als die Bedrohung des rechten Heeresflügels die Heeresleitung zwang, von weiterer Offensive vorläufig abzusehen und auch die 5. Armee wieder etwas zurückzunehmen. In beschwerlichem Marsch mußte auch das XIII. Armeekorps durch die Argonnen, deren Südrand es bereits überschritten hatte, wieder zurückgehen, um später an der Westseite dieses Waldgebirges wieder eingesetzt zu werden, wo sich nunmehr der mühsame

Stellungskampf entwickelte, der bis heute noch nicht zum Abschluß gekommen ist, wenn auch in monatelangem Ringen die deutschen Truppen allmählich nach Süden hin wieder nicht unerhebliche Geländefortschritte gemacht haben.

Indessen war es nur ein Teil des Armeekorps, der in diesem Stellungskampf zunächst verblieben ist, der andere Teil, die 26. Infanteriedivision, wurde gegenüber den Umklammerungsversuchen der vereinigten Franzosen und Engländer nach dem mehr und mehr nach Norden sich ausdehnenden rechten Heeresflügel gezogen, wo es in zähem Ringen den Deutschen dann gelungen ist, die feindliche Offensive in der Linie aufzuhalten, in der sich die beiderseitigen Heere noch heute gegenüberliegen.

Aber auch auf diesem Kriegsschauplatz war des Bleibens der Division nicht lange. Schon nach wenigen Wochen, im Dezember 1914, finden wir sie in Polen, wohin die erprobtesten Teile des Westheeres gezogen worden waren, um der trotz der Niederlagen bei Tannenberg und in Masurien immer bedrohlicher gewordenen Offensive der russischen Heeresmassen Einhalt zu tun.

An allen den ruhmreichen Taten unserer deutschen Truppen im Osten, von denen wir dann bis Anfang September 1915 haben lesen dürfen, an den Kämpfen an der Bzura, vor Praschnitz und daran anschließend an dem Siegeslauf durch Polen und Litauen ist auch die tapfere württembergische Division beteiligt gewesen, bis sie Mitte September zu dem Unternehmen gegen Serbien berufen wurde und bei den dort sich entwickelnden Kämpfen neue Lorbeeren an ihre Fahnen heften durfte.

Groß sind die Anforderungen gewesen, die in dem serbischen Gebirgsland an unsere Truppen haben gestellt werden müssen, in ununterbrochenen Kämpfen hat den zäh sich wehrenden Serben Höhenstellung um Höhenstellung abgerungen werden müssen, wobei die steilen und infolge unaufhörlichen Regens mit dickem Schlamm bedeckten Wege die Schwierigkeit der Lage noch vermehrt haben; groß ist schließlich aber auch der Erfolg gewesen, als ein großer Teil des Serbenheeres in dem unwegsamen und unwirtlichen Karstgebirge seinen Untergang gefunden hatte und nur schwache Teile in aufgelöstem Zustand nach den adriatischen Häfen entkommen waren.

Nicht minder verdienstvoll, wenn auch den Verhältnissen entsprechend weniger in die Erscheinung tretend, sind inzwischen die Leistungen der 27. Infanterie-Division gewesen. Sie war im September 1914 in der Gegend von Binarville am Westrande der Argonnen zurückgeblieben. Hier in dem schwierigen Waldgelände hat sie in monatelangem zähem Ringen mit einem überlegenen und tapferen Gegner um jeden Schritt Boden gekämpft und heldenmütig dazu beigetragen, den eisernen Ring, der nun schon Jahr und Tag den Feind umklammert, geschlossen zu erhalten.

Auch diese Division hat seitdem auf anderem Kriegsschauplatz Verwendung gefunden. Wie ihre Tätigkeit von ihrem Armeeführer, dem Deutschen Kronprinzen, gewürdigt worden ist, möge folgender bei ihrem Ausscheiden aus dem Verband seiner Armee erlassener Tagesbefehl bekunden:

„An die 27. Infanterie-Division.

A. H. O. . . .

Der unerwartete Befehl vom Ausscheiden der 27. Infanterie-Division aus dem Verbands meiner Armee hat mich auf das schmerzlichste berührt, den höheren Rücksichten der Obersten Heeresleitung diese persönlichen Empfindungen nachzuordnen, ist heute militärische Pflicht. Während 15 langer Monate hat meine liebe 27. Infanterie-Division gute und schwere Tage mit mir durchkämpft und durchlebt. Wo immer der Befehl sie hinstellte, stets konnte ich mich auf die Württemberger felsenfest verlassen. Longwy, der Maasübergang, Varennes, Vauquois, der Kanonenberg und der Argonner Wald, das sind die leuchtenden Namen Eurer Geschichte im großen Völkerring 1914—15.

Das Höchste und Beste aber habt Ihr geleistet in dem schweren ununterbrochenen Ringen des Argonner Waldes. Zweimal fiel das Laub von den Bäumen und immer noch kämpftet Ihr mit den Kameraden des . . . Armeekorps zusammen Schritt für Schritt vorwärts, stets freudig bereit zu neuen Unternehmungen, mustergültig im Ausbau Eurer gewonnenen Stellungen. Zweimal haben wir zusammen den Weihnachtsglocken im Argonner Wald gelauscht und dankbar und still unserer dahingegangenen Kameraden gedacht, die so weihervolle Ruhestätten auf den Waldfriedhöfen fanden. Bis zum Ende des Krieges habe ich gehofft, würden wir zusammenbleiben. Nun muß ich Euch dennoch schweren Herzens ziehen lassen.

Dank sei mein Abschiedsgruß für Euch, für Eure treue Tapferkeit und Euren nie versagenden Frohsinn. Gott schütze Euch auf Euren neuen Wegen und führe Euch dereinst sieggekrönt in die Heimat! Gedenket aber auch manchmal Eures Armeeführers.

(gez.) Wilhelm

Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen.“

Auch außerhalb des Verbandes des XIII. Armeekorps haben einzelne Regimenter, dauernd oder vorübergehend den Verbänden anderer Armeekorps zugeteilt, sich ruhmvoll hervorgetan, so das Infanterieregiment 126 in den ersten Augusttagen bei Mülhausen, woselbst es mehrere französische Geschütze und Munitionswagen erbeutet hat, später im Meurthetal und dann in Flandern und ganz besonders vor Verdun, das Infanterieregiment 122 bei Stryj und am Dnjestr, bei Brest-Litowsk und in Serbien, das Infanterieregiment 180 beim Grenzschieß auf dem Vogesenkamm, dann im Breuschtal, bei St. Dié und im nördlichen Frankreich, die Dragonerbrigade in den Kämpfen der 6. Armee bei Luneville, in Flandern und im Stellungskampf im Oberelsaß und in Lothringen, wo die wackeren Dragoner gleich ihren Kameraden von der Infanterie ihre Befähigung zum Kampf im Schützengraben dargelegt haben, das Feldartillerieregiment „König Karl“ bei den Kämpfen am Lupkopasse in den Karpathen, wo es dem rücksichtslosen

Sichereinfetzen des Regiments zu verdanken gewesen ist, daß die russische Sturmflut an dieser Stelle zum Stehen gekommen ist, vor Brest-Litowsk, beim Kampf um den Donauübergang bei Semendria und später im Morawatale.

Nicht minder ruhmvoll als die aktiven Truppenteile haben die Reserve-, Ersatz- und Landwehrformationen gekämpft, die planmäßig und überplanmäßig von unserer rührigen Heeresverwaltung aufgestellt und allmählich immer mehr verstärkt worden sind.

Erinnert sei an die Kämpfe unserer Reservetruppen in den heißen Augusttagen 1914 im Breuschthal, bei Erstürmung der steilen Dononhöhen in den Vogesen, bei St. Die und später im Stellungskampf vor Albert, wo die Namen La Boisselle und Granatenhof ein besonderes Ruhmesblatt in der Geschichte des betreffenden Reserveregiments bilden. Ferner sei erwähnt die vorzugsweise aus Freiwilligen und Ersahreserven gebildete 54. Reservedivision, die nach kurzer Ausbildung im Oktober 1914 auf dem flandrischen Kriegsschauplatz bei Becelaere und vor Ypern den Ansturm der aus allen Erdteilen von den Engländern an die Front geschleppten farbigen Scharen aufhalten half und in dem anschließenden Stellungskampf sich seitdem aufs beste bewährt hat.

Aus kleineren Verbänden heraus, die ursprünglich als Besatzungstruppen den Grenzfestungen zugeteilt waren, haben sich die beiden württembergischen Landwehrdivisionen entwickelt; im Oberelsaß und in den Argonnen eingesetzt, haben sie an beiden Stellen, insbesondere in den Kämpfen um das heißumstrittene Gelände im Westen von Verdun, unter den schwierigsten Verhältnissen bewiesen, daß ihre einstmalige Vorbildung für den Krieg nicht umsonst gewesen ist und daß sie ihren jüngeren Kameraden in heldenmütigem Drauflosgehen wie im unerschütterlichen Ausharren nicht nachstehen.

Nicht vergessen sollen endlich auch unsere bei verschiedenen Verbänden eingeteilten Landsturmmtruppen bleiben, sie haben bei Sicherung der Etappenlinien, als Besatzungstruppen in eroberten Plätzen und teilweise auch in der Front eingesetzt, redlich dazu beigetragen, den guten Ruf, den die Württemberger allenthalben genießen, zu begründen.

Wie sehr der oberste Kriegsherr selbst unsere braven Truppen zu schätzen weiß, hat dieser mehrmals unserem König gegenüber hervorgehoben und ganz besonders in der Verleihung der Würde eines Generalfeldmarschalls an Seine Majestät und an den Herzog Albrecht zum Ausdruck gebracht. Erstere Verleihung war von folgendem Handschreiben begleitet:

Durchlauchtigster, Großmächtigster Fürst, freundlich lieber
Vetter und Bruder!

Ihrer Majestät Württembergische Truppen haben seit nunmehr fast zwei Jahren in heldenmütigen Kämpfen auf allen Schauplätzen dieses großen Krieges mit unvergleichlicher Tapferkeit und vollster Hingabe für ihren König und ihr schönes Schwabenland gekämpft

und geblutet. Sie haben die württembergische Waffenehre überall hochgehalten und sich des Ruhmes ihrer Väter würdig gezeigt.

Ich gedenke dieser Leistungen mit hoher Anerkennung und bin gewiß, daß das Königlich Württembergische Armeekorps auch in Zukunft seinen Mann stehen und mit der gleichen Treue und Zähigkeit seine siegreichen Waffen weiter führen wird. Mit freudigem Stolz stehen Euere Majestät als erhabener Chef an der Spitze solcher Truppen!

Ich bitte Euere Majestät daher mit tiefempfundenem Danke, dem ich hierdurch besonders Ausdruck zu geben wünsche, heute die Würde eines Generalfeldmarschalls in meiner Armee anzunehmen, die mit mir stolz darauf sein wird, Euere Majestät nun auch in den Reihen der preußischen Feldmarschälle begrüßen zu können.

Gern ergreife ich diese Gelegenheit, um Euerer Majestät die Versicherung der vollkommensten Hochachtung und wahren Freundschaft zu erneuern, womit ich verbleibe Euerer Majestät freundwilliger Vetter und Bruder

Wilhelm.

Großes Hauptquartier, den 23. Juli 1916.

An des Königs von Württemberg Majestät.

Auch in dem Schreiben an Herzog Albrecht war neben dessen hohen Verdiensten als Führer der 4. Armee und als kommandierender General der unvergleichliche Heldennut der württembergischen Truppen gerühmt.

Wenige Wochen vor Eingang obigen Schreibens hat Seine Majestät am 21. Juni das 50jährige Militär-Jubiläum gefeiert. Auf Allerhöchsten Wunsch durfte es im Hinblick auf den Ernst der Zeit von der Presse nicht erwähnt werden. Schöneren Abschluß als durch Verleihung der Feldmarschallwürde hätte die 50jährige Militärlaufbahn wohl kaum finden können; es liegt in ihr auch der schönste Lohn für die nimmer rastende Tätigkeit, mit der Seine Majestät und seine Heeresverwaltung das Heereswesen für den Krieg vorbereitet und seit dessen Ausbruch weiter vervollkommen haben, wie auch Herzog Albrecht in der Verleihung die wohlverdiente Anerkennung für das hat finden dürfen, was er in fünfjähriger Friedensarbeit an der Spitze des XIII. Armeekorps für dessen taktische Schulung und Ausbildung geleistet hat. Die kaiserlichen Rundgebungen bezeugen aufs glänzendste, wie sehr unsere Truppen sich bisher den im Felde an sie herangetretenen Aufgaben gewachsen gezeigt haben. Möge der Geist, der sie dank dem leuchtenden Beispiel ihres Königs und seines hohen Verwandten beseelt, ihnen auch weiter erhalten bleiben und mögen sie bis zu dem hoffentlich nicht mehr fernen siegreichen Ende durchhalten im Gedanken an Kaiser, König und Vaterland und in Beherzigung des alten Wahlspruchs unseres Königshauses: „Furchtlos und treu“.

Gesundheitspflege

Von Medizinaldirektor Dr. von Rembold

Das kostbarste Gut des einzelnen Menschen wie eines ganzen Volkes ist die Gesundheit, sie dem Volke zu erhalten, sie zu pflegen und zu heben eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Die Aufgabe ist eine überaus große und wird von Tag zu Tag größer; in tausend Einzelheiten des täglichen Lebens und Schaffens schlummern, von den meisten nicht beachtet oder nicht gekannt, gesundheitliche Gefahren, und je reicher, je verwickelter die Tätigkeit eines Volkes, um so mehr wächst ihre Zahl und Größe. Wohl vermag der einzelne, wenn richtig unterrichtet, für sich und in freien Vereinigungen viel zu seinem Schutze zu tun, für anderes müssen größere Gemeinschaften Sorge tragen, aber manches Wichtige kann nur die größte Gemeinschaft, der Staat, mit seinen großen Mitteln in ausreichender Weise in die Hand nehmen. Immer bleibt ihm, auch wo er selbst nicht direkt eingreifen kann, die Pflicht der Belehrung, der Anregung, der Förderung, der Organisation.

In allen Kulturländern finden wir deshalb, oft schon seit alten Zeiten, besondere Behörden für das Medizinalwesen, und auch in Württemberg bestand schon zu Zeiten des alten Herzogtums eine für damalige Zeiten musterhafte Organisation desselben. Im Laufe des vorigen Jahrhunderts, ganz besonders jedoch in diesem Jahrhundert, hat dieselbe entsprechend den stets anwachsenden Aufgaben einerseits, den von der Wissenschaft und Technik gerade in neuester Zeit gebotenen Hilfsmitteln andererseits weitgehenden Ausbau erfahren, der sie in mehr als einem Punkte an die Spitze der deutschen Bundesstaaten gestellt hat. Von dieser Organisation, von ihren Aufgaben und Leistungen ausgehend, wird man das beste und erschöpfendste Bild des heutigen Standes der Gesundheitspflege in Württemberg gewinnen können.

Die oberste Medizinalbehörde des Landes ist das Ministerium des Innern. Zu seinen Aufgaben gehört die Oberaufsicht über das Medizinal- und Veterinärwesen und die Nahrungsmittelpolizei sowie die Durchführung der Gesetzgebung über Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung und über Arbeiterschutz, während die Oberaufsicht über die Anstalten der Landesuniversität für die Ausbildung von Ärzten dem Ministerium des Kirchen- und Schulwesens, die Oberaufsicht über die Strafanstalten und

Gefängnisse nach ihren gesundheitlichen Verhältnissen dem Justizministerium zufällt.

Nach seiner im Jahr 1881 neu erfolgten Organisation bildet das Medizinalkollegium in Unterordnung unter das Kgl. Ministerium des Innern die Zentralbehörde für die Beaufsichtigung und technische Leitung des Medizinalwesens (einschließlich Veterinärwesens) und der öffentlichen Gesundheitspflege. Es ist eine teils beratende, teils verwaltende, aufsichtführende und verfügende Behörde.

Das Medizinalkollegium, welchem die Befugnisse eines Landeskollegiums zukommen, besteht unter der Geschäftsleitung eines Vorstands aus ordentlichen administrativen und technischen Mitgliedern und aus außerordentlichen Mitgliedern, welche für einzelne technische Geschäftsaufgaben auf bestimmte Zeit ernannt werden.

Zur Teilnahme an der Beratung wichtigerer Gegenstände von allgemeiner Bedeutung können mit Genehmigung des Kgl. Ministeriums die Ausschußmitglieder des ärztlichen bzw. tierärztlichen oder pharmazeutischen Landesvereins oder einzelne dieser Ausschußmitglieder beigezogen werden. Mindestens zwei der ordentlichen technischen Mitglieder des Medizinalkollegiums haben dem Amt ihre volle Tätigkeit zu widmen.

Die dieser Behörde zugeteilten Geschäftsaufgaben sind überaus mannigfaltig und wachsen stetig mit der fortschreitenden Entwicklung des Volkes und seiner Kultur sowie der Gesundheitswissenschaft. Nur die wichtigsten seien genannt:

Die Begutachtung oder vorläufige Bearbeitung der auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege oder des Medizinalwesens ergehenden Gesetze, Verordnungen und Verfügungen, sowie die Stellung von Anträgen auf Verbesserung und Ergänzung der bestehenden gesundheitspolizeilichen Vorschriften;

die medizinisch-technische Beratung des Ministeriums des Innern und der Kollegialbehörden des Departements des Innern sowie der denselben untergeordneten Verwaltungskollegien;

die allgemeine Dienstaufsicht über die bei den staatlichen Heilanstalten und der Landeshebammenschule angestellten oder verwendeten Beamten und Diener sowie die Oberamtsärzte, die Schul- und Impfärzte und deren Geschäftsführung;

die Vornahme regelmäßig wiederkehrender Visitationen der Oberamtsärzte und des Zustandes der öffentlichen Gesundheitspflege in den einzelnen Oberamtsbezirken;

die Bearbeitung der jährlichen oberamtsärztlichen Berichte zu einem Landesmedizinalbericht;

die Begutachtung der Pläne für Bezirks- und Gemeindecrankenhäuser, der Gesuche um Staatsbeiträge für solche Anstalten sowie die Begutachtung

der Konzessionsgesuche für Privatkranken-, Privatentbindungs- und Privatirrenanstalten;

die Oberleitung des gesamten technischen, administrativen und ökonomischen Betriebs der staatlichen Heilanstalten und der Landeshebammenschule, die Obergericht über die eine Staatsunterstützung genießenden Privatirren- und Krankenanstalten, die Zuweisung von Staatspfleglingen in dieselben und die allgemeine Überwachung der Privatirrenanstalten;

die Obergericht über die Apotheker und Apotheken sowie den Verkehr mit Arzneimitteln, Geheimmitteln und Giften, die Leitung der periodischen Apothekenvisitationen und die Vornahme der Apothekergehilfenprüfungen;

die Sorge für die Aufrechterhaltung der vorschriftsmäßigen Organisation des ärztlichen, tierärztlichen und pharmazeutischen Landesvereins.

Seit dem Regierungsantritt des jetzigen Königs sind u. a. hinzugekommen:

Die hygienische Begutachtung sämtlicher Neuanlagen der öffentlichen Wasserversorgung im Lande;

die Entsendung von drei Mitgliedern in den Reichsgesundheitsrat;

die ständige Bereithaltung besonderer Sachverständiger bei gemeingefährlichen Krankheiten gemäß den Vorschriften des Reichsseuchengesetzes;

die Abhaltung von Fortbildungskursen für Oberamtsärzte und Oberamtstierärzte;

die Geschäftsführung des Landeskomitees für das ärztliche Fortbildungswesen;

die Ausbildung und Prüfung von Desinfektoren in einer beim Laboratorium des Medizinalkollegiums errichteten Desinfektorenschule;

die Anweisung von Renten für dienstunfähige und von Prämien für verdiente Hebammen;

die Leitung der staatlichen Prüfungen von Krankenpflegepersonen und Erteilung der staatlichen Anerkennung an solche;

die Verleihung von Apothekenberechtigungen;

die Entsendung besonderer Sachverständiger bei Ausbruch übertragbarer Krankheiten;

die Oberleitung der durch das Reichsseuchengesetz und die Ministerialverordnung, betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, von 1910 organisierten Maßnahmen gegen Epidemien;

der Betrieb eines hygienischen Laboratoriums.

Im allgemeinen liegt dem Medizinalkollegium noch ob, innerhalb des durch Rgl. Verordnung festgesetzten Geschäftskreises für die geordnete Verwaltung des Medizinalwesens des Landes und für die Herbeiführung und Erhaltung eines guten Zustandes der öffentlichen Gesundheitspflege zu sorgen, wahrgenommene Mißstände unter Beifügung der entsprechenden Anträge zur Kenntnis der zur Abhilfe zuständigen Stellen zu bringen und überhaupt bei jeder Gelegenheit auf die nach der Sachlage möglichen und

mit den ökonomischen Rücksichten vereinbaren Verbesserungen unbefriedigender medizinalpolizeilicher Zustände und Verhältnisse hinzuwirken.

Zur Bearbeitung der die staatlichen Heilanstalten, die Landeshebammen-schule, die eine Staatsunterstützung genießenden Privatkrankenanstalten sowie die Privattirrenanstalten betreffenden Geschäfte ist eine besondere „Abteilung für die Staatskrankenanstalten“ gebildet.

Eine weitere besondere Abteilung besteht zur Erledigung der in das Gebiet der Tierarzneikunde fallenden Geschäfte des Medizinalkollegiums unter der Bezeichnung „Kgl. Medizinalkollegium, Tierärztliche Abteilung“.

Die Tätigkeit des mit dem Medizinalkollegium verbundenen und in einem besonderen Gebäude desselben untergebrachten hygienischen Laboratoriums erstreckt sich in drei Abteilungen auf folgende Aufgaben:

In der medizinischen Abteilung: Vornahme der bakteriologischen Untersuchung auf amtliche Anordnung eingesandter Objekte bei der Bekämpfung der gemeingefährlichen und übertragbaren Krankheiten;

bakteriologische Untersuchung von Wasser für die vom Medizinalkollegium auszuübende Begutachtung neuer Wasserversorgungsanlagen;

gerichtlich-medizinische Untersuchungen für Staatsanwaltschaften und Gerichte, besonders auch biologische Untersuchungen von Blut;

bakteriologische und pathologisch-anatomische Untersuchungen für Ärzte im Interesse der Krankenbehandlung;

bakteriologische und physikalisch-hygienische Untersuchungen verschiedener Art zur Klärung beim Medizinalkollegium zur Beratung gelangender Fragen (z. B. Desinfektionsmittel, Abwasser aus Kläranlagen usw., Konserven usw.).

Betrieb einer Desinfektorenschule.

Die Gesamtzahl der Untersuchungen beträgt durchschnittlich im Jahre 1500. Im Jahre 1909 wurde der Hilfsarzt der Abteilung aus Anlaß der Typhusepidemie in Reutlingen zur Einrichtung eines Typhuslaboratoriums dorthin beordert, wie schon früher aus gleichem Anlaß einmal nach Göppingen und einmal nach Ludwigsburg.

In der tierärztlichen Abteilung: Gewinnung und Versendung der Impfstoffe für die Schutzimpfung gegen Schweinerotlauf nebst Vorbereitung und Versendung der dazu verwendeten Instrumente;

Leitung der Bekämpfung der Tuberkulose unter den Haustieren und Abgabe von Tuberkulin zu diagnostischen Zwecken;

Abgabe von Mallein zur Feststellung der Rostkrankheit;

bakteriologische bzw. biologische Untersuchungen von Infektionskrankheiten bei Tieren;

Untersuchungen von Fleisch auf Genußtauglichkeit;

sonstige im Bereich der tierärztlichen Abteilung des Medizinalkollegiums anfallende bakteriologische und pathologische Untersuchungen (1908 z. B. 66 Leichenteile auf Trichinen).

In der Chemischen Abteilung: Untersuchungen für die Auslandsfleischschau;

Untersuchungen für die Weinkontrolle;

die chemischen Untersuchungen der Wässer für die vom Medizinalkollegium auszuübende Begutachtung neuer Wasserversorgungsanlagen;

Untersuchung der bei den Apothekenvisitationen entnommenen Apothekerwaren;

Untersuchungen für die Gerichte, besonders in Vergiftungsfällen;

Untersuchungen für Behörden und Private auf dem Gebiete der Nahrungs- und Genußmittel sowie der öffentlichen Gesundheitspflege und der Krankenfürsorge.

Die Untersuchungen betrafen im Jahr durchschnittlich 1500 bis 1600 Gegenstände.

Dem Medizinalkollegium unmittelbar unterstellt ist das Irrenwesen. Über die Einrichtungen des Landes auf diesem Gebiete hören wir am besten den Landespsychiater Obermedizinalrat Dr. Camerer. Er schreibt im Führer der Ausstellung für Gesundheitspflege Stuttgart 1914 hierüber:

„Zur Aufnahme, Behandlung und Verpflegung von geisteskranken Personen dienen die Bezirksirrenlokale, Stadtasyle wie die Irrenabteilung des Stuttgarter Bürgerhospitals, die Rgl. Heilanstalten, die Rgl. Klinik für Gemüts- und Nervenkrankheiten in Tübingen sowie die im Lande bestehenden Privatirrenanstalten. Zur Behandlung und Verpflegung geisteskrank gewordener Strafgefangener ist im Verband des Rgl. Zuchthauses in Ludwigsburg eine besondere Abteilung auf dem Hohenasperg eingerichtet worden. Rgl. Heilanstalten befinden sich in Zwiefalten (eröffnet 1812), Winnental (1834), Schussenried (1875), Weißenau (1892), Weinsberg (1903). Diese Anstalten, einschließlich der Klinik für Gemüts- und Nervenkrankheiten, der Irrenabteilung auf Hohenasperg und der Privatirrenanstalten, verfügen über insgesamt rund 4200 Plätze. Die Zahl der anstaltsbedürftigen Geisteskranken steigt fortdauernd, so daß die vorhandenen Krankenplätze immer wieder durch Neubauten vermehrt werden müssen; auch die Ausgaben für das Irrenwesen steigen dementsprechend. Die rasche Zunahme der anstaltsbedürftigen Geisteskranken ist aber kein Beweis dafür, daß die Zahl der Geisteskranken überhaupt in unverhältnismäßigem Wachstum begriffen ist. Daß in neuerer Zeit immer mehr Kranke in die Anstalten aufgenommen werden, ist vorwiegend bedingt durch die weitgehende Fürsorge, die die soziale Gesetzgebung auch für diese Kranken gebracht hat, durch die Unmöglichkeit, halbwegs störende und unruhige Kranke in Mietwohnungen auf längere Zeit zu behalten, durch die Abnahme der Scheu des Publikums vor den Irrenanstalten und anderes mehr. Weiter trägt dazu bei, daß durch die Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse in den Irrenanstalten die Lebensdauer der Insassen verlängert und die Zahl der Todesfälle vermindert wird.“

Die Anstalten Zwiefalten, Schussenried und Weißenau sind in früheren Klostergebäuden untergebracht, die Anstalt Winnental in dem Schloß Winnental, das früher eine Deutschordenskommenturei gewesen und später in den Besitz der Krone gelangt war. Diese Gebäude zeichnen sich insgesamt durch große, helle, luftige Räume und prächtige, langgestreckte Korridore aus. An den Gebäudeblock des alten Klosters bzw. Schlosses sind nach Bedürfnis bei der Einrichtung der Anstalt kleinere Nebenbauten angefügt worden. Von Grund aus neu erbaut wurde die jüngste der Anstalten, die Heilanstalt Weinsberg. Sie besteht aus Einzelbauten (sogenanntes Pavillonsystem) und umfaßt außer den Verwaltungs-, Wirtschafts-, Wohngebäuden usw. 18 Krankenhäuser, von denen keines mehr als 42 Krankenplätze, einzelne nur 25 bis 30 enthalten. Geräumige Gärten umschließen die Häuser, und das aufsteigende Gelände ermöglicht aus jedem Haus einen umfassenden Ausblick. Die Gärten sind nur mit Drahtzäunen umgeben, die Fenster sind sämtlich unvergittert, und so bietet die Anstalt das Bild einer in einem großen Park gelegenen Siedlung.

Diese Beschreibung läßt schon erkennen, wie sehr sich die Behandlung der Geisteskranken gegenüber früher geändert hat. Damals waren in den Anstalten fast ausschließlich enge, lichtarme, schwer lüftbare Zellen, die wenigen Möbel an Wand oder Fußboden angeschraubt, mit hohen Mauern umgebene Höfe, Anwendung von Zwangs- und Schreckmitteln aller Art; jetzt finden wir in den Anstalten überall helle, luftige Räume, in denen die Kranken entweder zu Bett liegen oder sich außer Bett aufhalten; eigens eingerichtete Wachabteilungen, auf denen die Kranken Tag und Nacht unter ständiger Überwachung stehen, gut ausgestattete Bäder, schöne Gärten und anderes mehr. Die Zellen sind, soweit sie noch vorhanden, in Einzelzimmer umgewandelt, die manchem Kranken die Möglichkeit bieten, auf diese Weise ein eigenes Zimmer zu bekommen; Isolierungen werden nur noch selten bei sehr gefährlichen und sehr störenden Kranken und dann nur auf beschränkte Zeit angewandt. Der Gebrauch von Zwangsmitteln ist in allen Anstalten streng verpönt. In jeder Anstalt finden sich Werkstätten der verschiedensten Art, um die Kranken wenigstens zum Teil in ihrem früheren Beruf beschäftigen zu können; ausgedehnte Landwirtschaft, umfangreicher Gemüsebau und Blumenzucht geben jedem Kranken, der Lust hat, reichlich Gelegenheit, sich nützbringend zu betätigen. Fast jede Anstalt hat außerdem in der sogenannten Familienpflege eine Einrichtung, ruhige Kranke bei Familien am Ort der Anstalt oder in der Umgebung in Kost und Pflege zu geben und ihnen so eine weitgehende Freiheit und die Möglichkeit eines leichteren Übergangs in die früheren Verhältnisse zu bieten. Jedem Kranken so viel Freiheit zu gewähren, als er ohne Gefährdung seiner eigenen Person und seiner Umgebung zu ertragen vermag, ist ein Hauptgrundsatz der neuzeitigen Behandlung. Daß außerdem alle Mittel angewandt werden, die die ärztliche Wissenschaft zur Bekämpfung der Krankheit an die Hand gibt, ist selbstverständlich. Zu

erwähnen ist dabei auch die Fernhaltung der Kranken vom Genuß alkoholischer Getränke, die erfahrungsgemäß auf die meisten ungünstig einwirken. Der Verbrauch an solchen Getränken hat deshalb in den Anstalten in dem letzten Jahrzehnt ganz erheblich abgenommen, zumal auch das Personal veranlaßt worden ist, gegen eine Geldentschädigung auf den Genuß alkoholischer Getränke innerhalb der Anstalt zu verzichten.

Diese Fortschritte finden sich nicht nur in den staatlichen Anstalten und der städtischen Irrenanstalt Bürgerhospital Stuttgart, sondern auch die Privatirrenanstalten sind in gleicher Weise bestrebt, den neuzeitigen Anforderungen in jeder Beziehung Rechnung zu tragen und ihren Kranken ebenfalls alles zu bieten, was eine sachgemäße und richtige Behandlung verlangt.

Die Anstalten, die zur Behandlung und Verpflegung von Schwachsinnigen und Epileptischen dienen, befinden sich in der Mehrzahl in den Händen gemeinnütziger Vereine und von Ordenskongregationen. Neuerdings haben auch die Landarmenbehörden in ihren Landarmenanstalten sogenannte Schwachsinnigenabteilungen eingerichtet. Neben den Schwachsinnigen und Epileptischen werden in einzelnen dieser Anstalten auch unheilbare Geistesranke aufgenommen, die ruhig und harmlos sind und einer Irrenanstaltsbehandlung nicht oder nicht mehr bedürfen. Soweit die Anstalten die Kranken in jugendlichem Alter aufnehmen, haben sie eine mehr oder weniger große Zahl von Schulklassen, in denen den Kindern ein ihrem Fassungsvermögen entsprechender Unterricht erteilt wird. Älteren Pfleglingen wird in den Anstalten reichlich Gelegenheit geboten, sich in Handwerksbetrieben, landwirtschaftlichen Arbeiten und dergleichen zu beschäftigen und Kenntnisse zu erwerben.“

Außer den Irrenanstalten und den Kliniken der Universität (s. Abschnitt Universität) werden an Anstalten, die in das Gebiet der Gesundheitspflege bzw. Krankenfürsorge gehören, vom Staat selbst noch betrieben die Landeshebammenthule in Verbindung mit einer Gebäranstalt, zwei Taubstummenanstalten (diese als Erziehungsanstalten unter Oberleitung des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens), und das Ratharinenstift in Wildbad, eine Anstalt für bedürftige Kranke, welche die Heilbäder von Wildbad gebrauchen. Orthopädische Anstalten besitzt der Staat nicht; er weist aber Anstalten dieser Art, welche von wohlthätigen Vereinen unterhalten werden (es sind im ganzen fünf), speziell orthopädischer Hilfe bedürftige Kranke zur Behandlung auf Staatskosten zu (Staatspfleglinge). Im Jahre 1912 waren es solcher Staatspfleglinge beispielsweise 117. Weitere Heil- und Pflegeanstalten für besondere Zwecke gibt es noch eine große Anzahl in Württemberg, unterhalten teils von der öffentlichen Wohltätigkeit, teils von Privaten, die erstgenannten vielfach gefördert und durch laufende oder Gründungsbeiträge unterstützt von seiten des Staates. Genannt sein mögen 12 Augenheilanstalten, 3 Blindenanstalten, 3 Anstalten für Hautranke,

3 Kinder- und Säuglingskrankenhäuser, etwa 2 Duzend Verpflegungsheime für chronisch Kranke und Gebrechliche, etwa 18 Anstalten für Nervenranke und Sanatorien, ungefähr ebensoviele Entbindungsanstalten, 7 Erholungs- und Genesungsheime (die größten der Versicherungsanstalt Württemberg und der Ortskrankenkasse Stuttgart gehörend). Im ganzen sind es solcher Anstalten gegen ein und ein halbes Hundert.

Noch gehören hierher die Heilbäder und Badanstalten des Landes. Von jenen besitzt Württemberg beinahe 4 Duzend, darunter welche von Weltruf. Zwei derselben (Wildbad und Liebenzell) sind im Besitz des Staates. Wildbad besitzt eine besondere Heilanstalt für minderbemittelte Kurbedürftige, das Katharinensstift, und weist eine jährliche Durchschnittszahl von über 10000 Kurgästen auf. Groß ist die Zahl der Luftkurorte, besonders in den herrlichen, waldbreichen Gegenden des Schwarzwalds, der Alb, des Allgäus, des Bodensees, des schwäbischen Waldes. Der besuchteste dieser Plätze ist Freudenstadt. Große Fortschritte hat in den letzten Jahrzehnten das Badewesen in Württemberg überhaupt gemacht, besonders angeregt durch das nach Einrichtung und Betrieb vorbildliche Stuttgarter Schwimmbad, das auch Gemeinden mittlerer Größe nachzuahmen vielfach bemüht gewesen sind.

Einer besonderen Erwähnung verdient die Versorgung des Landes mit allgemeinen Krankenhäusern: es gibt kaum einen Oberamtsbezirk mehr, in welchem sich nicht wenigstens ein nach modernen Grundsätzen erbautes, mit allen modernen Hilfsmitteln ausgestattetes Krankenhaus befände. Dies ist erreicht worden vor allem durch das Verständnis und die Opferwilligkeit der Gemeinden und Körperschaften; aber auch der Staat hat rege Beihilfe geleistet durch medizinisch-hygienische und technische Beratung (Medizinalkollegium und staatliche Bauberatungsstelle) sowie finanzielle Unterstützung, indem für Bezirkskrankenhäuser in der Regel 10 % der Erstellungskosten beigetragen werden. Nicht einmal der Krieg hat in dem Ausbau dieser Versorgung einen Stillstand gebracht, sind doch während desselben mehrere neue, auf voller Höhe stehende Bezirkskrankenhäuser eröffnet worden. Im ganzen hat Württemberg über 160 allgemeine Krankenhäuser, die Zahl der in ihnen verfügbaren Betten ist über 9000, die Zahl der Verpflegten war im letzten Jahre vor Kriegsausbruch rund 80 000; die allermeisten dieser Anstalten sind jetzt während des Krieges als Reserve- oder Rote-Kreuz-Lazarette in Verwendung, vielfach mit erhöhter Belegfähigkeit. Einen besonderen Vorteil bietet dieser reiche Ausbau des Krankenhauswesens der Bevölkerung dadurch, daß sich Ärzte mit chirurgischer Begabung und Ausbildung nicht bloß an wenigen Krankenhäusern größerer Städte finden, sondern über das ganze Land verteilt, so daß der Segen der neuzeitlichen Entwicklung der Chirurgie auch den Landbewohnern zuteil werden kann.

Überhaupt ist die Versorgung Württembergs mit ärztlichem Personal eine reichliche; die Anzahl der öffentlich ermächtigten Ärzte ist annähernd

1200, auf 10 000 Einwohner kommen etwa $4\frac{1}{2}$ derselben. Die Verteilung über das Land hin ist allerdings keine ganz gleichmäßige: denn, da Freizügigkeit herrscht, kommt die Anziehungskraft der Stadt, besonders der Großstadt, auch für die Niederlassung der Ärzte stark zur Geltung, besonders für Spezialärzte. Durch die Einrichtung des Distrikts- und Ortsarztsystems und durch die Krankenkassen ist aber Sorge dafür getragen, daß auch an den entlegensten Wohnstätten ärztliche Hilfe unschwer zu erreichen ist. Zurzeit allerdings, da die Mehrzahl der Ärzte zum Kriegsdienst eingezogen ist, herrscht mancherorts ein gewisser Notstand.

An Hilfspersonal steht den Ärzten zur Seite ein großer Stab von berufsmäßigen Krankenpflegepersonen, vielfach von den Gemeinden als Gemeindefrankenpflegerinnen angestellt. Die meisten derselben sind Mitglieder geistlicher Genossenschaften, Diakonissen und barmherzige Schwestern oder Brüder der Karlshöhe bei Ludwigsburg. Für weltliche Pfleger und Pflegerinnen ist durch Einrichtung von Krankenpflegeschulen am Katharinenhospital in Stuttgart und am städtischen Hospital in Heilbronn mit an die dort gewonnene Ausbildung anschließender Prüfung Gelegenheit zur Erwerbung einer staatlichen Anerkennung geboten. An sehr vielen Orten stehen den Ärzten und Pflegepersonen Verbandmittel und Pflegeapparate in den sogenannten Charlottenpflegekästen zur Verfügung. Zum Hilfspersonal zu rechnen sind auch die Hebammen, deren es im Lande, außer in den größeren Städten durchweg von den Gemeinden angestellt, weit über 2000 gibt, sowie die staatlich geprüften Desinfektoren, deren in jedem Oberamtsbezirk mindestens einer sich befindet, wie denn auch in jedem Bezirke die für die Desinfektionen nötigen Einrichtungen (Dampfapparate usw.) vorhanden sind. Für Hebammen und Desinfektoren bestehen Fortbildungskurse.

Mehr als 200 vom Staate ständig kontrollierte Apotheken stehen der Bevölkerung und den sie beratenden Ärzten zur Lieferung von Arzneimitteln, zum Teil auch zur Vornahme von Untersuchungen zum Zweck der Krankenfürsorge zur Verfügung.

Hervorgehoben zu werden verdienen die Einrichtungen zur Bekämpfung der Tuberkulose, deren wichtigste die Tuberkuloseheilstätten sind. Von diesen weist Württemberg drei auf, zwei im Besitze der Versicherungsanstalt Württemberg mit 378 Betten, eine dem Verein für Volksheilstätten gehörend mit über 100 Betten. Die Zahl der in diesen Heilstätten Verpflegten betrug in den letzten Jahren vor dem Kriege durchschnittlich etwa 2500. Daneben bestehen in Württemberg noch eine Anzahl bedeutender Privatanatorien für Lungenkranke, so deren drei in Schömberg im Schwarzwald, eines im Schönbuch bei Böblingen. Tuberkulöse Kinder finden Unterkunft in den Solbädern Jagstfeld, Sulz und Hall und in orthopädischen Anstalten; die Errichtung einer eigenen Kinderheilstätte ist vom Verein für Volksheilstätten geplant. Auch von den Tuberkuloseheilstätten stehen mehrere jetzt während

des Krieges im Dienste der Medizinalverwaltung des Heeres. Auskunft- und Fürsorgestellten im engeren Sinne, an denen sich Kranke untersuchen lassen, Ratschläge über zweckmäßiges Verhalten in den Wohnungen und Familien zur Verhütung der Weiterverbreitung, über Zuziehung ärztlicher Hilfe oder Verbringung in eine Heilstätte einholen, auch Unterstützung zur Erzielung besserer Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse, Versorgung mit Gegenständen zur besseren Verpflegung usw. erhalten können, gibt es in Württemberg außer in den größeren Städten nur wenige. Ihre Aufgabe erfüllen unter Oberleitung der Zentralleitung für Wohltätigkeit die Bezirkswohltätigkeitsvereine in enger Verbindung mit den staatlichen Medizinalbehörden, der Versicherungsanstalt Württemberg, den Ortskrankenkassen und unter Mitwirkung der Ärzte. An den Kosten, welche im letzten Friedensjahr über, im ersten Kriegsjahr wenig unter 40 000 *M* betragen haben, tragen Staat, Versicherungsanstalt und Zentralleitung die Hälfte. Die bedeutendste Fürsorgestelle unterhält die Versicherungsanstalt Württemberg für Stuttgart und Umgebung, welche im Jahre 1914 ihre Hilfe 634 Personen hat angedeihen lassen. Für die Heilung von Angehörigen der Versicherungsanstalt, welche an Hauttuberkulose (Lupus) leiden, sorgt diese durch Zuweisung an geeignete Anstalten zur Lichtbehandlung. Einzig in ihrer Art ist die auf Hohenasperg errichtete Heilstätte für lungenkranke Gefangene.

Die günstige Wirkung dieser Tuberkulosebekämpfung kennzeichnet die Tatsache, daß im Jahre 1912 auf 10 000 Einwohner an Lungentuberkulose in den größeren Städten 14,09, im übrigen Lande 11,67 Menschen gestorben sind, während diese Ziffern im Jahre 1902 noch 20,18 und 19,78 betragen haben, so daß man den Abfall der Tuberkulosesterblichkeit in einem Jahrzehnt auf 20—25 % schätzen darf.

Freilich sind diese Erfolge nicht allein den direkten Bekämpfungsmaßnahmen zu verdanken, sondern wesentlich mitgewirkt haben hygienische Fortschritte und Einrichtungen allgemeiner Art: die Hebung des allgemeinen Wohlstands, die Verbesserung der Wohnungen, nicht zum wenigsten durch eine neue Bauordnung, und unter Einfluß der seit 1902 eingeführten staatlichen Wohnungsinspektion und des guten Beispiels der Eisenbahn- und Postverwaltung durch Erstellung gesunder Wohnungen für ihre Angestellten, die Fortschritte in der Wasserversorgung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung, die Bestrebungen zur Reinhaltung der Gewässer durch Kläranlagen, die Regelung und Überwachung des Nahrungsmittelverkehrs durch die reichsgesetzliche Fleischschau, durch behördliche Milchkontrolle, Anstalten zur Untersuchung der Nahrungsmittel, errichtet teils vom Staat, teils von Gemeinden, auch von Privaten, die Bekämpfung der Tuberkulose unter den Tieren, der gewaltige Einfluß der sozialen Gesetzgebung des Deutschen Reiches auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge durch die Vorschriften über den Arbeiterschutz sowie die Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherung,

deren Organe in Württemberg, die staatliche Gewerbeinspektion, das Landesversicherungsamt, die Versicherungsanstalt Württemberg, die Krankenkassen, ihre Tätigkeit vor allem auch nach der Seite der Vorbeugung gegen Gefahren entwickelt haben, die der Gesundheit ihrer Pflégbefohlenen drohen können.

Zwei Erscheinungen können noch besonders als Gradmesser dieser allgemeinen Hebung der Volksgesundheit in Württemberg angeführt werden: die große Abnahme der Kindersterblichkeit und derjenigen übertragbaren Krankheiten, deren Verbreitung am meisten durch Mängel in der öffentlichen Gesundheitspflege verursacht wird, des Unterleibstypbus und der Ruhr. Die Ruhr, welche im Jahre 1872 noch über 1000 Todesfälle unter der Bevölkerung Württembergs gefordert hatte, ist seit dem Jahre 1890 soviel wie ganz verschwunden, einzelne Einschleppungen haben nie zu einer nennenswerten Ausbreitung geführt, auch nicht während des Krieges, der die Gefahr einer solchen erheblich näher gerückt hat. An Typhus sind im Jahre 1872 noch 730 Menschen gestorben, seit Anfang dieses Jahrhunderts nur in einem Jahr mehr als 100, im Jahre 1912 nur 23. Allerdings hat seit 1902 auch eine spezielle, auf den Fortschritten der Bakteriologie gegründete staatliche Bekämpfung gerade dieser Krankheit eingesetzt.

In der Kindersterblichkeit hatte Württemberg noch vor 40 Jahren den schlimmsten Ruf: von 100 im Jahre lebend geborenen Kindern starben damals weit über 30. Nach 1881 betrug dieser Prozentsatz 28,42, seit 1906 ist er dauernd unter 20 gesunken, 1912 betrug er nur noch 13,8. Auch hier haben direkte Maßnahmen mitgewirkt, vor allem eine ausgedehnte Propaganda für das in weiten Kreisen der Bevölkerung durch Jahrzehnte und noch länger in Abgang gekommene Stillen der Kinder durch die Mütter.

Zu den Bemühungen allgemeiner Art für Hebung der Gesundheit ist als besonders wichtig auch die Bekämpfung des Alkoholismus zu rechnen, die von einer Anzahl von Vereinen unter finanzieller Beihilfe des Staates in ausgedehnter und segensreicher Weise betätigt wird und der auch eine Trinkerheilstätte zur Verfügung steht.

Eine hervorragende Aufgabe der öffentlichen Gesundheitspflege ist die Sorge für gutes Trinkwasser. Gerade hierin ist in Württemberg staatlicherseits Vorbildliches geschaffen worden unter Hand-in-Hand-Gehen der Vertreter von Hygiene und Technik. Die Leistungen der letzteren sind bereits oben S. 164 ff. in dem Abschnitt über die Staatsverwaltung geschildert.

Der Hauptträger der öffentlichen Gesundheitspflege in den einzelnen Oberamtsbezirken und in den Gemeinden ist der Oberamtsarzt. Seine Tätigkeit ist geregelt und außerordentlich erweitert worden durch das Oberamtsarztgesetz vom 10. Juli 1912. Der größte Fortschritt, den dasselbe gebracht hat, ist unzweifelhaft die Einführung des Instituts der Schulärzte für das ganze Land, ein Vorgehen, durch welches sich Württemberg in

der Frage der Förderung der Volksgesundheit durch die ärztliche Überwachung der gesamten Jugend an die Spitze aller deutschen Bundesstaaten gestellt hat.

Nach dem genannten Gesetz ist der Oberamtsarzt zur Besorgung der auf dem Gebiete der staatlichen Verwaltung innerhalb des Oberamtsbezirks anfallenden medizinisch-technischen Geschäfte sowie zur Beratung und Unterstützung des Oberamts auf dem Gebiete des Gesundheitswesens berufen. Er ist verpflichtet, die Gemeindebehörden auf dem Gebiete des öffentlichen Gesundheitswesens auf Verlangen zu beraten und zu unterstützen, soweit nicht, wie in Stuttgart, Ulm und Heilbronn, hierfür besondere Stadtärzte angestellt sind, welchen auch die Besorgung anderer Geschäfte des Oberamtsarzts (z. B. Schularztgeschäfte, Bekämpfung von Seuchen) übertragen ist.

Der Oberamtsarzt hat die Durchführung der Gesetze und behördlichen Anordnungen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens zu überwachen, die gesundheitlichen Verhältnisse seines Amtsbezirks sowie die diese Verhältnisse beeinflussenden Gewohnheiten und Gebräuche, Einrichtungen, Anstalten und Betriebe zu beobachten, auf die Bevölkerung aufklärend und belehrend einzuwirken, auch erforderlichenfalls zum Zweck der Abstellung gefundener Mißstände oder Mängel die geeigneten Anträge bei den zuständigen Behörden zu stellen.

Der Oberamtsarzt ist innerhalb seines Amtsbezirks Gerichts-, Impf- und Schularzt, sofern für diese Geschäftszweige nicht andere Ärzte staatlich bestellt oder zugelassen sind.

Die Überwachung der Durchführung der Gesetze und behördlichen Anordnungen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens durch den Oberamtsarzt hat hauptsächlich aus Anlaß der ärztlichen Gemeindevisitation, der öffentlichen Impfung und der Schularztthätigkeit zu geschehen.

Die ärztlichen Gemeindevisitationen sind in sämtlichen Gemeinden des Landes alle sechs Jahre, in der Regel in Gegenwart des Oberamtsvorstandes oder seines Stellvertreters, an der Hand der vom Medizinalkollegium erteilten Anleitungen vorzunehmen.

Zu berücksichtigen sind bei diesen Visitationen die öffentliche und private Wasserversorgung, die öffentliche und private Abwasserbeseitigung, die Verwahrung und Beseitigung der Auswurfs- und Abfallstoffe, die Bau- und Wohnungshygiene, die Ortsstraßen und deren Reinhaltung, die Reinhaltung der Luft, Rauchplage, lästige Geräusche, der Nahrungsmittelverkehr, der Drogen- und Gifthandel, die Fürsorge für geistig und körperlich Kranke, Kirchen, Erziehungsanstalten, Krankenanstalten, Armen- und Waisenhäuser, Rettungs- und Besserungsanstalten, Versorgungshäuser und Armenbeschäftigungsanstalten, Volksküchen, Krippen, Milchküchen, Fürsorgestellen, Kost- und Pflegekinder, Heilbäder und Badanstalten, Gefängnisse, Fabriken und gewerbliche Anlagen, Begräbnisplätze, Leichenhäuser, Feuerbestattungsanlagen, Leichenpolizei, besonders die in Württemberg staatlich allgemein

eingeführte Leichenschau, Rurpfuscherei und Prostitutionswesen; die Aufsicht über Hebammen, Krankenpflegepersonen, amtlich geprüfte Desinfektoren, Leichenschauer ist besondere Aufgabe des Oberamtsarztes.

Besondere Aufmerksamkeit soll der Oberamtsarzt dem Einfluß der gewerblichen Betriebe auf die Gesundheitsverhältnisse zuwenden und sich durch eigene Nachforschungen bei den Gemeindevisitationen, den Schüleruntersuchungen und bei anderen geeigneten Anlässen, sowie durch Erkundigungen bei dem Gewerbeinspektor, den praktischen Ärzten und den Krankenkassen möglichst genaue Kenntnis von dem Vorkommen von Krankheiten, die mit solchen Betrieben im Zusammenhang stehen, zu verschaffen suchen.

Über das Auftreten solcher Krankheiten unter den Arbeitern bestimmter Betriebe hat er dem Gewerbeinspektor Mitteilung zu machen und diesen um seine Zuziehung bei Besichtigung der für die Gesundheit der Arbeiter besonders gefährlichen Betriebe zu ersuchen. Der Gewerbeinspektor ist verpflichtet, einem solchen Gesuche zu entsprechen. Über die zu treffenden Abhilfemaßnahmen haben sich die beiden Beamten miteinander ins Benehmen zu setzen und erforderlichenfalls bei der zuständigen Behörde entsprechende Anträge zu stellen.

Die Tätigkeit des Schularztes erstreckt sich auf die den Oberschulbehörden unterstellten öffentlichen Schulen sowie auf alle Privatschulen, ferner auf die Kleinkinderschulen, Kindergärten und Kinderhorte.

Dem Schularzt liegt insbesondere ob:

1. Die Untersuchung des Zustandes des ganzen Schulgebäudes und der den Zwecken der Schule dienenden weiteren Gebäude sowie ihrer Einrichtungen und Geräte, ferner die Überwachung der Benutzung dieser Gebäude und Einrichtungen in gesundheitlicher Beziehung;

2. die Fürsorge für die Wahrung der gesundheitlichen Anforderungen beim Unterricht;

3. die Feststellung und die Verhütung der Verbreitung von Krankheiten und Gebrechen bei Schülern und Schülerinnen und die zu diesem Zweck erforderlichen körperlichen Untersuchungen derselben.

Behufs Feststellung des Gesundheitszustands und der Schulfähigkeit der Schulkinder hat der Schularzt sämtliche neu eintretende Schüler und Schülerinnen innerhalb des ersten Jahres zu untersuchen. Die Untersuchung hat sich auf den allgemeinen Körperzustand, das Nervensystem, den Zustand der Augen, Ohren, der Mund- und Nasenhöhle, der Brust- und Baucheingeweide, des Knochengerüsts, insbesondere der Wirbelsäule und der Gliedmaßen zu erstrecken. Die Untersuchung hat womöglich in einem besonderen Raum in Abwesenheit der übrigen Kinder stattzufinden. Der Untersuchung der Mädchen hat die Mutter, eine Lehrerin oder eine sonstige weibliche Vertrauensperson anzuwohnen; die Anwesenheit eines Lehrers im Untersuchungszimmer für Mädchen ist nicht gestattet.

Die Untersuchung der Sehschärfe ist für jedes Auge besonders vorzunehmen.

Auf tuberkulöse Kinder, einschließlich der an Lupus erkrankten, und auf Krüppel, die durch ein Heilverfahren gebessert werden können, ist ein besonderes Augenmerk zu richten, ebenso auf Stotterer.

Eine Untersuchung durch den Schularzt hat zu unterbleiben, wenn für einen Schüler ein durch einen approbierten Arzt ausgefüllter Gesundheitsbogen rechtzeitig vorgelegt wird.

Der Schularzt hat sich in einem solchen Fall auf die Durchsicht des Gesundheitsbogens zu beschränken und erforderlichenfalls dessen Ergänzung zu veranlassen.

Die Untersuchung der bei der allgemeinen Untersuchung abwesenden sowie derjenigen Kinder, deren Untersuchung aus irgendwelchen Gründen noch nicht stattgefunden hat oder nicht vollständig vorgenommen werden konnte, ist bei dem nächsten Besuch, spätestens jedoch im folgenden Jahre nachzuholen.

Zur Überwachung des Gesundheitszustandes der Schüler während der Schulzeit ist die eingehendere Untersuchung in ihrem vierten (bei den höheren Knabenschulen in Klasse I, bei den höheren Mädchenschulen in Klasse IV) und in ihrem siebten oder achten Schuljahr (Ende der Schulpflicht — bei den höheren Schulen ohne Oberklassen in Klasse V, bei höheren Schulen mit Oberklassen in Klasse VI, bei den höheren Mädchenschulen in Klasse VIII) und bei den Vollanstalten für die männliche Jugend weiterhin noch vor Ablegung der Reifeprüfung zu wiederholen. Hierbei ist festzustellen, wie sich der Körper während der Schulzeit entwickelt hat, auch ist den Erziehungsberechtigten der zur Schulentlassung kommenden Kinder, die nicht vollständig gesund erscheinen, ein geeigneter Rat für die Berufswahl zu erteilen.

Bei denjenigen Schülern und Schülerinnen, deren eingehendere Untersuchung nicht verfallen oder vorgeschrieben ist, genügt es, wenn sich der Schularzt bei Lehrern und Schülern über etwaige seit der letzten Untersuchung oder Besichtigung eingetretene Vorkommnisse, Beobachtungen oder Krankheiten erkundigt und an der Hand der Gesundheitsbogen die Schüler in der Regel ohne Entkleiden besichtigt. Erregt diese Besichtigung bei dem einen oder anderen Schüler den Verdacht krankhafter Veränderungen, so ist bei ihm eine genauere Untersuchung anzuschließen. Stellt sich heraus, daß der den Eltern usw. gegebene Rat der Einleitung eines Heilverfahrens oder wegen der Wahl des Berufs nicht befolgt worden ist und erweist sich dies andauernd als wünschenswert, so ist der Rat zu wiederholen und hiervon gleichzeitig dem Schulvorstand oder dem ersten oder einzigen Hauptlehrer besondere Mitteilung zu machen.

Über den Befund bei einer außerordentlichen Untersuchung ist ein entsprechender Eintrag im Gesundheitsbogen zu machen.

Die Erziehungsberechtigten sind befugt, der Untersuchung ihrer Kinder persönlich beizuwohnen oder sich dabei durch erwachsene Personen vertreten zu lassen. Die Einladung erfolgt durch die Schule auf vorgeschriebenem Vordruck.

Von dem Untersuchungsbefund ist, falls ein nennenswertes Leiden oder ein sonstiger Fehler vorgefunden wurde, den Erziehungsberechtigten, soweit sie der Untersuchung nicht persönlich angewohnt haben, vom Schularzt schriftlich in verschlossenem Umschlag Kenntnis zu geben, wobei ihnen in den Fällen, in denen von einer ärztlichen Behandlung Besserung oder Heilung des Leidens als wahrscheinlich erwartet werden kann, der Rat zu erteilen ist, ärztliche oder sonstige Hilfe (z. B. Solbadekuren, Tuberkulosefürsorge, Stottererkurse) zu gebrauchen. Auch steht es dem Schularzt frei, in persönlicher Rücksprache die Erziehungsberechtigten eines mit einer Krankheit oder einem Gebrechen behafteten Kindes zur Beiziehung ärztlicher Hilfe oder Einleitung eines Heilverfahrens zu veranlassen; in besonderen Fällen, so z. B. bei mehrfacher Erkrankung in derselben Familie oder bei Verwahrlosung oder Überlastung eines Kindes durch körperliche Arbeit sowie bei Tuberkulose eines solchen, ist es Pflicht des Schularztes, nach den obwaltenden Verhältnissen zu sehen.

Bei tuberkulösen Kindern, deren Eltern der Invalidenversicherung unterliegen, sind die letzteren gegebenenfalls darauf hinzuweisen, daß die Versicherungsanstalt Württemberg unter Umständen eine Fürsorge auf ihre Rechnung eintreten läßt.

Die Behandlung der erhobenen Krankheiten und Gebrechen ist nicht Sache des Schularztes; eine solche herbeizuführen ist in erster Linie Pflicht der Eltern oder sonstigen Erziehungsberechtigten. Doch hat der Schularzt, wenn es sich um bedürftige Kinder handelt, in geeigneten Fällen den Gemeindebehörden nahezu legen, die erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung der Gebrechen zu treffen (was tatsächlich in vielen Gemeinden, besonders in den größeren Städten z. B. durch Solbadekuren usw., in ausgiebigem Maße geschieht). Wenn die Einleitung einer Tuberkulosefürsorge durch die Versicherungsanstalt Württemberg in Betracht kommt, ist dem Vorstand dieser Anstalt durch den Schularzt Mitteilung zu machen.

Der Schularzt hat sich anläßlich seiner regelmäßigen (jährlichen) Schulbesuche davon zu vergewissern, ob von den Lehrern und den zuständigen Schulbehörden die Vorschriften betreffend Maßregeln bei ansteckenden Krankheiten beachtet werden.

Treten ansteckende Krankheiten auf, so hat sich der Schularzt nach den bestehenden Verordnungen und Verfügungen zu richten. Die Stellung des Antrags auf Schließung der Schule ist Sache des Schularztes.

Wird bei einem Kinde eine ansteckende Krankheit festgestellt, so sind sofort alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet erscheinen, um eine Übertragung auf andere zu verhindern.

Anläßlich der Untersuchung der Schulkinder hat sich der Schularzt jedes Jahr sämtliche in der Gemeinde vorhandenen, nicht bereits in einer Anstalt untergebrachten, im volksschulpflichtigen Alter stehenden, wegen irgendeines Gebrechens nicht schulfähigen Kinder vorstellen zu lassen. Auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses, aus dem der Zustand des Kindes hinreichend zu erkennen ist, oder auf Grund eigener Wahrnehmung kann der Schularzt von der Verpflichtung zu persönlicher Vorstellung befreien.

Den Bezirksschulversammlungen hat der Schularzt soweit wie irgend möglich, jedenfalls aber bei der Beratung von wichtigeren, das Gesundheitswesen berührenden Fragen anzuwohnen. Es ist ihm empfohlen, hierbei gelegentlich über schulärztliche Beobachtungen Mitteilung zu machen und die aus der Versammlung gestellten Fragen über Schulgesundheitspflege zu erörtern.

Die Durchführung der öffentlichen Impfung, durch Reichsgesetz allgemein eingeführt und als Vorbeugungsmaßregel gegen die Pocken längst und glänzend bewährt, steht für die Regel den Oberamtsärzten zu. Sie ist aber nur ein Teil der allgemeinen Seuchenbekämpfung, bei welcher der Oberamtsarzt an erster Stelle mitzuwirken hat. Ihm fallen nach dem sogenannten Reichsseuchengesetz vom 30. Juni 1901 bei den in diesem genannten gemeingefährlichen Krankheiten, Aussatz, Cholera, Fleckfieber, Selbstfieber, Pest und Pocken, die Ermittlung und Feststellung der Krankheit, die vorläufige Anordnung bzw. der Vorschlag sowie die Überwachung der Abwehrmaßregeln zu. Er tritt zu diesem Zweck alsbald in Tätigkeit, sobald ein Fall dieser Erkrankungen oder des Verdachts eines solchen amtlich gemeldet ist. Zur Anzeige sind verpflichtet der zugezogene Arzt, der Haushaltungsvorstand, jede sonst mit der Behandlung oder Pflege des Erkrankten beschäftigte Person, derjenige, in dessen Wohnung oder Behausung der Erkrankungs- oder Todesfall sich ereignet hat, und der Leichenschauer. Die Maßregeln, welche zur Verhütung einer Weiterverbreitung der Krankheit angeordnet werden können, sind: Beobachtung oder Absonderung kranker und krankheits- oder ansteckungsverdächtiger Personen, unter Umständen im Krankenhaus, Kenntlichmachung von Häusern, in welchen erkrankte Personen sich befinden, Verkehrsbeschränkungen für Pflegepersonal, Überwachung und Beschränkung von Gewerbebetrieb, Verbot von Ansammlung größerer Menschenmengen, Verbot des Schulbesuchs, Räumung von Wohnungen, Verbot der Benutzung von Brunnen, Wasserleitungen, verschiedenen dem öffentlichen Gebrauch dienenden Anstalten, Ungeziefervertilgung, Vorsichtsmaßregeln bei der Bestattung von Leichen, endlich Desinfektion. Für diese besteht eine allgemeine Reichsdesinfektionsordnung, für deren Anwendung auf jede einzelne Krankheit noch besondere Anweisungen ausgearbeitet sind. In entsprechender Weise geregelt ist die Bekämpfung der anderen übertragbaren Krankheiten, der Diphtherie, Fleisch-, Wurst-, Fisch-, Käse- und

Konservenvergiftung, des Frieselfiebers, der übertragbaren Genickstarre, des Rindbettfiebers, der Körnerkrankheit, des Razes, des Rückfallfiebers, der übertragbaren Ruhr, des Scharlachs, der Tollwut, der Trichinose, des Typhus und der Wurmkrankheit, durch eine württembergische Ministerialverfügung vom Jahre 1910, durch welche die Anzeigepflicht festgelegt ist, während über Ermittlung der Krankheit, polizeiliche Maßnahmen, Verfahren und Kosten für jede einzelne Krankheit besondere Anleitungen nebst Desinfektionsordnung für die beamteten Ärzte und die Polizeibehörden ausgegeben sind.

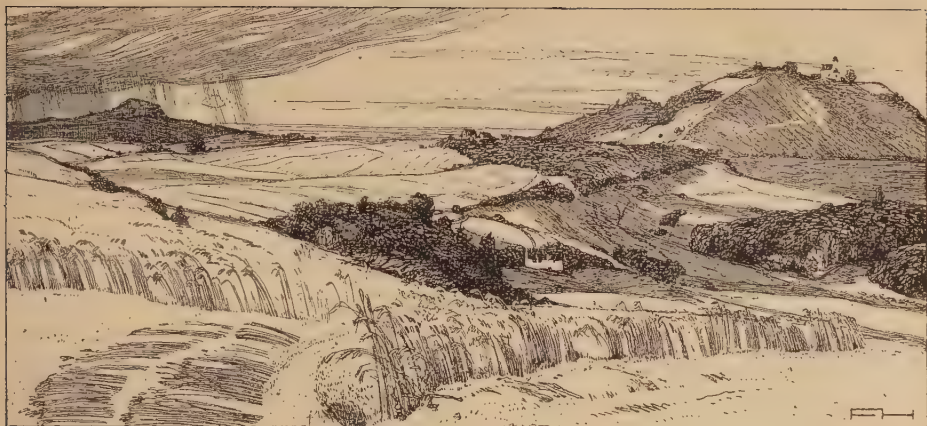
Das Bild, das im vorstehenden von dem dermaligen Stand der öffentlichen Gesundheitspflege und deren Entwicklung in den letzten 25 Jahren in Württemberg in gedrängter Darstellung zu geben versucht worden ist, wäre kein vollständiges, wenn nicht der Leistungen der Selbstverwaltung, der Gemeinden, Bezirke und Kreise auf diesem Gebiet noch besonders gedacht würde. Deren Gesamtheit ist eine erfreuliche, die in ihnen gebotenen Beweise für Gemeinsinn, Opferwilligkeit und Weitblick sind bewundernswert. Von den Krankenhausbauten der Gemeinden und Bezirke war schon die Rede, ebenso von den zentralen Wasserversorgungsanlagen, dem Badewesen, von der Anstellung von Bezirksdesinfektoren, Gemeindehebammen und Gemeindeschwestern, von den öffentlichen Anstalten zur Untersuchung von Nahrungsmitteln, von den Landarmenanstalten der Kreise mit ihren Abteilungen für Geisteschwache. Selbst in den kleinsten Dörfern aber findet man die Spuren der Fortschritte der Schulgesundheitspflege in neu erbauten oder neu her- und eingerichteten Schulhäusern, schon in kleinen und mittleren Städten, geschweige denn in den großen, in mustergültigen Anlagen mit Turnhallen und Schulbädern, die Fortschritte in der Nahrungsmittelhygiene erweisen die in fast allen Oberamtsstädten errichteten und mit den neuesten Einrichtungen versehenen Schlachthäuser, an ihrer Spitze der neue Schlacht- und Viehhof der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart, das zunehmende Verständnis für den gesundheitlichen Wert der Städtereinigung läßt sich erkennen in vielen selbst in kleineren Städten entstandenen einheitlichen Entwässerungsanlagen, wobei wiederum Stuttgart mit der allgemeinen Einführung der Schwemmkanalisation vorangeht, deren Betrieb ebenfalls in diesem Jahre eröffnet werden konnte; endlich im Wohnungswesen trifft man in mancher größeren Stadt Wahrzeichen gesundheitlicher Fürsorge, so die in Stuttgart unter Beteiligung der Gemeinde zustande gekommene Sanierung der Altstadt und Errichtung von Kolonien gesunder Kleinwohnungen; vor allem ist hier aber zu nennen die großzügige Bodenpolitik und Wohnungsfürsorge für Arbeiter und Angestellte, welche die Stadt Ulm weit über Württembergs Grenzen hinaus bekannt und geachtet gemacht hat.

Anschaulicher als alle Worte es können, hat die im Jahre 1914 unter dem Protektorate Seiner Majestät des Königs in Stuttgart stattgehabte Aus-

stellung für Gesundheitspflege den Stand der Gesundheitspflege in Württemberg darzustellen vermocht. Vorzeitig hat der Völkerring dieser lehrreichen Schau ein Ende gemacht, ihre Anregungen aber werden dauern und zu einer stetigen Weiterentwicklung der gesundheitlichen Arbeiten und Einrichtungen des Landes als einer der wichtigsten Aufgaben des erhofften Friedens beizutragen vermögen.

Quellen:

Medizinalberichte für Württemberg. Führer durch die Ausstellung für Gesundheitspflege. Stuttgart 1914.



Die Arbeiterversicherung

Von Oberregierungsrat Biesenberger und Verwaltungsdirektor Gerner

Wohl kein Zweig des öffentlichen Lebens führt den Aufstieg, den ganz Deutschland und mit ihm Württemberg in den letzten 25 Jahren erleben durften, glänzender vor Augen, als die deutsche Arbeiterversicherung, deren segensreiches Wirken — die ersten Anfänge ausgenommen — eben in diese 25 Jahre fällt.

Die Entwicklung einer blühenden Industrie in Deutschland mit immer ausgedehnterer Verwendung der Naturkräfte — Dampf und Elektrizität — an Stelle der menschlichen Arbeitskraft, die Erfindung immer sinnreicherer Maschinen, die an die Ausbildung und die technische Fertigkeit des einzelnen Arbeiters immer geringere Anforderungen stellten und hauptsächlich Aufmerksamkeit und eine gewisse Übung verlangten, drängten das Handwerk mehr und mehr zurück. An seine Stelle trat die Massenproduktion, die Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen in großen Fabriken zusammenführte und ihnen Gelegenheit bot, kurz nach der Schulentlassung, ohne lange Lehrzeit, lohnendem Erwerb nachzugehen.

Diese Entwicklung Deutschlands zum Industriestaate hatte wohl ein bedeutendes Wachstum an Volksvermögen, aber große Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter im Gefolge: das Zusammensein vieler Arbeiter in demselben Raume, die Entwicklung von Staub, Rauch und schädlichen Dünsten führte zu Erkrankungen, die Bedienung der Maschinen zu Verletzungen und Tötungen und das ganze hastende Arbeiten und Leben zu rascherer Abnützung der Arbeitskraft.

Meist stand der Arbeiter, den das Schicksal der Erkrankung oder Verletzung traf, diesen Schädigungen hilflos gegenüber, da das, was er mit seiner Hände Arbeit verdient hatte, eben zureichend war, sich und die Seinigen

zu ernähren und ihm nicht gestattete, Rücklagen für Zeiten der Erwerbsunfähigkeit zu machen. Er war daher auf die Mildtätigkeit seiner Nebenmenschen oder auf genossenschaftliche Hilfe oder die öffentliche Armenpflege angewiesen. Diese Verhältnisse waren unhaltbar. In immer weiteren Kreisen griff die Überzeugung Platz, daß die Gesamtheit verpflichtet sei, in diesen Fällen für den Einzelnen zu sorgen, und daß an die Stelle wohlwollender Nächstenliebe die Verpflichtung zur Fürsorge treten müsse, die dem Arbeiter ein Recht auf Hilfe gewährte.

Diese Hilfe mit ihren nötigen Garantien konnte nur der Staat leisten. Einen bescheidenen Anfang machte das „Reichshaftpflichtgesetz“ vom 7. Juni 1871, welches sich nur auf den Betrieb besonders gefährlicher Unternehmungen bezog und bestimmte, daß die in diesen Betrieben verursachten Tötungen und Körperverletzungen von dem Betriebsunternehmer zu entschädigen seien.

Den Grundstein der jetzigen Arbeiterversicherung legte erst die Kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881, welche die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle, eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens und ein Fürsorgerecht derjenigen, welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, als eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens bezeichnete, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht.

Es waren also durch diese Kaiserliche Botschaft schon die drei Wege vorgezeichnet, die die Arbeiterversicherung zu gehen hatte: die Unfallversicherung, die Krankenversicherung und die Versicherung gegen die Schäden des Alters und der Invalidität.

Als erstes der drei großen versicherungsrechtlichen Reichsgesetze erschien am 15. Juni 1883 das Krankenversicherungsgesetz, als zweites am 6. Juli 1884 das Unfallversicherungsgesetz und als letztes am 22. Juni 1889 das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz.

So war also beim Regierungsantritt Seiner Majestät des Königs Wilhelm II. der Baum der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung bereits gepflanzt, aber er ist seither mächtig gewachsen, hat seine Äste und Blätter weit ausgebreitet und reiche Früchte getragen.

Die Durchführung der Arbeiterversicherung erfolgt, wie schon gesagt, durch drei voneinander unabhängige Organisationen, die auf dem Grundsatz der Selbstverwaltung aufgebaut sind: Die Krankenversicherung durch die Krankenkassen, die Unfallversicherung durch die gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und durch an ihre Stelle tretende staatliche Ausführungsbehörden, und die Invaliditäts- und Altersversicherung durch die Versicherungsanstalten und einige Sonderanstalten.

Allen drei Organisationen ist gemeinsam der Versicherungszwang, der es nicht in das Belieben des Arbeiters stellt, ob er sich versichern will, ferner die Rechtsprechung über Versicherungsansprüche durch besondere Gerichte,

die der Versicherte gegen die Entscheidungen der Versicherungsträger in einem gesetzlich geregelten Verfahren anrufen kann und an denen Arbeitgeber und Versicherte in gleicher Zahl beteiligt sind (Oberversicherungsämter, Reichsversicherungsamt).

Alle drei Organisationen wollen und sollen nur einen Mindestbetrag zum Lebensunterhalt bieten, der für die Selbsthilfe durch Sparkassen, Volksversicherungen, gewerkschaftliche Unterstützungen usw. noch ein weites Feld freiläßt.

In allen drei Versicherungszweigen ist fachverständige Beratung durch die Ärzteschaft nicht zu entbehren.

Während die Durchführung der Arbeiterversicherung auf diesen drei Organisationen, den sogenannten Versicherungsträgern, ruht, ist daneben doch auch eine Mitwirkung von Reichs-, Staats- oder Gemeindebehörden notwendig, die unterstützend, rechtsprechend und beaufsichtigend einzugreifen haben. Diese Tätigkeit wird wahrgenommen durch die Versicherungsbehörden. Dieselben bauen sich in drei Instanzen nach einheitlichem Plane übereinander auf: Versicherungsamt, Oberversicherungsamt und Reichsversicherungsamt. Jede Versicherungsbehörde wird von einem beamteten Vorsitzenden geleitet, in jeder derselben wirken Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten in gleicher Anzahl mit. Die Aufgaben der Versicherungsbehörden umfassen zwei Gruppen: Beschlußsachen und Spruchsachen. Es sind daher bei allen Versicherungsbehörden besondere Abteilungen hierfür gebildet: Beschlußauschuß und Spruchauschuß beim Versicherungsamt, Beschlußkammer und Spruchkammer beim Oberversicherungsamt und Beschlußsenat und Spruchsenat beim Reichsversicherungsamt.

Die Versicherungsämter sind die allen drei Versicherungsträgern gemeinsamen örtlichen Stellen, der Unterbau für die gesamte Arbeiterversicherung.

Sie sollen zunächst in Angelegenheiten der Reichsversicherung Auskunft erteilen, d. h. Behörden, Arbeitgeber und Versicherte über Rechte und Pflichten der Arbeiterversicherung belehren, sodann sollen sie die Versicherungsträger unterstützen, endlich haben sie jedem der drei Versicherungsträger gegenüber noch besondere Rechte und Pflichten, z. B. in der Krankenversicherung die Aufsicht über die Kassen, namentlich weitgehende Befugnisse bezüglich der Anstellung und Entlassung der Kassenbeamten, die vorläufige Verfügung der Erhöhung der Beiträge und Herabsetzung der Leistungen, die Entscheidung in Streitsachen auf Beschwerden, die Genehmigung der Krankenordnung, Befugnis in Strafsachen —, in der Unfallversicherung die Teilnahme an der Unfalluntersuchung, Entscheidung von Streitigkeiten über Ersatzansprüche, Mitwirkung bei Anmeldung der Betriebe, Festsetzung von Geldstrafen wegen Übertretung der Unfallverhütungsvorschriften —, in der Invalidenversicherung Entscheidung

auf Anträge, Beschwerden, Streitigkeiten, namentlich über die Versicherungspflicht, Entgegennahme der Anträge auf die Leistungen und Vorbereitung der Entscheidungen der Versicherungsanstalt.

In Württemberg ist bei jedem Oberamt, mit Ausnahme des Amtsoberamts Stuttgart, das in dieser Beziehung der Stadtdirektion Stuttgart angegliedert ist, ein Versicherungsamt errichtet. Vorsitzender ist der Oberamtmann, dessen ständiger Stellvertreter der Amtmann. Zu jedem Versicherungsamt werden zwölf Versicherungsvertreter, je hälftig aus dem Kreise der Arbeitgeber und der Versicherten, im Wege der Verhältniswahl gewählt. (Das Versicherungsamt Stuttgart hat die doppelte Zahl.)

Die Oberversicherungsämter nehmen die Geschäfte der Reichsversicherung als höhere Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörden wahr. In der Krankenversicherung haben sie namentlich die Satzungen der Rassen zu genehmigen, über Auseinandersetzungen zwischen mehreren Rassen zu entscheiden, die Vereinigung, Auflösung, Schließung von Rassen zu beschließen, in Angelegenheiten der Rassenbeamten endgültig zu entscheiden, über Beschwerden gegen Anordnungen des Versicherungsamts zu entscheiden —, in der Unfallversicherung sind sie in zahlreichen Fällen Beschwerdeinstanz und hauptsächlich Berufungsinstanz gegen die Endbescheide der Träger der Unfallversicherung —, in der Invalidenversicherung entscheiden sie in verschiedenen Fragen (über Versicherungspflicht, Streitigkeiten beim Heilverfahren, Strafverfügungen) endgültig und sind ebenfalls Berufungsinstanz gegen die Bescheide der Versicherungsanstalten.

In Württemberg ist ein Oberversicherungsamt in Stuttgart errichtet mit der Beschlußkammer in Stuttgart und den Spruchkammern in Stuttgart, Reutlingen, Ellwangen und Ulm. An der Spitze des Oberversicherungsamts steht ein Direktor, an der Spitze jeder Spruchkammer ein höherer Staatsbeamter. Die Zahl der Beisitzer des Oberversicherungsamts (hälftig aus Arbeitgebern und Versicherten) beträgt 240. Davon entfallen je 40 auf die Bezirke der Spruchkammern Reutlingen, Ellwangen und Ulm.

Als Aufsichtsbehörde über die ganze Arbeiterversicherung und als oberste Beschluß- und Spruchbehörde waltet das Reichsversicherungsamt in Berlin, welches auch für Württemberg seit 1. Januar 1913 die Befugnisse des bis dahin bestandenenden Landesversicherungsamts übernommen hat.

I. Die Krankenversicherung

Die Krankenversicherung, die in Fällen akuter Erkrankung Hilfe durch Gewährung ärztlichen Beistandes und Geldunterstützung bringen soll, muß durch örtliche Organe erfolgen, die dem Arbeiter leicht erreichbar und dadurch in der Lage sind, die nötige Hilfe möglichst rasch zu gewähren.

Hierfür sind die „Krankenkassen“ errichtet. Die Mittel der Krankenversicherung werden zu zwei Dritteln von den Versicherten, zu einem Drittel

von den Arbeitgebern aufgebracht, und diesem Lastenverhältnis entspricht auch das Verhältnis der Rechte in der Verwaltung der Krankenkassen.

Die Geschäfte werden von einem Vorstand und Ausschuß besorgt; die Vorstandsmitglieder wählen aus ihrer Mitte den Vorsitzenden. Die Beamten und Angestellten der Kasse werden durch übereinstimmende Beschlüsse der Gruppen der Arbeitgeber und der Versicherten im Vorstand gewählt.

Gegen Krankheit sind hauptsächlich zu versichern ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht: Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge, Dienstboten, Betriebsbeamte, Werkmeister und ähnliche Angestellte, Handlungsgehilfen und -lehrlinge, Lehrer, Erzieher sowie Hausgewerbetreibende. Betriebsbeamte, Werkmeister, Handlungsgehilfen sowie Lehrer und Erzieher sind nur versicherungspflichtig, wenn ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst 2500 M nicht übersteigt.

Versicherungsfrei bleiben Personen, die nur vorübergehend Dienstleistungen verrichten, ferner Personen, die von Staat, Gemeinde usw. als Beamte oder anderweitig beschäftigt und in Erkrankungsfällen versorgt werden.

Versicherungspflichtige gehören während der Dauer ihrer Beschäftigung der Allgemeinen oder Besonderen Ortskrankenkasse, Betriebs-, Innungs- oder Knappschaftskasse an, die für den Betrieb, in dem sie beschäftigt werden, errichtet ist. Auch sind Ersatzkassen zugelassen.

Freiwillig eintreten in die Versicherung können: die gesetzlich von der Versicherungspflicht Befreiten, ohne Entgelt vom Betriebsunternehmer beschäftigte Angehörige, Unternehmer, die höchstens zwei Versicherte beschäftigen, alle unter der Voraussetzung, daß ihr Jahreseinkommen 2500 M nicht übersteigt. Die Kasse kann aber ein Gesundheitszeugnis fordern. Freiwilliges Rassenmitglied kann bleiben, wer ununterbrochen 6 Wochen lang oder im letzten Jahre 26 Wochen lang Zwangsmitglied der Kasse war und binnen 3 Wochen die Erklärung abgibt, daß er Mitglied bleiben will, oder die Rassenbeiträge voll einzahlt.

Die freiwillige Versicherung erlischt, wenn Versicherungspflicht eintritt, wenn die Beiträge zweimal nacheinander nicht bezahlt sind, ferner, wenn das regelmäßige Jahreseinkommen — nicht der Jahresarbeitsverdienst — 4000 M übersteigt und dem Versicherten das Erlöschen seitens der Kasse mitgeteilt ist.

Die Beiträge für die Versicherungspflichtigen, welche nach dem durch die Satzung bestimmten Grundlohn oder dem durch das Versicherungsamt festgesetzten Ortslohn zu bemessen sind, werden von den Arbeitgebern im vollen Betrage erhoben, welche letztere das Recht haben, zwei Drittel davon dem Arbeiter am Verdienste abzuziehen.

Die Reichsversicherungsordnung setzt Regelleistungen (früher Mindestleistungen genannt) fest, die durch die Rassenatzung ausnahmsweise herab-

gesetzt, in erheblichem Umfange aber auch erhöht werden können (Mehrleistungen).

I. Als Krankenhilfe werden gewährt für längstens 26 Wochen nach Beginn der Krankheit oder des Krankengeldbezuges:

1. Krankenpflege: ärztliche Behandlung, Arznei, Brillen, Bruchbänder und andere kleine Heilmittel — vom Beginn der Krankheit an;

2. Krankengeld — der halbe Grundlohn für jeden Arbeitstag — bei Arbeitsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Beginn der Krankheit;

3. Krankenhauspflege an Stelle der Leistungen unter 1. und 2. stets, wenn die erforderliche Behandlung und Pflege in der Familie nicht möglich, wenn die Krankheit ansteckend ist, wenn der Kranke der Krankenordnung oder den ärztlichen Anordnungen wiederholt zuwider gehandelt hat oder sein Zustand eine fortgesetzte Beobachtung erfordert. Falls keine dieser Voraussetzungen vorliegt, bei Kranken, die einen eigenen Haushalt haben oder bei ihrer Familie wohnen, nur mit ihrer Zustimmung;

4. Hauspflege durch Krankenpfleger, Schwestern usw. mit Zustimmung des Kranken insbesondere dann, wenn Krankenhauspflege nicht möglich ist;

5. Hausgeld: Bei Krankenhauspflege (Ziff. 3) haben Angehörige, die der Kranke von seinem Arbeitsverdienst ganz oder überwiegend unterhalten hat, Anspruch auf die Hälfte des Krankengeldes.

II. Als Wochenhilfe erhalten Wöchnerinnen, die im letzten Jahre vor der Niederkunft wenigstens 6 Monate gegen Krankheit versichert waren, ein Wochengeld in der Höhe des Krankengeldes für 8 Wochen oder mit Zustimmung der Wöchnerin an dessen Stelle Verpflegung in einem Wöchnerinnenheim oder bei Kürzung des Wochengeldes bis zur Hälfte Hauspflege.

III. Als Sterbegeld wird das Zwanzigfache des Grundlohnes gezahlt.

Durch Satzungsbestimmung können hauptsächlich folgende Mehrleistungen gewährt werden:

1. Verlängerung der Krankenhilfe bis auf ein Jahr;

2. Erhöhung des Krankengeldes bis auf drei Viertel des Grundlohnes;

3. Erhöhung des Hausgeldes bis zur Höhe des gesetzlichen Krankengeldes und Gewährung eines Krankengeldes bei Krankenhauspflege, wenn Hausgeld nicht gezahlt wird;

4. Fürsorge für Genesende (Unterbringung in ein Genesungsheim) nach Ablauf der Krankheit bis zur Dauer eines Jahres;

5. Gewährung größerer Heilmittel oder eines Zuschusses zu deren Kosten und von Hilfsmitteln gegen Verunstaltung und Verkrüppelung;

6. Gewährung der Hebammendienste und ärztlichen Geburtshilfe sowie eines Stillgeldes bis zur Hälfte des Krankengeldes für längstens

12 Wochen an versicherungspflichtige Ehefrauen oder auch an andere Versicherungspflichtige, die Anspruch auf Wochenhilfe haben;

7. Gewährung eines Schwangerengeldes in Höhe des Krankengeldes für längstens 6 Wochen bei Arbeitsunfähigkeit infolge der Schwangerschaft;

8. Erhöhung des Sterbegeldes bis auf das Vierzigfache des Grundlohns und bis auf einen Mindestbetrag von 50 M;

9. Familienhilfe in Gestalt von Krankenpflege versicherungsfreier Familienmitglieder, Wochenhilfe an versicherungsfreie Ehefrauen und Gewährung von Sterbegeld bis zu zwei Dritteln des Mitgliedersterbegeldes an Ehegatten und bis zur Hälfte desselben an Kinder bei Abrechnung des eigenen Sterbegeldes des Verstorbenen.

Auf dem Gebiete der Krankenfürsorge ist das Land Württemberg und nicht in letzter Linie dessen Haupt- und Residenzstadt seit langer Zeit vorbildlich gewesen.

Bereits im Jahre 1827 haben die Bürgerlichen Kollegien Stuttgarts mit Genehmigung der Kgl. Stadtdirektion eine Krankheitskosten-Versicherungskasse für Dienstboten, Handwerksgesellen und andere Arbeitsgehilfen errichtet, ohne daß hierzu eine Verpflichtung bestanden hätte. Der Grundgedanke dieser Einrichtung war der, die arbeitenden, meist nicht vermöglichen Klassen in Erkrankungsfällen vor Not zu schützen, ihnen eine angemessene Pflege und ärztliche Behandlung zuteil werden zu lassen. Die Mittel zur Unterhaltung dieser Krankheitskosten-Versicherungskasse waren durch Beiträge der Versicherten allein aufzubringen.

Die Württembergische Gewerbeordnung von 1862 hat sodann den Gemeinden ausdrücklich das Recht gegeben, die nicht im Familienverband lebenden Gewerbegehilfen und Dienstboten zwecks ihrer Verpflegung in örtlichen Krankenhäusern im Falle eintretender Erkrankungen zu Beiträgen heranzuziehen. Einige Jahre darauf ist sodann die Satzung der Krankheitskosten-Versicherungskasse umgestaltet und durch dieselbe bestimmt worden, daß alle in Stuttgart in einem Arbeits- oder Privatdienstverhältnis stehenden Personen, welche keine eigene Haushaltung führten, mit einigen Ausnahmen zur Teilnahme an der Krankheitskosten-Versicherungsanstalt des Katharinenhospitals verpflichtet waren. Auch die nicht im Familienverbande lebenden Lehrlinge sind nach und nach in den Fürsorgekreis einbezogen worden.

Diese zur Fürsorge in Erkrankungsfällen getroffenen Einrichtungen, welche eine Entschädigung für den Ausfall an Arbeitsverdienst nicht vorgesehen hatten, konnten für die Dauer nicht mehr befriedigen. Der gewaltige Umschwung des geistigen und wirtschaftlichen Lebens, welcher sich im 19. Jahrhundert in Deutschland vollzogen hat, die riesenhafte Entwicklung der Verkehrsmittel und der Maschinenarbeit hat deshalb den Staat und die Gesellschaft zu Anfang der achtziger Jahre vor die Notwendigkeit gestellt, der

wirtschaftlichen Not der industriellen Arbeiterschaft in Erkrankungsfällen wirksam zu steuern und der arbeitenden Bevölkerung ihre Arbeitskraft und Gesundheit, der irdischen Güter höchste, durch eine ausreichende Fürsorge in Erkrankungsfällen möglichst lange zu erhalten. Dies ist geschehen durch das Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883.

Dieses Reichsgesetz hat zunächst nur eine Fürsorge für die industriell und gewerblich tätige Bevölkerung vorgesehen, die Versicherung einer größeren Gruppe werktätiger Personen aber den etwa notwendig erscheinenden statistischen Bestimmungen der Gemeinden und der Gemeindeverbände vorbehalten, dabei insbesondere die Dienstboten von einer reichsgesetzlichen Fürsorgepflicht überhaupt ausgenommen und ihnen ebenso wie den in der Landwirtschaft tätigen Personen den freiwilligen Beitritt zur Gemeindekrankenversicherung offen gelassen. Die Tätigkeit einiger dieser Körperschaften hat denn auch auf Anregung der Regierung bald nach dem Inkrafttreten des Krankenversicherungsgesetzes eingesezt, sie hat aber die Landesregierung nicht voll befriedigt. Es sind daher in Württemberg am 16. Dezember 1888 landesgesetzliche Bestimmungen erlassen worden, welche die bisher nur durch Satzungsbestimmungen mögliche Krankenfürsorge einer größeren Anzahl arbeitender Volksgenossen, insbesondere den Dienstboten, sowie den in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeitern zuteil werden ließen.

Mit dem 1. Januar 1914 hat durch die Reichsversicherungsordnung (2. Buch) auch die Krankenfürsorge eine umfassende Neugestaltung erfahren.

Bei dem Inkrafttreten des Krankenversicherungsgesetzes sind in Stuttgart allein nicht weniger als 19 Ortskrankenkassen für die verschiedensten Berufsarten gegründet worden, welche sich bald darauf zu einem Verbande zusammengeschlossen haben, um gemeinsam Verträge über die ärztliche Behandlung, die Verpflegung der Versicherten in den Krankenanstalten, die Lieferung von Arzneimitteln und sonstiger Artikel zur Krankenpflege abzuschließen. Nur zu bald hat sich gezeigt, daß die finanzielle Entwicklung der Kassen ganz grundverschieden sich gestaltete, so daß einzelne derselben trotz hoher Beiträge immer mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, andere dagegen, welche weniger große Betriebsgefahren aufzuweisen hatten, bald daran denken konnten, die Unterstützungseinrichtungen auf die Familienangehörigen der Versicherten auszudehnen und diesen in Erkrankungsfällen freie ärztliche Behandlung und Arznei und beim Ableben eines Familienangehörigen auch noch einen Beitrag zur Bestreitung der Beerdigungskosten zu gewähren. Diese Erscheinungen haben die Versicherten sowohl wie die Verbandsleitung in keiner Weise befriedigt, es ist deshalb erstmals im Jahre 1888 der Versuch gemacht worden, die in Stuttgart bestehenden 19 Kassen zu einer Allgemeinen Ortskrankenkasse für sämtliche im Stadtdirektionsbezirk versicherungspflichtigen Personen zu vereinigen. Dies gelang damals nicht.

Im Jahre 1893 ist sodann wieder versucht worden, zunächst einmal diejenigen Rassen zusammenzulegen, welche in den Beitragsätzen, den Erkrankungs- und Betriebsgefahren sowie in den Leistungen an die Versicherten und deren Familien einander annähernd gleichgestellt waren. Dies ist damals wenigstens teilweise gelungen; es bestanden also in Stuttgart nur noch 12 Rassen. Ein erneuter Vorstoß im Jahre 1903 brachte wieder eine weitere Zusammenlegung der Rassen auf fünf zustande, und heute bestehen seit dem Jahre 1906 nur noch deren drei, und zwar:

eine Ortskrankenkasse der Metzger,
eine Ortskrankenkasse der Handelsgewerbe usw.,
eine Allgemeine Ortskrankenkasse.

Schon im Jahre 1895 hat der Rassenverband in Stuttgart sich mit dem Gedanken getragen, zur Unterbringung seiner erholungsbedürftigen männlichen Mitglieder ein Heim zunächst einmal in kleinem Umfange zu gründen, um Mitgliedern, welche durch Krankheit geschwächt waren, die Wiedererlangung der Arbeitsfähigkeit durch eine reichliche Verpflegung in gesunder, möglichst staubfreier Umgebung zu ermöglichen.

Das von Ausflüglern sehr gerne aufgesuchte Bad Neustädtle bei Waiblingen ist von dem Verbande erworben und zu einem Erholungsheim mit zunächst 27 Betten eingerichtet worden. Mit dem Heim ist ein landwirtschaftlicher Betrieb verbunden, welcher die Verwertung der Küchenabfälle ermöglicht und den Erholungsbedürftigen die erforderlichen Lebensmittel, insbesondere stets frische Eier und gute Milch, gewährleistet. Der Gesamtaufwand beziffert sich mit weiteren Grunderwerbungen, baulichen Erweiterungen und Einrichtungen auf rund 90000 M.

Die erhebliche Vermehrung der Zahl der Versicherten ergab die Notwendigkeit, die Errichtung eines weiteren Erholungsheimes, das auch die Unterbringung der erholungsbedürftigen weiblichen Mitglieder ermöglichte, ins Auge zu fassen, als welches sich das Schloß Freudental, OÄ. Besigheim, ganz besonders zu eignen schien.

Die im Jahre 1911 eingeleiteten Verhandlungen haben denn auch zu einem Kauf des mit den Gebäulichkeiten eine Fläche von 35 Morgen umfassenden Anwesens geführt. Das landschaftlich sehr schön gelegene Schloß liegt am Fuße des bewaldeten Strombergs, gegen Nord- und Ostwinde geschützt, gewährt der Sonne von Süden her ungehinderten Eintritt und hat im Park und dem an denselben anstoßenden Tannenwäldchen einen recht vollen, teilweise Hunderte von Jahren alten Baumbestand. Im Parke selbst befinden sich drei Seen mit bewaldeten Inseln, welche von den Erholungsbedürftigen zu Nachenfahrten benützt werden dürfen. Vom Jahre 1810 bis 1816 war das Schloß im Besitze der Königlichen Familie und ist von König Friedrich des öfteren als Sommeraufenthalt benützt worden.

Auch dieses Heim, dessen Bau ein Jahr nach der Erwerbung schon fertiggestellt war, hat vollständig eingerichteten landwirtschaftlichen Betrieb mit großangelegter Gemüsegärtnerei. Diese nutzbringenden Anlagen haben sich, zumal in der gegenwärtigen Zeit, sehr bewährt.

Auch ein Licht-, Luft- und Sonnenbad steht den Erholungsbedürftigen zur Verfügung.

Der gesamte Aufwand für Grunderwerbung, die Bauten und deren Einrichtungen hat rund 800 000 M. betragen. An Betten sind vorhanden für männliche Erholungsbedürftige 80, für weibliche 50; für letztere ist außerdem noch das Erholungsheim Neustädtle mit seinen 27 Betten zur Verfügung gestellt worden.

Bald nach der im Oktober 1912 erfolgten Eröffnung des Erholungsheims Schloß Freudental hat sich die Belegung desselben mit beiden Geschlechtern trotz getrennter Ausgangszeit als unzweckmäßig und auf die Dauer nicht durchführbar erwiesen; es mußte deshalb, nachdem auch ein großer Zuwachs an weiblichen Versicherten durch den in Aussicht stehenden Anschluß der Dienstboten an die Ortskrankenkassen zu erwarten war, der Erwerb und die Einrichtung eines weiteren Erholungsheims für weibliche Mitglieder ins Auge gefaßt werden. Der Vorstand hat das eine Viertelstunde von der Landesgrenze in dem Badeort Dür rheim gelegene Kurhaus und Salinenhotel als das den Bedürfnissen der Erholungsuchenden besonders zusagende Anwesen befunden und hat dasselbe im Januar 1914 angekauft.

Dür rheim ist das höchstgelegene Solbad Europas, welches die kräftigste Sole erzeugt; es liegt in einem schönen Tale, 705 m über dem Meerespiegel, nördlich und nordöstlich begrenzt von den Ausläufern des Schwäbischen Jura, westlich und südlich gegen den Schwarzwald zu offen, einen prächtigen Überblick auf das Tal und einen Teil der Alpen gewährend.

Dieses Heim dient gleichzeitig der Unterbringung kranker, insbesondere sofa dbedürftiger Kinder beiderlei Geschlechts, für welche zusammen 60 Betten bereitgestellt sind. Den weiblichen erholungsbedürftigen Rassenmitgliedern steht der Neubau mit rund 140 Betten zur Verfügung.

Auch hier ist ein Licht-, Luft- und Sonnenbad eingerichtet, dessen Benutzung den Erholungsbedürftigen den ganzen Tag gestattet ist.

Der gesamte Aufwand für den Bau und die Einrichtungen beläuft sich mit der landwirtschaftlichen Anlage auf rund 800 000 M.

Ein weiterer Zweig der Fürsorge ist durch die im Jahre 1911 erfolgte Einrichtung einer eigenen Rassenzahlklinik geschaffen worden, an welche sich infolge der Ausdehnung des Rassenbezirks auf das ganze Amtsoberamt Zweigstellen in den erstellten Rassengebäuden in Cannstatt, Feuerbach, Möhringen und Echterdingen angereiht haben.

In dieser Einrichtung sind derzeit 12 Bahnärzte, 9 Bahntechniker und 15 Damen tätig.

Das weiter gleichzeitig mit der Zahnklinik eingerichtete Chemische Laboratorium unterstützt den ärztlichen Dienst durch die Untersuchung des Stuhls, Harns, Mageninhalts, Bluts, von Nahrungsmitteln usw.

Eine der wichtigsten Fürsorgeeinrichtungen ist wohl die durch die Reichsversicherungsordnung ermöglichte und insbesondere in gegenwärtigen Zeiten allseitig anerkannte Wochenpflege.

Seit Beginn des Jahres 1914 stellt der Stuttgarter Ortskrankenkassenverband seinen Mitgliedern und den Frauen derselben im Falle ihrer Entbindung neben Übernahme der Kosten für den Arzt und die Hebamme eine Wochenpflegerin zur Verfügung, welche in der ersten Zeit nach dem Wochenbett sowohl die Wöchnerin und den Säugling zu versorgen, als auch die übrige Haushaltung in Ordnung zu halten hat, damit die Wöchnerin selbst, nicht durch die Not gedrungen, wieder allzufrüh ihre Haushaltungsgeschäfte aufnehmen muß.

Besonders wichtige Gebiete der Krankenversicherung waren von jeher auch die Regelung der ärztlichen Behandlung, der Lieferung von Arzneimitteln und der sonstigen Bedürfnisse der Krankenpflege, sowie die Verpflegung Kranker in den Krankenanstalten. Allüberall waren die in Betracht kommenden Körperschaften, teilweise unter Mitwirkung der kgl. Staatsregierung, bestrebt, etwa entstehende Schwierigkeiten zu beseitigen und auf den geschaffenen, die beiderseitigen Interessen würdigenden Grundlagen miteinander zusammenzuarbeiten. Seinen besonderen Ausdruck hat dieses Bestreben erst nach kurzer Zeit dadurch gefunden, daß unter Mitwirkung der Staatsregierung ein die ärztliche Versorgung über das ganze Land regelnder Vertrag zwischen der Standesvertretung der Ärzte und dem Württembergischen Krankenkassenverband zustande gekommen ist, welcher ein friedliches und erspriechliches Zusammenarbeiten auf eine Reihe von Jahren sichert. Diesem Vertrag ist ein solcher zwischen dem Pharmazeutischen Landesverein und dem Württembergischen Krankenkassenverband gefolgt, welcher die Lieferung von Arznei und Heilmitteln an die Mitglieder der dem Verband angehörenden Krankenkassen und deren Familien auf mehrere Jahre regelt.

Eine Anzahl der in Württemberg bestehenden Krankenkassen hat sich schon im Jahre 1886 zu einer losen Vereinigung unter dem Namen „Württembergischer Krankenkassenverband“ zusammengeschlossen, welcher das Bestreben hat, den Rassen des Landes mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Im Laufe der Jahre hat dieser Verband ein festeres Gefüge erhalten, er ist nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung weiter ausgebaut und als Verein in das Vereinsregister eingetragen worden.

Die Ziele, die der Verband nunmehr verfolgt, sind u. a. folgende:

1. Verträge mit Ärzten, Zahnärzten und Zahntechnikern, Apothekern und Heilanstalten vorzubereiten und für die ihm angehörenden Rassen abzuschließen;
2. die Kranken nach einheitlichen Grundsätzen zu überwachen;
3. zu einschlägigen Gesetzesvorlagen Stellung zu nehmen, auch den Verbandsklassen Auskunft und Rat zu erteilen;
4. Einrichtungen zur Prüfung der gesamten Abrechnungen der Ärzte und Apotheker sowie der Rassenführung überhaupt und zur Prüfung für den Verwaltungsdienst zu schaffen.

Wie schon oben erwähnt, hat die Ziff. 1 bereits den Abschluß eines Arzt- und Apothekervertrags gezeitigt, auch die zu Ziff. 4 eingeführten Prüfungseinrichtungen sind einem dringenden Bedürfnis entsprungen, welche in verschiedenen Bundesstaaten des Deutschen Reiches immer mehr nachgeahmt werden.

In Württemberg bestanden am 1. Januar 1915 70 allgemeine Ortskrankenkassen, 16 besondere Ortskrankenkassen, 11 Innungskrankenkassen, 2 staatliche Betriebskrankenkassen, 207 Betriebskrankenkassen mit einem Gesamtmitgliederstand von rund 680 000 und einem Gesamtvermögen von rund 14 Millionen Mark.

II. Die Unfallversicherung

Die Unfallversicherung unterscheidet sich in ihren Zwecken und in ihrer Durchführung grundsätzlich von der Krankenversicherung. Während die letztere bei Erkrankungen, wie sie immer und überall bei jedermann sich entwickeln können, eingreift, befaßt sich die Unfallversicherung nur mit Schädigungen, die in bestimmten, besonders gefährlichen Betrieben, und zwar durch plötzliche Einwirkungen von außen erfolgen. Sie gewährt Hilfe nur bei sogenannten „Betriebsunfällen“ und soll den durch diese verursachten Schaden ersetzen.

Der zweite große Unterschied besteht darin, daß die Leistungen der Krankenversicherung möglichst rasch, aber nur für eine zum voraus bestimmte Höchstdauer (in der Regel 26 Wochen) zu gewähren sind, während die Unfallversicherung die durch die Betriebsunfälle verursachten Beeinträchtigungen der Arbeitskraft dauernd, meist für das ganze Leben des Verunglückten, zu entschädigen hat durch Gewährung fortlaufender Renten.

In ihrer Durchführung unterscheidet sich die Unfallversicherung von der Kranken- wie von der Invalidenversicherung dadurch, daß ihre Träger, die Berufsgenossenschaften, reine Unternehmerverbände mit weitem räumlichen Bereiche sind: die Lasten der Unfallversicherung ruhen ganz auf den Schultern der Unternehmer und werden durch jährliche Umlage aufgebracht, der Arbeiter trägt nichts dazu bei, und darum liegt auch die Verwaltung der Berufsgenossenschaften, namentlich die Gewährung der Renten,

ganz in den Händen der Arbeitgeber. Nur zu den Unfalluntersuchungen und zur Feststellung von Unfallverhütungsvorschriften sowie im Rechtsmittelverfahren bei den Spruchbehörden (Oberversicherungsamt und Reichsversicherungsamt) werden Arbeiter zugezogen.

Die gesetzliche Einführung der Unfallversicherung erfolgte schrittweise, indem immer mehr Berufszweige in dieselbe einbezogen wurden: zuerst bestimmte gewerbliche Betriebe durch das Reichsgesetz vom Jahre 1884, dann die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe im Jahre 1886, die Baubetriebe und die Seeschifffahrt im Jahre 1887.

Gegen Unfälle in diesen Betrieben versichert sind alle darin beschäftigten Arbeiter, Gehilfen, Gesellen und Lehrlinge sowie die Betriebsbeamten, doch die letzteren nur, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst nicht 5000 M übersteigt. Die Versicherung ergreift alle die genannten Beschäftigten ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht und ohne Rücksicht darauf, ob sie mehr oder weniger arbeitsfähig sind und ob sie für ihre Arbeitsleistungen Lohn erhalten oder nicht.

Surzeit bestehen im ganzen deutschen Reich 117 Berufsgenossenschaften und 563 Ausführungsbehörden.

Schon frühzeitig hatte ein ansehnlicher Teil der Berufsgenossenschaften erkannt, daß die Verhütung von Unfällen weit wichtiger ist als deren Entschädigung durch Renten, und war daher bestrebt, durch Erlassung von Unfallverhütungsvorschriften Leben und Gesundheit der Arbeiter zu bewahren und damit auch die Rentenlast zu mindern. Die Gesetzgebung griff hier weiter fördernd ein, sie führte zur Aufstellung staatlicher und berufsgenossenschaftlicher Organe zur Überwachung der Betriebe mit dem Erfolge, daß die schweren Unfallfolgen bei den meisten Berufsgenossenschaften erheblich zurückgegangen sind.

Nach erfolgtem Unfall beginnt die gesetzliche Pflicht der Berufsgenossenschaften zum Eingreifen erst mit der 14. Woche nach dem Unfall — vorher hat die Krankenversicherung einzutreten. In immer weiterem Umfange entschließen sich aber die Berufsgenossenschaften, ihre Hilfe dem Unfallverletzten schon während der ersten 13 Wochen angedeihen zu lassen, denn eine sofort eintretende einheitliche Behandlung verbürgt einen besseren Erfolg. In großen eigenen, mustergültig eingerichteten Krankenhäusern wie durch ausgedehnte Benützung fremder Anstalten üben sie die Heilfürsorge aus.

Ist bei einem Unfallverletzten das Heilverfahren abgeschlossen und ist eine Beeinträchtigung seiner Arbeitsfähigkeit zurückgeblieben, so hat ihm die Berufsgenossenschaft die Unfallrente zu gewähren, deren Betrag sich nach dem Grade der erlittenen Erwerbseinbuße und nach der Höhe des vor dem Unfall bezogenen Arbeitsverdienstes richtet. Die Rente beträgt, solange der Verletzte infolge des Unfalls völlig erwerbsunfähig ist, zwei Drittel des

Jahresverdienstes (Vollrente), wenn er nur teilweise erwerbsunfähig ist, denjenigen Teil der Vollrente, der dem Maße der Einbuße an Erwerbsfähigkeit entspricht (Teilrente). Solange der Verletzte so hilflos ist, daß er ohne fremde Wartung und Pflege nicht bestehen kann, ist die Rente bis zum vollen Jahresarbeitsverdienst zu erhöhen (Hilfslosenrente). Bei Tötung durch den Unfall ist den Hinterbliebenen ein Sterbegeld und außerdem der Ehefrau und den Kindern unter 15 Jahren eine Rente zu gewähren. Diese Rente beträgt für die Ehefrau und die Kinder je ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes, insgesamt jedoch höchstens drei Fünftel desselben.

Der Darstellung der Entwicklung, welche die Unfallversicherung in den letzten 25 Jahren in Württemberg genommen hat, steht der Umstand entgegen, daß keine der gewerblichen Berufsgenossenschaften und auch keine ihrer Sektionen sich auf das Gebiet des Königreichs Württemberg beschränkt. Alle diese Berufsgenossenschaften, die die hauptsächlichsten Trägerinnen der Unfallversicherung sind, umfassen neben dem Königreich noch Teile anderer Bundesstaaten, manche das ganze Reich. Doch mögen aus der Verwaltung dreier Sektionen, deren Hauptwirkungskreis das Königreich Württemberg ist, einige Zahlen das gewaltige Wachstum der Betriebe, des Verdienstes der Arbeiter und der ihnen gewährten Fürsorge vor Augen führen: der Sektion III der Süddeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft gehörten an im Jahre 1891: 1199 Betriebe mit 15492 Versicherten, die einen Durchschnittslohn von 824 *M.* bezogen. Im Jahre 1913, dem letzten Friedensjahre, betrug die Zahl der Betriebe 2168, die Zahl der Versicherten 41731 und der Durchschnittslohn 1292 *M.* An Unfallentschädigungen wurden bezahlt: im Jahre 1891 61 451 *M.*, im Jahre 1915 520 405 *M.* Die Sektion II der Süddeutschen Edel- und Unedelmetall-Berufsgenossenschaft umfaßte im Jahre 1891: 319 Betriebe mit 8825 Arbeitern und einem Durchschnittslohn von 788 *M.*, im Jahre 1913: 466 Betriebe mit 18 136 Arbeitern und einem Durchschnittslohn von 1124 *M.* An Unfallentschädigungen wurden bezahlt: im Jahre 1891 6896 *M.*, im Jahre 1915 71809 *M.*

Die größte Entwicklung aber weist wohl die Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik auf. Ihrer Sektion IX gehörten an im Jahre 1891: 136 Betriebe mit 5405 Arbeitern und einem Durchschnittslohn von 805 *M.*, im Jahre 1913 aber 490 Betriebe mit 27809 Arbeitern und einem Durchschnittslohn von 1376 *M.* An Unfallentschädigungen wurden bezahlt: im Jahre 1891 8610 *M.*, im Jahre 1915 162771 *M.*

Welch ein gewaltiger Aufstieg der Industrie, der Lebenshaltung der Arbeiter und der Fürsorge für die Unfallverletzten in den letzten 25 Jahren spricht aus diesen Zahlen!

Auf das Gebiet des Königreichs Württemberg beschränkt ist die Württembergische Baugewerks-Berufsgenossenschaft. Auch sie zeigt, daß im Baugewerbe eine mächtige Entwicklung mit derjenigen in der Industrie

gleichen Schritt gehalten hat. Es stieg die Zahl der Betriebe vom Jahre 1891 mit 12693 Betrieben bis zum Jahre 1913 auf 15744 Betriebe, die Zahl der Arbeiter im gleichen Zeitraum von 23 274 auf 42 042. An Löhnen wurden bezahlt: im Jahre 1891 15½ Millionen Mark, im Jahre 1914 34,2 Millionen Mark; an Unfallentschädigungen: im Jahre 1891 119 420 M., im Jahre 1910 669 660 M. Für Unfallverhütung wurden aufgewendet: im Jahre 1891 5400 M., im Jahre 1913 18200 M. Also auch bei dieser Berufsgenossenschaft eine gewaltige Entwicklung in jeder Beziehung!

Die Unfallversicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, soweit sie nicht in Staatsbetrieben beschäftigt werden, erfolgt durch die vier landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, deren jede einen Landeskreis umfaßt. Die Zahl der Unfälle, die entschädigt waren, betrug im Jahre 1891 im Neckarkreis 460, im Schwarzwaldkreis 517, im Jagstkreis 347 und im Donaukreis 257 und stieg bis zum Ende des Jahres 1914 im Neckarkreis auf 1563, im Schwarzwaldkreis auf 1148, im Jagstkreis auf 872 und im Donaukreis auf 1027. An Unfallentschädigungen sind bis zum Schluß des Jahres 1914 von den vier Berufsgenossenschaften im ganzen ausbezahlt worden: 35809396 M.

Die Unfallversicherung für die in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter erfolgt durch fünf staatliche Ausführungsbehörden: die Rgl. Generaldirektion der Staatseisenbahnen und Bodenseedampfschiffahrt, die Rgl. Generaldirektion der Posten und Telegraphen, die Rgl. Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau, die Rgl. Forstdirektion und die Intendantur des XIII. (Rgl. Württ.) Armeekorps.

Auch aus der Geschäftsführung dieser Ausführungsbehörden ergibt sich dasselbe Bild bedeutenden Fortschrittes wie bei den Berufsgenossenschaften.

Ihre Entschädigungsleistungen auf dem Gebiete der Unfallversicherung sind folgende:

	Zahl der entschädigten Rentenfälle		Betrag der gezahlten Unfallrenten		Kosten des Heil- verfahrens	
	1891	1913	1891	1913	1891	1913
Rgl. Generaldirektion der Staatseisenbahnen	135	694	M 39796	M 217227	M 4346	M 15352
Rgl. Generaldirektion der Posten	13	100	2308	23116	95	994
Rgl. Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau	13	71	1336	10338	—	104
Rgl. Forstdirektion	78	711	9705	83817	557	3606
Rgl. Intendantur des XIII. Armeekorps . .	1	15	245	3528	—	216

III. Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung

Den Schlußstein der Arbeiterversicherung bildet die Versicherung gegen die Erwerbseinbuße durch Invalidität und hohes Alter. Da diese Versicherung am 1. Januar 1891 ins Leben getreten ist, spiegelt sich in ihr am deutlichsten der gewaltige Umfang sozialer Fürsorge in den letzten 25 Jahren wider. Bedeutende Summen sind durch diese Versicherung in der Form der Beiträge zusammengebracht worden, und ein reicher Segen ist aus denselben in die Arbeiterkreise zurückgefloßen in den Geldbeträgen der Renten, in der Wohltat einer zweckmäßigen Heilfürsorge, in der Ermöglichung der Erbauung gesunder Wohnungen und in verschiedenen anderen Maßnahmen der Versicherungsanstalten. Ein bekannter Sozialpolitiker des Auslandes hat vor einigen Jahren ausgesprochen: „Das Geld, das in Deutschland für die Durchführung der Versicherungsgesetze ausgegeben wird, erscheint in tausend Gestalten wieder. Es wird zu Familienglück, Gesundheit und Menschenwürde und schafft ein starkes, lebenskräftiges Deutschland, das ewig dauern wird.“

Der Zweck der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung ist, der Lohnarbeiterschaft für den Fall der Erwerbsunfähigkeit eine feste, fortlaufende Rente, die Invalidenrente, denjenigen erwerbsfähigen Arbeitern aber, welche das 70. Lebensjahr*) vollendet haben, die Altersrente, und endlich den Hinterbliebenen versicherter Arbeiter fortlaufende Renten (Witwen- und Waisenrenten) oder einmalige Zuwendungen (Witwengeld und Waisenaussteuer) zu gewähren.

Da auch für die Invalidenversicherung wie für die Unfallversicherung der Grundsatz seine Wahrheit behält, daß es vorteilhafter für den Versicherten wie für den Versicherer ist, Invalidität zu verhüten, als mit Rente auszugleichen, so gestattet auch die Invalidenversicherung den Versicherungsanstalten, für einen erkrankten Versicherten das zu seiner Wiederherstellung dienlich erscheinende Heilverfahren durchzuführen, um die drohende Invalidität abzuwenden. Auch können die Versicherungsanstalten allgemeine Maßnahmen zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung treffen.

Das am 1. Januar 1891 in Kraft getretene „Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz“ vom 22. Juni 1889 ist seither zweimal wesentlich geändert worden, zuletzt durch die Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911, deren — am 1. Januar 1912 in Kraft getretenes — 4. Buch die Bestimmungen über die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung enthält.

Der Versicherungspflicht sind in der Hauptsache unterworfen alle über 16 Jahre alten, Barlohn beziehenden Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge und Dienstboten sowie Betriebsbeamte, Werkmeister, Handlungsgehilfen,

*) Vom 1. Januar 1916 ab das 65. Lebensjahr.

Lehrer und Erzieher. Die letztere Gruppe jedoch nur, wenn der regelmäßige Jahresarbeitsverdienst 2000 *M* nicht übersteigt.

Der freiwillige Eintritt in die Versicherung ist vor vollendetem 40. Lebensjahr solchen Gewerbetreibenden und anderen Betriebsunternehmern gestattet, welche regelmäßig nicht mehr als zwei Lohnarbeiter beschäftigen, ferner denjenigen Lohnarbeitern, welche nur freien Unterhalt beziehen, den Hausgewerbetreibenden und solchen Angestellten in gehobener Stellung, deren Jahreseinkommen zwischen 2000 und 3000 *M* beträgt (Selbstversicherung).

Daneben ist jedem, der einmal versicherungspflichtig oder versicherungsberechtigt war, die Befugnis eingeräumt, diese Versicherung ohne Rücksicht auf sein Lebensalter freiwillig fortzusetzen (freiwillige Weiterversicherung).

Andererseits sind gewisse Personentklassen versicherungsfrei, vor allem Beamte, welche den Anspruch auf Ruhegehalt haben, sowie Personen, bei denen die Invalidität bereits eingetreten ist. Den ersteren steht das Recht freiwilliger Weiterversicherung zu, wenn sie früher in anderer Stellung versicherungspflichtig waren, den letzteren nicht.

Über Versicherungspflicht und -berechtigung entscheidet im Streitfall in erster Instanz das Versicherungsamt (als solches ist in Württemberg das Oberamt bestellt), in zweiter Instanz das Oberversicherungsamt (in Stuttgart).

Die Mittel der Invalidenversicherung werden durch Wochenbeiträge der Unternehmer und der Versicherten aufgebracht, und zwar je zur Hälfte. Sie sind — im Unterschied von der Kranken- wie von der Unfallversicherung — für längere Zeiträume (in der Regel für 10 Jahre) gesetzlich fest bestimmt. Sie werden in verschiedener Höhe erhoben nach Lohnklassen, die nach dem Arbeitsverdienste der Versicherten festgesetzt sind. Zurzeit bestehen fünf Lohnklassen: die I. Klasse für Arbeiter mit einem Jahresarbeitsverdienst bis zu 350 *M* und einem Wochenbeitrag von 16 Pf.; die II. Klasse mit einem Jahresarbeitsverdienst von 350 bis 550 *M* und einem Beitrag von 24 Pf.; die III. Klasse von 550 bis 850 *M* und einem Beitrag von 32 Pf.; die IV. Klasse von 850 bis 1150 *M* und einem Beitrag von 40 Pf.; die V. Klasse von über 1150 *M* und einem Beitrag von 48 Pf. *)

Der Arbeitgeber hat die Beiträge zunächst in vollem Betrage zu entrichten und ist berechtigt, die Hälfte derselben dem Arbeiter bei einer der beiden nächsten Lohnzahlungen in Abzug zu bringen. Die Beitragsentrichtung erfolgt durch Klebung von Beitragswochenmarken, welche die Versicherungsanstalt ausgibt, in Quittungskarten, die auf den Namen des einzelnen Versicherten ausgestellt sind und als Zahlungsausweise der späteren Rentenberechnung zugrunde gelegt werden. In Württemberg werden für

*) Vom 1. Januar 1917 ab sind die Wochenbeiträge 18, 26, 34, 42 und 50 Pf.

die ständigen Arbeiter die Beiträge von den Krankenkassen zugleich mit den Beiträgen zur Krankenversicherung eingezogen und die entsprechenden Marken von den Krankenkassen in die bei ihnen aufbewahrten Quittungskarten eingeklebt. Nur für die unständigen Arbeiter hat der Arbeitgeber selbst die Beitragsmarken bei der Post zu kaufen und in die Quittungskarten einzukleben.

Die Leistungen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sind teils gesetzlich vorgeschriebene, teils freiwillige.

Die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen, auf welche der Versicherte einen Anspruch hat, dessen Erfüllung er nötigenfalls im Rechtsmittelverfahren erzwingen kann, sind die Gewährung der Renten (Invaliden-, Alters-, Witwen-, Witwer- und Waisenrenten) sowie des Witwengeldes und der Waisenaussteuer. Alle übrigen Leistungen: Durchführung eines Heilverfahrens, Aufnahme in ein Invalidenhaus, Gewährung von Darlehen, sind freiwillige Leistungen und als solche vom Versicherten nicht erzwingbar.

Im Vordergrund der Leistungen steht die Invalidenrente. Voraussetzung ihrer Bewilligung ist der Eintritt der Invalidität und die Erfüllung der gesetzlichen Wartezeit von 200 Beitragswochen bei der Pflichtversicherung und 500 Beitragswochen bei der Selbstversicherung, wozu bei der ersteren auch Krankheitswochen bis zu der Dauer eines Jahres und die Zeiten militärischer Dienstleistung zu rechnen sind. Die Gewährung der Invalidenrente setzt die Erreichung eines bestimmten Lebensalters nicht voraus.

Als „invalid“ gilt derjenige Arbeiter, der nicht mehr imstande ist, ein Drittel dessen zu verdienen, was gesunde Personen seiner Art zu verdienen pflegen. Es gibt also im grundsätzlichen Unterschied von der Unfallversicherung nur eine Invalidität und nicht mehrere Abstufungen derselben.

Die Invalidität berechtigt zum Rentenbezug, wenn sie entweder eine dauernde ist, oder wenn sie zwar eine vorübergehende ist, aber länger als 26 Wochen ununterbrochen besteht.

Die Altersrente erhält derjenige noch arbeitsfähige Lohnarbeiter, der das 65. Lebensjahr*) zurückgelegt und eine Wartezeit von 1200 Beitragswochen erfüllt hat. Es gelten aber bezüglich dieser Wartezeit noch für mehrere Jahre die erleichternden Bestimmungen der Übergangszeit. Beide Renten können nicht nebeneinander bezogen werden. Wenn daher der erwerbsfähige Altersrentner erwerbsunfähig wird und in den Genuß der Invalidenrente tritt, kommt seine Altersrente in Wegfall.

Zu diesen beiden Renten der Versicherten selbst sind nun seit 1. Januar 1912 noch die Renten und sonstigen Bezüge der Hinterbliebenen getreten. Diesen Zuwendungen ist gemeinsam, daß sie nur gewährt werden, wenn der Verstorbene Mitglied der Invalidenversicherung war und bei seinem Tode alle Ansprüche an dieselbe aufrechterhalten hatte.

*) Seit 1. Januar 1916, bis dahin wurde die Zurücklegung des 70. Lebensjahrs verlangt.

Die Gewährung der Witwenrente erfolgt nur an die invalide Witwe, die nicht auf Grund eigener Versicherung die Invalidenrente erhält, denn auch Invaliden- und Witwenrente können nicht nebeneinander bezogen werden, und da die eigene Invalidenrente höher ist als die Witwenrente, fällt die letztere weg.

Waisenrente erhalten die Kinder bis zur Vollendung des 15. Lebensjahrs. Witwengeld und Waisenaussteuer sind einmalige Leistungen an diejenige Witwe, die selbst ordnungsmäßig versichert ist und daher beim Eintritt der Invalidität keine Witwenrente, sondern Invalidenrente erhält. Das Witwengeld wird sofort nach dem Tode des Versicherten, die Waisenaussteuer nach Vollendung des 15. Lebensjahrs eines Kindes, das bisher Waisenrente bezogen hatte, ausbezahlt.

Alle diese Renten setzen sich zusammen aus Beträgen, die die Versicherungsanstalten leisten und aus Zuschüssen des Reiches. Letzteres leistet zu jeder Invaliden-, Alters- und Witwenrente einen jährlichen Beitrag von 50 M, zu jeder Waisenrente einen solchen von 25 M, zu jedem Witwengeld einmalig 50 M und zu jeder Waisenaussteuer einmalig $16\frac{2}{3}$ M.

Die von den Versicherungsanstalten aufzubringenden Rententeile werden nach Zahl und Höhe der geleisteten Beiträge bemessen.

Das Rentenverfahren ist ein gesetzlich geregeltes: die Anträge sind bei den Versicherungsämtern (Oberämtern) zu stellen, von diesen zu prüfen, unter Umständen in mündlicher Verhandlung mit den Antragstellern unter Beiziehung je eines Vertreters der Arbeitgeber und der Versicherten zu erörtern und sodann der Versicherungsanstalt mit einem Gutachten vorzulegen.

Wenn die Versicherungsanstalt dem Rentengesuche entspricht, erteilt sie dem Antragsteller schriftlichen Bescheid, aus dem die genaue Berechnung der Rente zu ersehen ist und weist zugleich die Post zur allmonatlichen Auszahlung der Rentenbeträge an. Versagt die Versicherungsanstalt die Rente, so erhält der Antragsteller ebenfalls schriftlichen Bescheid, gegen welchen er die zuständige Spruchkammer des Oberversicherungsamts und in höchster Instanz das Reichsversicherungsamt anrufen kann. In beiden Instanzen sind Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten als Beisitzer mit vollem Stimmrecht beteiligt.

Die Entwicklung der Versicherungsanstalt Württemberg in den letzten 25 Jahren

Durch 31 Versicherungsanstalten und 10 Sonderanstalten wird die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in Deutschland durchgeführt. Die Versicherungsanstalten sind, wie die Berufsgenossenschaften, Selbstverwaltungskörper, in deren Organen Beisitzer der Arbeitgeber und der Versicherten mit

beschließender Stimme vertreten sind. Die Organe sind: der Vorstand und der Ausschuß. Ersterer ist das verwaltende Organ. Er führt die laufenden Geschäfte. Seine Beamten haben die Eigenschaft von Staats- oder Gemeindebeamten. Sein Vorsitzender wird von der zuständigen Behörde ernannt. Bei den im Vorstandskollegium gefaßten Beschlüssen dürfen stets nur so viele beamtete Mitglieder abstimmen, daß die Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten von den Beamten nicht überstimmt werden können.

Dem Ausschuß kommt vor allem die Beschlußfassung über die finanzielle Verwaltung der Anstalt und die Genehmigung der Anstaltsatzung zu. Er besteht nur aus Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherten und wählt sich seinen Vorsitzenden selbst.

Für das Königreich Württemberg ist durch Rgl. Verordnung vom 1. April 1890 eine sich auf das ganze Landesgebiet erstreckende Versicherungsanstalt — die Versicherungsanstalt Württemberg — mit dem Sitz in Stuttgart errichtet worden. Deren Vorstand hat die Eigenschaft eines Landeskollegiums und untersteht der Dienstaufsicht des Ministeriums des Innern.

Als Aufsichtsbehörde über die materielle Geschäftsführung und über die Einhaltung der Vorschriften der Versicherungsgesetze bestand bis 1. Januar 1913 das Rgl. Landesversicherungsamt. Seit dessen Aufhebung an genanntem Tage ist Aufsichtsbehörde das Reichsversicherungsamt in Berlin.

Das Vorstandskollegium trat mit einem Beamten im Hauptamt und einem solchen im Nebenamt in Tätigkeit. Die Stelle des Vorstandsvorsitzenden wurde ebenfalls nur nebenamtlich versehen, desgleichen die ärztliche Beratung des Kollegiums.

Demselben gehörte je ein Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten an.

Bald zeigte es sich, daß die Geschäfte der Vorstandsmitglieder im Nebenamt nicht mehr zu besorgen waren. Es wurden daher durchweg Beamte im Hauptamt angestellt. Am Schlusse des Jahres 1914 bestand das Vorstandskollegium aus 9 etatmäßigen Beamten.

Dem enormen Anwachsen der Geschäfte entsprechend mußte natürlich auch das Kanzleipersonal stetig vermehrt werden: während es noch im Jahre 1895 aus 16 Angestellten bestand, wuchs es im Laufe der Jahre auf 117 Beamte und Unterbeamte an, wozu noch 131 Beamte und Bedienstete der Heilstätten der Versicherungsanstalt kommen. Auch die Zahl der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten im Vorstandskollegium ist auf je zwei erhöht worden. Der Ausschuß besteht, wie von Anfang an, aus 12 Arbeitgebern und 12 Versicherten.

Die Zahl der täglichen Postsendungen betrug im Jahre 1913 rund 400 Stück, der Gesamtumsatz der Kasse in demselben Jahre 32 230 787 M.

Das Gesamtvermögen der Versicherungsanstalt betrug Ende 1914 68 225 743 M.

Längst sind die bescheidenen Mietsräume, in welche die Versicherungsanstalt bei ihrer Errichtung eingezogen war, zu eng geworden. Schon im Jahre 1901 wurde ein eigener stattlicher Neubau bezogen, der seither bedeutend vergrößert wurde.

Die Zahl der der Invalidenversicherung in Württemberg angehörnden Personen beträgt rund 470 000.

An Quittungskarten wurden bei der Versicherungsanstalt seit deren Bestehen eingeliefert 8 707 919 Stück, der jährliche Eingang an Quittungskarten beträgt etwa 400 000 Stück.

Am deutlichsten drückt sich die Entwicklung der Versicherungsanstalt zahlenmäßig aus in der Steigerung ihrer Einnahmen und Ausgaben. Es betrugen die Einnahmen aus Beiträgen im Jahre 1891: 2 783 707 *M.*, im Jahre 1913: 10 602 274 *M.* Es wurden Renten gewährt im Jahre 1893: 1734 mit einem Betrag von 212 334 *M.*, im Jahre 1913: 6150 im Betrag von 1 206 418 *M.* Im ganzen sind von der Versicherungsanstalt Württemberg bis Ende 1914 bewilligt worden 112 277 Invaliden- und Altersrenten im Betrag von 17 821 068 *M.*

Es war selbstverständlich, daß sich die Versicherungsanstalt in den ersten Jahren ihrer Wirksamkeit, in welchen der ganze Bau der Versicherung noch einzurichten war und Organisationsfragen der verschiedensten Art ihrer Lösung harften, auf ihre gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen — die Gewährung der Renten — beschränkte.

Bald wendete sie aber ihre Aufmerksamkeit in immer steigendem Maße der Heilfürsorge zu. Man kann sagen, daß gerade diese Heilfürsorge, die stets großzügig angelegt und durchgeführt wurde, das in seinen ersten Jahren nicht beliebte „Klebegesetz“ volkstümlich machte.

Erstmals im Jahre 1896 wurden von der Versicherungsanstalt „Grundzüge für Übernahme eines Heilverfahrens zugunsten von Versicherten“ aufgestellt und nach denselben mit 63 Versicherten und einem Kostenaufwand von rund 7000 *M.* eine Heilbehandlung durchgeführt.

Welch gewaltige Entwicklung seither!

Im Jahre 1913 wurde das Heilverfahren durchgeführt bei 9580 Versicherten mit einem Kostenaufwand von 1 581 450 *M.*

Zunächst gilt der Kampf der Versicherungsanstalt der verderblichsten Volksseuche, der Tuberkulose, doch schließt die Anstalt keine Erkrankung, die heilbar oder wesentlich besserungsfähig erscheint, von ihrer Fürsorge aus.

Daß die Tuberkulose im Vordergrund der Heilfürsorge steht, erklärt deren verheerende Gemeingefährlichkeit: in Deutschland sterben jährlich über 100 000 Menschen an dieser Krankheit, etwa jeder vierte Mensch im Alter von 15 bis 60 Jahren erliegt ihr. Zuerst war die Versicherungsanstalt im Kampf gegen die Tuberkulose, besonders die Lungentuberkulose, auf private

Heilstätten angewiesen. Im Sommer 1900 eröffnete der „Verein für Volksheilstätten in Württemberg“ eine Lungenheilstätte, „Wilhelmsheim“, auf der Markung der Gemeinde Reichenberg, OA. Badnang. Die Heilstätte liegt 435 m über dem Meer, auf sonniger Bergeshöhe, am Rande ausgedehnter Wälder, völlig staub- und rauchfrei.

Die Versicherungsanstalt hatte hier Gelegenheit, eine Anzahl ihrer lungenkranken männlichen Versicherten unterzubringen. Hiervon machte sie immer mehr Gebrauch, so daß bald die Mehrzahl der Betten mit ihren Versicherten belegt war. Dies legte sowohl der Versicherungsanstalt wie dem Volksheilstättenverein den Wunsch nahe, die Heilanstalt ganz der Versicherungsanstalt zu überlassen, und so ging dieselbe am 1. Oktober 1904 durch Kauf auf sie über. Sie enthielt damals 100 Betten. Seither ist die Bettenzahl durch umfassende Neubauten verdoppelt und auf 200 gebracht worden. Es wurde ein neuer, geräumiger Schlafbau erstellt, neue Liegehallen gebaut, das Kesselhaus bedeutend erweitert und ein eigenes Wohnhaus für die Bediensteten der Heilstätte erbaut. Die gärtnerischen Anlagen wurden erweitert und durch Bau eines Gewächshauses bereichert. Eine neue, schmutze Kapelle grüßt den Besucher bei seinem Eintritt. Auch die Inneneinrichtung der Heilstätte hat bedeutende Verbesserungen erfahren und ist in jeder Beziehung allen Anforderungen eines modernen Heilstättetreibs entsprechend. Die Gesamtkosten der Anstalt belaufen sich auf 1 244 109 M.

Die Anstalt ist nur mit männlichen Kranken belegt. Zur Führung des Haushalts sind Schwestern des Vereins für Krankenpflegerinnen vom Roten Kreuz (Olgaschwestern) gewonnen worden. Die Ergebnisse der durchschnittlich drei Monate langen Kuren sind recht befriedigende. Von der Übernahme der Heilstätte durch die Versicherungsanstalt bis 31. Dezember 1914 haben 9656 lungenkranke Männer Aufnahme und die meisten wesentliche Besserung oder völlige Heilung gefunden.

Nachdem die Versicherungsanstalt in dieser Weise für die lungenkranken männlichen Versicherten gesorgt hatte, konnte sie auf dem beschrittenen Wege weiter gehen und an die Erbauung einer eigenen Heilstätte auch für die weiblichen Versicherten herantreten. Wohl waren auch sie bisher nicht vernachlässigt worden, aber sie mußten sich eben, wie früher auch die Männer, mit der Unterbringung in privaten Heilanstalten oder in allgemeinen Krankenhäusern begnügen.

Als nach seiner Lage idealer Bauplatz wurde gewonnen das in einem Seitental der Argen am Fuße des Schwarzen Grates gelegene Gelände des Hofes „Überruh“ in der Gemeinde Großholzleute, OA. Wangen. Dort, in der Höhe von über 800 m, in subalpinem Klima, erhebt sich nun aus lieblichem Wiesental, nach Norden, Osten und Westen von bewaldeten Hängen umschlossen und gegen raue Winde geschützt, nach Süden weit geöffnet, mit dem Blick auf die Hügel des Allgäus, die Lungenheilstätte „Überruh“.

Mehr als drei Jahre waren zu ihrer Erbauung nötig, am 1. September 1908 wurde sie eröffnet. Um ein Hauptgebäude mit Verwaltungs- und Küchenbau reihen sich ein Arztgebäude, vier Schlafbauten, vier Liegehallen, das Waschhaus und das Maschinen- und Kesselhaus. Wie in Wilhelmsheim, so sind auch in Übrigh alle Einrichtungen, welche die ärztliche Wissenschaft neben guter Luft und reichlicher Ernährung für die Heilung der Tuberkulose erfordert, getroffen: schöne Baderäume, Inhalationsräume, Röntgenzimmer, ein Raum für Bestrahlung mit künstlicher Höhensonne und ein Raum für Leibesübungen. Den Zwecken der Unterhaltung dienen ein Lagraum und ein Schreib- und Lesezimmer mit reichhaltiger Bibliothek und gerne benützten Gesellschaftsspielen.

Die Heilstätte enthält 206 Betten für weibliche Kranke. Ihre Gesamtkosten betragen rund 2 Millionen Mark.

Im ganzen haben bis 31. Dezember 1914 Aufnahme in ihr gefunden 5854 Kranke.

Leider reichen die beiden Lungenheilstätten für die Behandlung aller tuberkulösen Versicherten, die um eine solche nachsuchen, nicht aus. Die Versicherungsanstalt ist vielmehr auch jetzt noch darauf angewiesen, Lungenkranke in erheblichem Umfange in private Pflege zu geben. In der Regel werden die ernstlicheren Erkrankungen in die eigenen Heilstätten verwiesen, die leichteren Fälle, namentlich wenn Tuberkulose zweifelhaft ist, in fremde Anstalten. Als solche stehen zu Gebote: für die Männer das Kurhaus „Schwarzenberg“ bei Schönmberg im Schwarzwald und für die Frauen das über Liebenzell gelegene Kurhaus „Burghalde“. Auch der Volksheilstätte „Charlottenhöhe“ bei Calmbach sowie den Bezirkskrankenhäusern Balingen, Böblingen und Niedlingen weist die Versicherungsanstalt Lungenkranke zu.

Die Versicherungsanstalt beschränkt sich in ihrem Kampfe gegen die Tuberkulose aber nicht auf die Heilstättenbehandlung. Ihre Fürsorge greift weiter aus: sie tritt auch anderen Organisationen, die sich den gleichen Kampf zur Aufgabe gemacht haben, fördernd an die Seite durch namhafte finanzielle Unterstützung z. B. einen Jahresbeitrag von 10 000 M an die Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg. Sodann hat sie zur Tuberkulosebekämpfung in der Stadt Stuttgart eine eigene „Fürsorgestelle“ errichtet, welche mit einem Arzte und drei Schwestern besetzt ist und deren Aufgaben sind: die Ermittlung der Tuberkulösen, deren Untersuchung und Beratung, ihre Unterbringung in Heilstätten, der Schutz der Familienangehörigen gegen Ansteckung durch möglichste Trennung der Kranken von den Gesunden, die Verabreichung von Nahrungs- und Stärkungsmitteln, die Fürsorge für die Angehörigen der in Heilbehandlung genommenen Versicherten, insbesondere die tuberkulosegefährdeten Kinder. Für die letzteren sorgt die Versicherungsanstalt besonders auch dadurch, daß sie Gemeinden

und Vereinen, die solche Kinder in Solbädern unterbringen, einen namhaften Teil ihrer Kosten ersetzt.

Auch der Behandlung der Knochentuberkulose und Hauttuberkulose (Lupus) nimmt sich die Versicherungsanstalt in geeigneten Fällen an.

Nächst der Tuberkulose sind es die Erkrankungen an Blutarmut und die Erschöpfungszustände nach überstandenen schweren Krankheiten, welche ein Eingreifen der Versicherungsanstalt nötig machen. Auch für diese Kranken wird am besten in eigenen Heilstätten, die die zweckmäßigste Art der Heilbehandlung gewährleisten, gesorgt. Kräftige Luft, reichliche, abwechslungsreiche, nahrhafte Kost, Bäderbehandlung und Bewegung im Freien sind die wesentlichsten Heilfaktoren.

Zu diesem Zwecke erwarb die Versicherungsanstalt im Jahre 1899 das kleine Schwarzwaldbad Röttenbach bei Nagold, herrlich in Waldesmitte gelegen, abseits dem Hasten und Lärmen der Städte, früher als Sommerfrische viel besucht.

Zunächst für 54 männliche Kranke eingerichtet, wurde seine Bettenzahl durch Um- und Neubauten auf 70 erhöht. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 327 809 M.

Die Dauer der Behandlung beträgt gewöhnlich fünf Wochen.

Ein im Jahre 1908 errichtetes Luft- und Sonnenbad, das auch systematischen Körperübungen nach ärztlicher Verordnung und Anleitung dient, trägt im Verein mit reichlicher Bäderanwendung zur Stärkung des geschwächten Körpers und Kräftigung der Gesundheit bei.

Es hat schon über 5000 Kranken Erholung und Genesung gebracht.

Zur Bekämpfung der gleichen Erkrankungen bei den weiblichen Versicherten, insbesondere der hauptsächlich bei diesen so häufigen anämischen und Entkräftungszustände, welche den besten Nährboden für Tuberkulose bilden, erbaute die Versicherungsanstalt in dem idyllisch gelegenen, als Luftkurort viel besuchten Lorch bei Gmünd am Südrhang des das Remstal rechtsufrig begrenzenden Höhenzugs im Jahre 1902 das „Genesungsheim Lorch“. Es ist seit 3. Mai 1903 im Betrieb und bietet Gelegenheit zur Aufnahme von 85 Kranken. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 349 703 M.

Die Behandlung ist derjenigen in Bad Röttenbach entsprechend. Ein im Jahre 1911 erstelltes Luftbad mit Turn- und Spielanlagen wird auch hier als Kräftigungsmittel viel benutzt. Auch hier beträgt die Kurdauer durchschnittlich fünf Wochen.

Schon 5084 erholungsbedürftige weibliche Versicherte hat das Genesungsheim in seinen schönen Räumen und seinen prächtigen Gartenanlagen beherbergt, und nur ganz wenige werden es ungebeessert verlassen haben.

Noch eine, namentlich bei den männlichen Versicherten häufig auftretende Art der Erkrankung machte es der Versicherungsanstalt nötig, eine eigene Heilstätte zu erbauen: das Leiden an gichtischen Beschwerden und an Gelenkrheumatismus.

Schon in den allerersten Jahren ihres Bestehens hatte es die Versicherungsanstalt für nötig befunden, einzelnen rheumatisch Erkrankten die Heilquellen Wildbads zugänglich zu machen. Ihre Unterbringung erfolgte in einem Privathause. Allmählich aber wuchs die Zahl der um Hilfe in diesen Leiden Nachsuchenden derart, daß es ein unaufschiebliches Bedürfnis war, auch für sie ein eigenes Heim zu erbauen. Es gelang, in prächtiger Lage am südöstlichen Hange des Enztales, ganz in der Nähe des Bahnhofes Wildbad, ein passendes Gelände zu erwerben. Dort wurde im Jahre 1902 das Krankenhaus Wildbad erbaut und am 11. Mai 1903 dem Betrieb übergeben. Es enthält 90 Betten. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 355 690 M.

Das Krankenhaus ist bestimmt zur Unterbringung solcher männlicher und weiblicher Versicherten, welche zur Heilung von Gicht und Rheumatismus des Gebrauchs der Thermalbäder bedürfen. Die Kurdauer beträgt vier Wochen. Im ganzen haben bis jetzt 5539 Kranke in diesem Heime Aufnahme gefunden.

In diesen fünf eigenen Heilstätten zusammen hat die Versicherungsanstalt Württemberg 651 Betten ihren Versicherten zur Verfügung gestellt, mit einem Kostenaufwand von nahezu $4\frac{1}{2}$ Millionen Mark. Sie steht hiermit unter den deutschen Versicherungsanstalten an 4. Stelle, während ihr Vermögensbestand ihr erst die 13. Stelle zuweist.

Nun ist aber mit der geschilderten Bekämpfung der drei Hauptkrankheiten: der Tuberkulose, der Blutarmut und Entkräftung, und der rheumatischen Leiden die Tätigkeit der Versicherungsanstalt auf dem Gebiete des Heilverfahrens noch nicht erschöpft. Wie schon oben gesagt, schließt sie von ihrer Fürsorge keine Krankheit aus, die heilbar erscheint. Sie schickt daher jährlich Hunderte von Versicherten zu innerer oder äußerer Behandlung in Krankenhäuser, Kliniken und Solbäder, oder ermöglicht ihnen den Gebrauch der immer mehr anerkannten Heilquellen des Bades Mergentheim oder der Bäder in Liebenzell. Weiterhin beschafft sie ihren Versicherten, die den Verlust eines Gliedes zu beklagen haben, künstliche Glieder und Stützapparate und sucht drohenden Magenkrankungen durch Gewährung künstlichen Zahnersatzes vorzubeugen. Sie hat beispielsweise im Jahre 1913 in 3975 Fällen künstlichen Zahnersatz geleistet mit einem Aufwand von 178 084 M.

Endlich sucht sie auch die Trunksucht zu bekämpfen, indem sie Trunksüchtige, die noch heilbar erscheinen, auf ihre Rechnung in der Trinkerheilstätte Zieglerstift unterbringt und eine ganze Reihe von Vereinen, die sich die

Bekämpfung der Trunksucht zur Aufgabe machen, teils durch reichliche Jahresbeiträge, teils durch Gewährung von Darlehen zu billigem Zinsfuß unterstützt.

Auf dasselbe Ziel, die gesundheitlichen Verhältnisse der Arbeiterbevölkerung zu heben, laufen auch noch andere Maßnahmen der Versicherungsanstalt hinaus.

Zunächst ist hier zu nennen die Unterstützung einer geordneten Krankenpflege auf dem Lande. Wo sich Vereine oder Behörden in solchen Gemeinden, die wegen weiter Entfernung von Arzt, Apotheke und Krankenhaus rasche, sachverständige Hilfe in Krankheitsfällen entbehren, zur Anstellung geschulter Krankenpflegerinnen und zur Anschaffung von Krankenpflegemitteln (Krankenpflegekästen) entschließen, reicht die Versicherungsanstalt namhafte jährliche Beiträge. Sie hat schon mehr als 100 000 *M* zu diesem Zwecke aufgewendet.

Dann mag erwähnt werden die Fürsorge der Versicherungsanstalt für Rentenempfänger, die ein geordnetes Unterkommen und eine genügende Pflege nicht finden können, durch Unterbringung in Invalidenheimen. Im Jahre 1914 waren 126 Männer und 70 Frauen in Invalidenheimen untergebracht, wofür die Versicherungsanstalt neben deren Renten im Betrag von jährlich 25919 *M* noch die Summe von jährlich 22400 *M* aufzubringen hat.

Endlich aber stellt die Versicherungsanstalt reiche Mittel bereit, um die Wohnungsverhältnisse der Arbeiterbevölkerung zu verbessern in der Erkenntnis, daß vor allem die zu engen, feuchten, lichtlosen, rauch- und staubgeschwängerten Wohnungen es sind, die als Herde ansteckender Seuchen, besonders der Tuberkulose, die Gesundheit ihrer Bewohner von Jugend auf gefährden.

Sie gibt daher zum Bau gesunder Arbeiterwohnungen Darlehen zu niederem Zinsfuß und günstigen Anleihebedingungen sowohl an Stadt- und Landgemeinden und an gemeinnützige Baugenossenschaften und Bauvereine, welche dieses Ziel verfolgen, als auch an die Versicherten selbst.

Sie hat zu diesem Zwecke bereits die gewaltige Summe von 25 168 235 *M* 45 Pf. ausgeliehen. So fließt also das Geld, das aus den Versicherungsbeiträgen sich ansammelt, größtenteils zu billigem Zinsfuß wieder in die Arbeiterkreise zurück, es hilft freundliche Wohnungen bauen und schmucke Gärten um sie pflanzen, in denen gesunde Kinder heranwachsen.

Eine gewaltige Belastungsprobe für die Arbeiterversicherung brachte der Weltkrieg. Die Einnahmen der Krankenkassen und der Versicherungsanstalt erlitten durch die Einberufung gerade der in den höchsten Lohnklassen Versicherten bedeutende Einbußen, in der Invalidenversicherung wuchs der

jährliche Zugang an Invalidenrenten durch das Hinzutreten der invaliden Kriegsteilnehmer fast um das Doppelte, die Zahl der Witwen- und Waisenrenten um ein Mehrfaches. Besonders groß wird nach Beendigung des Kriegs die Zahl derjenigen versicherten Krieger sein, die Heilung von ihren äußeren oder inneren Gebrechen bei der Versicherungsanstalt suchen werden.

Bis jetzt haben sämtliche Versicherungsträger diese Feuerprobe glänzend bestanden. Sie haben nicht nur ihre gesetzlichen Aufgaben weiter erfüllt, sondern auch freiwillig zur Linderung der Kriegsnot in reichem Maße beigetragen. Die Versicherungsanstalt hat sofort nach Kriegsausbruch ihre fünf Heilstätten dem Württembergischen Landesverein vom Roten Kreuz als Vereinslazarette zur Verfügung gestellt. Dasselbe hat die Ortskrankenkassenverwaltung Stuttgart mit ihren Heilstätten (Bad Neustädtele und Schloß Freudental) getan.

Für Kriegswohlfahrtszwecke, Zuschüsse an das Rote Kreuz, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Förderung der Kriegsfrankenpflege, Notstandsarbeiten, Hilfe für bedürftige Kriegerfamilien, Ehrengaben für die Hinterbliebenen Gefallener usw. hat die Versicherungsanstalt bis 31. Mai 1916 bereits über eine Million Mark ausgegeben.

Auch die Krankenkassen des Landes haben, teilweise unter Mitwirkung der Korporationen, Einrichtungen zur Erhaltung und Hebung der Volksgesundheit während des Krieges, in erster Linie für die Kriegerfamilien, die Arbeitslosen und Bedürftigen geschaffen, die hoffentlich nach Beendigung des Krieges als ständige Unterstützungseinrichtungen für die Arbeiterfamilien beibehalten und ausgebaut werden.

Die Versicherungsanstalt hat eine Beratungsstelle für Kriegsinvaliden eingerichtet, um kriegsverstümmelte Versicherte wieder lohnender Arbeit zuzuführen.

An den Kriegsanleihen hat sich die Versicherungsanstalt Württemberg mit der Summe von 12 Millionen Mark, die Verwaltung der Stuttgarter Ortskrankenkassen mit 1 Million Mark und die übrigen Versicherungsträger mit entsprechenden Summen beteiligt.

Überblickt man so die Arbeiterversicherung, wie sie durch Reichsgesetze ins Leben gerufen und durch landesgesetzliche Verordnungen in den Regierungsjahren Seiner Majestät des Königs Wilhelm II. in Württemberg durchgeführt und ausgebaut wurde, so erscheint sie als eine Quelle reichen Segens für die Arbeiterbevölkerung wie für das ganze Land. Das Unternehmertum hat ihre Lasten ebenso willig getragen wie die Arbeiterschaft, Handel und Industrie sind durch dieselbe nicht erdrückt, sondern gefördert worden. Der Arbeiterstand ist materiell, gesundheitlich und geistig gehoben und damit die Wehrkraft des Volkes erhöht worden. Unternehmertum und Arbeiterschaft sind sich in gemeinsamer Arbeit bei den Versicherungsträgern und in den

Versicherungsbehörden näher gekommen. Die Armenlast ist verringert und das Interesse und Verständnis der Allgemeinheit für soziale Forderungen mächtig geweckt worden.

Die Arbeiterversicherung ist, wie sich einer ihrer besten Kenner ausgedrückt hat, eine lebens- und kraftvolle nationale Einrichtung geworden, die dem deutschen Arbeiter unendlichen Segen gebracht, ein neues Band der Einheit um die deutschen Stämme geschlungen und die Kraft und das Ansehen des Reiches nach innen und außen gemehrt hat.

Quellen:

Soziale Kultur und Volkswohlfahrt während der ersten 25 Regierungsjahre Kaiser Wilhelms II.

Die Geschäftsberichte des Vorstands der Versicherungsanstalt Württemberg, der Berufsgenossenschaften und der staatlichen Ausführungsbehörden.

Öffentliche Wohltätigkeit

Von Oberamtmann Dr. Haufmann

Den Bedürftigen zu helfen, dem Versinkenden die rettende Hand zu reichen und Not zu lindern, ist von jeher ein edler Zug des schwäbischen Volksstammes gewesen. Tief ist in unserem Volke der Wohltätigkeitsinn eingewurzelt. Ein Blick auf die große Zahl von Wohltätigkeitsanstalten und -vereinen in unserem Lande zeigt, daß auf dem Gebiete der freien Liebestätigkeit eine Fülle von Arbeit in unermüdlichem Eifer geleistet worden ist und noch geleistet wird. Welch reicher Segen ist z. B. allein von den Rettungs- und Erziehungsanstalten unseres Landes seit nahezu einem Jahrhundert ausgegangen. Gewiß ist auf dem Wege der Gesetzgebung gar manches Übel beseitigt, manche Quelle der Armut verstopft worden, es sei hier nur an die großen sozialpolitischen Gesetze über die Unfall-, Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung erinnert, die jetzt in der Reichsversicherungsordnung zusammengefaßt sind. Es sei ferner daran erinnert, daß die öffentliche Armenpflege durch eine Reihe von Gesetzen eine Neuordnung erfahren hat, durch die manches von ihr übernommen worden ist, was früher die freie Liebestätigkeit zu leisten hatte. Es sei weiter hingewiesen auf die gesetzlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Jugenderziehung, die Gesetze über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger, über die Kost- und Pflegekinder und über die Berufsvormundschaft. Allein trotz alledem ist für die freie Liebestätigkeit ein reiches, sich stets erweiterndes Feld der Betätigung übriggeblieben. Gar mannigfaltig sind die Nöte des Lebens; ist ein Übelstand glücklich behoben, so tauchen im Laufe der Zeit wieder andere auf, neue Aufgaben werden der Wohltätigkeit gestellt, an deren Lösung sie mitzuarbeiten hat.

Die Zentralleitung für Wohltätigkeit

Auch die Art der Wohltätigkeitsübung war dem Wandel der Zeiten unterworfen. Während in früheren Jahrhunderten die Wohltätigkeit in der Weise ausgeübt wurde, daß Stiftungen für die Kirche, für Armen- oder Schulzwecke gemacht worden sind, die von kirchlichen oder bürgerlichen Gemeindebehörden verwaltet wurden, trat seit dem 19. Jahrhundert eine wesentliche Änderung in der Art ihrer Betätigung ein. Mit Beginn desselben entwickelte sich die Wohltätigkeit mehr in der Form der freien Vereine. Hierbei lag freilich die Gefahr der Zersplitterung dieser Bestrebungen sehr

nahe. Allein sie ist in unserem Lande glücklich vermieden geblieben durch die wohl in ihrer Art einzig dastehende Schöpfung der Königin Katharina: „Die Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins“. Im Jahr 1816 war Württemberg durch schwere Not heimgesucht, die durch eine allgemeine Mißernte noch gesteigert wurde. Durch kleine Mittel und vereinzelte Maßnahmen konnte der drückenden Not nicht gesteuert werden, es mußte eine das ganze Land umfassende planmäßige Hilfe aufgeboten werden. Die Königin Katharina suchte diesen Zweck zu erreichen durch die Gründung eines das ganze Land umspannenden Netzes von Wohltätigkeitsvereinen zur Linderung der allgemeinen Not und zur Besserung des Armenwesens überhaupt. Diesen Plan legte sie einem von ihr selbst erwählten Kreise von zehn Männern und sieben Frauen vor, die ihm freudig zustimmten. Auch der König und die Kgl. Regierung genehmigten den Plan. Am 6. Januar 1817 wurde in einem öffentlichen Aufruf der Zentralleitung Zweck, Aufgabe und Einrichtung des neu gegründeten Vereins dargelegt. Eigenartig war an ihm die einheitliche Zusammenfassung der einzelnen Wohltätigkeitsbestrebungen ohne Beeinträchtigung ihrer Freiheit und Selbständigkeit. Die Behörden der Armenfürsorge sollten den neuen Verein nicht nur unterstützen und fördern, sondern sie sollten die Mitglieder der Vereinsleitungen in sich aufnehmen und die Einkünfte der Armenstiftungen an die Vereinsleitungen abliefern; letztere dagegen sollten die freiwillige Wohltätigkeit aufrufen, weil die Mittel der Armenstiftungen nicht ausreichten und einer Vermehrung durch Leistungen der freien Liebes-tätigkeit dringend bedurften.

Durch die Ausführung des Plans der Königin Katharina wurde für Württemberg ein Werk geschaffen, das dem Lande zu dauerndem Segen geworden ist. Wenn auch nach der Beseitigung des damaligen schweren Notstandes und mit der Wiederkehr besserer Zeiten der Eifer in manchen Bezirken und Gemeinden nachgelassen hat, so daß das Netz der Wohltätigkeitsvereine im Laufe der Zeit immer größere Lücken aufwies, so hat doch die Zentralleitung sich zu einer Zentralstelle für Wohltätigkeitsbestrebungen ausgestaltet, die ihre Tätigkeit auch da, wo Bezirks- und Ortswohltätigkeitsvereine fehlten, durch die „gemeinschaftlichen Oberämter“ und „gemeinschaftlichen Ämter“ ausüben konnte. Als aber letztere Behörden mit der Einführung der Gemeinde- und Bezirksordnung im Jahre 1907 in Wegfall kamen, ist die schon seit Jahren angestrebte Neubelebung der Bezirkswohltätigkeitsvereine erneut in Angriff genommen worden.

Weiterhin erfuhr auch die Zentralleitung selbst unter weitgehender Festhaltung des geschichtlich Gewordenen eine zeitgemäße Fortbildung. Sie führt jetzt die Bezeichnung „Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg“; sie ist eine öffentlich-rechtliche Körperschaft mit behördlichem Charakter und steht unter der unmittelbaren Aufsicht des Königs und unter der besonderen Schutzherrschaft der Königin. Gleichzeitig mit der Änderung

der seitherigen Bezeichnung sind auch die Grundbestimmungen der Zentralleitung neu festgesetzt worden. Danach ist ihr Zweck die oberste Leitung und Vertretung aller der wirtschaftlichen und sittlichen Hebung der ärmeren Volksklassen dienenden Wohltätigkeitsbestrebungen in Württemberg, soweit dieselben nicht den staatlichen, kirchlichen oder Gemeindebehörden zukommt. Zu ihrem Geschäftskreis gehört insbesondere die Anregung und Förderung einer geordneten Privatwohlthätigkeit im ganzen Lande im Zusammenwirken mit der bürgerlichen und kirchlichen Armenpflege; die Förderung und finanzielle Unterstützung der bestehenden Anstalten und Vereine für wohlthätige Zwecke; die Fürsorge für Erziehung und Erwerbsbildung der Jugend durch Kinderpflegen, Erziehungshäuser, Erziehungsvereine und Armenindustrieanstalten; Gewährung von Beiträgen zur Unterbringung armer, besonders verlassener oder der Verwahrlosung ausge-setzter Kinder; die Gewährung von Beihilfen zur Gründung und Vermehrung von Ortsbibliotheken; die Förderung der Krankenpflege durch Beiträge zur Ausbildung und Anstellung von Krankenpflegerinnen sowie zur Beschaffung der für die Krankenpflege erforderlichen Geräte und sonstigen Hilfsmittel, besonders die Mitwirkung bei der Bekämpfung der Tuberkulose und des Lupus; die Anregung zur Gründung neuer Vereine oder Anstalten für sonstige Wohltätigkeits- und Fürsorgewecke; die unmittelbare Aufsicht (auch bezüglich der Vermögensverwaltung) über diejenigen Wohltätigkeitsanstalten und -vereine, welche sich dieser Aufsicht unterstellt haben; die Hilfeleistung bei außerordentlichen Nothständen von größerem Umfang; die Gewährung von Beihilfen an einzelne Personen, soweit hierfür Stiftungsmittel zur Verfügung stehen; die Unterstützung der Staatsbehörden durch Abgabe gutachtlicher Äußerungen über Fragen der öffentlichen Wohltätigkeit, des Jugenderziehungs- und Rettungswesens und durch sonstige sachgemäße Beratung auf diesem Gebiete; die Herstellung und Unterhaltung einer Verbindung mit den Organen der Wohltätigkeitsbestrebungen außerhalb Württembergs; die Überwachung der Verwaltung der mit ihr in Verbindung gesetzten Württembergischen Sparkasse (Landessparkasse) und die Herausgabe einer dem ganzen Gebiet der Armenpflege und Wohltätigkeit gewidmeten Wochenschrift: „Blätter der Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg, Neue Folge der Blätter für das Armenwesen“.

Der Geschäftskreis der Zentralleitung hat in den neuen Grundbestimmungen eine grundsätzliche Änderung nicht erfahren. Neu dagegen ist die Schaffung eines Beirats, der der Zentralleitung namentlich zur Vorbereitung und Begutachtung von Fragen allgemeiner Bedeutung zur Seite stehen soll. In dem aus zwölf teils männlichen, teils weiblichen ehrenamtlichen Mitgliedern bestehenden Beirat sollen die verschiedenen Landesteile und die wichtigsten der mit der Zentralleitung in Verbindung stehenden Vereinigungen und Veranstaltungen im Gebiet der helfenden Nächstenliebe vertreten sein.

Seit ihrem Bestehen hatte sich die Zentralleitung der Wohltätigkeit bei der königlichen Familie, der Staatsregierung sowie in allen Kreisen

der Bevölkerung eines großen Vertrauens zu erfreuen, dank dessen ihr die zur Erfüllung ihrer mannigfaltigen Aufgaben erforderlichen Mittel stets zu Gebote standen. So wurden ihr vom Königlichen Haus in den Jahren 1817 bis 1914 674 685 *M* zugewendet. Die kgl. Staatsregierung gewährte ihr nicht nur die Mittel zur Bestreitung ihres allgemeinen Verwaltungsaufwands, sondern überwies ihr auch große Summen zur Unterstützung von Anstalten und Vereinen für wohltätige Zwecke durch regelmäßige Staatsbeiträge, die in den ersten Jahren des Bestehens 10 300 *M* betrugen und sich späterhin allmählich auf rund 95 000 *M* steigerten. In der Zeit von 1817 bis 1914 beliefen sich die Staatsbeiträge insgesamt auf 4 291 558 *M*. Von der Bevölkerung wurden namentlich auch durch Sammlungen für besondere Bedürfnisse im ganzen 6 505 733 *M* aufgebracht und der Zentralleitung zur zweckentsprechenden Verwendung übergeben. Die anlässlich der großen Notstände, die unser Land in den letzten 25 Jahren betroffen haben, von der freien Liebestätigkeit gewährten Mittel werden später noch bei der Darlegung dieser Notstände aufgeführt werden.

Die Bezirkswohltätigkeitsvereine

Für die planmäßige Ausgestaltung der freien Liebestätigkeit in den Gemeinden und Bezirken des Landes war von besonderer Bedeutung die schon erwähnte Neubelebung der Bezirkswohltätigkeitsvereine. Dieser Aufgabe hatte die Zentralleitung schon seit einer Reihe von Jahren ihre Aufmerksamkeit zugewendet. Am 17. Mai 1906 hielt sie mit den Vertretern von 20 noch bestehenden Bezirkswohltätigkeitsvereinen eine gemeinsame Besprechung über die Frage, ob ein Bedürfnis nach Erweiterung und Wiederbelebung der Bezirkswohltätigkeitsvereine vorhanden sei. In dieser Besprechung wurde als übereinstimmende Überzeugung der ganzen Versammlung festgestellt, daß ein unverkennbares Bedürfnis für Bezirkswohltätigkeitsvereine in den Bezirken bestehe. Es sollte deshalb der Versuch gemacht werden, die Bezirkswohltätigkeitsvereine in den Bezirken, in denen sie fehlten, auf der Grundlage der von der Zentralleitung entworfenen Richtlinien über die Einrichtung und die Aufgaben der Bezirkswohltätigkeitsvereine, die die Zustimmung der Versammlung gefunden hatten, wieder ins Leben zu rufen. Aus diesen Richtlinien mag folgendes hervorgehoben werden.

Um eine sachgemäße Verbindung mit der öffentlichen und der kirchlichen Armenpflege herbeizuführen und sicherzustellen, sollen die geistlichen und die weltlichen Vorstände der einzelnen Gemeinden dem Bezirkswohltätigkeitsverein von Amts wegen angehören. Die laufenden Geschäfte sind von einem Ausschuß zu besorgen, dem die Oberamtsvorstände und Dekane sowie der Oberamtsarzt und der Oberamtspfleger von Amts wegen angehören, und dessen weitere Mitglieder von der Vereinsversammlung auf eine bestimmte Zeit gewählt werden. Die Vereine haben für eine planmäßige,

von einheitlichen Grundsätzen geleitete Ausübung der Privatwohlthätigkeit im Anschluß an die bürgerliche und kirchliche Armenpflege zu sorgen. Ihre Aufgabe ist vor allem Fürsorge für notleidende Bezirksangehörige (besonders Alte, Kranke, verschämte Arme); Förderung der Gemeinde- oder Bezirkskrankenpflege (auch Wöchnerinnenpflege) durch Anstellung geschulten Pflegepersonals und Beschaffung von Krankenpflegemitteln (z. B. Charlottenpflegen); Anregung zur Gründung von Kleinkinderpflegen; Fürsorge für verwahrloste und verlassene oder sonst hilfsbedürftige Kinder durch Unterbringung in geeigneten Anstalten oder Familien bzw. in Lehr- oder Dienststellen und fortgesetzte Beaufsichtigung derselben; Förderung der Bestrebungen zur Fürsorge für schulentlassene Jugend beiderlei Geschlechts; Förderung von Orts- und Wanderbibliotheken; Mitwirkung bei der Fürsorge für die Wanderbevölkerung, besonders bei Errichtung von Wanderarbeitstätten und Herbergen zur Heimat; besonders auch die Hilfeleistung bei außerordentlichen Notständen.

Als Glieder in der großen, das ganze Land umfassenden Organisation der privaten Wohlthätigkeit, die in der Zentralleitung zusammengefaßt ist, stehen die Bezirkswohlthätigkeitsvereine in einem gewissen Unterordnungsverhältnis zur Zentralleitung. So haben sie die von der Zentralleitung aufgestellten allgemeinen, einheitlichen Grundsätze einzuhalten, die von der Zentralleitung gegebenen Anregungen und erteilten Aufträge auszuführen und regelmäßig an die Zentralleitung über die Tätigkeit des Vereins Bericht zu erstatten. Andererseits soll den Bezirkswohlthätigkeitsvereinen innerhalb des ihnen zugewiesenen Wirkungskreises ihre Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit durchaus gewahrt bleiben.

Dank wohlwollender Förderung durch das kgl. Ministerium des Innern und die Oberkirchenbehörden konnte so das große Werk der Königin Katharina in vollem Umfang wiederhergestellt und in bezug auf seine Aufgaben auf neuzeitlicher Grundlage umgestaltet werden.

Hilfeleistung bei außerordentlichen Notständen

Von jeher hat sich die Zentralleitung um die Erzielung einer einheitlichen, planmäßigen Hilfe bei außerordentlichen Notständen größeren Umfangs bemüht. Statt die einzelnen beteiligten Bezirke und Gemeinden für sich sammeln, sorgen und in einen nicht immer edlen Wettbewerb treten zu lassen, hat die Zentralleitung im Einvernehmen mit der Regierung die Veranstaltung von Sammlungen und die Unterstützung der Bedürftigen in solchen Fällen in ihre Hand genommen, um die oft beklagte Zersplitterung der Gaben fernzuhalten und nach einheitlichem Plan in gerechter Weise eine sachgemäße Hilfe zu leisten. Von solchen Notständen und Unglücksfällen ist unser Land in den letzten 25 Jahren besonders oft und schwer betroffen worden. Es möge hier nur an die folgenschwersten erinnert werden.

Im Jahre 1893 ist durch die außerordentliche Trockenheit des Sommers im ganzen Lande eine große Futternot entstanden, die für unsere Landwirtschaft verhängnisvoll zu werden drohte, wenn von der Regierung nicht kräftig eingegriffen worden wäre durch Hilfeleistung bei der Beschaffung von Futtermitteln und durch Bereitstellung von Mitteln zur Gewährung von Beihilfen zur Wiederanschaffung von Vieh an solche ärmere Landwirte, die die einzige Kuh oder ein Stück von dem einzigen Paar Spannvieh verloren hatten. Die Verteilung dieser Mittel, die einschließlich des Ergebnisses eines Aufrufs der Zentralleitung sich auf 229 400 *M.* beliefen, übernahm die Zentralleitung.

Im Jahre 1895 ist der Bezirk Balingen infolge außergewöhnlich heftiger Regengüsse und Wolkenbrüche von einer schweren Überschwemmung heimgesucht worden, der 41 Menschenleben zum Opfer fielen. Der Schaden betrug an Gebäuden 206 771 *M.*, an Einrichtungsgegenständen 130 190 *M.*, an Wasserwerksanlagen 327 551 *M.*, an den Fluren 747 810 *M.*, zusammen 1 412 322 *M.* In Anbetracht dieses bedeutenden Schadens wurde von dem im Anschluß an den Bezirkswohltätigkeitsverein Balingen ins Leben gerufenen Hilfskomitee ein Aufruf erlassen, der nicht weniger als 771 127 *M.* 67 Pf. einbrachte. Diese reichen Spenden der freien Liebestätigkeit ermöglichten es dem Hilfskomitee, den Beschädigten Mittel in solcher Höhe zu gewähren, daß sie die schwere Notlage überwinden und sich selbst weiterhelfen konnten.

Ein ganz besonders schwerer Notstand ist über einen großen Teil des württembergischen Unterlandes in der Nacht vom 30. Juni auf 1. Juli 1897 hereingebrochen durch ein von orkanartigem Sturm begleitetes Hagelwetter von außerordentlich verheerender Wirkung. In 91 Gemeinden der sieben Bezirke Brackenheim, Heilbronn, Neckarsulm, Weinsberg, Öhringen, Rünzelsau und Gerabronn mit einer Bevölkerung von 113 365 Seelen wurde durch das verhängnisvolle Unwetter ein Schaden von 17 698 475 *M.* verursacht, wovon 58 % auf Garten- und Feldgewächse, 22 % auf Obstbäume, 15 % auf Weinberge und 5 % auf Gebäude entfielen. Gemäß einer Vereinbarung mit den Vertretern der beteiligten Bezirke erließ die Zentralleitung sofort einen gemeinsamen Aufruf zur Unterstützung der bedürftigen Gewitterbeschädigten. Das Ergebnis der Sammlungen war ein über Erwarten günstiges. Zur Unterstützung der Notleidenden standen an Geldgaben zusammen 2 119 749 *M.* 63 Pf. zur Verfügung, dazu kamen noch Naturalgaben im Geldwert von 71 712 *M.* 62 Pf.

Am 4. August 1904 ist die Gemeinde Ilsfeld, Oa. Besigheim, von schwerem Brandunglück betroffen worden. 130 Wohngebäude, 77 Scheunen und 113 Nebengebäude, die Kirche mit Pfarr- und Schulhaus sowie das Rathaus mit einem großen Teil der öffentlichen Bücher wurden ein Raub der Flammen und 200 Familien mit 706 Gliedern obdachlos. Der sofort am Tage nach dem Brande unter Leitung von Vertretern des Rgl. Mini-

steriums des Innern und der Zentralleitung ins Leben gerufene Hilfsverein hatte daher in erster Linie für die Unterbringung der Obdachlosen und für beschleunigten Wiederaufbau des abgebrannten Ortsteils, sodann aber auch für die Aufbringung der erforderlichen Mittel zu sorgen. Für die wichtigste Aufgabe, den Wiederaufbau des abgebrannten Ortsteils, wurden von der Staatsregierung die erforderlichen technischen und Verwaltungsbeamten zur Verfügung gestellt. Ein Aufruf der Zentralleitung zugunsten der Abgebrannten brachte mehr als 560 000 M ein. Dazu gab der Staat ein für drei Jahre unverzinsliches Darlehen von 500 000 M und die Württembergische Sparkasse ein solches von gleicher Höhe, nur zu 2½ % verzinslich. Mit diesen Mitteln konnte die Hilfeleistung plangemäß rasch durchgeführt werden. Noch vor Ablauf eines Jahres war der abgebrannte Ortsteil wieder aufgebaut und wieder bewohnt.

Noch in demselben Jahre mußte eine ähnliche Hilfeleistung wie bei Ilsfeld für die Gemeinde Binsdorf, OA. Sulz, eingeleitet werden, wo am 17. September 1904 einschließlich des Rat- und Schulhauses 76 Haupt- und 34 Nebengebäude niederbrannten und 82 aus 405 Gliedern bestehende Familien obdachlos wurden. Die Abgebrannten konnten teils in dem verschont gebliebenen Teil von Binsdorf, teils in den nächstgelegenen Ortschaften untergebracht werden. Zur Vorbereitung und Überwachung des Wiederaufbaus hat die Staatsregierung, wie bei Ilsfeld, die erforderlichen technischen und Verwaltungsbeamten überlassen. Zur Bestreitung der Bau- und Einrichtungskosten reichten die Entschädigungen der Gebäudebrandversicherungsanstalt und der Feuerversicherungsgesellschaften bei weitem nicht aus. Ein Aufruf der Zentralleitung an die private Wohltätigkeit brachte insgesamt 271 404 M 14 Pf. ein, die eine willkommene Beihilfe zur Aufbringung der auf 587 777 M sich belaufenden Kosten der Neubauten (ohne Rathaus und Schulhaus) bildeten.

Ein ganz andersartiges Unglück als die eben aufgeführten hat am 5. April 1906 die Stadt Nagold betroffen, indem das Gasthaus zum Hirsch, das in seiner ganzen Ausdehnung gehoben werden sollte, unmittelbar vor Vollendung der Arbeiten in sich zusammenstürzte. 47 Personen wurden tot, 30 schwerverletzt aus den Trümmern gegraben, 4 der letzteren erlagen bald nachher ihren Verletzungen. Dazu kamen etwa 70 Leichtverletzte. Die von dem sofort gegründeten Hilfsverein gesammelten Mittel in Höhe von 137 129 M wurden nicht etwa unter die Verunglückten verteilt, sondern nach Beseitigung der ersten Not so angelegt, daß den Betroffenen auf Lebenszeit fortlaufende Unterstützungen gewährt werden können.

Am 20. August 1907 ereignete sich wieder ein großes Brandunglück in Darmsheim, OA. Böblingen; 58 Wohngebäude wurden durch Feuer zerstört und zahlreiche Familien obdachlos. Die Abgebrannten konnten glücklicherweise in den verschont gebliebenen Häusern und in der Umgebung vorübergehend untergebracht werden. Auch hierbei hat der Wohltätigkeits-

sinn unserer Bevölkerung die Probe bestanden und 123267 *M* 26 Pf. zugunsten der Abgebrannten aufgebracht.

Dasselbe war der Fall bei dem Brandunglück, das am 14. April 1910 über die Gemeinde Böhmekirch, OA. Geislingen, hereinbrach. Dem Feuer fielen 73 Haupt- und 14 Nebengebäude zum Opfer, 74 Familien mit 320 Gliedern wurden obdachlos. Es gelang mit Hilfe der staatlichen Techniker, den Wiederaufbau des abgebrannten Ortsteils so zu beschleunigen, daß die Ernte des Jahres 1910 größtenteils in den neuen Gebäuden untergebracht und die Mehrzahl der Häuser noch vor Eintritt des Winters bezogen werden konnte.

Einen Schaden besonderer Art hat das Erdbeben am 16. November 1911 in einer Anzahl von Gemeinden des Oberamtsbezirks Balingen verursacht. Er betrug im ganzen etwa 450 000 *M*. Da die eigentlich Bedürftigen unter den Beschädigten verhältnismäßig geringen Schaden hatten, so konnte von der Erlassung eines öffentlichen Aufrufs abgesehen und die erforderliche Hilfe aus den Mitteln des Notstandsfonds der Zentralleitung geleistet werden.

In den Jahren 1911 und 1913 war unsere weinbautreibende Bevölkerung durch den Ausfall der Weinernte in eine schwere Notlage geraten. Zur Abwehr derselben waren von der Kgl. Staatsregierung durch Gewährung von Notstandsdarlehen, Inangriffnahme von Notstandsarbeiten und durch Beiträge zu den Kosten der Anschaffung von Mitteln zur Bekämpfung der Rebschädlinge Maßnahmen getroffen worden. Für die Unterstützung von einzelnen besonders notleidenden Weingärtnern wurden im Jahre 1911 der Zentralleitung von Ihren Königlichen Majestäten aus dem Ertragnis des am 8. Mai 1911 veranstalteten „Blumentags“ anlässlich der Feier der silbernen Hochzeit des Königspaares der Betrag von 50 000 *M* überwiesen. 769 Familien sind mit Gaben von durchschnittlich 69 *M* bedacht und damit von manchen schweren Sorgen befreit worden.

Im Jahre 1913 wurde die Notlage der weinbautreibenden Bevölkerung noch dadurch verschärft, daß zu dem Ausfall der Weinernte ein solcher der Obsternte hinzukam. Bei diesen außergewöhnlich ungünstigen Verhältnissen wurde neben den staatlichen Maßnahmen zur Linderung der Not auch wieder die Mitwirkung der Wohltätigkeit notwendig. Die Zentralleitung brachte durch Erlassung eines Aufrufs, durch einen Zuschuß aus ihren eigenen Mitteln und mit Hilfe eines Staatsbeitrags von 30 000 *M* die Summe von 135 000 *M* zusammen, womit es gar mancher Weingärtnersfamilie erleichtert war, den schweren Notstand zu überwinden.

Am 1. und 4. Juni 1913 wurden sodann durch Wirbelstürme von bisher nie dagewesener Zerstörungskraft die Gemeinde Plochingen, OA. Eßlingen, sechs Gemeinden des Bezirks Horb sowie drei Gemeinden des Bezirks Herrenberg schwer heimgesucht. An Gebäuden, Obstbäumen, Garten- und Hopfenanlagen und Wäldern wurde ein Schaden von 845 941 *M* angerichtet. Davon entfiel die Summe von 564 857 *M* auf solche Beschädigte,

die den Schaden nicht aus eigener Kraft überwinden konnten. Ein Aufruf der Zentralleitung erbrachte rund 132 000 *M*, so daß insgesamt 200 000 *M* zur Gewährung von Unterstützungen an bedürftige Beschädigte zur Verfügung standen.

In Vorstehendem sind nur die umfangreichsten außergewöhnlichen Notstände, die in den letzten 25 Jahren unser Land betroffen haben, aufgeführt worden. Allein es muß auch an die Tatsache erinnert werden, daß unser Land fast alle Jahre von größeren oder kleineren Gewitterschäden heimgesucht wird (besonders durch Hagelschlag, Wolkenbrüche u. dergl.), die eine Unterstützung der hilfsbedürftig gewordenen Beschädigten notwendig machen. So war z. B. das Jahr 1895 sehr reich an verheerenden Naturereignissen, und die große Häufung derselben und die dabei gemachten Erfahrungen haben das Bedürfnis gezeitigt, Vorsorge zu treffen, daß die Wohltätigkeit sich nicht zersplittere und die Hilfeleistung nicht eine zu ungleichmäßige werde. Um solchen Mißständen für die Zukunft vorzubeugen, hat das kgl. Ministerium des Innern am 30. März 1896 angeordnet, „bei allgemeinen Notstandsfällen, welche durch elementare Ereignisse hervorgerufen werden, nicht ohne weiteres Aufrufe, welche sich um Gaben an das ganze Land wenden, in den öffentlichen Zeitungen zu erlassen, sondern vorher in dieser Beziehung mit der Zentralleitung für Wohltätigkeit in Verbindung zu treten, damit erforderlichenfalls die Anrufung der Privatwohltätigkeit in einheitlicher Weise erfolgen und der Zersplitterung und ungleichmäßigen Verteilung der Gaben vorgebeugt werden kann“.

Zugleich hat die Zentralleitung für Wohltätigkeit die Sammlung eines Notstandsfonds beschlossen, der die doppelte Aufgabe erfüllen soll: einmal bei nur vereinzelten Notständen die zur Hilfeleistung erforderlichen Mittel zu gewähren, ohne daß erst die Wohltätigkeit öffentlich angerufen werden muß, und zum anderen beim Eintreten von großen und schweren Notständen wenigstens die zur Linderung der ersten Not erforderlichen Mittel sofort zur Verfügung zu stellen, noch ehe öffentliche Hilferufe erlassen werden können. Um diesen Notstandsfonds leistungsfähig zu machen, überwies ihm die Zentralleitung Mittel aus Zuwendungen, die ihr für wohltätige Zwecke im allgemeinen gemacht worden sind, sie bat ferner die Staatsregierung um Gewährung von Jahresbeiträgen, die anfänglich mit 2000 *M*, seit 1899 mit 10 000 *M* bewilligt wurden, und ebenso die Oberkirchenbehörden, dahin zu wirken, daß die schöne Sitte, bei den Erntegottesdiensten der durch Ungewitter um den Erntesegeu Gekommenen zu gedenken und für sie zu opfern, auch in Zukunft beibehalten und der Opferertrag dem Notstandsfonds der Zentralleitung zugeführt wird.

Die Schilderung der mancherlei Notstände, von denen unser Land in den letzten 25 Jahren betroffen worden ist, und der Mittel zu ihrer Linderung würde aber nur unvollständig sein, wenn nicht auch des neuesten und zugleich

schwersten Notstandes gedacht werden würde, in den unser ganzes deutsches Volk durch den Ausbruch des Weltkrieges versetzt worden ist. Der vielfachen Not, die der Krieg mit sich brachte, mußte durch ganz besondere und umfassende Maßnahmen begegnet werden. Wenn auch nach der in unserem Lande bestehenden Ordnung die Linderung der Kriegsnot vor allem Aufgabe des Württembergischen Landesvereins vom Roten Kreuz^{*)} ist, so hat sich doch die Zentralleitung in ihrem Teil bemüht, die Bestrebungen des Roten Kreuzes in jeder Weise zu fördern, und deshalb am 1. August 1914 die sämtlichen Bezirkswohltätigkeitsvereine dringend aufgefordert, den Landesverein vom Roten Kreuz aufs tatkräftigste zu unterstützen. Als es sich dann darum handelte, die Fürsorge für die Angehörigen der Ausmarschierten planmäßig und einheitlich zu regeln, hat sich die Zentralleitung dem Landesverein vom Roten Kreuz zur Übernahme dieser Aufgabe erboten, die erforderlichen Sammlungen eingeleitet und einheitliche Grundsätze für die Gewährung von Unterstützungen festgesetzt. Sie handelte dabei als Unterstützungsabteilung des Landesvereins vom Roten Kreuz und verlegte das Schwergewicht der Fürsorge für die Kriegerfamilien in die Bezirkswohltätigkeitsvereine und die in jeder Gemeinde ins Leben zu rufenden Ortsausschüsse. Es sollte dahin gestrebt werden, die zur Unterstützung der Kriegerfamilien über das gesetzliche Mindestmaß hinaus erforderlichen Mittel möglichst innerhalb des Bezirks selbst aufzubringen; da aber die Leistungsfähigkeit und die Inanspruchnahme der einzelnen Bezirke eine sehr verschiedene ist, so suchte die Zentralleitung Mittel zu gewinnen, um einen gewissen Ausgleich herbeizuführen durch Gewährung von Zuschüssen an weniger leistungsfähige und besonders stark in Anspruch genommene Bezirke. Sie erließ zu diesem Behufe einen Aufruf, der bis jetzt 851 370 M 80 Pf. einbrachte.

Als dann am 20. März 1915 der Württembergische Landesausschuß für Kriegsinvalidenfürsorge ins Leben gerufen wurde, übernahm die Zentralleitung die Geschäftsstelle und das Kassennamt des Landesausschusses.

Des weiteren wurde ihr, als der Württembergische Ausschuß der „Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen“ gegründet wurde, die Geschäftsstelle und das Kassennamt für Württemberg übertragen. Und endlich errichtete die Zentralleitung im Frühjahr 1915 auf Anregung des kgl. Kriegsministeriums und im Einvernehmen mit dem kgl. Ministerium des Innern die Landesvermittlungsstelle für Heimarbeit, durch die künftig alle Heimarbeitsaufträge der Militärverwaltung vermittelt werden sollten. Das Kriegsbekleidungsamt in Ludwigsburg hat von da an keine Arbeit mehr an einzelne Frauen abgegeben. Dagegen hat die Zentralleitung in den Gemeinden, aus denen Frauen um Arbeit sich bewarben und in denen arbeitslose Frauen in größerer Anzahl vorhanden waren, die Anregung zur Gründung von Notstands-

^{*)} Siehe unten S. 322.

nähereien gegeben unter der Leitung eines Hilfsausschusses oder des Ortsvorstehers oder des Ortsgeistlichen. Die Zahl dieser Arbeitsstellen beläuft sich jetzt auf 175 in 50 Oberamtsbezirken (davon 20 im Stadtdirektionsbezirk Stuttgart), die Zahl der Frauen, denen Arbeit vermittelt wird, beträgt etwa 16 430. Seit Bestehen dieser Einrichtung wurden an Arbeitslöhnen nicht weniger als 1 194 736 M. ausbezahlt.

Anstalten und Vereine für wohltätige Zwecke

Vereine für Jugenderziehung

Im folgenden soll der Tätigkeit der Anstalten und Vereine für wohltätige Zwecke gedacht werden. Hier ist aber eine Beschränkung durchaus notwendig. Das wohltätige Wirken der überaus großen Zahl solcher Anstalten und Vereine darzulegen, würde weit über den Rahmen und die Aufgabe dieser Darstellung hinausführen. Es sollen daher im folgenden nur diejenigen Anstalten und Vereine aufgeführt werden, die in den letzten 25 Jahren neu gegründet worden sind oder in dieser Zeit ganz wesentliche Erweiterungen und Verbesserungen erfahren haben, wobei auf eine vollständig erschöpfende Darlegung keineswegs Anspruch erhoben werden will.

Unter den der Jugenderziehung dienenden Einrichtungen sind zunächst auf dem Gebiete der Säuglingsfürsorge die folgenden Neugründungen zu nennen: Der Verein von Kinderfreunden in Stuttgart erstellte in den Jahren 1907 und 1908 neben dem bisherigen „Kinderheim“ in Waiblingen einen Neubau, in dem 30 Säuglinge und 10 Mütter Aufnahme finden können, außerdem richtete er in Tübingen im Jahre 1907, zunächst in einem gemieteten Gebäude, später in dem 1912/13 erstellten Neubau einen Säuglingshort für nunmehr 30—40 Säuglinge und 8 Mütter ein, der hauptsächlich für die aus der Universitätsfrauenklinik mit ihren Müttern zur Entlassung kommenden Kindern bestimmt ist. Gleichzeitig wurde im alten Kinderheim in Waiblingen eine Krankenabteilung neu eingerichtet. In Stuttgart wurde im Jahre 1906 der Verein „Stuttgarter Säuglingsheim“ ins Leben gerufen, der sich die Errichtung eines Säuglingsheims in Stuttgart zur Aufgabe machte. Zunächst wurde ein solches in einer Mietwohnung eingerichtet, aber schon im Jahre 1911 kam der Verein durch die Güte eines Gönners in den Besitz eines mustergültigen Neubaus für das Säuglingsheim in der Vorstadt Berg, der in 14 Zimmern Raum für 70 Betten bietet. Mit dem Säuglingsheim wurde eine Pflegerinnen-schule verbunden, in der Mädchen und Frauen in der Pflege und Ernährung des Säuglings unterrichtet und ausgebildet werden. In Ulm wurde im Jahre 1907 der Verein „Säuglingschutz“ gegründet, der sich die Aufgabe stellte, mit Wort und Tat für die natürliche Ernährung der Säuglinge einzutreten und einwandfreie künstliche Säuglingsnahrung herzustellen. Der Säug-

lingspflege dienen ferner die 28 Krippen des Landes (darunter 9 in Stuttgart), von denen 20 erst in den letzten 25 Jahren gegründet worden sind.

In diesem Zusammenhang sind auch die nachstehenden für bedürftige Wöchnerinnen getroffene Einrichtungen zu nennen: das von dem Verein „Wöchnerinnenasyl“ in Ulm im Jahre 1894 gegründete Wöchnerinnenasyl, das von dem Verein „Stuttgarter Wöchnerinnenheim“ im Jahre 1906 in Stuttgart eingerichtete Wöchnerinnenheim und das im Jahre 1910 vom Verein „Mutterchutz“ ins Leben gerufene Mütterheim in Stuttgart.

Für die Versorgung der Kinder bis zum Eintritt in das schulpflichtige Alter bestehen nach dem Stand vom 1. Januar 1914 im Lande 685 Kleinkinderpflegen, und zwar 473 evangelische und 212 katholische. Zur Gründung von solchen sowie zu den Betriebskosten gewährt die Zentralleitung Beiträge, die sich von 10 726 M im Rechnungsjahr 1891/92 auf 24 675 M im Rechnungsjahr 1915/16 steigerten. Im ganzen wurde von der Zentralleitung in den letzten 25 Jahren die Summe von 443 953 M 62 Pf. zur Förderung der Kleinkinderpflegesache aufgewendet. Die Sorge für solche Kinder, deren Eltern außerhalb des Hauses beschäftigt sind und über Mittag nicht nach Hause kommen, machte sich der im Jahre 1895 gegründete Verein Stuttgarter Kinderküchen zur besonderen Aufgabe, der in diesem Jahre in der Karlsvorstadt Heslach und im Stöckach je eine Kinderküche eröffnete. Dazu kam im Jahre 1906 eine dritte und im Jahre 1911 wurde für die Kinderküche im Stöckach ein Neubau erstellt. Nach Ausbruch des Krieges richtete dieser Verein noch weitere Kriegskinderküchen ein, so daß er zurzeit deren 10 im Betrieb hat.

An Kinderbewahranstalten sind neu gegründet worden: das städtische Kinderasyl in Stuttgart im Jahre 1900. Dasselbe nimmt Kinder vom Säuglingsalter bis zum Ende der Schulpflichtigkeit auf. Die Aufnahme erfolgt regelmäßig nur durch das Armenamt. Für das Kinderasyl in der Karlsvorstadt Heslach, dessen Leitung und Verwaltung im Jahre 1910 der Württembergische Frauenverein für hilfsbedürftige Kinder übernommen hatte und das seit dem Jahre 1911 den Namen „Charlottenasyl“ führt, wurde im Jahre 1914 von der Stadtgemeinde Stuttgart ein Neubau erstellt und dem Verein mietweise überlassen. Im Jahre 1903 erwarb die Kongregation der Schwestern von der Buße und der christlichen Liebe aus dem 3. Orden des heiligen Franziskus in Heiligenbronn, Orl. Oberndorf, das Rittergut Baidt, Orl. Ravensburg, und verlegte das bisher in Heiligenbronn betriebene Kleinkinderasyl in die zweckmäßig eingerichteten Räume des Schlosses Baidt. Dasselbe bietet Raum für je 150 Knaben und Mädchen. Die Kinder verbleiben in der Anstalt bis zum Eintritt in das schulpflichtige Alter. Die Knaben werden alsdann der Knabenanstalt St. Antonius bei Salzstetten, Orl. Horb, und die Mädchen der Erziehungsanstalt St. Franziskus in Heiligenbronn überwiesen. Im Jahre 1907 wurde von der Kongregation der Franziskanerinnen in Bonlanden, Orl. Leut-

kirch, das Schloß Hürbel, OÄ. Biberach, angekauft und mit großem Aufwand in ein Kleinkindersasyl umgebaut, das ebenfalls den Namen St. Joseph führt und je 90 Knaben und Mädchen beherbergen kann.

Im Jahre 1914 wurde weiterhin das Kinderheim St. Joseph in Neuhausen a. F. eröffnet, in dem in erster Linie arme, gesunde Säuglinge, sodann aber auch arme, körperlich und geistig gesunde Kinder bis zum sechsten Lebensjahr Aufnahme finden können. Dieses Kinderheim ist ein Unternehmen des Rettungsvereins zum Guten Hirten in Stuttgart, der im Jahre 1903 aus dem Elisabethenverein in Stuttgart hervorging und sich den Schutz und die Rettung sittlich gefährdeter und gefallener Mädchen und Frauen sowie der verwahrlosten Jugend zur besonderen Aufgabe machte. Er richtete zunächst in einer Mietwohnung ein Notasyl in Stuttgart ein, bis er im Jahre 1910 ein eigenes Heim, das Paulusstift in Stuttgart, beziehen konnte. Eine Kinderbewahr- und Erziehungsanstalt besonderer Art ist die im Jahre 1899 gegründete Anstalt St. Franziskus in Mäkenbach, OÄ. Crailsheim. Sie war ursprünglich eine Zweiganstalt der Anstalt „St. Raphael“ in Unterdeuffstetten, OÄ. Crailsheim, und ist seit 1905 selbständig. Sie nimmt wie diese schulpflichtige Kinder solcher Eltern auf, die das Wandergewerbe betreiben und den größten Teil des Jahres sich auf der Wanderschaft befinden und früher die Kinder auf die Wanderschaft mitgenommen und dadurch mancherlei Gefahren ausgesetzt hatten.

Aus dem Gebiet der Kinderfürsorge ist sodann noch zu erwähnen das dem Verein für Ferienkolonien von einem Wohltäter 1904 erbaute Erholungsheim für Kinder in Stuttgart, in dem 40 erholungs- und stärkungsbedürftige Kinder im Alter von 7 bis 14 Jahren Aufnahme finden können.

Unter den der Durchführung der Fürsorgeerziehung dienenden Anstalten sind in den letzten Jahrzehnten sehr erhebliche und erfreuliche Fortschritte erzielt worden. Längst schon hatte sich das Bedürfnis gezeigt, für Errichtung von zwei weiteren Rettungsanstalten für schulentlassene männliche Fürsorgezöglinge, einer evangelischen mit vorwiegend gewerblichem und einer katholischen mit vorwiegend landwirtschaftlichem Charakter. Mit Hilfe eines Staatsbeitrags von je 80 000 M wurde im Jahre 1910 in Heidenheim das „Fürsorgeheim Heidenheim“ für schulentlassene evangelische Fürsorgezöglinge mit Lehrwerkstätten für Mechaniker, Schreiner, Schneider und Schuhmacher, im Jahre 1911 das St. Gebhardthaus, Rettungsanstalt Hegenberg, OÄ. Tettnang, für schulentlassene katholische Fürsorgezöglinge mit landwirtschaftlicher Beschäftigung dem Betrieb übergeben. In beiden Anstalten können je 50 Zöglinge Aufnahme finden. Um junge Männer ohne Unterschied der Konfession, die in der Großstadt durch eigene oder fremde Schuld in eine bedenkliche Lage gekommen sind, vor weiterem Verfall zu behüten, sie sittlich-religiös zu fördern und wieder in geordnete Lebensverhältnisse zu bringen, wurde im Jahre 1909 das

„Stuttgarter Fürsorgeheim“ (jetzt „Wichernhaus“) in Stuttgart gegründet. Wesentliche Verbesserungen und Erweiterungen haben die beiden bisherigen Rettungsanstalten für ältere männliche Fürsorgezöglinge erfahren: die evangelische Rettungsanstalt in Schönbühl, OA. Schorndorf, durch einen Neubau für die Jugendabteilung und durch gründlichen Umbau der alten Anstaltsgebäude, wodurch die Zöglinge in vier voneinander getrennte Gruppen (Familien) geschieden werden konnten, was im Interesse des Erziehungserfolgs sehr zu begrüßen war, und das „St. Konradhaus“ in Schelllingen, OA. Blaubeuren, ebenfalls durch Erstellung eines Neubaus mit einer Turn- und Spielhalle, Räumen für die Jugendabteilung und Dienstwohnung für den Anstaltsvorstand sowie durch zweckmäßige bauliche Veränderungen im alten Anstaltsgebäude.

Auch bei einigen der für schulpflichtige Kinder bestimmten Rettungsanstalten sind bemerkenswerte Neuerungen eingetreten. So haben Neubauten erstellt: die Rettungsanstalt Wilhelmshilfe in Göppingen im Jahr 1903, die Kongregation der barmherzigen Schwestern in Untermarchtal, OA. Ehingen, für die von ihr gegründete Rettungsanstalt „zum Guten Hirten“ daselbst im Jahre 1904, die Marienpflege in Ellwangen im Jahre 1908, der Kinderrettungsverein in Korntal und Wilhelmsdorf in Korntal im Jahre 1911 und die israelitische Waisen- und Erziehungsanstalt Wilhelmspflege in Eßlingen im Jahre 1913. Die evangelische Brüder- und Kinderanstalt Karlshöhe in Ludwigsburg erstellte im Jahre 1902 ein neues Verwaltungsgebäude und im Jahre 1913 ein neues Ökonomiegebäude. Die Paulinenpflege in Stuttgart, die älteste württembergische Rettungsanstalt (im Jahre 1820 gegründet) errichtete im Jahre 1903 ein Lehrlingsheim, in dem die nach der Konfirmation bei Stuttgarter Meistern in die Lehre tretenden Zöglinge Unterkommen und Verpflegung finden. Ebenfalls im Jahre 1903 baute die Rettungsanstalt Elisabethenpflege in Schöneburg, OA. Laupheim, einen stattlichen Erweiterungsbau an das alte Anstaltsgebäude an. Im Jahre 1911 richtete die Gustav-Werner-Stiftung zum Bruderhaus in Reutlingen ein neues Kinderheim für 20—30 Kinder in dem Verwaltungsgebäude des ehemaligen Salzbergwerks Wilhelmsglück ein, das aber leider wegen einer Erdsenkung hinter dem Gebäude schon im Jahre 1914 wieder aufgegeben werden mußte. Einen völligen Umbau der alten Anstalt nebst Erstellung eines Flügelanbaus an das alte Anstaltsgebäude führte in den Jahren 1911 und 1912 die Rettungsanstalt „St. Josephspflege“ in Mulfingen, OA. Rünzelsau, durch. Die in den Jahren 1900 bzw. 1906 durch Brand zerstörten Gebäude der Kinderrettungsanstalten Tuttlingen und Lichtenstern mußten wieder neu erstellt werden.

Die Fürsorgeeinrichtungen für die gefährdete weibliche Jugend haben in den letzten 25 Jahren auch eine wesentliche Vermehrung

erfahren. Im Jahre 1894 wurde das „Versorgungshaus“ in Kirchheim u. T. gegründet mit dem Zweck, gefallenen Mädchen, welche erstmals Mutter werden oder geworden sind, eine Zufluchtstätte zu bieten. Als Zweiganstalt der Rettungsanstalt für gefallene Mädchen in Leonberg wurde im Jahre 1903 das Zufluchthaus Oberensingen, OA. Nürtingen, im dortigen Schloß eingerichtet für hilfsbedürftige, arbeit- und heimatlose Mädchen und Frauen, teils zu vorübergehendem, teils zu längerem oder bleibendem Aufenthalt. Schon nach zehn Jahren wurde die Erstellung eines großen Anbaus an das Anstaltsgebäude und ein Neubau desselben notwendig.

Die Gründung der katholischen Rettungsanstalt Paulusstift in Stuttgart durch den Rettungsverein „zum Guten Hirten“ ist oben schon erwähnt worden.

Die neuesten Fürsorgeeinrichtungen für die gefährdete weibliche Jugend sind die beiden Zufluchtstätten (Weraheime) für schutzbedürftige Mädchen und Frauen in Stuttgart und in Hebsack, OA. Schorndorf; beide sind Gründungen der von der verewigten Herzogin Wera von Württemberg im Jahre 1908 errichteten Stiftung „Zufluchtstätten in Württemberg“ und haben den Zweck, unehelichen Müttern mit oder ohne ihre Kinder sowie sittlich gefährdeten und gefallenen Personen weiblichen Geschlechts Unterkunft zu gewähren. Eine wesentliche Erweiterung erfuhr die schon seit 1883 bestehende Rettungsanstalt für evangelische Mädchen in Oberurbach, OA. Schorndorf, durch Erstellung eines zweistöckigen Neubaus für die noch schulpflichtigen Böglinge im Jahre 1911.

Endlich ist auf dem Gebiet der Jugendberziehung noch die Gründung des „Landesverbands für Jugendfürsorge in Württemberg“ im Jahre 1908 zu erwähnen, der den Zweck verfolgt, im Einvernehmen mit der Zentralleitung, ohne die Selbständigkeit der sich ihm anschließenden Vereine und Anstalten einzuschränken, die gemeinsame Aufgabe der mit der Jugendfürsorge sich beschäftigenden öffentlichen Körperschaften, Vereine und Anstalten tunlichst zu unterstützen und zu fördern, für die möglichste Verbreitung zeitgemäßer gesunder Grundsätze bei der Jugendfürsorge einzutreten und auf Einführung zweckmäßiger Verbesserungen in Ausfüllung etwaiger Lücken hinzuwirken.

Wenn im vorstehenden die großen Fortschritte aufgeführt sind, die in dem vielverzweigten Gebiet der Jugendfürsorge in den letzten 25 Jahren erzielt worden sind, so darf nicht unerwähnt bleiben die überaus dankenswerte und weitgehende Förderung der Zwecke der Jugendfürsorge durch Ihre Königlichen Majestäten anlässlich der Feier der silbernen Hochzeit am 8. Mai 1911. Von dem Gesamterträgnis der Blumentagspende mit 540 000 M. wurde nicht weniger als 280 000 M. den Zwecken der Jugendfürsorge zugewendet.

Anstalten zur Förderung der Erwerbsbildung

Was die der Erwerbsbildung dienenden Wohltätigkeitseinrichtungen des Landes anlangt, so sind unter den für die Gesunden in den letzten 25 Jahren getroffenen Veranstaltungen zu nennen das Lehrlingsheim des Jugendvereins in Stuttgart in dem im Jahre 1900 erbauten und am 23. Juni 1901 eingeweihten Vereinshaus Joh. Brenz. Neben diesem Lehrlingsheim besitzt der Jugendverein noch die zwei Lehrlingsheime im Jugendvereinshaus und im alten Vereinshaus. Ferner ist zu erwähnen der Neubau der Marienpflege in Stuttgart, der vom Lokalwohlwärtsvereinsverein erstellt und im Jahre 1909 dem Betrieb übergeben wurde. Im Erdgeschoß wurden für die Haushaltungsschule, im ersten Stock für die Nähschulen und im zweiten und dritten Stock für ein Töchterheim zweckdienliche Räume geschaffen. Im Charlottenheim in Stuttgart wurde im Jahre 1894 eine Abendhaushaltungsschule gegründet, in welcher Mädchen, welche den Tag über ihrem Erwerb in Fabriken usw. nachgehen müssen, in den Abendstunden von 7—9 Uhr Gelegenheit finden, sich im Nähen und in anderen weiblichen Handarbeiten, im Kochen und Bügeln in viermonatigen Kursen auszubilden. Eine ähnliche Abendschule wurde auch mit der im Jahre 1894 gegründeten Haushaltungsschule Boar in Heselach verbunden.

Unter den der Erwerbsbildung für Gebrechliche dienenden Anstalten sind vor allem zu erwähnen das Wilhelmstift und das Charlottenstift, Zweiganstalten der A. H. Wernerschen Kinderheilanstalt in Ludwigsburg. Das Wilhelmstift verdankt seine Entstehung einer Stiftung König Wilhelms II. anlässlich seines Regierungsantritts im Jahre 1891. Das ernste Gelöbnis an sein Volk, „den Armen und Schwachen ein warmer Freund und Helfer zu sein“, setzte der König sofort in die Tat um durch Gründung einer Anstalt zur Ausbildung armer, krüppelhafter Knaben für einen geeigneten Lebensberuf. Die Anstalt wurde zunächst in dem Hause Hospitalstraße Nr. 9 in Ludwigsburg untergebracht und für die Unterweisung im Schneiderhandwerk eingerichtet. Am 1. Dezember 1905 konnte das Wilhelmstift ein neues Haus, das ehemalige Stadthospital in Ludwigsburg, beziehen, das die Wernersche Kinderheilanstalt zu ihrer Erweiterung gekauft hatte. Größere und weitere Räume standen ihm im neuen Heim zur Verfügung, und außer der Schneiderei wurde jetzt auch noch die Korbflechterei eingeführt. Die weitere Anstalt, die den Namen der Königin führt, das Charlottenstift, wurde im Jahre 1906 zum Zweck der Fürsorge für gebrechliche und verkrüppelte Kinder im schulpflichtigen Alter gegründet. Einem längst empfundenen Bedürfnis wurde durch die neue Anstalt abgeholfen. Die bisher vom Wilhelmstift benutzten Räume wurden für den neuen Zweck eingerichtet. Neben der Gründung dieser beiden Zweiganstalten erfuhren noch die im Eigentum der A. H. Wernerschen Kinderheilanstalt stehenden Kinderbäder Bethesda in Jagstfeld und Herrnhilfe

in Wildbad bedeutende Erweiterungen. In Jagstfeld wurde im Jahre 1910 ein benachbartes Anwesen käuflich erworben und im Jahre 1911 umgebaut. Bethesda bietet nunmehr Raum für 70 Kinder bis zu 15 Jahren und ermöglicht die Fortführung des Solbaddetriebs auch im Winter. Die Herrnhilfe in Wildbad erwies sich als zu klein und wurde im Jahre 1912 durch die Erstellung eines Neubaus in unmittelbarem Anschluß an das alte Gebäude erweitert.

Anstalten zur Versorgung Leidender

Unter den Neugründungen, die die überaus reiche Zahl von Anstalten vermehrt haben, die der Versorgung Leidender in unserem Lande dienen, ist als eine der wichtigsten das Schwachsinnigenheim Hall zu nennen. Längst schon fehlte es in den bestehenden Anstalten für Schwach- und Blödsinnige an Raum für bildungsunfähige Schwachsinnige. Die Errichtung einer weiteren Anstalt womöglich im nördlichen Teil des Landes war in Aussicht genommen. Die Zentralleitung brachte im Jahr 1900 bei dem Verwaltungsrat des Diakonissenhauses in Hall die Belegung eines ihrer beiden Krankenhäuser mit erwachsenen weiblichen Blöden in Anregung. Der Vorschlag fand günstige Aufnahme und wurde auch von dem kgl. Ministerium des Innern gebilligt. Am 1. Mai 1900 konnte der erste Pflegling aufgenommen werden. Dies bedeutete für die bestehenden Heilanstalten für Schwachsinnige insofern eine wesentliche Entlastung, als es ihnen ermöglicht wurde, bildungsfähige weibliche Personen der neuen Pfleganstalt zu überweisen und dadurch in ihren Häusern Raum zu schaffen für bildungsunfähige Schwachsinnige, von denen seither manche daheim verkümmern mußten. Aber schon im Jahre 1911 mußte, um dem starken Andrang zu genügen, für die Zwecke des Schwachsinnigenheims ein stattlicher Neubau mit 340 Betten erstellt werden.

Wesentliche Erweiterungen erfuhr die ältere Heil- und Pfleganstalt für Schwachsinnige und Epileptische in Stetten i. N. durch den Bau eines vierstöckigen Knabenhauses im Jahre 1892, einer Turnhalle im Jahre 1897 und namentlich durch die Errichtung eines neuen, zweckmäßig eingerichteten Schulhauses, in welchem sämtliche Klassen der Anstaltsschule in elf Schulzimmern untergebracht sind. Eine erhebliche Verbesserung wurde im Jahre 1911 durch den Bau einer Dampfeinrichtung zu Heiz-, Koch- und Waschzwecken in dem Schloßgebäude der Anstalt durchgeführt. Auch die Heil- und Pfleganstalt für Schwachsinnige in Mariaberg erfuhr durch eine Reihe von Neubauten erhebliche Erweiterungen und Verbesserungen. Dasselbe war der Fall bei den Pfleg- und Bewahranstalten Pfingstweide (für erwachsene Epileptiker) und Liebenau, beide im Oberamt Tettnang. In letzterer Anstalt wurde im Jahre 1906 ein Kinderheim errichtet, in welchem 70—80 nicht ganz bildungsunfähige schwachsinnige Kinder Pflege und Unterricht erhalten.

Die Erziehungsanstalt für bildungsfähige schwach sinnige Kinder katholischen Bekenntnisses hat in den letzten 25 Jahren wiederholt ihren Sitz gewechselt. Im Jahre 1868 wurde sie in Gmünd gegründet, befindet sich seit dem Jahre 1905 in dem Schloß Neresheim. Eine neue Anstalt für schwach sinnige und epileptische Kinder wurde im Jahre 1912 in Jngerkingen, Orl. Viberach, gegründet als Zweiganstalt der Pfleganstalt Heggbach. In dieser Anstalt, die den Namen „Kinderasyl Jngerkingen“ führt und Raum für 70 Kinder bietet, finden schwach sinnige und epileptische Kinder im Alter von zwei Jahren an Aufnahme; eine kleine Anstaltsschule sucht die nicht ganz blöden Kinder geistig zu wecken und zu fördern.

Auf dem Gebiet der Taubstummenfürsorge ist die von der Paulinenpflege Winnenden im Jahre 1906 durchgeführte Erbauung eines Asyls für erwachsene männliche und weibliche Taubstumme zu erwähnen. Seit der Errichtung dieses Taubstummenasyls besitzt die Paulinenpflege Winnenden eine vollständig ausgebaute Anstalt für Taubstumme, nämlich eine Taubstummenschule für Unterricht und Erziehung bildungsfähiger taubstummer Kinder, eine Pfleganstalt für nicht bildungsfähige Kinder und ein Asyl für erwachsene Taubstumme mit Lehrwerkstätten für Schneider, Schuhmacher und Korbmacher. Die von der Kongregation der barmherzigen Schwestern in Untermarchtal gegründete und betriebene Privattaubstummenanstalt St. Joseph in Gmünd für katholische taubstumme Kinder mußte, weil ihre Räume zu eng geworden waren, eine wesentliche Erweiterung des Anstaltsgebäudes durchführen.

Auf dem Gebiet der Blindenfürsorge kann von nachstehenden Neugründungen berichtet werden. Die Nikolauspflege für blinde Kinder in Stuttgart verlegte im Jahre 1908 ihre Räume in den auf luftiger Höhe der Feuerbacher Heide an der Kräherwaldstraße errichteten Neubau, der zur Aufnahme von 85 Zöglingen im Alter von 7—18 Jahren eingerichtet ist. Durch die den heutigen Anforderungen der Blindenbildung aufs beste entsprechende neue Anstalt wurde dem Mangel an Bildungsgelegenheit für Blinde in unserem Lande auf absehbare Zeit abgeholfen. Am 27. Juni 1909 wurde in Stuttgart von einer größeren Anzahl Blinder der „Württembergische Blindenverein“ gegründet, der die Förderung des Wohls der württembergischen Blinden auf gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet zum Zweck hat.

Die Samariterstiftung in Stuttgart verlegte im Jahre 1904 das Samariterheim für weibliche erwachsene gebrechliche Personen von Stammheim in das von ihr erworbene Schloß Obersonthem, Orl. Gaildorf. Pflegebedürftigen Frauen jeden Standes gewährt das im Jahre 1903 eröffnete Frauenheim (früher Privatkrankenhaus) in Ludwigsburg Aufnahme. Das Evangelische Diakonissenhaus in Hall gründete im Jahre 1906 ein Frauenheim und im Jahre 1908 für dauernd pflegebedürftige Frauen ein Frauenasyl.

An orthopädischen Heilanstalten wurde 1892 neu gegründet: die Kinderheilstalt Ebenezer in Heilbronn, die vorzugsweise skrofulöse, rachitische, orthopädischer oder chirurgischer Behandlung bedürftige Kinder vom 1.—14. Lebensjahr aufnimmt. Das im Jahre 1907 vom Bistum Rottenburg gegründete, ursprünglich anderen Zwecken gewidmete „St. Antonius-haus“ bei Pfauhausen, OA. Eßlingen, wurde im Jahre 1912 als Krüppelheim der Fürsorge für krüppelhafte Kinder katholischen Bekenntnisses dienstbar gemacht. Neubauten errichteten die Olgaheilstalt in Stuttgart im Jahre 1907 und 1915 und die Armenheilstalt Paulinenhilfe für orthopädische Kranke in Stuttgart in den Jahren 1897—1899. Erholungsbedürftigen gewähren Aufnahme das 1894 gegründete erste öffentliche Erholungshaus in Heilbronn und das Erholungshaus für Minderbemittelte in Freudenstadt, das im Jahre 1899 errichtet wurde. Im Jahre 1901 wurde sodann für unbemittelte Erholungsbedürftige die Mathildienstiftung ins Leben gerufen, die Unterstützungsbeiträge gewährt, um unbemittelten Erholungsbedürftigen die nötige Erholung zu verschaffen.

Der Erholung der Veteranen dient das vom Württembergischen Kriegerbund in Heiligkreuztal, OA. Riedlingen, im Jahre 1913 eingerichtete Kriegererholungsheim.

Als ein wichtiges Glied wurde der reichen Kette wohlthätiger Anstalten unseres Landes im Jahre 1906 eingefügt die letzte Schöpfung des verstorbenen Direktors Johannes Ziegler in Wilhelmsdorf, die „Trinkerheilstätte Zieglerstift Haslachmühle“ bei Wilhelmsdorf, OA. Ravensburg, die einem längst als besonders dringend erkannten Bedürfnis entgegenkam und einem vielbeklagten Notstand Abhilfe brachte. In Anbetracht der vielen Opfer, die die Trunksucht in unserem Volke fordert, wurde die Eröffnung der Anstalt als ein großer Segen empfunden, und in den zehn Jahren ihres Bestehens ist sie gar manchem Trunksüchtigen und vielen Familien zur Rettung aus schwerer Not geworden.

Zu den Anstalten, die der Unterbringung einsamer alter Personen dienen, kam neu hinzu das Invalidenhaus St. Joseph in Altshausen, OA. Saulgau, das im Jahre 1899 in den Räumen der ehemaligen Zuckerfabrik daselbst gegründet wurde. Sie bietet älteren gebrechlichen Personen wie auch allein stehenden pflegebedürftigen Leuten eine Heimstätte und erfuhr in den Jahren 1903 und 1906 mehrfache Erweiterungen. Im Jahre 1904 wurde das Haus der Barmherzigkeit von Eßlingen nach Staigacker, Gemeinde Backnang, verlegt. Die Anstalt gewährt armen alten, erwerbsunfähig gewordenen Landesangehörigen beiderlei Geschlechts und ohne Unterschied des Bekenntnisses eine Zufluchtstätte im Sinne wahrer christlicher Nächstenliebe. Am 21. Mai 1907 wurde sodann in Sontheim, OA. Heilbronn, das von dem Israelitischen Landesasyl- und Unterstützungsverein für Württemberg errichtete Israelitische Landesasyl „Wilhelmsruhe“ eröffnet. Diese Anstalt gewährt alten und erwerbsunfähigen Israeliten Württembergs Aufnahme.

Anstalten zur Ausbildung von Pflegepersonal

An Anstalten, die zur Ausbildung der persönlichen Kräfte für den Dienst an Kranken, Armen usw. dienen, besitzt unser Land die bewährten Einrichtungen der religiösen Genossenschaften, auf der evangelischen Seite die 1854 gegründete Evangelische Diakonissenanstalt in Stuttgart und das 1886 in Schwäbisch-Hall gegründete Evangelische Diakonissenhaus, auf der katholischen Seite das 1858 gegründete Mutterhaus der barmherzigen Schwestern vom Orden des heiligen Vinzenz in Untermarchtal, OA. Ehingen, das Mutterhaus der barmherzigen Schwestern vom 3. Orden des heiligen Franziskus, seit 1871 in Reute, OA. Waldsee, und das 1856 gegründete Mutterhaus der Schwestern von der Buße und christlichen Liebe aus dem 3. Orden des heiligen Franziskus im Kloster Heiligenbronn, OA. Oberndorf. Auch auf israelitischer Seite wurde eine Schwesternschaft gegründet. Im Jahre 1905 wurde in Stuttgart zunächst in einer Mietwohnung ein jüdisches Schwesternheim eingerichtet, worauf im Jahre 1913 zur Erbauung eines eigenen Hauses (Dillmannstraße Nr. 19) für das Heim geschritten wurde.

Zu diesen Einrichtungen der religiösen Genossenschaften kam im Jahre 1872 die vom Verein für Krankenpflegerinnen in Heilbronn ins Leben gerufene Krankenpflegerinnenschule im Olga-Haus und nach dessen Auflösung im Jahre 1892 das Mutterhaus der Olga-Schwestern in Stuttgart, vom neugegründeten Verein für Krankenpflegerinnen in Stuttgart in Verbindung mit einem Vereinskrankenhaus (Karl-Olga-Krankenhaus) errichtet und am 1. April 1894 dem Betrieb übergeben. Damit war den einst im Olga-Hause in Heilbronn ausgebildeten Krankenpflegerinnen wieder ein Mutterhaus beschert und eine Ausbildungsstätte für neue Kräfte geschaffen. Die Gewinnung solcher erwies sich im Interesse der weiteren Ausgestaltung und Durchführung einer geordneten Krankenpflege im Lande schon seit Jahren als sehr notwendig, da die bestehenden Genossenschaften für Krankenpflege dem immer mehr zunehmenden Bedarf an Krankenschwestern in Stadt und Land entfernt nicht mehr zu entsprechen vermochten. Die neue Anstalt konnte daher nur dankbar begrüßt werden, und die rasche Zunahme ihres Besuchs zeigte aufs deutlichste, daß ihr in vielen Kreisen großes Vertrauen entgegengebracht wurde. Bald machten die Bestrebungen zur Verbesserung der Krankenpflege in Stadt und Land erfreulicherweise größere Fortschritte; die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer geordneten Krankenpflege drang namentlich auch auf dem Lande immer mehr durch, und die Gemeinden entschlossen sich, in dieser wichtigen Angelegenheit auch größere Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Die Zentralleitung für Wohltätigkeit förderte die Errichtung von Gemeindekrankenpflegen bei weniger leistungsfähigen Gemeinden durch Gewährung von Beihilfen zu den Gründungskosten und zum Betriebsaufwand.

Am 1. Januar 1914 waren in 693 Gemeinden des Landes Krankenpflegestationen vorhanden. Eine Verbesserung der Krankenpflege wurde auch angestrebt durch die Einführung von Krankenpflegekästen, sogenannten Charlottenpflegen, in ländlichen Gemeinden. Zu diesem Zweck hat sich im Jahre 1898 ein besonderes „Komitee zur Einführung der Krankenpflegekästen (Charlottenpflegen) in Landgemeinden“ gebildet. Die Charlottenpflegen sind besonders wertvoll in solchen Gemeinden, in denen die Einrichtung einer Krankenpflegestation noch nicht möglich oder überhaupt unmöglich ist, so z. B. weil die Gemeinde zu klein oder zu arm ist für eine solche Einrichtung. Voraussetzung für die Anschaffung einer Charlottenpflege muß aber immer sein, daß eine für eine sachkundige Behandlung und Anwendung der Krankenpflegemittel Gewähr bietende Persönlichkeit im Ort vorhanden ist. Bis zum 1. Januar 1914 wurden in unserem Lande 460 Charlottenpflegen aufgestellt. Eine überaus wertvolle Förderung der Bestrebungen zur Hebung der Krankenpflege auf dem Lande bildete die Zuwendung von 30 000 M., die der Zentrallleitung von Ihren Königlichen Majestäten aus der Blumentagspende vom 8. Mai 1911 für diesen Zweck zur Verfügung gestellt worden war.

Bei diesen erfreulichen Fortschritten auf dem Gebiete der Krankenpflege auf dem Lande wurde die Gewinnung und Ausbildung weiterer tüchtiger Krankenpflegerinnen eine besonders brennende Frage. Um zur Lösung dieser Frage beizutragen, bildete sich im Jahre 1913 der „Verband für besoldete Krankenpflegerinnen von christlicher Gesinnung“, der sich zur Aufgabe machte, tüchtige Krankenpflegerinnen von christlicher Gesinnung auszubilden und zu vermitteln. Die Ausbildung der Krankenschwestern erfolgt zunächst im Bezirkskrankenhaus Herrenberg unter Beihilfe der Diakonissenanstalt Stuttgart. Außerdem will der Verband solchen seither freien Schwestern, die ihr Alleinstehen bedauerten und eine christliche Leitung für sich vermißten, Zusammenschluß und Beratung für ihr äußeres und inneres Leben gewähren.

Neben den Schwesternschaften der verschiedenen Bekenntnisse hatte sich im Jahre 1899 in Stuttgart ein paritätischer „Pflegegeschwesternverband“ gebildet mit dem Zweck, Schwestern für Privatpflege, für Anstalten u. dergl. zur Verfügung zu stellen sowie ihnen eine Heimat, Erwerbsgelegenheit und Unterstützung in besonderen Notfällen zu bieten. Im Jahre 1910 erreichte dieser Verband den Anschluß an den Württembergischen Landesverein vom Roten Kreuz und verpflichtete sich, die Schwestern des Verbands für den Fall der Mobilmachung zur Verfügung zu stellen. Er führt seitdem den Namen „Pflegegeschwesternverband vom Roten Kreuz“.

Einrichtungen zur Bekämpfung der Lungentuberkulose

Auf dem Gebiet der Krankenfürsorge ist sodann der großen Fortschritte zu gedenken, die im Kampf gegen die verbreitetste und verheerendste Volkskrankheit, die Lungentuberkulose, in den letzten Jahrzehnten

erzielt worden sind. Im Jahre 1897 wurde auf Anregung der Zentralleitung der Verein für Volksheilstätten in Württemberg gegründet, der den Zweck verfolgt, an geeigneten Orten des Landes Volksheilstätten für Lungenkranke zu errichten und unbemittelten Lungenkranken durch Gewährung von Unterstützungen die Aufnahme in diese Anstalten zu ermöglichen. Im Jahre 1899 erbaute dieser Verein die erste württembergische Volksheilstätte für männliche Lungenkranke in „Wilhelmsheim“ bei Reichenberg, OA. Backnang, die im Oktober 1900 den Betrieb eröffnete. Am 1. Oktober 1904 ging sie auf Ersuchen der Versicherungsanstalt Württemberg in deren Besitz und Betrieb über, wodurch es dem Verein ermöglicht wurde, an anderem Ort eine nicht nur für Männer, sondern auch für Frauen und Kinder des Mittelstands, überhaupt der weniger Bemittelten, nicht unter die gesetzliche Arbeiterversicherung fallenden Kreise der Bevölkerung bestimmte Lungenheilstätte „Charlottenhöhe“ bei Calmbach, OA. Neuenbürg, zu errichten. Sie bietet in zwei getrennten Gebäuden Raum für 100 Kranke beiderlei Geschlechts und wurde im Mai 1907 eröffnet.

Auch die Bezirkswohltätigkeitsvereine wurden im Jahre 1909 durch das Kgl. Ministerium des Innern und die Zentralleitung für Wohltätigkeit zur Mitarbeit in der Tuberkulosebekämpfung aufgerufen. Der Aufwand der Bezirkswohltätigkeitsvereine für Zwecke der Tuberkulosebekämpfung betrug im Jahre 1911/12 28 512 M., 1912/13 34 281 M., 1913 44 759 M., wovon ihnen mit Hilfe eines Beitrags der Versicherungsanstalt Württemberg, des Kgl. Ministeriums des Innern und der Zentralleitung durchschnittlich die Hälfte wieder ersetzt werden konnte. Noch ist auf dem Gebiete der Tuberkulosebekämpfung zu erwähnen die verdienstvolle Tätigkeit der Fürsorgestellten für Tuberkulöse in Stuttgart, Ulm, Heilbronn, Feuerbach, Ravensburg, Reutlingen und Isny. In Stuttgart wurde außer der städtischen Fürsorgestelle im Jahre 1913 noch eine Fürsorgestelle für tuberkulöse Versicherte und deren Angehörige für Stuttgart und Umgebung von der Versicherungsanstalt Württemberg errichtet.

Vereine und Anstalten für soziale Fürsorge

Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen

Ein ganz hervorragendes Verdienst hat sich unter der Führung seines Vorsitzenden, Geheimen Hofrats Dr. Eduard von Pfeiffer, der Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen in Stuttgart durch seine umfassende Tätigkeit im Gebiet der Wohnungsfürsorge, die weithin vorbildlich geworden ist, erworben. Zum Zweck der Förderung der Interessen und der Hebung der sittlichen und wirtschaftlichen Zustände der arbeitenden Klassen im Jahr 1866 gegründet, darf der Verein jetzt auf eine 50jährige, von reichem Erfolg gekrönte Wirksamkeit zurückblicken. Von Anfang an hat er der Wohnungs-

frage seine besondere Aufmerksamkeit zugewandt und die Schaffung von gesunden und billigen Wohnungen für einzelstehende Arbeiter wie für Arbeiterfamilien in Stuttgart sich zur Aufgabe gemacht. Schon im ersten Jahre seines Bestehens beschäftigte er sich mit der Frage einer besseren Fürsorge für die Fabrikarbeiterinnen und besonders mit den schweren Gefahren des Schlafstellenwesens, denen durch Gründung von Heimen für Arbeiterinnen wirksam entgegengetreten werden sollte; im Blick auf die anderen Aufgaben jedoch, die er sich gestellt hatte, hielt er es für zweckmäßiger, für die Lösung dieser Aufgabe einen besonderen Verein ins Leben zu rufen: den in reger Fühlung mit ihm stehenden „Verein zur Fürsorge für Fabrikarbeiterinnen“, der jetzt in den zwei von ihm erbauten stattlichen Heimen 240 Arbeiterinnen eine freundliche, gern aufgesuchte Herberge bietet.

Später, als er mehr erstarbt war, nahm der Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen die Erbauung von Heimen für die männliche Arbeiterschaft selbst in die Hand; im November 1890 konnte er das sehr zweckmäßig eingerichtete Arbeiterheim, das 25 Einzelzimmer und 100 Zimmer mit je zwei Betten und überdies große Räume für die Zwecke des Arbeiterbildungsvereins und einen bis zu 2000 Personen fassenden Saal enthält, dem Betrieb übergeben. Das immer dringlicher sich geltend machende Bedürfnis nach weiteren ähnlichen Einrichtungen veranlaßte den Verein zur Erbauung des „Ledigenheims“ bei der Villa Berg, das in 108 Zimmern 200 Männer beherbergen kann und im Sommer 1911 in Betrieb gesetzt wurde. In weit größerem Maße hat sich aber der Verein in der Beschaffung von Familienwohnungen für die Arbeiterbevölkerung Stuttgarts betätigt durch die Gründung der drei Wohnungskolonien Ostheim, Südheim und Westheim. Die Kolonie Ostheim, 1891—1897 mit einem Aufwand von 3607000 M. erbaut, zählt rund 1200 Wohnungen und besitzt an Wohlfahrtseinrichtungen eine Krippe mit Abgabe von Säuglingsmilch, eine Kleinkinderpflege, eine Volksbücherei und einen öffentlichen Kinderspielplatz. Die Kolonien Südheim und Westheim wurden 1901—1903 erstellt und bestehen, die erstere aus 128, die letztere aus 95, zusammen also aus 123 Wohnungen.

Hat sich bis dahin die Bautätigkeit des Vereins auf die Erstellung von Neubauten in den Außenteilen der Stadt beschränkt, so hat der Verein sich nunmehr der nicht minder wichtigen, aber auch viel schwierigeren Aufgabe der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse in der Altstadt zugewandt und in den Jahren 1904 und 1905 an den bedenklichsten Stellen die bessernde Hand angelegt; es handelte sich um drei Häusergruppen mit zusammen 16 Häusern und 42 Wohnungen, die 136 Bewohner zählten. Bei dem Zustand dieser Häuser konnte von einem Umbau keine Rede sein, sie mußten niedergelegt und in einer den Forderungen der Gesundheitspflege entsprechenden Weise Neubauten erstellt werden. Noch waren diese Arbeiten nicht ganz beendet, als der Verein ein weit größeres Unternehmen vorzubereiten begann, den Umbau eines großen Teils des zwischen der Eberhard-

straße, Steinstraße, Algenplatz und Nädlerstraße gegen den Marktplatz sich hinziehenden Gebiets der Altstadt, der allein für Grunderwerbungen gegen 3000 000 M. erforderte. 87 Häuser wurden niedergelegt, an ihrer Stelle nach Erweiterung der Straßen 34 neu aufgeführt, darunter der Graf-Eberhard-Bau mit 1700 qm Grundfläche. Die Baukosten für die vom Verein für seine eigene Rechnung erstellten Häuser beliefen sich auf mehr als 1½ Millionen Mark.

Eine sehr wertvolle Ergänzung fand die Bautätigkeit des Vereins durch Erstellung der Wohnungskolonie Ostenaу für mittlere Beamte, Privatangestellte usw. in den Jahren 1911–1913. Die überaus freundlich und gesund gelegene Kolonie umfaßt 261 gut ausgestattete drei- bis vierzimmerige Wohnungen. Damit hat der Verein seine Tätigkeit im Gebiet der Wohnungsfürsorge, durch die er sich ein nicht hoch genug zu schätzendes Verdienst um die Stadt Stuttgart erworben hat, vorläufig zu einem gewissen Abschluß gebracht.

Weiterhin sind die großen Fortschritte zu erwähnen, die auf dem Gebiete der Fürsorge für die ortsfremde Bevölkerung in den letzten 25 Jahren erreicht worden sind. Diesem Zweck dienen für die männliche Bevölkerung die Herbergen zur Heimat, deren zurzeit 11 in Württemberg bestehen, die Gesellenhäuser (zurzeit 11) und die vom Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen in Stuttgart ins Leben gerufenen Anstalten: das „Arbeiterheim“ und das „Ledigenheim“. Unter den Herbergen für weibliche Personen ist eine ganze Reihe von Neugründungen zu verzeichnen; so in Stuttgart das Marthahaus der Evangelischen Diakonissenanstalt, das Charlottenheim, die Marienanstalt, das Mädchenheim II des Vereins zur Fürsorge für Fabrikarbeiterinnen in der Karlsvorstadt Heslach, das Ottilienheim des Vereins zur Fürsorge für Gasthofgehilfinnen, das neue Heim der Wabenhofmission des Vereins der Freundinnen junger Mädchen und die Fabrikarbeiterinnenheime in Cannstatt, Ebingen, Tübingen, die Marienheime in Ebingen und Gmünd, das St.-Josephs-Haus in Ravensburg, die Mädchenheime in Ulm und Heilbronn.

Verein für ländliche Wohlfahrtspflege

Unter den sonstigen Veranstaltungen zur Hebung der Volkswohlfahrt ist die im Jahre 1905 erfolgte Gründung des Vereins für ländliche Wohlfahrtspflege in Württemberg und Hohenzollern hervorzuheben. Der Verein verfolgt den Zweck, die ländliche Bevölkerung materiell und geistig zu heben und das Heimatgefühl zu wecken. Diesen Zweck sucht er zu erreichen durch Anregungen im Gebiet der Kranken- und Gesundheitspflege, Kinderfürsorge und Jugendpflege, der wirtschaftlichen Ausbildung und Weiterbildung besonders der weiblichen Jugend durch Wanderkochkurse, Näh- und

Flickkurse, Errichtung von Schul- und Jugendsparkassen und Einführung lohnender Heimarbeiten. Auf geistigem Gebiete läßt sich der Verein die Förderung nachstehender Zweige angelegen sein: Verbreitung guten und billigen Wandschmucks, Pflege heimischer Bauweise, Erhaltung ländlicher Volkstrachten, künstlerische Pflege der Friedhofsanlagen und insbesondere Anregung zum Bau von Gemeindegäusen, deren unser Land nunmehr über 30 besitzt. Außerdem gibt der Verein ein Blatt, „Die schwäbische Heimat“, heraus, das allmonatlich erscheint.

Verein zur Förderung der Wanderarbeitstätten

Durchgreifende Erfolge sind im letzten Jahrzehnt auf dem Gebiet der Fürsorge für die arbeit- und mittellosen Wanderer erzielt worden. Nach jahrelangen Bemühungen um eine zeitgemäße Neugestaltung der Wandererfürsorge wurde im Jahre 1908 in engster Verbindung mit der Zentralleitung für Wohltätigkeit auf Veranlassung des R. Ministeriums des Innern der „Verein zur Förderung der Wanderarbeitstätten in Württemberg“ ins Leben gerufen mit der Aufgabe, im ganzen Lande ein planmäßiges Netz von Wanderstraßen und Wanderarbeitstätten herzustellen. Zunächst setzte der Verein eine für die Verhältnisse unseres Landes geeignete Wander- und Arbeitsordnung fest und versuchte sodann, zuerst im mittleren Teile des Landes, ein in sich möglichst geschlossenes Netz von Wanderarbeitstätten einzurichten. Nachdem von dem Rgl. Ministerium des Innern die Gewährung von staatlichen Beiträgen für die Einrichtung in Aussicht gestellt wurde, war auch bei anfangs Zögernden größere Geneigtheit für die Errichtung von Wanderarbeitstätten zu finden. Durch das einhellige Zusammenwirken von Staat, Bezirks- und Gemeindeverwaltungen einerseits und der freiwilligen Vereinstätigkeit andererseits gelang es im Jahre 1909, ein auf einheitlichen Grundsätzen aufgebautes Netz von Wanderarbeitstätten und Wanderstraßen im mittleren Teile des Landes zustande zu bringen.

Am 1. Oktober 1909 eröffneten 27 Wanderarbeitstätten den Betrieb: Aalen, Badnang, Blaubeuren, Böblingen, Calw, Crailsheim, Eßlingen, Geislingen, Gmünd, Göppingen, Hall, Heidenheim, Heilbronn, Herrenberg, Horb, Leonberg, Ludwigsburg, Münsingen, Nagold, Oberndorf, Reutlingen, Rottweil, Stuttgart, Tübingen, Tuttlingen, Ulm, Waiblingen a. E. Schon das erste Jahr ihres Bestehens zeigte auf das deutlichste, daß die gegen die Wanderarbeitstätten vorgebrachten Einwendungen und Befürchtungen nicht begründet waren. Vom 1. Oktober 1909 bis 30. September 1910 beherbergten die genannten Wanderarbeitstätten 82212 arbeit- und mittellose Wanderer mit einem Verpflegungsaufwand von 81560 M 59 Pf., daneben wurden 9307 nicht im Besitze eines Wanderscheins befindliche Wanderer in 19623 Verpflegungstagen in den neben den Wanderarbeitstätten bestehenden Obdachloseneinrichtungen verpflegt. Der Besuch

der Wanderarbeitstätten war somit von Anfang an ein sehr reger. Die Wirkung der Einrichtung war folgende: In den 27 Oberamtsbezirken mit Wanderarbeitstätten sank die Zahl der Anzeigen wegen Bettels und Landstreicherei trotz verschärften Vorgehens der Polizeibehörden von 13646 in der Zeit vom 1. Oktober 1908 bis 30. September 1909 auf 3303 in denselben Monaten 1909/10, also um 10 343 oder 75,8 %, der Aufwand an Haftvollstreckungskosten von 108 957 *M* auf 50 583 *M*, d. h. um 58 374 *M* oder 53,57 %, und der Aufwand an Gefangenentransportkosten von 30 550 *M* auf 13 534 *M*, hiernach um 17 016 *M* oder 55,69 %, beide zusammen somit um 75 390 *M* oder 54 %. Die Ersparnis an Haftvollstreckungs- und Gefangenentransportkosten war somit eine sehr erhebliche. Eine weitere Wirkung war die, daß die vorher sehr starke und als überaus lästig empfundene Inanspruchnahme der Bevölkerung durch „arme Reisende“ fast ganz aufhörte. Die Wanderer selbst wurden durch die Wanderarbeitstätten und die mit ihnen verbundenen Arbeitsnachweise besser versorgt und vor den mancherlei Gefahren der Landstraße bewahrt.

Auf Grund dieser guten Erfahrungen wurde das Wanderarbeitstättennetz im Jahre 1910 weiter ausgebaut durch Errichtung einer Wanderarbeitstätte in Öhringen und durch den Anschluß Oberschwabens mit Wanderarbeitstätten in Biberach, Laupheim, Leutkirch, Ravensburg, in der Arbeiterkolonie Dornahof für das Oberamt Saulgau, in Friedrichshafen, Otl. Tett nang, Waldsee, Wangen und Isny, Otl. Wangen, die am 1. November 1910 den Betrieb eröffneten. Die Wirkung dieser zehn neuen Wanderarbeitstätten war nach Ablauf des ersten Betriebsjahres ebenfalls eine sehr gute. Nachdem so auch der südliche Teil des Landes mit gutem Erfolg an das bestehende Wanderarbeitstättennetz angeschlossen war, machte sich der Verein daran, das bestehende Wanderarbeitstättennetz auch noch auf den Norden des Landes auszudehnen. Am 15. November 1913 konnten weitere drei Wanderarbeitstätten, Rünzelsau, Schrozberg, Otl. Gerabronn, und Mergentheim, den Betrieb eröffnen. Damit erhöhte sich die Zahl der bisherigen 37 Wanderarbeitstätten mit Beginn des fünften Betriebsjahrs auf 40. Das Wanderarbeitstättennetz umfaßt jetzt bis auf wenige Lücken das ganze Land.

Bei der Durchführung des Werks war von besonderem Werte die kräftige Unterstützung, die die Bevölkerung selbst dem Verein zur Förderung der Wanderarbeitstätten zuteil werden ließ, indem sie lieber den Verein unterstützte, statt Almosen an den Türen an unbekannte Bettler zu verabreichen. In der Zeit vom 1. Oktober 1913 bis 30. September 1914 wurden die 40 Wanderarbeitstätten des Landes von 235 153 Wanderern mit einem Verpflegungsaufwand von 243 750 *M* in Anspruch genommen. An Wandererhein wurden 12 753 Stück ausgestellt. Im sechsten Betriebsjahr, vom 1. Oktober 1914 bis 30. September 1915, das ein volles Kriegsjahr umfaßt und in dem der Betrieb der Wanderarbeitstätten voll aufrechterhalten wurde, betrug die Zahl der Gäste nur 71 916 mit einem Verpflegungsaufwand

von 76 369 *M* und die Zahl der ausgestellten Wanderscheine nur 4286. Die Zahl der Besucher der Wanderarbeitstätten verringerte sich somit um 163 237 oder 69,41 % und die Zahl der Wanderscheine um 8467 oder 66,39 % gegenüber dem Vorjahr. Der Krieg hat also auch hier wie überall in einschneidender Weise gewirkt.

Württembergische Sparkasse

Zum Schluß ist noch einer überaus segensreichen Einrichtung zu gedenken, die in ganz hervorragender Weise zur Hebung des Volkswohlstandes beiträgt, der im Jahre 1818 von der Königin Katharina mit Genehmigung der Staatsregierung gegründeten und mit der Zentralleitung für Wohltätigkeit in Verbindung gesetzten Württembergischen Sparkasse (Landessparkasse). Sie untersteht der besonderen Fürsorge des Königs und der Schutzherrschaft der Königin und ist im Unterschied von den anderen Sparkassen des Landes, die für alle Kreise der Bevölkerung zugänglich sind, lediglich für die Angehörigen der minderbemittelten Volksklassen bestimmt. In den demnächst 100 Jahren ihres Bestehens wirkte sie in der Förderung und Ausbildung des Sparwesens vorbildlich und erlangte für das ganze Land in volkswirtschaftlicher Beziehung eine große Bedeutung. Ihre Entwicklung in den letzten 25 Jahren war eine überaus günstige. Die Zahl der Einleger betrug am 31. Dezember 1891: 126 309, am 31. Dezember 1915: 217 293, sie nahm somit um $144\,984 = 115\%$ zu. Das Gesamtguthaben der Einleger belief sich am 31. Dezember 1891 auf 64841094 *M* 09 Pf. und am 31. Dezember 1915 auf 232208924 *M* 12 Pf., es hat sich somit um $167\,367\,830\,M\,3\,Pf. = 258\%$ erhöht. Die Zahl ihrer Agenturen erhöhte sich von 503 im Jahre 1891 um 157 auf 660 am 31. Dezember 1915. Durch den Ausbruch des Kriegs wurde sie vor besonders große und schwierige Aufgaben gestellt, die sie aber glücklich zu überwinden in der Lage war. An den Kriegsanleihen beteiligte sie sich für ihre Einleger und für sich selbst mit der Summe von 80 000 000 *M*, ein glänzender Beweis für die Leistungsfähigkeit der Anstalt. Für Zwecke der Kriegsbeihilfe machte sie außerdem bis jetzt Zuwendungen im Gesamtbetrag von 55 600 *M*, wie sie auch sonst durch Gewährung nieder verzinslicher Darlehen für gemeinnützige Zwecke und durch Zinsermäßigungen an ihre Schuldner bei großen Notständen schon viel Gutes gestiftet hat. Aus der ganz bedeutenden Zunahme der Zahl der Einleger und ihres Guthabens in den letzten 25 Jahren ist zu ersehen, daß die Württembergische Sparkasse in den Kreisen des dienenden und lohnarbeitenden Standes, für die sie seinerzeit gegründet wurde, sich ein großes Vertrauen erworben hat.

Wie diese Betrachtung der in den letzten 25 Jahren erreichten bedeutamen Fortschritte auf dem vielgestaltigen Gebiet der freien Liebestätigkeit

zeigt, besteht eine sichere Gewähr dafür, daß auch in den kommenden Jahrzehnten unter dem Schutze unseres erhabenen Königshauses die Werke der Wohltätigkeit eine unablässige Förderung erfahren werden zu Nutz und Frommen unserer Notleidenden und Bedrängten und damit zum Segen unseres ganzen Vaterlandes.

Der Landesverein vom Roten Kreuz

Von Theodor Bickes

Das Württembergische Rote Kreuz, im Jahre 1863 als erste deutsche Organisation des großen Liebeswerkes durch Pfarrer Dr. Hahn ins Leben gerufen, kann heute, nach 53 Jahren, auf eine Zeit reich an Arbeit, an Mühe und Sorgen, aber auch reich an Erfolgen, an Taten edelster und segensreichster Nächstenliebe mit Befriedigung und berechtigtem Stolz zurückblicken. Es war nicht immer eine leichte Aufgabe, dem Verständnis für diese neue Liebestätigkeit, von deren Notwendigkeit heute wohl jedermann in unserem Volke durchdrungen ist, die Wege zu bahnen. Das Interesse für das heutige Rote Kreuz, das bereits im Jahre 1864, dann 1866 und vor allem im Jahre 1870/71 sich auf das beste bewähren konnte, schien in der langen Zeit des Friedens allmählich erlahmen zu wollen. Ende der achtziger Jahre sah sich der Landesverein sogar vor eine schwere innere Krisis gestellt. Sein Mitgliederstand war auf die Zahl 49 herabgesunken und damit das Weiterbestehen des Vereins ernstlich gefährdet. Es ist das große Verdienst des Präsidenten von Rüdinger, der 1887 die Leitung des Vereins übernommen hatte, durch eine energische Werbetätigkeit das drohende Verhängnis abgewendet zu haben. Seiner unermüdlichen Arbeit ist es zu verdanken, wenn die Mitgliederzahl sich allmählich hob, so daß mit dem Beginn des letzten Jahrzehnts des vorigen Jahrhunderts der Verein wiederum die stattliche Schar von 4000 Mitgliedern umfaßte. Damit war eine Zeit neuen Aufschwungs für den Verein angebrochen.

Die Arbeit von Rüdingers wurde unter Präsident von Gefler, der im Jahre 1895 an die Spitze des Vereins trat, in erfolgreicher Weise fortgesetzt. Die Mitgliederzahl wuchs ständig, die Erbauung des Karl-Olga-Krankenhaus für Zwecke des Roten Kreuzes konnte vorbereitet und größere Sendungen nach Südwestafrika, nach der Türkei usw. durchgeführt werden.

Im zweiten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts erhielt der Verein, dessen Leitung im Jahre 1907 an den Präsidenten Dr. von Seyer übergegangen war, endlich eine festgefügte Organisation, der nicht zuletzt es zu verdanken ist, wenn die gewaltigen Aufgaben, die der gegenwärtige Krieg an das Rote Kreuz stellte, eine glänzende Lösung finden konnten.

Zunächst galt es, Bezirksorganisationen zu schaffen, Depots für Sanitätsmittel in Stadt und Land zu gründen, Helferinnen zu gewinnen und auszubilden, die Sanitätskolonnen zu vermehren, Vereinslazarette vorzubereiten, einen Lazarettzug auszurüsten, der bald als mustergültig überall Anerkennung fand, vor allem aber einen schon 1887 vorgesehenen Mobilmachungsplan bis in die kleinsten Einzelheiten durchzuführen. Auf Grund aller dieser Vorarbeiten war der Verein dann auch in der Lage, bei dem überraschenden Ausbruch des gegenwärtigen Krieges sofort eine umfassende und fruchtbare Tätigkeit zu entfalten. In den Erfolgen, die der Landesverein in dieser mehr als zweijährigen Kriegsdauer aufweisen kann, liegt die Frucht der Arbeit der letzten 25 Jahre.

Die Mitgliederliste zählt jetzt 34 000 Namen, die höchste Zahl seit Bestehen des Vereins. Kein Dorf, in dem nicht die Sache des Roten Kreuzes treue Anhänger und Freunde hätte. Ein Beweis hierfür ist die glänzende Opferwilligkeit, die das schwäbische Volk in dieser schweren Kriegszeit an den Tag gelegt hat. Viele Millionen hat es dem Roten Kreuz anvertraut, von dessen Arbeit man einen Begriff bekommt, wenn man hört, daß der Geschäftsumsatz des Vereins in nunmehr 25 Kriegsmonaten in Einnahme und Ausgabe zusammen mehr als 43 Millionen Mark beträgt.

In 112 Vereinslazaretten und 51 Genesungsheimen, die wenige Tage nach der Mobilmachung bereits zur Aufnahme von Verwundeten bereitgestellt waren, haben inzwischen Behntausende Pflege und erfreulicherweise zum größten Teil Wiederherstellung ihrer Gesundheit gefunden. Der Aufwand hierfür betrug bisher über 13 Millionen Mark, der in der Hauptsache von der Militärverwaltung wieder ersetzt wurde.

In vier vom Verein gestifteten Lazarettzügen konnten Tausende von verwundeten deutschen Kriegern unter sorgsamer Pflege in die Heimat überführt werden.

Auf den Kriegsschauplatz sandte das Rote Kreuz 601 Pflegerinnen und 1616 Pfleger, während im Heimatgebiet 1281 Krankenpflegerinnen, 1226 Krankenpfleger und 453 weitere Personen tätig sind, alles in allem ein Gesamtaufgebot von 5177 Personen im Dienste der freiwilligen Krankenpflege. Vom freiwilligen Sanitätskorps haben 45 Kolonnen in unermüdlicher und mustergültiger Weise den Abtransport der Verwundeten in die heimischen Lazarette ausgeführt.

Mit Liebesgaben gingen nicht weniger als 600 Eisenbahnwagen mit einem Gesamtgewicht von weit über 100 000 Zentnern und einem Werte von mehr als $5\frac{1}{2}$ Millionen Mark allein aus Stuttgart hinaus, ohne die unzähligen Gaben, die aus den einzelnen Bezirken des Landes direkt den Truppen zugeführt wurden. In mustergültiger Weise wurde auch für das geistige Wohl der Truppen gesorgt: 600 000 Bücher und Zeitschriften und mehr als 3 Millionen Zeitungen fanden ihren Weg in die Schützengräben im Westen und Osten.

Auch bei der Fürsorge für deutsche Kriegsgefangene im Feindesland, bei der Ermittlung Vermißter, bei der Unterbringung von Flüchtlingen hat sich der Verein in hervorragender Weise beteiligt. Pakete und Geldsendungen im Werte von zirka 1 Million Mark, darunter über 250 000 M. aus eigenen Mitteln des Vereins, sind in die Gefangenenlager Frankreichs und Sibiriens hinausgesandt worden. Die durch den Landesverein im Juli d. J. durchgeführte Volkspende für diese Unglücklichen brachte in Württemberg den glänzenden Ertrag von 850 000 M.

Auf nähere Einzelheiten hier einzugehen, müssen wir uns mit Rücksicht auf den beschränkten Raum leider versagen. So mögen denn diese wenigen Zahlen reden von dem Umfang der Arbeit und von dem segensreichen Strom, der von dem Verein seither ausgeflossen ist.

Alle diese Arbeit war aber nur möglich dank dem treuen Zusammenwirken vieler Tausenden von Frauen und Männern, die in selbstloser und aufopfernder Weise sich in den Dienst dieser vaterländischen Sache gestellt haben. Dank vor allem aber der Opferwilligkeit unseres Volkes, das sich, wie seine Söhne draußen im Feld im Kampfe gegen eine Welt von Feinden, durch seine Taten in der Heimat ein Denkmal für alle Zeiten gesetzt und damit zugleich die schönste Gabe unserem König in seinem Jubeljahr dargebracht hat.

Hat doch unser König in den 25 Jahren seiner Regierung den Bestrebungen des Vereins, der seit dem Jahre 1892 sich des Allerhöchsten Schutzes der Königin erfreuen durfte, im Verein mit seiner hohen Gemahlin immer sein wärmstes Interesse und seine tatkräftige Unterstützung zuteil werden lassen.



Frauenbestrebungen

Von Frau Geheimrat Paula von Göz

Die Regierungszeit König Wilhelms II. ist für die Frauenbestrebungen in Württemberg eine Zeit des Aufschwungs. Sie haben sich in dieser Zeit vermehrt, ihre Ziele weiter gesteckt und vertieft, getragen und geweckt sowohl von dem Geist sozialer Gesinnung, der zur Zeit der Einführung der sozialen Reichsgesetze zur Beteiligung aufrief, als auch von der Frauenbewegung, die um die Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzend, erst in seinem letzten Jahrzehnt weitere Frauenkreise in Württemberg ergriff.

Obwohl in Württemberg nur eine Minderheit der Frauen extreme Ziele verfolgte, verlangten doch ihrer viele eine Erweiterung ihrer Befugnisse, wenn auch nur um erweiterte Pflichten übernehmen und sie zweckentsprechend erfüllen zu können. Dabei beförderte und erforderte das gesteigerte Wirtschaftsleben und das erweiterte Eintreten der Frauen in die Berufs- und Lohnarbeit ihren Zusammenschluß in Fach- und Berufsvereine in gleichem Maß, wie dies im übrigen Deutschland geschah.

Wenn lange Zeit für die Einrichtung und Einführung wohlthätiger und gemeinnütziger Unternehmungen hauptsächlich zwei Faktoren in Betracht kamen: die Kirche und die Kirchengemeinde einerseits, andererseits die Organe des Staats und der bürgerlichen Gemeinde mit im öffentlichen Leben stehenden Männern, so tritt nun als weiterer selbständiger Faktor die Frau mit ihrer Hilfsbereitschaft hinzu.

Der Schilderung der derzeitigen Frauenbestrebungen muß vorausgeschickt werden, daß die ganz außerordentlichen Verhältnisse, die der dem deutschen Volk aufgezwungene Krieg auch für Württemberg gebracht hat, und der Kriegszustand selbst eine Reihe neuer Frauenbestrebungen forderte. Diese

schließen sich in Stadt und Land dem Württembergischen Landesverein vom Roten Kreuz, dem für die Kriegszeit gegründeten Nationalen Frauendienst, dem Evangelischen Frauenbund und den verschiedensten konfessionellen und interkonfessionellen Landes- und Ortsfrauenvereinen an und arbeiten in Verwundetenpflege, Krieger- und Verwundetenfürsorge, Sorge für die Frauen und Kinder Ausmarschierter und für das Vaterland Gefallener, für sonst durch die Kriegszeit Geschädigte usw. Alle einzelnen Zweige dieser Arbeit zu nennen würde eine eigene Abhandlung erfordern. Es läßt sich auch zurzeit nicht beurteilen, was von diesen Bestrebungen in kommenden Friedenszeiten erhalten bleibt, deshalb sollen hier nur die in Friedenszeiten entstandenen bleibenden Bestrebungen geschildert werden. Sie werden hauptsächlich getragen von Vereinen, die entstanden. In vielen Fällen war es wohl eine Frau, die für einen Gedanken, der sie bewegte, ihre Person einsetzte und Gesinnungsgenossen suchte, um ihm Geltung und Gestalt zu verleihen; nicht immer beschränkt sie sich dabei auf ihre Geschlechtsgenossinnen, hoffend, durch männliche Beihilfe sicherer zum Ziele zu kommen. Die treibende Kraft war und blieb aber doch die Frau. In anderen Fällen war der gleiche Gedanke zugleich in vielen mächtig und führte so zur Vereinsbildung. Dem richtigen weiblichen Empfinden dürfte es entsprechen, wenn im folgenden kein Name Lebender genannt, sondern nur Frauen erwähnt werden, deren Leben und Aufgabe beendet ist.

Die Gebiete, auf denen sich die Frauenbestrebungen bewegen, sind vor allem folgende: Kinder- und Jugendfürsorge, Pflege der weiblichen schulentlassenen Jugend, Armenfürsorge, Krankenpflege, Bestrebungen zur Förderung der Berufsbildung sowohl, als der allgemeinen Bildung der Frauen, zur Vertretung der Berufsinteressen, der besonderen Fraueninteressen und Frauenrechte in mehr oder minder beschränktem Umfang. Dazu gesellt sich das Bestreben, Frauen in besonderen Abteilungen allgemeinen, namentlich Sammel- und Propagandavereinen anzuschließen.

Am nächsten liegt wohl für viele Frauen, bei ihrer mütterlichen Veranlagung, das Bestreben, für hilflose Kinder zu sorgen. Württemberg war schon in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts der klassische Boden der Kinderfürsorge. Die in jener Zeit neu erwachende Liebestätigkeit wandte sich in erster Linie der Kinderwelt zu und führte zur Gründung zahlreicher Kinderanstalten, für deren Pfleglinge wiederum neugegründete Frauenvereine die Verpflegungskosten aufbrachten. Der umfassendste dieser Vereine, zugleich der der Zeit nach in Leitung und Gliedern erste Frauenverein in Württemberg ist der Württembergische Frauenverein für hilfsbedürftige Kinder, gegründet 1834 von Frau Bergrat Wagner. Während der Regierungszeit König Wilhelms hat sich dieser Verein zeitgemäß entwickelt und ausgedehnt. Der Verein ist Landesverein, und mit den Stuttgarter Frauen sorgen gemeinsam Frauengruppen in Ebingen, Feuerbach,

Heilbronn, Ludwigsburg, Reutlingen, Schorndorf, Tübingen für hilfsbedürftige Kinder des ganzen Landes. Zweck des Vereins ist: für hilfsbedürftige, verwahrloste oder der Verwahrlosung ausgesetzte Kinder einzutreten, für ihre christliche Erziehung in einer geeigneten Familie oder Erziehungsanstalt bis zu ihrer Konfirmation zu sorgen und sie auch noch in der Ausbildung für einen Beruf zu unterstützen. Die Pfleglinge, gegenwärtig über 300, sind der fortgesetzten Aufsicht der Vorstandsmitglieder des Vereins unterstellt, deren jedes einige Kinder zu persönlicher Fürsorge übernimmt. Durch das Fürsorgeerziehungsgesetz nach einer Seite entlastet, nimmt sich der Verein auch in gesundheitlicher Beziehung hilfsbedürftiger Kinder an durch Unterbringung in Heilanstalten, und es widmen sich seine Mitglieder und zahlreiche ihnen angeschlossene Helferinnen der Beaufsichtigung der von Ortsarmenbehörden auf deren Kosten überall im Land untergebrachten Kinder. Seit 1910 hat der Verein ein von † Fräulein Klara Seybold gestiftetes Kindersyl übernommen, mit Hilfe der Stuttgarter Stadtverwaltung erweitert und führt es unter dem Namen Charlottensyl weiter.

Mitglieder dieses Vereins, durch langjährige praktische Tätigkeit bekannt mit den mancherlei die Kinderfürsorge und Jugendpflege hemmenden Umständen, haben sich eifrig an den Bemühungen beteiligt, Einfluß zu gewinnen auf die im öffentlichen und Rechtsleben in der Jugendfürsorge geltenden Grundsätze. Mit tatkräftiger Hilfe der Königin Charlotte, die diese Frauenbestrebungen unterstützte, wurde in der Folge der Landesverband für Jugendfürsorge gegründet, der Männer und Frauen mit gleichen Rechten und Pflichten, Vereine, Anstalten, Behörden und Private des ganzen Landes zu gemeinsamer Fürsorge für die Jugend verbindet.

Weitere Frauenvereine für verwahrloste oder sonst hilfsbedürftige Kinder sind fast gleichzeitig mit vorgenanntem Verein gegründet worden in Ulm, Eßlingen und Kirchheim u. T.; bei sonst gleichem oder ähnlichem Zweck beschränken sie ihre Tätigkeit aber auf die betreffende Stadt oder den betreffenden Bezirk. In Ulm hat der Verein die Schulkinderspeisung übernommen. Ebenso dient den ganz gleichen Zwecken, nur mit Beschränkung auf Kinder katholischer Konfession, aber auch mit Versorgung solcher des ganzen Landes, der Katholische Kinderrettungsverein, gegründet 1847 von Fräulein Anna Gesser. Auch dieser Verein ist ausschließlich Frauenverein in Leitung und Mitgliedern.

Gelten vorstehende Frauenbestrebungen den aus den verschiedensten Ursachen hilfsbedürftigen Kindern, so nehmen andere Frauenvereinigungen sich der in besonderem Maße hilfsbedürftigen, der unehelich geborenen Kinder und ihrer Mütter an.

Der Rettungsverein zum Guten Hirten (kath.) mit dem Zweck, sich sittlich gefährdeter Mädchen und Frauen anzunehmen und den Gefährdeten und Gefallenen zu einem geordneten Leben zu verhelfen, hat für sie

in Stuttgart die Heimstätte Paulusstift und für die Kinder seiner Schutzbefohlenen ein Kinder- und Säuglingsheim in Neuhausen a. F. errichtet. In Tübingen hat eine edle Menschenfreundin nicht geruht, bis sie es erreichte, daß um der Not und Sterblichkeit unter den mit ihren Müttern aus der Frauenklinik entlassenen Säuglingen zu steuern, ein Säuglingsheim für sie eröffnet wurde. Dank einer reichen Spende des Königspaares konnte im Jahr 1912 ein größeres Haus zu diesem Zweck erbaut und die Bestrebungen an den Verein für Kinderfreunde angeschlossen werden. Das Heim ist zugleich Lehrstätte für Säuglingspflegerinnen.

Der Württembergische Verein Mutterschutz hat, um die unehelichen Mütter zu schützen und sie einem geordneten Leben zuführen zu können in Stuttgart eine Beratungsstelle für solche eingerichtet und ein Mütter- und Kinderheim eröffnet.

In Stuttgart, Heilbronn, Reutlingen, Tübingen u. a. O. haben sich Frauen als Waisenpflegerinnen dem Gemeindewaisenrat zur Verfügung gestellt. In Stuttgart schlossen sie sich, um das Waisenpflegerinnenamt im Einklang mit dem Gemeindewaisenrat zu fördern, zu einem Verband zusammen, der, einer der ersten in Deutschland, für andere Städte vorbildlich wurde. Wertvolle Einrichtungen für die Waisenpfleglinge: eine Hilfskasse, ärztliche Untersuchung, die Anstellung beamteter Waisenpflegerinnen, das Gesetz betreffend die Kost- und Pflegekinder sind durch den Verband angeregt worden. Zum Austausch der Erfahrungen hält der Verband Voll- und Distriktsversammlungen.

Eine für das Wohl vor allem der Schulkinder wertvolle Einrichtung sind die auf Anregung der † Frau Oberbürgermeister Rümelin in Stuttgart gegründeten Kinderküchen, deren erste im Jahr 1895, später zwei weitere eröffnet wurden. Zahlreiche Frauen sind als Leiterinnen und Helferinnen ständig dabei tätig. Nach Kriegsbeginn hat der Verein mit kräftiger Hilfe der Stadtverwaltung sieben weitere Küchen eröffnet.

Zahlreiche Vereine und Einrichtungen für Kinderfürsorge im ganzen Land, z. B. Krippen usw., können hier nicht genannt werden, weil sie, obwohl vielfach Frauen die Hauptarbeit übernehmen, doch meist nicht ausschließlich Frauenbestrebungen zu verdanken und deshalb den Wohlfahrtsbestrebungen kirchlicher oder bürgerlicher Gemeinden zuzuzählen sind.

Umfangreiche Frauenbestrebungen gelten der schulentlassenen weiblichen Jugend sowohl in rettender Arbeit, da wo schon Schäden vorliegen, als in sie bewahrender und nach jeder Richtung fördernder Weise.

Der Württembergische Landesverein der Freundinnen junger Mädchen (evang.) und der katholische Mädchenschutzverein für die Diözese Rottenburg verfolgen die gleichen Zwecke je für ihre Konfession und stehen in guter Zusammenarbeit. Die Gründung beider steht

im Zusammenhang mit dem internationalen und interkonfessionellen Verein Freundinnen junger Mädchen, gegründet 1877 in Neuenburg in der Schweiz in Gemeinschaft mit anderen von Frau Humbert (geb. Müller), einer geborenen Stuttgarterin. Die internationale Liste des Vereins wies vor dem Krieg 15 220 Mitglieder in 22 Ländern auf. Der stärkste Zweig dieses gewaltigen Baums ist der deutsche. Zweck des Vereins wie der württembergischen Organisationen (evang. und kath.) ist: jedem jungen Mädchen, das das Elternhaus verläßt, um sein Brot zu verdienen, Rat und Schutz zu gewähren; also Beratung und Unterstützung stellensuchender, reisender, stellenloser Mädchen, Aufklärung über Gefahren, denen sie ausgesetzt sind, Sammeln der Mädchen in Vereinen und Heimen, wo ihnen Gelegenheit zur Weiterbildung und guter Geselligkeit geboten wird. Der Württembergische Landesverein hat gemeinschaftlich mit dem katholischen Mädchenschutz zu diesem Zweck in Stuttgart die tägliche Bahnhofsmission eingerichtet: stetige Anwesenheit der das Kennzeichen der Vereine tragenden Vertrauenspersonen auf dem Bahnhof bei den Zügen, seit 1913 mit einer besoldeten Berufsarbeiterin. Auch in Ulm und Friedrichshafen sind am 1., 15. und letzten des Monats freiwillige Kräfte der Vereine tätig. Die Tätigkeit der Bahnhofsmission hat zur Einrichtung des Bahnhofsheims (evang.) geführt, das in erster Linie Durchreisende und Stellensuchende beherbergt und zugleich seine Räume weiteren Zweigen der Jugendpflege geöffnet hat. Katholische Mädchen werden an die Marienanstalt (s. unten) gewiesen. Vertrauenspersonen beider Konfessionen sind auch sonst in ganz Württemberg in Stadt und Land tätig, um sich der jungen Mädchen anzunehmen, sie zu beraten und in Vereinen, Koch- und Nähkursen, Strick- und Flickabenden zu sammeln. In Ulm, Heilbronn, Reutlingen, Tübingen, Friedrichshafen sind Heime zu ihrer Aufnahme bereit. Die internationalen Verbindungen der Vereine ermöglichten Nachrichten vom und ins feindliche Ausland von bei Kriegeausbruch dort zurückgebliebenen Töchtern.

Ein Heim für im Erwerbsleben stehende katholische Mädchen bietet in drei Klassen die Marienanstalt in Stuttgart, gegründet 1887. Unter zielbewußter weiblicher Leitung stehend, wurde das Heim und die daran angeschlossene Arbeit stetig ausgebreitet. Eine Nähschule und Stellenvermittlung ist angeschlossen, Unterweisung zur Erlernung praktischer Hausarbeit wird geboten. 1894 wurde auf Anregung von Frauen das Charlottenheim, evangelisches Vereinshaus für Töchter, zu gleichem Zweck gegründet. Bedeutend vergrößert, wurde es 1903 von der „Evangelischen Gesellschaft“ übernommen, deren Vorstand für die Leitung des Heims ein Frauenausschuß zur Seite steht.

Der Israelitische Mädchenhilfsverein, gegründet 1894 in Stuttgart, unterstützt durch Gewährung von Schulgeldern, Beiträgen zu beruflicher Ausbildung unbemittelte begabte israelitische Mädchen. Kranke und Bedürftige werden vor Not geschützt; zu Heilverfahren und Erholungsurlaub werden Geldzuschüsse geleistet.

Bei dem Evangelischen Verband zur Pflege der weiblichen Jugend, gegründet 1899, und den entsprechenden katholischen Vereinigungen (den beiderseitigen Jungfrauenvereinen) sind weibliche Kräfte bei der Arbeit stark beteiligt, so vor allem auf evangelischer Seite die Pfarrfrauen, und seit 1906 eine verdienstvoll wirkende Reisesekretärin. Aber in engem Zusammenhang mit der Kirche stehend, von der sie vielfach ins Leben gerufen wurden, dürfen sie als besondere Frauenbestrebungen nicht in Anspruch genommen werden.

Auch in der Armenpflege können, so wichtig und weitverbreitet die Mitarbeit der Frauen ist, die allermeisten Einrichtungen nicht als ausschließliche Frauenbestrebungen genannt werden. Nur einzelne müssen erwähnt werden, weil sie ihre Gründung ausschließlich Frauen verdanken und die Leitung stetig in Frauenhänden liegt.

Der Paulinenverein zur Bekleidung armer Landleute, gegründet im Jahr 1846 durch Frau Koch, ist eine wohlthätige Veranstaltung für das ganze Land. Ein Frauenverein in Stuttgart (lange Jahre geleitet von der bekannten Armenfreundin Frau A. Keller-Rapff) arbeitet das ganze Jahr und läßt arbeiten, um durch Vermittlung der Pfarrämter an Landgemeinden für ihre Armen Kleidungsstücke schicken zu können. Die Königin Pauline, deren Namen der Verein trägt, wandte ihm, wie später ihre Nachfolgerinnen, ihre besondere Fürsorge zu. Eine ähnliche Wohlthätigkeitsbestrebung zugunsten der ärmsten Gemeinden des Landes ist der vor allem unter der weiblichen Jugend Mitglieder werbende Almeisenbund, der nach dem Vorbild der Staaivork-Vereniging in Holland organisiert wurde. Seine Mitglieder verpflichten sich, jährlich mindestens zwei neue Wäsche- oder Kleidungsstücke abzuliefern, die dann hauptsächlich an Weihnachten in alle Teile des Landes versendet und durch Vermittlung der Gemeindegewerkschaften verteilt werden. Der Elisabethenverein in Stuttgart, gegründet 1856 von Gräfin Theodolinde von Württemberg, hat die persönliche Barmherzigkeit der Frauen an alten, kranken und arbeitsunfähigen Personen zum Zwecke. Neben der interkonfessionellen Armenfürsorge des Lokalwohlthätigkeitsvereins dient er durch persönliche Mitarbeit von 90 tätigen weiblichen Mitgliedern der Armenfürsorge der katholischen Bevölkerung. Der Elisabethenverein Tübingen verfolgt die gleichen Ziele wie der Stuttgarter Verein und beschafft Kleidungs- und Wäschestücke für Schulkinder. Der Tübinger Hilfsverein, gegründet 1880 von Frau Mathilde Weber, einer der württembergischen Vorkämpferinnen für Frauenbestrebungen der verschiedensten Richtungen, ist interkonfessionell und bezweckt insbesondere verschämten Armen durch Lebensmittelanweisungen zu helfen und die Kranken durch Suppenreichung aus Privathäusern zu stärken. Durch Stiftungen verfügt der Verein über zwei Häuser, Weber- und Jägerstift, in denen billige und gesunde Wohnungen an kinderreiche Familien ver-

mietet werden. Der Fürsorge für verschämte, nicht mehr voll leistungsfähige Frauen widmet sich der Beschäftigungsverein für ältere kränkliche Frauen, gegründet 1874 von Generalin von Wundt. Einem tiefempfundenen Bedürfnis entsprechend, ist dieser Verein ein notwendiges Glied in der Kette der Stuttgarter Wohlfahrtsbestrebungen geworden. Die von zuschneidekundigen Mitgliedern des Vereins vorbereitete Arbeit wird allwöchentlich von den Beschäftigten abgeholt und die ausgefertigte gegen gut bemessenen Lohn angenommen. Der Absatz erfolgt an Anstalten und Vereine und durch einen Verkauf an Weihnachten.

Die Bestrebungen der neuzeitlichen Frauen gehen aber nicht nur dahin, Wohltätigkeit zu üben, sondern sie suchen auch für sich und die heranwachsende Jugend eine zeitgemäße Schulung für die Erfüllung sozialer Pflichten. Dieses Bestreben hat in Stuttgart, wie in anderen Städten Deutschlands, zur Gründung einer auf evangelisch-christlicher Grundlage stehenden Diakonieschule geführt, in der vor allem weibliche Hilfskräfte für Anstalten und Vereine der inneren Mission herangebildet werden sollen. In gleicher Gesinnung haben sich außerdem junge Mädchen zu Jugendgruppen für soziale Hilfsarbeit zusammengeschlossen in Stuttgart, Ulm, Heilbronn, Tübingen, Eßlingen, Göppingen. Sie haben sich die Aufgabe gestellt, ihre Mitglieder durch Vorträge und Erörterungen zum Verständnis sozialer Fragen, der Geschichte der Inneren Mission, der Frauenbewegung usw. zu führen und sie zugleich zu praktischer Arbeit zu veranlassen.

Die meisten Einrichtungen zur Schulung für die Krankenpflege und die Ausübung dieses echt weiblichen Berufs stehen in engstem Zusammenhang mit der Kirche und ihren Organen. Die Krankenpflege wird vor allem, wie bekannt, ausgeübt von den evangelischen Diakonissen, den Olgaschwestern, den katholischen Schwestern verschiedener Kongregationen und den Johannerinnen. Im letzten Jahrzehnt sind zu ihnen aber weitere, durch Frauen geschaffene Organisationen getreten, die, unabhängig von den Kirchen, sich der Krankenpflege als Beruf widmen. Solche Schwesternschaften bestehen auch in Württemberg, meist angeschlossen an den Verband deutscher Krankenpflegerinnen.

Die politische Lage hat schon vor Ausbruch des Kriegs den Württembergischen Landesverein vom Roten Kreuz veranlaßt, dafür zu werben, daß für Kriegs- und Friedenszeiten zum teilweisen Ersatz der Schwestern und Hilfschwestern Frauen und Mädchen sich als „Helferinnen“ ausbilden lassen. Diese Bestrebungen, von den Frauen des Königshauses lebhaft unterstützt, haben weithin Zustimmung gefunden, und in allen Landesteilen entstanden vielerorts Helferinnenabteilungen, von deren Mitgliedern eine große Zahl schon zu Anfang des Kriegs bereit und geschickt waren, dem Vaterland wertvolle Dienste zu leisten.

Der Landesverband Württemberg des Deutschen Frauenvereins für Krankenpflege in den Kolonien hat in Stuttgart und in den meisten Oberamtsstädten regsame Ortsgruppen, die sich durch lebhaftes Sammeltätigkeit auszeichnen. Der Verein bezweckt: die Ausübung der Krankenpflege und aller auf Krankenwohlfahrts- und Gesundheitspflege zielenden Einrichtungen in den deutschen Kolonien zu fördern.

Die seither geschilderten Frauenbestrebungen stehen vielfach im Zusammenhang mit der Inneren Mission (evang.) und der Charitas (kath.). Sie gelten ausschließlich der Hilfe für andere. Bei den meisten Bestrebungen, über die uns weiter obliegt zu berichten, tritt der berechtigte Gedanke in den Vordergrund, Selbsthilfe für das eigene Geschlecht zu üben, dabei vor allem die schwächeren Glieder stützend.

Bei den einen wie bei den anderen Bestrebungen ist es der besondere Zweck, der die Frauen in Orts- oder Landesvereinen zusammenführte; nur zwei neuzeitliche Frauenvereine in Heilbronn und Reutlingen sind unter dem Zeichen der Ortszugehörigkeit zusammengeschlossen worden. Sie widmen sich der Hilfstätigkeit in verschiedenen Zweigen und wollen gleichzeitig das Interesse für alle Frauenfragen bei ihren Mitgliedern wecken und pflegen.

In Heilbronn gliedert sich die praktische Arbeit in 9 Abteilungen: Kochschule, Brockenammlung, Flickunterricht, Mädchenhort, Arbeitsvermittlung, Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge, Milchküche, Waisensorflege. Der Reutlinger Frauenverein übt Fürsorge für Kinder (Leitung der Emilien-Krippe) und für Wöchnerinnen, für die im Erwerbsleben stehenden Frauen und Mädchen durch Einrichtung von Unterhaltungsabenden mit den verschiedensten Darbietungen und durch Erteilung von Handarbeitsunterricht.

Aus dem Gedanken der notwendigen Selbsthilfe wurde im Jahr 1873 der Schwäbische Frauenverein gegründet, auf Anregung und im Anschluß an eine Tagung des „Allgemeinen deutschen Frauenvereins“, die in Stuttgart stattfand. Die hier vorgetragenen Gedanken über Pflicht und Notwendigkeit der Selbsthilfe der Frauen, über ihre Rechte und Pflichten in Staat und Gemeinde fanden verständnisvolle Zuhörerinnen, und mit der Gründung des Schwäbischen Frauenvereins hatten die Bestrebungen der Frauenbewegung hier zunächst einen Mittelpunkt gefunden. Bald traten dabei zwei Punkte in Erscheinung, die seither für die Mehrzahl der nach dieser Richtung zielenden Frauenbestrebungen in Württemberg charakteristisch geblieben sind: das Verfolgen naheliegender, praktischer, erreichbarer Ziele und das Wohlwollen wie die Unterstützung, die diese Bestrebungen, wenn auch pekuniär zunächst in bescheidenem Maße, bei der kgl. Staatsregierung fanden.

Der Schwäbische Frauenverein begann seine Tätigkeit mit dem Programm: die Arbeit ist das Recht, die Pflicht und die Ehre der deutschen

Frau, daher ihre Schulung für die Arbeit und Befreiung von allen ihrer Entfaltung entgegenstehenden Hindernissen, und um dieses zu erreichen, Gründung von Schulen und Anstalten, welche zu gewerblicher, wissenschaftlicher und künstlerischer Berufsbildung dienen. Dementsprechend gab der Verein die Anregung zur Gründung des Lehrerinnenseminars, das bald darauf staatliche Anstalt wurde, zur Eröffnung einer Töchterhandelschule, richtete die Frauenarbeitschule ein und als weiteren Erziehungszweig einen Fröbelschen Kindergarten. Der zielbewußten Initiative strebsamer Frauen war es so gelungen, eine Reihe von Schulen ins Leben zu rufen, deren Bestehen bald einem dringenden Bedürfnis in der Hauptstadt des Landes entsprach. Neu hervortretende Bedürfnisse führten zu neuen Gründungen, und der Verein leitet jetzt ein vielverzweigtes Arbeitsgebiet. Nur die Frauenarbeitschule ist im Frühjahr 1916 in die Verwaltung der Stadt Stuttgart übergegangen, deren Verpflichtung, für ihre Töchter das gleiche zu leisten wie andere Städte des Landes, längst anerkannt war. Der Verein leitet nun zwei Kochschulen, eine Haushaltungsschule, ein ihr angeschlossenes Haushaltungseminar mit Diplomprüfung, zwei Schülerinnenpensionate und den Fröbelschen Kindergarten mit Kindergärtnerinnenseminar. Angeschlossen sind ferner eine allgemeine Stellenvermittlung und die Herausgabe der Wochenschrift „Frauenberuf“ sowie eine Auskunftsstelle für Fraueninteressen. Dem ganzen Lande dienen die auf Anregung der Zentralstelle für die Landwirtschaft ins Leben gerufenen Wanderkochkurse und die Ausbildung der dazu nötigen Kochlehrerinnen.

War das Bestreben des letztgenannten Vereins vor allem darauf gerichtet, die Frauen wirtschaftlich tüchtig und selbständig zu machen, so gelten die Bestrebungen des Vereins Frauenbildung — Frauenstudium und seiner Gründerin Baronin Urküll der Förderung wissenschaftlicher Bildung der Frauen, der Erschließung weiterer Berufe für sie auf diesem Gebiet. Der Verein schloß sich als Ortsgruppe dem allgemeinen deutschen Verein gleichen Namens an, und es galt für ihn, praktische Ziele sofort zu erstreben. Eine im Jahr 1899 eröffnete Fortbildungsanstalt für Töchter mit höherer Schulbildung hatte Gymnasialklassen angeschossen, unterstützt von namhaften Schulmännern. Diese Klassen zu einem selbständigen Mädchengymnasium auszubauen galt als nächstes Ziel, das schon im Jahr 1902 erreicht wurde. Im Jahr 1904 bestanden die ersten vier Schülerinnen das Abiturientenexamen. Der Verein Frauenbildung und seine Mitarbeiterinnen setzten die Propaganda für das Mädchengymnasium fort und trugen das möglichste zur Erhaltung und Förderung der Anstalt bei. Die Frauen fanden bei diesen Bestrebungen kräftige Mithilfe durch die erste Frau des Landes, die Königin und ihre Umgebung, durch Männer jeden Standes und, was sehr wesentlich war, auch von der kgl. Staatsregierung, vertreten durch das kgl. Kultministerium, und ebenso von der Stadt Stuttgart. Seit dem Jahr 1902 wurde ein stets steigender Beitrag vom Ministerium beantragt, von den

Ständen bewilligt und ein solcher in gleicher Höhe von der Stadt Stuttgart geleistet, und es wurden auch alle ideellen Hindernisse beseitigt. Die Bitte des Vereins Frauenbildung an das Kultministerium und den Senat der Hochschule Tübingen um Zulassung weiblicher Studierender an der Landeshochschule wurde gewährt, seit 1904 ist die heimische Hochschule den Frauen geöffnet.

Der freiheitliche, dem Fortschritt zugeneigte Geist der Regierung König Wilhelms II. hat sich auch hier bewährt. In Württemberg fanden die Frauen für manches Recht, um das in anderen Bundesstaaten lebhaft gekämpft werden mußte, früher offene Türen. Das Mädchengymnasium hat dank der Hingabe verschiedener Gönner seit 1912 einen eigenen neuen, auf das zweckmäßigste eingerichteten Schulbau bezogen. Es trägt zu Ehren seiner Schutzherrin den Namen Charlottengymnasium. Die Schülerinnenzahl ist auf 150 gestiegen. Auf wiederholt geäußerten Wunsch ist nun dem humanistischen Lehrgang eine Realabteilung angeschlossen. Der weiblichen Vorstandschaft steht ein aus Männern und Frauen zusammengesetztes Kuratorium zur Seite. Die Ortsgruppen des Vereins Frauenbildung — Frauenstudium in Stuttgart und die neu hinzugetretenen in Ulm und Tübingen bekunden ihre Bestrebungen weiter durch Veranstaltung von Vorträgen über aktuelle Fragen der Frauenbildung und Frauenbewegung und durch Eingaben an Behörden zur Erreichung gesetzter Ziele, teils allein, teils mit anderen, ähnliche Zwecke verfolgenden Vereinen. Die Gruppe Tübingen befaßt sich mit der Regelung der akademischen Verhältnisse der studierenden weiblichen Jugend dort.

Angeregt durch die Begründerin der norddeutschen wirtschaftlichen Frauenschulen auf dem Lande, der um diese Tätigkeit hochverdienten † Ida von Korfleisch, hat sich auch in Württemberg ein Verein gebildet, der sich zunächst damit begnügte, für die Idee der landwirtschaftlichen Ausbildung der Mädchen Propaganda zu machen und strebsamen Mädchen den Besuch der norddeutschen Schulen im Bedürfnisfall zu ermöglichen. Im Jahr 1908 war es dem Verein durch das Entgegenkommen einer Landedelfrau ermöglicht, auf deren Gut in Großsachsenheim eine eigene Schule zu eröffnen. Ihr Zweck ist, junge Mädchen mit höherer Töchter Schulbildung in allen Haushaltungszweigen sowie im Gartenbau und der Kleintierzucht gründlich und praktisch auszubilden. Seit 1912 ist der Schule ein zweijähriger, durch ein staatlich geleitetes Diplomexamen abgeschlossener Seminarskurs angeschlossen. Durch starken Zuzug von Schülerinnen war es dem Verein ermöglicht, im Jahr 1913 in Großsachsenheim einen eigenen, schloßähnlichen Schulbau zu erstellen, gelegen inmitten eines neu angelegten Obstgartens, Äckern, Ställen und Bienenhäusern, versehen mit den neuesten Einrichtungen für Molkerei.

Die von Frauen im Jahr 1913 gegründete Stipendientasse soll aus ihren von Gönnern gespendeten Geldern auch unbemittelten Töchtern der

gebildeten Stände den Besuch der neu erschlossenen Bildungsanstalten und begabten Abiturientinnen das Universitätsstudium ermöglichen.

In Tübingen haben Frauenbestrebungen zur Gründung einer Volksbibliothek geführt; sie bietet Bücherabgabe, Lesezimmer mit Zeitungen und neuer Literatur und wurde Sonntags auch von Lehrlingen stark besucht. Seit Kriegausbruch dient sie vor allem den Verwundeten.

Der Frauenbund zur Förderung der Spitzenindustrie, auf Anregung des rheinischen Bundes gegründet, bezweckt eine selbständige, vom Ausland unabhängige Spitzenindustrie auch in Württemberg zu fördern und Frauen dadurch Verdienstmöglichkeit zu schaffen.

Die Berufstätigkeit der Frauen legte auch die Gründung von Berufsorganisationen nahe, sowohl von solchen von Berufsgenossinnen selbst zusammengeschlossen, als den von sozial tätigen Frauen zum Schutze schwächerer Mitschwestern veranlaßten. Genannt sei hier vor allem der Lehrerinnenverein, der Lehrerinnen aller Kategorien umfaßt. Im Jahr 1890 gegründet, will er die Interessen seiner Mitglieder fördern und regeln. In zehnjähriger agitatorischer Tätigkeit, durch Bitten, Vorstellungen und Eingaben bei den Behörden und den Kammern hat der Verein eine Besserung der Anstellungsverhältnisse der staatlich geprüften Lehrerinnen erreicht: ständige Anstellung, Verwendung auch an höheren Schulen, Pensionsberechtigung; neuerdings auch Aufnahme in den Ortsschulrat. Der Fürsorge für die Mitglieder dient eine Hilfskasse, ein Ferienheim in Friedrichshafen, zugleich Feierabendhaus, dessen Erwerb der Verein einem Vermächtnis der Königin Olga verdankt, und ein Feierabendhaus in Cannstatt, von einem verstorbenen Mitglied durch Testament geschenkt. Zur Weiterbildung der Mitglieder veranstaltet der Verein Kurse und bewilligt Stipendien zur Teilnahme an solchen.

Der Malerinnenverein, gegründet 1893, will den Kunst und Kunstgewerbe treibenden Frauen Württembergs Förderung in ihren Bestrebungen bieten und bedürftige Mitglieder unterstützen. Seit 1907 ist der Verein im Besitz eines eigenen, des Malerinnenhauses, das einen Ausstellungsraum, Ateliers und Wohnräume enthält. Vorträge und Preisausschreiben und der Besuch heimischer und auswärtiger Sammlungen, Ausstellungen und historischen Kunststätten dienen der Anregung der Mitglieder.

Die Zeit der gesteigerten Berufstätigkeit der Frauen forderte auch die Gründung von allgemeinen Heimstätten für alleinstehende, vor allem berufstätige Frauen. Schon im Jahr 1901 wurde in Stuttgart das Frauenheim, eine Stiftung von Frauen — zum Regierungsjubiläum der verstorbenen Königin Olga übergeben — eröffnet. Es soll weniger bemittelten alleinstehenden Frauen, vor allem solchen, die ohne Anschluß an eine Familie einem Beruf nachgehen, ein billiges Heim mit voller Verköstigung bieten. Auch der Hausbeamtenverein Tübingen, Zweig eines allgemeinen

deutschen Vereins, besitzt ein eigenes Heim. Um den Frauen Stuttgarts und des Landes, vor allem den berufstätigen und alleinstehenden, ein Heim und einen Mittelpunkt für gemeinschaftliche Erholung, geistige Erfrischung und für Vereinsbestrebungen zu bieten, wurde 1906 der Frauenklub gegründet. Sich stets erweiternd, besitzt er nun ein eigenes Haus, in dem ein Mittagstisch, Einzelzimmer für Mitglieder, Fremdenzimmer, Lese- und Gesellschaftszimmer und ein Saal sich befinden, der auch Frauenvereinszwecken dient und für diese ein Mittelpunkt geworden ist. Der Verein ist interkonfessionell.

Dem Verein für weibliche Angestellte in Gewerbe und Handel, gegründet 1898, gehören dem Beruf angehörende und unterstützende Mitglieder an. Sein Zweck ist: kostenfreie Stellenvermittlung, einschließlich Lehrstellen, Unterstützung bei unverschuldeter Stellenlosigkeit und in Krankheitsfällen, Förderung der Bildung und der Kollegialität der Mitglieder durch Vorträge und Unterhaltungsveranstaltungen. Der Verein vertritt als Glied der großen deutschen Organisation die verbündeten weiblichen kaufmännischen Vereine mit deren Forderungen.

Auch die Handwerksmeisterinnen und die Hebammen haben sich zu Verbänden zusammengeschlossen.

Der Verein zur Fürsorge für Gasthofsgehilfsinnen wurde 1905 gegründet von † Frau Ottilie Duvernoy, der die Schwierigkeiten, mit denen dieser Stand zu kämpfen hat, die Gefahren, denen er ausgesetzt ist, und die dadurch entstehende sittliche Not zu Herzen ging. Der Verein sucht Heime zu gründen, die bei Stellenlosigkeit gute, billige Unterkunft, in dienstfreien Stunden Erholung und geistige Anregung bieten. Das Ottilienheim in Stuttgart wurde, mit tatkräftiger Hilfe der Gründerin, als erstes Heim eingerichtet.

Angeregt von der Zentralorganisation des Christlichen Vereins der Heimarbeiterinnen, wurden auch in Württemberg Ortsgruppen in Stuttgart, Reutlingen, Tübingen und anderen Orten gegründet, die die Forderungen in Württemberg vertreten. Durch die Tätigkeit der Helferinnen — Frauen anderer Stände, die den Arbeiterinnen bei der Leitung und Organisation beistehen — bietet der Verein seinen Mitgliedern monatliche Versammlungen mit Vorträgen, Krankengeldzuschuß und Wöchnerinnenbeihilfe, Ermöglichung von Erholung und Bädereuen. Seit Kriegsbeginn betreibt der Verein Stellenvermittlung und hat eine Arbeitsstube eröffnet.

Frauenbestrebungen, die darauf gerichtet sind, die allgemeine Lage aller Frauen und ihre Stellung im öffentlichen Leben zu verbessern, ihnen erweiterte Rechte zu verschaffen, die Frauen selbst für das öffentliche Leben zu interessieren und ihnen soziale Pflichten zuzuweisen, sind in Württemberg, abgesehen vom Schwäbischen Frauenverein, erst verhältnismäßig spät her-

vorgetreten. Der älteste Verein, der Propaganda für die Frauenfragen treibt, ist der Verein Frauenbewegung (gegründet 1894 als Frauenlesegruppe), mit dem Zweck, seine Mitglieder durch einen Zeitschriftenumlauf und durch Zusammenkünfte mit Erörterungen und Vorträgen zu belehren. Der Verein beteiligt sich bei Petitionen für weibliche Forderungen, treibt Propaganda für soziale Einrichtungen und hat selbst eine segensreich wirkende Rechtschutzstelle und Unterhaltungsabende für Frauen und Mädchen eingerichtet.

Ähnlichem Zweck dient der 1907 gegründete Verband württembergischer Frauenvereine, der eine Reihe interkonfessioneller Frauenvereine umfaßt. Seine Tätigkeit äußert sich vor allem in gemeinschaftlichen Petitionen, Frauenangelegenheiten betreffend, und der Abhaltung von allgemeinen Frauentagen. Der Verein ist dem Bund deutscher Frauenvereine angeschlossen und hat ein eigenes Organ, die „Frauenwacht“.

Der Württembergische Verein für Frauenstimmrecht, gegründet 1906, kämpft für die politische Gleichberechtigung der Frauen und will diese zur Ausübung schon in ihrem Besitz befindlicher Stimmrechte veranlassen. Nicht auf dem Boden einer Partei stehend, sucht er Frauen aller Stände in seine Reihen zu ziehen und seine Mitglieder in öffentlichen Versammlungen und Diskussionsabenden zur Aussprache und Übung in der freien Rede zu veranlassen. Soweit die Endziele noch ferngerückt sind, legt der Verein den Nachdruck auf Nächstliegendes, z. B. die Erreichung des Gemeindewahlrechts. Der Verein tritt allein oder mit anderen Vereinen mit Eingaben usw. an die gesetzgebenden Faktoren im Reich, in Württemberg und in den Gemeinden heran. Von den drei Ortsgruppen Stuttgart, Ulm, Tübingen hat sich letztere durch den Krieg aufgelöst.

Wesentlich enger gesteckte Ziele verfolgt der an den Deutsch-Evangelischen Frauenbund angeschlossene württembergische Verband gleichen Namens mit den Ortsgruppen Stuttgart-Cannstatt, Ulm, Heilbronn, Tübingen, Eßlingen und dem Zweck: mitzuarbeiten an der Lösung der Frauenfrage, an der religiös-sittlichen Erneuerung sowie an der wirtschaftlichen und sozialen Hebung des Volkslebens. Entsprechend der Art der Mehrheit unserer heimischen Frauen, hat sich die württembergische Gruppe des Deutschen Bundes mehr in stiller sozialer Arbeit als in Agitation ausgewirkt. In Stuttgart sind Mütterabende mit belehrenden Vorträgen, Abendkurse für Frauen und Mädchen aus Arbeiterkreisen zur Ausbildung im Nähen, Flicken, Kochen, verbunden mit belehrender Unterhaltung, eingerichtet und ein Dienstbotenverein, um diesen Stand zu heben, gegründet worden. Die Gruppe Ulm betätigt sich durch Veranstaltung von Vorträgen, auch von Mütterabenden und Flickabenden für Fabrik- und Dienstmädchen. Heilbronn hat dort die Fürsorge für die weibliche schulentlassene Jugend übernommen durch ihre Sammlung an mehreren Abenden der Woche, Auf-

enthalt im Vereinsgarten, eine Bücherei; seit 1911 hat die Bundesgruppe dort ein eigenes Haus, „Charlottenheim“, das im Gewerbe tätigen Mädchen und Frauen sowie durchreisenden Frauen aller Stände ein Heim bietet. Die Gruppe Tübingen hält auch Flickabende, sie hat einen Ladnerinnenverein gegründet und beteiligt sich bei der Kostkinderbeaufsichtigung; sie veranlaßt Vorträge aus dem Gebiet der Inneren Mission, der Wohlfahrtspflege und den Frauenfragen. Im Jahr 1914 wurde durch die Gruppe eine Frauenherberge eingerichtet.

Der Anschluß an den Katholischen Frauenbund, der sich über ganz Deutschland erstreckt und, außer in Württemberg, überall eine Landesorganisation besitzt, wird von den katholischen Frauen Württembergs lebhaft angestrebt.

Wie natürlich und wie aus den vorhergehenden Mitteilungen hervorgeht, stehen die württembergischen Frauenbestrebungen in vielfachen Beziehungen zu denen anderer Bundesstaaten, vielfach auch zu von Männern geleiteten Vereinigungen. Die vollständige Aufzählung solcher ist nicht möglich und nicht beabsichtigt. Es gehören hierher z. B. der Württembergische Zweigverein für Frauenkultur, mit dem Zweck, für vernünftige und gesunde Frauenkleidung einzutreten. Ferner die Ortsgruppe Stuttgart des Deutschen Bundes abstinenten Frauen, die außer eigener Abstinenz sich an der Aufklärung über den Alkoholschaden und Beteiligung an allen Maßnahmen zur Alkoholbekämpfung und Trinkerrettung beteiligt. Eine Volksfreundin in Tübingen hat dort ein alkoholfreies Kaffeehaus eingerichtet, das sich so großen Zuspruchs erfreute, daß es zu einem alkoholfreien Vereinshaus ausgedehnt und ein zweites Kaffeehaus errichtet wurde.

Vor allem zu deutschnationalen Zwecken haben sich Frauen schon vor Kriegsausbruch in Sondervereinen den Männern angeschlossen, um ihrer Eigenart gemäß wirken und sammeln zu können. Der Deutsche Kolonial-, der Flotten- und der Luftflottenverein hat eigene Frauengruppen in Württemberg.

Die Presse

Von Dr. Th. Klaiber

Wem wäre nicht das vielerwähnte Bismardwort geläufig von den Zeitungsschreibern als „Menschen, die ihren Beruf verfehlt haben“, oder das bekannte Sinngedicht Goethes:

Sag mir, warum dich keine Zeitung freut?
Ich liebe sie nicht, sie dienen der Zeit.

Und jeder Zarathustraleser kennt jene Stelle, wo Nietzsche gegen die „große Stadt“ eifert, „in der die Schlachthäuser und Garküchen des Geistes dampfen und wo aus schmutzigen Lumpen und eklem Wortspüllicht Zeitungen gemacht werden“. Solche Worte werden immer da angeführt, wo jemand seinen Bedenken über die Entwicklung des Zeitungswesens in neuester Zeit und seine Schattenseiten Ausdruck geben will, denn auch heute ist die Zahl derer nicht gering, die an dieser Entwicklung vor allem nur die üblen Begleiterscheinungen sehen und allem mit Mißtrauen und Abneigung gegenüberstehen, was mit Presse und Zeitungswesen zusammenhängt. Eine gerecht abwägende Betrachtung wird solche Übertreibungen leicht richtigstellen, denn es wäre kurzfristig, wollte man verkennen, wie Großes fortgesetzt durch die Presse geschieht für die Verbreitung von Bildungstoff, für die Erziehung des Volkes zu politischem Verständnis, für den Umsatz geistiger und wirtschaftlicher Werte durch tausend bereitwillig geleistete Vermittlerdienste.

Die gewaltige Entwicklung der Presse von bescheidenen Anfängen bis zu ihrem heutigen Stand hat sich auch in unserer engeren Heimat in einer verhältnismäßig kurzen Spanne Zeit vollzogen. Aus dem 17. Jahrhundert haben wir nur mittelbare Kunde davon, daß es in Stuttgart Zeitungen gab. Im 18. Jahrhundert entstand dann die älteste heute noch bestehende Zeitung auf dem Gebiet des heutigen Württemberg, die „Riedlinger Zeitung“, die 1714 als „Ordinari Riedlinger Freitagszeitung“ gegründet, bis heute im Besitz der gleichen Familie blieb. In Heilbronn trat 1744 die „Neckarzeitung“ ins Leben, die jetzt zu den verbreitetsten Zeitungen Württembergs gehört, die außerhalb Stuttgarts erscheinen, und 1752 wurde in Ulm das „Ulmer Intelligenzblatt“ gegründet, das hundert Jahre nach seiner Gründung in das „Ulmer Tagblatt“ überging. In Stuttgart selbst spielten während des 18. Jahrhunderts die Hauptrolle die 1757 als Fortsetzung früherer Unternehmungen von J. G. Cotta dem Jüngeren herausgegebene, dreimal

wöchentlich erscheinende „Stuttgarter privilegierte Zeitung“, vom Volk auch Hofzeitung genannt, und der „über See und Land dahineilende Mercurius“, der aber 1783 einging. Daneben entstand 1736 der „Wöchentliche Anzeiger von Neuigkeiten sowohl allhier als auf dem Lande“, der nachher mehrfach seinen Namen wechselte und 1849 in dem neugegründeten „Landesintelligenzblatt“, dem Vorläufer des „Staatsanzeigers“, aufging. Erst die Wende des 18. Jahrhunderts mit ihren weltbewegenden Vorgängen und das 19. Jahrhundert mit den Kämpfen des deutschen Volkes um seine politische Mündigkeit und Einigung brachte eine raschere Entwicklung des Zeitungswesens, für die besonders die wichtigen politischen und wirtschaftlichen Wendepunkte der Jahre 1848/49 und 1870/71 bedeutsam wurden.

In diesem Zeitraum sind die wichtigsten der noch heute in Württemberg bestehenden Zeitungsunternehmungen entstanden. Schritt für Schritt hat Zahl, Umfang und Verbreitung der Zeitungen zugenommen, und besonders das letzte Menschenalter, das ungefähr mit der Regierungszeit König Wilhelms II. zusammenfällt, hat eine ungemein rasche Vermehrung der Zeitungen, ein mächtiges Anwachsen ihrer Bedeutung, ihrer Aufgaben, ihres Inhalts gebracht. Zählt man die Kopfblätter, d. h. die Blätter, deren Inhalt ganz oder bis auf den örtlichen und den Anzeigenteil gleich ist, die aber einen verschiedenen Kopf oder Titel führen, als selbständige Blätter, so hatte Württemberg im Jahre 1911 216 Zeitungen gegen 126 im Jahre 1886. Die Zunahme der Zeitungen übertraf in den letzten Jahrzehnten die der Bevölkerung um mehr als das Dreifache, ein Wachstum, vermöge dessen Württemberg mit an der Spitze der größten deutschen Bundesstaaten steht und den Durchschnitt im Reich erheblich übertrifft. Besonders rasch vermehrten sich in den letzten Jahrzehnten die Zeitungen in dem gewerbereichen Neckarkreis (ohne Stuttgart). Die Bevölkerung stieg hier seit 1886 um 23,05 %, dagegen die Zahl der Zeitungen um 136,67 %, wodurch sich ein Verhältnis von 1 : 6 ergibt. Im gewerbearmen Jagstkreis ist die entsprechende Verhältniszahl 1 : 10, Zahlen, die allerdings nicht in einer starken Vermehrung der Zeitungen, als vielmehr in dem Stillstand der Bevölkerungszunahme begründet sind. Für den gewerbereichen Schwarzwaldkreis und den landwirtschaftlichen Donaukreis, die in der Bevölkerungszunahme annähernd gleichstehen, ergeben sich die Verhältniszahlen 1 : 3 sowie 1 : 2,5, während in dem rasch wachsenden Stuttgart wegen des scharfen Wettbewerbs der großen eingebürgerten Zeitungen Neugründungen so sehr erschwert sind, daß 1886 bis 1911 die Zunahme der Zeitungen hinter der Bevölkerungszunahme um mehr als die Hälfte zurückblieb.

Seit 1875 die „Weinsberger Zeitung“ gegründet wurde, ist jedes Oberamt im Besitz eines eigenen Blattes, ja die Oberämter mit einer größeren Oberamtsstadt und die mit einer stark gewerblichen Bevölkerung haben jetzt bis zu 9 und 10 Zeitungen. Stark gewachsen ist auch die Zahl der Oberämter mit 3 und 4 Zeitungen, während die Zahl der Bezirke mit nur einer Zeitung

erheblich abgenommen hat. Der größte Ort Württembergs ohne eigene Zeitung ist Baiersbrunn mit 6711 Einwohnern.

Das Bild, das die Zahl der Zeitungen von der Bedeutung der Presse für das Volksleben gibt, wird noch erheblich vervollständigt durch einen Überblick über die Auflagezahlen der einzelnen Blätter, wenn auch hier nicht immer sichere Zahlen zu erhalten sind. In den Jahren unmittelbar vor dem Weltkrieg waren die verbreitetsten württembergischen Zeitungen folgende:

Die „Württembergische Zeitung“ mit	58 000 Stück,
das „Neue Tagblatt“ mit	55 000 „
der „Schwarzwälder Bote“ mit	39 000 „
die „Schwäbische Tagwacht“ mit	23 000 „
zusammen 175 000 Stück,	

das ist von der Gesamtauflage der württembergischen Zeitungen mit 870 000 Beziehern über ein Fünftel. Mehr als 10 000 Bezieher hatten die „Neckarzeitung“, der „Heilbronner Generalanzeiger“, der „Reutlinger Generalanzeiger“, die „Ipf- und Jagstzeitung“, das „Ulmer Tagblatt“ und der „Oberschwäbische Anzeiger“. Unter den Zeitungen, die damals zwischen 5000 und 10 000 Bezieher hatten, sind von Stuttgarter Blättern der „Staatsanzeiger“ und das „Deutsche Volksblatt“ zu nennen, während die Auflagenhöhe des „Schwäbischen Merkur“ nicht bekannt ist. Der Krieg hat hier manche Veränderungen gebracht. Besonders „Neues Tagblatt“ und „Merkur“ haben jetzt erheblich höhere Auflagen als zuvor. Auch bei anderen Blättern dürfte die Auflage gewachsen sein, während manche einen mehr oder minder beträchtlichen Rückgang zu verzeichnen haben. Im allgemeinen hat Württemberg verhältnismäßig weniger ganz kleine Zeitungen als Baden und Bayern, mehr kleine bis mittlere als seine beiden Nachbarländer, aber weniger Blätter mit einer Auflage über 5000 als Baden. An dem Wachstum der Auflage in den Jahren 1886—1909, das dreimal rascher war als in der Zeit von 1876 bis 1886, haben die großen Blätter den stärksten Anteil.

Ins Ausland gingen im Jahre 1912 von über 50 württembergischen Zeitungen 3580 Stück, wogegen in Württemberg zahlreiche außerwürttembergische Zeitungen gelesen werden. Man schätzt, daß sich die Einfuhr seit 1886 um das Vier- bis Fünffache gehoben hat und 20—25 000 Zeitungsnummern täglich umfaßt. Ein Zeichen, wie Württemberg im letzten Menschenalter immer mehr in die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge des Reiches verflochten wurde. Die verbreitetste auswärtige Zeitung ist die „Frankfurter Zeitung“ mit ihren etwa 4000 Beziehern, die zu einem großen Teil der Geschäftswelt angehören dürften.

Auch in der Erscheinungsweise der württembergischen Zeitungen haben die letzten Jahrzehnte bedeutsame Veränderungen gebracht. 1886

erschien mehr als die Hälfte der württembergischen Zeitungen nur dreimal in der Woche, 1911 wiegt das tägliche Erscheinen weit vor, und nur 15 % der Zeitungen erscheinen dreimal in der Woche. Die zweimalige Ausgabe in der Woche, die in Bayern noch ziemlich häufig ist, tritt in Württemberg immer mehr zurück, ebenso wie in Württemberg die täglich erscheinenden Blätter verhältnismäßig häufiger sind als dort. Vor dem Kriege war der „Schwäbische Merkur“ das einzige Blatt, das an den Wochentagen zweimal am Tage erschien, in einer Mittags- und Abendausgabe. Seit Kriegsbeginn erscheint er Werktags in einer Morgen- und Abendausgabe sowie am Sonntag morgens. Das „Neue Tagblatt“, das seit 1912 siebenmal wöchentlich erschien, kommt seit Kriegsbeginn ebenfalls dreizehnmal in der Woche heraus in sieben Morgen- und sechs Abendausgaben. Da auch die seit 1913 bestehende „Süddeutsche Zeitung“ eine Morgenzeitung ist, scheint, zumal seit Kriegsausbruch, die Abneigung der Stuttgarter Zeitungsleser gegen Morgenblätter überwunden zu sein. An dieser Abneigung war unter anderem 1859 und 1889 der Versuch, das „Neue Tagblatt“ in einer Morgen- und Abendausgabe herauskommen zu lassen, nach kurzer Zeit gescheitert. Auch der 1897 unternommene Versuch, eine Stuttgarter Morgenzeitung unter dem Titel „Neueste Nachrichten“ zu begründen, erwies sich nach kurzer Zeit als erfolglos. Ebenso mußte die im Verlage des „Neuen Tagblatts“ seit 1904 erscheinende „Stuttgarter Morgenpost“ schon nach fünfjährigem Bestehen ihr Erscheinen einstellen. Sie hatte neben den neuesten Drahtnachrichten die Theater- und Konzertberichte vom Abend vorher gebracht und vor allem auf einen eingehenden drahtlichen Handels- und Börsendienst Nachdruck gelegt. Dem Stuttgarter waren bisher, wie angesichts dieser Erfahrungen zutreffend bemerkt wurde, die Zeitungen in erster Linie Lesestoff, der in den geschäftsfreien Stunden mittags und abends genossen wurde. Eine Zeitung bloß durchzufliegen und dann wegzuerwerfen, dazu mag er sich nicht entschließen, und noch weniger wollte er die Morgen- und Vormittagsstunden einer Beschäftigung widmen, die ihm mehr als eine Erholung für die Mußestunden erschien. Wenn seit Beginn des Krieges zwei Zeitungen sich zu Morgenausgaben entschlossen, so hängt das mit dem stärkeren Bedürfnis der Bevölkerung zusammen, die neuesten Nachrichten möglichst rasch übermittelt zu erhalten. So hat ja auch während des Krieges der früher in Stuttgart fast unbekannte Straßenverkauf der Zeitungen nicht unerheblich zugenommen.

Anschaulicher und eindringlicher, als es tote Zahlen vermögen, wird eine kurze Kennzeichnung der alteingebürgerten württembergischen Tagesblätter ein Bild geben von der Bedeutung unseres einheimischen Zeitungswesens. Jede Zeitung hat ein scharfumrissenes Gepräge, hat Überlieferungen, die sie hochhält, hat Ziele, die sich auch im Wechsel der Zeiten gleichbleiben, hat einen bestimmten Leserkreis, auf dessen Bedürfnisse und Ansprüche sie zugeschnitten ist, hat stehende Beziehungen, deren Pflege Behutsamkeit und

Rücksichtnahme erfordert. Das besondere Gepräge eines Blattes spricht sich dann nicht bloß in Auswahl, Anordnung und Verarbeitung des Stoffes aus, sondern auch in der Wahl der Mitarbeiter, in der Betonung dieses und jenes Stoffkreises und nicht zum mindesten in Ton und Klangfarbe der Darbietungen.

Unter den württembergischen Zeitungen nimmt der „Schwäbische Merkur“ mit der „Schwäbischen Chronik“ eine besondere Stellung ein, wenn auch nicht durch den Umfang seines Bezieherkreises, so doch vermöge seiner engen Verknüpfung mit der Geschichte des Landes und vermöge seiner dauernden und festgegründeten Beziehungen zu den sogenannten „gebildeten Schichten“ der Bevölkerung, dem schwäbischen Honoratiorenstand mit seinen Ansprüchen und Bedürfnissen. So konnte dem Blatt bei seinem 100jährigen Jubelfest der nachmalige Kanzler der Tübinger Hochschule, Karl Weizsäcker, bezeugen, der „Merkur“ sei recht eigentlich der Ausdruck der schwäbischen Landesart geworden.

Der Gründer des Blattes, der 1754 geborene Magister Christian Gottfried Elben aus Ruffenhausen, konnte sich den Besuch der Hochschule nur durch die größten Entbehrungen ermöglichen. Als er dann wegen Geldmangels seinen Aufenthalt in Tübingen abbrechen mußte, fiel er auf einer Reise nach Güglingen preußischen Werbfern in die Hände und mußte vier Jahre lang im Regiment Möllendorf dienen, bis er 1778 wieder frei wurde. Schon ein Jahr darauf erwarb er dann den Grad eines Magisters in Tübingen, und 1785 brachte er das Privileg der Gebrüder Mäntler, das durch das Eingehen des „über Land und Meer eilenden Mercurius“ frei geworden war, an sich, und am 3. Oktober 1785 erschien die erste Nummer des „Schwäbischen Merkur“. Die erste Nummer umfaßte einen halben Bogen in Quart und zeigt im Reim schon verschiedene der Eigenschaften, die bis heute dem „Merkur“ sein Gepräge geben. Der Herausgeber begnügt sich nicht mit der Übermittlung von Neuigkeiten und der Mitteilung von Ereignissen, sondern läßt sich angelegen sein, durch Besprechung und Beleuchtung volkswirtschaftlicher Vorgänge, durch geschichtliche Rückblicke, statistische Übersichten, völkerkundliche Merkwürdigkeiten, die aus Reisebeschreibungen gezogen sind, den Gesichtskreis des Lesers zu erweitern und ihm gediegene Belehrung zu bieten. Unter den Landesnachrichten ist in jenem ersten Blatt wohl die wichtigste die Meldung vom Tode Johann Jakob Mosers, von dem Elben schrieb: „Mit ihm starb ein Mann, der in allem außerordentlich war, außerordentliche Gesundheit und Geisteskräfte besaß, außerordentliche Schicksale erlebte, außerordentlich vieles arbeitete, dessen Fähigkeiten sich früher entwickelten als bei anderen und gleichwohl bis in sein achtzigstes Jahr ununterbrochen wirkte.“ Wir haben in diesen kurzen Bemerkungen die Keimzelle der zahlreichen Nachrufe für schwäbische Größen, auf die der „Schwäbische Merkur“ immer besondere Sorgfalt verwendet und in denen so viel für die Landeskunde und die würt-

tembergische Geistesgeschichte wichtiger Stoff niedergelegt ist. Mit der schon 1786 gegründeten „Schwäbischen Chronik“ erweitert sich dann der Inhalt des Blattes, und zugleich mutet es wie eine Vorwegnahme der späteren Stellung des Blattes in der Frage der deutschen Einigung an, wenn schon in den ersten Jahrgängen mehrfach die Bewunderung für Friedrich den Großen offen und rückhaltlos ausgesprochen wird. Der 1788 zum Professor der Geographie an der hohen Karlschule ernannte Leiter des Blattes drückte auch sonst dem Blatt den Stempel seiner Geistesart auf. Geschichtliche Zuverlässigkeit, warme Vaterlandsliebe, Gewissenhaftigkeit in der Darbietung und Verarbeitung des Stoffs, Sauberkeit und zurückhaltende Vornehmheit in Sprache und Ausdruck waren die Leitsterne seiner Tätigkeit. Dabei mochten immerhin ein lehrhafter Zug, eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber dem Unterhaltungsbedürfnis des Lesers, eine Neigung zu vorsichtiger Haltung in noch ungeklärten Fragen sowie die nahen Beziehungen des Blattes zu den maßgebenden Persönlichkeiten und Familien Württembergs der Volkstümlichkeit des „Merkurs“ in weiteren Kreisen der Bevölkerung mannigfach im Wege stehen. Um so mehr befestigte sich das Vertrauen des gebildeten Mittelstandes zu seinem Leibblatt, und in launiger Weise hat Fr. Th. Vischer in seinem schwäbischen Lustspiel „Nicht Ia“ dieses Verhältnis gezeichnet, wenn er die Frau Pfarrer Klemmle in Schusselfingen den „Merkur“ als ein „Blättle“ rühmen läßt, „aus dem einer fast sei ganze Bildung schöpfe ka und in dem als au so schöne Trauerbrief drin stehet“. Und der Artikel, in dem der Ia-Dekan und Pfarrer Klemmle 1848 in dem Stück Vischers seine Mitarbeiterschaft am „Merkur“ betätigt, ist ganz dem Gepräge seines Leibblatts angepaßt.

Der „Merkur“, zu dessen Mitarbeitern eine stolze Reihe der besten Namen der schwäbischen Geistesgeschichte im 19. Jahrhundert zählt und der unter seinen Schriftleitern einen Albert Schöffle und einen Renner schwäbischen Geisteslebens wie Wilhelm Lang aufweisen kann, konnte seine Überlieferungen um so fester bewahren, als er stets in der Hand der Familie Elben blieb, die seit dem Bestehen einer Deutschen Partei in Württemberg das Blatt in den Dienst der Ziele stellte, die diese Partei verfolgt, ohne daß darum der „Merkur“ in ein näheres, rechtlich festgelegtes Verhältnis zur Parteileitung getreten wäre. Vielmehr hatte sich diese zeitweise eigene Zeitungen geschaffen, von denen sich jedoch keine auf die Länge halten konnte.

Unter den Zeitungen, die seit dem Erwachen politischer Bedürfnisse im Lande besonders eng mit dem württembergischen Volksleben verbunden sind, ist neben dem „Merkur“ vor allem der „Beobachter“ zu nennen. Auch er gehört nicht zu den Blättern, die mit einer besonders hohen Auflage aufwarten können, aber er hat wie der „Merkur“ gewisse Überlieferungen in der Stoffauswahl, der Aufmachung, den Zielen und dem Ton durch allen Wandel der Zeiten aufrecht erhalten, und auch heute noch nimmt „das Volks-

blatt aus Schwaben“, wie der „Beobachter“ im Untertitel sich nennt, in der württembergischen Presse eine bedeutsame Stellung ein als Parteiblatt der Volkspartei, das daneben nach altem Herkommen unentwegt die Dienste eines Landesbeschwerdebuchs versieht.

Im Jahre der Julirevolution 1830 wurde von den Führern der württembergischen Demokratie ein Blatt gegründet, das den Titel führte „Der Hochwächter, ein Volksblatt für Stuttgart und Württemberg“. Schriftleiter war der aus Mörikes Jugendgeschichte und seiner Peregrinazeit bekannte R. Lohbauer. Das Blatt, das den Umfang eines mäßigen Briefböggchens hatte, war von vornherein nicht auf ein Nachrichtenblatt angelegt. Es brachte neben Theater- und Kunstnachrichten, Erzählungen, Anekdoten und Gedichten vor allem Aufsätze, Betrachtungen und Bemerkungen, die „das Gemeinnützige vom hohen und niederen Rang“, darunter besonders politische Fragen besprachen. Daneben gab eine „Stadt- und Landschaft“ Gelegenheit zur Beleuchtung von allerlei Vorkommnissen, die der „Hochwächter“ „von seinem hohen Fensterlein aus erschaut hatte“ und die ihm zu scharfer Rüge und zu anerkennender Erwähnung Anlaß zu geben schienen. So brachte schon der erste Jahrgang des Blattes Ausführungen über verschiedene Fragen des Schulwesens, Bemerkungen über die Vielschreiberei in Württemberg, Erörterungen über das Umgeld, die Ehelosigkeit der katholischen Geistlichen usw. Daneben stehen Einsendungen, die sich mit dem Geschenkwesen im geistlichen Stand beschäftigen oder mit dem anmaßenden Verhalten untergeordneter Beamter, mit dem Rastengeist der höheren Staatsdiener und dem schlechten Zustand gewisser Nachbarschaftsstraßen. So hat der „Hochwächter“ frühe schon neben den mehr allgemeinen Erörterungen sich eine Art von Aufsichts- und Rügeamt gegenüber den einheimischen Zuständen zur Aufgabe gemacht. In einer der ersten Nummern schreibt das Blatt über diesen Teil seiner Aufgabe: „Wer nicht mit rechten Dingen umgeht — Herr oder Knecht ist dem „Hochwächter“ gleichgültig —, den wird er im Aug' behalten. Bei ihm gilt kein Ansehen der Person. Es geht gerade hindurch mit der Raß durch den Bach.“

Drei Jahre später wurde aus dem „Hochwächter“ der „Beobachter“, dessen weitere Fahrt freilich durch zahlreichere und gefährlichere Klippen führte als die des „Merkurs“. So erschien im Juni 1847 der „Beobachter“ einmal als ganz weißes Blatt, das außer dem Titel, dem Namen des Schriftleiters und Druckers nur die Seitenzahlen enthielt. In Wahlzeiten gestattete die Zensur vor 1848 dem Blatt vielfach nicht einmal die Empfehlung des Wahlbewerbers, ja dem „Beobachter“ wurde einmal sogar von der Zensur der Ausdruck „Wahlkampf“ verwiesen. Im Jahre 1880 wurde dann aus anderen Gründen die Erhaltung des „Beobachters“ als Tageszeitung so schwierig, daß man in seiner Partei daran dachte, ihn in ein Wochenblatt umzuwandeln. Aber schließlich gelang es, auch dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. So zählt das Volksblatt aus Schwaben, unter dessen Schriftleitern der Name unseres größten schwäbischen Erzählers, Hermann Kurz,

besonders hell glänzt, zu den ältesten politischen Zeitungen des Landes. Die Gesichtszüge des Blattes sind heute noch in vielen Punkten die gleichen wie vor achtzig Jahren. Der betrachtende Artikel, der zusammenfassende Bericht mit dem Zweck der Belehrung, des Kampfes, der Mahnung, der Rüge wiegt vor gegenüber der reinen Nachrichtenübermittlung. Der Ton des Blattes bemüht sich, die Linie einer saftigen Volkstümlichkeit einzuhalten, ebenso wie auch der unterhaltende Teil die guten Überlieferungen, die sich für das Blatt an Namen wie W. Zimmermann, H. Kurz, L. Pfau knüpfen, im Sinne der Pflege des Gesunden, Bodenständigen hochgehalten hat.

Ganz andere Ziele als „Merkur“ und „Beobachter“ stellte sich ein Blatt, das, 1843 entstanden, im Lauf weniger Jahrzehnte sich zu einem der umfangreichsten Zeitungsunternehmen Württembergs entwickelte. Ursprünglich „Neues Tagblatt für Stuttgart und Umgebung“, jetzt „Stuttgarter Neues Tagblatt“ betitelt, hat die Zeitung von Anfang an ihren Schwerpunkt mehr auf die Unterhaltung als auf die Politik gelegt, was schon die erste Nummer vom 24. Dezember 1843 deutlich zeigt. Das neue Unternehmen stellte sich den Stuttgartern mit folgenden Ausführungen vor:

„Der Prospektus zu einer Zeitung ist gerade daselbe, was die Ouvertüre zu einer Oper: ein paar neue Akkorde, eine ins Ohr fallende Melodie, und der Komponist hat gewonnen Spiel! Wir hatten schon so manche Pferderennen, jetzt gibt es ein Zeitschriftwettrennen. Das Ziel, worauf alles losstürmt, ist ein Stuttgarter Tagblatt.“ Dann wird der Plan des Blattes mitgeteilt und fortgeföhren: „Wir haben zwei gute Rappen, die heißen Geist und Witz, mit denen wollen wir's einmal versuchen. Für bloße sechs Kreuzer aber können wir nicht geistreich und witzig sein. Auch fünfzehn Kreuzer würden nicht hinreichen, alle die Universalgenies in Bewegung zu setzen, die wir für unser Blatt gewonnen haben. Aber ein Groschen weiter tut es. Wir werden gewiß Horrendes leisten, wir werden alle Zwerchfelle erschüttern, um unseren Lesern zugleich den Doktor zu ersparen. Kurz, wir werden das Unmögliche ganz gewiß möglich machen.“ Die Ankündigung schließt dann mit Versen im gleichen Ton:

„Herbei! Wer es mit uns probiert,
Der ist gewiß nicht angeführt.“

Die Nummer enthält dann noch zwei Abteilungen: Giefiges und Theater. Die letztere bringt kurze Berichte über verschiedene Gastspiele, die erstere einen eingehenden Stimmungsbericht von der Wintermesse mit ihren Marktschreiern, Affentheatern und weiblichen Athleten, ferner einen Scherzartikel über die Pflastertreter auf der Königsstraße, denen geraten wird, das holperige Pflaster der Hauptstättter- und Marienstraße glattzutreten usw.

„Der „Merkur“ war der breiten Masse der Bevölkerung zu lehrhaft,“ führt Professor Müller-Palm in seiner anregend und frisch geschriebenen

Geschichte des „Neuen Tagblatts“ aus, „der „Beobachter“ ging dem ruheliebenden Durchschnittsbürger zu weit, es fehlte damals ein Blatt, mit dem man sich in ein gewisses bequemes, anheimelndes Verhältnis setzen konnte, das die Interessen und kleinen Sorgen der Bürgerschaft verstand und vertrat.“ Der Geist, der die erste Nummer des „Neuen Tagblatts“ durchweht, gibt auch manchen Rundgebungen des Blattes im Verlauf seiner weiteren Entwicklung ihr besonderes Gepräge. Jedenfalls verstand es das „Neue Tagblatt“ gut, die Töne anzuschlagen, die bei der breiten Mittelschicht des Stuttgarter Bürgertums auf freudigen Widerhall rechnen konnten. Dazu empfahl sich diesen Kreisen ihre Lieblingszeitung durch den Eifer, mit dem sie sich der Erörterung und Betrachtung örtlicher Anliegen und Vorkommnisse aller Art annahm. In neuerer Zeit benützte das „Neue Tagblatt“ mit Erfolg alle die Mittel, mit denen die parteilose Großstadtpresse ihre Leser an sich fesselt, wie ausführliche Sportberichte, Wochenplaudereien, Einrichtung eines Briefkastens mit Auskunft über alle möglichen, besonders auch rechtliche Fragen, Beilagen aller Art usw. So hat das Blatt in den bald fünfundsiebzig Jahren seines Bestehens festen Fuß in Stuttgart und seiner weiteren Umgebung gefaßt und dürfte, seit es von Beginn des Krieges an täglich zweimal erscheint, mit einer Auflage von gegen 80 000 Stück die verbreitetste württembergische Zeitung sein.

Dem „Tagblatt“ erwuchs im Herbst 1907 eine ernstliche Nebenbuhlerschaft in einem neuen, auf großkapitalistischer Grundlage aufgebauten Unternehmen, der „Württembergische Zeitung“. Bei ihrer Gründung konnten die Schwaben einmal sehen, was eine großangelegte, wirksame Werbetätigkeit im Zeitungswesen heißt. Kostenloser Bezug, kostenlose Anzeigen und Unfallversicherung für die Bezieher u. a. verschafften dem Blatt rasch einen großen Bezieherkreis im Lande wie in Stuttgart. In seiner ersten Nummer konnte das Blatt seinen staunenden Lesern mitteilen, daß die erste Nummer ein Papiergewicht von 15 300 Kilogramm darstelle, was eine Last für 1½ Eisenbahndoppelwagen ausmache, daß ferner sämtliche Blätter nebeneinander gelegt eine Bahn von 648 km Länge ergäben, also mehr als die Entfernung von Stuttgart nach Paris, und daß die Stücke der ersten Nummer aufeinander gelegt eine Papiersäule von der dreifachen Höhe des Ulmer Münsters darstellen würden. Mit seiner Auflage von 58 000 marschierte das Blatt bis zum Beginn des Krieges an der Spitze der württembergischen Zeitungen. Nahezu die Hälfte der Auflage wird außerhalb Stuttgarts gelesen, worauf in Inhalt und Richtung des Blattes Rücksicht genommen wird. Wenn das „Neue Tagblatt“ einem gewissen Großstadtliberalismus huldigt, so hält sich die „Württembergische Zeitung“ in politischen Dingen mehr zurück und sieht auch sonst darauf, daß in ihren Spalten nicht allein die Hauptstadt mit ihren Anliegen zu Wort kommt. Die tiefen Falten, die sich beim Auftauchen der unerwünschten Nebenbuhlerin in das Antlitz des „Neuen Tagblatts“ ein-

gruben, wichen bald schwesterlichen Gefühlen, nachdem die hinter beiden Zeitungen stehenden Kapitale in nähere Beziehungen getreten waren. Zudem bürgerte sich die „Württembergische Zeitung“ sehr rasch ein und gewann, nachdem die ersten Zeiten der Unsicherheit und des Fastens überwunden waren, durch ihren billigen Preis, den ruhigen Ton ihrer Erörterungen, den schlagfertigen Mutterwitz ihrer Frau Schwäzenmayer und besonders auch durch das gutgeleitete Beiblatt „Der Schwabenspiegel“ zahlreiche Freunde.

Eine besondere Stellung unter den Zeitungen des Landes nimmt das Blatt der Regierung ein, der „Staatsanzeiger für Württemberg“. Einem Blatt der Regierung sind durch seine Stellung und Aufgaben naturgemäß die verschiedensten Schranken gesteckt, die nicht überschritten werden dürfen. Begnügt sich aber dann eine derartige Zeitung, um nicht anzustoßen, mit der Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen und Mitteilungen und füllt die übrigen Spalten mit den wichtigsten Drahtnachrichten und anderem unverfänglichen Stoff, so wird sich ihr Inhalt leicht farblos, nichts sagend und erschreckend langweilig gestalten. Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ hat es verstanden, diese Gefahr zu vermeiden, wenn er auch, wie sich das aus seiner Aufgabe ergibt, kein Blatt ist, das der Unterhaltung seines Leserkreises dienen will. Als 1850 die Regierung das Bedürfnis empfand, zur Vertretung ihrer Politik ein eigenes Blatt zu gründen, da wurde in der Probenummer als Aufgabe des neuen „Staatsanzeigers“ die Besprechung vaterländischer Zustände bezeichnet. Er sollte ferner Berichte über die Ereignisse des engeren Vaterlandes, insbesondere über die Kammerverhandlungen bringen, sowie übersichtliche Nachrichten über die Lage des größeren Vaterlandes und des Auslandes veröffentlichen. Die Haltung des Blattes wurde gleichzeitig in folgenden Richtlinien festgelegt: „Unbeirrt von jedem Parteiinteresse, wird der „Staatsanzeiger“ in ruhigem, ernstem Ton, fern von Persönlichem, die wahren Interessen des Landes vertreten, gegen gehässige Verdächtigungen und Verleumdungen der Regierung keine anderen Waffen als die der Wahrheit führen und durch die Treue seiner Berichterstattung bewähren, daß er über den Parteien seine Stellung eingenommen hat.“ Daß das Blatt sich an diese Richtlinien hält und in der Treue, Unparteilichkeit und Sachlichkeit der Berichterstattung seine Hauptaufgabe sieht, dafür zeugt vor allem auch die Berichterstattung über die Kammerverhandlungen, auf die der „Staatsanzeiger“ besondere Sorgfalt verwendet. Naturgemäß gibt er die Reden und Ausführungen der Regierungsvertreter ausführlicher und eingehender wieder als die der Abgeordneten, aber er ist bestrebt, auch den letzteren nach Umfang und Inhalt alle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, ohne dabei einen Unterschied zwischen den Parteien zu machen. Im übrigen sucht das Blatt seinen Lesern innerhalb seines verfügbaren Raumes ein vollständiges Bild der politischen Vorgänge im Land, Reich und Ausland zu geben, wobei auch die Stimmen der Gegner zum Wort kommen.

Wenn das Blatt zweifelhaften Nachrichten oder noch schwebenden Fragen gegenüber oft Zurückhaltung üben muß, so sucht es die hierdurch verursachte Verlangsamung der Berichterstattung dadurch auszugleichen, daß es am Schluß einer Erörterung ein möglichst zusammenfassendes, abschließendes Gesamtbild der betreffenden Fälle gibt. Die Schriftleitung vertritt ihren eigenen Standpunkt dabei in zurückhaltender Weise, meist durch Auswahl, Anordnung und Bearbeitung des Stoffes oder durch kurze Winke und Anmerkungen. Daneben gibt der „Staatsanzeiger“ außer Bücherbesprechungen regelmäßig Berichte über öffentliche Veranstaltungen wie Theater, Ausstellungen, Vorträge usw. In all diesen Dingen sind seiner Meinungsäußerung keine anderen Schranken gesteckt, als sie „durch die Rücksicht auf ein wohlbegründetes und gerecht abwägendes Urteil und eine gebildete Ausdrucksweise“ geboten sind.

Eine wertvolle Beigabe zum „Staatsanzeiger“ ist die seit 1875 bestehende, halbmonatlich erscheinende „Besondere Beilage“. Die Aufsätze der meist einheimischen Verfasser, die hier erscheinen, behandeln Gegenstände der Landeskunde, Altertumsforschung, Geschichte, Philosophie, der Naturwissenschaften, der Kunst und Dichtung. Gleich die ersten Jahrgänge lassen Männer wie Ch. Sigwart, G. Rümelin, R. Mayer, E. Pfeleiderer, O. Pfeleiderer, Th. Ziegler, J. Kläiber, J. Hartmann, H. Bender, H. Röstlin, G. Bilfinger, L. Straub, H. Fischer und zahlreiche andere Namen von bestem Klang zum Wort kommen. Eine Reihe von wertvollen, feinsinnigen Schulreden, die die „Besondere Beilage“ Schulmännern wie Max Pland u. a. verdankte und zum erstenmal weiteren Kreisen darbieten durfte, gereichten ihr zur besonderen Zierde, und wichtige Veröffentlichungen, besonders auf dem Gebiet der Landeskunde und der württembergischen Geschichte, sind zuerst in der „Besonderen Beilage“ erschienen. Mit vollem Rechte konnte der Begründer und damalige Leiter der Beilage beim Rückblick auf ihr 25jähriges Bestehen im Jahr 1899 auf die zunehmende Wertschätzung hinweisen, welche die Beilage auch im außerwürttembergischen Deutschland finde, und die große Zahl von Freunden, die sie im Lande selbst erworben habe.

Den bisher kurz gekennzeichneten Stuttgarter Blättern reihen sich die Parteiblätter jüngeren Ursprungs an sowie die Blätter, die außerhalb Stuttgarts erscheinen, aber über den Ort ihres Erscheinens hinaus verbreitet sind, und endlich die Schar der kleineren Blätter, die nur örtliche Bedeutung haben. Wenn sich auch unter diesen verschiedenen Gruppen manche Unternehmen finden von weniger ausgeprägten Zügen, bei deren Herstellung nur ein bescheidener geistiger Aufwand gemacht wird, deren Ton an die blechnen Töne der Sprechmaschine erinnert und an das Herableiern eines auswendig gelernten Inhalts, so fehlt es doch auch unter diesen Blättern keineswegs an Zeitungen, die durch ihre Auflagenhöhe, ihren Einfluß, ihren reichen, wohlverarbeiteten Inhalt zu den bedeutungsvollsten Erzeugnissen der württembergischen Presse gehören.

An der Spitze der Zentrums Presse steht das in Stuttgart erscheinende „Deutsche Volksblatt“, das auch für die nicht zur Partei gehörigen Kreise wertvoll ist durch seine Nachrichten aus den katholischen Landesteilen und aus den Kreisen der katholischen Geistlichkeit. Außerdem bringen Hauptblatt und Beilage beachtenswerte Beiträge zur Landeskunde, besonders des Oberlandes, und zur inneren Geschichte der katholischen Kirche Württembergs. Im übrigen verfügt das Zentrum über die zahlreichste Parteipresse, die besonders auch durch Ankauf verbreiteter Zeitungen, wie der Ellwanger „Tagtzeitung“, der Gmünder „Remszeitung“ usw. verstärkt wurde. Das verbreitetste Blatt des Oberlandes, der „Oberschwäbische Anzeiger“, bietet durch einen besonderen Beirat der Schriftleitung die Sicherheit, daß das Blatt gemäß den Zielen und Grundsätzen der Zentrums Partei geleitet wird.

Die Sozialdemokratie besitzt seit 1890 in der täglich erscheinenden „Schwäbischen Tagwacht“ eine sehr reichhaltige Parteizeitung, die rasch in die Reihe der verbreitetsten Tagesblätter eingerückt ist. Einmal, weil die sozialdemokratische Partei in den letzten Jahrzehnten sehr rasch zunahm, und dann, weil bis vor wenigen Jahren die „Tagwacht“ die einzige sozialdemokratische Tageszeitung im Lande war. Der Landesvorstand der Partei hatte lange der Kosten wegen von der Gründung sozialdemokratischer Lokalblätter gewarnt. Erst allmählich trat dann ein Wandel in dieser Auffassung ein, und nun entstanden nacheinander sozialdemokratische Bezirksblätter in Heilbronn, Göppingen, Ulm, Eßlingen und Reutlingen.

Vertreterin der konservativen Partei und teilweise auch des Bundes der Landwirte war die 1913 eingegangene „Deutsche Reichspost“, die einige Jahre vor ihrem Aufhören noch einmal einen frischen Anlauf genommen hatte, sich in weiteren Kreisen Gehör zu verschaffen. Als Nachfolgerin der „Reichspost“ kann die „Süddeutsche Zeitung“ gelten, eine reichhaltige, großangelegte Tageszeitung, die eine rechtsgerichtete völkische Politik vertritt und, wie ihr Name sagt, nicht bloß für württembergische Leser berechnet ist. Dem Bund der Landwirte dienen neben der „Schwäbischen Tageszeitung“, die seit 1907 als selbständige Zeitung erscheint, einige kleinere Blätter.

Die Deutsche Partei, die ein amtliches Parteiblatt seit dem Eingehen der „Württembergischen Volkszeitung“ nicht mehr besitzt, aber zu dem „Schwäbischen Merkur“ in einem nahen Verhältnis steht, sieht ihre Anschauungen vor allem vom „Schwarzwälder Boten“ vertreten. Im Jahr 1835 als Amts- und Intelligenzblatt für den Bezirk Sulz gegründet, hat der „Schwarzwälder“, der bald nach Oberndorf übersiedelte, und dort sein bezeichnendes Kopfbild erhielt, sich bald über den württembergischen Schwarzwald und darüber hinaus, ferner in Baden und Hohenzollern verbreitet, besonders in ländlichen Kreisen. Seine nüchtern-derbe Art gewann ihm viele Freunde, „denn der „Schwarzwälder Bote“, schrieb 1841 sein langjähriger Schriftleiter Brandecker, „ist kein ätherzerronnenes Männlein,

kein zerrissenes modernes Jünglinglein, kein weinerliches Schulmeisterlein, kein zähnefletschendes Späsmacherlein, sondern ein Mann, grad, kräftig, natürlich, aufrecht, offenen Blicks und heiteren Sinns.“ Außer dem „Schwarzwälder Boten“, der zurzeit nach der „Württembergischen Zeitung“ und dem „Neuen Tagblatt“ das verbreitetste Blatt Württembergs ist, stehen den Anschauungen der Deutschen Partei und eines nationalen Liberalismus noch verschiedene andere Bezirksblätter nahe wie „Tübinger Chronik“, „Ludwigsburger Zeitung“, „Haller Tagblatt“ usw. Auch das stark verbreitete „Ulmer Tagblatt“ kann hierher gezählt werden.

Die Anschauungen der Volkspartei, die im „Beobachter“ ihr Landesblatt hat, werden vor allem durch den „Hohenstaufen“ in Göppingen und den „Neuen Albboten“ in Ebingen, sowie die „Ulmer“ und „Heilbronner Zeitung“ vertreten. Auch der „Reutlinger Generalanzeiger“ steht ihr nahe. Die Heilbronner „Neckarzeitung“, die weit über ihren Ausgabeort hinaus verbreitet ist, hat sich unter ihrem früheren Hauptleiter aus einem nationalliberalen Blatt zur Vorkämpferin einer Politik im Sinne Naumanns entwickelt.

Noch vor etwa zwanzig Jahren bezeichneten sich fast zwei Drittel der württembergischen Blätter als parteilos. Nach den neuesten Feststellungen dürfte etwa die Hälfte der württembergischen Zeitungen einer bestimmten politischen Richtung beizuzählen sein, ein Beweis für die rasche Ausbreitung des Parteiwesens in Württemberg und seinen Einfluß auf die Presse.

Mit dem Begriff der Lokalpresse, sei sie nun politischen oder parteilosen Gepräges, verbindet sich für weite Kreise noch immer das Bild geistiger Dürftigkeit, engen Gesichtskreises und stilistischer Unzulänglichkeit. Man denkt an die kleinlichen Zänkereien in den Spalten solcher Blätter mit ihren verzwickten Anzapfungen, an die erschütternden Ergüsse der Orts- und Gemeindedichter, an die oft so hilflosen Berichte über öffentliche Veranstaltungen mit ihrem wildgewordenen Phrasengestammel, an die holden Wendungen vom Jupiter Pluvius, der ein Einsehen hatte, von den älteren Semestern, die noch das Tanzbein schwingen usw. Unter dem Banne solcher Erinnerungen sehen dann viele in den Leistungen der kleineren örtlichen Presse nichts als Rückständigkeit und glauben gar die Aufsaugung der kleinen örtlichen Zeitungen durch die Großstadtpresse als eine wünschenswerte Entwicklung begrüßen zu sollen. Eine solche Entwicklung steht nun freilich nicht in Aussicht, sie wäre aber auch keineswegs wünschenswert, denn die örtliche Presse hat ihre besonderen Aufgaben, die ihr von der Großstadtpresse nicht abgenommen werden können. Zudem stehen schon jetzt zahlreiche Bezirksblätter nach Haltung und geistigem Gepräge durchaus auf der Höhe und zeigen oft ansprechendere Züge als manche Großstadtzeitungen. Je sorgfältiger und gediegener ein solches kleineres Blatt gerade seinen örtlichen Teil ausbaut und die anderen Teile des Blattes den örtlichen Bedürfnissen anpaßt, um so besser wird es seine

Aufgabe erfüllen können. Ein starkes Hindernis bei dem Bemühen, den örtlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, ist allerdings der Umstand, daß zahlreiche kleinere Blätter nicht bloß ihre Sonntagsbeilage, sondern auch einen großen Teil ihres täglichen Inhalts aus einem großen Plattenverlag beziehen, wodurch dem Herausgeber der Einfluß auf die Ausgestaltung des Inhalts sehr beschnitten ist. Immerhin könnte trotzdem auf dem Gebiete der kleinen Presse leicht manches Förderliche geschehen, und man kann die Bestrebungen, die neuerdings in dieser Richtung zu wirken suchen und vom Verein für ländliche Wohlfahrtspflege wie vom Ev. Presseverband ange-regt wurden, nur lebhaft begrüßen. Schon der Hinweis auf gute Erzählungen, die für kostenfreien Abdruck zur Verfügung stehen, hat die Zahl der oft recht minderwertigen Romane, die früher in den kleinen Blättern die Alleinherrschaft im Unterhaltungsteil führten, erheblich zurückgedämmt und eingeschränkt.

Auch in anderen Dingen haben die letzten Jahrzehnte für die Presse manche Wandlungen gebracht. So hat sich die äußere Aufmachung und Anordnung des Zeitungsinhalts neuerdings bei manchen Blättern wesentlich geändert. Die wichtigsten Neuigkeiten werden jetzt an möglichst augenfälliger Stelle mit besonderem Druck hervorgehoben. Die einzelnen Nachrichten werden mit möglichst wirksamen Überschriften und Köpfen versehen, und an den Anfang des Blattes wird vielfach eine kurze Übersicht über die Tagesneuigkeiten gestellt. Im Text erscheinen Bilder und Kartenskizzen, und nur wenige Blätter entziehen sich dem Gebrauch, einer ihrer Wochennummern ein Bilderblatt mit Aufnahmen vom Tage beizugeben. Auch der Anzeigenteil, von dessen Umfang und Ertrag die Einträglichkeit eines Blattes abhängt, denn die Bezugsgelder vermögen die Herstellungskosten einer Zeitung entfernt nicht zu decken, hat in Anordnung und Aufmachung manche Veränderungen erfahren.

Sehr bedeutsam für das Zeitungswesen sind die Wandlungen im Nachrichtendienst, die durch die Entwicklung der drahtlichen Übermittlung, besonders des Fernsprechwesens, veranlaßt wurden. Vor 25 Jahren war die Nachrichtenübermittlung durch den Fernsprecher noch lange nicht so ausgedehnt wie heute und auf verhältnismäßig geringe Entfernungen sowie auf rein tatsächliche Nachrichten beschränkt. Heute werden lange Artikel auf weiteste Entfernungen durch den Fernsprecher gegeben. Nicht minder stark wirkten wichtige Erfindungen und Verbesserungen im Maschinenwesen auf die Herstellung der Zeitungen ein. Die Rotationsmaschinen für den Druck der Blätter wurden in den letzten Jahrzehnten ungemein vervollkommenet. Ferner bedeutet der Übergang von der Handstereotypie zur Maschinenstereotypie, vom Handsatz zur Setzmaschine wichtige Fortschritte. In bedeutsamer Weise wurde auch von den verbreitetsten Zeitungen das Druckstellungswesen ausgebaut. Bis 1907 hatte selbst das „Neue Tagblatt“ mit

seiner großen Bezieherzahl in Stuttgart keinen Trägerdienst. Die Nummern wurden an Ablagestellen, meist Läden, geliefert, wo sie die Bezieher abholen mußten. Seit Gründung der „Württembergische Zeitung“, die die Zustellung durch Austrägerinnen einführte, gingen auch andere Blätter zu diesem Verfahren über. Außerdem richtete diese Zeitung für Zustellungszwecke einen Eilbotendienst auf den Hauptstrecken der württembergischen Eisenbahnen ein, durch den an den Stationen die Zeitungspakete abgeworfen werden.

Unter den Stoffquellen, aus denen die Zeitungen schöpfen, kommen neben den Vermittlungsstellen für Drahtnachrichten besonders dem W.T.B. (Wolffsches Telegraphen-Bureau), den Einsendungen der Mitarbeiter, den Zeitungen und Zeitschriften hauptsächlich die sogenannten Korrespondenzbureaus in Betracht, die man vielleicht besser Nachrichtenstellen oder Nachrichtenvertriebe nennen könnte. In Württemberg bestehen deren acht. Das Stammsche Bureau, die Württembergische Pressekorrespondenz von G. Wais, das Süddeutsche und das Schwäbische Korrespondenzbureau, die Volkswirtschaftliche und allgemeine Korrespondenz von G. Hipp, die Zentrums-korrespondenz, die Evangelische Pressekorrespondenz und die demokratische Pressekorrespondenz in Reutlingen. Das letztere Unternehmen, wie die Zentrumskorrespondenz, außerdem das Schwäbische Korrespondenzbureau und die Württembergische Pressekorrespondenz stehen bestimmten Parteien nahe: die letztgenannte der Deutschen Partei, das Schwäbische Korrespondenzbureau der Volkspartei; die Evangelische Pressekorrespondenz hat sich die Vermittlung von Nachrichten aus dem Gebiet evangelisch-kirchlicher und sozialethischer Bestrebungen zur Aufgabe gemacht. Der Evangelische Preßverband, der dieser Korrespondenz nahe steht, sucht das Verständnis für die Tätigkeit und Bedeutung der Presse in weiteren, besonders auch kirchlichen Kreisen zu wecken und zu stärken, bekämpft nachdrücklich die Entartungserscheinungen im Zeitungswesen und gibt besonders in seinem „Zeitungs-Spiegel“ reichen Stoff zum Verständnis der einschlägigen Fragen. Im übrigen vermitteln die genannten Nachrichtenvertriebe Betrachtungen, Nachrichten und Berichte der verschiedensten Art wie Kammer-, Versammlungs-, Beerdigungsberichte, Nachrichten aus Stadt und Land, Wochenrundschau, parteipolitische Mitteilungen usw. Ohne ihre Mitwirkung wäre nicht bloß der Presse außerhalb Stuttgarts, sondern auch den Stuttgarter Blättern die Erfüllung ihrer Aufgabe kaum möglich, und so stellen diese Unternehmen einen der breiten Öffentlichkeit weniger bekannten, aber darum nicht minder bedeutsamen Teil des württembergischen Pressewesens dar.

Als ein wichtiger Fortschritt, den das letzte Jahrzehnt gebracht hat, darf es endlich betrachtet werden, daß die Zeitungsmänner und Schriftleiter sich auch in unserem Lande enger zusammengeschlossen haben, um so die

früher oft vermischte nähere Berührung untereinander zu ermöglichen sowie um zu Standes- und Berufsfragen gemeinsam und wenn möglich geschlossen Stellung nehmen zu können. Die Erfahrung zeigt, daß gerade bei den Vertretern der Presse einem einheitlichen Zusammenwirken besondere Schwierigkeiten im Wege stehen. Um so höher ist es anzuschlagen, was auf diesem Gebiet seit der Gründung des Württembergischen Journalisten- und Schriftstellervereins im Jahre 1904 von diesem Ersprießliches geleistet worden ist in förderlicher Erörterung von Berufsfragen, wie auch an eindrucksvollen Veranstaltungen festlichen Gepräges. Im Jahre 1911 wurde in Württemberg eine Zweigstelle des Reichsverbands der deutschen Presse gegründet mit dem Namen „Reichsverband der deutschen Presse. Landesverband Württemberg“. Es wurde erreicht, daß die beiden Vereinigungen von Zeitungsmännern bei der Wahrnehmung der gemeinsamen Berufsangelegenheiten Hand in Hand gehen. Außerdem besteht in Württemberg ein Verband der Zeitungsverleger als Kreisverein des „Vereins deutscher Zeitungsverleger“.

Wenn vor dem Ausbruch des großen Weltkrieges auch in der württembergischen Presse hin und wieder Erscheinungen zutage traten, die sich als unerfreuliche Nebenwirkungen der gesteigerten Entwicklung des Zeitungswesens darstellten, wie die Anpassung an den minderwertigen Geschmack des Spießbürgers aller Stände, an seine Neuigkeitsucht, seine Freude am Aufregenden und am Skandal sowie seine Vorliebe für leichte Unterhaltung, so hat die Haltung der Presse aller Lager im Verlauf des Krieges in überzeugender Weise gezeigt, daß ihr das Bewußtsein ihrer hohen Aufgabe doch nicht abhanden gekommen ist. Sie hat sich auf ihre Pflicht als Volkserzieherin wieder in höherem Maße als bisher besonnen, hat gerade gegen die üblen Philisterneigungen, die Freude am Rannegießern, die Vorliebe für Flaumacherei, das Besserwissenwollen den Kampf aufgenommen und sich nachdrücklich in den Dienst der großen Aufgaben der Zeit gestellt. Vieles, was vor dem Krieg jedem ernster Gerichteten, feiner Empfindenden ein Ärgernis war, ist aus den Spalten der Zeitungen verschwunden. Dabei sind den Zeitungen durch den Krieg große Opfer durch erhöhte Herstellungskosten und beträchtliche Verminderung der Einnahmen aus den Anzeigen erwachsen. Denn ein etwaiges Anwachsen der Auflage fällt in keiner Weise ins Gewicht gegenüber dem Rückgang im Anzeigengeschäft, den der Krieg gebracht hat. Um so mehr wird man es anerkennen müssen, daß ein großer Teil der Presse durch kostenlosen Versand von Feldnummern, durch Gewährung von Freinummern an Lazarette Beachtenswertes leistet. Besonders zu begrüßen ist es, wenn einzelne Zeitungen besondere Kriegsnummern veranstalten, in denen den Kämpfern in der Ferne und den Besatzungen der eroberten Gebiete ein möglichst anschauliches und erschöpfendes Bild vom Leben in der Heimat gegeben wird.

All diese Beobachtungen dürfen mit den besten Hoffnungen für die Entwicklung der Presse auch nach dem Krieg erfüllen. Wenn diese Entwicklung auch wohl kaum eine weitere Zunahme der Zeitungsunternehmen, der Auflagenhöhe und des Umfanges der Zeitungen bringen wird, so doch vielleicht für manche Blätter eine Festigung und Vertiefung in der geistigen Haltung sowie ein gesteigertes Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber den erzieherischen Aufgaben der Presse.

Zur Presse im weiteren Sinn gehören auch die Zeitschriften. Freilich ist dieses Gebiet statistisch erheblich schwieriger zu erfassen als das der Zeitungen. Einmal ist der Begriff der Zeitschrift sehr dehnbar, und bei manchen Veröffentlichungen, die fortlaufend erscheinen, kann Zweifel darüber bestehen, ob sie zu den Zeitschriften zu zählen sind. Außerdem ist es vielfach schwierig, für die Feststellung der Auflagenhöhe und des Verbreitungsgebiets der Zeitschriften genauere Unterlagen zu erhalten. Endlich ist die Verschiedenheit der Veröffentlichungen, die man als Zeitschriften bezeichnen kann, nach Umfang, Inhalt, Aufmachung und Erscheinungsweise noch viel größer als die der Zeitungen. Zu den Zeitschriften zählen die billigen und weitverbreiteten unterhaltenden und religiösen Sonntags- und Wochenblätter ebenso wie die künstlerisch und inhaltlich reich ausgestatteten Veröffentlichungen, deren Nummern vielfach den Umfang eines mäßigen Buches erreichen. Zu den Zeitschriften rechnet man die Mehrzahl der Fach-, Berufs- und Vereinsblätter. Es sei hier nur an die „Blätter des Schwäbischen Albvereins“ mit ihrer hohen Auflage oder an die „Metallarbeiterzeitung“ erinnert mit ihren 391 000 Beziehern. Nicht minder aber gehören hierher auch die Amtsblätter der einzelnen Ministerien und Behörden sowie die wissenschaftlichen Zeitschriften geschichtlichen, theologischen, schulkundlichen, staats- und naturwissenschaftlichen Inhalts. Auf all diesen Gebieten war die Entwicklung in den letzten Jahren sehr rasch und sehr reich. Eine Übersicht über den Stand des Jahres 1909 in den „Württembergischen Jahrbüchern für Statistik und Landeskunde“ stellt fest, daß die Zahl der in Württemberg erscheinenden Zeitschriften im Zeitraum von 1886—1909 von 186 auf 440 gestiegen ist. An dieser Zunahme waren alle die verschiedenen Arten von Zeitschriften beteiligt, am meisten die religiösen und gewerblichen. Unter den ersteren sind vor allem die Zeitschriften für innere und äußere Mission sehr zahlreich. Dann spiegelt sich das rege christliche Vereinswesen auch in der ansehnlichen Zahl entsprechender Zeitschriften, ebenso wie die kirchliche Gemeindepflege zahlreiche Gemeindeblätter ins Leben gerufen hat. Besonders augenfällig kommt die mächtige Entwicklung von Gewerbe und Handel im letzten Menschenalter in dem Anwachsen der betreffenden Fachzeitschriften zum Ausdruck. Von den einzelnen Gewerben war 1909 das Bauhandwerk am reichsten durch Zeitschriften vertreten. Aber auch auf all den anderen Gebieten, dem philologischen, literarischen, erziehlischen, dem

der Landes- und Erdkunde, dem rechtlichen, staatswissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen wie auf dem Felde der Naturwissenschaften, der Land- und Forstwirtschaft, der schönen Künste und Wissenschaften wie des Sports zeigt sich ein bedeutender Zuwachs an Zeitschriften. Dabei kommt die Bedeutung Stuttgarts als süddeutscher Mittelpunkt des deutschen Buchhandels in der Tatsache zum Ausdruck, daß von den 440 Zeitschriften, die 1909 in Württemberg bestanden, 347 = 80 % in Stuttgart erschienen. Der Rest verteilte sich auf Tübingen (26 Zeitschriften), Heilbronn (16), Ulm (11) und einige andere Städte. Das Verbreitungsgebiet der in Württemberg erscheinenden Zeitschriften erstreckt sich naturgemäß mehr als bei den Zeitungen meist weit über die Grenzen Württembergs, ja teilweise auch Deutschlands hinaus. So kamen vom „Christenboten“ 2000 Nummern ins Ausland. „Der Kosmos“ hatte 1909 in Norddeutschland 64 500 feste Bezieher, im Ausland 8500. Von „Meggendorfers Lustigen Blättern“ kommen 20 000 nach Österreich usw. Seit Beginn des Krieges mag immerhin, besonders im Bezug durch das Ausland, manche Änderung eingetreten sein.

Vielfach haben die Herausgeber und Schriftleiter ihren Wohnsitz außerhalb Württembergs, und besonders bei Unterhaltungszeitschriften, die auch die Tagesereignisse in Bild und Schrift berücksichtigen, ist das Bestreben unverkennbar, die Schriftleitung womöglich nach Berlin zu verlegen. Stuttgart übt darum auf außerwürttembergische Schriftsteller lange nicht mehr die Anziehungskraft aus wie in manchen Zeiten des 19. Jahrhunderts. Im übrigen hängt die rasche und bedeutsame Entwicklung des Zeitschriftenwesens in Württemberg während der letzten Jahrzehnte besonders eng mit der Entwicklung des einheimischen Buchhandels und Buchdrucks zusammen, wozu noch die gewaltigen Fortschritte auf dem Gebiete der graphischen Gewerbe kommen sowie die Wandlungen in den Verfahren der Bildervielfältigung. Man vergleiche nur Ausstattung und Bilderschmuck einer Zeitschrift von heute mit den Leistungen der siebziger und achtziger Jahre.

Quellen:

Unter den Quellen, die der Bearbeitung des Abschnitts über die Presse zugrunde liegen, ist in erster Linie zu nennen die gründliche, eingehende, gediegene Schrift von Dr. O. Groth: „Die politische Presse Württembergs“, Stuttgart 1915. Die Arbeit ist bisher noch nicht im Buchhandel erschienen, konnte aber mit gütiger Erlaubnis des Verfassers für die vorliegende Arbeit benutzt werden. Herrn Dr. Groth sei auch an dieser Stelle hierfür geziemend gedankt. Außer den im Text angeführten Quellen wurden dann u. a. benutzt: die Geschichte des „Schwäbischen Merkurs“ von O. Elben, die des „Neuen Tagblatts“ von A. Müller-Palm, E. Esser: „Stuttgarter Neues Tagblatt“ 1913, zahlreiche Jubiläumsnummern württembergischer Zeitungen, die Aufsätze von Schott und Gerster über Zeitungen und Zeitschriften Württembergs in den „Württembergischen Jahrbüchern für Statistik und Landeskunde“, die bisher erschienenen „Zeitungs Spiegel“ des Evangelischen Presseverbands und zahlreiche Artikel und Aufsätze aus Zeitungen und Zeitschriften.

Religiöses Leben



Das religiöse Leben in der evangelischen Kirche

Von Professor D Theodor von Häring

Die Eigenart des in diesem Abschnitt zu schildernden Gegenstands erkennen, heißt die Schwierigkeit der Aufgabe erkennen. „Es frommt das Maß in allen Dingen, und doppelt, wenn man Geister wägt,“ das gilt ganz besonders vom religiösen Geist einer evangelischen Kirche. Wo immer der 14. Artikel des Augsburgischen Bekenntnisses von den „Kirchenordnungen“ in Kraft steht, daß sie „zu halten sind, so sie zu Frieden und guter Ordnung dienen“, daß man aber „die Gewissen nicht beschweren soll, als sei solch Ding nötig zur Seligkeit“, da wird jeder Versuch einer Darstellung des religiösen Lebens mit der Beforgnis verbunden sein, das Beste, weil Innerlichste, nicht zureichend zu erfassen und das Unwichtigere, aber eben darum leichter Erreichbare, in den Vordergrund zu rücken. In verstärktem Maß kann diese Sorge sich melden, wenn es sich um den religiösen Geist unserer evangelischen Kirche in Württemberg handelt. Sonderart des Stammes und Geschichte des Landes haben zusammengewirkt, jenen allgemein evangelischen Grundsatz in eigentümlicher Weise auszubilden. Aber ist nicht dieses Urteil selbst eben ein Vorurteil, entsprungen unserer Eigenliebe? Wie dem auch sei, ohne einen leitenden Gedanken, ohne eine bestimmte Grundempfindung vermögen wir die vielen einzelnen Tatsachen doch nicht zu einem verständlichen Ganzen zu verbinden. Und umgekehrt, falls wir in dem leitenden Grundgedanken irren, so bleibt kein anderes Mittel, die Selbsttäuschung zu durchschauen, als die schlichte Betrachtung der Tatsachen. In diesem Sinn sei unser Leitgedanke der: Die Kirche ist für uns, mehr oder weniger bewußt,

das dankbar geschätzte Mittel, aber auch nur Mittel, für den Zweck des Reiches Gottes.

Daraus ergeben sich Richtlinien für die Einteilung des Stoffs. Von außen nach innen gehend, gedenken wir zuerst des Verhältnisses unserer Landeskirche zu den anderen evangelischen Kirchen und ihres Verhältnisses zum Staat. Wir betrachten dann die Entwicklung der innerkirchlichen Einrichtungen. Wir versuchen weiter ein Bild von dem religiösen Leben unseres Volkes zu gewinnen, soweit es sich in diesen Formen, besonders auch in den für unser Land so bezeichnenden „Gemeinschaften“ vollzieht. Ferner muß die Betätigung des Glaubens in den mannigfaltigen Arbeiten christlicher Liebe unsere Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Das alles führt von selbst zum Nachdenken darüber, welche Bedeutung unser evangelischer Pfarrstand hat. Auf diesen Wegen kehren wir zu unserem Ausgangspunkt zurück, zu jenem Gedanken, wie sich alles, was wir Evangelische mit gutem Gewissen Kirche nennen können, sich verhalte zum Evangelium vom Reiche Gottes, in dessen Dienst sie ihren höchsten Zweck hat.

Die Verbindung unserer Landeskirche mit den übrigen reichs-deutschen ist in unserem Zeitraum eine engere geworden. Vierzig Jahre nach der Auflösung des alten Reichs gingen die ersten Anregungen, das zerrissene Band des „Corpus Evangelicorum“ neu zu knüpfen, von Württemberg aus und führten zur „Deutschen Evangelischen Kirchenkonferenz“ in Eisenach. Im Anschluß an sie entsprang aus dem Bedürfnis eines ständigen handlungsfähigen Organs 1903 „der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß“ zur Vertretung gegenüber anderen Religionsgemeinschaften und zur Versorgung der Evangelischen im Ausland wie in den Schutzgebieten, „unbeschadet der Selbständigkeit der einzelnen Landeskirchen“.

Unter den Änderungen im Verfassungsleben unserer Kirche selbst steht voran das „Kirchliche Gesetz, betreffend die Ausübung der landesherrlichen Kirchenregimentsrechte im Fall der Zugehörigkeit des Königs zu einer anderen als der evangelischen Konfession“ von 1898 und 1912. Gemäß den sogenannten „Religionsreversalien“ führte unter den katholischen Regenten des 18. Jahrhunderts der herzogliche Geheimerrat, die oberste Staatsbehörde, das Kirchenregiment zwar in des Herzogs Vertretung, aber „allein, ohne Anfrage“. Die Mitgliedschaft dieses Geheimerrats war verfassungsmäßig an die Zugehörigkeit zur evangelischen Konfession geknüpft. Nach dem Wegfall dieser Bedingung durch die Verfassung von 1819 mußte ein neues Organ für jene stellvertretende Führung des Kirchenregiments geschaffen werden. Das genannte Gesetz bestellte hierfür unter dem Namen der „Evangelischen Kirchenregierung“ ein Fünferkollegium: Konsistorial- und Landessynodalpräsident, 1 Generalsuperintendent, 2 evangelische Mitglieder des Geheimerrats, nach dessen Aufhebung (1911) 2 evangelische Staatsminister oder Chefs

der Verwaltungsdepartements. Sollten letztere nicht vorhanden sein, so hat ein aus 5 Mitgliedern der Oberkirchenbehörde und dem Landessynodalausschuß gebildetes zehngliedriges Wahlkollegium die doppelte Anzahl der erforderlichen Ersatzmänner dem König zur etwaigen Streichung der „minder genehmen“ zu benennen, worauf der Eintritt nach dem Lebensalter erfolgt. Diese „Kirchenregierung“ hat die dem evangelischen Landesherrn zustehenden Befugnisse selbständig auszuüben, insbesondere die Generalsuperintendenten, den Stiftsprediger in Stuttgart und die Dekane zu ernennen; die Besetzung der übrigen Pfarrstellen steht dem Konsistorium zu. Dessen Vorstand und Mitglieder sowie die Hofprediger ernennt unter Vorschlag der Kirchenregierung der König. Die letztere Bestimmung wurde aufrechterhalten, obwohl der dafür angeführte Grund, daß das Konsistorium zugleich Oberschulbehörde sei, inzwischen weggefallen ist. Unter dem Kampf über einzelne Punkte dieses Gesetzes ist vielleicht nicht immer voll zum Bewußtsein gekommen, daß es die Verbindung der württembergischen Landeskirche mit dem Staat aufs neue bekräftigte und die Lösung der „Trennung von Kirche und Staat“ zurückdrängte, noch ehe unser großer Krieg den Wert des geschichtlich Gewordenen auch auf diesem Gebiet wieder lebhafter zu erfahren gab.

So wird denn auch der Freund der Volkskirche, unbeirrt durch naheliegende Einwände, die Erhaltung des konfessionellen Charakters unserer Volksschule in dem Gesetz von 1909 begrüßen. Auf die Sache gesehen, ist die Enthebung des Konsistoriums von der Schulaufsicht und deren Übertragung an den Evangelischen Oberschulrat, eine rein staatliche Behörde, der aber ein Vertreter des Konsistoriums angehört, sowie die Neuordnung der Bezirks- und Ortsschulaufsicht nicht nur eine notwendige Folge der staatlichen Entwicklung, sondern auch eine Befreiung von unvermeidlichen Unzuträglichkeiten, namentlich im Verhältnis von Pfarrern und Lehrern. Eine neue schönere Welt des Vertrauens aufzubauen, bleibt eine schwere, aber große Aufgabe der Zukunft. Jene Regelung des Volksschulwesens zog eine Änderung im Bestande des Konsistoriums nach sich; statt 14 zählt es nur noch 9 Mitglieder, außer dem Präsidenten 3 weltliche und 5 geistliche. Gemäß dem Verfassungsgesetz von 1906 waren schon vorher die Vertreter der Kirche in der Zweiten Kammer, die Generalsuperintendenten, aus ihr geschieden; der Konsistorial- und Synodalpräsident sowie 2 (der nunmehr noch 4) Generalsuperintendenten gehören jetzt der Ersten Kammer an: auch dieser Verlust an geschichtsreichem Erbgut wird Sporn zu neuem geistigem Erwerb. Dazu kann ferner die Verminderung der kirchlichen Visitationen dienen, wenn diese um so persönlicher im Verhältnis zu Pfarrern und Gemeinden sich gestalten, während für „Feierlichkeit“ unser Volkstamm wenig Verehrung hat. Der Arbeit der Landessynode wird an anderem Ort zu gedenken sein. Ihre Gesamtleistung ist in dem Maß förderlich und erfreulich, als sie sich nicht in erster Linie zur Kontrollinstanz für das Konsistorium macht,

sondern als Mitarbeiterin am Wohl der Kirche in gegenseitigem Vertrauen fühlt. Die Erfahrungen des politischen Lebens warnen vor äußerlicher Übertragung der nicht einmal hier sich bewährenden, weil vielfach unwarhen und undeutschen Formen auf das kirchliche Gebiet.

Die finanzielle Versorgung der Landeskirche liegt bekanntlich in der Hauptsache dem Staate namens des von ihm eingezogenen Kirchenguts ob. Die begonnenen geschichtlichen Vorarbeiten für seine Ausscheidung haben die Einsicht in die Schwierigkeit vertieft. Die noch vor wenigen Jahrzehnten ungeahnten Bedürfnisse der Gründung neuer Pfarreien und des Ausbaus vorhandener Kirchengemeinden lassen diesen Zustand der Unsicherheit nicht selten schmerzlich empfinden. Und doch gehört die Forderung einer allgemeinen Landeskirchensteuer ohne vorhergehende Klärung der Frage des Kirchenguts zu den Schlagworten, die von der Ferne blenden, bei ihrer Verwirklichung auf ernste Hindernisse stoßen. Um so mehr wird jeder billig Denkende sich freuen, wie viel unter der stillen, unermüdlchen Tätigkeit der Oberkirchenbehörde in Gemeindegündung und Kirchenbau geleistet ist: durch Landestolletten, den 1898 gebildeten „kirchlichen Hilfsfonds“, das Entgegenkommen des Staats und die im ganzen sich rasch einbügernde, obwohl gerade in unserem Land so völlig ungewohnte Ortskirchensteuer in etwa der Hälfte aller Gemeinden (bis 10 % 301 Gemeinden, bis 20 % 164, über 20 % 89). Sehr dankenswert ist die Teilung größerer Parochien in Seelsorgerbezirke (1891, 1901). Auch diese Neuerung begegnete in unserer Landeskirche stärkerer Abneigung als sonst, und doch war sie wegen der Versorgung der Gemeindeglieder ebenso notwendig wie wegen der Überlastung einzelner Pfarrer. Die damit zusammenhängende Aufhebung der Stolgebühen 1901 war zugleich aus höheren Gründen geboten. Ähnliches gilt von der Einführung des im sonstigen öffentlichen Dienst bestehenden Alterszulagensystems mit einer einheitlichen kirchlichen Besoldungskasse. Zudem verstärkte diese Änderung die Möglichkeit der Gehaltsaufbesserung und den Ausbau der Pensionsverhältnisse (1907, 1909). Manche liebe Gewohnheit der „guten alten Zeit“ ist so verschwunden, größer sind doch die wirklichen Gewinne für eine lebensvollere, freiere Betätigung der Kirche. Auch die längst ersehnte größere Gleichstellung der einzelnen Pfarrer an derselben Kirche darf erwähnt werden, die dem evangelischen Grundgedanken allein entspricht und die Freudigkeit im Pfarrberuf stärkt.

Naturgemäß sind wir von der Gesamtkirche auf die Einzelgemeinden geführt, diesem Herzstück einer evangelischen Kirche. Man wird sagen dürfen, daß sie auf der Grundlage des staatlichen Kirchengemeindegesezes von 1887 wesentlich erstarkt sind. Gerade die uns eigentümliche größere Einfachheit des Verwaltungsapparats, namentlich der Verzicht auf eine besondere Kirchengemeindevetretung neben dem Kirchengemeinderat, auch die

viel umstrittene Mitgliedschaft des Ortsvorstehers von Amts wegen hat sich im großen Ganzen bewährt. Neuestens ist der Betätigung weiblicher Kräfte innerhalb des Kirchengemeinderats für Armen-, Kranken- und Jugendpflege eine Türe eröffnet worden. Als wertvoll erwies sich die Bestimmung, daß bei großen Gemeinden der Gesamtverband mit einheitlicher Kasse festgehalten und doch den Sondergemeinden die wünschenswerte Freiheit vorbehalten wurde. So ließen sich anderwärts beobachtete Mißstände, z. B. reiche Innengemeinden neben verwarlosten Außengemeinden und Verschiedenheit in der Besteuerung nächster Nachbarn, vermeiden. Stuttgart hatte 1891 8, hat jetzt 18 Parochien. Und glücklicherweise wurde die Eingemeindung der Vororte der Verwaltung, nicht der kirchlichen Gesetzgebung anvertraut. Gegenüber der früheren Beschränkung auf die unumgänglichen Aufgaben und Ausgaben haben viele Gemeinden auf Grund der neuen Verfassung sich neuen, vom Bedürfnis der Zeit gesteckten Zielen zugewendet. Mit bescheidenen Mitteln sind da und dort Gemeindehäuser gegründet worden als „Sammelpunkt für Kleinkinderschule, Jünglings- und Jungfrauenvereine, Kinder- und Krankenschwestern, Bibelfunden, Gemeindeabende“. Der stets bereitwillig gewährte Rat des verdienstvollen „Vereins für christliche Kunst“ bietet die beste Bürgschaft, daß neben den dringenden praktischen Bedürfnissen die Pflege des Schönen nicht verkürzt werde.

Erst in der Einzelgemeinde wirksam werden eine Reihe von der Gesamtkirche geordneter Einrichtungen, und zwar gerade die unmittelbar religiösen. Auf alle künstliche Systematik verzichtend, stellen wir die auf den Gottesdienst bezüglichen Neugestaltungen unserer Periode zusammen. Die kirchliche Gesetzgebung hat hierin im Vergleich mit früheren Zeiträumen eine lebhaftere Tätigkeit entfaltet. Man hat versucht, die Christenlehre, ein altes Ehrenzeichen und Schmerzenskind unserer württembergischen Kirche, wenigstens auf dem Lande zu erhalten und nach dem Grundsatz: „Verdirb es nicht, es ist ein Segen darin“ fortzubilden, nicht ohne ernste Anforderung an die Pflichttreue der Pfarrer. Auch die Wochengottesdienste haben eine zeitgemäße Neuordnung erfahren; die Bibelfunde bedeutet in nicht wenigen Gemeinden eine frische Quelle christlichen Lebens. Das württembergische Reservatrecht der Apostel- und Marienstage wurde mit schonender Rücksicht auf die Wünsche der Einzelgemeinden und Landstriche eingeschränkt bzw. aufgehoben. Noch schwankt das Urteil über die Bestrebungen einer „reicheren Ausgestaltung der Gottesdienste“. Man empfindet weithin das Zurücktreten der Anbetung, überhaupt der sogenannten rein objektiven Elemente gegenüber der Predigt. Aber man fürchtet auch, wohl nicht ohne Grund, Formen der Bereicherung, die nach jahrhundertelanger anderer Erziehung eine Verarmung in der Hauptsache bedeuten, auch die innere Freiheit eher belasten als gewährleisten könnten. In der Feuerbestattungsfrage hat sich unsere Kirchenleitung den Dank aller erworben, die darunter leiden,

wenn die Kirche zuerst alle möglichen Vorbehalte macht, die sie nachher aufgeben muß.

Unter den Änderungen der kirchlichen Bücher war die erste die Hinzufügung eines dritten Jahrgangs Perikopen. Seine Bedeutung ist aber durch das Perikopengesetz (1912) wesentlich eingeschränkt worden, das überhaupt die bisher in Deutschland wohl stärkste Bindung an die Perikopen aufgehoben und doch zugleich gegen Preisgabe der Gemeinden an willkürliche Textwahl beachtenswerte Richtlinien gegeben hat. Das Kirchenbuch (Agende) ist einer Umarbeitung unterzogen worden, deren Hauptgesichtspunkt größere Schlichtheit der Sprache war. Wenn erst die Einsicht allgemein geworden, daß unsere Kirchengebete weithin nicht ursprünglich evangelisches Glaubenszeugnis sind, dürfte man in der Neugestaltung weiter zu gehen das Bedürfnis empfinden. Die sogenannte „Kinderlehre“, unser exponierter Katechismus, wurde umgearbeitet. Das Spruch- und Liederbuch ist im Zusammenhang mit Forderungen des Schulbetriebs wiederholt verkürzt worden, ein begreiflicher Schmerz oft gerade der lebendigsten Glieder der Gemeinden, eine Mahnung, aus dem Weniger durch verständnisvolles und sicheres Einprägen ein Mehr zu machen. Hoffentlich hat nun auch der Krieg das unpsychologische Gerede gegen „das Memorieren“ in weiteren Kreisen verstummen lassen. Das „biblische Lesebuch“ wird vielleicht zum Bahnbrecher eines sachgemäßen Bibellebens im evangelischen Haus. Lebhaft waren die Verhandlungen über das so vielen ans Herz gewachsene Konfirmandenbüchlein. Sie konnten sich leider nicht völlig auf dem an sich entscheidenden Gebiet des praktischen Bedürfnisses halten, sondern griffen begreiflicherweise auf die Frage der Bekenntnissgeltung über. So entstand eine Überarbeitung, die neben anerkannt herrlichen Sätzen nicht wenig Dogmatik weiterhin mit sich führte und nun doch nicht mehr so einheitlich war wie der überlieferte Text. Die schönste und fast ausnahmslos herzlich begrüßte Gabe war das Neue Gesangbuch und Choralbuch (1912). Unsere Kirche, einst den anderen Führerin, war hierin von ihnen überflügelt worden, konnte nun aber auch die dort gemachten Fortschritte in freier Nachprüfung für sich verwerten. Manches schon im Jahre 1841 halb widerwillig Festgehaltene wurde beseitigt, anderes oft Vermißte aus dem alten Schatz aufgenommen und gutes Neues hinzugefügt; der Urtext in weitem Umfang hergestellt, ohne in Altertümelei zu verfallen; in leicht verständlichen Formen die Melodie beigegeben. Unerfüllte Einzelwünsche bleiben bei einem solchen Buch stets übrig; aber auf das Ganze gesehen, ist ein für die Bedürfnisse unserer Kirche passendes wie den Zusammenhang mit allen evangelischen Kirchen wahrendes Werk geschaffen worden, dessen besonderes Verdienst in seiner Einheit von Kirchengesangbuch und häuslichem Erbauungsbuch liegen dürfte. Ebenso wird das neue Choralbuch von Kennern hochgeschätzt; den Laien erquickt u. a. der Wegfall der vielen Schleifen und die schon dadurch erzielte größere Kraft des Gemeindegesangs.

Was ist nun das christlich-religiöse Leben, das in den bisher geschilderten kirchlichen Einrichtungen, Gefäßen, Formen, genährt von den bezeichneten Kräften und Mitteln, pulsiert? Es hieße dem vorausgeschickten Lösungswort untreu werden, wollte man eine runde Antwort auf diese Frage auch nur versuchen. Sollen wir die Kollektensumme mit der anderer Landeskirchen vergleichen, so gerne wir hören, daß z. B. 1905/06 etwa 40% des gesamten Kirchenopfers allgemein kirchlichen Zwecken, d. h. nicht den doch meist sehr bedürftigen Einzelgemeinden, zuflossen? Oder sollen wir den Durchschnitt des Abendmahlsbesuchs zum Maßstab nehmen? So gewiß er ein verhältnismäßig günstiger ist, so hat er doch, außerordentliche Gründe, wie zu Beginn des Kriegs, abgerechnet, sich vermindert; aber nur eine äußerliche Betrachtung würde daraus unmittelbar auf Abnahme des christlichen Lebens schließen. Überhaupt, wo ist der Herzenskundiger, der in unserer so verwickelten geistigen Gesamtlage den Zusammenhang wie den Unterschied von kirchlicher Sitte und christlichem Leben irrtumsfrei zu bestimmen sich getraute? Das gilt auch von dem Besuch der Gottesdienste, so aufrichtig wir uns freuen, daß Gäste aus anderen Teilen des Vaterlandes ihn rühmen. Noch mehr sei verzichtet auf den so wertlos allgemeinen Satz, daß das Wort Gottes „noch“ eine Macht unter uns sei, zudem dieses „noch“ leicht den Miston mitklingen läßt, man sehe auf ein wenn auch glücklicherweise noch nicht nahes Ende hinaus, und mit dem „dennoch“ des echten Vertrauens in scharfem Widerspruch steht. Eher ließe sich dankbar auf das lebendige, für viele überraschende Hervorbrechen des religiösen Sinnes nicht nur zu Anfang, sondern auch, naturgemäß verändert, während der Dauer unseres Krieges hinweisen. Aber eben eine solche Beobachtung mag zeigen, daß die Fragestellung selbst wohl sachgemäßer anders gestaltet wird, nicht: was ist der deutlich erkennbare religiöse Ertrag unserer Volkskirche? sondern: was alles wäre nicht vorhanden, wenn es diese Volkskirche nicht gäbe, die ganze, oft unbewußte Beeinflussung des einzelnen wie aller Gemeinschaftskreise durch das Evangelium? Dann aber stehen wir wieder vor dem für menschliche Einsicht weithin Unmeßbaren und Unwägbaren. Ehe wir darüber ein zusammenfassendes Wort versuchen, lassen sich doch jedenfalls zwei Gebiete hervorheben, auf denen das religiöse Leben in unserer Landeskirche sich einen bezeichnenden Ausdruck schafft, das christliche Gemeinschaftswesen und die christliche Liebestätigkeit.

Das „Gemeinschaftswesen“, in der Hauptsache auf Altwürttemberg beschränkt, hat in unserem Zeitraum bedeutsame Veränderungen erlebt. Sie stehen uns noch zu nahe, um ein bestimmtes Urteil zu erlauben; zumal, wenn man sich bewußt ist, wie tief solche Bewegungen mit allen, auch scheinbar ganz entfernten Strömungen des geistigen Lebens zusammenhängen. Nur das eine steht fest: bei uns in Württemberg ist das religiöse Gemeinschaftsleben bodenständiger als irgendwo sonst in Deutschland, etwa die bekannten rheinischen Gegenden ausgenommen, und in dieser Bodenständigkeit wert-

voller wegen innerer Wahrhaftigkeit. Zuerst gab sich der Hahn'sche Verband (etwa 400 Gemeinschaften) eine straffere Organisation (engerer Ausschuß, Bezirksbrüder, Bezirkskonferenzen, Jahresversammlung) und erwarb 1897 die juristische Persönlichkeit. In den „Versammlungen“, den „Stunden“, wird das geistige Erbe der Väter (J. M. Hahn, Kolb) sorgsam gehütet, indem ihre Schriften die Grundlage der Erbauung bilden. Aller Nachdruck fällt auf die persönliche Heiligung und die heiligende Einwirkung auf den Bruderkreis. Nicht eine regelmäßige Zeitschrift, sondern Umgang, Besuch, Briefwechsel bildet das einigende Band. In der äußeren und inneren Mission opferwilligst tätig, ist man sonstigem Hervortreten in der Öffentlichkeit eher abgeneigt, namentlich der „Evangelisation“. Hierin liegt der zunächst sich darbietende Unterschied von dem anderen Hauptstamm unseres Gemeinschaftswesens, dem „altpietistischen“ Verband, der ungefähr auch 400 Gemeinschaften umschließt. Sein persönlich ernstes Christentum auf Grund der Heiligen Schrift, ohne so ausdrückliche Anlehnung an eine einzelne Autorität, in seinem besten Besitz weithin von den altwürttembergischen Vätern, voran Bengel und seinen Schülern, bestimmt, hat bewußt Fühlung genommen mit den zunächst von auswärts andringenden Bestrebungen der Evangelisation, des Hineinwirkens in die gleichgültigeren Volksmassen. Er ist daher, nachdem er verschiedene vorher gesonderte Gruppen des schwäbischen Pietismus vereinigt hat (Brüdererrat, Bezirksbrüder, Gemeinschaftspfleger, Gemeinschaftshäuser, Gemeinschaftsblatt, Landesbruderkasse), dem „Deutschen Verband für evangelische Gemeinschaftspflege und Evangelisation“ beigetreten, der 1897 im Zusammenhang mit der „Enabauer Konferenz“, einer Vereinigung aller in der Kirche stehenden Gemeinschaften, gegründet wurde. Beide Hauptstämme, der Hahn'sche und der altpietistische, haben gemeinsam ihre Angehörigen in dem „Verein evangelischer Lehrer“, der etwa 700 Mitglieder zählt; überhaupt aber bleibt es das ernste Bestreben beider Gruppen, den einheitlichen Grund über der Weiterbildung nicht zu vergessen. Auch ist jene Evangelisationsarbeit nicht unmittelbar Sache des altpietistischen Verbands, sondern des „Württembergischen Vereins für Evangelisation“ (1900), der seinen Zusammenhang mit der Landeskirche nachdrücklich betont und, seit 1910, der „Süddeutschen Vereinigung für Evangelisation und Gemeinschaftspflege“. Auch die letztere, mit dem geistigen Mittelpunkt in Lioba-Liebenzell und aus der Beltmission herausgewachsen, also der englisch-amerikanischen Art näher verwandt, will nach ihren öffentlichen Kundgebungen die Verbindung mit der Landeskirche nicht lösen. Hierin liegt offenbar das Zukunftsproblem nicht nur dieser Evangelisationsvereine, sondern auch des ganzen Verbandes der „Altpietisten“, die wegen der Aufnahme des Evangelisationsgedankens auch Neupietisten heißen könnten. Aber jener Name will Ausdruck einer Grundstimmung sein. In Württemberg besteht nun einmal nicht nur eine Vernunftsehe, sondern ein Herzensbund zwischen Gemeinschaften und Kirche, so viel ernste und kleinliche Verstim-

mungen herüber und hinüber jederzeit zu ertragen und auszutragen waren. Von fremden Beschauern wird dieses Verhältnis selten verstanden. Uns ist es nicht zweifelhaft, daß die Lösung dieses nun zweihundertjährigen Verständnisses eine Einbuße an Wahrheitsbesitz und lebendiger Kraft für beide Teile bedeuten würde. Man darf nur z. B. an den zügellosen Schriftgebrauch mancher auswärtigen Gemeinschaftskreise denken und an den geringen Einfluß einzelner Landeskirchen auf das Volksleben.

Zunächst leichter faßbar als das doch überall auf das Geheimnis des religiösen Lebens stoßende Gemeinschaftswesen ist jenes andere Merkmal der Lebendigkeit unserer Kirche, ihre Liebestätigkeit. Dabei erhebt sich für ihre kurze Darstellung eine andere Schwierigkeit: die Abgrenzung gegen die irgendwie staatliche und kommunale wie die rein humane, nicht bestimmt christliche Wohlfahrtspflege. Doch gerade die Erinnerung daran erlaubt das Urteil, daß auch für die christliche Liebestätigkeit ungefähr der Beginn dieses letzten Vierteljahrhunderts einen Einschnitt bedeutet. Überhaupt hat die Liebestätigkeit in unserem Volk unleugbar ihre Eigenart. Sie ist „von innen heraus und von unten herauf gewachsen“; man könnte auf ihrem Gebiet von einem berechtigten „demokratischen Partikularismus“ reden. Zwar besaß Württemberg zuerst von allen deutschen Ländern eine „Zentralleitung“, aber fast ausnahmslos sind die einzelnen Gründungen von einzelnen Personen und Kreisen ausgegangen. Wichern, der Vater der Innern Mission, staunte bei seinem Besuch über die Vielseitigkeit dieser Liebeswerke wie über ihre Wurzelhaftigkeit im Volksboden. Freilich hing es auch mit dem schwäbischen Absonderungstrieb zusammen, daß Männer wie Gustav und A. H. Werner vereinsamt blieben oder nicht in ihrer ganzen Bedeutung gewürdigt wurden; aber belehrt durch solche Erfahrungen, hat dann bald unser Land, ohne seine Eigenart aufzugeben, besonders bereitwillig von norddeutschem Unternehmungsgeist (z. B. Arbeiterkolonien) und Organisationstalent gelernt. Und nun fällt ungefähr mit der Thronbesteigung König Wilhelms II. das Erwachen des sozialen Geistes zusammen, der auch dem charitativen Wirken neue Ziele steckt. Die Industrialisierung besonders des Neckar- und Schwarzwaldkreises hatte die Sozialdemokratie stark vermehrt; sie wird von jetzt an nicht mehr nur als verdammungswürdiger Umsturz, sondern als Problem empfunden. Die Frage, ob die Kirche dem Arbeiterstand gegenüber ihre Pflicht erfüllt und ob sie ihm für seine Aufwärtsbewegung Dienste leisten könne, beschäftigt zahlreiche Versammlungen. Die ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Führer und Presse läßt ein Erlahmen des Anteils, besonders in kirchlichen Laienkreisen, verständlich erscheinen; andere drängt es nur desto mehr zu aufopfernder Vorarbeit für die Zukunft. Evangelische Arbeitervereine werden gegründet, der Evangelisch-soziale Kongreß mit seinen Tagungen in Stuttgart 1896, Heilbronn 1907 findet zahlreichen, oft begeisterten Anschluß. Die anfängliche Zurückhaltung des Pietismus weicht

wenigstens teilweise dem Beitritt zur Kirchlich-sozialen Konferenz; eine Rechtsschutzstelle für Arbeiter, ein evangelisches Arbeitersekretariat wird errichtet. Mehr noch als in bestimmten Wirkungen ist die neue Zeit in Art und Ziel der Liebesarbeit erkennbar.

Man kann vielleicht sagen, daß die Geschichte der „Evangelischen Gesellschaft“ in Stuttgart ein Spiegelbild dieser Gesamtentwicklung ist. Bei ihrer Gründung war sie eine pietistische Traktatgesellschaft edelster Art und durch Herausgabe klassischer Zeugnisse der Frömmigkeit, z. B. Lutherscher Schriften, von Haus aus größeren Stils. Dann wurde sie ein evangelisch-kirchlicher Hilfsverein durch Stadtmission, Kolportage, Vorträge. Je länger, je mehr ist sie eine Art Landesausschuß für Innere Mission geworden, hat Reisepredigt und Instruktionkurse sowie Pflege einzelner bisher vernachlässigter Gebiete, z. B. weibliche Jugendfürsorge, Rettungsarbeit, Pressearbeit, aufgenommen. Und zwar sucht sie in dem allem sozusagen die ökumenische Stellung der Landeskirche zu erweisen, ohne einer einzelnen kirchlichen Richtung sich zu verschreiben, aber auch ohne den Zusammenhang mit dem gesunden Pietismus zu lockern.

Mit ihr eng verbunden und nicht ohne namhafte Opfer aufrecht erhalten, wirkt zeitgemäß für das ewige Evangelium der 1911 begründete Evangelische Presseverband für Württemberg, dem bereits eine führende Stellung in Süddeutschland zu teil geworden ist. Sein Zweck: Mitarbeit an der Tagespresse im Sinn christlich-sittlicher Ziele. Seine Organisation: Vertrauensmänner, körperschaftliche und persönliche Mitglieder. Seine Arbeitszentrale: das Evangelische Pressebureau in Stuttgart. Seine Einrichtungen: die „Evangelische Pressekorrespondenz“, eine für die „große Presse“ und eine für die Bezirksblätter; die Zeitschrift „Der Zeitungsspiegel“; ferner Auskunftstelle, Inseratenvermittlung, Flugschriftenverlag. Waren diese Mittel schon im Frieden wirksam und von der Presse wegen ihrer sachlichen Haltung gern benützt, so führte der Krieg den Verband wie die ganze Evangelische Gesellschaft auf die Höhe und in die Tiefe neuer Wirksamkeit. Bis 1. Juni waren gegen 210 000 Bücher und Schriften religiösen, unterhaltenden, belehrenden Inhalts zur planmäßigen Verteilung oder für Kompagniebüchereien, auch an die Kriegsgefangenen, hinausgegangen; Kriegsflugschriften (Festgrüße, Gebetbüchlein, Predigten, apologetische Hefte u. a.) über 4 Millionen. Was den Erzeugnissen dieser Kriegsliteratur, wie schon im Frieden den immer mehr sich verbreitenden „Gemeindeblättern“ (gemeinsamer „Kopf“ für die Chronik der einzelnen Gemeinde), so viele Freunde gewonnen hat, das ist neben der Reichhaltigkeit des Inhalts ihre innere Wahrhaftigkeit, die sonst manchmal wohlgemeinte Erzeugnisse christlicher Literatur vermissen ließen. So bedeuten diese Unternehmungen einen Fortschritt in christlich-kirchlicher wie in ästhetischer Hinsicht.

Soll nun aber auf die eigentliche Liebestätigkeit im engeren Sinne noch etwas genauer hingewiesen werden, so droht die Gefahr, auf so engem Raum

nicht viel mehr als Namen zu häufen, während doch, was mit diesen Namen gemeint wird, eine Fülle quellenden Lebens ist. Wir haben ein Buch, das schon durch die Überschriften seiner Kapitel von diesem eigenartigen Leben zeugt, gerade in Vereinen, Einrichtungen, Häusern, die notwendig nur in festgefügtter Ordnung bestehen können. Das Buch hat den Titel: „Was zur Tat wurde“, nach dem Lösungswort G. Werners: „Was nicht zur Tat wird, das hat keinen Wert“, und ist von einer bunten, doch in der einen großen Liebesarbeit verbundenen Schar, Männern und Frauen, zusammengetragen. „Väter und Mütter“ lautet der erste geschichtliche Abschnitt: von Liebe zur Tat gedrängte Fürstinnen und Frauen aus dem Volk, Ärzte, Lehrer und Theologen, Kaufleute, Bauern, Beamte. Dann folgen Einzelbilder, ebenso abgerundet wie sorgsam bis ins kleine ausgeführt. Wie unsere Krippe gegründet wurde, Im Säuglingsheim, „Kinderkirche“ auf der Schwäbischen Alb, Kinder- und Frauentdienst, Was aus Anstaltskindern werden kann, Im Waisenhaus, Jung und krank, Aus der Kellerwohnung des Menichengeistes, Aus dem Schaffen einer Blinden- und Taubstummenanstalt, Vater Werner und die halben Kräfte, Heilanstalt, Feierabend im Männerheim, Aus der Hütte ins Schloß, Bei den Lehrlingen des Stuttgarter Jugendvereins, Mit dem Bundessekretär des Jünglingsvereins, Daheim und draußen, Aus meiner Militärzeit, In der „Heimat“, Stadtmission, Gefängnis, Blaues Kreuz. Das Haller Diakonissenhaus, die Karlsruhöhe, Bibelanstalt, Gemeindehaus auf dem Dorf machen den Schluß. Ein Überblick faßt alles zusammen. Wer ahnt nicht hinter diesen Überschriften Geheimnisse der Liebe im Kampf mit immer gleicher und immer die Gestalt wechselnder Not? In Stuttgart allein haben über 70 Anstalten und wohlthätige Vereine ihre Heimat. In dem dichtbevölkerten Remstal beherbergt fast jedes Dorf, im ganzen Land fast jedes Oberamt sein besonderes Liebeswerk. Denkt man sie sich vereinigt, es wäre eine große Liebestadt, allein mit etwa 100 000 Kindern vom dritten bis dreizehnten Lebensjahr, die in mehr als 400 Kinder- und 300 Sonntagschulen gesammelt sind, mit gegen 30 000 Mitgliedern der Jünglings- und Jungfrauenvereine.

Das genannte Buch mag uns der Aufzählung aller Zweige der Liebestätigkeit überheben. Sie wäre ermüdend und müßte doch unvollständig bleiben. Ein Kenner teilt sie ein in Kinderfürsorge, Jugendfürsorge, Rettungsarbeit, Fürsorge für Gebrechliche. In der ersten Gruppe sind Krippen und Kinderhorte weithin Neubildungen; das in Württemberg stets besonders gepflegte Kinderrettungswerk hat durch das staatliche Fürsorgegesetz (1900) Erweiterung erfahren. Die Sonntagschulen, ursprünglich von Amerika aus angeregt, sind immer mehr deutsche Kindergottesdienste geworden; in etwa 300 Orten mit etwa 2800 Arbeitern und Arbeiterinnen („Gruppensystem“, „Textpläne“) und über 60 000 Kindern. Die Jugendfürsorge, lange Zeit auf Erbauungstunden beschränkt, entwickelte sich zu Jugendvereinen, die den psychologischen und beruflichen Bedürfnissen Rechnung tragen; unter

anderem hat der jetzige Krieg die Bedeutung der Soldatenheime voll erkennen lassen. Ein anschauliches Bild der Entwicklung gibt die Jubiläumsschrift der Stuttgarter Jugendvereine 1863—1903; vielseitig und tiefgründig wirkt auch das dortige Jugendpfarramt. Die rasch anwachsenden Jungfrauenvereine (gegen 400 mit 14 000 Mitgliedern) gliedern sich in größeren Städten nach den einzelnen Berufsarten und wachsen noch immer durch Mitbetätigung nach außen („Jugendgruppe für soziale Hilfsarbeit“). Eigene Jugendheime mit Wohnung, Beföstigung, Versammlungsräumen werden immer häufiger als dringendes Bedürfnis empfunden; mit Namen wie Brenzhaus, Hans-Sachs-Haus, Ottilienheim, Bahnhofsheim, dem groß angelegten Heim des Christlichen Vereins für junge Männer und vielen anderen steht unsere Hauptstadt in vorderster Reihe. Die in der Jugendfürsorge gemachten Erfahrungen drängen zu planmäßiger Arbeit an der verwaarlosten Jugend, zur Rettungsarbeit, z. B., abgesehen von den längst eingebürgerten „Rettungsanstalten“, zu weiblicher Stadtmision, Zufluchts- und Versorgungshäusern, ebenso für die männliche Jugend, Stuttgarter Fürsorgeheim u. a. Den Opfern des Alkohols steuern die Berufsarbeiter für das Blaue Kreuz, die Trinkerheilstätten, der Verein gegen Mißbrauch geistiger Getränke. Um den sogenannten fünften Stand, die Arbeitslosen, machen sich verdient die staatlich unterstützten Wanderarbeitsstätten. Die Hilfe für die Gebrechlichen endlich ist vermehrt durch Neugründung der Samariterstiftung und Erweiterung der A. H. Wernerschen Anstalten in Ludwigsburg, durch das Wilhelms- und Charlottenstift, durch Neubauten für Blinden- und Taubstummenpflege.

Für diese mannigfaltigen Zwecke reicht die Liebe jährlich über 1½ Millionen Mark dar. Neben dem Heer von Freiwilligen aus allen Ständen und Altern stehen etwa 3000 Berufsarbeitskräfte. Zu schildern, wie sie gewonnen, erzogen, ausgerüstet, verwendet werden, wäre eine besonders anziehende Aufgabe. Beispielsweise sei des Diakonissenwesens gedacht. Das Stuttgarter Mutterhaus mit seiner lehrreichen Geschichte (1854—1904) hat 1915 die Zahl von 1000 Schwestern überschritten. Ihr Dienst umfaßt 128 Gemeindepflegen, 67 Krankenhäuser und sonstige Anstalten. Der Krieg hat in der Etappe wie im Heimatlazarett neben der so aner kennenswerten freiwilligen Hilfsarbeit die gründliche Berufs- und Charakterbildung der Diakonissen als unentbehrlich bewährt. Erholungshäuser, Schwesternheim, das Wilhelms-hospital sind in unserem Zeitabschnitt entstanden. „Hilfsschwestern“ und der „Herrenberger Verband für besoldete Krankenpflegerinnen“ wurden angegliedert. Die Diakonissenanstalt in Hall zeigt seit ihrem Eintritt in den Kaiserswerther Verband 1904 keinerlei grundsätzliche Verschiedenheit von der in Stuttgart, sondern nur noch anregenden Wettbewerb des Dienemuts, gemäß ihrem Hinterland etwas mehr fränkisch-kirchlich als schwäbisch-pietistisch, und den Gemeindedienst wie das Getragen sein von der Einzelgemeinde in die vorderste Linie rückend, auf möglichst gründlichen ärztlichen Unterricht bedacht.

Das gleichfalls hochverdiente Karl-Olga-Haus in Stuttgart und das männliche Seitenstück zu diesen Mittelpunkten weiblicher Diakonie, die Brüderanstalt auf der Karlsruhöhe, mit ihrer weitverzweigten und durch Individualisierung besonders anziehenden Tätigkeit können nur noch erwähnt werden.

Im Rückblick auf die Liebesarbeit aller Art darf im allgemeinen gesagt werden, daß sie das Gepräge fortschreitender Verkirchlichung trägt. Aber dies Wort eben nur so verstanden, wie es von unserer württembergischen Kirche gilt. Damit mag es zusammenhängen, daß die Stellung auch zu den rein humanitären Parallelunternehmungen eine freundliche und vertrauensvolle ist, in der Jugendarbeit (Jungdeutschland, Pfadfinder), in der Sittlichkeitsbewegung, im Kampf mit dem Alkoholismus. Der Krieg stellt uns allenthalben vor neue Aufgaben und vertieft alte Probleme. Es sei nur an die Frage erinnert, wie das Verhältnis der Jugendwehr zu den bestehenden andern Vereinen aller Art geregelt werden soll. Überhaupt aber empfinden wir doch erst jetzt den ungeheuren Ernst der gesamten Jugendpflege zwischen Schulentlassung und Heeresdienst im Unterschied der früher oft einseitig hervortretenden Fürsorge im Sinne der Bewahrung und Abwehr von Schäden; „Pflege“ ist mehr als auch „Fürsorge“.

Noch aber ist eine Reihe anderer Betätigungen des religiösen Sinnes unerwähnt geblieben. Nennen wir das Werk der Bibelgesellschaft, des Gustav Adolf-Vereins, des Evangelischen Bundes, der Völkermision, so bezeugen auch diese Namen die fortbildende Macht der Geschichte. Lange Zeit bedeuteten Äußere und Innere Mission die beiden Arbeitsgebiete des „Reiches Gottes“ für die Glieder der Kirche, „die mit Ernst Christen sein wollen“, und an diese Werke dürfen jene Gemeinschaftskreise immer noch ihr Erstgeburtsrecht geltend machen. Aus ihnen stammen die meisten Missionare wie die meisten Berufsarbeiter der Inneren Mission, aus ihnen durch treue Kleinarbeit zusammengebrachte große Beiträge, und über dem allen die tragende Kraft des persönlichen Anteils. Daß auch die Äußere Mission ihre Geschichte hat, bezeugt gerade die Basler, die ja von Anfang bis heute „die“ württembergische ist (1913 fast 600000 M. Beiträge), im Licht ihrer stillen Jahrhundertfeier (1915). Das Stuttgarter „Komitee“, der Kamerunverein, der Verein für ärztliche Mission, die „Landeskonferenzen“ und die „Gemeinschaften“ sind zu einem „Württembergischen Landesausschuß“ vereinigt worden (1912), um den Verkehr mit Basel einheitlicher zu gestalten. Dazu kommen Frauenmission und Männerbund, Stipendienfonds, Missionskurse. Die hochflutende Begeisterung für die Weltmission (Edinburg 1911) ist durch das Verhalten Englands im Weltkrieg da und dort einem Pessimismus gewichen, der sich mit christlichem Vertrauen schwer verträgt. Aber Selbstbestimmung auf die letzten Quellen des Missionssinns ist in der Tat Pflicht für alle, zumeist für die Enthusiasten, die dem Losungswort „von der Evangelisation der Welt in dieser Generation“ leichtgläubig und die Geschichte verachtend zugejauchzt hatten. Dagegen sind alle einzelnen Vor-

schläge und vollends Prophezeiungen für den Augenblick müßiges Gerede. Auch innere Schwierigkeiten, wie die Stellung zur Heiligen Schrift schon in der Erziehung der künftigen Missionare, harren noch der vollen Klärung im Sinne des evangelischen Glaubens, der stärkste Bindung und vollkommene Freiheit in einem ist.

Die neuesten Veröffentlichungen unserer Bibelanstalt (Festschrift 1812—1912) sind „Bibel für die Hausandacht“, die „Jubiläumsbibel“ (mit kurzen Anmerkungen, besonders auch für Stundenhalter), das „Neue Testament für Gebildete, die forschen wollen“. Die sinnvoll bis ins kleinste vervollkommeneten Nestleschen Ausgaben des griechischen, lateinischen und deutschen Testaments haben sich durch ihre Güte neben beispielloser Billigkeit Weltverbreitung gesichert. Wichtig ist die bewußte Befreiung von der Schablone des bloßen Bibelabdrucks, um den verschiedensten Bedürfnissen Rechnung zu tragen: z. B. Hefte fürs Feld, nicht nur Bibelteile, sondern auch Bibelauszüge, deren Verbreitung in die Millionen geht.

Auch in den Kreisen unseres evangelischen Volkes, die den bisher besprochenen Erweisen des Glaubenslebens ferner stehen, findet der Gustav-Adolf-Verein für die Pflege der Diaspora freudige Teilnahme. Seine Wanderjahresfeste sind weithin evangelische Volksfeste; die Aulendorfer Männerversammlung schlingt ein starkes Band um Oberschwaben, dem der Verein in diesem Vierteljahrhundert etwa ein Duzend Kirchen erbaute. Die Ausbreitung des Deutschtums in der Welt hat neue Aufgaben gestellt (Brasilien), Galizien und Ostpreußen hat der Krieg auch uns besonders nahe gebracht. Im Gesamtverein steht der württembergische an erster Stelle hinsichtlich der Einnahmen (1914 rund 169 000 M.). Vielsach in ähnlicher Hilfsbereitschaft für die Glaubensgenossen hat sich der württembergische Zweig des Evangelischen Bundes betätigt, durch Gewinnung von Diakonissenstationen, Pflege der Lutherfeiern und Familienabende, kirchliche Versorgung der Übergetretenen in Österreich. Im Fernhalten der Parteipolitik suchte er dem konfessionellen Sichverstehen zu dienen, auch wo er, wie bei der Borromäusenzyklika, den ev. Standpunkt entschieden vertrat. Überhaupt, unser württembergisches Volk achtet nicht nur den Burgfrieden im äußeren Krieg, sondern sucht aufrichtig den Frieden, gerade weil es in seiner Überzeugung den Grund wahrer Toleranz kennt. Dem oberflächlichen Beschauer kann manches, was aus dieser Toleranz fließt, als Gleichgültigkeit erscheinen; eine ernstliche Antastung seiner evangelisch-protestantischen Kleinodien würde unser Volk in der Zukunft so wenig ertragen wie in der Vergangenheit.

Das in kurzem Umriß gezeichnete Bild des religiösen Lebens in unserer Kirche zeigt, daß sie keine „Pfarrers- oder Pastorenkirche“ ist und sein will. Nichtsdestoweniger, ja eben deswegen war schon immer, unausgesprochen, mit von unserem Pfarramt und Pfarrstand die Rede. Alles Besprochene

ist, so wie es bei uns ist, wesentlich mit eben darum so, weil unser Pfarrdienst ist, wie er ist, oder sein möchte, wie er sein sollte. Vielen bleibt das Wort eines bekannten Staatsmannes unvergesslich: Das Wichtigste für unsere evangelische Kirche ist doch, daß sie gute Pfarrer habe. Dankbar gedenken wir dabei der evangelischen Pfarrfrau und des evangelischen Pfarrhauses. Was dieses Pfarrhaus für unser Volksleben überhaupt, für den Ausgleich der Klassen und für die Darbietung tüchtigster Kräfte gerade an seine höheren Stände geleistet hat, ist eine noch ungeschriebene Geschichte, weithin eine unbeschreibbare, weil es sich um unwägbare Größen des Geistes- und Gemütslebens handelt. Und wenn besorgte Stimmen auf das Mißverhältnis zwischen Aufgabe und Ausrüstung hinweisen, die unter unseren „Bildungs“-Verhältnissen den unersehblichen Einfluß der Pfarrfrau erschweren könnten, so steht zu hoffen, daß die frische Luft evangelischer Frauenbewegung auch hierin reinigend und stärkend sich erweise. Die äußere Lage des evangelischen Pfarrers bleibt eine bescheidene. Die Sorge um die Erziehung der Kinder ist für Familien auf dem Lande durch die Aufhebung vieler unserer geschichtereichen „Lateinschulen“ gewachsen; das Unternehmen der „Studienhilfe“ daher notwendig, und die Gefahr zu früher „Berufs“-Wahl läßt sich, wenn erkannt, vermeiden. Die durch die neue Kirchenverfassung bedingte Vermehrung der Verwaltungs-, besonders Finanztätigkeit des Pfarrers dürfte, vernünftig begrenzt und mit Verständnis erfaßt, eher ein heilsames Gegengewicht gegen die rein innerliche Hauptarbeit sein. Ernster zu nehmen ist vielleicht die wachsende Empfindung für die ländliche Abgeschiedenheit. Am tiefsten greift die Sorge um geistliche Überforderung, da die Ansprüche in Predigt und Seelsorge durch die Individualisierung des modernen Geisteslebens zweifellos gewachsen sind.

Im Blick auf solche Fragezeichen hat sich mit Recht der sachgemäßen Vorbildung unseres Pfarrstandes größere Aufmerksamkeit zugewendet. Die „niederen Seminare“, vor der drohenden Aufhebung gnädig bewahrt, sind zeitgemäß reformiert worden. Der große „Stiftsumbau“ wird mit dem elektrischen Licht und der Zentralheizung endlich die langersehnte „stille Zelle“ dem einzelnen gewähren, die doch wohl über manche Einbuße am alten „Stubenleben“ trösten darf; denn der theologischen Jugend ist zuzutrauen, daß ihre Poesie unsterblich ist, aber Lebensbedingungen können ihr auf die Dauer ohne Lebensschädigung nicht versagt werden. Auch eine neue Studien- und Prüfungsordnung (1913) ist vielfach begrüßt worden. Sie ermöglicht den „Stiftlern“ für zwei Semester den Besuch auswärtiger Hochschulen, läßt der Freiheit des einzelnen in der Reihenfolge und in Betonung der Fächer weit größeren Spielraum und erlaubt, einen Teil der Prüfung vorauszunehmen; ebenso ist in ihr selbst ein Ausgleich zwischen äußerlicher Zählung der Nummern und Schätzung der Gesamtleistung versucht, und nicht nur tüchtige Gesamtleistung, sondern auch besondere Auszeichnung auf einem Gebiet eröffnet die Möglichkeit, „Repetent“ zu werden. Dadurch dürfte auch

die Beteiligung an der öffentlichen wissenschaftlichen Arbeit gefördert werden, in der wir bei hohem Stand der Allgemeinbildung zurückzubleiben in Gefahr kommen. Wie jene Möglichkeit des auswärtigen Studiums, so dient der Zufluß der nichtwürttembergischen Theologen und ihr fortschreitender Verkehr in früher rein heimatlichen Gesellschaftskreisen sowie deren Rekrutierung aus den verschiedenen Fakultäten der inneren Verbindung dieser selbst wie unseres schwäbischen Stammes mit dem großen Vaterland ohne Schädigung seiner Eigenart. Auch läßt sich im Zusammenhang damit besseres Verständnis für das religiöse Leben in der akademischen Jugend erhoffen, nicht allein durch die Einwurzelung des Deutsch-Christlichen Studentenvereins und die Fortbildung der alten, irgendwie religiös bestimmten Verbindungen. Unsere Fakultät aber weiß sich, bei großer Verschiedenheit ihrer Mitglieder, eins in dem Bestreben, ihre durch die Geschichte gerade auch der Kirche bedingte Eigenart als ein hohes Gut zu hüten. Die Herrschaft einer „Schule“ würde bei uns besonders unerfreuliche Folgen für die Fakultät wie für die Landeskirche haben; das Vertrauen des evangelischen Volkes ist ihr besonders unentbehrlich. Manche Berufung oder Nichtberufung mag fremdem Urteil auffallen, dem Vertrauten eine hohe Aufgabe echter Universitäts- und Kirchenpolitik sein, in deren Erfüllung er entgegen dem Augenschein das gute Gewissen sich erwirbt, dem wahren Fortschritt am sichersten zu dienen. In diesem Zusammenhang darf die gegen manche Bedenken mit Bewußtsein festgehaltene Einrichtung des „Frühpredigerdienstes“ der Professoren erwähnt werden, zusammen mit der noch nicht vergessenen Tatsache, daß einst Baur und Beck nebeneinander ihn geübt haben. — Schließen wir diese kurze Erinnerung an den Weibefrühling unserer akademisch-theologischen Jugend mit dem stillen Gedenken an ihren opferfreudigen Drang in den Heeresdienst zu Beginn des Weltkriegs und an den Heldentod schon so vieler „Kommilitonen“. Für den freiwilligen Eintritt der schon angestellten Pfarrer und Pfarramtskandidaten (129 zum Dienst mit der Waffe) hat unsere Kirchenbehörde unter den evangelischen Kirchenregierungen zuerst und am weitesten die Tore geöffnet. Die Hoffnung möge nicht trügen, daß nach dem Krieg den evangelischen Theologen eine würdigere Stellung im Heeresganzem gesichert wird.

Den in den Kirchendienst Aufgenommenen gibt nicht mehr nur das gegen früher wesentlich gewandelte Vikariat, sondern nun auch eine Reihe neuer Einrichtungen Gelegenheit zur Fortbildung, Lehrkonferenzen bei einzelnen Dekanen und Kurse aller Art, seit 1913 unter einheitlicher fachkundiger Leitung, die nach der Absicht der Behörde allen Kandidaten zugänglich sein sollen, in Stuttgart. Vermutlich entspricht das im ganzen unserer Art mehr als das ja zweifellos auch Vorteile bietende Predigerseminar. Als Förderung in der Berufsfreudigkeit wurde empfunden die Neuordnung des „Verpflichtungsvorhalts“ (1911). Er verweist auf das in biblischen Worten verfaßte Ordinationsgelübde, und die „Dienst-

anweisung“, auf die er verpflichtet, bezeichnet „die Heilige Schrift als Quelle und Norm der Verkündigung gemäß dem in der Reformation wieder ans Licht getretenen und besonders in dem Augsburger Bekenntnis bezeugten Verständnis des Evangeliums“. Fast noch bedeutsamer waren die Erklärungen der Oberkirchenbehörde in der Landesynode (1907 und 1912) über die Geltung des Kirchenbuchs. Dieses werde dadurch, daß es durch Gesetz zustande komme, nicht selbst Gesetz. Die erstere Erklärung zieht daraus zunächst die Folgerung für die Kirchenbehörde (nicht jede Abweichung als „Gesetzesübertretung“ beurteilen zu müssen); die letztere für das agendarische Handeln des Pfarrers, seine ausdrücklich gewährte Freiheit in ordnungsmäßiger Gebundenheit. Es ist ein verheißungsvoller Anfang, die Erkenntnis von der Eigenart kirchlichen Rechts in die Praxis einzuführen, wenn gesagt wird: Die einzelnen Stücke des Kirchenbuchs „sind dargeboten als Gemeinbesitz unserer Kirche zur seelsorgerlichen Bedienung der Gemeinden und Gemeindeglieder und sind danach zu gebrauchen“. So fanden die Verhandlungen über Taufliturgie (nicht Parallelsformulare, aber verschiedene Einführungsformeln des Glaubensbekenntnisses), Konfirmation, Verpflichtung für jetzt einen Abschluß, zu dem sich die verschiedenen Richtungen nicht widerwillig, sondern bei vollkommen offener Aussprache aus Überzeugung bekannten oder mindestens als bei dem im Blick auf die Gesamtlage Erreichbaren beruhigten. Denn an Verschiedenheit der Richtungen fehlt es auch bei uns keineswegs. Sie haben sich in besonderen Gruppen zusammengeschlossen: die Lutherische Konferenz 1872 (mit Lutherischem Gotteskasten), die (zahlreichste) Evangelisch-Kirchliche Vereinigung (1895), die Freie Volkskirchliche Vereinigung (1912), die Vereinigung für Evangelische Freiheit. Die letztere knüpft schon durch ihren Namen deutlicher an außerwürttembergische Parteiverhältnisse an. Bei jenen Verhandlungen ist von einem nun entschlafenen, persönlich besonders „Orthodoxen“ das Wort gesprochen worden: Warum sollte ich nicht zustimmen, wenn ich dadurch das Gewissen der Amtsbrüder erleichtern kann? Solche Gesinnung herüber und hinüber ruht zum Teil gewiß auf dem persönlichen Sichkennen aus der noch nicht parteizerklüfteten Jugendzeit und ihrer „akademischen“ Freundschaft; sie hat doch noch tiefere Wurzeln in der Eigenart unserer Stellung zum Evangelium. Daher erregt uns die Not der einzelnen Genossen, wie sie 1892 zur Amtsentlassung Chr. Schrempfs führte, besonders tief als irgendwie immer gemeinsame, weil persönlich verstandene Not, und doch eben darum sind wir für die kirchlichen „Fälle“ besonders wenig empfänglich, „kirchenpolitisch“ in der Tat wenig „begabt“, wie man uns schon vorgeworfen hat. Deswegen wünschen wir auch dem trefflichen Disziplinalgesetz und kirchlichen Gerichtshof (1895, 1901) möglichst wenig Arbeit. Der etwa vier Fünftelle der evangelischen Pfarrer aller Richtungen umschließende Pfarrverein sieht in diesem Jubiläumsjahr auf eine fünfundzwanzigjährige stille, aber stets mehr geschätzte Arbeit zurück.

Gewiß, man kann über das alles verschieden urteilen, und jeder kann überhaupt nur von seinem Standpunkt aus urteilen. So mögen diese Andeutungen manchem zu optimistisch, anderen zu unbestimmt erscheinen. Gemeint sind sie nicht so. Sie wollen verstanden sein nicht im Sinn einer bestimmten „positiven“ oder „liberalen“ Richtung, sondern von der schlichten Überzeugung aus, die hier nicht begründet werden kann, daß das Evangelium, dem allein jede evangelische Kirche zu dienen hat, und nur zu dienen, die allen Wechsel der Zeit überdauernde und beherrschende ewige „Kraft Gottes“ ist, aber eben darum mit jeder wechselnden Zeit neu wird; daß jede wahre Reformation nicht eine Verkürzung und Verflachung seines Gehalts, aber stets eine ungeheure Vereinfachung ist; und daß kein in der Geschichte schon festgefügtcs Verständnis des Evangeliums für sich allein den ausreichenden Maßstab für dieses vertiefende und vereinfachende Verständnis darbieten kann, sondern nur im Verein mit der lebendigen, von Gott gewirkten Geschichte der Zukunft. Damit sind wir vor die allerlehten Fragen nicht nur unserer Kirche, sondern des Evangeliums selbst, vor die Frage des Seins oder Nichtseins gestellt. Wir täuschen uns nicht über die Macht seiner Gegner und beruhigen uns nicht bei dem äußerlich kleinen Erfolg der Kirchenaustrittsbewegung (1913/14), wir erwarten auch nicht von unserem Krieg in leichtfertigen Optimismus „eine Wiedergeburt des deutschen Volkes und der Welt“. Bekannte Schlagworte wie: „der Jenseitsglaube muß beseitigt werden“, „der technische Gedanke siegt nun erst recht über das religiöse Angstgefühl“, werden sich der Unbildung und Halbbildung auch nach dem Krieg aufs neue empfehlen, weil sie den stärksten Bundesgenossen in der natürlichen Selbstsucht haben, die im Evangelium ihren Todfeind wittert, daher z. B. in der Bodenreformfrage die sonst bittersten Gegner vereinigt. Und nach wie vor wird alles bloße Ästhetentum mit seiner mystischen Religiosität die am Marke der Volksgesundheit und des Menschheitsaufstiegs zehrenden Mächte des Verderbens nicht überwinden können. Aber allerdings, der Krieg kann uns zum großen Erzieher des Wirklichkeitssinns werden. Er hat die sehen gelehrt, die sehen wollen, er hat die Notwendigkeit und die Kraft des Wollens geoffenbart und damit für alle, die guten Willens sein möchten, den ursprünglichen einzigen Weg zum Verständnis der „frohen Botschaft“ aufs neue frei gemacht. Ob es aber dieser gelingt, in einer neuen Zeit, die wir noch kaum ahnen, in neuer Schlichtheit, weil in ewiger Wahrheit, einen neuen Siegeslauf zu beginnen voll neuer Kämpfe; oder, um nur eines zu nennen, das im Grunde alles ist, ob die Botschaft von Jesus, denn er selbst ist das Evangelium, mit neuen Zungen einer neuen Zeit sich wirksam erweist, auf diese Frage kann nur das persönliche Vertrauen eine bejahende Antwort finden; gegen jenen Zweifel kann nach Schleiermachers Wort „nur der Glaube aufkommen“, eine „Gewißheit, die anderer Art, aber nicht geringer ist als die sinnliche Gewißheit“. Und „kein Feind des Glaubens ist, der nicht den Mut des Glaubens steigerte“ (Wichern).

Allein, und damit kehrt dieser Ausblick ins Große und Ganze zu unserer besonderen Aufgabe zurück, wenn jene Auffassung des Evangeliums richtig ist, dann müssen wir auch unsere Landeskirche, und gerade sie, als ein Mittel für den genannten höchsten Zweck dankbar schätzen. Beschränktes Eigenlob dieser Kirche wird uns nicht nur durch die Einsicht in ihre Unvollkommenheiten, auch nicht nur durch das vergleichende Urtheil, denn wir leben nicht mehr auf einer abgeschlossenen Insel, verwehrt, sondern durch die Aufrichtigkeit unserer Liebe zu ihr, und ein besonderes Maß von Selbstironie ist uns stets eigen gewesen. So sei denn dies Schlußwort noch mehr ein Zeugnis von dem, was unsere Kirche sein möchte, als was sie schon ist: eine Dienerin für das Reich Gottes. Ihre ganze Geschichte, die Art unseres Stammes, seiner frommen Gemeinschaften, seiner Liebestätigkeit, das Verhältnis der Stände und Klassen, die Erziehung des Pfarrstandes, die Entwicklung des Kirchenregiments, die biblische Grundlage unserer Theologie in besonders naher Fühlung mit der Philosophie, die eigentümliche Enge und Weite unseres Geisteslebens überhaupt weist in jene Grundrichtung. Ein Beispiel wenigstens sei erwähnt. Unser bodenständiges, nüchternes Gemeinschaftswesen ist durch sein bloßes Dasein eine Warnung vor Überschätzung der äußeren kirchlichen Formen, ebenso vor dem Wahn eines vollendeten Gottesreichs, durch menschliche Geschäftigkeit unter den Bedingungen unseres jetzigen Lebens heraufgeführt; es ist eine Tatpredigt von dem höchsten Gut der Gottesgemeinschaft in ihrer unlöslichen Einheit von der sittlichen Bewährung; es ist eine Macht der Fürbitte, und es ist in dem allem eine Kraft innerster Verständigung. Aber gerade mit diesen besonderen Gaben haben unsere Gemeinschaften auch die besondere Aufgabe, die Zeichen der Zeit nicht nach menschlich vergänglichem Merkzeichen zu deuten, sondern aus dem göttlichen Anschauungsunterricht der wirklichen Geschichte; die von ihr geforderten Pflichten mit der Weisheit und Glaubenskraft anzufassen, die nur im persönlichen Umgang mit dem Worte Gottes erworben werden; nicht von sich aufdrängenden, theologisch halbgebildeten und herrschsüchtigen Führern sich leiten und gegen alles Ungewohnte als gegen eine böse Neuerung einnehmen zu lassen; kurz, als die „Stillen im Lande“ die wahre ewige Stille nicht zu verwechseln mit müdem Sichzurückziehen, oder sie zu vertauschen mit einer ihnen im Wesen fremden rechthaberischen und richterischen Vielgeschäftigkeit. Nehmen wir es als ein hoffnungsvolles Zeichen, daß auch in diesen Kreisen der Geist der Selbstbesinnung und Selbstkritik lebendig sich regt, und daß er, das hoffen wir sagen zu dürfen, in allen Kreisen unserer evangelischen Kirche wirksam ist. Allein in ihm sollen auch alle Zukunftspläne wurzeln, die jetzt unter den Sorgen des Kriegs viele treue Arbeiter im Dienst der Kirche bewegen. Je mehr jener Geist sich vertieft, desto mehr wird unsere Kirche, mag ihr Äußeres wechseln wie es will, ihr bestes Teil bewahren und vertiefen, nämlich Mittel zu bleiben und noch viel besser zu werden für das Reich Gottes. An der Bescheidenheit und Unscheinbarkeit

ihrer Erscheinung; die mit diesem Beruf verknüpft ist, stoßen wir uns nicht. Wir lieben mit unserem Luther die „arme, geringe Magd“, wenn wir an ihren großen Herrn glauben. Mehr äußere Macht und äußere Ehre läßt sich freilich auf anderen Wegen erreichen. Doch, auf den langsamen Jahrhundertschritt der Geschichte gesehen, dürfen wir sagen, daß keine andere Bindung als die an die Wahrheit auf die Dauer besteht und daß die Wahrheit nur in der Luft der Freiheit gedeiht. Jedenfalls hat das Evangelium vom Reiche Gottes für nichts anderes seine Verheißung. So sei der willige Dienst für dieses Reich unserer Kirche Pflicht, Recht, Kraft, Ehre.

Quellen:

Für die geschichtlichen Voraussetzungen: Württ. Kirchengeschichte, herausg. vom Calwer Verl.-Ver. (G. Boffert, J. Hartmann, Chr. Kolb), Stuttgart 1893. J. B. der Unterschied der schwäbischen und fränkischen Art konnte nur angedeutet werden.

Zur kirchlichen Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung: das Amtsblatt des Ev. Konsistoriums 1891—1916 und die Verhandlungen der Ev. Landesynode in diesem Zeitraum.

Zum Gemeinschaftswesen: Dietrich und Brodes, Privaterbauungsgemeinschaften innerhalb der ev. Kirchen Deutschlands, Stuttgart 1903. Aus d. Arb. d. Württ. Ver. f. Evangelisation, Stuttgart 1910.

Zur Liebestätigkeit usw.: Hinderer, Was zur Tat wurde, Stuttgart 1909. Festschrift zum Kongreß f. J. M. 1909. Die Jahresberichte und Jubiläumsschriften der im Text genannten Vereine, z. B.: In 50jährigem Dienst (Jugendverein in Stuttgart), 1864—1914. Geschichte der Basler Mission, Basel 1916.

In diesen Quellen (bzw. in den Nekrologen unserer größeren Blätter) finden sich auch Bilder der einzelnen Persönlichkeiten, die für das Leben unserer ev. Kirche in den letzten 25 Jahren besondere Bedeutung gewonnen haben. Ihre Namen wird man vielleicht in der Darstellung vermissen. Aber sogar bei Beschränkung auf die schon Vollendeten — Lebende zu rühmen verbietet sich von selbst — wäre gerade wegen der oben bezeichneten Eigenart unserer Kirche die Zahl zu groß gewesen; denn z. B. nicht nur verdiente Leiter der Kirche, sondern ebenso schlichte Männer vom Lande würden zu nennen sein.

Zum Ganzen vgl. man die Abschnitte Statistisches, Wohltätigkeit, Schulwesen u. a.

Zu besonderem Dank für gütige Hilfe bin ich verpflichtet den Herren Privatgelehrter Th. Dehlinger, Rektor Dietrich, Prälat Dr. von Hermann, Hofprediger Dr. Hoffmann, Pfarrer Hinderer, Prälat Dr. von Merz, Pfarrer O. Ris, Konsistorialdirektor von Römer, Prälat von Römer, Stadtkanon Traub, sämtlich in Stuttgart; den Herren Pfarrer Weißer in Hall, Stadtpfarrer Wurm in Ravensburg, Professor J. Zimmermann in Korntal.

Das religiöse Leben in der katholischen Kirche

Von Domkapitular Dr. Reck

I. Die Leitung der Diözese Rottenburg

Als der hochselige König Karl im Spätsommer 1891 nach segensreicher Regierung starb, lag die Leitung der Diözese Rottenburg in den Händen des hochbetagten Bischofs Karl Joseph von Hefele. Er hatte das Glück gehabt, durch 22 Jahre hindurch unter dem Zepter des milden und gerechten Herrschers, der die Liebe und Verehrung aller Schwabenherzen besaß, seines Hirtenamtes zu walten und der Diözese vorzustehen. Das waren Jahre, während welcher weit herum in deutschen Landen der innere Friede eine schmerzliche Störung und Unterbrechung erfuhr: das Land Württemberg aber blieb dem Hader und Streit verschlossen, und die Katholiken Württembergs wußten dankbar, daß König Karl der willensstarke Hüter und Schützer des Friedens gewesen war. Ihren Dank aus vollem Herzen auszusprechen konnte Bischof Hefele erwünschte Gelegenheit nehmen, als er aus Anlaß des 25jährigen Regierungsjubiläums im Jahr 1889 dem Königspaaire Karl-Olga seine und seiner Diözesanen aufrichtigste Glückwünsche überbringen durfte.

Bischof Hefele hat König Karl um zwei Jahre überlebt; die letzte kurze Wegstrecke seines Lebens reicht also noch herein in die Regierungszeit des jetzigen Königs von Württemberg, Wilhelm II., dessen 25jähriges Regierungsjubiläum Schwabens Volk in schwerer, herber Zeit mit freudiger Teilnahme und in ehrfurchtsvoller Liebe und Treue festlich zu begehen sich ansieht.

Im Juni 1893 starb Bischof Hefele, und der Hirtenstab ging über an Bischof Wilhelm von Reiser, bisher schonoadjutor mit dem Rechte der Nachfolge. Nur fünf Jahre waren seiner Tätigkeit als Bischof von Rottenburg zugemessen: mitten in der Arbeit, auf einer Firmungsreise, ereilte ihn zu Ellwangen ein rascher Tod.

Und wieder ließ der Tod seinen Nachfolger, den erwählten und präkonisierten Bischof Franz Xaver von Linssenmann, nicht einmal zu den Anfängen der Diözesanleitung gelangen; er starb am 21. September 1898.

Seit dem 18. Januar 1899 waltet als Oberhirte der Diözese Paul Wilhelm von Keppler, dem das Jahr 1916 die glückliche Gelegenheit bringt, im Namen seiner Diözesanen dem Königspaar Wilhelm-Charlotte

gegenüber der Herold derselben Gefühle der Dankbarkeit und Ehrfurcht zu sein, wie sie im Jahre 1889 Bischof Hefele König Karl und Königin Olga darbringen durfte. Seit dem 18. Juni 1916 steht dem Bischof zur Seite Weihbischof Johann Baptist Sproll, Titularbischof von Almira i. p. i.

II. Die Diözesanen und ihre kirchliche Versorgung

Im Jahre 1890 wurden im Lande Württemberg 609 594 Katholiken gezählt; im Jahre 1910 war deren Zahl auf 739 995 gestiegen; heute wird man sie nach annähernder Schätzung wohl mit 750 000 ansetzen dürfen. Zu suchen sind die Katholiken der großen Mehrzahl nach in den ursprünglichen katholischen Landesteilen Neuwürttembergs, wo sie bodenständig sind. Aber seit einer Reihe von Jahren sind infolge von Verschiebungen und Mischungen der Bevölkerung überhaupt und angezogen von der Gelegenheit zu Arbeit und Verdienst zahlreiche Katholiken in das alte Württemberg übergewandert und sind hauptsächlich in den Industriebezirken, in größeren und kleineren Städten heimisch und sesshaft geworden. Die Folge hiervon war nicht nur ein beträchtliches Anwachsen der Katholikenzahl in den Städten, wo sich von langher Katholiken befinden — z. B. in Heilbronn, Reutlingen, Ulm und vor allem in Stuttgart —, sondern das Entstehen einer ausgedehnten, weitverzweigten Kleindiaspora. Dem katholischen Drittel der württembergischen Bevölkerung bieten die zwei Drittel des von evangelischen Einwohnern bewohnten Landes größere Zerstreuungsmöglichkeit als umgekehrt; aber die so Zerstreuten nun auch kirchlich zu versorgen und ihren religiösen Bedürfnissen nur auch einigermaßen entgegenzukommen, verlangt beträchtliche Anstrengungen und Opfer, und ununterbrochen löst hier eine Sorge die andere ab. Es darf aber auch gesagt werden, daß in den letzten 25 Jahren für diese Diaspora recht viel geschehen ist. Heute ist an einer Reihe von Orten, wo sich Katholiken in größerer Zahl unter evangelischen Bewohnern finden, ein gottesdienstliches Lokal gewonnen und periodischer Gottesdienst eingerichtet; frühere Diasporastellen sind zu ständigen Verwesereien erhoben, andere sind heute definitive Seelsorgestellen oder Pfarreien. Die Zahl der letzteren ist im Zeitraum von 25 Jahren gewachsen um 21, die der Kaplaneien um 7, die der Pfarrverwesereien um 15, die der Expositurvikariate um 9; Vikariate sind es gegen 1891 heute um 26 mehr.

Das Mehr von aktiven Geistlichen, die im Jahre 1916 in der Diözese tätig sind, ist wesentlich von den Bedürfnissen der Städte und eben der Diaspora in Anspruch genommen.

Die Zahl der in den letzten 25 Jahren neu gebauten und konsekrierten Kirchen wird hundert nahezu erreichen. Von diesen stehen 20 in der Diaspora, Stuttgart-Cannstatt nicht mitgerechnet. Gebaut wurden diese Gotteshäuser größtenteils aus Mitteln der Pfarrangehörigen, aber auch der Opferstimm der

Katholiken aus der ganzen Diözese hat namhafte Beiträge geleistet. Daß Bewilligungen aus der Staatskasse, Gewährung von Lotterien bei den einzelnen Neubauten eine höchst erfreuliche Förderung bedeuteten, ist auch an dieser Stelle dankbar zu erwähnen.

Den Neubauten zur Seite gingen zahlreiche Restaurationen kirchlicher Gebäude, deren Durchführung zum Teil ganz bedeutende Mittel in Anspruch nahm. Wir wollen nur erinnern an die Restauration der Marienkirche in Ravensburg oder der Heiligkreuzkirche in Rottweil. Beide, sowohl die Neubauten als die Restaurationen, gaben wertvolles Zeugnis für den vorhandenen religiösen Sinn der katholischen Bevölkerung, der nicht ein wie immer beschaffenes, sondern ein schönes Gotteshaus haben will und auch die Opfer nicht scheut, welche hierzu erforderlich sind.

III. Die kirchlichen Bildungsanstalten

Das Priesterseminar. Es ist rund ein Jahrhundert vergangen, seitdem das ehemalige Karmeliterkloster in Rottenburg zum Priesterseminar bestimmt und dieses von Ellwangen in die Neckarstadt verlegt wurde (1817). Freilich wollte in dem früheren Klostergebäude nicht nur das Seminar untergebracht werden, auch der Bischof und einige Domkapitulare und Dompräbendare mußten in demselben Platz finden. So wurde auch die vorhandene Klosterkirche eingebaut. — Es hat sich wohl im ganzen verflossenen Jahrhundert nicht eine Stimme gefunden, welche diesen Ein- und Umbau als eine architektonische Meisterleistung bezeichnet hätte. Und von König Wilhelm I. erzählt man sich, daß er anläßlich eines Besuches in Rottenburg und einer Besichtigung des Seminars über den Einbau sich ziemlich drastisch ausgesprochen und die Verwendung der dafür gebrauchten Summen bedauert habe. Indes, das Geschehene war nicht mehr zu ändern. Es war wohl zu bessern, und der Ruf nach Besserung ward auch erhoben, aber nicht immer auch erhört. Wohl das schlimmste war eine lästige Engräumigkeit, die nach heutigen Begriffen von Anfang an als unerträglich hätte gelten müssen; aber frühere Zeiten haben viel ertragen. Eine durchgreifende Besserung brachte erst die neuere Zeit. In den neunziger Jahren nämlich wurde für die beiden noch im Seminargebäude domizilierten Domkapitulare eine eigene Wohnung erbaut, und die hierdurch frei gewordenen Räume erhielten nun eine Verwendung zugunsten des Seminars, seiner Vorstände und Alumnen. Im Jahr 1897 sodann hat die Staatsregierung mit großen Kosten die Änderungen durchgeführt, die zweifellos einen großen Schritt zum Guten und Besseren bedeuteten. Wenn im alten Karmeliterkloster heute noch ein Überbleibsel sich findet, das man beseitigt wünschen möchte, so sind es die beiden in das Langhaus der Klosterkirche eingebauten Dompräbendewohnungen, die, das wird selbst der Laie im Baufach sagen, heute nicht mehr gebaut

werden dürften. Vielleicht darf auch hier noch der Schritt zum Besseren erhofft werden.

Das Wilhelmsstift zu Tübingen. Im selben Jahr, 1817, in welchem das Priesterseminar nach Rottenburg kam, wurde die katholische theologische Lehranstalt von Ellwangen (Schönenberg) nach der Universitätsstadt Tübingen verlegt und untergebracht im früheren Collegium illustre, das, um seiner neuen Bestimmung dienen zu können, ebenfalls einen entsprechenden Ein- und Umbau erfuhr. Man hat sich eine Reihe von Jahrzehnten hindurch in den so gewonnenen Räumen des Konvikts oder Wilhelmsstifts zurechtgefunden, und erst in den siebziger Jahren, wo das Bedürfnis der Diözese die Aufnahme von größeren Jahreskursen erforderte, fühlte man sich allmählich beengt und beschränkt und vermiste so manches, an dessen Beschaffung frühere Zeiten noch nicht gedacht hatten. Es hat im Lauf der Jahre auch nicht an einzelnen Änderungen und Verbesserungen gefehlt, aber sie blieben unzulängliches Stückwerk, und nur dann und wann verlautete der Gedanke eines umfassenden und durchgreifenden Umbaus. Die ersten Anregungen hierzu gehören dem Ende der neunziger Jahre an. Aber das waren Jahre, wo der Finanzstand der einzelnen Etatperiode schon anfang, wenig zu befriedigen; man mußte sich auf eine Besserung der Finanzlage vertrösten lassen. Diese ist nicht gekommen, auch später nicht, und noch rechtzeitig wurde der Entschluß gefaßt, doch ans Werk zu gehen, und der Landtag bewilligte die nötigen Mittel. Nach dem vorliegenden Erweiterungsplan mußte zum Wilhelmsstift hinzu das Gebäude gewonnen werden, in welchem das Rgl. Oberamt untergebracht war, das aber früher tatsächlich zum Collegium illustre gehört hatte. So bekam Tübingen sein jetziges schönes Oberamtsgebäude, und das Wilhelmsstift erhielt das „alte Oberamt“. In dieses konnte unschwer die Direktorenwohnung verlegt werden, und im Wilhelmsstift wurden die entsprechenden Gelasen für Institutszwecke frei. Zugleich boten die im bisherigen Oberamtsgebäude verfügbaren Räume die Möglichkeit einer höchst dankenswerten Ausnützung zumal für die hygienischen Bedürfnisse der Zöglinge. Das Institut erhielt eine schöne Haustapelle, um welche sich Oberbaurat von Beger hochverdient gemacht hat. Zu deren inneren Ausstattung haben die ehemaligen Zöglinge von nah und fern Gaben beigetragen, die eine schöne Summe ausmachten. Das früher enge und dunkle Innere des Instituts hatte, als das Bauwesen beendet war, nunmehr eine Fülle von Licht und Luft und Farbe gewonnen, und auch der äußere Bau, den ein allmählich häßliches Grau gekleidet hatte, vertauschte sein Duster mit einem neuen und hellen Gewand. Begonnen 1905, waren die zum Teil schwierigen Arbeiten 1908 vollendet zur Freude der Zöglinge, denen das Neue noch zugute kam, zur Freude aller, die den Fortschritt sahen und der jüngeren Generation wohl gönnen mochten.

Heute ist das Wilhelmsstift von seinen Zöglingen fast völlig verlassen. Sie stehen im Feld und unter den Waffen, kämpfen für Kaiser und Reich,

für König und Vaterland; eine Anzahl ist schon den Heldentod gestorben. In die sonst den Werken des Friedens geweihten Räume zog bald nach Kriegsbeginn Militär ein, und im stillen Innenhof hallte jetzt lautes Kommandowort; seit Herbst 1915 dient das Wilhelmsstift als Lazarett, und die Barmherzigen Schwestern, die sonst dem leiblichen Wohl der Zöglinge dienten, widmen ihre Arbeit und Sorge kranken oder verwundeten Kriegern — ihnen allein hat der Krieg also einen Rollenwechsel nicht gebracht.

Die niederen Konvikte. Wie für das Wilhelmsstift, so hat die Zeit der letzten 20 Jahre den Konvikten zu Ehingen und Rottweil manchen dankenswerten Fortschritt gebracht. Wer die beiden Anstalten etwa in der Zeit des Deutsch-Französischen Krieges gesehen oder gar seine Gymnasiumsjahre in einem derselben verbracht hat, der sagt sich, wenn er heute diese Anstalten wieder besucht, mit Genugtuung: es ist vieles schöner und besser geworden, und gönnt gerne den Späteren dieses Schöne und Bessere und dankt der Fürsorge, die es geschaffen.

Knabenseminarien und Internate. Hat das Priesterseminar in Rottenburg eine 100jährige Geschichte hinter sich, so kann das ebenfalls in Rottenburg befindliche Bischöfliche Knabenseminar, das Martinhaus, auf rund 50 Jahre seines Bestandes zurückblicken. Im Jahre 1866 unter Bischof Joseph von Lipp gegründet, hat es, von bescheidenen Anfängen ausgehend, durch die Gunst der Zeit gehoben und durch die Wohltätigkeit des Diözesan-Klerus treulich unterstützt, Jahre des Fortschritts und Gedeihens gesehen. An das einfache Haus der Anfangsjahre haben sich stattliche Erweiterungen angeschlossen, und unter dem für das Institut unermüdlich sinnenden und sorgenden Vorstand, dem † Generalvikar von Ege, ist dazu noch ein stattlicher Neubau gekommen mit lichten, lustigen Studiensälen und all den Einrichtungen, welche die moderne Zeit verlangt. Wer auch hier in der Lage ist, das Alte mit dem Neuen zu vergleichen, das in den letzten 20 Jahren entstand, der nimmt mit Befriedigung Kenntnis von der Fürsorge, welche der lieben studierenden Jugend zu dienen bemüht und beflissen ist. Mit 35 Zöglingen hat einstmals die Anstalt begonnen; heute bietet sie Raum für 100, ein freundliches Heim, sorgliche Verpflegung, Leitung und Erziehung, und sie ist in der Lage, auch weniger Bemittelten den Weg zu den Studien zu öffnen und gangbar zu machen.

Bald nach Gründung des Knabenseminars in Rottenburg entstand als privates Unternehmen eine Parallelanstalt zu Mergentheim, das Institut Mariahilf, das von Oberpräzeptor Kolb 1873 ins Leben gerufen wurde und nach seinem Tode 1895 in das Eigentum des Bistums überging. Auch diese Anstalt hat in den letzten Zeiten bauliche Erweiterungen und Verbesserungen erfahren und hat bis zum heutigen Tag eine stattliche Reihe von jungen Leuten für die höheren Studien und wichtige Lebensberufe mit schönen Erfolgen vorbereitet.

Etwas jünger als Mariahilf in Mergentheim ist das Borromäum in Ellwangen, von Professor Stühle gegründet, ebenfalls zu dem Zweck, jungen Leuten, die am dortigen Gymnasium studieren, Aufnahme, Versorgung und Verpflegung zu gewähren, sie in ihren Studien anzuleiten und zu überwachen, sie zu erziehen und in ihrem religiösen Leben zu fördern.

Internate sind nicht nach dem Sinn und Geschmack von jedermann, und selbst Pädagogen von Beruf stellen sich unter die Gegner derselben. Der Streit ist hier nicht auszufechten. Ein gewichtiges Wort haben aber in demselben die Eltern der betreffenden Kinder zu sprechen, und soweit wir sehen, ist es diesen angelegentlich darum zu tun, ihre Söhne in Instituten unterzubringen, in der Voraussetzung, daß die Jungen gut aufgehoben und den Eltern mehr als eine ernste Sorge abgenommen sei. Und wo Internate gegründet wurden, da gingen die Gründer von der Ansicht aus, ein Gutes zu tun, und von der Absicht dazu. Das hat auch zur Gründung des jüngsten Internats, des Collegium S. Josephi in Ehingen geführt (1897), das sein Entstehen wesentlich dem Bemühen des vormaligen Rektors des Gymnasiums Ehingen, Oberstudienrat Dr. Hehle, verdankt und jüngst seinen Zöglingen einen prächtigen Neubau als Heim erstellt hat.

Hier mögen noch erwähnt werden die staatlichen katholischen Lehrerseminarien. Die Schule, zumal die Volksschule, hat ja im letzten Jahrzehnt einer außerordentlichen Fürsorge sich erfreuen dürfen und mit ihr die Lehrerbildungsanstalten. Im Jahre 1905 wurde das neue Lehrerseminar in Gmünd erstellt und das alte wurde eingerichtet als Lehrerinnenseminar; im Jahr 1912 erstand der herrliche Bau des Lehrerseminars in Rottweil, ebenso schön und vornehm als Heimstätte seiner Zöglinge, wie modern, zweckmäßig und praktisch als Bildungsanstalt, deren Schöpfer sich das Wort erlauben darf: Exegi monumentum.

IV. Katholisches Leben innerhalb bestimmter Kreise

Die katholischen Gesellenvereine

Als Adolf Rolping 1846 den katholischen Gesellenverein gründete, war er dazu veranlaßt durch die Wahrnehmung, daß die wirtschaftliche Entwicklung der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die soziale Kluft zwischen den Meistern und Gesellen bedauerlich erweitert hatte. Die Gesellen waren, namentlich in größeren Städten, von dem Haus- und Familienleben des Meisters fast völlig ausgeschlossen und sich selbst überlassen und gingen so großen sittlichen Gefahren entgegen. Rolping, ursprünglich selber Handwerksgehilfe, hatte diese Mißstände aus eigener Anschauung kennen gelernt, und nachdem er Priester geworden war, sann er auf Abhilfe und fand sie eben in der Gründung des Gesellenvereins. Die bisher Zerstreuten sollten nunmehr gesammelt werden um die Person ihres geistlichen Präses; ein

gemeinsames Versammlungslokal sollte sie als eine Art Heimstätte aufnehmen in den Feierabendstunden und an arbeitsfreien Tagen, und die Unterhaltung und die Fortbildung der Mitglieder, die Anregung und Pflege eines kräftigen religiösen Sinnes und Lebens, die Heranbildung eines tüchtigen und ehrenwerten Meisterstandes — das waren die Ziele, deren Verwirklichung der Präses mit seinen Gesellen sich zur Aufgabe machen wollte. Junge Handwerker im Alter von 17 bis zu 26 Jahren sollten Mitglieder des Vereins sein. Als Mittel zur Erreichung des vorgesezten Zieles wurden religiöse Vorträge, Unterricht in schulmäßigen Fächern, eine Bibliothek, Fachunterricht in Aussicht genommen. Nach diesen Ideen entstand der erste Gesellenverein zu Elberfeld und bald hernach der zweite zu Köln — der Musterverein für alle deutschen Gesellenvereine. Rolping nämlich verstand es auch, für seine Ideen zu werben; seine Schöpfung empfahl sich selbst durch das Gute, das sie wollte, und durch die Wohltat, welche sie bedeutete. Und so entstanden rasch über ganz Deutschland hin katholische Gesellenvereine. Da sich ihnen auch die Teilnahme und Unterstützung der städtischen Bevölkerung zuwendete, war ihr Bestand gesichert und die Bedingungen für Blüte und Wachstum, zumal in den größeren Städten, waren gegeben.

Im Lande Württemberg entstanden Gesellenvereine, bald nachdem der Kölner Verein ins Leben getreten war: so 1852 zu Ulm, 1857 zu Gmünd und Mergentheim, 1859 zu Rottenburg, 1860 zu Stuttgart. Die Landeshauptstadt hat heute den größten und bedeutendsten Verein, und gerade seine Geschichte bietet zugleich ein Musterbeispiel einer erfreulichen Entwicklung. Bei Beginn zählte er 15 Mitglieder, bald nachher 40; rasch war die Zahl 100 erreicht und überschritten; in den letzten Jahren hob sich die Mitgliederzahl bis auf 400 und darüber. In der ersten Zeit führte der Verein ein Wanderleben in Mietlokalen, bis 1869 das erste eigene Haus erworben werden konnte. Dieses sollte nach den Absichten des damaligen Präses Zimmerle sein: „Für den Verein ein eigener Herd, für die hier in Arbeit stehenden Gesellen eine Pflanzschule eines tüchtigen und ehrenwerten Meisterstandes auf dem Grund eines religiös-sittlichen Lebens, für die reisenden Mitglieder ein Hospiz, das ihnen ein gastliches Obdach gewährt und in den Tagen der Not Schutz und Pflege.“ Dieses schöne Programm durchzuführen hat sich der Stuttgarter Gesellenverein in allen folgenden Jahrzehnten zur Aufgabe gemacht; zu diesem Zweck hat er Umbauten und Erweiterungsbauten vorgenommen. Um den Gesellen eine möglichst allseitige und umfassende Ausbildung zuteil werden zu lassen, hat er in jüngster Zeit einen Neubau erstellt und kurz vor Kriegsausbruch noch zur Vollendung gebracht. Er hat im Interesse der guten Sache und im Vertrauen auf dieselbe Schulden gemacht und Schulden bezahlt, und Gönner, auch in den allerhöchsten Kreisen, haben ihm nicht gefehlt. Mögen sie ihm auch in Zukunft nicht fehlen! — Das nämlich dürfte keinen Augenblick einem Zweifel unterliegen, daß diesen Verein von so hoher Mitgliederzahl fördern und seine Bestrebungen unter-

stützen, zumal in den heutigen Tagen, dem gemeinsamen Wohle dienen heißt, und daß der Mann, der als Präses dem Vereinswohl seine Zeit und seine Kraft widmet, im Dienste allgemeiner Interessen steht.

Waren die Ziele, welche der katholische Gesellenverein anstrebt, von Anfang an in und durch die Verhältnisse gerechtfertigt — und kein Einsichtiger bestreitet dies —, so sind sie berechtigt auch noch heute. Darum wurde auch in den beiden letzten Jahrzehnten an deren Verwirklichung eifrig weiter gearbeitet: die Gründung von neuen Vereinen, die Erstellung von neuen Gesellenhäusern beweist dies. Freilich, so umfassende Ziele, wie sie von den größeren Vereinen an bedeutenden Arbeitszentren angestrebt werden, können die Vereine an kleineren Orten nicht in Aussicht nehmen; hierfür reichen schon die finanziellen Mittel nicht zu. Dazu kommt noch, daß an kleineren Orten die Gesellenvereine nicht mehr rein Vereine junger Handwerker sind, sondern daß auch junge Nichthandwerker sich dem Verein anschließen und anschließen können. Dies ist aber nicht nur nicht zu bedauern, sondern eher zu begrüßen, denn es ist damit ein Weg gefunden, die jungen Leute so zu sammeln und sie davor zu bewahren, daß sie sich verlaufen und verlieren, eine Gefahr, die jetzt schon uns nur allzu nahe gekommen ist. Immerhin ist die Frage noch offen und von der Zukunft zu beantworten, ob in kleineren Verhältnissen das, was früher Gesellenverein im engeren Sinn war, durch Aufnahme der Handwerbstätigen zum sozialen Standesverein sich umbilden oder ob aus den Nichthandwerkern von über 17 Jahren eine Jugendabteilung für den katholischen Arbeiterverein gebildet werden soll.

Gesellenvereine zählte man im April 1915 in der Diözese Rottenburg 56 mit 2372 aktiven Mitgliedern und 8495 Ehrenmitgliedern. Im gegenwärtigen Krieg waren zur selben Zeit 1370 Mitglieder zum Heere einberufen und 106 des Heldentodes gestorben, 68 hatten ehrende Auszeichnungen, einer das Eisene Kreuz erster Klasse erhalten.

Der katholische Arbeiter- und Arbeiterinnenverein

Die katholischen Arbeitervereine sind entstanden unter dem Druck der sozialistischen Agitation; sie wurden angeregt durch die Generalversammlungen der Katholiken zu Amberg 1884, Breslau 1886 und Bochum 1889. Zum Zweck setzten sich diese Vereine: Schutz und Förderung von Religiosität und Sittlichkeit (Religion ist ihnen nicht bloß „Privatsache“), Pflege der Standestugenden, veredelnde Geselligkeit, Förderung geistiger und fachlicher Ausbildung, Unterstützung durch Kranken- und Sterbekassen, endlich sozialpolitische Schulung.

In unserem Württemberg wurde der katholische Arbeiterverein gegründet 1892, und es ist der hochbegabte, für die Sache begeisterte und energisch tätige Redakteur des Deutschen Volksblatts, Eckard, dem diese Gründung zu danken ist. Schade, daß ein allzu früher Tod ihn der von ihm mit idealem

Hochsinn vertretenen Sache vor der Zeit entriß. — Er hat im Anschluß an die Enzyklika Leos XIII. über die Arbeiter dem Verein seine Wege vorgezeichnet, und ihm freudig zustimmend, haben die katholischen Arbeiter wiederholt folgendes erklärt: Wir halten gegenüber allen Versuchen, die Religion zu einer bloßen Privatsache herabzudrücken, unentwegt an dem Grundsatz fest, daß sich religiöses, politisches und wirtschaftliches Leben nicht voneinander trennen lassen; daß ohne Zuhilfenahme von Religion und Kirche eine Lösung der sozialen Frage nicht möglich ist; daß die religiöse Überzeugung jedes einzelnen auch die oberste Instanz in allen politischen und sozialpolitischen Fragen sein muß und daß in diesem Fall auch die beste Gewähr dafür gegeben ist, daß die Arbeiter in Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Interessen nicht die Interessen der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung außer acht lassen.

Diese Grundsätze wurden ausgesprochen auf dem Delegiertentag zu Emünd 1892; sie bilden bis heute die Richtschnur, durch welche dem katholischen Arbeiterverein die Wege zum Ziel gewiesen sind, dessen Verwirklichung er auf dem Wege des Sozialismus so lange nicht suchen darf und nicht suchen kann, als seine Mitglieder im Ernst katholisch bleiben wollen. Zurzeit zählt man in der Diözese Rottenburg 165 Vereine mit über 16 000 Mitgliedern. Die Leitung des einzelnen Vereins hat ein katholischer Geistlicher als Präses; die Vereine alle schließen sich zusammen zum Diözesanverein mit dem Diözesanpräses an der Spitze; der Diözesanverband selber ist dem Süddeutschen Verband katholischer Arbeitervereine mit dem Sitz in München angeschlossen.

Arbeiterinnenvereine

Diese sind noch jung. Im Jahre 1904 wurde der erste katholische Arbeiterinnenverein gegründet zu Göppingen, und langsam schloß sich von Jahr zu Jahr ein weiterer Verein an; erst seit 1910 zeigt sich merkliches Wachstum, und im laufenden Jahr können 35 Vereine mit 3459 ordentlichen und 2197 außerordentlichen Mitgliedern gezählt werden.

Der katholische Arbeiterinnenverein bildet die Parallele zum katholischen Arbeiterverein und verfolgt mit diesem ähnliche Ziele und Zwecke. Nach seinen Satzungen will nämlich der katholische Arbeiterinnenverein das religiös-sittliche Leben seiner Mitglieder fördern; er will für die berufliche Ausbildung derselben sorgen, ihnen zur Wahrung ihrer rechtlichen Interessen behilflich sein, sie zur genossenschaftlichen Selbsthilfe und zur Übung gegenseitiger christlicher Nächstenliebe anleiten; endlich macht er sich zur Aufgabe, edle Geselligkeit zu pflegen. Diesen Zwecken soll dienen: der öftere Sakramentsempfang der Mitglieder, die Teilnahme an kirchlichen Festlichkeiten, die Vereinsversammlungen mit Vorträgen religiösen, wirtschaftlichen, sozialen und allgemein bildenden Inhalts; die Verbreitung guter und passender Lektüre, insbesondere des Vereinsorgans „Die Arbeiterin“; die Einrichtung

einer Bibliothek oder Anschluß an eine bestehende; Unterricht in Handarbeiten und in Führung einer Haushaltung; Vermittlung bei Streitigkeiten bezüglich des Arbeitsvertrags, Eintreten zum Schutze der Arbeiterinnen usw., Auskunfterteilung und Vertretung in Fragen des Rechts und der sozialen Gesetzgebung (Arbeiterinnensekretariat!); Unterstützung kranker Mitglieder sowie der Hinterbliebenen verstorbener durch Anschluß an die Krankenzuschuß- und Sterbekasse des Verbands süddeutscher katholischer Arbeitervereine, Versorgung von Spareinlagen, gesellige Unterhaltungen.

Auch die Organisation der katholischen Arbeiterinnenvereine ist jener der Arbeitervereine nachgebildet: An der Spitze des Ortsvereins steht ein geistlicher Präses, dem ein aus den Vereinsmitgliedern gebildeter Ausschuß (Ordnerinnen) zur Seite gegeben ist; die Gesamtheit der Ortsvereine bildet den Diözesanverein; dieser ist an den Süddeutschen Verband katholischer Arbeiterinnenvereine angeschlossen.

Lehrlings- und Jugendvereine

Was der katholische Gesellenverein für die jungen Handwerker im Alter von 17—26 Jahren sein will, das soll in ähnlicher Weise der katholische Lehrlingsverein den schulentlassenen Jungen bieten, welche für Erlernung eines Handwerks bestimmt sind. Im Verein sollen die Lehrlinge religiös und sittlich gefördert und geistig weitergebildet werden; sie sollen entsprechende Unterhaltung finden, vor dem Umgang mit verdorbenen Altersgenossen bewahrt und namentlich auch von allzu frühem Wirtshausbesuch abgehalten werden. Diese Vereinsform besteht nur in Süddeutschland; aber gerade in der Diözese Rottenburg findet sich eine ziemliche Anzahl von Lehrlingsvereinen. Nun ist in jüngster Zeit der Gedanke der Jugendpflege überhaupt lebhaftest angeregt worden, und Vereine für die männliche und weibliche Jugend sollen und wollen allüberall gegründet werden. Die Zahl der in der Diözese schon gegründeten männlichen „Jugendvereine“ ist erheblich (121); das Ganze ist aber noch in Fluß und Bewegung und wird endgültige Gestalt wohl erst nach dem Krieg gewinnen.

Mit der Gründung von weiblichen Jugendvereinen für die im Erwerbsleben stehenden Mädchen ist in der Diözese ein guter Anfang gemacht; Entwicklung und Fortschritt wird die nächste Zukunft bringen sollen. Diese katholischen Jugendvereine wollen in erster Linie Erziehungsvereine sein. Aber sie vergessen auf der anderen Seite keineswegs die Wichtigkeit der hauswirtschaftlichen Weiterbildung, der beruflichen Ertüchtigung, der geistigen Schulung. Durch Vorträge, Kurse, Führungen und Wanderungen suchen die Vereine diesen Anforderungen der Jugendpflege zu genügen. Ein besonderes Augenmerk richtet sich auf die Erziehung zur Sparsamkeit. Der Sparsinn soll geweckt und Spargelegenheit gegeben werden durch Einführung von eigenen Sparkassen oder Anschluß an bestehende.

Vereine mit religiös-charitativem Charakter

Zumal in den städtischen Gemeinden verbreitet sind der Vinzentius- und der Elisabethenverein. Beide verfolgen so ziemlich dieselben Zwecke: den Armen der einzelnen Gemeinden durch Unterstützung mit Geld und Geldeswert hilfreich an die Hand zu gehen. Hierfür leisten die Mitglieder nicht nur ihre regelmäßigen Beiträge, sondern es ist auch darauf das Absehen gerichtet, den Unterstützungsbedürftigen persönlich nahe zu kommen, ihnen nicht nur die äußere Wohltat zu erweisen, sondern sie fühlen zu lassen, daß menschliches und christliches Wohlwollen sich ihrer annehmen, ihnen ihre Lage und Last erleichtern will. Nicht überall hat dieses Bestreben Erfolg; aber oft genug trifft es auf offene und dankbare Herzen und trägt dazu bei, den schroff gewordenen Gegensatz zwischen Armen und Besitzenden zu mindern und zu mildern.

Wollen die genannten Vereine den Bedürftigen der einzelnen Gemeinden hilfreich entgegenkommen, so macht sich der Bonifaziusverein zur Aufgabe, den Katholiken der Diaspora in deutschen Landen überhaupt und in der eigenen Diözese besonders zu helfen, Mittel namentlich für Kirchen, Gottesdienst, Unterricht usw. zusammenzubringen; die katholische Diaspora in Württemberg öffnet dem Verein und der Freigebigkeit seiner Mitglieder ein recht weites Feld.

Auch die auswärtigen Missionen sind nicht vergessen, und in den letzten Jahren waren es namentlich die deutschen Missionare im deutschen Kolonialland — darunter auch Schwaben —, die sich der Wohltätigkeit der Heimatdiözese in Erinnerung brachten, nicht ohne Erfolg. Der gegenwärtige Krieg aber hat den Zusammenhang zwischen Heimat und Fremde zerrissen und hat Missionen und Missionare in Gefahr und Leid gebracht.

Noch seien erwähnt zwei Vereine, welche unter den heutigen Zeitverhältnissen ihre besondere Bedeutung haben: der christliche Mütterverein, dessen Mitglieder sich verpflichten zur Sorge für ein Familienleben im Geiste des Christentums und eine diesem Geist entsprechende Kindererziehung, und der Verein für Mädchenschutz, der dazu helfen will, Mädchen, welche die Not des Lebens aus dem Kreise der Familie in die Ferne und Fremde führt, zu beraten, zu versorgen und nicht in Gefahr und Verderben kommen zu lassen.

V. Die klösterlichen Kongregationen der Diözese Rottenburg

Die eben genannten Vereine verdienen eine Erwähnung, weil ihre Bestrebungen und Bemühungen aus edler Menschenliebe hervorgehen und Rundgebungen wahrhaft christlicher Gesinnung sind und weil sie an den schweren und wichtigen Aufgaben unseres sozialen Lebens mitarbeiten und

mithelfen wollen. Eben dies gibt ihnen ihre Bedeutung gerade in unseren Tagen, wo jede Kraft, die nicht zerstreut oder zerstört, sondern sammelt und aufbaut, geschätzt werden muß. Wenn aber dem so ist, dann verdient Wesen und Wirken der religiösen Kongregationen, welche in der Diözese Rottenburg vorhanden sind, eine ganz besondere und ehrende Erwähnung. Denn gerade sie machen sich die Ausübung der Charitas in ihren verschiedenen Formen zum eigentlichen Lebensberuf, und ihre Angehörigen treten ganz in den Dienst dieser Charitas aus den idealsten Gründen: frei, selbstlos, nicht das Eigene suchend, sondern was des Nächsten ist. Will man dies mit dem vielgebrauchten Worte Humanität nennen, dann bringen unsere religiösen Kongregationen diese Humanität glänzend zur Erscheinung. Will man, was richtiger, von christlicher Liebe reden, so darf man zuversichtlich behaupten, daß diese Liebe echt und probehaltig, opfermutig und opferfreudig geübt und verwirklicht wird ganz besonders an den Stätten, wo Ordensfrauen, still und bescheiden, die Welt nicht kennend und von der Welt nicht gekannt oder von ihr auch verkannt, zu dienen und Gutes zu tun als ihre Lebensaufgabe erfassen und erfüllen.

Gerade in den 25 Jahren, welche wir im Auge haben, ist die Zahl der Mitglieder dieser klösterlichen Kongregationen beträchtlich gestiegen: ein Zeichen dafür, daß die religiösen Ideale ihre anziehende Kraft keineswegs verloren haben. Das Arbeitsfeld hat sich sachlich und räumlich ausgedehnt, und der treuen Arbeit hat der Segen, aber auch der verdiente Dank, vor allem der katholischen Bevölkerung, nicht gefehlt. Es sei gestattet, bei einer der vorhandenen Kongregationen einen Augenblick länger zu verweilen. Wir wählen als lichtvolles Beispiel die Kongregation der Barmherzigen Schwestern in Untermarchtal. Dieselbe hat in den letzten 25 Jahren das Dreifache ihres Bestandes von 1891 erreicht. Sie hat sich damit als außerordentlich lebensfähig erwiesen, und ihr Wachstum erbringt den Beweis dafür, daß auch in der Welt von heute der Opfergeist nicht fehlt, der auf die Welt zu verzichten und um Gottes willen sich in den Dienst der Nebenmenschen zu stellen den Mut und die Kraft und den guten Willen hat.

Welcher Art und wie mannigfaltig dieser Dienst sei, das mag entnommen werden aus nachstehenden Angaben.

Die Schwestern von Untermarchtal sind tätig in folgenden Anstalten:

A. In Untermarchtal, wo zugleich das Mutterhaus:

1. St. Notburga für Heranbildung christlicher Dienstmägde;
2. Rettungsanstalt zum „Guten Hirten“ für verwahrloste, gefährdete und gefallene ältere Mädchen.

B. In Gmünd:

1. St. Lazarus: a) für ältere, kranke, gebrechliche Personen,
b) Bewahr- und Fortbildungsanstalt für ältere taubstumme Mädchen;

2. St. Loreto: a) Heranbildung von Bürgerstöchter in häuslichen Arbeiten,
 b) Lehramtskandidatinnen,
 c) Handarbeits- und Kinderschule,
 d) Abendindustrieschule für Fabrikarbeiterinnen;
3. St. Joseph: Privattaubstummenanstalt.

- C. In Neresheim: Anstalt für schwach sinnige, aber noch bildungsfähige Kinder.
- D. In Dizenbach: Mineralbad und Luftkurort.
- E. In Rottweil: Rottenmünster Heil- und Pflegeanstalt.
- F. In Rottenburg: Gut-Beta-Haus, Kinder-, Handarbeits- und Frauenarbeitschule.
- G. In Wildbad: Villa Pauline für Kurgäste.

Außerdem haben Marchtaler Schwestern die Armen- und Krankenpflege in einer Reihe von Spitälern und Bezirkskrankenhäusern des Landes. In der Residenz selber steht das größte Spital der Kongregation, das Marienhospital. In vielen katholischen Anstalten besorgen Marchtaler Schwestern Küche und Haushalt, so im Priesterseminar, in den Konvikten, Lehrerseminarien, Waisenanstalten u. a. Es sind treue Marthadienste, die hier geleistet werden und die dankbare Anerkennung verdienen, selbst wenn nur die ökonomische Bedeutung derselben in Anschlag gebracht werden wollte. Überaus dankenswert ist es auch, daß die Schwestern gewonnen werden konnten für Übernahme der Privat- bzw. Gemeindefrankenpflege, neben welcher ihnen meist auch die Handarbeits- und Kinderschule überwiesen ist. Diese Schwesternstationen auf dem Lande draußen sind eine wahre Wohltat. Die Kranken finden Pflege, die Familien oft genug Rat und Trost, die Kinder sorgliche Obhut, und unter der heranwachsenden weiblichen Jugend wirken die Schwestern erziehllich. Hierbei ist nur eines zu bedauern, daß die Kongregation die nötige Zahl von Schwestern nicht aufbringen kann, um allen Gemeinden entgegenzukommen, die eine Schwesternstation zu errichten wünschen. Daß die Marchtaler Schwestern auch direktest dem Vaterlande dienen und schätzbare Dienste leisten, dafür ist Zeuge der gegenwärtige Krieg. Die Kongregation hat Lazarette in Stuttgart, Gmünd, Rottweil, Dizenbach, und über 71 Schwestern stehen im Feld und teilen mit den tapferen Söhnen des Vaterlandes Mühe und Not und Gefahr.

Von den Barmherzigen Schwestern der Kongregation in Reute wäre so ziemlich gleiches zu sagen und zu rühmen wie von der Marchtaler Kongregation: sie macht sich verdient auf denselben Arbeitsgebieten. Doch möchten wir den Leser führen können, besonders durch die Bewahranstalten von Liebenau und Heggbach: wir könnten ihn dann selber urteilen lassen, was Charitas sei und zu heißen verdiene, und ob der menschlichen Gesellschaft

gedient sei, wenn durch die ehrwürdigen Schwestern die christliche Charitas sich des menschlichen Elends annimmt und dieses erträglich macht. Auch zum Krieg und im Krieg stellen die Reutener Schwestern ihre Kontingente: in Reute und im Jordanbad pflegen sie verwundete Krieger, und über 60 Schwestern sind den Truppen ins Feld gefolgt.

Neben die Franziskanerinnen von Reute treten die von Heiligenbronn, Orl. Oberndorf. Sie haben an diesem Orte eine Rettungs-, Unterrichts- und Erziehungsanstalt für verwahrloste und verwaiste Mädchen sowie für blinde und taubstumme Kinder. Außerdem gehört ihnen als Filiale die Knabenanstalt St. Antonius in Heiligenbronn, Orl. Horb, und das Kinderasyl St. Joseph in Baintz; das Kinderheim St. Joseph in Neuhausen hat ebenfalls Heiligenbronner Schwestern für seine Dienste gewonnen. Die beiden letzteren Anstalten sind Gründungen neuester Zeit. Mit der Kongregation von Reute verglichen ist die von Heiligenbronn etwa ein Viertel so stark als jene; sie hat sich auch das Arbeitsfeld enger abgesteckt, aber sie pflegt ein liebliches Arbeitsfeld: Kinder, darunter blinde und taubstumme Kinder, welche Verwahrlosung bedroht hätte, Kinder, die von Heimat und Elternliebe kaum je erfahren könnten, finden bei den Heiligenbronner Schwestern eine Zufluchtsstätte, finden Aufnahme, Pflege, Unterricht — und, was am meisten wert, Liebe, die ihnen ein unfreundliches Schicksal versagen zu wollen schien. Im Jahre 1891 zählte die Kongregation 65 Schwestern, heute 225. Liest man von den geringen Anfängen, von welchen sie ausgegangen, und sieht man die schönen und ausgedehnten Bauten, in welchen sie heute ihre Pfleglinge birgt, so bewundert man den Fortschritt, den die treue, selbstlose Arbeit gemacht hat, und anerkennt, daß ein Segen über dieser Arbeit gewaltet hat.

Die Sorge um arme Kinder ist eine Tat, welche auch Staat und Vaterland buchen dürfen als getan in ihrem Interesse und zu ihrem Wohl; aber in unseren Kriegstagen hat Heiligenbronn nicht nur für arme Kinder eine Heimstätte, auch für müde Krieger ein Erholungsheim.

In erster Linie der Erziehung und dem Unterricht der weiblichen Jugend widmen sich die Kongregation der Schulschwestern U. L. F. in Ravensburg mit der Filiale Wurzach, die Kongregation der Schulschwestern von Sießen mit ihren Anstalten in Friedrichshafen, Gmünd, Mergentheim und Rottenburg und einer Anzahl von Filialen, und ebenso die Franziskanerinnen-Kongregation von Bonlanden.

Die beiden letzteren haben aber während der hier in Betracht kommenden Jahre ihren Wirkungskreis weiter ausgedehnt. Die Sießener Schwestern nämlich, welche an der Marienanstalt in Stuttgart tätig sind, arbeiten nicht nur als Lehrerinnen an der Weiterbildung der in der Anstalt verkehrenden Mädchen, sie bieten ihnen auch, was in der Großstadt so wichtig, Unterkunft und Pflege, Rat und Hilfe, sie sind den ihnen Anvertrauten Führerinnen zu Religion und Tugend. Auch hier hat die

Charitas einen zwar nicht stets leichten, aber einen dankbaren Beruf von sozialer Bedeutung.

Das Kloster Bonlanden will ebenfalls in erster Linie der Erziehung und dem Unterricht der weiblichen Jugend dienen und hat für diesen Zweck neuerdings auch seine Filiale Riedlingen gegründet. Mit der Gründung des Kinderasyls in Hürbel aber hat die Kongregation ihrem Wirken noch eine weitere Aufgabe gestellt. Und siehe da, ehe die Schwestern in Hürbel es sich versahen, hatten sie „volles Haus“ und die Hände voll Arbeit. Komm und sieh! möchte man dem Leser sagen — komm und sieh! Über 200 kleine Kinder, aus allen Windrichtungen her zusammengetragen, aus meist herben oder geradezu traurigen und armen Verhältnissen heraus, übertragen ins ehemalige Herrenhaus von Hürbel und gepflegt und gehegt von der Hand christlicher Liebe! — Ein schönes, herzerfreuendes Bild!

Krankenpflege ist von Haus aus nicht Sache der Lehrschwestern, aber in den Tagen des Kriegs und im Dienste des Vaterlandes haben auch sie Samariterdienste zu leisten gelernt: die Lehrschwestern in Ravensburg richteten ein Lazarett in ihrem Institute ein, die Schwestern von Sießen ein solches in Friedrichshafen, in Smünd und ein Erholungsheim in Sießen selbst. Die Schwestern von Bonlanden endlich haben ihr schönes Heim St. Agnes zu Riedlingen von Kriegsbeginn an für Aufnahme und Pflege verwundeter Krieger (50—70) geöffnet. Sie sind also alle auf dem Plan, sie sind alle am Krieg beteiligt, aber um die Wunden, die er mit rauher Hand schlägt, mit milder Hand zu lindern und zu heilen.

VI. Ausblick in die Zukunft

Die Religiosität eines Volkes ist etwas, was sich nicht zählen und messen läßt. Ihr bester Teil fällt ins Gebiet des inneren Seelenlebens, das nicht kontrollierbar ist. Schlüsse aus rein äußeren Beobachtungen — günstige oder ungünstige Schlüsse — sind immer von bedingter Richtigkeit. Immerhin halten wir uns zu dem Urteil berechtigt: das katholische Volk Württembergs steht im großen und ganzen fest in seinem katholischen Christentum und treu zu seiner Kirche. Und gerade in den letzten Zeiten hat das religiöse Leben an Eifer und Wärme gewonnen; das bezeugt der Kirchenbesuch, der Sakramentsempfang, die Freude im Geben für fromme Zwecke, das rege Vereinsleben.

Daneben ist richtig, daß bei nicht wenigen das Thermometer der religiösen Gesinnung und Stimmung von Lau auf Kalt und Null gefallen ist. Nicht selten findet man die Gegensätze hart nebeneinander, besonders in Städten. Neutralität in religiösen Fragen duldet der scharfe Charakter der Zeit nicht mehr; er fordert ein Entweder-Oder, ein Für oder Wider.

Die antichristlichen Mächte treiben ihre Minengänge tief hinein ins Volksleben, besonders in gewisse Schichten desselben. Dazu kommen die bösen Zeitkrankheiten, deren Gift hinabdringt bis zu den Lebenswurzeln der Religion: Luxus, Genußsucht, Unmäßigkeit, Unzucht; ein bodenloser Leichtsin, der die Ehe schändet, Raubbau treibt an den höchsten Gütern des Menschen und der Menschheit, die Fundamente der Familie und des Staates untergräbt, die Jugenderziehung als Sammelplatz gewagter Experimente ansieht. All dem ist viel gesundes Volksleben zum Opfer gefallen, auch bei uns, und die Ernstdenkenden fragten sich sorgenvoll, wohin das noch führen soll . . .

Da kam der Krieg. Er kam wie ein Rächer, wie ein Zuchtmeister und hat zweifellos viel Schlimmes zurückgedrängt, viele gute Triebe und Kräfte geweckt. Möchten die letzteren unter der harten Zucht des Krieges und unter dem milden Sonnenschein des Friedens so erstarken, daß sie Sieger bleiben. Möge das Schwabenvolk religiös gefestigt und sittlich gestählt aus dem Krieg in die große Zukunft hinüberschreiten, seinem König so treu und herzlich ergeben wie nur je einmal in guter und bester Vorzeit! —

Das religiöse Leben in der israelitischen Religionsgemeinschaft

Von Kirchenrat Dr. Theodor Kroner

Das religiöse Leben einer Religionsgemeinschaft ist in seiner äußeren wie inneren Gestaltung nicht nur von ihrem eigenen Wesen und der in ihr liegenden Entwicklung, sondern auch von äußeren Umständen, Wohnort, Berufstätigkeit, Staats- und Gemeindeleben, Kultur, Kunst und Wissenschaft beeinflusst. Das hat auch die israelitische Religionsgemeinschaft des Königreichs Württemberg in dem hier zu behandelnden Zeitraum von 1891 bis 1916 reichlich erfahren. Die in demselben eingetretenen Wandlungen sind zum Teil sehr bedeutungsvoll.

Die Gesamtzahl der Israeliten Württembergs betrug 1891 im ganzen 12 325 Seelen. Sie verteilten sich auf 13 Rabbinatsbezirke mit 53 selbständigen Gemeinden. Die Bezirke waren ungleich in ihrem Umfang. *) Die Kirchengemeinden wichen noch mehr voneinander in ihrer Größe ab. **) Ihre kirchliche Ordnung war durch das Israelitengesetz vom 25. April 1828 bestimmt.

Die Leiter und Führer der meisten Gemeinden waren die Lehrer-Vorsänger, das sind Lehrer an der israelitischen Volksschule, oder freiwilligen israelitischen Konfessionsschule oder Religionschule, welche auch im Gotteshause vorbeten und an einzelnen Sabbaten oder Festtagen predigen. Sie waren auch Vorsitzende der Kirchenvorsteherämter.

Die Rabbiner hatten in ihren Sitzgemeinden den Vorsitz in der Verwaltung, die Leitung des Gottesdienstes, die Predigt, die Aufsicht über den Religionsunterricht und alle Gemeindeeinrichtungen in ihren Bezirken. Durch ihre jährlichen ein- oder mehrmaligen dienstlichen Besuche in ihren Bezirksgemeinden konnten sie für die Belehrung im Gotteswort, das Zusammengehörigkeitsgefühl sowie die Ausübung von Hilfswerken sorgen. Die oberste Leitung und Aufsicht übte die aus 7 Mitgliedern bestehende kgl. israelitische Oberkirchenbehörde aus. Diese waren vom König auf Lebenszeit ernannt. An ihrer Spitze stand beim Beginn des hier geschilderten Zeitraums Regierungsdirektor von Finkh, als theologisches Mitglied ihm zur

*) Größere von 1000 bis 4000 Seelen, kleinere von 500 bis 800 Seelen unter je einem Rabbiner.

**) Es gab 36 kleinere Gemeinden von 26 bis 200 Seelen, 14 Gemeinden von 200 bis 500 Seelen, 3 Gemeinden von 700 Seelen und darüber.

Seite Kirchenrat Dr. von Wassermann, als juristisches Regierungsrat Dr. Schmal, als weltliche Mitglieder Geheimer Kommerzienrat von Pflaum, Kommerzienrat Elsaß, Kommerzienrat Benzinger und Oberkirchenvorsteher Neumann. Gerechtigkeit und wohlwollendes Verständnis für die Behandlung der Angelegenheiten sowohl der Gemeinden wie der Einzelnen hatte besonders der erwähnte Vorsitzende, der kein Israelit war, zu allen Zeiten bewiesen. *)

Durch solche Oberleitung war der Sinn für Zucht und Ordnung ein alle Gemeinden einigendes Band geworden, das sie mit Stolz erfüllte. Dazu trug ganz besonders die weise Rücksicht des kgl. Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens unter dem Staatsminister Dr. von Sarwey sehr viel bei. Ein Eingriff in die religiöse Bestimmungsfreiheit der Gemeinde wie in die Lehrfreiheit der Rabbiner, soweit nicht klare gesetzliche Bestimmungen solche forderten, wurde vermieden. Dadurch konnte sich das innere religiöse Leben frei entwickeln.

Dieses innere Leben zeigte die seit dem Tode Mendelssohns, besonders aber im 19. Jahrhundert in den jüdischen Gemeinden des deutschen Nordens entstandenen Gegensätze auch im deutschen Süden und besonders in den württembergischen Gemeinden. Festhaltung an der Väter geheiligtem Brauche, an den Pflichten, welche Thora und Überlieferung vorschrieben, einerseits und Anpassung an die deutsche Sitte und Geistesbildung andererseits, rangen miteinander. Je nach der kulturellen und industriellen Bedeutung des Orts, in welchem sich die Gemeinde befand, war das Bild des religiösen Gemeindelebens verschieden. Vornehmlich in den württembergischen Landgemeinden, ganz besonders in denen, welche den außerwürttembergischen Gemeinden in Fürth-Nürnberg, Würzburg und Frankfurt a. M. näher gelegen waren, waltete die Überlieferung, wie sie von den Rabbinern J. Schnaittach in Freudental, O. Besigheim, Adler in Oberdorf, O. Neresheim, Berlinger in Braunsbach gelehrt worden war. In den Gemeinden der größeren Städte, der blühenden Industrieorte herrschte dagegen das Bestreben vor, dem Leben der Gegenwart vor allem Rechnung zu tragen, eine Anschauung, die Kirchenrat Dr. von Maier mit vieler Kraft und Menschenkenntnis lehrte, die auch sein Nachfolger, Kirchenrat Dr. von Wassermann, festgehalten hatte. Zu einer Sonderung hatten diese Gegensätze nur in Stuttgart geführt. Die „Frommen“ hatten eine, wenn auch sehr kleine, Gemeinschaft gebildet (1878), die mit großen Opfern einen eigenen Gottesdienst, einen besonderen Religionsunterricht und weitere Gemeindeeinrichtungen sich geschaffen hatte und erhielt. Sie waren aber aus der Gemeinde nicht ausgetreten und behielten mit ihr, wie auch mit den Gemeinden des Landes, besonders in Wohltätigkeitswerken, volle Fühlung. Trotz aller Gegensätze gab es überall alle verbindende Vereine (Chewros) zur Übung der Werke der Liebe und Barmherzigkeit. Die Sorge für die Armen der

*) Über ihn wie über seinen Vorgänger ging in den israelitischen Kreisen das Wort um: „Der beste Jude in der Oberkirchenbehörde ist der Präsident.“

Gemeinde und ihre Kranken, die Ehrung der Verstorbenen, die Fürsorge für die armen Wanderer hielten die Gemeindegengenossen zusammen. Ein Liebeswerk war es, das allen am Herzen lag, das war die Israelitische Waisenanstalt Wilhelmsspflge in Eßlingen, als Heim der verlassenen Kinder und der Jünglinge, welche sich dem Lehrerberuf widmeten. Ebenso wollten sie alle, wenn auch jede Gemeinde nach ihrer Auffassung, Treue dem Judentum bewahren, die Ehre, das sittliche Leben der Religionsgemeinschaft rein erhalten, dem engeren wie dem weiteren Vaterlande ihre Kräfte widmen und an bürgerlichen Hilfswerken mitarbeiten. Alle wollten auch für volle Gleichberechtigung vor den Staatsgesetzen eintreten. Einig war man auch darin, daß das Steuereinschätzungsverfahren, die formell noch zu Recht bestehenden Verordnungen aus den Jahren 1828—1851, die im Laufe der Zeit in vielen Punkten unhaltbar, durchlöchert und unbrauchbar geworden waren, geändert werden mußten. *) Man sehnte sich bei allem Dank für die Staatsunterstützung nach größerer Selbständigkeit. Das zeigten die Versuche, welche die Oberkirchenbehörde in den Jahren 1869—1872 machte, um den Übelständen abzuhelpfen. Trotzdem kam man nicht zur Einigung, obwohl alle das Andauern der alten „erzieherischen“ amtlichen Verordnungen als etwas Zurücksetzendes empfanden und doch das Weiterbestehen der Organisation und Zentralisation als einer wertvollen Errungenschaft wünschten. **)

Ganz anders hat sich nun in den letzten 25 Jahren das äußere und innere Bild des religiösen Lebens gestaltet.

Die Gesamtzahl aller Israeliten des Landes ist auf 11936 Seelen zurückgegangen. ***) Die Bezirke und Gemeinden waren der Größe und Zahl nach erheblich gewandelt. Es waren eben infolge des Zuges nach den Städten große Gemeinden klein, kleine groß geworden. Besonders die Aufgaben des Stuttgarter Rabbinats waren an Umfang und Bedeutung gewachsen. Die Bezirksgemeinden Cannstatt, Ludwigsburg, Eßlingen forderten besondere Beachtung. Der Religionsunterricht an den höheren Lehranstalten, die Belehrung der in größeren Orten Herangewachsenen, die Vertretung vor der politischen Gemeinde forderten andere Einteilung der Rabbinatsbezirke und Verlegung der Rabbinatsitze.

Noch deutlicher wird dieses Bild der Änderung in der Wandlung, welche Bestehen und Größe der Gemeinden selbst zeigen. Die Ursachen dieser

*) Die erste und zweite Abteilung des Israelitengesetzes von 1828 war infolge der staatsbürgerlichen Gleichstellung von 1864 bis 1869 längst aufgehoben; die dritte, das Kirchenwesen betreffende Abteilung, war veraltet.

**) Verhandlung in der württembergischen Ersten Kammer am 21. Mai 1912, Rede des Berichterstatters Staatsrat von Kern.

***) Letzte Zählung von 1910. Verhandlung der Ersten Kammer vom Mai 1912. Rede des Berichterstatters.

Von diesen wohnen 11222 in 47 Gemeinden, 714 in 212 Orten zerstreut, allesamt verteilt auf 11 Rabbinatsbezirke.

Wandlung waren für Stuttgart, Cannstatt und Umgebung nicht gerade die innere Vermehrung durch Schließung neuer Ehen, Zuwachs der Geburten und Verringerung der Sterblichkeit, sondern die Einwanderung von den württembergischen Landgemeinden, von Gemeinden außerhalb Württemberg, insbesondere von Österreich und Rußland. Ebenso waren die Ursachen für das Zurückgehen der anderen Gemeinden nicht so sehr die Sterblichkeit, die Abnahme von Eheschließungen und Geburten, sondern, wie schon oben gesagt, die Auswanderung nach den Städten, die Landflucht, der Niedergang der bisherigen ländlichen Erwerbsgelegenheit, die Sehnsucht nach größerer Teilnahme an den gerade in den Städten sich darbietenden Kulturgütern der bürgerlichen Gesamtheit, die gebieterische Notwendigkeit, die Kinder für den immer schwerer gewordenen Kampf ums Dasein mit mehr Wissen und Können auszurüsten. So wanderten viele in größere württembergische Orte, in außerwürttembergische deutsche oder nichtdeutsche Staaten. *)

Religiöses Leben

Diese Wandlungen beeinflussten auch das religiöse Leben der Einzelnen wie das der Gemeinden. Der Ausgewanderte beachtete öfters fromme Sitten des elterlichen dörflichen Hauses nicht mehr; durch den Umgang in größeren Städten änderten sich religiöse Anschauungen, mehr noch durch

*) Aufgehoben ist der Rabbinatsbezirk Weikersheim (1913), dessen Gemeinden teils dem Rabbinatsbezirk Hall (früher Braunsbach), teils dem Rabbinat Mergentheim überwiesen wurden. Ebenso sind die Bezirke Buttenhausen und Freudental endgültig aufgelöst (1913) und Buchau bzw. Stuttgart zugeteilt (1914). In Stuttgart selbst wurden zwei Rabbinatsbezirke eingerichtet, das eine für die Stadt Stuttgart (Stadttrabbinat), das andere für den Bezirk, aber auch zur Mitwirkung in der Stadt (Bezirksrabbinat) 1893. Die Rabbinatsitze von Braunsbach und Mühringen wurden nach Hall bzw. Horb verlegt (1913).

Der größte Rabbinatsbezirk wurde Stuttgart-Stadt, ohne daß die Gemeinde in Cannstatt, politisch zu Groß-Stuttgart gehörig, zum Stadttrabbinatsbezirk hinzugefügt wurde. Er zählt 3791 Seelen, also mehr als früher Stuttgart mit seinen Bezirksgemeinden. Der abgetrennte, neugebildete Bezirk, Stuttgart Bezirk, umfaßt Cannstatt, Ehlingen, Freudental mit Zaberfeld und Ludwigsburg; er zählt 926 Seelen, mehr als früher einer der mittelgroßen Rabbinatsbezirke. Der Rabbinatsbezirk Mergentheim ist durch Zuteilung des aufgelösten Bezirks Weikersheim geographisch größer geworden, umfaßt 10 Gemeinden, hat aber doch nur 870 Seelen, also weniger als ehemals Mergentheim und Weikersheim, die zusammen 1508 Seelen hatten. Alle anderen Rabbinatsbezirke haben an Seelenzahl abgenommen. Buchau mit Buttenhausen von 679 auf 426, Göppingen mit Zebenhausen von 356 auf 311, Hall (ehemals Braunsbach) von 1246 auf 966, Heilbronn von 1727 auf 1402, Horb (ehemals Mühringen) von 1289 auf 1030, Laupheim von 490 auf 348, Oberdorf von 545 auf 327, Ulm von 664 auf 588.

Ganz aufgelöst sind Dünsbach mit Gerabronn (1914), Dörzbach (1907), Hochberg (1907), Hollenbach (1901), Hengstfeld (1898), Zebenhausen (1899), Pflaumloch (1904), Unterdeuffstetten (1912). Nur ihre Friedhöfe sind die ehrwürdigen Denkmäler ihres früheren Bestehens. Muttergemeinden wurden Anhängel ihrer Tochtergemeinden (Nagelsberg von Rünzelsau, Steinbach von Hall); selbständige Gemeinden wurden miteinander vereinigt (Eschenau und Affaltrach 1900) oder Filialen (Aufhausen von Oberdorf 1910). Die kleinste Gemeinde (Aufhausen) zählt nur noch 15 Seelen. 31 Gemeinden haben unter 100 Seelen, 8 (früher waren es 15) haben 100—200, 3 (früher 6) Gemeinden haben 200—300, 4 (früher 5) 300—400, nur eine (früher 3) hat bis 500 (Cannstatt), nur eine bis 600 (Ulm), nur eine bis 900 (Heilbronn).

Preferzeugnisse, in denen Entfremdung von aller Gottesverehrung, Unkenntnis oder einseitige oberflächliche Darstellung, oder auch absichtliche, böswillige Entstellung des Judentums im Gewande gelehrter Gründlichkeit das Wort führten. Außerdem nahm die Arbeit des Erwerbs, die eigene allgemeine oder besondere Weiterbildung, die Teilnahme an dem ganzen Kulturleben Kraft, Zeit, Geist und Herz so in Anspruch, daß nach und nach Entfremdung und Gleichgültigkeit das religiöse Innen- wie das Mitleben mit der Gemeinde auf ein sehr kleines Maß herabdrückten. Aber nicht bei allen wandelte es sich so. Bei einer, wenn auch kleinen Zahl, war die Wirkung eine entgegengesetzte. Liebe und Begeisterung für die väterliche Überlieferung in Lehre und Pflicht fand neue Nahrung in einer neu sich entwickelnden geistigen Atmosphäre von Literatur, Vereins- und Gemeindeleben. Die Folgen waren mehr Verständnis, Tatkraft und Lebensfrische. Diese verschiedenartigen Wirkungen förderten in größeren wie kleineren Gemeinden die entgegengesetzten Richtungen im religiösen Leben. Bekenner der erstgeschilderten Richtung nannten sich „Liberalen“, die der anderen „Gesetzestreue, Orthodoxe“. Jene, die sich allmählich in ganz Deutschland zu einer Vereinigung verbanden, empfingen ihre Anregungen von den zumeist in Frankfurt a. M. und Berlin wohnenden Führern; diese in gleicher Weise von der „Freien Vereinigung zur Wahrung der Interessen des orthodoxen Judentums“, deren Sitz in Frankfurt a. M. war. Es stellte sich aber noch eine dritte Richtung ein, welche weder in allem der liberalen noch der orthodoxen Strömung zu folgen für gut hielt, sondern in dem Zusammenschluß aller, in der Gemeindeeinheit und dem Gemeindefrieden das zu erstrebende Ziel sah. So kamen auch in Württemberg von Zeit zu Zeit Anregungen von liberaler wie orthodoxer Seite an die Kirchenvorsteherämter und an die Oberkirchenbehörde. Die Liberalen wünschten die anfangs (1895) den Rabbinern und Vorsängern untersagte amtliche Beteiligung bei Einäscherungen wieder freigegeben zu sehen. Die Liebe zum Frieden siegte, das Verlangen wurde von der Oberkirchenbehörde mit einigen Einschränkungen gestattet, dabei aber den Beamten die volle Freiheit ihrer Entschließung gewahrt. (Erlaß vom 18. September 1912, Nr. 895.)*

Die orthodoxe gesetzestreue Richtung führte auch in Heilbronn zur Bildung einer israelitischen Religionsgesellschaft mit besonderem Gottesdienst, Religionsunterricht, Schächtwesen und sonstigen Einrichtungen. Die

*) Den Vorsitz in der Oberkirchenbehörde führte Regierungsdirektor von Fink bis 1896, Ministerialrat von Kern bis November 1900, Ministerialdirektor Dr. von Habermaas bis Juli 1910, seitdem führt Ministerialdirektor Dr. von Bälz den Vorsitz. Theologisches Mitglied war Kirchenrat Dr. von Wassermann (seit Oktober 1892), seit 1894 ist es Kirchenrat Dr. Kroner. Juristisches Mitglied war Oberregierungsrat Dr. Schmal (seit Januar 1911), dann Regierungsrat Dr. Nördlinger. Mitglieder der Oberkirchenbehörde waren Privatier Neumann († 1894), Kommerzienrat Elsaß († 1898), Kommerzienrat Benzinger († 1903), Rechtsanwalt Schloß-Heilbronn († 1910), Geh. Kommerzienrat von Pflaum († 1911). Zurzeit gehören der Oberkirchenbehörde an: Sanitätsrat Dr. Emanuel Weil (seit 1905), Louis Hirsch (seit 1911), J. Flegelheimer-Heilbronn (seit 1912), Siegfried Rahn (seit 1912).

Angehörigen dieser Richtung im Lande traten zusammen und schufen den „Württembergischen Landesverband für die Interessen des gesekestreuen Judentums“, dessen Leiter und Vorsitzender H. Herz, der hochgeachtete Kirchenvorsteher zu Hall, wurde (seit 1915). Die Friedensfreunde schlossen keinen Verband, traten aber, besonders bei Wahlen, mit guten Erfolgen in Tätigkeit.

Gegenüber den verschiedenen, sich oft bekämpfenden Richtungen, zu denen sich auch die Rabbiner zum Teil bekannten, verlangten diese dennoch einen Zusammenschluß, um ihre Pflicht gegen die Gemeinden zu erfüllen, die Religion in diesen zu erhalten, die Rechte ihres Standes zu wahren, ihre Weiterbildung zu erleichtern und den amtsbrüderlichen Sinn untereinander zu pflegen. Sie verbanden sich auf Anregung des Kirchenrats Dr. Kroner, des ersten Stadtrabbiners der Gemeinde Stuttgart, zum Verein Württembergischer Rabbiner (1896). Den Einfluß der Lehrer und Vorsänger zu stärken, war das Bestreben des seit 1862 bestehenden Vereins derselben, der den Namen „Verein israelitischer Lehrer und Vorsänger Württembergs“ annahm. *) Trotz der in beiden Vereinen bestehenden religiösen Meinungsverschiedenheiten gelang es beiden einmütig, in wichtigen Dingen Einfluß auszuüben. Die Rabbiner trugen dazu bei, die neuen Lehrpläne für den Religionsunterricht zu fördern, die Bestimmungen über das Beschneidungswesen besonders in hygienischer Beziehung zu bessern, das Schächtwesen aus seiner Unklarheit zu klaren Bestimmungen zu führen und zu den Fragen der neuen Kirchengesetzgebung Stellung zu nehmen. Die Lehrer waren eifrig bemüht, die Ausgestaltung des Religionsunterrichts an Volksschulen und Religionschulen zu gutem Erfolge zu bringen, den Gottesdienst und besonders die kantoralen Vorträge würdig zu gestalten. Zwischen „Richtlinien“ (liberale Richtung) und „Gesekestreue“ (Orthodore, Konservative), die in beiden Vereinen vertreten sind, blieb die Eintracht ungestört, obwohl keiner anders urteilte und stimmte, als es sich mit seiner Auffassung vereinbarte. Alle vereinigte das Gebiet des liebevollen Helfens unter den Religionsgenossen.

Liebestätigkeit

Davon gab besonders Zeugnis der durch reichliche Spenden von den Israeliten des ganzen Landes und zum Teil auch des Auslandes ermöglichte, unter der treubeforgten Führung des Sanitätsrats Dr. S. Weil von den Regierungsbaumeistern Guggenheimer und Bloch ausgeführte Neubau der Erziehungsanstalt Wilhelmspflege in Eßlingen. Die Einweihung desselben, der ideal gelegen und ebenso eingerichtet ist, erhielt ihre besondere Weihe durch die Anwesenheit Ihrer Majestäten

*) Festschrift zum 50jährigen Jubiläum des Vereins Israelitischer Lehrer und Vorsänger im Königreich Württemberg 1912.

Ihn leitete Oberlehrer Stern zu Eßlingen, nach dessen Ableben Vorsänger L. Schmal in Ludwigsburg, seit dessen Rücktritt Hauptlehrer Preßburger in Eßlingen.

des Königs und der Königin. Das treue Zusammenhalten galt ferner dem Wohle der in Stuttgart *) befindlichen männlichen wie weiblichen Jugend, welche bereits in Arbeit und Stellung ist. Diese sollte Belehrung erhalten, ihre sittliche Selbstbestimmung stärken, ihre Sinne für die Heiligtümer der Religionsgenossenschaft schärfen, sich selbst gegenseitig, auch den nicht an den Verein angeschlossenen Arbeitsgenossen, helfen. So entstanden der Israelitische Jünglingsverein (später auch Berthold-Luerbach-Verein genannt), der Israelitische Jungfrauenverein (später Israelitischer Mädchenhilfsverein genannt) 1894. Der Förderung des Ehestandes und des Familienlebens galt der Verein zur Ausstattung von Bräuten (1901). Um dem Mühjal des Kleinhaufierhandels entgegenzutreten, entstand der Verein zur Förderung des Handwerks und Gartenbaus bei den Israeliten Württembergs mit dem Sitz in Stuttgart (1899). Wie dieser den Israeliten des ganzen Landes Beistand bringen sollte, so wandte sich die Aufmerksamkeit auch den erwerbsunfähigen Greisen und Greisinnen des ganzen Landes zu. Aus der Mitte des seit Jahrzehnten bestehenden Vereins zur gegenseitigen Hilfeleistung in Sterbefällen (Chewra Kaddischa) und auf Anregung seines Vorsitzenden, Julius Spiegelthal, kam der Anstoß zur Errichtung des „Landesasyl- und Unterstützungsvereins für Württemberg“, dessen neuerbautes, gesundheitlich und landschaftlich schön gelegenes, mit allen Erfordernissen der Neuzeit ausgestattetes Heim zu Ehren des Königs und mit Allerhöchstbessens Genehmigung den Namen „Wilhelmsruhe“ erhalten hat. Es befindet sich in Sontheim bei Heilbronn und gedeiht unter der trefflichen Oberleitung des Oberkirchenvorstehers Sanitätsrat Dr. Em. Weil. Einen weiteren Erfolg des Zusammenschlusses bildete die Gründung der Stuttgart-Loge (1899). Sie besteht in voller Kraft, hat den Israeliten in Stuttgart und im Lande vielen Segen gebracht. Aus ihr ging der Verein zur Ausbildung jüdischer Krankenschwestern (1905) hervor, der unter der tatkräftigen Leitung des Dr. med. G. Feldmann nunmehr ein eigenes Heim, das Jüdische Schwesternheim (1914), eine Wohltat für alle Konfessionen, besitzt. Ein weiterer Erfolg der Logenarbeit war die Einrichtung eines Arbeitsnachweises, welchem gar mancher Arbeitswillige Rettung vor leiblichem und seelischem Verderben verdankt. Durch die Loge ist auch für heilungsbedürftige Kinder unbemittelter israelitischer Eltern die Einrichtung getroffen worden, daß alljährlich Ferientolonien ausgesendet werden (1901). Die Ausbildung von Schwestern wie die Ferientolonien fanden auch wesentliche Förderung durch die schon vor 1891 bestehenden israelitischen Wohlfahrtsvereine Stuttgarts, deren ältester, der Israelitische Krankenunterstützungsverein (gegründet 1853) unter der trefflichen Leitung des Oberkirchenvorstehers Louis Hirsch steht.**) Obwohl in besonders großen Notfällen schon seit Jahren der seit früheren

*) Siehe „Festschrift zum 50jährigen Jubiläum der Synagoge zu Stuttgart“ 1911.

**) Ebendasselbst S. 98.

Zeiten bestehende Israelitische Ortsarmenverein in Stuttgart (Vorsitzender Stephan Strauß) mit den anderen älteren Vereinen zusammen helfend eintrat, wurde das Bedürfnis nach einer organischen Vereinigung aller israelitischen Wohlfahrtsvereine Stuttgarts immer fühlbarer, so daß eine Zentrale für jüdische Wohlfahrtspflege gebildet wurde, in der sie fast alle vertreten sind. Alle die seit 1894 in der Stuttgarter israelitischen Gemeinde entstandenen Vereine sind zum Teil Schöpfungen des Kirchenrats Dr. Kroner, teils auf seine Anregung ins Leben gerufen worden. Das rege sozialetische Streben der Stuttgarter Israeliten hatte auch in Heilbronn seine gute Wirkung, wo die Herder-Loge errichtet wurde. Mehrere Gemeinden vereinigten sich auch zur Fürsorge für die armen Durchreisenden, denen zum Teil Arbeit beschafft werden konnte.

Religionsunterricht und Religionsforschung

Der Zusammenschluß machte sich auch auf Gebieten geistigen Lebens, vor allem auf dem des Religionsunterrichts, geltend. Es gelang, denselben ganz neu zu regeln. Durch Erlaß vom 4. Juli 1907, Nr. 7852, wurde durch die Rgl. Ministerialabteilung für höhere Schulen bestimmt: daß alle israelitischen Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten bis zum abgeschlossenen 14. Lebensjahr an dem von der Anstalt eingerichteten israelitischen Religionsunterricht teilnehmen müssen. *) Es gelang ferner, trotz der eingreifenden Umgestaltung der staatlichen Volksschulbestimmungen und der durch sie herbeigeführten Beschränkungen der dem Religionsunterricht zuzuwendenden Zeit, trotz der an den höheren Lehranstalten dafür noch knapper bemessenen Zeit, den so wichtigen Unterricht im hebräischen Urtext zu erhalten. Der eigentliche Religionslehrunterricht wurde methodisch umgestaltet, an Stelle der bisherigen abstrakten Methode trat der Anschluß an das in der biblischen, jüdischen Geschichte, im Elternhause, Gotteshause, in der Gemeinde pulsierende religiöse Leben. Der neue Lehrplan von 1907 ließ bei alledem den Lehrern vertrauensvoll die unerläßliche Bewegungsfreiheit, welche das neue Spruchbuch (1910) förderte. Eine neue schwierige Aufgabe bot der Religionsunterricht an den Oberklassen der höheren Lehranstalten, zu dem bisher keinerlei behördlicher Zwang die Schüler und Schülerinnen verpflichtete. Jugendliche Geister, zum großen Teile ohne anschauliche Kenntnis des häuslichen religiösen Lebens wie des der Gemeinde, für die Religion zu begeistern, ohne auf eine Kenntnis des Urtextes der Gebete oder der Heiligen Schrift bauen zu können, forderte neue Methode und neue Lehrmittel. Es galt ferner den Religionsunterricht auch in die privaten Unterrichtsanstalten einzuführen, welche zwar eine größere Zahl israelitischer Schüler und Schülerinnen, aber bislang für diese keinen israelitischen Religionsunterricht hatten.

*) Siehe Gunzenhäuser, Dr. Alfred, Sammlung der Gesetze usw., Rohlhammer 1909.

Auch im Unterricht im hebräischen Urtext drängte die knapp zugemessene Zeit sowie die Rücksicht auf die Unterrichtsweise der Anstalten in den fremden Sprachen zu einer Umgestaltung der Methode, bei welcher die religiöse Herzensbildung nicht zu kurz kommt. Besondere Aufmerksamkeit verlangte die Beschäftigung mit der Geschichte der Israeliten als Träger der rein monotheistischen Gottesverehrung und der aus der Heiligkeit Gottes entspringenden Pflichtenlehre. Das Arbeiten in diesen neuen Aufgaben sollte nicht eingeengt, konnte aber auch nicht ohne regelnde Norm und Aufsicht gelassen werden. Bei aller Beachtung der staatlichen Aufsichtsrechte mußte eine entsprechende Ordnung geschaffen werden. Dazu dienten die Erlasse der Oberkirchenbehörde von 1907, 1910 und 1911 und die Erlasse der Ministerialabteilung für höhere Schulen.

Wohl brachten dieselben einen gewissen Zwang mit sich; dieser war aber, wie die Erfahrung zeigt, für Lehrer, Eltern, Kinder und Gemeinden von guten Folgen. Die zweckmäßige Ausbildung von Rabbinern, Vorfängern und Lehrern wurde den neuen Forderungen entsprechend neugestaltet. Prüfungsbestimmungen für Aspiranten, Präparanden, Seminaristen und Rabbiner bezeugen dies (1900 und 1905). An Stelle der bisherigen Prüfungen durch eine Person, das theologische Mitglied der Oberkirchenbehörde, oder durch zwei Rabbiner traten solche durch Kommissionen, in welchen Lehrer bzw. Rabbiner vertreten waren. Für kantorale Ausbildung wurde durch Einrichtung von Fortbildungskursen in verschiedenen Jahren gesorgt; der ganze Lehrplan für die Ausbildung am Seminar wurde neu aufgestellt.

Wie im Religionsunterricht, so war auf dem Gebiete der Religionsforschung Schaffensfreudigkeit bei Rabbinern und Lehrern. Vorträge in Vereinen, Aufsätze über wichtige Probleme in der Fachpresse, besondere wissenschaftliche Arbeiten auf den Gebieten der Religionsphilosophie, Halachah, Geschichte jüdischer Gemeinden in Württemberg, hervorragender Persönlichkeiten bekundeten dies. Das Thorastudium (Talmudthora) von Gemeindegemeinschaften wurde in kleinen wie großen Gemeinden von Rabbinern und Lehrern in Vereinen (Chewros) gepflegt, nicht nur als gottesdienstliche Ehrung Verstorbener, sondern als religiöse Pflichterfüllung. Auch die beiden Logen in Stuttgart und Heilbronn sorgten für Verbreitung von Aufklärungen über wichtige Gebiete des Lebens der Gemeinschaft. Ein öffentliches Zeugnis des wissenschaftlichen Strebens brachte der von Rabbiner Dr. Kroner-Oberdorf eingerichtete Teil „Jüdische Hygiene“ in der Stuttgarter Ausstellung für Gesundheitspflege 1914 sowie sein Vortrag darüber.

Gottesdienst

Der Gottesdienst behielt bisher in allen Gemeinden die Form, die er am Anfang des hier beschriebenen Zeitraums hatte. Dennoch veranlaßten die Zeitumstände manches Neue. Das Stuttgarter Gebetbuch (von Kirchen-

rat Dr. von Meyer 1861 herausgegeben) erfuhr eine neue Auflage, welche durch Neuaufnahme mancher Betrachtungen und Gebete manche laut gewordenen Wünsche erfüllten. In Stuttgart mußte wegen Platzmangel für die hohen Festtage ein zweiter Gottesdienst eingerichtet werden, an dem im Laufe der Jahre fast gegen tausend Besucher teilnahmen; besondere Feierlichkeit erhielt daselbst die religiöse Mündigkeit der Knaben, die Ehrung Verstorbener. Die Jubelfeier anlässlich des 50jährigen Bestehens der Stuttgarter Synagoge bildete einen unvergeßlichen Höhepunkt der Gemeindefreude, deren Erinnerung auf Anregung des Kirchenvorstehers D. Schwabacher in einer Jubiläumstiftung für die Erziehung schutzbedürftiger Kinder festgehalten wurde. Eine nicht minder freudige Feier veranlaßte die Einweihung der durch die Mitwirkung edler Gemeindegossen des Landes neuerbauten Synagoge zu Rünzelsau. Ganz besonders und bis in die Tiefen der Herzen wirkte die religiöse Belebung, welche der dem deutschen Vaterlande von neidischen, rachsüchtigen, ländergierigen Feinden aufgedrungene Kampf brachte. Die Oberkirchenbehörde ordnete besondere Bittgebete für Sabbath und Werktage an. In besonderen Bittgottesdiensten beteten die von tiefer Andacht Ergriffenen für den Sieg deutschen Rechts und deutscher Friedensliebe, für das Leben der teuren Kämpfer in ihrem Heldenringen. Alle Predigten erfüllten die Gedanken an den Krieg. Sie ermahnten, Mut, Trost, Opferwilligkeit, Hingebung für die heilige Sache zu bewahren. Die Segensquelle der Psalmen, die Lehren und Gebote der Heiligen Schrift, zeigten, wie es seit Urzeiten prophetische Forderung war, für das Heil des Vaterlandes zu beten und zu kämpfen. Es vertiefte sich das religiöse Denken, es festigte sich der Glaube an ein göttliches Welten- und Völkergericht wie eine neue Offenbarung, es erwachte eine allgemeine feierliche Hingabe. Männer und Jünglinge meldeten sich zur Front, es flossen reichliche Spenden für Kriegsfürsorge in verschiedener Arbeitsweise, Frauen und Jungfrauen stellten sich in den Dienst der Lazarette wie der Hilfsausschüsse, Kleider und Wäsche wurden beschafft. Das Schwesternheim und die Wilhelmspflege boten sich zu Lazarettzwecken an und wurden zu solchen verwendet; die Krankenschwestern gingen freiwillig zur Lazarethhilfe nach den Kampfplätzen. Zu allem halfen sämtliche israelitischen Wohlfahrtsvereine Stuttgarts mit großen Beiträgen mit. Rabbiner und Vorsänger übernahmen auf Anordnung der Oberkirchenbehörde die Seelsorge in Lazaretten und Kriegsgefangenenlagern. Alle waren von dem regsten Eifer erfüllt, die Ehre des Judentums, die Ehre Gottes zu bekunden. Es war ein Gottesdienst des Herzens, des Wortes und der Tat.

Neuordnung des kirchlichen Gemeindelebens

Das bedeutungsvollste Ereignis in dem religiösen Leben der israelitischen Gemeinschaft ist aber die Neuordnung des ganzen kirchlichen Gemeindelebens. Nach langer mühevoller Ausarbeitung eines Entwurfs

durch die Israelitische Oberkirchenbehörde, welche sich durch Gutachten von Gemeinden und hervorragende Einzelpersonen über die Wünsche und Ansichten innerhalb der Gemeinschaft unterrichtet hatte, nach Veröffentlichung des Entwurfes, Einsetzung der öffentlichen Kritik, Berücksichtigung derselben in einer Neuredaktion, nach Beratung in den beiden Ständekammern wurde vom König das Gesetz vom 8. Juli 1912 (Reg.-Bl. S. 224) und die Kirchenverfassung vom 6. September 1912 genehmigt. Die wichtigsten Änderungen sind: 1. Aufhebung der Vermögens- und Familiensteuer wie der Hakdamah. Dafür Kirchengemeindeumlage in einem bestimmten Prozentsatz der direkten Staatssteuern der Kirchengemeindengenossen; 2. Steuerpflicht aller, welche Staatssteuern zahlen; 3. Abhängigkeit der Zahl der Kirchenvorsteher von der Größe der Gemeinde; 4. Wahlberechtigung aller über 25 Jahre alten Kirchengemeindemitglieder (sowohl Inländer wie Ausländer), auch wenn sie nicht Steuern zahlen; Wahlberechtigung von Nichtreichsangehörigen erst 5 Jahre nach Eintritt in eine württembergische Gemeinde; 5. Einrichtung eines weiteren Rats der Oberkirchenbehörde, zu welchem 1 Abgeordneter der Rabbiner, 7 Abgeordnete (für Stuttgart 2) der in 6 Wahlbezirke eingeteilten Gemeinden gehören. Die Neuordnung hob das seit 1828 bestandene Staatskirchentum auf, machte die Israelitische Kirchengemeinschaft zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (Gesetz vom 8. Juli 1912, Art. 1), gab ihr eine wirkliche Volksvertretung, den einzelnen Gemeinden größere Unabhängigkeit von staatlichen Behörden wie von der Oberkirchenbehörde, erweiterte sachgemäß ihren Wirkungskreis, verbesserte die Stellung der Rabbiner, Vorstände und Religionslehrer, ließ aber bei aller Ordnung so weit die Freiheit walten, daß die Zugehörigkeit zur Landesgemeinschaft ein Akt des freien Willens jedes Einzelnen blieb. Darum hat die Neuordnung auch vorgesehen, daß dissentierende Minderheiten mit ihrer Auffassung von religiösen Pflichten nicht nur Duldung, sondern Förderung durch die Mittel der Gesamtgemeinde erfahren können. Die Befreiung von der allgemein als Last empfundenen alten Art der Besteuerung, die Eröffnung von Wegen zur friedlichen Beratung von Verbesserungswünschen erfüllten alle mit Freude und gaben der Landesgemeinschaft ein neues Leben freier Selbstbestimmung und ruhiger Weiterentwicklung unter Oberaufsicht des Staates.

Was die Zukunft bringen wird, ist Gottes Sache. Das steht fest, daß die Möglichkeit friedlichen Ausgleichs religiöser Meinungsverschiedenheiten ohne Zerstörung der Einheit gegeben ist. Es ist festzustellen, daß sich das Interesse an den Gemeindeangelegenheiten besonders in den akademischen Kreisen gehoben hat. Es ist zu hoffen, daß, wie der Staatsminister von Fleischhauer öffentlich erklärte, die Werbekraft des jüdischen Religionsgedankens die Gemeinschaft zusammenhält. In einem Gefühle war sie einig und wird sie einig bleiben, in der Liebe zum Vaterlande und zum Königshause.

Geistiges und künstlerisches Leben

I. Bildungswesen

Der Abschnitt „Bildungswesen“ umfaßt nur die Hochschulen, die höheren Schulen und die Volksschulen. Die Akademie der bildenden Künste, das Konservatorium, die Kunstgewerbeschule, die Baugewerkschule, die gewerblichen Fach- und Fortbildungsschulen, die landwirtschaftlichen Schulen finden ihre Darstellung in den Abschnitten über Malerei, Musik, Kunstgewerbe, Architektur, Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft.



Die Universität Tübingen

Von Staatsrat Professor Dr. M. von Rümelin,
Kanzler der Universität

Stadt- und Landschaftsbild

Wenn heute ein ehemaliger Student, der vor 25 Jahren als bemoostes Haupt ausgezogen, zum ersten Male wieder in die alte Musenstadt einkehrt, so ist der nächste Eindruck gewiß der der Verwunderung über das bedeutende Wachstum und die mannigfachen Wandlungen. Nach allen Seiten hat sich die Stadt, der Steigerung der Einwohnerzahl von 13 300 auf über 20 000 entsprechend, kräftig ausgedehnt. Gegen die Dörfer Lustnau und Derendingen streckt sie die Fangarme aus und hat das Ziel nahezu erreicht. An den Berghängen, zwischen denen sie eingebettet liegt, am Schloßberg, rings um den Osterberg, im Norden von den Höhen hinter dem Friedhof bis zum Denzenberg sind die Landhäuser und zum Teil die Burgen der Studentenverbindungen emporgeklettert, in buntem Gemisch der Baustile. Begibt sich der Wanderer vom Bahnhof, über dessen glücklicherweise allmählich im Schwinden begriffenen Kriegszustand ein verhüllender Schleier gebreitet bleiben möge, zwischen den Seeanlagen mit Gymnasium und Realschule und zwischen dem Uhlantbad hindurch zur Neckarbrücke, so dringen lauter neue Bilder auf ihn ein. Und nun erst, wenn er den Blick von der Neckarbrücke ostwärts richtet: eine breite Wasserfläche, an schönen Sommertagen mit zahlreichen Rachen bedeckt, da, wo früher die Pferde zur Schwemme geritten wurden; auf dem einen Ufer das Schwabenhaus mit seiner Pergola, auf dem anderen, unterhalb des Platzes der gottlob abgerissenen alten Hopfenhäuser, das Offizierskasino, weiter abwärts die

Anlagen des neuen Güterbahnhofs, in der Mitte das Stauwehr mit Elektrizitätswerk. Wie anders gestaltet sich ferner der Blick von dem Aussichtspunkt zunächst am Schloß, dem sogenannten Schänzle, auf der einen Seite nach den neuen Brücken, auf der anderen nach den Kliniken und Universitätsinstituten am Hang des Walbhäuser Bergs.

Und doch wird er nach kurzer Zeit auch das alte Tübingen wiederfinden, die traulichen Bilder, die jedem ehemaligen Tübinger Studenten das Herz höher schlagen lassen. Noch ziehen die Wellen des Neckar zwischen den grünen Reihen der Linden und Platanen und den hohen Giebeln der Altstadt hindurch und rauschen im Hochwasser auf an den Pfeilern der Brücken, mag auch der Fluß geradliniger als früher seine Bahn ziehen. Noch ragen vom Berge, „halb bedrohlich, halb vertraulich“, die starken Mauern des Schlosses, noch blauen im Süden die Berge der Schwäbischen Alb vom Hohenstaufen bis zum Hohenzollern und noch liegt über dem Ganzen die Sonne Uhlandscher Dichtung. Auch das Bild der inneren Stadt mit Stift und Hölle, Burse, alter Aula und Georgenkirche, Konvikt und Pflegeshof, Marktplatz und Neptunsbrunnen, mit den vorspringenden Giebeln, mit allen den Gassen und Plätzen, wie Abbellohde sie gezeichnet, mit den „Selbveiglein- und Rosenstöcken“ an den Fenstern und den Nebengeländern (Rammerzen) an den Häusern ist daselbe geblieben. Und wenn auch schon lange kein „Jockele, sperr!“-Ruf mehr den Neckar entlang ertönt — seit dem Beginn der Flußkorrektur ist das Flößen beseitigt —, und wenn auch der Pauperpräfekt mit seinem Singchor nicht mehr durch die Straßen zieht, so grüßen doch noch immer die Turmuhr, das Glockengeläute und der vom Turm geblasene Choral mit vertrauten Klängen unser Ohr. Und unwandelbar im Wechsel der Zeiten bewährt seine kräftige, von jeder Empfindsamkeit freie, zu schlagfertigem Witz stets bereite Eigenart der ureingeseffene Einwohner der unteren Stadt.

Wenn es gelungen ist, den Bedürfnissen der fortschreitenden Entwicklung zu genügen, im wesentlichen unter Festhaltung der landschaftlichen Reize und des Stadtbilds, so gebührt dabei ein erhebliches Verdienst dem gegenwärtigen Stadtvorstand, Oberbürgermeister Haußer. Wohl fordern Flußkorrekturen und Bahnbauten stets Opfer an landschaftlicher Schönheit und wohl hat Tübingen wie andere Städte unter dem Tiefstand des Baugeschmacks im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts zu leiden gehabt. Gewiß können auch noch sonstige ästhetische Bedenken erhoben werden, wie etwa gegen die Brückenskapelle hinter dem Eberharddenkmal oder gegen den Untersteinbautastenturm auf dem Österberg. In all dem ist jedoch, wie man bestimmt annehmen darf, das Schlimmste überwunden. Die durch die Flußkorrektur und die Bahnanlagen entstandenen Schäden ist man nach Kräften bestrebt wieder auszugleichen, die Fühlungnahme mit Naturchutz- und Städtebaufachverständigen ist hergestellt. Und wie viel ist gewonnen worden!

Alle die wenig erfreulichen Urteile, die Goethe, Treitschke, Fr. Th. Vischer und manche andere, namentlich über die Verhältnisse der unteren Stadt, gefällt haben, sind zurzeit nicht mehr begründet. Tübingen vereinigt die Vorzüge der Kleinstadt mit ihrer Naturnähe und ihrer weniger scharfen Ausprägung der sozialen Gegensätze mit den billigerweise zu beanspruchenden Errungenschaften materieller und geistiger Kultur. Das Stilleben und die kleinbürgerliche Enge, die Treitschke Mitte der fünfziger Jahre noch antraf, konnten sich nicht behaupten in dem Zeitalter des Eisenbahn-, Draht- und Fernsprechverkehrs, mochten auch die Bahnverbindungen minder günstig sein als bei anderen Universitätsstädten. Was fehlt, das ist „der Jahrmarkt des Lebens“, die Hitze und Unruhe, die Häufung der Zerstreuungen der großen Stadt. An geistiger Anregung höherer Art fehlt es, auch abgesehen von den genügend gebotenen öffentlichen Vorträgen, nicht. Neben Tonkunst und Schauspielkunst, die durch vortreffliche Universitätsmusikdirektoren, durch die Bemühungen der Museumsgesellschaft und durch das dankenswerte Entgegenkommen des Kgl. Hoftheaters auf einen hohen Stand gebracht sind, tritt neuestens auch die Pflege der bildenden Künste in bescheidenen Anfängen hervor. An Kunstdenkmälern früherer Zeit bieten in dem alten Kulturland nahe und nächste Umgebung des Sehenswerten genug.

Die Studentenschaft

Auf diesem Boden entwickelte sich und entwickelt sich noch in stetiger und starker Wechselwirkung das Universitätsleben. Daß unter den gegebenen Verhältnissen der Student eine bedeutsame Rolle spielt, versteht sich von selbst. Macht er ja doch mehr als 10% der Bevölkerung aus.

Das Tübinger Studentenleben steht unter dem Zeichen eines stark entwickelten Verbindungs- und Vereinswesens. Alles, auch die losen Vereinigungen und die interkorporativen Organisationen zusammengerechnet, kann man 51 Verbindungen und Vereine aufzählen, die wohl reichlich die Hälfte der Studentenschaft in sich schließen. Der Ausschuß der vereinigten Tübinger Korporationen, der seit annähernd zehn Jahren besteht und nach verschiedenen Richtungen, z. B. auch dadurch, daß er Ausschreitungen entgegenzutreten vermag, eine erspriessliche Wirksamkeit entfaltet, umfaßt 32 Verbindungen. Eigene Häuser besitzen 28.

Trotz dieser starken Betonung des Verbindungslebens, dessen Vorzüge für Charakterbildung und Lebenserfahrung in keiner Weise verkannt werden dürfen, und trotz der Gefahren, die in dem Besitz luxuriös ausgestatteter Häuser liegen, ist Tübingen — Ausnahmen bestätigen die Regel — eine Arbeitsuniversität geblieben. Die Lehrer aller Fakultäten, nicht bloß die Theologen, rühmen den Fleiß und wissenschaftlichen Ernst ihrer Zuhörer. Eher wird darüber geklagt, daß Brotstudium und Prüfungsvorbereitung einen zu breiten Raum einnehmen. Diese Auffassung des Studiums wird wesentlich

bestimmt durch die einheimischen Studenten, daneben vielleicht durch die große Anzahl von Theologen. Der württembergische Student pflegt vom Elternhause, namentlich wenn es ein Pfarrhaus oder Beamtenhaus ist, ein starkes Pflichtbewußtsein mitzubringen, das sich auch in der kleinen Arbeit des Tages betätigt. Das Vertrauen auf die eigene Genialität, die auch ohne Schulsack auf Grund der Erfahrung des Lebens den Weg finden werde, zeigt sich seltener als anderswo. Der Schwabe ist in der Regel kritisch gestimmt gegen sich und andere. Damit hängt auch zusammen die Kritik, die gegenüber den Lehrern geübt wird.

Daß der Student zu Tübingen mehr als anderwärts ein Zoon apoliticon sei, ist nicht richtig. Wohl pflegt er sich der politischen Betätigung zu enthalten, in der Erkenntnis, daß es für ihn auch in dieser Beziehung gelte, sich umzusehen und zu lernen. Wohl vermeiden die meisten Verbindungen die Anlehnung an politische Parteien, was gleichfalls als ein Vorzug zu bezeichnen ist. Daß gewisse Quellen politischer Bildung, wie das Hören gewandter Parteiredner oder guter Debatter, in der Kleinstadt weniger reichlich fließen, ist natürlich. Daß aber die früher leider übrigens auch sonst in weiten Kreisen der Gebildeten vorhandene politische Teilnahmslosigkeit schon vor dem Krieg im Verschwinden begriffen war, ließ sich aus manchen Anzeichen erkennen.

Unter den körperlichen Übungen stehen Fechten und Reiten an erster Stelle. Das vortrefflich geleitete Reitinstitut mit seinen zuletzt vor Kriegausbruch 67 Pferden hat seinesgleichen an anderen Universitäten nicht, und die Landschaft mit ihren Wäldern, Bergen und Tälern, ihren wechselvollen Ausblicken bietet reiche Auswahl für nähere und weitere Ritte. Daher ist auch im Ernstfall nahezu jeder ehemalige Tübinger Student in der Lage, das Roß zu besteigen, wie sich im Krieg bei Kompagnieführern, Ärzten und Feldpredigern gezeigt hat.

Bei der großen Zahl von Verbindungen ist es selbstverständlich, daß das Fechten und daran anschließend die Mensur eine bedeutsame Rolle spielen. Das Mensurwesen bewegt sich jedoch im großen und ganzen in geordneten Bahnen. Rempelen zum Zweck der Mensur, namentlich „Wilden“ gegenüber, sind selten. Die Säbelduelle scheinen sich in verhältnismäßig engen Grenzen zu halten. Nur nimmt das Fechten mit allem, was drum und dran hängt — bei aller Anerkennung seines auch im Krieg wieder bewährten Erziehungswerts muß das gesagt werden — vielfach einen zu breiten Raum ein, so daß dem jungen Verbindungsstudenten, wenn er nicht über besonders starke Kräfte des Geistes und Charakters verfügt, die Möglichkeit wirklichen Studiums vollkommen entzogen wird. Neben der Reform der Trinksitten, die übrigens schon da und dort eingesetzt hat, wird nach dem Krieg diese Frage die Aufmerksamkeit der Korporationen selbst und ihrer Altherrenverbände, die wohl allein imstande sind, der

Schwierigkeiten Herr zu werden, verdienen. Daneben haben sich außer dem längst eingebürgerten Turnen in neuerer Zeit mehr und mehr auch Fußball- und Tennisplatz Eingang verschafft. Zum Schneeschuhlauf lädt die weitere Umgebung, am Kniebis und am Lichtenstein ein. Seit der Flußkorrektion halten wohl auch die meisten Verbindungen ihre Boote.

Das Bild des Tübinger Studentenlebens wäre ein unvollständiges, sollten nicht auch die in den Räumen des alten Augustinerklosters und des Collegium illustre untergebrachten theologischen Internate, das Stift (evangelisches höheres Seminar) und das Konvikt (Wilhelmsstift), Erwähnung finden. Bei den katholischen Theologen sind Internate etwas Gewöhnliches. Dagegen ist das berühmte Tübinger Stift wohl einzig in seiner Art. Seine vielerörterte Bedeutung für das gesamte geistige Leben Württembergs hat unzweifelhaft abgenommen gegenüber den Zeiten eines Schelling und Hegel, aber auch gegenüber der Zeit von David Friedrich Strauß, Friedrich Theodor Vischer, Gustav Pfizer, Eduard Zeller, Gustav Rümelin, Hermann Kurz, Rudolf Roth und Christoph Sigwart. Die Einwirkung auf die württembergische Theologie und den Geist der evangelischen Landeskirche ist aber noch immer eine sehr erhebliche. Auch heute gilt noch, was Karl Gerok in seinen Lebenserinnerungen bemerkt, daß das Zusammenleben der theologischen Jugend unter einem Dache wesentlich beiträgt zu der brüderlichen Verträglichkeit bei aller Mannigfaltigkeit der theologischen Standpunkte, durch welche sich unsere Landesgeistlichkeit kennzeichnet. Durch die Vermittlung des Verbindungslebens, namentlich durch die sogenannten Stiftsverbindungen, vermochte von jeher das Stiftlertum auch auf die übrige württembergische Studentenschaft einzuwirken. Der kritische Geist, von dem schon die Rede war, zu dem freilich das schwäbische Naturell von Haus aus neigt, wird auf den Stiftsstuben gehegt und gepflegt. Stiftsgeist atmet auch eine gewisse Art von Humor, wie er sich in typischer Weise bei Fr. Th. Vischer im „Ruch einer“, im dritten Teil Faust und in den lyrischen Gängen, gelegentlich auch im poetischen Gedenkbuch von David Friedrich Strauß findet, wie er aber auch bei Nichtstiftlern in Rede und Schrift hin und wieder hervortritt. Die Unwandelbarkeit der Stiftseinrichtungen und Stiftstraditionen ist bis vor kurzem sprichwörtlich gewesen. Der Studentenwiz ließ Ehidher, den ewig Jungen, der alle 500 Jahre desselbigen Weges fährt und im Stift stets alles beim alten trifft, ausrufen: „Hier sind tausend Jahre wie ein Tag. Woher das nur auch kommen mag?“ Vor kurzem ist nicht nur durch den höchst notwendigen Um- und Erweiterungsbau, sondern auch durch eine neue Haus- und eine neue Studienordnung, die mehr Spielraum läßt, unter anderem ein Jahr auswärtigen Studiums ermöglicht, der Beweis des Heraklitischen Satzes vom beständigen Wechsel auch hier erbracht worden.

Das Wachstum und der innere Ausbau

Über das Wachstum der Frequenz vom Wintersemester 1891/92 bis zum Krieg, das Verhältnis der Einheimischen zu den anderen Reichsdeutschen und den Ausländern mag die nebenstehende Zusammenstellung Auskunft geben.

Das Wachstum der Universität war bedingt durch ihren Ausbau, und da hat sich denn die unter der Regierung König Karls begonnene starke Aufwärtsbewegung unter König Wilhelm II. geradlinig fortgesetzt. Das Wort König Karls beim 400jährigen Jubiläum im Jahre 1877, daß er es als eine seiner ersten Regentenpflichten erachte, dieses Kleinod seines Landes zu schützen und zu pflegen, hat in demselben Maß unter seinem Nachfolger Geltung gehabt.

Voll lebhaften Interesses für die Universität und voll von Verständnis für ihre Eigenart waren die Männer, denen nacheinander die Fürsorge für sie anvertraut war, die Kultminister Sarwey, 1885—1900, Weizsäcker (schon durch angestammte Bande mit der Universität verknüpft), bis 1906, Fleischhauer, bis 1912, und Habermaas, durch mehrjährige Tätigkeit als Ministerialreferent in Universitätsfachen mit ihren Verhältnissen vertraut. Auch die Stände haben für die Bedürfnisse der Universität stets ein offenes Ohr gehabt und haben die für ihre Fortentwicklung notwendigen Mittel bereitwillig zur Verfügung gestellt, trotz großer Anforderungen.

Der Staatszuschuß für die Universität ist von 765 680 *M* im Etat von 1891/92, dem letzten unter der Regierung König Karls, auf 1 460 720 *M* im Etat 1913, 1 457 270 *M* im Jahre 1914 gestiegen. Dabei ist der Zuschuß zu den Kliniken, die ja zugleich als Landeskrankenanstalten einen segensreichen Einfluß ausüben, gesondert zu berechnen. Er betrug 516 241 *M* im Jahre 1913 gegen 223 468 *M* im Jahre 1891. Die Steigerung beläuft sich also hier auf ungefähr 130 % gegenüber nicht ganz 75 % bei den übrigen Ausgaben. Sie würde noch viel mehr betragen, wenn nicht die eigenen Einnahmen sich mehr als versiebenfacht hätten. Sie stiegen von 74 147 auf 528 627 *M*. Wie sehr der Klinikbetrieb gewachsen ist, ergibt sich daraus, daß im Jahre 1891 24 445, im Jahre 1913 (dem letzten vor Einwirkung des Kriegs) 52 707 Kranke in den Kliniken teils stationär, teils poliklinisch behandelt wurden. Im Kriegsjahre 1914 ist die Zahl der Kranken naturgemäß gefallen, nämlich auf 36 799. Dazu kommen aber 5272 in die Kliniken aufgenommene Militärpersonen.

Im übrigen ist die Steigerung der Ausgaben für die Universität, abgesehen von den Gehaltserhöhungen der Jahre 1901 und 1911, herbeigeführt durch die Vermehrung der Lehrstellen und Institute, die Anstellung weiterer Hilfskräfte, die reichere Ausstattung mit Lehrmitteln aller Art.

Die fortschreitende Arbeitsteilung drängt mit Notwendigkeit zur Gründung neuer Professuren, Forschung und Lehre in Natur- und Geisteswissen-

Jahr	Evangelische Theologie			Katholische Theologie			Jurisprudenz			Medizin			Philosophie			Staatswissen- schaften			Naturwissen- schaften			Gesamtzahl			
	Wirtshaus- berger	Nicht- Wirtshaus- berger	Wirtshaus- berger	Wirtshaus- berger	Nicht- Wirtshaus- berger	Wirtshaus- berger	Wirtshaus- berger	Nicht- Wirtshaus- berger	Wirtshaus- berger	Wirtshaus- berger	Nicht- Wirtshaus- berger	Wirtshaus- berger	Wirtshaus- berger	Nicht- Wirtshaus- berger	Wirtshaus- berger	Wirtshaus- berger	Nicht- Wirtshaus- berger	Wirtshaus- berger	Wirtshaus- berger	Nicht- Wirtshaus- berger	Wirtshaus- berger	Nicht- Wirtshaus- berger	Wirtshaus- berger	Nicht- Wirtshaus- berger	
Wintersemester 1891/92	275	38	5	165	2	0	108	78	7	118	107	5	18	6	7	166	15	4	24	19	5	874	265	33	1172
Sommersemester 1892	267	121	4	158	12	1	116	146	3	105	124	7	14	26	10	156	14	4	19	23	4	835	466	33	1334
Wintersemester 1896/97	216	10	4	174	0	5	173	90	1	129	89	3	18	16	3	154	8	5	45	23	4	909	236	25	1170
Sommersemester 1897	200	52	4	164	8	4	140	186	5	126	137	4	16	20	1	127	9	6	45	29	5	816	441	32	1239
Wintersemester 1901/02	176	41	7	176	4	1	178	108	6	140	93	9	78	32	1	127	38	9	98	42	7	973	358	40	1371
Sommersemester 1902	162	97	12	170	10	2	150	216	4	123	94	6	82	58	6	109	42	9	82	58	4	878	575	43	1496
Wintersemester 1906/07	188	32	10	189	5	12	253	123	0	138	63	14	117	54	3	36	71	10	136	58	10	1057	406	59	1522
Sommersemester 1907	170	123	13	184	17	9	223	186	4	139	85	18	121	101	3	31	74	13	133	72	8	1001	658	68	1727
Wintersemester 1911/12	184	94	11	172	1	0	198	109	0	204	116	10	247	66	4	53	87	7	214	57	1	1283	536	33	1852
Sommersemester 1912	166	232	7	158	2	0	174	156	1	169	177	10	237	100	4	44	98	7	218	65	7	1176	836	36	2048
Wintersemester 1913/14	186	174	13	153	3	0	200	82	3	219	141	14	210	49	5	62	88	6	175	67	12	1224	610	53	1887
Sommersemester 1914	184	391	20	144	7	0	175	112	4	204	214	17	188	86	10	61	95	9	181	71	16	1157	986	76	2219

Dabei ist zu berücksichtigen, daß seit dem Wintersemester 1905/06 die württembergischen Kandidaten des Verwaltungs- und Finanzdienstes das erste Aufstiegszeugnis zu bestehen haben. Deshalb legen sich jetzt die in der staatswissenschaftlichen Fakultät eingeschriebenen Zuhörer nur noch aus Kameralisten in einem weiteren, kaum einheitlich bestimmtem Sinn (tünstigen Handelskammerreferendären, Kommunalbeamten, Angestellten von Genossenschafts- und sonstigen wirtschaftlichen Verbänden, Handelskammern, Handelsvertretern, Handelsreisenden, Statistiken, Gewerkschaften usw.) und aus Forstleuten zusammen. Diebstahlige Zuhörer (abgesehen von Solptantinnen) treten zuerst im Sommersemester 1903 auf, und zwar in der Zahl von dreien. Das erste bewegte sie sich zunächst zwischen 50 und 60, ist aber im Sommer 1916 auf 87 gestiegen. Im Wintersemester 1914/15 von 2056 Studierenden 1485 (darunter 5 Studentinnen), im Sommersemester 1915 von 2037 Studierenden 1693 (darunter 6 Studentinnen), im Wintersemester 1915/16 von 2012 Studierenden 1680 (darunter 3 Studentinnen). Berechnet man den Prozentsatz lediglich der männlichen Studierenden, so kommen auf das Wintersemester 1915/16 1677 von 1952 = 85,9%, womit Zuhörungen unter den deutschen Universitäten an vierter Stelle steht. 1870 waren von 541 Studenten 125 ins Feld gerückt, also zwischen 18 und 19%.

schaften bedürfen auf Grund der ungeheuren Steigerung des zur Beobachtung herangezogenen Tatsachenmaterials eines ganz anderen Apparats von Instrumenten, Atlanten, Modellen, Beobachtungsgegenständen aller Art. Vor allem bedingt der große Fortschritt, den der akademische Unterricht dadurch gemacht hat, daß man neben die Vorlesungen in immer stärkerem Maß die Anleitung zum eigenen, selbständigen Arbeiten in Institut und Seminar treten ließ, die Vermehrung der Hilfskräfte, die Errichtung von Seminarbibliotheken, die Beschaffung von Anschauungsmaterial. Auch abgesehen von den Übungsvorlesungen, wird in neuester Zeit großer, bisweilen vielleicht sogar übermäßiger Nachdruck auf das „Schauen“ gelegt. Man steht nicht mehr auf dem Standpunkt Kants, daß der Bilderunterricht nur ein „optischer Raften eines kindischen Lehrers sei“, „um seine Lehrlinge noch kindischer zu machen als sie waren“, oder jenes früheren Oberbibliothekars, der auf das Begehren, daß ein Werk mit Abbildungen erworben werden sollte, glattweg erklärte: „Bilderbücher schaffen wir keine an.“ Deshalb spielen, und zwar nicht bloß in der Medizin und den Naturwissenschaften, die Projektionsapparate eine sehr bedeutende Rolle. Im missionsärztlichen Institut ist sogar ein Kinematograph vorhanden, durch den die Vorgänge im Blut bei gewissen Tropenkrankheiten vorgeführt werden können. Daß diese Apparate für einzelne Fächer unentbehrlich, für andere höchst wünschenswert sind, wird auch der anerkennen, der der Lichtbildersucht unserer Tage nicht mit ungeteilten Gefühlen gegenübersteht, der vielmehr der Meinung ist, daß die Lichtbilder nicht selten schädigend auf die Vortragskunst einwirken, daß hin und wieder, wo die Begriffe oder, setzen wir hinzu, die Gedanken und die logische Gliederung fehlen, ein Bild zur rechten Zeit sich einstellt. Die im Rückschlag gegen eine frühere Überschätzung des abstrakten Denkens jetzt herrschende Betonung des Konkreten und Stofflichen läuft ihrerseits wieder Gefahr, den Blick aufs Ganze zu trüben, dem ordnenden Gedanken sein Recht zu verkürzen, der doch immer wünschenswerten begrifflichen Schärfe Eintrag zu tun. Erfahrungsgemäß pflegen jedoch solche Übertreibungen im Lauf der Zeit sich von selbst zu korrigieren.

Bei der Ausstattung der Universität, vor allem bei der Beschaffung des Anschauungsmaterials, macht sich der kleinstädtische Charakter des Universitätsortes als erschwerender Umstand geltend. Dies gilt vor allem bezüglich der Kliniken, da naturgemäß die für den Unterricht wünschenswerte Auswahl von vorstellbaren Fällen eine geringere ist als in einer größeren Stadt, außerdem die Stadtgemeinde Tübingen finanziell nicht in der Lage ist, ihrerseits in ähnlicher Weise Zuschüsse zu gewähren, wie dies in manchen anderen Universitätsstädten geschieht. (Freilich haben dafür die Klinikvorstände gegenüber der Angliederung an städtische Krankenhäuser den Vorzug größerer Selbständigkeit.) Dazu kommt, daß manche Sammlungen, die in Stuttgart ohne weiteres zur Verfügung stünden, in Tübingen besonders angelegt werden müssen. Diese Tatsachen haben früher wiederholt Anlaß zu der

Erwägung gegeben, ob es nicht besser wäre, die Universität in die Hauptstadt zu verlegen. So hat im Jahre 1856 mein Vater als Chef des Kultdepartements den Senat zum Bericht über diese Frage aufgefordert. Der Senat hat in einem ausführlichen, von Hugo Mohl verfaßten Bericht ablehnend geantwortet. Im Jahre 1867 hat Fr. Th. Vischer unter scharfer Kritik der damaligen Tübinger Verhältnisse, freilich auch unter lebhafter Betonung subjektiver Gesichtspunkte, die dringende Bitte an den Minister von Solther gerichtet, einer solchen Verlegung näher zu treten. In der Gegenwart dürften diese Pläne nicht mehr in Frage kommen. Trotz der leidenschaftlich einseitigen Propaganda, die neuestens wieder von manchen Seiten für die Universitätsgroßstädte gemacht wird, und obwohl höchstwahrscheinlich in Stuttgart eine ganz große süddeutsche Universität entstanden wäre, wird man der gefallenen Entscheidung doch auch ihre Lichtseiten abgewinnen können, wie denn auch jene Denkschrift des Senats neben manchem Kurz-sichtigen und Schiefen heute noch beherzigenswerte Gedanken enthält. Zu den Vorteilen wird man u. a. zählen dürfen, daß die Universität Tübingen das Gegengewicht gegen eine allzu große Zentralisierung und gegen etwaige „Klein-Pariser“ Aspirationen der Hauptstadt verstärkt.

Die Universität besitzt jetzt 58 ordentliche und 20 außerordentliche Professuren, 2 Lektorstellen (davon eine zurzeit als Assistentenstelle behandelt), und 5 Stellen für Lehrer der Künste und Leibesübungen, gegenüber 52 Ordinariaten, 11 Extraordinariaten, 2 Lektoraten und 6 Stellen für Lehrer der Künste und Leibesübungen im Jahr 1891.

Neu geschaffen wurden: ein zweites Ordinariat für neutestamentliche Exegese in der evangelisch-theologischen Fakultät, weiter Ordinariate für Kirchenrecht in der katholisch-theologischen Fakultät, für Hygiene, Pharmakologie, französische Sprache, englische Sprache, alte Geschichte, Geographie. Dafür kamen in Wegfall eine ordentliche Professur für Landwirtschaftslehre und das poliklinische Ordinariat, das in ein Extraordinariat umgewandelt wurde. Extraordinariate wurden neu gegründet für Kirchengeschichte und für alttestamentliche Theologie in der evangelisch-theologischen Fakultät, für scholastische und patristische Philosophie in der katholisch-theologischen Fakultät, für Zahnheilkunde, für Hautkrankheiten, für klassische Philologie, für Pädagogik, für Statistik, für Physik und Astronomie, für Mineralogie und zwei für Chemie. In Wegfall kamen eine außerordentliche Professur für gerichtliche Medizin und eine solche für deutsche Sprache.

Die Zahl der Privatdozenten beträgt heute, nachdem 4, (Lic. Dr. Süskind, Dr. El. Harms, Dr. E. Jacob und Dr. W. Dibbelt) im Feld gefallen sind, 47, wozu noch 2 beauftragte Dozenten, die nicht Privatdozenten sind, kommen, die der nicht habilitierten Repetenten, Assistenzärzte und Assistenten 60, während im Wintersemester 1891/92 an Privatdozenten und Hilfskräften zusammen 37 vorhanden waren.

Sehr umfassend ist die Bautätigkeit gewesen, die in der Hauptsache (mit Ausnahme vor allem der psychiatrischen Klinik und der Bibliothek) in der bewährten Hand des Baudirektors Beger ruhte. Sie betrifft in erster Linie die medizinische Fakultät. Hier wurden zwei große neue Kliniken errichtet, die Klinik für Gemüts- und Nervenkrankheiten 1890—1895, die Augenklinik 1906 bis 1909. Eine Klinik gemeinschaftlich für Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten einerseits, für Haut- und Geschlechtskrankheiten andererseits ist im Bau begriffen. Dazu traten zum Teil sehr umfassende Erweiterungsbauten: für das pathologische Institut 1892, für die chirurgische Klinik 1899—1901, für die medizinische Klinik 1904—1907, für die Frauenklinik 1912—1914. Für die Poliklinik wurde 1911 ein besonderer Bau erstellt. Durch den Bau der Augenklinik wurden Räume frei für das pharmakologische Institut, in dessen bisherigen Räumen das zahnärztliche Institut Unterkunft finden konnte, und für das juristische und staatswissenschaftliche Seminar.

Für die naturwissenschaftliche Fakultät wurden errichtet: ein zoologisch-mineralogisches Institut 1900—1902 (durch Ausbau des Dachstocks erweitert 1913) und ein chemisches Institut 1903—1907. Erweitert wurde das physikalische Institut. Durch den ersten Bau wurde Raum gewonnen für das kunsthistorische Institut, für Seminareinrichtungen und Hörsäle der philosophischen Fakultät sowie ein Auditorium maximum. In den Räumen des alten chemischen Instituts konnten das neue hygienische Institut und das archäologische Institut untergebracht werden. Durch den Bau des geologisch-mineralogischen Instituts ist die ausgezeichnete, im wesentlichen von Quenstedt begründete, von E. Roken bedeutend vergrößerte Sammlung für den Unterricht voll verwertbar gemacht und zu einem Anziehungspunkt für weite Kreise ausgestaltet worden.

Durch die Übersiedlung der archäologischen Sammlung vom alten Pflerhof in das ehemalige chemische Institut ist Bahn geschaffen worden für die glänzende Entwicklung, die sie unter F. Noack's Leitung vor allem durch die großartigen Stiftungen des Geheimen Hofrats Dr. von Sieglin genommen hat. Das ägyptische Kabinett ist eine Sehenswürdigkeit, wie sie, Berlin natürlich ausgenommen, keine andere Universität aufweist. Eine Vasensammlung wie die Tübinger gibt es, wiederum von Berlin und von München abgesehen, nur noch an den Universitäten Bonn und Würzburg. Diese, die Alexandriasammlung und die Sammlung von Kleinbronzen, Lampen, Terrakotten bilden zusammen mit der schon von L. Schwabe ausgebauten Münzsammlung ein erstklassiges Lehrmaterial. Leider sind die Räume des Instituts schon wieder zu klein geworden, um all den Reichtum zu bergen.

Den eigentlichen Glanzpunkt unter sämtlichen Bauten der Periode bildet die neue Bibliothek, die, von Professor Bonah entworfen und gebaut, von den Professoren Janßen und Schmoll von Eisenwerth künstlerisch ausgeschmückt, am 5. Oktober 1912 eingeweiht wurde. Das zum erstenmal bei

Universitätsbauten zur Anwendung gebrachte Verfahren der Veranstaltung einer beschränkten Konkurrenz hat sich glänzend bewährt. Denn sowohl in technischer wie in künstlerischer Beziehung bildet der Bau eine Musterleistung. Die Aufgaben der Fürsorge für die stetige Erweiterungsmöglichkeit, der Verbindung der Räume untereinander, insbesondere der Leseräume, Katalogräume, Ausgaberräume mit dem Bücherhaus sind in einer Weise gelöst, die die Aufmerksamkeit aller Fachleute auf sich zieht.

Von Bauten, die nicht unmittelbar zur Universität gehören, aber in Zusammenhang mit ihr stehen, sind noch zu erwähnen: der Stifts- und Konviktsumbau sowie der aus Mitteln der Kriegsinvalidenfürsorge errichtete und ausgerüstete, nach dem Krieg der Universität zur Verfügung gestellte Barackenbau für Orthopädie. Wertvoll für den medizinischen Unterricht war auch die Errichtung eines missionsärztlichen Instituts und eines Tropengenesungsheims durch den Verein „Deutsches Institut für ärztliche Mission“.

Der gesamte staatliche Bauaufwand der letzten 25 Jahre auf die Universität betrug unter Einschluß von Stift und Konvikt 7 028 714 M., wovon 5 849 338 auf Erigenzbauten, 1 179 376 M. auf die aus Neubaumitteln errichteten Bauten entfallen. Zieht man Stift und Konvikt ab, so ermäßigen sich die Erigenzbauten um 582 020, die übrigen Bauten um 54 426 M.

Stiftungen

Seit alten Zeiten ist Tübingen mit Stiftungen zur Unterstützung des Studiums und Anregung des Fleißes, sowohl mit Familienstiftungen als mit öffentlichen Stiftungen, reich gesegnet gewesen. In den letzten 25 Jahren sind 14 neue hinzugekommen, unter denen neben der Königin-Olga-Stiftung vor allem die Carl Fabersche Preisstiftung, die Heckersche Reisestipendienstiftung, die Walter-Simon-Stiftung für weibliche Studierende, die medizinische von Logbeck-Stiftung und die die Universität freilich nur indirekt berührende von Breitschwert-Stiftung für Referendare und Assessoren hervorgehoben sein mögen. Das neu gestiftete Kapital beträgt mit den Kapitalerhöhungen zusammen 594 587 M. Dazu traten in neuerer Zeit in immer größerem Umfang Zuwendungen unmittelbar für wissenschaftliche Zwecke an die Universität selbst oder ihre Institute. Dahin gehören die Hüfner- und von Siegle-Stiftung mit je 50 000 M. für naturwissenschaftliche und speziell chemische Zwecke, die Radiumspende verschiedener Geber in Höhe von 41 850 M., eine Reihe von höchst wertvollen Zuwendungen teils von Geldmitteln, teils von Büchern und Handschriften an die Universitätsbibliothek (Rothsches und Neumannsches Vermächtnis, Zuwendungen von von Sieglin, L. Laible, von Siegle). Unter den einzelnen Instituten steht an der Spitze das archäologische, dessen Erwerbungen durch die oben erwähnten von Sieglin-

schen Stiftungen und durch die Schenkungen anderer Kunstfreunde auf rund 140 000 *M* geschätzt werden können. Es folgen das geologische Institut mit den Weiseschen, W. Simonschen und zahlreichen anderen Stiftungen im Betrag von etwa 36 000 *M*, wozu die die prähistorische Sammlung begründenden Schenkungen des Dr. R. Schmidt und das Vermächtnis des Medizinalrats Dr. Hedinger in Stuttgart für diese Sammlung im Gesamtwert von etwa 60 000 *M* kommen, das kunsthistorische Institut mit dem von Breitschwertischen und Fabricischen Vermächtnis, das zoologische Institut, das noch 1890 die Sammlung des Herzogs Paul von Württemberg erhalten hatte und seither mit mehreren Bücher- und Sammlungsschenkungen (Verlagsbuchhändler Nägele, Hofrat Dr. Nöthling, Sendenbergsches Institut, Professor Dr. Blauel, Hebsacker'sche Erben) bedacht wurde, und das physikalische Institut.

Auch die Seminare haben mehrfach Zuwendungen an Geldmitteln und Büchern erhalten, so das juristische Seminar die wertvollen Bibliotheken der Professoren Gustav Hartmann und Hermann Seeger, das historische Seminar die Ruglerschen und von Heinemannschen Zuwendungen, das staatswissenschaftliche Seminar die Bibliothek des im Felde gefallenen Privatdozenten E. Jacob. Rechnet man alles zusammen, so wird man den Gesamtwert dieser Zuwendungen auf mehr als eine halbe Million veranschlagen dürfen, wobei zu beachten ist, daß der weitaus größte Teil derselben in die letzten 8—10 Jahre vor dem Kriege fällt.

Die Erkenntnis, daß bei der ungeheuren Differenzierung der wissenschaftlichen Methoden und der Notwendigkeit der Anpassung an die jeweils neuesten Errungenschaften der Staat allein kaum mehr in der Lage ist, für sämtliche Kosten aufzukommen, andererseits das lebendige Interesse, das in immer weiteren Kreisen der wissenschaftlichen Forschung entgegengebracht wird, haben zur Begründung von teils stiftungsmäßig, teils gesellschaftlich ausgestalteten Organisationen geführt, die sich — an ihrer Spitze die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft — neben den seit längerer Zeit schon bestehenden Akademien der Wissenschaften die Förderung wissenschaftlicher Arbeit zum Ziel setzen. Auch an den Universitäten hat man begonnen, organisatorische Mittelpunkte für die private Unterstützung wissenschaftlicher Forschung zu schaffen. So war denn nach dem Vorgang der badischen Universitäten, der rheinischen Hochschulen und der Universität Zürich auf Anregung aus Universitätskreisen auch in Württemberg in Aussicht genommen worden, eine Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften zu gründen und sie in Beziehung zu den drei Hochschulen des Landes zu setzen. Die Verhandlungen waren im Gange und das Unternehmen schon ein gutes Stück gefördert, als der Krieg ausbrach. Wann die Pläne nun ihrer Verwirklichung entgegengeführt werden können, ist vorläufig nicht abzusehen.

Die Universitätsverfassung

Am 5. Oktober 1912 hat die Universität eine neue Verfassung erhalten. Durch Rgl. Verordnung vom 2. Oktober waren die bisher in Geltung befindlichen Bestimmungen des sogenannten organischen Statuts vom 18. Januar 1829 und der Rgl. Verordnung, betreffend die Revision dieses Statuts, vom 18. April 1831 aufgehoben und dem Ministerium des Kirchen- und Schulwesens die Befugnis übertragen worden, mit königlicher Genehmigung eine neue Verfassung der Universität Tübingen zu erlassen.

Der erste Anstoß dazu war vom akademischen Senat im Jahre 1909 ausgegangen. Den Anlaß dazu gaben: einmal die infolge größeren Geschäftsanfalls sowie infolge einer Art Parlamentarisierung der Senatsverhandlungen eingetretene Überlastung der ordentlichen Professoren mit Sitzungen, die den Gedanken nahelegten, nach dem Muster der meisten Universitäten die Angelegenheiten der laufenden Verwaltung, die bis dahin von dem sämtliche ordentlichen Professoren umfassenden Senat beraten worden waren, einem engeren Senat zu übertragen, ferner aber die Absicht, den außerordentlichen Professoren einen Anteil an der Verwaltung der Universität zu gewähren und den Wünschen der Privatdozenten nach einer genaueren Bestimmung ihrer Rechte und Pflichten entgegenzukommen. Daran schlossen sich noch einzelne, vor allem die Stellung des Rektors betreffende Wünsche.

Die Entstehungsgründe des Reformantrags waren auch auf dessen Inhalt von Einfluß. Man beschränkte sich auf die hervorgetretenen Bedürfnisse und ließ das übrige unberührt, schied namentlich die Aufgaben und Rechtsverhältnisse der Fakultäten ganz aus. Dies veranlaßte das Ministerium, dem Senat einen von Ministerialdirektor von Bälz unter Berücksichtigung der Senatsanträge ausgearbeiteten, die gesamten Verhältnisse in den Kreis der Betrachtung ziehenden Entwurf zur Äußerung vorzulegen. Nach Stellungnahme des Senats hierzu und nach Besprechung der letzten noch stehengebliebenen Meinungsverschiedenheiten in einer unter dem Vorsitz des Ministers von Fleischhauer beratenden Kommission wurde die jetzt geltende, in allen wesentlichen Punkten den Wünschen des Senats Rechnung tragende Verfassung erlassen. Die damit in Zusammenhang stehenden Neuregelungen sind noch nicht sämtlich erledigt.

Die Grundzüge der Verfassung sind folgende:

Die Verwaltungsorgane der Universität bestehen aus dem Rektor, dem Kanzler, den Fakultäten, dem Kleinen und dem Großen Senat und den ständigen Ausschüssen (Bibliotheksaußschuß, Stipendienaußschuß und Disziplinaußschuß). Als ständige Verwaltungsbeamte sind beigeordnet: der Universitätsamtman, der Universitätskassier und der Universitätssekretär.

Der Rektor ist Vorstand der Universität und ihr Vertreter nach außen. Seine Befugnisse reichen weiter als die der Rektoren der meisten deutschen

Universitäten. Sie umfassen die Handhabung und Vollziehung aller auf die Universität bezüglichen Gesetze, Verordnungen und Verfügungen, die Dienstaufsicht über Lehrer und Beamte, die Aufrechterhaltung der akademischen Disziplin, den Vorsitz im Großen und Kleinen Senat und in den Ausschüssen. Besonders hervorzuheben ist, daß alle amtlichen Eingaben an das Ministerium durch ihn vorgelegt werden müssen, so daß er stets Gelegenheit hat, sich in einem Beibericht zur Sache zu äußern. Ernannt wird der Rektor vom König auf die Dauer eines Jahres aus einer Liste von drei ordentlichen Professoren, die der durch die ordentlichen Honorarprofessoren und außerordentlichen Professoren verstärkte Große Senat aufstellt. (Dabei darf die Gesamtzahl der Honorarprofessoren und außerordentlichen Professoren die Hälfte der ordentlichen Professoren nicht übersteigen.)

Eigenartig ist die Stellung des auf Lebenszeit vom König ernannten Kanzlers. Sie ist mit derjenigen des preußischen Kurators wohl verwandt, aber nicht wesensgleich. Dieser ist ein außerhalb der Universitätskollegien stehender Verwaltungs- und Aufsichtsbeamter, dem vor allem die gesamte finanzielle Verwaltung der Universitätsinstitute unterstellt ist und durch den die Eingaben der Universität und ihrer Mitglieder an das Ministerium (mit der Möglichkeit des Beiberichts) gehen. Der Kanzler ist stimmberechtigtes Mitglied des Großen und Kleinen Senats, hat das Recht, an den Beratungen der Ausschüsse ohne Stimmrecht teilzunehmen. Tatsächlich ist er regelmäßig auch Mitglied des Lehrkörpers. Nach der neuen Verfassung gilt er als Vertreter des Ministers an Ort und Stelle und hat mit dem Rektor und den Senaten die Interessen der Universität wahrzunehmen und für den ordnungsmäßigen Stand der Universität zu sorgen. Ohne daß dies ausdrücklich in der Verfassung hervorgehoben wäre, ergibt sich wie beim Kurator von selbst, daß er Vertreter und Anwalt der Universitätsinteressen und -wünsche beim Ministerium ist. Die Vertretung der Universität durch den Kanzler in der Zweiten Kammer ist durch das Verfassungsgesetz vom 16. Juli 1906 (§ 132a der V.-U.) aufgehoben worden. In der „Revision des organischen Statuts“ vom Jahre 1831, welche die vorübergehend eingeführte Kollegialvorstandschafft des Kanzlers wieder beseitigte, war die Aufsichtsstellung des Kanzlers als eines königlichen Kommissärs nahezu ausschließlich betont gewesen. Tatsächlich freilich hatte sich unter den Kanzlern Gustav Rümelin, Karl Weizsäcker, Gustav Schönberg schon längst eine mehr begutachtende, vermittelnde, auch den Rektor und die Kollegien beratende Tätigkeit herausgebildet. Eine feste Umgrenzung dieser Tätigkeit ist naturgemäß nicht möglich, da sie nach beiden Seiten hin wesentlich Vertrauenssache ist.

Die Kollegialbehörde für die laufende Verwaltung ist der Kleine Senat (bestehend aus Rektor, Kanzler, Prorektor, den Fakultätsdekanen, dem Universitätsamtman, drei von den Ordinarien und einem von den ordentlichen Honorarprofessoren und außerordentlichen Professoren je aus ihrer Mitte auf drei Jahre gewählten Mitgliedern), während dem Großen Senat

(bestehend aus Rektor, Kanzler, Universitätsamtman, sämtlichen ordentlichen Professoren und drei von den ordentlichen Honorarprofessoren und außerordentlichen Professoren aus ihrer Mitte auf drei Jahre gewählten Mitgliedern) die allgemeinen Universitätsangelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, namentlich auch allgemeine Fragen wissenschaftlichen Charakters, zugewiesen sind. Im einzelnen sind die wichtigsten Gegenstände, die in die Zuständigkeit des einen und des anderen Kollegiums fallen, aufgezählt. Daneben ist, um die Grenzen flüssiger zu machen und um den Umständen des Einzelfalles gerecht werden zu können, dem Kleinen Senat das Recht der Überweisung gegeben, während der Große Senat Sachen, die zu seiner Zuständigkeit gehören, dem Kleinen Senat zur Vorberatung übergeben, außerdem Sachen, die mit einem seiner Beschlusfassung unterliegenden Gegenstand zusammenhängen, an sich ziehen kann. Dem Großen Senat vorbehalten ist, abgesehen von den Wahlen, die Antragstellung bezüglich aller allgemeinen dauernden Normen und bezüglich der Besetzung der Lehrstellen und der wichtigsten Universitätsämter sowie bezüglich der Erteilung und Entziehung von Lehraufträgen. Daß die Berufungsvorschläge der Fakultäten den Großen Senat passieren müssen, gibt die denkbar größte Sicherheit für allseitig erschöpfende und rein sachliche Erwägung. Auch sonst hat sich die Geschäftsverteilung zwischen beiden Kollegien, die vieles Kopfzerbrechen gekostet hat, soweit man bis jetzt urteilen kann, gut bewährt.

Für den wissenschaftlichen Stand der einzelnen Fakultäten und für die Vollständigkeit des Unterrichts auf ihrem Gebiet sind die Fakultätskollegien, bestehend aus den der Fakultät angehörigen ordentlichen Professoren, verantwortlich. Zu diesen treten die ordentlichen Honorarprofessoren und außerordentlichen Professoren, die eine Lehrstelle für ein sonst in der Fakultät nicht vertretenes Sonderfach innehaben oder denen die selbständige Leitung eines Instituts anvertraut ist, bei der Beschlusfassung über Angelegenheiten des Sonderfachs oder Instituts (auch soweit es sich um dem Sonderfach angehörige oder im Institut gefertigte Doktordissertationen handelt). Außerdem kann auf Antrag der Fakultät und des Großen Senats die Fakultätsmitgliedschaft an ordentliche Honorarprofessoren und etatsmäßige außerordentliche Professoren verliehen werden. Bei Beratung über die Besetzung von Lehrstellen können alle diese außerordentlichen Fakultätsmitglieder nur mit beratender Stimme zugezogen werden. Nimmt man noch hinzu das Recht aller Lehrer der Fakultät auf Gehör in eigenen Angelegenheiten sowie die Möglichkeit, daß solche Lehrer in der Fakultät durch den Dekan, in den beiden Senaten durch den Rektor zur Beratung und zur Berichterstattung zugezogen werden können, so wird man wohl behaupten dürfen, daß die Universität Tübingen den Wünschen nicht nur der Extraordinarien, sondern auch der Privatdozenten in bezug auf Beteiligung an den Beratungen der akademischen Kollegien am weitesten unter allen reichsdeutschen Hochschulen entgegenkommt.

Tübingen besitzt unter den deutschen Universitäten die größte Fakultätenzahl, nämlich außer zwei theologischen Fakultäten, der juristischen, medizinischen und philosophischen Fakultät noch eine staatswissenschaftliche und eine naturwissenschaftliche Fakultät. Die Loslösung der naturwissenschaftlichen Fakultät von der philosophischen, in der die Fächer sonst untergebracht sind, bedarf jetzt wohl kaum besonderer Rechtfertigung mehr, so sehr früher in akademischen Reden dagegen gekämpft wurde. In Süddeutschland überwiegen jetzt die getrennten naturwissenschaftlichen Fakultäten oder wenigstens Sektionen. Außer Tübingen besitzen solche Freiburg, Heidelberg, Straßburg und Frankfurt a. M. In München und Würzburg sind wenigstens die philosophischen Fakultäten in zwei Sektionen mit besonderen Dekanen geteilt. Die Gefahren, die man für die *universitas literarum* oder für die Pflege der „reinen Wissenschaft“ befürchtete, haben sich nirgends verwirklicht. Am wenigsten Grund zur Sorge besteht, wo, wie in Tübingen, alle allgemeinen wissenschaftlichen Angelegenheiten im Großen Senat verhandelt werden. Zweifelhafter könnte sein, ob die Zusammenstellung von zwei Staats- und Verwaltungsrechtslehrern, zwei Nationalökonomern und zwei Vertretern der Forstwissenschaft ausreicht, um eine Fakultät zu bilden. Außer in Tübingen ist nur noch in München eine staatswirtschaftliche, in Frankfurt a. M. eine wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät vorhanden, nirgends sind jedoch wie hier die Lehrer des öffentlichen Rechts aus ihrem natürlichen Zusammenhang, der juristischen Fakultät, herausgerissen. Keine Frage, daß hieraus sowohl für die Genannten als für die juristische Fakultät Übelstände sich ergeben. Immerhin bietet das Vorhandensein einer besonderen Fakultät gegenüber der Einordnung der Nationalökonomern und Forstwirte in die philosophische oder der letzteren in die naturwissenschaftliche Fakultät auch unzweifelhafte Vorteile, vor allem den Vorteil des stärkeren Ausbaues der staatswissenschaftlichen Fächer, während die Übelstände sich durch Vereinbarungen der beiden interessierten Fakultäten wenigstens teilweise beheben lassen. Die beste Lösung läge wohl in der Schaffung einer rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät mit getrennten Abteilungen, wie solche in Breslau, Freiburg, Göttingen, Greifswald, Halle a. d. Saale, Kiel, Münster, Straßburg und Würzburg bestehen. In Tübingen steht entgegen, daß die Vertreter der Forstwissenschaft in der juristischen Fakultät einen Fremdförper bilden würden.

Der Lehrkörper der Universität setzt sich zusammen aus etatsmäßig angestellten ordentlichen und außerordentlichen Professoren, Privatdozenten, Fach- und Hilfslehrern. Die etatsmäßigen Professoren unterstehen dem Beamtengegesetz. Sie beziehen die Vorlesungshonorare, abgesehen von einer Quästurgebühr, in vollem Umfang, und es können ihnen zu dem Normalgehalt und Wohnungsgeld nichtpensionsfähige Personalzulagen bewilligt werden. Bei der Anstellung wird ein bestimmter Lehrauftrag erteilt. Dadurch wird

der Beauftragte für die vollständige Vertretung der betreffenden Fächer verantwortlich, aber nicht berechtigt, andere Dozenten davon auszuschließen. Die schwierige und umstrittene Frage, inwieweit der einzelne Lehrer berechtigt ist, über seinen Lehrauftrag hinaus Vorlesungen zu halten, ist in der Verfassung nicht entschieden worden. Daß die Aufsichtsbehörde in der Lage ist, einem entschiedenen Mißbrauch zu steuern, wird außer Zweifel sein.

Die Privatdozenten stehen als solche nicht im Beamtenverhältnis. Ist ihnen ein Lehrauftrag erteilt, so dürfte der Art. 118 des Beamtengesetzes über vorübergehend angestellte oder ohne Anstellung im Staats- oder öffentlichen Schuldienst beschäftigte Personen auf sie Anwendung finden, der einen Teil der Bestimmungen des Beamtenrechts „sinngemäß“ überträgt. Das Vorlesungsrecht (*venia docendi*) wird ihnen auf Grund der erfüllten Habilitationsbedingungen vom Kultminister verliehen, nachdem diesem der König die Befugnis hiezu am 21. Februar 1912 übertragen hat. Die Privatdozenten sind nur innerhalb der ihnen erteilten *venia docendi* Vorlesungen zu halten berechtigt. Im übrigen sollen ihre bisher nur durch die Übung zum Teil in unsicherer Weise bestimmten Rechte und Pflichten in einer Privatdozentenordnung näher umschrieben und gesichert werden. Für die Entziehung des Vorlesungsrechts ist nach dem Gesetz vom 30. März 1828 Art. 5 königliche Entschließung erforderlich. Dagegen ist es dem Privatdozenten unbenommen, auf sein Vorlesungsrecht zu verzichten. Längere Nichtausübung der Vorlesungstätigkeit, Wegziehen oder Annahme einer hauptamtlichen Stellung außerhalb der Universität sind von jeher dem Verzicht gleichgestellt worden.

Für Fächer, die im Lehrplan notwendig vertreten sein sollten, für die aber eine Professur nicht besteht, werden vom Ministerium remunerierte Lehraufträge erteilt. Dabei ist vorherige Habilitation als Privatdozent nicht Voraussetzung. Die Erteilung unbezahlter Lehraufträge ist möglich, aber bis jetzt nicht üblich.

An ältere verdiente Privatdozenten wird der Titel und Rang eines außerordentlichen Professors für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zur Universität verliehen. Die Fortführung des Titels nach Lösung des Verhältnisses zur Universität ist von einer ausdrücklichen Genehmigung abhängig.

In besonderen Fällen erfolgt an außerordentliche Professoren, an Privatdozenten oder auch an sonstige mit Lehrauftrag versehene Personen die Verleihung des Titels und Rangs eines ordentlichen Honorarprofessors.

Unter der Bezeichnung Fach- und Hilfslehrer wird sehr verschiedenes zusammengefaßt. Darunter fallen die schon erwähnten Personen, denen, ohne daß sie als Privatdozenten habilitiert wären, ein Lehrauftrag erteilt ist, z. B. Beamte, die neben ihrem Hauptamt Vorlesungen an der Universität halten. Statt des bestimmte Verpflichtungen in sich schließenden Lehrauftrags werden auch Ermächtigungen zum Halten von Vorlesungen von Seiten des Ministeriums oder mit dessen Genehmigung von den Fakultäten erteilt. In diesem Fall entfällt regelmäßig die Remuneration. So wünschenswert es ist,

bei der Habilitation der Privatdozenten, die den akademischen Nachwuchs darstellen oder wenigstens darstellen sollen, einen strengen Maßstab walten zu lassen, so sehr empfiehlt es sich, bezüglich der Formen, die es ermöglichen, in der Praxis bewährte Kräfte an den Lehraufgaben der Universität zu beteiligen, sich möglichste Bewegungsfreiheit zu wahren. Die Heranziehung solcher Kräfte, die freilich in einer Großstadt noch in ganz anderem Umfang möglich ist als in Tübingen, vermag nicht nur Lücken auszufüllen, sondern auch nach beiden Seiten hin Anregungen aller Art zu bieten.

Zu den Fachlehrern zählen die Lektoren für neuere Sprachen, der akademische Musikdirektor und der Zeichenlehrer. Sie sind samt und sonders in voller Beamtenstellung, haben zum Teil den Titel und Rang eines außerordentlichen Professors. Außerdem dürfte die Bezeichnung Fachlehrer auf die in verschiedener Dienststellung befindlichen Lehrer der Leibesübungen zutreffen.

Als Hilfslehrer dagegen gelten noch Assistenzärzte und Assistenten sowie die Repetenten an Stift und Konvikt. Eigenartig ist die Stellung der letzteren. Sie sind an sich keine Universitätsangestellten, haben in erster Linie Übungen und Repetitionskurse an den beiden theologischen Seminarien zu halten. Kraft einer althergebrachten, freilich hin und wieder umstrittenen Übung beanspruchen sie jedoch das Recht, ohne besonderen Auftrag, soweit die beteiligte (theologische oder philosophische) Fakultät nicht Widerspruch erhebt, an der Universität Vorlesungen zu halten. Da bei den theologischen Fakultäten die Habilitationen selten sind, die Repetentenstellungen auch jetzt noch die Brücke für die akademische Laufbahn zu bilden pflegen, empfiehlt es sich, das Privilegium beizubehalten. Nicht habilitierte Assistenzärzte und Assistenten lesen nur im Auftrag der Fakultät.

Von den Universitätsbeamten ist der Universitätsamtmanu der juristische Beirat des Rektors und der akademischen Behörden, Vorstand der Kanzlei und regelmäßiger Berichterstatter in Disziplinar- und Verwaltungssachen. Der Universitätskassier ist der Leiter des Kassen- und Rechnungswesens der Universität und ihrer Institute. Der Universitätssekretär hat die Kanzleigeschäfte zu erledigen, er ist Protokollführer in den Senaten und Ausschüssen sowie Beistand und im Verhinderungsfall Stellvertreter des Universitätsamtmanus, letzteres abgesehen von Disziplinarsachen.

Zu den Beamten der Universität im weiteren Sinn zählen auch noch die Bibliotheksbeamten. Früher wurde das Oberbibliothekariat von einem Mitglied des Lehrkörpers im Nebenamt bekleidet, und zwar sind es berühmte Namen, Robert Mohl, Fallati, Rudolf Roth, die uns hier begegnen. Seit 1895 ist eine hauptamtliche Stellung daraus geworden. Dagegen sind von den Bibliothekaren auch seither einige als Dozenten, zum Teil mit Lehrauftrag und mit Titel und Rang eines außerordentlichen Professors oder ordentlichen Honorarprofessors versehen, tätig gewesen.

Die Landesuniversität

Wie der Brunnen des Lebens, den der Graf im Bart nach seinen Stifterworten graben helfen wollte, in der leztvergangenen Periode seine Wasser gespendet, kann hier nicht im einzelnen geschildert, sondern nur, soweit das bei der zeitlichen Nähe des Darstellungsobjekts überhaupt möglich, in Umrissen angedeutet werden.

Bei der vierten Säkularfeier im Jahre 1877 hat der Philosoph Eduard Zeller bei seiner im Namen der deutschen Universitäten gehaltenen Ansprache gesagt, daß unsere Universität eine Landesuniversität im besten Sinn und zugleich eine deutsche Universität sei. Diesen Doppelcharakter hat sie bis heute bewahrt und wird ihn auch in Zukunft, der Eigenart unserer Reichseinrichtungen und unseres Geisteslebens entsprechend, zu erhalten suchen müssen. Dazu ist notwendig, daß sie bestrebt ist, einerseits die besten Kräfte des an wissenschaftlicher Befähigung hinter anderen nicht zurückstehenden, aber schwerer zum Eintritt in die akademische Laufbahn zu bewegendem schwäbischen Stammes an sich zu ziehen, auf der anderen Seite aber jede Abschließung zu vermeiden, den Austausch und den Wettbewerb mit den anderen deutschen Universitäten in vollem Maße aufrecht zu erhalten.

Um ihren Aufgaben als Landesuniversität genügen zu können, muß sie Fühlung haben mit dem geistigen Leben des Landes, vor allem seiner führenden Kreise. Eine solche Fühlung ist bei allen Fakultäten vorhanden, am lebendigsten wohl bei den beiden theologischen. Bei der katholisch-theologischen Fakultät ergibt sich der Zusammenhang schon daraus, daß die Lehrstühle überwiegend aus der Mitte der einheimischen Theologen, vor allem der Konviktsrepetenten, besetzt werden. Bei der evangelisch-theologischen Fakultät liegen die Verhältnisse zum Teil ähnlich. Zu allen Zeiten waren die Professuren teilweise mit Gelehrten besetzt, die selbst einstens Stiftsinsassen und Stiftsrepetenten gewesen waren. Dazu kommt das starke, nicht bloß religiöse, sondern auch theologische Interesse, das weite Kreise des Landes beherrscht. Dazu kommt aber auch gerade in neuester Zeit die für die Geistlichkeit vorbildliche Art und Weise, wie in der Fakultät ausgeprägte Vertreter verschiedener Richtungen zu gegenseitig sich ergänzender Tätigkeit zusammenwirken.

Das theologische Interesse ist in Württemberg stets Hand in Hand gegangen mit dem philosophischen, und die Studienordnungen in Stift und Konvikt betonten von alter Zeit her (in etwas abgeschwächtem Maße tun sie es auch heute noch) die philosophischen Studien in den ersten theologischen Semestern. Daher denn auch die gesteigerte Bedeutung, welche die philosophischen Professuren für das Land haben, eine Bedeutung, die ihnen trotz des mehr und mehr zunehmenden Interesses für Geschichte und Sozialwissenschaft geblieben ist.

Die Juristen der letzten 25 Jahre dürfen sich rühmen, die Bedürfnisse der Rechtsanwendung niemals aus dem Auge verloren, sowohl den Szyllarsfelsen eines einseitigen Historismus und Antiquarismus als den Charybdisstrudel einer unfruchtbaren, stets nur das Eingefogene wieder auspeienden Begriffsjurisprudenz glücklich vermieden zu haben. Eine Kluft zwischen Theorie und Praxis, wie sie anderwärts zeitweise bestanden hat und wie sie erst seit dem Erscheinen des Bürgerlichen Gesetzbuches überbrückt zu werden beginnt, hat sich in Württemberg nicht aufgetan. Der Ausspruch, den ein preußischer Gerichtspräsident einem Referendar gegenüber getan haben soll: „Zuerst vergessen Sie einmal alles, was Sie auf der Universität gelernt haben, dann können Sie ein ganz brauchbarer Richter werden,“ wäre bei uns stets undenkbar gewesen. Die seit einiger Zeit hier vorherrschende Richtung der „Interessenjurisprudenz“ dürfte Gewähr auch für die Zukunft bieten.

Bei den Medizinern wird sich der Zusammenhang zwischen den Klinikern und den Ärzten des Landes normalerweise von selbst einstellen. Ein solcher ist auch, soweit die Erinnerung der jetzt lebenden Generation zurückreicht, vorhanden gewesen. Und nicht bloß bei den Ärzten, sondern im ganzen Lande, bei arm und reich hatten Namen wie Victor und Paul Bruns, Niemeyer, Liebermeister, Krehl und Romberg ihren wohlverdienten Klang. Je umfassender und vollendeter die klinischen Einrichtungen werden, um so mehr wird der Einfluß der medizinischen Fakultät in die Breite gehen.

Bei der naturwissenschaftlichen Fakultät ist es vor allem der Verein für vaterländische Naturkunde in Württemberg und sein Schwarzwälder Zweigverein, der eine dauernde Verbindung herstellt. Eine besondere Rolle spielt dabei das schon von Quenstedt in weiten Kreisen geweckte geologische Interesse.

Als staatliche Einrichtungen, die eine Verbindungsbrücke zwischen Universität und Landesinteressen darstellen, mögen noch Erwähnung finden die Beteiligung von Historikern und Rechtshistorikern an der Kommission für Landesgeschichte und die, wenigstens übliche, Beziehung eines Nationalökonomen in die Zentralstelle für Gewerbe und Handel. Eine Beziehung der medizinischen Fakultät zur obersten Medizinalbehörde des Landes fehlt leider noch.

In erster Linie vollzieht sich naturgemäß die Einwirkung auf das geistige Leben in den Hörsälen und Übungsräumen der Universität selbst. Diese Art der Einwirkung wird bei einer Reihe von Fächern begünstigt durch die bundesstaatliche Regelung der Beamtenlaufbahn, des Kirchen- und höheren Schuldienstes. Die württembergischen Beamten, Geistlichen und Lehrer der höheren Schulen bringen den größeren Teil ihrer Studienzeit an der einheimischen Universität zu.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist dabei auch die Ausgestaltung des Prüfungswesens, bei dem seit alter Zeit der Universität ein erheblicher Anteil zugewiesen wurde. Die theologischen Prüfungen werden von den beiden Fakultäten, die für den Justiz-, Verwaltungs- und Finanzdienst gemeinschaftliche Prüfung von der durch die Staatsrechtslehrer und Nationalökonomien der staatswissenschaftlichen Fakultät verstärkten Juristenfakultät unter dem Vorsitz eines vom Justizminister ernannten Kommissärs und unter Beteiligung von Vertretern der beiden anderen Ministerien abgehalten. Die Philologen, Historiker, Geographen, Mathematiker und Physiker werden in umfassender Weise zu den Lehramtsprüfungen herangezogen. Die Vorzüge dieser Einrichtung sind z. B. bei der juristischen Fakultät in die Augen springend. Das Einpaukerwesen im großen Stil, über das in Preußen so oft geklagt wird, ist in Württemberg unbekannt. Die Prüfung mit ihrem vielfach verspotteten Notensystem nötigt zu einem gründlichen Studium. Ihre Ergebnisse bestätigen sich regelmäßig bei der Assessorprüfung, abgesehen von einem kleinen, sich ziemlich gleichmäßig einstellenden Abzug.

Verhältnismäßig weniger gepflegt wird in Tübingen die eigentliche Popularisierung der Wissenschaft, sei es in Volkshochschulkursen, sei es in Vorträgen vor einem weiteren, nicht durch gleichartige Vorbildung oder bestimmte Fachinteressen zusammengehaltenen Publikum. Die Anschauungen über den Wert dieser Dinge können verschieden sein, und die Zahl derjenigen Lehrer, die dafür Neigung und Befähigung haben, wird, da im ganzen nur wenige Fächer in Betracht kommen, wechseln. Daß hier aber die Kleinheit des Orts und die Schwierigkeit der Verbindung mit der Hauptstadt ebenfalls eine Rolle spielt, läßt sich nicht bestreiten. Wenn man auch zu einer Reise nach Stuttgart und zurück keine zehn Stunden mehr braucht, wie nach Behauptung Friedrich Th. Vischers noch im Jahre 1867, so ist doch das Abhalten von Vortragszyklen daselbst mit unverhältnismäßigen Opfern, vor allem an Zeit, auch heute noch verknüpft.

Persönlichkeiten

Der Anteil, der den im letzten Vierteljahrhundert hier wirkenden Gelehrten an der Geschichte der deutschen Wissenschaft zukommt, ist für den Rundigen aus der am Schluß angefügten Zusammenstellung der hier tätig gewesenen Lehrer zu erkennen. Nur einige der Hingeshiedenen, die in vorderster Reihe standen und deren Bild in Tübingen infolge der Dauer, Stärke oder Eigenart ihrer Wirksamkeit besonders lebendig geblieben ist, mögen kurz hervorgehoben werden.

Da steht denn an erster Stelle das einheimische Dreigestirn Roth (1821 bis 1895), Weizsäcker (1822—1899), Sigwart (1830—1904), die, alle drei ehemalige Insassen des Stifts, um das Jahr 1891 schon längst europäischen,

wenn nicht Weltruf erlangt hatten. Räumlich am weitesten, bis in den fernen Osten, war wohl der Ruf Rudolf Roths, des Sanskritforschers, gedrungen. Seine berühmte Vorlesung über allgemeine Religionsgeschichte war von Theologen, Philosophen, Philologen und Historikern, vielfach auch von Ausländern besucht. In dem monumentalen, mit Böhlingk zusammen herausgegebenen Sanskritwörterbuch hat er in dem von ihm übernommenen vedischen Teil bahnbrechende Arbeit geleistet, die, mag auch einzelnes davon veraltet sein, nach sachkundigem Urteil noch heute als ein „Muster der Lexikographie“ gilt. Die wie aus Urgestein gemeißelte Kraftgestalt mit all ihrer Grobkörnigkeit, aber auch mit all ihrer Zuverlässigkeit und Festigkeit hat sich in 50jähriger Wirksamkeit aufs tiefste der Erinnerung aller, die ihn auch nur oberflächlich kennen lernten, eingeprägt. Er war „jeder Zoll ein Schwabe“, jedem Scheinwesen abhold, von unbestechlicher Sachlichkeit des Urteils, im allgemeinen wortkarg und sein Inneres abschließend, aber bisweilen mit erfrischender Offenherzigkeit und Deutlichkeit seine Meinung kundgebend.

Nur ein Jahr jünger als Roth war der neutestamentliche Theologe und Kirchenhistoriker Karl Weizsäcker. Auf den ersten Blick konnte der bewegliche Franke als eine Art Gegenpol zu Roth erscheinen. Mochte jener im Kampfe der Meinungen dem Selamonier Nias gleichen, so trat bei Weizsäcker eher das Bild des vielgewandten, erfindungsreichen Odysseus vor das geistige Auge. Trotz aller Vielseitigkeit und staatsmännischen Klugheit, die in der Tat einen Teil seines Wesens ausmachten, würde man jedoch seiner ganzen Bedeutung, der inneren Einheitlichkeit und Vornehmheit seines Wesens durch einen solchen Vergleich nicht gerecht werden. Mit vollem Recht hebt Alfred Hegler in den pietätvollen und feinsinnigen Erinnerungsworten an Weizsäcker hervor, daß hinter all seinem Handeln und Lehren ein festgeschlossener, seiner selbst sicherer, seine Ziele unverrückbar verfolgender Charakter stand. Unterschied er sich von Roth durch die größere Beweglichkeit, den weiteren Gesichtskreis und wohl auch durch die reicher gestimmte Empfindungswelt, so besaß er gemeinsam mit ihm die Einfachheit und Schlichtheit des Ausdrucks, die Abneigung gegen jedes „stilisierte Pathos“, jeden Aufpuß. In der Schärfe der Ablehnung konnte er bisweilen mit jenem wetteifern. Nach Ferdinand Baur und Tobias Beck ist lange Zeit Karl Weizsäcker es gewesen, der der evangelisch-theologischen Fakultät nach außen hin das Gepräge gab. Sein Apostolisches Zeitalter und die auch beim gebildeten Laien das Verständnis für theologische Arbeit erweckende Übersetzung des Neuen Testaments sind die Werke, durch die er schriftstellerisch den größten Einfluß ausgeübt hat.

Bei dem Jüngsten der drei, Christoph Sigwart, war der alles andere überragende Eindruck der der vollendeten Klarheit und Schärfe des Geistes und einer in ihrer Gediegenheit und Präzision klassischen Formgebung in Rede und Schrift. Auch er war, schwäbischer Regel folgend, frei von Pathos und von gesuchtem Schmuck der Darstellung, und doch waren seine Reden durch die Fülle des in engstem Raum in scharfgeschliffenen Sätzen zusammen-

gedrängten Gedankeninhalts für den aufmerksamen Hörer zugleich eine Quelle des ästhetischen Genusses. Obwohl es nicht immer leicht war, seinen Gedanken zu folgen, hat er doch unter den drei Genannten die stärkste Wirksamkeit als Dozent ausgeübt. Seine philosophische Anthropologie war in meiner Studentenzeit das besuchteste Kolleg der Hochschule. Die Bedeutung seines zweibändigen Werkes über Logik ist lange Zeit eine geradezu beherrschende gewesen. Der zweite Band, die Methodenlehre, hat auch auf Fachwissenschaften, wie die Jurisprudenz, Einfluß ausgeübt. Schon längere Zeit vor dem Auscheiden ist seine Tätigkeit durch gesundheitliche Beschwerden behindert und eingeengt gewesen, aber wiederholt haben wir Jüngeren das Auge im alten Glanze aufblitzen und das feurige Temperament wieder lebendig werden sehen.

Aus dem Kreise der katholischen Theologen darf als ein Stern erster Größe der Kirchenhistoriker Franz Xaver Funk genannt werden. Für die über Deutschland weit hinausreichende Bedeutung seiner Kirchengeschichte spricht die Tatsache, daß noch kürzlich ihr Gebrauch für den Unterricht in den Priesterseminaren Italiens verboten werden konnte. Er war ein deutscher katholischer Gelehrter vom alten Schlag, mit Weizsäcker, solange dieser lebte, in freundschaftlichem Verkehr verbunden. Klugheit, Vornehmheit und Güte sprachen aus dem noch im Alter frisch blühenden Gesicht. Seine Unterhaltung, sein Erzählen waren in hohem Grad anziehend. Wo es galt, wußte er diplomatische Feinheit zu entwickeln.

Vielleicht in ihrer Bedeutung für die katholische Theologie ebenso weit reichend wie die Kirchengeschichte Funks, jedenfalls wie jene ihren Einfluß weit über die Grenzen Deutschlands hinaus erstreckend, war die Apologetik von Paul Schanz. An ihm wurde vor allem die große Vielseitigkeit des Wissens, die Orientierung in Philosophie und Naturwissenschaften gerühmt. Er war eine still in sich gefehrte, im kollegialen Verkehr zurückhaltende Natur.

In der zweiten Kommission zur Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs war die Universität durch Gustav Mandry vertreten. In den Traditionen der durch das Windscheidsche Lehrbuch gekennzeichneten Jurisprudenz aufgewachsen, mit großer Arbeitskraft, gründlichem gelehrtem Wissen und einer guten Dosis gesunden Menschenverstands ausgerüstet, fügte er sich vortrefflich in die Plancksche Kommission ein. Die gesetzgeberische Tätigkeit verhinderte ihn längere Zeit an der Erfüllung seiner Lehraufgabe, die ihm von Haus aus weniger günstig lag. Da er die damals noch in weitem Umfang geübte Methode nahezu ununterbrochenen Diktierens übernommen hatte, konnte er es vor allem mit Oskar Bülow, dem besten juristischen Dozenten, den Tübingen seit den siebziger Jahren (abgesehen von dem kurzen Wirken Adolf Wachs) gesehen hat, nicht aufnehmen, aber auch bei dem geistvollen Heinrich Degenkolb und bei dem Lehrer der Billigkeit und guten Treue Gustav Hartmann war der geistige Kontakt mit den Schülern in anderem Maße vorhanden. — Ein von den rechts- und staatswissenschaftlichen Hörern

gefeierter Lehrer war der Nationalökonom Julius Neumann. Sein Vortrag fesselte trotz mancher doktrinären Züge durch die leidenschaftliche Energie und den hohen sittlichen Ernst, die sich mit großer Redegewandtheit verbanden.

Unter den dahingegangenen Medizinern der letzten Periode steht an erster Stelle der hochbedeutende Kliniker für innere Krankheiten Karl Liebermeister. Seinem großen Ruf als Gelehrter, begründet durch eine reiche schriftstellerische Tätigkeit, namentlich auf dem Gebiete der Fieberkrankheiten, der Leber- und Nierenleiden, stand seine Bedeutung als Lehrer ebenbürtig zur Seite. Noch heute rühmen seine ehemaligen Schüler, wie er es verstanden habe, zu wissenschaftlich exaktem Vorgehen bei der Diagnose anzuleiten, jede Voreiligkeit und Sprunghaftigkeit unnachsichtlich zurückweisend. Der vorherrschende Eindruck, den er im amtlichen und kollegialen Verkehr hinterließ, war der einer vollständigen Sicherheit und Bestimmtheit, einer auf starker Willenskraft beruhenden, gelegentlich auch vor Härten nicht zurückschreckenden eisernen Konsequenz.

Am 2. Juni d. J. ist uns der allseitig verehrte Meister der Chirurgie, der langjährige Genosse Liebermeisters, Paul Bruns, entrisen worden, der auch nach seinem 1910 erfolgten Rücktritt vom Amte an den Geschicken der Universität den lebhaftesten Anteil genommen und noch eine reiche wissenschaftliche und redaktionelle Tätigkeit ausgeübt hat. Sein Ruf als Lehrer war dem Liebermeisters mindestens ebenbürtig. Der Dank seiner Schüler, von denen manche in hervorragender Stellung sich befinden, klingt von dem Tag her, an dem wir ihn zu Grabe geleitet, noch in unserem Ohr. Seine wissenschaftliche Forschung erstreckte sich auf die verschiedensten Gebiete der Chirurgie, vor allem verdient gemacht hat er sich um die Kriegschirurgie. Wie ihn die innere Vornehmheit seines Wesens, die Besonnenheit und Treffsicherheit seines Urteils in Verbindung mit seinen ausgezeichneten Eigenschaften als Gelehrter und Lehrer, Organisator und Arzt eine führende Stellung in den Kreisen der Kollegen sichern mußte, so konnte es auch nicht ausbleiben, daß seine gewinnende Freundlichkeit, seine Humanität und die warme menschliche Anteilnahme, die er seinen Kranken entgegenbrachte, ihm weit darüber hinaus die Herzen zuwandte. Norddeutschen Stamms, aber mit der süddeutschen Heimat aufs engste verwachsen und ihr mit treuer Liebe zugetan, vermochte er vorbildlich für das gegenseitige Verständnis zwischen Einheimischen und Zugewanderten zu wirken.

Nicht zu denken ist das Tübingen vor 25 Jahren ohne den Naturforscher und Naturfreund, den hervorragenden Chemiker Lothar Meyer, in den Kreisen nicht nur der Fachleute, sondern der naturwissenschaftlich Gebildeten überhaupt bekannt durch sein Werk „Die modernen Theorien der Chemie“ und die darin schon enthaltene später (gleichzeitig mit dem russischen Forscher Mendelejeff) weiter entwickelte Aufstellung eines auf der Größe der Atomgewichte basierten natürlichen Systems der Elemente. Seine wissenschaftliche und seine menschliche Persönlichkeit hat eine eingehende Würdigung gefunden

durch seinen Schüler und Freund Professor R. Seubert in Hannover. Wie sehr die Anziehungskraft, die er auf seine Schüler ausübte, mit seiner Güte und Herzenswärme zusammenhing, ist dort zutreffend hervorgehoben. Seine Weltanschauung und sein Wesen schienen gestimmt auf die beiden Sätze Goethes: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut“ und „Wie herrlich leuchtet mir die Natur“. Seiner Naturliebe ist durch den Verschönerungsverein, dessen Vorstand er war, auf der Eberhardshöhe, einem der schönsten Punkte in Tübingens näherer Umgebung, ein Denkmal gesetzt worden.

Noch mehrere bedeutende Gelehrte, die zur Blüte der naturwissenschaftlichen Fakultät beigetragen haben, sind hier aus dem Leben geschieden, nach langjähriger Wirksamkeit der durch seine für die Medizin so wertvollen Untersuchungen weithin bekannte C. G. Hüfner und der temperamentvolle und streitbare Zoologe Th. Eimer; der Wissenschaft im besten Mannesalter entrisen, der feinsinnige Geologe Ernst Roken und der Nachfolger Lothar Meyers, der glänzende Experimentator und Synthetiker auf dem Gebiet der organischen Chemie Hans Freiherr von Pechmann.

Eine Pflicht der Dankbarkeit ist es, die Erinnerung an einen Mann wachzurufen, dessen lebenswürdige, Geist und warmes Leben ausströmende Persönlichkeit lange Zeit hindurch eine starke Wirkung ausgeübt hat, der dem kollegialen Verkehr die herzlichste Note geben half, welche dem Kommenden das Einleben leicht, dem Scheidenden das Herz schwer macht, an den Philologen und Archäologen Ludwig Schwabe. Gleich ihm, vom Menschen zum Menschen, wirkte der edle Geistes- und Herzensbildung mit feinstem poetischem und musikalischem Verständnis vereinigende Musikdirektor Emil Rauffmann, der so vielen jugendlichen Herzen den Weg zu dem, was echt und wahr ist in der Kunst, gewiesen hat.

Und noch zweier früh Vollendeter wollen wir gedenken, die in der kurzen Zeit ihres akademischen Lebens tiefe Spuren hinterlassen haben und die, wenn sie sich hätten auswirken können, voraussichtlich zu den Ersten ihres Faches gezählt haben würden, des jugendlich feurigen und doch so weitblickenden und reifen Theologen Alfred Hegler und des sonnigen, alle Aufgaben spielend bewältigenden Juristen und Rechtshistorikers Siegfried Riettschel. Ihnen und dem den Tod fürs Vaterland gestorbenen Hermann Kriegsmann gelten die Worte:

Wer jung die Erde verlassen,
Wandelt auch ewig jung im Reiche Persephoneias,
Ewig erscheint er jung den Künftigen, ewig ersehnet.

Und was wird die Zukunft bringen? Tief sind die Wunden, die der Krieg dem akademischen Leben jetzt schon geschlagen hat. Manche Entwicklung ist unterbunden worden. Die kleine Universität im kleinen Land wird es vielleicht schwerer haben, sich zu erholen, als andere. Aber wir wollen auch hier getrosten Muts in die Zukunft sehen im Vertrauen auf die Lebenskraft

unserer Universität. Es ist sogar zu hoffen, daß die ideellen Güter, die sie birgt, gesundes Leben in und mit einer herrlichen Natur, Abwesenheit von übertriebenem Luxus und entnervenden Zerstreuungen und damit Gelegenheit zur Sammlung und zur Verarbeitung der geistigen Eindrücke, nach dem Krieg bei alt und jung erhöhte Wertung erfahren werden.

Quellen:

Während bis zum Jahre 1877 die Quellen der Universitätsgeschichte ziemlich reichlich fließen (siehe die Zusammenstellung bei E. Nägele, „Tübingen und seine Umgebung“, S. 1 Nr. 1 und S. 18 Nr. 1), fehlt es seither an einer zusammenfassenden Darstellung. Die von mir gegebenen Daten beruhen, abgesehen von dem, was aus der Statistik des Unterrichts- und Erziehungswesens im Königreich Württemberg, veröffentlicht vom Kgl. Ministerium des Kirchen- und Schulwesens, und aus den Vorlesungs- und Personalverzeichnissen der Universität ersichtlich ist, auf Universitätsakten, auf statistischen Zusammenstellungen, die Herr Universitätssekretär Rienhardt und Herr Rechnungsrat Rück gemacht und mir freundlichst zur Verfügung gestellt haben, und auf gütiger Mitteilung des Kgl. Kameralamts und der Kgl. Bau- und Bergdirektion. Mehrfach bin ich durch Angaben der Herren Kollegen und Institutsvorstände in dankenswerter Weise unterstützt worden. Die Schilderung der Persönlichkeiten beruht überall auf eigener Anschauung. Der sehr lesenswerte Artikel von Alfred Hegler: Zur Erinnerung an Karl Weizsäcker, ist enthalten in Heft 45 der „Christlichen Welt“, Jahrgang 1900. Über Roth ist zu vergleichen der Artikel von R. Garbe in der allgemeinen deutschen Biographie, Bd. 53, S. 349–564. Über meinen in der kurzen Skizzierung führender Persönlichkeiten nicht noch einmal erwähnten Freund und Kollegen Otto Wendt habe ich mich in der Preisverteilungsrede des Jahres 1911 (Ein. Archiv, Bd. 108, Heft 1) eingehend geäußert. Das Gesuch Fr. Th. Visschers um Verlegung der Universität Tübingen nach Stuttgart steht in den Süddeutschen Monatsheften vom September 1904 (9. Heft). Über die frühere Universitätsverfassung sind zu vergleichen die beiden Reden von Gustav Rümelin: „König Friedrich von Württemberg und seine Lage zur Landesuniversität“ und „Die Entstehungsgeschichte der Tübinger Universitätsverfassung“, Reden und Aufsätze, Bd. 3, S. 57 und 76.

Evangelisch-theologische Fakultät

Kirchengeschichte		Altes Testament	
Ordinariat	Extraordinariat	Ordinariat	Extraordinariat
C. Weizsäcker 1861–1899	A. Hegler 1893 (Prof. gegründet)	J. Grill 1888–1913	P. Volz 1909 (Prof. gegründet)
A. Hegler 1899–1902	R. Holl 1899–1906	A. Bertholet 1913	H. Schmidt 1914
R. Müller 1902	O. Scheel 1906	P. Volz 1914	

Neues Testament		Dogmatik	Prakt. Theologie und Pädagogik
I. Ord.	II. Ord.	Ordinariat	Ordinariat
R. B. Rübeler 1879–1894	A. Schlatter 1898 (Prof. gegründet)	P. Buder (zugleich Ephorus des Stifts), 1872–1877 außer- ord. Professor, 1877–1910 ord. Professor	H. Weig 1875–1891
Th. Häring 1894		F. Traub (Ephorus des Stifts) 1910	J. Gottschid 1892–1907
			P. Wurster 1907

Katholisch-theologische Fakultät

Kirchengeschichte, Patrologie u. kirchliche Archäologie	Altes Testament	Neues Testament	Dogmatik und Apo- logetik
J. K. Funk 1870–1907 R. Bihlmeyer 1907 außerordentl. Prof. 1916 ord. Prof.	P. Vetter (1890 Lehrauftrag) 1893–1906 P. Rießler 1907	J. Ev. Belser 1889	P. Schanz 1876–1905 W. Koch 1905 (außerordentl. Prof.)
Moral und Pastoraltheologie	Kirchenrecht und Pädagogik	Patristische und scholastische Philosophie (Extraordinariat)	
Paul Keppler 1883–1894 Anton Koch 1894–1915 (ord. Prof. seit 1896) O. Schilling 1916	J. B. Sägmüller 1896 (vorher 1893 außerord. Professor in der philosophischen Fakultät)	L. Baur 1903, (Professur gegründet)	

Juristische Fakultät

Römisches Recht, deutsches bürgerliches Recht, württem- bergisches Privatrecht, Zivilprozeß			Deutsches Recht, deutsches bürgerliches Recht, Handelsrecht, Kirchenrecht	
I.	II.	III.	I.	II.
G. Mandry 1861–1900 (mit württembergi- schem Privatrecht) S. Rietschel 1900–1906 (bürgerliches Recht u. deutsches Recht; 1906 Einrücken in die germanistische Pro- fessur) O. Geib 1906 (mit württembergi- schem Privatrecht)	H. Degenkolb 1871–1893 (mit Zivilprozeß) O. Wendt 1893–1911 (ohne Zivilprozeß) W. v. Blume 1912 (ohne Zivilprozeß)	G. Hartmann 1885–1894 M. Rümelin 1895 (mit Zivilprozeß)	Fr. Thudichum 1862–1901 (ord. Professor 1871; ohne Handelsrecht, unter tatsächlicher Vertretung auch des Kirchenrechts und Staatsrechts) Ph. Heck 1901 (mit Handelsrecht)	O. Franklin 1873–1906 (mit Handelsrecht) S. Rietschel 1906–1912 (ohne Handelsrecht, mit Kirchenrecht) A. B. Schmidt 1912 (wie Rietschel)

Strafrecht, Strafprozeß (Zivilprozeß)		Extraordinariate zur Unterstützung der Lehrthätigkeit der ordentlichen Professuren	
I.	II.	I.	II.
H. Seeger 1854–1901 (ord. Professor 1868) R. Frank 1902–1914 (mit Zivilprozeß) H. Kriegsmann 1914 (mit Zivilprozeß) (gefallen im Felde 1914)	H. Meyer 1873–1902 E. Beling 1902–1913 (mit Zivilprozeß) Aug. Hegler 1913 (mit Zivilprozeß und Lehr- auftrag für Forstrecht)	O. Geib 1891–1906 (römisches Recht und bürgerliches Gesetzbuch, würtembergisches Recht, Forstrecht) Aug. Hegler 1906–1913 (beide Prozesse, Straf- recht, Konturs, freiwillige Gerichtsbartkeit, inter- nationales Privatrecht, später Forstrecht)	S. Rietschel 1899–1900 (deutsches Recht und bürgerliches Gesetzbuch) (Professur jetzt bei der naturwissenschaftlichen Fakultät; f. Chemie II.)

Medizinische Fakultät

Ordentliche Professuren

Anatomie	Pathologische Anatomie	Physiologie	Äußere Medizin (Spec. Pathologie und Therapie)	Äußere Medizin (Poliitnik)	Chirurgie
W. Hense 1875—1895 A. Froiep 1895 (daneben Verbrauchtrag an Prof. Seidenham)	P. Baumgarten 1889	P. Gröuner 1884	E. Liebermeister 1871—1901 L. Krehl 1902—1904 E. Romberg 1904—1912 O. Müller 1912	Th. Jürgensen. (f. Pharmakologie) 1873—1907 (seither außerordentliche Professur [f. unten])	P. Bruns 1882—1910 G. Verthes 1910

Geburtskräfte und Gynäkologie	Gemüts- und Nerven- krankheiten	Augenheilkunde	Pharmakologie	Hygiene
J. Säringer 1868—1897 A. Döberlein 1897—1907 H. Seelheim 1907	E. Siemerling 1893—1901 R. Wollenberg 1901—1906 R. Gaupp 1906	A. Nagel 1864—1895 (Ordinariat seit 1874) G. Schleich 1895	Th. Jürgensen 1873—1907 (verbunden mit der medi- zinischen Poliklinik; f. dort) R. Jacoby 1908	R. Wolf 1906 (Ordinariat neu geschaffen)

Außerordentliche Professuren

Poliklinik	Ohren- und Kehlkopf- krankheiten	Schäufkrankheiten	Zahnheilkunde	Allg. Therapie u. Geschichte der Medizin	Gerichtliche Medizin
O. Müller 1907—1912 E. Naegeli 1912	G. J. Wagenhäuser 1889—1914 W. Albrecht 1914	P. Linser 1911 (Professur neu gegründet)	H. R. Pedert 1909 (Professur neu gegründet)	H. Vierordt 1888	O. Oesterlen 1877—1908 (Seit 1908 Verbrauchtrag an Oberamtsarzt Dr. Stoll)

A. Philosophie, Geschichte, Geographie, Kunstgeschichte, Pädagogik

Philosophie			Geschichte			Geographie	Kunstgeschichte	Pädagogik
I.	II.	außerord. Professur	I.	II.	III.			
Ehr. Eigt- wart 1863–1903	E. Pfei- ber 1877–1902	H. Spitta 1887	B. Kugler (für Geschichte, militär. Ge- schichte, alte Geschichte) 1867–1898 (ord. Prof. 1868)	D. Schäfer (mittellateinische und neue Ge- schichte) 1888–1896	E. Ror- mann (alte Geschichte) (1902 beauftragt, 1903 außer- ordentl. Pro- fessur neu geschaffen)	außerord. Prof. für einen topo- graph. Historiker	R. Rößlin (für Mittelalt. u. Kunstgeschichte, seit 1863 ord. Prof.)	Pädagogik (außerordentl. Professur)
E. Altdies 1904	H. Maier 1902–1911		L. von Heineemann 1898–1901 (mittellatein. Geschichte)	M. Busch 1896–1910 (neue Ge- schichte)			R. Hettner 1897–1899 (außerordentl. Prof., neu ge- gründet)	R. Deuchler 1910 (Daneben Lehr- auftrag für Gymnasial- pädagogik an Gymnasialprof. Dr. Ritter)
	R. Gross 1911		E. von Below 1901–1905 (mittellatein. Geschichte)				R. Lange 1894 (für Kunstge- schichte)	
			M. Sch 1905–1913 (ebenfalls)	A. Wahl 1910 (neue Ge- schichte)	H. Günter 1902 (vorher seit 1898 Lehrbeauftragt)		R. Sapper 1902–1916 seit 1907 ord. Prof.	
			H. Haller 1913 (ebenfalls)				R. Uhlig 1910 (Daneben multimedial. u. Vorlesungen v. F. Wolbach, Universitäts- musikdirektor)	

B. Philologie

Sanctus	Semitische Sprache		Klassische Philologie			Deutsche Sprache	Französische Sprache	Engl. Sprache
	ursprünglich ord., vorübergehend außerord. Professur		I.	II.	III.			
R. Roth 1845–1895 (1848 außerord. Prof., 1856 ord. Prof.)	1890–1893 beauftragt von Gymnasialprofessor Dr. E. Reisle	O. Crusius 1886–1898	E. Herodot 1862–1902	L. Schwabe 1872–1908	M. Schmid 1897–1898 (Prof. 1897 ge- gründet)	H. Fischer 1888 (Das früher vor- handene Extra- ordinariat ist an die naturwissen- schaftl. Fakultät übergegangen; f. Physik. Ein- sprachwissen- schaftl. Kurs ist an Prof. R. Boh- nenberger, Bi- bliothekar, seit 1896 übertragen)	L. Holland 1863–1891 (außerord. Prof.) J. Türzinger 1892 (außerord. Prof.) E. Breckhoff 1892–1910 (ord. Prof. 1903) J. Sadas 1910 Daneben Lektorat: G. Pfau (tit. außerord. Prof.) 1878, für italienische Sprache 1893	W. Franke seit 1896 (1903 etatmäß. außerord. Prof.) 1906 ord. Prof.) (Seit 1913 da- neben ein Lek- tor in der Dienststellung eines Assisten- ten, seit Aus- bruch des Kriegs Stelle unbesetzt)
R. Garbe 1895	Ehr. Seyboldt 1893 (1893 beauftragt, 1897 außerord. Prof., 1901 ord. Prof.)	M. Schmidt 1898	G. Sander- mann 1902	F. Noack 1908–1916 E. Mahinger 1916	R. Herodot 1903–1909 A. von Meh 1909–1916 O. Wein- reich 1916			

Staatswissenschaftliche Fakultät

Staatsrecht, Völkerecht, Einführung in die Rechts- und Staatswissenschaft	Staatsrecht, Verwaltungsrecht, Kirchenrecht		Vollständigschäftslehre		Forstwissenschaft		Statistik (außerord. Prof.)
	I.	II.	I.	II.	I.	II.	
F. von Martitz 1875-1898	R. Schoma 1908-1911	R. Gollp 1874-1905	G. Schönborg 1872-1908	G. Neumann 1876-1907	G. Lorey 1881-1901	F. Graner 1887-1896	1908 Lehrauftrag von Oberfinanzrat Dr. H. Löffel
G. Ansfüh 1898-1900	F. Marschall 1911-1915	F. Fleiner 1906-1908	R. Wilbrandt 1908	G. Fuchs 1908	G. Wagner 1902	H. Bühler 1896	L. Stephinger 1912
H. Triepel 1900-1908	R. Biberstein 1915	R. Sartorius 1908					

Besetzung ist das von J. Leemann 1891-1905 beklebte Ordinariat für Landwirtschaftslehre

Naturwissenschaftliche Fakultät

Ordentliche Professuren

Mathematik		Physik	Chemie		Geologie und Mineralogie	Botanik	Zoologie
I.	II.		I.	II.			
A. Brill 1884	E. Stahl 1885-1909	F. Braun 1884-1895	L. Meyer 1876-1895	E. G. Hüfner 1872-1908	B. Branco 1890-1895	H. Böckling 1887	E. Eimer 1875-1898
	L. Maurer 1909	A. Oberbed 1895-1900	H. v. Wechmann 1895-1902	H. Schierfelder 1908	E. Rosen 1895-1912		F. Blochmann 1898
		F. Paschen 1900	W. Wislicenus 1902		H. Pompeckj 1913 (1913 Gründung einer mineralogischen außerord. Prof. f. u.)		

Außerordentliche Professuren

Mathematik	Physik *	Chemie I (medizinische u. pharmaz. Chemie)		Chemie II	Botanik (mit Forstbotanik und Pharmatognose)	Mineralogie
		I.	II.			
O. Schöber 1889-1896	E. Waiß (1894-1911 für theoretische Physik und Astronomie)	R. Seubert 1893-1896	H. Paul 1898-1902	R. Bülow 1901	F. Hegelmaier 1894-1905	R. Naden 1914
L. Maurer 1897-1909						
	Edgar Meyer 1912-1916 (für theoretische Physik)	G. Buchner 1896-1898	R. Weinland 1902	(Prof. gegründet)	H. Winkler 1906-1912	(Professur 1913 gegründet)
R. König 1914					G. Lehmann 1912	

*) Für Astronomie Lehrauftrag an Privatdozent Prof. Rosenberger

Technische Hochschule Stuttgart

Von Staatsrat Professor Dr. von Bach

Die Technische Hochschule Stuttgart nahm, wie andere ihrer Schwesteranstalten, den Anfang als Gewerbeschule.

Unter der Regierung König Wilhelms I. wurden im Jahre 1825 die ersten Beratungen über Errichtung eines Polytechnischen Institutes in Württemberg gepflogen, dessen Zweck die wissenschaftliche Vorbildung für die Gewerbe im weiteren Sinne des Wortes sein sollte. Man dachte dabei an eine Schule für Fabrikanten, Kaufleute, Apotheker, Berg- und Hüttenmänner, Baumeister usw.; auch der Unterricht für die militärische Technik werde sich vielleicht einreihen lassen. Überdies werde die Anstalt den künftigen Reallehrern eine geeignete Vorbildung geben können. Diese Gedanken deuten darauf hin, daß der Entwicklung der zu errichtenden Schule möglichst freie Bahn gelassen werden sollte. Am 22. März 1829 richteten die Minister des Innern und des Kirchen- und Schulwesens eine Denkschrift über die Einrichtung der künftigen Gewerbeschule an den König. Die Grundlage derselben sollte die im Jahre 1818 durch Abtrennung einer Anzahl Klassen vom Gymnasium gebildete Realschule sein. Zu den sieben Klassen dieser Anstalt sollte eine achte mit zwei neuen Lehrstellen hinzugefügt werden mit den Hauptfächern: angewandte Mathematik und technische Chemie sowie mit Nebenfächern, wie Buchführung, Kunstgeschichte usw. „Es soll,“ heißt es in der vorgenannten Schrift, „mehr auf eine recht solide Grundlage für die technische Bildung im allgemeinen, als auf die einseitige, wenn auch vollständigere Ausbildung für einzelne Gewerbezwecke Bedacht genommen werden, dabei aber die Möglichkeit, ja sogar Wahrscheinlichkeit einer baldigen Erweiterung der Anstalt zu einem wahren polytechnischen Institut nie außer Augen gesetzt werden.“ Dieser Satz bekundet eine weitblickende Voraussicht und kennzeichnet die Sorgfalt, mit welcher man damals an die ganze Frage herangetreten ist.

Nachdem diesen Grundzügen durch Königliche Entschliebung vom 27. März 1829 die Genehmigung erteilt worden war, wurde die mit der Realschule vereinigte Gewerbeschule im Oktober 1829 in dem in der Königstraße dem Marstalle gegenüber gelegenen Gebäude eröffnet. Sie war dem Kgl. Studienrat unterstellt und erhielt als unmittelbare Aufsichtsbehörde den aus dem Rektor der Realschule, mehreren Lehrern und einigen Mitgliedern des landwirtschaftlichen Vereins sowie des Handels- und Gewerbevereins bestehenden Schulrat. Der Unterricht wurde am 26. Oktober

1829 mit 24 Schülern eröffnet. Im Jahre 1832 wurde die Gewerbeschule mit 3 Klassen versehen und selbständig gemacht. In den folgenden Jahren zeigte sich das Bedürfnis der Einführung neuer Unterrichtszweige sowie der Errichtung eines vierten Kurses; die Zahl der Schüler stieg bedeutend. Am 2. Januar 1840 erhielt die Anstalt den Namen Polytechnische Schule. Der erste der vier Jahreskurse war vorbereitend und umfaßte folgende Pflichtfächer: Arithmetik, Geometrie, Trigonometrie, Freihandzeichnen, Deutsch, Französisch, Englisch, Geographie, Geschichte und Religion. In den oberen drei Kursen erstreckte sich der Unterricht auf: Trigonometrie, analytische und darstellende Geometrie, Mechanik, Naturgeschichte, Chemie und Physik sowie auf die technischen Fächer: Baukonstruktionen, Baukunde, Maschinenkunde, Straßen-, Brücken- und Wasserbau. Unterschieden wurden vier Berufsarten der ordentlichen Schüler: die mechanisch-technische, die chemisch-technische, die kaufmännische und das Lehramt. Neben sechs wissenschaftlich und zwei künstlerisch ausgebildeten Lehrern waren noch mehrere Fach- und Hilfslehrer tätig.

Im Jahre 1845 wurde der erste Kurs aufgehoben und dafür an der Realschule in Stuttgart eine weitere Klasse mit zwei Abteilungen eingerichtet. Den verbleibenden drei Klassen wurden sodann noch zwei höhere angefügt. Um diese Zeit wirkten 8 Hauptlehrer an der Schule, und zwar 3 für Architektur, 2 für Mathematik und je einer für Physik, Chemie und Naturgeschichte. Diese Zusammensetzung des Lehrkörpers zeigt deutlich, daß sich bis dahin die Entwicklung der Schule vorzugsweise in der Richtung des Hochbausfaches vollzogen hatte. Im Jahre 1849 kam noch je ein Hauptlehrer für Maschinenbau und für Bauingenieurwissenschaften hinzu. 1854 wurde ein neues Laboratorium für Chemie gebaut.

Durch die am 16. April 1862 von König Wilhelm I. genehmigten „organischen Bestimmungen für die Polytechnische Schule“ bekam diese eine Einrichtung derart, daß unterschieden wurde: eine untere mathematische Abteilung mit 2 Klassen, und eine obere technische Abteilung mit den 4 Fachschulen für Architektur, Ingenieurwesen, Maschinenbau und chemische Technik, für welche eine Studienzeit von 3 Jahren vorgesehen war. Die mathematische Abteilung, mit welcher bis 1869 eine besondere Handelsklasse verbunden war, erhielt einen ständigen Rektor, während an die Spitze der gesamten, nunmehr dem Königlichen Kultministerium unmittelbar unterstellten Schule ein jährlich zu wählender Direktor trat. Auf Grund einer Aufnahmeprüfung fand im Alter von 16 Jahren der Eintritt in die mathematische Abteilung statt; nach zweijähriger Schulzeit konnte die technische Reifeprüfung gemacht werden. Die normale Ausbildung an der Polytechnischen Schule, 5 Jahre erfordernd, konnte somit im Alter von 21 Jahren vollendet sein. Die Zahl der Hauptlehrer betrug damals 20, diejenige der übrigen Lehrer 24.

1864 konnte der nach den Plänen eines früheren Schülers der Anstalt, des späteren Hofbaudirektors von Egle, in der Alleenstraße errichtete stattliche Neubau bezogen werden.

Der Stand der Polytechnischen Schule zu Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts mit einem aus 22 Hauptlehrern, 14 Fach- und Hilfslehrern, 4 Repetenten, 7 Assistenten und 15 Privatdozenten bestehenden Lehrkörper bei rund 500 Schülern und Studierenden (im Durchschnitt aus Winter- und Sommersemester) war an sich sowie im Vergleich mit den übrigen polytechnischen Schulen Deutschlands ein recht guter. An der mathematischen Abteilung lehrten: Baur, Gugler, Schoder, Zech usw. Die Architekturfachschule mit Leins als Senior blühte, die Ingenieurfachschule hatte mit der Berufung Mohrs aus der Praxis einen glücklichen Griff getan, an der Fachschule für Maschinenbau wirkte Rantelwitz und an derjenigen für chemische Technik Fehling. Für allgemein bildende Fächer war eine verhältnismäßig große Zahl von Männern tätig; es genügt, die Namen Vischer und Lübke zu nennen. Diese hielten ihre Vorlesungen in der Aula, die namentlich bei Vischer, trotz der Abendstunden, die er wählen mußte, ganz gefüllt zu sein pflegte; selbst der Lehrkörper stellte eine erhebliche Zahl Zuhörer.

Durch Ministerialverordnung vom 18. Juli 1870 erhielt die technische Abteilung zwei neue Fachschulen: die eine für mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer, die andere für allgemein bildende Fächer. Gleichzeitig wurde bestimmt, daß sich jede Fachschule ihren Vorstand selbst zu wählen hat, während das bisher durch den Lehrerkonvent geschehen war.

Hieran schloß sich 1871 die in der eben erwähnten Ministerialverordnung bereits vorgesehene Einführung der Diplomprüfungen an den Fachschulen für Architektur, Ingenieurwesen und Maschinenbau, durch welche den ordentlichen Studierenden Gelegenheit gegeben wurde, sich am Schlusse ihrer Studienzeit über die erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten auszuweisen.

Am 1. Oktober 1876 traten die von König Karl am 18. August dieses Jahres genehmigten neuen „Organischen Bestimmungen“ in Kraft, durch welche die Polytechnische Schule die amtliche Bezeichnung „Polytechnikum“ und den Charakter einer „Technischen Hochschule“ erhielt. Die untere mathematische Abteilung war damit aufgehoben; das Polytechnikum gliederte sich in die sechs bereits genannten Fachschulen. Die Aufnahme als ordentlicher Studierender wurde an den Besitz des Reisezeugnisses geknüpft; nur bei den Pharmazeuten wurde, wie auch an den Universitäten, eine Ausnahme gemacht: „Pharmazeuten werden an der Fachschule für chemische Technik als ordentliche Studierende auch dann ohne Reisezeugnis aufgenommen, wenn sie über die erlangte wissenschaftliche Qualifikation zum einjährig-freiwilligen Militärdienst und über vierjährige Dienstzeit in einer Apotheke sich ausweisen.“

Hiermit war die äußerliche Entwicklung der Schule zur Hochschule vorläufig abgeschlossen, bis auf das Promotionsrecht, das ihr noch fehlte, und auf dessen Erteilung sie noch nahezu ein Vierteljahrhundert warten mußte, worunter insbesondere die Fachschule für chemische Technik zu leiden hatte. Die Bemühungen waren bei dieser Sachlage in der folgenden Zeit der Entwicklung im Innern zu widmen, sie waren zu richten auf zeitgemäße Ausgestaltung und Behandlung der Unterrichtsgegenstände, Erweiterung derselben, Vermehrung der Lehrkräfte usw.

1879 beging das Polytechnikum die Feier des 50jährigen Bestehens und die Einweihung des neuen Flügelanbaues in der Seestraße, ausgeführt nach den Plänen von Baudirektor von Tritschler. Einen sehr lehrreichen und anziehenden Teil dieser Doppelfeier bildete die Ausstellung von Arbeiten früherer und jetziger Studierenden. In bleibender Weise gelangte dabei die Dankbarkeit früherer Studierenden durch Errichtung einer Stipendienstiftung in der Höhe von rund 60 000 M zum Ausdruck.

Die 1869 an der Architekturfachschule für den kunstgewerblichen Unterricht gebildete Unterabteilung wurde 1881 als Kunstgewerbeschule unter einen eigenen Vorstand gestellt, 1886 ganz vom Polytechnikum getrennt und zu einer selbständigen Anstalt erhoben.

Während für die Architekten und für die Ingenieure des Straßen-, Wasser- und Eisenbahnbaues schon seit längerer Zeit Staatsprüfungen in Württemberg bestanden hatten, waren solche für Maschineningenieure nicht vorhanden. Die 1879 in dieser Hinsicht begonnenen Beratungen hatten 1883 die Einführung derartiger Prüfungen zur Folge. Die durch Rgl. Verordnung vom 20. Mai 1883 erlassenen Vorschriften machten die Anstellung im Staatsdienste als Maschineningenieur von der Erstehung einer mathematisch-naturwissenschaftlichen Vorprüfung und zweier Hauptprüfungen abhängig. Die Vorprüfung konnte nach einem Studium von 2 Semestern, die erste Hauptprüfung nach einem solchen von 7 Semestern an der Hochschule abgelegt werden. Dabei wurde erstmals „eine mindestens einjährige Werkstatttätigkeit“ als Zulassungsbedingung zur ersten Hauptprüfung verlangt. Die gleiche Bedingung fand auch in die Vorschriften für die Maschineningenieur-Diplomprüfung der Technischen Hochschule Aufnahme. Bei Neuregelung der Staatsprüfungen im Baufach in Preußen 1886 wurde nach dem Vorgange Württembergs ebenfalls die Forderung einer einjährigen Werkstatttätigkeit aufgestellt. Sachsen folgte 1888 usw. Diese Vorschrift, durch welche diejenigen Abiturienten, die sich dem Maschineningenieurwesen widmen wollen, veranlaßt sind, mindestens ein Jahr in Werkstätten als Arbeiter tätig zu sein, hat sich als außerordentlich wohlthätig erwiesen. Sie gelangte auch in den Aufnahmebestimmungen der Technischen Hochschule zum Ausdruck und ist der Hauptgrund, weshalb die Ausländerfrage an der Technischen Hochschule in Stuttgart auch ohne den Erlaß beschränkender

Bestimmungen niemals eine Rolle gespielt hat. Die meisten Ausländer haben eben keine Neigung, längere Zeit als Arbeiter tätig zu sein. Bei der Bedeutung, die dieser Vorschrift nach verschiedenen Richtungen hin — namentlich auch in staatsbürgerlicher und in allgemein menschlicher Hinsicht — zukommt, seien noch die Richtlinien angegeben, die für die praktische Tätigkeit gelten:

„Die geforderte Werkstatttätigkeit soll den zukünftigen Ingenieur als Arbeiter ohne Sonderstellung mit den Werkstattarbeiten und der industriellen Produktion durch eigene Anschauung und eigene Mitarbeit bekannt machen, sowie ihm unter diesen Verhältnissen Gelegenheit bieten, die Arbeiter durch unmittelbaren Verkehr richtig beurteilen, behandeln und in ihrer Denkweise verstehen zu lernen.

Die Ausbildung hat in Werkstätten technischer Betriebe zu erfolgen. Lehrwerkstätten, die außerhalb der industriellen Produktion stehen oder in denen hauptsächlich nur Lehrlinge von Meistern unterrichtet, aber keine Arbeiter gewerblich beschäftigt werden, eignen sich nicht zu dieser Ausbildung.

Die Werkstatttätigkeit soll, sofern es sich um eine nur zwölfmonatige handelt, in der Regel eine zusammenhängende, nicht unterbrochene sein.“

Der Mangel von Einrichtungen zur Prüfung und Untersuchung des Verhaltens der Konstruktionsmaterialien war bereits in den siebziger Jahren von den Angehörigen der Hochschule empfindlich gefühlt worden. Wiederholt hatten Verhandlungen hierüber stattgefunden, ohne daß es jedoch gelungen war, das vorliegende Bedürfnis auf dem normalen Wege, d. h. durch Errichtung einer Materialprüfungsanstalt aus Staatsmitteln, der Befriedigung zuzuführen. Erst im Jahre 1882 gelang es, aus den Überschüssen der Landesgewerbeausstellung 1881 einen Betrag von 10 000 *M* zu erhalten für die Errichtung einer solchen Anstalt an der Hochschule. Durch einen Zuschuß von 6000 *M* vom kgl. Finanzministerium wurden die Gelder auf diejenige Höhe gebracht, welche nach dem auf das Notwendigste beschränkten Plan die Kosten der ersten Einrichtung zu decken imstande war. Am 24. Februar 1884 konnte die in den Wirkungskreis der Fachschule für Maschineningenieurwesen gehörige Anstalt dem öffentlichen Betriebe zur Benutzung durch die Industrie übergeben werden. Überdies war sie für den Unterricht nutzbar zu machen durch Untersuchungen und Übungen auf dem Gebiete der Elastizitäts- und Festigkeitslehre, soweit das bei der Einfachheit der ursprünglichen Einrichtung möglich wurde.

Zu Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hatte die Elektrotechnik ihren Lauf ausgeprägt in Deutschland begonnen. Infolgedessen wurde im Sommer 1882 ein besonderer Unterricht auf diesem Gebiete eingeführt. Schon im nächsten Jahre folgte die Schaffung einer ordentlichen Professur für dieses Fach, der ersten in Deutschland, sowie die Errichtung eines — allerdings zunächst recht einfachen — elektrotechnischen Laboratoriums. Materialprüfung und Elektrotechnik hatten sich in den einzigen für ihre Zwecke zur Verfügung stehenden Raum von rund 80 qm Grundfläche

im Kellergeschoß der Hochschule zu teilen und sich in ihm einzurichten. Es war ein überaus bescheidener Anfang für beide Institute, über deren weitere Entwicklung später zu berichten sein wird.

Die Fachschule für allgemein bildende Fächer wurde 1884 durch die Einrichtung eines besonderen, anfangs einjährigen, später zweijährigen Studiencurses für die Kandidaten des höheren Eisenbahn-, Post- und Telegraphendienstes erweitert. Dieser Kurs erstreckte sich namentlich auf Volkswirtschaftslehre, Rechts- und Finanzwissenschaft, Post-, Eisenbahn- und Telegraphenkunde, Physik, Elektrotechnik, insbesondere Telegraphietechnik. Infolge veränderter Organisation ging diese Einrichtung 1899 ein; damit fielen auch Vorlesungen fort, die an einer Technischen Hochschule nicht fehlen sollten.

In der Fachschule für Maschineningenieurwesen wurde der Mangel an Laboratoriumseinrichtungen für Maschineningenieure stark empfunden. Da keine Aussicht bestand, daß Geldmittel durch eine außerordentliche Bewilligung beschafft werden konnten, und da das Weiterbestehen des bisherigen Zustandes nicht mehr verantwortet werden konnte, so beschloß der Lehrer für Dampfmaschinen, das zu tun, was möglich war, und begann 1880 mit dem Ankauf eines Dampfzylinders, dessen Kosten in der Höhe von 1440 M in den Etatsjahren 1880/81 und 1881/82 bezahlt wurden. Bis zum Etatsjahr 1885/86 war es unter Beschränkung auf den verfügbaren Lehrmittelfonds endlich möglich geworden, die übrigen zu einer einzylindrigen Dampfmaschine gehörigen Teile, d. h. unter Zurückgabe des Dampfzylinders, eine ganze Dampfmaschine zu erwerben, so daß nun an die Beschaffung des Raumes gegangen werden konnte. Das Ergebnis war nach längeren Bemühungen die Bewilligung der Mittel seitens des kgl. Finanzministeriums zur Erweiterung des vorhandenen Kesselhauses der Zentralheizungsanlage der Technischen Hochschule. 1886 war die Dampfmaschine aufgestellt. Zum Betriebe wurden zunächst die beiden Dampfkessel zur Zentralheizungsanlage benutzt. Damit konnte nun die Unterweisung der Studierenden in der Untersuchung von Dampfmaschinen und von Dampfkesseln innerhalb der Hochschule ihren Anfang nehmen. Der Keim für die anzustrebende Errichtung eines Ingenieurlaboratoriums war damit gelegt. Ebenso wie der Anfang war auch der spätere Weg bis zu dieser Errichtung ein außerordentlich mühsamer; ein solch magerer Boden kann sich trotz der auf der Hand liegenden Nachteile im Endergebnis doch insofern als recht nützlich erweisen, als fortgesetzt gesucht werden muß, mit den gegebenen beschränkten Mitteln das gesteckte Ziel zu erreichen. Damit pflegt auch eine Vertiefung verknüpft zu sein. Allerdings wird dabei vorausgesetzt, daß die zur Erreichung des Zieles unter solchen Verhältnissen erforderliche große Arbeitskraft vorhanden ist.

1885 wurde eine neue Ordnung für die Habilitation für die Privatdozenten veröffentlicht.

1886 wurden die Diplomprüfungen an der Maschineningenieurfachschule mit den Bestimmungen für die erste Staatsprüfung in vollkommene Über-

einstimmung gebracht und den Studierenden der Elektrotechnik die Möglichkeit zur Erwerbung eines Diploms in diesem Fache geboten.

In dem gleichen Jahre wurde verfügt, daß jeder neu eintretende Lehrer eine öffentliche Antrittsvorlesung zu halten habe.

Am 25. Februar 1890 verlieh König Karl dem Polytechnikum die ihm nach den organischen Bestimmungen zukommende Bezeichnung „Kgl. Technische Hochschule“. Im Zusammenhang damit erfolgte bald nachher der Ersatz der bis dahin üblichen Benennung „Fachschule“ durch „Abteilung“.

Vom 1. Oktober 1890 an versicherte die Hochschule auf Antrag des Vorstandes der Materialprüfungsanstalt und des Ingenieurlaboratoriums die Studierenden, die sich bei den Übungen in der Materialprüfungsanstalt und dem Elektrotechnischen Institut, bei Untersuchungen und Besichtigung von Maschinen, auf Exkursionen und beim Besuch von elektrotechnischen Anlagen beteiligen, gegen die hierbei etwa eintretenden Unfälle. Die Technische Hochschule Stuttgart, welche diesen Schritt im Hinblick auf die reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Unfallversicherung tat, ging mit ihm den übrigen Hochschulen des Reichs voran.

Das Studienjahr 1890/91 brachte eine neue Organisation des chemischen Unterrichts und der beiden chemischen Laboratorien.

Im Jahre 1892 erschienen neue Bestimmungen über die Staatsprüfungen im Baufach, durch welche auch für das Hochbaufach eine mathematisch-naturwissenschaftliche Vorprüfung, ähnlich der für das Bau- und Maschineningenieurfach schon länger bestehenden, eingeführt wurde.

Im letzten Vierteljahrhundert trat ein ganz bestimmtes Bedürfnis in den Vordergrund, das man zwar schon früher empfunden hatte, das aber doch erst in dieser Zeit innerhalb der Technischen Hochschule so stark wurde, daß sich seine Befriedigung durchsetzte. Das war das Bedürfnis der Pflege des Versuchs auf den Gebieten des Maschinen- und Bauingenieurwesens, und damit zusammenhängend das Bedürfnis, die Studierenden dieser Fächer in der Durchführung von Versuchen zu unterweisen und ihnen so die nötige Vertiefung hinsichtlich ihres Wissens und Könnens zu gewähren. Der bis dahin beschrittene Weg, mit Studierenden Versuche an Maschinen und Kesseln industrieller Anlagen vorzunehmen, war naturgemäß in der Regel nur in ganz beschränktem Maße gangbar und meist auch dann noch mit Schwierigkeiten und Bedenken, namentlich in Hinsicht auf Gefährdung der ungeübten Studierenden, behaftet. In ausgedehntem Maße war dieser Weg beschritten worden mit den Übungen im Heizen von Dampfkesseln, zu denen die Zuckerfabrik Stuttgart in der Zeit von 1892—1905 fünf ihrer Dampfkessel von je 80 qm Heizfläche zur Verfügung stellte, derart, daß an jedem Kessel ein Studierender 3 Tage lang unter Anleitung eines Lehrheizers die Feuerung von 2 qm Rostfläche zu bedienen hatte.

Für die jüngere Generation ist es heute kaum verständlich, daß der Ingenieur Jahrzehnte hindurch auf dem Wege der Verstandestätigkeit das zu ergründen suchen mußte, was man heute als nur durch den Versuch feststellbar ansieht. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Versuchsanstalten auf den bezeichneten Gebieten an den Technischen Hochschulen war eben — wenigstens im allgemeinen — noch nicht tief genug in die Kreise eingedrungen, in deren Händen die Entscheidung lag; schließlich waren wir zu jener Zeit in Deutschland auch noch nicht wohlhabend genug, um leichten Herzens große Summen für Versuchsanstalten und für Versuche auszugeben. Daß sich diese Ausgaben sehr bald und sehr reichlich bezahlt zu machen pflegen, wurde erst später erkannt. Heute weiß beinahe jedermann, was wir dem Umstande verdanken, daß sich die deutsche Industrie auf wissenschaftlicher Grundlage aufgebaut hat, und daß auf dieser Grundlage ihre Gesundheit und ihre Widerstandsfähigkeit beruht.

Dem Gesagten entsprechend ist es nun auch die Befriedigung des Bedürfnisses nach der Pflege des Versuchs durch Lehrer und Studierende, welche die Entwicklung der Technischen Hochschule Stuttgart im letzten Vierteljahrhundert besonders kennzeichnet.

So wurde in der Zeit von 1893—1895 der Doppelbau für das elektrotechnische Institut und für ein zweites chemisches Laboratorium errichtet sowie jede der beiden Forschungs- und Arbeitsstätten mit denjenigen Einrichtungen versehen, welche die Fortschritte der Wissenschaft und Technik verlangen. Über den sehr bescheidenen Anfang eines elektrotechnischen Laboratoriums im Jahr 1883/84 ist oben berichtet worden; es konnte bis zur Errichtung dieses Neubaus ebensowenig den zu stellenden Anforderungen gerecht werden, wie das bis dahin im Kellergeschoß des Hauptgebäudes untergebrachte zweite chemische Laboratorium.

1898—1900 folgte die Errichtung des Ingenieurlaboratoriums in Berg, zu dem die Anfänge, wie oben bereits dargelegt, bis in das Jahr 1880 zurückreichen, und das die Einrichtungen zur Untersuchung von Kraft- und Arbeitsmaschinen, zu Versuchen auf dem Gebiete der Hydraulik, insbesondere zur Untersuchung von Kolbenpumpen erhielt; auch für Versuche mit Getrieben war Vorsorge getroffen. Der Energieträger „Dampf“ — sowohl in gesättigtem als überhitztem Zustande — hatte dabei in erster Linie zu stehen. Das Institut hat Unterrichts- sowie Forschungsstätte für die Hochschule und außerdem ein Laboratorium zu sein, das auf Antrag von auswärts — von Behörden, Industriellen usw. — Untersuchungen auf den in seinen Wirkungskreis fallenden Gebieten ausführt. Eine Verwendung, an die bei seiner Errichtung nicht gedacht worden war, hat das Institut im Kriege erfahren; über hundert Verwundete konnten in seinem Hörsaal und in der luftigen Maschinenhalle untergebracht werden. (Vgl. „Schwäbischer Merkur“, Abendblatt vom 5. Dezember 1914.)

Inzwischen war die Zahl der Studierenden (Wintersemester 1879/80 447 Studierende, 1889/90 285 Studierende, 1899/1900 787 Studierende), namentlich derjenigen des Maschineningenieurwesens einschließlich der Elektrotechnik (Wintersemester 1879/80 33 Studierende, 1889/90 79 Studierende, 1899/1900 295 Studierende), in solchem Maße gestiegen, daß die Hör- und Übungssäle des Hauptgebäudes nicht mehr ausreichten; infolgedessen eine Erweiterung des letzteren nötig wurde, die 1900/01 durch den Flügelanbau in der Replerstraße unter Leitung von Oberbaurat Gebhardt erfolgte.

1901 nahm ein zweiter ordentlicher Professor für Elektrotechnik seine Tätigkeit auf.

1904—1906 wurde für die Materialprüfungsanstalt in Berg hinter dem Ingenieurlaboratorium ein Neubau errichtet, um den Bedürfnissen zu genügen, die in stark wachsendem Maße an die Anstalt herantraten. Sie war, den Fortschritten entsprechend, mit den Einrichtungen zu versehen, welche die Prüfung von Konstruktionsmaterialien, die Untersuchungen auf dem Gebiete der Elastizitäts- und Festigkeitslehre, sowie der in diesen Richtungen zu erteilende Unterricht verlangten. Die Anstalt ist — wie das Ingenieurlaboratorium — Unterrichts- und Forschungsstätte für die Hochschule und außerdem ein Laboratorium, das auf Antrag von außen Untersuchungen auf den in seinen Wirkungskreis fallenden Gebieten ausführt. Solche Untersuchungen, die sich erstrecken auf Metalle, Hölzer, Steine, Zement, Beton, Eisenbeton usw. sowie auf Konstruktionsteile und ganze Konstruktionen, sind ein dringendes und in fortgesetzt wachsendem Maße sich einstellendes Bedürfnis für die Behörden, für weite Kreise der Industrie und für die Landwirtschaft; infolgedessen die Zahl der in der Anstalt tätigen Arbeitskräfte (Ingenieure, Techniker und Arbeiter) sich bis zum Ausbruch des Krieges auf 37 gesteigert hatte. Seit Ausbruch des Krieges arbeitet die Anstalt mit den ihr verbliebenen Kräften in stark angestrengtem Maße auch für militärische Zwecke. Zu den eigentlichen Prüfungsarbeiten hat sich bald nach Beginn des Krieges noch eine an Umfang stetig zunehmende Beratung der Antragsteller gesellt: zu einem Teile die Folge der Absperrung vom Auslande, also die Folge der Notwendigkeit, andere Materialien und andere Konstruktionen zu verwenden als bisher, zu einem anderen Teile die Folge des Umstandes, daß für die Heereslieferungen eine große Zahl von Werkstätten herangezogen werden mußte, die vorher auf ganz anderen Gebieten tätig gewesen waren und denen daher für die Herstellung der von den Militärbehörden verlangten Gegenstände zunächst die Erfahrungen fehlten, welche erforderlich sind, um den scharfen Abnahmebestimmungen zu entsprechen, welche von der Heeresverwaltung zu stellen sind.

1907—1909 wurde der Neubau für das physikalische Institut, das bisher im Hauptgebäude der Hochschule untergebracht und daselbst außerstande war, den Anforderungen der Jetztzeit gerecht zu werden, errichtet und mit dem Beginn des Studienjahres 1909/10 in Betrieb genommen.

1910 wurde der Bau für das Bildhaueratelier fertiggestellt.

Mit der Entwicklung der Institute und mit der Notwendigkeit der Befriedigung der sonstigen Bedürfnisse ging die nötige Vermehrung der Lehrkräfte und des technischen Personals Hand in Hand.

Im Zusammenhang mit der fortschreitenden Erkenntnis und Würdigung des Versuchs steht die Errichtung gewisser Stiftungen an der Technischen Hochschule: der Adolf-von-Ernst-Stiftung (1907/08) mit 20 000 M Stiftungskapital, von den Erben übergeben zu dem Zweck, das von dem verstorbenen Professor Adolf von Ernst seinerzeit an der Hochschule vertretene Lehrgebiet, Hebezeuge, durch die Stellung von Preisaufgaben und Erteilung von Preisen zu fördern, und der Robert-Bosch-Stiftung (1910) mit einer Million Mark Stiftungskapital zu dem Zweck: Pflege und Förderung der physikalischen Grundlagen der ausführenden Technik, insbesondere des Maschineningenieurwesens, einschließlich der Elektrotechnik, sowie des Bauwesens, in erster Linie durch Forschung und sodann durch Unterricht. Beteiligt sind dabei das elektrotechnische Institut, das Ingenieurlaboratorium, das physikalische Institut und die Materialprüfungsanstalt. Von einem Industriellen des Landes wurden der Hochschule 1913 50 000 M zum Ausbau des chemischen Unterrichts überwiesen.

Die Bestrebungen des Grafen von Zeppelin, betreffend den Bau lenkbarer Luftschiffe, waren von Lehrern der Maschineningenieurabteilung seit 1892, also in einer Zeit, wo noch die Allgemeinheit und viele Fachleute das Ganze als Utopie ansahen, nach Möglichkeit gefördert worden; sie gehörten auch zu den 65 Männern und Firmen, welche die „Gesellschaft zur Förderung der Luftschiffahrt in Stuttgart, A.-G.“ errichteten, mit deren Mitteln das erste Zeppelinsche Luftschiff gebaut wurde. Graf von Zeppelin sagt in bezug hierauf in seinem Schreiben vom 11. November 1907 an den Rektor: „Die Anerkennung gerade von seiten dieser Hochschule, in welcher ich vor mehr als einem halben Jahrhundert die ersten Begriffe des technischen Wissens in mich aufnehmen durfte, und deren hervorragende Lehrer beim Beginn meines Tuns mit vollem Verständnis für meine Bestrebungen mir die förderndste Unterstützung gewährten, gereicht mir zu ganz besonderer Genugtuung und Freude.“ Dem entsprach es nur, daß die Technische Hochschule nach ausreichender Entwicklung der Luftschiffahrt und Flugtechnik Schritte tat, diese Gebiete und das damit im engen Zusammenhang stehende Gebiet der Kraftfahrzeuge unter die Lehrgegenstände aufzunehmen. Sie führten, nachdem es gelungen war, die Summe von 59 000 M von früheren Aktionären der genannten Gesellschaft zu sammeln, die dem kgl. Ministerium des Kirchen- und Schulwesens zur Einführung des Unterrichts für Luftschiffahrt, Flugtechnik und Kraftfahrzeuge zur Verfügung gestellt wurde, und nachdem heute kaum noch verständliche Widerstände überwunden worden waren, dazu, daß der bezeichnete Unterricht 1910 aufgenommen werden konnte.

Von ganz besonderer Bedeutung für die Technische Hochschule war das Jahr 1900, in dem dieser — wie ihren Schwesteranstalten im Reiche — durch Allerhöchste Entschliebung vom 22. Januar das Recht zur Erteilung des Grades eines Diplom-Ingenieurs und der Würde eines Doktor-Ingenieurs an den technischen Abteilungen verliehen wurde. Diese Verleihung erweist sich steigend wirksam in bezug auf die Pflege des Versuchs an den Technischen Hochschulen; ihr Einfluß auf Vertiefung des Arbeitens und Forschens ist nicht zu verkennen.

Die mit der Verleihung des Promotionsrechtes und durch andere Bedürfnisse nötig gewordenen Änderungen fanden ihren Abschluß in der von Seiner Majestät dem König Wilhelm II. am 26. September 1903 genehmigten Verfassung der Technischen Hochschule, die am 1. Oktober 1903 in Kraft getreten ist. Nach dieser Verfassung hat die Technische Hochschule den Zweck:

1. die wissenschaftliche und künstlerische Ausbildung zu gewähren
 - a) für die technischen Berufsarten und
 - b) für den Lehrberuf in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern;
2. die Wissenschaften und Künste zu pflegen, die zu ihren Gebieten gehören.

Das sind weitgehende Aufgaben, deren Würdigung sich nicht auf wenigen Seiten erledigen läßt. Greifen wir nur einen Teil derselben, nämlich den unter 1a bezeichneten, heraus, so hat die Technische Hochschule die Aufgabe, für die Technik, also insbesondere für die Industrie, die forschend, schöpferisch, leitend (führend) tätigen Persönlichkeiten wissenschaftlich auszubilden, also ihnen das Rüstzeug zu geben, welches die Wissenschaft für den späteren Lebensweg überhaupt zu bieten vermag. Dabei hat die Hochschule im Auge zu behalten, daß die von ihr auszubildenden jungen Männer später nicht bloß den Anforderungen zu genügen haben, die zur Zeit des Eintritts in das Berufsleben gestellt werden, sondern daß sie auch befähigt sein sollen, der Berufstätigkeit mit Erfolg obzuliegen, bis zum Rücktritt von dieser, d. h. Tüchtigkeit auf die Dauer von ungefähr vier Jahrzehnten. Diese Forderung schließt bei der Raschheit, mit welcher die Entwicklung heute stattfindet, außerordentlich große Ansprüche in sich sowohl gegenüber den Lehrern als auch gegenüber den Studierenden.

Durch das Verfassungsgesetz vom 16. Juli 1906 wurde der Technischen Hochschule das Recht verliehen, einen Vertreter in die Erste Kammer zu entsenden.

Am 29. Mai 1912 verlieh Seine Majestät der König dem Rektor das Recht, bei feierlichen Gelegenheiten als Amtszeichen eine goldene Kette zu

tragen; die Mittel zur Beschaffung der letzteren waren 1910/11 von einer Anzahl früherer Studierender gestiftet worden.

Die Technische Hochschule gliedert sich heute in die Abteilungen für:

1. Architektur,
2. Bauingenieurwesen,
3. Maschineningenieurwesen, einschließlich der Elektrotechnik,
4. Chemie, einschließlich des Hüttenwesens und der Pharmazie,
5. Mathematik und Naturwissenschaften,
6. Allgemein bildende Fächer.

Bei Ausbruch des Krieges waren an ihr tätig: 32 ordentliche und 3 außerordentliche Professoren, 26 Hilfslehrer, 23 Assistenten, 6 weitere Hilfskräfte und 12 Privatdozenten.

Die Zahl der Studierenden im Wintersemester 1913/14, dem letzten vor dem Kriege, betrug in der Abteilung für

Architektur	183 = 22,6 %
Bauingenieurwesen	200 = 24,7 %
Maschineningenieurwesen, einschließlich der Elektro- technik	235 = 29,0 %
Chemie, einschließlich des Hüttenwesens und der Pharmazie	135 = 16,7 %
Mathematik und Naturwissenschaften	55 = 6,8 %
Allgemein bildende Fächer	2 = 0,2 %
	<hr/> 810 = 100,0 %
Hierzu Hospitanten	575
Zuhörerzahl	<hr/> 1385

Weibliche Studierende waren vorhanden in der Abteilung für Chemie 2, in derjenigen für Mathematik und Naturwissenschaften 6, zusammen 8, d. i. 1 % der Gesamtzahl der Studierenden.

Der Staatszuschuß, d. h. der Aufwand des Staats nach Abzug der eigenen Einnahmen der Hochschule, betrug im Etatsjahr 1913/14 475 595 M., d. i. bei 810 Studierenden 587 M auf einen Studierenden.

Im Wintersemester 1890/91 hatte die Zahl der Studierenden betragen in der Abteilung für

Architektur	74 = 22,6 %
Bauingenieurwesen	42 = 12,8 %
Maschineningenieurwesen	87 = 26,6 %
Chemie	80 = 24,5 %
Mathematik und Naturwissenschaften	16 = 4,9 %
Allgemein bildende Fächer	28 = 8,6 %
	<hr/> 327 = 100,0 %

Der Staatszuschuß hatte sich im Etatsjahr 1890/91 belaufen auf 264213 *M.*, d. i. bei 327 Studierenden 808 *M.* auf einen Studierenden.

Seit Ausbruch des Krieges waren männliche Studierende:

In der Abteilung für	Im Wintersemester 1914/1915		Im Wintersemester 1915/1916	
	einge- schrieben	beurlaubt	einge- schrieben	beurlaubt
Architektur	156	120 = 77 %	142	108 = 75 %
Bauingenieurwesen	160	115 = 72 %	155	130 = 84 %
Maschineningenieurwesen, einschließlich der Elektrotechnik	225	196 = 87 %	226	208 = 92 %
Chemie, einschließlich des Hüttenwesens und der Pharmazie	113	90 = 80 %	116	96 = 83 %
Mathematik und Naturwissenschaften	57	36 = 63 %	61	51 = 84 %
Zusammen	711	557 = 78 %	700	593 = 85 %

Hiernach sind in den einzelnen Abteilungen 75—92 % in unmittelbarem Dienste für das Vaterland tätig. Daß die Studierenden der Abteilung für Maschineningenieurwesen, einschließlich der Elektrotechnik, den größten Prozentsatz der zum Heeresdienst Eingezogenen aufweisen, dürfte jedenfalls zu einem Teile auf den Einfluß der auf Seite 442 erörterten einjährigen Werkstatstätigkeit zu setzen sein.

In der akademischen Verfassung sowie in bezug auf die Lehr- und Lernfreiheit unterscheidet sich die Technische Hochschule heute nicht mehr von der Universität. Die Verleihung des Promotionsrechts zu Anfang dieses Jahrhunderts an die technischen Abteilungen der Technischen Hochschule war der letzte Schritt zur Gleichstellung mit der Universität. Die Abteilung für Mathematik und Naturwissenschaften und diejenige für allgemein bildende Fächer entbehren dieses Rechtes noch, was als Nachteil für diese Abteilungen und damit auch für die Technische Hochschule bezeichnet werden muß. Nur in Bayern ist der Technischen Hochschule München in allen ihren Abteilungen das Recht erteilt worden, die Würde eines Doktors und eines Ehrendoktors zu verleihen.

Der Entwicklungsgang der Technischen Hochschule aus der Technischen Mittelschule und getrennt von der Universität hat sein Gutes gehabt. Man wird sogar der Meinung sein können, daß die Leistungen der Technischen Hochschulen auf den Gebieten der Ingenieurwissenschaften und für die Industrie weniger bedeutend gewesen sein würden, wenn sie je — etwa als technische Fakultät — an eine Universität angegliedert gewesen wären. Der Entwicklungsgang hatte aber auch seine Schattenseite, die nicht verschwiegen werden darf. Die Studierenden der Technischen Hochschule beschäftigen sich intensiv mit den Fachstudien; mit dem Menschen und den menschlichen Eigenschaften pflegen sie sich wenig oder gar nicht zu befassen, während die Not-

wendigkeit hierzu für den Ingenieur fortgesetzt im Wachsen begriffen ist. Man denke nur, in welchem Maße der soziale Körper der heutigen Menschheit zusammengesetzter, verwickelter und anspruchsvoller geworden ist im Vergleich mit früher, sowie daran, daß hiervon in erster Linie die Industrie, überhaupt die Technik und damit der Ingenieur betroffen wird. Die Aufgaben, die an ihn herantreten, fordern von der Technischen Hochschule, daß sie — es sei ein altes Wort gebraucht — ausreichend humanisiert werde, und zwar im Sinne des Bedürfnisses der heutigen Zeit. Die Technische Hochschule darf nicht bloß Fachschule, sondern sie muß auch Hochschule sein. Der Ingenieur hat hohe Aufgaben nicht bloß auf seinen fachlichen Arbeitsgebieten, sondern auch als Mensch und Staatsbürger. Unter ihnen steht die Aufgabe der Milderung der Klassengegensätze durch Wort und Tat, insbesondere durch das Beispiel, obenan. Schreiber dieser Zeilen kann in dieser Hinsicht nur hervorheben, was er bereits im Jahre 1890 bzw. im Jahre 1899 an anderer Stelle ausgeführt hat.

„Die Lösung der bedeutendsten Aufgaben, welche unsere Zeit bietet, der Aufgaben zur Verbesserung der sozialen Lage der großen Masse unseres Volkes und zur Herbeiführung des Gefühles einer gewissen, wenn auch beschränkten Befriedigung mit den Verhältnissen, hängt weit mehr von der Intelligenz, der Schaffenskraft und den Charaktereigenschaften der auf wirtschaftlichem Gebiete leitend und schöpferisch tätigen Männer als von der Gesetzgebung ab.

Es wird notwendig werden, daß sich die Ingenieure weit mehr als bisher angelegen sein lassen, Fühlung mit ihren Untergebenen auch auf rein menschlichem Gebiete zu gewinnen und zu bewahren. Es wird gut sein, wenn der Ingenieur sein Augenmerk nicht bloß auf die unmittelbaren Berufsgeschäfte, sondern auch auf die allgemeinen Kulturaufgaben richtet und hier denjenigen Einfluß äußert, zu dem ihn seine Erfahrungen mehr als manchen anderen Stand befähigen. Diese nutzbar zu machen, ist, da wir kein Recht haben, von den anderen Ständen zu verlangen, daß sie unsere Bedürfnisse und diejenigen der Kreise, in denen wir wirken, mit demselben Verständnis darzulegen und geltend zu machen imstande sind wie wir selbst, einfach Pflicht gegenüber der Industrie wie gegenüber der Nation.

Die Zurückhaltung der Ingenieure vom öffentlichen Leben und insbesondere von der Tätigkeit in den parlamentarischen Körperschaften liegt weder im Interesse der Allgemeinheit, noch in demjenigen des Standes der Ingenieure.“

„Der Industrielle hat mit zwei grundverschiedenen Materialien zu tun: mit dem toten und mit dem lebenden. Zu dem ersteren zählen die Stoffe, welche zu verarbeiten sind, die Werkstätten mit ihren Einrichtungen, insbesondere mit den Maschinen und Werkzeugen nebst Zubehör. Das lebende Material bilden die Arbeiter, einschließlich der Beamten. Die heutige Ausbildung des Ingenieurs — ich meine damit nicht nur die schulmäßige — ist

fast ausschließlich darauf gerichtet, ihn hinsichtlich der Erkenntnis und Behandlung des leblosen Materials zu befähigen; sie legt dagegen nur geringen oder doch ungenügenden Wert auf die Entwicklung der Fähigkeit, das lebende Material richtig zu erkennen, demgemäß zu behandeln und zu beurteilen. In dieser Richtung geschieht meist wenig, zum Teil nichts; damit hängt es dann auch zusammen, daß vielen der jungen Ingenieure die Fähigkeit abgeht, die Arbeiter so zu behandeln, wie erforderlich. Der junge Ingenieur lebt in der Regel so, als ob ihn die ganze Arbeiterfrage gar nichts angehe. Daher die betäubende Erscheinung, daß viele Tausende von Ingenieuren außerhalb der Werkstätten und der Arbeitsplätze fast vollständig ohne Fühlung mit den Arbeitern sind. Und doch ist der Ingenieur der berufene Führer und Leiter der Arbeiter bei den Werken des Friedens. Mit ihnen zusammen hat er die Erzeugnisse herzustellen, welche auf dem Weltmarkt im Wettbewerb mit dem Produkte der anderen Nationen siegreich sein sollen.

Hätten wir nicht die mindestens einjährige Werkstättätigkeit, die allgemeine Wehrpflicht und damit die militärische Ausbildung eines großen Teiles der Ingenieure, so würde es ziemlich schlecht bestellt sein. Solange sich die Ingenieure vorzugsweise aus den industriellen Kreisen ergänzten, da ging es noch einigermaßen; seit jedoch auch solche Kreise ihre Jugend dem Ingenieurberufe zuführen, in denen keine Erfahrung bezüglich der Behandlung von Arbeitern vorhanden ist, nach Lage der ganzen Verhältnisse auch kein weitgehendes Verständnis für das, was der Arbeiter fühlt und was ihn bewegt, erwartet werden kann, da wird Abhilfe dringend nötig. Um nicht mißverstanden zu werden, sei ausdrücklich bemerkt, daß ich die Zuführung von jungen Ingenieuren aus allen Kreisen der Nation nicht bloß für außerordentlich erwünscht, sondern sogar für unbedingt notwendig ansehe, auch keinen Vorwurf aussprechen, sondern nur eine Tatsache feststellen will.

Ich betrachte die Beseitigung des bezeichneten Mangels in dem Entwicklungsgang unserer Ingenieure als die wichtigste Aufgabe, nachdem hinsichtlich des leblosen Materials sowie in sonstiger Beziehung die Ausbildung in die richtigen Wege geleitet ist. Die Lösung der Aufgabe erscheint allerdings sehr schwer; das ändert jedoch nichts an ihrer großen Bedeutung für die Industrie. Ohne an dieser Stelle weiter auf die Sache einzugehen, möchte ich nur noch hervorheben, daß in einem Reiche der allgemeinen Schul- und Wehrpflicht die Befähigung zur Führung der Arbeiter nicht bloß durch fachliche, sondern auch durch sittliche Tüchtigkeit erworben werden muß. Der Ingenieur muß dem Arbeiter in jeder Hinsicht ein Vorbild sein.“

Daß das vor reichlich einem Vierteljahrhundert bzw. vor 17 Jahren Gesagte beim Ausbruch des Krieges zum weitaus größten Teil noch zutreffend war, muß leider zugegeben werden. Dagegen wird nicht zu bezweifeln sein, daß der Krieg in dieser Hinsicht Besserung bringen dürfte und daß die Notwendigkeit des weiteren Ausbaues der Technischen Hochschule

und insbesondere der Abteilung für allgemein bildende Fächer auch bei uns diejenige Anerkennung finden wird, die erforderlich ist, um diesen Ausbau zu sichern.

Im ganzen kann die Technische Hochschule auf erfolgreiche Arbeit zurückblicken. Sie dürfte den Erwartungen, die man bei den Beratungen, betreffend die Errichtung eines polytechnischen Instituts, im Jahre 1825 und in der folgenden Zeit gehegt hat, sowie den späteren Erwartungen, mit denen man die Entwicklung der Gewerbeschule zur Hochschule verfolgte, gerecht geworden sein. Diese Erwartungen werden, wie übrigens hinsichtlich der Ansprüche, welche an die Technische Hochschule herantreten, zu beachten ist, naturgemäß für diejenigen Teile des Deutschen Reiches, die fern von den Gebieten liegen, in denen Rohle und Erze gewonnen werden, und deren Industrie deshalb zum Teil in höherem Maße Qualitätsarbeit leisten muß, soll sie gedeihen können, weitergehende sein. Zwischen dem Stand der Technik in einem Lande, insbesondere der Industrie desselben, und den Leistungen der Technischen Hochschule besteht unter normalen Verhältnissen ein gewisser Zusammenhang, der nicht ohne Einfluß namentlich auf das wirtschaftliche Gedeihen des Landes ist. Was die Technische Hochschule auf den Gebieten des Hochbaufaches und des Bauingenieurwesens geleistet hat, liegt durch die Bauten im Lande vor aller Augen.

Auch die Erfahrungen des Weltkrieges, der mehr und mehr zu einem technischen geworden ist, sprechen für die Leistungen der technischen Hochschulen des Reiches; deutlich tritt die umfassende und tiefgehende Forschungs- und Erziehungsarbeit, welche unsere Schulen, von den Hochschulen aller Art herunter bis zur Volksschule, unermüdlich geleistet haben, in die Erscheinung; ihr haben wir einen großen Teil unserer Erfolge zu danken — im Frieden wie im Kriege. Wir wollen uns aber hierdurch nicht in Selbstzufriedenheit wiegen lassen, sondern wollen uns bewußt bleiben, daß wir alle Veranlassung haben, energisch weiter zu arbeiten. Die Stellung, die Deutschland einnimmt, verdankt es nur seinen Anstrengungen, seiner Arbeit. Sie kann nur durch weitere angestrengte Tätigkeit erhalten werden.

Die Königliche Landwirtschaftliche Hochschule Hohenheim

Von Professor Dr. von Kirchner

Langsam hatte sich beim Regierungsantritt König Wilhelms II. die Landwirtschaftliche Anstalt von dem Schlage erholt, den sie durch die im Frühjahr 1881 vollzogene Lostrennung des forstlichen höheren Unterrichtes und seine Verlegung an die Landesuniversität erlitten hatte. Mit nur 42 Studierenden war die nunmehrige Landwirtschaftliche Akademie in das Sommerhalbjahr 1881 eingetreten, und nicht unberechtigt schien die Sorge, ob sich ihr Fortbestand würde aufrecht erhalten lassen. Als aber im Herbst 1891 sich die Anzahl der Hörer wieder auf 95 gehoben hatte, durfte man der Hoffnung Raum geben, die altberühmte Bildungsstätte werde, auch wenn sie nun der Landwirtschaft allein gewidmet war, ihre frühere Anziehungskraft bewahren und einer neuen Blüte entgegengeführt werden. Lebhaften Ausdruck fand diese Zuversicht bei der Feier des 75jährigen Bestehens der Akademie, der ältesten landwirtschaftlichen Hochschule Deutschlands, im Herbst 1893; sie wurde nicht zum wenigsten hervorgerufen und gehoben durch die persönliche Teilnahme des Königspaares an der akademischen Feierlichkeit und durch die unvergeßlichen Worte, mit denen der König sich an die Festversammlung wandte und vor ihr aussprach, wie sehr ihm das Gedeihen der Landwirtschaft am Herzen liege und wie er willens sei, alles zu tun, was an ihm liege und was die Regierung vermöge, um die Landwirtschaft zu schützen und zu fördern.

Die schwierige Lage freilich, in der sich damals die deutsche Landwirtschaft befand, ließ für einige Zeit immer noch einen nur recht langsam sich steigernden Besuch der höheren landwirtschaftlichen Lehranstalten, und so auch Hohenheims, zu. Dann aber erfolgte ein lebhafter Aufschwung, und vor Ausbruch des Krieges betrug hier die Anzahl der Studierenden im Winterhalbjahr 268, im Sommerhalbjahr 239. Der Weltkrieg leerte auch die hiesigen Hörsäle: von den im Winterhalbjahr 1914/15 neben 11 Ausländern noch eingeschriebenen 156 reichsdeutschen Studierenden zogen 123 (d. i. 79 %) sogleich ins Feld, und noch viele folgten ihnen im Laufe der nächsten Monate.

Was der König zugesagt hatte, ist von allen beteiligten Stellen gehalten worden. Unablässig wurde am Ausbau und an der Fortentwicklung der

Landwirtschaftlichen Anstalt fortgearbeitet, und die Erfolge sind nicht ausgeblieben. Als neuer Gnadenbeweis des königlichen Beschützers wurde es in Dankbarkeit empfunden, daß der bisherigen Akademie zu Ostern 1904 die Bezeichnung „K. Landwirtschaftliche Hochschule“ beigelegt wurde; wenn damit auch keine Änderung der Organisation verbunden war, so war die neue Benennung doch geeignet, die Hochschule auch äußerlich als gleichwertig ihren Schwesteranstalten anzureihen, und es ist gewiß kein zufälliges Zusammentreffen, daß gerade etwa von dieser Zeit an sich der Zufluß von Studierenden rasch und beständig gesteigert hat.

Der Name allein hätte das wohl allerdings nicht zustande gebracht, wenn nicht auch die Lehrkräfte und Lehrmittel den hohen Erwartungen entsprochen hätten, die der Name weckte. Die Einrichtungen selbst erwiesen sich im allgemeinen als so zweckentsprechend, daß im letzten Vierteljahrhundert nur wenig grundsätzliche Änderungen an ihnen erforderlich wurden. Von ihnen ist zu erwähnen, daß im Jahre 1904 eine besondere Fachprüfung im Tierzuchtwesen (Tierzuchtinspektorsprüfung) für solche Landwirte neu eingeführt wurde, die vorher die Diplomprüfung bestanden haben und eine mindestens dreijährige landwirtschaftliche Praxis nachweisen können. Im Winterhalbjahr 1910/11 wurde im Einklang mit der immer reicheren Ausgestaltung des Unterrichtes die Bestimmung getroffen, daß die Ablegung der Diplomprüfung erst nach sechs Halbjahren, statt der früheren vier, gestattet ist, und es wurden Zoologie und Landwirtschaftsrecht unter die Pflichtfächer der Prüfung aufgenommen. Seit derselben Zeit werden auch weibliche Personen, wenn sie reichsangehörig sind und die nötige Vorbildung besitzen, zum Studium zugelassen. Von besonderer Bedeutung für die Weiterentwicklung der Hochschule verspricht die Vereinbarung mit der Landesuniversität vom Jahr 1914 zu werden, wonach zu der Promotion bei der dortigen staatswissenschaftlichen Fakultät Hohenheimer Studierende, welche die Maturität besitzen und die Diplomprüfung bestanden haben, zugelassen und von Hohenheimer Professoren in den Landwirtschaftswissenschaften geprüft werden können. Im Rahmen der bewährten Einrichtungen wurden aber zahlreiche und mannigfache Veränderungen und Verbesserungen an den Vorlesungen und den mit ihnen im Zusammenhang stehenden Unterrichtsmitteln vorgenommen, neue, größere und besser ausgestattete Hörsäle hergestellt, Sammlungen geordnet und neu aufgestellt, neue Institute errichtet, die alten erweitert und vervollkommenet.

Auf den Ausbau des Unterrichtes, der mit der ungewöhnlichen Weiterentwicklung der Landwirtschaft und ihrer Hilfswissenschaften Schritt halten mußte, soll im einzelnen nicht weiter eingegangen, sondern nur erwähnt werden, daß neue Lehrstellen für Landwirtschaftliche Maschinenkunde, Kulturtechnik, Landwirtschaftliche Bakteriologie und Landwirtschaftliche Handelskunde begründet und von verschiedenen der Hohenheimer Beamten neue oder besondere Vorlesungen abgehalten wurden. Im Winterhalbjahr

1891/92 waren 60 Vorlesungsstunden neben 10 Stunden Übungen und Vorführungen in der Woche angezeigt, im Sommerhalbjahr 1892 63 Stunden Vorlesungen und 13 Stunden Übungen und Vorführungen; dagegen fanden im Winterhalbjahr 1915/16 (trotz einiger Einschränkungen infolge des Krieges) Vorlesungen in 70 Stunden, Übungen und Vorführungen in 18 Stunden statt, im Sommerhalbjahr 1916 Vorlesungen in 73, Übungen und Vorführungen in 22 Stunden. Seit dem Jahre 1901 werden regelmäßige Jahresberichte über die Tätigkeit der Hochschule und ihrer verschiedenen Institute herausgegeben.

Was in 25 Jahren an Verbesserungen und Neueinrichtungen geschaffen worden ist, davon möge die folgende knappe Aufzählung ein Bild geben, die sich nur auf das wichtigste beschränkt.

1891. Einrichtung des physiologischen Laboratoriums und der Gefereinzuchtanstalt, Begründung einer Untersuchungsstelle für Milch und Molkereiprodukte am Technologischen Institut.
1892. Neubau von zwei Gebäudeflügeln mit Studentenwohnungen.
1893. Erweiterung der meteorologischen Beobachtungsstation zu einer Station I. Ordnung. Neubau eines Pferdestalles.
1894. Einrichtung eines Ausstellungsraumes für landwirtschaftliche Maschinen und eines Fechtjaales.
1895. Herstellung einer Kühlanlage und eines Berieselungskühlers für das Technologische Institut.
1896. Neubau eines dreiteiligen Gewächshauses, Neuordnung des Botanischen Gartens. Einrichtung von Arbeitsräumen für den Professor der Geologie. Herstellung einer Roserschen Natureisbereitungsanlage. Umbau des Ochsenstalles.
1898. Einrichtung von Arbeitsräumen für den Professor des Pflanzenbaues.
1899. Neubau der Landwirtschaftlichen Versuchstation.
1902. Neubau des Botanischen Instituts mit Hörsaal. Verlegung und Neuordnung des Physikalischen Rabinetts. Einrichtung von Arbeitsräumen für den Professor der Tierheilkunde.
1903. Bau eines Kesselhauses und Aufstellung eines neuen Dampfkessels für das Technologische Institut.
1904. Neubau der Erdbebenwarte.
1905. Vergrößerung des chemischen Laboratoriums und Einrichtung einer Obstkelter für das Technologische Institut.
1906. Neubau einer Saatzuchtanstalt. Beginn der Neuordnung und Neuaufstellung der mineralogisch-geologischen Sammlung.
1907. Einrichtung eines großen Sektionsraumes für den tierärztlichen Unterricht.
1908. Erweiterungsbau der Landwirtschaftlichen Versuchstation.
1909. Einrichtung von Arbeitsräumen für den Professor der Landwirtschaftlichen Maschinenkunde. Neubau eines Getreidespeichers.
1910. Verlegung und Neueinrichtung der Arbeitsräume für den Professor der Tierzucht. Einrichtung einer vollständigen Kleinbrennerei im Technologischen Institut. Anlegung eines 1½ ha großen Obstmuttergartens.

1911. Neubau eines Gemüsetreibhauses.
1912. Einrichtung eines Saales für landwirthschaftliche, mineralogische und zoologische Übungen. Einrichtung eines neuen Laboratoriums für Milchuntersuchungen, eines neuen Kelterhauses und neuer Lagerräume für das Technologische Institut. Neubau eines Vegetationshauses für das Botanische Institut. Anlage eines 1 ha großen Stauden- und Gehölzgartens. Erbauung einer Reithalle. Herstellung eines Sommerschwimmbades.
1913. Einrichtung eines größten Hörsaales. Neubau eines Sammlungsraumes für Skelette. Überführung von Sammlungsgegenständen und Instrumenten aus der aufgelösten Kgl. Tierärztlichen Hochschule. Neubau von Gewächshäusern für Blumenzucht. Erbauung eines Weidestalles.
1914. Einrichtung eines Laboratoriums für Maschinenprüfung. Herstellung von Räumlichkeiten für ein Institut für Wirtschaftslehre des Landbaues.
1915. Neuauffstellung der Sammlung landwirthschaftlicher Maschinen und Geräte.

Durch Anschluß der bestehenden Wasserleitung an die neue Filberwasserversorgung im Jahre 1905 wurde dem manchmal recht lästigen Wassermangel endgültig abgeholfen; die seit 1900 begonnene Versorgung Hohenheims mit elektrischem Strom zu Beleuchtungs- und Arbeitszwecken wurde bis 1915 vollendet, und in demselben Jahre durch Anschluß Hohenheims an die Stuttgarter Gasanstalt der eigenen, wenig vorteilhaft betriebenen Gasbereitung ein Ende gemacht.

Vermehrung und Vergrößerung der Einzelanstalten und Zweiginstitute sowie die Erweiterung ihrer Tätigkeit finden ihren zahlenmäßigen Ausdruck einmal in der Zahl der Angestellten und der von ihnen jährlich erledigten Untersuchungen, sodann in dem Voranschlag ihrer Ausgaben und Einnahmen. Für das Jahr 1891 sind 35 Angestellte bei der Gesamtanstalt verzeichnet, im Jahre 1916 beträgt ihre Zahl aber 68. Der Voranschlag für 1891 sieht Ausgaben von im ganzen 178 253 *M* vor, der für 1916 weist eine Summe von 327 932 *M* auf. Sehr bemerkenswert ist aber, daß im Laufe dieser 25 Jahre der Staatszuschuß nur eine recht geringe Steigerung erfahren hat, denn er beträgt jetzt nur 143 307 *M* gegen 138 513 *M* im Jahre 1891. Diese für die Staatsfinanzen sehr erfreuliche Erscheinung ist darin begründet, daß sich die eigenen Einnahmen der Landwirthschaftlichen Anstalt ganz außerordentlich gehoben haben. Sie setzen sich in der Hauptsache zusammen aus den Unterrichts- und etwaigen Wohnungsgeldern der Studierenden, da die Unterrichtsgelder an der Hochschule nicht den Dozenten zufließen, sondern ganz an die Staatskasse abgeliefert werden, ferner aus den Erträgen der Gutswirtschaft, und endlich aus den Einnahmen, die von den Zweiginstituten erzielt werden.

Diese Zweiginstitute sind zunächst im Dienste der württembergischen Landwirtschaft tätig, haben aber außerdem allgemein wissenschaftliche Aufgaben zu erfüllen, und stehen, da ihre Vorstände zugleich Professoren an der

Hochschule sind, zu dieser, deren Unterrichtszielen sie nutzbar gemacht werden, in den engsten Beziehungen. Sie stellen die festen Bänder dar, welche die Hochschule mit der heimischen Landwirtschaft in engster Fühlung halten und auch diejenigen Kreise der landwirtschaftlichen Bevölkerung, der das Studium an der Hochschule nicht zugänglich ist, tagtäglich aufs neue mit ihren Anliegen und Bedürfnissen an Hohenheim fesseln. Gerade diese Institute sind im Laufe der letzten 25 Jahre entweder erst begründet worden oder haben in dieser Zeit einen erstaunlichen Aufschwung genommen.

Das älteste unter ihnen, die Landwirtschaftliche Versuchsstation, hat, ohne die wissenschaftliche Tätigkeit beiseite zu setzen, der sie ihren angesehenen Namen verdankt, insbesondere die Kontrolle der Futter- und Düngemittel in einem bis zum Ausbruch des Krieges beständig steigenden Maße ausgebildet. Im Jahre 1891 hatte sie 1130 derartige Untersuchungen auszuführen, im Jahre 1913/14 waren es 10 972. Das Personal der Anstalt ist von 4 fest Angestellten (mit Einschluß des Vorstandes) auf 12 angewachsen; der Voranschlag für die Ausgaben betrug vor 25 Jahren 13 650 M., jetzt 59 240 M., für die eigenen Einnahmen damals 1800, jetzt 44 000 M.

Das Technologische Institut wurde im Jahre 1890 zunächst als eine Versuchsstation für Gärungsgewerbe errichtet, bald aber durch Einführung der Gefereinzucht erweitert und auch zu einer Untersuchungsstelle für Milch und Molkereiprodukte ausgebaut. Es hatte anfangs einschließlich des Vorstandes nur 4 Angestellte, jetzt ist ihre Zahl auf 11 angewachsen, die in den letzten Friedenszeiten zur Bewältigung der Arbeiten kaum mehr ausreichten. Denn während in langsamer Zunahme die Zahl der Untersuchungen im Jahr 1901 auf 500 chemische Analysen und 22 937 Milchfettbestimmungen gestiegen war, betrug sie im Jahre 1913/14 9477 vollständige Analysen und 70 123 Milchfettbestimmungen. Der Ausgabenvoranschlag wuchs von 9040 auf 39 040 M., der Anschlag der eigenen Einnahmen von 0 im Jahre 1891 auf 25 000 M. an.

Am Botanischen Institut bestand 1891 als praktischer Betrieb nur die 1878 begründete Samenprüfungsanstalt mit einem Assistenten, einer Zahl von 947 Untersuchungen und einem Ausgabenatz von 2860 M., wovon 700 M. durch eigene Einnahmen zu decken waren. Im Jahre 1902 trat, nachdem auf Veranlassung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft seit 1900 eine Auskunftstelle für Pflanzenschutz eingerichtet worden war, die Anstalt für Pflanzenschutz ins Leben, und im Jahre vor Kriegsausbruch hatte das Botanische Institut mit 7 Angestellten einen Ausgabenatz von 27 470 M. (ohne den Botanischen Garten) und eigene Einnahmen in der Höhe von 13 600 M. Es erledigte 2775 Untersuchungen und den Versand von 11 002 Portionen von Pflanzenschutzmitteln, zu deren Herstellung und Vertrieb es 1913 ermächtigt worden war.

Aus bescheidenen Anfängen, nämlich einem im Jahre 1897 auf dem Versuchsfeld eingerichteten Zuchtgarten, wuchs die 1905 eingerichtete Saat-

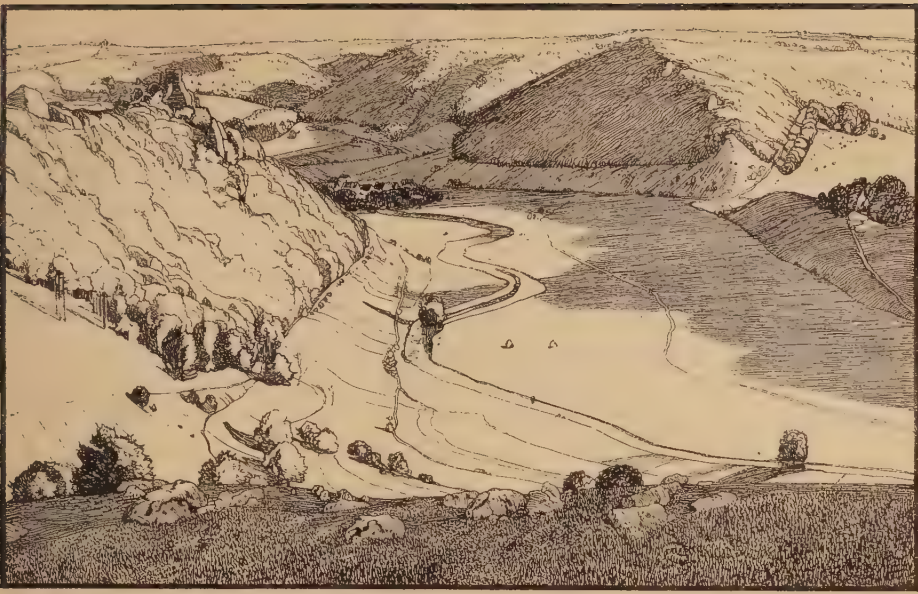
zuchtanstalt hervor, an der 3 Angestellte tätig sind und die für ihre Zwecke über 11 820 *M* verfügt, denen im Anschlag 6000 *M* Einnahmen gegenüberstehen. Sie übt auf den heimischen Pflanzenbau durch Ausführung von Sortenanbauversuchen, Überwachung von Saatgutwirtschaften, Beschaffung einwandfreien Saatgutes und Förderung der Pflanzenzüchtung einen sehr weitgehenden und nützlichen Einfluß aus.

Eine Maschinenprüfungsanstalt, die schon seit längerer Zeit besteht und im Voranschlag für 1891 mit einer Ausgabe von 800 und einer Einnahme von 400 *M* auftritt, wurde damals von dem Professor für Pflanzenbau im Nebenamt verwaltet. Diese Tätigkeit wurde im Jahre 1908 zu einer Professur für landwirtschaftliche Maschinenkunde erweitert, deren Inhaber zugleich Landesfachverständiger ist und im Jahre 1914 auch einen Lehrauftrag an der R. Technischen Hochschule erhielt. Der Voranschlag sieht jetzt für die Anstalt, an der außer dem Vorstand noch zwei Angestellte beschäftigt sind, 5100 *M* Ausgaben und 1000 *M* Einnahmen vor.

Auch die mit der Hochschule räumlich verbundenen beiden niederen Lehranstalten sind bei den Veränderungen im Laufe der letzten 25 Jahre nicht leer ausgegangen, sondern mit mannigfachen Verbesserungen bedacht worden. An der Ackerbauschule wurde statt des früher dreijährigen Lehrganges im Jahre 1900 ein zweijähriger eingeführt, der eine Erweiterung des theoretischen Unterrichts nötig machte; er wird durch Heranziehung mehrerer hier schon vorhandener Lehrkräfte ermöglicht. Der Unterricht an der Gartenbauschule wurde durch Anstellung eines zweiten Fachlehrers im Jahre 1893 verbessert, 1908 durch Vermehrung der Unterrichtsstunden unter Einschränkung der Zeit für praktische Arbeiten erweitert; im Jahre 1911 wurde für die Schule ein ständiger Beirat von Sachverständigen eingerichtet.

Im Jahre 1891 wurde von der Hochschule zum erstenmal ein mehrtägiger Lehrgang für praktische Landwirte zu dem Zweck veranstaltet, weitere landwirtschaftliche Kreise mit den für die Praxis bedeutungsvollen Ergebnissen der neuen wissenschaftlichen Forschungen bekannt zu machen. Solche später wiederholten Lehrgänge erfreuten sich, besonders seitdem sie in Stuttgart abgehalten wurden, eines so reichlichen Besuches und einer so regen Teilnahme, daß sie seit 1911 als ständige Einrichtung alljährlich weitergeführt wurden.

Auf ihre während der Regierung König Wilhelms II. in steigendem Maße betätigte gesunde Fortentwicklung, auf ihre beim Ausbruch des Krieges bestehende hohe Blüte gründet die Landwirtschaftliche Hochschule mit ihren Zweiganstalten die zuversichtliche Hoffnung, daß es ihr nach glücklich erkämpftem Frieden vergönnt sein wird, bei dem mit Sicherheit zu erwartenden gewaltigen Aufschwung der deutschen Landwirtschaft an ihrem Teil erfolgreich mitzuwirken.



Die höheren Schulen

Von Gymnasialrektor Dr. Schott

Die Stellung der höheren Schule im Gesamtrahmen des Kulturlebens

In der vielverzweigten Kultureinheit, welche das gesamte Unterrichtswesen eines Landes in sich verkörpert, bedeutet die höhere Schule einen Bruchteil von reichem Inhalt und weittragender Wirkung. Ist sie doch eine wichtige und ergiebige Bildungsquelle für die heranwachsende Jugend der Oberschicht der Bevölkerung und damit zugleich diejenige Arbeitsstätte, welche der künftigen Beamtenschaft die Grundlagen ihres für die spätere Laufbahn notwendigen Wissens und die Ausgangsbegriffe staatsbürgerlichen Bewußtseins in hervorragendem Maße zu übermitteln hat. Gerade darum ist auch ihr Tun und Leisten eine Macht, die so tief eingreift in das Leben zahlloser Familien unter den Gebildeten des Volkes, und darum ist auch der Geist, der aus ihr spricht, und der Erfolg, den sie zeitigt, so bedeutsam für die staatliche Gestaltung wie für die kulturelle Hebung eines Landes. Aus einer so engen Verbindung mit der Entwicklung des ganzen Gemeinwesens und mit der bunten Vielheit der höheren Stände folgt denn auch mit Notwendigkeit, daß die höhere Schule in ihrem Leben und Streben, in ihrem Unterrichtsgebaren und Erziehungsziel die Sonderart des schwäbischen Volkstums und des württembergischen Staatsgebildes zur Ausprägung zu bringen hat; sie muß, soll sie ihren Zweck lauter und unverkürzt erfüllen, ein Erzeugnis der Heimat sein und bleiben.

Dies Erfordernis ist ihr eigen so gut wie ihren anderen Schwestern im Kranze des heimischen Bildungswezens, der Volksschule und der Hochschule, wenn man von den doch mehr Sonderzwecken dienenden Fachschulen an dieser Stelle absehen will. Ihrem Beruf nach in der Mitte zwischen den beiden Genannten stehend, ist sie mit der letzteren, der Hochschule, durch zahlreichere Fäden verknüpft als mit der ersteren, der Volksschule. Denn der Feingehalt ihrer eigentlichen Zielbestimmung bekundet sich doch in der Aufgabe, vor allem die Jünglinge des Landes zur Schwelle der akademischen Pforte zu geleiten. Übrigens mehren sich, wenn auch erst langsam und vereinzelt, die Anzeichen, daß für die Zukunft auch zwischen höherer Schule und Volksschule engere Gegenseitigkeitsbeziehungen Beachtung und Pflege finden sollen, eine Annäherung, die beiden Gebieten und dem Ganzen nur zum Segen werden kann. Jedenfalls ergibt sich aus diesem Zusammenhange wie für die Verhältnisse der Gegenwart, so auch für die letzten 25 Jahre mit einleuchtender Gewißheit die Tatsache, daß die Pfadweiser, die der höheren Schule ihren Weg vorzeichnen, nach derselben Richtung deuten müssen, wie die der beiden anderen erwähnten Kulturkräfte. Durch die verschiedenen Höhengichten der Schularten hindurch muß die Bildungspolitik eines Landes eine geradlinig aufwärtstrebende sein: denn der Jugend desselben Volkes dienen sie alle, ihrer sittlichen und geistigen Reife weihen sie alle ihr Tun.

Jedoch ein weiteres kommt noch hinzu. Auch der Gesamtkörper der württembergischen Unterrichtseinrichtungen ist nur ein Einzelglied in der wuchtigen Kette, welche das deutsche Bildungswezen im Vollrahmen des ganzen Reiches umspannt. Der schwäbischen höheren Schule treten zur Seite als ebenbürtige Gefährtinnen, als gleichberechtigte und gleichbedeutende Kulturträger die entsprechenden Unterrichtschöpfungen von Preußen, Bayern, Sachsen usw. Ist freilich — so, wie es oben ausgesprochen wurde — das Bildungswezen eines Staates ein Kind seines Geistes, ein Ausfluß seines Wesens, ein Spiegelbild seiner Art, dann muß die Bildungspolitik jedes Landes in ihren feinen Einzelausstrahlungen ihre eigenen Wege gehen. Es würde einer Erdrosselung gleichkommen, wenn man diese so leicht zu schädigenden Kulturgebilde, bei denen es sich um Kinderseelen, Wissensschätze und Charaktereindrücke, also um ideale Werte aus zartestem Stoffe handelt, um der äußeren Einheit willen mit schlimmer Vergewaltigung in die Schablone der Gleichförmigkeit einzwängen wollte. Nein, jedes Bildungswezen muß, wenn seine Früchte einem bestimmten Volksstamm zufallen sollen, in vielen Äußerungen und gerade in seinen innersten Falten partikularistisch sein und bleiben. Aber daneben hat auch der Reichsschulgedanke sein gutes Recht und seine gewisse Zukunft. In erster Linie wird wohl die Angleichung der Einzelstaaten im Sinn eines deutschen Reichsschulausbaues bei der äußeren Gestaltung einzufügen haben.

Diese drei grundlegenden Gesichtspunkte, welche in der Jetztzeit die folgerichtige Entwicklung eines jeden Einzelzweigs des großen deutschen

Unterrichtswesens notwendigerweise bestimmen, die Anpassung an die Sonderart des eigenen Volksstammes, die Einschmiegung in die Gemeinschaft der übrigen Bildungszeige des Landes und die gebührende Beachtung der Gesamtentwicklung der Bildungsbestrebungen des Reiches, mußten richtungsweisend sein und auf die Dauer mehr und mehr entscheidend werden für die Politik, welche auch die höhere Schule Württembergs eingeschlagen hat in dem Vierteljahrhundert der Regierung König Wilhelms II.

Die Sonderart der höheren Schule Württembergs

Der Versuch, die Wesensart eines Volksstammes mit wenigen Schlagworten in eine kurze Formel zu pressen, wird stets nur ein annähernd richtiges Ergebnis hervorbringen; denn die Vielheit der Volksglieder und damit die Buntfarbigkeit ihrer Charaktereigenschaften ist — glücklicherweise — nach Zahl und Art zu groß, als daß sie sich so leicht in die Zwangsjacke einer ein für allemal gültigen Begriffsumschreibung bannen ließe. Dazu modelt der Wandel der Zeiten unablässig die Völker und ihr Gebaren, und von außen, von jenseits der Landeshranken, quellen in unaufhörlichem Strome fremde Einflüsse auf den einzelnen und das Ganze und drohen die Züge zu verwischen, die man etwa als Eigengut einer kleineren Volksgemeinschaft betrachten zu dürfen glaubt. Und doch, wenn es unternommen werden soll, die besonderen Seiten der höheren Schule Württembergs in den letzten 25 Jahren aufzudecken, so muß jener Versuch, die schwäbische Art auf den Begriff zu bringen, von neuem angestellt werden.

Mit Glück hat kürzlich ein feinsinniger Beurteiler seiner eigenen Landsleute den Schwaben den deutschen Brüdern gegenübergestellt als „versonnen und träumerisch, kantig und edig, aber auch wieder heiter und sonnig, fromm und grüblerisch, selbstbewußt und kritisch, mehr in sich gekehrt als gesellig, aber zäh und ausdauernd, einsam und anspruchslos, strebsam und pflichttreu und wo es gilt, seinen Mann zu stellen, mutig und unverzagt.“ Es bleibe unerörtert, mit welcher Stärke im Einzelfall ein jeder dieser Züge seine Ausprägung finden muß, um für sich allein oder im Bunde mit den anderen Eigenschaften ein Charakterbild entstehen zu lassen, das man wirklich gegenüber den Volksvertretern anderer Stämme als scharfumrissene Wiedergabe der tatsächlichen Eigenart betrachten kann; jedenfalls trifft diese so entworfene Zeichnung das Wesen unseres Volkstums in seinem Kern, so daß aus diesen Umrißlinien weitere Schlüsse gezogen werden dürfen. Freilich noch weit schwieriger als hier, da es sich um lebende Geschöpfe handelt, will es erscheinen, von dem abstrakten Gebilde einer Schulgattung und Bildungseinrichtung die innersten Wesenszüge so aufzudecken, daß daraus die Unterschiede gegenüber anderen Unterrichtsgebieten desselben Landes, wie den entsprechenden Schöpfungen des Reiches zu einer faßbaren Ausmünzung gebracht werden. Immerhin wird man der höheren Schule Württembergs

nach ihrem jetzigen Stand wie nach ihrer seitherigen Entwicklung folgende deutlich ausgeprägte Merkmale nicht absprechen können:

Die Gründlichkeit, die dem Schwabensinn gerade in seiner moralischen und intellektuellen Entfaltung eigen ist, wird durch die Schule großgezogen und wirkt zugleich wieder auf ihr Schaffen und Leisten bestimmend zurück. Selbstverständlich trifft dieses Lob auf alle Glieder des heimischen Bildungswesens mit gleichem Rechte zu; aber wenn z. B. hinsichtlich der Unterrichtsergebnisse in den alten Sprachen der württembergische Lehrplan — früher noch mehr als jetzt — sich höhere Ziele gesteckt hat als die meisten anderen Bundesstaaten, so entspricht dies unserer angeborenen Neigung, das einmal Begonnene soweit als möglich durchzuführen und durchzudenken. Denn gerade im Denken bekundet sich dieser Hang zur Tiefbohrung besonders auffallend: Württemberg wurde — vielfach mit leichtem Spott, aber doch zugleich mit versteckter Anerkennung — als das „Ländle vom Argumentle“ gekennzeichnet. Tatsächlich hat es auch an der Übung des Komponierens bei den alten Sprachen mit besonderer Fähigkeit festgehalten, lediglich in der Überzeugung von der formalen Förderung des Geistes durch den Zwang des Umgießens eines deutschen Inhalts in antike Gedankenkreise und Ausdrucksmittel.

Die Vorliebe des Schwaben für das „Prinzipielle“, sein Hang zum „Spintifizieren“ findet einen Niederschlag in den höheren Schulen auch darin, daß Württemberg eines der ganz wenigen deutschen Länder ist, das seine Reiflinge in der obersten Klasse aller Schularten durch besondere Stunden in die Grundwahrheiten einer „philosophischen Propädeutik“ einführt. Die Losung: non scholae, sed vitae wurde in den Zeiten eines wachsenden Industrialismus und um sich greifenden Materialismus von vielen Kreisen, die der Schule ins Handwerk pfuschen zu müssen glaubten, in die Forderung ausgelegt, es müsse in Auswahl und Behandlung der Unterrichtsstoffe weit mehr als bisher auf das im späteren Leben unmittelbar Verwendbare abgezielt werden; für die höhere Schule Württembergs jedoch behielt jener Spruch nach wie vor seine ideale Deutung in dem Sinn, daß sie, einer platten Nützlichkeitschwärmerei abhold, in den Schülern vor allem die Anregung zum Weiterdenken über die wichtigsten Lebensfragen und die Fähigkeit zu eindringender Geistesarbeit wecken möchte, ohne den auszuwählenden Lehrinhalt gleich von vornherein auf etwaige künftige praktische Brauchbarkeit zu prüfen. Von diesem Gesichtswinkel aus sind auch die noch immer ziemlich zahlreichen Landlateinschulen zu beurteilen, als Bildungsstätten, die ebenfalls — in mühevoller Tagewerk — solche Samen in die Kinderherzen einsenken, aus denen dann die späteren Besucher der Oberklassen in den Großanstalten Früchte der eben geschilderten Art zur Reife bringen können.

Die Erwähnung dieser bescheidenen Unterrichtssitze führt von selbst auf den Charakterzug, der dem württembergischen Schulwesen, und zumal dem höheren, von jeher seinen besonderen Stempel aufgedrückt hat: zum starken Hang, am Alten zu kleben und das Bestehende und seither Be-

währte auch fernerhin unter allen Umständen zu wahren. Dieser schwäbische Konservatismus trat — gerade in den letzten 25 Jahren — wiederholt als haltgebietende Schranke dem von Norddeutschland zu uns herflutenden Reformeifer entgegen, nicht immer zum Vorteil des heimischen Erziehungsfortschrittes, dem damit manche wohlbegründete und durchaus zeitgemäße Neuerung vorenthalten blieb, aber doch auch nicht nur zu seinem Nachteil, da auf diese Weise die drohende Gefahr unruhigen Experimentierens häufig vermieden wurde. Wie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Neuheit der Realschulen sich nur mit großer Mühe und Langsamkeit in Württemberg durchzusetzen vermochte, so bewirkte dieselbe Wucht der Tradition, die in Württemberg, einer Hochburg des Althumanismus und der Heimatstätte des „Landeramens“, eine besonders einflußreiche Geistesmacht bedeutet, daß in den letzten Jahrzehnten das moderne Gebilde der Reformschule ebenso spät und zögernd Einlaß fand wie die in anderen Staaten angebahnte Umwandlung auf dem Boden der höheren Mädchenbildung. Aber dieses vorsichtige Zugreifen bot denn auch den Vorteil, daß Fehler und Mißgriffe, welche die kühner voranschreitenden Schulverwaltungen nicht zu vermeiden vermochten, unseren Einrichtungen und damit auch unserer Jugend erspart geblieben sind.

Vielleicht vermögen schon diese wenigen Grundstriche ein Bild davon zu geben, mit welchen Schwierigkeiten die Bildungspolitik der höheren Schule gerade in den verflossenen 25 Jahren zu ringen hatte: im Vollbewußtsein ihrer verantwortungsreichen Aufgabe und ihrer ferngesteckten Ziele mußte sie bestrebt sein, die Eigenart des Stammeswesens, das Festhalten am Bisherigen, die Vorliebe für das Ideale und Grundsätzliche, die Neigung zu gründlichem Tiefschöpfen in Einklang zu bringen mit dem Berechtigten und Fruchtereichen von all dem, was als Sturmwind beständigen Neumachens und Verbesserns, zumal aus Preußen, zu uns herüberdrang und was im Sinn einer äußerlichen Nützlichkeitshochwertung vom Zug der Zeit emporgetragen und gerade auch von den wohlhabenden Gesellschaftskreisen des Reiches auf den Schild erhoben wurde.

Die Schulbehörde

Die Oberaufsicht über den Gesamtkörper des höheren Schulwesens im Lande und damit zugleich die schwerwiegende Pflicht, den Gang der ganzen einschlägigen Schul- und Bildungspolitik zu bestimmen und zu wahren, ruhte in den Händen einer besonderen Abteilung des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens, der kgl. Ministerialabteilung für Gelehrten- und Realschulen, wie von 1866—1903, der kgl. Ministerialabteilung für die höheren Schulen, wie seit 1903 ihre amtliche Bezeichnung lautet. An ihrer Spitze stand bis 1895 Direktor Dr. von Dorn, dann bis 1898

Dr. von Pland und bis 1905 Dr. von Rapp, an dessen Stelle trat 1905 Direktor, seit 1914 Präsident Dr. von Ableiter.

Die Politik, wie sie diese Behörde im letzten Vierteljahrhundert durchführte, war — ganz entsprechend den oben gekennzeichneten Wesenszügen unseres Stammes — eine überwiegend konservative. Wie auf so vielen Feldern unseres deutschen Kulturlebens, ließ es sich Preußen nicht nehmen, auch auf dem weitungsgrenzten Gebiete des Bildungswesens als führender Staat die Fahne voranzutragen. Die beiden gewichtigen Schulkonferenzen von 1890 und 1900, deren endgültige Beschlüsse wie Hammerschläge durch das Reich tönten, erwiesen sich nicht nur als richtungsgebend für die weitere Ausgestaltung der höheren Knabenschule, sondern sie erhärteten auch unzweideutig den Machtwillen des größten Königreichs, auch hier bahnbrechend aufzutreten und es den kleineren Staaten zu überlassen, wie weit und wie rasch sie sich zur Nachfolge entschließen könnten.

Derartige Maßnahmen stellten die Schulverwaltungen dieser Einzelstaaten vor die schwerwiegende Wahl, entweder auf manche eigenständige und liebgewordene Einrichtung, mit der das heimische Unterrichtswesen bis dahin großgeworden war, zu verzichten oder sich dem Fortschritt des Zeitgeistes und den sich daraus ergebenden Bildungsbedürfnissen zu entziehen. In solchen Fällen beobachtete Württemberg in der Regel zunächst eine vorsichtige Zurückhaltung, um die Dauerhaftigkeit und Wirkungskraft des nordischen Neuerungsseifers zu erproben; dann aber zögerte es nicht, das, was sich als wirklich keimkräftig und zeitgemäß erwies und was für kleinere und süddeutsche Verhältnisse passend erschien, sich anzueignen und dies dann in solche Formen zu gießen, die dem schwäbischen Volkscharakter entsprachen und zugleich ein maßvolles Aufwärtsklimmen bedeuteten.

So wurden die einschneidenden Veränderungen im höheren Knaben- und im höheren Mädchenschulwesen, wie sie vor allem in den neuesten Lehrplänen von 1912 und 1914 ihren grundsätzlichen Niederschlag fanden, zumeist nicht unmittelbar im Anschluß an das preußische Vorgehen durchgeführt, sondern erst nach Ablauf einer gewissen Beobachtungsfrist. Daneben aber hat Schwaben in manchen nicht unwichtigen Einzelfragen seine Sonderstellung in bewusster Selbständigkeit gewahrt; ja durch manche Maßnahmen dieser Art, wie durch Einführung der Hausaufgabenüberwachungspläne und der Wintermonatsausmärsche (1906) oder durch die weitgehende Zulassung der Mädchen zu den Knabenschulen, hat die württembergische Schulpolitik auf andere deutsche Bundesstaaten geradezu anregend und vorbildlich eingewirkt.

Ein zweiter höchst beachtenswerter Umstand, welcher der Tätigkeit der Ministerialabteilung gerade für die verflossenen 25 Jahre ihren besonderen Stempel aufprägt, ist die gewaltige Ausdehnung ihres Amtsbereichs in die Breite wie in die Tiefe. Daß mit dem Steigen der Bevölkerungsziffer im Lande auch die Zahl der eine höhere Schule besuchenden Kinder zunahm,

ließ sich voraussehen. Auch übten die Vorteile, welche die sich mehr und mehr verzweigenden Berechtigungszeugnisse in sich schlossen, auf immer weitere Elternkreise eine beständig wachsende Anziehung aus in dem Sinn, daß sie sich beeilten, zu diesem Zweck ihre Kinder einer höheren Schule zu übergeben. Hand in Hand damit ging auch das Streben zahlreicher mittelgroßer Städte des Landes, eine Anstalt mit Oberklassen in ihren Mauern zu errichten, um dadurch im eigenen Weichbild den Söhnen ihrer Bürger die begehrten Berechtigungsscheine verschaffen zu können. So stieg nicht bloß die Zahl der Schüler, sondern auch die der Klassen und Schulen im Lande.

Dazu traten als neue Gattung in unserem Zeitraum die Reformschulen, deren Aufbau wieder eine besonders gestaltete Lehrmethodik voraussetzte, und die eben schon erwähnte Umgestaltung der seitherigen Behörde zu einer „Ministerialabteilung für die höheren Schulen“ im Jahre 1903 brachte es mit sich, daß nunmehr auch sämtliche höhere Mädchenschulen des Landes unter die unmittelbare Leitung dieser Körperschaft kamen und die bisher bestehende ziemlich unvollkommene Einrichtung einer besonderen Rgl. Kommission für die höheren Mädchenschulen damit erlosch.

Nicht minder füllte sich der Geschäftskreis in innerer, inhaltlicher Beziehung. Denn von dem Mittelpunkt des Arbeitsgebiets aus, welchem für eine Schulbehörde doch in erster Linie die Grundfragen der Pädagogik und Didaktik bilden müssen, spannen sich zum Außenrand der übrigen Wissenschaften und dem Nachbargebiet anderer Verwaltungskreise zahlreiche Strahlen der verschiedensten Art. Die Bestimmungen über den Ausbau des Berechtigungswesens mit ihren ins bürgerliche Leben so mannigfach einschneidenden Folgerungen, die Abstufung der Gehaltsbezüge, die Ablösung der Schulpatronate — um wenigstens einige Punkte hier zu nennen — leiteten in stetig zunehmender Stärke dem Arbeitsfluß der Schulbehörde Rinnsale aus dem Quellbereich der Rechtspflege zu und vergrößerten damit von Jahr zu Jahr den Geschäftsbereich des hauptamtlichen juristischen Vertreters in ihrer Mitte. Dabei ermangelt das höhere Schulwesen Württembergs leider noch immer eines abschließenden Schulgesetzes, das vor allem auch die gegenseitigen Pflichten und Rechte von Staat und Gemeinde an die höhere Schule erschöpfend abwägt und endgültig festlegt.

Daneben spinnen sich die althergebrachten engen Beziehungen zwischen Kirche und Schule weiter: das regelmäßige Abhalten des Landexamens und des Konkurses für beide Bekenntnisse und die Überwachung des Unterrichtsbetriebs an den evangelisch-theologischen Seminaren bildete, wie von jeher, so auch in den letzten Jahrzehnten, einen wichtigen Bruchteil der Amtspflichten der Schulbehörde. Ein erheblicher medizinischer Einschlag trat hinzu durch die Aufstellung der Schulärzte und die mannigfachen Forderungen, welche die junge Wissenschaft der Schulgesundheitspflege zu erheben begann.

Nicht nur die alljährlichen Reifeprüfungen schlagen immer von neuem Brücken zur Bannmeile der Hochschule, auch die ständige Teilnahme von Uni-

versitätsprofessoren bei den höheren Dienstprüfungen der Lehrer gewährleistet die dauernde Verbindung zwischen den beiderseitigen Unterrichtsbehörden. Mit der Volksschule bekam die höhere Schule gerade in den jüngstverfloßenen Jahren nähere Fühlung durch die wiederholte Aufnahme solcher Sekundaner in ein Lehrerseminar, die, mit dem Einjährigenschein versehen, sich dem Volksschuldienst widmen wollen; auch die Prüfungen für Präzeptors- und Reallehrerstellen führen Glieder jener Gattung immer wieder in den Dunstkreis der höheren Schule hinein.

Mit den Schulverwaltungen anderer Staaten endlich blieb die württembergische Behörde in bleibender Berührung, unter anderem auch durch die Sitzungen der Reichsschulkommission, denen der Vorstand der Ministerialabteilung regelmäßig anwohnte.

So bekundet sich in dem Anschwellen der Berufspflichten der Schulbehörde das Werden und Wachsen, das Sicherweitern und Sichvertiefen des ganzen höheren Schulwesens des Landes in den letzten 25 Jahren. Auch hier läßt sich mit Händen greifen, wie die Wertschätzung von Erziehung und Unterricht, von Wissen und Bildung sich immer weiteren Kreisen unerbittlich aufdrängt und sich damit immer tiefer einbohrt in das ganze Kulturleben des Volkes. Der bisherige Verlauf des Weltkrieges hat bewiesen, was diese reiche Ausfaat von Lernstoffen und Unterweisungskeimen an starkem Willensdrang und zielbewußter Angriffskraft aufgehen ließ. Auch die württembergische Ministerialabteilung für die höheren Schulen hat dem furchtbaren Völkerringen ihren Blutzoll entrichten müssen: am 24. Oktober 1914 fiel bei einem Sturm auf die englischen Stellungen in der Gegend von Ypern als Oberleutnant der Landwehr Oberstudienrat Karl Reik viel zu früh für die Wissenschaft, für die Schule, für die Jugend, in deren dreifachen Dienst er seine reichen Fähigkeiten und seine nimmermüde Arbeitsfreudigkeit gestellt hatte.

Die Schulanstalten

So trocken zunächst das Zahlenheft erscheinen mag, welches alljährlich auf den 1. Januar die Schulbehörde in Form von statistischen Nachrichten über die ihr unterstellten Anstalten herausgibt, so erschließt sich doch aus diesen Ziffernfolgen nicht nur auf das lichtvollste die gesamte äußere Entwicklung des höheren Schulwesens, sondern für den, der diese mit größter Zuverlässigkeit zusammengetragenen Angaben richtig zu deuten versteht, erhellt sich auch der Wellengang der inneren Bildungspolitik, das notwendige Handinhandgehen von Bildungsnachfrage und -angebot im ganzen Land. Zahllose unterrichtsgeschichtliche Fäden ließen sich hierbei gewinnen und zu einem eigenartigen kulturhistorischen Gewebe zusammenwirken.

Am 1. Januar 1892, also etwa zur Zeit des Regierungsantritts Königs Wilhelms II., hatte die damalige Ministerialabteilung zu sorgen für 92 Gelehrten-, 78 Real- und 19 Elementarschulen, zusammen 189 höhere Unter-

richtsanstalten; auf den 1. Januar 1900 waren die entsprechenden Zahlen 91, 83, 18, zusammen 192. Eine wesentliche Verschiebung läßt sich also für diesen Zeitraum nicht feststellen. Am 1. Januar 1910, nachdem inzwischen die Verschmelzung der Gelehrten- und Real- mit den neuhinzugetretenen höheren Mädchenschulen zu dem gemeinsamen Begriff „höhere Schulen“ erfolgt war, gab es in Württemberg 184 höhere Knaben-, 23 höhere Mädchen- und 18 Elementarschulen, am 1. Januar 1916 zählte man 193 höhere Knaben-, 24 höhere Mädchen- und 21 Elementarschulen. So kann von einer auffallend großen Steigerung kaum die Rede sein; das Anwachsen dieser Ziffern hält etwa gleichen Schritt mit der Zunahme der ganzen Landesbevölkerung.

Vergleicht man nun die Namen der 110 Orte, die am 1. Januar 1892 eine höhere Schule hatten, mit den 122 von 1916, so sind nur 2 (Kirchberg a. J. und Scheer) ganz aus der Liste geschieden, dagegen 14 neu hinzugekommen, meist Landkleinstädtchen, wie Dornhan, Gerabronn, Heubach, Langenau, Lorch, Schussenried, aber auch das starkbevölkerte Bussenhausen, ein offenkundiger Beleg für das um sich greifende Verlangen nach höher führenden Unterrichtsquellen, die nicht nur eine reichere Bildung gewähren, sondern namentlich auch die vielgesuchten Berechtigungscheine vermitteln.

Wesentlich fruchtbarere Ergebnisse zeitigt eine Vergleichung des zahlenmäßigen Verhältnisses der einzelnen Schularten zueinander. Am 1. Januar 1892 zählte Württemberg 14 Gymnasien und Lyzeen, 6 Realgymnasien und -lyzeen, 66 Lateinschulen, 2 Reallateinschulen, 14 Realanstalten (mit Oberklassen) und 63 Realschulen; 1900: 15 Gymnasien und Lyzeen, 7 Realgymnasien und -lyzeen, 64 Lateinschulen, 1 Reallateinschule, 21 Realanstalten, 61 Realschulen; 1910: 19 Gymnasien und Progymnasien, 13 Realgymnasien und -progymnasien, 33 Realschulen mit Oberklassen, 115 Latein- und Realschulen, von denen 21 ausgesprochene Latein-, 40 ausgesprochene Real- und 54 gemischte Schulen waren; 1916: 22 gymnasiale Schulen mit Oberklassen, 17 ebensolche realgymnasiale, darunter 5 Reformschulen, 38 realistische Schulen mit Oberklassen, 116 Latein- und Realschulen, davon 39 ausgesprochene Latein- und 71 ausgesprochene Realschulen.

Die Steigerung der gymnasialen Schulen von 14 auf 22, der realgymnasialen von 6 auf 14, der realistischen mit Oberklassen von 14 auf 38 beweist einleuchtend, wie in den größeren Städten im Bunde mit dem Bevölkerungszuwachs die realistische Bildungsrichtung eine weit größere Zugkraft auf die schulbeteiligten Kreise ausübt als die humanistische, wie also auf diesem Feld auch der konservative schwäbische Geist dem unentrinnbaren Zug der Zeit Gefolgschaft leisten muß, der nun einmal im Genuß der üppigen Friedensjahrzehnte bei dem staunenswerten Aufschwung von Technik und Industrie die Pflege der Mathematik und Naturwissenschaften und die Übung der einen unmittelbaren Nutzen bietenden Modernfremdsprachen als zukunftsverheißend auf seine Fahne schrieb.

Ganz entsprechend war die Entwicklung auf dem Lande: von den 66 Lateinschulen von 1892 verdienen 1916 nur noch 39 diese Bezeichnung; auch die Zahl der eigentlichen Landrealschulen hob sich in unserem Zeitraum nur von 63 auf 71. Aber aus den 2 Reallateinschulen von 1892 waren schon 1910 nicht weniger als 54 geworden; Rücksichten auf schultechnische Vereinfachung wie auf finanzielle Ersparnis führten im Laufe der Zeit in sehr vielen Landorten zur Verschmelzung der bisher getrennten Einrichtungen in Gestalt des Sammelgebildes der „höheren Schule“. In den meisten Fällen mochte diese Maßregel wechselseitig Folge und Wirkung sein eines Anschwellens der realistischen und eines Abebbens oder wenigstens Stillstehens der humanistischen Richtung.

Den ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht bilden für diese ganze Zeit die vier niederen evangelisch-theologischen Seminare Maulbronn, Schöntal, Blaubeuren und Urach; nach Einrichtung und Schülerzahl, Bildungsziel und Unterrichtsgeist verkörpern sie die sich gleichbleibende Gründlichkeit des schwäbischen Althumanismus: Studienquellen, die auch im letzten Vierteljahrhundert der Hochschule eine stattliche Zahl feiner „ingenia“ mit philosophischem Tiefblickvermögen zugeführt haben, Mittelpunkte langer, durch Geschlechter hindurch hochgehaltener Familienüberlieferungen, ehrwürdige Freundschaftspflegestätten für eine Auslese begabter Beamten söhne mit allen Vorzügen, aber auch Nachteilen eines in ländlicher Stille sich abspielenden Internatlebens.

Als eine neue Gattung im Kranz der höheren Schularten sind, was den äußeren Aufbau betrifft, während der Regierungszeit des Königs die in den Mittelstädten beliebten Realschulen mit einer Oberklasse (6. Kl. = VII) aufgetreten, welche ihre Zöglinge bis zur Erlangung des Einjährigengeseines beherbergen.

Ihrer inneren Unterrichtsgestaltung nach bedeuten dagegen etwas bisher für Württemberg Fremdes die Reformschulen mit gemeinsamem Unterbau und Französisch als erster Fremdsprache. Die bisher für Knaben in Stuttgart, Alen, Ebingen, Geislingen und Tuttlingen geschaffenen gehören alle der realgymnasialen Richtung an; die einzige Vertreterin reformgymnasialer Prägung im Lande ist das blühende Königin-Charlotten-Mädchengymnasium in Stuttgart (eröffnet 1899), eine Privatanstalt mit staatlicher und städtischer Unterstützung für solche Töchter, die sich auf einer reinen Mädchenschule die Reife für das Hochschulstudium erringen wollen. Als Beispiel einer neuzeitlichen privaten Bildungsstätte, die sich bemüht, stets die modernsten Errungenschaften der Pädagogik und Methodik der begüterten hauptstädtischen Jugend zugänglich zu machen, sei wenigstens mit einem Wort hier die vielbesuchte, prächtig gelegene Heidehoffschule in Stuttgart erwähnt.

Die Zahl der Elementarschulen stieg von 19 auf 21, die der Bürgerschulen von 1 auf 5, welch letztere alle in Groß-Stuttgart sich befinden; bei

jenen sind aus 61 Klassen 99, bei diesen aus 24 von 1892 105 geworden! Welch mächtiges Streben der Mittelschichten der Residenz nach „erhöhter“ Bildung umschließen diese schlichten Zahlen!

So geht mit der Neigung, in kleineren Orten mehrere Schulen zu einer Einheit zusammenzuschweißen, in den größeren Städten eine immer weiter schreitende Verästelung hinsichtlich der Schularten Hand in Hand. Daneben regen sich in leistungsfähigen Gemeinden immer neue Wünsche nach Weiter- und Ausbau der bestehenden Schulen; maßgebend sind auch hierfür vor allem die Vorzüge der Berechtigungserteilung, auch wenn nicht durchweg ein dringendes Bedürfnis vorzuliegen scheint. Hierfür nur wenige Belege: Alalen hat 1892 voneinander getrennt eine Latein- und eine Realschule; 1900 besitzt die letztere schon zwei Oberklassen; 1910 ist alles zu einem Realprogymnasium vereinigt, das 1916 wieder in ein Reformrealgymnasium und eine Oberrealschule gegabelt erscheint; ähnlich verläuft die Entwicklung in Tuttlingen. Der Industrieort Göppingen, der 1892 eine vierklassige Lateinschule und eine zehnklassige Realschule aufwies, hatte 1916 für die Söhne seiner Stadt ein Realgymnasium, eine Oberrealschule und eine sechsklassige Realschule.

Eine besondere Beleuchtung darf endlich naturgemäß auch nach diesem Gesichtspunkt das höhere Schulwesen der Hauptstadt beanspruchen. 1915 weist es wie 1892 die zwei humanistischen Gymnasien, das altehrwürdige Eberhard-Ludwigs- und das viel jüngere Karlsgymnasium auf. Von dem stets sehr stark besuchten Realgymnasium, dessen verdienter Begründer, Oberstudienrat von Dillmann, am 18. Dezember 1899 starb, hat sich das moderne Reformrealgymnasium abgesondert; aus der einen Stuttgarter Realanstalt, die es vor 25 Jahren gab, sind 2 ausgebaute Oberrealschulen und 3 Realschulen mit einer Oberklasse geworden. Auch hier also die Vorliebe für den Realismus!

Den beiden gefeierten älteren Vertreterinnen im Kreise der Bildungsanstalten für die weibliche Jugend, dem Katharinen- und Olga-Stift in Stuttgart, die 1903 aus ihrer Sonderstellung als königliche Patronatschulen in städtische Verwaltung übergingen, ist als jüngstes Glied die Königin-Charlotte-Realschule an die Seite getreten, so daß zusammen mit dem höheren Lehrerinnenseminar, dem schon erwähnten Mädchengymnasium und zwei Privatanstalten zusammen 7 derartige Unterrichtsstätten in Stuttgart der Regl. Ministerialabteilung unterstehen. Auch im Lande lassen sich für das höhere Mädchenschulwesen im ganzen dieselben Gesetze nachweisen wie bei den Knabenanstalten: Neueröffnung solcher Schulen in Mittelstädten (Alalen, Heidenheim, Rottweil, Öhringen; dagegen geht Ellwangen ein!), Vergrößerung und Weiterbau da, wo sie schon länger bestehen. So gilt auch für das Württemberg der letzten 25 Jahre wie für das ganze Deutschland die Tatsache, daß immer breitere Elternkreise sich die Verpflichtung zu eigen machen,

auch den Töchtern eine vertiefte Bildung und einen erweiterten Kenntnisschatz als wertvollsten Besitz auf den Lebensweg mitzugeben.

Die Lehrerschaft

Auch für die höhere Lehrerschaft Württembergs gestaltete sich das verflossene Vierteljahrhundert zu einer Zeitspanne von tiefgehender Bedeutung. Soll das Ergebnis, das für die Entwicklung des gesamten höheren Schulwesens festgestellt werden kann, wirklich den Ruhmestitel eines gesunden Aufschwungs verdienen, dann muß auch an diesem Aufstieg dem Lehrerstand, als der Gesamtheit der eigentlichen Werkzeuge des Unterrichts- und Erziehungsgedankens, sein wohlberechtigter Anteil zufallen. Um es gleich vorwegzunehmen: auch hier ist ein sicheres Aufwärtsklimmen festzustellen. Die höhere Lehrerschaft steht nach Ansehen und Beurteilung, nach materieller Zumessung wie nach wissenschaftlicher Ausrüstung heute anders da als beim Beginn der neunziger Jahre. Freilich ist nicht auf allen Feldern des Streites — und zu einer Kampfzeit sind in diesem Sinn die letzten 25 Jahre geworden — das errungen worden, was damals wünschenswert erschien und auch in Zukunft so erscheinen wird.

Wiederum lassen sich nur etliche Hauptfragen von besonders bezeichnendem Inhalt und besonders einschneidender Wirkung hier herausgreifen. Wohl das bedeutsamste Merkmal in diesem Kampf der Lehrerschaft um die materielle Hebung ihres Standes ist ihr fortschreitender Zusammenschluß zu einer Einheit. Im Jahre 1895 erhob der 1890 gegründete Verein der Lehrer an humanistischen Anstalten Württembergs die „Südwestdeutschen Schulblätter“ zum Werkzeug seiner Wünsche gegenüber der Öffentlichkeit. Dadurch trat diese Körperschaft nicht nur in engere Fühlung mit den Vereinen akademisch gebildeter Lehrer von Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen, welche dieselbe Zeitschrift als Sprachrohr benützten, sondern sie konnte nunmehr ihre Forderungen und Mißstände, Erfolge und Enttäuschungen durch diesen literarischen Dolmetscher mit ganz anderem Nachdruck zu Anliegen der Gemeinsamkeit stempeln, als dies bisher der Fall war, und tatsächlich sind auch zumal die ersten Jahrgänge dieser Blätter durchweht von dem Geist scharfen Angriffs gegen Schulbehörde und öffentliche Meinung wie gegen Laubheit im eigenen Lager, wobei der damalige Ellwanger Professor, spätere Ulmer Gymnasialrektor Dr. Hirzel die Fahne vorantrug. Neben dem württembergischen Gymnasiallehrerverein, wie die oben erwähnte Gemeinschaft sich seit 1896 nannte, ging als getrennte Einheit der württembergische Reallehrerverein (später: Verein realistischer Lehrer Württembergs) her, der die Amtsgenossen der anderen Wissenschaftsrichtung enthielt.

Der Zusammenschluß beider Lager zu einem Ganzen mußte notwendig nur eine Frage der Zeit sein. Auf der Landesversammlung von 1908 zu Stuttgart erfolgte mit nahezu einstimmiger Freude die Zusammen-

schweißung aller akademisch gebildeten Lehrer Württembergs zu einer geschlossenen Einheit, die sich dann die Bezeichnung „Württembergischer Philologenverein“ beilegte. In der Stärke von 700 bis 800 Mitgliedern bildet seitdem diese Vertretung des ganzen Standes immerhin eine Macht, deren Stimme bei Standes- und Schulfragen das Recht der Mitäußerung für sich in Anspruch nehmen darf. Nicht minder freudig hat dann die schwäbische Lehrerschaft auch noch den weiteren und letzten Schritt getan, indem sie sich dem großen Gesamtverbande angliederte, der seit 1904 — auf Hessens Anregung — den vollen deutschen Oberlehrerstand eint. Im Ausschuß dieses Verbandes der akademisch gebildeten Lehrer Deutschlands ist Württemberg seitdem seiner zahlenmäßigen Stärke entsprechend vertreten; zu allen Tagungen wurden Abgesandte aus seiner Mitte abgeordnet.

Als getrennte Vereinigung besteht außerdem im Lande noch der 1899 geschaffene Kollaboratorenverein, der sich später zu einem „Verein der Präzeptoren und Reallehrer Württembergs“ umgestaltete; er umfaßt die seminaristisch vorgebildeten Lehrer an den Unterklassen der höheren Schulen. Für den württembergischen Lehrerinnenverein ist das Jahr des Regierungsjubiläums 1916 zugleich das Jahr seines 25jährigen Bestehens.

Die Aufgaben, an deren Lösung diese verschiedenen Einzel- und Gesamtvereine die Kraft ihres Wirkens und das Maß ihres Erfolges in erster Linie erproben konnten, betrafen leider zumeist Standesverhältnisse, welche die Prosa des Lebens in sich schließen: Gehalts-, Titel- und Rangfragen in bunter Mischung. Die Zustände, wie sie in den ersten neunziger Jahren sich darboten, waren allerdings auch sehr wenig erfreulich. Zwar waren die schlimmsten Mängel des seitherigen Stellen- oder Pfründensystems, wonach jede einzelne Stelle mit einem bestimmten, sich immer gleichbleibenden Gehalt ausgestattet war, 1891 durch Festsetzung von Mindestgehalten für verschiedene Stufen und etwas höheren Dienstalterszulagen gemildert worden. Aber auch dann noch ergab sich als pensionsberechtigte Durchschnittsbefoldung für einen Rektor (außerhalb Stuttgart) nur 4750 M, für einen Oberklassenprofessor 4240 M, für einen Oberpräzeptor in der Stadt 3120 M, für einen Landpräzeptor 2590 M; Bezüge, welche die damaligen höheren Lehrer hinter anderen entsprechenden Beamtengruppen des Landes, vor allem aber auch gegenüber den Amtsgenossen anderer Staaten sehr erheblich verkürzten. Die Verhandlungen der alljährlichen Vereinsversammlung geben ein lebendiges Bild von dem langsamen, aber stetigen Vorwärtsdrängen der Lehrerschaft auf diesem Boden, aber auch von der dornenvollen und undankbaren Verpflichtung des jeweiligen Vereinsausschusses, diesen Kampf durchzuführen.

Einen bedeutsamen Fortschritt brachte 1899 die Einführung des Dienstaltervorrückungssystems. Die jetzt geltenden Bestimmungen stammen aus der Neuordnung von 1911, die, auf der schon früher beschrittenen Grundlage der Zusammenfassung entsprechender gleichartiger Lehrer und Lehrstellen zum Zweck gehaltlicher Gleichberechtigung fußend, „die gehaltliche

Gleichstellung der Lehrer der höheren Schulen mit den ihnen nach Vorbildung und Stellung entsprechenden Staatsbeamten anderer Verwaltungszweige im Grundsatz vollzogen hat“. Eben in dieser Gleichsetzung liegt der innere Hochwert dieser Neuregelung, trotz des damit verbundenen Wegfalls der früher vielbegehrten Ortszulagen, die allerdings eine starke örtliche Ungleichheit in das ganze seitherige Gehäufte getragen hatten und trotz des in manchen Fällen schmerzlichen Besoldungszurückdienens, das für etliche Amtsgenossen mit dem Übertritt in eine höhere Rangstufe verbunden war. Immerhin erweckt auch die jetzt noch bestehende Gliederung aller an höheren Schulen dienenden Lehrer und Lehrerinnen in zwölf verschiedene Gehaltsreihen den Eindruck einer starken Zersplitterung.

Einen sichtbarereren Erfolg, was Vereinfachung und Vereinheitlichung betrifft, weisen die Titel- und Rangänderungen der letzten 25 Jahre auf. Es war hochehrfrohlich, daß die humanistische Prüfungsordnung von 1898 der leidigen Trennung der seitherigen Professorats- und Präzeptoratsprüflinge endgültig das Todesurteil sprach und damit die Überbrückung der bedauerlichen Kluft anbahnte, welche bisher Amtsgenossen von der gleichen Hochschulbildung in zwei nach Titel, Rang und Laufbahn grundsätzlich verschiedene Lager gespalten hatte. Auf dieser Voraussetzung wird auch Württemberg, wie andere Bundesstaaten schon längst, in absehbarer Zeit einen nach Vorbildung, Prüfung und Stellenansprüchen einheitlichen Oberlehrerstand erhalten. An den Unterklassen, bis zu der vielumstrittenen Quinta, wirken nach wie vor die zumeist aus den Lehrerseminaren hervorgegangenen Präzeptoren und Reallehrer; die ersteren konnten glücklicherweise schon seit Jahren den greulichen Titel „Kollaborator“ ablegen.

Manche Einzelfragen harren freilich auch hier noch auf eine befriedigende Lösung. Die schon lange gewünschte Neuregelung der Pflichtstundenzahl im Jahre 1909 hat manche schlimme Härte, namentlich auch zugunsten der Landlehrer, beseitigt; aber die durchgängig für das Maß der Unterrichtsverpflichtung in Betracht kommende Unterscheidung von Schulen mit und ohne Oberklassen gibt eine neue, nicht hinlänglich begründete Scheidung.

Für die jungen Philologen waren, zumal in der ersten Hälfte unseres Zeitraumes, die Anstellungsverhältnisse, namentlich auf humanistischer Seite, wenig verlockend. Nach langen Jahren mühevollen Umherwanderns im Aushilfsdienst mußte ein Professoratskandidat froh sein, wenn ihm schließlich, oft tief im vierten Jahrzehnt seines Lebens, ein Landpräzeptorat zuteil wurde. Mancher hoffnungsvolle Schwabensohn schüttelte damals den heimischen Staub von den Füßen, um in dem deutschen Norden sich eine zu rascherem Aufstieg führende Laufbahn zu zimmern. Den Realisten leuchteten anfangs günstigere Sterne; später jedoch verschlechterten sich auch ihre Aussichten

mehr und mehr. Die Standesvereine versäumten nicht, mit Nachdruck auf eine Änderung dieser Zustände hinzuwirken; namentlich forderte man die Ersetzung dauernder Hilfslehrerstellen durch ständige Stellen. Auch hier ist in vielem Wandel geschaffen; das bitterste, aber wirksamste Heilmittel wird die erschütternde Lichtung der jungen Philologenreihen durch den männermordenden Krieg bilden. Hoffentlich wird dann auch diesen Unständigen nicht länger der schon lange sehnlich erstrebte Referendar- und Assessorntitel vorenthalten, der sie wenigstens in dieser äußeren Bezeichnung den Juristen und den diesen verwandten Beamtengruppen gleichstellt.

Indessen wäre es ein Zeichen einer wenig erfreulichen Einseitigkeit, wenn all das, worin der höhere Lehrerstand Württembergs in den letzten 25 Jahren ein Fortschreiten zu buchen hat, nur in der Ebene der äußeren Hebung und sozialen Besserstellung liegen würde; ja der hier erzielte Gewinn würde sich dann letzten Endes als ein fraglicher Wertzuwachs erweisen, wenn nicht der ganze Stand, der Höherstreckung des Erziehungszieles und der Steigerung der Wissensansprüche in der Jetztzeit folgend, auch an den Schätzen zugelegt hätte, welche die Bildung des Geistes und Herzens in sich bergen. Derartige Strebungen müssen notwendigerweise ihren sichtbaren Niederschlag und ihr amtliches Schlußsiegel in den Prüfungsordnungen für die angehenden Lehrer finden, da diese festsetzen, was ein künftiger Jugendbildner an geistigen Kräften und sittlichen Werten enthalten muß, wenn ihm Kinderseelen anvertraut werden sollen.

Während die alten Vorschriften für die Professorats- und Präzeptorats- bzw. Reallehrerprüfung von 1864 und 1865 nicht weniger als 34 Jahre lang in Kraft blieben, wurden die Festsetzungen für die Kandidaten des humanistischen und des realistischen Lehramts von 1898 bereits schon nach 1½ Jahrzehnten ersetzt durch die neueste Ordnung für das höhere Lehramt von 1913; schon diese Namen kennzeichnen wieder das Streben nach Vereinheitlichung. Den Forderungen der Gegenwart kommt diese jüngste Vorschrift durch eine Reihe schätzenswerter Zugeständnisse entgegen: an die Stelle des früheren multa trat das multum, indem z. B. für die Alt- und Neusprachler das auch in anderen Staaten übliche Dreifächergruppensystem eingeführt wurde, das statt vieler dünner Querschnitte etliche kräftige Tiefbohrungen nicht nur ermöglicht, sondern verlangt. Statt der Allgemeinbildung wird mehr Fachbildung gefordert; früher wurden Klassen-, jetzt werden Fachlehrer großgezogen. Sonderwünsche in der Fächerauswahl und der Stellung des Probearbeitsthemas finden — in moderner Großzügigkeit — Genehmigung und verdrängen die frühere starre Gleichmacherei. Von größter Bedeutung ist die Stempelung des zweiten Prüfungsteils für die Kandidaten aller Richtung zu einem eigentlich pädagogischen. Dadurch wird der Erziehungswissenschaft und den ihr verwandten Forschungsgebieten diejenige Rolle in der Vorbildung auch der künftigen höheren Lehrer

zugewiesen, die ihr schon längst gebührte. Von besonderem Segen ist die pflichtmäßige Einführung der Prüflinge in Lehrkunst und Lehrbetrieb durch Zuweisung an eine Schule zwischen den beiden Prüfungshälften; hoffentlich gehen künftighin nicht mehr gar zu viele junge Amtsgenossen durch Mangel an Lehrkräften dieser Wohltat eines „Referendarjahres“ verlustig. Die Dienstprüfung für Präzeptors- und Reallehrerstellen von 1900 baut sich im wesentlichen auf der ersten Volksschuldienstprüfung auf.

Entsprechenden Richtlinien mußte auch die Entwicklung des Prüfungswesens der weiblichen Lehrkräfte folgen. Die 1906 erlassene Prüfungsordnung stellte durch die große Zahl der Fächer und die Summe des verlangten Gedächtniswissens starke Anforderungen an die Bewerberinnen, eine gewisse Entlastung in diesem Sinn brachten schon die Ergänzungsbestimmungen von 1910. Die Frauenbildungsbewegung der jüngsten Zeit hatte die Wirkung, daß auch von den künftigen Oberlehrerinnen Hochschulstudium verlangt wird; die notwendige Folge davon mußte sein, beim Abschluß der Universitätsjahre die Philologinnen der gleichen Prüfung zu unterwerfen wie ihre männlichen Studiengenossen.

Schon die wenigen Fragen, deren Entrollung in den letzten 25 Jahren hier nur kurz angedeutet werden konnte, berechtigen zu einem Rückschluß auf den engen Zusammenhang, in dem die Lehrerstellung und Lehrerbildung mit der Entfaltung des gesamten Bildungswesens, ja mit dem Fortschritt des ganzen Kulturlebens eines Volkes standen und stehen müssen. Unleugbar hat das verflossene Vierteljahrhundert auch die höhere Lehrerschaft Württembergs in zahlreichen Beziehungen vorwärts gebracht; die Früchte davon kommen der Schule, der Jugend, dem Staate zugute.

Die Schülerschaft

Auch in diesem Abschnitt, wie oben bei den Schulanstalten (Abschnitt 4), müssen die Zahlen die führende Stimme haben. Denn wiederum zeigen sie nicht nur den Werdegang des ganzen Unterrichtszweiges, sondern auch die steigende Zu- oder Abneigung der in Frage kommenden Bevölkerungsschichten für die eine oder andere Bildungsrichtung. So lochend es wäre, die einzelnen Schwankungen auf diesem Gebiet im Laufe des verflossenen Vierteljahrhunderts zu verfolgen, so kann hier doch nur die Gesamtentwicklung überschaut werden, die sich aus der Vergleichung der Anfangs- und Schlusziffern ergibt.

In den Jahren 1890—1915 hob sich Württembergs Bevölkerung um etwa 400 000 Seelen, d. h. um rund 20 %. Dieser Steigerungsziffer stelle man folgende Angaben aus dem Bereich des höheren Schulwesens gegenüber: Am 1. Januar 1892 wurden alle höheren Schulen für die männliche Jugend besucht von 19 526, am 1. Januar 1916 von 32 225 Kindern; dieses

Mehr von 12 699 Köpfen entspricht einer Zunahme von 65,36 %. Diese Schülerzahl übersteigt also um mehr als das Dreifache die Höhe der Schülermenge, die dem Anwachsen der Landesbevölkerung entsprechen würde.

Von diesen schulbesuchenden Kindern gehörten dem humanistischen Zweige an 1892: 8252, 1916: 8809; der Zuwachs von 557 Köpfen bedeutet 6,75 %. Realisten waren es 1892: 8907, 1916: 15 915; sie stiegen also um 7008 Schüler = 78,65 %. Das Anschwellen des Schulbesuchs kommt also in weit überwiegendem Maße den realistischen Bildungsstätten zugute.

Die Zahl der Elementarschüler ging von 2367 auf 3571 hinauf; dies entspricht einer Erhöhung von 50,86 %.

So lassen alle diese Ergebnisse einleuchtend erkennen, wie das Bestreben, den Kindern eine höhere Ausbildung zu geben, immer weitere Bevölkerungskreise ergreift. Überaus bemerkenswert sind die Summen der Besucher der Bürgerschule, d. h. jener Schulart, die bis jetzt noch (wenigstens unter diesem Namen) nur den Bewohnern von Groß-Stuttgart zur Verfügung steht: an die Stelle der 839 Schüler von 1892 sind 1916 3930 getreten, was eine Zunahme von 368,41 % verkörpert, ein staunenswertes Zeugnis der Wert-schätzung der hier gebotenen Mittelbildung für breite Volksschichten!

Über den Besuch der höheren Mädchenschulen liegen genauere amtliche Zahlen seit 1. Januar 1905 vor; aber schon in diesen letzten 11 Jahren ist die Ziffer der Schülerinnen von 4720 auf 7613 gestiegen.

Die Verteilung der Schüler auf die einzelnen Schulen ist naturgemäß die denkbar ungleichste; die einen Anstalten sind in den 25 Jahren aufgeblüht, andere dahingewelkt. Daß jedoch die dargelegte Steigerung des Besuchs höherer Schulen in besonders starkem Maße auf die Rechnung der größeren Orte zu setzen ist, lassen folgende Angaben erkennen: „Elefanten-anstalten“ mit über 500 Schülern gab es 1892 nur 6, die sich alle in Stuttgart befanden (Realgymnasium 756, Eberhard-Ludwigs-Gymnasium 603, Karls-Gymnasium 590, Realanstalt 1375, Bürgerschule 839, Elementarschule 670 Schüler). 1916 waren daraus 19 geworden: außer den verschiedenen Stutt-garter Großschulen die Oberrealschulen in Cannstatt, Eßlingen, Ludwigsburg, Reutlingen, Tübingen, sodann die Mädchenrealschule in Heilbronn.

Dagegen war die Zahl der „Mammutanstalten“ mit über 1000 Schülern nur um eine gewachsen (in Stuttgart 1892 Realanstalt 1375; 1916 Bürgerschule 1491, Elementarschule 1197 Schüler); in allen anderen Fällen hatte man eine solch unerwünschte Verbreiterung durch Spaltung in mehrere Einheiten beseitigt.

Zum Schluß noch eine Besonderheit: Württemberg ist wie Baden (aber im Gegensatz zu Preußen) ein Land der „Koedukation“, d. h. der gemeinsamen Erziehung beider Geschlechter auch auf höheren Schulen; vor allem in kleineren Orten, die keine höhere Mädchenschule haben, ist die Möglichkeit, die Töchter in die höhere Knabenschule zu schicken, eine vielen Eltern hochwillkommene Gelegenheit, auf diesem Wege allen ihren Kindern eine

tiefergehende Bildung zu übermitteln. Während am 1. Januar 1905 (weiter zurück reichen die Zusammenstellungen nicht) die eine höhere Knabenschule besuchenden Mädchen nur 1,02% der ganzen Schülerschaft bildeten, ist ihr Anteil am 1. Januar 1916 schon auf 5,21% gestiegen.

Und so legen auch alle hier angeführten Belege wiederum Zeugnis ab von der Gediegenheit unserer höheren Schulen, die in immer steigendem Verhältnis die Söhne und Töchter des Landes in ihre Hallen locken, wie von der Wertschätzung, welche die in diesen Unterrichtsanstalten dargebotene Bildung bei immer breiteren Schichten der Bevölkerung sich zu erringen weiß.

Der Unterricht

Unterrichtsgeschichte ist in ganz besonderem Sinn Kulturgeschichte. Denn das, was die Schule lehrt, soll als satter Niederschlag aus Vergangenheit und Gegenwart geschöpft, zum Geistesgut sich wandeln für die Zukunft in der Seele der Jugend. Zu dem Bildungsideal, das beständig sich modelt im Strom der Zeit, tritt als Ergänzung das Erziehungsziel, das in annähernd immer sich gleichbleibender Festsetzung in Deutschtum und Christentum, Charakterstärkung und Persönlichkeitsprägung seine Sterne sieht, höchstens daß bald die eine, bald die andere dieser Falten stärker auszufüllen ist. Auf dem Wege, auf dem die Schule diese ihre Aufgabe zu verwirklichen sucht, greifen die besonderen Kräfte der Gegenwart bald fördernd, bald hindernd ein: der Materialismus der Lebensführung, die Hochspannung von Technik und Industrie, das Vorwärtstürmen der natur- und geisteswissenschaftlichen Forschung, die mächtige inhaltliche Erweiterung der Pädagogik in den letzten Jahrzehnten; mit all diesen Anregungen und Eriebfedern eines Zeitalters hochentwickelter Lebenskunst und Geisteskultur hat der Schulunterricht sich abzufinden, zumal in den höheren Lehranstalten, den Vorbereitungsstätten der künftigen Beamten.

So ist denn auch die Unterrichtsentwicklung dieser Bildungsquellen in den letzten 25 Jahren — und sie kann kaum etwas anderes sein — ein fortgesetztes Streben und Ringen nach Verbesserung im besonderen, nach Vertiefung im ganzen. Die kleinen Einzelschritte des Vorwärtstretens können hier nicht verfolgt werden. Aber wenn die Schulverwaltung einmal wieder die Summe von Erlebtem und Erprobtem zusammenfaßt in großzügigen Richtlinien, die, aus der Erfahrung langer Jahre geschöpft, nun auch für lange Jahre der Zukunft das ganze Arbeitsfeld umgrenzen und bestimmen sollen, so bedeutet solche Sakung durch die ganze Reichweite ihrer Folgen einen Markstein in der Schulgeschichte eines Landes: für Württemberg ist zu einem solchen Eckpfeiler der Lehrplan von 1912 geworden, der den Gesamtunterricht aller höherer Knabenschulen des Landes neu ordnete.

Aller höheren Knabenschulen! Seit dem Erscheinen der großen „Kirchenordnung“ 1559, also seit der Begründung eines einheitlich gestalteten höheren

Schulwesens in Württemberg überhaupt, war kein Schulgesetz von so allumfassender Geltung mehr ausgegeben worden, eine kulturgeschichtliche Tatsache, die einer starken Betonung nicht entraten darf. Die im Jahre 1906 erlassenen Bestimmungen betrafen eigentlich nur die humanistischen Schulen, deren veraltete Unterrichtsordnung von 1891 sie verbessern sollten; die damalige Verminderung der Gesamtstundenzahl hatte für das Lateinische keine grundsätzliche Zurückschraubung der Zielforderungen im Gefolge, wohl aber ein Beiseitesetzen der Komposition, eine bedeutsame didaktische Verschiebung, welche auch das Griechische an Oberklassen über sich ergehen lassen mußte; den Gewinn an Stundenzahl und Lehrinhalt erhielten dafür hauptsächlich Erdkunde und Französisch.

Damit waren aber doch schon die Fäden angesponnen, denen die Schulverwaltung auch weiter folgte, um aus ihnen das geschlossene Gewebe des Lehrplanes von 1912 zu fertigen, nach dem Vorgang zahlreicher anderer deutscher Bundesstaaten, deren Erfahrungen die schwäbische Neuordnung bereits mitverwerten konnte.

Wohl der grundsätzlich wichtigste Fortschritt wurde hierbei dem deutschen Unterrichte zuteil. Schon längst vor dem Auflohen der nationalen Begeisterung, die durch den Krieg entflammt wurde, war vielfach bemängelt worden, daß gerade die Pflege der Muttersprache, die Übermittlung der Bildungsgüter und Kulturschätze des eigenen Volkstums, in unzureichendem Maße an den höheren Schulen geübt worden sei. Gleichviel, wie weit diese Klagen berechtigt waren oder nicht, jedenfalls hat die neue Verordnung hier einem gesunden, frischen Luftzug Raum gegeben. An die Stelle des seitherigen Klebens am literaturgeschichtlichen Leitfaden soll das unmittelbare Einführen der Schüler in den Born des deutschen Schrifttums treten; Goethes Tod darf hierfür nicht mehr den Abschluß bilden, sondern gerade auch die führenden Geister des späteren 19. Jahrhunderts sollen durch ihre Schöpfungen Einzug halten in die jungen Seelen; der Poesie muß mustergültige Prosa in Schul- und Hauslektüre in weiterem Maß an die Seite treten; freie Vorträge sollen die Handhabung der Muttersprache in schöpferischer Selbsttätigkeit der Schüler fördern: lauter Zielsetzungen, welche erkennen lassen, wie die neuen Säkungen an der Hand gerade dieses Unterrichts die früher einseitige Unterweisungsschule mehr und mehr auch zur gesinnungsbildenden Erziehungsschule umzuwandeln bemüht sind.

Denselben Geist atmet auch die Neuordnung des Geschichtsunterrichts. In den Mittelpunkt tritt das Aufzeigen der Entwicklung des eigenen Volkes, die zu begleiten ist bis herunter in die allerjüngste Vergangenheit; was seinen Werdegang folgens schwer befruchtet und was sonst noch bleibenden geschichtlichen Eigenwert sich zu erringen vermochte, ist aus dem Lebenslauf fremder Völker, aus dem Strom von Altertum und Mittelalter herauszuschöpfen. Durch Zurückschieben der Kriegsgeschichte und stärkere Beleuchtung der Wirtschafts- und Kulturgeschichte, durch Betonung der Bürgerkunde

soll das staatsbürgerliche Verstehen gleichsam von selbst, ohne bewußte Zuspitzung erhoben werden zum staatsbürgerlichen Empfinden.

In einem Unterrichtsplan, der sich mit Bewußtheit und Nachdruck auf die nationale Grundlage stellen sollte, den Fremdsprachen die ihnen nach wie vor gebührende Geltung zu verschaffen, war nicht ganz leicht. Wenn nun für Latein und Griechisch als Endzweck bezeichnet wird, die Jugend an der Hand geeigneter Schriftwerke des Altertums in die Geisteswelt der Antike einzuführen, so wird damit die Kultur der Alten nach ihrem Ewigkeitswert von neuem zum hohen Ziel des humanistischen Unterrichts gestempelt, für dessen Erreichung die Unterweisung in den alten Sprachen nur das Mittel bedeutet; ihre Pflege als denkkraftbildende Selbstaufgabe zu betreiben, wie es nicht nur die Lehre des Zeitalters des Humanismus, sondern z. B. auch noch jahrhundertlang die Anschauung des Gelehrtenschulbetriebs gerade in Württemberg gewesen war, wurde damit — hoffentlich für immer — aufgegeben. Erfreulicherweise ist das Maß des Geforderten damit nicht kleiner gemacht, aber der Geist und die Art, wie die Schule dieser Aufgabe gerecht werden soll, ist modern und human geworden. Auch bei den neuen Fremdsprachen hat Literatur und Kultur als das zu Erstrebende zu gelten; das populäre Erschließen von „Land und Leuten“ soll zurücktreten vor dem Geist und Wesen; das Wort in Grammatik und Sprechübung wird zum Vermittler, aber nicht zum Gebieter dieser Bemühungen.

In besonders erfreulicher Weise wird der neue Lehrplan der wachsenden Einschätzung der Erdkunde gerecht. Der früheren Aschenbrödelstellung in der amtlichen Wertung und tatsächlichen Unterrichtsbehandlung ist diese nun endgültig entrückt; ihre Gegenwartsbedeutung findet in verstärkter Stundenzahl ihren sichtbaren Ausdruck; die methodischen Vorschriften verlangen namentlich Weckung der Selbstbeobachtung und eigenen Schlußfolgerung durch die Schüler. Das Kartenzeichnen soll die Hand, das Kartenlesen das Auge, das Kartendeuten den Verstand fördern und so manuelle und intellektuelle Unterweisung, Lehrübermittlung und Eigentätigkeit verschwistern. Sachlich soll wiederum das deutsche Land und Volk in den Mittelpunkt treten; die Fremde ist in Beziehung zur Heimat zu setzen; starke Berücksichtigung muß dem Deutschtum im Ausland zuteil werden.

Ebenso münden wiederum verschiedene der bisher angedeuteten Strahlen in der Behandlung der mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächer zusammen: reiche Verwendung der Anschauung gilt auch hier als Grundregel, die verschiedenen mathematischen Forschungszweige werden enger als bisher miteinander in Zusammenhang gebracht; bildet die methodisch wohl durchgearbeitete arithmetische und planimetrische Vorstufe die Grundlage, so soll die Führung durch die höheren Wissensschichten schließlich in der Gewinnung der in ihnen ruhenden philosophischen Wahrheiten gipfeln.

Nur unvollkommen vermag diese kurze Übersicht über etliche Hauptgrundzüge darzutun, wie durch diese umfassende Verordnung von 1912 der

gesamte Unterricht aller höheren Knabenschulen des Königreichs den modernen Bildungsansprüchen und dem zeitgenössischen Bildungsideal gerecht zu werden sucht. Auch der Körperpflege hat Württemberg schon seit Jahren durch Einsetzung der ständigen Turnspiele im Sommer und der regelmäßigen Monatsausmärsche im Winter diejenige Sorgfalt zugewandt, die ihr gebührt.

Durch planmäßige Regelung der Art und Verteilung der Hausaufgaben sollte jede unzulässige Überbürdung unterbunden werden, lauter Ausflüsse des herrschenden „Neuphilanthropismus“, die, wenn vernünftig gewürdigt und maßvoll durchgeführt, sicherlich ihre wohlberechtigte Begründung haben. Und wenn endlich gerade in den letzten Jahren — schließlich noch unter der mächtigen Triebkraft der Kriegsverhältnisse — auch die Qual der Versetzungsprüfungen aus dem Kreislauf des Schuljahrs gestrichen und dafür das Ergebnis der regelmäßigen Arbeitsmonate zur Richtschnur für die Vorrückungsreife erhoben wurde, so beweist die Schulverwaltung damit, daß sie willens ist, auf der Bahn, die sie mit den Lehrplänen von 1912 betreten, im Geist eines gesunden Fortschritts, ohne Überstürzung des Neuen, aber auch ohne Bindung an Überholtes, ihre Straße weiterzuziehen.

Nicht ganz so geebnet wie für die Söhne des Landes ist der Weg für die Töchter. Den Mädchenrealschulen hat der jüngste Lehrplan von 1914 nicht bloß diese neue Benennung geschaffen, sondern auch in ihren Klassen- aufbau und Unterrichtsgang wichtige Änderungen gebracht: die sprachlichen Fächer treten an Wertschätzung zurück, Mathematik und Naturwissenschaften gewinnen an Stundenzahl und Berechnungsgewicht. Entsprechend dem realistischen Lehrzweig der Knaben, der zum Vorbild gestempelt wurde, hat zum Wissen das Können zu treten: Schülerinnenübungen und -vorträge sollen die Hand geschickter und die Zunge gewandter machen. Viel Gutes und Ersprießliches mag sicher mit diesen Neuerungen geschaffen worden sein. Aber der endgültige Auf- und Ausbau, die zielsichere Zurüstung der Mädchen für spätere Lebensberufe, die Schaffung einer Gelegenheit zur Erstehung der das nachfolgende Hochschulstudium ermöglichenden Reifeprüfung und damit eine Lösung derjenigen Bildungsfragen, welche der Verlauf der Frauenbewegung laut und stürmisch auf den Schild erhoben hat, harren für Württemberg noch der Durchführung. Der Krieg hat wohl auch hier einer weiteren Ausgestaltung zunächst ein gebieterisches Halt zugerufen, während die höhere Knabenschule gerade noch den Vorteil genoß, in einer kurzen Frist von wenigen Jahren die neue Ordnung zu erproben und die darin versenkten Schätze zu heben, ehe auch die württembergische höhere Schule zur gewaltigsten Prüfung aufgeboten wurde, die je an Deutschlands Pforten gepocht hat.

Die höheren Schulen Württembergs und der Krieg

Einen Schlußstrich von furchtbarer Wucht hat der Weltkrieg unter die letzten Jahrzehnte gemacht; der Donner seiner Kanonen verkündete den

Anfang einer neuen Zeit. Was die bisherige erstrebt, erschaffen, errungen, mußte sich in den Glutten des Völkerbrands entweder bewähren oder verzehren. Auch die höhere Schule hatte in ihm zu erhärten, ob das, was sie der ihr anvertrauten Jugend in andauernder Friedensarbeit an Wissenswerten und Gefinnungsstoffen, an Geisteswaffen und Charakterkräften ins Leben mitgegeben, nun auch Bestand behalten werde im fürchterlichsten Ernst. Und sie hat diesen Beweis glänzend erbracht. Als der Ruf des Kaisers erging, da strömten auch Schwabens Söhne in hellen Scharen als Kriegsfreiwillige aus dem Hörsaal und von der Schulbank zu den Fahnen; auf blutiger Walfstatt und auf herbem Verwundetenlager haben sie heldenhaft bewiesen, daß sie es als ihre selbstverständliche Pflicht betrachten, dem Dienste fürs große Vaterland sich zu weihen, selbst bis in den Tod, und die, die zurückbleiben mußten, bemühen sich rastlos, mitdurchzuhalten durch alle Arbeitsbedrängnisse und Lebenseinschränkungen. Mehr als je muß in dieser ernstesten Zeit die höhere Schule überall in Deutschland sich der heiligen Aufgabe bewußt werden, die Herzen der künftigen Staatsbürger, die jetzt in ihren Hallen aus und ein gehen, mit dem Geist des Opfermuts und des Verantwortlichkeitsgefühls für die Zukunft zu durchglühen.

In der stolzen Reihe hervorragender Einzelheiten, von denen die blutgetränkten Blätter dieses Kriegs berichten, ist stets mit besonderer Bewunderung ein Sturmangriff gefeiert worden, den im Spätherbst 1914 junge Regimenter in Flandern gegen die Engländer zu unternehmen hatten. Unter jenen zahlreichen Kriegsfreiwilligen, die damals mit dem Gefang „Deutschland, Deutschland über alles“ dem Feind entgegengingen, hinein in das fast sichere Verderben, befanden sich viele, die kurz zuvor noch Glieder einer höheren Lehranstalt gewesen waren. Kann es ein erhebenderes Zeugnis geben für das, was ihre Schule ihnen eingeimpft, als diese furchtlose und treue Todesfreudigkeit für Deutschlands Ehre und Sieg?

Quellen:

Korrespondenzblatt für die Gelehrten- und Realschulen Württembergs 1892/93. — Neues Korrespondenzblatt für die Gelehrten- und Realschulen Württembergs 1894—1904. — Korrespondenzblatt für die höheren Schulen Württembergs 1905—1915. Stuttgart, W. Kohlhammer.

Südwestdeutsche Schulblätter 1891—1915. Karlsruhe, Friedr. Gutsch.

M. Cramer, Württembergs Lehranstalten und Lehrer, soweit sie der kgl. Ministerialabteilung für die höheren Schulen unterstellt sind. 6. Aufl. Heilbronn 1911, A. Scheurlen (Theod. Cramer).

Hof- und Staatshandbuch des Königreichs Württemberg 1912 und 1914. Stuttgart, W. Kohlhammer.

Gaupp, Höhere Schulen, in Friedr. Haller, Handwörterbuch der württembergischen Verwaltung. Stuttgart 1915, J. Hef. S. 390—410.

W. Neßle, Deutschland und der schwäbische Geist. „Neckarzeitung“ vom 26. Februar 1916. Nr. 47. III. Blatt.

Die Volksschulen

Von Oberregierungsrat Schüz

Zurzeit gibt es in Württemberg etwa 400 000 Kinder in schulpflichtigem Alter. Von ihnen besuchen annähernd 92 % die Volksschule, 7 % höhere Schulen und 1 % Privatschulen. Daß eine Einrichtung, die für mehr als neun Zehntel unseres Volkes eine Bildungsstätte, nicht bloß eine Unterrichts-, sondern, zumal bei den Mängeln der Familienerziehung in vielen Häusern, in ganz besonderem Maß eine Erziehungsstätte sein soll, der sorgsamsten Pflege und unermüdlcher Förderung wert ist, bedarf keiner Begründung. Die folgende Darstellung möge zeigen, wie in den letzten 25 Jahren Regierung und Stände bemüht waren, die Volksschule durch zeitgemäße Verbesserungen der äußeren und inneren Bedingungen ihrer Arbeit zu heben.

Im Jahr 1891 galt noch das Volksschulgesetz von 1836, wenn auch seine Bestimmungen an zahlreichen Stellen durch spätere Gesetze abgeändert waren. In dem Zeitraum von 1891 bis 1916, besonders in der zweiten Hälfte dieses Zeitabschnittes, hat das Volksschulwesen durchgreifende Neuerungen erfahren. Als nun 1909 ein in die bestehende Ordnung besonders tief einschneidendes Gesetz verabschiedet wurde, da wurden nach dem Beschluß der Stände in dieses Gesetz vom 17. August 1909 die noch gültigen Artikel der früheren Gesetze aufgenommen. In dem Volksschulgesetz in dieser neuen Fassung, zusammen mit dem Lehrerbefoldungsgesetz vom 14. August 1911 und dem Lehrerergesetz vom 10. Juli 1912 sowie den zugehörigen Ausführungsbestimmungen, hat die württembergische Volksschule nun ein einheitliches Recht.

Die Schulen

Die Aufgabe der Volksschule ist bei all den vielen Änderungen im wesentlichen dieselbe geblieben. Ihr Zweck ist — so lautet unverändert Art. 1 des Volksschulgesetzes — religiös-sittliche Bildung und Unterweisung der Jugend in den für das bürgerliche Leben nötigen allgemeinen Kenntnissen und Fertigkeiten. Dagegen sind im Laufe der Jahrzehnte die Unterrichtsfächer vermehrt worden. Hat das grundlegende Gesetz von 1836 nur Religions- und Sittenlehre, Lesen, Schreiben, deutsche Sprache, Rechnen und Singen aufgeführt, so waren hierzu schon in den fünfziger und sechziger

Jahren die sogenannten Realien, in den siebziger und achtziger Jahren das Turnen und der Handarbeitsunterricht, auch das Zeichnen und Anfänge der Raumlehre gekommen. Ein neuer Lehrplan von 1907 regelte Stoffauswahl, Lehrgang und Verfahren in all diesen Unterrichtsfächern in der Weise, daß man sich bemühte, die notwendige Einheit der Arbeit mit der persönlichen Freiheit des Lehrers zu verbinden und erprobte Unterrichtsgrundsätze darzubieten. Die Wissenschaft und Kunst des Unterrichts und der Erziehung war ja nicht stillgestanden, sondern suchte und sucht immer neue Wege, der Kindesnatur gerecht zu werden, gründliches und freudiges Lernen zu ermöglichen, Sonnenschein in die Schule zu bringen. Formale Bildung — Entwicklung der sittlich-religiösen Anlage und der geistigen Kraft, Weckung des Interesses, Anregung der Selbsttätigkeit und der Freude am Schönen — und materiale Bildung — ein gediegenes, auf die Anschauung und die heimatischen Verhältnisse aufgebautes, in sich verknüpftes, durch stetige Übung gefestigtes, für das praktische Leben vorbereitendes Wissen und Können — soll der Jugend durch den Unterricht zuteil werden. Im Volksschulgesetz von 1909 wurden als Unterrichtsgegenstände aufgeführt: Religions- und Sittenlehre, deutsche Sprache mit Lesen und Schreiben, Rechnen und Raumlehre, Geschichte, Erd- und Naturkunde, Singen und Zeichnen, für die Knaben Turnen, für die Mädchen einfache Leibesübungen, ferner weibliche Handarbeit. Den einzelnen Gemeinden wurde gestattet, weitere Lehrfächer einzuführen, insbesondere für die Knaben Handfertigkeitsunterricht, für die Mädchen Turnen und Haushaltungskunde. Die Mittelschulen, d. h. die gehobenen Volksschulen, längst da und dort eingerichtet, wurden zu einer gesetzlich geregelten Einrichtung. Das Wesentliche, das sie von den gewöhnlichen Volksschulen unterscheidet, ist der Unterricht in einer fremden Sprache. Für Kinder, deren Veranlagung eine besondere Fürsorge nötig macht, wurden die Hilfsschulen, wie sie schon da und dort seit 1903 bestanden, gleichfalls zu einer gesetzlichen Einrichtung mit vereinfachten Unterrichtszielen. In 33 unter den 2093 württembergischen Schulorten sind im Laufe der Jahre Mittel-, in 7 Städten Hilfsschulen errichtet worden.

Der Religionsunterricht ist ein allgemein verbindliches Fach, erteilt von den Ortsgeistlichen und von den Lehrern. Ein Kind, das keiner Religionsgemeinschaft oder einer solchen angehört, für welche Religionsunterricht in der von dem Kinde besuchten Volksschule nicht erteilt wird, kann gegen den Willen des Vaters oder sonstiger Erziehungsberechtigter zum Besuch des Religionsunterrichts nicht angehalten werden. Diese Bestimmung des Schulgesetzes von 1909 entspricht dem sogenannten Dissidentenerlaß des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens, der schon 1904 ergangen war.

Für die Handhabung der Schulzucht waren zur Beseitigung von Zweifeln über die Grenzen der Schulzucht, über die ihr unterliegenden Verfehlungen, die zulässigen Schulstrafen, die Zuständigkeit zu ihrer Verhängung schon im Jahr 1880 Bestimmungen getroffen worden, die später in dem und

jenem Punkt abgeändert wurden. Die Verfügung erhielt 1910 eine neue, in allen Einzelheiten wohlerrwogene Fassung.

Württemberg hat nicht wie fast alle anderen deutschen Bundesstaaten eine 8jährige Schulpflicht. Diese beginnt bei jedem Kinde in dem 7. und endigt „für die Regel“ mit dem 14. Lebensjahre. Wurde dieser Grundsatz früher so ausgelegt, daß die Kinder ein- und auszutreten hatten in dem Kalenderjahr, wo sie 7 und 14 Jahr alt wurden (wobei für gut entwickelte ein freiwilliger Eintritt schon im vorausgehenden Jahr möglich war, ohne daß dies früheren Austritt ermöglichte), so ist jetzt bestimmt worden: Eintritt und Austritt erfolgen auf 1. Mai und Ende April nach dem vollendeten 6. und 13. Lebensjahr (wobei freiwilliger Eintritt denen gestattet ist, die bis zum 30. September das 6. Lebensjahr vollenden). „Für die Regel“ ist in der erwähnten Bestimmung eingefügt. Denn abgesehen davon, daß die Schulpflicht ein oder zwei Jahre verlängert werden kann bei Kindern, deren Kenntnisse und Fertigkeiten ganz ungenügend sind, steht auch den einzelnen Gemeinden das Recht zu, die Schulpflicht für alle oder einen bestimmten Teil der Kinder auf 8 Jahre auszudehnen — ein Recht, von dem die Landeshauptstadt für alle Schüler Gebrauch gemacht hat, einige andere Städte entweder für sämtliche Schüler oder für einen Teil Gebrauch zu machen beschlossen haben. Das Interesse sehr vieler geplagter Eltern, welche zumal auf dem Land und unter schwerem ökonomischem Druck die Schulentlassung der Kinder sehnächtig erwarten, und die Gewöhnung an die 7jährige Schulpflicht auf der einen Seite, das Interesse der Schule an einer gründlichen Ausbildung der von Jahr zu Jahr reifer werdenden Schüler und die Bestimmung der Gewerbeordnung, welche Kinder, die noch nicht 14 Jahre alt sind, nur in beschränkter Weise in Gewerbebetrieben zu beschäftigen erlaubt, auf der anderen Seite — diese Rücksichten stehen einander so unausgeglichen gegenüber, daß man bei der Beschlußfassung über das Gesetz sich damit begnügen mußte, zu hoffen, wenigstens teilweise und allmählich immer allgemeiner werde der 8jährige Schulbesuch durchdringen. Nur mit dem Gedanken, daß dies erleichtert werde, konnte die erwähnte Verschiebung des Ein- und Austrittstermins, infolge deren nicht viel weniger als ein Drittel der Kinder um ein Jahr früher in die Schule ein- und früher austritt, gerechtfertigt werden. Wenn es wahr ist, was erfahrene Lehrer nicht selten sagen, daß die Durchschnittsbegabung der Schüler merklich zurückgehe, so wäre vollends der frühere Eintritt nur in den Kauf zu nehmen als ein Mittel, die Verlängerung der Schulpflicht zu erleichtern.

Hat Württemberg bis jetzt nur in einem Teil seiner Schulen 8jährigen Schulbesuch, so hat es dafür seit 1895 an Stelle der früheren Sonntags- und der Winterabendschule eine allgemein verbindliche, 2 Jahre mit je 80 Unterrichtsstunden umfassende Fortbildungsschule für die aus der Schule entlassene männliche Jugend, soweit diese nicht eine Gewerbe- oder Handelsschule oder eine andere als Ersatz anerkannte Schule besucht. Für die weib-

liche Jugend können gleichfalls Fortbildungsschulen eingerichtet werden, und sie sind fast in der Hälfte der Gemeinden, jedenfalls in allen größeren, eingerichtet; soweit dies nicht der Fall ist, besteht noch die Zjährige, je 40 Stunden umfassende Sonntagschule. Die Arbeit in diesen Schulen (die nach Stunden besonders bezahlt wird) ist schwer, aus naheliegenden Gründen: viele der strebsameren Schüler besuchen Gewerbe- und ähnliche Schulen, das Lerninteresse der übrig Gebliebenen ist häufig gering, die Kraft ist vom Beruf stark in Anspruch genommen, der Unterricht muß an zahlreichen Orten in Abendstunden erteilt werden. Und doch hat gerade der Krieg gezeigt: Wo der richtige Stoff gewählt, der richtige Ton getroffen wird, da hat auch die vorhandene Einrichtung, so verbesserungsbedürftig sie ist, ihren Segen, schon dadurch, daß die jungen Leute durch die gesetzlichen Bestimmungen unter einer gewissen Zucht, z. B. hinsichtlich des Wirtshausbesuchs, stehen. Die Erfahrungen, die in städtischen Fortbildungsschulen für Mädchen mit der Hauswirtschaft und Kochkunst und mit Fachlehrkräften für diesen Unterricht gemacht werden, lassen hoffen, daß auch die schulentlassene Jugend mit Erfolg unterrichtet werden kann, je mehr der Unterricht praktisch gerichtet und dem Beruf des Schülers angepaßt ist, und wenn er nicht gewissermaßen als unangenehme Beigabe nebenher in Abendstunden erteilt wird. Der bisherige Lehrplan, der in bestimmter Verteilung Unterricht in Religion, Aufsatz, Realien (z. B. Gesundheitslehre, Bürgerkunde) und Rechnen fordert, schließt jene Anpassung nicht aus, birgt aber die Gefahr der Wiederholung des Schulunterrichts in sich.

Die Errichtung und Unterhaltung der Schulen, der sachliche Aufwand auf die Gebäude und ihre gesamte Ausstattung, ein nach der Größe der Gemeinden gestaffelter Beitrag zu dem Gehalt des ständigen und das Taggeld des unständigen Lehrers sind Sache der Gemeinden. Gegenüber der Forderung, die Kosten der Schule auf die Staatskasse zu nehmen, entsprechend der staatlich festgesetzten Schulpflicht und dem Interesse des Staates an guter Schulbildung aller Bürger, zugleich mit Rücksicht auf die sehr verschiedene Leistungsfähigkeit der Gemeinden, ist von seiten der Regierung neben dem idealen Gesichtspunkt, daß in erster Linie die Gemeinde als Zusammenfassung der Familien für die Erziehung und Unterweisung einzutreten habe, hauptsächlich die finanzielle Mehrbelastung, die den Staat treffen würde, geltend gemacht worden, zumal da eine entsprechende finanzielle Entlastung der Gemeinden der Mehrbelastung des Staats kaum gegenüberstehen würde. Eine Denkschrift hat außerdem nachgewiesen, daß die Schulkosten in steigendem Maß auf staatliche Mittel übernommen worden sind. Für 1911 wurde als Aufwand der Gemeinden etwa 14,3 Millionen Mark berechnet, 9,5 Millionen als Aufwand des Staats (nach dem Etat für 1914 betrug dieser etwa 11 Millionen).

Hohe Aufwendungen haben die Gemeinden — die finanziell schwer belasteten unter entsprechender Hilfe des Staats — auf die Schulhäuser

gemacht. In etwa der Hälfte der Gemeinden sind in den letzten 10 Jahren über 40 Millionen Mark auf Schulgebäude verwendet worden. Und wenn auch noch manches dürftige, den heutigen gesundheitlichen Anschauungen nicht mehr genügende Schulhaus der Gemeinde und der Aufsichtsbehörde Not bereitet, so sind andererseits jährlich viele schöne neue Schulgebäude und Lehrerwohnungen entstanden. Als sehr wohlthätig wurde auch eine Verfügung von 1910 über die in den Volksschulen notwendigen Geräte, Lehr- und Lernmittel empfunden. Eben noch vor Beginn des Kriegs sind im großen ganzen die Forderungen der Verfügung durchgeführt worden.

Tief einschneidend war die Bestimmung des Gesetzes von 1909, wonach die in einer Klasse zulässige Höchstzahl von Schülern, die zuvor noch 90, unter Umständen bis zu 130 betrug, nicht über 60, bei sogenanntem Abteilungsunterricht nicht über 80 betragen darf, ferner daß im allgemeinen bei jeder Steigerung der Schülerzahl um 70 die Zahl der Lehrer um einen zu vermehren ist. Sind das immer noch hohe Zahlen und erfordert die Durchführung dieser Bestimmungen voraussichtlich noch eine Reihe von Jahren, so ist doch gerade dieser Fortschritt im Gedanken an die Lehrer, die Schüler und die Schularbeit freudig begrüßt worden. Die Zahl der Lehrstellen und der Klassen ist infolge der neuen Bestimmungen bedeutend gewachsen, und dies kam den Anstellungsverhältnissen der Lehrer zugut, zumal da in Württemberg im Unterschied von anderen Bundesstaaten die Besetzung der ständigen und unständigen Lehrstellen, mit Ausnahme einer mäßigen Zahl sogenannter Patronatsstellen, ganz Sache der Oberschulräte ist, wodurch möglichst gleichmäßige Verwendung, Anstellung und Beförderung gewährleistet ist.

Die Lehrer

Die Vermehrung der Lehrstellen erforderte eine Erhöhung der Zahl der auszubildenden Lehramtsbewerber. Die Gesamt Schülerzahl war in den neunziger Jahren erheblich zurückgegangen (etwa um $\frac{1}{10}$, d. h. rund 30 000), dann aber jährlich gestiegen (bis heute um 80—90 000!). Im Zusammenhang mit diesem Steigen der Schülerzahlen und der dadurch notwendig gewordenen Klassenvermehrung — außerdem fiel der Beginn des Steigens der Schülerzahlen mit der Einführung des einjährigen, statt des zehnwöchigen Heeresdienstes der Lehrer zusammen — trat ein empfindlicher Lehrermangel ein, nicht infolge eines Mangels am Angebot von Bewerbern — solche waren immer in großer Zahl vorhanden —, sondern eines Mangels an Lehrerbildungsanstalten. Man half sich zunächst mit zahlreichen Parallelkursen, bis dann drei neue Seminare dem dringendsten Mangel steuerten (Badnang 1909, Rottweil und Heilbronn 1912). Freilich nur dem dringendsten Mangel, und die Hilfe durch Parallelkurse wurde immer schwieriger, seit an Stelle der 5jährigen Ausbildung der Lehrer eine 6jährige (1911), bei den Lehrerinnen an Stelle der 4jährigen eine 5jährige (1913) eingeführt wurde,

wodurch die Seminargebäude trotz Zulassung des sogenannten Externats in allen Ecken ausgefüllt wurden, und seit ein neuer Seminarlehrplan (1911) noch mehr als bisher eine einheitliche Arbeit forderte. Dieser neue Lehrplan läßt, zusammen mit den höheren Forderungen an die Seminarlehrer, eine gründlichere Durchbildung der Lehramtsbewerber hoffen, nicht wegen des in die Breite vermehrten Wissens, wiewohl der Beruf des Volksschullehrers (der nicht Fachlehrer sein soll) und seine Stellung in der Gemeinde es mit sich bringt, daß der Unterricht auch nach der Zahl der Fächer einen größeren Umfang annimmt als in den allermeisten anderen Bildungsanstalten, sondern wegen der gründlicheren Vertiefung in alle für den Lehrer der Volksschuljugend unerläßlichen Gebiete. Nicht ganz wenige Schüler höherer Lehranstalten treten nach Erlangung des Zeugnisses über die wissenschaftliche Befähigung für den einjährig-freiwilligen Dienst alljährlich in das Seminar ein (unter Überspringung von einer oder zwei der untersten Klassen). Auch dieser Umstand macht begreiflich, daß die Einschätzung der Seminarbildung im Verhältnis zu höheren Schulen eine andere werden muß, als sie vielfach noch ist. Sie wird sicher in dem Maße auch eine höhere werden, als die in dem Seminar ausgebildeten Lehrer durch die Leistungen in ihrem Beruf und durch ihre persönliche Haltung etwaige Vorurteile überwinden. Das alte Problem der Lehrer-, übrigens aller Bildung ist, die intellektuelle und die sittlich-religiöse Ausbildung in das richtige Verhältnis zu setzen. Auch bei der tief eingreifenden Neuordnung der Lehrerbildung, wie sie der Neuordnung des Schulwesens durch das Gesetz von 1909 folgte, bei der Aufstellung des Lehrplans (1911), der Seminarordnung (1911) und der Dienstvorschrift für die Seminarlehrer (1912) war das lebhafte Bestreben vorhanden, keine der beiden Aufgaben auf Kosten der anderen zu betonen, sondern beiden im Bunde miteinander gerecht zu werden. Neue Bestimmungen an Stelle derjenigen von 1897 und 1900 für die erste und die zweite Dienstprüfung der Lehrer und der Lehrerinnen werden in Kraft treten, sobald die verlängerte Ausbildung durchgeführt ist.

Für die begabtesten und strebsamsten Lehrer ist durch eine Verfügung von 1910 die Möglichkeit des akademischen Studiums eröffnet worden. Lehrer, welche die zweite Dienstprüfung mit Auszeichnung erstanden und eine mindestens 2jährige Tätigkeit im einheimischen Volksschuldienst aufzuweisen haben, werden zur Hochschule zugelassen und können auf Grund eines 2½jährigen Studiums die höhere Prüfung für den Volksschuldienst ablegen. Die Erstehung dieser Prüfung verleiht die Befähigung zur Anstellung im Aufsichtsdiensdt der Volksschule sowie für das Lehramt in den Lehrerbildungsanstalten. Das Studium erstreckt sich auf Philosophie und Pädagogik, die wichtigsten Grundsätze des deutschen und württembergischen Staats- und Verwaltungsrechts und die Grundzüge der württembergischen Volksschulgesetzgebung und Volksschulverwaltung, daneben nach Wahl auf zwei Spezialfächer.

Der Fortbildung der großen Mehrzahl der Lehrer dienen Kurse und in den einzelnen Bezirken neben den Lehrerlesegesellschaften regelmäßige amtliche Konferenzen: die Bezirksschulversammlung, die zugleich für einen weiteren Kreis eine Übersicht über den Stand des Schulwesens im Bezirk gibt, eine allgemeine Konferenz der Lehrer zur Behandlung von Unterrichts- und Erziehungsfragen und zwei Sonderkonferenzen für die aus dem Seminar kommenden jungen Lehrer.

Eine vielerörterte Angelegenheit war seit Jahrzehnten das Verhältnis der Lehrer zum Beamtengefeß. Das Verhältnis ist geregelt durch das Gesetz vom 10. Juli 1912, betreffend die Rechtsverhältnisse der Volksschullehrer (Lehrergesetz). Darin ist ausgesprochen, daß auf die Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen die Bestimmungen des Beamtengesetzes entsprechende Anwendung finden, soweit nicht in dem Lehrergesetz Abweichendes bestimmt sei. Damit stehen die Volksschullehrer tatsächlich nuter dem Beamtengefeß. Die abweichenden Bestimmungen erstrecken sich auf wenige Punkte. Wichtig sind in dem Lehrergesetz hauptsächlich die Bestimmungen über die Lehrerinnen, die Fachlehrerinnen, die Lehrer an den staatlichen und privaten Erziehungsanstalten und die israelitischen Vorsänger. Für die Lehrerinnen gab es bis 1899 nur eine unständige Verwendung; seither ist ihnen auch die Möglichkeit ständiger Anstellung nach Ablegung einer zweiten Dienstprüfung gegeben, wobei die Gemeindefollegien vor der Anstellung zu hören sind. Eine besondere staatliche Prüfung wurde ebenfalls im Jahr 1899 für die im Hauptamt anzustellenden Arbeitslehrerinnen eingeführt. Auf dem Land, an kleinen Schulen können Arbeitslehrerinnen meist nur nebenamtlich verwendet werden. Zahlreiche Kurse für Frauen und Mädchen vom Land ermöglichten auch dort eine befriedigende Ordnung des Handarbeitsunterrichts, und es war beim Ausbruch des Kriegs ungemein erfreulich, daß dieser wichtige Unterricht durch das ganze Land hindurch auf Grund der Gesetze und Verordnungen aus den Jahren 1899—1912 in der Hauptsache wohlgeordnet war und in den Dienst der Kriegsfürsorge treten konnte.

In Altwürttemberg wie in den neuen Landesteilen war der Dienst des Schullehrers eng verbunden mit gewissen Kirchendiensten. Von diesen ist 1899 die Mesnerei endgültig vom Schuldienst abgetrennt worden, nachdem schon einige Jahrzehnte früher die niederen Mesnerdienste dem Lehrer abgenommen waren. Der Organisten-, Kantoren- und Chordirigentendienst blieb bei der Schule. Die Lehrer sind auch noch nach dem Gesetz von 1899 und 1907 verpflichtet, diesen kirchenmusikalischen Dienst, für den sie mit wenigen Ausnahmen im Seminar ausgebildet werden, zu übernehmen, aber sie erhalten dafür eine besondere Vergütung.

Wie die Rechtsverhältnisse, so sind auch die Einkommensverhältnisse der Volksschullehrer neu geregelt worden, und zwar in mehreren Gesetzen, zuletzt in dem Lehrerbefoldungsgesetz von 1911. Die Bedeutung des Gesetzes liegt zunächst in der neuen Regelung der Gemeindeleistungen

und in der Festlegung neuer Gehaltsätze, wobei für die ständigen Lehrer und Lehrerinnen, unter Zulassung von nichtpensionsberechtigten Ortszulagen in bestimmter Höhe in den großen und mittleren Städten, das System der Dienstaltersvorrückung in neun dreijährigen Stufen, vom Tag der Anstellung an gerechnet, durchgeführt wurde. Das Gesetz legte aber ferner auch die Ansprüche fest, welche ständige und unständige Lehrer und Lehrerinnen an Dienstwohnungen und die Höhe etwaiger Mietzinsentschädigungen stellen dürfen. Eine Ministerialverfügung von 1912 gab die erforderlichen Ausführungsbestimmungen dazu. Schon einige Jahre vorher (1908) hat ein Ministerialerlaß die Aufsicht über die ökonomischen Verhältnisse der Lehrstellen geordnet und hierbei die bei den Geistlichen schon lange eingeführte Einrichtung der Rämmerer auf die Schule übertragen. Eine Schulkämmererordnung von 1908, entstanden aus den Beratungen einer Kommission von Lehrern unter Leitung der Oberschulbehörden, regelt die Übergabe der Wohnungen vom Vorgänger auf den Nachfolger; zugleich wurde der Schulkämmerer Vertreter der berechtigten Interessen der beteiligten Lehrer bei der Erstellung, Erwerbung oder Herrichtung von Wohnungen. Eine Änderung der Stellung der Lehrer innerhalb der Gemeinde ist 1911 auch darin zum Abschluß gekommen, daß nunmehr die früheren Naturalbesoldungsteile in dem Einkommen des Lehrers bei Stellenerledigung in Gelbbesoldungsteile umgewandelt und die Schulgüter von der Gemeinde verwaltet werden. Diese hat sie allerdings auf Verlangen dem Inhaber der Lehrstelle in Pacht zu geben, doch wird hiervon immer seltener Gebrauch gemacht. Das Bild des Landwirtschaft treibenden Lehrers ist fast verschwunden; Bienenzucht und Obstbaumpflege sind es fast allein, die noch eine größere Zahl von Lehrern treibt.

Die Schulleitung

Von jeher hat die Frage der Schulaufsicht die Geister am meisten bewegt und erregt. Die Entstehung und die Entwicklung der Schule und der innere Zusammenhang ihrer Aufgabe mit der der Kirche hatte zur Folge, daß die geistlichen Ämter durch staatlichen Auftrag mit der Leitung der Schule in der unteren, mittleren und oberen Instanz betraut waren. Der 1. April 1910, auf den das Gesetz von 1909 in Kraft trat, hat die Trennung und damit eine ganz neue Ordnung der Aufsicht gebracht. Schon die Schulgesetznovelle, die 1902 vom damaligen Kultminister Weizsäcker den Ständen vorgelegt worden war, hatte sich hauptsächlich auf die Schulaufsicht bezogen. Sie ist daran gescheitert. Hiervon ist an anderer Stelle dieses Buches die Rede. Die Novelle wurde von Minister von Fleischhauer in neuer Fassung eingebracht und am 17. August 1909 zum Gesetz.

Nicht geändert wurde durch dieses Gesetz der konfessionelle Charakter der württembergischen Volksschule wie der Lehrerbildungsanstalten.

Wo die Angehörigen des Minderheitsbekenntnisses wenigstens 60 steuerpflichtige Familien zählen, haben nach wie vor diese Familien das Recht, die Errichtung und Erhaltung einer eigenen Volksschule ihres Bekenntnisses aus örtlichen Mitteln zu beanspruchen. Ist die Zahl kleiner, so kann die Minderheitskonfession eine freiwillige Konfessionschule auf Kosten der Bekenntnisangehörigen errichten, sei es für sie allein oder in Verbindung mit den Konfessionsverwandten benachbarter Orte. Wo für die Bekenntnisminderheit am eigenen Ort oder in der Nähe keine Schule besteht, besuchen ihre Kinder natürlich die Schule des Mehrheitsbekenntnisses. Schon vor 1909 war es ferner nicht beanstandet worden, daß die Mittel- und die Hilfsschulen des Mehrheitsbekenntnisses da, wo solche Schulen für das Bekenntnis der Minderheit nicht vorhanden waren, von den Kindern dieser Minderheit besucht wurden. Das Gesetz von 1909 hat aber diesen Zustand ausdrücklich zu einem gesetzlichen gemacht, und so besteht in dieser Hinsicht die Möglichkeit der Errichtung von Schulen, die verschiedenen Bekenntnissen gemeinsam, simultan sind. Für die Hilfsschulen in Stuttgart ist hiervon Gebrauch gemacht worden. Die Verhandlungen über ein gleichartiges Vorgehen bei den Mittelschulen von Stuttgart und Ulm, wobei der Gegensatz des Staatsgedankens, der eine gemeinsame Schule fordert, und des Gedankens der ausgesprochen konfessionellen Erziehung für die Orte, wo eine Teilung möglich sei, stark zum Ausdruck kam, sind durch den Krieg unterbrochen worden.

Aufgehoben ist die Ortsschulaufsicht durch den Pfarrer. Die örtliche Aufsicht über die Volksschulen „auf dem Gebiet der Schulpflege“ — so ist die Aufsichtsbefugnis eingeschränkt — steht dem Ortsschulrat zu. In ihm sind die bürgerliche Gemeinde durch den Ortsvorsteher, die kirchliche durch den Geistlichen, die Schule durch einen oder (je nach der Größe) mehrere Lehrer, die Familien durch Männer und Frauen aus der Gemeinde, gewählt von den Gemeindegliedern, vertreten. Die Lehrer werden bei Schulen mit mehr als 6 Klassen von den Lehrern selbst gewählt, bei den kleineren Schulen nach dem Dienstalter berufen. Wo Schulen des evangelischen und des katholischen (und des israelitischen) Bekenntnisses sich befinden, hat jede ihren besonderen Ortsschulrat; die Ortsschulräte können aber zu gemeinsamer Beratung zusammentreten. Die Leitung der Schule in den inneren Angelegenheiten des Unterrichts und der Erziehung, jedoch innerhalb bestimmter Grenzen, steht dem Schulvorstand zu, der bei 3—6klassigen Schulen die Amtsbezeichnung Oberlehrer, bei größeren Schulen die Bezeichnung Volksschulrektor führt. Letzterer ist aus den Reihen der Lehrer zu wählen, die zur Anstellung im Aufsichtsdienst befähigt sind (s. u.). Der Volksschulrektor ist neben dem Ortsvorsteher Mitvorsitzender des Ortsschulrats, während in kleineren Gemeinden sich der Geistliche und der Ortsvorsteher in den Vorsitz teilen. In den kleinsten Gemeinden tritt an die Stelle des Schulvorstandes der erste oder der einzige Lehrer mit eingeschränkten Befugnissen. An allen Schulen mit einem Schulvorstand, also mit drei oder

mehr Klassen und Lehrern ist es Aufgabe des aus allen ständigen und unständigen Lehrern bestehenden Lehrerkonvents, unter dem Vorsitz des Schulvorstands für das Gedeihen der Schule und namentlich für die Förderung des Unterrichts und der Erziehung alle geeigneten Maßregeln und Einrichtungen zu beraten und innerhalb seiner Zuständigkeit zu beschließen; dahin gehören organisatorische Änderungen, Lehrpläne, ein einheitliches Lehr- und Erziehungsverfahren, Ferien, Schulgeldnachlaß, Lernmittelananschaffung u. dergl. Zu den Aufgaben des Ortsschulrats und des Schulvorstands gehört auch das fruchtbare Zusammenwirken mit dem Elternhaus und die Fürsorge dafür, daß den Kindern die Wohltaten des Reichs-gesetzes von 1903 über die Arbeit in gewerblichen Betrieben und des Fürsorgeerziehungsgesetzes von 1899/1905 nicht vorenthalten werden.

Es war keine leichte Sache, die Rechte des Kindes, der Familie, des Lehrers, des Schulvorstands, der bürgerlichen und der kirchlichen Gemeinde in das richtige Verhältnis zu setzen. Aber die gesetzlichen Bestimmungen waren das Ergebnis gründlicher, durch Monate sich hindurchziehender, alle Möglichkeiten behandelnder Beratungen der maßgebenden Behörden, der Stände und ihrer Kommissionen; und die Ausführungsbestimmungen mit den Dienstanweisungen für die Lehrer und die Schulvorstände und die Verfügung über den Wirkungskreis des Ortsschulrats haben nicht nur die Zustimmung einer besonders zusammengerufenen Kommission von Schulinspektoren und Lehrern, sondern auch die lebhafteste Anerkennung von kundigen Männern außerhalb des Landes gefunden, und sie haben sich in allen wesentlichen Stücken bewährt.

Der Schwerpunkt der Schulaufsicht liegt in den Bezirksbehörden. Das Gesetz von 1909 erforderte eine neue Abgrenzung der Bezirke. In den Übergangsjahren 1910—1914 wurden 42 Schulbezirke gebildet, 29 evangelische und 13 katholische. Die Landeshauptstadt ist zwei evangelischen und (mit der Umgebung) einem katholischen Schulinspektor zugeteilt; im übrigen umfaßt ein Schulbezirk meist zwei (in konfessionell gemischten Gegenden auch mehr) Oberämter. Die Zahl der einem Bezirkschulinspektor unterstellten Schulorte steigt bis zu 90, die ihm unterstellten Klassen und Lehrer auf 200 und mehr. Beim Entwurf des Gesetzes war angenommen, daß auf einen Bezirk im Interesse einer steten Berührung des Schulinspektors mit den ihm unterstellten Lehrern und Schulen durchschnittlich nicht mehr als 130—140 Klassen und Lehrer entfallen sollten; tatsächlich beträgt die durchschnittliche Zahl schon jetzt 160. Das Amt eines Bezirkschulinspektors wird gemäß der Ordnung der höheren Prüfung für den Volksschuldienst solchen Lehrern, Theologen oder Philologen übertragen, die jene Prüfung erstanden haben, in besonderen Fällen auch solchen im praktischen Dienst erprobten Personen, welche die Prüfung nicht abgelegt haben. Bei der Neuordnung der Aufsicht in den Übergangsjahren wurden die Bezirkschulinspektoren etwa zur Hälfte aus den Reihen der bisherigen, schon lange im Amte stehen-

den Schulaufscher, also Theologen, zur Hälfte aus erprobten Lehrern an Lehrerbildungsanstalten, Mittel- und Volksschulen genommen.

Schon eine Verfügung von 1907 hatte für die Schulprüfungen neue Weisungen gegeben, die dann 1910 in die Verfügung über den Wirkungskreis der Bezirksschulaufscher übernommen wurden. Danach hat der Schulinspektor alle zwei Jahre eine eingehende Prüfung vorzunehmen; im dazwischenliegenden Jahre, übrigens ohne Bindung an eine bestimmte Zeit, nimmt er eine unangemeldete kürzere Inspektion vor. Er hat alles zu vermeiden, was geeignet ist, einen nur auf Prüfungserfolge berechneten Unterrichtsbetrieb zu veranlassen oder zu unterstützen. Der Stand des Unterrichts ist nicht sowohl nach dem den Kindern angeeigneten Gedächtnisstoff als danach zu beurteilen, ob die geistige Kraft der Kinder entwickelt, ihr Verständnis geweckt und auf diese Weise der erforderliche Grundstock von Kenntnissen sicher verarbeitet worden ist. Es ist nicht außer acht zu lassen, daß die Prüfung nicht nur den Stand der Schule nach der Seite der Erziehung und des Unterrichts feststellen soll, sondern ebenso Anregungen zu geben und Fortschritte anzubahnen hat. Demgemäß sind die Prüfungen auch nicht auf eine ausgedehnte Feststellung von Zeugniszahlen anzulegen; es kommt weniger darauf an, daß sie regelmäßig alle Fächer umfassen, als darauf, daß da, wo geprüft wird, in die Methode des Lehrers und das Können der Kinder ein gründlicher Einblick gewonnen und der Weg zu Verbesserungen gezeigt wird. Die Lehrer müssen zu diesem Zweck Gelegenheit erhalten, auch selber zu prüfen. Jedem geprüften Lehrer hat der Bezirksschulinspektor einen schriftlichen Bescheid zugehen zu lassen, in dem der allgemeine Befund über die Schularbeit des Lehrers sowie der Stand der Erziehung und des Unterrichts in der betreffenden Klasse niedergelegt ist und wichtigere Anregungen und Ausstellungen namhaft zu machen sind. Eine Abschrift des Bescheids ist mit dem Schulbericht des Schulvorstands dem Oberschulrat vorzulegen. Außerdem findet nach jeder Prüfung eine Besprechung mit dem Lehrer, dem Lehrerkonvent und dem Ortsschulrat statt. — Auch abgesehen von den Prüfungen und Besichtigungen liegt dem Bezirksschulinspektor die Leitung des Schulwesens des Bezirks ob, die Genehmigung der Lehr- und Stundenpläne, die staatliche Aufsicht über den Privatunterricht und über Privatunterrichtsanstalten, die Bestellung der Arbeitslehrerinnen. Durch das Bezirksschulamt gehen alle persönlichen Angelegenheiten. Ferner hat der Schulinspektor durch die Bezirksschulversammlungen und Konferenzen für die Fortbildung der Lehrer Sorge zu tragen.

Der Oberamtsvorstand und der Bezirksschulinspektor zusammen bilden das gemeinschaftliche Oberamt in Schulsachen, von dessen Wirkungskreis nur die großen und mittleren Städte ausgenommen sind; sie sind dem Oberschulrat unmittelbar unterstellt. Aufgabe des gemeinschaftlichen Oberamts in Schulsachen ist die Wahrung der äußeren Ordnung des Schulwesens und die Förderung der äußeren Bedingungen der Schularbeit. Dahin gehört

die Fürsorge für die Schulräume, für die ökonomischen Verhältnisse der Lehrstellen, die Aufsicht über die Schulkassen, die Gründung von Schulverbänden, die Schulgesundheitspflege, die Behandlung von Staatsbeitragsgesuchen und von Disziplinarangelegenheiten.

Durch das Oberamtsarztgesetz von 1912 wurde eine Einrichtung getroffen, die wohl da und dort in großen Städten des deutschen Vaterlandes sich schon einige Zeit eingebürgert hat, aber, soviel wir wissen, noch in keinem größeren deutschen Bundesstaat Gesetz geworden ist, die Bestellung des Schularztes für sämtliche (höhere und niedere) Schulen des Landes. Der Oberamtsarzt (soweit das Gesetz durchgeführt ist, in der Regel ein Arzt für ein großes oder für zwei kleinere Oberämter) ist Schularzt, abgesehen von einigen Städten mit eigenem Schularzt. Ihm liegt die Untersuchung des Zustandes der Schulgebäude und ihrer Einrichtungen in gesundheitlicher Beziehung, die Fürsorge für die Wahrung der gesundheitlichen Anforderungen beim Unterricht und die Feststellung und Verhütung der Verbreitung von Krankheiten und Gebrechen bei den Schülern ob. Er wirkt mit bei den schon seit 1891 angeordneten Maßregeln zum Schutz gegen ansteckende Krankheiten. Er hat regelmäßige Untersuchungen vorzunehmen, und zwar bei allen Schülern im 1., 4. und letzten Schuljahr. Nur Schüler, bei denen die Untersuchung durch einen anderen approbierten Arzt vorgenommen und ein auf Grund derselben ausgefüllter Gesundheitsbogen dem Schularzt vorgelegt wird, sind von der Untersuchung befreit. Genaue Anweisungen regeln im einzelnen die Tätigkeit des Schularzts, die Führung der Gesundheitsbogen, die Mitwirkung des Lehrers usw. Man darf sich nach den ersten Anfängen dieser schularztlichen Wirksamkeit, die freilich durch den Kriegsausbruch jäh gestört worden ist, von der Neuordnung viel Gutes versprechen.

Über den Bezirkschulämtern und gemeinschaftlichen Oberämtern in Schulsachen und über den Ortsschulräten der großen und mittleren Städte stehen die Oberschulbehörden, gleichfalls nach dem Bekenntnis getrennt. Oberschulbehörde für die evangelischen Volksschulen ist der Evangelische Oberschulrat, für die katholischen der Katholische Kirchenrat, der als Oberschulbehörde die Amtsbezeichnung Katholischer Oberschulrat führt (als Katholischer Kirchenrat ist er die verfassungsmäßige Behörde, durch welche die in der Staatsgewalt begriffenen Rechte über die katholische Kirche ausgeübt werden). Gegenüber der Forderung einer einheitlichen Oberschulbehörde für die Volksschulen haben sich Regierung und Stände für die Trennung entschieden entsprechend der Teilung auf der unteren und mittleren Stufe. Die Einheitlichkeit der Leitung wird außer durch die regelmäßig geübte Verständigung zwischen den Oberschulbehörden gewährleistet durch die Obergerichtsaufsicht, die das Ministerium in den entscheidenden grundsätzlichen Angelegenheiten ausübt. Die beiden Oberschulbehörden bestehen aus dem Vorstand und aus einer Anzahl technischer und Verwaltungsbeamten. Beiden Behörden ist ein Mitglied des Medizinalkollegiums als hygienischer, ferner ein

bautechnischer Berater beigegeben. Dem Evangelischen Oberschulrat gehört ferner ein Mitglied des Evangelischen Konsistoriums an. Der Evangelische Oberschulrat übt auch die Aufsicht über die israelitischen Schulen aus. Mittel- und Hilfsschulen, die nicht auf die Angehörigen eines Bekenntnisses beschränkt sind, unterstehen den Aufsichtsbehörden für die örtlichen Volksschulen des Mehrheitsbekenntnisses. Den Oberschulräten sind auch die staatlichen Erziehungshäuser, die früher unter der Aufsicht einer besonderen Kommission standen, nämlich die Waisenhäuser in Stuttgart, Markgröningen und Ochsenhausen und die Taubstummenanstalten in Bönnigheim, Smünd und Nürtingen unterstellt. Die Oberschulbehörden üben durch ihre Beamten die Oberaufsicht nach der schultechnischen Seite auch über die Privaterziehungsanstalten, wie die Nikolauspflege für blinde Kinder, die privaten Taubstummen- und die zahlreichen Rettungsanstalten aus.

Die Leitung des Religionsunterrichts in den Volksschulen und Lehrerbildungsanstalten kommt unbeschadet des dem Staat zustehenden Oberaufsichtsrechts den Oberkirchenbehörden zu. Der befürchteten Doppelaufsicht über die Lehrer durch Schul- und Kirchenbehörden ist bei den evangelischen Schulen dadurch begegnet, daß die eingehende Prüfung des von den Lehrern erteilten Religionsunterrichts von der evangelischen Oberkirchenbehörde, unbeschadet des Rechts einer anderen Ordnung, den Bezirkschulinspektoren zugestanden ist. Der kirchliche Visitator nimmt eine eingehende Prüfung nur bei dem von den Geistlichen erteilten Religionsunterricht vor, bei den Lehrern nur Visitationsbesuche, durch die er sich mit dem allgemeinen Stand des Religionsunterrichts einschließlich des Choralgesangs bekannt macht. Kirchlicher Visitator ist nicht der Ortsgeistliche, sondern in den evangelischen Schulen der Dekan, für die Schule des Dekanatsbezirks der Generalsuperintendent. Für die katholischen Schulen, wo der Geistliche der Religionslehrer ist und der Lehrer bei dem Religionsunterricht nur Beihilfe leistet, insbesondere durch Einüben und Abhören des vorgeschriebenen Stoffs, ist als Visitator für jeden Bezirk ein bischöflicher Kommissär bestellt.

Wie viel die letzten Jahre an der Schule geändert haben, davon zeugen auch die neuen Schulbücher, die zum Teil noch unter den früheren, zum Teil unter den neugeschaffenen Oberschulbehörden hergestellt und eingeführt worden sind: außer dem von der Evangelischen Oberkirchenbehörde stammenden Biblischen Lesebuch (1901), dem Spruch- und Liederbuch (1901 und 1913) und dem Gesangbuch und dem Choralbuch für die evangelische Kirche (1912), die neuen Bibeln und Lesebücher (1910), ein Realienbuch für die katholischen (1910) und Liederhefte für die katholischen (1899) und die evangelischen (1912) Schulen. Neue Vorschriften über den Schönschreibunterricht mit einem Musteralphabet wurden 1910 erlassen. Durch die Vereinbarung der deutschen Bundesregierungen ist schon 1902 die neue deutsche Rechtschreibung festgestellt worden. Seit 1910 besteht in Stuttgart unter Aufsicht des Kultministeriums ein Schulmuseum, das die Aufgabe hat, die Behörden

und Lehrer der Volksschule mit guten Lehr- und Lernmitteln sowie mit zweckentsprechenden Schulausstattungsgegenständen bekanntzumachen, die Lehrer zur Herstellung guter Lehrmittel aufzumuntern, in allen die Lehrmittel und Schulausstattungsgegenstände betreffenden Fragen Auskunft zu erteilen und durch Ausstellungen sowie durch die „Mitteilungen aus dem Schulmuseum“ Verständnis für die Arbeit der Schule in weitere Kreise zu tragen.

Alle Anordnungen des Ministeriums und der Oberschulbehörden, soweit sie bleibende Bedeutung haben, werden in dem seit 1908 herausgegebenen Amtsblatt des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens veröffentlicht.

Der Erfolg

Was hat die Volksschule geleistet, was leistet und wie arbeitet sie fort und fort? Vielleicht ist manchem Leser zuviel von Gesetzen und Verordnungen die Rede gewesen statt vom Leben und Arbeiten der Schule und vom Wirken hervorragender Persönlichkeiten, bedeutender Lehrer oder um die Schule verdienter Männer in der Regierung und in den Landständen. Aber es geht nicht wohl an, aus den Namen Verstorbener oder Lebender einzelne herauszugreifen, und es mußte beim Rückblick auf die 25jährige Regierung unseres Königs von so wichtigen Gesetzen gesprochen werden wie denen von 1895, 1899, 1907, 1909, 1911, 1912. Andere Gesetze, die vorübergehendere Bedeutung hatten, sind gar nicht erwähnt worden (die von 1904 und 1905). Zum Teil fast noch wichtiger für die Schularbeit im einzelnen sind die zahlreichen Ministerialverfügungen geworden, so die über den einjährigen Militärdienst der Lehrer (1895), die Dienstprüfungen (1897 und 1900), die Arbeitslehrerinnenprüfung (1899), den neuen Lehrplan (1907), die Prüfungen in den Volksschulen (1907), das Ministerialamtsblatt (1908), die Schulkämmerer (1908), die umfangreichen Ausführungen zum Volksschulgesetz von 1909 (1910), die Verfügung über die Handhabung der Schulzucht (1910), über die Geräte, Lehr- und Lernmittel in den Schulen (1910), das Schulmuseum (1910), die Dienstwohnungen (1911), die Waisenhausordnung (1911), die Verfügung über die Aufnahme in die Seminare (1911), den Seminarlehrplan (1911), die Seminarordnung (1911), den Schularzt (1913), den Besuch öffentlicher Lichtspiele durch Schüler (1914). Wenn wir auf Vollständigkeit ausgehen könnten, müßten wir außer von zahlreichen eingehenden Kammerverhandlungen im Zusammenhang mit den Schulgesetzen und den Beratungen über den Staatshaushalt auch noch reden von weiteren einschneidenden Erlassen und Verfügungen: über das Turnen und die einfachen Leibesübungen, die Konferenzen, die Einführung der Mitteleuropäischen Einheitszeit, die Schulberichte, die Schultabellen, hauswirtschaftlichen Unterricht in den Fortbildungsschulen, die Schulbänke, die Schundliteratur, den Urlaub, die Schulentlassung, die Bekämpfung des Alkoholismus und der Tuberkulose, die Belehrung der Schüler über Berufswahl, Annahme

von Auslandsstellen, Fremdenlegion und vieles, vieles andere. Es hat im Laufe der württembergischen Schulgeschichte keine Zeit gegeben, in der so viel wie in den letzten 25 Jahren für die Volksschule geschehen ist an Aufwendungen aus der Staats- und den Gemeindefassen und an grundlegenden Neuordnungen, aus denen sich dann überaus zahlreiche Regelungen im einzelnen ergaben.

Aber was ist der Erfolg? Es sollen hier keine großen Worte gemacht werden von hoher Blüte der Volksbildung. Es fehlt nicht an betäubenden Beobachtungen und demütigenden Enttäuschungen. Man darf ja nur die Frage so stellen: Entlassen wir aus unseren Schulen an Leib und Seele gesunde, aufgeweckte, brave, pflichttreue, gottesfürchtige, für das Leben ausgerüstete Söhne und Töchter, an deren Zukunft man mit Ruhe denken kann, die einmal gute Staatsbürger werden? Jedermann weiß, daß die Antwort darauf sehr bescheiden ausfallen muß. Die Urteile der Lehrer über ihre Fortbildungsschüler und Sonntagsschülerinnen reden eine deutliche Sprache. Sodann kann es keine Dienstprüfungs- oder Seminarordnung und keine Disziplin erreichen, daß nur solche in den Lehrberuf gelangen und darin bleiben, die nach Charakter, Wissen und Leistungsfähigkeit sich durchaus dazu eignen, zumal wenn es sich um annähernd 7000 Personen handelt. Auch fehlt es nicht an Widerständen gegen die Schule und ihre Erziehungs- und Unterrichtsarbeit, Widerständen, wie sie in den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und anderen Zuständen und in den Personen begründet sind.

Und doch ist das nur die eine Seite. Daß beim Heere nur alle paar Jahre ein Bizeuner oder ein Schirmslicker getroffen wird, bei dem sich keine Lese- oder Schreibkunst mehr findet, ist uns allmählich fast selbstverständlich geworden, und doch welche Summe von Arbeit steckt dahinter! Aber mehr: wie viele haben sich gewundert über die gut geschriebenen Briefe einfacher Leute vom Feld! Das ist keine Ausnahme, sondern etwas Alltägliches. Ist nicht der Krieg eine große Probe geworden für unsere Volksschulbildung? Eine Probe, bei der auch nicht lauter Harmonien zutage traten, bei der aber im großen und ganzen jeder gerechte und kundige Beurteiler sagen wird: Es ist unendlich viel Großes, Bewunderungswürdiges geleistet worden, und daran hat ihr vollgerüttelt Teil auch die Volksschule, die ältere, die neuere und die neueste. Draußen im Feld tun die früheren Volksschüler, die ja auch dort neun Zehntel des Ganzen ausmachen werden, mit Verständnis ihre Pflicht, und daheim steht das Heer derer, die zugleich an Stelle der Einberufenen arbeiten. Es ist ergreifend, zu sehen und zu hören, was von der Großstadt bis ins fernste Dorf auch in der Schule und durch sie geschieht in Sammlungen, in Handarbeiten, in Zeichnungen für die Kriegsanleihen. Im Feld sind mehr als 500 württembergische Volksschullehrer im Dienste des Vaterlandes gefallen, und daheim stehen die zurückgebliebenen Lehrer und die Lehrerinnen in die Lücken und verrichten die nervenaufreibende Tagesarbeit, leiten die Kriegsarbeiten der Schuljugend und helfen

bei der Aufklärung in den Gemeinden über die Tagesfragen und treten auf den Rathhäusern und in den Familien mit Rat und Hilfe ein.

Man gibt sich bei aller Unruhe der Zeit mit Fragen der Zukunft, der Gestaltung der Schule, des Unterrichts und der Erziehung nach dem Kriege ab. Insbesondere das Problem eines innigeren Zusammenhangs zwischen der Volks- und den höheren Schulen über das hinaus, was in dieser Hinsicht schon bisher die neuen Lehrpläne geleistet haben, beschäftigt weite Kreise, und es werden Pläne über einen einheitlichen Aufbau des gesamten Bildungswesens aufgestellt. Verschiedenartige Beweggründe spielen herein: Rücksichten sozialer Gerechtigkeit, die Fürsorge für Talente, die aus kleinen Verhältnissen in leitende Stellung kommen sollten, und für einen Ersatz der durch den Krieg dahingerafften tüchtigen Kräfte, Standesrücksichten, Betonung der staatsbürgerlichen Einheit und der Notwendigkeit einer einheitlichen Nationalerziehung gegenüber den trennenden Mächten und anderes. Gewünscht wird größere Einheitlichkeit für das Schulwesen durch die vielen Bundesstaaten hindurch, sei es, daß geradezu eine Reichsschulgesetzgebung an Stelle der bundesstaatlichen gefordert wird oder doch eine Art Rahmengesetz, innerhalb dessen eine wertvolle Mannigfaltigkeit Raum hätte, oder eine Reichsschulkommission mit stark erweiterten Aufgaben. Dazu kommen jene die Geister immer besonders erregenden Weltanschauungsfragen, die ihre Extreme haben in der Unterstellung der Schule unter kirchliche Leitung und in der völligen Weltlichkeit des Schulunterrichts nach französischem Muster. Es wird ohne hixige Auseinandersetzungen in allen diesen Angelegenheiten nicht abgehen. Denn es handelt sich nicht bloß darum, daß hier Fortschritt, dort Stillstand und Rückschritt stände, sondern um die Ausglei chung von Gedanken und Empfindungen, deren Gewicht zu erkennen Sache offenen Blickes und weiten Herzens ist. Der Rückblick auf die letzten 25 Jahre läßt hoffen, daß Regierung und Volk auch zur Lösung dieser Fragen die richtigen Wege finden werden.

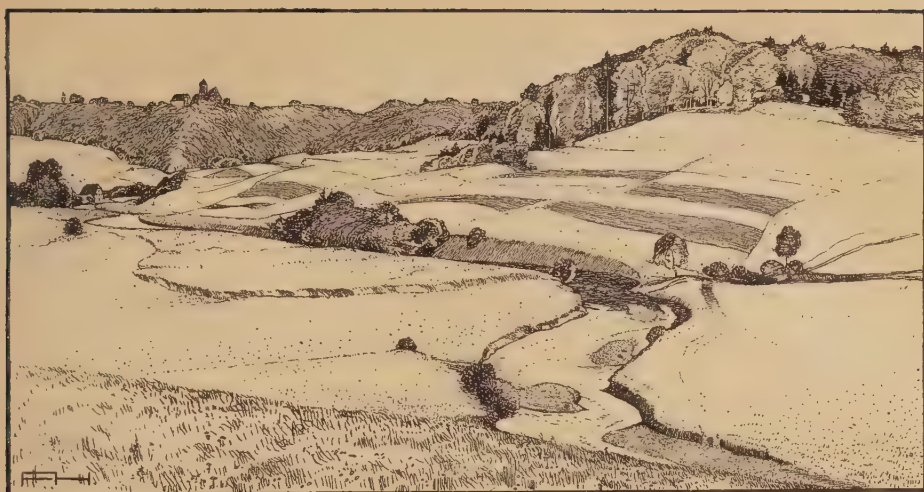
Quellen:

Die württembergische Volksschulgesetzgebung nebst den Vollzugsbestimmungen, bearbeitet und erläutert von Ernst Schüz, Oberregierungsrat, und Dr. jur. Karl Hepp, Oberregierungsrat. 2 Bde. Stuttgart, bei J. Neß, 1910 und 1913.

Die württembergische Volksschule. Kurze Geschichte der württembergischen Volksschule und Übersicht über die für das württembergische Volksschulwesen geltenden Gesetze und Verordnungen, herausgegeben von Ernst Schüz, Oberregierungsrat. 2. Aufl. Stuttgart, bei J. Neß, 1914.

Geistiges und künstlerisches Leben

II. Pflege des Schrifttums und der Künste, der Heimat und ihrer Natur- und Kunstdenkmäler



Literatur

Von Dr. Th. Klaiber

Die Schwaben haben von jeher das Wort von dem „Volk der Dichter und Denker“ in besonderem Sinn auf den eigenen Stamm bezogen. Mit Genugtuung verweisen sie auf Philosophen wie Schelling und Hegel sowie auf die anderen Größen im Reiche des Gedankens, deren Wiege im Schwabenlande stand; und in der langen Reihe von Dichtern, die seit den Tagen Schillers und Uhlands, Hölderlins und Mörikes dem heimischen Boden entsproßten, erkennen sie mit Stolz einen der glänzendsten Ruhmestitel ihres Landes. So erfüllte es denn auch alle guten Württemberger mit ungeteilter Freude, als während der letzten Jahrzehnte im Lande eine achtungsgebietende Zahl junger Dichter aufblühte, die mit ihren Dichtungen freudigen Widerhall fanden auch über die Grenzen der engeren Heimat hinaus, und deren Werke nicht bloß fleißig gelesen, sondern sogar eifrig gekauft wurden.

Heute nun haben wir Dichter wie Hermann Hesse, Auguste Supper, Cäsar Flaischlen, Ludwig Finckh neben Vertretern älterer Überlieferungen wie Hilde Kurz und Christian Wagner; und eigenwilligen Realisten und Humoristen wie Wilhelm Schussen und Heinrich Schöff stehen Dichter wie Heinrich Lilienfein und Anhänger einer kühlen Künstlerkunst wie R. G. Vollmöller und Bruno Frank gegenüber. Diese Fülle des neusprießenden Lebens durfte um so dankbarer empfunden werden, als man sich zuvor eine Zeitlang vorgekommen war wie in den Winkel gestellt und abgeschnitten vom lebendigen Fluß der Entwicklung.

In der Tat bedeuteten die siebziger und achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts für die schwäbische Dichtung eine Zeit des Stillstands. Wohl waren damals noch zahlreiche der besten Vertreter schwäbischer Art in

der Dichtung am Leben, und sie traten sogar teilweise jetzt erst mit ihren bedeutungsvollsten Werken hervor. So erschien F. Th. Visschers „Auch Einer“ 1879, seine „Lyrischen Gänge“ 1882. Auch J. G. Fischer ließ in diesen Jahrzehnten wiederholt neue Sammlungen seiner naturinnigen Gedichte erscheinen. W. Herz schuf in frischen, lebensprühenden Um- und Nachdichtungen alter Epen und Sagen leuchtende Bilder mittelalterlicher Lebenslust und Sinnenfreude, und Karl Gerok ließ in seinen warmherzigen, flüssigen Gedichten den Reichtum seines befriedeten, weltauftgeschlossenen Gemüts ausströmen. Neben den Genannten fehlt es nicht an anderen Namen von Gewicht und Ansehen.

Aber trotzdem breitete sich immer mehr ein Geist der Verdroffenheit über dem literarischen Leben des Landes aus. Man fühlte, daß auf dem Gebiet der Dichtung die innere Triebkraft und der frische Nachwuchs auszubleiben begann, man merkte, daß die Fühlung mit der übrigen deutschen Dichtung verloren zu gehen drohte.

Im Grunde konnte es ja kaum wundernehmen, wenn nach einer so reichen dichterischen Ernte, wie sie die Zeit vom Ende des 18. bis in die sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts gebracht hatte, eine gewisse Erschöpfung des Bodens eintrat, und es war begreiflich, daß man die Gegenwart damals gerne über dem beflissen gepriesenen Glanz der Vergangenheit zu vergessen trachtete. Mehr noch aber als in einer natürlichen Erschöpfung hatte die damalige Säftestockung ihren Grund in der neu erwachsenen Notwendigkeit, sich vor allem mit den zahlreichen Veränderungen im wirtschaftlichen und politischen Leben auseinanderzusetzen, die die Zeit nach 1870 für unser Land brachte, und die viele seiner besten geistigen Kräfte in Anspruch nahm.

Dazu vermochten die Schwaben nur schwer den Anschluß an die damals maßgebenden Literaturströmungen zu finden. Der Schwabennatur wollte die hauptsächlich auf Schönheit und Glätte der Form bedachte Bildungsdichtung der Münchener, eines Geibel, Heyse, Schad u. a. mit ihrer schönggeistigen Gebärde auf die Länge ebensowenig zusagen als die bald witzelnd-schnoddrige, bald empfindsam platte Unterhaltungsschriftstellerei der Lindau und Blumenthal, die vor allem in den großen Städten, zumal in Berlin, lauten Widerhall fand. Auch die sogenannte archäologische Dichtung, die damals ihre Blütezeit erlebte, strebte in ihren gelesensten Vertretern zu ausschließlich nach äußerlichen Wirkungen und verlor sich allzusehr in Kostüm- und Kulturschilderung, als daß die naturhafteren Neigungen schwäbischer Art sich für den Professorenroman und die Buzenscheibenpoesie erheblich hätten erwärmen können. Dann kam freilich der Naturalismus und räumte mit all diesen Richtungen und Gruppen auf. Aber auch zum Naturalismus konnten die Schwaben kein innigeres Verhältnis finden. Einmal fehlten in Württemberg die wirtschaftlichen Voraussetzungen der naturalistischen Dichtung: die einseitig gesteigerte Entwicklung des Kapitalismus, des Gewerbes, des vierten Standes, wie sie

sich in den Großstädten und reinen Industriebezirken des Reiches vollzogen hatte. Dann widerstrebte dem Schwaben die unfrohe Weltverdrossenheit der Naturalisten ebenso wie ihr ängstliches Nachkritzeln der Wirklichkeit. Seine Freude am knorrigen Eigenwuchs der Persönlichkeit und am freien Spiel der Einbildungskraft, sein Bedürfnis, nach dem Wesen der Dinge zu graben, das hinter den Erscheinungen liegt, sein versonnenes Träumertum wie seine auf sittliche Beurteilung des Lebens eingestellte Gesinnung — alles das ließ ihn auch bei dieser neuen Literaturbewegung nicht auf seine Kosten kommen.

Ein Bild des peinlichen Unbehagens infolge dieser Abschnürung vom literarischen Leben der Nation geben vielfach die Werke von Karl Weitbrecht und Eduard Paulus, die zwei Hauptvertreter des schwäbischen Schrifttums jener Zeit sind. R. Weitbrecht, der als Professor für deutsche Literatur an der Technischen Hochschule in Stuttgart 1904 starb, hat sich in seinen literarisch-geschichtlichen Werken, unter denen das warmherzige und frische Goethebuch „Diesseits von Weimar“ für den Verfasser besonders bezeichnend ist, jederzeit als ein tapferer und unerschrockener Kämpfer bewährt, vor allem gegenüber den Zeitströmungen der siebziger und achtziger Jahre. Seine tiefe Unzufriedenheit mit dem Geist der Zeit, die noch durch die ungenügende Beachtung der eigenen Dichtungen verschärft wurde, ist jedoch auch in seine erzählenden Werke eingedrungen, unter denen „Phaläna oder die Leiden eines Buches“ das wertvollste und durchgeistigste, aber auch das bitterste sein dürfte. Der sittliche Schwung, der Weitbrechts Wesen eigen war, gibt sodann nicht minder seinen Dramen, mit denen er freilich keine bleibenden Bühnenerfolge errang, und seinen Gedichten ihr Gepräge. In seiner Lyrik klingen Weltanschauungs- und Seelenkämpfe aller Art kräftig nach, und neben den hellen Trompetenklängen, die aus dem Jahr 1870 stammen, neben volkstümlich frischen Gedichten wie „Die alte Kelter“ fesseln vor allem die verhaltenen Töne, die aus leidgeprüfter Seele kommen, wie die ergreifenden Verse:

„Wenn ich Abschied nehme, will ich leise gehn,
Keine Hand mehr drücken, nimmer rückwärts sehn . . .“

Mit Karl Weitbrecht begegnet sich der 1907 verstorbene E. Paulus in der Ablehnung der geistigen Strömungen jener Zeit. Weitbrecht kam von der Philosophie und Theologie her, so entrüsteten ihn vor allem die sittlichen Mängel und Verkehrtheiten des Zeitgeistes. E. Paulus ging von der Baukunst aus, so beleidigte besonders die Stillosigkeit der neuen Zeit sein Feingefühl. Weitbrechts Art war mehr auf Willen und Kampf gestellt, Paulus gab sich bald als launiger Spötter, bald als weltmüder Träumer, bald als schwermütiger Seher und Prophet mit buddhistisch angehauchten Pilgerstimmungen. Daneben labt sich sein schönheitstrunkener Sinn an dem großen Stil italienischer Kunst und Natur und vor allem an den traulichen Reizen der schwäbischen Heimat. Die buchengrünen Hänge der Alb, ihre burgen-

gekrönten Vorberge, darunter vor allem der alte Neuffen, ihre ernstesten Hochstraßen und daneben die stillen Klöster des Schwabenlandes sowie seine ragenden Kirchen aus alter Zeit wird er nicht müde in Gedichten und Sonetten zu preisen und zu besingen, und es sind so feine, wohlabgerundete Bilder in juwelengleich leuchtenden Farben entstanden. In ihnen verschmelzen sich dem Dichter Vergangenheit und Gegenwart, und sie stellen das dichterisch Vollwertigste dar, was er hervorgebracht hat.

Neben Weitzbrecht und Paulus traten damals noch einige andere Dichter auf, wie die beiden gleichfalls wenig berührt von den literarischen Zeitströmungen und eng mit den einheimischen klassisch-romantischen Überlieferungen verbunden. Hierher gehört der 1852 geborene Eduard Eggert, der zuletzt Buchhausdirektor in Stuttgart war und nun seit Jahren in Langenargen lebt. Waren seine 1891 erschienenen „Gedichte“ die fesselnde Talentprobe eines dichterisch begabten Nachfahren der großen Tage unserer Klassik und Romantik, und steht sein Sang aus Oberschwaben „Der Bauernjörg“ in der Nähe der einst so beliebten Mären und Sänge, so gab sein Epos in Alexandrinern, „Der letzte Prophet“ (1894), eine dichterische Verarbeitung der Geschichte Johannes des Täufers, die der Gestalt des Propheten in ihrer ernstesten Größe gerecht wird und Stellen von packender Kraft und leidenschaftlicher Farbenpracht der Schilderung aufweist. Nachdem das Gegenwartsdrama Eggerts, „Gerechtigkeit“ (1901), vielleicht oft zu sehr mit gehäuftem Geschehen und grellen Szenen gearbeitet hatte, konnte man es begrüßen, daß sich der Dichter mit seinem „Simson“ (1910) wieder einem biblischen Stoff zuwandte. Seine Freude an bewegter Handlung bleibt ihm auch in diesem Jambendrama treu, und im fünften Aufzug, wo sonst die Neueren so leicht ermatten, folgt bei ihm Schlag auf Schlag und Stoß auf Stoß. Ein kühner Versuch ist die Umformung, die er mit der Delila des Richterbuchs vorgenommen hat, und auch sonst sind die Gestalten sicher und wirksam gezeichnet.

Als Dramatiker versuchten sich neben Weitzbrecht und Eggert besonders Adolf Wechsler aus Ulm (1829—1914), Franz Größler (geb. 1849), Eugen Bonhöffer (geb. 1852) und Ernst Kapff (geb. 1863). Ihre Stücke, die meist geschichtliche Stoffe behandeln, sind teils in gehobenem Jambenstil, teils in schlichter Prosa abgefaßt. So sehr manches in diesen Dichtungen anspricht, so fehlt doch fast allen die eigentliche dramatische Blut und Federkraft.

Als Lyriker sind neben Eggert zwei weitere Juristen zu nennen. Karl Schönhardt (geb. 1833) mit Gedichten in gewählter, formschöner Sprache und Robert Schler (geb. 1851), der in seinen verschiedenen Sammlungen bald derb launig, bald scharf satirisch kommt und daneben im kräftigen Balladenton oder in frischen Landschaftsschilderungen sich bewährt. Auch ein Theologe, Gotthold Knapp (1848—1908), der Sohn Alberts, trat mit einer Sammlung kunstloser, warmherziger Gedichte hervor: „Ernst

und Frei“ (1886). Ferner verdient die schlichte, ansprechende Lyrik von Christian Roller (geb. 1840) Erwähnung. Mären und Sänge im Stil Scheffels und Julius Wolffs schufen Emil Engelmann (1837—1900), Ludwig Laistner (1845—1896), Heinz Sauzele (geb. 1862) u. a.

Ein prächtiger Erzähler, der unbekümmert um literarische Modeströmungen aus der Fülle eines warmen Gemüts, einer reichen Phantasie, einer vielseitigen Welt- und Lebenserfahrung schöpfte, war der 1836 in Kirchheim u. T. geborene, 1906 in Ulm verstorbene Max Eyth. Sein „Wandербuch eines Ingenieurs“, das 1904 umgearbeitet und erweitert unter dem Titel „Im Strom der Zeit“ neu erschien, gibt in Briefen nach der Heimat lebenssprühende Bilder aus seinen Lehr- und Wanderjahren, die ihn in alle Länder Europas, nach Asien, Afrika und Amerika führten. Helläugiger Tatsachensinn, die Gabe anschaulich und farbenreich zu schildern, frische, lebensfrohe Laune machen die Brieffammlung zu einem kostbaren Schatz unseres Schrifttums. Außer mehreren Jugenddichtungen und einer spannenden geschichtlichen Erzählung „Mönch und Landsknecht“ (1886) hat dann Eyth zwei größere kulturgeschichtliche Romane geschrieben „Der Kampf um die Cheopspyramide“ (1902) und „Der Schneider von Ulm“ (1907). Der ältere der beiden Romane gibt ein lebendiges Bild ägyptischen Lebens in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Das Ränke- und Bestechungswesen in der Umgebung des Vizekönigs, die Faulheit und Verschmitztheit der Eingeborenen, das Treiben der Europäer in Kairo beschreibt Eyth auf Grund eigenen Erlebens mit Humor und Anschaulichkeit. Im „Schneider von Ulm“ gibt er die tragische Geschichte eines um 200 Jahre zu früh geborenen Flugkünstlers, des Ulmer Schneiders Verblinger, der das bezeichnende Geschick eines Erfinders erlebt, der seiner Zeit mit seinen Plänen vorauseilt. Dabei entrollt sich vor dem Leser ein farbenreiches Bild vom Leben Süddeutschlands in der napoleonischen Zeit, und besonders das Treiben in den protestantischen Klosterschulen Württembergs, in den Kreisen der zünftigen Handwerker und der Behörden einer freien Reichsstadt ist mit vollsaftigem Behagen gezeichnet. Das prächtige Buch „Hinter Pflug und Schraubstock“ endlich ist eine Sammlung sorgfältig ausgeführter, spannend erzählter Bilder aus dem Ingenieurleben, in denen bald die heitere, bald die ernste Seite des Berufes zur Geltung kommt und überall das Feingefühl fesselt, womit der dichterische Gehalt der modernen Technik mit ihren gewaltigen Leistungen und Arbeiten erfasst ist.

Mit unterhaltenden Schilderungen aus dem Offiziersleben in Hackländers Art fesselte Major Karl Hecker (1845—1897) zahlreiche Leser. Besonders sein flottes Buch: „Aus den Memoiren eines Leutnants“ fand großen Anklang.

Als tüchtige Volks- und Jugenderzähler desselben Zeitraums verdienen Paul Lang († 1898 als Dekan in Urach) und Philipp Spieß (Dek-

name für Stadtpfarrer Stähle, † 1910 in Heilbronn) mit ihren geschichtlichen Erzählungen Erwähnung. Auch der 1863 geborene Karl Allmendinger, der früher im katholischen Schuldienst stand, hat unter dem Decknamen Felix Nabor eine Reihe von Erzählungen, Romanen und Novellen verfaßt, die mehrfach geschichtliche Stoffe behandeln, wie der Roman „Mysterium crucis“ und die Erzählung aus dem Bauernkrieg „Der Vogt von Lorch“. Der 1915 verstorbene Dr. Weinland hat sich als Verfasser zweier fesselnder Geschichten aus den ältesten Zeiten der Schwabenalb, „Nulaman“ und „Runing Hartfest“, ein dauerndes Andenken in den Herzen der Jugend gestiftet. Die Erzählung des Stuttgarter Schulrats E. Salzmänn (geb. 1848), „Hinter Klostermauern“ (1886), gehört zu den frischesten, warmherzigsten Schilderungen des Lebens in den evangelisch-theologischen Seminaren Württembergs, während die lustige Stacheldichtung „Der verzauberte Apfel“ (1886) von G. Bauer, dem als Schriftleiter in Berlin verstorbenen Sohn von Mörikes Freund Ludwig Bauer, das Seminarleben in mehr spöttlicher und schwankhafter Weise behandelt. In katholischen Kreisen erfreut sich neben August Butscher (geb. 1845) der frühere Schriftleiter des „Deutschen Volksblatts“ Konrad Rummel (geb. 1848) als fruchtbarer und erfolgreicher Volkserzähler großer Wertschätzung. In neuerer Zeit traten A. Hanselmann, W. Mader u. a. mit Jugenderzählungen verschiedener Art hervor.

Eine eigenartige Erscheinung im schwäbischen Schrifttum ist der 1835 geborene Bauer Christian Wagner von Warmbronn bei Leonberg. Die alte Neigung der Schwaben zum Grübeln und „Spekulieren“ ist in ihm besonders lebendig, und so sucht er sich durch das Gewirr der Fragen und Aufgaben, die unserem Denken gestellt sind, selbständig einen Weg zu bahnen. Obgleich er nach dem Zeugnis seines Biographen Weltrich philosophische Werke überhaupt nicht gelesen hat, und obwohl über indische Religion und Weisheit nur zerstreute Kunde zu ihm gelangt war, verkündigt er doch neben Überzeugungen anderen Gepräges die Lieblingsgedanken der indischen Philosophie: die Lehre vom trügerischen Schein des Einzeldaseins, von der ewigen Wandlung und Wiederkehr aller Dinge, von der Tier- und Pflanzenschönung usw. Diese Gedanken liegen auch häufig den besten unter seinen Gedichten zugrunde, in denen sich Wagner gern als Seher, Brahmine und Märchenerzähler fühlt, und die trotz zahlreicher Unbeholfenheiten frischen Eigenwuchs und kraftvolle Sonderart auch in der Sprache zeigen. Als Johanna Ambrosius ihren großen Erfolg hatte, tauchten da und dort Volksdichter und -dichterinnen auf. Auch in Schwaben haben wir einen Lyriker dieser Art, den Arbeiter Ludwig Palmer in Schorndorf (geb. 1856), der sich in flüssigen Versen gewandt auszudrücken versteht. Aber das meiste von den Hervorbringungen dieser Art war mehr ein Spiel mit hergebrachten Wendungen und Empfindungen ohne kraftvolle Eigenart. Es geht nicht an, Christian Wagner mit solchen Volksdichtern zusammenzuwerfen. Leere Glätte

ist nicht seine Sache. Er wirkt fast immer neu, besonders in seinem Verhältnis zur Natur. Mit ihr fühlt er sich eins und wesensgleich. Wenn er durch die Wiesen und Wälder geht, beginnt ihm alles zu reden. Die Blumen erzählen ihm ihre Geschichte, die Falter bringen Grüße aus einer anderen Welt, die Gräser nicken ihm zu als ihrem Bruder. Dabei gibt sich der Dichter gerne Träumereien hin, die weit hinaus ins Weltall, hinweg über alle Schranken des Raumes und der Zeit führen:

„Tief unter ihm als sel'ge Waller drehn
Die Sterne sich, die auf und nieder gehn.“

Er entdeckt in seinem Geiste die Spuren eines Lebens vor diesem Leben:

„So wie ein Mensch nach lärmendem Gelag
Noch spät zu Mitternacht nicht schlafen mag
Und seine Ruhe findet knapp vor Tag;

Und süß erst schläft beim ersten Morgenschein,
So reichte in die Jugend mir hinein
Versäumer Schlaf von einem vor'gen Sein.

O wüßt' ich doch, was mich nicht schlafen ließ!
Ob mich ein Gott vom Bacchanal verstieß?
Ob ich betrunken kam vom Paradies?“

So zahlreich bei dem Dichter die Lyrik ist, die sich nur auf Grund seiner eigentümlichen Anschauungen völlig verstehen läßt, so liegen doch von ihm genug Gedichte vor, die nichts wollen, als Natureindrücke und Naturbilder wiedergeben. Da zeigt sich die feine Beobachtung Wagners, der das Eigenste einer Landschaft, einer Blume mit feherhafter Anschaulichkeit wiederzugeben versteht, wie in den unendlich reizvollen „Anemonen“ und zahlreichen anderen Blumengedichten, wie in seinen Landschaftsbildern aus der Heimat und aus Italien. Daneben stehen Gedichte voll Schwung und Kraft wie die „Totenfeier“, voll bezwingender Innigkeit wie die „Geburtsweihe“, voll klarer, kühner Bildkraft wie „Herbstwiese meiner Seele“.

Zur ersten Bekanntschaft mit Wagner mag die Auswahl seiner Gedichte von H. Hesse (1913) besonders dienlich sein. Von da wird man dann gerne zu den zahlreichen Sammlungen weitergehen, die Wagner im Lauf der Jahre erscheinen ließ. Unter ihnen sind die „Neuen Dichtungen“ besonders wertvoll. Hesse nennt sie mit Recht das frischeste und durchglühteste Buch des Dichters. 1915 erschien dann ein Bändchen Prosa, das den Dichter als liebenswürdigen, anspruchslosen Erzähler zeigt. Er hat diese Geschichten aus seiner Jugendzeit „Eigenbrötler“ betitelt.

Abseits vom literarischen Leben der Zeit stand auch die 1853 geborene Isolda Kurz, die Tochter von Hermann Kurz, die bald nach dem Tode des

Vaters nach Florenz übersiedelte, bis sie neuerdings wieder nach Deutschland zurückkehrte. Es gibt im Schwabenland Frühsommerabende mit lauer, durchsichtiger Luft. In edlen Linien heben sich die Umrisse der sanften Höhenzüge vom Abendhimmel ab, die Pappeln in den Gärten ragen im Halbdunkel wie Zypressen, über Mauern und Zäune hängen duftende Blütenranken, und weiße Landhäuser blicken schimmernd zwischen dunklen Parkbäumen hervor. Man glaubt sich in den Süden versetzt, bis der tiefe Klang der Abendglocke, die schwermütige Weise eines schwäbischen Volkslieds, die vertrauten Laute der heimatlichen Mundart in den Gesprächen der Vorüberwandelnden daran erinnern, daß man im Schwabenlande weilt. Ähnlich wirken auch die Dichtungen von Isolde Kurz auf den Leser. Es ist viel darin vom Süden, von seiner klaren Schönheit, seiner ruhigen Linie. War doch der Dichterin, wie sie selbst erzählt, Kunst und Dichtung der Griechen schon geläufig in einem Alter, wo andere Kinder sich noch am Struwwelpeter erbauen. Um so mehr lebte sie dann in der kleinen Weltstadt am Arno neu auf in der Berührung mit einer alten, vornehmen Kultur. Hier lernte sie „im Suchen nach Form und Stil das Uferlose ihrer Phantasie begrenzen“ und wurde mit der großen Geschichte ihrer neuen Heimatstadt, mit dem Volksleben des Südens immer vertrauter. Diese Einflüsse treten vor allem in den „Florentiner Novellen“ (1890) zutage, geschichtlichen Erzählungen von so edler, stilvoller Haltung, daß sich jedem Leser der Vergleich mit R. F. Meyer aufdrängt, den die Dichterin damals noch gar nicht kannte. Klassische Linien weisen auch zahlreiche Novellen ihrer anderen Sammlungen auf, wie „Unsere Carlotta“ (1901), „Genesung“ und „Frutti di Mare“ (1902), „Cora“ (1915), in denen großgeschaute Gestalten und Bilder mit ruhigen, sicheren Strichen umrissen, am Auge des Lesers vorüberziehen. Die Sprache der Dichterin mit ihrem edlen Faltenwurf und ihrer feinen, klaren Prägung macht auch die anderen Prosabücher von Isolde Kurz zu Werken von schimmerndem Glanz und edler Schönheit. Hierher gehören „Die Stadt des Lebens“ mit einer Reihe gediegener kulturgeschichtlicher Schilderungen aus der Zeit der Florentiner Renaissance, die ergreifende Lebensbeschreibung ihres Vaters Hermann Kurz (1906), die farben- und gestaltenreichen „Florentiner Erinnerungen“ (1909) mit dem Lebensbild ihres Bruders Edgar, sowie endlich die „Wandertage in Hellas“ (1913), die von gehobener Weihestimmung durchtränkte Schilderung einer begeisterten Wallfahrt nach Griechenland.

Daneben verleugnet sich freilich bei der Dichterin auch nirgends das Erbe vom Vater und von der alten Heimat her. Es macht sich vor allem bemerkbar in jenem Triebe, sich durch die Schalen zum Kern der Dinge durchzubohren, in jenem Drang, die Rätsel und Geheimnisse der Welt und des Lebens zu ergründen, der der Dichterin eigen ist. In heiterem Spiel betätigt sich diese Anlage in den „Phantasien und Märchen“ (1890), dann beschäftigen sich viele ihrer Novellen mit Fragen wie das Ichproblem, mit Traum- und Entrückungszuständen, mit unbewusster Willensbeein-

flutung u. dergl. Auch die gedankenreiche Dichtung „Die Kinder der Lilith“ (1908) läßt sich nur verstehen aus dieser Vorliebe für kühne und eigenwillige Gedankenwege. Den Spuren des geistigen Heimatbes begegnet man dann auch in dem warmherzigen Humor, der bald die erheiternden Menschlichkeiten des italienischen Volkslebens belächelt, wie in den „Italienischen Novellen“ (1895), bald in wehmütigem Behagen alte Jugend- und Heimat-erinnerungen umspielt, wie in dem Novellenband „Von dazumal“ (1900). In dem „Geborgten Heiligenschein“ hat diese köstliche Laune ein Kabinettstückchen geschaffen, das Kellers Legenden unbedenklich an die Seite gestellt werden kann. Ist dieser sonnige Humor zweifellos ein Erbe des Vaters, des Dichters der beiden Tubus, so darf man wohl die Kämpferstellung, die die Dichterin allem geistlosen Spießbürgertum gegenüber einnimmt, auf die Mutter zurückführen, die sich um die Vorurteile ihrer Umgebung nie viel kümmerte. Von dieser kampflustigen, selbstsicheren Verstandesklarheit legt die herbe, frische Höhenluft in dem gedankenreichen Aphorismenbuch der Dichterin: „Im Zeichen des Steinbocks“ (1905) am deutlichsten Zeugnis ab.

Die Gedichte von Hölbe Kurz stehen nach Gehalt und Form ihren Novellen und Erzählungen in keiner Weise nach. Ihre beiden Sammlungen („Gedichte“ 1889, „Neue Gedichte“ 1905) sind frei von allem Spielerischen, Süßlichen oder Gespreizten. Alles kommt klar und echt heraus und zeugt von herbem, tiefem Empfinden. In den „Gedichten“ sind die der Klage um einen geliebten Toten geweihten besonders ergreifend. „Die erste Nacht im Grab“ gehört zum Erschütterndsten in unserer Lyrik. Gegenüber den „Gedichten“ weisen die „Neuen Gedichte“ einen bemerkenswerten Fortschritt an Reife, Kraft und Fülle auf; das unmittelbar quellende Lied, wie es einem Goethe, den Romantikern und Schwabendichtern so oft gelang, ist freilich nicht Sache der Dichterin. Ihre Art ist hierfür zu bewußt und gedankenhaft, und sie erinnert auch hier an R. F. Meyer. Manches wirkt darum etwas spröde, aber diese Gedichte geben auch nirgends einen hohlen Klang, und besonders den Naturgedichten ist eine ruhige, feierliche Schönheit eigen. Die durchglühte, aber gehaltene Reife dieser Lyrik kommt am schönsten in Gedichten zum Ausdruck wie in der von Herbststimmung durchzitterten „Überfahrt“, in den Gedichten auf den Bruder Edgar oder in Versen voll gedämpften Vollklangs wie:

„Purpurne Abendröte
Streut ihr Gold verschwendrisch
umher,
Wünsche, Sorgen und Nöte
Sanken ins blaue Meer. — — —

Auf den Pfaden, den schattenlosen,
Über Steine kam ich und glühenden
Sand,
Meines Lebens Rosen
Trage ich frisch in der Hand.

Weile noch, sinkende Sonne,
Die du Wunder auf Wunder vollbracht,
Deine süßeste Wonne
Gibst du vorm Tore der Nacht.“

Ihrem 1904 verstorbenen Bruder Edgar Kurz, der als Arzt in Florenz lebte, hat die Dichterin ein schönes Denkmal gesetzt in der Herausgabe seiner Gedichte, die eine Art dichterisches Tagebuch oder Selbstgespräch, eine Lebensbeichte in Gedichten von eigentümlich fesselndem Reiz darstellen.

Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts begannen sich die Fluten des Naturalismus zu verlaufen. Sie hatten dem Alder des deutschen Schrifttums manche neuen Triebkräfte zugeführt, hatten aber auch in der Dichtung wertvolle Seelenkräfte und Kunstformen an der Entfaltung gehindert. All die Empfindungsweisen und Dichtungsarten, die während seiner Herrschaft nicht auf ihre Rechnung gekommen waren, hoben nunmehr an, sich mächtig zu regen. Die Phantasie, die der Naturalismus geächtet hatte, kam wieder zu Ehren und mit ihr Dichtungen und Dichtungsarten, in denen sie das Bepter führte. Wirklichkeitstreue war das Lösungswort der Naturalisten gewesen, nun ging man neuen Stimmungen und Stilen nach. Vom Naturalismus war vor allem das Leben der modernen Gesellschaft, der großen Städte, des vierten Standes geschildert worden, jetzt bekamen die Worte „Heimat und Scholle“ einen neuen Klang. Gegenüber der Umwelt und der Masse fühlte die Einzelpersonlichkeit wieder ihren Wert und ihren inneren Reichtum. Neben Nietzsche, dessen Wirkungen auf die Dichtung jetzt immer spürbarer wurden, traten zuerst vielfach ausländische Dichter wie Verlaine, Maeterlinck u. a. als Bannerträger der neuen geistigen Strömung auf, die bald als Symbolismus, bald als Neuromantik, bald als Heimatkunst sich gab. Dann aber besann man sich auf die großen Dichter des eigenen Volkes, die man über den Modegrößen der letzten Jahrzehnte vielfach vergessen hatte. G. Keller und R. F. Meyer, Storm und Raabe, Ludwig und Heibel, Mörike und Hermann Kurz wurden wieder lebendig, und in dieser neuen geistigen Luft regte sich besonders wieder der deutsche Süden, der während der Herrschaft des Naturalismus allzusehr beiseite gestanden hatte. Auch im Schwabenland fühlte man ein Wehen wie von Frühlingslüften, bald begann es von allen Zweigen zu schallen, und der muntere Gesang weckte auch über die Grenzen des Landes hinaus freudigen Widerhall.

Unter den Jungen, die seit den neunziger Jahren nun nacheinander hervortraten und mit denen ein neues Leben in unserer schwäbischen Dichtung beginnt, ist der 1864 in Stuttgart geborene Casar Flaischlen der älteste. Frühe schon nach Berlin übergesiedelt, kam Flaischlen dort in nähere Berührung mit der naturalistischen Bewegung. So ist seine ziemlich unerfreuliche „Alltagsgeschichte in fünf Szenen, Toni Stürmer“, in Geist und Stil des Naturalismus gehalten. In seinem nächsten Drama, „Martin Lehnhardt, Ein Kampf um Gott“ (1894), setzt sich der Titelheld, ein früherer Stifter, der mit dem Kirchenglauben zerfallen ist, mit seinem rechtgläubigen Onkel, einem schwäbischen Pfarrer, über alte und neue Weltanschauung auseinander. Die beiden Hauptgestalten sind lebendig gezeichnet, auch die

Stiftsstubenluft, die sie unwittert, kommt recht anschaulich heraus. Flaischlen, der mehrere Jahre die um die neue Literaturbewegung sehr verdiente Zeitschrift „Pan“ leitete, schlug dann bald andere Bahnen ein, als seine Anfänge vermuten ließen. Seine scharfe Beobachtung auch der leisesten Seelenregungen, sein Bedürfnis, alles Erleben ohne Umformung in frischer Unmittelbarkeit zu geben, machte ihn mehr und mehr zu einem Hauptvertreter leicht hingesehter Stimmungsliryk in lässiger, rhythmisch bewegter Prosa. Daneben gehen auch stimmungsdurchtränkte Erzählungen her wie „Professor Hardtmut, eine Charakterstudie“, und „Flügelmüde, ein Abschnitt aus dem Leben eines Jeden“ (1897), oder die dem Sammelband „Von Alltag und Sonne“ (1898) einverleibte feine Lebensidylle „Lotte“, die Flaischlens Art besonders ansprechend und reizvoll widerspiegelt. Sonst wiegt in „Alltag und Sonne“ wie in der Sammlung „Aus den Lehr- und Wanderjahren des Lebens“ (1900), ferner in dem etwas breiten „Jost Seyfried“, einem Roman in Brief- und Tagebuchform (1904), sodann in den „Zwischenklängen“ (1909) und auch in den „Stimmen zum Krieg: Kopf oben“ (1915) die lyrische Skizze vor, die in Selbstgesprächen und Selbstermunterungen, in kleinen Augenblicksbildern aus Natur und Leben und gehobenen Ergüssen die Auf- und Abstimmungen gibt, die „in dieser oder jener Weise schlechterdings jeder einmal lebt“. So geben diese Dichtungen das Bild einer warmherzigen, sinnigen Persönlichkeit, die bei aller Versonnenheit ehrlich ringt und kämpft. So zerfließen und verblasen manches in diesen Dichtungen herauskommt, so oft sich fast alles in Stimmungen und Betrachtungen auflöst, so sehr die schwächeren Stücke allzu harmlos und unbeträchtlich wirken, so trifft man doch immer wieder auf jene feine Stimmungskunst, die mit zarten Händen die Seele des Lesers streichelt, und auf jenen leisen melodischen Tonfall der Sprache, der in weiches Träumen einwiegt. Wer könnte ein Stimmungsbild vergessen wie der „Sonntag“:

„So geht ein Sonntag still zu Ende, auf den
 du lange dich gefreut . . .
 ein müder Bettler steht am Weg,
 am heimatlosen,
 und spielt ein Leierkastenlied . . .
 ein leises Abendrot verweint am Himmel . . .
 Und aus den Gärten her, sommermüd,
 kommt's wie ein Duft von heimlich verwelkenden Rosen.“ —

Nähe Berührung mit Flaischlens Art zeigen die Prosagedichte und Skizzen, Lieder und Tagebuchblätter, die Walter Eggert-Windegg, der Sohn Eduard Eggerts, unter dem Titel „Tage und Nächte“ veröffentlicht hat. Durch das Büchlein weht ein warmer Hauch echten Mitgefühls mit den Unterdrückten, Unglücklichen und Entgleisten.

Unter den jüngeren Schwaben zeichnet sich vor allen Hermann Hesse durch ausgeprägtes Formgefühl und sicheres Künstlertum aus. Er wurde 1877 in der alten Schwarzwaldstadt Calw an der Nagold geboren, wo auch Auguste Supper ihre Jugend verlebte. In dem Gerbersau seiner Romane und Erzählungen erkennt man unschwer die Heimatstadt des Dichters wieder, mit ihrem munteren Fluß, ihren engen Gassen und Gäßlein, ihrer waldreichen Umgebung und ihren altehrwürdigen Überlieferungen in Sitte und Brauch der Bewohner. Nach Erstehung des Landexamens besuchte Hesse kurze Zeit das evangelisch-theologische Seminar in Maulbronn, war dann vorübergehend bei einem Mechaniker in der Lehre und wandte sich hierauf dem Beruf eines Buchhändlers zu, dem er sich u. a. in Tübingen und Basel widmete. Von 1904 an lebte er als Schriftsteller zuerst in Gaienhofen am Bodensee, wo auch Ludwig Finckh sich anbaute, dann siedelte er nach einer mehrmonatigen Reise in Indien und Ostasien nach Bern über.

Das Erstlingswerk des Dichters, das 1899 erschien, waren seine „Romantischen Lieder“, Gedichte voll weltmüder Sehnsucht und Schwermut, nicht ohne einen leisen Zug von bewußter Dichtergebärde, aber von einem vornehmen Schliff der Form und einem feinen Gefühl für die musikalischen Reize der Sprache. Dabei klangen durch die erlesenen Farbenträume dieser sehnsüchtigen Romantik immer wieder innige Herztöne, wie in dem schlicht ergreifenden:

„Nun ist der Tag zu Ende,
 Leg mir die lieben Hände
 Auf Stirn und Haar,
 Und singe mir und wende
 Von mir der Träume laute Schar!“

Die Töne, die der Dichter in diesen romantischen Liedern anschlug, klingen fort in seinen „Gedichten“ (1902); aber der Umfang des Gesichtskreises, der Empfindungen, der Ausdrucksmittel hat sich erweitert. Besonders trugen Wanderungen und Reisen des Dichters in Süddeutschland, der Schweiz und Italien hierzu bei. Bald gemahnen diese Gedichte an durchsichtige, hoch und steil aufsteigende, in ruhiger, geläuterter Reinheit brennende Flammen, wie das „Elisabethlied“: „Wie eine weiße Wolke“, wie die „Einsame Nacht“, oder „Die Landstreicherherberge“ mit ihren leisen Anklängen ans Volkslied, oder an die besten unserer alten Romantiker. Daneben ist der Lyrik Hesses eine Freude an durchglühten bunten Farben, an dem leuchtenden Glanz des Südens, an allem Schimmernden und Gleißenden eigen. So finden italienische Stimmungen in den „Gondelgesprächen“, „Den Zypressen von San Clemente“ u. dergl. glänzenden Ausdruck. Die seit 1902 entstandenen Gedichte Hesses sind in den Sammlungen „Unterwegs“ (1915) und „Die Musik des Einsamen“ (1915) vereinigt. Man spürt beiden Sammlungen die fortschreitende Vertiefung und Festigung im Wesen des Dichters an, sowie

die sichtlich wachsende Beherrschung der dichterischen Kunstmittel und die durchgegorene Süßigkeit der Reife. Wie kommt die aufgewühlte Stimmung erster Frühlingsnächte mit packender Eindringlichkeit in seinem „Unterwegs“ zum Ausdruck:

„Der Föhn schreit jede Nacht,
Sein feuchter Flügel flattert schwer,
Brachvögel taumeln durch die Luft,
Nun schläft nichts mehr,
Nun ist das ganze Land erwacht,
Der Frühling ruft.

Bleib still, bleib still, mein Herz!
Ob auch im Blute eng und schwer
Die Leidenschaft sich rührt
Und dich die alten Wege führt —
Nicht jugendwärts
Sehn deine Wege mehr.“

Wie fühlt man sich in dem „Dorfkirchhof“ von der schlichten Ruhe Ahlandscher Art angeweht, wie feierlich klingt „Die Bergnacht“ in die Orgeltöne einer innigen Bitte um Frieden aus, wie herrlich leuchtet die Natur aller Jahreszeiten in den zahlreichen Wanderstimmungen dieser Gedichte, und wie tief und echt empfunden sind die „Zeitgedichte“ aus den letzten Kriegsmonaten, wie die Verse in dem Gedicht „Friede“:

„Sei willkommen einst,
Erste Friedensnacht,
Milder Stern, wenn endlich du erscheinst
Überm Feuersdampf der letzten Schlacht.“

Auch Hesses Prosadichtungen haben einen stark lyrischen Einschlag, und er ist einer der wenigen unter unseren Erzählern, die eine glockenreine, klangreiche, edel abgetönte, mit Stimmung und Farbe gesättigte Prosa schreiben. Schon seine „Stunde hinter Mitternacht“, eine Sammlung von Prosafizzen, in denen weltferne Schönheitslande geschildert werden, zeigt, wie der angehende Stilkünstler sein Instrument stimmt. Mit den „Hinterlassenen Schriften und Gedichten von Hermann Lauscher“ beginnt dann die Reihe der Werke, in denen der Dichter den Reichtum seiner Jugenderinnerungen zu Bildern voll Farbe, Duft und Leben gestaltet. „Meine Kindheit“, das erste Stück des „Lauscher“, ist ein zartes Idyll voll Innigkeit und seelischer Feinheit. Sein nächstes Prosawerk ist der Roman „Peter Camenzind“ (1904), der dem Dichter mit seinen mehr als 65 Auflagen den ersten starken Erfolg einbrachte. Hesse hat in dem Buch manches von seiner Entwicklungs- und Bildungsgeschichte niedergelegt. Der weinfrohe Camenzind mit seiner Freude am Hochgebirge, am italienischen Volksleben, an unverbildeten Menschen und seiner Abneigung gegen alles Unehre und Gespreizte in Kunst und Dichtung ist das Bild einer, wenn auch etwas verbeulten, so doch ungebrochenen Persönlichkeit, die in der eigentümlichen Mischung von zäher Kraft und reizbarer Feinnervigkeit besonders fesselnd wirkt. Daneben ist in dem Buch die Mannigfaltigkeit der Gestalten, Schauplätze, Stimmungen und Betrach-

tungen überaus abwechslungsreich, und die Stellen, wo sich das Naturgefühl des Dichters in Tönen von hinreißender Kraft und Schönheit ausdrückt, wie in dem bekannten Hochgesang von den Wolken, bilden besondere Höhepunkte des Romans. Einen einzelnen Abschnitt seiner Knabenzeit, die Jahre der Landexamenvorbereitung, des Seminaraufenthalts und der Mechanikerzeit hat Hesse dichterisch verarbeitet in seiner Knabengeschichte „Unterm Rad“ (1905). Das Werk bedeutet im Gleichmaß des Aufbaus und des Erzählerstils einen offenkundigen Fortschritt gegenüber dem Camenzind. In ruhiger Bilderfolge zieht in dieser Dichtung am Leser das Schicksal des zarten Hans Giebenrath vorüber, dessen Kraft durch unsinnige Gehirnüberlastung bei der Vorbereitung aufs Landexamen gebrochen, den Stürmen des Übergangs vom Knaben zum Jüngling nicht mehr standhält. Wie fein ist das Leben der Natur in das Schicksal des „unters Rad“ gekommenen verflochten, welche durchsonnte Bilder gibt die Schilderung des Lebens in Maulbronn, des Herbsttreibens in Gerbersau, der Lehrzeit in der Mechanikerwerkstatt, der ersten Liebesregungen und des letzten Sonntagsausflugs des todgeweihten Knaben. Und über allem liegt jener Schmelz und Duft, der oft den Dichtungen eigen ist, in denen wehmutsvolle Erinnerung eine versunkene Jugend wieder heraufbeschwört.

In seinen Novellen und Erzählungen kommt Hesse noch manchmal auf Kindheitserinnerungen zurück. In den nächsten zwei Romanen zeigt der Dichter, daß er die Kraft besitzt, sich neue Lebens- und Stoffgebiete zu erobern, ohne daß die Durchseelung der Werke darum weniger nachhaltig würde. In dem Ichroman „Gertrud“ (1908), der dem Leser die Welt der Musik nahe bringt, wird die Geschichte eines jungen Musikers erzählt, der den Weg des Entsagens und Verzichtens gehen muß. Das Werk ist reich an feiner, gedämpfter Seelenschilderung, an reifen Betrachtungen über Musik und Leben. Die Farben sind zugunsten eines einheitlichen Gesamttons gedämpft. Man wandert durch das Buch wie durch einen stillen Herbsttag. Mit leisem Knistern lösen sich vergilbte Blätter von den Bäumen, manchmal streift ein matter Sonnenblick über müde Wälder hin, und aus der Ferne schwimmen über die umgebrochenen Felder her ernste, dunkle Glockentöne.

Ist die „Gertrud“ nicht ganz frei von der beschaulichen Breite, in die sich der Ichroman leicht verliert, so ist der nächste Roman Hesses, „Krohhalbe“ (1913), in Wuchs und Gliederbau um so sehniger und raffinierter. Das Werk schildert den Zerfall einer Ehe, die an der seelischen Unvereinbarkeit der Ehegatten scheitert. Nach dem Tode des Knaben, der die Gatten äußerlich noch zusammengehalten hatte, schreitet der Mann, ein berühmter Maler, mit gesammelter Entschlossenheit neuen Zielen zu. Mit großer Feinheit ist dieser Kampf um die geistige Selbsterhaltung geschildert, und nicht minder bewährt sich in den Kapiteln, wo die Erkrankung und der Tod des Knaben erzählt wird, die Kunst Hesses, Kindergestalten von zarter Empfindlichkeit und Gebrechlichkeit zu zeichnen. Über dem ganzen Werk aber schwebt der Geist

eines gefaßten Lebensernstes, einer klaren, über schwächliche Selbsttäuschungen hinausgewachsenen Reife, die die Kunst als schweres Lebenswerk und das Leben als bitterernste Kunst erlebt hat. So ist das ergreifende Werk eine Urkunde, die von dem vornehmen Künstlerertum Hesses zeugt, das seiner Mittel sicher ist und doch nie in Spielerei ausartet, weil der Dichter nur gestaltet, was ihm zum inneren Erlebnis geworden ist.

Außer den Romanen liegen von Hesse mehrere Bände mit kürzeren Erzählungen vor. In der „Diesseits“ (1907) betitelten Sammlung sind die Naturschilderungen besonders reich und tief. Oft drängt die feine Darstellung des Lebens der Erde, der Wolken, der Wälder und Flüsse die Anteilnahme an den Menschen und ihrem Treiben in den Hintergrund. Daneben erprobt sich in diesem Band vor allem auch die Feinhörigkeit, mit der der Dichter leiseste Regungen und flüchtigste Stimmungen besonders auch der Kinderseele zu belauschen versteht. In den „Nachbarn“ (1909) und den „Umwegen“ (1913) gibt Hesse mehr Gestalten und Schicksale als in den stark lyrischen Novellen des „Diesseits“-Bandes, und man freut sich der zarten Hand, mit der er leise und behutsam der Linie eines Lebensschicksals, dem Umriss einer Persönlichkeit nachtastet und dabei überall an die letzten Fragen des Lebens rührt. Dabei umfaßt er die draußen Stehenden, Gescheiterten, mit besonderer Liebe, weil er fühlt, daß aus ihrem Geschick der tiefste Sinn des Daseins oft vernehmlicher spricht als aus den geradlinigen Lebensläufen der Satten und Selbstzufriedenen. Ferner zeigt sich in dieser Vorliebe auch das tiefe Mitgefühl des Dichters für alles echt Menschliche, und so gehören Erzählungen wie „In der alten Sonne“ zu den vollendetsten, die Hesse geschaffen hat. Hier scheint etwas vom Geist Gottfried Kellers wieder lebendig zu werden, ebenso wie in der vergeistigten Landstreichergestalt seiner „Knulp“-Geschichten (1915).

Die federkräftige Schmiegbarkeit der Sprache Hesses, ihr zarter Duft, ihre verhaltene Musik verleiht auch seinen anderen Prosawerken ihren besonderen Reiz. Seine Studie über Boccaccio ist eine Arbeit voll feinen Übermuts, sein Franz von Assisi eine zarte Huldigung für eine gleichgestimmte Seele, und seine Reiseeindrücke „Aus Indien“ (1913) geben in wohlabgerundeten Bildern duftige Schilderungen aus dem fernen Osten.

Neben Hesse hat sich rasch der 1876 in Reutlingen geborene Ludwig Finckh auch über die Grenzen Württembergs hinaus Freunde erworben, die seine warmherzige, rotbackige Art und seine überwallende schwäbische Heimatliebe schätzen. Die Anfänge Finckhs weisen auf Zusammenhänge mit O. F. Bierbaum hin, der Finckhs erster und bisher einziger Gedichtsammlung ein Vorwort schrieb, und dessen tändelnde, bewußt naive und schalkhafte Art stärker auf Finckhs Dichten eingewirkt haben mag, als dieser selbst wohl ahnte. Schon als in der Brettzeit Bierbaum ein Bändchen „Deutsche Chansons“ veröffentlichte, da war unter den Dichtern, die dazu beisteuerten,

auch L. Finckh. Was er sang, war Frauenlob und zierliche Minne mit Lautenklang und Pagengebärden. Diese Klänge, etwas voller und kräftiger angeschlagen, hallen auch in der erwähnten Gedichtsammlung „Rosen“ (1906) noch stark nach. Immerhin bildet das anmutig Spielerische, leicht Tändelnde nicht mehr den Grundton. Wohl liest man da noch das Wort:

„Die Welt besteht aus Sonnenkringeln,
Aus lieben Mädeln und bösen Schlingeln
Und Silberglöcklein, die dazu klingen.“

Aber daneben finden sich Gedichte, in denen die Freude des Dichters an bunter Farbenpracht und glänzendem Schmuckwerk Bilder hervorzaubert von dem zarten Schmelz mittelalterlicher Miniaturen. Da reiten schöne Frauen vorüber mit weißem Seidenkleid und silbernem Schuh, eine glutrote Rose an der Brust, da schimmern samtschwarze Rappen und milchweiße Zelter, silbergraue Doggen und helle Schlösser in grünen Alleen. Und die Verse federn in schlanker Beweglichkeit. Bald gehen sie in zierlichem Tänzelschritt, bald im flotten Marschmaß des Wanderburschen, bald im melodischen Trab eines glänzenden Rößleins mit klingenden Hufen. Am liebsten aber hört man dem Dichter zu, wenn er in verhaltener Innigkeit und schlichten Herztönen den Preis der Heimat singt, wie in dem kurzen Spruch:

„So wenig, was ich heute fand,
Und doch ein Lied war's: Heimatland.
Ein Bach, der durch die Gräser spielt,
Ein Vogel, der sich Sonne stiehlt.
Ein Wölkchen, gold, in Duft verhaucht,
Ein Dorf, das leis im Tale raucht.
Und frohe Wiegen, rohe Särge,
Und grauer Fels der Heimatberge.“

Im gleichen Jahr wie die „Rosen“ erschien die Erzählung „Der Rosendoktor“. Die Zueignung des Buches an H. Hesse, der kurz vorher Finckh seinen „Peter Camenzind“ gewidmet hatte, ist ein Denkmal der Freundschaft, die die beiden Dichter in dem stillen Gaienhofen am unteren Bodensee für eine Reihe von Jahren zusammenführte. Finckh erzählt in diesem Erstlingsroman von dem Jugendleben und der Jugendliebe eines jungen Arztes, der auf die gehoffte Verbindung mit der Geliebten verzichten muß und sich nun in einem stillen Landhaus einspinnt, um hier seinem Beruf, dem Geigenspiel und den Blumen zu leben. „In seinem Garten wachsen weiße Rosen, Stöck an Stöck, gute, edle Sorten, das duftet und schimmert durch die Nacht. Und der Rosendoktor steht am Fenster und seine Geige liegt an seinem Kinn, und es geht ein altes Lied über den Garten hin und über die Rosen, leise und klar durch die Nacht. Die Sterne flimmern und der Wind geht durch die Büsche.“

Im Lauf der Jahre erschienen dann noch verschiedene Romane oder Erzählungen von L. Finckh. 1909 seine „Rapunzel“, dann „Die Reise nach Tripstrill“ und „Der Bodenseher“. Zwar nimmt in der Reihe dieser lyrisch gefärbten Idyllen „Der Rosendoktor“ in mancher Hinsicht eine Sonderstellung ein, in den Hauptpunkten klingt aber schon in diesem Werk die Tonfolge an, die durch alle Prosadichtungen Finckhs hindurchgeht. Sie ist zusammengewoben aus Kindheits- und Jugendeindrücken und aus liebevoller Versenkung in die Schönheiten eines Lebens, das sich in einfachen, naturnahen Verhältnissen entfaltet wie das Leben der Landleute und Handwerker. Die inneren und äußeren Kämpfe seiner Gestalten wurzeln meist in dem Gegensatz zwischen dem Drang in die Weite und der Freude an umhelter Enge des Daseins. Doch fast immer lösen sich diese Gegensätze im freundlichen Zusammenklang einer glücklichen, auf dem Boden der Heimat gegründeten Ehe, und die Ferne mit ihren Lockungen klingt nur noch in die befriedete Stille herein wie eine Sage aus alter Zeit. Am meisten sprechen die Stellen seiner Werke an, die vom Kinder- und Jugendleben berichten. Die Schilderungen der heimischen Landschaft sind voll zarten Dufts und erinnern oft an Eichendorff und J. Rainer, ebenso wie die Darstellung des Handwerker- und Handwerksburschenlebens im Ton hin und wieder an Mörikes Huzelmännlein gemahnt. Kühlere Naturen finden sich freilich nicht so rasch in dem empfindsamen Naturburschentum dieser Idyllen zurecht. Auch das beflissene Lob der Schwabenart bei Finckh will ihnen oftmals etwas zu absichtlich erscheinen.

In der Hineigung zu romantisch gefärbten Stimmungen, in der Liebe zur Natur und der Ablehnung des lärmenden Stadtlebens berührt sich mit Hesse und Finckh der 1872 in Mergentheim geborene, jetzt am Bodensee lebende Hans Heinz Ehrler. Bei ihm hat die Versenkung in die Natur, bei der ihm Dichter wie Jean Paul, Hölderlin, Eichendorff und Mörike Wegleiter waren, einen Zug von trunkenem Schwärmertum, von schwelgerischer Inbrunst. Er empfindet sich als dionysischer Becher aller „offen und geheim strömenden Erd- und Himmelswonnen“. Er möchte sich fort und fort opfern, schenken und hingeben. Wenn dieser in Liebe und Natur badenden Entzücktheit mit ihrer überschwenglichen Stimmungsmalerei oft die genießerische Freude anzuspüren ist, mit der der Dichter das Gefieder seiner Seele im Glitzerglanz der Sonne entfaltet, so läßt sich dieser Zug bei seinem Erstlingswerk „Briefe vom Land“ (1911) zum Teil daraus erklären, daß diese Briefe als eine Art von Berückungs- und Gedächtnislied gedacht sind, durch den ihr Verfasser der Geliebten den „Glanz seiner Tage und den Schmelz seiner Nächte in die Seele träufeln will,“ um sie zu sich zu rufen. Freilich auch seine „Reise ins Pfarrhaus“ (1913) zeigt an manchen Stellen eine Neigung zu wortreich schwärmender Breite und überwürzter Sinnigkeit. Aber die Jugendgeschichte, die in dem Buch erzählt wird, ist anmutig gegeben, und das katholische Pfarrhaus im Gebirge, in dem der Held den entscheidenden Schritt vom Knaben zum Jüng-

ling tut, steht mit seinem weiten, kühlen Flur, der breiten braunen Stiege und der hellgrün tapezierten Wohnstube so lebendig vor dem Leser wie das Rosenhaus in Stifters „Nachsommer“ mit seinen weißen Wänden und der blankenzier seiner Innenräume. Die Pfarrer, die durch das Buch gehen, sind in ihrer gottinnigen Weltfreudigkeit würdige Jünger Goethes und des heiligen Franz. Beide Werke Ehrlers sind in einer gelenkigen, ziervollen Prosa geschrieben.

Daß der Sprache Ehrlers auch federkräftige, gedrungene Knappheit nicht versagt ist, zeigt seine Lyrik: „Frühlingslieder“ (1913) und „Lieder an ein Mädchen“. In vier, sechs Zeilen gibt eine bedachtsame Kunst hier oft ein Bild, eine Stimmung, einen Gedanken, die bis ins kleinste durchseelt sind:

„Die Worte kommen zögernd dir vom schmalen Mund,
Als wie von einem stillen Reide aufgehalten,
Und bergen auch gesprochen noch in ihren Falten
Ein Gold, das wieder heim will in den Grund.“

Reizvoll ist die Abendstimmung in dem kleinen Sinngeicht:

„Den Abend schweigen Mund und Stund,
Noch eine Grille geigt im Feld,
Geigt nur auf einer Saite und
Füllt doch die ganze Welt.“

Hesse und Finckh sowie Ehrlers stehen auch in ihren erzählenden Dichtungen in engen Beziehungen zur Lyrik. Und immer wieder zeigt sich so, wie die dichterische Begabung der Schwaben vor allem auf das Lyrische hinweist. Wer dürfte hoffen, all dem gerecht zu werden, oder auch nur all das aufzählen zu können, was in unserem Land in den letzten Jahrzehnten an Gedichtsammlungen erschienen ist. Neben viel Schwachem und manchem Mittelgut ist darunter zweifellos auch viel Ansprechendes und Beachtenswertes. So hat der 1870 geborene Ernst Plank seine in früheren Sammlungen zerstreuten Gedichte 1913 in einer Auswahl „Aus alter Zeit“ erscheinen lassen. Die Liebe zur Natur begleitet diesen Dichter auf allen Wegen. Ruhige Wärme und liebenswürdige Anspruchslosigkeit sind das Gepräge dieser Lyrik. Als verheißungsvolle Begabung hat sich der 1886 in Reutlingen geborene Otto Fischer eingeführt, zuerst mit einer formgewandten Übersetzung farbenglühender indischer Gedichte „Ritu Sanhara, die Jahreszeiten“ (1910), dann mit eigenen Gedichten (1913), die in der Form oft an moderne Lyriker wie Hofmannsthal erinnern, aber ein heißeres Empfinden verraten als diese Vorbilder. Außerdem sind mit Gedichtsammlungen größeren oder geringeren Umfangs hervorgetreten der Vorstand des Marbacher Schillerarchivs, Otto Güntter, der vor allem bei vaterländischen Anlässen schwungvolle Töne anzuschlagen verstand, ferner R. Biegler, E. Krauß (unter

verschiedenen Decknamen), A. Christlieb, E. Honold, M. Vollmer, A. König u. a. Der Krieg hat sodann verschiedenen Schwaben die Zunge gelöst. Es sei nur die Sammlung frischer, formgewandter Gedichte von Otto Gerok „Feuerzeichen“ (1915) erwähnt, denen sich die „Lieder in der Heimat“ von Th. Häring (1915) mit ihrer schlichten Innigkeit anreihen. Während des Krieges hat auch der jüngste Sprosse eines alten württembergischen Offiziersgeschlechts, Otto Lind, eine Gedichtsammlung: „Aus den Jahren“ (1916) erscheinen lassen. Nicht bloß in den Gedichten, deren Gegenstand der große Krieg ist, sondern auch in seiner sonstigen Lyrik schlägt Lind frische, klangvolle Töne an, die bald an Eichendorffs, bald an Liliencrons Art erinnern. Wie stark die lyrische Triebkraft in Schwaben ist, mag unter anderem die Tatsache bekunden, daß selbst ein so vielfach beanspruchter Anwalt und Politiker wie Konrad Haußmann Muße und Stimmung fand zu einem Bändchen mit feinfühligem, reizvollen Umdichtungen chinesischer Lyrik, das 1908 unter dem Titel „Im Tau der Orchideen“ erschien.

Zu einer Gruppe von Dichtern, in denen sich schwäbische Art wesentlich anders ausprägt als bei Hesse und Finckh, gehört der 1879 in einem Dörflein bei Schuffenried geborene Wilhelm Frick, der als Dichter unter dem Decknamen Wilhelm Schuffen bekannt wurde. Er hat mehr von der Art der Schwaben, die ihr innerstes Empfinden gerne hinter einem rauhborstigen, schnurrigen Gebaren verstecken. Aus diesem Zug erklärt sich gleich der Ton der ersten Dichtung von Schuffen, des Schelmenromans „Vinzenz Faulhaber“ (1907). Wenn sonst oft Erstlingswerke recht zarte, blasse Pflänzchen sind, dieser Erstlingssohn Schuffens ist ein derber, fetter, rotbackiger Schlingel, an dem Oberschwaben wie Sebastian Sailer und R. Weizmann ihre Freude gehabt hätten. Das Buch strömt über von gesundem Lebensüberfluß und saftiger Laune. Dabei eröffnen sich überall bunte Ausblicke in die verschiedensten Gefilde des Lebens, denn Vinzenz treibt sich weidlich in der Welt herum. Der Humor, mit dem seine Fahrten erzählt werden, hat nichts Feingebügeltes und Rosarotes. Er ist oft recht borstig und riecht mitunter ein wenig nach Limburger Käse, aber er ist gesund, spitzbübisch, übermütig und hat dabei doch immer wieder einen tiefen Unterton.

Vieles, was in diesem Schelmenroman unausgesprochen zwischen den Zeilen steht, redet sich dann der Dichter in „Johann Jakob Schäufoles philosophischen Ruckuckseiern“ (1909) von der Seele. Dieser Schäufole, ein kümmerlicher Schreiber mit zahlreicher Familie, hat ein scharfes Auge und sieht besonders auch den Satten und Sicherem tiefer ins Herz, als ihnen wohl lieb sein mag. Und wenn er die Gespreizten und Anmaßlichen, die Wichtigtuer und Selbstbewunderer aufs Korn nimmt in seinen lose aneinandergereihten Betrachtungen, dann zeichnet er oft lebenswahre Bildnisse wie das des fetten, großmauligen Weinschmeckers oder des leutselig herablassenden Oberrats. Mit schlagkräftigem Mutterwitz und in saftigem Schwankstil verherrlicht

er daneben die Habenichtse wie den lustigen Scherenschleifer, überall aber blickt zwischen den Späßen und Betrachtungen eine tiefe Ehrfurcht vor allem echt Menschlichen, eine innige Freude an der Natur mit ihren tausend Wundern durch, und in zarten, warmherzigen Worten singt der Dichter das Lob der wahren Freude, die ein Kind der großen Stille ist, oder der „stummen Dichter“, die tausend Freudenblumen aus dem dürrsten Boden stampfen können.

Ein Jahr vor diesen Ruckuckseiern erschien die Heimatgeschichte „Meine Steinauer“. Der Dichter gibt hier in der Form einer novellenartigen Erzählung Bilder aus seiner Heimat im Oberland. Wirkungsvoll ist in diesem Buch ein einfaches, gesundes, auf ehrliche Arbeit gegründetes Leben in einem Bauernhause leerem Scheinwesen, törichten Vorurteilen und geschäftigem Müßiggang in einer Honoratiorenfamilie gegenübergestellt. Wie ein Sinnspruch stehen darum auch an der Spitze der Geschichte die Worte: „Arbeit ist ein heilig Wort — und Armut auch. Aber wenn ein freier Wille sie mit seinem Feuer tauft, dann sind sie vielleicht das Wunderbarste, was unsere Erde reifen läßt.“ Röstliche Idyllen sind in dem Buch die Schilderungen des Feierabends oder des Sonntags im Bauernhaus in ihrer frischen Lebenswahrheit. — Einmal freilich schien es, als drohte auch Schussens weltbejahendem Lebensmut eine Verdunkelung durch Anflüge eines empfindsamen Weltschmerzwesens. Sein Roman „Sildegarn“ (1911), in dem er das Schicksal eines Mannes schildert, der, in dem „Garne einer Gilde“, das heißt eines zünftigen Berufsstandes, verstrickt, als Gefangener an Leib und Seele dahinsiecht, mußte nicht bloß als eine bittere Absage an den Lehrberuf erscheinen, in dem Schussen bisher gestanden hatte, sondern auch als ein Zeugnis innerer Unstimmigkeiten, mit denen der Dichter beim Niederschreiben dieses Werkes noch nicht ins reine gekommen war. Jedenfalls begrüßten alle, die die Entwicklung Schussens mit Anteilnahme verfolgt hatten, sein nächstes Werk, den Roman „Medard Rombold“ (1913), mit Genugtuung. Hier war wieder die alte Herzhaftigkeit, die sich nicht unterkriegen läßt und der unverzagte Troß, der den Kampf mit dem Schicksal aufnimmt. Und wenn dem Helden dieser Geschichte sein unstetes Blut, sein plänereicher, geschäftsunkundiger Sinn, seine Zwitterstellung zwischen der Welt der Bildung und der des Bauerntums oft genug zur Klippe wird, so begleitet man ihn doch gerne auf seinen Kreuz- und Quersfahrten, und lernt lebenswahr gezeichnete Nebengestalten kennen wie den schmierig habgierigen Schwager Medards, der immer wieder schnüffelnd, lauernd und argwöhnisch seinen Vorteil während, im Kreise der Familie auftaucht. Daneben erfreut der blanke Glanz, der über der Sprache des Buches liegt und so manches gutgeprägte Wort, in dem der Verfasser die Früchte seines Nachdenkens und Beobachtens niederlegt. — Auch kleinere Erzählungen, die da und dort zerstreut sind, wie „Häbich und Hohnerlein“ und „Das Herz der Orgel“, spiegeln in ihrer körnigen Holzschnittweise die Art des Dichters besonders glücklich wider.

Zugleich mit Schuffens letztem Roman erschien ein Gedichtband, „Heimwärts“, der gleichfalls von der Klärung und Vertiefung im Schaffen desselben Zeugnis ablegte. Der Dichter hat sich in diesen Gedichten eine Sprache geschaffen, die beflissen allem herkömmlichen Klingklang, allen verblasenen Bildern und Wendungen, allen Überschwenglichkeiten der landläufigen Dichtersprache aus dem Wege geht und lieber nüchtern und trocken, als unecht und übertrieben scheinen will. In den leichtbeschwingteren dieser Gedichte klingt etwas von der wursthafte Handwerksburschenstimmung an, die vergnügt bekennt:

„Es hängt an einer Zuckerschur
Mein gänzlicher Besitz.“

Aus den meisten aber spricht eine tiefinnerliche Friedenssehnsucht, ein ernstes Ringen nach Antwort auf all die lastenden Rätsel und bange Fragen des Lebens, ein wühlender Drang, dem Weltgeheimnis näherzukommen, ein zähes Verlangen, mit seinem Geschick eins zu werden. All das ringt sich in verhaltenen Naturlauten, in gedämpften Tönen aus dem Innern des Dichters los, man glaubt stillen Selbstgesprächen oder einer vertrauten Aussprache Auge in Auge zu lauschen, wie in dem Gedicht:

„Mein ganzes Wesen war so wund,
In eine sterbensdunkle Stund
Fiel es zurück.
Und daran hätt' ich nie gedacht:
Aus dieser uferlosen Nacht
Stieg all mein Glück.“

Das hielt mich zärtlich lieb und warm
Wohl tagelang in seinem Arm.
Dann zog es fern
Und sprach zum Abschied leis: Hab Mut!
In jedem neuen Dunkel ruht
Ein goldner Stern.“

Welch edle Innigkeit spricht aus solchen Versen, und wie versteht es der Dichter dann wieder, Naturstimmungen auszudrücken, wie die lastende Bängigkeit bei einem dunkel drohenden Schneehimmel oder den jauchzenden Jubel beim Erwachen des Frühlings. Schuffen ist mit diesem Gedichtbuch in die Reihen unserer beachtenswertesten Lyriker eingetreten.

Ein eigensinniger, knorriger Schwabe, der seiner Art nach zu den Jüngeren zu zählen ist, aber unbekümmert um Zeitströmungen seinen Weg geht, ist der 1862 in Stuttgart geborene Hermann Gerweck, der unter seinem Schriftstellernamen Heinrich Schöff bekannt geworden ist. Er trat zuerst an die

Öffentlichkeit mit 16 Zeichnungen, die, „Mein Gehölz“ betitelt, wunderbar krause Wald- und Gebirgslandschaften zeigten. Wem wie Schäff „Rabattensinn und Treibhausfrüchte“ fremde Dinge sind, der wird sich mit Genuß in das Büchlein vertiefen, in dem er unter dem Titel „Abseits“ Lieder seines Lebens darbietet. In diesen Gedichten spielt der Trotz der Ungebundenheit, der Spott des Freien über die Eingeengten, die Spielmannsgesinnung, die auf die Regelrechten pfeift, eine starke Rolle. Schäff, der in seinen jungen Jahren ein Schüler von F. Th. Vischer war, hat sich aber auch, von ihm angeregt, tief in philosophische Fragen und Grübeleien hineingeböhrt. Dies kommt in seinen Gedichten in höchst eigenartiger Weise zum Ausdruck:

„Hinter dem Bild der gesetzten Dinge,
Wo die Regel den Lauf erhält,
Raschelt's und rauscht's wie mit heimlicher Schwinge,
Wie von verschworenem Winke geschwellt.
Meer und Land in befohlenen Bahnen
Und der Sterne gleichleuchtender Gang:
Ja, die Elemente ahnen:
Ewig geht es so nicht entlang!
Erd' und Himmel lauschen in Nächten,
Ob nicht entschlummert der Dauerbann,
Krone und Zepter in seiner Rechten
Und in der Linken das Wie und das Wann.
All der gefesselten Tage
Tausendgezwungene, knirschende Nacht
Lechzet nach einem Donnerschlage,
Unter welchem die Welt zertracht.
Ja, es warten die Elemente
Auf das Ende!“

So grollen in den einen dieser Gedichte dunkle Weltuntergangsstimmungen, in einigen klingen waldfrische Naturgefühle an, in anderen klinkt stolzer Kampfstolz.

Ein Buch, reich an humorvollem Behagen und beschaulicher Kleinmalerei ist Schäffs Sommererzählung „Waldstift“ (1911). Der Dichter wandelt hier in den Bahnen Jean Pauls, Stifters und Raabes, ohne doch seinen Eigenwuchs zu verleugnen. So wird sein Sommeraufenthalt in einem ländlich anspruchslosen Wirtshaus Niederösterreichs für ihn zu einer „mit gelbem Raps und blassen Kleeinlagen versehenen Pastoralidylle voll Salbei- und Kamillenduft“, und er macht den Leser in den grünen Forsten des Waldstifts ebenso heimisch wie in dem verwilderten Wirtsgarten seiner Herbergsmutter und unter den Sonntags- und Sommergästen dieses stillen Erdenwinkels. So tut sich in dem launigen Buch eine Welt im kleinen auf, durchs Vergrößerungsglas geschaut und in das Licht eines sinnigen Humors

gerückt, das Bild eines Lebens abseits von der geräuschvollen, hastigen Unruhe der Gegenwart. Während des Kriegs ließ Schäff ein Heftchen mit kraftvollen Kriegsgedichten und ein Bändchen mit Aphorismen erscheinen, das Betrachtungen und Bemerkungen über die Zeitereignisse enthält.

Wie Schäff, so schwimmt auch der 1873 in Leutkirch geborene Arzt O. E. Blaich gerne gegen den Strom. Mit seinem Decknamen Dr. Owlglaß hat er sich unter das Panier des alten Spötmers Eulenspiegel gestellt. Der Biedermeierton seiner stacheligen Gedichte klingt bald burschikos, bald ist er von ironischer Empfindsamkeit, oft auch kräftig mit Pfeffer gewürzt. Der Dichter versteht es trefflich, mit treuherziger Spießermiene die verhehlenden Zeitgenossen kräftig in den Rücken zu zwicken und den salbungsvollen Mustermenschen ihre Maske zu lüften. Zuzeiten hält er in einem Gedicht auch eine zarte Stimmung bis zum Schluß durch, die er sonst gerne mit einem saftigen Späß in Scherben schlägt. Zum besten, was ihm gelingt, gehören Verse, aus denen mit unverkennbaren Anklängen an Wilhelm Busch eine mild lächelnde Lebensweisheit spricht, die sich aufs Verzichtete eingerichtet hat. So werden in dem Gedicht „Genügsamkeit“ die Glücksjäger geschildert, die mit einem Schmetterlingsnetz ausgerüstet auf die Jagd nach Ordensbändern und anderen schönen Sommervögeln ausziehen. Aber die hochgespannten Erwartungen erfüllen sich nicht:

„Am Ende bist du satisfakt
Durch einen Weißling, der intakt.
Man fängt davon im Lauf der Jahre
Oft leidlich hübsche Exemplare.“

Die Meist im „Simplizissimus“ erschienenen Gedichte von Owlglaß, der sich auch als Rabelaisübersetzer einen Namen gemacht hat, sind bisher in zwei Sammlungen erschienen: „Der saure Apfel“ und „Gottes Blasbalg“.

Ein scharfer Satiriker ist auch der 1863 geborene Statistiker und Nationalökonom Hermann J. Losch mit seinen „Unerwarteten Geschichten“ (1916). In dem Bändchen sind kurze Skizzen, Erzählungen, Betrachtungen gesammelt, in denen der Verfasser beherzigenswerte Wahrheiten in ein spaßhaftes Gewand kleidet. Ab und zu erinnert diese Einkleidung mit ihren lecken Übertreibungen an die Art amerikanischen Humors, nur daß in Loschs Geschichten der Zweckgedanke schärfer betont ist. So werden in Satiren wie „Mein Bildungsbankrott“ oder „Das Sittlichkeitsverbrechen im Gotthardtunnel“ sowie in dem Bericht vom „ersten internationalen Stiefelputzkongreß in Paris“ Ausartungen und Torheiten des modernen Lebens witzig verspottet, ebenso wie in der Geschichte „vom Reporter im amerikanischen Himmel“ Fragen der unmittelbarsten Gegenwart in wirksamer Weise beleuchtet werden.

Unbeschult, aber kraftvoll läßt sich im Chor der schwäbischen Dichter die Stimme eines Außenseiters vernehmen, des 1851 in Margrethausen bei Balingen geborenen Hugo Bertsch, der als Kürschner lernte, dann die Heimat verließ, in Holland und London arbeitete, hiernach auf abenteuerreichen Fahrten mehrmals den Ozean überquerte, den Norden und Süden der Vereinigten Staaten sowie eine Reihe anderer Länder als Wanderer, Stromer und Gelegenheitsarbeiter durchstreifte und jetzt als Kürschner in Newyork lebt. Sein Schwabentum zeigt sich schon in diesem unbezähmbaren Wandertrieb. Echt schwäbisch ist an dem Deutschamerikaner auch das leidenschaftliche Bedürfnis, über die letzten Fragen des Daseins zur Klarheit zu gelangen, die seinen zwei ersten Büchern „Die Geschwister“ (1903) und „Bob der Sonderling“ (1905) das Gepräge geben. In dem ersten brodelte wilde Empörung über das Los der Enterbten und über eine Weltordnung, deren Lösungswort der unerbittliche Kampf ums Dasein ist: „Was ich genieße, ist meinem Bruder geraubt. Meinen Bruder zerre ich unter Wasser, wenn ich schwimmen will. Meinen Bruder muß ich bestehlen, überlisten, würgen, totwürgen — so will es die Ordnung auf Erden.“ In „Bob der Sonderling“ schildert Bertsch das gemeinsame geistige Ringen zweier Eisenbahnarbeiter in den Weißen Bergen Amerikas um die Berechtigung einer lebensbejahenden Weltanschauung. Die wilde Gebirgslandschaft, die der Schauplatz dieser leidenschaftlichen Zwiegespräche ist, die rauhe Umgebung und Arbeit der beiden Gottsucher bilden einen ergreifenden Hintergrund für den herben Ernst dieser Nikodemusstunden beim nächtlichen Lagerfeuer. Freilich laufen dem Verfasser in diesen Büchern, wie es bei seinem Mangel an geistiger und schriftstellerischer Schulung nicht anders möglich ist, häufig starke Grellheiten, Maßlosigkeiten und Geschmacksentgleisungen mit unter. Sie sind erheblich seltener in den 1906 erschienenen „Bilderbogen aus meinem Leben“, in denen sich der Verfasser als frischer, anschaulicher, fesselnder Erzähler bewährt, und von seinen Fahrten und Abenteuern auf Meeren und Flüssen, in Sümpfen und Urwäldern, seinen Begegnungen mit Pantheren und Klapperschlangen, seinen Erlebnissen als blinder Passagier amerikanischer Güterzüge und als einsamer Landstreicher im Süden der Vereinigten Staaten launig und anregend berichtet. Dabei gebietet die tapfere Lebensfähigkeit, die unverwüßliche Spannkraft dieses Simplizius unserer Zeit unbedingte Hochachtung, so daß das Buch als neuzeitliches Gegenstück immerhin dem „armen Mann im Dockenburg“ von Uli Braeker an die Seite gestellt werden darf.

In ausgesprochenem Gegensatz zu Erscheinungen von knorriger Eigenart wie Schussen, Schöff und Bertsch steht der 1879 in Stuttgart geborene, seit Jahren in Berlin lebende Heinrich Lilienfein, der mit allen geistigen Bestrebungen der Gegenwart in engster Fühlung steht und in dessen geistiger Art die Züge weniger stark hervortreten, die als „schwäbisch“ im besonderen Sinn gelten können. Lilienfein ist ein Dichter und Schriftsteller von sitt-

lichem Ernst in seiner Haltung, von künstlerischer Gewissenhaftigkeit, die billige, durch unkünstlerische Mittel erkaufte Triumphe verschmäht. Ein unererschafftes Streben nach hohen Zielen, eine kraftvolle Lebensbejahung und ein vornehmes, gesundes Empfinden sichern seinen Werken auch da aufrichtige Wertschätzung, wo ihnen jene höchsten Wirkungen versagt bleiben, die nur der urwüchsigsten Naturkraft, der sprudelnden Unmittelbarkeit beschieden sind. Seinem Erstlingsdrama, „Kreuzigung“, ließ der Dichter 1903 ein zweites Drama, „Menschenämmerung“, folgen, das bereits ein bemerkenswertes dramatisches Können bekundet, wenn ihm auch noch viel Ungelesenes und Unverarbeitetes anhaftet. Einen erheblichen Fortschritt bedeutet dann das Drama „Maria Friedhammer“ (1904), das auch auf der Bühne eine gute Aufnahme fand. In dem Vater der Heldin, dem Schullehrer Friedhammer, weist das Stück eine besonders fein und liebevoll gezeichnete Gestalt von Anzengruberischem Gepräge auf, und die Gegensätze, die in dem Drama aufeinanderprallen, sind wirkungsvoll herausgearbeitet. Der maßvolle Realismus dieses Gegenwartsdramas ist in der Tragödie „Der Berg des Argernisses“ (1905) und dem Drama „Der Herrgottswarter“ (1906) teilweise zu stärkeren Wirkungen gesteigert, immer aber bekunden diese Werke, denen sich „Der Kampf mit dem Schatten“ (1906) und „Der große Tag“ (1907) anreihet, ein gutes Maß dramatischer Schlagkraft, eine beachtenswerte Fähigkeit zu wirksamem Aufbau, zu ebenmäßiger Gliederung des Stoffs, zu lebendiger Kennzeichnung der Gestalten, die, wie der starrköpfige Niklas Ruhland im Herrgottswarter, oft an die Menschen in Hebbels und Ludwigs Dramen erinnern. Obgleich mehreren dieser Stücke schöne Bühnenerfolge beschieden waren, kehrte der Dichter doch dem realistischen Gegenwartsdrama, das gesellschaftliche und seelische Fragen unserer Zeit behandelt, den Rücken und wandte sich anderen dramatischen Stilformen zu. In seinem deutschen Spiel „Der schwarze Ravalier“ (1908) ist die Zeichnung des kulturgeschichtlichen Hintergrunds — das Stück spielt im Dreißigjährigen Krieg — besonders sorgfältig. Daneben treten sinnbildliche und sagenhafte Züge in den Vordergrund. So ist der Titelheld eine Verkörperung der Pest, des schwarzen Todes. In seinem „Stier von Olivera“ (1910), der in die Zeit des französischen Feldzugs in Spanien im Jahr 1808 führt, suchte Lilienfein vorübergehend derbere Bühnenwirkungen, während er mit seiner „Olympias“ (1908) und seinem „Tyran“ (1913) sich dem griechischen Altertum zuwendet. Gerade das letztere Stück, das einen an die Orestessage anklingenden Zwiespalt zwischen Kindesliebe und Rachepflicht behandelt, bedeutet einen bemerkenswerten Fortschritt in der Handhabung der dramatischen Kunstmittel, der seelischen Vertiefung, der Fülle und Anschaulichkeit des dichterischen Vortrags, daneben aber auch eine starke Anlehnung an den Stil des klassischen Dramas ältester und neuerer Zeit. Das Stück wurde, wie auch „Der schwarze Ravalier“, am Stuttgarter Hoftheater aufgeführt. 1914 erschien dann noch das geschichtliche Drama „Die Herzogin von Palliano“.

Der gediegene Ernst des Dichters, der ihn immer wieder zu einer gründlichen Auseinandersetzung mit den Bildungsfragen der Gegenwart treibt, spricht sich schon in einem seiner frühesten Werke, dem „Modernus“ (1904), aus, der in tagebuchartigen Aufzeichnungen allerlei Entwicklungsstufen und Zeitkrankheiten schildert, durch die die deutsche Bildung um die Jahrhundertwende hindurch mußte. Eine ähnliche Auseinandersetzung mit der Kultur der Gegenwart, mehr satirischer Art, geben die „Ideale des Teufels, eine boshafte Kulturfahrt durch das moderne Berlin“ (1908). Da führt der Dichter dem Leser mit grimmigem Behagen den „neuen Mann“, das „neue Weib“, das „neue Kind“ in ihrer ganzen Pracht vor, und macht sich ein Vergnügen daraus, die Schlagwörter der Fortgeschrittenen und Fortgeschrittensten in ihrer anspruchsvollen Hohlheit ins rechte Licht zu stellen. Die Einkleidung erinnert einigermaßen an Hauffs Memoiren des Satans, und die echt schwäbische Abneigung gegen das Wichtigtun mit leeren Redensarten spricht sich in dieser launigen, aber scharfen Verurteilung neuzeitlichen Schwindelwesens kräftig aus.

Zum erstenmal trat dann Lilienfein als Erzähler auf mit einer Sammlung von zehn Geschichten: „Von den Frauen und einer Frau“ (1911). Die leicht hinerzählten, gut zugespitzten Ausschnitte aus verschiedenen Lebensgebieten und Lebensschicksalen, die der Dichter hier gesammelt hat, gleichen den unter dem Titel „Im stillen Garten“ (1915) erschienenen Erzählungen in ihrer ruhigen Liebenswürdigkeit. Der Roman „Die große Stille“ (1912) bedeutet einen größeren Wurf und einen gewissen Höhepunkt unter den erzählenden Dichtungen Lilienfeins. Er versteht es, das seelische Problem, das er darin behandelt, fesselnd und eindringlich zu gestalten. Der Held, ein junger Hochschullehrer, schwankt lange hin und her zwischen der Welt des äußeren Scheins mit ihren Lockungen: Reichtum, Ruhm, Lebensgenuß und der stillen Welt der tieferen, seelischen Werte, bis er sich zum Schluß der letzteren zuwendet, die ihm in der Gestalt der blinden Marga mit ihrem friedevollen Wesen entgegentritt. Das Leben in den Kreisen der Hochschullehrer, in denen der Roman spielt, ist sehr lebendig und anschaulich geschildert. Der nächste Roman Lilienfeins, „Der versunkene Stern“ (1913), hat viel vom üblichen Unterhaltungsroman. Besonders gelungen ist die scharfe Kennzeichnung des gespreizten Ästhetentums, das sich vor dem Krieg vielfach so widerlich breitzumachen suchte. Auch hierin zeigt sich Lilienfein als guter satirischer Beobachter neuzeitlicher Modekrankheiten. Die neueste Arbeit des Dichters ist sein Roman „Ein Spiel im Wind“ (1916). Er gibt darin ein frisch gezeichnetes Bild vom Leben der Gegenwart und stellt in wirksamer Weise einer selbstischen, mit Scheinwerten rechnenden Lebensauffassung den Geist ernster Gediegenheit und strenger Pflichterfüllung gegenüber.

Mit Werken erzählender Art, die Beachtung verdienen, ist der 1875 in Stuttgart geborene Felix Speidel, der in Wien lebt, hervorgetreten. Besonders hat von ihm eine Sammlung geschichtlicher Novellen aus der Zeit

Herzog Ulrichs, „Sindurch mit Freuden“, Anklang in seiner alten Heimat gefunden. Ferner sei der 1884 in Stuttgart geborene Ulrich Kaufher genannt, der als gewandter Schriftsteller in Zeitungen und Zeitschriften sich eifrig betätigt und auch einen Roman von eigener Prägung verfaßt hat: „N. Dankwärts Weltgericht“ (1911). In einer sorgsam geschliffenen, freilich oft etwas gesuchten Sprache schildert er hier, wie bei einem jungen Straßburger Rechtsanwalt der Irrsinn ausbricht. Die Vorliebe des letzteren für die Kultur des ausgehenden 18. Jahrhunderts gibt seinen Wahnideen ihr eigentümliches Gepräge, so daß sie das galante Zeitalter mit all seiner ungesunden Schwüle und gärenden Fäulnis widerspiegeln. Doch bleiben diese Schilderungen von dem geistigen Zerfall des Irren zu sehr im Stofflichen stecken, als daß sie erträglich wirken könnten. Sie lassen beim Leser einen häßlichen Nachgeschmack zurück. Walter Burk aus Schorndorf hat sich durch kleine, in einem Bändchen der Reclam-Bibliothek erschienene Erzählungen, „Nachbarskinder“, und einen Roman, „Der versunkene Herrgott“ (1914), bekannt gemacht, der, gewandt geschrieben, eine beachtenswerte Begabung verrät, aber mehrfach an romanhaften Unwahrscheinlichkeiten leidet. Auch die Novellen von Rudolf Schäfer seien hier erwähnt. Die Werke dieser Erzähler zeigen fast durchweg wenig Schwäbisches im besonderen Sinn.

Auf dem Gebiet des Dramas war Lilienfein nicht der einzige, der um einen Bühnenerfolg rang. Der „Helmbrecht“ von Ernst Ege, eine Dramatisierung der mittelalterlichen Dichtung „Meier Helmbrecht“, konnte sich trotz farbenreicher Szenen auf der Bühne nicht halten. Ein „Andreas Hofer“ von Walter Luz (geb. 1879 in Besigheim), der auch ein großgewolltes Thomas-Münzer-Drama mit lebendigen Szenen aus dem Bauernkrieg und ein ziemlich zerfahrenes Lustspiel aus der Biedermeierzeit, „Die Kraftgenies“, geschrieben hat, enthält eine Reihe wohlgelungener Nebengestalten und nähert sich dem Stil des geschichtlichen Volksstücks. Nach den ersten Aufführungen am Stuttgarter Hoftheater wurde das Stück noch mehrmals im Freilichttheater auf dem Bopser gespielt. Als verheißungsvolle, aber noch nicht in allen Stücken abgeklärte Begabung verdient Hermann Essig, geboren 1878 in Truchtersingen, Erwähnung. Er hat schon eine stattliche Reihe von Dramen verfaßt. So die Dorfstomödie „Die Glückstuh“, die grotesken Lustspiele „Die Weiber von Weinsberg“, „Frauenmut“, „Im Taubenschlag“, die Versdramen „Napoleon“ und „Furchtlos und treu“, die Tragödien „Überteufler“ und „Mariä Heimsuchung“, ferner die Dramen „Der Held vom Wald“, „Des Kaisers Soldaten“ usw. Die grelle, abgerissene, sprunghafte Art seines Dichtens erinnert an die Dramen der Stürmer und Dränger, eines Grabbe, oft auch eines Eulenberg. Seine Freude an wilden Fragen teilt er mit Wedekind, mit dem er auch die Neigung zu unbekümmerten Zynismen gemeinsam hat. Zahlreiche Szenen und Gestalten zeugen von der tollen Schnurrigkeit und Sprunghaftigkeit seiner Laune. Oft fällt auf die Vorgänge und Personen ein überraschendes, die Tiefen ungeahnt erhellendes

Schlaglicht, dagegen bleibt anderes wieder ganz im Dunkel. So glaubt man bei den für seine Art bezeichnendsten Dramen einen wilden Hexentanz in unruhig flackernder Beleuchtung vorüberlassen zu sehen. In einigen dieser Stücke macht sich allerdings ein Streben nach festerer Führung der Handlung, nach runder Herausgestaltung der dramatischen Gegensätze bemerkbar, und so darf man hoffen, daß der Reichtum an Geist und Witz, der dem Dichter zweifellos zu Gebote steht, nicht in Werken verpufft wird, die mehr prickelnde Absonderlichkeiten voll lockerer Willkür als ausgereifte, durchgestaltete Dichtungen sind.

Weit mehr als Lilienfein entfernt sich der 1878 in Stuttgart geborene Karl Gustav Vollmöller von heimischer Art. Er hat seine Weihen als Dichter in den buntfarbigen Hallen empfangen, in denen Hofmannsthal und Stephan George als feierliche Wächter einer prunkreichen Wortkunst walten. Auch er gefällt sich wie seine Vorbilder in der erlesenen Gemessenheit und hochgetragenen Gebärde eines Stils, der sich schwelgerisch am Bunten, Wilden, Abenteuerlichen zu berauschen sucht und doch unter einem fröstelnden Gefühl von Blutleere leidet. Denn all der gehäufte Prunk der Farben, die grellen Bilder grauenvollen und seltsamen Geschehens vermögen die tödliche Müdigkeit nicht zu verdecken, die dem Leser unheimlich aus der Schwüle dieser Verse entgegengähnt. Nur selten atmet in Vollmöllers Gedichten, die in „Parzival und die frühen Gärten“ (1903) gesammelt sind, ein kraftvolleres, frischeres Empfinden. Meist ist es bange Sehnsucht nach entschwundenem Glück, weltentrückter Träumerfönn und leiser Schauer vor einem unbekannten Verhängnis, was durch diese Verse klingt, oder auch jene Schlawheit, die von sich selbst bezeugt:

„Gleichgültig ist mir jeder Laut des lauten Lebens.
Ja, auch die weißen Tasten sind mir nicht verlockend,
und eitel dünkt es mir, die Töne stets verschlingend,
den süßen herb' und traurige zu reihen, eitel
und nutzlos so wie jegliches Beginnen.“

Daß Dichtern solchen Gepräges das heiße Blut, die federnde Spannkraft des Dramatikers fehlen, kann nicht wundernehmen, und so sind auch Vollmöllers Erstlingsdramen: „Katharina Gräfin von Armagnac“ (1903) und „Alfös, Fitne und Sumurud“ (1904) weniger Dramen als dramatisierte Balladen, über denen sich eine düsterrote Katastrophenstimmung ausbreitet. Dabei ist nicht zu verkennen, daß die im mittelalterlichen Paris spielende Katharina gedrängener und schlagkräftiger wirkt als das ins Morgenland von Tausendundeine Nacht verlegte Alfös drama. Freilich drängt sich auch hier oft der Gedanke an buntgeputzte Puppen auf, die sich zwischen Schein und Wirklichkeit bewegen, und man begreift es, daß der Weg von solcher

gesiebten Maskenkunst, die eines starken seltsamen Reizes nicht entbehrt, zum wirklichen Leben schwer zu finden ist. Ob die weiteren dramatischen Arbeiten des Dichters Abschnitte auf diesem Wege bedeuten, wird füglich zu bezweifeln sein. Vollmöllers „Der deutsche Graf“ (1906) ist ein etwas breites, fast empfindsames Stück, das in der Zeit vor der großen Revolution in Paris spielt, in einer knappen, kurzgehackten Prosa geschrieben ist, aber zu wenig dramatisches Leben in seinen Adern hat, um packend zu wirken. Das Fliegerdrama „Wieland“ (1910) zeigt wenig mehr von der früheren Stilkunst des Dichters, sondern stellt einen seltsamen Wirrwarr verschiedener Stile dar. Anklänge an alte Sagen begegnen sich hier mit possenhaften Bestandteilen und mit Zügen moderner Filmdramatik, so daß ein Werk entstanden ist, dem es an prickelnden Einzelheiten nicht fehlt, das aber eine starke einheitliche Wirkung nicht zu erzielen vermag. Schließlich konnte sich eine doch hauptsächlich auf die Form gestellte Begabung wie die Vollmöllers am wirksamsten in der Übersetzung und Umarbeitung fremder Dichtungen entfalten, wie von Dramen des Sophokles, Gozzis oder d'Annunzios. Und neben diesen Arbeiten hat dann das „Mirakel“ (1912) den Namen des Dichters auch über die Grenzen Deutschlands hinaus bekanntgemacht. Hier galt es, für eine hochentwickelte theatralische Ausstattungskunst die nötige Unterlage zu schaffen.

Die international angehauchte Künstlerkunst Vollmöllers dürfte es auch der gutwilligsten Feinhörigkeit fast unmöglich machen, Merkmale schwäbischer Art bei dem Dichter zu finden. Das gleiche gilt von dem 1887 in Stuttgart geborenen und dort aufgewachsenen Bruno Frank. Seine Lyrik, „Gedichte“ (1904 und 1907), „Die Schatten der Dinge“ (1912), strebt einem strengen, knappen Stil zu. Den Versen ist eine ruhige, sorgsam zugeschliffene Vornehmheit, eine unaufdringliche innere Melodie, eine gewollte Einfachheit eigen, durch die das Bekannte und Alltägliche etwas Fremdes, Geheimnisvolles, Sinnbildliches bekommt. Wenn auch Frank dabei manchmal an Hofmannsthal und ähnliche Dichter erinnert, so versteht er doch seinen Vorbildern gegenüber die eigene Art zu wahren, die meist einer sinnspruchartigen Kürze zustrebt. Oft freilich erinnern seine Gedichte mehr an kunstvoll bereitete Essenzen als an frische Früchte. Man empfindet dann, daß dem Dichtertum Franks die saftige Unmittelbarkeit, der zarte Flaum fehlt, und es kommt dem Leser zum Bewußtsein, daß der Dichter naturferner Stadtmenich ist, dem im Grunde das Theater mehr bedeutet als Wald und Wiese, der an Wolken und Himmel sich dann am meisten freut, wenn sie sich in den Spitzen glänzender Lackstiefel spiegeln. So glaubt auch Frank bezeichnenderweise in der weitverbreiteten Freude an der Natur ein stillschweigendes Übereinkommen suchen zu müssen. Sicherlich aber hat das bewußte Künstlertum des Dichters Verse geschaffen, die wie Arbeiten aus der Werkstatt eines Juweliers und Goldschmieds anmuten, wie die Abendstimmung:

„Das Holz am Feuer sehe ich verkohlen
 Und seh' die Funken hin und wieder springen,
 Die Lampe höre ich melodisch singen
 Und meinen Hund im Schläfe Atem holen.

Und Freude kommt zu mir auf leisen Sohlen,
 Ich bin so fern von allen schweren Dingen:
 Ich höre nur die Lampe leise singen
 Und meinen Hund im Schläfe Atem holen.“

Noch mehr als in den Gedichten herrscht in den Romanen und Novellen Franks eine kühle Gehaltenheit. „Die Nachtwache“ (1909) schildert in einer Darstellung von gezügelter, bewußt spröder Sachlichkeit das geistige Verwelken eines Dichters, der schließlich durch die Kugel eines Duellgegners sein Ende findet; „Die Fürstin“ (1915) gibt das Bild eines dumpfen und jähren Triebmenschen, der bald in demütiger Zerknirschung und Selbstverachtung schwelgt, bald, von wirren Rauschzuständen hingerissen, wilde Taten plant, bis er endlich in einer still beschaulichen Tätigkeit das innere Gleichgewicht findet. Man meint beim Lesen dieser Romane den Dichter als eleganten Anatomen am Werk zu sehen, der den Körper, den er vor sich hat, geschickt und sicher zergliedert, hier eine Sehne, dort ein Gelenk bloßlegt und weltmännisch wortkarg seine Erklärungen dazu gibt. Daß solche Zergliederungskunst, für die die Menschen im Grunde nur Versuchskaninchen sind, sich mit Vorliebe an etwas angemorschten Seelen betätigt, deren Zerkleinerungserscheinungen die Neugier stärker fesseln als die Äußerungen gesunden, unverbrauchten Lebens, ist eine alte Erfahrung. So wird die beherrschte Haltung, der gepflegte Stil dieser Romane zu aufrichtiger Achtung zwingen, aber man wird doch eher zu den Novellen Franks greifen, wie sie, abgesehen von der seelischen Studie: „Im dunkeln Zimmer“, in dem Band „Flüchtlinge“ (1911) gesammelt sind. Die wirksame Zuspitzung der Handlung, der knappe Erzählerstil geben diesen Novellen einen besonderen Reiz und machen sie zu wohlgefügtten, sorgfältig geglätteten Erzählerwerken, die freilich manchmal einen Hauch von Bewußtheit und erfonnener Spitzfindigkeit nicht verleugnen können. Auch die in der Sammlung „Der Himmel der Enttäuschten“ (1916) enthaltenen Novellen sind für die Art Franks sehr bezeichnend.

Unter den schwäbischen Dichterinnen steht die 1867 in Pforzheim geborene, in Calw aufgewachsene und jetzt in Korntal lebende Auguste Supper obenan. Sie versteht die seltene Kunst, lebendig und frisch, kernig und fesselnd zu erzählen, denn die Menschen und die Dinge, die für die anderen stumm sind, reden zu ihr eine vernehmliche Sprache. Das windschiefe Häuschen neben der Kirche, der bunte Eschrank in der Stube des Bachhannes, die Truhe der alten Näherin, alle haben ihre Geheimnisse ihr anvertraut, und

die Dachrinne am Doktorhaus, der rauschende Brunnen am Dorfende, die blaue Glascherbe im Straßenstaub scheinen ihr alle zuzurufen: Du weißt Bescheid um unsere Geschichte, erzähle sie. So kommt es, daß der Dichterin der Stoff nie ausgeht und daß der Laubfrosch im Glas ihre frisch quellende Erzählerfreude ebenso beflügelt wie der seltsame Name Reginald Maria Maier oder der Hokusfokus eines ländlichen Wunderdoktors. Ganz besonders ist aber Auguste Supper im Schwarzwald zu Hause, und den Menschen, die dort wohnen, hat sie tief ins Herz geschaut. Mit ihren Erzählungen aus dem Schwarzwald: „Da hinten bei uns“ (1905) und „Leut“ (1907) hat sie ihren Ruf als Dichterin begründet. In einer ihrer Erzählungen findet sich das Wort: „Ja, man sollte die Leut' viel mehr kennen. Nicht immer alle in einen Sack stopfen, kopfüber, kopfunter. Jeden sollte man für sich betrachten, denn jeder ist etwas Besonderes.“ Diesem Wort lebt die Dichterin in ihren Schwarzwaldgeschichten nach, und sie kennt ihre Schwarzwälder von Grund aus: die armen Tropfen wie die sicheren Proken, die ruhelosen Grübler wie die vergnügten Schlauberger, die Schüchternen und die Ängstlichen wie die, die kein Blatt vor den Mund nehmen, die Bauern wie die Schäfer, die Schneider wie die Holzhauer. Sie kennt jenen körnigen Mutterwitz, der mit einem kräftig geprägten Bild die Sache auf den Begriff bringt, sie weiß, wie der einfache Mann seiner Rede gerne durch ein Sprichwort, einen Bibelspruch Nachdruck verleiht, und nicht minder sind ihr jene vorsichtigen Wendungen geläufig, hinter die der Bauer sich verschanzt, wenn er mit seiner Meinung nicht herausrücken will. Ihre Gestalten sprechen die Sprache des Lebenskreises, dem sie angehören, und so stehen sie auch vor dem Leser nicht wie zurechtgestriegelte Salonbauern, sondern in ihrem naturechten Wuchs, ihrer ungeglätteten Lebenswahrheit. Gerade so wie in der Geschichte: „Wie der Adam starb“ geht es zu, wenn ein harter und roher Bauer zum Sterben kommt; so wie die Dichterin sie schildert, sind diese abgehärmten Weiber, die ihr Leben lang unter einem auffässigen Quälgeist von Mann seufzen, und wie passen diese Pfarrer und Bauerndoktoren, denen sie ihre Geschichten so gern in den Mund legt, zu ihren Hinterwäldlern. Wie liebevoll ist z. B. jener Pfarrer gezeichnet, der den Amtsrock auszieht, um ganz so, wie sein Herz ihn treibt, ohne Rücksicht auf Vorgesetzte und Amtswürde Seel- und Leib- sorge unter seinen Bauern üben zu können.

Wenn der echte Humor aus der Ehrfurcht vor der Wirklichkeit entspringt, so kann er in den Werken einer Dichterin mit dem ehrfürchtigen Wirklichkeitsinn einer A. Supper nicht fehlen, und in der Tat, über die trübsten Geschehnisse und die runzligsten Gesichter, über die schwersten Nöte und die zitterigsten Hände ihrer Männer und Weiber streift er hin mit seinem verklärenden Schein, und nicht selten glänzt zwischen den Zeilen einer Geschichte ein gesundes, befreiendes Lachen auf, wie in der lustigen und lehrreichen Erzählung von der „neuen Methode“ oder dem ergötzlichen Bericht vom Heß und seinem geheimnisvollen Buch. Die Ehrfurcht vor der Wirklichkeit

hat die Dichterin auch auf die Gebiete hingewiesen, wo Wunderbares und Geheimnisvolles in unser Alltagsleben hereinragt. Da fällt sie dann das große Fragen an nach den Hintergründen unseres Lebens, das Rütteln an den Gitterstäben, das Hinauswollen aus der dumpfen Enge des menschlichen Erden- und Ichwesens. Solche Stimmungen finden dann Ausdruck in Erzählungen von spukhaftem Inhalt oder von geheimnisvoll sinnbildlichem Gepräge wie: „Mein Nachtquartier“, „Holunderduft“, „Die Dachrinne“, „Ballabenteuer“, „Die gelbe Henne“ usw. Die meisten dieser Geschichten sind in den Sammlungen „Holunderduft“ (1910) und „Der Mann im Zug“ (1915) enthalten.

Von den Romanen der Dichterin wirkt die „Lehrzeit“ (1909) trotz ihres Reichtums an lebendig erfaßten Nebengestalten oft etwas breit. Diese Klippe, die dem Roman leicht droht, ist hier auch deshalb nicht ganz vermieden, weil ein lehrhafter Zug in diesem Werk sich bemerklicher macht als in den anderen Erzählungen der Dichterin. Jedenfalls bedeutet „Die Mühle im kalten Grund“ (1912), die wie die „Lehrzeit“ die Geschichte einer Ehe gibt, einen ungleich wuchtigeren Einsatz von gesammelter und zielsicherer Erzählerkraft. Wie markig sind die brutalen, kraftstrophenden Müller im kalten Grund gezeichnet mit ihrer an Erinnerungszeichen an altes Familienunheil reichen Mühle und dem in rauher Schule herbgewordenen Gesinde! Und wie wirksam ist diesem Lebenskreis die verträumte Familie des Uhrmachers im Städtlein gegenübergestellt, aus der sich der junge Müller seine Frau holt. In der kraftvoll vorwärtsdrängenden Erzählung, die an den Höhepunkten, wie der Schilderung des Weihnachtsabends, an dem der Bruch zwischen Müller und Müllerin eintritt, zu machtvoller Wucht anschwillt, mag sich vielleicht gegen den Schluß das grelle Geschehen zu sehr häufen. In allen Fällen steht man vor einer Leistung, die von ungewöhnlicher Spannkraft zeugt. Man glaubt der Entladung eines furchtbaren Gewitters beizuwohnen. Langsam steigt es am Himmel herauf. Immer schwüler und drückender wird die Luft. Dann fällt krachend der erste Donnerschlag, und die entfesselten Elemente rasen, bis über geknickten Bäumen und zerschlagenen Saaten eine müde Abendsonne am Himmel niedergeht. Die Sprache der Dichterin, die sonst oft bei aller saftvollen Frische einen Hauch von verhaltener Herbheit ausströmt, ist in diesem Buch zu farbensatter Fülle aufgeblüht. Mit seinem Reichtum an packenden Bildern und sinnspruchartigen Wendungen tritt der Stil dieses Buches dem der besten volkstümlichen Erzähler unseres Schrifttums an die Seite. Ihnen gleicht A. Supper auch in der Innigkeit ihres sittlich-religiösen Empfindens. Der Glaube an die hohe Bestimmung der Menschenseele und an das Walten einer ewigen Macht im Menschenleben gibt ihr die Lebenszuversicht, die das Hoffen nicht läßt und mit mutigem Flügelschlag sich immer wieder zur Sonne empor-schwingt. Diese Töne werden besonders innig und ergreifend angeschlagen in dem Gedichtband „Herbstlaub“ (1912), der neben der Klage um einen geliebten Toten meist betrachtende Lyrik voll Kraft und Innerlichkeit enthält wie das Gedicht „Frage“:

Bist du der Ozean, sind wir die Wellen?
Wer bist du? sprich! Und welcher Art sind wir?
Bald Schaumgekräusel, spielend über dir,
Bald Wogenberge, die gar rasch zerschellen?
Die einen aus der Tiefe aufgewühlt,
Erbarmungslos zu weißem Gischt zerschlagen;
Die andern träumend an das Land gespült,
Indes die dritten schwere Schiffe tragen?

Und unter allen du in sel'ger Ruh,
Still in der Tiefe, ewig, ewig du?
Wenn wir kaum aufgeschäumt zu Leid, zu Glück,
So sinken wir zu dir, in dich zurück.

Herr, hörst du mich? Darf ich dir Fragen stellen?
Bist du der Ozean, sind wir die Wellen?

Heiliger Leidens- und Todesernst, von dem seltsamen Schimmer einer zarten Märchenwunderwelt umwittert, weht dem Leser aus dem Roman von Agnes Günther (1863—1911) „Die Heilige und ihr Narr“ (1913) entgegen. Die Verfasserin dieses Werkes war die zwei Jahre vor dem Erscheinen des Buches verstorbene Tochter eines Stuttgarter Bankiers, die nach dem frühen Tod des Vaters längere Zeit als Erzieherin in England tätig war und später als Gattin des Dekans Günther in Langenburg lebte. Das Brauneß ihres Romans soll viel von Langenburg im Jagstgrund haben, wo auch die anderen Schlösser des Buches zu suchen sind. Zu Beginn des zweibändigen Werkes wird mit vornehmer Zartheit das Heranwachsen Rosmaries, der mutterlosen, seltsam verträumten Tochter des Fürsten von Brauneß geschildert. Dann zeichnet die Dichterin in feiner Weise, wie zwischen der zur Jungfrau Erblühten und ihrem Gutsnachbar, dem jungen Maler aus gräflichem Geschlecht, das Band einer innigen Seelengemeinschaft sich knüpft. Die Liebe der beiden bewährt sich unter schweren Prüfungen, und dem jungen Glück der Vereinten folgt eine Zeit schwerer Leidensnot, in der die hinsterbende Rosmarie durch die überirdische Kraft ihrer reinen, liebevollen Seele die Ihrigen zu der Höhe ihres gottinnigen Lebensgefühls emporführt. Das alles ist mit sicherer Hand und mit leuchtenden Farben gegeben. Wie lebendig werden dem Leser die Hauptgestalten des Romans: Rosmarie, „das Seelchen“, mit ihrer stillen Ergebung in ihr herbes Geschick, das sie einem frühen Tode entgegenführt, mit ihrer überströmenden, schenkenden Liebe, mit der sicheren Klarheit ihres wunderbar vertieften Seelenblicks. Harro, ihr Gatte, mit dem hellen Künstlerauge, der sich zuerst wild gegen sein Schicksal, die Geliebte zu verlieren, aufbäumt, bis er unter ihrem Einfluß Frieden findet, endlich der Fürst, der

Vater Rosmaries, der in der Nähe der leidenden Tochter immer mehr zu einer Gestalt von feinfühligter Vornehmheit sich entwickelt. Am weitesten entfernt sich wohl die Gestalt der Fürstin, der zweiten Gattin des Fürsten, von der Wirklichkeit. Sie ist der Dichterin doch zu sehr nach dem Muster der bösen Stiefmutter im Märchen geraten.

In dem Buch bekundet sich außerdem eine ungewöhnliche Kraft und Tiefe des Naturgefühls und des künstlerischen Empfindens. Wie erlebt der Leser das Werden und Vergehen der Jahreszeiten in den Wäldern um Schloß Brauneck mit, das Erwachen des Frühlings, die Pracht des Sommers, den Farbenrausch des Herbstes, die strenge Schönheit des Winters. Fein ist auch das Entstehen der Kunstwerke geschildert, mit denen Harro seinem Seelchen huldigt, und packend wird am Schluß von dem Oratorium berichtet, das die musikalische Deutung für den Lebensgang der Heldin und den Schlusssakord ihres Lebens bildet. Dazu kommen überall die tiefen Einblicke in die geheimnisvolle Welt der Seele, in die wunderbaren Wechselwirkungen zwischen Vergangenheit und Gegenwart, in die weltüberwindende Kraft unbeirrbarer Liebe, in den unerschöpflichen Reichtum eines gottinnigen Gemüts. Der mystische Einschlag in dem Roman mit dem Hereinwirken der Ahnfrau mögen wie der seltsame Titel zunächst befremden, doch müssen jene Teile des Werkes mit dazu beitragen, die ganze Dichtung aus dem Bereich des Alltäglichen emporzuheben in die Welt des aufschlußreichen Sinnbilds und Gleichnisses und in den Umkreis des Unirdischen, Märchenhaften, in dem die großen Wunder des Seelenlebens zu Hause sind. So geht man durch das Buch, in das die Verfasserin die Geschichte ihrer eigenen starken, zarten, im Ewigen lebenden Seele hineingewoben hat, wie durch einen Traum, der auch nach dem Erwachen noch die Seele durchsonnt. Auch die Anwandlungen von frauenhaftem Überschwang, die in dem Roman nicht fehlen, und die gepflegte Wohlgezogenheit der Darstellung, die an englische Frauenromane erinnern mag, können den starken Eindruck des Buches nicht schmälern. Manche Aufhellung der seelischen Hintergründe des Werks mag das gleichfalls nach dem Tode der Verfasserin erschienene Büchlein geben: „Von der Hexe, die eine Heilige war“, das Studien der Dichterin, Bruchstücke usw. in der Form des Zwiegesprächs enthält.

Stehen dem Werk von Agnes Günther fast keine gleichartigen Erscheinungen in unserem deutschen Schrifttum zur Seite, so knüpft Anna Schieber (geb. 1867) in ihrem lebenswürdigen Roman: „Alle guten Geister“ (1907) an die gemütvolle, warmherzige Erzählerkunst eines Raabe und Heinrich Steinhäusen an und schildert harmloses Kleinleben mit freundlich milden Farben und traulichem Humor. Das Werk, das mit den 45 Auflagen, die es erreicht hat, zu den erfolgreichsten Schwabenbüchern des letzten Jahrzehnts gehört, ist wie durchweht von der Milde eines hellen Maitags, an dem die Bäume blühen und die Frühlingssonne die engen Gassen durch-

wärmt. Schlichte, anspruchslose Töne voll sinniger Herzlichkeit und warmer Heimatliebe klingen auch in den kleineren Erzählungen der Verfasserin an, wie sie vor allem in den Bändchen: „Wanderschuhe“ (1911), „Amaryllis“ (1914) und „Heimat“ (1915) gesammelt sind.

Unter den zahlreichen Erzählerinnen unserer engeren Heimat sei noch die in Ludwigsburg lebende Anna Bechler erwähnt, die in ihrer Novelle: „Im Favoritepark“ (1906) und in den zwei Novellenbänden: „Aus alten Schlössern“ (1916) vor allem Stoffe aus der vaterländischen Vergangenheit behandelt. Nur eine der Novellen der letztgenannten Sammlung: „Die Madonna des Giorgione“ spielt in der Zeit der italienischen Renaissance und gibt ein vornehm ausgeführtes, farbenreiches, schön abgestimmtes Bild von dem heißblütigen venezianischen Künstler. Auch sonst zeigt sich die Dichterin als geschmackvolle Erzählerin, der zwar eine stark hervortretende persönliche Eigenart fehlt, deren Werke aber durch den ruhigen Fluß der Darstellung anziehen. Auch die „Gedichte“ (1915) weisen dieses Gepräge auf.

Ferner hat Tony Schumacher (geb. 1848) mit ihren zahlreichen Kinder- und Jugenderzählungen dankbare Leser gefunden, Erwachsene dürfte ihr liebenswürdiges Erinnerungsbuch: „Was ich als Kind erlebte“ (1901) besonders anziehen. Auch die 1844 geborene Tochter von Ottilie Wildermuth, Agnes Willms, die in Hannover lebt, ist mehrfach als Volks- und Jugendschriftstellerin hervorgetreten. Von den Erzählerinnen, die in der Art der christlichen Familienblätter schreiben, sei die 1860 als Tochter eines schwäbischen Pfarrers in Südrupland geborene, jetzt in Stuttgart lebende Helene Schoß genannt. Endlich haben sich drei Frauen, die nicht durch Geburt, aber teils durch Heirat, teils durch langjährigen Aufenthalt in Württemberg in nahe Beziehungen zu schwäbischer Art getreten sind, einen geachteten Ruf als Schriftstellerinnen erworben. Agnes Sapper mit ihren gehaltvollen Erzählungen und Betrachtungen, in denen meist Erziehungsfragen behandelt werden, Helene Christaller, die sich als sehr fruchtbare, vielseitige und erfolgreiche Erzählerin in Skizzen, Novellen und Romanen bewährt, und Klara Hohrath, unter deren erzählenden Werken der auf einer bretonischen Insel spielende Roman: „Das Lied des Meeres“ durch glänzende Naturschilderungen und fesselnde Darstellung hervorragt.

Auf dem Gebiet der Lyrik hat sich Therese Röstlin (geb. 1877) als feine und ansprechende Begabung erwiesen. Sie ist die Enkelin zweier schwäbischer Dichter, Karl Geroks und Reinhold Röstlins, sowie die Tochter von Heinrich Adolf Röstlin, dem Verfasser der „Kandidatenfahrten“, in denen die Entwicklung eines jungen schwäbischen Theologen gemütvoll geschildert wird. Dieses theologische und dichterische Erbe macht sich bei Therese Röstlin deutlich bemerkbar. In ihren älteren Gedichten klingt der Ton Karl Geroks häufig an. Doch erreicht sie zu Zeiten, vor allem in ihren späteren Gedichten, eine größere Knappheit und Gedrungenheit des Vortrags, besonders wenn es sich

um den Ausdruck religiösen Empfindens handelt. Schön gelingen der Dichterin auch zartfarbige, wohlabgerundete Bilder aus dem Kleinleben wie das liebenswürdige „Frühlingsidyll“ in ihrer Sammlung „Traum und Tag“ oder das „Altjungfernstübchen“ in dem Bändchen, das 1904 unter dem etwas langatmigen Titel erschien: „Gib acht auf die Gassen, sieh nach den Sternen.“ In der „Unter dem himmlischen Tage“ (1911) betitelten Auswahl und in ihrer neuesten Sammlung: „Abglanz“ (1916) nähert sich die Dichterin in Form und Art der Lyrik von Isolde Kurz in dem Streben nach zusammengefaßter Herbheit. Das Stück der letzteren Sammlung: „Einsamkeit“ könnte von Isolde Kurz sein:

„Einsamkeit, sei mir gegrüßt!	Tiefblaue Dämm' rung sich neigt;
Fern verhallen die Stimmen,	Wie das Herbstlaub vom Baume
Und die Lichter verglimmen —	Löst sich die Seele vom Raume,
Schwer die Pforte sich schließt.	Atmet im Klaren — und schweigt.“

Näher als die Gedichte von Therese Röstlin, besonders ihre älteren, steht der Lyrik der Gegenwart und ihren Bestrebungen die Sammlung: „Aus Licht und Schatten“ (1915). Gertrud Goes, die Tochter des Heilbronner Stadtpfarrers Stähle, der unter dem Namen Philipp Spieß als Erzähler bekannt wurde, gibt in dieser, kurz vor ihrem Tode erschienenen Sammlung, die der Erinnerung an Agnes Günther gewidmet ist, Proben einer feinhörigen Lyrik, die aus dunklen Leidenstiefen heraufklingt, aber daneben auch von Sonne und Licht des Daseins dankbar sich durchfluten läßt. Die besten unter diesen Gedichten fesseln durch ihre erlebte Innerlichkeit, durch selbstgeprägte Bilder, durch Fülle und Glanz der Farbe; in viele ragt eine zarte oder spukhafte Traumwelt herein. Anderes erinnert an die Art der neuesten Lyrik wie: „Das helle Fenster“, das anfängt:

„Nun geht die Schwermut durch die harten Straßen,
Die keines Gräsleins Leben dulden wollten,
Aus der Kamine überschanken Vasen
Fällt dunkler Rauch in trauerschweren Dolden.“

In ruhigen, großgeschauten Bildern und in einer Sprache von feierlicher Gehobenheit drückt sich besonders religiöses Empfinden in diesen Gedichten aus.

Aus anderen Bereichen geistiger Art kommt Gertrud J. Klett (geb. 1871) her, die in Calw aufgewachsen ist. In ihrer Gedichtsammlung „Aus jungen Tagen“ (1906) ist nichts von der Luft des schwäbischen Pfarrhauses zu spüren; sie läßt es den Leser deutlich nachfühlen, wie sehr sie unter der Last bitterer Erfahrungen und ungestillten Lebensdrangs sich quälte. Noch ist in diesen Gedichten das Erleben nicht vom silbernen Duft beschwichtigter Erinnerung umwoben, und auch da, wo sie sich zur inneren Fassung durchgerungen hat, gibt sich der Schmerz der Wunden, die ihr das Leben schlug, noch oft in herbem Spott, in bitterer Klage kund. Andere Gedichte,

die der Trauer um einen Toten gewidmet sind, erinnern an die Asphodillgedichte von Holde Kurz. Daneben bricht sich aber bei G. Klett auch das Bacchantische, dem wir in der Frauendichtung der Gegenwart so häufig begegnen, Bahn, und all das Stürmen, Drängen und Glühen ergießt sich in frischen, kecken, jubelnden Klängen:

„Als ich ins Städtel eingezogen,
Wie stand so hoch des Himmels Bogen!
Die frohen Frühlingswinde bliesen,
Ein grüner Schein lief über die Wiesen —
Der Fluß, in den die Weiden hangen,
Ran keck wie ein junges Blut gegangen —

Da stieg mir der Atem tief aus der Brust,
Herrgott — und hab' ich's denn nie gewußt,
Wie selig und hell deine Sonnen siegen,
Wie lachend und stark deine Banner fliegen,
Und wie aus unversiegbaren Bächen
Die heiligen Lebensfreuden brechen!“

Aus der großen Zahl sonstiger Frauenlyrik seien die Sammlungen von M. Weitmann-Luz, B. Widmann, A. Öhler u. a. erwähnt.

Neben der schriftdeutschen schwäbischen Dichtung ging auch in den letzten Jahrzehnten eine rege Betätigung auf dem Gebiete der mundartlichen Dichtung her. Ein Hebel, Klaus Groth oder Frik Reuter ist freilich im Schwabenland nicht aufgestanden, und selbst dem trefflichen G. F. Wagner aus Maichingen mit seiner echten und lebensvollen Darstellung schwäbischen Dorflebens am Anfang des 19. Jahrhunderts ist wohl keiner der neueren mundartlichen Dichter des Schwabenlands an Bedeutung gleichzustellen. Dazu klagen die Kenner der schwäbischen Mundart über die sprachliche Unechtheit dieser mundartlichen Dichtungen. Nur zu oft seien die letzteren nichts anderes als eine Einkleidung von Ausdrücken und Wendungen der Bildungssprache in schwäbische Lautform. Und in der Tat fehlt es nicht an peinlichen „Gegenbeispielen“ solcher Art. Besonders Adolf Grimminger (1827—1909), dem daneben manches muntere und gefühlvolle Liedchen in der Mundart gelang, läßt sich allzuoft mit Ergüssen vernehmen wie:

„O Hoimetlaut,
Wie g'mahnscht du traut,
Mir ischt, als hör
I Lerchchör
Ond Dichg'rausch,
Wenn i dir lausch.“

Man braucht kein Mundartforscher zu sein, um die groben Verstöße gegen Geist und Sprachgebrauch der schwäbischen Mundart in diesen Zeilen peinlich zu empfinden, und zugleich sind sie ein überzeugendes Beispiel für die Beobachtung, daß sich häufig Wendungen, Bilder und Empfindungen, die sich ihrer Platttheit wegen in der Schriftsprache nicht mehr wohl fühlen, in die mundartliche Dichtung flüchten, um da noch eine Zeitlang die Rolle naiver Naturkinder zu spielen. Zieht man all diese unechten Dichtungen ab und auch noch die, die nichts sind als ein plump-behagliches Breittreten von ländlichen Scherzen und Derbheiten, so bleibt immer noch ein ansehnlicher Bestand von mundartlichen Dichtungen, die ernsthafte Beachtung verdienen.

Als ansprechende, frische Erzähler ernster und scherzhafter „Schwobag'schichte“ haben sich besonders die Brüder Karl und Richard Weitbrecht (1851—1911) hervorgetan. Immerhin ist es bezeichnend, daß der letztere seine „Bohlinger Leute“ (1911), in denen er mit Glück und Erfolg ein umfassenderes Gemälde schwäbischen Bauern- und Pfarrerlebens zu geben unternahm, nicht in der schwäbischen Mundart verfaßt hat. Sie eignet sich eben doch wohl hauptsächlich für kleinere, anspruchslosere Geschichten, wie die von J. Palmer (Deckname für Julie Kern, geb. 1858), die man schließlich auch als Berichte aus Bauernmund in der Bauernsprache auffassen kann. Auch R. Schmidt-Buhl (geb. 1855), der Hauptleiter des Beobachters, hat sich wohl aus diesem Grunde in seinen humor- und kraftvollen, auf genauer Kenntnis des Volkslebens aufgebauten Volksgeschichten aus Schwaben und Franken, die er unter dem Titel „Ang'schminkt“ herausgab, der Schriftsprache und nicht der Mundart bedient. Als Erzähler in fränkischer Mundart fand Wilhelm Schrader (1847—1914), „Der alte Gäwele“, großen Beifall und Anklang mit seinen lustigen Schwänken und Geschichten aus dem Hohenlohschen.

Unter den mundartlichen Lyrikern ist Eduard Hiller (1818—1902) zu nennen mit seinem Bändchen: „Naive Welt“ (1891), in dem er sich als frischer Schilderer ländlichen Lebens und ländlicher Sitten zeigt. Der naturwüchsigste Vertreter oberschwäbischer Mundart in der Lyrik ist der 1888 als Oberamtsarzt in Ehingen gestorbene Michel Bock mit seinen herben, lebens-echten Gedichten: „Bagenga“ (Schlüsselblumen) (1892). Ihm reihen sich die mundartlichen Dichter Ulms wie G. Seuffer, W. Unfeld, R. Rien an. Von der neueren mundartlichen Lyrik verdienen besondere Beachtung die Schwarzwaldgedichte von Otto Gittinger (geb. 1861 in Lauffen a. N.) mit ihrer frischen Munterkeit und ihrer witzigen Zuspitzung, ferner die Gedichte von August Lämmle und Martin Lang, welcher letzterer sich auch als geschmackvoller Schriftsteller und Herausgeber mehrfach betätigt hat, von Mathilde Frank, Matthias Koch, sowie von August Reiff (geb. 1866) und Gustav Schwegelbaur (geb. in Geislingen 1870). Die beiden letzteren haben auch bei den vor einigen Jahren mit Eifer und Erfolg betriebenen Versuchen, eine schwäbische Volksbühne ins Leben zu rufen,

als Verfasser mundartlicher Theaterstücke mitgewirkt, in denen es an wirklichen Szenen und dankbaren Rollen besonders komischen Gepräges nicht fehlt. Außer ihnen sei als Verfasser mundartlicher Stücke auch der Jurist Max Dürr (geb. 1874) genannt, der daneben mehrfach mit unterhaltenden schriftdeutschen Erzählungen, Novellen usw. hervorgetreten ist. Auch sonst sind vielen ansprechende Schwänke und Szenen, Gedichte und Erzählungen in schwäbischer Mundart gelungen.

Was auf dem Gebiet der Wissenschaft und der sonstigen schriftstellerischen Betätigung in den letzten 25 Jahren in Württemberg geleistet worden ist, fällt über den Rahmen dieser Darstellung hinaus. Doch sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auch auf diesen Gebieten eine reiche Zahl von Werken zu nennen wäre, denen durch ihre glänzende Darstellung, ihre edle Sprache, ihre klare Anordnung unbestrittene literarische Bedeutung zukommt. Es sei hier nur an einen Kenner schwäbischer Geistesgeschichte erinnert wie den jüngst verstorbenen Wilhelm Lang mit seinen fein ausgeführten Bildnissen bedeutender Schwaben, oder an zwei Denker wie Theobald Ziegler und Christoph Schrempf, beide von aufrechter Unbeirrbarkeit in der Aussprache ihrer Überzeugung und gleichermaßen darauf bedacht, die Ergebnisse ihrer Gedankenarbeit in allgemeinverständlichen, fesselnd geschriebenen, auch für weitere Kreise genießbaren Büchern niederzulegen. In diesem Zusammenhang seien ferner die Werke des Bischofs von Rottenburg, Paul Keppler, erwähnt, die nicht bloß um ihres tiefen und reichen Gehaltes willen, sondern vor allem auch als lebendige Zeugnisse einer hervorragenden Stil- und Darstellungskunst die Wertschätzung verdienen, die sie weit über die Kreise des Katholizismus hinaus gefunden haben. Einen Meister des „Versuchs“ auf dem Gebiet der Persönlichkeitsschilderung hat Ulm in Ludwig Speidel hervorgebracht, der 1830 geboren, 1906 als Schriftleiter der Wiener Neuen Freien Presse starb und auf seinem Gebiet als ein Künstler voll Reiz, Eigenart und Kraft sich bewährte. Schließlich sei auch noch der feinfühligsten Übersetzerkunst eines Lorenz Straub, einer Pauline Kläiber gedacht. Der erstere hat mit seiner „Antigone“ und seiner „Liederdichtung und Spruchweisheit der alten Hellenen“ edle, stilvolle Eindeutschungen geschaffen; die letztere eine Reihe nordischer Dichter und Dichterinnen, wie besonders Selma Lagerlöf, durch treue und sprachschöne Übertragungen bei uns heimisch gemacht. An diesen wenigen Beispielen, die sich leicht ansehnlich vermehren ließen, mag es hier genügen.

In seinem 1911 erschienenen Buche: „Die schwäbische Literatur im 18. und 19. Jahrhundert“ sagt Hermann Fischer: „Verstehen wir unter einer schwäbischen Literatur eine solche, die nicht bloß von Schwaben und etwa auch noch im Schwabenlande gemacht wird, sondern eine solche, die in sich bei aller Mannigfaltigkeit und allem Gegensatz eine gewisse innere Einheit

hat, so sind die Zeiten einer schwäbischen Literatur vorüber.“ Man wird Fischer zugeben dürfen, daß die Mannigfaltigkeit und die Gegensätze innerhalb der Hervorbringungen der dichtenden Schwaben von heute sehr groß sind, daß einzelne dieser Dichter, wie z. B. Vollmöller und Frank, mit schwäbischer Art nur mehr geringe Berührung haben. Aber war das im 18. und 19. Jahrhundert viel anders? Wie weit liegen ein Wieland und ein Hölderlin, ein Mörike und ein Herwegh auseinander! Und haben denn nicht bei näherem Zusehen Hesse und Finckh, Schussen und Schöff, Cäsar Flaischlen und Heinrich Lilienfein, Isoldo Kurz und Auguste Supper zahlreiche Züge gemeinsam, die als Merkmale ihres Schwabentums angesprochen werden können und von denen Verbindungsfäden zurückführen zu den früheren Schwabendichtern wie Uhland, Hölderlin, Kerner, Mörike, H. Kurz und F. Th. Vischer? Hierher ist die Neigung zu grüblerischer Besinnlichkeit und versunkenem Träumertum ebenso zu rechnen wie die warme Liebe zur Natur und zu naturnahem Menschentum, der scharfe Blick für das Hohle und Aufgeblasene am modernen Kulturtreiben ebenso wie der kantige Eigenwille, der von gewinnverheißender Anpassung an lärmende Modeströmungen nichts wissen will und sich allzuoft in lässiger oder verschörfelter Formlosigkeit gefällt. Freilich, wer könnte ein erschöpfendes Bild schwäbischer Art zeichnen! Persönliche Eigenart, auch die eines Stammes, läßt sich stets nur annäherungsweise erfassen und nie auf feste Formeln bringen. Die Deutungsmöglichkeiten sind zu zahlreich. Immerhin kann aber für den gutwilligen Beobachter darüber kaum ein Zweifel bestehen, daß auch — von einzelnen Ausnahmen abgesehen — die schwäbische Dichtung der Gegenwart bei aller Mannigfaltigkeit und allen Gegensätzen doch eine gewisse innere Einheit hat. Den Zeitgenossen fallen vor allem die Gegensätze ins Auge, ein späteres Geschlecht wird noch lebendiger als wir die Einheit fühlen.

Quellen:

Für den Abschnitt über die Literatur wurde außer den Werken der Dichter benützt die eingehende „Schwäbische Literaturgeschichte“ von Rudolf Krauß (2 Bände), die 1899 erschien und so allerdings die jüngeren Schwaben nicht mehr behandelt. Ferner wurden benützt Hermann Fischer: „Beiträge zur Literaturgeschichte Schwabens“ (1891) und „Die schwäbische Literatur im 18. und 19. Jahrhundert“ (1911). Auch dieses letztere Werk geht auf die jüngeren Dichter nicht ein. Dagegen gibt Theodor Heuß in seiner Einleitung zu „Sieben Schwaben, ein neues Dichterbuch“ einen Überblick über die neueste Entwicklung der schwäbischen Dichtung. Als Quelle sei ferner erwähnt: Th. Kläiber, „Die Schwaben in der Literatur der Gegenwart“ (1905), sowie verschiedene Aufsätze in Zeitschriften und Zeitungen von J. Hofmiller, Th. Rauch, A. Holder u. a.



Der Schwäbische Schillerverein und das Schiller- museum in Marbach

Von Geh. Hofrat Professor Dr. Otto von Güntter

Die Gründung des Schwäbischen Schillervereins beruht auf der Kundgebung Seiner Majestät des Königs Wilhelm II. von Württemberg, welche in dem Schreiben vom 8. Mai 1895 an den Vorstand des Marbacher Schillervereins, Stadtschultheiß Haffner, niedergelegt ist. Der König, der bei wiederholten Besuchen von dem Anwachsen und der erhöhten Bedeutung der Sammlung im Schillerhaus mit großer Freude Kenntnis genommen und die Überzeugung gewonnen hatte, daß die Räumlichkeiten und Einrichtungen des Hauses für die würdige und sichere Unterbringung des Gesammelten unzureichend geworden waren, erklärte in diesem Handschreiben seine volle Sympathie mit dem Gedanken eines Schillerarchivs und -museums in einem selbständigen Bau. Unter Anerkennung dessen, was der Marbacher Schillerverein bis dahin für sich allein geleistet hatte, erachtete es der König „für eine Pflicht und Aufgabe des ganzen Landes, das den Ruhm genießt, die Heimat Friedrich Schillers zu sein, das Werk, welches seine Geburtsstadt begonnen hat, in einer der Bedeutung Schillers entsprechenden Weise weiterzuführen und zu vollenden“, und gab daher die Anregung, den Marbacher Verein umzubilden zu einem „Schwäbischen Schillerverein“, der „alles in den Kreis seiner Bestrebungen ziehen soll, was die Verbreitung der Kenntnis der Schöpfungen und der Persönlichkeit Schillers, wie der Wirkungen, die er auf

die geistige, sittliche und patriotische Entwicklung des deutschen Volkes hervor- gebracht hat, in irgendeiner Weise zu fördern vermag“.

Die Worte des Königs fanden in ganz Deutschland und darüber hinaus freudigen Widerhall, und die Hoffnung, welcher in dem königlichen Handschreiben Ausdruck gegeben war, daß die Errichtung eines Schillermuseums und -archivs in Marbach in allen Kreisen des schwäbischen Volkes, ja im ganzen deutschen Vaterlande freudige und werktätige Teilnahme finden werde, sollte sich in vollem Maße erfüllen.

Die nächste Aufgabe des „Schwäbischen Schillervereins“, als dessen erstes Mitglied sich der König einzeichnete, war die Erstellung eines Gebäudes für die in Marbach vorhandenen Sammlungen. Deren Anfänge gehen zurück auf die erste große Schillerfeier von 1859, welche den Anlaß gab und auch die Mittel brachte, das Geburtshaus des Dichters den Zufälligkeiten des Privatbesitzes zu entziehen und zu einer dem Andenken des Dichters gewidmeten Stätte zu weihen. In die bescheidenen Räumlichkeiten des kleinen Hauses stifteten damals die Tochter Schillers, Emilie von Gleichen-Rußwurm, und die Familie von Schillers ältestem Sohn Karl sowie Verehrer des Dichters eine Anzahl Erinnerungsstücke, Briefe, Handschriften und Bildnisse Schillers und seiner Angehörigen.

Einen Zuwachs von Bedeutung brachte dieser kleinen Sammlung erst wieder das Jahr 1890. Nach dem Ableben der Witwe von Schillers Sohn Karl überließen dessen Schwiegertochter, Freifrau Mathilde von Schiller in Stuttgart, und die Nichte der Verstorbenen, Frau Anna Lanz mit ihrem Gatten in Mannheim, zwölf Familienbildnisse, darunter vier, die einst in Schillers Besitz gewesen waren: die von Ludovike Simanowiz während Schillers Besuch in der Heimat nach dem Leben gemalten Bildnisse des Dichters und seiner Frau und die von derselben Malerin herrührenden Bildnisse der Eltern des Dichters.

Bildete schon diese wertvolle Stiftung einen Anreiz, auf weiteren Ausbau der Sammlung im Schillerhaus bedacht zu sein, so kam fast gleichzeitig ein anderer Anstoß in derselben Richtung. Am Pfingsten 1890 tagte in Stuttgart der Deutsche Neuphilologentag. Der Württembergische Verein für neuere Sprachen beschloß auf den Vorschlag von Professor Otto Güntter, als Festgruß des Schwabenlandes an seine Gäste eine Ausstellung von Bildnissen, Handschriften, Briefen und seltenen Ausgaben schwäbischer Dichter zu veranstalten, und betraute ihn mit der Durchführung dieser Ausstellung. Mit Staunen sahen die zahlreichen Besucher der Ausstellung — unter ihnen auch Prinz und Prinzessin Wilhelm von Württemberg —, wieviel an kostbaren handschriftlichen und bildlichen Schätzen noch unbekannt in Familienbesitz sich befinde, und der Gedanke drängte sich von selbst auf, ob dieses zunächst nur für kurze Zeit geschaffene eindrucksvolle Bild der Literatur aus Schwaben sich nicht zu einem dauernden gestalten ließe. Durch das dankenswerte Entgegenkommen der Urenkelin von Schillers Schwester Luise, Frau Amalie

Rießling-Krieger in Möckmühl, aus deren Besitz die wichtigsten Schillererinnerungen der Ausstellung stammten, wurde es Stadtschultheiß Haffner, dem als solchem auch die Obhut des Schillerhauses anvertraut war, denn auch ermöglicht, auf den 10. November 1892 zunächst einmal einen großen Teil der von ihr bis dahin treu bewahrten Handschriften usw. zu erwerben. Die Urkunde über die Abtretung nahm ausdrücklich Bezug auf den durch die Stuttgarter Ausstellung angeregten Gedanken der Erweiterung der Marbacher Sammlung „zu einem Schillermuseum, mit der Zeit vielleicht zu einem literarischen Archiv für die Dichter und Schriftsteller Schwabens überhaupt“.

Die Mittel zu dieser Erwerbung hatte der Mann zur Verfügung gestellt, der nun über ein Jahrzehnt der tatkräftigste und opferfreudige Förderer dieses Gedankens sein sollte, Geheimer Kommerzienrat Dr. Rilian von Steiner in Stuttgart. Je auf den Geburtstag und den Todestag Schillers fügte er weitere, zum Teil sehr umfangreiche Stiftungen hinzu, darunter auch eine wertvolle Sammlung von Erstdrucken der Werke Schillers. Auch nach der Begründung des Schwäbischen Schillervereins war es Steiner, dem das Wachstum der Sammlungen in erster Linie zu verdanken war; eine Reihe wertvoller Handschriften und Bildnisse legen davon für immer Zeugnis ab.

Die reichlichen Zuwendungen, die dem jungen Verein zufließen, darunter ein großer Stifterbeitrag seines hohen Begründers und Schutzherrn, erlaubten es schon nach wenigen Jahren, dem Bau eines Museums näher zu treten. Die Wahl des Platzes für dieses fand die glücklichste Lösung. Auf der Anhöhe am südlichen Ende der Stadt hatte der Marbacher Schillerverein in den dreißiger Jahren die schönen Anlagen der „Schillerhöhe“ geschaffen; seit 1876 erhob sich dort, hoch über dem Neckar, das Standbild des Dichters, aus dem Metall erobelter französischer Geschütze gegossen. An diese Anlagen sollte sich die neue Schillerstätte anschließen. Im April 1900 wurde ein Preisaus schreiben erlassen für einen Entwurf zu einem Schillermuseum auf diesem Platz. Von den 74 Plänen, die aus ganz Deutschland einliefen und in einem von König Wilhelm II. zur Verfügung gestellten Saal des Residenzschlosses ausgestellt waren, wurde von dem Preisgericht der von der Firma Eisenlohr und Weigle in Stuttgart herrührende mit dem ersten Preis bedacht. Nach Vornahme einiger kleineren Änderungen wurde er auch zur Ausführung bestimmt. Im Mai 1901 erfolgte die Grundsteinlegung; im Herbst 1902 war der Bau im wesentlichen fertig. Die Kosten, zu welchen in dankenswerter Weise auch ein Staatsbeitrag von 20 000 M. gewährt worden war, stellten sich auf rund 230 000 M., ohne die Grunderwerbungen, die 27 000 M. erforderten.

Wie Schillers Standbild auf den stattlichen Bau herniederschaut, so begrüßt der Dichter auch in der Vorhalle des Museums den Eintretenden in einer von dem Protektor des Schwäbischen Schillervereins gestifteten, von Adolf Donndorf nach Danneders unvergänglichem Vorbild geschaffenen Kolossalbüste. Den ganzen Mittelbau nimmt der Hauptsaal ein, der in elf

großen Reliefs von Robert Haug nach Schillerschen Dichtungen einen besonderen Schmuck erhalten hat. Durch die hohen Bogenfenster, von der dem Museum in seiner ganzen Länge vorgelagerten Terrasse und noch ausgedehnter von der hohen Ruppel aus bietet sich den Blicken ein prächtiges Bild des schwäbischen Landes, das sich weithin vor dem Auge ausbreitet. Da verweilt der Blick auf dem behaglich hingelagerten Marbach, auf dem Wunnenstein, der in Uhlands Balladendichtung verwoben ist, auf dem Hohenasperg, der die Erinnerung an Schubart wachruft, auf dem nahen Ludwigsburg, der Geburtsstadt von Kerner, Mörike, Vischer und Strauß, in der Schiller nicht nur einen Teil seiner Kindheit, sondern auch den größten Teil der Zeit verlebt hat, die er 1793/94 in der Heimat zubrachte. So wird der Beschauer von selbst immer wieder zurückgeführt zu dem, was die Säle hier bergen, zu den Sammlungen, in deren Mittelpunkt Schiller steht, die aber, nach den Satzungen des Schwäbischen Schillervereins, „in möglichst weitem Umfang auch ein Bild davon geben sollen, wie sich in der Heimat Friedrich Schillers und unter seiner Einwirkung das höhere geistige Leben und Schaffen entwickelt hat“.

Am 10. November 1903 fand in Anwesenheit Ihrer Königlichen Majestäten, der königlichen Familie und einer Reihe Ehrengäste die Weihe des Hauses statt.

Leider war es den drei Männern, die in der ersten Zeit die Geschäfte des Vereins geführt hatten, nicht beschieden, diesen Tag zu erleben. Der verdiente erste Vorsitzende, Rabinettschef Freiherr Julius von Griesinger, war schon 1899 gestorben. An seine Stelle trat 1900 sein Amtsnachfolger Freiherr Julius von Soden, wie denn auch weiterhin, dem besonderen Verhältnis des hohen Schutzherrn zum Verein entsprechend, der jeweilige Chef des Rgl. Rabinetts zum Vorsitzenden gewählt wurde, 1902 Freiherr Karl von Gemmingen-Guttenberg und 1906 wieder Freiherr von Soden. Im Juni 1903 erlag Haffner seinem schweren Leiden; im September folgte ihm Steiner im Tode nach. Mit ihnen verlor der Verein die Männer, die in unermüdlichem einmütigen Zusammenwirken stets die Hauptarbeit geleistet hatten.

Mit ihrem Ableben und mit der Eröffnung des Schillermuseums, wodurch der Vereinsleitung neue und umfangreiche Aufgaben zuwuchsen, die der Vorsitzende unmöglich übernehmen konnte, ergab sich die Notwendigkeit, eine fachmännisch gebildete Persönlichkeit zu berufen, der die Führung der laufenden Vereinsgeschäfte, die Leitung des Schillermuseums und der Veröffentlichungen des Vereins übertragen werden sollte. Im April 1904 wurde das Mitglied des Ausschusses Professor Otto Guntter zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden und geschäftsführenden Mitglied des Vorstands gewählt und übernahm zugleich die Leitung des Schillermuseums an Stelle des aus fünf Ausschußmitgliedern bestehenden Kuratoriums, das in vorläufiger Weise mit dieser Aufgabe betraut gewesen war.

Bei der Fertigstellung des Schillermuseums zählte die Handschriftensammlung rund 15 000 Nummern: etwa 1000 Handschriften Schillers und

der Angehörigen seiner Familie, darunter ein Teil des Nachlasses von Caroline von Wolzogen, die handschriftlichen Nachlässe von Ludwig Uhland, Justinus Kerner, Berthold Auerbach, den von Gustav Schwab, soweit er sich noch im Besitz der Familie befunden hatte, Teile der Nachlässe von Friedrich Notter, J. G. Fischer, Karl Gerok und Albert Knapp, den Hauff-Rölleschen Nachlaß, in dem die meisten deutschen Dichter aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vertreten sind, und eine Anzahl Einzelhandschriften aus dem ganzen Kreise der schwäbischen Dichter. Hierzu kamen 1903 noch die Nachlässe von Wilhelm Zimmermann, Ludwig Bauer und Reinhold Köstlin. Bildnisse waren 550 vorhanden; die Bibliothek zählte 2000 Nummern. Nach dem 20. Jahresbericht umfaßt das Schillerarchiv und das Archiv schwäbischer Dichter jetzt 62 000 Handschriften, die Bibliothek 13 000 und die Bildnis-sammlung 3500 Nummern.

Während bis 1903 dem Verein für Erwerbungen kein Aufwand erwuchs, mußten nunmehr Mittel hierfür aufgebracht werden, soweit nicht geschenktweise Überlassung stattfand. Erfreulicherweise war dies vielfach der Fall; ebenso aber fanden sich auch stets opferwillige Freunde des Museums, wenn sich die Möglichkeit bot, wertvolle Erwerbungen zu machen. Es ist in ihrem Sinn, wenn sie hier nicht einzeln genannt werden.

Wohl aber gibt der Tag, zu welchem das vorliegende Werk erscheint, das Regierungsjubiläum König Wilhelms II., besonderen Anlaß, dankbar dessen zu gedenken, was der Schwäbische Schillerverein und das Schillermuseum seinem hohen Begründer zu verdanken hat. Mit regster Anteilnahme verfolgt König Wilhelm die Entwicklung des Museums, über die er sich regelmäßig vom Museumsvorstand mündlich Bericht erstatten läßt, wie er auch von allen wichtigeren Erwerbungen und Stiftungen Einsicht nimmt. Seit 1905 verdankt das Schillermuseum Jahr für Jahr dem hohen Schutzherrn besonders wertvolle Zuwendungen; es verdankt ihm außerdem die Überlassung zahlreicher Handschriften und Druckwerke aus der Rgl. Hoftheaterbibliothek und der Rgl. Hofbibliothek. Am Tag der Jahresversammlung des Schwäbischen Schillervereins werden im Rgl. Hoftheater ausgewählte Stücke aufgeführt, wozu die Teilnehmer an der Versammlung durch die Huld des Königs freien Zutritt erhalten.

Der Zuwachs der Sammlungen seit der Eröffnung des Schillermuseums umfaßt das ganze Gebiet, das diesem zugewiesen ist. Die erheblichsten Aufwendungen wurden gemacht für die Schillersammlung, welche 1911 auch durch eine Stiftung aus dem Nachlaß der Freifrau Mathilde von Schiller wertvolle Bereicherung erfuhr; eine ähnliche ist ihr von Frau Amalie Kießling-Krieger zugesichert. Eine Zimmereinrichtung aus Schillers Besitz, 1909 von einem Freund des Museums in Berlin gestiftet und in einem Raum im Stil der Zeit untergebracht, führt dem Beschauer die tägliche Umgebung des Dichters vor Augen.

Auch die andern Abteilungen wurden nach Möglichkeit vervollständigt. Ganz besonders gilt dies von der Mörike Sammlung, die, von einigen wertvollen handschriftlichen Stücken abgesehen, anfänglich wenig bedeutend, in den letzten Jahren außerordentlich bereichert werden konnte. Wiederholt wurden umfangreiche Mörike Sammlungen erworben, so 1908 der Teil des Nachlasses, der im Besitz von Klara Mörike gewesen war. Dem Eintreten des Königs ist es zu verdanken, daß 1912 die 1892 in das Goethe- und Schillerarchiv in Weimar gekommenen Mörikeerinnerungen und eine große Anzahl Zeichnungen von seiner Hand für die Heimat des Dichters zurückgewonnen werden konnten. Zu anderen größeren Zuwendungen kam zuletzt das schöne Vermächtnis des 1914 im Felde gefallenen Rechtsanwalts Gustav Hahn in Dresden, eines Enkels von Mörikes vertrautesten Freund Hartlaub.

An weiteren Nachlässen kamen hinzu der des Grafen Alexander von Württemberg, 1904 von Herzog Wilhelm von Urach übergeben, der von Wilhelm Herk, Friedrich Haug, Karl Grüneisen, Eduard Paulus, Wilhelm Ganzhorn, Karl Weitbrecht u. a.; ferner größere Teile der Nachlässe von Max Eyth und D. Fr. Strauß. Wesentliche Ergänzungen erhielten die Nachlässe von Justinus Kerner, Wilhelm Hauff, Friedrich Notter, Reinhold Köstlin und Albert Knapp. Mit einer Ausnahme kamen diese sich gegenseitig ergänzenden Quellen zur Geschichte des literarischen Lebens in Württemberg durch Stiftung in das Schillermuseum. Durch Erwerbung oder Überlassung einzelner Stücke wie zusammenhängender Briefwechsel wurden sie ständig ergänzt und auch die Sammlung der anderen Dichter des 19. Jahrhunderts sowie die Abteilungen Wieland, Schubart, Hölderlin erheblich vermehrt.

Besonderer Wert wurde auch gelegt auf die Ausbildung der Bildnissammlung zu einer möglichst vollständigen Porträtgalerie unserer Dichter und Schriftsteller. In den letzten Jahren konnten ihr eine Reihe von Originalbildnissen Schillers hinzugefügt werden, unter ihnen das lange verschollene Jugendbildnis, das in Rassel wieder gefunden wurde, das Brustbild des Dichters, das Ludovike Simanowiz 1793 als Studie für ihr großes Schillerbild malte, der Originalabguß von Dannebergers Modell zu seiner 1794 geschaffenen lebensgroßen Büste Schillers und die am Tag nach Schillers Hingang von dem Bildhauer Ludwig Klauer abgenommene Totenmaske. Auch wurde eine reichhaltige Sammlung von Schillerdenkmünzen und Prägebildern zusammengebracht, zu welcher nur ein kleiner Anfang vorhanden war. Von weiteren Ölbildern, die erworben werden konnten und denen neben ihrer besonderen Bedeutung für die Bildnissammlung auch künstlerischer Wert zukommt, seien nur genannt die Bilder Chr. Fr. D. und Ludwig Schubarts von Friedrich Olenhainz und das Bildnis Uhlands, 1818 für den Dichter gemalt von Morff. Dazu kommen eine Reihe kleinerer Gemälde, Miniaturen, Zeichnungen und Stiche. Besonders zu gedenken ist auch der von Luise Duttenhofer geschnittenen ausgezeichneten Silhouetten, einer Stiftung des verstorbenen Oberbaurats Otto Tafel.

Neben der ständigen Ausstellung wurden aus Anlaß von Gedenktagen schwäbischer Dichter jeweils den Sommer über dauernde besondere Ausstellungen veranstaltet, ebenso Sonderausstellungen, wie die von handschriftlichen und gedruckten Kompositionen zu Dichtungen Schillers und anderer Dichter.

Zu der umfassendsten Gedächtnisausstellung, die sämtliche Säle des Schillermuseums in Anspruch nahm, gab die 100. Wiederkehr von Schillers Todestag die Veranlassung. Durch das dankenswerte Entgegenkommen des Freiherrn Alexander von Gleichen-Rußwurm konnte sie zu einer einzig dastehenden Vereinigung der auf Schiller und seinen Kreis bezüglichen Bildnisse, Handschriften und Erinnerungsstücke gestaltet werden. Die Eröffnung dieser Ausstellung am 6. Mai 1905 durch König Wilhelm und Königin Charlotte in Anwesenheit des ganzen königlichen Hauses, der Angehörigen der Schillerschen Familie und anderer Festgäste und die sich anschließende denkwürdige Rundgebung vor dem Denkmal, die durch die schlichte, ergreifende Festrede von Schillers Urenkel ihr besonderes Gepräge erhielt, bildete die Einleitung zu den unvergeßlichen Feiern, in welchen Schillers Heimatland seines großen Sohnes gedachte.

Bei der Nähe der beiden Gedenktage hielt sich die Feier am 150. Geburtstag des Dichters, welcher ebenfalls Ihre Königlichen Majestäten anwohnten, in engerem Rahmen. Auf diesen Tag wurden in Anerkennung ihres Schaffens als erste zu „korrespondierenden Mitgliedern des Schwäbischen Schillervereins“ ernannt die sieben Schwaben Isolde Kurz, Christian Wagner, Casar Flaischlen, Ludwig Finckh, Hermann Hesse, Karl Vollmöller, Heinrich Lilienfein.

In der ersten Zeit seines Bestehens mußte der Schwäbische Schillerverein von größeren Veröffentlichungen absehen; die ihm zugehenden Mittel waren für den Bau des Museums anzusammeln. Doch wurden von 1898 an dem Jahresbericht Abhandlungen beigegeben, Beiträge zu Schillers Lebensgeschichte und seinem Schaffen und Mitteilungen über andere Dichter, wie Uhland und besonders Mörike. Im ganzen sind so im Laufe der Jahre gegen 50 Aufsätze erschienen, darunter eine Reihe Veröffentlichungen von ungedruckten Briefen und Dichtungen.

Mit dem Jahre 1904 begann die Reihe größerer Vereinsgaben zu erscheinen, die „Veröffentlichungen des Schwäbischen Schillervereins“, von welchen bis jetzt sieben stattliche Bände vorliegen, mit reicher Beigabe von Abbildungen, zumeist aus den Sammlungen des Schillermuseums. Die ersten drei Bände, „Marbacher Schillerbuch“ I—III, waren Schiller gewidmet; die folgenden vier Bände brachten den von Julius Hartmann herausgegebenen Briefwechsel von Ludwig Uhland. Der nächste Band, der auf das Regierungsjubiläum König Wilhelms II. erscheinen soll, wird aus den Schätzen des Museums an Bildnissen aus dem Schillerkreise schöpfen.

Die Schillerfeier des Jahres 1905 gab auch Anlaß zu einer Volksausgabe von „Schillers Gedichten und Dramen“. Das gebundene, auf gutem

Papier großgedruckte Buch von gegen 600 Seiten, das auch eine Abbildung von Dannebergers Schillerbüste und einen kurzen Abriß von Schillers Leben enthält, wurde zum Preis von nur 1 M abgegeben. Welchem Bedürfnis der Schwäbische Schillerverein mit dieser Ausgabe entgegenkam, zeigte sich schon darin, daß die in Aussicht genommenen 100 000 Exemplare belegt waren, noch ehe das Buch fertig vorlag, und auch die weiter gedruckten 10 000 in kürzester Frist vergriffen waren. Den weitaus größten Teil bezogen Stadtverwaltungen für ihre Angestellten und Schulen, Fabrikdirektionen und Gewerbetreibende für ihre Arbeiter, Volksbibliotheken und Lesehallen, Unteroffiziersbibliotheken, Krankenhäuser, Vereine für Volksvorlesungen und Volkshochschulkurse, Volksbildungsvereine, Arbeitervereinigungen usw. Auch unter den Deutschen im Ausland kam das Buch in großer Anzahl zur Verteilung, so durch Gruppen des Deutschen Schulvereins in Österreich, durch deutsche Vereinigungen in Rußland, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern. Auf den 150. Geburtstag Schillers, 10. November 1909, wurde eine neue Auflage von 50 000 Exemplaren veranstaltet, die ebenfalls rasch vergriffen war.

Am 8. April 1911 feierten König Wilhelm und Königin Charlotte das Fest der silbernen Hochzeit. Es war im Sinn seines hohen Schirmherrn, wenn der Schwäbische Schillerverein diesen Tag zum Anlaß nahm, wieder ein Volksbuch zu verbreiten, das in den weitesten Kreisen über den festlichen Tag hinaus wirken konnte. Dies geschah durch das „Hausbuch schwäbischer Erzähler“, das auf 500 Seiten ausgewählte Erzählungen von 25 Verfassern enthielt, beginnend mit Schiller und schließend mit den Dichtern der Gegenwart. Das schön ausgestattete Buch, dem die Bildnisse der Dichter beigegeben waren und das ebenfalls wieder zum Preise von nur 1 M verbreitet wurde, fand die freudigste Aufnahme; die 85 000 Exemplare, die auf das Fest ausgegeben wurden, waren rasch vergriffen. Die gemeinschaftlichen Bestellungen gingen in der Hauptsache wieder von denselben Kreisen aus wie bei der Volksausgabe von Schillers Dichtungen. Man wird wohl sagen dürfen, daß durch die außerordentliche Verbreitung, die das „Hausbuch schwäbischer Erzähler“ gefunden hat, ein bedeutungsvolles Werk geschehen ist für die Heranziehung und Heranbildung weiter Kreise zum Genuß wirklich wertvoller erzählender Dichtung; auch der Zweck, den das Buch mit verfolgte, die schwäbischen Dichter unserer Tage in alle Schichten unseres Volkes hineinzutragen und seine Leser zu weiterem Bekanntwerden mit ihren Werken anzuregen, ist gewiß in weitgehendem Maße erfüllt worden.

So hat der Schwäbische Schillerverein, dessen Mitgliederkreis sich weit über Württemberg und das Deutsche Reich hinaus erstreckt, zu erfüllen gesucht, was ihm in dem Stiftungsbrief seines hohen Begründers und Schutzherrn in letzter Hinsicht als Aufgabe gesetzt wurde: „die Erkenntnis von dem höheren Wert des idealen Besitzes unserer Nation zu kräftigen und zu beleben.“

Theater

Von Geh. Archivrat Dr. Krauß

Das Geschick jedes Hoftheaters hängt vom Maße der Gunst ab, das ihm sein Fürst zuwendet. Mit reichen Mitteln, die er dafür bereit stellt, ist es indessen keineswegs getan: vielmehr bedarf eine solche Kunstanstalt, wenn sie recht gedeihen soll, der warmen und lebendigen, ununterbrochenen und nachhaltigen persönlichen Teilnahme ihres hohen Beschützers. Auch an der Geschichte des württembergischen Hoftheaters bewahrheitet sich diese Meinung. Auf die erste Glanzzeit der Oper, die der kunstsinnsige Herzog Karl Eugen heraufgeführt hatte, folgte ein Abschnitt dürftiger Alltäglichkeit, nachdem jener Fürst, unter dem zunehmenden Einfluß seiner bürgerlich einfachen Gemahlin Franziska anderen Sinnes geworden, seinem Theater die lange bewahrte Huld mehr und mehr entzogen und davon, um einen Auspruch des damaligen artistischen Direktors Schubart zu gebrauchen, sein Antlitz gewendet hatte wie von einer Jaunerhöhle. In langsamem, aber stetigem Aufstieg erreichte dann die Hofbühne ihre zweite Blüte von geraumer Dauer unter der Regierung König Wilhelms I., in dessen fürsorglicher Gunst sie beständig stand. Nach seinem Tode sank sie rasch von ihrer ansehnlichen Höhe herab, da ihr König Karl nur zeitweise seine — dann allerdings entschiedene — Aufmerksamkeit schenkte und Königin Olga der Theaterkunst überhaupt völlig fremd gegenüberstand.

König Wilhelm II. traf bei seiner Regierungsübernahme Zustände in der Verwaltung und im Betrieb des Hoftheaters an, die sich unmöglich aufrechterhalten ließen, und so sah er sich vor die schwierige Wahl eines neuen Intendanten gestellt. Er griff auf die unter seinem Vorgänger verlassene Übung zurück, einen Cavalier an die Spitze der Anstalt zu stellen. Sein Vertrauen wandte sich einem erst einunddreißigjährigen badischen Offizier, Joachim Gans Edlen Herrn zu Putlik, zu, der am 16. Januar 1892 zunächst auf ein Jahr mit der Führung der Intendantengeschäfte beauftragt wurde und alsbald sein Amt übernahm. Er zeigte nicht nur ein lebhaftes Verständnis und ein warmes Herz für das Bühnenwesen wie für den Schauspielersstand, sondern auch den für seinen Beruf unentbehrlichen praktischen Blick und Geschäftssinn. Wie sehr er insbesondere künstlerisch in sein Amt hineinwuchs, bewiesen am besten die — leider nicht allzu zahlreichen — Vorstellungen, bei denen er selbst die Spielleitung übernahm. Im Kreise

seiner Fachgenossen erwarb er sich gleichfalls im Laufe der Jahre eine einflußreiche, ja führende Stellung. Schon am 24. Februar 1893 ernannte ihn der König zum wirklichen Hoftheaterintendanten.

Gleichzeitig wurde das Verhältnis der Intendanz zur Hofkammer in einer Weise neu geregelt, durch die Baron zu Putlik größere Bewegungsfreiheit als irgendeiner seiner Vorgänger erhielt. Das Hoftheater und das gesamte dazugehörige ständige und nichtständige Kunst-, Verwaltungs- und untere Dienstpersonal wurde der oberen Leitung und Aufsicht des Vorstands der Kgl. Hoftheaterintendanz unterstellt, der selbst unmittelbar unter dem König stand, bei diesem persönlich Vortrag hatte und ihm allein für seine Amtsführung verantwortlich sein sollte. Die Mitwirkung der Hofkammer beschränkte sich auf finanzielle Fragen, namentlich auf die Aufstellung der Etats und auf die Zivilliste dauernd belastende Anstellungen, d. h. solche mit Recht auf Ruhegehalt. Außerdem blieb sie die juristische Beraterin der Intendanz. Die Bestimmungen vom 24. Februar 1893 über die dienstliche Stellung des Intendanten und sein Verhältnis zur Hofkammer erhielten am 4. März 1904 eine mit Genehmigung des Königs zwischen beiden Behörden vereinbarte neue Fassung, die den Befugnissen des Intendanten keinerlei Abbruch tat. Mit der selbständigen Organisation des Hoftheaters war eine sichere Grundlage für seine gedeihliche Fortentwicklung gegeben.

Es gehört zu den menschlich schönsten Eigenschaften König Wilhelms II., daß er das Vertrauen, das er einmal verschenkt hat, nicht so leicht wieder zurücknimmt. So blieb auch dem Hoftheaterintendanten die Gunst seines Herrn in einem durch seine Leistungen gerechtfertigten Maß vom Regierungsantritt bis auf den heutigen Tag erhalten. Diese seltene Beständigkeit brachte der Kunstanstalt den großen Gewinn, daß sie, vor gefährlichen Systemwechseln bewahrt, ein volles Vierteljahrhundert lang in ununterbrochenem Zusammenhang ruhig weiterarbeiten und sich eine feste Tradition schaffen konnte.

Dieselbe Beständigkeit zeigte der König auch in seinem persönlichen Verhältnis zu seiner Hofbühne; seine Zuneigung steht auf dem verlässlichen Grund gleichmäßiger Wärme. Durch die wöchentlichen Vorträge seines Intendanten hält er sich über alle Einzelheiten der künstlerischen und Verwaltungsangelegenheiten auf dem laufenden. Er selbst und seine hohe Gemahlin, die mit ihm im Interesse am Hoftheater und an der Theaterkunst ganz eins ist, versäumen, wenn sie in der Hauptstadt weilen, ohne triftigen Grund nicht so leicht eine belangreiche Vorstellung und wirken so durch ihr Beispiel befeuernd auf den Theaterbesuch. Wird der Geburtstag der Königin in Friedrichshafen gefeiert, so pflegt der König zur Verschönerung des Festes einige Mitglieder von Oper oder Schauspiel dorthin kommen zu lassen. Man hat schon manche der artigen Nippsachen, die bei dieser Gelegenheit im Friedrichshafener Schloß dargeboten worden sind, später dem öffent-

lichen Spielplan einverleibt. Den Künstlern erscheint natürlich eine solche Berufung nach der Sommerresidenz jedesmal als ein ersehnter Vorzug, und die von keiner strengen Etikette eingeschnürte Gastlichkeit, die dort ihrer wartet, gehört zu ihren angenehmsten Erinnerungen.

Schon mehr als einmal hat der persönliche Geschmack des Fürstenpaares bei Engagements von Künstlern den Ausschlag gegeben. So besuchte es das Stuttgarter „Schauspielhaus“, um sich Greteorma, deren Anstellung für die Hofbühne geplant war, in einer ihrer besten Rollen selbst anzusehen. Auch die Annahme manches neuen Stücks und manche Neueinstudierung darf man auf Anregungen von höchster Seite zurückführen. Von Königin Charlotte insbesondere weiß man, daß sie sich vor der Aufführung über Neuheiten durch Lektüre des gedruckten oder handschriftlichen Textes bzw. durch Studium des Klavierauszugs gern unterrichtet. Auch wohnt sie den Hauptproben nicht selten bei. Bei der eingehenderen Beobachtung des Spielplans der letzten 25 Jahre wird sich ergeben, wie überall ein seltener Freisinn und eine außergewöhnliche Weitherzigkeit den Ausschlag gegeben haben, Eigenschaften, die unter den Hoftheatern dem Stuttgarter eine einzigartige Stellung schufen und ein gutes Beispiel gaben, dem schüchtern auch andere nachzufolgen begannen. Dabei hat sich König Wilhelm II. stets bemüht, die Empfindungen weniger liberal gesinnter Kreise zu schonen, soweit es ohne Beeinträchtigung der freien Kunstübung nur immer geschehen konnte.

Wie für die Kunst, so hat das Königspaar auch für die Künstler teilnehmende Herzen, was es mit der Tat beweist. Schon manche begabte junge Leute, die sich der Bühne widmen wollten, sind aus den Privatschatullen des Landesvaters und der Landesmutter reich unterstützt worden, wie ja auch beide im Rgl. Konservatorium für Musik Freistellen zur Ausbildung unbemittelter Künstler gestiftet haben. Sowohl die einheimischen Sänger und Schauspieler beiderlei Geschlechts als die zu Gastspielen geladenen auswärtigen Größen werden in reichem Maße mit Titeln, Orden und Medaillen bedacht.

Die finanziellen Opfer, die der König für sein Hoftheater bringt, sind sehr beträchtlich. Allerdings sind die Einnahmen bedeutend gestiegen; im Jahre 1892/93 betrugen sie, um nur ein paar Zahlen anzuführen, rund 370 000 M., 1906/07 593 000, 1913/14 1 204 000 M. Aber diese Vermehrung kam ausschließlich der Anstalt selbst zugut und wurde nicht etwa zur Entlastung der Zivilliste benutzt, die vielmehr bei gleichzeitigem Anschwellen der Ausgaben (von 748 000 M. im Jahre 1892/93 auf 997 000 im Jahre 1906/07 und 1 684 000 M. im Jahre 1913/14) nach wie vor jedes Jahr ein Sechstel bis ein Fünftel ihres Betrags zur Unterhaltung des Theaters beisteuern muß. Im Brandjahre 1901/02 erhob sich der königliche Zuschuß, der vorher zwischen 345 000 und 415 000 M. geschwankt hatte, bis auf 616 000 M., und im darauffolgenden Jahre 1902/03 wies er noch 493 000 M. (einschließlich 50 000 M. Beitrag zum Bau des Interimtheaters) auf. Im ersten Spieljahr der neuen

Hoftheater, 1913/14, hatte die Zivilliste, da Einnahmen und Ausgaben ungefähr im gleichen Maß stiegen, rund 480 000 M zu leisten, im folgenden, 1914/15 dagegen unter dem Einfluß des Kriegszustandes die ungeheure, auch weit über die des Brandjahres hinausgehende Summe von rund 818 000 M, weil den Ausgaben von 1 399 000 M nur 581 000 M Einnahmen gegenüberstanden.

Alle Voraussetzungen zu einer glücklichen Entwicklung der Kunstanstalt waren somit gegeben. Und es gelang auch, die schon durch den Generalintendanten Julius von Werther wenigstens vorübergehend aufgerüttelte Theaterlust der Stuttgarter und Württemberger überhaupt wesentlich zu steigern. Von Haus aus ist der Schwabe zu schwerblütig, als daß er sich leicht durch Erscheinungen des Bühnenlebens in Wallung bringen, zu leidenschaftlicher Parteinahme oder gar zu lärmenden Rundgebungen des Gefallens und Mißfallens hinreißen ließe. Er pflegt sich zu sehr bewußt zu bleiben, daß das, was auf den Brettern vor sich geht, eben doch nur ein Spiel ist, und seine Illusionsfähigkeit findet an seiner kritischen Ader eine Hemmung. Der Mangel an Entzündbarkeit bei den Stuttgarter Theaterbesuchern hat schon manchen berufsstolzen Künstler schwer bedrückt, wenn nicht gar veranlaßt, sein Zelt anderswo aufzuschlagen. Die Neigung, das Einheimische, weil es das Alltägliche und immer zu Habende ist, gering zu schätzen und von auswärts kommende künstlerische Leistungen zu überschätzen, trägt auch nicht zur Aufmunterung der ständigen Mitglieder des Hoftheaters bei, die nun einmal naturgemäß auf Beifall und Anerkennung angewiesen sind.

Alle diese Schwierigkeiten konnten in den letzten Jahrzehnten zwar nicht ganz beseitigt, aber doch gemildert werden. Ein deutliches Merkmal des Umschwungs war der Zudrang zu den Erstaufführungen im Gegensatz zur früheren Teilnahmslosigkeit. Die Zahl der Abonnenten wuchs, volle Häuser gehörten zur Tagesordnung. Namentlich gewann ein Teil der gebildeten Kreise allmählich wieder mehr Fühlung mit der Schaubühne. Und unter dem Einfluß der am Hoftheater gepflegten dramatischen Kunst traten die Schwaben aus der literarischen Vereinzelung, in der sie allzulange verharret hatten, heraus und fanden sich mit der vorher schroff abgelehnten modernen Richtung ab. Die Presse unterstützte im allgemeinen verständnisvoll die Bestrebungen der Theaterleitung, wenn auch mitunter von auswärts zugezogene Berichterstatter eine den Stuttgarter Verhältnissen und Gepflogenheiten nicht angemessene scharfe Tonart anschlugen. Sie lieferten dadurch manchen den willkommenen Vorwand, dem Theater weiterhin fernzubleiben oder sich von ihm zurückzuziehen. Die Intendanz ihrerseits tat das Mögliche, um durch Belehrung und Aufmunterung auf das Publikum einzuwirken und seine Theaterfreudigkeit zu heben, wobei ihr die einheimischen Zeitungen ihre Spalten willfährig zur Verfügung stellten. Denselben Zweck diente auch eine mit Vorträgen verbundene Theaterausstellung, die Frühjahr 1911

im Stuttgarter Königsbau stattfand; eine reichliche Auswahl interessanter und wertvoller Gegenstände aller Art wie Bilder, Autographen, Zettel, Kostüme, Theatermodelle zeigend, bot sie eine gute Übersicht über das württembergische Bühnenwesen in Vergangenheit und Gegenwart.

Das Stuttgarter Hoftheater hat von jeher in seinem Spielplan ein buntes Vielerlei walten lassen und jede Kunstrichtung berücksichtigt: Schwänke, Possen, Operetten, Ausstattungsstücke fanden Raum neben den Darbietungen höchster Kunst. Lange Zeit konnte man diesen Grundsatz damit verteidigen, daß das Hoftheater eben die einzige derartige Anstalt am Ort sei und somit dem Geschmack aller Theaterbesucher entgegenkommen müsse. Heute trifft ja nun diese Begründung nicht mehr ganz zu; aber wenn man sich immer noch nicht entschließen konnte, gewisse zweifelhafte Kunstgattungen völlig auszuschließen, so mochte dabei die Absicht maßgebend sein, den Teil des Publikums, der im Theater nichts als Unterhaltung sucht, der Hofbühne nicht ganz zu entfremden. Wahrscheinlich wird diese Notwendigkeit von der Intendanz selbst schmerzlicher als von irgend jemand empfunden. Indessen darf auch ein Hoftheater von den Pfaden einer Geschäftsbühne nicht allzuweit abweichen, wenn ihm nicht unbegrenzte Mittel zur Verfügung stehen, und ist daher von den Wünschen des großen Publikums abhängig. Dieses künstlerisch zu erziehen, ist eine ebenso undankbare als kostspielige Sache, und wenn sie gar zu stürmisch unternommen wird, so ist die Folge nur die, daß die Massen vollends dem Varieté und Kino, diesen Todfeinden der vornehmen Kunststätten, in die Arme getrieben werden. Durch ästhetisch wertlose Zug- und Rassenstücke werden vielfach erst die Mittel gewonnen, um reineren Geschmacksrichtungen dienen und literarische Ehrenpflichten erfüllen zu können. Man muß diese Zustände vom idealen Standpunkt aus tief bedauern, aber man kann sie nicht ändern, solange sich das Publikum nicht von Grund aus wandelt oder der Staat sich entschließt, Theater so reichlich zu unterstützen, daß sie lediglich nach künstlerischen Grundsätzen geleitet werden können.

Was die Hauptsache bleibt: jene Schlager und Reißer haben im Spielplan der letzten 25 Jahre durchaus keinen so breiten Raum eingenommen, daß die ernsthaften Kunstbestrebungen darunter irgendwie Not gelitten hätten. Vielmehr ist im Schauspiel wie in der Oper eine so rege und anregende Tätigkeit entfaltet worden, daß die Stuttgarter Hofbühne dadurch auch die Aufmerksamkeit weiter auswärtiger Kunstkreise auf sich gelenkt hat. Der Spielplan ist in keine andere Schranken gebannt als in die des guten Geschmacks und Anstands. Es gibt kaum irgendein Gesellschafts- oder Standesproblem, das an dieser Stätte nicht freimütig erörtert werden darf, und kein Dichter wird darum ausgeschlossen, weil er modern empfindet oder sich modern gebärdet. Der höfische Charakter der Anstalt hinderte weder die Aufführung von O. E. Hartlebens Offizierstragödie „Rosenmontag“ noch die Darstellung Wedekindscher Werke.

Ohne die noch rüstig weiterarbeitenden oder neu auftauchenden Dramatiker der älteren Richtung, die Heyse und Wilbrandt, Lindau, Blumenthal und L'Arronge, Felix Philippi und Otto Ernst, zu vernachlässigen, tat das Hoftheater seine Pforten weit den entschiedenen und gemäßigten deutschen Naturalisten und Milieudichtern wie später auch den Vertretern der neu erwachenden Romantik auf. Gerhart Hauptmann, Hermann Sudermann, Max Halbe, Ludwig Fulda, Max Dreyer, Georg Engel waren bald beliebte Stammgäste, und die Wiener Arthur Schnitzler und Hermann Bahr durften mit jenen Reichsdeutschen gleiches Recht beanspruchen. Karl Schönherr bürgerte sich rasch nach seinen ersten heimatlichen Erfolgen auch in Stuttgart ein. Die satirischen Lustspiele Ludwig Thomas wurden mit besonderem Eifer gepflegt. Hugo von Hofmannsthal, Herbert Eulenberg, Ernst Hardt und andere Gegenfüßler des Naturalismus gewannen mehr oder weniger festen Boden.

Im Gegensatz zu Werther, der sich bei Aufstellung des Spielplans in eine bequeme Abhängigkeit von der Berliner Theatervorherrschaft begeben hatte, besaß nun aber Baron zu Putlik den Ehrgeiz, selbständige Wege zu gehen. Daß Bühnendichter von Rang und Ruf dem Stuttgarter Hoftheater die Uraufführung ihrer Stücke anvertrauten, darf als ein wertvolles Zeugnis für dessen wachsendes Ansehen betrachtet werden. Anfangs stand namentlich der stark überschätzte Richard Voß in nahen Beziehungen zur Anstalt; seine Dramen „Malaria“ und „Arme Maria“ wurden hier aus der Taufe gehoben. Später übertrugen, um nur ein paar Namen herauszugreifen, Sudermann und Bahr Neuheiten dem Hoftheater zur Uraufführung. Indessen ließ sich die Intendanz daran nicht genügen, erblickte vielmehr eine Ehrenpflicht darin, jüngeren oder noch nicht allgemein anerkannten Talenten Gelegenheit zu geben, sich die Sporen zu verdienen und sich auf der deutschen Bühne einzuführen. Hierher gehören, um wiederum etliche Stichproben zu geben, Hermann Katzs Schauspiel „Die Kollegin“, Julius Babs Drama „Das Blut“, Leo Lenz' romantische Komödie „François Villon“, Karl Gjellerups Legendendrama „Das Weib des Vollendeten“, Hans Francks Trauerspiel „Der Herzog von Reichstadt“, Gustav Renners Tragödie „Francesca“, Wilhelm von Scholz' Schauspiel „Gefährliche Liebe“ — lauter Werke, mit denen sich Versuche wohl lohnten, wenn ihnen auch bleibende Erfolge versagt blieben. Unter den Uraufführungen befanden sich besonders viele von Stücken schwäbischer oder im Lande ansässiger Autoren. Freilich brachte es kaum eines davon über die Bedeutung eines Lokalereignisses hinaus, und die Theaterleitung kam allmählich von ihrer Willfährigkeit, die einheimische dramatische Produktion zu begünstigen, aus guten Gründen zurück, zumal da die Anforderungen, die an sie von Dilettanten gestellt wurden, sich von Jahr zu Jahr häuften. Walter Lutz' „Andreas Hofer“ fand von der Stuttgarter Bühne aus auch auf andere seinen Weg. Natürlich ging das Hoftheater an den beiden aus Württemberg gebürtigen Dramatikern, die sich allgemein deutsche Anerkennung erworben haben, Karl Vollmöller und Heinrich Lilienfein, nicht achtlos vorbei.

Neben den deutschen modernen Dichtern wurden auch die fremdländischen in ausgiebigem Maße berücksichtigt. Besonders liebevoll nahm sich die Intendanz der mächtig emporstrebenden nordischen Literatur an. Die Dramen Henrik Ibsens gingen der Reihe nach fast lückenlos in Szene, schon im Mai 1897 wurde eine Auswahl seiner Schöpfungen zyklisch dargeboten, und des Meisters Epilog „Wenn wir Toten erwachen“ bekam man hier zuerst in deutscher Sprache zu hören. Zwischen der Kunstanstalt und Ibsens nicht minder berühmtem Landsmann Bjørnstjerne Bjørnson knüpften sich noch festere Bande, bekräftigt durch den denkwürdigen Besuch des Dichters in der württembergischen Hauptstadt im Frühjahr 1901. Das Stuttgarter Hoftheater war es, das „Paul Lange und Tora Parsberg“ zu neuem Leben erweckte, das den zweiten Teil des gewaltigen sozialen Dramas „Über die Kraft“ tapfer aus dem Schlummer erlöste, in den es die Überängstlichkeit der Polizeizensur versenkt hatte, und dann das Gesamtwerk im Rahmen eines Theaterabends zur Darstellung brachte, das endlich sich der mehr ehrenvollen als dankbaren Aufgabe unterzog, den Greisenerzeugnissen des großen Norwegers („Laboremus“, „Auf Storchove“, „Dagland“) kurzen Bühnenodem einzuhauchen. Ferner wurden von den drei begabten Dänen Holger Drachmann, Gustav Wied und Palle Rosenkrantz erstmals Stücke in deutscher Sprache gegeben: von dem zuerst Genannten das romantische Schauspiel „Junker Rai“, von Wied die Komödie „Der Stolz der Stadt“ (vor seinem Allerweltserfolg „ $2 \times 2 = 5$ “), von Rosenkrantz das Schauspiel „Wenn's brennt“ („Der rote Hahn“). Auch die messerscharfen Dramen des Schweden August Strindberg verschafften sich Geltung. Aus dem verwandten Holland wurde neben Stücken von Hermann Heijermans Frederik van Eedens Tragikomödie „Isbrand“ bezogen, die hier ihre erste deutsche Aufführung erlebte. Von Russen erschienen namentlich Tolstoi und Gorki, von Ungarn Franz Molnar, von Engländern Oskar Wilde auf dem Spielplan; in den letzten Jahren vor dem Kriege nahm der geistreich-paradoxe Ire Bernard Shaw die Aufmerksamkeit besonders stark in Anspruch. Häufig wurden auch die modernen französischen Dramatiker zu Gaste geladen. Neben Erzeugnissen V. Sardous, E. Rostands, E. Brieux', O. Mirbeaus, H. Bernsteins sowie der Belgier M. Maeterlinck und E. Verhaeren ergözten auch übermütige Pariser Boulevardlustspiele und Schwänke in vorsichtiger Auswahl das Publikum. Zur deutschen Uraufführung gelangten Henri Lavedans „Marquis von Priola“ und E. Rostands romantische „Prinzessin im Morgenland“. Italien war durch G. d'Annunzio, R. Bracco und andere, Spanien durch J. Echegaray vertreten.

Neben der ausgiebigen Pflege des modernen Dramas hat sich das württembergische Hoftheater unter König Wilhelm II. gleichzeitig redlich bemüht, auch dem klassischen die verdienten Ehren widerfahren zu lassen. Vor allem war es mit Fug und Recht die Kunst Friedrich Schillers, der der vornehmste Musentempel seiner schwäbischen Heimat eine würdige Stätte bereitete.

Bis zum Jubeljahre 1905 wurden seine sämtlichen Dramen in jahrelanger, durch den Theaterbrand gestörter Vorbereitung aufs sorgsamste neu eingeübt, aufs prächtigste und echteste neu inszeniert, und ihre zyklische Vorführung bildete den rühmlichen Abschluß mancher Spielzeit. Raum irgendein Stück von Goethe oder Lessing, das man nicht hier zu sehen im Laufe der letzten 25 Jahre Gelegenheit gehabt hätte! Des ersteren „Natürliche Tochter“ erlebte 1903 ihre verspätete Erstaufführung. Dieselbe Unterlassungssünde wurde 1912 an Shakespeares „Coriolan“ gutgemacht; auch sonst nahm der große Brite, den wir ja als den Unseren betrachten dürfen, soweit es nur ein Recht der Adoption gibt, einen breiten Raum im Spielplan ein. Werke von Kleist, Hebbel, Grillparzer, Anzengruber reichten sich an. Willkommene Ergänzungen lieferten manche von den Dramatikern zweiten Rangs, die zeitlich zwischen der klassischen Epoche und der Gegenwart liegen. Wie G. Freytags unverwüstlichen „Journalisten“ wußte man auch Lustspielen von Benedix oder gar Rozebue dadurch neuen Reiz abzugewinnen, daß man sie in das Kostüm ihrer Entstehungszeit kleidete. Nicht selten gaben Jahrhundertfeiern den Anlaß, auf ältere Dichter zurückzugreifen, während sich bei modernen mehr und mehr die Sitte einbürgerte, schon ihre fünfzigjährigen Geburtstage zu begehen. Die für die Mitglieder des württembergischen Goethebundes veranstalteten Sondervorstellungen wurden dazu benutzt, mancher in Vergessenheit geratenen Perle der Weltliteratur neue Fassung zu verleihen, wobei die Stuttgarter Kunstanstalt, Anregungen empfangend wie gebend, mit anderen deutschen Bühnen in regem geistigen Austausch stand. Solche Ausgrabungen erstreckten sich über die gesamte Weltliteratur. Von Paul Lindau für die Bühne bearbeitete Satiren des Lukian und Plautus' „Dreigroschentag“ standen neben Macchiavellis gewagter „Mandragola“ oder Szenen aus der „Renaissance“ des Grafen Gobineau; Komödien des „dänischen Molière“ Ludwig Holberg wechselten mit H. L. Wagners das Gretchenmotiv verwertenden „Kindermörderin“ oder mit Leisewitz' Brudermordtragödie „Julius von Tarent“. Endlich wurden mitunter fremdländische Stücke, namentlich französische, doch auch englische oder japanische, in den Originalsprachen durch Truppen, die aus den betreffenden Ländern kamen, vorgeführt.

Die Zahl der neuen Opern, die unter König Wilhelm II. dem Spielplan einverleibt worden sind, mag das erste Hundert bereits überschritten haben, und ein verhältnismäßig starker Prozentsatz davon wußte sich längere Zeit oder sogar dauernd zu behaupten. Mit „Siegfried“ wurde der „Ring der Nibelungen“ vollends geschlossen, der seitdem jedes Jahr ein paarmal im Zusammenhang vorgeführt wird, mit „Tristan und Isolde“ ein weiterer gewaltiger Baustein dem fortgesetzt den vordersten Rang behauptenden Wagnerrepertoire eingefügt. Nachdem „Parsifal“ allen Bühnen zugänglich geworden war, erlebte das Weibefestspiel am 3. April 1914 seine würdige Stuttgarter Erstaufführung im neuen Großen Hause; sein ursprünglicher Charakter blieb

ihm dadurch gewahrt, daß es nicht in den bunt wechselnden Alltagspielplan eingestellt, sondern alljährlich zur Osterzeit in einer ununterbrochenen Folge von fünf bis sechs Vorstellungen zur Darstellung gebracht wurde. Einen ähnlichen festlichen Anstrich hatte in früheren Jahren die szenische Aufführung von Franz Liszts „Legende der heiligen Elisabeth“ gehabt. Es galt auch noch eine Reihe Tonwerke aus der klassischen Zeit nachzuholen: so die beiden Iphigenien und einige Einakter von Gluck, „Bastien und Bastienne“ und „Die Gärtnerin aus Liebe“ von Mozart, dessen Meisterwerke in Bernhard Pantofs eigenartig glanzvollem Bildergewande besondere Sehenswürdigkeiten bildeten, Vorkings „Regina“ und „Die Opernprobe“, Flotows „Indra“, Cornelius' „Barbier von Bagdad“, Pergolesis „Magd als Herrin“ usw. Auch Ch. Gounods musikalisch wertvolle Oper „Philemon und Baucis“ mag in diesem Zusammenhang erwähnt sein. Die meisten belangreicheren Erzeugnisse der Gegenwart wurden auch auf diesem Gebiet ungleich rascher als in früheren Perioden nach Stuttgart verpflanzt. Die hiesige Hofbühne war die erste deutsche Kunststätte, an der des greisen Verdi geistreiche Filigranarbeit „Falstaff“ zu Gehör gebracht wurde, durch ihre Vermittlung wurde Mascagnis „William Ratcliff“ in Deutschland bekannt, und sie wagte es auch zuerst mit seinen zwei kleinen Opern „Zanetto“ und „Silvano“, die freilich abfielen; der gefeierte italienische Meister kam wiederholt persönlich in die schwäbische Hauptstadt, wo er auch den Dirigentenstab schwang. Die deutsche Uraufführung von P. V. de la Nux' „Zaira“ trug den Ruhm der Stuttgarter Oper nach Paris. Noch weitere fremdländische Schöpfungen kamen dazu, wie Wilhelm Stenhammars Vertonung des Ibsenschen „Fest auf Solhaug“ oder Umberto Giordanos veristisches „Sibirien“ oder die „Misé Brun“ des Waadtländers Pierre Maurice. Über den Ausländern wurden die deutschen Tonseher keineswegs vernachlässigt. Wenn auch manches mühsam eingeübte Werk die Feuerprobe nicht bestand und rasch wieder über Bord geworfen werden mußte, so brachte doch solches weitherzige Entgegenkommen den emporstrebenden musikalischen Talenten entschiedenen Gewinn. Von weniger bekannten Komponisten trug Adolf Vogl mit seinem großzügigen Sondrama „Maja“ einen schönen Erfolg davon. Im Anschluß an die Eröffnung der neuen Hoftheater erlebte am 25. Oktober 1912 Richard Strauß' „Ariadne auf Naxos“, von keinem Geringeren als Max Reinhardt inszeniert, im Kleinen Hause ihre Uraufführung. Im schauspielerischen Teil von der berühmten Reinhardt'schen Truppe, in den musikalischen Hauptrollen von namhaften Gästen dargestellt, machte das Werk doch in der späteren einheimischen Besetzung fast einen ebenso großen Eindruck. Zu einem kaum minder bedeutsamen Theaterereignis gestaltete sich zu Anfang der zweiten Kriegsspielzeit die Uraufführung von Max Schillings' „Mona Lisa“, die von hier ihren Siegeszug über die übrigen größeren deutschen Bühnen antrat.

Auch die älteren Opern von R. Strauß wurden seit 1906 der Reihe nach dem Spielplan einverleibt; von Schillings erschienen ferner „Jngwelde“

und „Der Pfeifertag“. Von sonstigen deutschen Werken behaupteten sich am festesten E. Humperdincks „Hänsel und Gretel“, W. Rienzls „Evangelimann“ und E. d'Alberts „Tiefeland“; von Humperdinck gelangten außerdem noch „Die Heirat wider Willen“ und „Die Königsfinder“, von Rienzl „Der Ruhreigen“, von d'Albert „Rain“, „Die Abreise“, „Flauto Solo“ und „Jezyl“ zur Darstellung. Dazu kamen R. Goldmarks „Königin von Saba“ und „Heimchen am Herd“, L. Thuilles „Lobetanz“, Siegfried Wagners „Bärenhäuter“, Karl Weis' Volksoper „Der polnische Jude“, F. Weingartners Trilogie „Orestes“, Leo Blechs Einakter „Das war ich“ und „Versiegelt“, Hugo Wolfs immer wieder an seinem läppiſchen Textbuch ſcheiternder „Corregidor“, Hans Pfitzners „Armer Heinrich“, Friedrich Kloses „Isebill“, Anſelm Gökls „Tierpuppen“, H. W. von Waltershausens „Oberſt Chabert“ — um nur wenigſtens die bedeutenderen Erſcheinungen aufzuzählen. Den Übergang zur franzöſiſchen Muſik bildet J. Offenbachs überaus beliebt gewordene Oper „Hoffmanns Erzählungen“. Von Hector Berlioz wurden „Benevenuto Cellini“ und „Die Trojaner“, von J. Maſſenet „Manon“, von E. Chabrier „Gwendoline“, von G. Charpentier der Muſikroman „Louise“ dargeboten. Von italieniſchen Opern geſellten ſich Leoncavallos „Pagliacci“ zur Maſcagniſchen „Cavalleria Rusticana“, mit dieſer meiſt zuſammengespannt; G. Puccinis „Bohème“, „Madame Butterfly“ und „Tosca“ brachten es zu ſtändigen Repertoirewerken; Wolf-Ferrari war mit dem Einakter „Suſannens Geheimnis“ vertreten. „Die verlorene Braut“ des tſchechiſchen Nationalkomponiſten Smetana zeigte ſich von Zeit zu Zeit, deſſelben „Dalibor“ nur ganz vorübergehend.

Zahlreiche Operetten ergänzten den Spielplan; daß ſich die Intendanz auf dieſem Gebiet aus finanzpolitiſchen Gründen zu manchem Erzeugnis zu greifen veranlaßt ſah, das ſich nicht ſo recht in den vornehmen Rahmen der Hofbühne einfügen wollte, iſt bereits erwähnt worden. Dem Ballett fiel, von ſeiner Mitwirkung bei Opern abgeſehen, die Aufgabe zu, durch kleinere ſelbſtändige Pantomimen Theaterabende auszufüllen.

Wichtig iſt beim Theater, was dem Publikum dargeboten wird, wichtiger noch, wie man es ihm darbietet. Mag der Intendant noch ſo ſehr die Seele des ganzen Betriebs ſein, ſo kann er doch unmöglich alles ſelbſt leiſten. Es kommt darauf an, ob er brauchbare Mitarbeiter zu gewinnen und mit ſolchen erſprißlich zuſammenzuwirken verſteht. Baron von Puttky iſt es von Anfang an gelungen, tüchtige Fachmänner um ſich zu ſammeln, die ihn in der künſtleriſchen Leitung der Anſtalt unterſtützten, ohne daß er irgendwie das Zepter aus der Hand gab. Des Schauſpiels waltete als Oberregiſſeur Karl Straup, dann der noch an der klaſſiſchen Überlieferung feſthaltende, wenn auch keineswegs rückſtändige Hans Meery, der ſich 1914 zurückzog. Im Amte des Dramaturgen wurde Dr. Adolf Gerſtmann durch den bekannten Romandichter Walther Bloem abgelöst, der ſich auch der Ein-

übung von Dramen annahm und durch sein überschäumendes Temperament anregend wirkte. Mit den Genannten teilten sich in die Regie Viktor Stephany, der, ursprünglich geschätzter Bonvivant, zum Geheimen Intendantenrat, zugleich Dramaturgen und Oberspielleiter emporstieg, und etliche hervorragende darstellende Künstler. Die Oberregie der Oper führten nacheinander August Harlacher, Dr. Hans Löwenfeld, Emil Gerhäuser, alle drei in ihrem Fache Meister ersten Ranges. An die Spitze des Orchesters, das von seiner altbewährten Tüchtigkeit nichts eingebüßt hat und in dem Künstler von der Bedeutung eines Karl Wendling sitzen, traten auch nach Hermann Bumpes nicht leicht zu verschmerzendem Abgang Männer, deren Namen in der musikalischen Welt guten Klang haben: Aloys Obrist, Karl Pohlitz und seit 1908 als Generalmusikdirektor Max Schillings, dem die zwei vorzüglichen Hofkapellmeister Erich Band und Paul Drach zur Seite stehen. Als Ballettmeister war anfangs August Brühl, dann Fritz Scharf tätig.

Der Hauptnachdruck wurde mit Recht mehr auf ein tüchtig geschultes Zusammenspiel und auf sorgsame Abrundung, stilvollen Gesamtcharakter der Darbietungen als auf glanzvolle Einzelleistungen gelegt. Zeitweise waren in Schauspiel wie Oper Fächer mit erstklassigen Künstlern besetzt; aber es war nicht leicht, sie zu halten, wenn sie einmal zu bedeutendem Ruf gelangt waren. Die großmütige Denkungsart des Königs hat es stets verschmäht, Mitglieder der Hofbühne, die durchaus anderswo ihr Glück suchen wollten, durch ihre schriftlichen Verträge oder durch Pflichten der Dankbarkeit in Fesseln zu schlagen. Man kann sich ja auch von der Wirksamkeit von Künstlern, die durch rechtlichen oder moralischen Zwang wider ihren Willen an eine Anstalt gebunden bleiben, kaum mehr Ersparnißliches versprechen. Solange der rücksichtslose Wettbewerb der deutschen Theater untereinander um die hervorragenden Künstler fortbesteht, werden schließlich immer die die Oberhand gewinnen, welche über die reichsten Mittel verfügen. Daß sich da das Stuttgarter Hoftheater nicht mit den zu Berlin, Wien, München, Dresden, kaum mit den größten Stadttheatern messen kann, liegt auf der Hand. Diese mißlichen Verhältnisse würden sich erst dann ändern, wenn sich die Vereinbarung von Höchstgehältern durchsetzen ließe. Damit würden die Riesenbesoldungen erster Kräfte auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt und zugleich dem oft wenig würdigen Wettlauf um solche ein Ende bereitet — ungesunde Zustände, unter denen in letzter Linie das zahlende Publikum zu leiden hat.

Für die hiesige Intendanz konnte es sich also nicht darum handeln, Sänger oder Schauspieler, die sich durch glänzende auswärtige Angebote verlocken ließen, um jeden Preis zu halten, vielmehr mußte sie ihr Augenmerk darauf richten, daß das feste Gefüge der Kunstkörper nicht unter allzu häufigem Wechsel Not litt und daß die abgehenden ersten Kräfte durch gleichwertige oder durch solche jüngere ersetzt wurden, die in nicht allzu ferner Zeit mit

jenen gleichwertig zu werden versprochen. Beides ist denn auch zur Zufriedenheit gelungen. Um nur etliche Beispiele aus dem Opernbereich der letzten zehn Jahre anzuführen: als mitten in der Spielzeit die langjährige verdienstvolle dramatische Sängerin Elisa Wiborg von der Bühne schied, gelang es sofort, in Frau Tracema-Brügelmann, die, vom Konzertpodium auf die Bühne versetzt, sich auf dieser rasch heimisch fühlte, eine im Stil Mozarts, Wagners und der modernen Musiker gleichermaßen bewanderte und bald auch in der Verkörperung seelisch komplizierter Frauengestalten virtuose Künstlerin zu gewinnen. Als der jung nach Stuttgart gekommene und von hier aus berühmt gewordene Baritonist Hermann Weil den Versuchungen des amerikanischen Dollars nicht widerstehen konnte, fand sich in Theodor Scheidl ein zu den größten Erwartungen berechtigender Nachfolger. Für den auf Kosten des Königs ausgebildeten Tenoristen Karl Erb, der nach München wanderte, erhielt die Stuttgarter Oper durch die Anstellung von Rudolf Ritter und Karl Magard Oestvig ebenbürtigen Doppeleratz. Die vorzügliche, aber über die Blüte der Jahre hinausgelangte hochdramatische Sängerin Katharina Senger-Bettaque, über deren Entlassung sich ein Teil des Publikums erregte, geriet über den vollwertigen Leistungen von Sofie Cordes und dann von Helene Wildbrunn bald in Vergessenheit. Ja sogar über den jähen Verlust der überaus beliebten Anna Sutter, die sich allmählich vom Soubrettenfach aus einen weiten, auf ihre temperamentvolle Person zugeschnittenen Rollenkreis angeeignet hatte, kam man dadurch, daß man ihre Rollen unter die verschiedensten Künstlerinnen aufteilte, unverhofft leicht hinweg. So ging ihre Lieblings- und Glanzpartie Carmen nach einigen mißlungenen Versuchen an die mit einer der schönsten Altstimmen der Gegenwart begabte Frau Hoffmann-Onegin über und erhielt einen frischen musikalischen Reiz, indem sie endlich wieder in der vom Komponisten gewünschten Stimmlage gesungen wurde. In kindlich naiven Rollen trat in die durch den Tod der Sutter gerissene Bresche die anmutige, mit kleiner, aber trefflich geschulter Stimme ausgerüstete Helene Pola, mit der sich neuerdings die nicht minder brauchbare Irma Riedel-Rühn in das Soubrettenfach teilt.

Von Altistinnen, die für das Hoftheater unter König Wilhelm von Bedeutung gewesen sind, seien noch Helene Hieser und Johanna Schönbberger genannt, welche letztere sich heute noch um humoristische Rollen verdient macht. Das jugendlich-dramatische Fach ist seit einigen Jahren durch Marga Junker-Burhard und Erna Ellmenreich vertreten. Bismlich rasch wechselten die Koloratursängerinnen, unter denen sich namhafte Künstlerinnen wie Emma Teleky, Anna Reinisch, Auguste Vopp-Glaser, Ida Hanger befanden. Derzeit ist dieses Fach mit Roda von Glehn und Lili Rassowik gut besetzt. Von Tenoristen, die sich um die Hofbühne verdient gemacht haben, seien außer den schon erwähnten nur Anton Balluff, Nikolaus Rothmühl, Oskar Bolz und Peter

Müller genannt, ferner der Buffo Felix Decken, auch Spielleiter, der sich gegenwärtig mit dem Amerikaner Georg Meader, einem ungemein feinen Sänger, in sein Fach teilt. Als Baritonisten taten sich außer H. Weil namentlich noch Rudolf Pröll, Karl Sommer, Wilhelm Fricke, Julius Neudörffer hervor; derzeit stehen Theodor Scheidl, Albin Swoboda und Benno Biegler zur Seite. Des ersten Bassisten Hans Pockh Erbe fiel Emil Holm zu; jetzt vertreten zwei ungewöhnlich stimmungswaltige Sänger, Reinhold Frik und Otto Helgers, denen sich der Buffo Otto Engelke zugesellt, dieses Fach aufs würdigste.

Dem Schauspiel verlieh geraume Zeit das Zusammenwirken von drei starken weiblichen Individualitäten, Eleonore Wahlmann, Luise Dumont und Gertrud Eysoldt, besonderen Glanz. Aber auch nach deren Abgang fehlte es der Anstalt nicht an ausgezeichneten Künstlerinnen. Alexandrine Rossi fand hier den Weg von der Tragödin zur Heldennutter; sie widmet jetzt ihre Kunst mit Glück auch feinkomischen älteren Frauencharakteren. Emmy Remolt arbeitete sich aus kleinen Anfängen rasch zur ersten Heldenspielerin empor und hebt ihre schönen äußeren Mittel durch ihre starke Innerlichkeit in Spiel und Ausdruck. Als Vertreterin Ibsenscher und Shaw'scher sowie einzelner naiver Rollen tut sich die eigenartige und raffige Grete Lorma hervor. Auch die namentlich in Lustspielen vielseitig verwendbare Martha Rünninger hat an der Stuttgarter Kunststätte festen Fuß gefaßt. Als sentimentale Liebhaberin wirkte, nachdem Olga Doppler in das ältere Fach übergegangen war, manches Jahr Elsa Feldhosen, die jetzt doppelt durch Elsa Pfeiffer und Maria Koch ersetzt ist. Eine schätzenswerte Kraft besitzt ferner die Hofbühne in der Salondame Ottilie Gerhäuser, deren Vorgängerin Anna Eichholz gewesen ist. Geraume Zeit unter der Regierung König Wilhelms II. gehörte noch die unverwüßliche Komikerin Rosa Steinau dem Kunstkörper an; derzeit hat Frau Lehdorff-Schöttle die Rolle der „komischen Alten“ inne, während Frau Schurich die bürgerlichen und bäuerlichen Mütter naturecht spielt.

Unter den männlichen Schauspielkräften gelangte Egmont Richter als kraftvoller Held, der aus sicherem Instinkt heraus auch den humoristischen Naturburschenton sicher trifft, zu einer beherrschenden Stellung. Ebenso großer Beliebtheit erfreut sich noch immer August Ellmenreich, einstmaliger jugendlicher Liebhaber, in Charakter- und Väterrollen. Außerdem wirkten in diesem Fache der Reihe nach Leo Connard, Walter Schmidt-Häzler und Oskar Hofmeister; letzterer vertritt es noch heute im Verein mit Reinhold Tenhäff, zu welchen beiden neuerdings der vielversprechende Dietrich von Oppen als jugendlicher Charakterdarsteller gewonnen worden ist. Als Bonvivants sind Wilhelm von Horar, Hugo Jessen, Viktor Stephany und Kurt Junker, der

scharf charakterisierende gegenwärtige Vertreter des Fachs, zu nennen. Helden spielt neben Richter, der in das Fach der Heldenwäter überzugehen begonnen hat, Roderich Arndt. Als jugendlicher Held gefiel der feurige Alfred Gerasch ungemein, bis er an die Wiener Burg berufen wurde; unter seinen Nachfolgern faßte erst wieder der mehr weich und schwärmerisch veranlagte Grieche Raoul Aslan festen Fuß. Als der beliebte Komiker Siegmund Amanti abging, fand sich in Edmund Frank und Otto Mietke ebenbürtiger Doppelerfasser. Ersterer ist inzwischen verstorben; die Gunst, die er genossen hatte, ging rasch auf seinen Nachfolger Max Marx (Marcus) über. Auch der vielseitige Harry Alsen hat sich aus einem munteren Liebhaber in einen Vertreter älterer humoristischer Partien verwandelt. Für jugendliche Komiker besitzt Waldemar Franke eine eigenwüchsige Begabung; seit Kriegsbeginn füllt der bewegliche Erwin Dietrich erfolgreich manche Lücke aus. In diesem Rollenkreis hat sich auch der junge Otto Mayer, heute unter dem Namen Otto Treßler eine Zierde des Wiener Hofburgtheaters, durch quecksilberne Lustigkeit bemerkbar gemacht. Doch „wer zählt die Völker, nennt die Namen?“ Noch manche außer den aufgeführten Künstlern haben sich um das Hofschauspiel dauernde oder vorübergehende Verdienste erworben.

Die Gastspiele haben nach dem ziffernmäßigen Ausweis einen beträchtlichen Umfang angenommen. Sie hatten indessen nicht bloß die Aufgabe, das Publikum mit gefeierten Schauspielern und Schauspielerinnen, Sternen am Sangeshimmel, zumal hervorragenden Wagnerinterpreten, und Tanzkünstlerinnen bekannt zu machen, verfolgten auch nicht nur Anstellungszwecke: vielmehr galt es häufig, mit Hilfe auswärtiger Kräfte Störungen im Spielplan möglichst zu vermeiden. In früheren Perioden waren Änderungen im letzten Augenblick nicht so selten; ja es war vorgekommen, daß infolge von Unpäßlichkeiten im Personal an Stelle einer Oper ein beliebiges Schau- oder Lustspiel eingeworfen wurde. Jetzt bemühte man sich, die angekündigten Vorstellungen aufrecht zu erhalten, und mußte dazu namentlich die Sänger und Sängerinnen der süddeutschen Nachbaranstalten oft in Anspruch nehmen, die ihrerseits auch wieder beim Stuttgarter Kunstkörper Anlehen machten. Neben deutschen Ehrengästen wurden auch fremdländische Größen beigezogen, so an der Spitze eigener Truppen Eleonora Duse und Ermete Novelli, Gabrielle Réjane und der ältere Coquelin. In der Oper durften sich die Stuttgarter an den Darbietungen einer Bellinconi und Prevosti erfreuen, den unvergleichlichen Caruso bewundern und sich neuerdings für den schwedischen Baritonisten John Forsell begeistern, der als Don Juan die Erinnerung an seinen unvergessenen portugiesischen Kollegen Francesco d'Andrade aufleben ließ. Namentlich gegen Schluß der Spielzeit wurden bisweilen auch deutsche Schauspiel- oder Operettenensembles, oberbayerische Bauerngesellschaften u. dergl. zu Gast gebeten. Im Jahre 1914 wurden Maifestspiele begründet,

wobei Meisterwerke in hervorragender Besetzung dargestellt werden sollen. Der Krieg hat diesem Unternehmen nach der ersten erfolgreichen Probe ein vorläufiges Ziel gesetzt.

An maßgebender Stelle ist stets die Auffassung vertreten worden, daß das Stuttgarter Hoftheater zugleich ein allgemein württembergisches sei und nicht bloß der Hauptstadt, sondern dem ganzen Lande zugut kommen müsse. Deshalb suchte man den Theaterfreunden von auswärts den Besuch der Vorstellungen möglichst zu erleichtern und veranstaltete in den größeren Städten häufig mit beiden Kunstkörpern Gesamtgastspiele. In der Universitätsstadt Tübingen findet fast in jedem Spieljahr ein Zyklus von Aufführungen statt; ja bis nach dem entlegenen Ravensburg werden die Künstlerfahrten ausgedehnt. Im Brandjahre 1902 unternahm die Oper sogar durch das übrige Deutschland ehrenvolle Gastreisen, deren Endziel die Reichshauptstadt war, und das Schauspiel nahm am 25. Mai desselben Jahres mit einer geschlossenen Vorstellung von „Der Widerspenstigen Zähmung“ Shakespeares an den Berliner Maifestspielen teil. Und als es in den gegenwärtigen Kriegszeiten galt, die Herzen unserer Vaterlandsverteidiger durch deutsche Kunst zu erquicken, blieb wiederum das Stuttgarter Hoftheater hinter den Schwesteranstalten keineswegs zurück. So veranstaltete die Oper im März und Juni 1916 Aufführungen im Liller Theater und besuchte auch andere Städte der im Westen okkupierten Gebiete.

Das württembergische Hoftheater unter König Wilhelm II. hat sich auch redlich in den Dienst der Volksbildungsbestrebungen gestellt, die in den letzten Jahrzehnten überall tatkräftig und erfolgreich eingesetzt haben. Der Monarch wollte, daß der Genuß theatralischer Darbietungen auch dem weniger bemittelten Teil seiner Untertanen zugänglich gemacht werde. Als Bindeglied entfaltete der Württembergische Goethebund, dem Baron zu Putlik selbst vorsteht, eine rührige Tätigkeit. Abend- und sonntägliche Nachmittagsvorstellungen wurden zu ermäßigten und halben Eintrittspreisen, schließlich zu ganz billigen Einheitspreisen veranstaltet. Hin und wieder ließ der König ein klassisches Stück als Freivorstellung für würdige Schulkinder ansehen und erfreute sich wohl manchmal persönlich der leuchtenden Gesichter seiner dankbaren kleinen Gäste. Dazu kamen sonntägliche Morgenunterhaltungen zu jedermann erschwinglichen Preisen, die meist bestimmten künstlerischen Persönlichkeiten gewidmet waren und häufig den Charakter von Gedenkfeiern trugen. Auf einleitende Vorträge pflegten dabei deklamatorische und musikalische Vorträge, bisweilen auch Einakter zu folgen.

Diese ungemein vielfältigen Anforderungen vermochten nur durch starke Anspannung aller vorhandenen Kräfte und gewaltige Steigerung der Arbeitsleistungen bewältigt zu werden. Und in vollem Umfang ließ sich der geschilderte Großbetrieb erst durchführen, seitdem der Intendanz zwei Häuser

zur Verfügung standen. Bis zum Jahre 1900 wurde ausschließlich in dem seit 1750 in Betrieb befindlichen, aus dem berühmten Lusthaus entstandenen Gebäude gespielt. Oftmals umgebaut und mit den meisten technischen Neuerungen gut ausgerüstet, war und blieb es doch der Typ eines jeder Eigenart entbehrenden Allerweltstheaters, und in seinen weiten Räumen gingen die Feinheiten des modernen Konversationsstücks rettungslos verloren. Da war es eine willkommene vorläufige Lösung, daß durch den jetzigen Geheimen Hofrat Leo von Vetter eine Privatgesellschaft ins Leben gerufen wurde, die mit königlicher Erlaubnis das an die Gärten des Wilhelmachlosses anstoßende Kgl. Theater in Cannstatt wieder gebrauchsfähig machte. Der allerliebste kleine Musentempel, eine Schöpfung des Wilhelmabaumeisters Ludwig Ganth, war am 29. Mai 1840 eröffnet worden, wurde jedoch nur bis 1847 regelmäßig zur Sommerszeit und seit 1856 überhaupt nicht mehr benutzt. Jetzt ließ ihn die Wilhelmatheatergesellschaft durch den Architekten Freiherrn Schilling von Cannstatt umbauen und modern einrichten. Am 25. Mai 1900 fand die feierliche Einweihung statt. Während das Haus in den drei Sommermonaten Juni, Juli und August der erwähnten Gesellschaft zur Verfügung blieb, bestritt im übrigen Jahr die Hoftheaterintendanz mit ihrem eigenen Personal die dortigen Vorstellungen. In der ersten Spielzeit 1900/01 fanden wöchentlich drei statt, und es wurde für die neue Bühne ein besonderer, hochinteressanter Spielplan geschaffen, der fast durchweg aus modernen Dramen bestand. Da der kleine Raum bei guter Akustik ein flottes Tempo und eine natürliche Sprech- und Darstellungsweise begünstigte und die engste Fühlung zwischen Künstlern und Zuschauern gestattete, so kamen ganz ausgezeichnete Aufführungen von feinsten Wirkung zustande.

Das Publikum wußte jedoch diese reizvollen Kunstdarbietungen nicht nach Gebühr zu würdigen, und das allerdings von Alt-Stuttgart ziemlich weit abgelegene Haus wollte sich nicht füllen. Die Rücksicht auf die Abonnenten des Haupttheaters nötigte die Intendanz, die Neuheiten der Wilhelmaabühne künftig auch jenen vorzusetzen; sobald aber dieselben Stücke an beiden Stätten gesehen werden konnten, fiel vollends der Antrieb weg, das Vorstadttheater zu besuchen. Überdies wäre das Schauspielpersonal ohne beträchtliche Verstärkung auf die Dauer solchen Anstrengungen nicht gewachsen gewesen. So beschränkte man sich fernerhin auf zwei Cannstatter Wochenvorstellungen. Hatte 1900/01 das Hoftheaterpersonal 109 Vorstellungen für das Wilhelmatheater übernommen, so beliefen sich in den folgenden Jahren die dort von der Intendanz veranstalteten Aufführungen nur noch auf rund 80, wovon einen Teil zu Gast gegebene fremde Gesellschaften bestritten. Und schließlich wurde es nur noch für besondere Zwecke benutzt, bis die Eröffnung der zwei neuen Stuttgarter Häuser das Cannstatter der Intendanz völlig entbehrlich machte. Immerhin hatte es ihr länger als ein Jahrzehnt wichtige Dienste geleistet und eine Betriebsweiterung, die bessere Ausnutzung des Kunstkörpers ermöglicht. Als ein ganz besonderer Glücksfall erwies sich das Dasein der

Wilhelmabühne, nachdem das alte Stuttgarter Hoftheater ein Raub der Flammen geworden war. Nur sie ermöglichte eine unmittelbare Aufrechterhaltung des Betriebs wenigstens im beschränkten Maß. Vier volle Monate lang wurde nunmehr täglich in Cannstatt gespielt, und selbst klassische Dramen und größere Opern, wie Webers „Freischütz“ oder Gounods „Margarete“, wurden auf die kleine Bühne verpflanzt.

Sonntag den 19. Januar 1902, nach zehn Uhr, waren die letzten Töne der „Meistersinger“ im Stuttgarter Hoftheater verklungen, und gleich nach Mitternacht brach auf nicht völlig aufgeklärte Weise im Nordgiebel unter dem Dach ein Brand aus, der, mit rasender Geschwindigkeit um sich greifend, binnen fünf Minuten den Bühnenraum in ein Flammenmeer verwandelte und in wenigen Stunden sein Zerstörungswerk vollendete. Am anderen Morgen war das altehrwürdige Lusthausstheater, das anderthalb Jahrhunderte der Kunst gedient und die denkbar größten Wandlungen, von der Zimmelschen Oper bis zum nachwagnerschen Sondheim, vom Komödienspiel in französischer Sprache bis zu den Äußerungen des modernen Naturalismus, erlebt hatte, nichts als ein rauchender Trümmerhaufen. Menschenleben waren nicht zu beklagen. Mancher Kunstfreund mochte im Herzen dem verheerenden Elemente nicht allzusehr zürnen, weil es Stuttgart plötzlich an das heißersehnte Ziel eines Theaterneubaus gebracht hatte, das ohne den Eingriff der Naturgewalt schwerlich so bald erreicht worden wäre. Aber zunächst stand man doch unter dem Eindruck eines lähmenden Schreckens. Mitten in einer verheißungsvollen Spielzeit sah man sich einem fast unentwirrbaren Chaos gegenüber. Die Königliche Zivilliste war vor außerordentliche Ansprüche gestellt. Denn König Wilhelm II. faßte sofort den hochherzigen Entschluß, alle Verträge, zu deren Kündigung ihn die Katastrophe berechtigt hätte, aufrecht zu erhalten. Überdies war ein dauernder Verlust an unersehblichen Dekorationen, Requisiten, Materialien aller Art, insbesondere an kostbaren Kostümen, zu beklagen.

Die unmittelbar nach der Brandnacht gepflogenen Beratungen führten zu dem Beschluß, zunächst möglichst rasch ein Interimstheater zu erstellen. Dieses wurde unweit vom zerstörten Hause nach den Plänen des Oberbaurats Weigle um die Summe von rund 700 000 M im Lauf des Sommers 1902 errichtet und am 12. Oktober 1902 mit dem „Lannhäuser“ eröffnet. Der Vorteil, daß nunmehr der volle Betrieb in Stuttgart selbst ohne nennenswerte Beschränkung des Spielplans wieder aufgenommen werden konnte, war nicht zu unterschätzen. Auch machte das mit zwei Rängen versehene, 1000 Sitz- und 110 Stehplätze enthaltende Gebäude, das in gemäßigtem, bei seinem provisorischen Charakter annehmbarem Jugendstil ausgeschmückt war, einen recht freundlichen Eindruck, wenigstens solange der Schimmer blinkender Neuheit darüber lag. Indessen stellte sich bald heraus, daß es auf die Dauer

nicht alle Wünsche befriedigte. Der Zuschauerraum erwies sich für die Sonn- und Festtagsvorstellungen und für außerordentliche Veranstaltungen als zu beschränkt, wodurch wiederum die finanzielle Ausnutzung der einträglichen Spieltage, der zugkräftigen Neuheiten und Ehrengastspiele behindert wurde, und die Bühnenverhältnisse waren für anspruchsvolle Opern wie den Nibelungenring oder für große klassische Dramen viel zu eng, um der Inszenierungskunst die nötige Bewegungsfreiheit zu gestatten und Massenauftritte zur richtigen Wirkung zu bringen. So wurde schließlich das Vorhandensein des Interimtheaters fast zum Ärgernis, zumal da es eben die Verlängerung des provisorischen Zustands ermöglichte. Um so größer war die allgemeine Freude, als endlich, nach zehnjähriger Wartezeit, der stolze Bau der beiden neuen Stuttgarter Hoftheater vollendet dastand.

Der lange Aufschub der Entscheidung in der Theaterbaufrage ließ dem Widerstreit der Meinungen weitesten Spielraum. Die Beratungen und Verhandlungen, die Erörterungen und Bänkereien, das Gerede und Geschreibe von Berufenen wie Unberufenen wurde, statt zu verstummen, von Jahr zu Jahr heftiger. Die beiden Streitfragen, ob ein oder zwei Theater zu erbauen seien und welcher Platz für das oder die neuen Häuser gewählt werden solle, standen, untereinander zusammenhängend, im Vordergrund. Ein Teil der zahlreichen und heftigen Vorkämpfer für den alten Lusthausplatz, der nur für ein Gebäude Raum bot, nahm diesen Standpunkt eben darum ein, um ein Doppeltheater zu hintertreiben. Im übrigen gipfelte die ganze Bewegung zugunsten des Schloßplatzes in der aus Gefühlsduselei geborenen Logik: „Das neue Theater muß auf der Stelle des alten erbaut werden, eben weil das alte dort anderthalb Jahrhunderte gestanden hat.“ Die Intendanz setzte sich von Anfang an mit aller Entschiedenheit für die großzügige Lösung eines Doppelhauses ein, und sie fand bei König Wilhelm II. den nötigen Rückhalt für ihre wohlbegründeten Wünsche.

Die Ersatzpflicht des Staates stand fest, doch bekannten sich die Stände nur zur Herstellung eines nach Größe und Umfang dem bisherigen Gebäude entsprechenden Theaters. Am 17. Februar 1906 kam das „Gesetz betreffend die Errichtung eines neuen Kgl. Hoftheaters“ zustande, dessen Art. 2 also lautete: „Für die Errichtung eines neuen Hoftheaters (Opernhaus) in Stuttgart, einschließlich des Inventars, werden 4 000 000 M., eingerechnet die Brandentschädigung von 1 062 248 M., als Höchstsumme bestimmt.“ Dieser Betrag war jedoch von der Grundstücksverwaltung sofort zur Verfügung zu stellen, so daß zur Hauptsumme die bis zu ihrer Benutzung auflaufenden Zinsen hinzukamen. Schon vorher hatte die Stadtgemeinde Stuttgart (durch Vertrag mit der Krongutsverwaltung vom 18./19. Januar 1906) für ein zweites Haus 1 200 000 M. freiwillig gewährt; die Summe sollte verfallen sein, sobald das Interimtheater nicht mehr verwendbar wäre, spätestens aber nach Ablauf von 20 Jahren, am 1. April 1926. Die Bedingungen, die von

der Stadt gestellt wurden, waren nichts weniger als drückend; hauptsächlich mußte sich die Hoftheaterleitung dazu verpflichten, alljährlich 25 Abendvorstellungen (später auf 35 erhöht) zu möglichst niedrigen Eintrittspreisen und zwei Nachmittagsvorstellungen für Volksschüler ohne Entschädigung zu geben.

Im Frühjahr 1907 wurde dann eine Kommission von Sachverständigen beauftragt, ein Gutachten darüber abzugeben, welche Plätze des Kron-
guts sich für die Errichtung der neuen Hoftheater vorzugsweise oder ausschließlich eignen möchten. Im August desselben Jahres unterbreitete sie ihre Vorschläge dem König. Sie empfahl unter Beseitigung des Waisenhausplatzprojekts, das sich lange Zeit in den Vordergrund gedrängt hatte, in erster Linie als Bauplatz den Botanischen Garten, wozu der Monarch seine Zustimmung gab. Damit war eine in jeder Hinsicht glückliche Wahl getroffen. Der Platz war geräumig genug für die Ausmaße des künftigen Monumentalbaus, der in einen prächtigen landschaftlichen und gärtnerischen Rahmen eingefügt werden konnte, ohne daß doch die Königlichen Anlagen, die „Lungen“ Stuttgarts, allzu empfindlich angetastet wurden. Die Lage der neuen Theater war so zentral, daß sie sowohl vom Mittelpunkt der Stadt als von dem im Bau begriffenen Hauptbahnhof sich bequem erreichen ließen.

Anfang Februar 1908 wurde die Aufforderung zu einem Wettbewerb erlassen, und Ende Oktober 1909 trat das Preisgericht unter Vorsitz des Hofkammerpräsidenten von Scharpff zusammen. Den ersten Preis erhielt Professor Max Littmann in München, der weithin bekannte Erbauer des Münchener Prinzregententheaters, des Weimarer Hoftheaters und vieler anderer neuzeitlicher Musentempel. Er wurde mit dem Neubau beauftragt, und durch das Entgegenkommen der Stadt Stuttgart konnten gleichzeitig beide Häuser in Angriff genommen werden.

Man hatte anfangs an ein Doppeltheater im eigentlichen Sinn mit gemeinsamer Rückwand gedacht; auch hatte Professor Theodor Fischer ein System erdacht, durch das sich mit Hilfe einer beweglichen Decke das große Haus in ein kleines verwandeln lassen sollte. Schließlich sah man aber mit Recht von jedem gewagten Experiment ab. Zwei parallel zueinander gestellte Häuser entstanden, die durch einen Verwaltungs-, Bibliothek-, Magazin- und Wirtschaftszwecken dienenden zurückliegenden Gebäudekomplex quer verbunden waren. Ein neuer Typus war damit insofern geschaffen, als zum ersten Male zwei Theater gleichzeitig in engem organischen Zusammenhang nach künstlerischen Grundsätzen erbaut wurden. Die Frage, ob die Form des Amphitheaters oder Rangtheaters gewählt werden solle, wurde aus Zweckmäßigkeitsgründen zugunsten des letzteren entschieden; doch wurde das Parkett in beiden Häusern, namentlich im großen, durch möglichst starke Steigung dem amphitheatralischen System angenähert. Binnen drei Jahren ward der ganze Monumentalbau mit einem Gesamtaufwand von rund 7 Millionen Mark fertiggestellt, wovon 5 auf das große Haus mit Verwaltungs- und Magazingebäuden, 2 auf das kleine entfielen.

So war durch das Zusammenwirken von Krone, Staat und Stadt, dem sich noch die zahlreichen Stiftungen von Gönnern und Freunden der Anstalt, namentlich zum inneren Ausschmuck der Räume, beigefellten, der Theaterkunst in Württemberg eine Stätte bereitet, wie sie sich idealer kaum denken läßt.

Das Äußere der beiden Häuser, zu deren Vorderseiten Maulbronner Sandstein verwendet worden ist, hat man auf besonderen Wunsch des Königs ruhig und schlicht gehalten. Das war um so berechtigter, als ihnen ihre Lage am Anfang eines von alten mächtigen Bäumen überschatteten Parks, gegenüber dem von Schwänen durchzogenen oberen Anlagensee ohnehin einen durch keine Kunst zu überbietenden natürlichen Reiz verleiht. Um so reicher sind mit Hilfe der beiden Schwestern der Architektur, der Plastik und Malerei, und unter Aufgebot aller Zweige eines hochentwickelten Kunstgewerbes die Innenräume ausgeschmückt worden. Hier sollte ein Abbild der Kunst unserer Tage geschaffen werden, das hauptsächlich durch den glühenden Wettstreit der einheimischen Künstler zustande kam.

Es handelte sich für Littmann darum, jedem der zwei Häuser sein eigenümliches Gepräge zu wahren; das kleine durfte nicht etwa nur eine verkleinerte Wiederholung des großen werden. So mußte schon die äußere Gestalt beider einen sofort in die Augen springenden Unterschied aufweisen. Während dem großen Theater eine halbmondförmige Front mit sechs auf breiter Freitreppe stolz emporstrebenden ionischen Säulenpaaren zuteil wurde, erhielt das im ernstesten Stil eines antiken Tempels gehaltene kleine Haus eine gerade Schaufseite mit vier korinthischen Säulen.

Das große Haus, das ja nicht ausschließlich Opernhaus ist, sondern auch dem historischen Drama und überhaupt dem auf kräftigere äußere Wirkungen ausgehenden Schauspiel als Heim dient, leidet mit seinen 1452 Sitzplätzen (auf Stehplätze ist in beiden Häusern völlig verzichtet) keineswegs an der Ungemütlichkeit riesiger Zuschauerräume. Doch ist es in seinem ganzen Innern weit und bequem und trägt, überall Stein, Marmor, Stuck zeigend, einen festlichen Charakter, obgleich überflüssiger Prunk auch hier vermieden ist. Im Zuschauerraum herrscht ein gedämpfter Farbendreiklang von Grau, Gelb und Silber. Den Glanzpunkt des großen Theaters bildet das Foyer, eine reich ausgeschmückte Wandelhalle, deren Halbmondform der Ausbuchtung des Baus entspricht.

Das mit 837 Plätzen versehene kleine Hoftheater, das für Lustspiele und moderne Dramen wie für Spielopern und Operetten bestimmt ist, gestattet durch seine trauliche Enge, aus jedem derartigen Stück die feinsten Wirkungen bis auf den letzten Rest herauszuholen. Es ist ein wahres Schmuckkästchen von entzückender Durchbildung in Formen und Farben. Der in dunklem Rirschbaumholz vertäfelte Zuschauerraum, dem sich lichte Stoffe in Grün und Grau anmutig einfügen, hat eine außerordentliche Wärme des Tons. Auch hier bietet ein reizendes kleines Foyer aus gemasertem amerikanischen Birkenholz angenehmen Aufenthalt in den Zwischenakten.

Die Bühnen sind sehr geräumig angelegt; die des großen Hoftheaters hat 28 m Breite und 21,5 m Tiefe, die des kleinen 20,6 m bzw. 16 m. Daß bei ihrer Einrichtung alle technischen und maschinellen Hilfsmittel der Gegenwart benutzt worden sind, versteht sich von selbst. Auf hinten und seitlich gelegenen Schiebebühnen können während der Vorstellung ganze Szenenbilder vorbereitet werden, die dann bei einer Verwandlung des Schauplatzes elektrisch auf die dem Publikum sichtbare Vorderbühne gefahren werden. Auf eine Drehbühne hat man dagegen verzichten zu können geglaubt.

Am 15. September 1912 fand die feierliche Einweihung des großen Hauses mit dem üblichen Gepränge und in Anwesenheit des Hofes, des gesamten offiziellen Württemberg sowie zahlreicher Theaterdirektoren und Bühnenkünstler, Dichter und Kritiker aus nah und fern statt. Ein gemischtes Programm war aufgestellt worden: auf ein Festspiel, mit dem das Vorspiel auf dem Theater zu Goethes „Faust“ verkettet war, folgte eine Szene: „Im alten Lusthause“ mit Stücken aus Jommellis Oper „Vologeso“; das Ende des abgebrannten Theaters an seine Anfänge anknüpfend, führte man dann die Festwiese aus den „Meistersingern“ vor und ließ Schillers gewaltigen Demetriustorso den Abschluß des abwechslungsreichen Abends bilden. Ein großes Bankett im Königsbau reihte sich an die Vorstellung an. Anderen Tags wurde das kleine Hoftheater geräuschloser durch eine köstliche, seitdem sehr häufig zum jedesmaligen Entzücken der Zuhörer und Zuschauer wiederholte Aufführung von „Figaros Hochzeit“, dem noch immer unübertroffenen Meisterwerk deutscher Spieloper, eröffnet.

Zwei Jahre lang konnte sich die Wirksamkeit der neuen Theater ungestört erproben. Sie waren von vornherein gewissermaßen auf das Wachstum der Stadt Stuttgart eingerichtet. Deshalb wurde zunächst auch nicht allabendlich in beiden Häusern gespielt, sondern nur etwa durchschnittlich in der Woche fünfmal in jedem. In der Spielzeit 1912/13 fanden zusammen 427, 1913/14 bereits 468 Aufführungen statt. Da ergab sich durch Ausbruch des Krieges unvermutet eine abermalige Hemmung. Wiederum zögerte König Wilhelm II. nicht, durch Aufrechterhaltung der Verträge und Fortsetzung der Darstellungen der Kunst neue große (oben durch Zahlen belegte) Opfer zu bringen. Zwar wurde der Betrieb einigermaßen eingeschränkt und werktags in der Regel nur eine Vorstellung gegeben. Aber sobald die Stimmung zuversichtlicher geworden war, bot man glänzende Neuinszenierungen, wie die der Meyerbeer'schen „Hugenotten“, und im zweiten Kriegsspieljahr sogar anspruchsvolle Neuaufführungen dar. Ja insbesondere die Oper stieg mitten im Weltkrieg zu einer in den letzten Jahrzehnten kaum erreichten Höhe empor. Das zahlende Publikum erwies sich freilich auch bei dieser Gelegenheit in Stuttgart zurückhaltender als in anderen großen Städten, und wenn nicht die zu Gast geladenen feldgrauen Refonvaleszenten die Lücken ausgefüllt hätten, wäre an manchem Abend vor leeren Bänken gespielt worden.

Beim Regierungsantritt König Wilhelms II. kam nur ein einziges Stuttgarter Privattheater in Betracht: das kleine Kurtheater in der Vorstadt Berg, wo in den Sommermonaten Direktor Theodor Brandt durch geschickte Auswahl der Stücke und flottes Zusammenspiel einem dankbaren Publikum genüßreiche Abende verschaffte. Er führte zu einer Zeit, da das Hoftheater eben erst mit der modernen Literatur Fühlung zu nehmen begann, fast alle deutschen und französischen Neuheiten, die in Berlin Aufsehen erregt hatten, vor, und trotz der dürftigen Ausstattung seines Kunsttempelchens erzielte er eben durch dessen räumliche Beschränktheit jene Wechselwirkung zwischen Bühne und Zuschauerkreis, die auch nicht durch den Aufwand der größten Mittel ersetzt werden kann. Zehn Sommer lang, von 1890 bis 1899, spielte Brandt im Berger Kurtheater, das dann durch eine gute Berliner Gesellschaft unter Adolf Steinert noch eine kurze Nachblüte erlebte, hierauf aber bald außer Betrieb gesetzt wurde. Direktor Brandt selbst verpflanzte während der Sommerspielzeit 1900 und 1901 seine Wirksamkeit auf das in Alt-Stuttgart gelegene Apollotheater, wo vorher Variété-, gelegentlich auch Operettentruppen ihr Wesen getrieben hatten. Umgebaut und neu eingerichtet, wurde dieses Haus, das aber immer etwas Kaltes und Unbehagliches an sich hatte, am 1. Oktober 1901 als ständiges „Stuttgarter Residenztheater“ eröffnet. Theodor Brandt leitete die Anstalt bis Juni 1905 nach seinem altbewährten Rezept; doch tat ihm der neue Geist, der in das Hoftheater inzwischen längst eingezogen war, Abbruch, und beim Wettbewerb um die zugkräftigsten Stücke pflegte natürlich jenes als Sieger hervorzugehen. Das Residenztheater fristete fast noch sieben Jahre lang sein Dasein; obgleich auch Direktor Max Samst von Zeit zu Zeit literarische Anwandlungen hatte, sank es doch mehr und mehr auf die Stufe einer belanglosen Vorstadtbühne herab. Im März 1912 verzichtete es endgültig auf seine dramatische Laufbahn und verwandelte sich, dem Zug der Zeit folgend, in einen „Lichtspielpalast“.

Im Jahr 1909 erstand an der Kleinen Königstraße auf dem ehemaligen Legionskaserneplatz das von Albert Eitel erbaute und sehr hübsch ausgeschmückte „Schauspielhaus“, das der Pächter und Direktor Max Gabriel am 6. November genannten Jahres mit einem von Ludwig Fulda gedichteten Prolog und Sophus Michaelis' Schauspiel „Revolutionshochzeit“ eröffnete. Während das neue Haus im Sommer die Operette beherbergte, diente es in der Hauptspielzeit vorzugsweise dem modernen Gesellschaftsdrama, Lustspiel und Schwank, so daß es, in Ergänzung des Hoftheaterspielplans, dazu beitrug, das hauptstädtische Publikum mit der dramatischen Tagesliteratur so gut wie vollständig bekannt zu machen. Schon im September 1910 mußte ein neugebildetes Konsortium die Pacht des Schauspielhauses übernehmen und einen artistischen Direktor aufstellen. Die künstlerischen Leistungen hielten sich auch fortan auf anständiger Höhe, doch wurde der Schwerpunkt mehr und mehr auf die heitere Muse verlegt, wofür es dem

Theater an Stammgästen nicht fehlte. Im Herbst 1915 kam die Leitung in die Hände Theodor Brandts, der damit, nach zehnjähriger Abwesenheit, wieder im Stuttgarter Bühnenleben Fuß faßte.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß auch im Friedrichsbautheater, das für gewöhnlich dem Varieté dient, nicht selten von auswärtigen Truppen Schauspiel- und insbesondere Operettenvorstellungen veranstaltet wurden.

Die Hauptstätte für die Operette war jedoch seit dem Jahre 1900 die Cannstatter Hofbühne, wo die Wilhelma-Theatergesellschaft während der drei Sommermonate regelmäßig ein zur Heiterkeit gestimmtes Publikum durch die Tanzweisen der Lehár, Fall und Genossen anzulocken verstand. Nach wechselnden Direktionen ergriff im Sommer Gustav Müller, selbst ein äußerst beliebter Komiker, dauernd das Zepter und sicherte seiner Wiener Operette über die mancherlei Konkurrenzunternehmen den Sieg. Auch sonst wurde das Wilhelmatheater mit seinem prächtigen Park als Sommeretablissement großen Stils betrieben, das neben der Operette auch noch für andere theatralische Darbietungen Raum ließ. Namentlich wurden, angeregt durch das wiederholt auf die Wilhelmabühne zu Gast gebetene „Elsässer Nationaltheater“, seit dem Jahre 1910, meist in dem neu erbauten Saalbau, schwäbische Volkschauspiele aus der Feder von Gustav Schwegelbaur, August Reiff, Alfred Auerbach, Max Dürr und andern durch eine von Regisseur Georg Münch trefflich geschulte Liebhabertruppe dargestellt. Leider verhielt sich das gebildete Publikum gegen diese gesunde Volkstrost wenn nicht ablehnend, so doch gleichgültig.

Endlich wurde im Sommer 1913 nach auswärtigem Muster durch einen eigens hierfür gegründeten Verein eine Stuttgarter Freilichtbühne ins Leben gerufen. Der Bopserwald, in dem einst der junge Schiller seinen Kameraden aus Herzog Karls Militärakademie seine himmelstürmenden „Räuber“ vorgelesen hat, lieferte das herrliche Gelände, und es war ganz selbstverständlich, daß zunächst eben die „Räuber“ an dieser Stätte zur Auf-
führung gelangten. Die ersten Künstler des Hoftheaters bestritten die von Bruno Pfechel geleitete Vorstellung, die, in der realistisch kecken Wiedergabe der Kampf- und Massenszenen gipfelnd, starke Wirkungen auslöste; leider machte sich die Abhängigkeit von der Witterung allzu fühlbar. In den beiden folgenden Sommern wurden Karl Schönherrs „Glaube und Heimat“ und Walthers „Luz“, „Andreas Hofer“ in den Spielplan des Naturtheaters aufgenommen.

Da Württemberg neben Stuttgart keine zweite große Stadt besitzt, konnte sich auch nirgends sonst im Land das Bühnenwesen zu irgendwelcher Bedeutung für das deutsche Kunstleben erheben. Ständige Stadttheater mit regelmäßigen Schauspiel- und Operaufführungen während des Winters gibt es in Ulm und in Heilbronn, das im Jahre 1913 einen von Theodor

Fischer geschaffenen Neubau erhielt. Auch manches andere Städtchen hat seine „Saison“, die von irgendeiner Wandertruppe besorgt wird. Sommerlicher Kurtheater dürfen sich hauptsächlich Wildbad und Freudenstadt rühmen.

Die bis ins Mittelalter zurückreichende Freude des Volkes am Theater-spiel hat sich in württembergisch Schwaben und Franken behauptet, ja sogar in den letzten Jahrzehnten gemehrt. Häufig wurden da und dort an irgendwelchen Gedenktagen in Sälen oder Turnhallen oder auch unter freiem Himmel von Bürgern geschichtliche Dramen oder Festspiele aufgeführt, die es kaum je über rein örtliche Bedeutung hinaus brachten. So veranstaltete man in Weinsberg ein Weibertreu-Festspiel oder ließ in Eßlingen die Vergangenheit der alten Reichsstadt durch „Die Schlacht bei der Katharinenlinde“ wieder aufleben. Aus allen Teilen Württembergs strömten Zuschauer nach Honau zusammen, wo in den Sommern 1901, 1902 und 1903 in einer eigens zu diesem Zweck erbauten Halle Lichtenstein-Festspiele dargestellt wurden. Rudolf Lorenz hatte nach Wilhelm Hauffs allbekanntem Roman einen zweiteiligen Text bearbeitet und mit großem Fleiß eingeübt. Nicht desselben Erfolges durfte sich ein der Geschichte des Hohentwiel gewidmetes, „Unter der Reichssturmflagge“ betiteltcs Stück erfreuen, das, gleichfalls von Lorenz verfaßt und vorbereitet, im Sommer 1906 am Fuß jenes festungsgekrönten Berglegels in Szene ging. Das hierfür errichtete schmutze Festspielhaus zu Singen wurde in den folgenden Jahren für andere Aufführungen verwendet.

Quellen:

Aldolf Palm, Das Stuttgarter Hoftheater unter König Wilhelm II. Im Jahrbuch „Wie gut Württemberg allewege!“ (Heilbronn 1898.) S. 235—268.

R. Krauß, Das Stuttgarter Hoftheater von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart. (Stuttgart 1908.) S. 300—318.

Die neuen Kgl. Hoftheater zu Stuttgart (Festschrift des Stuttgarter „Neuen Tagblatts“, September 1912).

Professor Max Littmann, Die Kgl. Hoftheater in Stuttgart. (Darmstadt 1912.)

Alljährliche Rückblicke auf die Spieljahre am Kgl. Hoftheater in Stuttgart, herausgegeben von der Kgl. Württ. Hoftheaterintendanz.

Zeitungsberichte.

Musikleben in Württemberg

Von Alexander Eisenmann, Lehrer am Kgl. Konservatorium

Von den Stammbäumen der großen Tonmeister wurzelt keiner auf dem Boden unserer engeren Heimat. Unser Land gebär keine schöpferisch so hervorragend begabten Geister, daß seine Söhne als Tonsetzer das Staunen einer ganzen Welt auf sich gezogen hätten. Wem es nur wert scheint, sich mit dem Musikgenie zu beschäftigen, der muß außerhalb der schwarzroten Grenzpfähle gehen, er braucht Württemberg nicht in den Bereich seiner Betrachtungen einzubeziehen. Aber was bedeutet schließlich die rein zufällige Tatsache, daß in dieser oder in jener Hütte ein musikalischer Geist das Licht der Welt erblickte, bei der Einschätzung eines ganzen Landesteils nach den Musikansprüchen seiner Bewohner? Beim Nachschlagen standesamtlicher Register erhalten wir keine Streiflichter auf das Kulturleben geworfen. Wir wollen den ungefähren Umfang der Rolle kennen lernen, welcher der Tonkunst im öffentlichen Leben zugewiesen ist. Aufschluß darüber erhalten wir durch eine Reihe von Erscheinungen. Was man unter Musikleben versteht, spielt sich auf einem weiten, nicht so leicht abzugrenzenden Gebiet ab, eine Vielheit von Erscheinungen ist es, die als Einheit betrachtet werden muß. Den inneren Zusammenhang herauszufinden, dürfte nicht allzu schwer sein. Wo etwas auf dem Gebiete des Konzertwesens, ja des Musiklebens überhaupt getan wird, geschieht es im letzten Grunde aus dem Drange nach der Bekanntschaft mit den Offenbarungen der Tonkunst. Je nach dem Grade unserer verschiedenen Empfänglichkeit hierfür und nach den unterschiedlichen Ansprüchen, die an die Kunst gestellt werden, ist diese Tätigkeit bald mehr oder weniger lebhaft, doch kommt sie niemals ganz zum Ruhen.

Was sich bei uns im Musikleben Bedeutungsvolles abspielt, geht von der Landeshauptstadt aus. Von hier laufen die Fäden ins Land hinaus, und schon die Tatsache, daß Stuttgart allein imstande ist, die technisch-materiellen Mittel zur Aufführung umfangreicher Werke zur Verfügung zu stellen, verschafft ihm den Vorrang. Daneben darf aber nicht unterschätzt werden, was draußen im Land geschieht und oft unter sehr schwierigen Verhältnissen und mit großen Opfern zustande gebracht wird.

Man suche in der folgenden Betrachtung keine eingehende Würdigung der an hervorragender Stelle tätigen Künstler. Nur um der Klarheit des Bildes nicht zu schaden, sind an geeigneter Stelle einzelne Persönlichkeiten

hereingestellt worden. Eine kurze Übersicht über wichtige Vorgänge im Stuttgarter Musikleben des letzten Vierteljahrhunderts findet sich besonders abgetrennt; hierbei ist auch ein Blick auf die Wandlungen in der Zusammensetzung, Leitung und Ausnützung der vielerlei, für die praktische Musikausübung in Frage kommenden Kräfte geworfen.

I. Stuttgart als Musikstadt

Wie es ist

Wer es sich ins Gedächtnis zurückrufen kann, wie das musikalische Leben Stuttgarts vor etwa zwanzig Jahren beschaffen war, der wird bei einem Vergleich mit dem heutigen Zustand vor allem auf die mächtige Ausdehnung hinweisen. Diese allein als einen Fortschritt hinstellen zu wollen, wäre durchaus verkehrt. Das Wachsen der Bevölkerungszahl hatte seinen notwendigen Einfluß auf die Zahl der Aufführungen bekommen, aber damit allein war wenig oder nichts zur Hebung der Musik geschehen. Nicht Zahl, sondern Art und Beschaffenheit der öffentlichen Aufführungen macht es aus. Die Musik umfaßt ein weites Feld, ein herrliches Wachstum ist darauf zu bemerken, aber auch Unkraut hat sich eingenistet, und weite Strecken sind noch Brachland. Nach den wertvollsten Früchten greift jedenfalls, wer sich im Bereiche der Sinfonie und Kammermusik seinen Lieblingsaufenthalt wählt. Beide Gattungen setzen freilich schon ein gewisses Maß von Kunstverständnis und einen entschiedenen Bildungsdrang beim Hörer voraus, aber dafür wird, wer hier seinen Drang nach Musik stillt, gegen verderbliche Einflüsse schlechten Geschmacks am sichersten gefeit bleiben.

Hier — bei der Sinfonie — scheint auch die geeignetste Stelle, unseren Rundgang zu beginnen. Es ist freilich nicht möglich, auf solch vielverschlungenem Weg an allen beachtenswerten Punkten gründliche Umschau zu halten, aber die Haupteindrücke lassen sich auch bekommen, ohne daß der Schritt des Wanderers überall aussetzt, wo es des Verweilens wert wäre.

Für Aufführungen sinfonischer Werke, namentlich solche großen Stils, steht in Stuttgart in erster Linie die Hofkapelle zur Verfügung. Die unter dem Namen „Abonnementkonzerte“ veranstalteten Abende dienen außer ihrem idealen Zwecke auch der Stärkung der Pensionskasse der kgl. Hofkapelle. Von der Güte der Aufführung darf man bei der Höhe der technischen und künstlerischen Leistungsfähigkeit der einheimischen Kapelle stets im voraus überzeugt sein.

Der Versuch der Gründung eines Städtischen Orchesters in Stuttgart ist wieder aufgegeben worden, er muß auch nach Lage der Sache als verfrüht bezeichnet werden. Der Gedanke, sich im Besitze eines erlesenen Sinfonieorchesters zu wissen, das keinerlei andere Betätigung als die seinem eigenen Zweck entsprechende übernimmt, ist zu schön, als daß er sich in die Tat umsetzen läßt. Fast ausnahmslos wird vom einzelnen Künstler und damit auch

von der geschlossenen Künstlervereinigung heutzutage Verteilung der Kräfte verlangt. Spezialisten im engsten Wortsinne sind höchst selten zu finden, und darin liegt ja wiederum das Gute, daß der Gefahr der Einseitigkeit vorgebeugt ist. Unser Hofopernorchester ist also auch gleichzeitig Sinfonieorchester.

Nach ihrem gegenwärtigen Stand verfügt die Hofkapelle über 82 Kräfte. Diese verteilen sich in folgender Weise: 1. Streichinstrumente 42 Spieler, 2. Holzblasinstrumente 16 Spieler, 3. Blechblasinstrumente 18 Spieler, 4. Schlaginstrumente und Harfen 6 Spieler.

Die größten Orchester haben die Zahl von 100 Spielern bereits überschritten, die Stuttgarter Hofkapelle befindet sich aber in nicht sehr weitem Abstand von diesen Instituten. In zwingenden Fällen ist sie in der Lage, sich Ergänzung aus den Hilfsquellen der Militärmusik und Anwärter auf den Hofmusikerposten zu verschaffen. Es kann wohl als bekannt vorausgesetzt werden, daß das Sinfonieorchester nur selten in „kriegsmäßiger“ Stärke aufzumarschieren hat und daß für gewöhnlich nur ein Teil der Bläser beschäftigt ist. So genügt noch für die klassische Sinfonie eine Harmonie von 8, ja selbst von 7 Holzbläsern, dagegen erfordert Anton Bruckner in seiner grandiosen Neunten 12, und Richard Strauß treibt sein geistreiches Spiel in der *Symphonia domestica* gar mit 18 Stimmen in der Holzbläsergruppe. Derartig sind also die Anforderungen der Komponisten gestiegen, doch ist in neuerer Zeit ein Umschwung eingetreten, ja um den Gegensatz recht hervortreten zu lassen, lassen einzelne Orchesterkomponisten sogar eine deutliche Neigung zu bewußter Primitivität erkennen.

Den Charakter reiner Sinfoniekonzerte tragen zwar die Hofkapellkonzerte nicht ganz, aber das vollständige Zurückdrängen des solistischen Elements in seiner bedenklichen, d. h. auf nur äußerliche Wirkung bedachten Erscheinung hebt sie auf den höheren Grad von Musikaufführungen für den Geschmack der Gebildeten. Was die Welt an bedeutenden sinfonischen Schöpfungen besitzt, stellt einen solch reichen Bestand dar, daß die Auslese und Verteilung zu einer verantwortungsvollen Sache gemacht wird. Zum unveräußerlichen Grundbestand gehören die Klassiker. Was zeitlich vor deren Auftreten fällt, ist zumindest entwicklungsgeschichtlich wertvoll, die Romantiker und ihre Ausläufer sind in der Versammlung ebenso stimmberechtigt wie die Programmsinfoniker. Auch das Ausland soll, als im Besitze ihm eigentümlicher Tonwerke, zum Worte zugelassen bleiben, und das alles soll in den festen Rahmen von 10—12 Abenden zusammengefaßt werden. Da wird man sich unter Beschränkung auf Stichproben immer damit begnügen müssen, nur einen Teilausschnitt des nach allen Himmelsrichtungen sich ausdehnenden Gebietes unter den Gesichtswinkel zu bringen.

Seit Oktober 1908 ist Max von Schillings Leiter dieser Abonnementskonzerte. Er führte sich damals mit einem klassischen Abend ein, gleichsam damit zeigend, daß auch er, den man als einen Führer der neuen Richtung kannte, die Grundlage, auf der seine Vorgänger aufgebaut hatten, zu ver-

rücken keineswegs beabsichtige. Schillings gehört zu jenen Dirigenten, die ihren Blick stets mehr auf das Ganze als auf die Einzelheiten gerichtet halten. Sie verzichten hin und wieder auf sorgfältiges Ausmalen und fassen ihre Aufgabe lieber dahin auf, den Hörer auf den großen Inhalt hinzuweisen. Das Ergebnis davon ist, daß das Ganze nicht auseinanderfällt und die Maniertheit nicht Platz greifen kann.

Es entsprach wenig der früheren Gewohnheit, an der Stätte der Stuttgarter Abonnementskonzerte die „Uraufführung“ eines umfangreichen Werkes vor sich gehen zu lassen, dessen Schöpfer nicht zu den einheimischen Künstlern gehörte, auch wurden dem Publikum durch Neuaufführungen nicht allzu häufig Überraschungen zugebracht. Das ist allmählich anders geworden, und keine Frage ist, daß Stuttgart damit leichter Gehör nach außen hin verschafft wird. Die Bedeutung einer Musikstadt muß im selben Maße wachsen, als sich zeigt, daß man in ihren Konzertsälen zu frischer Initiative vorgeht. Um dieses auszeichnenden Lobes willen darf man auch die gelegentliche Tatsache eines Fehlgriffs in der Wahl einer Neuheit unbesorgt hinnehmen.

Sinfonie und Kammermusik sind beide auf dem Boden volkstümlichen Schaffens entstanden und beider Spuren laufen in ihren Anfängen zusammen. Erweiterung der Form, Vertiefung und Veredlung des Inhalts sind hier wie dort zu bemerken, aber während die Sinfonie sich hauptsächlich der gesteigerten Mittel bediente und die Rolle des einzelnen Instruments mehr und mehr auf eine ganze Gruppe von Instrumenten überging, hat sich die Kammermusik den solistischen Charakter bewahrt. Ein sinfonisches Werk mit bedeutungsvollem Inhalt scheint stets an die ganze Menschheit gerichtet, das Orchester musiziert weniger für sich als für die anderen, denn der einzelne Spieler gelangt kaum zur vollen Kenntnis des Inhalts. Anders bei der Kammermusik. Hier bedarf es nicht einmal eines Zuhörers, der Spieler ist sich selbst genug, wo aber Teilnehmer am Genuß anwesend sind, soll und wird jeder vermeinen, ihm eigens zugedachtes Spiel zu hören. In der Besonderheit der Kammermusik liegt es auch, daß sowohl an den Spieler als auch an den Zuhörer die größten Anforderungen gestellt werden. Das Genießen wird hier zur Kunst. Aus dem Besuche der Kammermusikveranstaltungen, wenigstens der ständigen unter diesen, können immer Rückschlüsse auf den Musikbildungsstand der Bevölkerung gezogen werden. Daher ist es ein sichtbares Zeichen steigenden Verständnisses für die Edelgattung der Musik, daß die Kammermusikaufführungen in Stuttgart sich der regsten Teilnahme erfreuen. Fast alles, was jetzt auf diesem Gebiet sich bei uns abspielt, hängt mit dem Namen des Stuttgarter Streichquartetts zusammen.

Man kennt das „Wendling-Quartett“ in den Musikstädten Deutschlands. Der Zug des Herzens verbindet diese Künstler am stärksten mit Mozart, Schubert und dem jüngeren Beethoven. Hier sind die Quellen ihrer Kraft,

doch sind sie nicht nur Vermittler der klassischen Meisterschöpfungen. Wenn behauptet werden darf, daß Max Reger in Stuttgart verhältnismäßig rasch zunächst willige und dann entgegenkommende, ja sehr warme Aufnahme gefunden hat, so ist ein nicht geringes Maß von Verdienst hierfür dem Anführer des Wendling-Quartetts zuzuschreiben. Neben den reinen Quartettabenden sind auch solche zu verzeichnen, bei denen Kammermusikwerke in anderer Besetzung, namentlich mit Klavier, gespielt werden. Im Bunde mit den Streichinstrumentalisten erscheint dann, sofern nicht fremde Kräfte zur Mitwirkung beigezogen werden, Max von Pauer. Dieser kraftvolle Spieler, Feind alles Blendwerks, ein Meister im Beherrschen und Nachgestalten größter Formen, hat sich die besondere Verehrung aller Musikfreunde erworben. Er ist mehr Künstler als Virtuos. Wer durch ihn Einblick in die Tonwelt bekommt, hat das Gefühl sicherster Führung. Darum ist die Anziehungskraft, welche die in solch vorzüglicher Weise vermittelte Kammermusik in Stuttgart findet, leicht erklärlich. Der Kluge fragt sich, ob der ihm bevorstehende Genuß nur auf den Augenblick berechnet oder ob er ein dauernder ist, und trifft danach seine Auswahl.

Während Sinfonie- und Kammermusikonzerte im Laufe der letzten 20 Jahre nur geringe Vermehrung erfahren haben, ist dagegen ein sehr starkes Anwachsen der solistischen Konzerte zu verzeichnen. Im besonderen gilt dies von den Liederabenden, dann auch von den reinen Klavierabenden. Ursache hiervon ist die allgemeine Ausdehnung des Konzertbetriebes, woran das aufstrebende jüngere Künstler- und Künstlerinnengeschlecht den stärksten Anteil hat. Der Charakter eines besonderen Ereignisses ist damit dieser Art von Konzerten im allgemeinen verloren gegangen, aber die Urteilskraft des Publikums weiß doch wiederum zwischen dem Hervorragenden, Guten und Alltäglichen zu unterscheiden. Im letzten Grunde ist es auch die Allgemeinheit, die der Willkür des Künstlers im Aufstellen seiner Programme eine gewisse Grenze gezogen hat. Man fragt sich nicht nur, wen man hört, sondern auch, was man hört. Lächerlich und schädlich zugleich wäre es, in der Forderung nach Einheit zu weit zu gehen, aber auf Reinheit muß geachtet werden, und da zeigt ein Überblick über das in Stuttgart Dargebotene, daß der dort öffentlich auftretende Künstler sich bewußt ist, mit gehobenen Ansprüchen rechnen zu müssen. Wer einen vollen Winter hindurch alle diese (etwa 60) von einheimischen und auswärtigen Kräften veranstalteten Konzerte besucht hat, der befindet sich in ähnlicher Lage wie einer, der einen Bilderausstellungssaal durchwandert hat. Zunächst ist ein Sichsammeln und ein ruhiges Beschauen nicht möglich, ist man aber wieder sich selbst überlassen, so bemerkt man, wie das Beste haften blieb, und in der Erinnerung tritt einzelnes fast noch schärfer hervor als im Augenblicke des Genießens. Solche Stunden des Rückschauhaltens und Nacherlebens sind gewiß als gewinnbringend zu erachten. Jedem, der aufnahmebereit für die Offenbarungen der Tonkunst ist,

können sie schlagen. Er wird mit Dank des Künstlers gedenken, dem oft, ohne daß er es weiß, die Aufgabe des Seelenarztes zufällt.

Eine förderfame Aufgabe im Bereiche des öffentlichen Musiklebens kommt den Vereinen zu. Ihnen ist die Zentralisierung der Kräfte zu verdanken. Je nach den besonderen Aufgaben, welche sie sich gestellt haben, ziehen sie einen stets verfügbaren engeren Kreis von Musikfreunden an sich, deren auf öffentliche Betätigung gerichtete Bestrebungen wiederum durch einen weiteren Kreis von Vereinsangehörigen die nötige finanzielle Unterstützung erhalten. Ohne das Bestehen der Gesangsvereine wäre man bei der geplanten Aufführung eines Chorwerks vor die erdenklich größten Schwierigkeiten gestellt. Manchem mag die ständige Bereitstellung der zur lebendigen Erweckung von Chorwerken nötigen Kräfte als etwas Selbstverständliches erscheinen, in der Tat aber ist für die meisten Vereinigungen ein großer Aufwand an Idealismus nötig, um den Zweck ihres Bestehens zu erfüllen.

Nach Alter und Bedeutung gebührt dem Verein für klassische Kirchenmusik der erste Platz bei der Aufstellung der ständigen gemischten Chöre. Der Obhut dieses Vereins ist die klassische Literatur ohne starres Festhalten an dem Programm anvertraut, aber schon der Umstand, daß der Verein sich die Stiftskirche zum Ort seiner Aufführungen gewählt hat, bildet ein besonderes Unterscheidungsmoment zwischen dem klassischen Verein und den mehr weltlich veranlagten Brudervereinen. Hierzu kommt, daß die Sänger jedes Liebhaberchors durch fortgesetzte Übung mit einer gewissen Stilart mehr und mehr vertraut werden, dafür aber nach der entgegengesetzten Richtung hin leicht versagen, Grund genug, um es für einen Dirigenten ratsam erscheinen zu lassen, sich von dem gewohnten Pfade nicht allzu weit und nicht allzu häufig zu entfernen.

Unter der wertvollen Mitwirkung der Hofkapelle vermehrt der Verein für klassische Kirchenmusik jährlich viermal die Zahl seiner Aufführungen. Der Verein hält nicht eigensinnig an der Überlieferung fest, die schlechte Gewohnheiten oft mit dem ehrwürdigen Heiligenscheine des Alters versehen betrachtet, er berücksichtigt auch die Ergebnisse neuerer Forschung auf dem Gebiete der Aufführungspraxis vergangener Jahrhunderte.

Die ganz neugebildete „Stuttgarter Chorvereinigung“ entstand aus dem glücklichen Gedanken heraus, den Verein für klassische Kirchenmusik und den ohnehin schon durch Personalunion mit ihm verbundenen Lehrer- und Gesangsverein zu gemeinsamen Aufgaben heranzuziehen. Daß hierbei auch der weltliche gemischte Chor nicht übersehen werden soll, bildet einen Grund, das Zusammenleiten der beiden Chorströme als wichtige Tatsache zu verzeichnen.

Als weltliches Gegenstück des klassischen Vereins kann man den Neuen Singverein betrachten. Dieser erscheint zweimal jährlich auf dem Plan. Der von ihm in Pflege genommene Literaturzweig, das Konzertgesangwerk,

ist in steter Entwicklung begriffen. In seinen Anfängen auf Haydns Orationen einerseits, andererseits auf jene kleineren, für Liebhaberchöre bestimmten Arbeiten zurückgehend, wie sie etwa Schubert aufweist, zeigt das neuere Chorgesangwerk, zumal da, wo es sich großen Solisten- und Orchesterapparates bedient, vielerlei stilistische Einflüsse. Mit ihm verglichen hat sich das Kirchengesangwerk den Einflüssen von außenher viel weniger zugänglich gezeigt. Leicht ist daraus auf die besonders schwierige Aufgabe zu schließen, die einem aus Nichtberufssängern und -sängerinnen zusammengesetzten Chore zufällt. Die Tätigkeit des Singvereins erprobt sich in abwechslungsreicher Auswahl an allen wichtigen Erscheinungen, auch das Gute aus dem Ausland wird nicht verschmäht. Hinsichtlich der Zahl der Neuheiten marschiert der Singverein im vordersten Glied. Fast jedes Jahr verschafft die Kenntnis eines neuen Chorwerks. Aus dem Schoß des Vereins hat sich in jüngster Zeit ein Frauenchor gebildet. Geschah dies auch zunächst unter dem Zwang der kriegerischen Zeitverhältnisse, so ist doch zu hoffen, daß dieser junge Schößling am Vereinsbaum sich triebfähig erhält.

Die gefährliche Nähe der Hauptstadt, die ihre Saugarme fühlend in der Umgebung ausstreckt, hat bei Cannstatt, dessen Gemeinwesen ja jetzt ganz mit demjenigen Stuttgarts verschmolzen ist, keine schlimmen Folgen gehabt. Es hat sich dort eine zwar kleine, aber fest zusammenhaltende Musikgemeinde erhalten. Für Cannstatt eigens steht der Schubert-Chor zur Verfügung, seine Aufführungen in der Kirche oder im Konzertsaal legen erfreuliches Zeugnis von Selbständigkeit und gesunder Kraft ab. Für die sommerlichen Konzerte im Rurgarten wurde die Rurkapelle organisiert, sie gehört zu den „fliegenden“ Orchestern, da sie nur im Sommer sich zusammenfindet, aber es war doch damit möglich, einen Zyklus mehrerer Sinfoniekonzerte zustande zu bringen, so daß sich Cannstatt des Besitzes eines eigenen Sinfonieorchesters erfreuen konnte.

Eine ganz besondere Stellung nehmen die Männerchorvereinigungen ein. Von der hohen Warte anspruchsvoller Kunstkritik aus betrachtet, rückt der Männerchor in weitere Ferne, ja er verschwindet mitunter ganz dem Blick; aus der Nähe betrachtet, stellt er sich als wichtiger Teil des Ganzen dar. Auf einem Felde einfachster Kunstbetätigung stehen wir bei den kleinsten Männerchören. Für solche Vereinigungen hat das Lied die Aufgabe, die Geselligkeit zu heben. Die ursprüngliche Bestimmung der Liedertafeln, das Zusammengehörigkeitsgefühl des Bürgers zu stärken und die Liebe zum Vaterland wecken zu helfen, kann hier am besten erfüllt werden. Dieses Ziel dürfen die Männerchöre niemals aus dem Auge verlieren, sie haben aber da, wo die richtigen Kräfte sich zusammenfinden, auch das Recht, aus dem bescheidenen Kreise heraus in den Bereich höheren Anspruchs an Vervollkommenheit hineinzutreten. Nur aus diesem berechtigten Ehrgeiz heraus, der ja auch durch die Tonseher selbst geweckt wurde, konnte das

Männerchorsingen zu solch hohem Grade technischer Leistungsfähigkeit gebracht werden, wie ihn die großen Vereinigungen überall da, wo die deutsche Zunge klingt, erreicht sehen lassen. In Stuttgart kommen namentlich der Stuttgarter Liederkranz und der Lehrergesangsverein als Pflegestätten des veredelten Männerchorgesangs in Betracht, aber brüderlich reichen diesen Vereinen eine ganze Reihe zu Ansehen gelangter Sängergemeinschaften die Hände. Der dem Männerchor eigene Mangel an vokalen Klangfarben hat da, wo der Zusammenhang mit dem schlichten Lied verlassen wurde, zur Auffrischung durch die Farbenmittel des Orchesters geführt. Das Männerchorwerk mit Orchester bleibt der Natur der Sache nach den mit zahlreichen Stimmen ausgestatteten Chören vorbehalten, zumal die Handhabung eines großen technischen Apparates immer mit großen Unkosten verknüpft ist. Aus diesen Gründen sind Liederkranz und Lehrergesangsverein die einzigen Vereine, welche in der Regel starke Massen in Bewegung setzen. Sie haben darum nicht nötig, ihren Freunden die kleinen Gaben vorzuenthalten, doch führt die häufige Mitbeschäftigung eines Orchesters von selbst zu noch weiterer Ausnützung dieses Mittels, indem dieses dazu dient, den Programmen durch solistische, vom Orchester begleitete Einlagen eine breitere Grundlage zu geben. Die Kriegezeit legte im besonderen den Männerchören eine schwere Prüfung auf. Teilweise mußte die Vereinstätigkeit ganz aussetzen, aber man darf sicher sein, daß sie wieder auflebt. Auch wo gesunde Kraft in einem Körper steckt, kann das Wachstum infolge äußerer Störungen wohl einmal zurückgehalten werden, aber der Organismus sorgt für Ergänzung der verlorengegangenen Kräfte und weiß die Störungen rasch auszugleichen.

Der Pflege gemeinschaftlichen Instrumentalspieles widmen sich eine Reihe von Vereinigungen. Zu wohlverdientem Ansehen gelangte der Orchesterverein. Dilettantenorchestern mag früher immerhin noch größere Wichtigkeit zugekommen sein, als sie ihnen heutzutage zugestanden werden mag. Man braucht sich nur daran zu erinnern, daß es Liebhaberorchester waren, durch deren Hände ein Teil der Mozart-, ja selbst noch der Beethoven-Sinfonien erstmals zum tönenden Leben erweckt wurden. Höfische Berufsorchester wurden wohl für den ständigen Theaterdienst, selten aber für allgemein zugängliche Konzertaufführungen gebraucht, überhaupt ist es Tatsache, daß das ganze Konzertwesen in seiner einwandfreien Form auf die Musikfreudigkeit des Liebhabers zurückzuführen ist. Jetzt ist das kaum mehr zu erkennen, daher sind wir leicht geneigt, den Dilettantismus etwas geringschätzig abzutun. Der Künstler ist aber stets auf den Liebhaber angewiesen, denn wenn dieser letztere durch eigenes Mittun seine Kenntnisse sich zu erweitern versucht, so findet dadurch jene enge Annäherung zwischen beiden Teilen statt, die eine der Vorbedingungen für fruchttragende Beziehungen ist. Eine sich stets gleichbleibende Bedeutung der Liebhaberorchester tritt klar zutage, wenn man ihren geschmackbildenden Einfluß auf die Spielgenossen

erwägt, auch ist der Fall denkbar, daß das Vorhandensein guter kleiner Orchester die Konzerte wieder von ihrer oft sehr unangebrachten Neigung zum Arbeiten mit gehäuften Mitteln abbringt, und schließlich braucht man das Dilettantenorchester schon darum, damit Werke, die aus älteren Stilperioden stammen, nicht ganz aus dem Gehörkreise verschwinden, denn nur selten wird ihnen ein bescheidenes Plätzchen von den ersten Sinfoniekapellen eingeräumt.

Was der Orchesterverein seinen Besuchern zu bieten hat, dient den Jüngeren zur Belehrung, den Älteren zur Auffrischung ihrer Literaturkenntnisse, allen aber und namentlich den Spielern selbst zur angenehmen Erholung und zur Freude.

Außer diesen in aktiver Weise sich betätigenden Vereinen besitzen wir noch solche, deren Mitglieder es nur ausnahmsweise auf Selbstbeteiligung abgesehen haben. Der Tonkünstlerverein tritt ab und zu auf den Plan, die ausgezeichnetsten Künstler treten daselbst auf, und Kenner und Feinschmecker finden dort immer etwas, was verwöhnten Ansprüchen zusagt. Die Volkskonzerte des Württembergischen Goethe-Bundes gehören zu den bestbesuchten Veranstaltungen. Die Flagge, unter welcher das Vereinsschiff segelt, bürgt für höchste Gediegenheit, und indem es hier für die Besucher trennende Rangunterschiede am wenigsten gibt, kommt man dem Ideal einer für das gesamte Volk gedachten Darbietung schon ziemlich nahe.

Die Verwaltung und Ausnützung des unermeslich reichen Bach-Erbes hat der Württembergische Bach-Verein in die Hand genommen. Seit es eine für den praktischen Gebrauch bestimmte Ausgabe der Bach-Kantaten gibt, die Neue Bach-Gesellschaft ins Leben getreten ist (1903) und die Abhaltung großer Bach-Feste in Norddeutschland die Blicke wieder mehr auf die Gestalt des Leipziger Kantors richten läßt, war es auch für die Schwaben eine selbstverständliche Sache, sich an der allgemeinen Bewegung zu beteiligen. Die tiefere Ursache ist freilich in der steigenden Erkenntnis von dem unwandelbaren Werte der Schöpfungen des Riesengeistes zu finden, die äußeren Ereignisse erleichterten dann noch die Ausführung des Planes, der zunächst auf Gründung eines Bach-Vereins ging, mit dem Ziel, „die Verbreitung der Kenntnis der Werke S. Bachs, insbesondere der Kirchenkantaten, zu fördern“. Da der Bach-Verein einen eigenen Chor nicht besitzt, dehnt er seine Aufgabe dahin aus, kleineren, auf schwächeren Füßen stehenden Chören durch Verleihen seines Notenmaterials instand zu setzen, sich ihrerseits durch eigene Mitarbeit um die Bach-Sache verdient zu machen.

Die Entstehung des Bach-Vereins hängt enge zusammen mit der schon vorher erfolgten Gründung eines württembergischen Bach-Fonds mit der Bestimmung, die Einführung der Kantate in den liturgischen Gottesdienst zu ermöglichen. Pfarrer (damals Vikar) Albrecht Werner faßte den ersten Entstehungsgedanken, später flossen beide Gründungen zusammen. Um die Verwirklichung der Vereinsbestrebungen machten sich die Vorstände Johannes

Gmelin († November 1911) und Otto Freytag, nach der künstlerischen Richtung hin namentlich Adolf Benzinger und Heinrich Lang verdient.

Viele tüchtige Kräfte sind aus dem Schwabenland als Tonseker hervorgegangen. Wenn man von einer schwäbischen Tonsekerschule trotzdem nicht reden kann, so rührt das zunächst davon her, daß es an einer Persönlichkeit fehlte, die sich tonschöpferisch so eigenartig und gleichzeitig so anziehungskräftig erwiesen hätte, um Haupt- oder Mittelpunkt einer ihre besonderen Ziele ins Auge fassenden Künstlergruppe zu werden. Vollends läßt sich eine schwäbische Tonsekerschule etwa im Hinblick auf nationale, der Musik aufgedrückte Merkmale nicht denken, und wäre es doch so, müßte ihr Bestehen von fragwürdigem Wert sein. Kann die Musik auch durch Aufnahme rhythmischer Elemente (Tanz) und melodischer Gänge (Volkslied) nationalen Charakter erhalten, so betrifft dies doch nur die kleineren Formen, denn je mehr die Form sich erweitert, um so mehr werden diese Merkmale abgestreift werden. Eine Gebundenheit an die Benützung besonderer Rhythmen oder Metren (z. B. des schwäbischen Ländlers) würde auf dem Gebiete der Kammermusik oder der Sinfonie ein durchaus unkünstlerisches, zwangvolles Ergebnis haben und würde zudem noch in diesen höheren, vom deutschen Geist erfundenen Formen den Verzicht auf das Weltsprachliche, demnach gerade auf das, was sie von ausländischer Musik unterscheidet, zugunsten von Dialektphrasen ergeben.

Ihm durchaus Eigentümliches an Musik besitzt Schwaben in seinem Lied. Es ist noch gar nicht genug gewürdigt, welch unvergängliche Werte in seinen köstlichen Silberliedern liegen. Diese Lieder, die man oft auf dem Lande sogar mehrstimmig gesungen hört — Beweis für gesunde musikalische Fähigkeiten der einfachen Bevölkerung —, sind, ganz kurz gesagt, Kulturtaten. Sie haben eine latente, vom natürlichen, nicht verbildeten Ohr leicht herauszuhörende Harmonie, zum Unterschied vom älteren Volkslied, das weit Verarbeitungsfähiger in harmonischer Hinsicht war. Darin liegt der Hauptgrund dafür, daß das neue schwäbische Volkslied einer Verarbeitung für die Kunstmusik widerstrebt.

Es gibt Musik, die mehr leuchtet als erwärmt, und andere, deren Wärmekraft bei weitem stärker als die Leuchtkraft ist. Von der letzteren Art ist das, was an Musik aus unserer engeren Heimat hervorgegangen ist. Der treuherzige, herzerwärmende Zug, den das Volkslied aufweist, wird zum gemütvollen, sinnigen Zug an den ihm noch verwandten Arten, dem Chorlied, dem Kunstlied, den einfacheren Instrumentalformen. Und auch was schwäbische Tonseker auf dem Gebiete größter Formen geschaffen haben, ist immer noch zu seinem Vorteil in einem gewissen Grad mit dem verwandt, was dem heimischen Boden unmittelbar entwachsen ist. In diesem Sinne wäre also von schwäbischer Musik zu reden, nicht aber in jenem Sinne, worunter mundartliche Eigenheit zu verstehen ist. Spricht man dem Schwaben besondere

Gemütseigenschaften zu, so wird man diese auch in seiner Musik entdecken. Im allgemeinen gebührt den schwäbischen Tonseker das Lob, daß sie die natürliche Sprache des Herzens jedem geschraubten Ausdruck vorziehen. Niemals haben sie sich plötzlich, nur um Beachtung auf sich zu ziehen, auf das Neue gestürzt, eher hielten sie treu an der Überlieferung fest, selbst auf die Gefahr hin, für rückständig erklärt zu werden. Lied und Kirchenmusik wurden mit besonderer Vorliebe gepflegt, aber auch dem Drange zur Oper und zu den großen Formen der Instrumentalmusik wurde nachgegeben. Vieles Gute hätte die weitere Verbreitung im Reiche verdient. Das Fehlen leistungsfähiger Musikverlage im Lande und die Scheu des Schwaben, sich selbst zum Worte zu melden, trugen wohl die Hauptschuld an dem langsamen Bekanntwerden.

Sinn für stille Romantik spricht aus den Werken des Nestor der schwäbischen Tonseker, Gottfried Linder. Zu wenig bekannt sind die stilgetreuen Mozartkadenzen (zu den Klavierkonzerten) desselben Komponisten, aber man darf sicher sein, daß die Zeit ihrer höheren Wertschätzung auch wieder kommen wird. Was Heinrich Lang an kirchlichen Chören und an Orgelmusik geschrieben hat, kann ebenfalls unbesorgt seinem Schicksal überlassen werden. Es besitzt Lebenskraft, und der Geist, der daran zu erkennen, ist nicht von der Art, daß er rasch verflüchtigt. Sorgt Lang dafür, daß die zunächst mit Faists Namen verknüpfte Überlieferung wahr bleibt, wonach Stuttgart Sitz einer an beste Vorbilder sich haltenden Orgelschule ist, so zeigen sich bei Linder in gemäßigter Weise auch die Einflüsse der Liszt'schen Richtung. Auf dem Boden des Chorwerks hat ein anderer Schwabe, Joseph Anton Mayer, sich Erfolge geholt. Ein auf das Populäre gerichteter Zug hat diesen Arbeiten in Verbindung mit angenehmen Klangeigenschaften stets gute Aufnahme verschafft. In den letzten Jahren hat man viele jüngere Talente herausrücken sehen. Mehr als eines von ihnen hat Anspruch auf Beachtung, die meisten haben sich die Liedvertonung zur Aufgabe gemacht. Die Spuren allgemeiner Geschmackswandlung sind auch an diesen neu schwäbischen Liedern zu bemerken, dagegen bewegt sich mehr in herkömmlichen Bahnen, was den Männerchören dargereicht und von diesen als willkommene Gabe angenommen wurde. Einigermassen eine Sonderstellung nimmt August Halm ein. Wie er als Musikästhetiker seine eigenen Wege geht, so ist er auch als Tonseker nicht willens, sein Schifflein ins Schlepptau zu geben. Man geht wohl nicht fehl, wenn man Halms beachtenswerte Werke als Ergebnisse des Bestrebens ansieht, in Anlehnung an die Thematik und formale Gestaltungsweise Bachs und mit gleichzeitiger Benützung Brucknerscher Stileigentümlichkeiten einen triebfähigen, von allen Auswüchsen moderner Schreibart freien Stil zu pflanzen. Das bedeutet einen Verzicht gerade auf das, was an der Musik blenden kann, und ist mindestens als Zeichen von Entsagungskraft und Willen zu beachten.

Der Zug in die Weite, der Drang, auch auswärts zur Anerkennung zu gelangen und zugleich sich befruchtende Eindrücke aus neuer Umgebung zu

holen, kennzeichnet von jeher den Tonkünstler. Ein sekhafes Volk ist das Künstlervolk ja noch nie gewesen. Das Reich, aber auch das Ausland ist im Besitze manches als Musiker in gutem Rufe stehenden Schwabensohnes, und umgekehrt haben sich Nichtschwaben bei uns stets bester Aufnahme zu erfreuen gehabt. Mit gewissem Recht bezeichnen wir auch die letzteren als schwäbische Tonkünstler, denn sowohl der Einzelne als die ganze Gruppe geben dem Bilde, das man sich von Stuttgart zu machen hat, seine besondere Farbe.

Von den in Stuttgart wirkenden Konsekern nichtschwäbischer Abkunft ist Max von Schillings der vielseitigste. Er ist Dramatiker und Lyriker zugleich, und beides durch innere Veranlagung. Seine Opern gehören zu den wichtigsten Erscheinungen auf dem Gebiete des neueren Musikdramas, sie lassen als letzten Ausgangspunkt das Wagnersche Drama erkennen, seine Lieder, zart, schwungvoll, edel im Ausdruck und voll blühenden Lebens stellen eine wertvolle Weiterbildung des modernen Liedtypus dar. Der von allen Konsekern gefürchteten Schwierigkeiten des Melodramas wurde kaum einer so sicher Herr wie Schillings, ja er hat recht eigentlich gezeigt, wie Wort und Ton, nicht zu einem Klang verschmolzen, wie beim Gesang, sondern getrennt nebeneinander hergehend, trotzdem als Einheit empfunden werden können.

Die Stärke von Ernst Hermann Seyffardt, den sich der Neue Singverein als Musikdirektor, das Rgl. Konservatorium als Lehrkraft gesichert hat, beruht vor allem auf seinen Vokalwerken. Lieder, Chöre, Gesangsszenen zeigen die ausgesprochene Begabung dieses Rheinländers, ansprechende Gedanken in gefällige Form zu kleiden, von seinen großen Werken, worunter auch eine Oper gehört, hat die Kantate „Aus Deutschlands großer Zeit“ durch ihre außerordentlich hohe Aufführungsziffer den Beweis geliefert, daß ihr Schöpfer den populären Ton gut zu treffen versteht.

Seine eigene Ausdrucksweise hat der aus Bayern gebürtige Joseph Haas, der in der Schule seines Landsmannes Max Reger aufgewachsen ist. Haas straft alle diejenigen Lügen, welche dem jüngeren Konsekergegeschlecht den Sinn für das Beschauliche und Romantische kurzerhand absprechen wollen. Haas hat ausgesucht Feines auf dem Gebiet der Kammermusik, des Liedes und der Klaviermusik geschrieben, er hat sich auch den gesunden Sinn für Humor bewahrt, er liebäugelt nicht mit dieser oder jener Schule, sondern schreibt so, wie's ihm ums Herz ist. Was dieser sorgfältig feilende Komponist bis jetzt veröffentlicht hat, ist seinem Wesen und seiner Beschaffenheit nach geeignet, den besten Erzeugnissen zeitgenössischer Komponisten gleichgestellt zu werden.

Damit ist der Kreis in Stuttgart sich heimisch fühlender, schaffender Musiker nicht umschlossen, aber diejenigen sind genannt, auf die wir mit besonderem Stolz hinweisen dürfen. Jedenfalls ist der Beweis nicht schwer zu erbringen, daß auch Stuttgart seinen wohlgemessenen Anteil als Mit-

förderin der stets nach freiem Wachstum sich sehnenden Tonkunst erhalten hat und daß dieses im Suchen nach neuen Werten und im Pflegen alter Werte bestehende Fördern sowohl von Einheimischen als von solchen, welche Stuttgart nur als Gäste bewohnen, gleichermaßen ernst betrieben wird.

Es kann festgestellt werden, daß eine rege Tätigkeit sich auch auf dem Gebiete des Kirchenchorwesens entfaltet hat. Eines wohlbegründeten Rufs erfreut sich die Stiftskirche, allwo Heinrich Lang an der Spitze steht. Auch die anderen, meist schwach besetzten, daher nur für leichtere Wagnisse in Betracht kommenden Kirchenchöre können, unbeschadet der Beschränkung ihrer Mittel, eine wichtige Aufgabe erfüllen. Beim Faglichen und Volkstümlichen beginnend, vermögen sie, wenn nur ihren Leitern der erzieherische Gedanke vorschwebt, für manchen Teilnehmer die Übergangsstufe zu dem kunstgemäßerem Gesang bilden, und daß sie auch sich selbst nach und nach schwierigere Aufgaben zutrauen können, hat schon manche wohlgelungene, wenn auch mit verstärkten Mitteln unternommene Aufführung bewiesen. Im besonderen haben sich die guten Folgen methodischer Chorerziehung an der Pauluskirche gezeigt. Zum Ruhm der Markuskirche wird es dagegen immer gehören, daß sie sich für ihren Organistenposten einen Künstler ausgesucht hat, der die Kirche zur Pflegestätte edelsten Orgelspiels gemacht hat. Der treffliche Adolf Benzinger starb nach siebenjähriger Tätigkeit den Tod fürs Vaterland, die darauffhin einige Zeit verwaist gewesene Orgel wurde einer Kraft anvertraut, von der mit Sicherheit anzunehmen ist, daß sie ihr schönes Amt im Geiste ihres Vorgängers versieht.

Von den mannigfachen, auf leichtere Spielbarkeit, größeren Farbenreichtum und selbst auf Modulationsfähigkeit des Tons gerichteten Fortschritten im einheimischen Orgelwesen kann man sich unter anderem durch einen Besuch der Hospitalkirche (von Weigle erweitertes Werk), der Gedächtnis-, Leonhards- und Markuskirche (Walcker'sche Fabrikate) überzeugen. Jedes dieser Werke hat seine Besonderheiten, alle bedienen sich für die Windführung — die Markuskirche auch für die Traktur, d. h. für den gesamten Gliedermechanismus — der Elektrizität als dienstbarer Kraft.

Der Zustand des öffentlichen Musiklebens einer Stadt hängt durch verschiedene Fäden mit dem Zustand des musikalischen Unterrichtswesens daselbst zusammen. Das Verständnis für das Schöne zu pflegen, überhaupt auch die Freude an der Musik durch praktische Ausbildung auf irgendeinem Instrumente zu verstärken, ist die verantwortungsvolle Aufgabe des musikalischen Erziehers. Den Erzieher selbst zu seinem Amt heranzubilden und dem Künstlerstande begeisterungsfähige, durch beharrliches Studium zu möglichst aussichtsreicher Fachbildung gelangte junge Kräfte zuzuführen, ist Zweck der musikalischen Unterrichtsanstalt. Das in Stuttgart befindliche „Kgl. Konservatorium für Musik“ ist längst als eine der trefflichsten Anstalten

bekannt. Es gibt Hunderten von Schülern und Schülerinnen jährlich das unentbehrliche Rüstzeug für ihren Beruf mit und entzündet in den Seelen seiner Zöglinge das Flämmlein, das später zur hellauflschlagenden Flamme genährt werden kann, oder auch einmal, aller Mühe des Lehrers zum Troß, aus Mangel an Nahrung wieder in sich selbst zusammenfällt, denn die Schule kann nur pflanzen; um den Keim zur Entwicklung zu bringen, bedarf es des festen Willens und der eigenen Mitarbeit des Schülers. Der Unterricht am Kgl. Konservatorium erstreckt sich auf alle praktischen und theoretischen Musikfächer, er wird von 40 Lehrkräften jährlich an durchschnittlich 500 Schüler erteilt. Der erfahrene Blick des derzeitigen Direktors, Max von Pauer, ließ das bis dahin der Schülerausbildung gesteckte Ziel etwas verrücken. Es wird stärkerer Wert auf die grundlegende Ausbildung sowohl des Fachschülers als des Liebhabers gelegt, als dies noch vor etwa zehn Jahren für nötig erachtet wurde. Man kann auch sagen, als es für nötig erachtet zu werden brauchte, denn damals waren die schädlichen Folgen eines starken Zudrangs zum Musikstudium noch nicht so deutlich zutage getreten, wie es heute geschieht. Die Musik wird zur elendesten aller Künste, wenn ihre Ausübung unwürdigen oder auch nur ungeschickten Händen anvertraut wird. Die Erkenntnis dessen, daß die Ansprüche an Wissen und Können namentlich der Schüler, welche selbst wieder erzieherisch wirken wollen, auf ein bestimmtes Maß zu bringen sind und daß dieses Maß streng nachzuprüfen ist, führte zur Einrichtung von Prüfungen für die abgehenden Schüler des Konservatoriums. Die einzige Rettung kann die Prüfung niemals sein, aber sie bedeutet doch einen Fortschritt an der von allen einsichtigen Musikern längst als brennend notwendig erachteten Säuberungsarbeit im freien Musiklehrerberuf.

Es gäbe ein unvollständiges Bild von dem Zustande des Musikwesens in Württemberg, wollte man nicht auch einen Blick auf die Musikbibliotheken werfen. Der Bestand an Musikwerken der Kgl. Landesbibliothek teilt sich in Handschriftliches, in praktische Musik und in Druckwerke über Musik. Wißbegierige werden ihre Schritte nicht vergebens zu dem Gebäude in der Neckarstraße lenken. Zwar ist für die praktische Abteilung erst ein Grundstock vorhanden, auch fehlt es noch an dessen richtiger Aufbarmachung durch einen Fachkatalog, aber allzu lange dürfte es wohl nicht mehr anstehen, bis hier Abhilfe geschaffen ist. Eine Reihe von Musikzeitschriften liegen zur Benützung auf, ein guter Bestand an Nachlässen aus dem Besitze württembergischer Musiker wird der Bibliothek das Interesse der Studienfreunde dauernd sichern. Fehlt es auch an wertvollsten Schätzen, ergiebiges, der Ausnützung harrendes Material für den Forscher ist zur Genüge vorhanden. Der Wert der Manuskripte oder Briefe eines Humsteeg, Auberlen, Lindpaintner, Kocher, Seifriz (unter anderem Briefwechsel mit Franz Brendel) oder einer Josephine Lang wird von Jahr zu Jahr steigen. An deutlichen Hinweisen auf die Wichtigkeit solches Materials zu Bausteinen für eine noch zu

verfassende württembergische Musikgeschichte ließ es der verstorbene Ernst Holzer (der Schubartforscher in Ulm) nicht fehlen; die systematische Vermehrung der Musikwerke ließ sich namentlich Karl von Stockmayer angelegen sein. Vorhanden sind unter anderem die kritischen Gesamtausgaben (Bach, Beethoven, Händel, Liszt), die Sammelbände der Internationalen Musikgesellschaft, die Denkmäler der Tonkunst in Österreich, die Denkmäler deutscher Tonkunst und die Denkmäler der Tonkunst in Bayern. Werke über Musik sind dem Katalog der Schönen Künste einverleibt. Eine wertvolle Sammlung handschriftlicher Chorwerke aus Klöstern oder Kantoreien wurde zur Aufschließung katalogisiert. Die umfangreiche, von August Halm durchgeführte Arbeit besitzt wissenschaftlichen Wert.

Ungemein reichhaltig ist auch der Bestand der Kgl. Hofbibliothek an alter praktischer Musik. Auch hier ist für die nächste Zeit die fachmännische Katalogisierung vorgesehen. Vieles stammt aus dem Kgl. Hoftheater, das wegen Raummangels sich zum Abstoßen vieler Bände gezwungen sah. Eine Sammlung kunstfertig geschriebener Opernpartituren Lullys in Prachtbänden stellt eine Hauptzierde der Bibliothek in dem einstigen Speisesaale der Hohen Karlschule dar. Handschriftliche Opernpartituren von Konradin Kreuzer, Lindpaintner, Joseph Albert, Jommelli bilden einen ergiebigen Schatz für den Musikhistoriker.

Als vor einigen Jahren von Berlin aus der Anstoß zur Bestandaufnahme alter Musikwerke erging, zeigte sich, daß auch Württemberg der Fundort seltener Werke ist. Vergrabenes wurde bloßgelegt, und das Hauptnachschlagewerk für den Musikgelehrten, Eitners Quellenlexikon, hat bei dieser Gelegenheit manche Richtigstellung und Ergänzung erfahren können. Sicher ist anzunehmen, daß eifrige Nachforschung und glücklicher Zufall noch weitere günstige Ergebnisse zeitigen werden.

Ein Verzeichnis der Heilbronner Gymnasialbibliothek hat bereits 1893 Edwin Mayser angelegt, und in Urach hat August Bopp gezeigt, was mit einiger Spürgabe, Liebe und Ausdauer noch an alten Schätzen im Lande aufzutreiben ist.

Nach dem Vorgange Münchens erhielt Stuttgart 1910 eine durch private Mittel geschaffene, nun auch städtischer Unterstützung sich erfreuende musikalische Volksbibliothek (die zweite ihrer Art in Deutschland). Der Gründungsvorschlag stammte von Dr. Paul Marsop, dem Münchener Kunstgelehrten und eifrigen Verfechter musikalischer Reformideen. Die Arbeit, die an der Stätte der Stuttgarter Musikvolksbibliothek geschieht, ist volkserzieherischer Art.

In jüngster Zeit hat es sich auf dem engeren Gebiete des Musikschriftstellertums gerührt. Vorgegangen waren da die beiden Tübinger Gelehrten Karl und Reinhold Röstlin, deren ästhetische und historische Schriften der Empfehlung nicht erst bedürfen. Unter glücklicher

Vermeidung der schweren Befrachtung mit sachmännischem Stückgut hat uns Alfred Schüz schöne und tiefe Gedanken über Musik in seinen Schriften hinterlassen. Mit Begrenzung auf den kleineren Bezirk der Operngeschichte am Stuttgarter Hof hat Jul. Sittard eine zweibändige Arbeit (1890/91) herausgegeben. Damit war der Anfang auf dem Gebiete der einheimischen Spezialforschung gemacht. Die Geschichte der Stuttgarter Hofkantorei unter den Herzögen Christoph, Ludwig, Friedrich, Johann Friedrich und Eberhard III. lernen wir aus Gustav Bosserts Aufsäßen kennen, über Zumsteeg gibt es seit 1902 (hundertjähriger Todestag) eine Biographie aus der Feder Ludwig Landschotts. Umfangreiche Musikepochen behandelten Anton Möhler und Karl Grunsky, die zugleich auf musik-ästhetischem Gebiete hervorgetreten sind, während August Halm in seinem der traditionellen Auffassung sich widersetzenden Buche „Von zwei Kulturen der Musik“ eigenartige Gedanken entwickelte. Einen wichtigen Abschnitt aus Württembergs musikalischer Vergangenheit bearbeitete auf Grund eigener Forschungen in ergebnisreicher Weise der aus Stuttgart gebürtige, seit 1902 in Halle die Professur ausübende Hermann Abert. Der glänzende Stand der Opernmusik an Herzog Karl Eugens Hofe wird von ihm anschaulich geschildert, und die Bedeutung Nicola Tommellis, des hochberühmten Neapolitaners, lernen wir erst durch ein Studium des Abertschen Werkes richtig einschätzen. Durch eine gründliche Beschreibung hat der Silcher-Biograph A. Bopp-Urach Licht auf einen Teil der Vergangenheit der Stuttgarter Stiftsmusik geworfen, auch in einzelnen Aufsätzen Beiträge zur Kenntnis der Lebensgeschichte württembergischer Musiker geliefert, doch hat uns das Wertvollste auf biographischem Gebiet Hermann Abert mit der Lebensbeschreibung und Schilderung künstlerischen Wirkens von Johann Joseph Abert geschenkt.

Dem wachsenden Bedürfnisse der Musikfreunde nach tieferem Eindringen in Inhalt und Art der Werke der Tonkunst kommt man auch in Stuttgart durch Konzertprogramme mit analytischen, historischen oder ästhetischen Einführungen entgegen. Aus der Feder Dr. Grunskys brachten die Abonnementkonzerte eine Reihe von Jahren hindurch Erläuterungen, welche dem Zuhörer Aufschluß über Herkunft der Tonwerke gaben und in ihm das Verständnis für ihren Aufbau und den geistigen Gehalt förderten. In den letzten Jahren ging man davon wieder ab, dagegen haben die vom Württembergischen Goethe-Bund veranstalteten Volkskonzerte seit nunmehr 14 Jahren daran festgehalten, ihren Besuchern durch erläuternde Programme die nähere Bekanntschaft mit den zu Gehör gebrachten Musikstücken zu vermitteln.

Erheblich groß ist auch die Zahl der öffentlichen Vorträge über Musik. Meistens bilden sie die Überleitung zu musikalischen Gaben, welche letztere dann die tönende Illustration zu den Worten des Redners darstellen. Veranstaltungen dieser Art im Hoftheater oder im Schauspielhause erwiesen oder erweisen teilweise eine starke Anziehungskraft. Jedenfalls kann auf diesem

Gebiet bei kluger Auswahl des Stoffes und mit Berücksichtigung der Erwartungen, welche einen zumeist aus Liebhabern der Musik sich zusammensetzenden Zuhörerkreis heranziehen, der weiteren Verbesserung und Hebung des Konzertwesens vorgearbeitet werden.

Fest verbunden mit Stuttgart ist die in ihren 14. Jahrgang eingetretene *Neue Musikzeitung*, sie hat schon verschiedene Wandlungen durchgemacht, bleibt sich aber gleich in dem Eifer, in dem Hause des Musikliebhabers den Sinn für das wahrhaft Schöne wachzuhalten und über alle wichtigen Vorgänge auf dem Gebiete des öffentlichen Musiklebens Aufklärung zu geben. Schließlich ist noch der Tageskritik zu gedenken. Diese führt ihre verantwortungsvolle Aufgabe mit verschiedenem Grade von Temperament durch und kann, mag sie auch im einzelnen irren, ja selbst sich widersprechen, doch das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, nicht nur fleißige Pioniertätigkeit auszuüben, sondern auch durch Ansetzen eines bestimmten Maßstabes, der aber immer noch einen gewissen Spielraum zum Hinab- oder Hinaufrücken behält, dazu beizutragen, daß die künstlerischen Leistungen auf einer steten Durchschnittshöhe bleiben und die Ausübung des öffentlichen Sichproduzierens nicht in die Hände Unberufener gerät.

Wie es wurde

Viel bedeuten 25 Jahre im künstlerischen Leben einer Stadt, wenn dabei an die hunderterlei Geschehnisse, an den steten Wechsel von Namen, deren Träger sich hervorzutun wissen, gedacht wird, wenig bedeuten sie, wenn man dabei die Entwicklung im ganzen ins Auge faßt. Wie der einzelne Mensch für das, was er in der Jugend liebt, noch im Alter die Neigung nicht verliert, er also im Grunde immer der gleiche bleibt, so wandelt sich auch die Gesamtheit nicht plötzlich um. So ist es auch zu erklären, daß jede Musikstadt sich ihr besonderes Gepräge wahr, mag es sich oft auch nur wenig merklich von dem anderer Städte unterscheiden. Ein gewisser konservativer Zug war Stuttgart von jeher eigen. Es hat diese Beharrungsfähigkeit immer behalten, aber es hat doch dabei mit dem Gang der allgemeinen Verhältnisse Schritt zu halten gewußt. Es ging alles ohne Hast vonstatten. Was auch nach außenhin vielleicht als rückweises, plötzliches Fortschreiten erscheinen mochte, war in Wahrheit nur das letzte Ergebnis langsam unter der Oberfläche wirkender natürlicher Kräfte.

Das gilt ganz besonders von der Erweiterung der Hofkapelle, die ins Jahr 1912 fällt. Sie war längst ins Auge gefaßt worden, konnte aber nicht durchgeführt werden, bevor nicht die Ausnutzungsmöglichkeit eines großen Orchesterinstituts vollständig freigegeben war. Der Zeitpunkt war mit der Eröffnung der neuen Kgl. Hoftheater gekommen. Die Hofkapelle, bis dahin aus 60 Spielern bestehend, erhielt einen Zuwachs von 22 Künstlern. Zur Zeit des Regierungswechsels 1891 hatte noch Hermann Zumppe den Dirigentenstab in Händen, er legte ihn 1895 ab, um in München sich neue Lorbeeren

zu holen, und überließ seinen Posten und damit die Verwaltung eines wertvollen Erbes dem ideal veranlagten, freilich aber an Willenskraft und zündend wirkender Begeisterung ihm nicht gleichkommenden Aloys Obrist. Unter der straffen Stabführung Carl Pohligs vergingen mehrere künstlerisch ertragreiche Jahre, 1907 auf 1908 war Obrist nochmals aushilfsweise beschäftigt, neben ihm Erich B and als Konzertleiter tätig, von 1908 ab trat Max Schillings an die Spitze der Kapelle. Seit der zyklischen Aufführung der aurea catena der Beethoven-Sinfonien (unter Zumpe) ist die erhöhte Aufmerksamkeit des Publikums auf Art und Bedeutung der Programme festzustellen. Zur Zeit der ersten Tätigkeit Obrists erschien erstmals der Name Anton Bruckner auf den Konzertanzeigen der Hofkapelle (Bruchstück der E-Dur-Sinfonie Nr. VII), auch tilgte Obrist eine Ehrenschuld an Liszt. Dasselbe tat Pohlig, dessen energische Wirksamkeit in Stuttgart nicht vergessen ist. Im Winter 1907/08 lag den Konzerten der Gedanke zugrunde, die Entwicklung der deutschen Sinfonie überschauen zu lassen (Vole: Stamitz-Strauß). Die scharfe Teilung der Konzerte in Sinfonie- und Solistenabende hat nicht lange bestanden, sie wurde 1909 aus gewichtigen Gründen wieder aufgehoben. Als Schillings eintrat, war die Mehrzahl der Bruckner-Sinfonien, jener der programmatischen Deutung widerstrebenden, einzig aus dem überquellenden Mitteilungsdrang eines kräftig schlagenden Künstlerherzens entstandenen Schöpfungen, vorgeführt worden, Schillings selbst schloß 1909 den Ring mit der dritten Sinfonie (D-Moll). In übersichtlicher Folge erschienen nun auch, nicht mehr von den Hörern nur als Kuriositäten aufgenommen, die wichtigsten Erscheinungen auf dem Gebiete neuzeitlichen sinfonischen Schaffens. Max Reger und Richard Strauß, um diese beiden nur zu nennen, wurden in ihre Rechte eingeführt, Mahler blieb nicht unbekannt, S. von Hausegger ebenso, auf neue, bis dahin noch nicht betretene Gebiete wurde hingesteuert und dabei doch immer wieder zu den alten, den Besuchern liebgewordenen Gestaßen zurückgekehrt.

Der Kreis ständiger Freunde der Kammermusik war früher kleiner, als er heute ist, doch standen die Kammermusikabende Edmund Singers mit Dionys Bruckner in wohlverdientem, hohem Ansehen. Bruckners Platz nahm nach kurzem Interim Max Pauer ein. Die reinen Quartettabende Singers, dieses unerreichten Vortragsmeisters, erhielten sich nicht so lange wie die Trioabende mit Pauer, schließlich aber zwang doch das Alter den 75jährigen Künstler, auf das öffentliche Spielen zu verzichten. Im März 1905 fand der letzte Trioabend Pauer-Singer-Seitz statt. Singer nahm dann bald darauf endgültigen Abschied vom Konzertsaal als Sonatenspieler, zusammen mit Pauer. Wendlings erster Kammermusikabend hatte bereits 1903 stattgefunden. Nach einiger Zeit verband sich Pauer mit dieser neuen Künstlervereinigung, die sich bald zu einem bedeutsamen Faktor in Stuttgarts Musikleben entwickelte. Außer verschiedenen Stuttgarter Künstlern und Künstle-

rinnen traten bei Wendling stets auch namhafte auswärtige Kräfte auf. Hier hat mehr als einmal Max Reger seine Schöpfungen eigenhändig durchgeführt; der klar gestaltende Felix Weingartner, die temperamentvolle Elly Ney, der klassizistische Spieler Risler, der fein veranlagte Carl Friedberg und manch andere charaktervolle Persönlichkeit war hier kennen zu lernen. In seiner jetzigen Zusammensetzung ist das Wendlingsche Streichquartett den Stuttgartern erst seit dem Abend vom 9. Oktober 1911 bekannt. Nicht unerwähnt bleibe, daß in der Spielzeit 1907/08 Vladislaus Waghalter den Erstgeiger im Kammermusiksaal wie auch im Orchester vertreten hat.

Zu erinnern ist hier an die Kammermusikabende oder -vormittage, welche von Otto Schapitz, Otto Hollenberg, Johanna Klinkerfuß, Ernst Hermann Seyffardt und Hugo Rückbeil gegeben wurden. Neueren Datums ist das Reissigoglou-Trio. Einen besonderen Grad von Anziehungskraft übte jahrelang das berühmte Böhmisches Streichquartett aus (erstmalig 1904). Ein wichtiger Gedenktag bleibt der 21. März 1906: er brachte uns den letzten Besuch des Joachim-Quartetts.

Von Veranstaltungen besonderer Art seien vor allem die Musikfeste erwähnt. Man hat deren acht in Stuttgart erlebt, die ab 1885—1907 fast ausnahmslos in Abständen von je drei Jahren stattfanden. Jedes von ihnen erstreckte sich über drei Tage, das sechste Musikfest (1900) darüber hinaus gar auf vier Tage. Bereitstellung der Mittel und Organisation der Kräfte besorgte der Verein zur Förderung der Kunst. An der Leitung beteiligte sich gewöhnlich ein Dirigentenpaar. Für das erste Fest war Bülow in Aussicht genommen worden, er wies jedoch auf den trefflichen Max Seifritz hin, der dann auch im Verein mit Immanuel Faist die künstlerische Tat der Leitung des ersten Stuttgarter Musikfestes ausführte. Beim nächsten und ebenso beim dritten Musikfest teilten sich Immanuel Faist und Paul Klengel in die Direktion. Für das vierte Fest war Anton Rubinstein gewonnen worden (zur Leitung seiner im Konzertsaal gegebenen geistlichen Oper „Christus“), neben ihm wirkte Hermann Zumpke. Anführer des fünften Festes waren Hans Richter und Aloys Obrist. Da das sechste Musikfest keine Orchesterwerke brachte — es war ein Kammermusikfest und wurde deswegen auch in den Königsbausaal verlegt, während man sonst in der eigens eingerichteten Liederhalle, zweimal auch in der Gewerbehalle das namhaft verstärkte Orchester und die Massenchöre unterbrachte —, so war hier von einem wirklichen Dirigenten nicht die Rede, doch übernahm Josef Joachim, der damals mit seinem Quartett mitwirkte, die Ehrenleitung. Dann kam Fritz Steinbach mit Karl Pohlitz an die Reihe, während beim letzten Fest die Stuttgarter Künstler Karl Pohlitz, Samuel de Lange und Ernst H. Seyffardt den Stab führten. Es ergab sich von selbst, daß die Musikfeste später verschwanden. Die Schwierigkeit gemeinsamen Einstudierens für die verschiedenen Chöre wurde immer größer, auch bekam man in wachsendem Maße in Stuttgart Gelegenheit,

bedeutende Künstler, Dirigenten und selbst auswärtige Orchester zu hören, und weiterhin machte sich das Bedürfnis geltend, nicht erst in dreijährigen Abständen, sondern in kürzeren Zeiträumen sich den Genuß solcher Aufführungen zu verschaffen, die nach Wahl der dabei verwendeten Mittel oder durch eine Leitidee besonderer Art sich von den Veranstaltungen mit gewohntem Aussehen deutlich und vorteilhaft abhoben.

Zu bezugreicheren Programmen gab das Erwecken historischen Sinns Anlaß. Gedenktage berühmter Tonkünstler und damit auch die günstigste Gelegenheit, solche Meister durch ihre eigenen Werke zu ehren, brachte fast jedes Jahr. Zu wirklichen Festen sah man diese dem Genie dargebrachten Widmungen 1903 und 1910 ausgebildet. Es war wiederum der Verein zur Förderung der Kunst, der bei Gelegenheit des 100jährigen Geburtstages von Hector Berlioz ein großes Chorkonzert mit Orchester zustande brachte. Sowohl damals als sieben Jahre später bei dem vom Tonkünstlerverein gefeierten Schumann-Fest wirkten mit Ausnahme einer einzigen (Frankfurter) Sängerin nur Stuttgarter Tonkünstler mit. Die im Schwabenland besonders rüstig betriebene Wegbahnung für den Liedvertoner Hugo Wolf war bereits 1906 so weit gediehen, daß damals ein viertägiges Hugo-Wolf-Fest Verehrer des Lyrikers und solche, die es werden sollten und gewiß auch alle wurden, im Konzertsaal und in der Oper sich treffen ließ.

Auf einen ganz anderen Zielpunkt hin wies drei Jahre später das Stuttgarter Tonkünstlerfest des Allgemeinen Deutschen Musikvereins, verbunden mit dessen 45. Jahresversammlung. Getreu seinen auch satzungsgemäß ausgesprochenen Bestrebungen, öffnete damals der Verein mit einer einzigen Ausnahme nur lebenden Tonschreibern die Bahn, und zwar zumeist noch unbekannten Jüngeren. Mochten demnach diese Veranstaltungen in erster Linie für den Fachmann in Betracht gekommen sein, so gaben sie doch sicher jedem Besucher wichtige Aufschlüsse über den damaligen Zustand der zeitgenössischen Musik und halfen dabei manche ungerechtfertigten Vorurteile beseitigen. Der einst unter Liszts Führung zusammengetretene Verein tagte in jener Woche erstmals in Württemberg. Ein ähnlicher Zweck verband sich mit dem Schwedischen Musikfest (20.—23. Juni 1913). In ungemein reichhaltiger Folge brachte es Proben der hier noch wenig bekannt gewesenen schwedischen Musik. Der Antrieb zu dem Besuche der Gäste — Komponisten, ausführende Künstler, darunter der vollständige Upsalaer Studentenchor — war von Stockholm ausgegangen. Zwischen diese beiden, den Blick auf die lebendige Gegenwart lenkenden künstlerischen Rundgebungen fiel noch das vom Württembergischen Bach-Verein ins Leben gerufene Bach-Fest (1. bis 3. Juni 1912), eine schöne und wohlgelungene Tat, dazu bestimmt, den Sinn für das Wesen Bachscher Tonsprache in ihrer unbeschreiblichen Eindringlichkeit und Wirkung auf die Seele aufgehen zu lassen. Dirigenten waren Erich Band, Max Schillings und Philipp Wolfrum, der Heidelberger Generalmusikdirektor. Der werbenden Tätigkeit für den Richard-Wagner-Stipendien-

fonds gelang es, mit den vorzüglichsten Mitteln in Angriff genommene Aufführungen des „Christus“ und der Graner Festmesse von Liszt zustande zu bringen. Einmal, und zwar im Sommer 1896, erlebte unser Stuttgart auch eines der großen deutschen, seit 1865 etwa alle sieben Jahre stattfindenden Sängerbundfeste. Damals trafen sich die Mitglieder von 975 Vereinen, 12 000 an der Zahl, um auf schwäbischem Boden durch das machtvolle Medium des Liedes ihrem Brudergefühl Ausdruck zu geben. Unter den Teilnehmern befanden sich 120 schwäbische Vereine (3400 Sänger) unter der Oberleitung Förstlers, außerdem wechselten die Chormeister Kremser-Wien und Meyer-Olbersleben-Würzburg in der Direktion der Chöre.

Mit der Zeit hat Stuttgart auch den Besuch fremder Dirigenten zu verzeichnen gehabt. Man kam dadurch mehr und mehr zu geklärten Ansichten über die wichtige Bedeutung des Anführers und konnte, namentlich soweit es bekannte klassische Werke betraf, durch die zutage tretenden Unterschiede in der Auffassung sich schärfere Unterscheidungsfähigkeit aneignen.

Zu wirklichen Ereignissen wurden auch die teilweise mehrfach gemachten Abstecher der reisenden Orchester. Das Raim-Orchester faßte sogar ziemlich festen Fuß in Stuttgart, unter Weingartner erreichte es seinen Höhepunkt an Beliebtheit. Als eigenartige Dirigentennaturen lernte man durch persönliche Bekanntschaft nebst anderen auch Ferdinand Löwe, Karl Muck und Max Reger kennen. Die jetzt in die Winde zerstreute, einst durch Bülow berühmt gewordene Meininger Kapelle besuchte uns zweimal, von ausländischen Kapellen ließ sich das Lamoureux-Orchester aus Paris hören. Dirigent war damals (1906) schon nicht mehr der angesehene, von modernem Geiste beseelte Konzertleiter Charles Lamoureux, sondern sein Schwiegersohn Camille Chevillard.

Fast unübersehbar ist die Reihe der solistischen Konzerte. Stuttgart hatte selbst im Kriegsjahre 1914/15 deren fast 50, im folgenden Winter sogar über 80 zu verzeichnen, also nicht weniger als in früheren Jahren des Hochstandes der Konzertflut. Vereinsaufführungen sind dabei nicht mitgezählt. Das fast bedenkliche Anwachsen, eine Folge der allgemeinen Ausdehnung des Konzertwesens, fing vor ungefähr zehn Jahren an, ein Abflauen scheint noch nicht so bald eintreten zu wollen. Die Lokalchronik hat als bedeutungsvoll dem Gedächtnis zu überliefern, was zur Verbreitung der Wolf-Lyrik durch die Faustischen Wolf-Abende geschah (L. Wüllner, Lula Gmeiner usw.). Der Hugo-Wolf-Verein gab seine letzte offizielle Veranstaltung im Januar 1903. Eine ungewöhnliche künstlerische Tat stellten 1903 die acht Klavierabende M. Pauers dar (Entwicklung der Klaviermusik 1543 bis zur Neuzeit), in Erinnerung blieb auch die Gesamtvorführung der 32 Beethoven-Klavier-sonaten durch denselben Pianisten. Gedenktage im Konzertleben waren außerdem nicht nur die Besuche zahlreicher hervorragender Reisevirtuosen, sondern auch die Abende der einheimischen Künstlerschaft, obwohl oder gerade

weil man es hier weniger mit einem rasch aufzuckenden Blendfeuer, als mit dem gleichmäßig und wohltuend erwärmenden Herdfeuer zu tun hatte, dem Nahrung von nie ermüdenden Händen zugeführt wurde.

Um mehrere inhaltsreiche Blätter ist das Buch der Vereinsgeschichte angewachsen. Der Verein für klassische Kirchenmusik, welcher durch seinen Gründer Immanuel Faißt zu hohem Ansehen gebracht war, verlor 1894 diese fast unersetzliche Kraft. Herman Zumppe und Heinrich Lang wurden die unmittelbaren Nachfolger. Samuel de Lange trat 1895 die Faißt'sche Erbschaft an und verwaltete sie bis 1910. Am 7. November dieses Jahres fand die erste Aufführung unter dem jetzigen Musikdirektor Erich Band statt (Missa solemnis von Beethoven).

Im Neuen Singverein (gegründet 1874) trat 1892 Ernst H. Seyffardt an die Spitze.

Der seit 1824 bestehende Liederfranz mußte seinen verdienstvollen, mit seinem Lebensgeschick aufs engste verbunden gewesenen musikalischen Leiter Wilhelm Förstler (Ehrenmusikdirektor 1913, † 1915) scheiden sehen; Karl Möskes trat dessen Nachfolge an. Der Stand der Mitglieder hat in 25 Jahren etwas abgenommen, die Sängerschaft im gleichen Zeitraum sich vermehrt. Auch der Lehrergesangsverein sah seine Leiter mehrere Male wechseln (Schwab, de Lange, Band). Ausführlich und zuverlässig legt die zum 50jährigen Bestehen des Orchestervereins erschienene Festschrift (aus der Feder Professor M. Elbens) Bericht über die wichtigen Vereinsereignisse ab. Als der elfte der Direktoren (seit 1857) übernahm Hugo Rückbeil den Stab aus den Händen de Langes.

Das erste Volkskonzert des Württembergischen Goethe-Bundes ging am Sonntag, 3. November 1891, im Königsbau vorstatten, die Jubiläumszahl des 100. Konzerts wird voraussichtlich noch im laufenden Jahre (1916) erreicht werden. Dem Gedeihen dieser Veranstaltungen hat Kommerzienrat Hans Schickhardt († 1915) ein gut Teil seiner stets auf lebendige Betätigung ausgehenden Arbeitskraft gewidmet.

Die Liste der innerhalb der letzten 25 Jahre verstorbenen Tonseker ließe sich lang ausdehnen. Die Ehrentafel der tüchtigen Schwabensöhne beginne mit dem Namen Immanuel Faißt. Mit dem Bilde dieses Mannes, eines der fähigsten Köpfe unter den musischöpferisch veranlagten Schwaben, steigt sofort die Erinnerung an die Gestalten eines Ludwig Speidel, Max Seifriz, Emil Rauffmann und Joseph Krug-Waldsee auf. Sie alle, für deren Laufbahn Stuttgart Anfangs-, Mittel- oder Endpunkt geworden war, hat jetzt der Tod hinweggerafft. Jeder von ihnen stand im besonderen Wirkungskreis, aber diese Kreise berührten sich. Hier wären noch viele zu nennen. Nicht vergessen soll Christian Burkhardt sein. Er hat den Sängern ein echt volkstümliches Lied geschenkt, ebenso der Tübinger

G. Adolf Pressel, dessen Weiserlied (warum ist es nicht ein Neckarlied geworden?) einer der am häufigsten von liedfrohen Kreisen gewählten Gesänge geblieben ist. Mit Joseph Albert trat ein namhafter Vertreter der älteren Richtung vom Schauplatz stillen Wirkens ab, mit Samuel de Lange verlor Stuttgart einen unermüdlich schaffenden, immer seiner eigenen Weise treugebliebenen Komponisten. De Langes Name bleibt zudem mit der Geschichte der Hauptlehranstalt des Landes für die musikalische Jugend enge verknüpft. Dies führt von selbst dazu, einen kurzen Blick auf diese Schule zu werfen, die jahrzehntelang im historischen Landhausgebäude in der Langestraße untergebracht worden war.

Das Konservatorium für Musik traf 1894 der Schlag, seinen hochverdienten Vorstand Immanuel Faist verlieren zu müssen. Unter der Vorstandschaft von Ludwig Hils wurde die Anstalt zum kgl. Konservatorium für Musik erhoben (1896). Es erfolgte die Angliederung der Opern- und Schauspielschule sowie der Eintritt neuer Lehrkräfte in die wichtigsten Fächer. De Lange (der von 1900 ab acht Jahre lang die Vorstandschaft übernahm) lehrte Orgelspiel und die höhere Komposition, Max Pauer übte stärkste Anziehungskraft auf die Klavierklassen aus, Otto Freytags Eintritt trug zur Hebung der Gesangsclasse bei.

Die guten Ergebnisse des neueingerichteten Klavierlehrerseminars zeigten sich erstmals bei der Prüfung im Sommer 1902. Mit der Übernahme der Direktion durch Pauer fiel eine weitgehende Umgestaltung der Besitzverhältnisse am alten Gebäude in der Langestraße und Änderung der grundlegenden Organisation zusammen. 1910 übernahm die Stadt das alte Haus, im Jahr darauf erfolgte der Umzug in das neue Gebäude, Urbansplatz 2. Schon vorher waren Ad. Benzinger, Th. Wiehmayer und Karl Wendling dem Lehrkörper beigetreten, de Langes Nachfolger wurde Jos. Haas. Durch einen Anbau kam das Konservatorium in den Besitz eines eigenen Konzertsaals (516 Sitzplätze), dem die Aufstellung einer Walcker-Orgel, einer Stiftung des Geh. Hofrats von Sieglin, einen beneidenswerten Schmuck verlieh.

Auf sozialem Gebiet ist die notwendig gewordene Gründung eines Musikpädagogischen Verbandes zur Abwehr gegen schädliche Einbringlinge und zur Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls aller fachmäßig gebildeten Musiklehrer und Musiklehrerinnen zu verzeichnen. Die Zeiten gemütlichen Daseins für den Musiklehrer sind längst vorbei. Vielleicht hat es solche überhaupt nie gegeben, jedenfalls aber heißt es jetzt für ihn, die Augen offen zu halten und die Hände zu rühren, um sich nicht im allgemeinen Kampf ums Dasein an die Wand drücken zu lassen.

Der Verein „Deutsches Symphoniehaus“, der seinen Sitz in Stuttgart hat und seit 1912 besteht, hat die Errichtung des zu Beethovens Ehrung gedachten „Symphoniehauses“ auf einer der krönenden Höhen des Stuttgarter

Nebengeländes beschloffen. Der Plan stammt von dem Münchener Architekten Ernst Haiger. So kann und wird wohl verwirklicht werden, was der innere und oft schon laut gewordene Wunsch der Mitgenießer der erhabensten Tonschöpfungen geworden ist. Wenn auch noch manche Schwierigkeit zu überwinden ist, so ist doch der erste Schritt getan: „Der geschäftlichen Ausbeutung und dem Lärm des Tages entrückt“ soll der Sinfonie und überhaupt allen Musikveranstaltungen außerordentlicher Art die würdige Stätte geschaffen werden, zu der jeder, den es dahin zieht, aus dem Reiche und noch weiterher pilgern kann.

II. Musikleben im Lande

Für einen erheblichen Teil dessen, was außerhalb der Hauptstadt sich in Württemberg auf dem Boden des Musiklebens abspielt, leiht Stuttgart die künstlerischen Kräfte. Daraus ist jedoch nicht auf eine vollständige Abhängigkeit der Provinz von der Zentrale zu schließen. Es gibt Orte genug, denen es gelingt, sich nach einer bestimmten Richtung hin selbständig hervorzutun. Was dabei erreicht wird, kann nach dem Grade der eifrigen Hingabe der Beteiligten sehr wohl einen Vergleich mit Stuttgart aushalten. Die Hauptpflegestätte der Sinfonie bleibt freilich stets da, wo die Kapelle ihren ständigen Sitz hat. Schon mit dem Besitz seines Orchesters hat sich Stuttgart seine überragende Stellung gesichert, dagegen hat sich in den kleineren Städten das Vereinsleben naturgemäß stärker entwickelt als an dem bevölkerungsreichsten Platze, da hier der Gefahr der Zersplitterung der Kräfte nicht immer auszuweichen war. Eine Reihe württembergischer Städte hat zwar ihre eigene Stadtkapelle, diese kommt aber ihrer Zusammensetzung nach kaum für anderes als für den allgemeinen Tagesbedarf in Betracht. Wo höhere Ansprüche verlangt werden, stellen sich die Militärkapellen zur Verfügung, in selteneren Fällen wird auch die Hofkapelle aus Stuttgart zur Mitwirkung herbeigezogen. Militärkapellen sind, was nicht zu verwundern, den Zivilkapellen ein Dorn im Auge, ihre Wirksamkeit wurde auch durch mehrere Verfügungen eingeschränkt, aber so, wie die Verhältnisse liegen, ist ohne sie gar nicht auszukommen. Die Volkstümlichkeit, die sie und einzelne ihrer Leiter sich erworben haben, gründet sich auf die richtige Schätzung ihres tatsächlichen Wertes.

Ein kurzer Umblick im Lande wird rasch alle Zweifel beseitigen, die man etwa hinsichtlich der selbständigen Tätigkeit der musikalischen Kräfte daselbst hegen könnte.

Musikalische Atmosphäre weht in Tübingen. Dort, von wo aus einst Friedrich Silcher seine Liebergaben verteilte und wo Emil Rauffmann bahnbrechend gewirkt hat, versieht jetzt Professor Dr. Fritz Volbach das Amt des Universitätsmusikdirektors. Mit dem aus Mainz übergesiedelten

Nachfolger ihres 1907 einem schweren Leiden erlegenen Rauffmann kam die alte Neckarstadt in den Besitz eines als Dirigenten, Komponisten und Musikgelehrten gleich geachteten Künstlers. Der neue Musikdirektor sicherte sich einen erweiterten Bestand an künstlerischen Hilfsmitteln. Der Plan, Tübingen die Teilnahme an Konzertaufführungen größeren Stils zu verschaffen, wurde dadurch wesentlich erleichtert. Akademischer Musikverein und Museums-gesellschaft tun stets auch das Ihrige, um den Zuzug ausgezeichneter Solisten offen zu halten.

In Ulm sehen wir die Liedertafel an der Arbeit. Bereits kann sie auf 50 Jahre des Bestehens zurückschauen, und ihre Chronik enthält auf manchem Blatt wichtige, die ganze Stadt Ulm und damit auch ganz Schwabenland angehende Geschehnisse verzeichnet. Die Gesellschaft Liedertafel ist es auch, welche das Abhalten der meisten wichtigeren Konzerte — gewöhnlich im Saalbau — in die Hand nimmt. In ehrwürdiges Alter tritt der Liederkranz ein. Es wird nicht mehr lange bei ihm dauern, bis er sich die Jubelzahl 100 aufs Vereinsbanner setzen kann. Geschichtlich denkwürdig ist dieser Verein, da er bei der Auflösung der Ulmer Meistersingerschule (1839) deren Vermögen überwiesen bekam, also in seinen Anfängen in gewisser verwandtschaftlicher Beziehung mit den Vertretern der ehrwürdig alten Sängerkunst steht. Der Verein für klassische Kirchenmusik spielt eine wichtige Rolle im Musikleben Ulms, der Orchesterverein bringt sehr hübsche Aufführungen zustande, einen Namen hat sich in jüngster Zeit Oskar Beringer durch seine Orgelvorträge gemacht, bei denen stets das Schwergewicht auf die Werke lebender Meister verlegt ist. Vorangegangen war ihm Johannes Graf, der verdiente Chorleiter und Organist an der weltberühmten Münsterorgel. Ließ er sich doch stets angelegen sein, weiteste Kreise in die von ihm verwaltete Musikschakammer blicken zu lassen.

Ein gewisser freier Zug gibt Heilbronn sein besonderes Kennzeichen. Man ist dort immer gern bereit, sich mit Neuem zu beschäftigen, und besitzt in rührigen Chören und in einer tüchtigen Militärkapelle die geeigneten Mittel, das Interesse der Musikfreunde in Schwung zu erhalten. Seit 1911 gibt es eine „Konzertgesellschaft“, deren Leitung August Richard und Hermann Eschrich in Händen haben. Neben der Orchester- wird auch die Kammermusik durch den Verein gepflegt. Auch der „Singkranz“ (früher Männerchor, jetzt gemischter Chor) hat sich der Führung August Richards anvertraut, vordem war der tätige Schmußler sein Leiter gewesen. Der Singkranz (bereits 1818 bestehend) ist weltlicher und kirchlicher Verein in einem Stück, er hat seinerzeit eine der ersten Aufführungen des Verdi-*Requiem* und 1909 die allererste Aufführung des später weitverbreiteten Konzertatoriums *Quo vadis?* von Nowowiejsky auf reichsdeutschem Boden zustande gebracht.

In Reutlingen laufen alle die Drähte zusammen, welche die schwäbischen Männergesangsvereine miteinander verbinden. Wenigstens die dem Schwäbischen Sängerbunde angeschlossenen Vereine, und das sind gegenwärtig 434 an der Zahl. Durch die Wahl des Rechtsanwalts List zum ersten Vorsitzenden im Bunde wurde Reutlingen 1906 Sitz des Vorstandes. Um 171 Vereine hat sich die Zahl der Männerchöre des Schwäbischen Sängerbundes im Laufe von 25 Jahren vermehrt. Alle drei Jahre findet ein allgemeines schwäbisches Liederfest statt, dazwischen nach freiem Ermessen der Vereine ein- oder zweimal ein Gaulliederfest. Um die bedeutsame Tätigkeit des Bundes als eines Hegers deutschen Sinnes in klarem Licht erscheinen zu lassen, sei nur darauf hingewiesen, daß der Deutsche Sängerbund mehr als 190 000 Sänger zählt und 77 Bünde im Inlande und 36 im Auslande ihm angehören. Was anderes bringt es so fertig, Standesunterschiede aufzuheben, Bünde inneren Zusammengehörens so eng zu knüpfen wie das deutsche Lied? Und ist nicht „deutsches Lied“ ein Pleonasmus, denn das Lied ist des Deutschen eigenstes Besitztum, findet doch in ihm sein herzliches, tiefes Gemüt und sein Heimatgefühl rührend einfachen Ausdruck, und ist es doch da, wo es in seiner kunstlosen, schlichten Art erscheint, viel mehr das eigentliche Erzeugnis deutschen Volksgeistes als das Ergebnis kunstfertiger Mache!

Seit 1865 besteht der Reutlinger Oratorienverein, aus bescheidenen Trieben heraus hat er sich zu einem kräftigen Baum entwickelt. In der Hand Arnold Schönhardts, der sich auch als Komponist und Orgelspieler betätigt, liegt die Leitung schon seit 38 Jahren. Mit Erfolg wurde ein kleines Dilettantenorchester zusammengestellt, das sich rasch guter Fortschritte erfreute, auch hat Reutlingen seine ständigen Kammermusikveranstaltungen und zudem noch eine Reihe von Männerchorvereinigungen, die sich hier unter dem unmittelbaren Schutze des Bundespräsidiums befinden.

In Eßlingen übernimmt der Oratorienverein die Pflege kirchlicher und weltlicher Oratorienmusik. Die Mitwirkung der Seminarzöglinge im Chor verschafft dem Verein stets frische Zufuhr jugendlicher Stimmen. Auf den als Orgelmeister bekannt gewordenen Christian Fink folgte 1902 der jetzige Leiter Wilhelm Nagel. Auch dieser tüchtige Musiker hat sich mit Lust und Liebe auf die Pflege des Orgelspiels geworfen. Als Organist der Stadtkirche hat Nagel im Laufe eines Jahres über hundertmal die Verehrer edlen Orgelspiels mit Vorträgen erfreut, ein Beweis, wie sich überall etwas erreichen läßt, wenn nur unternehmender Geist vorhanden ist. Eßlingen ist Geburtsstätte des Schwäbischen Sängerbundes, der auf seinem Boden 1849 hauptsächlich durch Pfaffs Bemühen gegründet wurde. Es versteht sich, daß an diesem Orte das Ansehen des Männerchorgesangs in hohen Ehren steht.

Es ist demnach allerwärts im Schwabenland dafür gesorgt, daß der Tonkunst die Tore geöffnet werden. Wo sie einzieht, wird ihr je nach den ver-

fügbaren Mitteln ein festlicher oder ein einfacher, immer aber ein herzlicher Empfang bereitet. Was von der einen Stadt zu sagen ist, gilt zumeist auch von der anderen, nur die Orte und die Namen wechseln. Eines einzigen Vereines sei noch gedacht, er hat sich die Palme im Meistergesang bereits mehrere Male geholt. Der Brüzler Gesangsverein ist es. Er hat seinen Sitz in Smünd, und sein halb scherzhafter Name (er ist auf die Zeit der belgischen Revolution zurückzuführen, deren flüchtige Teilnehmer musikalisches Vagabundentum führten) wurde ihm zum ehrenden Titel.

Daß — wie auch in der Hauptstadt — im Lande privater Freigebigkeit manch schöne Stiftung zu verdanken ist, sei es nun eine wertvolle Vereinsgabe, ein Stipendium für einen Bögling oder etwa ein Orgelwerk, stellt dem freudigen Gebergeist und dem Kunstsinne der vermögenden Bewohner unseres Landes ein gutes Zeugnis aus. Die Musik braucht gelegentlich solche Hilsgaben, um in Ehren bestehen zu können, namentlich da, wo es sich um den äußeren, aber doch für ihr Dasein so notwendigen Aufwand handelt. Mindestens ebenso wichtig ist aber, was durch fleißige Kräfte an der Pflugschar geschieht, um den Boden zu bereiten, auf dem ein Gedeihen der Tonkunst überhaupt erst möglich ist. Aus den fünf evangelischen und drei katholischen Lehrerseminaren, wo Musik teils freiwilliges, teils obligatorisches Lehrfach ist, gehen die Lehrer und Organisten hervor. An Orten, wo für den Sonderberuf des Musikers noch nicht genügend Ausbreitungsmöglichkeiten vorhanden sind, ist der Lehrer wahrhaft unersetzlich. Er ist Musiker in vielseitiger Weise. Wo er das ist, ist er es nicht selten auch in selbstloser Weise, womit er seinem Stande das ehrenvollste Zeugnis ausstellt. Auch was hier im kleinen geschieht, ist des Erwähnens wohl wert.

An den theologischen Seminaren (wo jetzt der Gesang obligatorisch, das Instrumentenspiel freiwillig ist) kann den Böglingen ein etwas weiterer Horizont eröffnet werden. Was sich da erreichen läßt, zeigt sich besonders deutlich an dem Beispiel von Urach. Auf wohlbedachte Weise durch historische Fingerzeige den Blick der Jugend und des Publikums überhaupt auf Umfang und Wert alter Schätze zu richten, ist dem dortigen Seminarlehrer gelungen. Es ist hier an dessen historische Orgelkonzerte gedacht. In passender Auslese machten sie mit Wichtigstem innerhalb aller bedeutsamen Abschnitte der Orgelliteratur bekannt.

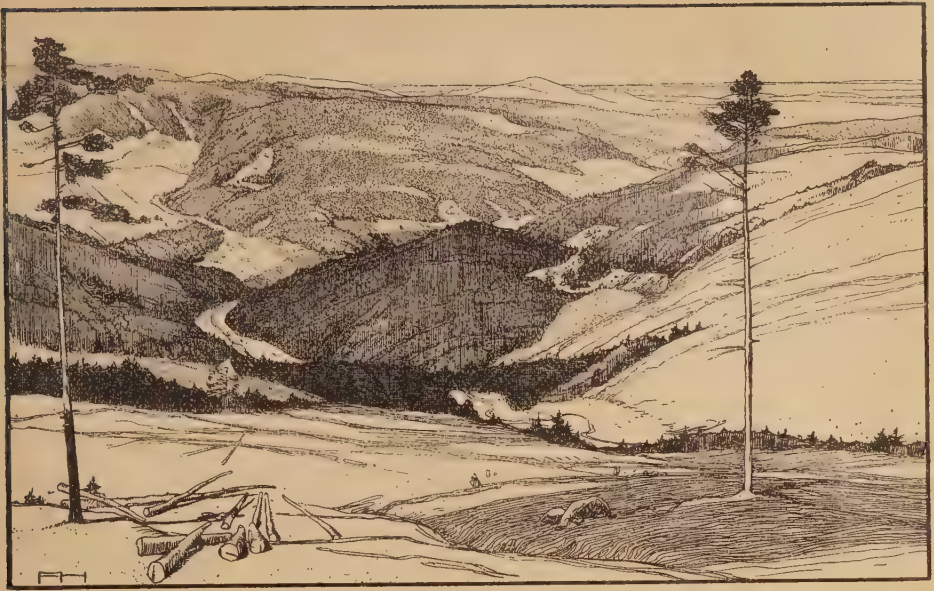
So wird auf verschiedene Weise an der Vertiefung des Musikverständnisses gearbeitet. Auch die Sammeltätigkeit ruht nicht. Georg Thierers „Heimat-sang“ ist ein nur so im Vorbeigehen zusammengeraffter Strauß von Albmelodien. Vieles mag darunter sein, was der Albler sich auf Streifzügen ins Reich hinaus nach Hause gebracht hat, aber anderes deutet doch auf schwäbische Heimat hin. Man achte diese wilden Schößlinge nicht gering. Wessen Ohr prüfen kann, der erkennt geheim aus der Art, wie das Volk sich

seine Weisen zurechtfingert, dieses Volk selbst, und er fühlt sich durch solche Eigenheiten fester mit ihm verknüpft, als dies auf irgendeine andere Weise geschehen könnte.

Von der Sinfonie sind wir ausgegangen und nun bei dem durch die Rüste getragenen Volkslied, den einfachsten Äußerungen des singenden und dichtenden Volkes angekommen. Welche Gegensätze und doch wieder — wie ist der innere Zusammenhang gewahrt! Eine natürliche Stufenreihe verbindet diese beiden Punkte. Dazu mitzuhelfen, daß die stützenden Pfeiler dieser Brücke nicht ins Wanken geraten, ist Pflicht und Aufgabe aller derer, die in irgendeiner Weise Annäherung an die Tonkunst suchen. Wie viele das sind, ließ wohl diese Betrachtung erraten, und jedenfalls hat sie bewiesen, daß die Tonkunst auch im Lande der Schwaben ein würdiges Heim gefunden hat. Wie sollte es auch anders sein? Ein liederreicher Volksstamm kann unmöglich nicht auch musikliebend sein, denn echtes Lied und Musik sind Zwillinge, aus einem mütterlichen Schoße geboren. Und wirklich wird in Württemberg öffentlich und auch im Hause die Kunst der Töne mit so viel Eifer betrieben, daß man schon verstedt und deutlich von einer Überschätzung der Musik sprechen zu sollen glaubte. Freilich verliert ein solcher Vorwurf alle Berechtigung, wenn man bedenkt, daß es sich bei der mit Ernst betriebenen Musik um eine Sache handelt, die unser inneres Leben angeht. Ersichtlich dringt die Auffassung von der Musik nicht nur als einer Quelle der Unterhaltung, sondern und namentlich als einem wesentlichen Faktor zur Bildung und Veredlung des Geistes wieder in weitere Kreise und hat zur Folge, daß man sich in eingehender Weise mit dem Wesen der Tonkunst sowie mit den Aufgaben des Künstlers und des Musikgenießenden befaßt. Mithin kann dem ferneren Gedeihen der Tonkunst im Lande Württemberg mit hoffnungsvollen Erwartungen entgegengesehen werden. Mancher alte Glaube mag abgeschworen werden, aber den Glauben an die unwandelbaren Kräfte unserer Kunst soll uns niemand rauben, denn ginge er verloren, so wäre es ja eben mit der Wirksamkeit dieser Kräfte zu Ende, und wir stünden plötzlich in der farblosen Wirklichkeit, anstatt durch das blühende Reich der Phantasie zu schreiten.

Quellen:

Jahresberichte und sonstige Veröffentlichungen der aufgeführten Vereine; Programmhefte der Abonnementskonzerte der Kgl. Hofkapelle, der Musikfeste usw. Ferner lag zur Durchsicht ein ungemein reichhaltiges, in die Tausende gehendes Programmmaterial vor. Verschiedene mir zweckdienlich gewordene Mitteilungen verdanke ich persönlichen Auskünften; es seien hier nur die Herren E. Graf in Reutlingen, Prof. H. Lang und Prof. R. von Stockmayer in Stuttgart genannt.



Malerei, Plastik und graphische Künste

Von Professor Dr. Weizsäcker

In der künstlerischen Bewegung des heutigen Deutschland bildet Württemberg eine Mitte von selbständiger Bedeutung und Eigenart. Wie sich dem von außen Kommenden in Landschaft, Mundart und Lebensweise unseres Volkes eine angestammte Prägung kundgibt, die ihm sagt: hier ist schwäbischer Boden, so zeigt auch unsere künstlerische Hervorbringung eine Beschaffenheit, die sie mit keinem anderen Ursprungslande teilt. Stellt Berlin als Kunststadt die Gegensätze der konservativen und der fortschrittlichen Zeitströmungen, die letzten nicht ohne einen fühlbaren kosmopolitischen Einschlag, in starker Betonung vor Augen, und wirkt in München die schöpferische Kraft eines verjüngten Barockzeitalters, das man dort vor Jahren und Jahrzehnten erlebte, auch heute noch in einer gewissen sinnlich-dekorativen Fülle der Gestaltung nach, so legt demgegenüber der spezifisch schwäbische Kunstcharakter eher eine gewisse Zurückhaltung an den Tag. Nicht überschäumend, wenn auch nichts weniger als empfindungsarm, überlegend, aber mit Bestimmtheit das einmal vorgesteckte Ziel verfolgend, erinnert er noch immer an die historischen Eigenschaften, die ihn ehemals kennzeichneten, das Positive, Verstandesklare — Zeitblomische, wenn man so sagen darf, ob auch in der Weise, daß er nicht einseitig am Alten hängt, sondern im Gegenteil auch für das Keimende, werdende der neuen Zeit ein offenes Auge hat.

Der Versuch, den die nachfolgenden Seiten enthalten, von dieser besonderen Stammesphysiognomie, so wie sie sich im künstlerischen Leben der letzten fünf und zwanzig Jahre in Malerei und Bildhauerkunst darstellt, ein Bild zu geben, kann freilich nur die Form eines kurzen Berichtes annehmen, der manche Tatsachen übergehen, bekannte Namen verschweigen, kurz, der voraussichtlich nicht imstande sein wird, alle Wünsche des Lesers zu befriedigen. Die Rücksicht auf die räumlichen Schranken, die dem Umfang dieses Buches im ganzen gezogen sind, ließ keinen anderen Ausweg offen.

1. Malerei

Es ist eine an einschneidenden Veränderungen und Übergängen reiche Epoche in der Geschichte der deutschen Kunst, mit welcher die Regierungszeit König Wilhelms II. zusammenfällt, und naturgemäß haben jene Evolutionen auch in unserem einheimischen Kunstbetriebe den ihnen entsprechenden Ausdruck gefunden. Vorkommnisse, die nur unserem Kunstgebiete eigen sind, wechseln dabei mit solchen, die sich übereinstimmend in den benachbarten Bundesstaaten vollzogen, oder die auch unmittelbar von dort herübergenommen wurden.

So hat bis in die letzten Jahre hinein eine eigene württembergische Abzweigung jener spätesten Phase der Münchener romantischen Schule, deren Andenken sich mit dem Ruhm der Pilotywerkstatt verbindet, in Otto von Faber du Faur, Karl Haeblerlin, Jakob Grünenwald, Theodor Schütz u. a. bestanden. Zwar hatten diese Künstler mit den zunehmenden Jahren darauf Verzicht geleistet, Schritt zu halten mit allen Veränderungen der Zeit. Nichtsdestoweniger bezeichnet ihr Lebenswerk eine geschichtliche Etappe von wesentlicher Bedeutung, und es bleibt ihnen das Verdienst, der Entwicklung eines gesunden handwerklichen Könnens, für das die aufs höchste gespannte Geistigkeit des klassischen Idealismus schon fast das Verständnis verloren hatte, mit anderen gemeinsam aufs neue die Wege geebnet zu haben.

Allein die Ziele der künstlerischen Gesamtentwicklung führten weiter und über sie hinaus. Hatte schon das Programm der Pilotyschen Richtung gegenüber dem strengen Cornelianertum die ungefähre Linie eines gemäßigten Liberalismus eingehalten, so ist vollends in den auf sie folgenden Strömungen der fortschrittliche Charakter in einer immer bestimmter ausgeprägten, bewußt mit neuen Mitteln der Auffassung und des Vortrags arbeitenden Tendenz hervorgetreten. Es ist ein auffallend schneller Verlauf der Entwicklung gewesen, der in weniger als einem Menschenalter zu diesen Wandlungen geführt hat. Im Vergleich mit dem Radikalismus der Parteigesinnung, der sich in unseren Gegenwartsproblemen nicht selten ausspricht, zeigen sich Werke, die noch vor fünf und zwanzig oder dreißig Jahren als die Programmentfaltung einer stürmisch fortschreitenden Jugend gegolten haben, heute schon wie von

dem Glanze einer altmeisterlichen Patina überkleidet. Aber vielleicht mußte es so kommen, damit jene älteren Schöpfungen ganz als das erscheinen konnten, was sie sind. Gerade das, was Meisterarbeit an ihnen ist, konnte so auf der Basis eines angemessenen geschichtlichen Augenabstandes nur um so eindringlicher, um so freier von störenden Nebeneindrücken empfunden werden. Es gibt wenig Erzeugnisse jener Periode, von denen das mit besserem Rechte gesagt werden könnte, als die Werke unseres Landsmannes Hermann Pleuer, dessen künstlerische Persönlichkeit in ihrer herben Größe die Ziele des unentwegten Naturalismus des vorigen Jahrhunderts rückhaltlos zu enthüllen bestimmt war, der aber eben damit es sich selbst nicht leicht gemacht hat, in der Anerkennung der mit ihm Lebenden durchzudringen. Noch jetzt hört man ihn außerhalb unserer engeren Grenzen selten nennen, und wenn wir ihn besser zu kennen glauben, so ist es doch auch unter uns nur ein verspäteter Ruhm, der heute den Werken des Frühvollendeten leuchtet. Und doch war er einer von jenen Großen, auf deren Schultern die Entwicklung ihres Zeitalters ruht. Was das Absehen des künstlerischen Tuns bei Pleuer bildet, das ist wie bei den gleichgesinnten Geistern jener Epoche einfach genug. Ein gutes Stück Malerei zu liefern ist alles. Er verfolgt dieses Ziel mit der glühenden Willensenergie eines Arbeiters vom Schlage Leibls und mit dem feinen Organ für die Schönheit des Tones, wie es uns aus den frühen Werken eines Uhde anspricht. An beide erinnert er in seinen Münchener Jahren, der Zeit seiner jugendlichen Kraftentfaltung, ohne doch von einem von ihnen etwas entlehnt zu haben, was nicht schon zuvor in ihm gelegen war.

So führt sich denn der Fünfundzwanzigjährige in dem Bilde der beiden „Maler im Atelier“ von 1887, das die Stuttgarter Galerie bewahrt, als ein Fertiger ein und als ein Mann ganz aus eigener Kraft. Die Wucht, mit welcher der Pinsel geführt ist, geht nicht auf eine mit Sorgfalt gepflegte Technik aus, er vergewaltigt lieber sein Material, als daß er es schulgerecht entwickelt. Aber die restlose Gründlichkeit, mit welcher das anspruchslose Naturerlebnis als Bildwerk wiedererzeugt ist, der Reichtum und die Stärke, die es als Erscheinung von Licht und Farbe mitteilt, machen es zu einer von Pleuers bezeichnendsten und reifsten Schöpfungen. Das Bild ist auf ein dunkles, fast schwärzliches Grau gestimmt. Der Künstler liebte diese Monotonie, als hätte der entfangungsvolle Inhalt seines Lebens ihn sparsam auch in der Anwendung der koloristischen Mittel gemacht. Weit seltener kommt es vor, daß eine Studie, in heiterer Frühlings- oder Sommerlandschaft flüchtig hingeworfen, ihn auch eine farbiger, freudiger gestimmte Note, seinem Freunde Reiniger vergleichbar, finden läßt. Die Novelle verschmäht er, aber nicht den gedanklichen Gehalt als solchen. Das Gebet der Mutter, die am Bette des erkrankten Kindes wacht, das Stelldichein des Schäfers mit seinem Mädchen beim Mondenschein, solche und andere Gegenstände mehr hat er als dankbare Unterlage seiner Lichtprobleme gern benutzt, und er mußte kein rechter Sohn seiner Heimat gewesen sein, wenn ihn bei einem solchen Vorgehen die Poesie

im Stich gelassen hätte. Sie ist ihm überall Begleiterin, und er trifft mit ihr den reinen Klang des Volksliedes, ungesucht und innig, wie ein Gedicht von Uhland oder Mörike. Dichterische Schöpfung ist für ihn auch das Gebiet, das ihn am meisten der Allgemeinheit bekannt gemacht hat, das scheinbar prosaischste, seine Bahnhofs- und Eisenbahnbilder. Er sieht nicht die nüchterne Wirklichkeit, die sich dort abspielt, er sieht nur die Macht der Elemente im Getöse des fahrenden Zuges, in den Wolken von Qualm und Dampf, die er ausstößt, in der Hast, mit der die dunkle Wagenreihe über Weichen und Kurven davoneilt.

Neben diesem Kämpfer, denn das ist Pleuer nicht mit Worten, aber mit der Tat gewesen, steht als eine leichter zugängliche, auch vielseitigere, aber nicht minder wetterharte Natur Friedrich von Keller, der älteste unter den württembergischen Künstlern, die mit Energie die neuen Grundsätze in der Malerei vertreten haben. Daß er nicht in gleicher Schärfe wie der jüngere Parteigänger die oppositionelle Seite hervorkehrt, hat seinen Grund wohl darin, daß er in seiner ersten Zeit noch eng mit der alten Überlieferung zusammenhing. Ohne Zwiespalt hat er sich losgelöst von der malerischen Kultur der siebziger Jahre, dem goldschimmernden Atelierton, wie er damals in München und anderwärts in Übung war und er ihn selbst aus der Schule Lindenschmidts übernommen hatte. Die auf ein kräftiges Braun gestimmten und doch zugleich in lebhaften Lokalfarben durchgeführten Innenräume, die seiner ersten künstlerischen Handanlegung besonders gut gelangen, gehören noch jener älteren Grundanschauung an, und auch später noch griff er gelegentlich auf diesen Ton zurück, wie in dem großen, farbenreichen Bilde der Grablegung Christi, deren zweite Version die Staatsgalerie 1886 erwarb, bei der übrigens auch noch die Nachflänge einer italienischen Studienreise mitsprachen. Allein die ursprüngliche Begabung des Künstlers drängte doch nach anderen Aufgaben, nach Natur ohne Vorbedingung hin. Die Steinbrüche von Polling bei München, später auch von Rehlheim an der Donau, wurden ihm gewissermaßen eine zweite Schule und Quelle einer starken Naturpoesie, die er zuerst dort in den von dem helleuchtenden Kalkgestein beherrschten farbigen Kontrasten von Himmel und Erde erprobte, später auch in der Dämmerung der prächtigen, von Ruß und Feuerschein erfüllten alten Schmiedewerkstätten aufsuchte, wie sie im Gebiete unserer einheimischen Eisenindustrie damals noch zu finden waren, heute freilich vor neuen, technisch vollkommeneren Betrieben im Verschwinden begriffen sind.

Die Alltagswelt, wie sie Courbet sehen gelehrt hatte, als Objekt einer malerischen Durchdringung, die auch das, was früher für unausführbar gegolten hatte, zu einem Schöpfungsbereich von höchstem künstlerischem Eigenwert gestaltet, sie lieferte dem Künstler auch die Modelle für die Staffage dieser Bilder, die Männer von athletischem Gliederbau, die in Schurzfell und Hemdärmeln hier Steine führen, dort das Eisen glühen und hämmern,

und eine vortreffliche anatomische Kenntniss ließ ihn in der Darstellung dieser hartknöchigen Gefellen zum Meister auch eines krafterfüllten Bewegungs- und Funktionsausdruckes werden. Keller hat später bedauert, daß er seine Kraft nicht einzig auf diese Gegenstände konzentriert habe, wozu ihm einst auch Bügel geraten. In der Anerkennung der Gesamtheit hat es dem „Steinbruch-Keller“, wie man ihn scherzweise nannte, nicht geschadet, daß er auch später noch hin und wieder zu historischen Gegenständen wie jener Grablegung zurückkehrte. Die Doppelnatur des Historien- und des Sittenbildmalers hat es auch nicht gehindert, vielleicht sogar begünstigt, daß er im Jahre 1883 als Lehrer der figürlichen Malerei an die heimatliche Kunstschule berufen wurde, an der er bis 1913 gewirkt hat und Erzieher eines bedeutenden Nachwuchses künstlerischer Kräfte geworden ist. Bei einer mehr als 70jährigen Lebensdauer war es ihm, anders als Pleuer, dem im besten Mannesalter von Krankheit Aufgeriebenen, vergönnt, die Gaben voll ausreifen zu lassen, welche die Natur in ihn gelegt hatte. Als die Jahrhundertausstellung des Jahres 1906 den Rückblick auf das deutsche Kunstschaffen in der zuletzt vergangenen Periode unserer Geschichte aufschloß, da strahlte auch Kellers Name als der eines der Baumeister, die Stein auf Stein zu dem Gebäude unserer nationalen Kunst gefügt haben.

Unter den Schülern Kellers steht einer der ältesten, Hermann Plock, mit seinem feinen, besinnlichen Wesen dem Lehrer geistig besonders nahe. In seiner Art zu arbeiten ist er weicher, noch mehr dem Stimmungsausdruck geneigt, wie ihn eines seiner besten Bilder in unserer öffentlichen Sammlung, der „Schäfer“ auf einsamer Halde, zeigt. Marie Lautenschlager, die gleichfalls von Kellers Schule ausgegangen ist, hat sich in München unter Piglheims Leitung ein bedeutendes technisches Vermögen angeeignet, das sie inzwischen in Stilleben und Bildnissen aufs trefflichste bewährt und noch bereichert hat. Zu dem engeren Schülerkreis, der sich um Friedrich Keller sammelte, haben ferner Theodor Lauxmann, Heinrich Seufferheld und Adolf Senglaub gehört, die jeder auf seine Weise die ihnen anvertrauten Pfunde zu mehreren gewußt haben: Lauxmann als ein immer gleich gewissenhafter Schilderer im Bildnisfach wie in großräumigen ländlichen Szenen, die zugleich ein wertvolles Studienmaterial zur heimatlichen Trachtenkunde enthalten, Seufferheld als Maler religiöser Vorwürfe, vor allem aber als fruchtbarer Zeichner, Senglaub als ein guter Kolorist, sowohl in historischen als in landschaftlichen Gegenständen. Der Schule Kellers hat sich als ein schon in reifen Jahren stehender Mann Alexander Freiherr von Otterstedt angeschlossen, ein vereinsamtes, aber starkes Talent, das in einer blühenden, zuweilen auch wohl etwas an Manier streifenden Schwelgerei der Farbe zu eigenartigen und nicht selten bedeutenden Ergebnissen gelangt ist. Sind seine mythologischen Kompositionen nicht ganz von Böcklin unabhängig, mit dem er in Florenz in früheren Jahren zusammen gelebt hatte, so erscheint

er doch als ein Malerpoet von eigener Geltung in seinen Blumenstillleben, die eine seltene dekorative Pracht entfalten.

Der älteren Malergeneration, die aus der Stuttgarter Kunstschule hervorging, gehören außerdem Reinhold Schmidt, der sich mit seinen gut beobachteten Pferde- und Soldatenbildern zahlreiche Freunde gemacht hat, Ernst Kielwein, der feinsinnige Schilderer des Schwarzwaldes, und Richard Herdtle, Pleuers Freund, an, dessen ungewöhnliche Begabung sich in Tier- und Landschaftsbildern besonders hervorgetan hat. Und an einen noch in jugendlichem Alter verstorbenen ausgezeichneten Künstler ist in diesem Zusammenhange zu erinnern, Willy Herter, der zwar nur kurz im Anfang der achtziger Jahre die Zeichenklasse der Stuttgarter Akademie besucht hat, dann nach München zu Diez gegangen ist, den wir aber doch als geborenen Stuttgarter mit Genugtuung zu den Unseren rechnen. An frischer und zugreifender Energie hat seine Begabung manches mit Pleuer gemein; in den Bildnissen, die er mit kaum mehr als zwanzig Jahren gemalt hat, verbindet sich der fließende Strich der Diezschule mit einer Festigkeit der Charakterdarstellung, die man in solchem Alter gewiß als eine Seltenheit bezeichnen darf.

Wie aus den geschilderten Künstlercharakteren deutlich wird, ist die Stuttgarter Schule, welches auch die Gestalt des Unterrichts in früherer Zeit an ihr gewesen sein mag, in den letzten dreißig und mehr Jahren ihres Bestehens keine solche gewesen, auf die man den Namen einer „akademischen“ Anstalt in jenem mißgünstigen Sinne anwenden könnte, wie er so oft als gleichbedeutend mit dem Begriff des Rückständigen, Reaktionären gebraucht wird. Nachdem schon 1883 durch die Berufung Kellers und 1888 durch die Anstellung von Gustav Jgler, einem Schüler Waldmüllers, eine offene Hinwendung zu neuzeitlichen Grundsätzen erfolgt war, geschah ein weiterer Schritt von programmatischer Bedeutung in derselben Richtung 1894, als Robert von Haug mit einem Lehrauftrag für Malerei betraut wurde. Haug ist wie Pleuer und Keller ein Typus von unverfälschter schwäbischer Eigenart. Seine Malerei ist der Inbegriff einer unbestechlichen Tüchtigkeit. Alles Halbe, nur dem Schein und nicht dem Wesen Dienende liegt ihm fern. Dem ausgesprochenen Tatsachensinn, den sie damit bekundet, entsprechen die Gegenstände, denen sie sich widmet. Haug ist — wir dürfen es ohne Übertreibung aussprechen — der beste Soldatenmaler, den wir heute in Deutschland haben, aber er ist es nicht ausschließlich; auch andere Vorwürfe historischen und zeitgenössischen Charakters, Landschaft und Tierbild haben ihn abwechselnd angezogen, im Tierfach ist es vor allem die Darstellung des Pferdes gewesen, die ihren Meister an ihm gefunden hat.

Mit dieser letzten aber hat es eine eigene Bewandnis. Es gibt in der Kunst eine Menge von Aufgaben, deren Lösung von keiner individuellen Begabung

abhängig ist, zum Pferdemaler muß man geboren sein, und es sind immer nur wenige, die das von sich sagen können. Der Bau dieses edelsten unter den Tieren, in dem sich Kraft und Anmut paaren, die sinnreiche Gleichgewichtsverteilung des Körpers in Ruhe und Bewegung, seine schwierigen Verkürzungen, all das will mit einer besonderen Gabe der Einfühlung, will mit der Leidenschaft des Kenners und Liebhabers behandelt sein. Aber das eben ist die Voraussetzung, die wir bei Haug in diesem seinem Lieblingsfache restlos erfüllt sehen. Er ist kein bloßer Sportmaler, wenn er seine Rottröde über die offene Heide jagen, kein bloßer Episodenmaler, wenn er seine Streifwache im Morgenrot rasten oder die malerisch bewegte Linie seiner „Louisjäger“ das Signal zum Angriff erwarten läßt. Immer sind Pferd und Reiter zu einem Wesen verwachsen, dessen beide Teile gleich erschöpfend die Stimmung des Augenblicks zu teilen, gleich innig am Lebensgrunde der Natur zu haften scheinen.

Überflüssig zu sagen, daß Ausdrucksmittel wie diese auf einer technischen Basis von gleicher Vollkommenheit beruhen. Mit den Anfängen seines malerischen Könnens ist Haug der Münchener Schule der siebziger Jahre verpflichtet, wo Diez ihn besonders anzog, wenn er auch nicht eigentlich sein Lehrer war. Später hat er auch einmal dem Dachauer Kreise angehört, und eine gewisse Kameradschaft mit diesem hat der Künstler auch später gepflegt, als längst sein eigener Stil ihm und anderen feststand. Was man in der Zeit, als Haug nach München kam, im Staffeleibilde an Feinheiten nicht nur des Tones, sondern auch der formellen Vollendung erstrebte, hat er wie nur einer beherrscht, Zeuge des schon die ersten Soldaten- und Kriegsbilder, die preußische Landwehr bei Möckern, die Ludwigsburger Schloßwache u. a., und dann der „Abschied“ in der Neuen Münchener Pinakothek. Es ist nicht nur die Vollendung an sich, sondern vor allem die Frische der Vollendung, was diesen Schöpfungen einen Wert, den kein Wechsel der Zeit verändern kann, gegeben hat. Und ohne Zweifel war in dieser Sicherheit und Unmittelbarkeit der Behandlung auch schon die Freiheit des breiteren Vortrages enthalten, die je mehr und mehr in der späteren Malweise des Künstlers hervortritt, die aber immer, auch in der breitesten Gestaltung, eine völlig ausgereifte Arbeit hinstellt. In der Pflege des Tones hat Haug sich ebenso von jenen früheren, auf ein feinstes Grau gestimmten Bildern aus nach der Seite eines lebhafteren Kolorits entwickelt. Im ganzen noch immer gern zurückhaltend, aber im einzelnen differenzierend, hat er den zutreffendsten Gebrauch von der Erfahrung gemacht, daß farbige Kontrastwirkungen dem Auge dann am lebhaftesten fühlbar werden, wenn sie in gebrochenen Lokalfarben auftreten.

Hat die Stuttgarter Akademie vorübergehend in Ludwig Herterich von 1896 bis 1898 einen in gewissem Sinne Geistesverwandten dieser Kunst, namentlich in Hinsicht der Ausbildung von Ton und Farbe, zu ihren Lehrern

gezählt, so steht auch ein dritter unter diesen, Christian Speyer, den geschilderten Strebungen nicht fern. Auch er verfügt über eine seltene Erfahrung in der Wiedergabe des Pferdes, ohne sich einseitig nur an diesen Gegenstand oder überhaupt an realistische Stoffe gebunden zu halten. Die gehobene Formenwelt des religiösen Historienbildes von denkmalmäßigem Charakter hat ihn zuzeiten stark in ihren Bann gezogen, zuletzt in zwei eindrucksvollen Wandgemälden, der Bekehrung Pauli und den Apokalyptischen Reitern, die er für die Ulmer Garnisonkirche malte, so wie ja auch Haug in einen späteren Jahren von dem Gebiete der Monumentalmalerei wiederholt — wir erinnern nur an die Wandbilder der Handwerkerzüge und der schwäbischen Landschaften im Stuttgarter Rathaus und an den „Pegasus im Joche“ in der Vorhalle des neuen Kunstgebäudes — mit fester und kundiger Hand Besitz genommen hat. Aber auch für Speyer sind daneben Soldaten- und Reiterbilder immer ein Gegenstand seiner besonderen Neigung gewesen. Orientalische Typen lehrte ihn ein Aufenthalt in Tunis kennen, den deutschen Kavalleristen hat er auf den Exerzierplätzen von Potsdam ebenso treffend wie in der Schlacht geschildert, sein Bild der Württembergischen Reiter bei Wörth ist ja eines der volkstümlichsten unserer öffentlichen Sammlung geworden. Und wieder ist auch er nicht bloß ein Darsteller des Stofflichen geblieben, sondern aufs neue erscheint dies nur als das Substrat, an dem die Vortrefflichkeit der reinen künstlerischen Darstellungsmittel offenbar werden muß. Je länger, um so vielfältiger ist ihm das im Wechsel der Gegensätze von Farbe und Beleuchtung, von Brechungen des Lichts in warmen und kühlen, in rötlichen, grünlichen oder bläulichen Reflexen gelungen, wofür sehr oft das glänzende Fell der Pferde, der Schimmel im besonderen, die dankbarste Folie gab. Das lebensgroße Bildnis einer weißgekleideten flotten Reiterin auf weißem Pferde am Meeresstrand, das einen Höhepunkt der ersten Ausstellung im neuen Stuttgarter Kunstgebäude bildete, ließ diese Kunst der Farbe in ihrer ganzen Ausdrucksfähigkeit in die Erscheinung treten.

Was bei dieser Methode des farbigen Sehens unfehlbar gewinnen muß, ist die Einheit der Erscheinung, und damit ist die neue Malerei des Tones der älteren Helldunkelmalerei im Grunde gar nicht so schroff gegenübergetreten, wie es auf den ersten Anblick scheinen könnte. Nur folgerichtiger in ihrem Verhältnis zu den optischen Bedingnissen der Wirklichkeit ist sie geworden, wenn sie damit anfang, die natürlichen Wertverhältnisse der Farben genauer zu beachten, die Schatten farbig und nicht mehr schwarz zu malen, und technisch hat sie in manchem Betracht ihre Anforderungen gesteigert, indem sie an der Stelle der vorsichtig aufbauenden älteren Verfahrensweisen die feste, zielsichere Malerei alla prima zur Alleinherrschaft erhob.

In einer so ausgesprochenen Malernatur wie Christian Landenberger, der nach mehr als zwanzigjährigem Aufenthalt in München seit 1905 wieder seiner engeren Heimat angehört, vereinigen sich die Vorzüge dieses

neuen Stils in einer Vollständigkeit, die ihn längst eines weit über unsere Grenzen hinausgehenden Rufes teilhaftig gemacht hat, ja er gehört selbst zu den Begründern jenes Neuen, das ihn in dem Alter ergriff, in welchem die werdende jugendliche Kraft am stärksten geneigt ist, sich innerlich zu formen und selbsthandelnd in den Lauf der Dinge einzugreifen. Niemand wird in den zarten, in farbigem Helldunkel ausgeführten Genrebildchen aus dem Schwarzwald, die Landenberger nach der ersten Stuttgarter Lehrzeit in der Verborgenheit seines Heimatstädtchens malte, den Urheber jener in hellste Sonne getauchten „Badenden Buben“ wiedererkennen, die ihm die erste Anerkennung in der Münchener Sezession eintrugen, und die nicht lange danach in verschiedenen Exemplaren sowohl in der Berliner Nationalgalerie als auch in der Münchener Pinakothek Aufnahme fanden. Hier war an einem der schwierigsten Gegenstände, den nassen, ganz von Glanzlichtern und von dem Widerschein der Uferlandschaft überfluteten Leibern eine Naturbetrachtung an den Tag getreten, die wie in einem entscheidenden Wort zusammenfaßte, was die geschichtliche Lage des Augenblicks verlangte, und das in jener Selbstverständlichkeit der Mache, die das nie fehlende Kennzeichen einer unbedingten und höchsten künstlerischen Leistung ist. Es lag nur in der Konsequenz des einmal eingeschlagenen Verfahrens, das der Künstler in jenen öfter wiederholten Motiven der badenden Knaben, aber auch in leuchtend und duftig aufgefaßten Landschaftsstudien und in Bildern aus dem oberbayerischen Volksleben noch weiter auszubilden unternahm, wenn unter dem stärkeren Einfluß des Lichtproblems die zeichnerische Durchbildung der Einzelform in demselben Maße zurücktrat, als Klarheit, Leuchtkraft und Reichtum der farbigen Entfaltung zunahmen. Die Elemente der Farbe und der Form stehen ja immer in diesem Gegensatz zueinander, aber es ist damit nicht gesagt, daß Farbe und Form sich aufheben müßten. Auch wenn diese lezte sich vor dem Schimmer des lichtdurchflossenen Gewandes, das ihr die Farbe anlegt, gleichsam zu einem Hauch verflüchtigt, wie es in Landenbergers Malerei neuerdings der Fall ist, es bleibt für ihn der lebendige Organismus der Dinge bestehen und ein Anschauungsvermögen, das immer noch der Form die Seele abgewinnt. Dagegen ist es begreiflich, wenn eine solche Kunst sich nicht mehr an den Dingen der nächstliegenden Sichtbarkeit genügen läßt, wenn neben der reinen Naturbetrachtung auch die freischaffende Einbildungskraft ihr Recht begehrt. Landenberger ist ihrem Zuge in zunehmendem Maße gefolgt. Neben den badenden Schlingeln vom Ammersee sehen wir stille Märchenbilder, den Müller Radlauf, die Frühlingsgöttin, umspielt von Kindergegnen, in seinen Phantasiebereich eintreten, aber auch Szenen der religiösen Malerei, Adam und Abel, die Heimkehr Marias von der Kreuzigung, Christus im Grabe, in denen das Problem der farbigen Anlage sich mit den Äußerungen eines lebendigen Gefühlsanteils durchdringt. Es geschieht das ohne Empfindsamkeit. Aber das ist überhaupt die geheime überzeugende Kraft, die dieser Art von künstlerischer Mitteilung innewohnt, daß sie sich ohne Berechnung, ohne

augenfällige Hilfsmittel gibt; sie ist wie eine Schönheit, welche den Schmutz entbehren kann, weil sie mehr ist ohne ihn.

Und nicht nur von Landenbergers Malerei kann das gesagt werden, man möchte es schlechthin als das gemeinsame Merkmal aller der schwäbischen Künstler ansprechen, die seit Friedrich Keller unserer Schule vorgestanden haben; auch Robert Breyer, dessen Berufung unmittelbar nach Kellers Rücktritt erfolgte, macht davon keine Ausnahme. Breyer ist wie die anderen dem heimischen Kunstkreise eine längere Zeit ferngeblieben. Den Münchener Studienjahren, die ihn mit Eberhard in nahe freundschaftliche Berührung brachten, folgte ein mehr als zehnjähriger Aufenthalt in Berlin, wo er sich der von Max Liebermann geleiteten Sezession anschloß und bald zu jener auserwählten Zahl gehörte, die den Jahresausstellungen dieser Gruppe das Siegel ihrer Eigenart aufzuprägen berufen waren. In Berlin hat Breyer auch die endgültigen Züge des künstlerischen Charakters angenommen, die heute an ihm hervortreten. Wenn, wie schon angedeutet, die allgemeine Entwicklung der Malerei von heute den Ton mehr und mehr zur Farbe gehoben hat, so ist auch er darin unter den Ersten vorangegangen. In fein und stimmungsvoll behandelten Innenräumen, die gelegentlich, wie das Porträt des Bildhauers Gaul, das die Stuttgarter Galerie besitzt, sich auch mit Figürlichem verbinden, ebenso aber im reinen Porträtfach und endlich im Stilleben hat dieser starke und schaffensfreudige Farbensinn sein dankbarstes Arbeitsfeld gefunden.

An diese führenden Persönlichkeiten der Kunstakademie schließen sich zahlreiche jüngere Künstler an, alle an der Stuttgarter Schule, zum größeren Teile unter Haug, einige auch noch unter Landenberger gebildet, und als geübte Darsteller von Bildnissen oder sonstigen figürlichen Vorwürfen bekannt, so die Porträtmaler Paul Huber und Karl Unkauf, so Hans Gaukel, Ferdinand Herwig, Julius Kurz, Oskar Obier, Karl Schmauf, Richard Seemann, Rudolf Thost, Friedrich Zundel. August Aldinger verbindet mit der Figurenkomposition die Pflege der Landschaft, ebenso Otto Jung, Erwin Laiblin und Hugo Finkbeiner, welcher letzterer auch im Tierbild durch tüchtige Leistungen bekannt ist. Die vorzügliche zeichnerische Schulung des Haugschen Ateliers hat sich besonders in dem gewandten und phantasiebegabten Malerradierer Leo Bauer und in Georg Lebrecht fortgesetzt. In demselben Unterricht ist endlich auch die jüngst verstorbene talentvolle Malerin Klara Rettich gebildet worden.

Nur mit einer flüchtigen Nennung des Namens vermögen wir in dem gegebenen Zusammenhange diese jüngeren Künstler und ihre Werke zu streifen. Dagegen gebührt noch ein eigenes Kapitel unserer Darlegungen einem Spezialfach, das von der württembergischen Schule der neueren Zeit ausnehmend gepflegt worden ist, der Landschaftsmalerei. Die Land-

schaft ist das Lieblingskind der modernen Kunst. An allen Triumphen, welche die Entfaltung des malerischen Stils seit dem Beginn des vorigen Jahrhunderts erlebte, hat sie vor anderen teilgenommen, von Rottmann, Constable und der Pariser Schule der dreißiger Jahre an bis auf die neuesten Helden des Impressionismus hat sie der werdenden Macht der Farbe die Leuchte vorangetragen.

Bis vor nicht langer Zeit hatte die Stuttgarter Akademie ein eigenes Atelier für Landschaftsmalerei, dessen Vorsteher Albert Rappis war. Man durfte ihn jenen Meistern zurechnen, die zwischen der älteren Richtung und den Bekennern der modernen Freilichtmalerei die Mitte halten, ähnlich wie dies auch bei seinem Fachkollegen an der Technischen Hochschule, Adolf Treidler, der Fall war. Dem einläßlichen Charakter seiner Naturbetrachtung dürfte unter den heute Lebenden der wenig jüngere Julius Kornbeck am nächsten stehen, und wenn wir die Spezialisten der Tier- und Blumen-darstellung dem Fach der Landschaft anschließen wollen, so werden wir in demselben Zusammenhange den Tiermaler August Specht und die Blumenmalerin Anna Peters zu erwähnen haben, der einst der alte Menzel das Lob gespendet hat, er habe unter den kunstbegabten Frauen, die er kenne, noch keine bessere Malerin gefunden.

Die nächstfolgende Generation hat uns den bedeutendsten Landschaftsmaler geschenkt, den die Stuttgarter Mitte zu den Ihrigen zählen durfte, Otto Reiniger. An die Überlieferungen des „paysage intime“ hat er durch die Vermittlung von Rappis und von Wenglein in München angeknüpft, aber sie hat ihn nicht mehr mit der zwingenden Gewalt der Überzeugung festgehalten, die sie in der Zeit ihrer besten produktiven Kraft ausgeübt hatte. Ein neues Erfülltsein von den Eindrücken des atmosphärischen Lichtes, welches deutlich die Grundzüge, wenn auch nicht der Schule, so doch der allgemein vorhandenen Zeitstimmung erkennen läßt, riß ihn zu neuen Eroberungen mit sich fort. Nur leise klingt nach einer schnell überwundenen Periode des jugendlichen Schwankens und Suchens die schmiegsame romantische Grundstimmung in ihm noch an. Der Genius seiner Kunst ist von anderem Schlage. Er schaltet als der geborene Herr und Meister über die Natur: mit gewaltig kühnen Pinselhieben, mit Farben und Tönen, die bald weich und schmelzend, bald mit Feuersgluten einsetzen, zwingt er die Schweigende, ihr innerstes Geheimnis zu enthüllen. Es ist kein müheloses Schaffen gewesen, das diesen groß und breit geschauten und hingeworfenen Schöpfungen zugrunde lag. Nur ein unermüdliches Ringen, ein unerbittliches Ausharren bei der Arbeit in Sommer und Winter, in Sonne, Sturm und Regen, konnte selbst einem so bedeutenden Talente die Unmittelbarkeit der Anschauung, verbunden mit der technischen Routine geben, wie sie an Reiniger wahrzunehmen sind. Die Vorwürfe, die ihn anzogen, liegen nah beieinander. Das Tal des Feuerbaches, das unweit Stuttgart liegt, hat er über alles

geliebt; zu allen Jahreszeiten, in allen Beleuchtungen hat er die Ufer des Baches gemalt, aber namentlich im Frühjahr, zur Zeit der Schneeschmelze, wenn sich in seinen rötlich gefärbten Strudeln die ersten warmen Strahlen der Sonne spiegeln und der melodische Laut der Wellen, der unter dem Eise verstummt war, sich aufs neue hervorwagt. Wir kennen alle diese Melodie, und doch glauben wir sie nie zuvor so rein vernommen zu haben wie sie aus jenen Bildern tönt, so aus dem Grund empfunden und mit solchem Schwunge vorgetragen. Aber wie aus unerschöpflichen Vorratskammern fließen diesem Meister seine Eingebungen zu: die sternenhelle Winternacht unter den Tannen, der Obstbaum im Frühling, der sich unter der Last seiner Blüten verbirgt, der rauschende Abfluß, dem ein Wehr den Weg verlegt, die fränkische Hochebene, von ziehenden Wolken beschattet, belebt vom Windeshauch, der die Kronen der alten Bäume tief hinunterbiegt, solche und andere Bilder der Heimat, Bilder eines mächtigen kosmischen Lebens füllen in nicht endender Menge seinen Geist.

Und wunderbar, wie sich die Sprache der Kunst das Walten der Naturkräfte anzugleichen weiß! Es ist, als habe die Berührung mit der markigen Intuition dieses Künstlers jeden Gegenstand ins Monumentale gesteigert: in den einfach gegliederten, mächtigen Fluchtlinien, den harmonisch gereihten Tonfolgen seiner Bildkompositionen liegt eine Formvollendung, die sich bis zur Höhe eines Claude oder Poussin erhebt. Nur daß sie nichts von klassizistischer Schablone weiß. Frei in der Wahl der Mittel, frei in der Gestaltung, trägt sie hell geprägt das Zeichen des unabhängigen deutschen Geistes an sich, zu dessen schönsten künstlerischen Offenbarungen man sie immer zählen wird.

Reiniger, der in seinen letzten Lebensjahren abseits vom Verkehr der Hauptstadt auf seinem Landsitz am Tachensee weilte, hat nicht im eigentlichen Sinne Schule gemacht. Allein es wäre ein ganz vereinzelter Fall, wenn ein so reichbegabtes Talent ohne Einfluß auf seine Umgebung geblieben sein sollte. Man bezeichnet im besonderen Karl Schichardt als seinen geistigen Nachfolger, und gewiß ist der lockere und breite Vortrag, den der Genannte in seinen württembergischen Landschaften, den Altbildern namentlich entwickelt, der auf das Große, malerisch Vollkommene gerichteten Gesinnung nicht fern, mit der auch Reiniger die Natur ansah. Seine Liebe zur Heimat und die Wärme des Gefühls, die er in ihre Darstellung hineinlegte, hat Hermann Drück in seinen Bildern aus dem Neckartal in feiner und vielseitiger Weise neu zum Leben gerufen.

Von Reiniger unabhängig hat der malerische Zauber des schwäbischen Stufenlandes mit seinen abwechslungsreichen Profilen, in denen Reuper und Jura zwischen Wäldern, Fruchtgeländen und Rebenhügeln hingebettet liegen, und mit dem architektonischen Reiz seiner altertümlichen Dörfer und Städte auch in einem aus dem nördlichen Deutschland stammenden Künstler, Felix Hollenberg, einen ebenso formsicheren als verständnisvollen Interpreten gefunden. Und ebensowenig kann man anderen, im Lande geborenen oder

ausgebildeten jüngeren Talenten den Vorwurf machen, daß sie das Bild unserer Heimat vernachlässigt hätten. Wenn unter den älteren Meistern Gustav Schönleber es sich zum besonderen Verdienst anrechnen darf, diese Schätze als einer der Ersten in ihrem vollen Umfang aufgeschlossen zu haben, so sind es in der auf ihn folgenden Generation der württembergischen Künstler zwei seiner Schüler, Walter Strich-Chapell und Erwin Starker gewesen, die ihm darin mit Entschiedenheit gefolgt sind. Mit Karl Goll, Fritz Hafner, Martin Nicolaus, Heimo und Walter Schöllkopf, Eugen Stambach, Theodor Werner, Hans und Heinz Niederbühl erwähnen wir ergänzend nur einige der bedeutendsten Begabungen aus dem Kreise unserer jüngeren Landschaftsmaler.

Wir gedenken auch hier im Anschluß an die Landschaft der Tierdarstellung, indem wir aus der Zahl ihrer Vertreter drei der angesehensten hervorheben, Josef Kerscheneiter, Fritz Lang und Hans Molfenter. Die beiden ersten sind durch die Karlsruher Kunstschule gebildet; den Schüler von Baisch und Bügel erkennt man am deutlichsten in den frisch und lebensvoll behandelten und in feinen Tonverbindungen durchgeführten Bildern aus dem Zoologischen Garten, dem Zirkus, dem Hühnerhof, denen Kerscheneiters besondere Neigung gilt; Lang hat sich vorzugsweise in zeichnerischen und dekorativen Aufgaben betätigt, wir werden ihm im Kapitel der Graphik wieder begegnen.

Unsere Darstellung, die zunächst den aus Württemberg hervorgegangenen Künstlern galt, hat doch dieses Ziel nicht vollständig innezuhalten vermocht. Unter den Talenten jüngeren Alters, die wir als Zöglinge der einheimischen Kunstschule zu erwähnen hatten, befinden sich auch solche, die aus anderen Gegenden stammen, wenn sie gleich später in Stuttgart heimisch geworden sind. Aber auch unter denen, die nicht als Schüler, sondern als gereifte Meister ihren Wohnsitz vorübergehend oder völlig hierher verlegten, sind nicht alle Kinder dieses Landes, ja einige der hervorragendsten unter den Kräften, die der künstlerischen Bewegung in Württemberg in diesen letzten 25 Jahren ihr Gepräge gegeben haben, verdanken wir dem Zuzug von außen, insbesondere dem deutschen Norden. Man ist in der Verwaltung unserer höheren Lehranstalten niemals in kleinlichem Sinne partikularistisch gewesen, und so ist es auch gerade die Kunstakademie, in deren Lehrkreis verschiedene von jenen auswärtigen Künstlern offene Aufnahme gefunden haben. Einmal namentlich in dem uns hier beschäftigenden Zeitraum ist von diesem Prinzip ein weitgehender Gebrauch gemacht worden. Es war im Jahre 1899, als drei neue Lehrkräfte zugleich, Graf Leopold von Kalckreuth, Robert Poegelberger und Carlos Grethe von Karlsruhe hierher gezogen wurden. Man wußte, wem man die Direktion der Kunstschule, denn um diese zu übernehmen war im besonderen Graf Kalckreuth berufen worden, anvertraute. Dem neuen Leiter dieser ersten künstlerischen

Bildungsanstalt des Landes ging nicht nur ein über ganz Deutschland verbreiteter künstlerischer Ruf voran, er war auch schon damals wie noch heute als einer der Vorkämpfer der fortschreitenden Bewegung gegen überlebte Grundanschauungen wie gegen jeden von diesen ausgeübten Zwang bekannt. Als „Impressionismus“ hat man damals mit mehr oder weniger gutem Recht diese neuzeitlichen Tendenzen zusammengefaßt. Impressionistisch war Ralckreuths Kunst so gut wie die eines Trübner, Slevogt oder Liebermann, wenn man unter diesem Begriff nur eben die frisch zugreifende künstlerische Urteilskraft versteht, die ihr Weltbild nicht auf Autorität der Überlieferung, sondern auf eigene, selbstverantwortliche Erfahrung gründet. Aber nicht impressionistisch war dieselbe Kunst, wenn man darunter die unmittelbare Anlehnung an die Partei versteht, die damals und schon vorher nicht bei uns, wohl aber in dem Lande der Faktionen und der Theorien, Frankreich, ein neues Dogma der Schule an die Stelle eines älteren zu setzen im Begriff stand. Ralckreuth, der übrigens in der Zeit, in der er längst in jenem angedeuteten Sinne malte, noch nie in Paris gewesen war, hat es immer verstanden, sich von den habituellen Vorschriften so gut wie von den Schlagworten des Parteilebens persönlich unabhängig zu erhalten.

Seine Werke sind die lebendige Probe darauf, daß wir Lernende sind, solange wir streben, und daß auch das beste Vermögen uns nicht von der Pflicht entbindet, eine jede neue Aufgabe so zu beginnen, als stünden wir zum erstenmal vor ihr. Es kann dabei geschehen, daß nicht jede Lösung, die wir finden, in gleichem Maß befriedigend ist, und es ist wohl kaum ein Wirken auf geistigem Gebiet in Vergangenheit oder Gegenwart, das nicht in einzelnen Vorkommnissen diese Erfahrung bestätigte. Und doch ist dies der einzige Weg zum vollkommenen Können, und eben ein Künstler wie Graf Ralckreuth ist geeignet, in der absoluten Redlichkeit, Sachlichkeit und Vornehmheit seines Wirkens auch dies zweite zu bewahrheiten. Zwar hat seine Kunst Beurteiler gefunden, die, ohne jene Vorzüge gering zu schätzen, doch das eigentlich Moderne an ihr vermissen zu sollen glaubten, das sinnlich Bedingte, Nerven-erregende, Sensationelle, das unsere westlichen Nachbarn freilich bis zur Virtuosität ausgebildet haben. Aber ist es notwendig, ihnen darin nachzuahmen? Oder liegt nicht umgekehrt in jener Integrität des künstlerischen Bewußtseins, die Ralckreuths Schaffen aufweist, weit mehr die Kraft, die neue Werte schafft, weit mehr auch das, was eben „unseres Geschlechtes“ ist?

Graf Ralckreuth hat uns in einer seiner glücklichsten Eingebungen, dem lebensgroßen Bilde der jungen „Ährenleserin“, das unsere Staatsgalerie von ihm besitzt, sozusagen ein Musterbeispiel seiner Kunst hinterlassen. Der male-riische Akzent in der Durchführung des Motives, eines meilenweit reichenden, von hohem Horizont begrenzten Ackerlandes, mit dessen Grundton die von Luft und Licht umflossene Gestalt des armen Kindes in einer aufs feinste bemessenen Übereinstimmung erscheint, könnte an jenes Wort erinnern, das einmal von Millet gesagt worden ist: „Seine Gestalten scheinen wie mit der

Erde gemalt, auf der sie säen und ernten.“ Jedoch, man soll mit Vergleichen sparsam umgehen. Als Abbild eines einfältigen naturgegebenen Seins, das die Macht der inneren Anschauung in diesem Augenblick, in diesem Licht, in dieser Umgebung zum Gleichnis eines großen, umfassenden Lebens werden ließ, trägt dieses Werk das Gleichgewicht der Wahrheit und der Schönheit doch vor allem in sich selbst. Im lebendigsten Ergreifen des im Moment Gegebenen entfalten auch die bekannten Bilder aus dem häuslichen Stuttgarter Kreise des Künstlers: sein eigenes Bildnis, der „Wolf am Boden“, die „Velazquezprinzessin“, Werte, wie sie kein Meister anders als mit dem Einfak der ganzen eigenen Person erzeugen kann.

Es war ein Zeitraum von nicht viel mehr als sechs Jahren, während dessen Graf Ralckreuth in Stuttgart gelebt hat, eine Zeit, die, so kurz sie war, doch innerhalb seines Lebenswerkes ohne Zweifel eine wichtige Periode bildet. Fruchtbar wie der Umkreis des eigenen Schaffens war auch die Wirksamkeit, die Ralckreuth in seinem Lehrberuf entfaltete. Die dankbare Anhänglichkeit, die ihm die Besten unter seinen Stuttgarter Schülern noch heute entgegenbringen, hat das Bedauern nur zu vermehren vermocht, mit dem ihn im Jahre 1907 die einheimischen Kunstfreunde scheiden sahen. Einige dieser Schüler waren ihm von Karlsruhe her gefolgt, so Alfred Schmidt, den wir allerdings wohl nur in einem weiteren Sinne den Angehörigen des Ralckreuthschen Kreises zurechnen dürfen, eine für die Aufgaben der Freilichtmalerei besonders fein organisierte Persönlichkeit, bekannt vor allem durch hell und duftig gestimmte Landschaftsbilder, in denen spiegelndes Wasser und Sonnenschein die Folie bewegter menschlicher Gestalten bilden, so Wilhelm Laage, der sich namentlich um die Holzschnittechnik verdient gemacht hat, ferner Franz Muckenbecher, dessen lebhafteste Einbildungskraft sich vorzugsweise in monumentaler Malerei hervorgetan hat, Melchior von Hugo, der später zur Bildhauerkunst überging, und die tüchtige Porträtmalerin Julie Steiner. Als eines der eigenartigsten Talente hat sich weiterhin unter denen, die Ralckreuths Unterricht in Stuttgart empfangen, Amandus Faure erwiesen. Vom Dekorationsmaler ausgegangen, hat er mit einer für diesen Bildungsweg seltenen Aufnahmefähigkeit sich in die gesteigerten Anforderungen der hohen Kunst einzuleben gewußt. Früh ist er dabei seine eigenen Wege gegangen. Ein Gang zum Märchenhaften, Abenteuerlichen, der ihm von Kind auf eigen war, hat ihn auf seine Bilder aus dem Leben der fahrenden Leute geführt und hat ihn kostbare Stimmungseffekte in den von spärlichem Licht erleuchteten Zelten oder auf den Schaubühnen entdecken lassen, welche für diese Kunst die Welt bedeuten. Farbige Reisebilder aus dem Süden, Italien, Marokko, Konstantinopel hat er weiterhin, zuletzt als Kriegsmaler, jenen Schilderungen hinzugefügt. In derselben Schule hat sich Wilhelm Wulff, der inzwischen nach Hamburg übergesiedelt ist, zu einem tüchtigen Koloristen entwickelt. Alexander Eckener hatte bereits mit seinen eigentlichen Studien-

jahren abgeschlossen, als er sich an Kalkreuth, bald nach dessen Übersiedlung nach Stuttgart, anschloß, und ist mit diesem auch späterhin in naher persönlicher Fühlung geblieben. Ihm werden wir uns eingehender in dem Kapitel der zeichnenden Künste zu widmen haben, des Gebietes, das ihm neben der Malerei vornehmlich zur Lebensaufgabe geworden ist.

Mit nicht minder gutem Grunde wie Kalkreuth wurde Robert Poehelberger, der zweite der aus Karlsruhe berufenen Künstler, zum Lehrer der künstlerischen Jugend bestimmt. Vertraut mit dem ganzen technischen Können in der Malerei, das Wien und München, die Orte seiner beruflichen Ausbildung, in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ihm zu bieten vermochten, ist er zugleich einer unserer formgewandtesten Bildhauer. Das Zeichnen nach Gips, das eine übereifrige Pädagogik unserer Tage wohl etwas gar zu schnell in Acht und Bann getan hat, wird für ihn zum Ausgang der anregendsten Unterweisung, um Formen wahrhaft sehen und verstehen zu lehren, und die Zweiheit des in malerischer wie in plastischer Darstellung gleich geübten Auges gibt ihm dazu Voraussetzungen an die Hand, wie sie so gewiß selten in einer Persönlichkeit vereinigt gefunden werden. Auch seine Tätigkeit als Maler zeugt von dem feinen Formensinn des Bildners, in den Genredarstellungen seiner früheren Zeit nicht minder wie in den Landschaftsbildern, die ihn in späteren Jahren vornehmlich fesselten. Und eine ebenso reich entwickelte koloristische Begabung umgibt diese Bilder aus den Tiroler Bergen, aus dem Allgäu oder aus dem fränkischen Württemberg mit allen Reizen einer poesieerfüllten Stimmungsmalerei. Seine Tätigkeit als Bildhauer wird uns noch in einem späteren Zusammenhange beschäftigen.

Carlos Grethe, den vor wenigen Jahren ein jähes Geschick im besten Mannesalter aus dem Leben abgerufen hat, wird in dem Andenken der heimischen Kunstwelt als einer der am schärfsten ausgeprägten Charaktere fortleben, die in ihr hervorgetreten sind. Eine ganz auf sich gestellte Art zu denken und zu urteilen hat ihn zuweilen von der Meinung anderer getrennt. Aber jeder unvoreingenommene Gegner konnte sich mit ihm wiederfinden in seinen künstlerischen Darbietungen, Erzeugnissen einer tiefen und wahrhaftigen Hingebung, die ausschließlich einem Gegenstande, dem Meere angehörte. Fernerstehenden konnte es fast seltsam vorkommen, daß er, der zum Landschaftsmaler wie berufen war, mit scheinbar geschlossenen Augen an den Schönheiten unserer heimischen Erde vorüberging. Hatte man ihn in der Heimat seiner eigensten Wahl kennen gelernt, die er Jahr für Jahr aufs neue in den Ferienmonaten aufsuchte, so begriff man diese Ausschließlichkeit. Die Motive vom Hamburger Hafen oder aus belgischen Fischerdörfern, wie leuchteten sie, mit seinen Augen gesehen, im feuchten Duft des Küstenlandes; die Bilder der Schifffahrt, der Kolosse von Stahl, die den Ozean befahren, oder der hellfarbigen Segler, und die gewaltige Dünung

des wogenden Elementes selbst, welch eine Sprache führten sie in der Vollmacht dieser niemals ruhenden Phantasie! Gewann man selbst in einzelnen Fällen den Eindruck, als habe die Leidenschaft der Produktion den Künstler über sein Ziel hinausgeführt und ihn Effekte sehen gelehrt, welche die Wirklichkeit in der Brillanz der Farbe noch zu überbieten suchten: es war doch die Liebe zum Gegenstande, die ihn so weit führte, und die Liebe hat ihn zum Dichter gemacht.

Grethes Eltern stammten aus Hamburg, lebten aber in Montevideo, als er geboren wurde, und man könnte meinen, sein Geburtsland habe ihm etwas von dem heißen Blute seiner Bewohner ins Leben mitgegeben. Ein echter Abkömmling des niedersächsischen Stammes ist dagegen Bernhard Pantof, dessen berufliche Tätigkeit zwar vorwiegend der Baukunst und dem Kunstgewerbe gilt, der aber von der Malerei ausgegangen ist und darum auch hier nicht übergangen werden soll. Hat ihm seine malerische Tätigkeit in den letzten Jahren sein Feld vornehmlich im Bildnisfache angewiesen, früher hat er auch die Landschaftsmalerei gepflegt, und immer und wo er Hand anlegte, geschah es in derselben frischen Natürlichkeit und Unmittelbarkeit, die auch die Seele seiner ungemeinen Phantasiebegabung in den gewerblichen Künsten ist. Ihm liegt die pathetische Ausdrucksweise gänzlich fern. Es ist ein heiterer, von unveränderlichem innerem Gleichmaß getragener Geist, der seine Malerei in ihren gesättigten Farben, ihrer streng bildmäßigen Auffassung der Motive durchdringt, aber zugleich auch die durchschlagende Kraft des Temperaments, die das eigentliche Charisma des wahren Talentes ist.

Wie Pantof gehört auch Johann Vinzenz Cissarz, der jetzt im Begriff steht, nach neunjährigem Aufenthalt in Stuttgart nach Frankfurt überzusiedeln, zu jenen Malern, die eine ausgesprochene dekorative Begabung den Weg zur angewandten Kunst geführt hat. Aber auch er ist neben seiner Textil- und Buchkunst der Malerei nicht untreu geworden. In zart abgetönten Strandbildern von der Ostsee und neuerdings in monumentaler Schöpfung hat er ihr immer wieder die angestammten Rechte über seine Hervorbringung eingeräumt. Malerei und Kunstgewerbe gehen ebenso in der Tätigkeit von Hans von Heider, dem Urheber bedeutender dekorativer Landschaften, und von Rudolf Kochga Hand in Hand. Vor noch nicht langer Zeit hat sich endlich ein als Maler und Zeichner im Tierfach wie in sonstiger figürlicher Darstellung gleich hervorragender auswärtiger Künstler, Arnold Waldschmidt, hier niedergelassen. Es steht zu hoffen, daß seine ausgezeichneten Eigenschaften ihm bald auch in der weiteren Öffentlichkeit die verdiente Anerkennung bringen werden.

Der Kunst des Malers stehen unterschiedliche Wege offen, die Welt der Sichtbarkeit zu fassen und im Bilde festzuhalten. Die realistische Anschauungsweise, die sich der konkreten Form bedient und die sich der gegebenen Erscheinungswerte wie sie sind in Form und Farbe zu bemächtigen

strebt, gibt der heutigen Kunst der Malerei ihren geschichtlichen Unterbau, und sie wird wohl noch für lange Zeit, wenigstens im Staffeleibilde, den tieferliegenden Halt und Zusammenhang ihrer künstlerischen Elemente bilden. Aber es gibt Möglichkeiten, sich dem Gegenstand der Darstellung auch von anderen Seiten her zu nähern. „Ein Bild zu malen, ist eine Kunst und eine Wissenschaft zugleich.“ Dies Wort von Delacroix, dem großen Schulhaupt der französischen Romantiker, hat in den Augen vieler auch heute nichts von seiner Bedeutung eingebüßt. Ja, der gesteigerte Subjektivismus der rein naturhaften Schilderung hat in geradem Gegensatz zu sich selbst eine Bewegung erzeugt, die nicht von dem bloßen Eindruck der Erscheinung, sondern von dem in ihr liegenden organischen Zusammenhang, nicht von der zufällig gegebenen Haltung oder Lagerung der Stoffe zueinander, sondern von dem Gesetz einer planmäßig durchdachten Raumgestaltung ausgehend, die Aufgabe der Malerei lösen will: eine Methode der abstrakten Anschauung, derjenigen verwandt, die von der monumentalen Flächenkunst aller Zeiten als eine für sie notwendige Voraussetzung erkannt und zur Anwendung gebracht worden ist.

In Verbindung mit einer Aufgabe solcher Art sind auch in Stuttgart jene Ideen zum ersten Male öffentlich hervorgetreten, und zwar unter der Ägide des Künstlers, der sie zuerst in dem einheimischen Kreise gelehrt und geübt hatte, Adolf Hölzel. Die Gelegenheit zu praktischer Darlegung seiner Gedanken in großem Stile wurde ihm zuteil im Zusammenhange einer der originellsten modernen Bauschöpfungen unseres Landes, der von Theodor Fischer im Jahre 1907 errichteten „Pfullinger Hallen“. Dort ist in dem Musiksaal des Hauses unter Hölzels Leitung durch eine Anzahl seiner Schüler ein Kreis von Wandbildern zur Ausführung gelangt, der die für einen solchen Zweck verlangte künstlerische „Synthese“ in vorbildlich durchdachter Weise zur Tat werden ließ, ein Flächenschmuck, der in seiner kompositionellen Gliederung wie in der klugen Zurückhaltung des allzu Illusionsmäßigen der Ausführung den konstruktiven Sinn des baulichen Organismus in sich aufnimmt, und der in wohlbemessener Flächenteilung und Farbenstimmung die Harmonie des Ganzen hebt, anstatt sie aufzuheben.

Hölzel, der einst in München zu den erfolgreichsten und anerkanntesten Vertretern der damals im Werden begriffenen impressionistischen Richtung gezählt hat, ist im Wege einer langen und nachhaltigen Lehrtätigkeit zu den theoretischen Maximen gelangt, unter die er sein heutiges Schaffen gestellt hat. So liegt denn auch eine ganz bestimmte Folgerichtigkeit in der Entwicklung seiner heutigen Darstellungsmethode, die den vielgliedrigen Körper der kompositionellen Ordnung zuvörderst und erst dann das gegenständlich Bedeutende zu Worte kommen läßt. Wenn noch in den Hervorbringungen einer früheren, in Dachau verbrachten Arbeitsperiode, der letzten, ehe er als Leiter einer Komponierschule an die Stuttgarter Akademie berufen wurde, das Gegenständliche der Anschauung überwog, und wenn dies auch noch

in den meisterhaften schwäbischen Architektur- und Landschaftsbildern von Herrenberg, Cannstatt, dem Stuttgarter Schloßgarten u. a. der Fall war, die in den ersten Jahren nach der Übersiedlung hierher entstanden, so wuchs doch seitdem immer mehr in seinen Bildern durch die Hülle des malerischen Scheins das innere Leben der Dinge hindurch, bis es in großgedachten Konzeptionen, in denen sich figürliche und landschaftliche Formbestandteile mit einer alle bisherige Erfahrung übersteigenden Kraft der farbigen Wirkung verbinden, als eine neue und völlig eigen geartete ideale Schöpfung dastand. Dem Künstler ist es bisher — von einem eindrucksvollen Kreuzigungsbilde an der Altarwand der Ulmer Garnisonskirche abgesehen — noch nicht beschieden gewesen, die Ergebnisse seiner Methodik mit eigener Hand in monumentalen Aufträgen größeren Umfangs zu verwirklichen. Dagegen haben die Arbeiten an ausgedehnten Glasfensterentwürfen, die ihn neuerdings beschäftigten, zu Bildkonstellationen von höchster dekorativer Pracht sowohl im Rhythmus der Formbewegung als in der Harmonie der Farbe geführt.

Die große Zahl begabter Kräfte, die sich an Hölzel im Laufe seiner Stuttgarter Lehrtätigkeit als Schüler angeschlossen haben, verbietet uns, ihrer aller an dieser Stelle einzeln zu gedenken. Wir erwähnen nur einige der ältesten und bekanntesten aus ihrer Mitte, wenn wir hier die Namen von Paul Bollmann, Hans Brühlmann, Heinrich Eberhard, Josef Eberz, Ernst Graeser, Bruno May, Alfred H. Pellegrini, Eduard Pfennig, Ernst Schlipf in kürzester Zusammenfassung folgen lassen. In hohem Maße schien im besonderen Brühlmann berufen, die auf monumentale Kunst gerichteten Strebungen des Meisters in selbständiger Fassung auszuprägen. Ein frühzeitiger Tod hat die schönen Hoffnungen, die sich mit seinem Fortschreiten verbanden, für immer zunichte gemacht.

Aber auch außerhalb der Hölzelschen Schule hat die Pflege der Monumentalgesinnung in der Entwicklung unserer einheimischen Malerei an Umfang und Bedeutung in außerordentlichem Maße zugenommen. Eine rege kirchliche Bautätigkeit, sodann aber auch die Entstehung oder Planung einer Reihe von glänzenden Profanbauten, wie der neuen Hoftheater, des Kunstgebäudes, des künftigen Hauptbahnhofes u. a., die der Regierungsperiode König Wilhelms II. ihr bleibendes historisches Gepräge geben werden, haben darauf naturgemäß an ihrem Teile mit eingewirkt. Und die Bedeutung aller damit zusammenhängenden Fragen der Flächenkunst hat ihre Anerkennung endlich auch darin gefunden, daß die Technische Hochschule den Lehrstuhl für ornamentales Entwerfen, den sie stets besaß, bei dem letzten Wechsel seines Inhabers einem Künstler anvertraute, der mit der Erfahrung im Gebiet der angewandten Kunst eine anerkannte Meisterschaft in dekorativer wie in monumentaler Malerei verbindet. Karl Schmoll von Eisenwerth hat im Besitze dieser seltenen Vielseitigkeit alle die historischen Voraussetzungen gewissermaßen mitdurchlebt, die auf die Forderung einer neuen Monumentalkunst in unserer Zeit geführt haben. Die Loslösung vom unbedingten Natura-

lismus durch die Entwicklung der Freilichtmalerei zu einer Kunst, die vom Bilde nicht Naturtreue allein, sondern ebenso und mehr noch die Einheit eines schmuckvoll geplanten Ganzen, einer „Realität höherer Ordnung der Natur gegenüber“, um des Künstlers eigene Worte zu gebrauchen, verlangt, diesen Umwandlungsprozeß des malerischen Gestaltens, der sich um die Zeit der Jahrhundertwende zu vollziehen begann, hat Schmoll von Eisenwerth in München in eigener produktiver Tätigkeit im Kunstgewerbe, in graphischer Kunst und in der Malerei in seiner grundlegenden Bedeutung erfahren.

In seinen Bildern, Mitteilungen eigenen Erlebens oder freier Erfindung, wachsen in der Stuttgarter Zeit die formale wie die koloristische Bestimmtheit, sie steigern sich zu Tongemälden von entzückender Wirkung. Zugleich aber findet eine frühe gehegte Neigung zur Malerei im großen Stile endlich die ihr gebührende offene Bahn. Umfängliche Wandgemälde, voran das „Paris-Urteil“ in einem Festsaal des Kunstgebäudes und der „Odysseus in der Unterwelt“ im Lesesaal der neuen Tübinger Universitätsbibliothek, werden ihm nun zur Erfüllung jenes ersten Strebens und zu einem entscheidenden Ausdruck seiner künstlerischen Überzeugung. Die monumentale Wandmalerei ist ihm nicht Dienerin, sondern gleichberechtigte Gefährtin des architektonischen Raumgebildes, und sie beruht ihm nicht nur in einem gefälligen Gleichgewicht der linearen oder farbigen Kontraste. Er sieht ihre Aufgabe in einer höchsten geistig-sinnlichen Kraftentfaltung, die in Gestalten von elementarer Wucht und Größe das Gesetz der Harmonie von Bau- und Bildgestaltung zu erfüllen und ewig gültige Werte der künstlerischen wie der gedanklichen Imagination zu vergegenwärtigen bestimmt ist. Die jüngste Rundbarmachung dieser Ziele enthalten Wandgemälde des Künstlers aus der Nibelungensage in dem als „Cornelianum“ abgezweigten Teil des Stadthauses von Worms, die vor dem jetzigen Kriege begonnen, aber erst während desselben zu Ende geführt worden sind, Bilder eines urtümlichen Heldentums, die nun durch ihr Zusammentreffen mit den heroischen Kämpfen der Gegenwart mit ihrer künstlerischen auch eine wohlberechtigte nationale Bedeutung verbinden.

Abweichend von den beiden durchaus in modernem Sinne orientierten Künstlern, die wir soeben als führende Persönlichkeiten schildern konnten, pflegt einer der am meisten beschäftigten Monumentalmaler Deutschlands, Rudolf Belin, der seinen Wohnsitz in Stuttgart hat, eine auf den Überlieferungen der idealistischen Schule des vorigen Jahrhunderts ruhende Flächenkunst. Er tut es mit einem achtungsgebietenden Maße der Eigenschaften, die auch jenem älteren „Kartonstil“ Wert und Inhalt gaben, einer klar und formgerecht geführten Zeichnung und einem unzweifelhaften Schönheitsinn. Von seiner hauptsächlich der religiösen Malerei zugewandten Tätigkeit finden sich zahlreiche Beispiele in den Kirchen unseres Landes, unter ihnen als die bekanntesten die Wandbilder in der Stuttgarter Stiftskirche, in Tuttingen, Cannstatt, Weißenau u. a. O., und Glasgemälde in der Reutlinger Marienkirche wie in der Pauluskirche in Stuttgart.

Um so entschiedener sind zwei jüngere bedeutende Talente, Hans Gref und Frau Käthe Schaller-Haerlin, für die neuen Grundsätze der monumentalen Malerei in ihren Schöpfungen eingetreten. Eine ausgesprochene lyrische Einbildungskraft hat Gref in seinen kirchlichen Wandgemälden geleitet und hat ihn neben der künstlerischen auch eine besonders ansprechende ethische Wirkung, wie etwa in den Bildern der „Bergpredigt“ in Neuneck, der „Verkündigung an die Hirten“ in Winnenden, dem Taufbilde in der Erlöserkirche in Stuttgart, finden lassen. In ihrer Richtung auf Größe der Konzeption und Wohlklang der räumlichen Gliederung im Sinne der monumentalen Frühkunst der Italiener, Giotto's im besonderen, dürfte Frau Schaller-Haerlin durch einen langjährigen Aufenthalt in Italien bestärkt worden sein. Aber auch sie verbindet damit die Kraft des Gemütes, deren die immer auch durch den Gegenstand gebundene kirchliche Kunst gewiß am wenigsten zu entraten vermag. Ihre „Werke der Barmherzigkeit“ in der Kirche von Lichtental bei Baden sowie eine stattliche Reihe von Wandgemälden auch in württembergischen Kirchen, in Tailfingen, Lübingen, Holzelfingen und zuletzt in Gaisburg bei Stuttgart, sind berechende Zeugnisse dieser feinen und edlen Kunst, die endlich auch in gelegentlichen Porträtsschöpfungen Außergewöhnliches an lebendiger Charakterdarstellung geleistet hat.

Wir glauben diesem Zusammenhange endlich eine der wertvollsten Persönlichkeiten einreihen zu dürfen, die innerhalb der letzten Jahre in den Stuttgarter Kunstkreis eingetreten sind, den Schweizer Heinrich Altherr, der Leiter einer Komponierschule an der Kunstakademie ist. Steht auch die monumentale Kunst nicht beherrschend im Vordergrund seiner Tätigkeit, die ebenso Porträt- und Historienbild im Rahmen der freien Atelierschöpfung umfaßt, so liegt doch in seiner Gestaltungsweise ein verwandter Zug. Einheit und Einfachheit des Ausdrucks ist das erste, womit sie auf den Beschauer wirkt, jedoch nicht in der Weise des heute vielgenannten „Primitivismus“, der eine Art von Urzustand des künstlerischen Empfindens — vergebens — wiederherstellen möchte, sondern allein in bewußter Abwendung von einer Überkultur der malerischen Technik, wie sie die zuletzt vergangene Epoche da und dort, vornehmlich in den romanischen Ländern, hervorgerufen hatte. Es ist der gleiche Feind, den der jüngste Impressionismus, Cézanne an der Spitze, bekämpft hat. Allein dem Künstler liegt auch da jeder Gedanke an Nachahmung fern. Die Eigenart, die uns als Merkmal eines gesund und kraftvoll ausgeprägten Volkscharakters aus Literatur und Kunst der deutschen Schweiz wohlbekannt ist, gibt auch der Malerei von Altherr ihr Erkennungszeichen. Ihr wird der Aufbau der Flächenformen, wird das Spiel der von einem warmen Leben erfüllten farbigen Werte zu einer tief in die Elemente der Erscheinung eindringenden Deutung ihres inneren Gehaltes. Es ist eine Kunst der Vereinfachung, die doch nicht arm, sondern reich macht, und die eben darin letztlich ihren vollen Befähigungsnachweis im Gebiet auch des Monumentalen erbringt.

Dem Württemberger ist bei aller angestammten Heimatliebe ein Wandertrieb in die Wiege gelegt. Aber er geht nicht als Abenteurer hinaus, sondern um etwas zu sein und zu leisten, und viele sind, die draußen ihrem Namen Ehre gemacht haben, und auf die man auch in der Heimat stolz ist. Unter den Rorphyäen der heutigen deutschen Kunst, die ihren Ursprung aus Württemberg ableiten, haben wir allen voran zwei Künstler zu nennen, die beide einen Weltruf erlangt haben, Gustav Schönleber, den Landschaftsmaler, und Heinrich von Bügel, den Darsteller der Tierwelt. Schönlebers Jugend reicht in die Zeit zurück, als die Kunst der französischen Landschaftsmalerei durch Schleich und Lier nach München verpflanzt worden war, er selbst ist ein Schüler dieses letzten gewesen. Er hat freilich mit den späteren Jahren seine Malweise in offenkundiger Anteilnahme an den Fortschritten der Zeit nicht unwesentlich geändert. Über die Periode der Helldunkelstimmung, die früheste seiner Wanderjahre, die namentlich Italien und Holland zum Ziele hatten, und über die von Licht und Farbe strahlenden Bilder des Mittelmeeres, die den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts angehören, führt ihn sein Weg zu einer noch freier gehaltenen Darstellungskunst, einer Auflösung der strengen Form und fortschreitenden Zerlegung der Farbenwerte; die Malerei der Vedute weicht zur selben Zeit einer zunehmenden Sammlung auf das Einzelmotiv. Aber immer gleichstark, gleichwahr und liebevoll bleibt inmitten der immensen Ausdehnung und Weiterbildung seiner Lebensarbeit die in einem unabänderlichen Schönheitsempfinden begründete Anschauung der Natur, und wir danken es dem Künstler besonders, daß er dabei auch seiner schwäbischen Heimat nicht vergessen hat. So oft ihn auch die sonnige Pracht des Südens an sich fesselte, es zog ihn doch immer wieder nach „dem schlechten Wetter“ daheim zurück. Unmöglich, auch in diesem Falle auf eine Schilderung des Lebenswerkes im einzelnen einzugehen. Die Fülle des Stoffes läßt ein solches Unterfangen in den hier gezogenen Grenzen ebenso unausführbar erscheinen wie bei dem zweiten Künstler, den wir neben Schönleber nannten, Heinrich von Bügel.

Im Gebiet des Welzheimer Waldes, in einer Umgebung, die ihn die Gegenstände seines späteren künstlerischen Schaffens, die Schaf- und Rinderherden, täglich vor Augen sehen ließ, ist Bügel aufgewachsen. Der Künstler, der so von Jugend auf in der Welt zu Hause ist, die seine Phantasie erfüllt, hat ein näheres Verhältnis zu ihr als jeder andere. Neidlos hat einst Paul Meyerheim anerkannt, daß Deutschland keinen zweiten Maler besitzt, der den tierischen Organismus in seinem inneren Bau wie in der Textur der äußeren Erscheinung so wie Bügel beherrscht, dem die Schilderung seiner Lieblinge so zur zweiten Natur geworden ist. Zum Meister der Farbe hat auch ihn München erzogen. Dabei treten uns zugleich die Bilder eines dritten, heute nicht mehr im Leben weilenden großen schwäbischen Künstlers, des Tiermalers Anton Braith, in die Erinnerung, der mit seinem Freunde Christian

Mali ganz zu einem Gliede der Münchener Künstlergemeinschaft wurde. In den Werken seiner ersten, noch von den Gegensätzen des Hellen und des Dunklen beherrschten Periode verfolgt Bügel eine ähnliche Richtung wie diese. Entschiedener als jene beiden zog ihn jedoch die mächtig pulsierende Bewegung der Zeit zu sich hinüber. Er wurde zu einem Vorkämpfer der ausgeprägten Malerei „en plein air“ und stand auch später bei dem Übergang zu einer noch jüngeren Phase des Impressionismus in dessen vordersten Reihen. In der virtuoson Verteilung leicht irisierender kalter und warmer Lokalfarben, im Lebenshauch des allgegenwärtigen Lichtes erscheinen seine Bilder wie aus einer starken und heiteren Fülle des natürlichen Daseins geboren: Die Herde des Kleinviehs drängt sich gesellig um ihre Hürden oder wandelt friedlich in schneeigen Wellen über die Weide hin, im dampfenden Morgen-
nebel schreitet schwer und mächtig das Ochsendgespann vor dem Pfluge einher.

München, das immer die engste Nachbarschaft mit Stuttgart pflegte, hat die weitaus größte Zahl der außer Landes tätigen württembergischen Künstler aufgenommen. Ist es Karlsruhe vor mehr als dreißig Jahren gelungen, einen Meister wie Schönleber anzuziehen und später seinen reichbegabten Schüler Walter Conz festzuhalten, so haben dagegen in München außer Bügel Wilhelm Auberlen, Theodor Bohnenberger, Carl Caspar mit seiner Gattin Maria Caspar-Filser, Friedrich Eckenfelder, Gustav Essig, Gebhard Fugel, Julius Heß, Anton Laupheimer, Richard Winternitz, Eugen Wolff-Filser ihre bleibende Stätte gefunden; in der Nähe Münchens haben sich die bekannten Landschaftsmaler Bernhard Buttersack und Paul Keller-Reutlingen niedergelassen. Der ebenso geschätzte Landschaftsmaler Robert Hoffmann ist nach längeren Wanderjahren in Berlin ansässig geworden. Zwei hervorragende Lehrkräfte hat endlich Württemberg an norddeutsche Kunstschulen überlassen: Robert Weise, jetzt Professor an der Weimarer Kunstschule, dessen reiche und verdienstvolle Wirksamkeit in seiner Stuttgarter Vaterstadt noch unvergessen ist, und Otto Sußmann, der als vielfältig erprobter Monumentalmaler in Dresden lebt und lehrt.

2. Die graphischen Künste

Die zeichnenden oder, wie sie in der Regel genannt werden, die graphischen Künste beanspruchen in der Gestaltung des heutigen Kunstlebens eine eigene Geltung. Früher nur wenig von den Malern geübt und fast ausschließlich auf die Werkstatt des Kupferstechers oder des Holzschneiders von Profession beschränkt, sind sie heute ein bevorzugtes Instrument in der Hand des Malers geworden, während Kupferstich und Holzschnitt in der damals üblichen Anwendung als nachbildende Künste mehr und mehr durch die modernen mechanischen Reproduktionsverfahren verdrängt worden sind. Auch an der Stuttgarter Kunstakademie hat das Fach des Kupferstiches seit dem 1908 erfolgten Rücktritt von Karl Kräutle keinen offiziellen Vertreter

mehr. Daß diese Verschiebung der Arbeitsgebiete stattgefunden hat, ist, was die reproduzierende Technik anlangt, in mehr als einer Hinsicht zu beklagen. Hochentwickelte Kunstfertigkeiten, für welche der Klischee- oder Lichtdruck wenigstens in der Form, wie sie die heutige Buchindustrie bevorzugt, einen mehr als dürftigen Ersatz bietet, sind dadurch in Vergessenheit geraten. Ein Glück, daß wenigstens ein Verfahren, die mit allen Mitteln einer erschöpfenden malerischen Durchbildung ausgerüstete Radierung, auch als nachbildende Kunst noch immer eine uneinnehmbare Position in der Hand ihrer berufenen Meister behauptet.

Einen unberechenbaren Gewinn hat dagegen die Kunst des Malers oder Zeichners aus jenem Wechsel der Situation gezogen. In Gestalt des Originaldrucks, sei es in Radierung, sei es in Holzschnitt oder Lithographie, hat sie neue, ungemessene Möglichkeiten der Betätigung gefunden. Stuttgart ist in dieser Änderung der Verhältnisse nicht zurückgeblieben. Sehr viele Maler, namentlich in den Reihen der jüngeren Generation, haben sich gelegentlich bald in dieser, bald in jener graphischen Technik versucht. Auch die Akademie hat durch Schaffung eigener Lehrwerkstätten für Kupfer- und Steindruck und für Holzschneidekunst der bestehenden Wendung der Dinge Rechnung getragen.

Das Lehramt im Fach der Radierung und Steinzeichnung versteht seit 1908 Alexander Eckener, dessen wir schon oben als eines gewiegten Landschafts- und Figurenmalers gedacht haben. Er widmet sich in beiden Künsten vorzugsweise der originalen Darstellung, jedoch hat er gelegentlich auch die reproduzierende Tätigkeit nicht verschmäht, wie es denn stets für den mit Radiernadel und Ätzwasser vertrauten Künstler eine Sache der innersten Genugtuung bedeuten kann, von dem Werke eines ihm sympathischen Meisters im Wege einer so ausführlichen Nachbildung für sich und andere erneut Besitz zu ergreifen. Das ist dann freilich nicht mehr eigentlich Reproduktion, sondern neue Schöpfung, und Eckeners Radierungen nach Ribot, Pleuer und Bügel geben einen Beweis davon, bis zu welchem Grade eine solche in der Tat möglich ist. Die Treue und Hingebung, womit allein eine solche Arbeit bewerkstelligt werden kann, werden in der Regel auch in der originalen Produktion nicht ohne Einfluß auf die Betätigung des nachschaffenden Künstlers bleiben. Auch in dieser wird er sich durch Gründlichkeit der Anschauung wie durch Sachlichkeit der Behandlung auszeichnen. So vermögen denn auch Eckeners Originalradierungen das Auge des Betrachtenden ganz mit dem unverkürzten Reiz des Stofflichen vertraut zu machen. Und was gibt es nicht alles zu sehen in der vertraulichen Abgeschlossenheit jener friesischen Dörfer und Weideländer, in denen seine Darstellung mit Vorliebe weilt, den urwüchsigen Kunstformen ihrer Innenräume und den prächtigen Charakterköpfen ihrer Bewohner! Ein gleiches läßt sich in entsprechender Anwendung auch von den wirkungsvollen Steinzeichnungen sagen, zu denen der Künstler die Motive in verwandten landschaftlichen und figürlichen

Motiven oder auch in den Hütten- und Eisenwerken unseres Landes gefunden hat. Es herrscht auch hier die lebendige Kraft der Empfindung wie die untadelige Redlichkeit im Handwerk, kurz, der feste Rückhalt einer künstlerischen Persönlichkeit, die weiß, was sie will, und der es nicht an Mitteln fehlt, zum Wollen auch das Vollbringen hinzuzufügen.

Der Typus des „Maler-Radierers“, wie er sich in Eckener darstellt und wie er im Anbau des graphischen Arbeitsfeldes unter den heutigen Verhältnissen überhaupt die Regel bildet, wiederholt sich in Stuttgart noch in einer Reihe von Künstlern, denen wir zum größten Teil schon im Laufe unserer früheren Ausführungen begegnet sind. Unter den Landschaftsmalern entfaltet Hollenberg neben Eckener wohl die fruchtbarste Tätigkeit als Radierer. In derselben positiven Formanschauung, die seine Malerei auszeichnet, hat er auch in seinen Radierungen Schilderungen unseres Landes geschaffen, welche zu den besten und liebenswürdigsten in ihrer Art gehören. Hervorragende technische Eigenschaften dürfen ebenso die landschaftlichen Radierungen von Eissarz für sich in Anspruch nehmen, die namentlich von der sogenannten Kaltnadelarbeit Gebrauch machen und mit diesem feingeschliffenen Handwerkzeug Motive von der Ostseeküste in zartester Wirkung der atmosphärischen Erscheinungen zu Gesicht bringen. Auch im Buchschmuck hat Eissarz von seiner Übung in graphischer Kunst umfassenden Gebrauch gemacht, wie übrigens auch Pankof, der neben so vielen anderen Fertigkeiten auch die Radiernadel geist- und sinnreich zu handhaben weiß. Ein gleiches gilt von dem vorzugsweise im Kunstgewerbe tätigen Paul Haustein und von Karl Schmoll von Eisenwerth, für welcher letzteren besonders in seiner früheren Münchener Tätigkeit die Radierung, aber auch Steinzeichnung und Originalholzschnitt eine weitgehende Bedeutung gehabt haben. Ein Radierer von ansehnlicher Produktivität ist ferner Heinrich Seufferheld in Tübingen. Gelegentlich haben auch von Haug, Speyer, Grethe und in noch größerem Umfang Graf von Kaldreuth den lithographischen Stein oder die Kupferplatte bearbeitet und damit den Schatz der einheimischen Produktion um außergewöhnliche Werte bereichert. Unter den Jüngeren dürfen wir Karl Bauer und Alfred H. Pellegrini in München, in Stuttgart Leo Bauer, Amandus Faure, Ernst Graeser, Gottfried Graf, Franz Gref, André Lambert, Georg Lebrecht, Reinhold Nägele, Oskar Obier als diejenigen Künstler bezeichnen, die sich den graphischen Künsten am angelegentlichsten gewidmet haben, Robert Ehinger nicht zu vergessen, der sich in besonders nahem Anschluß an Eckener gebildet hat.

Endlich aber ist in Stuttgart ein Zweig der graphischen Kunst zu neuer Blüte gelangt, der hier schon früher, wennschon in anderer Richtung, eine ausgedehnte Pflege gefunden hat, die Holzschnidetechnik. Hat diese früher der Buch- und Zeitschriftenillustration bald als Ton-, bald als Faksimileschnitt — eine Übung, die eben damals hier am Ort in Adolf Eloff

einen bahnbrechenden Vertreter fand — in einer lediglich nachbildenden Verfahrensweise gedient, so ist auch sie jetzt in die Reihe der selbständig schaffenden Künste vorgerückt. Man hat dabei unter dem Einfluß des japanischen Farbenholzschnittes und wohl auch der im späteren Mittelalter geübten Buchillustration gelernt, diesem Material aufs neue den Reiz einer auf einfache und starke Gegensätze aufgebauten kernigen Formensprache abzugewinnen, den es in so hohem Maße begünstigt. Einer der bekanntesten Vertreter dieser neuen Verwendungsart des Holzschnittes, Walter Klemm, hat zwar nur vorübergehend in dem zuletzt vergangenen Jahrzehnt hier gearbeitet, dagegen haben andere, wie Fritz Lang und Wilhelm Laage, sich auf die Dauer dem einheimischen Kunstkreise angeschlossen, und in Heine Rath ist letztlich auch eine hervorragende Kraft als Lehrer des Holzschnittes für die Kunstakademie gewonnen worden. In einer weichen und tonigen Vortragsweise hat er im Holzschnitt die eigentümlichen Härten, zu denen die Technik in ihrer modernen Ausbildung leicht verleitet, glücklich zu vermeiden und in Blumenstücken wie in landschaftlichen Motiven zeichnerische Präzision und malerische Haltung mit poesievoller Gesamtaufassung zu vereinigen gewußt. Als Illustinator hat Fritz Lang von seiner Kunst einen besonders glücklichen Gebrauch gemacht. Im „Märchen von den sieben Geißlein“ und im „Schnauzerbuch“ hat er einen Ton getroffen, der mit der humor- und gemütvollen Illustrationskunst der älteren deutschen Romantik den Wettbewerb aufnehmen darf und den endlich auch eines unserer jüngsten einheimischen Talente, Karl Stirner, in seinen Bildern zu Mörikes „Hühelmännlein“ und Finchs „Bodenseher“ in frischen und durchaus selbständigen Formen neu belebt hat.

3. Bildhauerkunst

Es ist nicht unsere Aufgabe, die künstlerischen Lebensvorgänge der Gegenwart ausführlich zu beleuchten. Immerhin werden auch in dem bisher Gesagten die für sie maßgebenden Strebungen so gut wie die zwischen ihnen vorhandenen Gegensätze der Richtungen von objektiver und subjektiver Grundanschauung, von Ideal und Wirklichkeit nicht zu verkennen sein. Jedoch führen diese Vorgänge zu verschieden gearteten Ergebnissen, je nach den Voraussetzungen des Materiales und der Technik, die dabei im Spiele sind. Tritt in Malerei und Zeichnung das Widerspiel der Meinungen, entsprechend der Gefügigkeit der Darstellungsmittel, oft in scharfer Zuspitzung hervor, so erscheint es wesentlich gemildert in der Bildhauerkunst, dank der massiven Stofflichkeit des Materials und ihrer statischen Bedingtheit. Wir empfangen mit einem Wort im Bereich der Plastik ein weniger kontrastreiches Bild der Entwicklung, wennschon die Abschattungen der Stile sich auch da nie ganz verleugnen werden. Der Abriß der württembergischen Bildhauerkunst der letzten 25 Jahre, den wir im folgenden zu geben versuchen, ist geeignet,

diese allgemeine Erfahrungstatsache auch in unserem engeren Darstellungsgebiete zu bestätigen.

Länger als an irgendeinem anderen Orte Deutschlands hat sich in Stuttgart die idealistische Richtung behauptet, welche in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in Blüte stand. Sehen wir ab von dem vor etwa einem Jahrzehnt verstorbenen Paul Müller, dem Schöpfer der Eberhardsgruppe im Schloßgarten, der sich unter Schilling in Dresden gebildet hatte, so finden wir jene Richtung vor allem in Adolf von Donndorf verkörpert, welcher sich rühmen darf, die Grundlagen seiner künstlerischen Erziehung noch in der unter Goethes Auspizien gegründeten Weimariſchen Kunſtſchule erhalten zu haben, und der als Schüler und Mitarbeiter Rietſchels unmittelbar an die großen Traditionen des Rauchschen Klassizismus anknüpft. Erscheint auch die ursprüngliche Strenge dieses Prinzips bei ihm gemäßigt durch ein näheres Eingehen auf die Naturform, wie es namentlich seine vortrefflichen Porträtbüsten zeigen, so tritt doch der Inhalt jener Überlieferungen ungeschmälert in den zahlreichen Denkmalarbeiten zutage, die dem Künstler in einem langen, an Arbeit und an Erfolgen reichen Leben zu vollenden beſchieden geweſen iſt, wie etwa dem Grabmal Robert Schumanns in Bonn, dem Corneliusdenkmal in Düsseldorf, dem Lutherdenkmal in Eisenach und vielen anderen, deren Reihe von den in der Gruft des alten Schloſſes in Stuttgart ausgeführten Sarkophagen des Königs Karl, der Königin Olga und des Herzogs Eugen von Württemberg und der im Angeſicht der neuen Stuttgarter Hoftheater errichteten Schillerſtatue geſchloſſen wird.

Im Verufe des Bildhauers iſt ihm ſein Sohn Karl Donndorf gefolgt. In ihm hat ſich der Meiſter einen ſeiner würdigen Schüler und Erben ſeiner Kunſt herangebildet. Von ſeinem Können legen, von auswärtigen Schöpfungen abgesehen, zahlreiche Werke in einheimiſchem Privatbeſitz ſowie zwei der bedeutendſten Monumentalſchöpfungen Zeugnis ab, die im Laufe dieſes Jahrhunderts in Stuttgart entſtanden ſind: das Standbild des Prinzen Hermann von Sachſen-Weimar und der in Kalkſtein ausgeführte figurengeſchmückte Brunnen an der Straßenfront des Großen Hauſes der Theatergebäude, der kurz vor Ausbruch des Krieges vollendet wurde.

Während 34 Jahren, von 1876—1910, hat Adolf von Donndorf die Profeſſur für Bildhauerkunſt an der Stuttgarter Kunſtakademie innegehabt. Mehrere der namhafteſten unter den in Stuttgart anſäſſigen Vertretern des Faches entſtammen ſeiner Schule. Zu den erſten, die ſich an ihn nach ſeiner Feſtſetzung in Stuttgart anſchloſſen, gehörte Adolf Fremd. Man fühlt bei ihm, geradeſo wie bei dem Sohne des Künstlers ſelbſt, die zunehmende Abwendung von dem klaſſiſtiſchen Kanon zugunſten einer freieren Stilrichtung, wie ſie das Zeitalter des Realismus in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ganz von ſelbſt dem jüngeren Nachwuchs nahelegen mochte. Die ſachkundige und geſchmackvolle Beſtimmtheit der Gesamtauffaſſung hat Fremd im Sinne der älteren Schule fortgepflegt,

sowohl in seinen umfänglichen dekorativen Werken wie dem Figurenschmuck am Neubau des Hotel Marquardt oder des Landesgewerbemuseums in Stuttgart, als auch in zahlreichen Grab- und sonstigen Denkmälern, unter denen der „Nachtwächterbrunnen“ an der Leonhardskirche und das Wingerstandbild am Urbansplatz zu den anziehendsten ihrer Art in Stuttgart gehören.

Im Lebensalter standen oder stehen Fremd die Bildhauer Georg Rheineck und Theodor Bausch am nächsten, beide geschätzt als Urheber zahlreicher Werke der statuarischen Plastik wie der Bildniskunst; von Bausch rührt unter anderem die in Stein ausgeführte Wiederholung von Danneckers Brunnennymphe am Neckartor und der „Gänsebrunnen“ unter dem Hasenberg her. Zu Donndorfs ältesten Schülern gehört der früh verstorbene Wilhelm Rösch, ein vielverheißendes Talent, dessen lebendige Naturauffassung die Marmorfigur des „Knaben mit der Bremse“ im Stuttgarter Museum vortrefflich ausspricht.

Es folgt eine jüngere Generation an der Stuttgarter Akademie gebildeter Künstler, unter denen Emil Riemlen und die Brüder Daniel und Rudolf Stöcker obenan stehen. Mit seinem Denkmal J. G. Fischers und seinem „Kelenbergbrunnen“ ist Riemlen in die vorderste Reihe der Künstler eingetreten, die in der jüngsten Bauperiode der Hauptstadt berufen gewesen sind, zu deren bildnerischer Ausschmückung beizutragen. Sein Bismarckdenkmal in Heilbronn und der „Postmichel“ in Eßlingen liegen in derselben Richtung. Nicht minder hat er sich in kirchlicher Kunst einen Namen gemacht; so enthält die Stuttgarter Eißlerkirche von ihm die Bronzefigur eines Täufers Johannes, so zeigte die Große Kunstausstellung des Jahres 1913 eine umfangreiche Kreuzigungsgruppe von seiner Hand, deren Marmorausführung das Familiengrab des Geheimen Kommerzienrats Dr. von Mauser in Oberndorf schmückt. Die umfangreichste Betätigung dürfte neben dem genannten Künstler Daniel Stöcker aufzuweisen haben, der manch eine wertvolle Gabe dem einheimischen Denkmälerbestande eingefügt hat. Wir erinnern an die Büste von Friedrich List in den Vopseranlagen, die zierliche Nymphe in Marmor am Weißenburgbrunnen und die lebendig bewegte Brunnenfigur im Hofe des Reformrealgymnasiums, den Knaben, der mit einem springenden Ziegenbock scherzt. Dem Künstler ist auch die monumentale Plastik nicht fremd geblieben, wie seine Apostelstatuen in der evangelischen Garnisonkirche in Ulm und die allegorischen Reliefs für die Neubauten der Stuttgarter Hoftheater beweisen. Der Bauplastik hat sich unter Donndorfs Schülern im besonderen Karl Gimmi zugewendet. Gutes in figürlicher Darstellung haben gleich diesem Julius Friedl und der im Felde gefallene Karl Gabriel geleistet.

Nächst Donndorfs Schule ist es die von Ruemann in München gewesen, die eine auffallend große Zahl württembergischer Künstler gebildet hat. Zu ihr gehören neben anderen Karl Merz in Tübingen, dem diese Stadt

den hübschen Rinderbrunnen im Rathaus und die Figur der Nymphe auf dem von Theodor Fischer entworfenen Brunnen an der Neckarbrücke verdankt, und Karl Deibele in Schwäb. Gmünd, der in Porträt- und Figurenplastik tätig ist. Von Gmünd, dem Sitz einer alteinheimischen Edelmetallindustrie, stammt auch einer unserer besten Bronze- und Plakettenkünstler, Alfons Feuerle in Stuttgart, wo dasselbe Fach außerdem durch Alfred Lörcher und Rudolf Pauschinger in ausgezeichneter Weise vertreten ist. Die Holzplastik findet ihre besondere Pflege durch Theodor Schnell in Ravensburg, der eine ausgedehnte Tätigkeit in der Herstellung figurengeschmückter Altäre entfaltet. Mit wertvollen Arbeiten sind ferner im Laufe der letzten Jahre Franz Höring, Johannes Maishöfer, Wilhelm Fehrle und Christian Scheufele hervorgetreten. Der zuletzt Genannte, der durch kirchliche Bildwerke von eigenartig tiefer Erfassung des Gegenstandes berechnete Aufmerksamkeit erregt hat, ist im Felde geblieben.

Neben diesen Künstlern, die alle geborene Württemberger sind, beherbergt Stuttgart eine nahezu ebenso starke Zahl von Meistern der Bildhauerkunst, die aus anderen Bundesstaaten stammen, aber hier ihre bleibende Wohnstätte aufgeschlagen haben. Alle diese noch in den besten Mannesjahren stehenden Künstler verleugnen nicht die Grundzüge einer auf die selbständige Entwicklung der Persönlichkeit gerichteten künstlerischen Erziehung, wie sie heute die herrschenden sind. Die vielseitige Begabung von Franz Böres hat sich im Kunstgewerbe nicht minder glücklich wie in Denkmal- und Porträtkunst gezeigt. Melchior von Hugo, der sich neben feinempfundenen Porträtdarstellungen hauptsächlich der Beherrschung der menschlichen Gestalt gewidmet hat, ist es ebenso gelungen, seine Figurenplastik mit dem ganzen Ernst einer unaufdringlichen Schönheitsform zu erfüllen. Die Denkmalkunst pflegt in großen Ausmessungen Gustav Adolf Bredow, dessen mächtiges Nationalmonument in Buenos Aires für das Ansehen der deutschen Kunst auch jenseits des Ozeans eine wirkungsvolle Stütze bedeutet. Er hat ebenso im Inlande Gelegenheit gefunden, sein bedeutendes Können in öffentlich sichtbaren Schöpfungen hervortreten zu lassen, so in Grabdenkmälern auf dem Pragfriedhof und in verschiedenen kirchlichen Skulpturen. Durch Werke der Kleinkunst wie durch gelungene plastische Arbeiten in Holz hat sich Joseph Zeitler bekannt gemacht, unter den letzten ist eines der in diesen Tagen am häufigsten genannten Denkmäler der „Wackere Schwabe“, den der Landesverein vom Roten Kreuz als volkstümliches Wahrzeichen für die neu in Aufnahme gekommene Sitte der „Nagelung“ aufgestellt hat. In Holzplastik hat sich auch Hermann Jung hervorgetan, den der Verein für christliche Kunst mehrmals mit seinen Aufträgen bedacht hat, als Steinbildhauer hat Heinz Fritsch eine fruchtbare Tätigkeit entwickelt.

Eine willkommene frische Kraft ist endlich in dem Schweizer Jakob Brüllmann dem einheimischen Kunstkreise zugewachsen. Haben ihn zuerst

seine geschmackvoll stilisierten dekorativen Arbeiten im Baugewerbe eine dankbar anerkannte Tätigkeit finden lassen, so ist er später von da aus auch der eigentlichen Monumentalplastik näher getreten. Sein prächtiger Geiserbrunnen in Zürich mit dem überlebensgroßen Steinbilde eines Tierbändigers ist ein vollgültiger Beweis der Begabung, die er für dieses Gebiet besitzt. Aber auch unter uns wird das im Werden begriffene Reformationsdenkmal, dessen Enthüllung im Jahre 1917 bevorsteht, die markige Gestaltungskraft dieses Künstlers in ihr gebührendes Licht treten lassen.

Die durchschnittliche Höhe des Leistungsvermögens, die in einem so ausgedehnten künstlerischen Betriebe zutage tritt, legt, je mehr sich dieser unter den Augen der Öffentlichkeit vollzieht, um so mehr den maßgebenden Instanzen die Sorge für die Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses auf. Es darf gesagt werden, daß eben in dieser Hinsicht in Stuttgart die denkbar günstigsten Voraussetzungen gegeben sind. Drei Künstlernamen kommen hierfür gegenwärtig hauptsächlich in Betracht: an der Kunstakademie Robert Poehelberger, dessen schon oben als Maler gedacht ist, und Ludwig Habich, an der Technischen Hochschule Ulfert Janssen.

Poehelberger, der zunächst durch seinen Unterricht in der Zeichenklasse berufen ist, den Sinn für eine plastisch klare Formensprache zu fördern, wirkt, obwohl nicht als Vorsteher einer Bildhauerschule, doch durch seine Werke auch als Vorbild für die spezifisch bildnerische Darstellungskunst. In den anmutigen Menschenbildern, die seine Hand aus dem Marmor hervorgehen läßt, wie in den temperamentvollen Schöpfungen der Kleinkunst, die er nicht minder ausgiebig beherrscht, zeigen sich in seltener Weise Reichtum und Prägnanz des Formenausdrucks gepaart. Aus der ansehnlichen Reihe seiner plastischen Arbeiten vermögen wir hier nur einzelne hervorzuheben, wie etwa die Marmorfiguren einer Ariadne, einer Susanna und einer sitzenden weiblichen Gestalt, die der Stuttgarter Kunstsammlung gehört. Die in Bronze gegossene Pietà an dem Grabmal Hagenbucher in Heilbronn verbindet eine eigenartige kompositionelle Lösung des uralten kirchlichen Motives mit dem vollen Reiz einer neuzeitlichen Formbehandlung. Was die kleineren Erzeugnisse von Poehelbergers Metallplastik betrifft, dürfen wir auf deren zwei, eine Harfnerin und eine von einer Nixe getragene Schmuckschale hinweisen, die wiederum in der Stuttgarter öffentlichen Sammlung zu finden sind.

Als Adolf von Donndorf im Jahre 1910 in den Ruhestand trat, folgte ihm an der Akademie der Künste Ludwig Habich, der bis dahin die Professur für Bildhauerkunst an der Technischen Hochschule in Stuttgart innehatte. Die Stuttgarter Bildhauerschule ist damit in eine neue Periode ihrer Geschichte eingetreten, die sich wohl am besten charakterisieren läßt, wenn man sagt, daß sie eigentlich gar keinen schulmäßigen Charakter aufweist. Die frische, männliche Energie, mit der ihr neuer Leiter eine jede ihm gestellte Aufgabe und so auch die des Lehrers angreift, ist den

natürlichen Grundlagen jedes wahrhaft schöpferischen Tuns zu nahe verwandt, als daß sie sich in Schulvorschriften kleiden ließe. In dieser Wesensbestimmung ist aber ebenso die persönliche Anschauungs- und Arbeitsweise des Künstlers selbst gegeben. Sie trägt dem vollen Individualcharakter des Naturvorbildes Rechnung, ohne am Modell zu kleben, und sie hat den Stil der echten, hohen Kunst, ohne sich im Frondienst eines Gesetzes abzumühen. So erklärt sich auch die Freiheit und die Vielseitigkeit von Habichs Begabung, die ihm, als die Künstlerkolonie in seiner Darmstädter Heimat ins Leben trat, in einem Werke strenger monumentaler Kunst, den in Stein gehauenen Riesenbildern von Mann und Weib am Eingang des Ernst-Ludwig-Hauses, den ersten allgemein bekannt gewordenen großen Wurf gelingen ließ und die ihn bald darauf als Meister einer stimmungsvollen Lyrik mit demselben Erfolge in die Schranken rief, als es galt, dem Andenken des jungen Goethe am gleichen Orte ein Erinnerungsmal zu widmen. In Stuttgart war ihm ein mit diesem letzten verwandtes Thema in dem 1911 vollendeten Denkmal des Chirurgen Dr. von Burckhardt am Hegelplatz gestellt. Beidemale erscheint in einer lebensgroßen Bronzefigur das schlichte, edle Gewächs einer nackten Ephebengestalt, in der sich dort die Tatenlust des reisenden Dichtergenius, hier das Dankgefühl der wiedergenesenen Jugendkraft verkörpert. Ist es in der Steinbildhauerkunst ein Grundsatz des Meisters, nicht einem künstlich erdachten Materialstil nachzuhängen, sondern dem bildnerischen Stoffe selbst zu überlassen, was er an besonderen Ausdrucksformen hergibt, so ist die gleiche Grundanschauung auch für seine Bronzeplastik maßgebend. Was diese der figürlichen Komposition an Bewegungsfreiheit zuteil werden läßt, das kommt, von einigen Werken kleinsten Maßstabes abgesehen, wohl nirgends besser zum Ausdruck als in jener Figur eines knienden Bogenspanners, die vor einigen Jahren auf der ersten Ausstellung im neuen Stuttgarter Kunstgebäude zu sehen war. Frei von allen Seiten sichtbar, wetteifert sie im physischen Kraftausdruck wie im Schwung der Linie mit den besten Schöpfungen des italienischen Quattrocento. Bald wird auch einen der höher gelegenen Plätze der Hauptstadt die lebensgroße Bronze eines Adoranten zieren, mit dem der Künstler bei der gleichen Gelegenheit hervortrat, und die da oben im weiten Ausblick auf alle Schönheit unseres Tales zu einem Hymnus reinsten Naturpoesie zu werden verspricht. Zahlreiche Bildnisdarstellungen in Büsten- wie in Medaillenform, darunter das schöne Relief mit dem Doppelbildnis des Königspaars, das als Denkmünze bei dessen silberner Hochzeit entstand, deuten eine weitere Seite von Habichs Tätigkeit an, in dem endlich auch umfangreiche Aufgaben der Bauplastik ihren Mann gefunden haben, so die Siebelfiguren der von Theodor Fischer errichteten Jenaer Universität und die dekorative Ausstattung des größeren der neuen Stuttgarter Hoftheater, deren Leitung in seine Hände gelegt war. Für diese Arbeiten, im besonderen für die Ausführung des Frieses der im Innern gelegenen Wandelhalle, standen ihm in seinen Schülern begabte und

willige Mitarbeiter zur Seite. Es ist ein beklagenswertes Schicksal, daß ihrer drei, August Häuser, Christian Aeckerlin und Otto Althaus, zu den ungezählten Opfern gehören, die der Krieg gefordert hat.

In das Lehramt der Bildhauerkunst an der Stuttgarter Technischen Hochschule, das für Habich 1906 geschaffen wurde, ist nach seinem Übergang an die Kunstakademie Ulfert Janssen eingetreten. Seine Aufgabe ist dort, die heranwachsenden Architekten in das Verständnis der plastischen Darstellungsweise einzuführen, aber auch darüber hinaus ihre baukünstlerische Ausbildung dadurch zu vervollständigen, daß sie die mit der Ästhetik der Bauformen so innig verwachsenen Forderungen der bildnerischen Tätigkeit auch in ihren technischen Bedingungen praktisch kennen und bis zu einem gewissen Grade beherrschen lernen.

Es ist ja eine scheinbar selbstverständliche Sache, wenn man verlangt, daß Architektur und Bildhauerwerk, wo sie vereint in die Erscheinung treten, sich zu einem organischen Ganzen zusammenschließen, und doch gehört ein eigenes Können, viel Takt, viel Wissen, viel Geschmaç dazu, um die raumschaffende Kunst so mit der schmückenden zu verbinden, daß beide wirklich nur einen einzigen Körper auszumachen scheinen. Mit dem oft versuchten Mittel, durch bloße Vereinfachung der bildnerischen Form ans Ziel zu gelangen, ist es in der Regel nicht getan: Figur und Ornament haben ihren Zweck verfehlt, wenn man sie dem Baustein gleich macht, dem sie doch nur zugesellt werden sollen. Ein Künstler wie Janssen, der nicht bloß über eine reiche Erfahrung im Gebiet der dekorativen Plastik verfügt, sondern der auch in der freien Kunst und nahezu in jeder Richtung tätig ist, wird in solchen Fragen den Lernenden der beste Führer sein. Er kennt die Notwendigkeit der Unterordnung, die ein geschlossenes Ganzes dem einzelnen Gliede auferlegt, er weiß sich aber zugleich mit seinem ganzen Fühlen und Denken den reinen Lebensformen der Natur zu streng verpflichtet, als daß er sie je verleugnen könnte. Nicht als billige Fundgrube von Motiven, aber als ein Wertmesser von unbegrenzter Wahrheits- und Schönheitsfülle hat dabei der Formenschatz der Antike für ihn eine bleibende Bedeutung gewonnen. In einigen seiner hervorragendsten Schöpfungen, wie den Atlanten in Bestelmeyers Aula in der Münchener Universität oder in dem mächtigen Steinrelief der thronenden Stadtgöttin, die er für die neuerdings von Bonapò erbaute Stadthalle in Hannover ausgeführt hat, tritt diese künstlerische Willensrichtung aufs reinste zutage. Nur andeutend vermögen wir der charaktervollen Bildnisdarstellung Janssens, vor allem seiner vortrefflichen Bronzestüben befreundeter Künstler zu gedenken, andeutend auch nur der fruchtbaren Tätigkeit, die er in figuraler Plastik, in Grab- und sonstigen Denkmälern, in Garten- oder Brunnengruppen entwickelt hat.

Der uns zur Verfügung stehende Raum verbietet es ebenso, die außer Landes tätigen württembergischen Künstler nach dem vollen Umfang ihrer

Leistungen und Verdienste zu würdigen. Nur ein paar Worte von ihnen seien noch vergönnt.

Es ist noch nicht allzulange her, daß man sich den Bildungsgang eines deutschen Künstlers kaum anders als durch eine italienische Reise abgeschlossen denken konnte. Die Rolle, die dem Land jenseits der Berge damals bestimmt war, ist heute ausgespielt, wenschon Natur und Kunst des klassischen Bodens dem gereiften Künstlerblick noch immer genug und übergenug zu sagen haben. Wie nahe wir aber zeitlich noch der früheren Gewohnheit stehen, läßt sich daraus erkennen, daß mehrere der älteren Künstler, welche für die von uns behandelte Periode in Betracht kommen, zu denen gehörten oder noch gehören, die ganz in Italien heimisch geworden sind, so Joseph von Kopp, der in Rom eine führende Stellung in der deutschen Künstlergesellschaft einnahm, und Peter Bruckmann, Boecklins Freund, in Florenz. Während einer Reihe von Jahren ist auch Ernst Curseß, der Urheber verschiedener öffentlicher Denkmäler Stuttgarts, in Rom ansässig gewesen.

Ebenso hat Erwin Kurz, der Sohn des Dichters Hermann Kurz, als Schüler und Mitarbeiter von Adolf Hildebrand lange in Florenz gelebt, um erst wieder in die deutsche Heimat zurückzukehren, nachdem ihn ein ehrenvoller Ruf als Lehrer an die Münchener Kunstakademie geführt hatte. Ihn sind wir berechtigt als das bedeutendste unter den Talenten hervorzuheben, die Württemberg in neueren Zeiten an auswärtige Pflegestätten der Kunst im Gebiete der Plastik abgegeben hat. So eng er sich an seinen Meister angeschlossen, hat er es doch vermieden, seine Kunst zur bloßen Wiederholung dessen werden zu lassen, worin ihm jener in Wort und Tat zum Vorbild geworden war. Der aus dem praktischen wie theoretischen Studium von Antike und italienischer Renaissance hervorgegangene Stil von Adolf Hildebrand, dem er sich ohne Rückhalt ergab, ist ihm doch nie zur bloßen Formel geworden. In seiner Bildniskunst wie in figürlicher Gestaltung hat er stets seine Individualität zu wahren gewußt. So hat er, etwas weniger doktrinär vielleicht und manchmal auch etwas realistischer gestimmt, als wir es an dem Meister gewöhnt sind, zwar nicht über diesen hinausgebaut, aber doch neben ihm eine eigene Entwicklungsmöglichkeit des neuen Klassizismus aufgeschlossen, den jener begründete. Andere folgten ihm auf derselben Spur. So der annähernd mit ihm gleichaltrige Hermann Lang, der noch als ein nahezu Dierzigjähriger es nicht verschmähte, die Hildebrandsche Schule aufzusuchen, und der wesentlich jüngere Theodor Georgii, der die strenge statuariische Überlieferung seines Lehrers mit einem ganz neuen und eigenartigen Reiz der Form und der Bewegung zu umkleiden gewußt hat. Unabhängig von Hildebrand hat auch der gleich dem Genannten in München ansässige Emil Epple, ein Schüler von Donndorf und Ruemann, während eines längeren römischen Aufenthaltes sich dem klassischen Bekenntnis zugewendet. Als ein Meister stilvoller Formgebung, wenngleich ohne den grundsätzlichen engen Anschluß an die antike Form, reiht sich den in München

anfassigen Württembergern endlich Hubert Neher an. Die Einhaltung einer ungekünstelten großen Linie, wie sie ihm in den Monumentalfiguren seines Nornenbrunnens gelang, zeugt ebenso wie der gesunde dekorative Wurf einer Reihe kleinerer Werke von einer ungewöhnlich starken und ihrer selbst gewissen Gestaltungsgabe.

In eine für die Entwicklung des künstlerischen Geschmacks in Deutschland epochemachende, wenngleich heute schon fast vergessene Stilperiode führt uns zum Schlusse die Erinnerung an den erst jüngst verstorbenen Wilhelm Widemann zurück. Seine ersten Erfolge standen im Zeichen der sogenannten deutschen Renaissance. In Werken der Kleinkunst und des Kunstgewerbes hat er zuerst, als Goldschmied und als Erzgießer, ebenso leicht und fließend gearbeitet wie später, als ihn Wallot für einen großen Teil der Bildhauerarbeiten gewann, deren die äußere und innere Ausstattung des Reichstagsgebäudes in Berlin bedurfte. Daß manches von dem, was Widemann gearbeitet hat, unserem heutigen Empfinden fremd erscheint, ist ein Zeichen der historischen Wandlung des Geschmacks, die wir miterlebt haben; seine positive künstlerische Leistung wird als solche davon nicht berührt.

4. Öffentliche Einrichtungen zur Pflege der Kunst

Von den Künstlern und ihren Werken wenden wir uns den Einrichtungen zu, welche das bestehende künstlerische Leben in Württemberg zu pflegen, das werdende vorzubereiten bestimmt sind.

Die Kgl. Kunstschule, die seit 1901 den Namen einer Kgl. Akademie der bildenden Künste führt, ist von König Wilhelm I. im Jahre 1829 gegründet worden. Fast alle namhaften württembergischen Künstler unserer Zeit sind durch sie hindurchgegangen, und es sind nicht wenige unter ihnen, die sich immer dankbar als ihre Schüler bekannt haben. Die Unterrichts-erteilung geschieht in einer Reihe von Fachklassen, die der unmittelbaren künstlerischen Ausbildung dienen und denen Vorlesungskurse über verschiedene Hilfswissenschaften angegliedert sind.

Die Zahl der Schüler ist bis zum Ausbruch des Krieges in beständigem Wachstum begriffen gewesen. Sie belief sich im Winterhalbjahr 1891 auf 71 Studierende, worunter 14 Komponierschüler, und umfaßte im Winterhalbjahr 1913/14 127 Studierende mit 43 Komponierschülern. Die überwiegende Mehrzahl der Schüler steht gegenwärtig im Felde.

Die ehemalige Kunstschule, die seit 1843 in dem damals erbauten Museum der bildenden Künste in der Neckarstraße untergebracht war, besitzt seit 1886 ein eigenes Haus in der Urbanstraße, dem gegenüber 1899 noch ein zweites Ateliergebäude errichtet wurde, von anderen kleineren Atelier- oder Hilfsbauten abgesehen, die seitdem hinzukamen.

In enger Verbindung mit der Kunstschule ist das Rgl. Museum der bildenden Künste gleichfalls unter König Wilhelm I. ins Leben getreten. Man datiert dessen Bestehen wohl am zutreffendsten seit 1843, dem Gründungsjahre des Museumsgebäudes, obwohl vereinzelte Anfänge für verschiedene Gruppen des Sammlungsbestandes bereits vorher vorhanden waren. Die Rgl. Kunstsammlungen zerfallen heute in drei Hauptabteilungen, die Gemäldegalerie, das Kupferstichkabinett und die Plastische Sammlung. Den Grundstock für die Gemäldegalerie hat, wie in den meisten staatlichen Sammlungen Deutschlands, der aus älterer Zeit vorhandene Gemäldebesitz des regierenden fürstlichen Hauses gebildet. Dazu gelangte später aus Privatbesitz als der in historischer Hinsicht wichtigste Bestandteil eine bedeutende Anzahl von Gemälden der alten schwäbischen Schulen des 14. bis 16. Jahrhunderts, die als Ganzes genommen ein in seiner Vollständigkeit wie in der Höhe des künstlerischen Wertes einzigartiges Wahrzeichen ihrer Zeit und ihres Landes bilden. Über die Geschichte der Kunst des 19. Jahrhunderts bis zum gegenwärtigen Augenblick gibt die Abteilung der neueren Meister, die andauernd vermehrt wird, eine gute Übersicht.

Das Kupferstichkabinett ist gleich der Gemäldegalerie in seinen Anfängen aus altem herzoglich württembergischem Kunstbesitz hervorgegangen. Es verdankt diesem Umstande eine bedeutende Sammlung von Handzeichnungen alter Meister; auch die Werke des Kupferstichs und des Holzschnittes früherer Jahrhunderte sind in guter Vollständigkeit vorhanden, desgleichen die Erzeugnisse der modernen Graphik.

Die plastische Sammlung besteht im wesentlichen aus Gipsabgüssen, von denen sich insbesondere die der antiken Bildwerke unter wissenschaftlichen und künstlerischen Gesichtspunkten durch ihre Reichhaltigkeit auszeichnen. Mit einer Sammlung moderner Originalbildwerke ist erst in den letzten Jahren der Anfang gemacht worden.

Neben diesen staatlichen Einrichtungen besteht eine Anzahl von Vereinigungen, die sich aus der freien Initiative einheimischer Kunstfreunde gebildet und sich die Pflege des künstlerischen Lebens der Heimat in irgendeiner Form zur Aufgabe gestellt haben. Sie haben ihren Sitz in Stuttgart, ihre werbende Tätigkeit erstreckt sich jedoch über das ganze Land.

Unter ihnen ist weitaus die älteste der Württembergische Kunstverein, der 1827 unter dem Vorsitz von Danneckers Schwager, dem Geheimen Hofrat von Rapp, gegründet wurde. Es ist ja das die Entstehungszeit der meisten deutschen Kunstvereine, die damals zum ersten Male den Künstlern Gelegenheit zu regelmäßiger Ausstellung ihrer Werke schufen und sich zugleich ihrer wirtschaftlichen Existenz durch Vermittlung von Verkaufsgemeinschaften auch in Form von eigenen Ankäufen zur Verlosung unter die Mitglieder annahmen. Diese selbstgewählten Aufgaben sind wie die Formen ihrer Ausführung für den Stuttgarter Kunstverein im wesentlichen bis heute

dieselben geblieben. Dagegen hat sich die Zahl der Mitglieder in sehr beträchtlicher Weise vermehrt; sie betrug zur Zeit der Gründung 654, wuchs bis 1891 auf 1732 und stieg bis zum Jahre 1914 auf 3194. Auch der Ausbruch des Krieges hat sie in kaum nennenswerter Weise vermindert. Dementsprechend ist auch die finanzielle Leistungsfähigkeit des Kunstvereins gestiegen, wobei bemerkt sei, daß die kgl. Staatsregierung wie die Stadtverwaltung den Verein durch Zahlung eines Jahresbeitrages unterstützen.

Am nächsten zeigt sich in seinen Zielen dem Kunstverein der Verein Württembergischer Kunstfreunde verwandt, welcher 1905 ins Leben trat. Von ihren Jahresbeiträgen erhalten in dieser Vereinigung die Mitglieder je 75 % in Gestalt von Werken einheimischer Künstler zurückerstattet, die teils vom Vorstande zur Verteilung bestimmt, teils von den Mitgliedern in freier Vereinbarung mit den Künstlern ausgewählt werden. Eine weitere Bestimmung des Vereins ist, durch Berufung angesehener auswärtiger Kräfte das Stuttgarter Kunstleben zu heben und die Tätigkeit dieser sowie anderer einheimischer Künstler durch Bau und Vermietung geeigneter Werkstätten zu fördern. Das nach Plänen von Pankof an der Staffenbergstraße ausgeführte Ateliergebäude des Vereins hat in seinen acht Arbeitsräumen, einschließlich einer daneben errichteten Bildhauerwerkstätte, bereits einer beträchtlichen Anzahl von Mietern, Malern sowohl als Bildhauern, zur Aufnahme gedient. Seit 1911 werden auch Stipendien an junge Künstler vergeben. Der angedeutete Wirkungsbereich allein läßt erkennen, daß die Jahresbeiträge der Mitglieder relativ hoch bemessen sein müssen, was auf der anderen Seite zur Folge hat, daß die Zahl der Mitglieder sich in engeren Grenzen als bei anderen Vereinen hält. Immerhin wies der im Jahre 1914 veröffentlichte letzte Jahresbericht deren 39 auf.

In mannigfacher Arbeitsgemeinschaft hat der Verein Württembergischer Kunstfreunde mit dem Stuttgarter Galerieverein gestanden, insofern als beide hinsichtlich der Weckung allgemeiner künstlerischer Interessen innerhalb der Bevölkerung durch Veranstaltung von Ausstellungen und Vorträgen Hand in Hand zu gehen pflegen. Im übrigen beschränkt jedoch der im Jahre 1906 nach dem Muster zahlreicher an anderen Orten bestehender ähnlicher Vereine gegründete Stuttgarter Galerieverein seine Tätigkeit ausschließlich auf die staatlichen Kunstsammlungen, für deren Vermehrung er durch Beschaffung von Geldmitteln wie auch durch eigene Ankäufe eintritt, die er als Leihgabe den Sammlungen überläßt. Eine stattliche Zahl von Kunstwerken, im ganzen 64, die mit einem Wert von 164 170 M zu Buch stehen und die in ihrem weitaus überwiegenden Teile in der Gemäldegalerie Aufstellung gefunden haben, ist ihm in den bisher verlaufenen zehn Jahren seines Bestehens zu erwerben möglich gewesen. Auch einige Leihgaben sind ihm aus privatem Besitz überlassen worden, darunter Perlen der neueren Malerei wie der Gang nach Bethlehem von Uhde und Feuerbachs schönes Frauenbildnis, das Seine Majestät der König zur Verfügung stellte.

Wie mit dem Galerieverein, so berührt sich die Gesellschaft der württembergischen Kunstfreunde in ihren Bestrebungen auch mit einer dritten Organisation, die jedoch wesentlich älteren Datums ist, dem Verein für Förderung der Kunst in Stuttgart. Segründet im Jahre 1882, hat dieser Verein schon damals die Bereitstellung von Künstlerateliers und die Verteilung von Stipendien ins Auge gefaßt und auch nach beiden Seiten wirksam eingegriffen. Seine Haupttätigkeit hat sich allerdings inzwischen in anderen Richtungen entfaltet. Abgesehen von seiner Anteilnahme an dem regen Musikleben Stuttgarts, hat sich seine Fürsorge in erster Linie der Schmückung der zur Großstadt heranwachsenden Residenz durch öffentliche Denkmäler der Bau-, Bildhauer- und Malerkunst zugewandt.

Was sich der Verein für Förderung der Kunst auf dem Gebiete des profanen Lebens zur Aufgabe gemacht hat, das verfolgt seit dem Jahre 1857 der Verein für christliche Kunst in der evangelischen Kirche Württembergs in einem noch weitergehenden Umfange der beratenden wie der tätig eingreifenden Fürsorge innerhalb der protestantischen Landeskirche. Von seiner Mitwirkung auf dem Gebiet des Kirchenbaues soll in dem für das Bauwesen vorbehaltenen Abschnitt dieses Buches besonders gehandelt werden. Ebenso eindringlich wie diesen widmet er sich auch den Aufgaben des Kirchenschmuckes sowohl in der Vergebung monumentaler Aufträge in Malerei und Plastik wie in der Wahrnehmung des fortlaufenden Bedarfes an Gegenständen des liturgischen Gebrauchs. In diesem letzten Gebiet ist wohl mancher Kampf zugunsten der individuellen künstlerischen Gestaltung gegen das sich überall aufdrängende Massenangebot wertloser Fabrikware auszufechten gewesen. Aber auch davon abgesehen, liegt es auf der Hand, wie es der ästhetischen Geschmackserziehung gerade auf dem Arbeitsfelde der kirchlichen Kunst nicht immer leicht gemacht sein mag, gegenüber volkstümlichen Überlieferungen oder Pietätsrückichten sonstiger Art die Oberhand zu behalten. Nichtsdestoweniger ist es der bisherigen Vereinsleitung gelungen, ohne Schroffheit auf der einen Seite, jedoch mit Nachdruck auf der anderen, den wahrhaft künstlerischen Gesichtspunkten in dem Ganzen ihrer Unternehmungen Geltung zu verschaffen.

Parallel mit dieser Vereinigung wirkt innerhalb der katholischen Kirche der Rottenburger Diözesanverein für christliche Kunst, dessen Anfänge in das Jahr 1852 zurückreichen und der sich 1880 neu konstituierte. Er übt eine vorwiegend beratende Tätigkeit aus sowohl bei Erneuerungen, Neubauten und Neuanschaffungen in den Gemeinden als auch in Fragen der Erhaltung oder Wiederherstellung vorhandener älterer Denkmäler der kirchlichen Kunst; auch durch Belehrung in Wort und Schrift über ästhetische und liturgische Grundsätze der christlichen Kunst überhaupt sucht er der Sache der Kunst in der Kirche zu dienen.

Von den erwähnten Vereinen stehen drei, der Württembergische Kunstverein, der Verein Württembergischer Kunstfreunde und der Stuttgarter

Galerieverein, unter der besonderen Schirmherrschaft Seiner Majestät des Königs. Es prägt sich darin die bemerkenswerte Tatsache aus, daß es der Landesherr in eigener Person ist, der ihre Bemühungen durch seine tätige Anteilnahme unterstützt. Dankbar darf dabei hervorgehoben werden, wie sich mit dieser Wirksamkeit die hohe und seltene Kunst verbindet, Einfluß ohne Zwang auszuüben. Diese Methode bevormundet nicht, aber sie bildet, und so erzeugt sie ein freies Spiel der Kräfte, das die sicherste Bürgschaft auch eines künftigen glückhaften Fortschreitens enthält.

Und hier ist der Ort, noch eines letzten wichtigen Gegenstandes zu gedenken. Ein jeder Kunsthaushalt bedarf eines Umschlagplatzes, der es ihm ermöglicht, seine Produktion in geschlossener Phalanx vorzuführen und seine Kräfte mit denen anderer Zentren in friedlichem Wettbewerb zu messen. Diesem Bedürfnis zu genügen, ist die Aufgabe der periodischen Ausstellungen, die sich längst als eine ständige Einrichtung im deutschen Verkehrsleben eingebürgert haben. Was aber dabei in Stuttgart immer empfindlich fühlbar wurde, war der Mangel eines umfänglichen Ausstellungslokals, das allein eine regelmäßige Folge solcher Schaustellungen ermöglichen konnte. Auch hier ist durch die Initiative der Krone eine entscheidende Wendung erfolgt und auf einem von ihr zur Verfügung gestellten Platze nach den Plänen von Theodor Fischer ein Ausstellungsgebäude errichtet worden, das gleichzeitig dazu bestimmt wurde, durch Hinzufügung entsprechender Räumlichkeiten einen Mittelpunkt edler Geselligkeit zu bilden. Mit den prächtig gezeichneten Bogen seiner Vorhalle, weit aufgetan zum Empfange seiner Besucher, so erhebt sich das im Jahre 1913 vollendete Kunstgebäude als ein bleibendes Denkmal der uneigennütigen Bestrebungen seines königlichen Bauherrn. Gelegenheit zur Veranstaltung größerer Ausstellungen war der neuen Gründung infolge des Kriegausbruches erst zweimal seit ihrem Bestehen, in den Sommermonaten 1913 und 1914, gegeben.

Aber auch die kriegerischen Ereignisse werden es nicht verhindern, daß eine Ausstellung württembergischer Kunst im Herbst des Jahres 1916 Zeugnis ablegen soll von dem blühenden künstlerischen Leben, das sich im Laufe der letzten 25 Jahre in unserem Lande entfaltet hat. Die Linie der Entwicklung, die wir hier nur in flüchtigen Umrissen andeuten konnten, wird dann in Formen und Farben sichtbar vor uns stehen. Sie wird, wie wir denken, die festgefügte Gußform des schwäbischen Stammescharakters nicht verleugnen. Aber damit wird sie keine Sonderpolitik betreiben, sie wird sich vielmehr als die Schöpfung einer Volksgemeinschaft erweisen, die in und mit all ihrem Eigenwuchs doch nur die ihr gestellte Aufgabe im kulturellen Leben der Nation erfüllt.



Architektur

Von Professor Dr.-Ing. E. Siedler

Seit dem Regierungsantritt König Wilhelms II. von Württemberg ist ein Vierteljahrhundert vergangen. Diese Zeit bedeutet für die Entwicklung der Baukunst in unserem Lande keine in sich geschlossene Epoche, die der Betrachter mit Behagen übersehen und begreifen könnte, etwa wie wir praeter propter den Klassizismus unter König Friedrich zusammenzufassen ein gewisses, durch die Umstände begünstigtes Recht haben. Dort war es eine einheitliche Richtung, die auf einer gleichen Grundlage der Gesinnung ruhte. Es war noch das Erbe der großen Zeit des 18. Jahrhunderts. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts aber herrschte im ganzen deutschen Land ein vielgestaltiges unruhvolles Treiben, im Norden noch mehr als hier bei den besinnlichen Schwaben. Man war mitten im Aufschwung, alles arbeitete rastlos, um auf allen Gebieten den günstigen Augenblick der neugewonnenen Selbständigkeit zu nützen, Versäumtes nachzuholen und es den übrigen Weltvölkern gleichzutun. Die Erziehung war auf eine gewaltige Steigerung des Wissens, Könnens, vor allem aber auf den Erwerb gerichtet. Man hatte in der Allgemeinheit keine Zeit für betrachtende Anschauung, kein Empfinden für das Unmittelbare, kein Bedürfnis nach Schönheit und nach wahrer Kunst. Es fehlte weitherum an klarer Erkenntnis des Guten und wahrhaft Großen, zumal des Geistig-Großen.

Das gilt auch für die künstlerische Tätigkeit auf baulichem Gebiet, von der hier die Rede sein soll. Man hat in den letzten 25 Jahren sehr viel, ungeheuer viel gebaut. Aber recht wenig, erschreckend wenig darf mit dem Maßstab künstlerischer Ernsthaftigkeit gemessen werden. Schalten wir sofort alle die Bauten aus, bei denen ein grobes Nichtkönnen, gewinnstüchtiger

Geschäftsgeist oder gleichgültige Gesinnung eine Betrachtung von vornherein unnötig machen, so bleibt eine zweite große Gruppe von solchen Bauwerken zu nennen, bei denen Bauherr und Erbauer die deutliche Absicht hatten, irgendeinen Trumpf auszuspielen: das Neue, das noch nie Dagewesene, das Prunkende, das allzu Persönliche wurde angestrebt. Dazu gaben unsere Bau-
schulen das Werkzeug in einer mehr oder weniger virtuoson Handhabung aller Stilformen durch einen auf Stilentwürfe gestützten Unterricht und eine auf „Motive“ gerichtete Erziehung. Auch die Musterbücher aller Stilformen: Motiv- und Formenschatz fehlten bei keinem Baumeister. Je mehr die Veröffentlichung von Werken der Baukunst aus allen Zeiten und allen Ländern wuchs, um so größer wurde die Vielseitigkeit, aber auch die Verwirrung. Unsere Architekten waren in allen Stilen „durch“ und konnten je nach Bedarf und Wunsch damit aufwarten. So sank im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts die Baukunst tief herab. —

Zu größerer Bedeutung gelangten nur jene, die mit den gegebenen Raumforderungen eine gewisse einheitliche „Stilreinheit“ erreichen konnten. Man schätzte in Stuttgart Neckelmanns Landesgewerbemuseum (vollendet 1896) in dem eigenwilligen, übersteigerten, ja verzerrten italienischen Renaissancestil außerordentlich; und der Rathausneubau ebenda veranlaßte 1899 die Berufung von H. Jassoy als Lehrer an die Technische Hochschule. In Verbindung mit J. Vollmer stellte dieser einen neugotischen Prachtbau mit beherrschendem Turm, zu dem die alten Beffrois der in weiten niederdeutschen Ebenen stehenden Rathäuser Anregung gegeben haben, in den bergigen Talfessel neben die alten Kirchtürme. Besonders beim Kirchenbau hielt man auf stilreine mittelalterliche Formen. Doch entging es den Besten nicht, daß solches Bauen zum launenhaften Formenspiel, ja zum Hindernis wurde, je mehr die neuzeitlichen Raumforderungen und Konstruktionen in Widerspruch gerieten mit der gewählten historischen Stilform.

Evangelischer Kirchenbau

Dies machte sich besonders eindringlich geltend beim evangelischen Kirchenbau. Es ist das Verdienst von E. Dollinger, daß er bei der Friedenskirche Stuttgart (vollendet 1892) die Forderung nach einer dem evangelischen Gottesdienst ganz entsprechenden Raumform erhob. Dazu kam dann auch das Bedürfnis, in das Kirchengebäude einen Konfirmations-saal einzufügen. Dieses neue Raumproblem haben in der Folgezeit immer noch mit mittelalterlichen Formen zu lösen versucht Baurat Frey in der Pauluskirche Stuttgart (1899), Hofbaurat Berner bei der Pauluskirche Heidenheim (1899), Baudirektor von Reinhardt bei der Gedächtniskirche Stuttgart (1899), J. Vollmer bei der Friedenskirche in Heilbronn (1899), R. Böhlen und R. Feil bei der Kirche in Pflugfelden u. a. m. Ein interessanter Versuch ist die weiträumige, in Anlehnung an Raum und Körper-

form der Schloßkapelle errichtete Garnisonkirche in Ludwigsburg von Fr. von Thiersch-München (1902). Außer der Entwicklung steht der Ulmer Münsterbau, der schon 1890 im wesentlichen vollendet war. Man sah immer mehr das Unmögliche ein, die Räumlichkeit der Predigtkirche, zumal der großen städtischen, mit historischen Formen befriedigend auszudrücken; es lehnten sich auch die neuen Baustoffe, Eisen und Beton, dagegen auf. Da wagte den ersten größeren Versuch, die Fesseln zu sprengen, Oberbaurat H. Dolmetsch mit der Markuskirche in Stuttgart (1908). Er schuf einen klaren Kirchenraum, konnte sich aber nicht enthalten, ihn mit allerhand aus dem Raumgedanken nicht geforderter Prachtentfaltung zu versehen. Das war noch ein Erbteil seiner Zeit. Von der größten Bedeutung jedoch für den Kirchenbau wie für das ganze Bauschaffen in Württemberg überhaupt wurde die Tätigkeit von Theodor Fischer, der von 1901 bis 1908 als Lehrer an der Technischen Hochschule in Stuttgart wirkte. Er brachte die endgültige Loslösung vom stilistischen Zwang, von der Unwahrhaftigkeit und dem Pathos uns fremd gewordener Ausdrucksweise, er befreite von alten Vorurteilen und lehrte die Unmittelbarkeit der Empfindung; vor allem aber betonte er ein ernsthaftes Suchen und ein Erleben des Raumes — von dem alle Baukunst ausgehen muß —, insbesondere des weihervollen Raumes für den Gottesdienst. Davon zeugen seine Kirchenbauten: die Erlöserkirche in Stuttgart (1908), die Garnisonkirche in Ulm (1910) und die Kirche in Gaggstadt. Fischers Wirken in Wort und Tat bedeutet den Anfang einer neuen Periode, einen Aufstieg aus der Niedrigkeit; es hat wie ein Sauerteig gewirkt und für die Baukunst neue Freude und Begeisterung geweckt.

Nach Th. Fischer ist als Kirchenbaumeister sein Schüler M. Elsässer zu nennen, der eine große Tätigkeit entfaltet hat. Seine Kirchen in Holzelfingen (1909), Schwenningen (1910), Klein-Eislingen (1913), Großgartach (1913), Gaisburg-Stuttgart (1913) u. a. sind durchweg selbständige Schöpfungen, ohne Nachgiebigkeit gegen nicht mehr brauchbare historische Bildungen. Sie bedeuten eine Bereicherung unserer Vorstellung und erfreuen durch große Reize feingezeichneter Einzelheiten, wie sie kaum ein Zweiter in Württemberg mit solchem Wohlklang zu erfüllen vermag. Aber seine Raumbildungen sind noch vielfach unharmonisch, unausgeglichen; noch ist eine eindeutige Durchbildung und Beherrschung des Ganzen nicht erreicht. Es ist eine Zeit heißen Bemühens und Strebens auf neuen Wegen. Lebhaft tätig waren auch Th. Dolmetsch, der seinem Vater im Beruf gefolgt ist, und F. Schuster, seit 1908 Professor an der Kgl. Baugewerkschule Stuttgart. Sie bauten Kirchen in Bretthelm, Streichen, Neckarweihingen, Öttingen, Dürrwangen, Michelbach — nicht alle sind gelungen. Der Direktor der Baugewerkschule, Oberbaurat P. Schmohl, hat in Verbindung mit Baurat G. Stähelin Kirchen in Altenstadt (bei Geislingen), Ebingen und Isfeld gebaut. Ein guter Entwurf für Feuerbach ist des Krieges wegen zurückgestellt worden. Kirchen in Groß-Eislingen, Reichenbach, Taillfingen von Böcklen und Feil

u. a. m. wären noch aufzuzählen; auch die Heilandskirche in Stuttgart von Oberbaurat L. Eisenlohr und O. Pfennig (1913), die auf Wunsch der verstorbenen Herzogin Wera im romanischen Stil erbaut und mit sehr feinem Empfinden durchgeführt ist.

Im allgemeinen ist aber zu bemerken, daß fast bei allen diesen Schöpfungen das heutige Formen noch hinter dem handwerklichen Können früherer Zeit zurückbleibt. Auch die Empfindung für die Raumgestalt ermangelt jener Innerlichkeit, die zur Schaffung wertvoller kirchlicher Innenräume notwendig ist. Nicht nur eine gewisse technische und formale Fertigkeit, sondern vor allem die Gesinnung ist für den künstlerischen Ausdruck maßgebend. Damit wir wieder Kirchenräume von jener Schönheit und beruhigten Empfindung schaffen können, wie sie z. B. in unserem Land die Spätgotik hervorbrachte, dazu bedarf es nicht nur noch vieler Versuche, sondern auch eines viel stärkeren Zusammenhanges unseres Geisteslebens mit den Gedanken des Christentums.

Häufig waren auch Erneuerungen alter Kirchen nötig. Sie sind gelungen, wo man die nötige Pietät für das Gute und noch brauchbare Alte hatte, und das Neue mit feinem Verständnis in die alte Umgebung als etwas Gutes an sich hineinstellte. Schwierig waren oft die Veränderungen des Raumbildes durch Um- und Einbauten von Emporen und Orgelsetztern. An solchen Erneuerungen haben sich beteiligt vor allen Th. Fischer in Eglosheim, M. Elsässer in Winnenden, P. Schmohl in Creglingen und Schwaigern, B. Taut in Unterriexingen (1907), E. Brill in Tüngental; weiterhin H. Dolmetsch in Göppingen, Schuster und Dolmetsch in Schorndorf und Gärtringen, Böhlen und Feil in Salach u. a. m.

Katholischer Kirchenbau

Die kirchlichen Neubauten für die katholischen Gemeinden treten zunächst an Bedeutung hinter den evangelischen zurück, weil für sie eigentlich neue Raumprobleme nicht zu lösen waren. Vielmehr blieb bei den feststehenden Sakungen der römischen Kirche das Festhalten an den mittelalterlichen Bauvorbildern die Regel. Die größte Tätigkeit entfaltete J. Cades, der meist in romanischen Formen die Elisabethkirche in Stuttgart (1901), Kirchen in Cannstatt, Untertürkheim, Schramberg u. a. m. gebaut hat. Von U. Pohlhammer ist die Nikolauskirche (1897) in Stuttgart, von Raisch die neugotische Stadtpfarrkirche in Spaichingen, von Merkel-Freiburg die katholische Garnisonskirche in Ulm (1901) usw. Bei manchen dieser Bauten ist freilich an Stelle echter Gewölbe eine moderne Hilfskonstruktion getreten, die auf die mittelalterlichen Funktionsformen der Gurten, Pfeiler, Streben und Mauern oft Einfluß hatte, die Raumverhältnisse änderte, und so trotz aller „Stilreinheit“ den Schöpfungen den gewünschten Stimmungswert raubte. Seit etwa fünf Jahren beginnt sich daher auch hier eine Wandlung zu

vollziehen. Man versucht das Mittelalterliche abzustreifen und Raum- und Körperform den neuzeitlichen Konstruktionen gemäß zu bilden. So entstehen Kirchen in Alen von H. Schlösser in Verbindung mit F. Laur, in Lautlingen von Herkomer, die St. Josephskirche in Stuttgart von Bihl und Volk (1914) u. a. m.

An Wiederherstellungen alter Kirchen ist hier besonders viel geschehen. Meist handelte es sich aber lediglich um Erhaltungsarbeiten, neue Zusätze waren selten nötig. Besonders zu nennen sind die sorgfältigen Leistungen von A. Koch in der Stiftskirche in Ellwangen, auf dem Schönenberg bei Ellwangen, in Erbach und in Neuler; von Wäschle in der Heiligkreuzkirche in Rottweil, von Pohlhammer in der Stadtkirche in Mergentheim; die Erneuerungen in Isny, Ravensburg, Wangen, Weißenau Königssegwald usw.

Wohnhaus

Die Mehrzahl der Bauaufgaben unserer Zeit hat schon eine alte Geschichte; die älteste aber hat das menschliche Wohnhaus. Jahrtausende haben daran gearbeitet. Die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts mit ihrer rastlosen Arbeit brachten eine gewaltige Tätigkeit im Wohnhausbau. Die Vorherrschaft des Einfamilienhauses trat zurück. Das gute bürgerliche Miethaus und leider auch die „Mietskaserne“ rückten in den Vordergrund. Baustellenwucher und Bauen als Geschäft waren höchst unheilvoll, und wie eine Seuche verbreitet. Von Kunst keine Spur, nur die Eier zu täuschen mit äußerlichem, oft bedenklichem Reichtum. Innen aber baute man enge Räume mit dürftigster Ausstattung. Die Vielseitigkeit der Architekten zauberte gotische und Renaissancefassaden in allen Schattierungen mit Leichtigkeit hin, und Baumeister zweiter und dritter Güte holten sich ihren unverstandenen Formelkram an der Baugewerkschule. Gewiß waltete dennoch hier und da eine ernsthafte künstlerische Absicht, die widerstrebenden Raumelemente des heutigen Miethauses überzeugend in historische Formen zu kleiden, wie das z. B. am Olgabau in Stuttgart von Oberbaurat A. Lambert und Stahl (1895) versucht worden ist, wo die barocke Formengebung durch die Rücksicht auf das nahe Schloß begründet werden konnte. Im allgemeinen sind gelungene Versuche dieser Art selten. Das dünne Gewand solcher Stilfassaden, das der vielfach übliche Bauwuchschamlos aufzeigte, wurde um 1900 immer öder, immer unechter. Die nötige Freude an der Gestaltung fehlte, Überdruß stellte sich ein.

Da kam etwa gleichzeitig über München und Darmstadt aus England die Anregung zur Erneuerung des Kunstgewerbes, und im Zusammenhang damit auch der erste Kriegeruf gegen die Herrschaft der historischen Stile. Man atmete auf, schrieb Bücher über „Palastfenster und Flügeltür“, kaufte den Studio, versuchte nun gemächlich zu bauen, sich von den gewohnten Bauformen zu befreien, seine eigenen Schnörkel selbst zu machen,

so gut es eben ging, und nannte das ganze „Jugendstil“. Damals wurden auch „Bauernstuben“ Mode.

Ein seinerzeit vielbesprochenes Haus schuf der Maler B. Pankof, der als Professor an die Kunstgewerbeschule nach Stuttgart berufen wurde, für den Kunsthistoriker Professor Dr. Lange in Tübingen (1901). Sowohl in der Gesamtgestalt als in den Formen wich hier alles vom Gewohnten ab. Weniger locker bauten die Architekten, z. B. P. Lauser, das Haus Seilacher (1903), W. Scholter, Häuser in der Kelenbergstraße in Stuttgart, zum Teil in Anlehnung an englische Cottages und mit alten einheimischen ländlichen Motiven, Fachwerkgiebeln und Erkern. Durch das Schlagwort: „von innen heraus bauen“ wurde die Unruhe und Unregelmäßigkeit der äußeren Gestalt, besonders auch der Dächer, gerechtfertigt. Ähnliche Schöpfungen entstanden überall in neuen Wohnvierteln in Stuttgart, Ulm, Heilbronn, da und dort auf dem Lande. Vielgestaltige Häuser dieser Art haben Schmohl und Stähelin, Bihl und Volk, Hummel und Förstner u. a. gebaut. Man rühmte dabei die „anmutige Gruppierung“, die „abgestreifte Schablone“ und den Reiz ganzer solcher „Villenquartiere“. Auch der Miethausbau machte diese Neuerungen mit, und im kleinen und allerkleinsten wiederholten sich ähnliche Dinge in den verschiedenen Arbeiterkolonien bei Fabrikanlagen, und in den Kleinhausiedlungen, die damals auch in Württemberg eingeführt wurden, z. B. die Kolonie Westheim bei Stuttgart von Böhlen und Feil seit 1903. Wir sehen in allen diesen Erscheinungen wohl die Anfänge zu einer neuen Zeit, aber auch die Launen und die mangelnde Zucht der damaligen Baugesinnung.

Allmählich hat sich unter dem Einfluß Th. Fischers und seiner Tätigkeit hier — vielbesprochen wurde das Wohnhaus von Dr. Zeller-Stuttgart, weniger bekannt ist der Umbau des Wohnhauses Gminder in Reutlingen (1907), dann das Haus Wilbrandt in Tübingen — eine Wandlung vom Einzelnen aufs Ganze vollzogen. Die heimischen Vorbilder traten noch mehr in den Vordergrund, man liebte das Malerische unserer alten Kleinstädte mit ihren durch Zeit und Umstände gewordenen Unregelmäßigkeiten, ihre krummen Straßen und verschobenen Häuserfluchten — das Unmittelbare der alten Heimatkunst wurde stark empfunden. Dazu trugen viel bei die berühmten „Kulturarbeiten“ von Schulze-Naumburg mit ihrer klassischen Gegenüberstellung von Beispiel und Gegenbeispiel.

Die Heimatschutzbewegung, zuerst als eine rein defensive Erhaltungsmaßregel gedacht, erwachte und vertiefte überall Einsicht und Erkenntnis. Man freute sich der baulichen Schönheiten im eigenen Land, in der engeren Heimat. Diese bildeten bei der gewonnenen Freiheit vom Stilzwang willkommene Anregung. Eines der besten Beispiele ist dafür die „Altstadt-sanierung“ in Stuttgart, Th. Fischer, E. Hengerer u. a. (1906—1909).

Während aber die Bauleute mit Begeisterung „bodenständig“ bauten und zum Teil, namentlich auf dem Lande, heute noch so bauen, war diese Periode

für die Besseren nur ein Durchgang zu weiterem Fortschritt. Th. Fischer und sein Schüler und Nachfolger auf dem Lehrstuhl an der Technischen Hochschule in Stuttgart, Paul Bonatz (seit 1908), waren es vorzugsweise, die nach den bisher gewonnenen Erfahrungen darauf gedrungen haben, daß jedes Bauwesen, auch das Wohnhaus, ein einheitlich geschlossener, wohldurchdachter, klar gestalteter Körper sein müsse, in dem Grund- und Aufriß, Konstruktion und Form einander gegenseitig bestimmen. Eine fortschreitend strenge Durchführung dieser Forderung, verbunden mit dem Bestreben, die ihr innewohnende Gesetzmäßigkeit voll zum Ausdruck zu bringen, hat besonders im Einfamilienhaus in neuester Zeit zu reifen Lösungen geführt: Haus Bonatz in Stuttgart, 1913; Wohnsitz von Gemmingen in Stuttgart, 1914 von A. Eitel; Haus Ficker in Kirchheim u. T. und Haus Abt in Schorndorf von Eisenlohr und Pfennig u. a. m. Erreicht ist wieder der einheitliche, rhythmisch gegliederte Baukörper wie in der Baukunst des 18. Jahrhunderts. Aber nun sind darin alle unseren heutigen Raumbedürfnisse wohl geordnet und oft bis ins Feinste durchgebildet untergebracht. Daß bei solchen strengen Anordnungen neben freien Formen auch die klassischen der Antike und der Renaissance wieder anklingen, ist fast selbstverständlich, geradeso wie auch das Interesse für die klassischen Haustypen der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wieder stark gewachsen ist.

Im großen Miethausbau zeigt sich die gleiche Richtung. Der jede große Linienführung hindernde Bauwuch wird mit Erfolg bekämpft. Beispiele sind besonders die Entwürfe des städtischen Baurats A. Muesmann für die Bebauung am Leipziger Platz und in Verbindung mit P. Bonatz für das Bahnhofsgelände in Stuttgart (1916).

Im Kleinhausbau und bei Arbeiterhäusern — besonders zu erwähnen ist Ulm, wo seit 1894 durch die Stadtgemeinde zahlreiche Arbeiterhausgruppen durch Stadtbaurat Romann und Baurat Holz errichtet worden sind, dann Gmindersdorf bei Reutlingen (Th. Fischer), Schorndorf (Gaiser und Haag), Fellbach (Reininger), Oberndorf (Baurat J. P. Manz) — macht sich nun auch das Bestreben nach klarer beruhigter Formgebung, nach durchgehenden Baufluchten und Zusammenfassung zu kleinen Reihen geltend; so z. B. in den Projekten für Ober-Eßlingen von J. Göttel, Beamtenkolonie Hauff & Co., Feuerbach, von Schlösser und Weirether (1913) und besonders in den Wohnhäusern der Zeppelinwerke in Friedrichshafen von P. Bonatz und F. E. Scholer. Auch hier wird nun die Schönheit wieder in der guten Anordnung des Ganzen gesucht, statt in der selbständigen Bildung des Einzelhauses.

Vereinshäuser

Wohnhaustypen wie der Burgenbau haben nur noch antiquarische Bedeutung — die Erneuerung von Schloß Neuenstein durch Bodo Ebhardt gibt keine besondere Anregung — und leider noch als Vorbilder für zahlreiche

Studentenhäuser in Tübingen und Stuttgart bis 1905. Diese unwahrscheinliche Romantik ist bei neuen Lösungen aufgegeben worden. Beispiele sind das Sonderbundhaus Stuttgart von H. Henes, das Schibellinienhaus Stuttgart von G. Rath, das Rothenburgerhaus in Tübingen von R. Dollinger u. a. m. Eine erfreuliche Arbeit ist auch der Saalbau der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung in Tübingen von Klatte und Weigle (1914); dagegen offenbart sich noch die ganze architektonische Verbildung in dem Haus des Vereins christlicher junger Männer in Stuttgart von H. Dolmetsch (1902).

Die große Bedeutung des Vereinswesens unserer Zeit äußert sich in dem vielseitigen Bedürfnis nach Räumen zum geselligen Verkehr, besonders in den Städten, wo die Vielseitigkeit der zusammenströmenden Menge zum Austausch auffordert. So entstanden neben Gewerkschafts- und Arbeitervereinshäusern, Gemeindehäusern, konfessionellen Gesellenhäusern auch Saalbauten für die verschiedensten Veranstaltungen.

Saalbauten

Allen voran ist das Gustav-Siegle-Haus in Stuttgart (1912) von Th. Fischer zu nennen, das mit seiner bürgerlich einfachen Gestaltung zu den früher gewohnten überladenen Anlagen solcher Art einen starken Gegensatz bildet. Noch eindrucksvoller kommen Fischers Grundsätze der streng sachlichen Fassung des Zweckes, der Beachtung aller durch die Umgebung geforderten Notwendigkeiten und der Schaffung klarer, wohlgeordneter Massengliederung zur Geltung bei dem auf seine Anregung entstandenen Bau der Pfullinger Hallen, die L. Laiblin gestiftet hat. Dort hat Th. Fischer sein Werk vielleicht am besten auf den rechten Ton gestimmt; in ländliche und kleinstädtische Umgebung paßte sein auf schlichten Ausdruck gerichtetes künstlerisches Wollen besonders gut; dort fand er auch reiche, volle Anerkennung, und was das wichtigste ist, erzieherischen Einfluß. Diesen bemerkt man augenfällig beim Vergleich des Saalbaus in Ulm von Baurat Walter-Stuttgart (1895), mit dem neuen Saalbau in Tübingen vom dortigen Stadtbaumeister R. Haug (1914), oder mit dem Saalbau in Heidenheim von Schmohl und Stähelin (1914), die auch den Saalbau im Stadtgarten in Stuttgart (1914) erbaut haben. Beide Schöpfungen zeichnen sich besonders durch ihre vorzügliche Grundrißbildung und klare Massengliederung aus; in der Ausstattung gehen sie andere Wege als Fischer.

Wirtschaften

Noch weniger haben sich neuere Kaffee-, Bier- und Speisehäuser, die dem täglich gewöhnlichen Verkehr zu dienen haben, sogar Automatenwirtschaften und andere ähnliche Räume von einer großartig prunkenden,

dazu meist unechten Ausstattung — nach Berliner Mustern — abhalten lassen. Hier fehlt noch fast überall die Erkenntnis jener Wahrhaftigkeit der Baugesinnung, die Th. Fischer durch sein Beispiel eindringlich gelehrt hat.

Theater

Beim Theaterbau wird man zuerst die großen Stuttgarter Hoftheater nennen, mit deren Erstellung eine Zeit hundertjährigen Planens glücklich abgeschlossen wurde. Nach dem Brande des alten Lusthaustheaters (19. Januar 1902) war zunächst nach den Plänen von Oberbaurat Weigle ein Interimstheater in der fabelhaft kurzen Zeit von acht Monaten erstellt worden. Dann wurde die Platzfrage für die Neubauten nach langen Beratungen nach dem Vorschlag von Baudirektor von Reinhardt erledigt. M. Littmann-München schuf die Doppelanlage, die er mit seiner großen Erfahrung als Theaterbaumeister zweckmäßig und großzügig durchbildete. Der Blick über den ovalen See auf das Große Haus mit seiner Säulenfront, die eingefasst ist von den herrlichen alten Bäumen, gehört zu den eindrucksvollsten Bildern in Stuttgart. Auch der Innenraum des Kleinen Hauses verdient ungeteiltes Lob als eine völlig einheitliche, künstlerisch reife Leistung. — Das Stuttgarter Schauspielhaus, erbaut von A. Eitel und Steigleder (1909), ist besonders bemerkenswert wegen der glänzenden Grundrissanlage auf sehr beschränktem, eingebautem Platz; das Enge-Gedrängte spricht sich auch in der äußeren Formgebung folgerichtig aus. Endlich hat auch Th. Fischer seine künstlerischen Forderungen im Theaterbau von Heilbronn (1913) ausgesprochen, und dort ein richtiges kleinstädtisches Theater erbaut, ohne allen Prunk, ohne gesteigerte Empfindung. Vielen, die von einem Theater etwas anderes erwarteten, allerdings zur Enttäuschung.

Ausstellungsgebäude

Noch mehr Unruhe und Aufsehen hat das von Krone, Staat und Stadt Stuttgart an Stelle des unvergeßlichen Lusthauses errichtete Kunstgebäude erregt, das auch ein Werk Th. Fischers ist (1913). Jetzt zurückschauend, können wir es ohne die Verdienste des bahnbrechenden Meisters zu schmälern, ohne Scheu aussprechen, daß dieser Bau nicht in allen Teilen gelungen erscheint. Hinderlich war vielerlei, vor allem die vielseitige Zweckbestimmung. Wir vermissen besonders die Steigerung über das Bürgerliche hinaus in das Heiter-Festliche und Erhabene. Der Bau versteckt sich fast ängstlich hinter einer sehr schönen Halle. Diese freilich, einmal mit Bildwerk gefüllt und geschmückt, wird zu einem hervorragenden Kleinod unserer Stadt werden. Sicherlich hätte zu seiner Zeit keiner unserer Baumeister etwas Besseres leisten können; und so behält das Kunstgebäude als ernsthafte künstlerische Schöpfung doch seinen großen Wert. Die Innenausstattung wurde von

verschiedenen Künstlern besorgt: P. Lang, O. Pfennig, N. Rümelin, W. Weigel u. a. Ein gewaltiger Ausstellungsbau mit großem Festsaal war nach den Entwürfen von Bonatz und Scholer für 1915 in Aussicht genommen, aber der Krieg verhinderte die Ausführung.

Museen

An bedeutenden Museumsbauten ist unser Zeitabschnitt nicht reich. In Marbach hat L. Eisenlohr (1903) das weit in die Lande hinaus grüßende Schillermuseum gebaut, sich behutsam an die Bauvorbilder der Schillerzeit anlehnend. In Stuttgart ist nach einem Wettbewerb, an dem sich die Besten beteiligten, das Lindenmuseum von G. Esler in Verbindung mit Bihl und Wolk (1911) errichtet worden. Nach dem Krieg wird eine durchgreifende Umgestaltung des Stuttgarter Museumwesens wahrscheinlich neue Aufgaben hervorrufen und bessere Lösungen bringen.

An wissenschaftlichen Instituten sind zu nennen: das chemische und das elektrotechnische Laboratorium sowie der Erweiterungsbau der Technischen Hochschule selbst (bis 1900). In die neuere Zeit fallen das physikalische Institut der Technischen Hochschule, erbaut von H. Jaffoy (1906), das Gebäude des Medizinalkollegiums von Baurat O. Ruhn (1910), das Institut für ärztliche Mission in Tübingen von Klatte und Weigle (1909), die evangelische Lehrerbildungsanstalt in Backnang von Baudirektor von Beger (1909) usw. Weitaus die hervorragendste Leistung ist aber zweifellos der Neubau der Universitätsbibliothek in Tübingen (1913) von P. Bonatz: ein schöner klarer Grundriß, ein wohlgegliederter Aufbau, gut abgemessene Innenräume und schöne, würdige Raumausstattung zeichnen ihn aus.

Schulhäuser

Eine überaus große Bedeutung im öffentlichen Bauwesen hat der Schulhausbau. Es darf von unserer Zeit gerühmt werden, daß sie ungezählte Mittel zur Erziehung der Jugend ausgibt, indem sie weiterbaut auf den großen Anfängen, die noch in die Zeit König Karls fallen. Der Bau der Schulhäuser und Turnhallen ist Legion. Unser Zeitabschnitt beginnt mit Schulhäusern, die die Befreiung der Schule von der alten Klosterzucht und ihre Selbstherrlichkeit durch prunkhaften italienischen Palaststil zum Ausdruck brachten. Man hielt zunächst an diesen „Schulpalästen“ fest; doch immer mehr wurden dabei die italienischen Formen aufgegeben, weil man sie mit den Forderungen der Raumgliederung nicht befriedigend vereinigen konnte — so z. B. in Stuttgart das Eberhard-Ludwig-Gymnasium, erbaut von Oberbaurat H. Gebhardt (1903). Man ging über zu den einheimischen mittelalterlichen und Deutsch-Renaissanceformen: das Friedrichs-Al-Schulhaus in Ulm von Stadtbaurat Romann (1901), das Volksschulhaus in Besigheim

(1905) und in Göppingen (1903) von Baurat Knoblauch u. a. m. Der Erfolg war aber auch hier nicht befriedigend; noch weniger beim Königin-Ratharina-Stift in Stuttgart von Baurat Mayer (1902), trotzdem man damals glaubte, den wahren bodenständigen Stil gefunden zu haben.

Da wies auch hier Th. Fischer neue Wege. Schon in München hatte er im Anschluß an C. Hocheder verschiedene Schulhäuser gebaut. Für Stuttgart bedeutete sein Fangelbachschulhaus (vollendet 1906) ein Ereignis. Hier handelt es sich nicht um einen ersten Versuch, sondern um eine reife Schöpfung. Selten ist ein Schulhausbau von so vorbildlicher Grundrissanlage, klarer Körperlichkeit und bedeutender Massenwirkung mit so viel schöner Einzelbildung und ungekünstelter Liebenswertigkeit ausgestaltet worden wie hier. Alles erscheint selbstverständlich, innerlich wahr, tief empfunden. Es ist die beste Umgebung für den empfänglichen Sinn der Jugend.

Die große Gesamtform des Baukörpers wird bei der Heslacher Schule von P. Bonatz (1909) und noch deutlicher bei der Mädchenschule in Göppingen von F. E. Scholer (1911) mit klar umrissenen Massen, aber ohne malerische Gruppierung zu zeichnen versucht. Damit treten beide Künstler in einen bewußten Gegensatz zu der liebenswertig, oft naiven Schaffensart von Fischer. Es entwickelt sich von da an eine zweite, deutlich ausgeprägte Richtung, die man neben der subjektiv freien und volkstümlichen von Fischer, als eine mehr objektiv gesetzmäßige, auf alles kleine Schmücken und Erzählen verzichtende, aber auf große eindrucksvolle Gesamtform hinarbeitende bezeichnen muß. Bedeutete Fischers Art zunächst die Befreiung von der Schablone der Einzelform und die Rückkehr zu sinn- und sachgemäßer Raumbildung, so führte Bonatz darüber hinaus zur strengen Anordnung, zur Zucht und zur großen Form.

Beide Richtungen laufen seither nebeneinander weiter. In Fischers Sinn baute sein Schüler M. Elsäßer die Schulen in Tübingen (1910), die Kunstgewerbeschule, verbunden mit Gewerbemuseum, in Smünd (1908) und zuletzt die stattliche Wagenburgschule in Stuttgart, wohl die reifste Arbeit des Künstlers, der seit 1911 auch an der Technischen Hochschule lehrt. Überall im Land herum sind kleinere Schulhausbauten beeinflusst worden durch Fischers Tätigkeit, z. B. die Waldschule in Calw von Fr. Hauser-Ludwigsburg, die kleinste Volksschule in Oberlenningen von L. Eisenlohr (1908), nicht zu vergessen Th. Fischers eigene Leistungen in Binsdorf und in Höfen bei Wildbad (1910). Bonatz und Scholer dagegen bauten die Turnhalle in Feuerbach (1911) streng symmetrisch. Wenn man damit Lösungen wie etwa die Gaildorfer Turnhalle (1912) von Ackermann und Freudentaler-Heilbronn vergleicht, mag man den Wert und Fortschritt der Leistungen von Bonatz und Scholer ermessen. Eine großzügige Anlage der strengen Richtung ist auch die Realschule in Kirchheim u. T. von A. Ketter-Stuttgart (1907/08). Von anderen Beispielen ist u. a. noch das Gymnasium in Cannstatt von L. Eisen-

Iohr und O. Pfennig (1912) und das Reformgymnasium in Stuttgart von R. Dollinger aufzuzählen. Hier ist auch die Kgl. Kunstgewerbeschule (1913) von L. Eisenlohr, O. Pfennig und B. Pankof zu nennen. Zwischen beiden Richtungen vermittelt jetzt das Städtische Hochbauamt in Stuttgart unter der Leitung des städtischen Oberbaurats A. Pantle bei der großzügigen Schichardtschule auf steigendem Gelände (1913, Mitarbeiter Heinecke), bei der Falkert- und Filderschule und zuletzt bei der prachtvoll gelegenen Altenburgschule bei Cannstatt (1915, Mitarbeiter Regierungsbaumeister Schmidt) — Schulhäuser, die mit allen neuzeitlichen Einrichtungen aufs beste ausgestattet sind. Im allgemeinen ist zu sagen, daß diese vermittelnde Richtung im Lande herum am meisten Nachfolge findet. Die große Zahl guter Beispiele kann hier aber unmöglich aufgeführt werden.

Kasernen

Von Kasernen-Neubauten ist jetzt überall viel zu sehen; und überall hat sich die Einsicht Bahn gebrochen, daß, wie vor 100 Jahren, äußerlich die größte Einfachheit, große klare Linien allein das Richtige sind, womit selbstverständlich ein in allen Teilen hygienisch einwandfreier Ausbau verbunden sein muß. Man hat allmählich aufgehört, Motive aus dem Schloß oder Festungsbau nachzubilden. Doch ist in der Erziehung der Militärbaumeister noch sehr viel zu tun. Bei so großen Aufgaben sind auch die Fehler besonders empfindlich. Eine gute Lösung verspricht die Kaserne in Eßlingen zu werden, eine hervorragende die große Artilleriekaserne oberhalb von Cannstatt, alle von der württembergischen Garnisonsbauverwaltung.

Rathäuser

Unser Zeitabschnitt hat an Verwaltungsgebäuden aller Art ebenfalls eine große Zahl aufzuweisen. Zunächst die Rathäuser. Schon genannt wurde das größte des ganzen Landes, das Stuttgarter Rathaus (1898—1905) von Vollmer und Jassoy. Die gleichen Architekten leiteten auch (1897—1904) den gelungenen Umbau und die Erweiterung des alten Rathauses in Heilbronn. Um eine ähnliche, in historischen Formen durchgeführte Arbeit handelt es sich auch beim Umbau und der Erweiterung des alten Rathauses in Ulm (1899—1905), die Professor von Hauberisser-München mit dem jetzigen Stadtbaurat Holch zusammen besorgt hat; nur ging man in Ulm in der Nachahmung des Alten noch erheblich weiter. Kleinere „historische“ Erneuerungen haben da und dort noch bis gegen 1910 stattgefunden; vielfach sogar mit Wiederherstellung alter Hausbemalung, z. B. Friedrichshafen (Malerei von Brandes-München). Neue Rathäuser stehen in Schramberg von Bihl und Wolz, in Vaihingen von L. Eisenlohr (1907), in Ebingen, wo der Wettbewerbsentwurf von M. Elsäßer ohne Mit-

wirkung des Verfassers vom Stadtbaumeister übernommen und schlecht ausgeführt worden ist (1914). Kleinere Rathäuser wurden in Feuerbach von L. Eisenlohr (1908), in Fellbach von Gebrüder Moser-Uhn, in Hedelfingen u. a. O. gebaut; alles erfreuliche, schlichte Bauten, ohne die Absicht der oft fatalen „Repräsentation“.

Amtsgebäude

Die neueren Oberamts- und Kameralamtsgebäude werden jetzt mit Sorgfalt und Verständnis für die Aufgabe und Bedeutung des Hauses geschaffen; überall wird das frühere allgemeine Schema verlassen. Von Th. Fischer stammen die Pläne für ein Oberamtsgebäude in Freudenstadt (1908), von O. Ruhn für solche in Alen und Besigheim und für das Kameralamt in Laupheim, von R. Dollinger für das Amtskörperschaftsgebäude in Geislingen (1907). Trotz guter Absichten ist aber eine aufwändige Anlage wie das Rottweiler Amtsgerichtsgebäude (1910) noch keine erfreuliche Tat. Eine anspruchsvolle Fassade hat auch das städtische Arbeitsamt in Stuttgart (1914) von F. Cloos.

Von höheren Verwaltungsgebäuden gehört das Finanzministerium in Stuttgart (1904) von L. Eisenlohr und Weigle, das sich durch gute formale Durchbildung auszeichnet, noch der Übergangszeit an; ebenso das gleichzeitig entstandene, frei an barocke Vorbilder anklingende Gebäude der Bau- und Bergdirektion (1904) von A. von Beger. Bei dem Verwaltungsgebäude der Generaldirektion der Württembergischen Staatseisenbahnen (1914) von Baurat M. Mayer, ist trotz oder wegen des monumentalen Aufwandes die beabsichtigte bedeutende Wirkung nicht erreicht, noch weniger beim Bau des neuen Kriegsministeriums (1914). Hier zeigen sich die Klippen bauamtlicher Einrichtungen, die oft künstlerische Leistungen gefährden. Im Vergleich zur architektonischen Bedeutung anderer öffentlicher Gebäude tritt das von Lambert und Stahl (1910) errichtete Ständehaus (Erste Kammer) in Stuttgart bescheiden zurück.

Bahnhöfe

Dagegen hat das Bauwesen neuerdings große Aufgaben zu erfüllen in den Anlagen für den öffentlichen Verkehr. Von Postgebäuden ist nichts Rühmliches zu sagen. Anders steht es mit den Bahnbauten. War am Anfang unseres Zeitabschnittes die Einrichtung der großen Hauptlinien der Eisenbahnen längst fertig, so hat sich in den letzten zehn Jahren allmählich das Bedürfnis nach weitreichenden Vergrößerungen auf den Hauptstrecken herausgestellt. Im Mittelpunkt stehen die gewaltigen Bahnhofserweiterungen in Stuttgart, Feuerbach, Ludwigsburg, Cannstatt, Eßlingen, dann in Plochingen, Göppingen, Reutlingen, Tübingen usw. Überall werden neue Emp-

fangsgebäude gebaut oder die alten völlig umgeändert. Dabei sind allerhand Versuche gemacht worden. Einheitliche Typen, wie sie früher üblich waren, hat man nicht mehr angestrebt. Vielleicht wäre es hier einmal am Platze gewesen, für diese sich immer wiederholenden gleichen Forderungen eine typische Form zu schaffen. Meist haben die Außenseiten der neuen Bahnhofgebäude die Haltung eines ländlichen bürgerlichen Hauses bekommen, oft sogar reizvoll und geschickt gemacht, so z. B. Feuerbach, Göppingen, Balingen u. a. m., während sie gegen die Bahnseite klar als Zweckbau ihre Beton- und Eisenkonstruktionen zeigen. Es fehlt ihnen die bauliche Einheit. Auch sonst im Reich ist es selten gelungen, Bahnhofgebäude im Ausdruck von der Haus- oder Palastarchitektur freizumachen und deutlich als das, was sie sind, zu kennzeichnen. In diesem Sinn ist der neue Leipziger Bahnhof ein Gegenbeispiel, während etwa die alten Hallen des Anhalter und Potsdamer Bahnhofs in Berlin, oder der älteste Münchener Bahnhof gute Beispiele sind. An die Spitze aller solcher Anlagen wird nun das Empfangsgebäude des Stuttgarter Hauptbahnhofes treten, das zurzeit unter der künstlerischen Leitung von P. Bonatz und F. E. Scholer gebaut wird. Seine Lage im Talleßel, dessen Hänge weit hinauf bebaut sind, verlangt möglichst bedeutende Baumassen von ruhigster Umrißlinie. Alle die ungleichwertigen Teile, die Räume für Verwaltung und Post, Empfangs- und Wartehallen werden durch eine einheitlich gezeichnete, aber im Relief wechselnde Architektur, aus der nur die beiden großen Torbauten mächtig vortreten, vor allem aber durch einen beherrschenden Uhrturm von schlichter kubischer Form zu einem höchst eindrucksvollen Ganzen zusammengefaßt. Die größte Einheitlichkeit der Bauvorstellung, die alle willkürlichen formalen Einzelheiten ausschließt, zeugt von der größten Bucht der Baugesinnung seiner Schöpfer.

Banken

Dem wachsenden Verkehr entspricht auch eine starke Zunahme der großen Bankanstalten. Dafür entstehen seit einigen Jahren überall Neubauten. Hatte einst die Württembergische Vereinsbank in Stuttgart als ein sehr prunkhafter Bau gegolten, so erscheint sie neben dem allerneuesten, noch nicht vollendeten der Dresdner Bank — ausgeführt von der Bauabteilung der Bank mit Regierungsbaumeister Schütte — wie ein Waisenkind. Zum Glück ist in Württemberg jene allzugroße Äppigkeit der Bankinstitute noch nicht eingebürgert, wie sonst in so vielen Städten des Reiches. Vielmehr zeigen die neueren Bankgebäude: Württembergische Hypothekenbank, Stahl & Federer A.-G. (1912), Württembergischer Kreditverein in Stuttgart (1913) — alle von Oberbaurat L. Eisenlohr und O. Pfennig erbaut —, einen aufs ganze gerichteten Sinn, das Bestreben, mit wenig Aufwand, aber sorgfältiger Wahl der Mittel eine gute Wirkung zu erzielen. In ähnlicher Richtung gehen H. Jassoy in Eßlingen bei der Filiale der Reichsbank

(1908/1909) und Moosbrugger bei der Gewerbekasse Heilbronn (1906) vor. Bei der Städtischen Sparkasse in Stuttgart (1910—1912) von Suter und Liebede empfindet man das Schwanken zwischen der Absicht nach strenger Formbildung und der Rücksicht auf eine „malerische“ Gruppierung, während der Neubau der Württembergischen Bankanstalt (1915) von Baurat E. Hengerer (Mitarbeiter H. Graf) wieder mehr auf die zwar geschickt dekorierte Fassade zurückfällt. Die ganze Entwicklung übersieht man an den Gebäuden des Allgemeinen deutschen Versicherungs-Vereins in Stuttgart, zum Teil von Heim und Früh. Die Bankhäuser und Filialen in den kleineren Städten des Landes haben früher jene geschilderte Stilverwirrung des ausgehenden 19. Jahrhunderts ebenfalls mitgemacht, z. B. Bankhaus Rümelin (1884/85) in Heilbronn. Sehr häufig begnügen sie sich mit Räumen innerhalb eines Wohn- oder Geschäftshauses, so die Filialen der Vereinsbank, die neueren meist von E. Hengerer, in Ulm (Mitarbeiter Reißing), in Öhringen (Mitarbeiter H. Graf) usw.

Kauf- und Warenhäuser

In unseren Zeitabschnitt fällt zum größten Teil auch die Entwicklung der großen städtischen Kauf- und Warenhäuser. Hier ist viel in den großen Städten des Nordens vorgearbeitet worden, bevor in Stuttgart und dann auch in Ulm und Heilbronn die ersten Bauten dieser Art zwischen die alten Häuser meist als recht störende Fremdkörper hineingestellt worden sind. Wie wenig das Wesentliche des neuen Typus noch 1904 erfaßt wurde, zeigt der Bau des Kaufhauses Tritschler in Stuttgart, das sich mit gotischen Formen sein Daseinsrecht in der Altstadt zu erwerben trachtete. Im Jahre 1905 entstand das große Kaufhaus Tieß von Bihl und Wolk, ein „Schlager“, kennzeichnend für die auf Außerlichkeit und eindrucklichen Prunk gerichtete Absicht, die so vielen Bauten dieser Art eigen ist. Eine strengere, architektonisch ernst zu nehmende Lösung hat A. Eitel beim Geschäftshaus der Württembergischen Metallwarenfabrik (1907) und mit den einfachsten Mitteln am Kaufhaus Knopf (1908) angestrebt. Weitere Geschäftshäuser, meist mit der stark betonten senkrechten Gliederung durch dünne Pfeiler, zwischen denen die Stockwerksbrüstungen gespannt sind, haben Schmohl und Stähelin, Gebr. Scheu u. a. mit wechselndem Erfolg gebaut. Eine eindruckliche, aber immer noch zu reiche Bildung zeigt der Salamanderbau von Schlösser und Weirether (1912). Erst die neuen Teile des Kaufhauses Breuninger von Eisenlohr und Pfennig (seit 1913) versuchen wieder mehr einen Ausgleich zwischen vertikalen und horizontalen Linien, eine stärkere Betonung der Wand und ein Zurückdrängen der allzu großen Glasfenster. Während sich in Heilbronn bei kleineren Anlagen dieser Art — Geschäftshaus Kirchner von Beutinger und Steiner — Einflüsse von Karlsruhe, in Ulm aber von München geltend machen, hat Stuttgart am meisten Eigenes im

Rominger Kunstgewerbehaus von A. Eitel (1912) zu geben, wo eine ziemlich reiche Formgebung mit Glück innerhalb eines lockeren Gerüstes angewandt ist, ohne daß der klare Gesamteindruck beeinträchtigt wird. Der starre Vertikalismus norddeutscher Vorbilder findet hier also wenig Anklang. Für die Grundrißentwicklung des Warenhauses sind nur der Tieß- und Breuningerbau wertvoll.

Markthalle

Als städtisches Kaufhaus ist noch die von M. Elsäßer entworfene Markthalle in Stuttgart (1913) zu erwähnen. Es galt dabei neben den eigentlichen Marktträumen auch zahlreiche Räume für die städtische Verwaltung zu schaffen. So hat der Bau nichts Typisches bekommen. Aber er entwickelt im einzelnen, besonders in dem „Laubengange“ und in seiner Malerei (von A. Rümelin und Fr. Gref), viele Reize.

Lagerhäuser

Große Lagerhäuser sind zahlreich neu gebaut worden. Erwähnenswert sind hier besonders jene, die in den letzten Jahren auf den Güterbahnhofen von Cannstatt, Zuffenhausen usw., meist in Ziegelrohbau oder als Fachwerkbauten, von der Bauabteilung der Generaldirektion der Staatseisenbahnen errichtet wurden. Ihre sehr sachgemäße schlichte Bildung zeigt in erfreulicher Weise ein Übergreifen der das Schöne auch in einfachsten Gestalten suchenden Gesinnung. Hier hat Th. Fischer durch sein Lagerhaus in Ostheim (1905) auch anregend gewirkt. Leider kann man gleiches nicht von den vielen älteren großen Lagerhäusern, noch von der großen Kelteranlage in Untertürkheim (1903) von Lusser, noch weniger von den unzähligen Fabrikbauten in unseren Tälern rühmen. Fast alle diese Bauten sind unglaublich gefühllos und gleichgültig, ohne Rücksicht auf die Umgebung von Leuten geschaffen worden, die die bauliche Hülle ihrer Werkstätten nur als ein lästiges Mittel zum Zweck angesehen, aber für Schönheit keinen Sinn gehabt haben. Wir anerkennen trotzdem die hervorragenden Leistungen in der Anlage und konstruktiven Durchführung, die gewaltigen technischen Leistungen aller Art, die sich zusammenfanden, um Fabriken größter Leistungsfähigkeit und Werke zur Herstellung der besten Arbeit zu schaffen. Wir wissen auch wohl, daß im Streben nach diesen Zielen wieder große Ideale liegen. Aber vom künstlerischen Standpunkt und vom sozial-sittlichen betrachtet, hat jenes „ruchlose Bauen“ außerordentlich viel Schaden angerichtet. Die Erkenntnis unserer neuesten Zeit, daß nicht die rohe Massenware, sondern die beste Ware, nicht gedankenlose Erzeugung, sondern eine bis ins einzelne fein durchdachte Leistung unser Ziel sein muß, wird allmählich auch die baulichen Gehäuse berühren. Große Werke haben dabei die größte Wirkung. Bei uns sind die Anfänge noch sehr bescheiden. Man machte zunächst einen Umweg über die „Heimatkunst“ und versuchte durch geschickte oder ungeschickte, immer aber unsachliche Ausbildung von Einzelheiten zu bessern, statt das Problem bei

der Wurzel zu packen und vom Ganzen auszugehen. Beispiele sind überaus zahlreich: Bauten an der Städtischen Gasfabrik, am Städtischen Schlacht- und Viehhof (bis 1909), der in seiner Anlage und Einrichtung vorzüglich ist — Erbauer Oberbaurat Mayer mit den Bauinspektoren Cloos und Kerschbaum —, unzählige Fabriken in Ulm und im Neckartal usw. Die erfreuliche Wendung zum Besseren zeigen die Anlagen der Papierfabrik Oberlenningen von L. Eisenlohr und Weigle, die Robert-Bosch-Werke in Stuttgart (seit 1901—1913) von J. Früh, die großen Fabrikbauten in Oberndorf und das neue Städtische Elektrizitätswerk bei Münster a. N., beides von J. P. Manz, die Neubauten der Rottweiler vereinigten Fabriken nach Zeichnung von P. Bonatz, der Ehlinger Maschinenfabriken von Oberbaurat Weigle und Söhne (1913), der Maschinenfabrik Goebel in Feuerbach von R. Gebhardt und R. Eberhardt, das Gaswerk in Schramberg u. a. m.

Gasthöfe

Ein anderes Gebiet, wo billiges Bauen und geschäftliche Ausnützung Hand in Hand gingen, und wo jetzt auch eine Besserung, wenigstens in der Baugesinnung eingetreten ist, ist der Gasthofbau. Württemberg hat im Schwarzwald, im Albgebiet, im Oberland und am Bodensee köstliche landschaftliche Schönheiten. Wie oft werden die feinen Linien und Farben einer Gegend aber durch schlechte Wirts- und Gasthäuser gestört! Jetzt sind Neubauten, wie das große Rurgartenhotel in Friedrichshafen von L. Eisenlohr und O. Pfennig (1911), das Albhotel Traifelberg von M. Elsässer (1913), das Sommerberghotel in Wildbad von Th. Preckel (1909), auch das dortige Panoramahotel, das große neue Kurhaus in Mergentheim (1913), das Kurgebäude in Imnau von H. Brillinger (1913) u. a. m. Zeugen der neueren Zeit. Auch das Gasthaus zum Löwen in Alpirsbach von R. Bauder (1913) darf hier als Vertreter einer größeren Zahl genannt werden. Das von der Bau- und Bergdirektion (O. Ruhn) errichtete Kursaalgebäude in Wildbad (1910) hat sich bei sehr ungünstigen Geländeverhältnissen fast zu bescheiden auf die Seite stellen lassen. Es fehlt ihm die seiner Bedeutung zukommende große Linie. Am schönen alten Kursaal von N. Thouret in Cannstatt ist von A. Eitel 1907 ein wohlangepaßter Wirtschaftsbau errichtet worden. Im städtischen Hotelbau ist kaum Nennenswertes entstanden. Die Hotels in Heilbronn, in Ulm, alle die kleineren Bahnhofshotels bedeuten durchweg keine Marksteine der Entwicklung; auch nicht der Umbau des Hotel Marquardt in Stuttgart von Oberbaurat Weigle und Söhne (1913).

Bäder

Württemberg ist ein Land der Berge, Täler, Flüsse und Heilquellen. Wildbad, Teinach, Boll, Cannstatt, Berg haben seit alten Zeiten Badehäuser. Überall gibt auch die Natur Gelegenheit zum Baden. Daß aber gerade die

Hauptstadt des Landes und Ludwigsburg, die zweite Residenz, nicht an einem ordentlichen Wasserlauf liegen, ist ein Ungeschieß. Um diesem zu begegnen, entstand schon 1888 das seinerzeit berühmte künstliche Schwimmbad, der damaligen Gefinnung entsprechend, im „maurischen Stil“. Erst seit 1910 ist in Ostheim ein zweites dazugekommen, erbaut von Wittmann und Stahl. Auch Ludwigsburg hat sich ein städtisches Schwimm- und Bannenbad einrichten lassen durch Schmohl und Stähelin (1908); neuerdings ist in Tübingen ein wohlgelungener Bau dieser Art vom dortigen Stadtbaumeister R. Haug geschaffen worden. Zwischen diesen Endpunkten liegen mancherlei Versuche, die Aufgabe zu lösen, z. B. die Bäder in Heilbronn und Eßlingen, Versuche, die unheilvoll beeinflusst waren von der Idee, irgendeinen der Sache an sich fremden Gedanken vorzutäuschen, ob man nun deutsche Renaissance wählte wie in Heidenheim, maurische oder italienische Vorbilder wie in Wildbad. Eine Sonderstellung wird das neue Stadtbad von Baurat Romann in Ulm beim Meßgerturm einnehmen. Dort ist der Bau stark aufgelöst, um sich unauffällig neben die alten Siebelhäuser zu stellen. Außer diesen rasch sich mehrenden Einrichtungen für warme Bäder, die auch in großer wachsender Zahl im Miethaus Platz finden, werden Freibadeanlagen geschaffen. Eine große neue derartige Anlage beabsichtigt Friedrichshafen am Bodensee zu errichten nach dem preisgekrönten Wettbewerbsplan von Eisenlohr und Pfennig.

Heime

Für unsere Zeit sind ferner bezeichnend die überall entstehenden Erholungsheime für Kinder und Erwachsene. Württemberg steht hierbei mit seinen Einrichtungen in der vordersten Reihe. In Stuttgart-Berg ist auf Veranlassung des Geheimen Hofrates Eduard Pfeiffer, dem die Stadt viele gemeinnützige Werke verdankt, ein mustergültiges Säuglingsheim (1911) errichtet worden. Erbauer war E. Hengerer mit seinen Mitarbeitern Mehlin und Reißing. Eine große Krippenanstalt mit Kinderheim hat die Stadt durch Oberbaurat A. Pantle (1915, Mitarbeiter † Architekt Heinecke) errichten lassen, eine in jeder Beziehung vorbildliche und erfreuliche Schöpfung, die so recht den Fortschritt betont gegenüber der hilflosen Anlage des Erholungsheimes für Kinder an der Botnanger-Steige vom Jahre 1904 und anderen älteren Gebäuden dieser Art. Es entstanden im letzten Jahrzehnt Heime für Mädchen, Soldaten, Jünglingsheime in Ulm (1905) und Ludwigsburg (1909), ein jüdisches Waisenhaus in Eßlingen, Ledigenheime in Ulm (1904) und Stuttgart (1911), letzteres ein großzügiges und wohlgelungenes Bauwerk von E. Hengerer und seinen Mitarbeitern, das Charlottenasyl in Heslach von F. Cloos (1915), dann ein sehr schönes, herrlich gelegenes Erholungsheim für Genesende von der Rudolf-und-Sophie-Knosp-Stiftung beim Wildpark (1913), erbaut von R. Lempp und H. Riethmüller. An Stelle

des im alten Barfüßer-Kloster bei der Hospitalkirche in Stuttgart untergebrachten Armenhauses wurde (1892—1896) durch Stadtbaurat Mayer und A. Pantle an der Tunzhoferstraße eine große Anlage geschaffen, der noch alle Mängel der schlechten Zeit anhaften; aber auch das Ludwigsburger Spital für Kranke und Gebrechliche, erbaut (1904/05) von Mößner, ist noch nicht besser.

Krankenhäuser

Die Entwicklung im Bau von Krankenhäusern ist gut zu verfolgen bei den großen Anlagen der Tübinger Universitätskliniken. Darüber wird in anderem Zusammenhang berichtet. Städtische und Bezirkskrankenhäuser sind überaus zahlreich innerhalb unseres Zeitraumes entstanden. Die Vorbilder für solche Anlagen waren bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts unbestritten die aus den Klöstern hervorgegangenen Spitäler, wie ja auch die Einrichtung der Krankenpflege bis auf unsere Zeit die kirchlich-klösterliche Art beibehalten hat. Aber die bedeutenden Umwälzungen in der ärztlichen Wissenschaft, die mit der Erforschung der Krankheitserreger und Keimträger sowie mit den Fortschritten in der Chirurgie zusammenhängen, haben das klösterliche Zusammenpflegen gesprengt und zu neuen Anordnungen geführt. So wurde zunächst jeder Spitalneubau zu einem Versuch, dessen Lösung immer auch von den örtlichen Umständen beeinflusst war. Kam dazu noch jene schon geschilderte unglückliche Baugesinnung des ausgehenden 19. Jahrhunderts, so erklärt es sich leicht, daß viele sehr unerfreuliche Bauten entstanden sind. Fast alle Anlagen dieser Art, die im Anfang unseres Zeitabschnitts entstanden sind, gehören leider dazu — auch die Garnisonslazarette. Noch die Neubauten am Marienhospital in Stuttgart (1903), Wilhelmspital (1905), beide von Bihl und Wolk, bleiben in Grundriß und Durchführung hinter den Forderungen der neuen Zeit zurück. Der neueste Krankenhausbau in Stuttgart ist der Charlottenbau am Karl-Olga-Krankenhaus von A. Eitel (1910). Wie hier, so sind auch bei den Krankenhäusern in Cannstatt, Heilbronn, Ulm usw. durch Erweiterungs- und Neubauten solche Anlagen allmählich zum „Pavillonsystem“ gelangt. Ein einheitlicher großzügiger Plan hat meist gefehlt. Kleinere Krankenhäuser beschränken sich natürlich auf einen Baukörper. Allgemein wird jetzt Wert gelegt auf sonnige Liegehallen und Terrassen, wodurch sich der neuzeitliche Krankenhausbau gegenüber früheren Anlagen wesentlich unterscheidet. Als Beispiele sind hier noch zu nennen das Bezirkskrankenhaus in Calw von R. Dollinger (1912) und das Lungen-sanatorium in Überruh von Oberbaurat Stahl (1910).

Heilanstalten

Eine absichtliche Zerlegung in einzelne Bauten dagegen ist bei der großen Heilanstalt Weinsberg, erbaut (1901/03) von den Oberbauräten Gsell und Gebhardt, vorgenommen worden. Weit zerstreut stehen die Einzelhäuser in einem

Garten, ohne daß jedoch irgendeine Regelmäßigkeit oder künstlerische Gesamtwirkung in der Gruppierung gesucht worden ist. Rein Empfinden für die aus der Örtlichkeit gegebenen Bedingungen zeigen leider auch die Erweiterungsbauten (1908—1911) in Winnental.

Friedhöfe

Endlich sind noch die Friedhöfe zu nennen. Längst sind sie von unseren „Kirchhöfen“ hinaus an die Grenzen der Städte verwiesen, ja selbst oft aus den Dörfern auf irgendeinen Acker hinausverlegt. Jahrzehntlang lag vieles im argen. Doch fängt nun auch hier die heutige Zeit an, sich gegen fabrikmäßige Herstellung von Denkmälern und gegen gedankenlose Anlage der Grabplätze zu wehren, gegen Unverstand und Rücksichtslosigkeit Gesetze und Vorschriften zu setzen und die Unwissenden mit Ausstellungen von Plänen, Modellen und durch den Hinweis auf unsere vielen alten herrlichen Friedhöfe zum Sehen zu erziehen. Allmählich wird das alles nützen. Stuttgart besitzt bereits nach Münchner Muster einen Waldfriedhof nach dem Entwurf von A. Pantle; eine zweite größere Anlage wird der neue Friedhof außerhalb Cannstatt sein, für welchen L. Eisenlohr und O. Pfennig, unter Mitwirkung von A. Abel die Pläne vorbereiten. In vielen Fällen handelt es sich aber nur um Erweiterungen oder um neue Tore, Leichenhäuser, Grabkapellen, manchmal aber auch um größere Gebäude, besonders um Krematorien, wie in Ulm, dem Stuttgart mit dem pompösen Bau von W. Scholter (1906) und Heilbronn folgten. Fast alles, was bis vor zehn Jahren entstanden ist, und leider noch sehr vieles bis heute gehört zu den „Gegenbeispielen“. Eine überragende Tat auf diesem Gebiet, die großen Einfluß ausüben könnte, fehlt bei uns noch. Gerade beim Bau von Friedhöfen und Denkmälern bedarf es aber einer feinen Empfindung für das Echte, Wahre, Harmonische und Edle. Statt dessen zeigt sich, namentlich auch auf dem Lande, überall eine aufwändige Art oft mit billigsten Mitteln, oder aber im besten Fall bewußt nachgebildete naive Kunst. Gerade die Bauten auf Friedhöfen und die Denksteine werden zumeist wenig geschulten, künstlerisch unerzogenen Leuten anvertraut. Vorschriften und Vorbilder müssen helfen, am meisten aber werden gute Werke, von Künstlerhand entworfen, nützen, unser Handwerk zu heben und zu erziehen.

Heimatschutz

Fördernd hat hier auch die Heimatschutzbewegung gewirkt. Ihre Bestrebungen, nicht nur alles Gute möglichst zu erhalten, sondern alle Schichten des Volkes zur Freude am Schönen zu führen und überallhin zu neuem Bilden und Schaffen gute Anregung und Anleitung zu geben, sind besonders wertvoll. Wichtig ist aber auch eine gute grundlegende Erziehung auf der Schule. In Volks- und Mittelschulen muß der Anschauungsunterricht bereits

vorarbeiten, daß in den Gewerbeschulen das Verständnis für die gute Form wächst, bis die Besseren es als eine selbstverständliche Forderung begreifen, jede Arbeit, jede Leistung zu einer höchsten Vollendung zu bringen. Für die Bauhandwerker im besonderen sind in Biberach, Hall und Rottweil Bauhandwerkerschulen eingerichtet, wo neben der Vermittlung des nötigen Wissens auch die Erziehung zur Form betrieben wird.

Baugewerkschule

Die Baugewerkschule in Stuttgart (gegründet 1845) aber sorgt für die Ausbildung der Bautechniker und Werkmeister, die später zum großen Teil als Beamte für den staatlichen Bedarf im Hoch- und Tiefbau und im Vermessungswesen tätig sein sollen. Nach dem Abgang von Baurat Walter hat seit 1906 P. Schmohl als Direktor die Leitung der Schule. Vor drei Jahren ist die Fachschule für Maschinentechniker abgetrennt und nach Eßlingen verlegt worden, wo sie als Kgl. württ. höhere Maschinenbauschule mit eigener Leitung weitergeführt wird. An den Fachschulen für Bautechniker und Vermessungswesen wirken rund 25 Professoren und ebensoviele Hilfslehrer. Die Schülerzahl war in den letzten Jahren vor dem Krieg bis auf 1000 gestiegen. In sechs halbjährlichen Klassen wird alles Wissenswerte bearbeitet: geschäftliches Rechnen, deutsche Sprache und Aufsatz, darstellende Geometrie, Baukonstruktion, Baustofflehre mit den nötigen naturwissenschaftlichen Nebenfächern und Entwerfen. Gegenüber früher ist seit Schmohls Leitung der formalistische Unterricht in ein praktisches Aufmessen von Bauteilen umgewandelt, und das Entwerfen von Bauwerken kleineren Umfangs ausführlicher betrieben worden. Die Absicht, dadurch die Bauwerkmeister auf dem Lande zu selbständigen Ausführungen besser zu erziehen, ist sehr zu begrüßen. Andererseits ist es freilich auch vom Übel, wenn diese dann größere Bauaufträge übernehmen, die sie künstlerisch nicht bewältigen können. Das geschieht leider nur allzu oft. Deshalb ist schon einmal in Bayern die Forderung erhoben worden, das Entwerfen in den Baugewerkschulen ganz abzuschaffen. Doch wird das kein gangbarer Weg sein. Man wird nur immer wieder von der Baugewerkschule in erster Linie die Förderung des Baugewerks durch eine tüchtige technische Erziehung verlangen müssen, nicht eine künstlerische Ausbildung.

Künstlerische Erziehung

Diese gehört an unsere technischen Hochschulen und Akademien. Denn wenn unsere Baukunst zu dem großen Ziel einer zweckmäßigen Raumbildung und einer ihr angepassten Körperform, also zu einer einheitlichen Durchbildung kommen soll, so müssen Leute am Werk sein, die vermöge ihrer Gesamtbildung und gereiften Vorstellungskraft diesem Ziel wirklich zustreben können. Nur hier, wo die bewußte Erziehung der Vorstellung auf eine breite

Basis eines gründlichen Studiums aufgebaut wird, ist allein eine gewisse Gewähr geleistet, daß die jungen Kräfte den Weg zum Ziel finden können, daß sie Raum und Form beherrschen und mit edler Schönheit zu erfüllen vermögen. Doch wird auch die Hochschule nicht alles leisten und nicht jeden als Künstler entlassen. — Viele sind berufen, aber wenige sind auserwählt. — Sie wird aber bei der so großen Bedeutung des baulichen Schaffens für die Menschheit die höchsten Anforderungen an das Können und das Pflichtgefühl des Studenten stellen müssen, damit jeder von sich selbst Großes verlangt, um Großes leisten zu können.

So sehen wir den Zeitabschnitt der gesegneten Regierung König Wilhelms II. mit einer früher nie erreichten Bautätigkeit aufs äußerste angefüllt. Wir sehen überall wachsende Erkenntnis, ein Streben nach vollkommener Beherrschung und nach Schönheit. Möchten glückliche Jahre nach dem großen Krieg uns auf diesem Wege weiter in die Höhe führen!

Das Kunstgewerbe in Württemberg

Von Professor Dr. Gustav E. Pazaurek

In die Regierungszeit König Wilhelms II. von Württemberg fällt die vollständige Umwälzung aller überkommenen kunstgewerblichen Gesichtspunkte, nämlich die, mit der gerade in Deutschland zuerst folgerichtig erfaßten Stilbildung zusammenhängende, völlige Neuorientierung, die viel einschneidender ist als jene, die sich zuletzt ungefähr hundert Jahre zuvor im annähernd gleichen Zeitraum abgespielt hatte. Damals hatte es gegolten, die letzten Spuren des Rokoko wie den zaghaften Geschmacksübergang der Louis-XVI-Zeit zum strengsten Klassizismus, zum Empire, dem konservativsten aller Stile, umzuformen. Und nun kam — nach einer jahrzehntelangen Periode gedankenarmer Aufwärmungsversuche historischer Stilformen — just die gegenteilige Forderung: Völlige Abkehr von verbrauchten Motiven, Schaffung eines neuen, oppositionellen Stiles unter Ausschaltung von Klassizismus, Romantik oder Orient. „Stilecht“ oder „stilgemäß“ war nun nicht mehr, wie die frühere Generation meinte, teils Romanisch oder Gotisch, teils Renaissance oder Rokoko, sondern die vernunftgemäße, d. h. dem Material und der Technik entsprechende Verwandlung der Zweckform in die Kunstform nebst selbständiger Ausgestaltung der Schmuckmittel in Zeichnung und Farbe.

Daß sich eine solche Entwicklung, die auch anderwärts nicht immer rasch und glatt vor sich ging, in Schwaben, das am Althergebrachten gerne festhält, auch nicht ohne Kämpfe vollziehen konnte, ist leicht erklärlich. Aber Kampf ist Leben, wie es jede Kunst, somit auch das Kunstgewerbe, geradezu benötigt, und gerade die Schwaben werden nun, von der natürlichen Weiterbildung ästhetischer Forderungen überzeugt, mit um so zäherer Kraft und Unbeugsamkeit den deutschen Zukunftsstil mitgestalten.

Um den gewaltigen Fortschritt zu ermessen, den das deutsche Kunsthandwerk im allgemeinen, wie in Württemberg im besonderen, in den letzten 25 Jahren durchlebt hat, müssen wir uns zunächst im Geiste in jene Zeit zurückversetzen, in der sich das Kunstgewerbe, das sich in dem riesigen Aufschwung der Industrie ganz zu verlieren drohte, allmählich wieder zu selbständigem Leben aufzuraffen begann.

Bis in die Mitte der siebziger Jahre gab es in Deutschland nur Industrieausstellungen — wie z. B. 1871 in Ulm —, die in verschiedenen Städten etwas von dem imposanten Gesamtbilde, das die großen englischen und französischen Weltausstellungen boten, aufzufangen bestrebt waren. Erst

die erste Weltausstellung auf deutschem Sprachboden, nämlich die von 1873 in Wien, ließ auf die Kunstindustrie und das Kunsthandwerk als einen nicht zu vernachlässigenden Faktor stärker zu Worte kommen und veranlaßte die Gewerbevereine und Musterlager zum erstenmal zu umfangreichen Ankäufen „vorbildlicher“ Mustergegenstände, die an vielen Orten zur Begründung von Gewerbemuseen führten. Auch in Stuttgart, wo das bereits reich ausgestaltete Musterlager der kgl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel, eine der ältesten Anstalten dieser Art, bis dahin vorwiegend technischen bzw. technologischen Zwecken diente, begann man damals im größeren Umfange als bisher kunstgewerbliche Musterstücke zu kaufen, die natürlich ausschließlich die gerade tonangebenden Modiformen der Renaissance aufwiesen.

Die erste deutsche „Kunst- und Kunstindustrieausstellung“ in München 1876, wie die erste deutsche „Kunstgewerbeausstellung“ in Leipzig 1879 versuchten den Idealen eines Gottfried Semper bereits näher zu kommen, und die erste große „Württembergische Landesgewerbeausstellung“ in Stuttgart 1881 bot endlich die Gelegenheit, die Bälzische Japan-sammlung als einen wertvollen musealen Grundstock dem Musterlager anzugliedern, das sich allmählich in ein Landesgewerbemuseum häutete und als solches 1889 neu eröffnet wurde.

Inzwischen hatte die wichtigste deutsche kunstgewerbliche Ausstellung älteren Stiles, nämlich die (2.) „Deutschnationale Kunstgewerbeausstellung in München“ 1888, die Renaissancemode, die 15 Jahre früher in Wien noch einen vorwiegend italienischen Einschlag gehabt hatte, auf eine völkische Grundlage gestellt und dem schon längst beliebten Vorstellungskreise des „Altdeutschen“ an Stelle nebelhafter Romantik und theatergotischer Phantasien einen geradezu wissenschaftlichen Anstrich Nürnbergschen Patri-ziertums aus den Tagen Albrecht Dürers, Peter Vischers, Hans Sachsens und deren Zeitgenossen zu geben verstanden. Dieselbe Stimmung sprach auch aus jenem auf Schraudolphs Antrag vom Stuttgarter Kunstgewerbeverein 1886 in der Liederhalle veranstalteten großen, farbenprächtigen Kostümfeste unter dem Titel „Ein Besuch Kaiser Maximilians in Nürnberg zur Zeit des Peter Vischer“, das sich des Protektorats des Prinzen, jetzigen Königs Wilhelm zu erfreuen hatte und auf lange Zeit für Württemberg richtunggebend blieb.

War die Stuttgarter graphische Ausstellung von 1889, eine der ersten größeren kunstgewerblichen Fachausstellungen, die mit der Zeit wichtiger wurden als die früher ausschließlich beliebten Regionalausstellungen, noch ganz unter dem Banne der deutschen Renaissancemode gestanden, so änderte sich das Bild bald, wie anderwärts, da auch Württemberg sich der Stil-rekapitulationsbewegung nicht entziehen konnte. Die nächste Halte-stelle war die Barockmode, die sich in dem, für das frühere kunstgewerbliche Leben Schwabens bedeutungsvollsten Jahre 1896 schon vollständig durchgesetzt hatte.

Die Barocke der neunziger Jahre, die unter dem Einflusse des Kunstlebens König Ludwigs II. von Bayern entstand und in der Richtung der damals vielgerühmten bayerischen Königsschlösser auch fast unmerklich ins dritte Rokoko überging, hatte nichts mehr von ihrer italienischen Heimat. Spätrenaissance-Palastfassaden glaubte man zwar — gewöhnlich nicht in Marmor — jedem privaten Zinshaus vorlegen zu sollen; den römischen Kirchenbau des 17. Jahrhunderts aber ließ man links liegen, da sich unsere Kirchen von den mittelalterlichen Typen mit ihrer gesamten Innenausstattung auf keinen Fall trennen wollten. Frankreich blieb merkwürdigerweise auch unter der dritten Republik das tonangebende Land in allen Geschmacksachen, und dessen Königsstile, die schon in ihrer Ursprungszeit die ganze Kulturwelt beherrscht hatten, wurden auch jetzt, neu aufgewärmt, das ersehnte unumstößliche Vorbild für unsere ganze höfische und bürgerliche Formenwelt; die Besiegten von Sedan waren und blieben im Reiche der Ästhetik bis zum Ende des 19. Jahrhunderts die Sieger, kaum daß das Kunstgewerbe wenigstens in Fragen des praktischen Lebens und des Komforts auch englische und amerikanische Stimmen zu Worte kommen ließ.

Und doch hat keine Periode seit dem grauen Altertum unsere äußere Umwelt so gründlich und einschneidend zu verändern vermocht wie die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, das schon in seinen Anfängen mit einigen umwälzenden Erfindungen das Bild zu verändern anfang, aber erst jetzt durch den staunenswerten Aufschwung von Technik und Chemie alle Fortschritte auch in die breite Masse trug und uns fast mit jedem Jahre neue Überraschungen bescherte. Hatte schon das Interesse an den alten Kunstgewerblichen Museumsobjekten, die man leider vorläufig nur sklavisch kopierte, wenigstens den einen Vorteil, daß man dadurch veranlaßt wurde, alte gute Techniken sich wieder ganz zu eigen zu machen, so kam nun eine früher nicht geahnte Bereicherung in neuen oder neu eingeführten Stoffen und neuen Bearbeitungsmöglichkeiten mit neuen Maschinen, Werkzeugen und chemischen Mitteln hinzu. Es sei nur beispielsweise an Linoleum, Einkersta, Kunstseide, Nickel, Aluminium, Zelluloid, Galalith erinnert, sowie an die ungezählten Farbstoffe, die die alte Skala unendlich bereicherten, an die genialen Metall- und Holzbearbeitungsmaschinen aller Art, an das Verfahren des Sandstrahlgebläses, das nun auch auf das Holz — mit dem unschönen Namen „Kylektipom“ — angewendet wurde, und tausend ähnliche große und kleine Neuerungen, die das Kunstgewerbe aus der Großindustrie herübernehmen konnte. Welche Riesenveränderungen waren allein den Reproduktionsverfahren beschieden, von der Verbesserung der Photographie und Negätzung bis zum Dreifarben- und Offsetdruck, und wie verwandelte sich in kaum einem Menschenalter die armselige Öllampe oder Kerze in die blendende Krone mit elektrischem Licht oder dem Auerlicht, das im Jahre der Thronbesteigung unseres Königs erfunden wurde!

Solche epochale Umwälzungen, die den Haushalt auch des bescheidenen Mannes in vielen Beziehungen gänzlich änderten, sind natürlich die besten Vorbedingungen für eine Stiländerung. Aber die stolze Medaille hat auch ihre Rehrseite: der beispiellose industrielle Aufschwung brachte uns auch ungezählte Material- und Techniksurrogate, die vom ästhetischen Standpunkt die meisten Segnungen in ihr Gegenteil verwandelten. Die überrasche und so wenig wählerische Produktion überschwemmte den Markt mit „billigen und schlechten“ Erzeugnissen, betrog den Käufer mit Waren, die sich mit ihren historischen Motivchen im Schaufenster königlichen Geblütes zu sein rühmten, jedoch nach kürzester Zeit als wertloser Schund erkannt werden mußten, und tötete in so fortgesetzter Übung schließlich jegliches Empfinden für solide, wertgemäße Schönheit.

Dies ist die Signatur einer Zeit, in der das aus dem alten Musterlager herausgewachsene Landesgewerbemuseum in Stuttgart 1896 den arg überladenen und dabei leider so unzuweckmäßigen Neckelmannschen Neubau bezog, der den üppigen Schlußstein in der auf Repräsentation gerichteten Reihe der älteren Museumsprachtbauten bildet. Und wie stolz war damals das ganze Land auf diesen teuren Bau, dessen Symmetrie-Anordnung auf dem Trapezoid-Baugrund als eine geniale architektonische Lösung ebenso angestaunt wurde, wie das ganze Reich die schwäbische Residenz um die fürstliche Innenausstattung von den Marmortreppen und F. von Keller-Gemälden der König-Karl-Halle bis zu den vornehmen Sammlungsschränken aufrichtig beneidete! Welcher Reichtum an Schmiedeeisen und Bronze, Glasmalereien und Marmor in allen Farben! In solcher Umgebung sollte die durch die sonstige Surrogatwirtschaft verloren gegangene Empfänglichkeit und Wertschätzung für gediegenes handwerkliches Können zurückerobert werden. Aber was die barocken Schmuckformen des Hauses, wie die nach vielen Tausenden zählenden Inventarnummern der „Lang- und Kurzwaren“ (1), die alle Schränke gänzlich anfüllten, an vielfältigen Anregungen auch bieten mochten, nichts davon wies in eine hoffnungsvolle Zukunft, die sich erst ein Jahr später, wenn auch noch ganz unausgegoren, in Dresden oder Turin ankündigte, und herzlich wenig an Originalen in die reiche Vergangenheit, während andere Gewerbemuseen sich inzwischen zu Kunstgewerbemuseen herausgewachsen und die Wertunterscheidung zwischen „verbesserter“ Kopie und Original richtig erkannt hatten.

Und doch wäre es ungerecht und obendrein sehr wohlfeil, über die damals führenden Persönlichkeiten nachträglich den Stab brechen zu wollen; sie waren eben Kinder einer anderen Zeit und hatten doch ihre ganze Kraft, ihre Lebensarbeit für ihre Ideale eingesetzt und dabei wenigstens einen, und zwar nicht geringen Erfolg zu verzeichnen: dem Kunstgewerbe wandte sich, wie seit Generationen nicht mehr, das allgemeine Interesse zu, es wurde bei uns unter dem Präsidenten der Zentralstelle Dr. von Gaupp in allen

Bevölkerungsschichten wirklich volkstümlich; der Kunstgewerbeverein von Stuttgart unter seinem artistischen Vorstand Paul Stolz, dem Nachfolger des bekannten Baudirektors von Leins, blühte; die große Stuttgarter Ausstellung des Jahres 1896 war ein voller Erfolg und behauptete sich in Ehren neben der gleichzeitigen Berliner Gewerbeausstellung oder neben der Milleniumsausstellung von Budapest im selben Jahre. Dennoch war man in diesem großen Stuttgarter Jahre noch nicht vertrauensselig genug, dem Kunstgewerbe allein die Belastungsprobe dieser Ausstellung zuzumuten, weshalb man die Elektrotechnik als Vorspann benutzte und in dem populären Kellerschen Ausstellungsplakat wie in der Museumshalle in den Vordergrund rückte.

Von den künstlerischen oder kunstgewerblichen Persönlichkeiten, die im heimischen Kunstgewerbe jenes Jahrzehnts besonders hervorleuchteten, sei nebst dem Metallkünstler Stolz nur noch der aus Gmünd stammende Plastiker Wilhelm Widenmann († 1914) genannt, dessen phantasievolle Prunkschöpfungen in Silber und Email an die besten deutschen Renaissancearbeiten anknüpfen und doch eine weit größere Unabhängigkeit und Geschmacksreife offenbaren, als sie den meisten Zeitgenossen beschieden war. Ungleich monumentaler, allerdings mit dem Kunsthandwerk nur in losem Zusammenhange war der großzügige Architekt Otto Rieth († 1911), der ebenfalls seine schwäbische Heimat mit Berlin vertauschte; seine phantasievollen Träume, die in zahllosen Skizzen nur zum Teil veröffentlicht wurden, hätten, wenn Millionen und Bergeshöhen keine Rolle spielten, Eiffeltürme und Völkerschlachtentmäler übertrumpfen können.

Die Kraft, die den Stein ins Rollen brachte, kam von außen. Daß die Wiederkäuermoden der historischen Stile obendrein in unserer raschlebigen Zeit nicht von langer Dauer sein können, sich vielmehr nach der Wiederholung des Rokoko, Louis XVI, Empire, der Biedermeierzeit und etwa noch einzelner erotischer Richtungen erschöpft haben müssen, war jedem Einsichtsvollen ohne weiteres klar, und doch lebte man von der Hand in den Mund und fragte wenig nach dem nächsten Tag. Arithmetische Variationen und Permutationen kann man bekanntlich mit oder ohne Grazie ad infinitum weiterspinnen, wenn unternehmende Verleger in zahllosen Vorlagewerken immer weitere Motive und Motivchen zur Verfügung stellen.

Ehe sich aber noch der Kreis schloß, kam allmählich die Erleuchtung über uns, die, genauer betrachtet, zunächst nichts Positives, sondern etwas rein Negatives war. Daß es im alten Gleise nicht weitergehen solle, gab schließlich fast ein jeder zu; daß jede künstlerisch große Zeit ein Anrecht auf ihren eigenen Stil hat, wurde nicht geleugnet; wie aber dieser zu bildende Kunststil aussehen wird, konnte natürlich niemand voraussagen. Aber was er nicht enthalten soll, darüber wurde man sich wenigstens in Deutschland sehr bald klar, indes die Engländer, die zuerst mit Reformplänen aufgetreten waren, am liebsten an

das wuchtige Mittelalter, die Franzosen an das graziöse und launische Rokoko angeknüpft hätten. Während wir anfänglich solchen Einflüsterungen Gehör zu schenken im Begriffe waren und im sogenannten „Jugendstil“ bald dem einen, bald dem anderen Einbläser folgten, fanden die Weiterblickenden — hoffnungsvolle junge Künstler wie Kunstgewerbemuseen und Zeitschriften — überraschend schnell, daß man zunächst den ganzen pseudohistorischen Ballast über Bord werfen müsse. Das ewige Kopieren und Nachbeten an sich noch so schöner Konstruktions- oder Schmuckformen hatte uns gedankenarm, ja denkfaul und unfähig gemacht.

War einmal die Fragestellung gegeben, so sorgte die gute deutsche Organisation auch auf diesem Gebiete für eine möglichst baldige Überwindung auch der größten Hindernisse. Die kunstgewerblichen Gruppen der deutschen und österreichischen Abteilung in Paris (1900) oder Turin (1902), die Ausstellungen von Darmstadt (1902 ff.), Dresden (1906), München (1908 und 1912), das Deutsche Haus in Brüssel (1910), die Werkbundausstellung in Köln (1914) und viele kleinere Veranstaltungen derselben Richtung bilden die stolzen Etappen einer Entwicklungsreihe, die uns die Bewunderung und den Neid des ganzen Auslandes verschaffte. Nun wissen wir, worauf es ankommt; über das Negative sind wir glücklich zum Positiven vorgeedrungen. Zwar haben wir noch keinen einheitlichen, abgeschlossenen deutschen Zukunftstil, aber wir sind auf dem besten Wege zu einem solchen; wir sind jetzt in der glücklichsten Schaffensperiode, indem wir künstlerische Elemente anhäufen, aus denen die natürliche Zuchtwahl das Gelungenste aufgreift und wieder weiterbildet, bis der stolze Bau fertig dastehen wird, worauf aber auch der Abstieg beginnen muß.

Unter den ersten kunstgewerblichen Pionieren der neuen Richtung ist Württemberg nicht vertreten. Das Jahr 1896 hat alle Kräfte so sehr in Anspruch genommen und für die unmittelbare Folge so viel Vorbeeren gesammelt, daß man auf ihnen ein Weilchen ausruhen zu können glaubte, jedenfalls erst wieder neuen Atem schöpfen mußte. Schon die Vorbereitungen für die Beteiligung an der Pariser Weltausstellung von 1900 aber riefen die Kämpfer aufs neue an die Front. Die damalige Glanzleistung bildete das heute in der Abteilung der Geschmackswandlungen des Landesgewerbemuseums befindliche Halmhubersche Musikzimmer mit den überreichen Intarsien von Wölfel und dem ebenso erdrückend geschmückten Schiedmayer-Flügel nach dem Entwurfe von R. Knorr. Die alte Meinung, daß für Ausstellungen außergewöhnliche Rekordleistungen in Schmucküberfülle aufgestellt werden müssen, war noch ebenso wenig überwunden wie die gotisierende Kielbogen-Reminiszenz des Fensters und die krabbenartigen Schnitzereien, d. h. das Zurückschielen nach geschichtlichen Schmuckelementen. So mag man sich denn auch nicht wundern, wenn das Landesgewerbemuseum auf der gleichen Weltausstellung noch vorwiegend Kopien alter französischer

Königsmöbel zu kaufen für gut befand, was die anderen deutschen Kunstgewerbemuseen als eine überflüssige, ja schädliche Verschwendung gar nicht begreifen konnten.

Wenn man heute, nach kaum anderthalb Jahrzehnten, die illustrierten kunstgewerblichen Zeitschriften aus den Tagen der Jahrhundertwende zur Hand nimmt und die ersten, durchaus nicht schüchternen, eher selbstgefälligen, aber närrischen Ornamentwindungen der Sezession betrachtet, alle die Möbel, Tapeten, Buchschmuck oder Eßbestecke gewordenen, recht tollen Selbstständigkeitsregungen ohne ein richtiges Gefühl für konstruktive Voraussetzungen — so kann man den konservativen Herren in Württemberg wie anderwärts, die von solchen willkürlichen Verzückungen nicht begeistert waren und in dieser Richtung das Heil der Zukunft nicht erblicken konnten, nicht einmal Unrecht geben. Die Zeit hat ihnen sogar zugestimmt, indem weitaus das meiste, was ein Eckmann, Edel, van de Velde und Genossen in ihrer ersten wild-stürmischen Begeisterung zu schaffen wagten, nur zu bald wieder ganz sachte in der Versenkung verschwand. Und doch war ein solches Fegfeuer eine unbedingte Notwendigkeit. Es mußten verschiedene hin und her tastende Versuche und manche Übertreibungen selbst unerfreulicher Art vorgehen und innerlich überwunden werden, bevor eine Einigung auf einer neuen Grundlage gesucht werden konnte. Wenn die wissenschaftlichen Vorstände unserer Kunstgewerbemuseen, die doch mit den unvergänglichen Schönheiten des alten Kunstgewerbes groß geworden waren und nicht im entferntesten daran dachten, diese Ideale aufzugeben, die neuen Stilregungen mit dem größten Interesse begleiteten, wenn aus einem Archäologen wie F. Deneken-Krefeld ein begeisterter Herold der Moderne werden konnte, wenn selbst die älteren Führer wie J. Brinckmann-Hamburg oder J. Lessing-Berlin, die Schöpfer der beiden bedeutendsten deutschen Kunstgewerbemuseen, ganz richtig in den Äußerungen junger, temperamentvoller Kunstgewerbler das Wehen einer neuen Zeit und keineswegs nur irgendeine Modeströmung erkannten, dann mußte man sich doch überall sagen, daß trotz aller Unklarheit ungebändigten Formenwillens hier doch Keime entstehen, die in eine glanzvolle Zukunft weisen, und daß diese Zukunft jenem Volke gehört, das solche Bestrebungen zuerst erfaßt und zu hegen und zu pflegen versteht.

Auch in der schwäbischen Residenz verschloß man sich solchen Gedankengängen keineswegs. Wenn auch der Kunstgewerbeverein, der 1898 und 1899 als Vorort des Verbandes deutscher Kunstgewerbevereine seinen äußerlichen Höhepunkt erreichte und mit den Ausstellungsüberschüssen des Jahres 1896 finanziell einzugreifen in der Lage gewesen wäre, aus seiner Zurückhaltung noch ebensowenig heraustreten wollte wie das Landesgewerbemuseum oder die Kunstgewerbeschule, so regten sich doch immer mehr Stimmen, die mit Entschiedenheit dafür eintraten, daß Württemberg den Anschluß an die allgemeine deutsche Stilbewegung nicht versäumen dürfe.

Dies führte zunächst schon im Pariser Weltausstellungsjahr zur Gründung des sezeßionistisch denkenden Vereins für dekorative Kunst und Kunstgewerbe, der schon ein Jahr später, dank den Bemühungen des Heilbronner Hofrates Peter Bruckmann, dem Nachfolger von P. Stolz in der artistischen Leitung des Kunstgewerbevereins, die Vereinigung mit dem älteren, unter dem Protektorate des Königs stehenden Vereine vollzog. Ein weiteres Jahr später, 1902, hatte der modernisierte Kunstgewerbeverein in den „Mitteilungen“ seine eigene, fortschrittlich geleitete Zeitschrift, die bald unter der Redaktion von R. Franck-Oberaspach tatsächlich ein wichtiges Sprachrohr für die kunstgewerbliche Leistungsfähigkeit des Landes wurde.

Der zweite Schritt galt der Erneuerung der Kunstgewerbeschule, was noch größere Schwierigkeiten verursachte. Graf L. Kalkreuth und Carlos Grethe, die neu berufenen Professoren an der Kunstakademie waren es, die die Aufmerksamkeit auf die Münchener Werkstätten unter Bruno Paul und Genossen lenkten und am liebsten den ganzen Kreis nach Stuttgart verpflanzt hätten. Als dies undurchführbar war, wurden wenigstens F. A. O. Krüger und B. Pankok mit der Begründung der „Lehr- und Versuchswerkstätten“ betraut, die der letztere bald selbständig leitete, indem er sich aus München noch R. Koch für die Flächendekoration und für die Keramik den Bayern Hans von Heider verschrieb. Aus der Darmstädter Künstlerkolonie gesellten sich noch P. Hausstein für die Metallbearbeitung, der Bildhauer L. Habich für das Modellieren und J. V. Eissarz für die graphischen Künste hinzu, nachdem die beiden letzteren durch den neubegründeten, segensvoll eingreifenden Verein württembergischer Kunstfreunde in Stuttgart ihr Heim aufzuschlagen veranlaßt worden waren. Im Laufe eines Jahrzehnts übernehmen die Lehr- und Versuchswerkstätten eine Aufgabe nach der anderen von der älteren Kunstgewerbeschule, die noch in Paul Lang einen Textilfachmann gewonnen hatte, und wurden schließlich 1913 in dem neuen Schulgebäude auf dem Weißenhofs zur neuen, reich ausgestatteten Kunstgewerbeschule unter Pankoks Leitung zusammengefaßt.

Der dritte entscheidende Schritt in den kunstgewerblichen Reformbestrebungen Württembergs ließ am längsten auf sich warten, durfte aber gleichwohl nicht unterlassen werden: das Landesgewerbemuseum, das sich unter allen Sammlungen des Landes der größten Popularität erfreute, konnte sich dem Zug der Zeit nicht mehr länger verschließen. Die gewaltigen Ansammlungen von Objekten in historischen Stilarten, von der Gotik bis zum Rokoko und Empire, ohne einen einzigen wirklich hervorragenden, echten Originalgegenstand aus alten Zeiten mußten ebenso verwirrend wirken wie die „berühmte“ Bronze-Tintenzeugserie, die bei Ägypten und Assyrien zu beginnen vorgab, oder die sogenannten „Stilzimmer“, deren Möbel, Gobelins, Bronzen oder Porzellane vom Renner fast ausnahmslos als Karikaturen

auf frühere Perioden empfunden werden mußten. Aber auch die vielgestaltigen Schöpfungen des modernsten, selbständigen Kunsthandwerks konnte man hier mehr ahnen als studieren: das Musikzimmer von Pantof pendelte inzwischen noch zwischen St. Louis und Dresden; aber ein Boudoir in Chippendale-Art war da oder einige eingelegte Nippesmöbelchen von Gallé; die Leonardschen Sebrestänzerinnen konnte man auch in Bronze bewundern, nebst einigen üblichen Grès- und Lüsterkeramiken; von Peter Behrens war man ausgerechnet auf ein, ihm gar nicht liegendes Steinzeugobjekt angewiesen, von Albin Müller auf ein verunglücktes Xylettipom-schränkchen. Der Prägemedaille eines Roty oder Chapelain stand die kraftvolle deutsche Gußmedaille nicht gegenüber; die hochentwickelte Gebrauchsgraphik fehlte fast überhaupt; die eigenartige Note der Wiener Werkstätten hätte man in allen Materialgruppen vergebens suchen können; nicht einmal die Wiener gewebten und bedruckten Stoffe waren unter den Hunderttausenden von Textilien vorhanden. Dem Publikum, das noch immer unter dem suggestiven Eindrucke des erfolgreichen Jahres 1896 stand, waren diese Verhältnisse nicht zum Bewußtsein gekommen; der Eingeweihte jedoch gewöhnte sich bereits daran, das Stuttgarter Landesgewerbemuseum, das ihm nur einige Japanobjekte der Bälz-Sammlung, einige Uhren des Junghansschen Zeitmeßkunstmuseums, einzelne koptische Stoffe oder spätere Textilien oder einige Tasteninstrumente der Pfeiffer-Sammlung bieten konnte, gänzlich auszuschalten.

Das Verdienst, diese Gefahr noch rechtzeitig beschworen zu haben, gebührt dem Nachfolger Gaupps im Präsidium der kgl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel, dem Staatsrat H. von Mosthaf, der 1904 sein Amt antrat und ganz mit Recht mit Fachleuten Verbindungen anknüpfte, den anderwärts bereits bewährten Museumsgrundsätzen auch in Württemberg zum Durchbruch verhalf und es nicht mehr als eine Pflicht ansah, in Ausstellungen jedem Landeskinde zu gestatten, seine Erzeugnisse in feierlichem Rahmen vorzuführen, auch wenn diese nichts sehenswertes Neues zu bieten hatten. Zum Glück für die Weiterentwicklung hatte sich auch in Württemberg der Grundsatz Bahn gebrochen, daß das Gewerbemuseum nicht wie die alten Gewerbehallen unseligen Angedenkens etwa die Bestimmung habe, liegengebliebene Ladenhüter eigener Produktion vielleicht doch noch an den Mann zu bringen, sondern die kunstgewerbliche und kunstindustrielle Erzeugung des Landes nach allen Richtungen möglichst reichhaltig befruchten soll, indem die Sammlungen die besten Meisterleistungen aller Kulturepochen in einwandfreien Originalen zum eingehenden Studium, nicht zum Kopieren, darbieten, und die Ausstellungen die verschiedenartigsten Anregungen technischer und ästhetischer Art aus allen Gruppen in unermüdlicher Folge frühzeitig vermitteln, nicht erst, wenn man sie auch schon in den Schaufenstern zu beobachten Gelegenheit hat. Junge tüchtige Kunstkräfte aller Art, die sich der Industrie oder dem Gewerbe zur Verfügung stellen wollen und nach der einen oder

anderen Richtung Erfolge versprechen können, müssen ohne Rücksicht darauf, ob sie im Lande geboren oder daselbst bisher tätig sind, Gelegenheit erhalten, sich den entsprechenden Kreisen vorzustellen und gleichzeitig den heimischen Wettbewerb zur Erhöhung seiner Leistungsfähigkeit anzuспornen.

Hand in Hand mit der Stilbildung geht nämlich besonders auf deutschem Kulturboden die immer stärkere Betonung des Qualitätsbegriffs. Wir sind zarter fühlend, kritischer geworden. Wir begnügen uns keineswegs mehr damit, in einem Innenraum oder in hervorragenden Einzelstücken Zeugnis von unserem bereits ansehnlichen Können abzulegen, sondern streben danach, alle Äußerungen unserer Umgebung ästhetisch zu veredeln, unser ganzes Leben mit Qualitätswerten zu durchdringen. Auch der Buchumschlag oder Notentitel, der Briefbogen oder die Besuchskarte, die Münze oder das Vereinsabzeichen und hundert ähnliche Dinge sind keine „Kleinigkeiten“ mehr; wir ärgern uns über die deutsche Reichspostmarke, die allein den schon längst begrabenen „Jugendstil“ zähe festhält, über künstlerisch mißlungenes Papiergeld oder das schlechte Kleid unserer stolzen Reichsanleihen, da wir doch an jeder Straßenecke ein künstlerisches Plakat zu finden wünschen und auch meist nicht enttäuscht zu werden pflegen.

So schwer es auch ist, der Allgemeinheit einen guten Geschmack beibringen zu wollen, so soll diese doch gewiß nicht auf einzelne wenige Persönlichkeiten beschränkt bleiben, da nur die Verfeinerung der Bedürfnisse dem Hersteller guter Qualitätserzeugnisse auch den notwendigen Absatz derselben ermöglicht. Deshalb geht auch das Stuttgarter Landesgewerbemuseum in der Frage der Geschmackserziehung weiter als alle Schwesteranstalten, indem es zu den eigentlichen kunstgewerblichen Sammlungen, deren Wert sich durch umfangreiche Ankäufe und Schenkungen der besten erreichbaren alten und neuen Stücke in allen Gruppen ganz bedeutend steigerte, noch zwei weitere Sonderabteilungen hinzufügte, nämlich die der „Geschmackswandlungen der letzten Jahrzehnte“, die — aus den Hauptstücken der früheren Sammlungen bestehend — den raschen Modewechsel in den abgeleiteten Schmuckformen gut veranschaulicht und damit die Warnung ausspricht, vorübergehende Schlagworte nicht zu überschätzen, und seit dem Jahre 1909 die volkstümlich gewordenen „Geschmacksverirrungen“, welche zu dem Gebot auch das Verbot als ebenso wichtiges ästhetisches Erziehungsmittel treten lassen und bereits die schönsten praktischen Erfolge aufzuweisen haben. Ohne Rücksicht auf Material, Alter oder Herkunft wurden hier nach neuen Einteilungs Gesichtspunkten alle Verbrechen oder Vergehen kunstgewerblicher Art in Beziehung auf das Material, auf die Zweckform und Technik, wie auch auf die Kunstform und den Schmuck zusammengefaßt und erläutert, so daß Fabrikanten und Künstler wie die Konsumenten, desgleichen die kaufmännischen Vermittler zwischen diesen zum Nachdenken darüber eingeladen werden, was alles im Kunstgewerbe vermieden werden könnte und sollte.

Nur durch das innige Zusammenarbeiten der kunstgewerblichen Produzenten — Großindustriellen wie Gewerbetreibenden — mit den für diese schaffenden Künstlern und den unparteiischen, das gemeinsame Beste anstrebenden Sachverständigen ist überall eine wirkliche Blüte des heimischen Kunsthandwerks erreichbar. In dieser Beziehung war in Stuttgart ab und zu noch manches zu wünschen übrig, obwohl sich die beteiligten beiden Ministerien und die diesen unterstehenden Behörden und Anstalten alle Mühe geben, vorhandene persönliche Gegensätze zu überbrücken. Zum Glück sind in der neuesten Zeit alle, vielleicht stärker als anderwärts, vorhandenen Schwierigkeiten endlich behoben worden, so daß für die Zukunft die schönsten Erfolge erwartet werden können. Die Grundsätze des Deutschen Werkbundes, der ebenfalls alle beteiligten Kräfte zu gemeinsamer Arbeit auf der Grundlage der Qualitätsschätzung zusammenfaßt, haben sich eben verallgemeinert. Ist doch auch der Werkbundvorstand ein Württemberger, nämlich derselbe Heilbronner Hofrat Peter Bruckmann, der nicht nur den Kunstgewerbeverein vom artistischen Standpunkt leitet und schon manchen peinlichen Zwischenfall beilegen half, sondern als der erste Silberwarenfabrikant im Lande selbst mit dem besten Beispiele vorangeht und den Sinn für vornehme künstlerische Arbeit mit vernünftigen kaufmännischen Anschauungen in richtigen Einklang zu bringen verstand.

Nach diesen allgemeinen Darlegungen wollen wir nun die einzelnen kunstgewerblichen Gruppen in Württemberg nach ihrem gegenwärtigen Stande betrachten. Auf allen Gebieten bemerken wir hochachtbare, mitunter sogar stolze und einzig dastehende Leistungen.

Eine gute Vorbedingung für verschiedene Zweige bildet die rege Bautätigkeit, die in den letzten Jahren im ganzen Lande eine große Reihe von Kirchen und anderen öffentlichen Gebäuden, Wohnhäusern, ja ganzen Villenkolonien erstehen ließ und selbst während des großen Weltkrieges nicht ganz aufgehört hat. Viele vorzügliche einheimische Architekten, wie Bihl & Wolk, Dollinger, Eisenlohr & Pfennig, Eitel & Steigleder, Heim & Früh, Henes, Hengerer, Hummel & Förster, Klatte & Weigle, Knoblauch, Lambert & Stahl, Schlösser & Weirether, Schmohl & Staehlin, Scholer, Schuster & Dolmetich, Weigle und zahlreiche andere, nicht in letzter Linie die Schule von Halmhubers überragenderem Nachfolger, dem inzwischen in seine bayerische Heimat rückgekehrten Theodor Fischer nebst Bonatz und Elsässer, sind — das hat auch die Bauausstellung von 1908 in anziehender Weise dargetan — für die hochstehenden Inneneinrichtungsfirmen und Möbelfabriken ebenso willkommene Auftraggeber wie die Öffentlichkeit, die in Stuttgart allein die beiden neuen Hoftheater, das Kunstgebäude, die Oberlichtsäle der staatlichen Gemäldegalerie, mehrere Bankgebäude und Amtspaläste, das Lindenmuseum oder die Kunstgewerbeschule erstehen ließ und weitere große Bauten wie den Hauptbahnhof nebst Umgebung vorbereitete.

Aber nicht nur das Stadtbild der schönsten deutschen Residenz verändert sich unter der Regierung des Königs Wilhelm II. — neuerdings besonders durch das Eingreifen des verdienstvollen städtischen Baurates Adolf Muesmann — beständig zu seinem Vorteile und sucht dadurch manche Sünden aus dem vorangegangenen Menschenalter wieder gutzumachen, auch überall im Lande, wie in Heilbronn, in Tübingen, in Reutlingen nebst Umgebung, in Ulm, Eßlingen, Gmünd, Ludwigsburg, Friedrichshafen und anderen Städten setzten moderne Architekten auch die Möbelschreinerei in Atem. So stammte der warme Innenraum des kleinen Stuttgarter Hoftheaters, wie einige Galeriefäle oder Bodenseedampferäume und Zeppelin Schiffskabinen von Brauer & Wirth, einer Firma, die sich 1908 durch die Vereinigung zweier älterer, tüchtiger Häuser gebildet hatte. Die hervorragende Leistungsfähigkeit von Georg Schöttle zeigt sich nicht nur in dem bekannten Musiksalon von Pankof im Landesgewerbemuseum (für St. Louis 1903), sondern ebenso in vielen vornehmen Innenräumen und Einzelmöbeln, für die stets anerkannte entwerfende Kräfte wie früher Albin Müller oder Patriz Huber, später O. Pfennig oder Pullich gewonnen wurden. Ein besonders stattliches Möbelausstellungshaus errichtete die Möbelfirma E. Eppe & Ege, die nun durch Schildknecht & Co. übernommen wurde und an gediegenem Geschmack und solidester Ausführung hinter den Genannten ebensovienig zurücksteht wie Gebrüder Weber, deren Seele Alfred Epstein ist, oder etwa Buschle und andere. An Stelle früher oft genannter Fabriken, wie Gerson & Wolf, die nicht mehr bestehen, sind hoffnungsfrohe und glückliche neue Firmen getreten, wie Erwin Behr, der seine bei Eppe & Ege gesammelten Erfahrungen in Wendlingen fruchtbar weiterbildet und in Stuttgart bereits wertvolle Ausstellungserfolge zu verzeichnen hat. Die heimische Möbelindustrie, die schon zur Zeit der „altdeutschen“ Mode weithin den besten Ruf genoß, steht auch heute mit ihren modernsten Leistungen obenan, und Sonderkünstler, wie der phantasievolle B. Pankof, der das Haus Konrad Lange in Tübingen, wie das besonders reich ausgestattete Haus Max Rosenfeld in Stuttgart geschaffen, führen ihr beständig frisches Blut zu.

Zusammenhängend damit ist die Entwicklung der Intarsiakunst, die in G. Wölfel und A. Richter zwei ihrer besten deutschen Vertreter besitzt, wie die Holzschnitzerei, der sich verschiedene gute Kräfte wie Professor R. Knorr oder W. Hoß gewidmet haben; auch im Dienste der katholischen Kirche sind einzelne gewandte Holzschnitzateliers, besonders in Oberschwaben, mit Erfolg tätig, namentlich in Ravensburg Theodor Schnell.

Zwei Hauptindustrien des Landes, nämlich die Schwarzwälder Uhrenindustrie in Schwenningen und Schramberg, wie die hochentwickelte Pianofabrikation in Stuttgart haben ebenfalls Anlehnung an unsere Möbelschnitzer gesucht und gefunden; Schiedmayers Klaviere nach Entwürfen von Halmhuber, Behrens, Pankof, Cissarz und anderen haben mit Recht viel Beifall erreicht, desgleichen Instrumente nach anderen Künstlerentwürfen von

Dörner, Pfeiffer oder Lipp; auch der bekannte württembergische Orgelbau beginnt den technischen Vorzügen ebenfalls ästhetische hinzuzufügen. — Hier könnten auch die Korbmöbel angeschlossen werden, für die R. Beyerlen in Stuttgart eine Reihe vorzüglicher Entwürfe geliefert hat.

Die Elfenbeinschnitzerei, die früher in Geislingen einen Hauptsitz hatte, ist dort durch die Ungunst der Verhältnisse stark zurückgegangen; die Pokale der Brüder Rauzmann und H. Peter huldigen noch der historischen Formgebung; nur die Familie E. Ruissinger hat den Übergang zu neuer Gestaltung bewerkstelligt; in Stuttgart ist der beste Vertreter dieses Sondergebietes B. Rudolph.

Die Spielwarenerzeugung, die in Württemberg u. a. durch die beiden großen Firmen Gebrüder Märklin in Göppingen und M. Steiff in Giengen a. d. Brenz vertreten ist, gehört vorwiegend in das Gebiet der Großindustrie; trotzdem können zahlreiche ihrer Erzeugnisse auch ästhetisch gewürdigt werden.

In der Metallverarbeitung konzentrieren sich die Betriebe keineswegs nur auf die Landeshauptstadt; Heilbronn und Smünd, wie anderseits Geislingen machen Stuttgart den Rang streitig. Die Kunstschmiede- und Schlosserarbeiten — z. B. von J. Horlacher, A. Frion, beide in Stuttgart, oder F. C. Bauer-Feuerbach — suchen allerdings mehr die Anlehnung an die Bautätigkeit der Residenz, wo auch vornehmlich der Bronzeguß heimisch ist, wie ihn H. Pelargus und Kurz, vornehmlich aber die bekannte Firma Stolz & Schlee betreibt, die vorzügliche Plastiken nach G. A. Bredow, L. Habich, M. von Hugo, E. Riemen, Poegelberger, D. Stöcker und anderen, ebenso aber auch nach Hausstein oder W. Ortlieb andere Bronzen, namentlich gute Beleuchtungskörper, herstellt. Für Heizkörperverkleidungen, Graburnen und verschiedene Treibarbeiten in Kupfer oder Messing sind in Stuttgart namentlich R. Dezer, Hasis & Hahn oder A. Gauger als besonders leistungsfähig zu nennen; kleineres gutes Metallgerät stammt auch von G. Jourdan, C. Brigel, M. von Trott-Heilbronn und anderen. Der weitaus ausgedehnteste großindustrielle Betrieb in der Verarbeitung unedler Metalle ist aber die Württembergische Metallwarenfabrik in Geislingen (seit 1880), deren galvanoplastische Arbeiten nach bekannten Bildwerken die größten Abmessungen aufweisen. Auch geschmackvolle Messingbetten, wie sie die sehr leistungsfähigen Arnoldschen Fabriken von Schorndorf erzeugen, dürfen nicht übergangen werden.

Anerkannte Spezialisten auf dem Gebiete der aktuellen Prägemedaille sind Wilh. Mayer & Franz Wilhelm, zu denen sich noch die jüngere Firma Ab. Schwerdt gesellt. Aber auch die singuläre Fußmedaille hat in Württemberg vorzügliche Vertreter, wie A. Feuerle, R. Pauschinger oder Ott, die aus dem Smündner Kreis hervorgegangen sind, ferner der jüngst nach Berlin übergesiedelte A. Lörcher oder aber J. Loß in Heilbronn; als Porträtmedailleure ragen namentlich die beiden Stuttgarter Professoren

L. Habich und U. Janssen hervor; der erstere läßt auch gegenwärtig, zu den Fahnen gerufen, seine Kunst nicht ruhen, hat vielmehr nicht nur im Westen den Herzog Albrecht, sondern auch im Osten den Feldmarschall Hindenburg und dessen Generalstabschef Ludendorff nebst anderen soeben sehr gelungen modelliert.

In Smünd, wo sowohl der fortschrittliche kunstgewerbliche Verein „Vorwärts“ als auch die unter der Leitung von W. Klein stehende Fachschule mit ihren tüchtigen Lehrkräften die dortige alte Metallwarenindustrie um sich schart, handelt es sich sowohl um unedle Metalle oder Metallintarsien, wie sie Erhard & Söhne — namentlich nach den Ergebnissen des Stuttgarter Museums-Preisaus Schreibens — mit dem schönsten Erfolge herstellen, als auch um Edelmetalle, z. B. von Herm. Bauer oder Wilh. Binder, besonders aber um Schmuck, wie ihn in solidester Niellotechnik F. Hauber oder in staunenswerter Abwechslung E. Wöhler liefert; solchen vorwiegend industriellen Leistungen stehen da noch gelungene Einzelarbeiten von Alb. Holbein oder C. Braun gegenüber, während die besten Einzelschmucke in Stuttgart aus der Klasse P. Hausstein von der Kunstgewerbeschule hervorgegangen sind; auch F. Böres und M. J. Grabl waren früher an den Entwürfen beteiligt, dann E. F. Berner, A. Berger und P. Bausch; Frau Brühlmann soll auch nicht vergessen werden.

Im Mittelpunkt der Edelmetallindustrie des Landes steht aber die 1805 begründete Heilbronner Firma P. Bruckmann & Söhne, ein geradezu vorbildlicher Betrieb, dessen Vielseitigkeit aus der anlässlich des hundertjährigen Bestandes entstandenen Festschrift deutlich erkennbar ist. In den letzten fünfundzwanzig Jahren wurde der Übergang von einer freieren Renaissance, von den Rokoko- und Louis-XVI-Formen, wie sie heut noch die auswärtige Kundschaft liebt, zu selbständigen, großen Prachtstücken und gefälligem, modernem Gebrauchs Silber vollzogen. Prunkobjekte, wie etwa der „Schwabentessel“ oder das für Aachen bestimmte Ratsilberzeug, beide nach A. Amberg, der große Silberbrunnen nach O. Rieth für die Pariser Weltausstellung, der Siegfried nach Kiemlen, die Leuchteraufläge nach F. Adler, wie auch Bowlen, Service und Schalen nach Behrens, Stöck, Lock oder nach den Stuttgartern Hausstein, Rogga oder Schmoll von Eisenwerth haben nicht nur der Firma auf allen Kunstgewerbeausstellungen der letzten Jahre einen besonderen Glanz verliehen, sondern auch den Ruf des württembergischen Kunstgewerbes neu gekräftigt. Hofrat Bruckmann, der Seniorchef, ist aber auch eine außergewöhnliche Persönlichkeit, die das Vertrauen von ganz Deutschland nicht umsonst an die Spitze des Werkbundes gestellt hat, da er seine große praktische Erfahrung dieser Körperschaft zur Verfügung stellt und anderseits auch den idealen Qualitätsgedanken des Werkbundes in seinem Betriebe feste Wurzeln schlagen ließ.

Während sich die wohlhabenden profanen Kreise mit ihren Wünschen an solche Unternehmungen wenden, bevorzugt die Kirche wie in alter Zeit

kleinere Goldschmiedefirmen, die ganz in ihren Ideenkreis aufgehen. Auch solche besitzt Württemberg; J. Ballmann-Stuttgart, der viel nach A. Koch gearbeitet hat, ist im Vorjahre gestorben; aber J. Hugger in Rottweil oder E. Zieher in Biberach arbeiten mit großer Hingabe, wenn die Besteller ihnen keine Fesseln anlegen, im modernen Geiste; und der Verein für christliche Kunst hat durch sein letztes Preisausschreiben für neuzeitliche Tauf- und Abendmahlsgeräte bezeugt, daß auch von evangelischer Seite minderwertige Duzendarbeit nicht mehr geduldet werden soll.

Auch in Zinn sind für schlichtere Verhältnisse ganz gute Altargeräte gemacht worden, z. B. von Kurz & Co. in Stuttgart, der mit künstlerischer Mitarbeit von Kochga auch sonst diesem zurückgedrängten Material neue Seiten abzugewinnen sucht, während andere Zinngießereien, wie J. Weygang in Öhringen, fast nur slavische Kopien von Antiquitäten machen.

In der Glasindustrie ist Württemberg auf die Einfuhr angewiesen, sowohl was die Hohlglasindustrie betrifft, als auch bezüglich des Materials für die Tafelglasindustrie, auf welchem Gebiete namentlich der ehemalige Fachschuldirektor Kolb tätig war, und nun hauptsächlich zwei tüchtige Stuttgarter Firmen miteinander wetteifern, nämlich V. Saile und R. Gläse, dieser oft in Verbindung mit Lydia Schäfer; auch Ludwig Wilhelm in Rottweil soll nicht unerwähnt bleiben. Daß von den Stuttgarter Malern auch Glasfensterkartons für auswärtige Firmen geschaffen wurden, wie von J. V. Eissarz oder von A. Hölzel, möge auch nicht übergangen werden. — Können wir nun leider auch nicht von einer entwickelten Hohlglasveredlung sprechen, so besitzt Württemberg dennoch wenigstens einen einzigen Künstler auf diesem Gebiete, der aber geradezu alle Zeitgenossen übertrifft, nämlich Wilhelm von Eiff aus Göppingen, ein Glas- und Edelsteinschneider, wie man ihn nur alle heiligen Zeiten einmal antrifft, da er sogar den figuralen Hochrelieffschnitt meistert. Seine beiden, erst jüngst ausgeführten Prachtpokale mit dem Reliefbrustbild des Königs sind technische Rekordleistungen, die in der Glasveredlungskunst einzig dastehen.

Auch auf dem Gebiete der Keramik marschiert Schwaben leider nicht an führender Stelle. Die Porzellanfabrikation z. B. in Schorndorf, die noch immer am liebsten im Genre „Alt-Ludwigsburg“ arbeitet, ohne etwa mit Selb, Unterweißbach oder Nymphenburg in ernsten künstlerischen Wettbewerb eintreten zu wollen, wird je früher um so besser den selbständigen Modellen z. B. von D. Stocker noch manche andere hinzufügen können; und die Schwarzwälder Steingutobjekte erheben kaum den Anspruch, ästhetisch gewertet zu werden. Hoffentlich ändert sich dies nach dem Kriege, da doch alle Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden wären. Die keramische Klasse H. von Heider der Stuttgarter Kunstgewerbeschule hat sowohl in Gefäßen wie in Plastiken, z. B. von Hoyler und von Sanden, technisch und künstlerisch

Vorbildliches geschaffen, und den daselbst ausgebildeten Schülern, wie etwa Leibbrand oder Ottmar, wären entsprechende Betätigungsmöglichkeiten gewiß sehr willkommen, ebenso dem Fräulein H. Rasten, dem auch schon mancher Entwurf gelungen ist. Auch die mehr volkstümlich gehaltenen Hafnerkeramiken von M. Schweizer, wie die Bauernkeramik von R. Freitag-Münsingen sollten kaufmännisch besser ausgenutzt werden, wie man denn auch für größere, glasierte Reliefs, wie sie etwa M. von Hugo gefertigt hat, mehr Interesse an den Tag legen könnte.

Was die Textilien anlangt, stellt dagegen unser Land schon jetzt seinen Mann, in der Textilindustrie wie in der Textilkunst, die zum Teile voneinander nicht zu trennen sind. Das Reutlinger Rgl. Technikum unter Dr. Johansen genießt mit Recht in allen technischen Fragen Weltruf, und die Fabriken in allen Landesteilen, namentlich die Stuttgarter Firmen R. Faber (R. Finckh) oder Eckstein & Rahn, wie die Württembergische Leinenindustrie (R. Lang) in Blaubeuren oder Hermann Pichler in Laichingen halten jeden Vergleich aus; sie haben sich auch mit richtigem Blick der künstlerischen Mitarbeit gewandter Sonderkünstler versichert, unter denen in Stuttgart namentlich Paul Lang-Kurz genannt sei, der sich mit seiner gleichstrebenden Frau schon vorher in Krefeld die besondere Vorliebe in allem, was mit der Textilkunst zusammenhängt, betätigte, ohne dadurch in Einseitigkeit zu geraten. An der Stuttgarter Kunstgewerbeschule, wo er hauptsächlich das Textilfach vertritt, sind aber noch zwei Damen mit vielem Glücke als Lehrkräfte tätig, nämlich L. Eberhardt, deren Stärke moderne Stickereien und Batikarbeiten bilden, und H. Winkler, die am Teppichwirkstuhl arbeitet und auch schon größere Arbeiten, z. B. für die Psullinger Hallen, gefertigt hat. Wenn noch auf die geschmackvollen Kirchenparamente von Elisabeth Reischle-Tübingen, auf die erspriessliche Tätigkeit unserer Frauenarbeitschulen in Stuttgart, Eßlingen, Heilbronn, Reutlingen, Ulm und anderen Städten oder auf die Glasperlenarbeiten von Gmünd hingewiesen wird, wo eine alte Hausindustrie neu belebt wurde, so ist damit die Liste noch nicht erschöpft; wenigstens die Spitzenflöppelei muß noch Erwähnung finden, die unter dem Schutze einflußreicher Frauen an einzelnen Orten vom „Frauenbund zur Förderung der Spitzenindustrie in Württemberg“ neu eingeführt wurde und bereits sehr achtbare Erfolge aufzuweisen hat.

Ebenso erfreulich wie die Textilkunst ist auch die Linoleumfabrikation, die durch die Germania-Werke von Bietigheim vertreten wird, und die Lederverarbeitung entwickelt: In Ledermöbeln zählt Alfred Bühler-Stuttgart zu den führenden Firmen dieses Faches; namentlich die Klubsauteuils nach P. Hausstein sind ganz ausgezeichnet. Andere Lederarbeiten, besonders Rassetten, Bucheinbände und Mappen fertigen in Stuttgart Albert Feucht Nachfolger (R. Strenger) oder G. Fröhlich, vielfach nach

J. V. Cissarz oder M. Körner, sind also in steter Verbindung mit der Kunstgewerbeschule, deren Buchbinderlehrmeister Wilhelm Schlemmer ebenfalls bereits die besten Proben seines Könnens abgelegt hat. Zu den schönsten und eigenartigsten modernen Luxusbänden der letzten Jahre zählen nebst verschiedenen Mappen von Ehrenurkunden die beiden von Cissarz entworfenen Bücher: Das Ehrenbuch des Landesgewerbemuseums und das „Eiserne Buch“ des großen Krieges, das bereits einzelne Gemeinden zur Verewigung ihrer Helden angeschafft haben.

Wohl die überraschendste Veränderung in den letzten fünfundzwanzig Jahren hat die Buchkunst und die damit zusammenhängende Gebrauchsgraphik erfahren, und Stuttgart, der Vorort des süddeutschen Verlagsbuchhandels, ist daran in ziemlich starkem Maße beteiligt. Es verlohnt sich, Anfangs- und Endpunkt dieser, zeitlich doch nicht gar so weit auseinanderliegenden Entwicklungsweise nur kurz, wie mit einem Scheinwerfer zu beleuchten, um den staunenswerten Fortschritt gerade auf diesem, modern wohl am höchsten emporgewachsenen Zweige erkennen zu können. Vor einem Vierteljahrhundert bildeten die „Prachtwerke“ den größten Stolz des Büchermarktes, namentlich die Klassiker-„Prachtausgaben“ in den großen Formaten, mit den aus dem Texte herausfallenden Holztischen, in reich gepreßten Renaissance-Verlagsbänden. Es ist doch merkwürdig, wie rasch solche Folianten aus allen guten Familienbüchereien wieder verschwunden sind und wie billig sie das Antiquariat heutzutage anbietet. Für manche koketten „Poesiealbums“ oder Anthologien wurden bald auch nach französischem Vorbilde blasse Blumenzweiglein im Unterdruck beliebt. Schwulstig beschlagene Einbände in Lederschnitt oder Plüsch galten als besonders schön. Der tadellose Schriftsatz, wie ihn erst ein Klingspor-Offenbach und dessen Konkurrenten im letzten Duzend von Jahren geschaffen, war noch unbekannt, obwohl ein auch nicht geringer Vorrat von allerhand umschörkelten Initialen, von schraffiertem oder schattiertem „Gothisch“, „Renaissance“ oder „Schwabach“ zur Verfügung stand. Namentlich alle „Altizendzdrucke“ mit ihren Linienverschneidungen, schrägen oder gebogenen Zeilen in zwei oder mehreren Farben waren geradezu kläglich. Da die Farbenlithographie mit den für naturalistische Vorwürfe notwendigen zahlreichen Steinen recht kostspielig war, überließ man ihr lieber den krankhaften Wetteifer mit Ölbildern, wobei auf eine süßlich-geleckte Ausführung mit Hochglanz das Hauptgewicht gelegt wurde. Besonders beliebt war in der ganzen Gebrauchsgraphik der stereotype Diplomstil; aber nicht nur die Ehrenurkunde, auch der Buchumschlag, ja selbst das Plakat zeigte sich nur zu gern in dieser Form. Künstler waren dabei überflüssig; die Hauslithographen besorgten dergleichen meist nach Schema F. Übrigens hätte ein guter Künstler schon recht hungern müssen, wenn er sich halb verstoßen herablassen sollte, solche „untergeordnete“ Arbeiten zu übernehmen.

Und heute? In Schriftsatz, flächig eingefügtem Buchschmuck, Druck, Vorsatzpapier und Einband glänzende, einwandfreie, gut zusammengestellte Leistungen, die jeden Bibliophilen entzücken, obwohl ihre Preise verhältnismäßig recht bescheiden genannt werden können; Umschlag und Verlegerband von geschulten Sonderkünstlern entworfen; überall vorzügliche, auch farbige Illustrationen, die nichts als Illustrationen sein wollen. Aber auch für die gesamte kommerzielle Graphik arbeitet ein fast unübersehbar großer Stab von Künstlern, die auf den einzelnen Gebieten, wie Plakaten, Geschäftskarten, Briefköpfen, Zeitungsanzeigen, Verschlussmarken usw., besonders eingearbeitet sind und sich in originellen Ideen und neuartiger Durchführung derselben geradezu überstürzen.

Dieser allgemeine Fortschritt konnte in Stuttgart nur dadurch heimisch werden, daß sich die vielen Verlagsanstalten den Forderungen der Zeit gerne unterwarfen und verschiedene Kunstdruckbetriebe ihnen hilfreich zur Seite standen. Von den Verlagsbuchhandlungen oder Buchdruckereien verdienen außer der Verlegerin dieses Werkes, der Deutschen Verlags-Anstalt, noch ehrenvolle Erwähnung: Bonz, Cotta, Engelhorn, Enke, Franke, Greiner & Pfeiffer, Grüninger, Julius Hoffmann, der früher M. J. Grödl viel beschäftigte, Reutel, Kraus, Löwe, Luz, Meyer-Ilshen, Spemann, Strecker & Schröder, Ulshöfer, Union und Weise, wenn auch nicht alle von ihnen herausgegebenen Werke vom graphischen Standpunkte gleich gut geraten sind, dagegen manches geschmackvolle Buch auch in anderen Verlags-handlungen, namentlich auch in Tübingen, Heilbronn, Ulm usw. herausgekommen ist. Auch wenn wir unter den besten Kunstdruck- und Reproduktionsanstalten der Landeshauptstadt G. Dreher, R. Ebner, E. Hochdanz, der auch vorzügliche Vorsatzpapiere als Spezialität liefert, A. Levi, Rössler & Bock, M. Rommel & Co., E. Schreiber, A. Schuler, M. Seeger, Stähle & Friedel sowie Weinwurm & Hafner herausgreifen, so haben wir die Liste aller verdienstlichen Betriebe keineswegs erschöpft. Aber schon die aufgezählten Namen der Verleger und Kunstdruckanstalten läßt die Reichhaltigkeit erkennen, mit der unsere Maler zu rechnen haben, namentlich aber die Kunstgraphiker, wie z. B. Felix Hollenberg für die Radierung, Fritz Lang oder Edmund Schaefer für den Holzschnitt, A. Burkhardt für den Holzschnitt, Georg Lebrecht oder A. Eckener für den Steindruck und andere. Unter den beliebten Malerillustratoren seien besonders Leo Bauer, Reinhold Nägele, Eugen Nanz, Willi Plank, Karl Purmann, Oskar Schlemmer oder Karl Stirner hervorgehoben.

Das größte Verdienst um die zeitgemäße Entwicklung von Buchschmuck und Gebrauchsgraphik in Württemberg hat die neue Stuttgarter Kunstgewerbeschule. Ist schon ihr Direktor B. Pantof 1900 mit seinem originellen Katalog der deutschen Abteilung auf der Pariser Weltausstellung unter die großen Anreger auf diesem Gebiete zu zählen, wie er sich ja auch

als Malerradierer großer Schätzung erfreut, so gebührt hauptsächlich dem Vorstand der graphischen Abteilung, J. B. Cissarz, der bekanntlich zu den Pionieren des deutschen Plakates zählt, desgleichen im Schriftwesen neue Wege wies, das Verdienst, nicht nur in persönlicher Fühlungnahme mit verschiedenen Verlagsanstalten neuen Ideen Eingang verschafft, sondern auch eine ganze Reihe talentierter Jünger herangezogen zu haben, deren Wirken man bereits in erfreulicher Weise spürt. Otto Bischoff, Hugo Frank, Paul Hahn, Johann Morier und Adolf Schmid-Hoffmann haben sich trotz ihrer Jugend durch selbständige Arbeiten schon einen geachteten Namen gemacht; aber auch die anderen Cissarzschüler, wie R. Dölker, J. Fuchs, Hugo Geißler, Gewinner, Paul Körner, Willi Martin, R. Raible, W. Rutenberg, A. Schmid, A. Schneek, G. Schwend, W. Seybold, R. Siegrist, Strobel, H. Schmidt oder G. Werdepohl, nebst einigen Damen, wie J. Conz, B. Feistel-Rohmeder, M. Fürst, H. Halm, L. Hartlieb, D. Kraus, Rode Neumark, E. Reydt, Julie Reischle, E. Rühle, Seeger, G. Uhland, M. Welsch oder H. Widmann, haben schon manche achtbaren Arbeiten geschaffen. Man muß es daher sehr bedauern, daß Cissarz im Herbst 1916 Stuttgart und sogar auch der Graphik und der Buchkunst, auf welchen Gebieten ihm viele Triumphe beschieden waren, den Rücken kehrt, um sich an der Frankfurter Kunstgewerbeschule seinem Lieblingsgebiet, der großen dekorativen Malerei, ganz widmen zu können.

Ein graphisches Gebiet hat sich, dem Zuge der Zeit folgend, auch in Stuttgart in den letzten Jahren besonders stark entwickelt, nämlich die Plakatkunst, die früher vorwiegend in der Art von P. Schnorr oder F. Specht gepflegt worden ist. Zahlreiche unserer anerkannten Maler, wie R. Diem, R. von Haug, H. von Heider, G. Lebrecht, B. Pankof, R. Kochga, R. Schmoll von Eisenwerth, W. Strich-Chapell u. a. sind auch unter die Plakatkünstler gegangen, denen auch Cissarz und seine obengenannten Schüler berufsmäßig zuzuzählen sind, desgleichen sein Hilfslehrer an der Kunstgewerbeschule und ehemaliger Schüler Max Körner, der mit dem inzwischen für das Vaterland gefallenen Wilhelm Bühler manches Gute gemeinsam geschaffen hat, ferner Bürkler und Rombach, A. Renz, Schöllkopf, E. H. Münch („Reklamekunst“), H. Blank, Kirchbach und H. Schütz, die für Grieshabers „Propaganda“ arbeiten, und manche andere, auch außerhalb Stuttgarts, wie Cubasch und Rienzl in Heilbronn. Die verschiedenen Plakatwettbewerbe, z. B. der Fremdenverkehrsvereine von Stuttgart, Ludwigsburg, Ulm oder Göppingen oder der Ausstellungen von Ludwigsburg oder Reutlingen, haben eine überraschende Mannigfaltigkeit geoffenbart, und vielen schwäbischen Künstlern ist auch schon bei auswärtigen Plakatkonkurrenzen der letzten Zeit manch glücklicher Wurf gelungen.

Wie reich Württemberg an schöpferischen Persönlichkeiten auf den verschiedensten Gebieten der Kunst und des Kunstgewerbes ist, läßt sich schon

daraus erkennen, daß es im Ausgleich gegen zahlreiche Kräfte, die von auswärts kamen und in Stuttgart eine zweite Heimat gefunden haben, eine ganze Reihe hervorragender Künstler an andere Kunststätten abtreten konnte, wo sie sich selbst im größten Wettbewerb einen tüchtigen Namen zu schaffen und zu behaupten vermochten. Nebst den wesentlichsten Architekten, wie H. Eberhardt in Offenbach, E. Högg, erst in Bremen, dann in Dresden, oder E. Schaudt, in Berlin, seien hier nur genannt: F. Adler in Hamburg, Lucian Bernhard in Berlin, H. Dietrich in Kaiserslautern, A. Fischer in Essen, O. Gußmann in Dresden, Erwin Kurz in München, H. D. Leipheimer, früher in Darmstadt, Paul Leni oder A. Lörcher, beide in Berlin.

Diese Ausführungen sollen und können natürlich keine erschöpfenden Aufzählungen aller guten Leistungen und aller an diesen beteiligten Kräfte sein. Und doch wird man den Eindruck gewonnen haben, daß auf den verschiedensten Gebieten des Kunstgewerbes wie der Kunstindustrie ein reges und vielgestaltiges Leben herrscht, das erst durch eine große Ausstellung, wie sie für 1916 geplant war, hoffentlich nach außen hin stolz in die Erscheinung treten wird. Das Verständnis in den weitesten Kreisen, denen der „neue Stil“ zunächst nicht recht einleuchten wollte, ist auch beständig im Wachsen begriffen; Interesse und fördernde Teilnahme wachsen tatsächlich zusehends. Behörden, Körperschaften und Vereine lassen denn auch keine Gelegenheit vorübergehen, den allgemeinen Aufschwung nach besten Kräften zu unterstützen. Und gerade König Wilhelm II. geht allen mit dem besten Beispiel voran; er ist nicht nur der Schirmherr des Kunstgewerbevereines oder des Vereines der Freunde des Landesgewerbemuseums, sondern pflegt auch unermüdlich persönliche Beziehungen zu allen Künstlervereinigungen, wie zu den einzelnen führenden Künstlern, die er beständig in ihren Ateliers aufsucht; ebenso versäumt er und das ganze königliche Haus keine wichtigere Ausstellung, um sich von den vielfachen Bestrebungen und Fortschritten zu unterrichten und durch seine Anerkennung zu weiteren Qualitätsleistungen anzu-spornen.

In dieses hochehrwürdige Gesamtbild ehrlichen Strebens und erfolgreichen Gelingens hat der gigantische Weltkrieg, an dem auch so viele entwerfende oder ausführende kunstgewerbliche Kräfte beteiligt sind, mit rauher Hand eingegriffen und eine erhebliche Störung herbeigeführt. Jetzt gilt es, auf dem Felde der Ehre kriegerische Lorbeeren zu pflücken; die Kulturarbeit des Friedens ist in den Hintergrund gedrängt. Aber nach dem siegreichen Frieden wird der abgerissene Faden wieder neu geknüpft werden, um das zu vollenden, was gerade das Deutschtum allen voran in der Stilbildung so vielverheißend für die ganze Welt begonnen. Dann werden auch Württembergs Söhne gewiß nicht zurückstehen, wenn es gilt, in dem friedlichen und doch nicht weniger heißen Kampf für künstlerische Edeldarbeit alle feindlichen Mächte des Ungeschmacks in den Staub zu werfen und unvergängliche Werte höchstentwickelter deutscher Kultur zu schaffen.

Altertums- und Denkmalspflege

Von Landeskonservator Professor Dr. E. Gradmann

Altertumspflege

Als „Altertümer“ bezeichnen wir die sonst auch so genannten beweglichen Denkmäler oder Sachen von kulturgeschichtlicher Bedeutung, und zwar hier, der Kürze halber, meist insonderheit die vor- und frühgeschichtlichen; als „Kunstaltertümer“ die kunstgewerblichen Erzeugnisse, während wir die Werke alter Malerei und Bildnerei, sofern sie der hohen Kunst angehören, „Kunstdenkmäler“ nennen, dies auch im Gegensatz zu den „Baudenkmälern“. Unter „Bodenaltertümern“ begreift man sowohl Baureste, die im Boden stecken, als vorzugsweise Funde, die aus dem Boden erhoben werden; meist vor- und frühgeschichtlicher Herkunft. Zu den Altertümern im weiteren Sinne gehören auch die Schriftdenkmäler (Urkunden, Akten, Bücher), deren Obhut aber gemeinhin der Denkmalspflege abgenommen ist. In der Praxis versteht man allgemein unter Denkmalspflege das, was überall die Aufgabe der Landeskonservatoren ist, die Pflege der Baudenkmäler samt den dazugehörigen Kunstdenkmälern und Kunstaltertümern. Unter Altertumspflege kann man zusammenfassen, was im historischen oder archäologischen Museum und von ihm aus geschieht, einschließlich der Ausgrabungen, die zunächst der Altertumsforschung dienen, und der Aufsicht über die Lokalmuseen.

Die Altertums- und Denkmalspflege sowie der Heimat- und Naturschutz in Württemberg sind von Staats wegen der Aufsicht der Unterrichtsverwaltung (Kgl. Ministerium des Kirchen- und Schulwesens) unterstellt, deren Werkzeug für die beiden ersteren zunächst das Kgl. Landeskonservatorium ist. Vom Kgl. Landeskonservatorium ist dem Arbeitsgebiet nach der halbamtliche Landesausschuß für Natur- und Heimatschutz abgezweigt. Eine Zeitlang war der Konservator der Kunstdenkmäler auch mit Aufgaben des Heimat- und selbst des Naturschutzes vorläufig beauftragt. So beim Wiederaufbau der abgebrannten Ortschaften Ilsfeld, Binsdorf, Darnsheim, Schwaijern, bei der Tübinger Alleenfrage und der Neckarkanalisierung, bei der Besigheimer Stauwehrfrage usw.; auch bei der Erhaltung von Baum- und anderen Naturdenkmälern, wie z. B. der sogenannten Spielburg am Hohenstaufen.

Das Landeskonservatorium ist zugleich Direktion des historischen Landesmuseums (Staatsammlung vaterländischer Altertümer) oder,

wenn man will, umgekehrt. Sie wurden 1892 vereinigt in der Person von Oberstudienrat Paulus, der schon längerher Landeskonservator war. Dem Nachfolger (seit 1899 definitiv) war es von Anfang an ein Hauptanliegen, diesen allzu vielseitigen Betrieb sachmännisch zu gestalten. Vor allem schien, bei dem großen Aufschwung der römisch-germanischen Forschung, die Anstellung eines philologisch geschulten Archäologen nötig.

Über die Verwaltung der Staatsammlung, namentlich die Erwerbungen, berät eine Rgl. Kommission von Sachverständigen mit einem Verwaltungsausschuß. Ihr haben stets die angesehensten Sammler und Kunstgelehrten oder Historiker der Hauptstadt neben Künstlern angehört. In den einzelnen Oberamtsbezirken ist das Museum und Konservatorium vertreten durch Pfleger (Korrespondenten) und durch die örtlichen Altertumsvereine.

Das historische Landesmuseum, worin verschiedene, zum Teil bis in die Renaissancezeit zurückgehende fürstliche Sammlungen (römisches Lapidarium, Kinstkammer, Münzkabinett) mit der (1862 errichteten) Staatsammlung vaterländischer Altertümer vereinigt sind, hatte schon unter dem hochseligen König Karl, einem Liebhaber alter Kunst, glückliche Tage. 1886 war ihm endlich, nachdem es sich fast 25 Jahre lang in Mietwohnungen beholfen, eine feste Unterkunft, wenn auch noch kein Eigenhaus, zuteil geworden. 1889 wurde ihm dann die große Sammlung des 1843 gegründeten Württembergischen Altertumsvereins einverleibt.

Der Krieg hat auch für das Museum große Pläne vereitelt oder doch für unabsehbare Zeit verzögert. Zum Regierungsjubiläum des Königs hofften wir den Grundstein für den Neubau des historischen Landesmuseums legen zu können, nachdem sich 1912 auf Anregung des Museumsvereins unter der Schirmherrschaft des Herzogs Ulrich von Württemberg und dem Ehrenvorsitz der Staatsminister General von Marchtaler, Dr. von Fleishhauer und Dr. von Habermaas ein Komitee gebildet hatte, das durch einen öffentlichen Aufruf eine Sammlung von Geldmitteln einleitete, die den Grundstock für die Kosten der künstlerischen und historischen Ausstattung bilden sollte. Erster Vorsitzender ist Friß Freiherr von Gemmingen-Hornberg, zweiter Geheimer Hofrat Dr. Ernst von Sieglin. Der Fonds beträgt rund 189000 M, weitere 155000 M sind in Aussicht gestellt. Eine schöne Baustelle am Hegelplatz schien gesichert. Doch zeigt gerade auch der Rückblick auf die Friedensjahre unter König Wilhelms II. Regierung, daß die Hoffnung auf ein künftiges Gedeihen des Museums wohl begründet ist in der lebhaften Anteilnahme der Württemberger hoch und nieder an der Anstalt und ihren Aufgaben.

Aufrichtigen Dank zollt das Landeskonservatorium und -museum ehrfurchtsvoll den Königlichen Majestäten, die der Museumsverein an der Spitze seiner Mitglieder nennen darf und die dem Museum selbst bei jeder Gelegenheit persönlich, durch Besuche und Zuwendungen, ihre Gunst bezeugen, sowie dem ganzen Königlichen Haus, insonderheit dem hohen Schirm-

herrn Herzog Ulrich von Württemberg. Die Kgl. Kunstammer bildet immer den Glanzpunkt des Museums. Eine archäologische Abteilung füllt die berühmte Sammlung des Herzogs Wilhelm von Urach, Leihgabe der erlauchten Familie.

Die Kgl. Regierung und die Landstände haben stetig die Betriebsmittel und neuerdings auch das Personal der Doppelanstalt vermehrt. Die Stadt Stuttgart hat das Museum mit regelmäßigen und außerordentlichen Beiträgen und mit gelegentlichen Überweisungen unterstützt. Ein Museumsverein ist 1910 unter dem Protektorat des Herzogs Ulrich von Württemberg durch den Freiherrn von Valois gegründet worden, ein Komitee für den Neubau 1912 durch Freiherrn von Brusselle-Schaubeck. Vereine, an der Spitze der Schwäbische Albverein, und Amtskörperschaften sind als Mitglieder beigetreten oder haben Stifterbeiträge entrichtet. Eine stattliche Reihe von Gönnern ist als Stifter bedeutender Stücke im Zuwachsverzeichnis des Museums und im Stifterverzeichnis des Museumsvereins eingetragen. Besonders großartige Schenkungen, ganze Sammlungen betreffend, waren die von Geh. Hofrat Dr. von Sieglin (Antiken aus Ägypten, hauptsächlich von den Ausgrabungen der Sieglin-Expedition in Alexandria), Geh. Hofrat Stükel und Kommerzienrat Bullinger in München (Antiken aus Syrien und Kleinasien und den griechischen Inseln), Architekt Leidesdorf in Kopenhagen (Vorgeschichtliche Altertümer aus Skandinavien); dann die Vermächtnisse des Freiherrn O. von Breitschwert und des Geheimen Kommerzienrats A. von Pflaum und die Schenkung aus dem Nachlaß des Freiherrn Karl von Valois (Kunstaltertümer und Württembergica). Auch die vielen, zum Teil kostbaren Leihgaben stellen eine wertvolle Bereicherung des Museums dar. Werkstätten zur Konservierung von Altertümern, zur Wiederherstellung von Gemälden und bemalten Plastiken und für Photographie sind im Museum eingerichtet und stehen, soweit es die Geschäftslage gestattet, auch anderen Museen, Behörden und Gemeinden des Landes, unter Umständen kostenlos, zur Verfügung.

Durch winterliche Vortragskurse, die wegen der großen Teilnehmerzahl in beiden Abteilungen verdoppelt werden mußten, gelegentliche Führungen für Vereine, Studierende und Schulen und jetzt wöchentliche für Verwundete und durch auswärtige Lichtbildvorträge suchten die Beamten das Interesse engerer und weiterer Kreise für das Museum und seine Aufgaben zu befriedigen und zu gewinnen. Kunstbessenen werden Zeichenstudien im Museum ermöglicht, Gewerbetreibenden und Künstlern auch einzelne Stücke ausgeliehen. An auswärtigen und hiesigen Leihgaben-ausstellungen hat sich das Museum öfters, doch nicht leichten Herzens, wegen der Gefahr für die Altertümer, beteiligt. Die Altertümerausstellung in der König-Karl-Halle des Landesgewerbemuseums (1904) war in der Hauptsache den Beständen des Altertumsmuseums und der Kgl. Naturaliensammlung entnommen. Ähnlich bei der Ausstellung von Ludwigsburger Porzellan

im Neuen Schloß usw. Den Altertumsvereinen und den städtischen Altertumsammlungen des Landes sucht das Landeskonservatorium und Landesmuseum zu helfen, wo es kann, und erstrebt einen zusammenfassenden Verband aller unter Leitung des Konservatoriums. Die größten und tätigsten Vereine sind auch bereits auf entsprechende Verträge mit dem Konservatorium eingegangen. Alle Vereine sollen als Vertreter des Konservatoriums in ihrem Bezirk für Zwecke der Altertums- und Denkmalpflege mitwirken. Ausgrabungen werden gemeinsam ausgeführt, Funde oder Nachbildungen den Bezirksammlungen zugewiesen und für sie konserviert und Erwerbungsgelegenheiten mitgeteilt, öffentliche Sammlungen auf Wunsch von Stuttgarter Museumsbeamten geordnet und katalogisiert, wenn es die eigene Geschäftslage gestattet. So konnte jüngst z. B. für den Rottweiler Altertumsverein das neuaufgefundene römische Mosaik erhoben und dem Ulmer Museum bei der Erwerbung des Syrlinschen Leuchterweibchens Vorschub geleistet werden. Eine große Anzahl von Junftaltertümern, die aus Württemberg ins Stockholmer Museum gekommen waren, wurden bei einer Versteigerung für die Herkunftsorte zurückgewonnen.

Zu den älteren Altertumsvereinen in Rottweil, Stuttgart (Württembergischer Geschichts- und Altertumsverein), Ulm (Verein für Kunst und Altertum in Ulm und Oberschwaben), Hall (Historischer Verein für württembergisch Franken), Rottenburg, Tübingen-Reutlingen („Sülchgauer“ Altertumsverein), Heilbronn, Vöhringen, Riedlingen, Badnang („Murrgrauer“ Altertumsverein), Cannstatt und dem internationalen Verein für Geschichte des Bodensees kamen in den letzten Jahrzehnten neue zu Ehingen, Ellwangen, Ludwigsburg, Tübingen. Der Zabergäuverein wurde wieder ins Leben gerufen. Neben Vortragsabenden und Ausflügen betätigten sich die größeren Vereine in Veröffentlichungen (Zeitschriften u. a. Vereinsgaben) überwiegend geschichtlichen Inhalts. So der württembergische und der Bodenseeverein, der Ulmer, Rottweiler, Fränkische, Sülchgauer, Heilbronner, Ludwigsburger, Tübinger, Ellwanger, Murrgrauer und Zabergäuverein. Die meisten Vereine unterhalten eine öffentlich zugängliche Sammlung von Altertümern ihres Ortes und Bezirks. Der Ellwanger Verein widmet sich auch dem Heimatschutz.

Bei der — im engeren Sinn — archäologischen Abteilung des Landesmuseums gehen Museums- und Landesdienst, Altertumsforschung und Altertumpfleger Hand in Hand. Die Altertümer werden erhoben durch Ausgrabung und Aufnahme und die Funde im Museum aufbewahrt. Auf diesem Gebiet beginnen gerade mit der Regierungszeit König Wilhelms II. mehrere bedeutende Unternehmungen. Das ist erstlich die Wirksamkeit der Limeskommission des Deutschen Reichs (der in Württemberg schon 1877 eine Kommission zu gleichem Forschungszweck vorausgegangen war). Ferner die vom Württembergischen Anthropologischen Verein angeregte archäologische Landesaufnahme (kartographische Aufnahme der vor- und früh-

geschichtlichen Baureste, Wege, Wohnstätten, Festungswerke, Gräben usw. in die Flurkarten 1:2500). Und endlich die von demselben Verein herausgegebenen, im Museum zusammengestellten Fundberichte aus Schwaben (seit 1892).*)

Die von O. Fraas in Württemberg eingeführte Altsteinzeitforschung ist neuerdings in großem Stil von den Geologen Professor von Roken und R. R. Schmidt, seinem Schüler, zunächst für das Tübinger Geologische Institut wesentlich gefördert worden. Auch das Landesmuseum ist von Dr. Schmidt bereichert worden. Aus der jüngeren Steinzeit sind zuerst die Pfahlbauten von Schussenried erforscht worden. Erworben wurde eine große Sammlung von Steinwerkzeugen aus den Pfahlbauten am Bodensee von Schultheiß Pufahl in Fischbach.

Die Bronzezeit und ältere Eisenzeit (Kultur von Hallstatt) sind im Museum glänzend vertreten mit Gräberfunden, namentlich aus Grabhügeln der Schwäbischen Alb, in den Sammlungen des Herzogs Wilhelm von Urach und des Präsidenten von Föhr. Die jüngere Eisenzeit (gallische Kultur von la Tène) ist, abgesehen von den frühen Hügelgräbern bei Asperg und verwandten, mit Gräberfunden schwächer vertreten. Ein Gräberfeld bei Niedernhall wurde vom Museum ausgebeutet. Der Ringwallforschung in Württemberg gelang der Nachweis, daß die bedeutendsten Ringwälle des Landes aus der gallischen Epoche stammen und in der von Cäsar bei den Oppida Galliens beschriebenen gallischen Technik als Mauern mit Holzeinlagen gebaut waren.

Die römisch-germanische Forschung in Württemberg hat der Reichslimestkommission, an deren Gründung und Leitung zwei Württemberger, General von Sarwey und Professor E. von Herzog, maßgebend beteiligt waren, viel zu verdanken.***) Das Landeskonservatorium (Gößler) hat, vorzüglich von der Stadt Stuttgart auch finanziell unterstützt, das Kastell zu Cannstatt vor der Überbauung ausgegraben, 1906 und 1910 zugunsten des Altertumsvereins Rottweil große Ausgrabungen und umfassende Untersuchungen dort vorgenommen. Bäder wurden untersucht zu Weinsberg,

*) Die archäologische Landesaufnahme wird seit 1892 aus den Mitteln des Landeskonservatoriums fortgeführt. Die Aufnahmen und Einträge besorgte bis 1913 Major z. D. Steiner; neuerdings Obertopograph Haug vom topographischen Bureau des Kgl. Statistischen Landesamts, für dessen Kartenwerke die archäologischen Aufzeichnungen des Landeskonservatoriums zur Verfügung gestellt werden.

Über die archäologische Forschung im Lande berichten seit 1892 die vom Württembergischen Anthropologischen Verein herausgegebenen „Fundberichte aus Schwaben“, geleitet von G. Sirt, E. Gradmann und P. Gößler. Außerdem in der Museographie der Westdeutschen Zeitschrift für die Jahre 1891—1902 Sirt und 1903—1907 Gößler, und seit 1907 in den Jahresberichten der römisch-germanischen Kommission des Kaiserl. Deutschen Archäologischen Instituts Gößler.

**) In dem Monumentalwerk der Reichslimestkommission sind die einzelnen Kastelle Württembergs behandelt. Weiteres ist vorläufig im Limesblatt und Korrespondenzblatt zu finden. Die römischen Inschriften und Bildwerke in Württemberg sind veröffentlicht von Haug und Sirt (1902), in 2. Auflage unter Mitwirkung von Gößler 1913. Im Vordergrund des geschichtswissenschaftlichen Interesses steht die Frage des Donau- und Alblimes.

Enzberg; Töpfereien bei Cannstatt, Rißtissen, Waiblingen; bürgerliche Siedlungen zu Bezingen, Enzberg, Hoheneck, Obereßlingen; Villen an zahlreichen Orten; Gräber namentlich bei Cannstatt.

Das Konservatorium wird bei seinen Grabungen finanziell unterstützt vom Württembergischen Anthropologischen Verein und von der römisch-germanischen Abteilung des Deutschen Archäologischen Instituts, gelegentlich auch von der Rudolf-Virchow-Stiftung und von einheimischen Gönnern.

Das archäologische Landesmuseum hat auch ausländische klassische und ägyptisch-griechische Antiken, Bild- und Kunstwerke und ist die einzige Stelle in der Hauptstadt, wo antike Originalbildwerke, darunter so bedeutende wie der „Sieglinsche Alexanderkopf“, öffentlich zu sehen sind. Zu der schönen, einst von dem Dichter Matthiäson begründeten Vasensammlung kamen in den letzten Jahren durch Schenkung reiche und kostbare Bestände an antiken Terrakotten, Steinbildwerken, Goldschmucksachen, Gemmen, Gläsern, Bronzen, Tafelgemälden (von Mumien), koptischen Stoffen, auch ein Bleisarkophag aus dem 4. Jahrhundert n. Chr. *)

Eine wertvolle Ergänzung der Sammlung originaler Antikaglien bedeuten die von der Geislinger Metallwarenfabrik gestifteten Nachbildungen mykenischer und kretischer Metallarbeiten und des Hildesheimer Silberfundes. Dieselbe Kunstanstalt schuf eine Sammlung vorzüglicher Nachbildungen nach den schönsten vorgeschichtlichen, römischen und merowingischen, auch mittelalterlichen Metallsachen unseres Museums.**) Nachbildungen von Tongefäßen aus der Werkstatt des Römisch-germanischen Zentralmuseums in Mainz werden als Seitenstücke und Ergänzungen zum heimischen Bestand fortlaufend angeschafft.

Die Rgl. Münz- und Medaillensammlung („Münzkabinett“), deren Anfänge auf Herzog Friedrich I. zurückgehen, ist 1909 der Rgl. Altertümersammlung angegliedert worden (Vorstand bis 1904 Professor Sixt, seit 1909 bzw. 1905 Professor Gößler). „Die Landesfunde aufzunehmen und, wenn wertvoll, durch Ankauf vor Verschleuderung zu sichern, alle zu veröffentlichen oder anderen Fachleuten zur Bearbeitung zugänglich zu machen, die Württemberger Sammlung ins einzelste zu vervollständigen, moderne Erzeugnisse einheimischer Künstler zu erwerben, dem Publikum die Numismatik nach ihrer geschichtlich-wissenschaftlichen wie ihrer kunstgewerblich-künstlerischen Seite vor Augen zu bringen, das sind die Hauptaufgaben der jetzigen Verwaltung.“ Ein altes Vorkaufrecht auf Münzfunde wird von dem Kabinett so ausgeübt, daß es die Funde mindestens zur wissenschaftlichen Aufnahme zu bekommen sucht. Ein großer Fund antiker Münzen

*) Ihre wissenschaftlichen Ergebnisse wurden in einem Prachtwerk veröffentlicht von Professor E. Schreiber und Dr. Pagenstecher. Die antiken Gemmen des Museums (und der Kammern) hat auf Wunsch der Direktion 1902 Professor Furtwängler, der berühmte Münchener Archäolog, zusammengestellt, der auch die Tonvasen ordnete.

**) Illustrierter Katalog mit Einleitung und Erläuterungen von Professor Gößler.

von Welzheim konnte 1911/12 leider nur zum kleineren Teil erworben werden wegen sofortiger Zerstreuung durch unehrliche italienische Arbeiter. Immerhin ist die Zahl der eingehenden Funde nicht gering. Eine Menge von Antiken wird den Ausgrabungen des Museums und denen der Reichslimeskommission verdankt.

Die Sammlung umfaßt jetzt zirka 30 000 Stücke, darunter 3000 keltische und griechische, 7000 römische, 6000 württembergische. Von mehrfacher Bedeutung ist der Bestand an zeitgenössischen Medaillen auf historische Personen. *)

Die neuere Abteilung der Staatsammlung vaterländischer Altertümer enthält, wie es in der Natur der Sache liegt, neben landes- oder orts- und kulturgeschichtlichen Denkmälern vorwiegend Kunstdenkmäler und Kunstaltertümer. Nach dem Gründungsstatut sollte sie zugleich ein „historisches Kunstgewerbemuseum“ sein. Seit der Umwandlung des Musterlagers der Rgl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel in ein Kunstgewerbemuseum beschränkt sich das Altertumsmuseum bei Kunstaltertümern (kunstgewerblichen Denkmälern) auf Württembergisches. Ebenso verhält sie sich gegenüber dem Rgl. Museum der bildenden Künste bei Gemälden. Allein sammelt sie Antiken und Originalwerke der Plastik aus Mittelalter und neuerer Zeit bis auf das 19. Jahrhundert.

Über die Erwerbungen entscheidet die Verwaltungskommission oder ihr Ausschuß. Größere Einzelerwerbungen hat neuerdings der Museumsverein übernommen.

Im Jahr 1913 wurde, nach Einholung eines Gutachtens von Professor Böge-Freiburg, angeordnet, daß die Mehrzahl der Holzbildwerke als minderwertig magaziniert, die künftigen Erwerbungen auf die Höhe eines Kunstmuseums gebracht und nicht mehr auf württembergische Kunstdenkmäler beschränkt werden sollten. Für die kulturhistorischen Abteilungen des Museums bleibt es hoffentlich bei der im Statut der Anstalt und in ihrer amtlichen Bezeichnung ausgesprochenen Richtung und Beschränkung auf das Vaterländische. „Der Heimatgedanke“, sagt ein Theoretiker der Museenkunde, „ist das Palladium der historischen Museen.“ Neu angelegt sind Abteilungen für Fuhrwerke (Wagen, Schlitten, Sänften, Fahrräder, Feuerspizzen, meist magaziniert, zum Teil erworben im Anschluß an eine von der Stadt Stuttgart beim Cannstatter Volksfest veranstaltete Leihgabenausstellung). Ferner für Militärsachen, Uniformen, Ausrüstung, Ehrenzeichen und Kriegserinnerungen (vom Armeemuseum übernommen); für Bauerngerät und ländlichen

*) Die Funde antiker Münzen wurden fortlaufend veröffentlicht in den „Fundberichten“ (vgl. Nestle, Funde antiker Münzen in Württemberg 1892), die von neueren Münzen in den Württ. Vierteljahrsheften für Landesgeschichte; die Preismedaillen der Karlschule 1903 von Sixt. Chr. Binders Württ. Münz- und Medaillenkunde (1846) wird von der Württ. Kommission für Landesgeschichte unter Mitwirkung der Numismatischen Vereinigung in neuer Bearbeitung durch Dr. Julius Ebner und jetzt Professor Dr. Rudolf Müller herausgegeben.

Hausrat (Fragebogen 1913 ausgegeben). Ferner Krippen, Rinderküchen und Puppenstuben. Beträchtlich war der Zuwachs an Modellen historischer und typischer Bauwerke des Landes (Festungen, Burgen, Bürgerhäuser, Bauernhäuser), meist von der Ausstellung für Gesundheitspflege. Neu aufgestellt wurden die Abteilungen für Gläser, Porzellan, Zinn, Kupfer und Messing, Eisen, für Waffen und für kirchliche Kunstaltertümer. Neu ausgestattet und eingerichtet das Rokokokabinett, eines für Gläser, für die Neuerwerbungen auf dem Gebiet der Plastik, für das figürliche Ludwigsburger Porzellan. Um für die Schenkungen Stüzel-Bullinger und von Sieglin Raum zu schaffen, wurden zwei Kojen des südwestlichen Flügels von der neueren Abteilung zugunsten der älteren aufgegeben und neu ausgestattet. In der Vorhalle wurden auf der einen Seite römische, auf der anderen mittelalterliche und neuere Steindenkmäler aufgestellt. Dazwischen einige Geschütze und Glocken.

Eine ganze Reihe von Altarschreinen und Tafelbildern wurde aus dem Magazin hervorgeholt, restauriert und ausgestellt.

Der Zuwachs an all den kleinen und großen, oft sehr bescheidenen Dingen, die in ein Museum der Landes- und Kulturgeschichte gehören, wird in einem Vierteljahrhundert so gewaltig, daß hier selbstverständlich auf den Führer und die Jahresberichte*) verwiesen werden muß.

Auf den Inhalt einzelner Altertumsammlungen im Lande kann hier nur ganz flüchtig hingewiesen werden. Bedeutend im ganzen und in vielen Einzelstücken ist das Ulmer „Gewerbemuseum“, das, in einem interessanten Patrizierhof mit Haustapelle und prachtvollen Decken aufgestellt, ein wirklich würdiges Bild Altulmer Lebens und Gewerbes, auch Staatswesens gibt. Eine Schöpfung des Dr. Leube sind die hübschen Stilzimmer und die Apotheke. Kunstdenkmäler die Steinbildwerke vom Rathaus und vom Münsteröhlberg, der Palmesel von Multscher, der Chorpult und, ganz neu erworben, das Leuchterweibchen von Syrlin d. A. Das eigentliche Museum der Kunstdenkmäler Ulms ist freilich das Münster, in dessen Sakristei und Kapellen noch oder wieder eine erfreuliche Anzahl wertvoller Tafelgemälde vereinigt ist, abgesehen von all den Kunstschätzen, die zum Münster selbst gehören.

Das Gmünder Gewerbemuseum, mustergültig aufgestellt im Neubau der Gewerbeschule von Professor M. Elsäßer, hat namentlich an Originalskulpturen von der Heiligkreuzkirche bedeutende Kunstdenkmäler bekommen, weist aber auch in Kunstaltertümern reichlich die Spezialitäten des Gmünder Kunstgewerbes auf, woraus die heutige Kunstindustrie der Stadt

*) Zuwachsverzeichnisse im „Staatsanzeiger“ seit 1908. Jahresberichte des Museumsvereins seit 1910, des Museums erstmals 1913. Illustrierter „Führer“ 1902, 1904, 1908. Illustrierte Kataloge: Ludwigsburger Porzellanfiguren, von L. Balet; Glasmalerei, von demselben; Stein- und Holzplastik, von J. Baum. (Dazu Geisberg, Das gemalte Kartenspiel der Staatsammlung v. A. i. St.) Festschrift zum Jubiläum der Anstalt 1913.

erwachsen ist. Die Sammelarbeit eines Mannes, des Kommerzienrats Julius Erhardt, hat an Originalen und Aufnahmen das Material für eine ganze Kunstgeschichte der Stadt hier zusammengetragen.

Rottweil hat in der vormaligen Lorenzkapelle außer den kostbaren altdeutschen Altarbildwerken der Sammlung Dursch, die König Wilhelm I. der Stadt schenkte, und dem berühmten römischen Orpheusmosaik neuerdings noch eine köstliche Sammlung von hochgotischen Steinbildwerken, Originalen vom Kapellenturm, und ein zweites römisches Mosaik ausgestellt. Die Altertümersammlung in der Halle eines ehemaligen Patrizierhauses enthält eine Fülle römischer Fundstücke von dem ursprünglichen Landeshauptort Arae Flaviae und deutscher Kunstaltertümer, die zugleich Denkmäler der Geschichte und Kulturgeschichte der Reichsstadt Rottweil und ihres Reichsgerichtes sind. Darunter merkwürdige altertümliche Fastnachtsanzüge. Spaichingen hat seltene Altertümer in Holzarbeit aus den frühmittelalterlichen Reihengräbern von Oberflacht mit ihren Totenbäumen. Horb kirchliche und Kunstaltertümer aus der österreichischen Zeit. Tübingen wird in seinem alten Fürstenschloß eine Anzahl von Sammlungen vereinigen, die in ihrer wissenschaftlichen Aufbereitung dem Ansehen der Universität entsprechen. In einem mustergültig wiederhergestellten alten Bürgerhaus mit reichgeschnitzter Holzfachwerkfassade ist das Altertumsmuseum der alten reichen Salzstadt Hall anheimelnd eingerichtet. An Kunstdenkmälern hat es namentlich kirchliche und weltliche Stein- und Holzbildwerke aufzuweisen; als Merkwürdigkeit eine bemalte Wandvertäferung aus einer Synagoge der Barockzeit mit altorientalischen Teppichmotiven. Römerfunde aus dem Murrthal, vereinigt mit bürgerlichen Altertümern der Stadt, findet man in der Sammlung zu Backnang. Römische Denkmäler und Altertümer der Landeshauptstadt Tübingen, aber auch Altsteinzeitliches, und christliche der österreichischen Hauptstadt der Grafschaft Hohenberg füllen die Altertumsammlung im alten Rasthaus zu Rottenburg, darunter das Original von der Spitzsäule des Nechtildbrunnens. Auch in der Reutlinger Sammlung sind ausgewechselte Teile vom Münster und Originalkunstwerke daraus — Holzbildwerke, Kirchengewänder und -gefäße usw. — wichtig neben Ausgrabungen und häuslichen Altertümern. Die Eßlinger hat einige kostbare Stücke aus dem Stadtarchiv zur Ausstellung bekommen, darunter ein karolingisches Elfenbeinkästchen. Heidenheim hat im Schloß Hellenstein mit seiner Kirche, Sälen, Kellern und Rasthaus wohlgeeignete Räume für eine große Altertümersammlung, wie sie Professor Gaus zusammengebracht hat, Ausgrabungen aus der vor- und frühgeschichtlichen, namentlich römischen Zeit des Orts und Bezirks, Kunstaltertümer aus den Klöstern und aus dem Gewerbeleben des Brenztals, das sich schon in altwürttembergischer Zeit zum Großbetrieb entwickelte, namentlich im Eisenwerk. Die Räume hat hier wie in Ellwangen die Staatsfinanzverwaltung geboten. Das Museum von Heilbronn ist aufgestellt in einem schönen alten Hallenbau der Renaissancezeit. Seine

eigentümliche Note geben ihm die Fundsammlungen und Modelle von den Ausgrabungen des Stadtarztes Dr. Schliz. Außerdem Grabdenkmäler und andere Zeugnisse der altberühmten Heilbronner Steinbildhauerkunst. Ähnlich ist das Altertums- (und naturgeschichtliche) Museum in Biberach aufgestellt, dessen Inhalt aber eine wesentlich verschiedene Kultur spiegelt. Jedes Altertumsmuseum einer alten Stadt ist eine Welt für sich. So auch das von Ravensburg, Waldsee, Ehingen, Riedlingen, Wangen, Isny, Buchau, Ehingen und das des internationalen Vereins für Bodensee-geschichte in Friedrichshafen. Und im Unterland Urach, Heubach, Weilderstadt, Freudenstadt, Crailsheim. Daß Mergentheim, der alte Sitz des Hoch- und Deutschmeisters, eine eigenartige Sammlung — ebenfalls im Rathaus — hat, ist zum guten Teil das Verdienst eines langverstorbenen Sammlers, eines benachbarten Edelmanns. Die Stadt hat die Sammlung durch einen Gelehrten vom Nürnberger Germanischen Museum neu ordnen lassen. Auch die Deutschordensstädte Neckarsulm und Lauchheim sind neuerdings um Altertums-sammlungen bereichert worden, an letzterem Ort wieder durch die Arbeit eines einzelnen Liebhabers. Mit Hilfe des Landeskonservatoriums wurde diese kleine Sammlung in einem schönen alten Torturm aufgestellt, den die Wappen der Ordensritter zieren. Neckarsulm führt u. a. die Inkunabeln des Fahrrad- und Kraftwagenbaus vor. Das noch junge Altertums-museum von Ellwangen hat auf dem alten Schloß, dank den Bemühungen Landgerichtsrat Häckers, eine fürstliche Unterkunft gefunden in Räumen wie der Hofkapelle, dem Thronsaal, den Wohnzimmern der Fürstpropste. Seinen besonderen Schatz bildet eine Fülle von Studien hiesiger Künstler aus dem 18. Jahrhundert. Als Ergänzung des Museums ist in der Kirche auf dem Schönen Berg eine Krippe von außerordentlichem Kunstwert aufgestellt. Eigenartig und ansprechend in der einheitlichen Geschlossenheit seiner Bestände samt dem Gehäuse — einem Spätrokokopavillon des Schloßgartens mit Deckenmalerei von Guibal — wirkt das Ludwigsburger Altertums-museum, dem es gelungen ist, aus den Familien der Stadt eine überraschende Sammlung von hiesigem Porzellan, Bildnissen, Stammbüchern und anderen Erinnerungsstücken im Geschmack des Rokoko und Klassizismus und der Romantik zusammenzubringen. Dorf-museen in Gussenstadt, Brenz, Friedenhausen, Langenargen; Fund-museen in Feuerbach, Röngen, Mengen, Sindelfingen, Hirsau und Blaubeuren.

An zugänglichen Privatsammlungen seien genannt: die fürstlich hohenlohschen zu Neuenstein und Kirchberg und die fürstlich waldenburgischen zu Zeil und Wolfegg. In zahlreichen Adels-schlössern, wie Jagsthausen, Außdorf, Wachendorf, Schödingen, Warthausen, Erbach, Oberstadion, sind bedeutende Altertums-sammlungen aufgestellt. Manche sind mit ihrer alten Einrichtung selbst so sehenswert wie ein Museum, so Weikersheim und Waldburg.

Die Denkmalpflege

Bis in die jüngste Zeit gingen in Württemberg Regierung und Stände von der Anschauung aus, daß die Denkmalpflege aus der freien Liebe zur Sache fließen und auf dem selbsttätigen und opferwilligen Zusammenwirken aller beteiligten Kreise beruhen sollte. Demgemäß bezweckten alle die Vorschriften betreffend Altertums- und Denkmalpflege, die auf Anregung des Kultusministeriums von den verschiedenen Staatsverwaltungs- und Aufsichtsbehörden erlassen wurden, zunächst hauptsächlich einen geordneten Nachrichtendienst beim Landeskonservatorium, namentlich in bezug auf Altertumsfunde, Baudenkmäler und bewegliche Kunstdenkmäler. Ohne den Rat des Konservators sollten danach keine Nachgrabungen nach Bodenaltertümern, keine Veränderungen — namentlich auch keine Wiederherstellungen — an Bau- und Kunstdenkmälern und keine Veräußerungen von Altertümern aus dem Besitze von Gemeinden, Amtskörperschaften und Stiftungen vorgenommen werden. Ausführliche Vorschriften erließ in diesem Sinne das Ministerium des Innern im Jahre 1902 an alle ihm untergeordneten Behörden. Auch die Vorschriften für die Vermögensverwaltung der kirchlichen Gemeinden beider Bekenntnisse (1890) und vollends die Gemeindeordnung von 1907 verpflichten die kirchlichen und bürgerlichen Gemeinden zur Erhaltung ihrer Altertumsdenkmäler. Die Bauordnung von 1910 sieht auch für Baudenkmäler, die sich in Privatbesitz befinden, einen gesetzlichen Schutz vor, der sich zwar auf die Umgebung erstreckt, aber auf das Äußere beschränkt. Voraussetzung ist der rechtskräftige Eintrag in ein öffentliches Verzeichnis. Ein besonderes Denkmalschutzgesetz war 1914 vorbereitet. Vorläufig verbietet ein Sperrgesetz die Veräußerung beweglicher Kunst- und Altertumsdenkmäler aus dem Besitze von Gemeinden. Auch Ausgrabungen Unbefugter sind verboten. Das bischöfliche Ordinariat sorgte 1902 in den „Vorschriften für das Kirchenbauwesen der Diözese Rottenburg“ für eine kirchliche Denkmalpflege. Ebenso in verschiedenen Erlassen das Kgl. Evangelische Konsistorium. Der Konservator gab 1901 sachliche „Anweisungen zum Denkmalschutz insbesondere bei Funden von Altertümern“ und 1912 eingehende „Anweisungen zur Denkmalpflege“.*)

Aufgabe des Landeskonservators ist nach der Dienstanweisung: „Eine genaue Kenntnis aller Denkmäler des Landes, seien es Bauwerke oder Werke der bildenden Kunst und des Kunstgewerbes, die öffentlich sichtbar und zugänglich sind, zu sammeln und bei den Eigentümern dahin zu wirken, daß sie solche in würdigem Stand und in ihrem eigentümlichen Charakter erhalten.“ Also nur eine beratende, keine ausführende Denkmalpflege, und beschränkt auf

*) Amtsbl. d. Min. d. Kirchen- u. Schulw. 1912 Nr. 20, S. 333—376; auch gesondert bei R. Grüninger. Vgl. die Artikel „Denkmalpflege“ und „Heimatschutz“ von E. Stadmann in Hallers Handwörterbuch der württ. Verwaltung 1915.

die öffentlich zugänglichen Denkmäler alter Kunst. Die Denkmalpflege des Landeskonservatoriums ist zumeist ein Überwachungsdienst, besonders bei baulichen Arbeiten aller Art. Es gilt dafür zu sorgen, daß die Denkmäler nicht zerstört, noch verunstaltet, noch der Öffentlichkeit entzogen und veräußert werden, und daß Altertumsfunde geborgen und zu archäologischen Nachforschungen benützt werden. Zu solchen geben namentlich die Tiefbauarbeiten oft Anlaß. Baugesuche und Entwürfe, die ein Baudenkmal und seine Umgebung oder ein historisches Ortsbild betreffen — und handelt es sich auch nur um eine Leitung, eine Beleuchtungs- oder Heizungsanlage —, das sind die Anlässe, die am häufigsten ein Eingreifen oder eine Äußerung des Konservators fordern. Die Nachfrage nach beweglichen Kunst- und Altertumsdenkmälern im Besitze kirchlicher und bürgerlicher Gemeinden war bis vor kurzem unheimlich lebhaft und machte auch vor den Altären nicht mehr halt. Ein deutsches Museum machte ein Angebot auf eine ganze städtische Sammlung von Bildwerken des Mittelalters, einst königliches Geschenk, an die Stadt. Eine Rüstung, die über dem Grab eines Reichsstadtbürgers in Münster hing, fand einen hohen auswärtigen Liebhaber. Händler (und Museen) suchten berühmte Denkmäler von Stiftern und Patronen in schwäbischen Kirchen feilzumachen. Alles glücklicherweise umsonst. Aber einiges ist eben doch fortgekommen, meist auf bedenklichen Wegen. Doch auch die Rechtspflege konnte nichts ausrichten, weil die gesetzliche Grundlage unzulänglich war. Für den Nachrichtendienst sorgen neben den Behörden die besonders bestellten Korrespondenten des Konservatoriums und nicht zuletzt die Presse.

Die eigentliche Denkmalpflege bezweckte auf dem Gebiet der vor- und frühgeschichtlichen Altertümer meist die einfache Erhaltung der Denkmäler und betraf alte Weganlagen wie den Heerweg bei Nürtingen; Befestigungswerke wie den Ringwall zu Glemsck, den Heidengraben bei Grabenstetten, den Römergrenzwall im Jagstkreis, das Kastell bei Isny, die Rinkenmauer bei Baiersbrunn, den Burgstall bei Goldshöfe; Grabanlagen wie den Riesenhügel bei Geislingen, Ob. Münsingen, die Rottenburger Wasserleitung. Rekonstruktionen in der Art der Saalburg, zum Zweck der archäologischen Belehrung, wurden hier und da im kleinen und meist aus besonderen freiwilligen Beiträgen ausgeführt. So am Kastell Röngen (vom Albverein) eine Ecke mit Turm, Wallmauer und Gräben; bei Weinsberg ein römisches Bad, bei Öhringen ein römischer Ziehbrunnen. Im Museums-garten ist ein offener Grabhügel als Modell im Maßstab des Originals errichtet. An Stelle römischer Steindenkmäler, die ins Museum kamen, wurden Abgüsse in Kunststein aufgestellt. So z. B. an der Kirche in Meimsheim.

Die Erhaltung der Baudenkmäler wird in gewerbreichen Orten oft schwierig. Nicht als ob es bei der Bürgerschaft am guten Willen fehlte; meist auch nicht an den Mitteln zur Bauunterhaltung. Aber der Platzmangel und die hohe Bodenrente werden den alten Bauwerken gefährlich. Selten

fehlt der Sinn für den künstlerischen und geschichtlichen Wert auch eines altertümlichen einfachen Gebäudes. In neuerer Zeit sind immerhin noch einige Baudenkmalern abgegangen, wie das alte Rathaus und die Legionskaserne in Stuttgart, der Marstallkasten in Urach, die alten schönen Neckarbrücken in Tübingen und Oberndorf. Die Forderungen der Denkmalpflege sind in den meisten Fällen wohl erwogen worden. Am öftesten mußte eine alte Kirche einem Neubau weichen. Natürlich wurde allemal nachgewiesen, daß die alte zu klein war; nicht immer wurde ihre Schönheit von der Gemeinde voll gewürdigt. Sie und da blieb der Turm, doch selten unverändert, erhalten oder auch der Chor.

Wohlerhaltene, noch bewohnbare Burgen sind erst in neuerer Zeit noch baulos geworden: Schilzburg — nach einem Brande (1884) — und Raizenstein, Orl. Neresheim. Stadtgräben sind noch zugeschüttet oder trockengelegt, Stadtmauern durchbrochen oder abgetragen worden. Festungswälle und -gräben sind eingeebnet worden, die städtebaulich reizende Möglichkeiten für Überbauung und für Grünanlage geboten hätten. Alte schönbewachsene Friedhöfe mit denkwürdigen Grabstätten und bemerkenswerten Grabdenkmälern wurden noch hie und da zerstört. In den meisten Fällen aber wurde guter Rat gern angenommen. Manche Stadt hat bei der Einführung der Hauswasserleitungen alle ihre alten öffentlichen Röhrenbrunnen abgeschafft. Andere haben sich in letzter Stunde noch bewegen lassen, wenigstens einen oder zwei zu schonen.

Sorgenkinder der öffentlichen Denkmalpflege sind seit Jahren die Hirsauer Brücke mit ihren Anbauten, der Pliensautorturm samt der Brücke zu Eßlingen, das Königstor und die Akademie zu Stuttgart, das ehemalige Augustinerkloster in Oberndorf, das alte Schloß zu Balingen.

Das Erdbeben 1911 hat der Denkmalpflege zu einigen Wiederherstellungen Anlaß gegeben (Wurmlinger Bergkapelle), aber auch einige Baudenkmalern volkstümlicher Art zerstört (Kirchlein in Streichen, Kirche in Dürrwangen).

Die Einträge in die Denkmälerliste besorgt der Denkmalsrat (bei der Rgl. Ministerialabteilung für das Hochbauwesen) nach Bedarf. Eingetragen ist unter anderem die Aureliuskirche in Hirsau.

Wenn eine Wiederherstellung oder Veränderung eines Kunstdenkmals bevorsteht, muß der Konservator wünschen, von Anfang an, schon bei der Beratung des Programms zugezogen zu werden. Daß schon die Wahl des Technikers verhängnisvoll werden oder eine gute Wiederherstellung verbürgen kann, gilt wenigstens bei Werken bildender Kunst als selbstverständlich. Bei Baudenkmalern bezeichnet der Denkmalpfleger die archäologisch wichtigen Teile, die unter Umständen zum Zweck der Untersuchung freizulegen sind, und die wertvollen Stücke der Ausstattung, und er hat zu prüfen, wie weit im einzelnen Ergänzung und Erneuerung notwendig und damit vom Standpunkt der Denkmalpflege zulässig ist. Aber auch rein künstlerische

Angelegenheiten, wie z. B. die Farbengebung, können ihm mit Rücksicht auf die Wirkung des Kunstdenkmals nicht gleichgültig sein. Ebenso wenig die äußere bauliche oder gärtnerische Umgebung. Wie viel durch eine unpassende Anlage des Vorplatzes an der Wirkung eines Baudenkmals verloren gehen kann, zeigt leider die Eßlinger Frauenkirche. Als Gegenbeispiel darf Maienfels, Gärtringen oder Zainingen genannt werden, wo diese Fragen wohl erwogen wurden, in Eßlingen selbst die Hintere Kirche.

Zur Beratung des Konservators, hauptsächlich in Wiederherstellungsfragen, besteht eine von dem König berufene Kommission von Sachverständigen (Künstlern und Gelehrten). Ihrer Begutachtung sollen auch die Wiederherstellungen an staatlichen Baudenkmalern unterliegen. Die ihr angehörigen Künstler haben sich immer auch einzeln für die Beratung und die Lieferung von kleinen Entwurfskizzen zur Verfügung gestellt. Außerdem die „Beratungsstelle für das Baugewerbe“ bei der Kgl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel. Und in besonderen Fällen die technischen Beamten der Kgl. Bezirkshochbauämter und der Kgl. Bau- und Bergdirektion, denen reiche Erfahrungen auf dem Gebiet der Denkmalpflege zu Gebote stehen.

Gemälde und bemalte Bildwerke restauriert das Konservatorium wozu möglich in der eigenen Werkstatt und weist Arbeiten an einzelnen Bildwerken in Stein und Holz natürlich auch am liebsten bewährten Wiederherstellungskünstlern zu. In besonderen Fällen hat das Konservatorium auf Wunsch auch bauliche Aufgaben übernommen, die von Mitgliedern der Kommission oder von dem ständigen Architekten des Konservatoriums, der Firma Dollinger & Feker hier, besorgt wurden. So übernahm Oberbaurat Gebhardt die Instandsetzung der Burgruinen von Falkenstein bei Schramberg, Oberbaurat Halmhuber den Entwurf für die Wiederherstellung des sogenannten Barbarossakirchleins in Hohenstaufen und die des Rathauses in Besigheim, Regierungsbaumeister Dollinger die Wiederherstellung der Kirche in Gründelhardt, des Säulenkranzes der Linde von Neuenstadt a. R., der Leonhardskapelle zu Herbrechtingen, des sogenannten Schachenmeierturms zu Urach und des Bergfrieds auf Lichtenberg. Innenrestaurationen mit malerischen Mitteln unternahm der Malerrestaurator Wennagel in den Kirchen von Neuffen, Friedenhausen, Gussenstadt, Beimerstetten, R. A. Koch in der Kirche von Schörzingen, Aug. Koch in der von Michaelsberg.

Im Staatshaushalt ist beim Kapitel Landeskonservatorium ein Titel vorgesehen für Staatsbeiträge zur Wiederherstellung von Kunst- und Altertumsdenkmälern (hauptsächlich an Gemeinden). Selbstverständlich ist die Beitragsbewilligung an gewisse Bedingungen und Voraussetzungen geknüpft, welche die richtige Wiederherstellung und unter Umständen die dauernde Erhaltung (oder Nichtveräußerung) des Denkmals sicherstellen. Doch bedeuten diese Beiträge natürlich den geringsten Teil des Aufwands, der für Zwecke der Denkmalpflege geleistet wird. Auch die Staatsbeiträge für Kirchenbauten (darunter der Ulmer Münsterbau) kommen zum Teil der Denkmalpflege

zugute und haben die Rücksicht auf sie zur Voraussetzung. Zahlreiche und darunter hochbedeutende Denkmäler — Schlösser, ehemalige Klöster und Festungen und nicht wenige Kirchen — hat die Staatsbauverwaltung (Rgl. Bau- und Bergdirektion) in Pflege. Andere die Rgl. Hofkammer und Hofbauverwaltung. Viele Burgruinen stehen in der Obhut der Staatsforstverwaltung. Die große Menge der kirchlichen und weltlichen Baudenkmäler wird von Gemeinden und Stiftungen unterhalten. Nicht wenige auch aus privaten Mitteln und Fideikommissen. Die Rgl. Hofkammer hat jüngst die Renaissancefassade der Schloßkapelle zu Liebenstein wiederherstellen lassen.

Für die Denkmalpflege waren die Jahre 1848—1870 und darüber eine große Zeit. Das romantische Ideal der Wiederherstellung der großen mittelalterlichen Baudenkmäler begeisterte die Patrioten wie die Künstler. Es wurde auch Großes geleistet. Die Sicherungsarbeiten am Ulmer Münster gehören zum Größten. Auch das königliche Wiederherstellungswerk, wodurch das Kloster Bebenhausen zwar in ein Schloß verwandelt, aber doch sorgsam der Nachwelt erhalten wurde, ist ein Ehrendenkmal dieser Zeit. Sie hat mit der Vollendung des Ulmer Münsterturms im Mai 1890 ihren bezeichnenden Abschluß gefunden.

In die Regierungszeit König Wilhelms II. fällt noch die große Wiederherstellung des Münsters von Reutlingen, ferner die der Rathäuser von Ulm und Heilbronn, des Schlosses Neuenstein und zahlreicher Kirchen und weltlichen Bauten zweiten Ranges. Wiederherstellungen wie die der romanischen Kirchen von Sindelfingen, Reichenbach a. M., Oberstenfeld, Brenz, der gotischen Stadtkirchen von Geislingen, Urach, Blaubeuren findet heute schon jedermann unbefriedigend. Es sind vor allem die erneuerten Emporen und das neue Gestoß, die in evangelischen Kirchen unrettbar die räumliche Wirkung und den geschichtlichen Eindruck zerstören. Außerdem die Bemalung der Wände und Gewölbe mit Quadermuster und bunten Zieraten.

Die Staatsbauverwaltung, die sich in der Regel auf das Nötige beschränkt, aber immer sorgsam arbeitet, hat damit die Münster und Klöster des Landes im wesentlichen unversehrt bewahrt und damit ein Vorbild gesunder Denkmalpflege geliefert. Ähnlich die standesherrschaftlichen Verwaltungen in Neresheim, Marchtal, Rot a. N., Jony, Langenburg und Weikersheim, Wolfegg, Zeil, Aulendorf usw.

Die königlichen Schlösser und Hoflager werden, besonders seit der Regierung König Wilhelms II., mit weitgehender Pietät behandelt. Die meisten und wichtigsten werden höchstens zu Repräsentationszwecken noch benützt, sonst mit samt ihrer historischen Einrichtung nur als Denkmäler erhalten. Schade, daß die Solitude und das Schloß Ellwangen früher ihre Einrichtung ganz oder größtenteils verloren haben.

Um die Wende des Jahrhunderts vollzog sich auf dem Gebiet der Denkmalpflege im Zusammenhang mit dem Aufkommen einer neuen, lebendigen

Kunst eine unerhörte Umwälzung. Damals schien es eine Zeitlang, als sei der Denkmalpflege überhaupt die Art an die Wurzel gelegt, da jedes Wiederherstellen eines Denkmals als ein Frevel verurteilt wurde. Die neue Denkmalpflege verfährt bei Instandsetzungen so zurückhaltend als möglich, verzichtet am liebsten auf Ergänzungen und legt um so mehr Wert auf sorgfältige fortlaufende Unterhaltung der Denkmäler, wodurch Wiederherstellungen und damit eigentlich jede besondere Denkmalpflege überflüssig werden. Dafür dehnt sie den Begriff des Denkmals und den Umfang ihrer Tätigkeit viel weiter aus als die romantische Wiederherstellungskunst und Denkmalpflege tat. Auf die Kunstdenkmäler aller Zeiten, die sich an und in einem Baudenkmal zusammengefunden haben, überhaupt auf den geschichtlich gewordenen Zustand desselben, abgesehen von seinem ursprünglichen Stil, auf seine Bildwirkung im Rahmen der Umgebung, auf bezeichnende Orts- und Gassenbilder und auf die Denkmäler der volkstümlichen Kunst im Alltag. Auch die Gartenkunst ist für die Denkmalpflege wichtig, sowohl mit ihren Denkmälern als mit ihren Mitteln zur Umrahmung eines Baudenkmals.

Die Anschauungen Ruskins und der „Antirestaurationisten“ wurden in Deutschland zuerst vertreten durch Corn. Gurlitt auf dem Tag für Denkmalpflege in Dresden (1900). Durch diese Tagungen sind die Denkmalpfleger selbst früh für die Bewegung gewonnen worden. In Württemberg wirkte der Konservator fortan dafür, auch in zahlreichen Vorträgen mit Lichtbildern von Beispielen und Gegenbeispielen, in Vereinen und Schulen. Einige Künstler wie Graf Raldreuth, Professor Gustav Halmhuber und der eben damals hierher berufene Professor Theodor Fischer und Kunstgelehrte wie Professor Konrad Lange in Tübingen gaben den Ausschlag. So wurde der Wiederaufbau des Großen Lusthauses in Stuttgart verhindert und ebenso die geplante Wiederherstellung des Innern der Ellwanger Stiftskirche im romanischen Stil mit Wandgemälden neuromanischen Stils; Th. Fischer hat das Vorbild einer modernen Kirchenrestauration gegeben in Eglosheim und Brackenheim (Johanniskirche).

Der Konservator bemüht sich, soweit er auf Kirchenwiederherstellungen Einfluß gewinnen kann und erstreben darf, nicht nur, das künstlerisch und kunstharchäologisch Bedeutende zu erhalten, sondern auch das Volkstümliche und kulturgeschichtlich Bezeichnende, bei Dorfkirchen namentlich am Äußeren das Malerisch-Ländliche und Bildmäßige, wozu der alte Kirchhof mit Mauer, Tor und Grabdenkmälern wesentlich gehört. In evangelischen Kirchen ebenso die altprotestantischen als die mittelalterlichen Denkmäler des Gottesdienstes und Kunstsinnes. Und überall die geschichtliche Ausstattung bis auf Gestühl und Schränke, Orgelgehäus und Glocken, Kirchengefäße und -gewänder, Totenmäler und andere mehr zufällige Erinnerungszeichen, die die eigenartige geschichtliche Stimmung des Architekturbildes mitbedingen.

Die Wiederherstellungskunst in katholischen Kirchen stand bis zur Wende des Jahrhunderts unter dem Einfluß der Lehren Reichenspergers. Selbst

Barockkirchen wurden in mittelalterlicher Weise ausgemalt und mit bunten Glasgemälden ausgestattet. „Romanische“, „gotische“ oder „Renaissance“-Altäre, Kanzeln und Stühle wurden aufgestellt, oft statt wertvoller Barockwerke mit Schnitzerei und Marmorstuck. Das Holzwerk in Steinfarben gestrichen oder naturbraun mit Gold gehalten, aber mit grellbemalten Figuren vereinigt. Den Kampf dagegen führte anfangs fast allein, auch meist ohne Zuziehung des Konservatoriums, der verdiente Vorstand des Diözesankunstvereins Pfarrer Dehel. Er empfahl für Barockkirchen, was sich ja eigentlich von selbst verstand, Ausstattung in der Art der Barockzeit: hellgetünchte Wände, zartgetönte oder farblose Stuckzieraten, Beibehaltung der Barockaltäre, -kanzeln, -stühle. Was unter Leitung seines Nachfolgers, Pfarrer Schöninger, und anderer Vorstandsmitglieder heute geleistet wird, entspricht durchaus den Grundsätzen einer wahrhaft konservativen Denkmalpflege.

Nicht wenige katholische Kirchen des Landes, die den Rang eines Baudenkmals einnehmen, sind trotz aller Wiederherstellungslust früherer Zeiten noch tadellos erhalten, z. B. die von Hohenstatt und Unterkochen, Orl. Alalen, von Steinhäusen, Orl. Waldsee, Buchau, Wurzach.

Die von einem kunstgelehrten Oberhirten geleitete Diözese verfügt über geschickte Wiederherstellungskünstler in den Kirchenbaumeistern J. Cades, Baurat Posthammer, Fr. W. Laur — der Landeskonservator für Hohenzollern —, A. Capitaine, H. Schlösser, dem Innenarchitekten Aug. Koch, den Bildhauern Professor Knaisch und Th. Schnell-Ravensburg, den Kirchenmalern (und zum Teil Stukkatoren) Professor Kolb, Nachbauer, Ettle (Ellwangen), Schiller (Ravensburg), Mehger (Überlingen), Gall. Rot und Ant. Baur in München.

Im evangelischen Kirchenbau und -schmuck ist die moderne Kunst unbestritten Herrin. Es ist nicht zu verkennen, daß darin eine Gefahr für die Denkmalpflege liegen kann und hier und da ein Nachteil für die letztere erwuchs. Nicht immer hat die Dekorationsmalerei die für ein Baudenkmal gebührende Zurückhaltung geübt, nicht immer wurden mittelalterliche Einzelheiten und Ausstattungsstücke mit derselben Pietät behandelt wie vormals von den Gotikern. Aber im ganzen hat sich doch gezeigt, daß sich Denkmalpflege sehr wohl mit Gegenwartskunst vereinigen läßt, besser sogar als mit der archäologisch statt künstlerisch gerichteten Nachahmungskunst der Stilarchitekten aus der historischen Schule.

Allerdings wird es künftig wohl nötig werden, eigene Künstler für Denkmalpflege auszubilden, was früher jeder Baumeister und Kunsthandwerker war oder zu fein glaubte. Die Baumeisterschulen erziehen keine „Gotiker“ mehr. Um so wichtiger wird für das Land ein Landesamt für Denkmalpflege werden, das mit einem Stab von Künstlerkonservatoren unter Umständen selbst auch Ausführungen übernehmen kann, wie das bayerische Generalkonservatorium.

Bewundernswert ist die Duldung der evangelischen Gemeinden gegenüber künstlerisch wertvollen Denkmälern katholischen Gottesdienstes, die sie, sei es das Mittelalter oder auch eine spätere Zeit, in ihren Kirchen vorgefunden haben. Einige evangelische Kirchen, wie die Michelskirche in Hall und die Stadtkirche in Schwaigern, sind wahre Museen mittelalterlicher Kunst. In den ehemaligen Klosterkirchen von Rottweil und Friedrichshafen, die seit einem Jahrhundert evangelische Pfarrkirchen sind, stehen noch fast alle Nebenaltäre, und die Deckenfresken, deren Inhalt meist sehr ausgesprochen katholisch ist, sind nicht verdeckt worden.

Als Ruine wurde instandgesetzt (nicht wiederhergestellt) die sogenannte Regiswindiskapelle in Lauffen. Die Reste der Aureliuskirche und des Petersklosters in Hirsau werden sorgsam als Ruinen erhalten und auch ihre Umgebung unter Denkmalschutz genommen.

Die Frage der Erweiterung eines Baudenkmals wurde — abgesehen von Kirchen — im Sinne moderner Denkmalpflege gelöst bei dem Haus der Ersten Kammer hier und beim Rathaus und Stift in Tübingen. Rücksicht auf ein benachbartes Baudenkmal wurde geübt beim Klemmschen und Abtschen Neubau neben dem Ulmer Münster, beim Gumbelschen Haus neben St. Kilian in Heilbronn, vormals Sickschen Haus in Stuttgart (neben dem Prinzenbau), beim Neubau einer Kaserne am Schloß zu Mergentheim.

Die Erhaltung des Ortsbildes spielt eine große Rolle in den altertümlichen Städten und den ehemaligen Klosterorten. Es handelt sich dabei oft um kleine Dinge, wie Leitungsdrähte und -gestelle, oft auch um größere, wie den Bau eines Kanals oder Wehrs, einer Straße, die Aufstellung eines Ortserweiterungsplanes oder Ortsbaustatuts.

In Besigheim gelang es der Denkmalpflege (anlässlich eines Wehrbaues), die Zuschüttung des an der östlichen Stadtseite hingeführten Redararms zu verhüten, in Ludwigsburg dem Marktplatz die Arkaden und die alte Fassadenhöhe der Häuser zu erhalten. Ortsbaumaßnahmen für bestimmte altertümliche Ortsteile wurden entworfen für Tübingen, Eßlingen, Oberriexingen, Ludwigsburg. In Friedrichshafen versuchte der Konservator beim Bau der neuen Uferstraße vom Hafen aus den altertümlichen Ortsteil am alten Spital für den Blick vom See her zu retten. Der gelungenste Versuch der Wiederherstellung eines altertümlichen Ortsbildes ist die neue Altstadt in Stuttgart. Nach den Lehren der Denkmalpflege war vorauszusehen, daß auch sie noch als künstlich empfunden würde.

Bei Werken der Bildhauerei ist es eine Hauptaufgabe des Denkmalpflegers, Wiederherstellungen zu verhüten. Die Verwitterung alter — und neuer — Steinhauerarbeiten geht in unseren Tagen infolge des Steinkohlenrauchs unheimlich rasch. Bald sind die Formen unkenntlich und auch für einen Wiederhersteller verloren, wenn sie nicht durch Abformung und Abguß festgelegt werden. Darauf kommt es der Denkmalpflege zunächst an, nicht

auf Ergänzungen oder auf Erneuerungen. Das Original wirkt immer am eindringlichsten so wie es ist. So war es bei der Wiederherstellung gotischer Baudenkmäler, wie des Kapellenturms in Rottweil, der Bergkirche in Laudenbach, der Kreuzkirche in Smünd, des Konservators Bestreben, möglichst viel von den ursprünglichen Simsen und Gewänden und namentlich von den alten Bildwerken am Bau zu erhalten. Man darf es natürlich nicht so weit kommen lassen, daß sie auf den Weg herunterfallen. Man verzichtet auch bei einer im Gebrauch befindlichen Kirche nicht gern auf den Schmuck der Fialen und Kreuzblumen. Man wird also immer für eine Wiederherstellung sorgen, aber sie hinauschieben, solange es geht. Ehrwürdige Baudenkmäler gewinnen nicht durch Auswechslung verwitterter Schmuckteile. Auch kleinere Denkmäler aus alter Zeit, wie z. B. Brunnen mit Bildsäulen, wirken auch in unvollständigem Zustand nicht unangenehm, wenn man nur sieht, daß sie mit Sorgfalt erhalten werden. Es genügt also, sie in festem Stand zu halten, nötigenfalls mit Hilfe von Streben, Bändern u. dergl. Ob, wenn sie abgängig geworden, eine Nachbildung oder ein freies Kunstwerk der Gegenwart an die Stelle gesetzt werden soll, ist kaum mehr eine Frage der Denkmalpflege, sondern der öffentlichen Kunstpflege. Jedenfalls hat die Denkmalpflege kein Interesse an der zweiten Lösung.

Der Konservator hat in mehreren Fällen — Maximiliansbrunnen und Kirchbrunnen in Reutlingen, Marktbrunnen in Urach und Rottenburg, Herrenberg und Neckarsulm, Trophäen am Arsenalplatz in Ludwigsburg, Bildsäule auf dem einen der beiden Schloßhofbrunnen in Mergentheim — mit der Mehrzahl seiner Berater eingewilligt in den Wunsch der Bürgerschaft nach Erneuerung des gewohnten Bildes und Erinnerungszeichens und bei der Ausführung mitgewirkt. Der Tübinger Marktbrunnen wird auf Betreiben des Professors von Lange im Original an Ort und Stelle erhalten.

Bei den Grabsteinen, die noch ein Grab decken, muß die Pietät über die Denkmalpflege gestellt werden. *) Die ungestörte Ruhe des Grabes geht der ungefährdeten Erhaltung des Grabsteins vor, wenn es nicht ein Kunstdenkmal von besonderer Bedeutung ist. Darum werden die Grabplatten womöglich im Boden liegen gelassen, nicht an der Wand aufgestellt. Für die Erhaltung der Grabmäler wurde musterhaft gesorgt in Hall an der Michelskirche und in Weinsberg bei der Stadtkirche. Bei den Kirchenrestaurationen sind in neuerer Zeit stets auch die alten Grabdenkmäler, Grabsteine und Gedächtnistafeln angemessen instand gesetzt und aufgestellt worden. Ein Hauptwerk ist die Wiederherstellung der Lumba des Grafen Ernst in Langenburg. Ebenso wurden früher auch verschiedene sogenannte Sakramentshäuschen, steinerne Wandtabernakel, wiederher-

*) Zur Aufdeckung alter Gräber in Kirchen wurde der Konservator öfters beigezogen, namentlich in Stuttgart, in Vorch (Hohenstaufengräber) u. a. O.

gestellt. So in Gößlingen, Trailsheim u. a. O. Wiederaufgestellt wurde ein steinerner Rokokoaltar in Massenbachhausen, Taufsteine in Wangen, Reutlingen. Bei Ranzeln fordert der kirchliche Gebrauch weitergehende Wiederherstellung. So geschehen in der Michelskirche zu Hall, Stadtkirche zu Urach u. a.

Der Denkmalpfleger hat die Denkmäler jeder Art zu hüten bis herab zum Nordkreuz oder Markstein und zum vermauerten Wappen- oder Inschriftstein, zur Jahrzahl, Haus- und Steinmetzmarke; auch solche von minder ernsthafter Bedeutung, wie den Denkstein von Georgenau (zur Erinnerung an die Besteigung der Ruine Hohenwittlingen durch eine Herzogin), der eben auch ein Denkmal seiner Zeit ist.

An Holzbildwerken kamen für die Denkmalpflege fast ausschließlich kirchliche Altertümer in Betracht. Geschnitzte Altarschreine und Bildsäulen und Tafeln aus solchen, Kreuzfixe, heilige Gräber, Palmesel u. a. Andachtsbilder, Gedächtnistafeln, Totenschilder, Chorstühle und Ranzeln. Von allen diesen Gattungen wären zahlreiche Stücke aufzuführen, die die Denkmalpflege beschäftigt haben. Chorstühle z. B. in Stöckenburg, Täferrot, Neuffen, auch die berühmten von Ulm und Maulbronn.

Bei den Altarwerken und den Gedächtnistafeln ist meist Malerei mit Bildnerei vereinigt. Von den Denkmälern der Malerei gilt ebenfalls, daß die neuere Denkmalpflege ihnen gegenüber nicht zurückhaltend genug sein kann im Wiederherstellen, das immer ein Erneuern, in diesem Fall Übermalen ist. Sie bemüht sich, Gemälde in Kirchen nach denselben Grundsätzen zu behandeln, wie sie längst in den Museen gelten, wo man jede Art von Fälschung streng vermeidet. Die Wiederherstellung solcher Kunstdenkmäler ist fast ausschließlich Sache des Gemäldere restaurators, auch die der plastischen Teile mit Faßmalerei. Fehlende plastische Teile werden in der Regel nicht ergänzt. Ein Hauptwerk war die Restauration des Blau-beurer Hochaltars.

Übertünchte Wand- oder Deckenmalereien wurden an sehr vielen Orten entdeckt und aufgedeckt, meist in kirchlichen, doch auch in Wohnräumen. Solche, die nicht erhalten werden konnten, wurden, wenn sie wertvoll genug schienen, photographisch oder, wenn das nicht anging, in Pausen aufgenommen. Von wichtigen Bildern wurden farbige Kartons angefertigt, neuerdings nur kleine farbige Aufnahmen auf Photographie nach dem Original oder der Pause.

Die wichtigen Denkmäler der Monumentalmalerei, die in diesem Zeitraum entdeckt und erhalten wurden, sind die romanischen zu Burgfelden, Neckartailfingen (Westpforte), Lampoldshausen, Oberwälden, Steinkirchen, Altensteig Dorf; die gotischen zu Mistlau, Mundelsheim (Friedhofskirche), Feldstetten, Reutlingen (Marienkirche), Gruorn, Neckartailfingen (Chor), Oberstensfeld (St. Peter), Mühlheim a. D. (Altstadt), Bödingen, Möckmühl und Ebingen (diese beiden nicht erhalten), Münzdorf, Brackenheim (St.

Johann), Pfaffenhofen, Lehr bei Ulm (Zeitblom-Schule), Blaubeuren (Kloster, Spital, Stadtkirche), Bermaringen, Balingen (Friedhofskirche), Erlach bei Hall, Bächlingen, Eschach, Ob. Gaildorf, Großglattbach; die der Hochrenaissance in Heiligkreuztal (Meister von Mößkirch), der Spätrenaissance in Mergentheim (Hofloge der Stadtkirche).

In der ersten Zeit, besonders bei den Arbeiten von G. Loosen, der von Eisenwein geschult war, wurden die aufgedeckten alten Malereien noch wiederhergestellt, d. h. in Umrißen und Lokalfarben übermalt und ergänzt. Später wurde bei P. Haaga und R. Wennagel die Behandlung immer zurückhaltender. So auch bei den Malerrestauratoren Koch, Schnizer, Reilen und Wörnle hier und Koch-Ulm, Ettle-Ellwangen, Schmid-Hall, Stähle-Rottenburg. Jetzt wird überhaupt nicht mehr restauriert, d. h. übermalt und ergänzt, sondern nur noch konserviert (fixiert).

Von den Freskomalereien des Barock und Rokoko und Klassizismus sind manche übertüncht, noch mehrere übermalt worden. Ihre Freilegung ist leicht und dankbar. So sind Deckenfresken von Meßmer und von Wannenmacher wiedergewonnen worden in der Frauenkapelle zu Ertingen und der Kirche zu Wiltingen; ausgedehnte Gemälde eines noch nicht ermittelten Meisters in der Wallfahrtskirche zu Reute. Gereinigt und ausgebessert wurde das große Ruppelfresko Knollers in der Neresheimer Kirche und eine lange Reihe weiterer Decken und Wandfresken, namentlich in katholischen Kirchen, in Scheer, Eutingen, Röttingen, Gutenzell, Oberwachingen, Erbach usw., aber auch in evangelischen, z. B. in Alen, Hall (Spitalkirche), Kirchberg a. J., Altarwandmalereien der Rokokozeit in der Friedhofskapelle von Grüningen und der Pfarrkirche von Höchberg, und auch in weltlichen Wohngebäuden, wie dem Gymnasium zu Ellwangen und der Abtei Weingarten.

Fassadenmalereien wurden erneuert am Rathaus, Schwörhaus und im Hof des Neuen Baus zu Ulm, am Lederhaus zu Ravensburg, am alten Ständehaus in Stuttgart, an einem Bürgerhaus in Alen, am Torhaus zu Rot a. N. Alte Bilderfenster mit Glasmalereien (Mosaik) wurden wiederhergestellt in der Frauenkirche zu Ravensburg, Stadtkirche zu Eßlingen und im Ulmer Münster. Bei den Denkmälern der Kleinkunst und des Kunstgewerbes bezog sich die Tätigkeit der Denkmalpflege meist auf die einfache Erhaltung am Ort. So bei zahlreichen Kirchengefäßen, deren Veräußerung in Frage stand. In anderen Fällen auf Schutzvorkehrungen gegen Beschädigung. So bei der romanischen Altarvorsakktafel in Romburg. Alte Orgelprospekte samt den Zinnpfeifen oder doch die Schnitzereien des Gehäuses samt Rückpositiv wurden bei der Erneuerung von Orgelwerken in verschiedenen Fällen wiederverwendet (Hohnhardt, Oberlenningen, Eßlingen). Für die Erhaltung alter, zum Umguß bestimmter Glocken hat sich der Konservator in manchen Fällen mit Erfolg verwandt, in anderen Fällen wurde die Glocke für die Staatsammlung erworben

oder abgeformt, auch wohl die alte Glockeninschrift samt Zieraten auf die neue Glocke übertragen.

Einer Art von Kunsterziehung unseres Volkes dient auch die Einrichtung, daß nach Vorschlag des Konservators verschiedene evangelische Kirchen und andere Räumlichkeiten von besonderer künstlerischer oder geschichtlicher Bedeutung zu bestimmten Zeiten unentgeltlich der Besichtigung geöffnet sind. Als die anziehendsten erweisen sich solche Räume, die eine reiche alte Ausstattung bewahrt haben.*)

*) Eine Hauptaufgabe des Landeskonservators ist die 1889 zum Regierungsjubiläum König Karls begonnene Herausgabe des illustrierten Landesinventarwerks (Die Kunst- und Altertumsdenkmale im Königreich Württemberg). 47 Oberamtsbezirke sind veröffentlicht, drei weitere konnten wegen des Kriegs noch nicht gedruckt werden. Von dem Tafelwerk liegen drei Bände abgeschlossen vor, ein letzter ist angefangen. Seit 1910 werden neben der Lieferungs- ausgabe auch Einzelhefte nach Oberämtern (für die neubearbeiteten Bezirke) ausgegeben. Was den Absatz betrifft, so gehört das württembergische Denkmälerwerk zu den am besten gehenden; doch beruht es in der Hauptsache auf Leistungen des Konservatoriums. Ein eigenes archäologisches Inventarwerk wurde 1911 von dem zweiten Konservator angefangen. Erschienen sind zwei Hefte (Blaubeuren von Gößler, Heidenheim von Hertlein). Infolgedessen werden im Inventar der Kunst- und Altertumsdenkmäler seither die vor- und frühgeschichtlichen Altertümer nicht mehr behandelt.



Die schwäbische Landschaft; ihre Würdigung und Pflege. Wander- und Fremdenverkehr. Natur- und Heimatschutz

Von Professor Nägele

Die schwäbische Landschaft ist ausgesprochene Kulturlandschaft, so vielgestaltig ihre einzelnen Teile sind. Vom tiefsten Flußbett bis zu scheinbar menschenlosen Bergeshöhen, wilden Waldschluchten und Höhlenschächten ist alles Land bewirtschaftet und durch Menschenwerk bestimmt. Im Verhältnis zur gesamtdeutschen Landschaft, die als „die Idylle unter den heroischen Schwestern, der klassischen, der italienischen und nordischen Landschaft“, bezeichnet worden ist, erscheint die schwäbische als glücklicher Durch- oder Ausschnitt, „lieblich, mild und immer vor allem Menschenlandschaft, immer bewohnt“. Schon Uhland rühmte von Württemberg: „Man sagt, du seist ein Garten, du seist ein Paradies.“

Die allgemein übliche Gliederung: Unterland, Schwarzwald, Alb und Oberland ist so natürlich und so wohlbegründet, daß sie noch weit über die Landesgrenze hinaus zutrifft; und doch stellt Württemberg landschaftlich etwas Besonderes, Geschlossenes dar, das sich eben durch die fast harmonische Vereinigung dieser vier Typen, zu denen wir übrigens für unseren Zweck den Bodensee als selbständigen hinzufügen, von den anderen oberdeutschen und ähnlich großen Staaten unterscheidet. Vielleicht ist diese an sich glückliche Vereinigung eben der Grund, daß keiner der eigenartigen

Bestandteile stärker hervortritt und namentlich außerhalb des Landes bis in die neue Zeit herein nicht gebührend beachtet worden ist. Die großartige Landschaft, die das Hochgebirg und das Meer bietet, hat neben den sogenannten klassischen Ländern und neben den Wundern der Großstädte die stärkste Anziehungskraft ausgeübt.

Beim Unterland denken wir an das dichtbewohnte mittlere Neckartal und seine vielen großen und kleinen Seitentäler bis zur Jagst hinüber und bis zum Taubertal, an die sonnenbestrahlten Hänge mit Wein- und Obstbau, an weite Felder im fruchtbaren, gewellten Flachland, aber auch an waldbedeckte Höhenzüge und runde Bergköpfe. Außer den fesselnden Bildern der zahllosen Siedlungen, die immer weiter und immer freundlicher in die Landschaft hinausgreifen, und außer einzelnen überraschenden Flußdurchbrüchen durch den Muschelkalk üben besonders die in ein buntes Gewirr von Formen sich auflösenden, meist weich anmutenden Waldlandschaften mit ihren Tälern und Schluchten und ihren Einzelgehöften malerische Wirkungen und Anziehungskraft aus. Es sind die liasbedeckten Keuperbergländer, Waldgebiete, wie sie sich schon in nächster Nähe der Residenz in scheinbarer Ursprünglichkeit finden, zugleich ergiebige Jagdgebiete, um nur an den heute noch weit ausgedehnten alten Reichsforst des Schönbuchs mit Kloster und Schloß Bebenhausen zu erinnern. Die nordöstlichen Keupergebirge bis weit ins Fränkische hinein will man neuerdings Schwäbischen Wald nennen. Ausblicke von allen diesen Höhen, zumal am ganzen Neckarlauf auf und ab, zeigen in weiter Runde die lieblichsten Landschaftsbilder, oft mit bedeutsamem Berghintergrund, zumal Schwarzwald und Alb, im Norden des Landes auch bis zum Odenwald und Pfälzer Wald.

Der Anteil Württembergs am Schwarzwald ist nicht eben groß, darum landschaftlich durchaus einheitlich. Fast unmerklich steigt das Gebirge vom Neckarland her an; herrlicher, schier endloser Nadelholzhochwald überdeckt die langgestreckten vielverzweigten Bergrücken; muntere Quellen springen über mächtige Felsklöße von Gneis und Granit und Buntsandstein, oft in malerischen Wasserfällen und durch dunkle romantische Schluchten zu Thal. Lebhaftes Fließen durch die Felsenbette der tiefen Täler, die sie ausgeschnitten haben. Im wald- und wiesengrünen Schoße dieser langgestreckten schmalen Talspalten alte Klöster, aufblühende Städte, wohleingerichtete Badeorte mit den heilkräftigsten Quellen und vielbesuchte Fremdenplätze; diese auch auf freier Höhe oder im Schoße der Wälder. Je höher hinauf und nach Süden, desto mehr Gebirgscharakter. Einzelhöfe in Schwarzwälder Bauart weitem zerstreut. Schließlich hört die menschliche Siedlung fast ganz auf und bedeckt alles, Wald oder Heide und Hochmoor, dies oft zu Seen erweitert. Unter den Bergklammen düstere Karseen, und auf den höchsten freien Höhen, wo schon der Pflanzenwuchs spärlich wird, wundervolle Ausblicke auf Rheintal, Wasgenwald, Alb und Hochgebirge. Zum landschaftlich Schönsten gehören aber die Durchblicke durch das Gebirge selbst, hinweg

über die mannigfaltigsten Bergformen und die schweigenden Wälder und hinab in paradiesische Täler.

Die Schwäbische Alb macht schon aus der Ferne einen gewaltigen Eindruck, den sie ihrer jähren Erhebung über dem Vorland, ihren mannigfaltigen Umrissen, den steilen Kalkfelsen und blinkenden Bergschliffen und ihrer fast allzeit bläulichen Färbung verdankt. Landschaftlich haben auch die Randberge und Außenlieger, die schroffen Steilränder und die tiefen Taleinschnitte mit ihren Felsen und Burgen den Vorzug. Wenn sich nach innen der Gebirgscharakter auch nicht eben steigert, so sind doch die Quer- und Langtäler unerschöpflich bald an fesselnden Landschaftsbildern, bald an eigenartigen Einzelercheinungen wie Quelltöpfen, Wasserfällen, Schluchten, Schlößchen und Ruinen. Die ausgedehnte Hügelhochfläche mit ihren weiten Feldern, Heiden, Ruppen, Trockentälern und geschlossenen Gewannsdörfern wird landschaftlich verschieden gewürdigt, doch sind jedenfalls die vielen freien Ausblicke, die teils parkartig zerstreuten, teils doch auch recht weit ausgedehnten Waldungen und namentlich die reizenden felsenreichen Täler der Donauseite mit Burg- und Klosterbauten und manchem besinnlichen Rastplatze hoch anzuschlagen. Der ganzen Nordwestseite der Alb sind form-schöne Einzelberge vorgelagert, vom Jpf bis über den höchsten, den Lemberg, hinaus, und die Donau schaut nicht nur in ihrem Oberlaufe die gewaltigsten Felsenzenerien des Gebirges, das sie durchbrochen hat, sondern spiegelt auch weiterhin bis unter Ulm hinab reizende Städte- und Ortsbilder in ihren Wellen. Innig verbunden mit der Alb, namentlich auch landschaftlich, ist das milde nordwestliche Vorland, das unvermerkt in das Unterland übergeht und sich am oberen Neckar mit dem hochgelegenen und weitschauenden, von munteren Waldflüßchen oder steilen Muscheltalktälern durchzogenen Schwarzwaldvorland verschwifert.

Wenn auch die Gletschergeschiebe des Oberlandes weit über die Donau auf die südlichen Albhänge übergegriffen haben, so hebt sich doch Oberschwaben südlich der Donau landschaftlich scharf von der Alb ab: es ist das Land der tausend Hügel, der tausend Seen und Moore zwischen Donau und Bodensee, Jller und Hegau, bei aller Einheitlichkeit ein sehr mannigfaltiges Gebiet, unterbrochen durch starke Bodenerhebungen mit oft überraschend tiefen Schluchten und manch stolzem Schlosse. Soweit das Gelände offen ist, Weideland und Einzelgehöft, stattliche lindenumgebene Bauernhäuser, oft mit ausgeprägter Allgäuer Bauform. Hochmoorbildungen bedecken weite Flächen, wie im Wurzacher und Federsee-Ried. An den Flüssen, die übrigens die Landschaft nicht sonderlich bestimmen, erheben sich langgestreckte Ortschaften und altertümliche Reichsstädte. Die Jller ist ein echter stürmischer Alpenfluß, während andere zur Donau gehende Flüsse und Wasserläufe unauffällig durch das Tertiärgelände sich durchwinden. Die dem Bodensee zustrebenden Flüsse eilen von den Moränegürteln dem großen Sammelbecken mit starkem Gefälle zu, mitunter durch romantische Dobel und vorbei

an zahllosen niedlichen Gletscherhügeln; die gewaltigsten Katarakte des ganzen Landes sind die Riedholzer Wasserfälle der oberen Urgen. Die Südwestecke des Landes, ein Teil des Allgäus, belebt von freundlichen Städten und Dörfern und Seen, wird der Grenze zu nach Landschaft und Siedlungsart immer alpiner, und vom Schwarzen Grat aus erschließt sich ein voller Ein- und Ausblick über die Herrlichkeiten der nahen Alpenwelt.

Die Bodenseelandschaft tritt aus dem Zusammenhang mit Oberschwaben so sehr heraus, daß sie sich als selbständiges Stück neben die übrigen schwäbischen Landschaften, ja ihnen gegenüberstellt. In ihr hat Schwaben seinen bedeutendsten Anteil am Wasser. Das „Land“ kommt nur als Rahmen und als Hintergrund in Betracht, das Wesentliche ist der herrliche Seespiegel, und die ganze Landschaft ist reines Schaustück und Bild. Das Auge schweift von dem milden Ufersaum auf die bewegte Seefläche, ihre wechselnde Beleuchtung und auf die belebte, duftige Ferne mit dem gewaltigen Hintergrund des Hochgebirgs. Wie gut hat darum Friedrichshafen daran getan, zu seinen übrigen Anlagen diese Landschaft dadurch zu pflegen, daß die Raibauten den Besuchern es ermöglichen, unmittelbar an das Gestade vorzutreten, wie es an den anderen schönen Uferstätten des württembergischen Gebiets und der übrigen Uferstaaten möglich ist.

So besitzt Württemberg in diesen fünf Landschaftstypen, nach den natürlichen Grundformen, dem geologischen Aufbau, der senkrechten und wagrechten Gliederung, nach der Verteilung von Land und Wasser und nicht zu vergessen auch nach seinen klimatischen und meteorologischen Verhältnissen betrachtet, eine außerordentliche Mannigfaltigkeit. Die Fülle der Formen bietet hinlänglich Ersatz für Naturschönheiten ersten Rangs, wie sie sich nicht allzu fern erst jenseits der Landesgrenzen im Süden und Westen finden. Alles schwäbische Land ist so recht Wohn- und Kulturlandschaft, von Urzeit her wie geschaffen, eine völlig übereinstimmende Verbindung von Natur und Kultur darzustellen. Der Gesamtausdruck des Landes war wohl schon in vorgeschichtlicher Zeit von dem heutigen nicht sonderlich verschieden: der Wald war zweifellos ausgedehnter, die Täler unzugänglicher, die Alb zu gewisser Zeit mehr steppenhaft und das ganze Land selbstverständlich unwirtlich, aber das Landschaftsbild als solches war so ziemlich dasselbe wie heute. Tacitus' berühmte Landschaftsbildung von Germanien bezieht sich sicherlich nicht auf das heutige Schwaben, das ja größtenteils innerhalb des römischen Kaiserreichs lag und, soweit dies der Fall war, teils zu den Decumatenländereien, teils zur rätischen Provinz zählte.

Freilich braucht es zum Landschaftsgenuß weder Reichtum der Kultur noch der natürlichen Formen und kann das schönheitsuchende Auge auch an der scheinbar einfachsten Landschaft Befriedigung finden, zumal unter dem Eindruck von Farbe, Beleuchtung, Pflanzenwuchs und anderen Naturgebilden, selbst im Flachland, wie beim Blick und Gang über die stille

Heide, das düstere Moor und durch den endlosen Wald. Aber neues Leben gibt das in die Landschaft eingefügte und aus ihr hervortretende Menschenwerk, zumal der Wohnbau; und die Bodenbewegung Schwabens ermöglicht eine wirksame Aufstellung dieser Zutaten. Die natürliche Landschaft wird durch Menschenwerk zur künstlichen. Und je wohlgefälliger dieses Werk ist, desto mehr erhebt sich das Künstliche zum Künstlerischen. Dazu kommt die Bedeutung dieser Änderungen und Gebilde von Menschenhand, kommt die geschichtliche Betrachtung, und je wichtigere Vorgänge sich auf dem natürlichen Boden abgespielt haben, desto mehr hat eine Landschaft den Anspruch, als klassisch zu gelten.

Auch nach allen diesen Hinsichten kann sich die schwäbische Landschaft wohl sehen lassen. Welche anziehenden Spuren hat nur die Siedlungs- und Wehrgeschichte alter Zeiten in unserem Lande hinterlassen! Wir erinnern an die auch dem Auge erschließbaren vorgeschichtlichen Niederlassungen in Kluft und Höhle, an die oft staunenerregenden Gräben und Wälle der Fliehburgen, an die zu namhafter Höhe aufgeschütteten Grabhügel, an die stadtartigen keltischen Ringwälle und an die nicht bloß dem geistigen, sondern auch dem leiblichen Auge vorzuführenden systematischen Anlagen der Römer in großen, oft verlassenen Straßenzügen, in Kastellen, deren Grundmauern und Grundrisse aus dem Boden gehoben sind, und in den verschiedenen Stufen ihrer Limesbauten. Zwar die heiligen Berge der Alemannen, die das vordem nicht oder nur spärlich von Deutschen bewohnte Land eroberten und besiedelten, offenbaren sich nur der kühnen Einbildungskraft. Aber selbst die älteste Wohngeschichte der Alemannen, die einfachsten Verhältnisse eines kriegerischen Bauernvolkes enthüllen sich mehr und mehr dem geschichtlichen Blick und bei aufmerksamem Gang durch die Landschaft auch dem leiblichen Auge. Und welche reiche Fülle von wohl-erhaltenen Denkmälern verdankt unsere Landschaft dem Mittelalter von seinen frühesten Anfängen bis zu seinem Ausgang! Wie verständnisvoll sind die Stätten der ältesten Fürstensitze und der Klöster gewählt! Freilich von der Blütezeit unserer Landschaft in der Zeit des ritterlichen Burgenbaus auf Bergeshöhe sind vielfach nur Trümmer erhalten, oft aber sind die Burgen und Schlösser in der wechselnden Bauart der Stile erneuert, und einen besonderen Schmuck der Landschaft bilden ja die zahllosen Ruinen des Landes, die der Spaten manchmal noch tief hinab bloßlegen kann. Um so dauerhafter sind die bürgerlichen und städtischen Bauten, deren Anfänge derselben Zeit angehören, die ältesten Anlagen der Städte, die späteren Erweiterungen des Mauerrings und die von ihnen geschützten Kirchen und herrschaftlichen Bauten.

Der Naturfönn und die Beschränkung der Hilfsmittel erlaubten diesen früheren Geschlechtern keine wesentlichen Eingriffe in die Einheit der natürlichen Landschaft. Was sie einfügten, erscheint uns als Schmuck und Steigerung der natürlichen Schönheit, um so mehr, als manche Bauwerke von

genialen Meistern aufgeführt wurden. Aber auch die bürgerliche Bauart in Stadt und Dorf, selbst wenn sie unter dem Geseß der Not arbeitete, hat uns landauf, landab die lieblichsten Schaubilder geschaffen, die oft um so mehr anmuten, auf je engeren Raum sie sich gedrängt sahen.

Nur zum bewußten Genuß der natürlichen und künstlichen Landschaft sind jene Zeiten in ihrer Gebundenheit nicht gekommen, wenn man ihn auch aus der Behaglichkeit und der Sicherheit der Formen herausspüren möchte. Sicherlich standen im 16. Jahrhundert die bekannten Verfasser der Chroniken und landesgeschichtlichen Schriften — wir denken in Schwaben an die Zimmerische Chronik und an die fleißige Gelehrtenarbeit von Martin Crusius — mit dem Boden der von ihnen dargestellten Begebenheiten in enger Fühlung. Was aber mit dem Fortschritt der Zeit und des Verständnisses das schönheitsuchende Auge zunächst beschäftigte, war nicht die natürliche Landschaft, die man um so schrecklicher fand, in je kräftigeren Formen sie entgegentrat, sondern es waren hauptsächlich Städtebilder, die sich auch bei uns vom 16. Jahrhundert an mehren und deren schönste Merians künstlerische Topographie enthält. Doch fehlt es auch an künstlerischer Wiedergabe ganzer Landschaften aus jener Zeit nicht, wenn sie auch vielfach einem besonderen Zweck dienen, so namentlich der kartographischen Darstellung. Diese letztere brauchte unendlich lang und hat erst, unter rühmlicher Teilnahme Württembergs, am Ende des 19. Jahrhunderts die Höhe der Vollendung erreicht.

Der Sinn für die freie Landschaft und die umfassende Landschaftskunde hat sich seit Ende des 18. Jahrhunderts entwickelt. Den Anstoß hatte von der philosophischen und literarischen Seite Haller und Rousseau, von der praktischen die Entwicklung des Reisens und Wanderns gegeben; namentlich aber hat die Vertiefung der Naturwissenschaft, zumal der Geologie und Botanik, wesentlich auf das Landschaftsverständnis eingewirkt. Die Bildungs- und Erholungsreisen des 18. Jahrhunderts galten lange nur den bedeutendsten auswärtigen Ländern und Städten.

Erst in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts erschienen auch Reiseberichte aus Schwaben, teils von fremden Besuchern, wie Nicolai und Goethe, teils von Studierenden, wie Dietrich und Pfaff, oder wissenschaftliche Arbeiten, wie von Rösler und Höslin. Auch in der Dichtung tritt der Einfluß der Landschaft immer mehr hervor. Es ist bezeichnend, daß Schiller einem seiner größten philosophischen Gedichte, dem „Spaziergang“, die schwäbische Landschaft zugrunde legt, und bedeutsam, wie er auf diesem Boden das Verhältnis von Natur und Kultur entwickelt und die Überkultur und Annatur nur wie im bösen Traum schaut, während der Dichter selbst zu kräftigeren Naturformen emporgeklungen ist, um sich aufs neue wieder am Herzen der ewig jugendlichen, der frommen Natur zu fühlen. Noch mehr

tritt dieser landschaftliche Einfluß in der nachfolgenden Dichterwelt hervor, zumal in der Romantik, und wir müßten alle schwäbischen Dichter aufzählen, wollten wir die Liste erschöpfen. Als die bedeutendsten seien genannt Hölderlin, Uhland, Kerner und besonders der Sänger der schwäbischen Heimat, Karl Mayer, der Dichter der Alb, Gustav Schwab, und an der Spitze der eigentlichen Heimatdichter Wilhelm Hauff, ferner Eduard Mörike, Hermann Kurz, J. G. Fischer, Wilhelm Herz, Eduard Paulus. Der Dichter der Gegenwart, die meist diese enge Verbindung mit der Landschaft noch gesteigert haben, ist in besonderem Abschnitt gedacht. Auch das ist ein Stolz Schwabens: durch länger als ein Jahrhundert hindurch darf es sich in der Lyrik und in der Erzählung wie in dramatischen Arbeiten ausgesprochener Heimatdichtung erfreuen. Die Dichtung hat ihrerseits die Landschaft mit neuem Schmuck belebt — da und dort „hob sich neu ein Wolkenloß, ein zauberhaft Gebäu“ — und sie fügte in die Landschaft zu den geschichtlichen Erinnerungen, die sie festhielt und verschönte, auch Gestalten des wirklichen Lebens, typische Wesen von Fleisch und Blut.

Daß sich die Malerei und zeichnerische Darstellung dem Landschaftlichen langsamer zuwandte, ist bei den besonderen Lebensbedingungen der Kunst trotz des Anreizes der Umwelt nicht merkwürdig. Es fehlte der kaustische Liebhaber. Aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts haben wir landschaftliche Darstellungen von F. A. Seyffer und Emminger. Daß die schwäbische Landschaft als solche vortreffliche Vorwürfe für fesselnde Gemälde biete, wurde erst seit Theodor Schüz erkannt. Heute ist die schwäbische Landschaft von einer Reihe vortrefflicher Künstler gewürdigt, und wir dürfen auf den besonderen Abschnitt über die Kunst verweisen. — Eine andere künstlerische Tätigkeit, die in die Landschaft bestimmend und gestaltend eingreifende Architektur, wird unten zu erwähnen sein. Hier ist es noch schwerer, Namen aufzuzählen. Von der Malerei, der Dichtung und der Wissenschaft, von Reisen und Forschungen ist noch ein weiter Schritt zur eigentlichen Landschaftspflege, wie sie nur aus dem allgemeinen Verständnis für das Naturschöne überhaupt hervorgehen kann. Dieser Sinn entwickelte sich teils als Folge, teils als Gegenwirkung erst, als im Lauf des 19. Jahrhunderts das Leben vielgestaltiger und die Kräfte frei wurden, als Verkehr und Gewerbetätigkeit wuchs und vielfach das Alte, auch die bisherige Landschaft, bedrohte und als sich die Ansprüche an die Leistungen des einzelnen und die Ansprüche an die Erholung steigerten.

Es ist bezeichnend, daß die Landschafts- und, wie wir hinzufügen wollen, die Heimatpflege von rein privater Seite an zwei fast entgegengesetzten Punkten einsetzte: in der Stadt, namentlich auch in der kleinen, mit den Verschönerungsvereinen, und in der freien Landschaft mit den Alpen; und es ist ebenso bezeichnend, daß sich die Schwaben an diesen beiden Bestrebungen schon recht früh lebhaft beteiligten, am Verschönerungsvereins-

wesen seit den vierziger Jahren (Stuttgart 1860) und am Alpinismus durch die Bildung der Sektion Schwaben 1869.

In den Verschönerungsvereinen kommt die schwäbische Neigung zum Wohllichen, Kleinbürgerlichen, Heimeligen zum Ausdruck, im Alpenverein der Zug zum Großen und Größten und in die Ferne. Die Verschönerungsvereine traten den Gemeindeverwaltungen zur Seite und fanden wohl auch ihre Unterstützung, galt es doch, den Mangel an Anlagen für die Öffentlichkeit zu beheben, Weg und Steg wenigstens für kleinere Gänge in der Umgebung zu bessern. Leider mußten aber ihre Kräfte und Mittel bei größeren Aufgaben, namentlich im Sinn des seit Beginn der neuen Entwicklung der Städte so nötigen Heimatschutzes, versagen.

Dem Alpenverein folgten in derselben privaten Weise bald die deutschen Mittelgebirgsvereine, der für den badischen Schwarzwald schon 1864, der Württembergische Schwarzwaldverein 1884, der Schwäbische Albverein 1888, teils mit, teils ohne Anschluß an die örtlichen Verschönerungsvereine. Diese Mittelgebirgsvereine wollen also, soweit es ihnen möglich ist, zur Pflege der Landschaft bauend und schützend beitragen, sie durch Förderung des Wanderns zum Gemeingut aller Schichten des Volkes machen, die zur Landschaftskunde gehörigen Kenntnisse verbreiten und damit Volksbildung und Volksgesundheit heben und die Heimatliebe vertiefen. Mit diesem idealen und erzieherischen Zweck, der sehr wohl betont werden darf, namentlich auch nach seiner sozialen Seite, verbindet sich noch der volkswirtschaftliche: es galt und gilt, dem Strom einheimischer wie landesfremder Besucher bei dem wachsenden Bedürfnis für Erholungsstätten und dem wachsenden Verständnis für die deutsche Landschaft auch nach Schwaben den Weg zu bahnen.

Die gemeinnützigen und vaterländischen Bestrebungen sind auch von höchster Seite dadurch anerkannt, daß König Wilhelm II. schon als Prinz 1884 die Schutzherrschaft über den Württembergischen Schwarzwaldverein übernahm und später dem Schwäbischen Albverein beitrug, indem er beiden Vereinen die gleiche Jahrespende zukommen ließ; auch wurden bei der Feier des 25jährigen Bestandes der beiden Vereine von Seiner Majestät den Vorständen ehrende Auszeichnungen erteilt. Und bei der Einweihung des König-Wilhelm-Steins bei Bebenhausen hat der König selbst am 27. August 1916 in geradezu programmatischer Rede den Wert dieser heimatlichen Bestrebungen gerühmt.

Ehe wir auf ihre Erfolge hinweisen, sei nur kurz von den Sektionen des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins die beachtenswerte Tatsache erwähnt, daß ihre Zahl vor 1892 nur fünf betrug — die zweitälteste von 1886 ist die Sektion Schwarzer Grat-Leutkirch, die einzige, die zugleich auf württembergischem Boden arbeitet —, daß sie aber bis 1914 auf 15 gestiegen ist mit damals 5648 Mitgliedern.

Noch rascher, ja mit staunenswerter Schnelligkeit wuchsen die beiden einheimischen Mittelgebirgsvereine bei freilich recht bescheidenem Beitrag, der

Württembergische Schwarzwaldverein zählte 1914 11 000, der Schwäbische Albverein 43 000 Mitglieder. Der letztere sah sich bei der allseitigen Zunahme an Mitgliedern und dem allseitigen Zuruf um Hilfe veranlaßt, sein Gebiet über die Albgaue hinaus in die Vorlande auszudehnen und umfaßt somit ganz Württemberg, mit Ausnahme des württembergischen Schwarzwalds, ganz Hohenzollern und Teile der benachbarten Staaten. Der Schwarzwaldverein gliedert sich in 56 Bezirksvereine, die ihrem Namen entsprechend fast ausschließlich im württembergischen Schwarzwald und seinem Vorland gelegen sind und zugleich die Teilung des Arbeitsgebiets darstellen; der Albverein hat von Anfang an bei der Teilnahme vieler Mitglieder außerhalb seines Gebiets Verwaltungsdienst und Arbeitsgebiet getrennt: während die Mitglieder sich in etwa 700 Ortsgruppen gliedern, zu denen noch über 1000 zerstreute Einzelmitglieder kommen, ist zum Zweck der Arbeiten die Alb in 11 Gaue und das Vorland in 8 Verbände geteilt, wozu noch die Obmannschaft Stuttgart mit rund 5000 Mitgliedern und einige verbandlose Gebiete kommen. Die Einnahmen fließen im Albverein der Hauptkasse zu, beim Schwarzwaldverein teilen sich der Hauptverein und die Bezirksvereine darein.

Beide Vereine unterhalten umfangreiche illustrierte Zeitschriften, der Albverein seit seiner Gründung, der Schwarzwaldverein seit 1894. Durch zahlreiche Wanderungen, oft mit Vorträgen, unentgeltliche Ausgabe von Karten und Schriften, buchhändlerischen Verlag und Vertrieb einschlägiger Werke, insbesondere aber durch umfassende Wegbauten, das ganze Land durchziehende Wegbezeichnungen und durch Erstellung einer stattlichen Reihe von baulichen Werken, wie Brücken, Schutzhäusern und Türmen, haben diese Vereine es erreicht, daß Schwaben in der Landschaftspflege hinter keinem anderen Lande zurücksteht, sondern häufig als Vorbild betrachtet wird. Vom Verlag des Württembergischen Schwarzwaldvereins nennen wir den Schwarzwaldführer, von dem des Albvereins die Festschrift Schwabenalb in Wort und Bild, Professor Dr. Gradmanns Pflanzenleben der Schwäbischen Alb, Engels Geologischen Aufbau der Schwäbischen Alb, mehrere künstlerische Rundschau Darstellungen, sodann die Notenwerke „Singen und Wandern“ von Reinhold Wörz und Heimatlied von Georg Thierer, diese zugleich zum Beweis der Heimatpflege auch im Reich der Töne.

Das Jugendwandern unterstützt der Schwäbische Albverein durch Unterhaltung von Studenten- und Schülerherbergen im Anschluß an den alle Länder deutscher Zunge umfassenden Hohenelber Verband und durch Einrichtung der auf Selbstverpflegung beruhenden Jugendherbergen. Rege Tätigkeit erfordert auch der Natur- und Heimatschutz, der durch Verbindung mit dem Württembergischen Landesauschuß und durch eigene Aufwendungen und Bemühungen möglich ist.

Endlich ist der Albverein im Besitz des mit dem Jubiläumsturm auf dem Roßberg in Verbindung stehenden bewirtschafteten Unterkunftshauses, des von ihm neuerbauten Eckturms des römischen Kastells Röngen mit kleinem

Museum, sowie des Höhlenmuseums in Gutenberg, und ist im Begriff, in den vor Ausbruch des Krieges zur Verfügung gestellten Räumen des Schlosses in Tübingen ein Albmuseum anzulegen. Auch die Kunst hat er in den Bereich der Landschaftspflege gezogen: eine Gemäldeausstellung von Alb-landschaften, die er im Sommer 1913 veranstaltet hat, fand den lebhaftesten Beifall des Königs, der sie eröffnete, und bewies, mit welchem Erfolg Künstlerchaft und Gebirgsverein zusammenarbeiten können. So vermögen derartige Vereine Kunst und Wissenschaft in ihren Dienst und damit in den Dienst der Landschaftspflege zu stellen.

Diese landespflegliche Tätigkeit der Vereine hat nunmehr alle schwäbischen Landschaften, wie wir sie oben geschildert haben, erfaßt und unter Eingehen auf die örtlichen und landschaftlichen Verhältnisse bis jetzt die wesentlichen Bedürfnisse befriedigt. Ihre Tätigkeit war so weitgreifend und umfassend, daß sie sich nunmehr hauptsächlich der Erhaltung des Bestehenden zuwenden wollen. Gleichwohl können und wollen sie sich nicht rühmen, für das Gesicht und den Inhalt der Landschaft Großes geleistet zu haben. Sie kennen die Grenzen, die solcher Tätigkeit gesteckt sind. Wohl kann sie je und je die Eigenart der Landschaft durch eine Anlage oder ein Bauwerk betonen, im großen ganzen aber bietet sie nur Hilfsmittel zur Würdigung und zum Genuß der Landschaft, nur Rahmenwerk und Standort für das schon vorhandene Bild. Aber eben für den Gesamteinhalt einer bestimmten Landschaft, für das Ganze als Vereinigung der Naturgegebenheiten und der Kulturwerke, überhaupt als Schauplatz aller Daseins- und Lebenskräfte Verständnis, Würdigung und eine gewisse Ehrfurcht hervorzurufen, ist ein wichtiger Teil der Landschaftspflege.

Hierin liegt aber auch die ideale Aufgabe der Fürsorge für Wandern und Verkehr. Nur wenn es von diesem Sinne erfüllt ist, wird das Wandern, diese zunächst rein körperliche, aber auch Herz und Seele erfrischende Tätigkeit, vergeistigt und erhöht sich das wohlberechtigte selbstische Treiben zu einem gemeinnützigen. Der Wanderer bedarf in erster Linie freier und sicherer Bewegung, Raum für Fuß und Auge, um das Gebiet zu durchschreiten und zu überblicken. Da gilt es, namentlich die Wege brauchbar zu machen und zu verbinden, etwaige Schließung zu verhindern oder Ersatz zu schaffen, neue einzuschieben und nach den Forderungen landschaftlicher Schönheit auszugestalten. Weiterhin gilt es, die Standorte für die Um- und Überschau zu sichern und zu bessern und neue zu gewinnen, endlich aber dem Wanderer zu ermöglichen, in Berührung mit der Umwelt, mit der ganzen Natur- und Kulturlandschaft zu treten und sie in sich aufzunehmen, den geistigen Gehalt der Landschaft zu erfassen. Hier muß die geschichtliche und kulturgeschichtliche Belehrung und müssen die Fächer der Naturwissenschaften der Landschaftspflege zur Seite treten. Sie selbst kennt dem Wanderer gegenüber nur die Aufgabe, ihn durch die Landschaft zu geleiten; zu ihren äußeren Formen und innerem Gehalt vermag sie nichts Wesentliches hinzuzufügen.

In allen diesen Hinsichten wurde in den letzten 25 Jahren gründlich und nachhaltig gearbeitet und lange Versäumtes hereingeholt. Je gepflegter eine Landschaft von der glücklichen Natur wie die unsrige ist, desto lebhafter der Besuch, desto stärker der Verkehr von Einheimischen und Fremden. Man hat es in Schwaben jahrzehntelang schwer empfunden und bitter beklagt, daß das Land von auswärts so wenig gewürdigt werde; man war sich nicht nur der landschaftlichen Vorzüge, sondern auch des Kulturwertes des Landes wohl bewußt. Von den fünf am Eingang erwähnten Landschaften hatte nur der Schwarzwald als Anhängsel an den badischen Teil und der gewissermaßen internationale Bodensee stärkeren Besuch, die anderen Landschaften und damit der größte Teil des ganzen Landes, höchstens mit Ausnahme der Residenz und der Hauptdurchgangslinien der Eisenbahnen, wurden links liegen gelassen. Als Hauptgrund empfand man die Nähe des Hochgebirgs und der anderen Reisegebiete und den Mangel an Werbung. Zweifellos fehlte es aber auch an einer gewissen Landesausstattung, wie sie nun einmal neuzeitliche Wandergebiete besitzen, wir meinen nicht sowohl das Gasthofwesen, das weniger für die Wanderer als für den Erholungsaufenthalt in Betracht kommt und das sich natürlich nach der Nachfrage richtet, als vielmehr die jedem frei zur Verfügung stehenden obengenannten Einrichtungen und Schöpfungen, insbesondere auch die Wegbezeichnung. Auch ein Mangel an Reiseliteratur hatte sich trotz manch guter Einzelschriften bemerkbar gemacht. Wie ungenügend war nur die Berücksichtigung Schwabens in den Büchern der bekannten Reiseverlage und in denen für den geographischen Unterricht! Diesen Mängeln wurde nun allmählich abgeholfen, und so konnte in alle Welt die Einladung ergehen: Kommet und sehet! Der Ruf ertönte nicht vergebens. Zusehends mehrte sich der Besuch, insbesondere entwickelten die inländischen städtischen Kreise eine starke Wanderlust, lag ihnen doch auch das schönste Wandergebiet überall vor der Tür, und in der Jugend machten sich die verschiedenen Bestrebungen des Jungdeutschlandbundes, des Wandervogels, der Pfadfinder und anderer Vereinigungen geltend. So mag denn diese ganze Bewegung, die bis zum Beginn des Krieges fast unheimlich anwuchs und alle Bevölkerungskreise erfaßte, die freilich auch eine Zeitererscheinung ist, zu einem guten Teile auf richtig betriebene Landschaftspflege zurückzuführen sein. Auch der Staat konnte an der Wanderpflege nicht ganz vorübergehen. Das kgl. Ministerium für das Kirchen- und Schulwesen hat nach dem Vorgang anderer Staaten schon einigemal Beiträge für die Schülerherbergen gegeben, und die Landstände haben erstmals 1913 eine Summe für die Jugendfürsorge verwilligt, die mittelbar auch der Wanderpflege zukommt.

In gleich aufsteigender Linie und ebenfalls im Zusammenhang mit der fortwährenden Besserung der Erwerbs- und Lebensverhältnisse entwickelte sich alles, was mit Landhausbau, Sommeraufenthalt und Luftkurort zusammenhängt. Auch in mittleren und kleinen Städten mehrten sich

frei gelegene, meist hübsche Landhäuser schnell. Und hier muß das Verdienst der Architekten hervorgehoben werden, die sich allmählich mit Erfolg um heimatische Bauweise bemühten. Nicht nur Villenstraßen in der Residenz und in den größeren Städten, sondern auch Villenkolonien im offenen Land, wie bei Rohr, Herrlingen und auf dem Traifelberg, erwuchsen. Für die Fremden erweiterten und verschönerten sich die vielen Badeorte namentlich des Schwarzwalds von Jahr zu Jahr. Freudenstadt erlangte in kürzester Zeit fast einen Weltruf. Sanatorien entstanden da und dort, insbesondere freigelegene Erholungsheime. Mancher begüterte Mann erbaute sich ein eigenes Sommerhaus im Lande hin und her. Dazu kamen in den Bergen kleinere Bauten von besonderen Vereinigungen, wie Schneeschuhläufern, Naturfreunden oder Hüttengesellschaften — Bauten, die sich in der Landschaft um so bemerkbarer machen, als sie meist weithin allein stehen, und die doch dem freien Verkehr, wie er bestehen muß, gewiß nirgends im Wege sind.

Im Zusammenhang damit und infolge des wohlverständlichen Wunsches vieler Ortschaften mit bevorzugter Lage, in die Reihe der Luftkurorte zu gelangen, entstand im Lande nach dem älteren Vorgang der Residenz eine Anzahl Fremdenverkehrsvereine, und mancher alte biedere Verschönerungsverein, der doch ursprünglich nur die Landschaftspflege nach seiner Art treiben wollte, stand vor der Wahl, ob er sich in einen Heimat- und Naturschutzverein oder in einen Verkehrsverein umwandeln, ob er sich also mehr der ideellen oder materiellen Einseitigkeit zuwenden wolle. Da die leitenden und zahlenden Kräfte einer Durchschnittsstadt selten allen Anforderungen genügen, so werden wohl beide Funktionen häufig vereinigt bleiben. Aber die weitere Frage entstand mit Notwendigkeit, auch im Hinblick auf andere Länder, ob nicht der Staat, schon mit Rücksicht auf seine Bahnen, die Verpflichtung habe, an der Steigerung des Fremdenverkehrs durch Beteiligung an der Verbearbeit mitzuarbeiten. So wurde denn im Jahr 1908 eine Fremdenverkehrsvereinigung gegründet, die jetzt den Namen „Fremdenverkehrsverband Württemberg-Hohenzollern“ trägt; er zählt zurzeit an Amtskörperschaften, Gemeinden, Vereinigungen, Gesellschaften und Privaten 222 Mitglieder. Seit einiger Zeit beteiligt sich der Staat mit mehr als der Hälfte an dessen Jahreshaushalt.

Die Fremdenverkehrspflege erfordert nämlich beträchtlichen Aufwand. In den bevorzugten Reiseländern werden aus öffentlichen und privaten Mitteln jährlich Zehn-, ja Hunderttausende zu diesem Zweck geopfert. Die Hauptausgaben sind Ankündigungen in den namhaftesten Zeitungen und Zeitschriften, Herstellung und Verteilung besonderer Werbeschriften und Unterhaltung einer Auskunftsstelle, je und je auch Beteiligung an einer Ausstellung für Reise- und Fremdenverkehr, wie denn die einheimischen Vereinigungen unter der Führung dieses Verbandes 1912 eine Schwäbische Landesaussstellung für Reise- und Fremdenverkehr in Stuttgart veranstaltete.

und das Jahr zuvor eine ähnliche Ausstellung in Berlin besichtigt haben. Auch das private „Württembergische Reise- und Verkehrsbureau Passagebureau Rominger“ in Stuttgart und das „Internationale öffentliche Verkehrsbureau“ in Berlin werden mit Recht vom Staate unterstützt. Daraus ergibt sich klar, welche Bedeutung auch in unserem Lande dem Fremdenverkehr und einer seiner wichtigsten Grundlagen, der Ausstattung des Landes mit den erwähnten Einrichtungen, allmählich beigemessen wird.

Wenn man zwei Hauptseiten der Landschaftspflege unterscheiden kann, Erhaltung der alten und Schaffung neuer Werte, so ist klar, daß die Gebirgs- und Wandervereine dem Schönen in der Landschaft nicht nur genießend, sondern auch hegend und mehrend zugetan sind, die Fremdenverkehrsvereine aber den natürlichen, künstlerischen und geschichtlichen Schätzen des Landes mehr geschäftsmännisch und berechnend gegenüberstehen, selbstverständlich in der gemeinnützigen Absicht, durch Berücksichtigung aller Bedürfnisse des Reiseverkehrs volkswirtschaftlich zu wirken und so zur Hebung des Landes beizutragen. Nun hat sich aber, teils im Widerspruch zu diesen Bestrebungen, teils auch hervorgerufen durch wirkliche Gefahren, seit Beginn der neunziger Jahre in Deutschland eine eigene Bewegung für Natur- und Heimatschutz entwickelt, die eine so allgemeine Kulturbewegung ist, daß sich sogar schon von naturwissenschaftlicher Seite aus ein „Weltbund“ für diese Bestrebungen gebildet hat. Sie macht sich die Abwehr aller Feinde der überkommenen Natur- und Kulturwerte und die Bekämpfung der oft unkünstlerischen Wirtschaftsentwicklung gerade auch für die Landschaft zur Hauptaufgabe. Die Gefahren waren in der Tat nicht gering. Seit zwei Menschenaltern hat eine rastlose Entwicklung, der man nicht immer Gefühllosigkeit nachzusagen braucht, in vielen Gegenden Deutschlands die Landschaft und das Äußere manches Städtebilds bedroht. In Schwaben freilich sind, abgesehen von den Veränderungen, die mit der seinerzeit vielfach erfolgten Entfernung mittelalterlicher Stadtbefestigungen zusammenhängen, keine größeren Mißgriffe gemacht worden. Staat und Gemeinde waren, bewußt und unbewußt, längst im Sinne der Natur- und Denkmalspflege tätig. Es galt mehr den vorhandenen Sinn zu stärken als ihn erst zu wecken. Außerdem war es erwünscht, etwa kommenden Gefahren vorzubeugen und Handhaben gegen Willkür und Eigennutz zu gewinnen.

Die Organisation solcher Bestrebungen ist nicht einfach. Soll die Tätigkeit nicht bloß in Anregung, Beratung und Verwendung von Papier bestehen, sondern sich greif- und sichtbar auswirken, so bedarf es einer starken Hand, reicher Mittel und gesetlicher Grundlagen. Der Denkmalschutz ist in Württemberg seit langen Jahren geregelt; der gesetzgeberische Abschluß wurde nur durch den Krieg verhindert. Das Kgl. Landeskonservatorium hat die öffentlichen Kunst- und Altertumsdenkmale des ganzen Landes zu beaufsichtigen und die Behörden und Gemeinden über deren Erhaltung zu beraten.

Auch hat die neue Bauordnung durch einige Bestimmungen dafür gesorgt, daß Neuschöpfungen und Neuanlagen den Forderungen des Heimatschutzes entsprechen. So steht dieser Teil der Landschaftspflege in behördlicher Obhut, und wir wissen von zahlreichen Aufwendungen, die vom Staate für Klöster und andere Kirchenbauten sowie für Schlösser, Burgen und Ruinen gemacht worden sind.

Es blieb aber noch der Schutz der Naturdenkmale und all des Heimatlichen, was im weiteren Sinn als Denkmal betrachtet werden kann, und es entsprach den Wünschen weitester Kreise, als sich das Rgl. Ministerium des Kirchen- und Schulwesens im Frühjahr 1908 entschloß, den Zusammentritt eines halbamtlichen Landesausschusses für Natur- und Heimatschutz in die Wege zu leiten, eine eigene Geschäftsstelle hierfür errichtete und die landständische Verwilligung der nötigsten Mittel herbeiführte. Auch andere Verwaltungszweige förderten nun die Schutzbewegung stärker, so die Rgl. Domänenverwaltung, die für die bauliche Tätigkeit im Lande ausschlaggebend ist, und die Rgl. Forstdirektion, deren Anordnungen für ein Land, in dem der Wald beinahe ein Drittel der Oberfläche bedeckt, besonders wirksam sind und die 1911 ihre Teilnahme für den Naturschutz durch ein vortreffliches Baumbuch bewies. Die Rgl. Baugewerkschule richtet eine bauliche Beratungsstelle ein. In Fühlung mit diesen und anderen Behörden hat sich der Landesausschuß unter zielbewußter Leitung alsbald einen vorzüglichen Arbeitsplan zurechtgelegt, in allen Oberämtern Bezirksausschüsse gegründet, Bestandsaufnahmen und Vorträge veranlaßt und so rasch in der Staatsverwaltung und bei den Gemeinden eine angesehene Stellung erworben, namentlich auch durch Berücksichtigung des Erreichbaren und durch Vermeidung jeder Übertreibung. Es gilt eben doch so manche störende Erscheinung zu beseitigen, manchen Verbesserungsvorschlag durchzuführen. Wir nennen nur die Anlagen der elektrischen Leitungen durchs ganze Land, die Anpassung alter Brücken, wie in Röngen und Hirsau, an die Bedürfnisse des heutigen Verkehrs, die Förderung des Kirchhofwesens, namentlich des Waldfriedhofs, die Erhaltung einzelner Bäume oder ganzer Naturbestände, wie die Schaffung von Banngebieten am Wildsee, Federsee, im Schwenninger und anderen Mooren, bauliche Beratung bei Stadterweiterungsplänen, Marktplatzschmückungen, Beseitigung der Verunstaltung durch Reklametafeln, Fürsorge für reicheren Baumsatz, der unserem Lande so not tut, und in neuester Zeit namentlich eine umfassende Tätigkeit für Kriegerinnerungszeichen. Seit 1910 läßt die Geschäftsstelle jährlich Mitteilungen aus dem Arbeitsgebiet des Landesausschusses in den Blättern des Alb- und des Schwarzwaldvereins und als Sonderabdruck erscheinen.

Neben diesem halbamtlichen Landesausschuß besteht in Württemberg und Hohenzollern seit 1909 ein Zweig des etliche Jahre zuvor gegründeten Deutschen Bundes für Natur- und Heimatschutz. Hat sein Auftreten anfangs einiges Befremden erregt, so hat er doch eine nicht unbeträcht-

liche Anzahl von Mitgliedern und Mitarbeitern gefunden, die Zeit und Geld nicht scheuen, in derselben Weise und auf denselben Gebieten zu wirken. Auch dieser Bund hat gelernt, sich von zu weitgehenden Forderungen fernzuhalten und hat namentlich literarisch den Rahmen seiner Tätigkeit sehr weit gespannt. Seine Veröffentlichungen (Mitteilungen 1909—1912 und von da an vier Bände Bücherei) können als recht ansprechend bezeichnet werden, wenn sie auch allzubunt zusammengesetzt sind und mehr nach der literarischen als nach der praktischen Seite neigen. *)

Sind auch die Erfolge der ganzen Heimat- und Naturschutzpflege bei der Weitsichtigkeit der Aufgaben vorerst noch bescheiden, so werden sie doch von Jahr zu Jahr wachsen, wenn das junge Geschlecht in den Anschauungen einer gesunden Heimatpflege herangewachsen sein wird.

Freilich auch dieser Teil der Landschaftspflege hat seine Grenzen. Zunächst handelt es sich, rein landschaftlich betrachtet, in unserem Lande, jetzt und wohl auch fernerhin, zum Glück nicht um große Gegenstände oder um ganze Landschaftsbilder, die bedroht wären, sondern meist nur um kleine und bauliche Angelegenheiten, um intime Bilder, die man mit Recht zu erhalten bestrebt ist. Weiterhin stehen den Forderungen des Heimatschutzes oft wirtschaftliche und rechtliche Schwierigkeiten gegenüber, die nicht leicht zu beseitigen sind. Endlich setzt sich die negative Bewegung der Gefahr aus, die Schaffung neuer Werte zu bestreiten oder zu hintertreiben.

Nur im Vertrauen darauf, daß auch die Gegenwart Schönes hervorzu- bringen weiß, darf Heimatschutz getrieben werden. Und wirklich hat die Bau- entwicklung der letzten Jahre bei der Steigerung der Mittel und Ansprüche eine Menge neuer Schöpfungen gebracht, die auch landschaftlich von der besten Wirkung sind. Zahllose Bauten, Straßenverlängerungen, Ortsanlagen künstlerischer Art machen sich im Gesicht der Landschaft vorteilhaft bemerkbar. Wie viel schöne Straßen, namentlich Berg- oder sogenannte Panoramastraßen, ziehen sich seit einigen Jahren an den Hängen empor! Wie viel reizende Landhäuser schmücken die Umgebung der Städte und Dörfer oder eine freie anmutige Höhe! Selbst in den Dörfern hat das schlichte Bauernhaus da und dort künstlerische Belebung erfahren und neue Eisenbahnen erhielten anmutende Stationsgebäude. Wie viel neue Ortsteile und neue Kirchen grüßen den Wanderer beim Überblick über die Landschaft! Neuartige Stadt- viertel und Ortschaftsanlagen sind nicht nur in den größeren Städten, sondern auch an kleineren Plätzen entstanden, wir erinnern nur an Gmindersdorf bei Reutlingen, nach den Plänen von Th. Fischer, und an die Erweiterung von Oberndorf a. N. Selbst Flußberichtigungen haben oft neue landschaftliche Schönheiten geschaffen, wie in Tübingen, und Fabriken eine anmutende Gestalt angenommen. Insbesondere hat sich in dem letzten Jahrzehnt in

*) Hervorzuheben sind die „Kunstwanderungen in Württemberg und Hohenzollern“ von Stadmann, zwei schön ausgestattete „Heimatlbücher“ und ein „Kriegsheft 1916“.

manchen Städten die Verwaltung zu Baumanlagen aller Art und zur Pflanzung ganzer Alleen entschlossen; wir kennen eine Stadt, die in einem Jahre mehrere tausend Bäume gepflanzt hat. Das sind erfreuliche Fortschritte der Heimat- und Landschaftspflege, vielfach gefördert von der amtlichen Geschäftsstelle des Württembergischen Landesauschusses für Natur- und Heimatschutz, und sie lassen manchen kleinlichen Streit über Heimatschutzfragen, die ja so leicht die Köpfe erhitzen, vergessen. So stellt unser Land das anmutende Bild einer wohlgepflegten Natur- und Kulturlandschaft dar, und nichts ist unseren Kriegern, wenn sie in Urlaub kommen, so augenfällig und so wohltuend, als der Anblick dieser Ordnung und Schönheit.

„Jedem glänzt sein Vaterland.“ Aber der Württemberger weiß, warum er auch rein äußerlich auf sein Land stolz sein darf: Landschaft um Landschaft reich gesegnet, jede in ihrer Eigenart hochentwickelt, das Ganze harmonisch geschlossen, einheitlich gepflegt und ob seiner Schönheit und Mannigfaltigkeit weit gepriesen, die Wonne jedes Landschaftsfreundes. Wir fragen nicht mehr: „Was kann dir aber fehlen?“ Wir sehen getrost der Zukunft entgegen. Die Entwicklung der letzten 25 Jahre hat die Vaterlandsliebe, die den echten Württemberger immer beseelt, hat die Einheit zwischen König und Volk so vertieft und so unzerreißbar gefestigt, daß sie jedem Sturm standhält; und einer der Grundpfeiler dieses festen Baus ist das innige Verwachsen-sein des Königshauses und des schwäbischen Volkes mit der Eigenart und Schönheit des heimatlichen Bodens. Er gibt uns Treue und Kraft.

Pflege der Landesgeschichte

Von Archivrat Dr. Gebhard Mehring

In Württemberg ist längst der Grundsatz anerkannt, daß es für den Staat nützlich und vorteilhaft ist, Forschungen zur Landesgeschichte zu unterstützen. Andererseits ist auch die Wissenschaft auf diese Förderung angewiesen, weil der Staat in seinen Archiven den besten und wertvollsten Teil des in Urkunden und Akten niedergelegten Quellenstoffs verwahrt. In Württemberg ist dieser noch dadurch im Wert gesteigert, daß wir an privaten Aufzeichnungen, Chroniken und dergleichen nicht eben Überfluß haben. Den Historikern, die im Lauf des 19. Jahrhunderts uns die wertvollsten Werke über württembergische Geschichte gegeben haben, standen die archivalischen Quellen auch in vollem Umfang zur Verfügung. Schon Christoph Friedrich Stälin ist bei der Bearbeitung seiner „Württembergischen Geschichte“, die in vier Bänden (bis 1593) in den Jahren 1841—1873 erschien, keiner Schwierigkeit begegnet, Paul Friedrich Stälin („Geschichte Württembergs“, zwei Bände, 1882 und 1887) hatte als Archivar unmittelbaren Zugang, ebenso wie Eugen Schneider, dessen knapper gehaltene „Württembergische Geschichte“ 1896 herauskam. Unmittelbaren Anteil an der Verwertung seiner geschichtlichen Quellen hat der Staat, seit im Jahre 1833 das Staatsarchiv mit der Herausgabe eines „Württembergischen Urkundenbuchs“ betraut war und 1840 das Statistisch-Topographische Bureau (jetzt Statistisches Landesamt) die Herausgabe der Oberamtsbeschreibungen als amtlichen Auftrag übernommen hat. Mehrere Geschichtsvereine erhalten regelmäßige Unterstützung aus staatlichen Mitteln. Alle vorhandenen Kräfte und Bestrebungen aber faßt seit 1891 die Württembergische Kommission für Landesgeschichte zusammen, die im Lauf von 25 Jahren eine immer weiter greifende erspriessliche Tätigkeit entfaltet hat.

Das Staatsarchiv in Stuttgart (mit Staatsfilialarchiv in Ludwigsburg) enthält die älteren Urkunden und Akten der württembergischen Regierung und Verwaltung und die Bestände der im 16. Jahrhundert säkularisierten Klöster, dazu wertvolle Bestandteile aus den Archiven der am Anfang des 19. Jahrhunderts mit dem alten Herzogtum vereinigten geistlichen und weltlichen Gebiete, die man zusammenfassend als Neuwürttemberg zu bezeichnen pflegt. Im Lauf des 19. Jahrhunderts vollzog sich überall in der

Betrachtung dieses Schrifttums insofern eine Wandlung, als man unter dem Einfluß wirtschaftlicher und politischer Umwälzungen und Veränderungen es als geschichtliche Quelle und nicht mehr als Beweismittel und Beleg geltenden Rechts zu bewerten lernte. Die Entwicklung ging nur langsam vor sich, und etwa ebenso langsam drang in der Wissenschaft die Erkenntnis durch, daß zahlreiche geschichtliche Untersuchungen sich ohne gründliche Benützung der archivalischen Überlieferung nicht zum Ziele führen lassen. Ganz allgemein hat sich im Lauf der letzten 20 Jahre der Besuch der Archive zu wissenschaftlichen Zwecken gemehrt. In Stuttgart wurde 1901 ein besonderes Arbeitszimmer für die Benutzer eingerichtet, das schon 1912 auf den doppelten Umfang erweitert werden mußte. Daneben geht ein wachsender schriftlicher Verkehr und häufiges Versenden von Archivalien für auswärtige Benutzer. Diese neuen Verhältnisse forderten auch die Ausarbeitung von Bestimmungen, die für die Benützung des Archivs maßgebend sein sollen; sie entstanden 1903. Ferner ist auf Betreiben des jetzigen Archivdirektors in den Jahren 1907—1913 auch die Einrichtung des Archivs im Innern der neuen Zeit angepaßt worden. An Stelle der alten Holzkästen sind lichte eiserne Gestelle getreten, in denen Akten und Urkunden sauber gebündelt nebeneinander stehen. Die Einrichtung, für die in erster Linie das neuerbaute Generallandesarchiv in Karlsruhe zum Vorbild diente, hat sich sehr bewährt.

Das Württembergische Urkundenbuch, dessen erster Band 1849 erschien, ist 1913 mit dem elften, der bis zum Jahr 1300 herabgeführt ist, abgeschlossen worden. Band vier bis sieben kamen unter Leitung von Paul Friedrich Stälin bis 1900, Band acht bis elf unter Leitung von Eugen Schneider heraus. Von 1894 bis 1901 war der Archivdirektion dafür von der Kommission für Landesgeschichte Gebhard Mehring als Hilfsarbeiter zur Verfügung gestellt, der ausschließlich mit dieser Arbeit sich zu beschäftigen hatte und ihr auch nach seiner Anstellung im Archivdienst treu geblieben ist. Das ermöglichte das Erscheinen der letzten fünf Bände in 19 Jahren, während vom ersten bis zum sechsten Band 45 Jahre verflossen waren. Der im ersten Band ausführlich dargelegte Plan sah die Sammlung aller Urkunden vor, in denen das Stammhaus genannt wird, und ferner aller, in denen „in Beziehung auf irgendeinen Bestandteil des Landes in seinem heutigen Umfang eine (rechtliche) Bestimmung sich findet“. In diesem Umfang liegt nun in dem Werk mit über 5700 Nummern die gesamte bis jetzt bekannte urkundliche Überlieferung für württembergische Geschichte (also mit Ausschluß von Chroniknachrichten und ähnlichem) bis zum Jahr 1300 gesammelt vor.

Die neue Veröffentlichung, die jetzt von der Archivdirektion in Angriff genommen ist, soll zunächst dem längst geäußerten und auch von der Kammer der Abgeordneten aufgenommenen Wunsch nach Archivinventaren dienen. Zugleich besteht aber ein unleugbares Bedürfnis für die Weiterführung der

Urkundenpublikation über das Jahr 1300 herab. Beides vereinigt in gewissem Maße das Werk, dessen erster Halbband noch in diesem Herbst erscheinen soll. Es bringt kurze Regesten aller im Staatsarchiv vorhandenen Urkunden und Akten von 1301—1500, zuerst für das Gebiet des alten Herzogtums, dann für die neuwürttembergischen Landesteile. Der für die ganze Veröffentlichung geschaffene Rahmen erlaubt aber auch Wiedergabe ganzer Texte oder ausführliche Auszüge. Darum wird das Werk den Obertitel führen: *Urkunden und Akten des Rgl. Württembergischen Haus- und Staatsarchivs*.

Während so das Staatsarchiv sich in seinen Veröffentlichungen darauf beschränkt, Urkunden und Akten zum Abdruck zu bringen, deren Verwertung es anderen überläßt, gibt das Statistische Landesamt in den Oberamts- und Landesbeschreibungen knappe Darstellungen der Orts- und Landschaftsgeschichte. Seit 1875 ist als Mitglied des Landesamts ein Historiker angestellt, dem in erster Linie die Leitung dieser Arbeiten obliegt: 1875—1903 Julius Hartmann, seither Viktor Ernst. Nachdem die erste Reihe der Oberamtsbeschreibungen in 64 Bänden 1885 abgeschlossen war, ging man alsbald zur Neubearbeitung über, da die ersten Bände längst veraltet und vergriffen waren. Seither sind die Beschreibungen von Reutlingen, Ehingen, Cannstatt, Ulm, Rottenburg und Heilbronn durch Julius Hartmann, die von Urach, Münsingen und Tettmang durch Ernst herausgegeben worden. Die geschichtlichen Abschnitte dieser neueren Bände sind unter gründlicher Verwertung archivalischer Quellen von Ernst selbst bearbeitet. Die wirtschaftlichen Zustände und rechtlichen Verhältnisse sind dabei besonders ausführlich systematisch dargestellt.

In ähnlicher Weise wie die Oberamtsbeschreibungen für kleinere Bezirke hat das Landesamt schon 1863 eine „Beschreibung von Land, Volk und Staat“ für das ganze Königreich bearbeitet. Eine Erneuerung folgte 1882—1886. Für die dritte Bearbeitung hat Julius Hartmann noch den Plan aufgestellt; erschienen ist sie unter dem Titel: „Das Königreich Württemberg. Eine Beschreibung nach Kreisen, Oberämtern und Gemeinden“ unter Ernsts Leitung 1904—1907. Jedem der vier Kreise ist ein Band gewidmet; der erste mit dem Neckarkreis bringt auch in kurzen Abschnitten das Wichtigste über Land, Volk und Staat. So dient das Werk zugleich als Ersatz für die noch nicht neubearbeiteten älteren Oberamtsbeschreibungen.

Die „Jahrbücher für Statistik und Landeskunde“, die das Landesamt seit 1818 herausgibt, haben von jeher auch geschichtliche Beiträge enthalten. Als besonderer Teil dieser Jahrbücher erschienen 1878 bis 1890 die „Württembergischen Vierteljahrshefte für Landesgeschichte“, zunächst gemeinsam mit dem Württembergischen Altertumsverein in Stuttgart, dem Verein für Kunst und Altertum in Ulm und Oberschwaben, dem

Historischen Verein für das württembergische Franken und dem Sülchgauer Altertumsverein, von 1885 an vom Landesamt allein herausgegeben.

An dessen Stelle trat seit 1891 für diese Aufgabe die neuerrichtete Württembergische Kommission für Landesgeschichte. In anderen deutschen Ländern hatte man da und dort schon früher eine solche Einrichtung geschaffen, um alle vorhandenen Kräfte zusammenzufassen und mit staatlichen Mitteln wissenschaftliche Arbeiten auf dem Gebiet der Landesgeschichte anzuregen, einzuleiten, zu überwachen und zu veröffentlichen. Für Württemberg bot sich als nächstes Vorbild die Badische Historische Kommission, die, 1883 gegründet, bereits schöne Ergebnisse aufzuweisen hatte. Nach längerer Vorbereitung konnte die Regierung im Hauptfinanzzetat für 1891/93 von der Kammer die Bewilligung von 11 000 *M* verlangen, die zur Ausstattung der neu aufzustellenden Kommission für Landesgeschichte dienen sollten, und beide Häuser des Landtags bewilligten die Summe mit dem ausdrücklichen Wunsch, daß es sich um eine dauernde Einrichtung handeln möge. Am 23. Juli 1891 wurde das Statut der Kommission zur öffentlichen Kenntnis gebracht, nachdem der König die Einsetzung am 21. Juli genehmigt hatte. Am 19. November 1891 hielt die Kommission ihre erste (konstituierende) Versammlung mit der Vollzahl von 20 ordentlichen Mitgliedern. Dazu gehören durch königliche Ernennung mindestens drei Beamte des Staatsarchivs, Vertreter der geschichtlichen Fächer an der Landesuniversität, Angestellte der Landesbibliothek, der Institute für die Pflege des vaterländischen Altertums, des Statistischen Landesamts, je einen Vertreter ernennen die vier vorhin genannten Geschichtsvereine.

Als Aufgabe der Kommission bezeichnet das Statut insbesondere die Herausgabe der Vierteljahrshefte für Landesgeschichte, die Veröffentlichung von Quellen zur Geschichte des Fürstenhauses und Landes, die Anregung und Herausgabe oder Unterstützung darstellender Schriften zur vaterländischen Geschichte, endlich die Durchforschung, Ordnung und Verzeichnung der nichtstaatlichen Archive und Registraturen im Land. Der Betrag von jährlichen 11 000 *M* erwies sich dafür bald als unzureichend. Er wurde im Jahre 1901 auf 15 000 *M* erhöht. Dazu kommen regelmäßig aus dem Verkauf der Kommissionschriften und durch besondere Beiträge von einzelnen Städten, die sich an der Herausgabe ihrer Urkundenbücher beteiligen, gewisse Summen in wechselnder Höhe, durch die zeitweise die zur Verfügung stehenden Mittel sogar über 18 000 *M* stiegen. Ein wesentliches Verdienst an dem, was die Kommission damit geschaffen hat, kommt ihren Geschäftsführern, 1891—1903 Julius Hartmann, seither Eugen Schneider, zu.

Die „Württembergischen Vierteljahrshefte für Landesgeschichte. Neue Folge“ waren dem Namen nach eine Weiterführung der alten Zeitschrift. An der Herausgabe nahmen die vier Geschichtsvereine wie früher teil und erhielten bestimmten Raum zugewiesen. Trotzdem ist

der Unterschied erheblich, heute noch mehr als vor 25 Jahren; die neuen Vierteljahrshefte sind nicht nur im Äußeren, sondern auch an innerem Wert etwas wirklich Neues. Der Kreis der Mitarbeiter ist größer geworden und umfaßt jetzt auch die akademischen Vertreter der Wissenschaft. Dementsprechend ist der Inhalt reicher und vielfach wissenschaftlich wertvoller und findet auch immer mehr Beachtung. Alle Landesteile genießen gleiche Berücksichtigung, soweit eben Arbeiten vorgelegt werden. Alle Zeitalter, vom vorgeschichtlichen Altertum bis zum 19. Jahrhundert, sind vertreten; doch ist die Archäologie neuerdings verschwunden, seit sich für sie in den „Fundberichten aus Schwaben“, herausgegeben vom Württembergischen Anthropologischen Verein, eine neue Zeitschrift aufgetan hat. Politische, wirtschaftliche, Kirchen-, Kriegs-, Rechts-, Sitten-, selbst Sprach- und Literaturgeschichte finden Raum. Die durch einige Jahre fortgeführten Versuche einer Bücher- und Zeitschriftenchau sind leider eingestellt, dagegen bringt jeder Jahrgang eine Übersicht der neuerschiedenen geschichtlichen Literatur, die sehr willkommen ist.

Das Schwergewicht der Arbeiten, die von der Kommission gefördert und veröffentlicht worden sind, liegt auf dem Gebiet der Quellenkunde. Wie sie an der Herausgabe des Württembergischen Urkundenbuchs teilgenommen hat, ist oben schon erwähnt. Als eigene Publikation begann sie schon 1894 mit den „Württembergischen Geschichtsquellen“, von denen jetzt 18 Bände vorliegen. Diese verdanken ihre erste Anlage und Ausgestaltung Dietrich Schäfer, der damals noch in Tübingen war. Er entwarf die „Grundsätze für die Herausgabe der Württembergischen Geschichtsquellen“, die am 7. Januar 1892 vom Redaktionsauschuß der Kommission festgestellt wurden; sie gaben Anweisungen für Textrezension, Texterläuterung, Register, Einleitung und Drucklegung, also für die ganze Arbeit vom Schreibtisch gewissermaßen bis zum Buchbinder. In dieser Form beziehen sie sich nun in erster Linie auf chronikalische Quellen. Mit einer solchen wurde denn auch die Reihe eröffnet. Der erste Band brachte 1894 die Herolt'sche Chronik der Stadt Hall, bearbeitet von Christian Kolb, der zehn Jahre später, 1904, im sechsten Band, auch die Widmannsche Chronik von Hall herausgab. Andere Chroniken sind bis jetzt nicht veröffentlicht. Dagegen ging man mit frischer Kraft an Urkundenbücher. Auch für diese hat Schäfer die ersten Anregungen und Regeln gegeben, und die ersten Bearbeiter waren seine Schüler. Ehe eine von diesen Arbeiten fertig war, erschien 1895 als Band 2, 1 Gustav Bosserts Wiedergabe der auf Württemberg bezüglichen Teile „Aus dem Codex Laureshamensis. Aus den Traditiones Fuldenses. Aus Weißenburger Quellen“ mit eingehender Erläuterung, und als Band 2, 2 der Ertrag der Arbeit im vatikanischen Archiv, wozu Eugen Schneider und Kurt Raser von der Kommission nach Rom entsandt worden waren: „Württembergisches aus römischen Archiven“. Dann folgten die Urkundenbücher (Band 3) von Rottweil, bearbeitet von Heinrich Günter 1896, und (Band 4) von Eßlingen, bearbeitet von Adolf

Diehl 1899, der 1905 noch einen zweiten Teil (Band 7) lieferte. Vom Urkundenbuch der Stadt Heilbronn erschien 1904 der erste Teil (Band 5) von E. Knupfer; die Fortsetzung, von der der zweite Teil als Band 15 1913 erschienen ist, der dritte als Band 19 im Juni 1916 ausgegeben wurde, bearbeitete Moriz von Rauch, der auch das Werk bis zum Jahr 1532 weiterführen und damit abschließen wird. Als vierte von den ehemaligen schwäbischen Reichsstädten ist Ulm, das sein Urkundenbuch selbst herausgegeben hat, in der Sammlung mit dem von Carl Mollwo bearbeiteten Roten Buch (Aufzeichnungen von Stadtrechtsbestimmungen) in Band 8 von 1905 vertreten. Als einzige altwürttembergische Stadt erscheint Stuttgart 1912 in Band 13 mit dem von Adolf Rapp bearbeiteten Urkundenbuch. Kirchliche Quellen bieten das Urkundenbuch des Klosters Heiligkreuztal (Band 9, 1910, Band 14, 1913), ein Band Ellwanger Akten (Band 10, 1913) mit ausführlicher Einleitung, bearbeitet von Joseph Zeller: „Die Umwandlung des Benediktinerklosters Ellwangen in ein weltliches Chorherrenstift und die kirchliche Verfassung des Stifts.“ In Band 12 von 1911 vereinigte Gebhard Mehring eine kleine Gruppe von „Quellen zur Geschichte einer Pfarrkirche“, des ehemaligen Stifts zu Vorch im Remstal. Auch die von Heinrich Günter herausgegebenen Briefe und Akten des Weingartener Abts Gerwig Blarer (1520—1567) gehören hierher; erschienen ist davon Band 16, 1914, der zweite Teil, der Band 17 bilden wird, liegt handschriftlich vor. Zu den städtischen Quellen gehört noch Band 18 von 1914, in dem ein erster Teil „Oberschwäbischer Stadtrechte“ von Karl Otto Müller veröffentlicht wird. Politische Urkunden, wie sie beim Unterricht als Hilfsmittel willkommen sein können, enthält Band 11 von 1913: „Ausgewählte Urkunden zur württembergischen Geschichte“ von Eugen Schneider.

Als eine der ersten Arbeiten hatte die Kommission auf Anregung von Franz Rugler die Herausgabe des Briefwechsels der Herzoge Ulrich und Christoph beschlossen. Die Ausarbeitung des ersten Teils, der Korrespondenz Herzog Ulrichs, kam nicht über die Anfänge hinaus. Vom „Briefwechsel des Herzogs Christoph von Württemberg“, herausgegeben von Viktor Ernst, erschienen von 1899 bis 1907 vier Bände, die die Jahre 1550—1559 umfassen. In Lieferungen erschien ferner von 1899—1912 die Sammlung „Geschichtliche Lieder und Sprüche Württembergs“ von Karl Steiff und Gebhard Mehring; auch dazu ist schon in den ersten Jahren der Kommission der Grund gelegt worden. Drei andere Quellenwerke gehen auf das Jahr 1903 zurück, die Landtagsakten, Weistümer und Dorfordnungen und die Tübinger Matrikeln.

Die „Württembergischen Landtagsakten“ gliedern sich in zwei Serien, eine Teilung, die durch den Umfang des Stoffes nahegelegt war. Erschienen ist von der ersten Serie erst ein Band 1913, enthaltend die Jahre 1498—1515 und bearbeitet von Wilhelm Ohr und Erich Rober; jetzt stockt durch den Krieg diese Arbeit völlig, weil der zweite Bearbeiter im Feld steht. An der zweiten Serie ist A. E. von Adam tätig; zwei Bände, die ganze

Regierungszeit des Herzogs Friedrich I. umfassend, liegen seit 1910 und 1911 vor, ein dritter Band aus den ersten Jahren des Herzogs Johann Friedrich ist im Druck. Die Weistümer und Dorfordnungen, die Friedrich Wintterlin bearbeitet, erscheinen unter dem Titel: „Württembergische ländliche Rechtsquellen“; der erste Band mit den östlichen schwäbischen Landesteilen, den heutigen Oberämtern Neresheim, Heidenheim, Ellwangen, Alalen und Smünd) kam 1910 heraus. Die „Matrikeln der Universität Tübingen“ von 1477—1600 hat Heinrich Hermelink schon 1906 herausgegeben, doch steht der Registerband, der die Listen erst recht erschließen muß, noch aus. 1907 übernahm die Kommission auch die Herausgabe der von Karl Bihlmeyer bearbeiteten deutschen Schriften des Heinrich Seuse.

Noch ist bei den Quellenwerken ein Buch einzureihen, das ein treues Hilfsmittel bei allen Studien in württembergischer Geschichte geworden ist, die Bibliographie der württembergischen Geschichte von Wilhelm von Heyd. Das vielgegliederte Werk zerfällt in drei Hauptabteilungen, von denen die erste, 1895 erschienen, die allgemeinen Schriften, die Literatur zur politischen Geschichte, nach Zeitaltern und Regierungszeiten geordnet, und die Unterabteilungen Staat und Recht, Kirche, Unterrichtswesen, Gesundheitspflege, Wirtschaftliche Kultur, Geistige Kultur, Militärwesen, Elementarereignisse und Schutz gegen dieselben enthält. Die zweite Hauptabteilung bringt die ortsgeschichtliche, die dritte die biographische Literatur; beide zusammen bilden Band 2, der 1896 erschien. Eine eigentliche Fortsetzung des Werkes scheint nicht von vornherein in Aussicht genommen worden zu sein. Dafür diente zunächst die jährliche Übersicht in den Vierteljahrsheften. Aber es erwies sich doch als notwendig, diese gleichlaufenden Listen von Zeit zu Zeit zusammenzuarbeiten und zu ergänzen; dazu hatten sich bald trotz aller Sorgfalt der Heydschen Sammlung mancherlei Nachträge ergeben. Deshalb beschloß die Kommission 1902, dem Werk von zehn zu zehn Jahren Fortsetzung zu geben. Theodor Schön erhielt den Auftrag, die neue Bearbeitung auszuführen. Davon erschien die erste Hauptabteilung als Band 3 im Jahre 1907, die ortsgeschichtliche Literatur (Band 4, 1) 1908. Nach dem Tod auch dieses Bearbeiters übernahm 1912 Otto Leuze den biographischen Teil und die Register und brachte 1915 die so lang verzögerte Arbeit zum Abschluß.

Zwischen den Quellen und den Darstellungen stehen die archäologischen Veröffentlichungen der Kommission ungefähr in der Mitte, bald nach der einen, bald nach der anderen Seite größere Annäherung zeigend. In diese Gruppe gehören die ersten von der Kommission übernommenen Werke: Julius von Föhr, Hügelgräber auf der Schwäbischen Alb, bearbeitet von Ludwig Mayer 1892, und Wilhelm Nestle, Funde antiker Münzen im Königreich Württemberg 1893. Ferner erschien 1905: Die verzierten Terrasigillata-Gefäße von Cannstatt und Rönigen-Grinario, von

R. Knorr. Auch die von Julius Ebner neu bearbeitete „Württembergische Münz- und Medaillenkunde“ des trefflichen Christian Binder, wovon der erste, Altwürttemberg umfassende Band 1912 erschienen, der zweite im Druck ist, dürfte hierher zu stellen sein.

Eine recht bunte Reihe bilden die darstellenden Werke, die von der Kommission veröffentlicht worden sind. Schon 1893 übernahm sie die Drucklegung des Werks über den Feldzug von 1814, das Fritz von Hiller zum Verfasser hat. Im Jahre 1896 bot Friedrich Wintterlin der Kommission die Abfassung einer „Geschichte der Behördenorganisation Württembergs“ an; davon erschien der erste Teil, der bis zum Dreißigjährigen Krieg geht, 1903, der zweite, bis zum Regierungsantritt König Wilhelms I. reichend, 1904, der dritte, der die Organisationen König Wilhelms I. bis zum Verwaltungs- edikt vom 1. März 1822 darstellt, 1906.

Ein neues Reihenwerk, von dem bis jetzt 16 Bände erschienen sind, eröffnete die Kommission 1904 unter dem Titel: „Darstellungen aus der württembergischen Geschichte“ mit der Schrift von R. Max Schuster, Der geschichtliche Kern von Hauffs Lichtenstein. Der zweite Band brachte 1905 ebenfalls eine Arbeit von literargeschichtlichem Einschlag: E. Holzer, Schubart als Musiker. Dazu gesellt sich Band 16 von 1915: Die Stellung der Schwaben zu Goethe, von Frank Thieß, und auch Band 5 von 1911 über „Leben und Lebenswerk eines Epigonen der Aufklärungszeit“, Friedrich Karl Lang, von Gustav Lang, mag dieser Gruppe zugezählt werden. Kriegsgeschichtlich ist Band 3, 1909: Der Feldzug 1664 in Ungarn, von R. W. Schempp, und Band 7, 1911: Franz Riegler, Die Reichsstadt Schwäb. Hall im Dreißigjährigen Krieg. Vorarbeiten zu dem von Walter Goetz angeregten geschichtlichen Atlas von Württemberg sind die Hefte 6 von 1911, 11 von 1913, 12 und 15 von 1914, in denen Schüler von Goetz sich mit der Entwicklung der Gebiete von Ulm, Rottweil, Ellwangen und Hohenberg beschäftigen. Politische Geschichte behandeln Band 4, 1910: Die Württemberger und die nationale Frage 1863—1871, von Adolf Rapp; Band 9 von 1912: Die württembergischen Abgeordneten in der konstituierenden deutschen Nationalversammlung, von Thilo Schnurre, mit biographischem Anhang von Niebour; endlich Band 14 von 1914: Die Triaspolitik des Freiherrn R. Aug. von Wangenheim, von Kurt Albrecht. Dazu Band 10 von 1912: Die Kirchenpolitik der Grafen von Württemberg bis 1495, von J. Wülk und H. Funk. Zur Rechts- und Verfassungsgeschichte gehört Band 8 von 1912: Die oberschwäbischen Reichsstädte, ihre Entstehung und ältere Verfassung, von Karl Otto Müller, mit einem 1914 erschienenen Ergänzungsband in Mappe: Alte und neue Stadtpläne der oberschwäbischen Reichsstädte. Schließlich ist Kulturgeschichte vertreten durch Band 13 von 1914: Badenfahrt. Württembergische Mineralbäder und Sauerbrunnen vom Mittelalter bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, von Gebhard Mehring.

Nicht in dieser Reihe, sondern als selbständiges Werk erscheint die „Geschichte des humanistischen Schulwesens in Württemberg“, deren Bearbeitung 1907 der Württembergische Gymnasiallehrerverein übernommen hat. Der seit 1912 vorliegende Band, an dem Karl Weller, Adolf Diehl, Julius Wagner und Ludwig Ziemssen Anteil haben, führt bis zum Jahr 1559; die Fortsetzung ist in Arbeit, teilweise im Druck.

Eine Klasse für sich ist der „Bilderatlas zur württembergischen Geschichte“, den 1913 Eugen Schneider unter Mitwirkung von Peter Gößler herausgegeben hat. Er ist ganz besonders dazu bestimmt, in weite Kreise zu kommen und Freude und Anteil an dem geschichtlichen Werden auch da zu verbreiten, wo nicht immer die Kenntnisse vollkommen entsprechen. Das wird erreicht durch den bei 669 Abbildungen besonders billigen Preis und die Empfehlung für Schulen und Schulbibliotheken.

Überblickt man die beiden Abteilungen der Quellenwerke und der Darstellungen, so erkennt man bald, daß bei den Quellen Neuwürtemberg (und davon wieder Städte und Klöster) weit stärker vertreten ist als das alte Herzogtum, während sich in den Darstellungen beide vielleicht die Wage halten und nur wenige Bücher das ganze heutige Königreich umfassen können. Was die Teilung an sich betrifft, so ist sie historisch wohlbegründet. Daß gerade Altwürttemberg zurücksteht, rührt von verschiedenen Ursachen her. Zu den ältesten Plänen gehörte die Herausgabe von Regesten der Grafen von Württemberg; aber es fand sich bis jetzt dafür kein geeigneter Bearbeiter. Auch die Herausgabe der politischen Korrespondenz König Friedrichs mußte längere Zeit zurückgestellt werden; jetzt liegt ein Teil davon fast druckfertig vor, aber der Bearbeiter Albrecht List ist im Oktober 1914 gefallen.

Die Gewinnung von Mitarbeitern ist überhaupt immer schwierig; denn die Sammlung des Stoffs zu einem Urkundenbuch fordert die ganze Kraft des Bearbeiters und seine volle Zeit, weil die Hauptarbeit in den Archiven selbst getan werden muß. Das geht natürlich in der Regel nur ein oder zwei Jahre. Ist aber der junge Gelehrte einmal in feste Berufsstellung eingetreten, dann bleibt ihm kaum jemals die Möglichkeit zu solch zeitraubender Beschäftigung. Das ist der Grund, warum die Tübinger Matrikeln, die Urkundenbücher von Rottweil und Eßlingen so lange auf Fortsetzung warten. Vieles, was die Kommission längst als wünschenswert anerkannt hat, steht einstweilen auf der Wunschliste. Aber doch ist die Arbeit an vielen Stellen lebhaft im Gang, soweit nicht gerade jetzt der Krieg sie unterbrochen hat. Friedrich Luz bearbeitet die alten württembergischen Maße und Gewichte im Zusammenhang mit der Maßordnung von 1557, Julius Rauscher altwürttembergische Visitationsakten der Reformationsjahre, Adolf Bischof altwürttembergische Urbare des 14. Jahrhunderts, Joseph Zeller ein Verzeichnis der Kirchenheiligen in Württemberg. Auch „Württembergische Nekrologe“, deren regelmäßige Veröffentlichung 1914 auf Anregung von Karl Weller und Viktor Ernst beschlossen wurde, sind in Arbeit.

Auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Darstellung hat die Kommission bis jetzt auf eigene Anregungen so gut wie ganz verzichtet. Was sie veröffentlichte, war ihr entweder von den Verfassern angeboten und wurde dankbar willkommen geheißen, oder ist es aus Anregungen einzelner Mitglieder hervorgegangen, wie z. B. die übernommenen Tübinger Doktorarbeiten. Sie wird wohl auch in Zukunft an dem Grundsatz festhalten müssen, daß ihr eigenstes Gebiet die Quellenkunde ist, die Veröffentlichung von Quellschriften und von Einzeluntersuchungen, die sich damit berühren. Sie schafft die Bausteine, aus denen einmal ein einzelner das Gebäude aufzurichten versuchen mag. Bis dahin können wir uns an dem Besitz der vorhandenen Darstellungen württembergischer Geschichte erfreuen. Doch möge die Kommission sich erinnern, daß die Stälinschen Werke beide unvollendet sind. In den ersten zehn Jahren ihrer Tätigkeit konnte man noch hoffen, daß Paul Friedrich Stälin die Geschichte des 17. Jahrhunderts schreiben werde. Nachdem diese Aussicht durch seinen Tod dahin ist, wird es zunächst eine der wichtigsten Aufgaben der Kommission sein, die Quellen des Dreißigjährigen Kriegs zugänglich zu machen. Der Stoff ist ungeheuer und eröffnet Aussicht auf lange Arbeit und Beschäftigung für viele.

Die Inventarisierung der nichtstaatlichen Archive und Registraturen des Landes, die das Statut von 1891 an vierter Stelle von der Kommission verlangt hatte, ist heute zum größten Teil durchgeführt. Doch gilt das im wesentlichen nur von den Pfarr- und Gemeinderegistraturen in Landgemeinden und kleinen Städten. Die Archive der meisten ehemaligen Reichsstädte sind teilweise absichtlich nicht berücksichtigt, weil sie wohlgeordnet unter eigener sachkundiger Leitung stehen wie in Eßlingen, Heilbronn, Ulm. Für manche andere hat sich ihres Umfanges wegen noch kein Bearbeiter gefunden. In Biberach hat Viktor Ernst das Spitalarchiv teilweise verzeichnet, vom Stadtarchiv liegen keine Verzeichnisse vor. Bei den privaten Archiven des Adels sind erst Anfänge gemacht. Immerhin konnte 1912 mit der Drucklegung begonnen werden, und bis 1914 waren zehn Hefte dieser „Württembergischen Archivinventare“ erschienen.

Zweck der Aufnahme war in erster Linie der Schutz der Archivalien. Die Verzeichnisse sind bestimmt, den mit der Verwahrung und Aufsicht betrauten Personen zu dienen und erfüllen diesen Zweck in ausreichendem Maße. Die Pfleger der Kommission, denen zuerst nur die Verzeichnung oblag, sind seit 1904 mit der neuen Aufgabe betraut, darüber zu wachen, daß nichts verwahrloßt oder verschleppt wird. Die behördliche Aufsicht gründet sich auf die Eigenschaft der Dokumente als Teile des Gemeindevermögens; sie ist in der Gemeindeordnung vom 28. Juli 1906 durch die Bestimmung ergänzt, daß Urkunden oder ältere, geschichtlich wertvolle Akten nur nach Benachrichtigung der Archivdirektion veräußert oder vernichtet werden dürfen und dem Staat bei Veräußerungen ein Vorkaufsrecht zusteht.

Aber die Inventare sind auch für die Wissenschaft von Wert, sofern sie Kenntnis vom vorhandenen geschichtlichen Stoff vermitteln, wenn auch die knappe Form nur selten zur unmittelbaren Verwertung als Quelle ausreichen wird. Doch sind gerade in der Form die Verzeichnisse ungleichartig, manchmal ausführlicher, als man erwarten durfte. Vom Umfang des Stoffs gibt ein rohes Bild, daß die bis jetzt gedruckten Verzeichnisse, die nur 14 Oberämter umfassen, zusammen über 1000 Druckseiten haben. Man ist überrascht durch die Fülle des teilweise recht wertvollen Materials, das hier für örtliche und allgemeine Geschichte, für wirtschaftliche und rechtliche Verhältnisse erschlossen ist. Die weitere Drucklegung ist nur durch den Krieg verzögert.

Noch ehe mit der Veröffentlichung der Pflegerberichte begonnen werden konnte, machte sich das Bedürfnis nach einem Verzeichnis der Kirchenbücher im Lande geltend. Es erschien 1911 und beruht auf den Berichten der Pfarrämter. Ein Vergleich mit den Inventaren fällt im allgemeinen zu deren Gunsten aus; es kommt diesen die persönliche Anteilnahme der Pfleger zugute. Als erstes Heft der Reihe „Württembergische Archivinventare“ erschien schon 1907 ein Verzeichnis der Altensammlung der herzoglichen Rentkammer von E. Denk; diese Akten, damals im Finanzarchiv, sind später an das Staatsfilialarchiv übergegangen. Nachdem das Staatsarchiv selbst die Veröffentlichung von Inventaren übernommen hat, wird dieser Teil der Arbeit von der Kommission nicht fortgesetzt werden.

Die umfassende Wirksamkeit der Kommission, ihre Veröffentlichungen, an denen alle Landesteile Anteil haben, nicht zuletzt auch die Tätigkeit der Pfleger bei der Aufnahme der örtlichen Registraturen, haben ohne Frage überall im Land zur Belebung geschichtlichen Sinns, zum Interesse an den Schicksalen, Erlebnissen und Verhältnissen der Vorfahren und des Heimatlandes beigetragen. Dabei kann aber die Mitarbeit örtlicher Geschichtsvereine nicht entbehrt werden, die ihrerseits in ihren Bestrebungen mittelbar durch die Kommission Förderung erfahren. Die vier größten älteren Vereine, die auch regelmäßigen Beitrag aus Staatsmitteln genießen, haben ohnehin, wie schon erwähnt, ihre Vertreter in der Kommission und sind Mitherausgeber der Vierteljahrshefte für Landesgeschichte. Gleichwohl verzichten sie nicht auf besondere eigene Veröffentlichungen.

In erster Linie steht damit der Württembergische Geschichts- und Altertumsverein. In seinem Auftrag hat Otto von Alberti das „Württembergische Adels- und Wappenbuch“ angelegt, dessen Erscheinen in Lieferungen 1889 begann und jetzt, zehn Jahre nach dem Tode von Albertis, der es nur zu drei Vierteln fertigmachen konnte, endlich vor dem Abschluß steht. Im Jahre 1902 gab der Verein die „Handschriften und Handzeichnungen des herzoglich württembergischen Baumeisters Heinrich Schickhardt“ durch Wilhelm

Geyd unter Mitwirkung von A. Euting und Bertold Pfeiffer heraus. Dann folgte 1903—1909 das große Werk „Herzog Karl Eugen von Württemberg und seine Zeit“ in zwei stattlichen Bänden; es ist nach Anregung Alberts von Pfister durch Zusammenwirken von 30 Gelehrten entstanden. Dem damit angegriffenen Thema blieb der Verein mit zwei weiteren Werken treu: 1911 erschien das „Tagebuch des Freiherrn von Buwilinghausen-Wallmerode über die Landreisen des Herzogs Karl Eugen von Württemberg in der Zeit von 1767—1773“, herausgegeben von Freiherrn E. von Biegefar, und 1913 das „Tagbuch der Gräfin Franziska von Hohenheim, späteren Herzogin von Württemberg“, herausgegeben von A. Osterberg.

Weit bescheidener sind die Veröffentlichungen der anderen Vereine. Von ihnen gibt der Verein für Kunst und Altertum in Ulm und Oberschwaben „Mitteilungen“ in zwangloser Folge heraus, ebenso, nur noch seltener, erscheinen die Hefte des Historischen Vereins für das württembergische Franken. Eine regelmäßige Monatschrift besitzt der Sülchgauer Altertumsverein in den „Neutlinger Geschichtsblättern“. Außerdem ist von älteren Vereinen noch des Zabergäuvvereins zu gedenken, dessen Vierteljahrshefte in der Hauptsache geschichtlichen Inhalt haben. Viel jünger ist der seit 1904 bestehende Geschichts- und Altertumsverein Ellwangen, der sich in dem „Ellwanger Jahrbuch“ eine bisher regelmäßig erschienene Zeitschrift geschaffen hat. Kleinere örtliche Vereine bestehen in nicht geringer Zahl da und dort, treten wohl auch mit gelegentlichen kleinen Veröffentlichungen hervor, beschränken sich aber meist auf die Pflege einer Sammlung heimatlicher Altertümer.

Pflege der Naturkunde

Von Oberstudienrat Dr. K. Lampert

Im Jahrgang 1786 des „Magazin für das Neueste aus der Physik und Naturgeschichte, herausgegeben von Lichtenberg“ findet sich die Nachricht, „daß der Bürgermeister Scherpff zu Urach in Württemberg für den Herzog von Württemberg ein Naturalienkabinett von ausgestopften vierfüßigen Tieren und Vögeln verfertigt hat, dessen Stückzahl sich bereits über 400 beläuft“. Die lebhafteste Schilderung einzelner Gruppen zeigt, daß Scherpff seine Tiere biologisch präparierte — ein eigentümliches Zusammentreffen, wenn wir vorausgreifend darauf aufmerksam machen, daß auch heute in der vaterländischen Abteilung des Naturalienkabinetts diese Methode gewahrt ist. So beschreibt Lichtenberg z. B. folgende Gruppe: „In einem Büschchen ist ein Eichhornnest, in welchem die Mutter mit der größten Zärtlichkeit daliegt und ihren vier säugenden Jungen durch das eine vordere Füßchen, das sie über den Kopf leget, gleichsam mit Vergnügen zusieht. Ein Stück, das vorzüglich bewundert wird.“ Der Artikel über dieses Kabinett schließt mit folgendem Satz: „Reisende, die das Pariser Naturalienkabinett gesehen haben, behaupten, daß dieses in Ansehung der mancherlei natürlichen Stellungen einen Vorrang vor jenem habe, indem man dort die Vögel tot, hier aber gleichsam lebendig sehen könne.“

Diese gelegentliche Bemerkung wirft ein hübsches Streiflicht auf das Interesse für die Naturwissenschaften in Württemberg in früherer Zeit und besonders auch auf deren Pflege und Förderung durch den regierenden Fürsten. Es mutet uns ganz neuzeitlich an, wenn Herzog Karl Eugen bereits 1789 einen erst in den letzten Jahrzehnten an den größeren Museen aufgegriffenen und zur Durchführung gelangten Gedanken, in einem besonderen Raum ein Bild der einheimischen Fauna zu geben, ökologisch, in der Aufstellung der Tiere in ihrer natürlichen Umgebung und entsprechend ihrer Lebensweise mit aller Schärfe aussprach, wenn er „für die bei dem Naturalienkabinett befindlichen württembergischen Tiere ein besonderes Zimmer anweist“ und Befehl gibt, daß alle in dieser Sammlung noch nicht befindlichen „würtembergischen Tiere vollends herbeigeschafft werden sollen“. Von jedem soll zur Aufstellung gelangen „ein Stück männlichen und weiblichen Geschlechts samt ein Jungen, die sich durch besondere Schönheit mit Rücksicht auf Farb und Gestalt auszeichnet“. Herzog Karl zeigte durch diese Anordnung, daß ihm sein Naturalienkabinett nicht mehr eine bloße Kuriositätenkammer

sein sollte, sondern eine Bildungsstätte, und völlig entsprechend unserer heutigen Auffassung erkannte er zwei Wege des naturwissenschaftlichen Unterrichts: Unterricht in den einzelnen Fächern und Schaffung einer großen Sammlung, die alles wünschenswerte Material für den Anschauungsunterricht bieten soll. Eine naturwissenschaftliche Sammlung fand sich ja schon lange in Stuttgart: das Naturalienkabinett. Es ging, wie so viele wissenschaftlichen Staatssammlungen, hervor aus einer „Fürstlichen Kunstkammer“, trug aber zum größten Teil den Charakter einer Raritäten- und Kuriositäten-sammlung.

Eine Pflegestätte für den naturwissenschaftlichen Unterricht schuf Herzog Karl Eugen in der Hohen Karlschule, welche aus der „Militärischen Pflanzschule“ und „Herzoglichen Militärakademie“ hervorging, allmählich immer mehr sich entwickelnd und höher steigend. In der Geschichte der Naturwissenschaft wohlbekannte und teilweise glanzvolle Namen sind es, die uns als Lehrer an der Hohen Karlschule, der Lieblingsschule des Herzogs Karl, entgentreten. Es sei nur an Kielmeyer erinnert, selbst zuerst Schüler der Hohen Karlschule und dann Lehrer, der Begründer der vergleichenden anatomischen und physikalischen Richtung der Zoologie, den Alexander von Humboldt den „ersten Physiologen Deutschlands“ nennt. Kerner, der Botaniker, hat seinen Namen bis heute erhalten durch das seltene, kostbare Prachtwerk „Hortus semper vivens“. In einer anderen wissenschaftlichen Arbeit Kerners, der „Flora Stuttgartensis“ 1786, findet sich auch die erste wissenschaftliche Erwähnung des nächst Schiller berühmtesten Schülers der Hohen Karlschule, Georg Cuvier aus Mömpelgard, des Schöpfers der Paläontologie, des Verfassers des Règne animal, dessen Autorität und Ansehen sich zu seiner Zeit niemand zur Seite zu stellen vermochte.

Auffallend erscheint uns an der Hohen Karlschule die Spezialisierung der Fächer; die Zahl der Lehrer an den einzelnen Fakultäten entspricht im ganzen der entsprechenden Zahl an einer heutigen kleineren Universität. Für Zoologie, Botanik, Chemie, Physik waren eigene Lehrer angestellt, ja sogar die Elektrizität hatte ihren eigenen Vertreter.

Eine derartige Pflege der Naturwissenschaft war mit Aussicht auf Erfolg nur möglich und aussichtsreich, wenn ein allgemeineres Interesse bereits vorhanden war, und das finden wir in Württemberg schon früh. Besonders die Klöster waren es auch hier, in denen die Wissenschaft mancherlei Pflege fand: hatte doch z. B. das Benediktinerkloster Ochsenhausen eine Sternwarte und ein reichlich ausgestattetes physikalisches Kabinett. In den Sammlungen der Klöster hatte sich auch manches erhalten, was heute als wertvoller und kostbarer Besitz die großen Sammlungen des Landes ziert.

Physikalische und astronomische Studien fanden von je einen Boden in Württemberg; wir brauchen nur Keplers, des Sohnes von Weil der Stadt, zu gedenken und erinnern uns des gelehrten Pfarrers Hahn vom Fuß des Hohen-Asperg, des Verfertigers der astronomischen Uhr.

Zur Beschäftigung mit der Natur mußte ferner jeden, der offenen Sinns die schwäbische Heimat durchwanderte, diese selbst anleiten. Die reiche Abwechslung der schwäbischen Landschaft, das düstere Waldgebirge des Schwarzwalds, das sonnige Unterland, die Alb mit ihrer kahlen Hochfläche und schattigen Buchenwäldern, das wasserreiche Oberschwaben bedingen eine sehr verschiedene Pflanzenwelt und ließen die *scientia amabilis*, die Botanik, in Württemberg viele Freunde finden, und in manchem Privatbesitz befand und befindet sich ein wertvolles Herbar. Die Tierwelt tritt etwas in den Hintergrund, mit Ausnahme der Vögel, die im vorigen Jahrhundert eine höhere wissenschaftliche Beachtung fanden als heute.

Ganz besonderes Interesse aber fanden von jeher die geologische Gliederung des Landes und seine Bodenschätze. Die verschiedenen „Staigen“ des Landes, die von den Tälern zur Höhe ziehenden Verkehrsstraßen, die in der Trennung größerer und kleinerer Gebiete auch politisch eine Rolle spielten und die nicht selten die Schichtenfolge der Gesteine bloßlegten, mußten von selbst die Aufmerksamkeit auf den Aufbau des Landes lenken. So verdankt die Geologie der Forschertätigkeit auf schwäbischem Boden ganz besondere Entwicklung. Von Friedrich von Alberti wurde in einem im Jahr 1834 erschienenen Werk der Name Trias zum erstenmal in die Wissenschaft eingeführt, und auf der Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte in Freiburg i. B. im September 1838 sprach Leopold von Buch, damals der berühmteste aller Geologen, über den schwäbischen Jura, die Hauptzüge seines Buches über den gleichen Gegenstand entwerfend, welche der Geologie des Jura ihre bleibende Grundlage geben sollten.

Diese eifrige Beschäftigung mit der Geologie des Landes hatte nicht zum mindesten auch ihren Grund in dem in Württemberg betriebenen Bergbau, von dem schon aus seiner früheren Zeit Nachrichten vorliegen. Schon aus dem Jahr 1267 hören wir von der Teilung einer Bergwerkszehente. Im Schwarzwald waren im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts 28 Gruben im Gang, wovon wenigstens fünf eine beträchtliche Ausbeute an Silber, Kupfer und Kobalt gewährten, während der spätere Betrieb sich auf Eisen, Vitriol und Salz beschränkte. Auch auf Kohlen wurde sehr früh schon gegraben. Leider damals wie bis heute vergebens.

Es waren jedoch nicht nur wertvolle Erze und Mineralien, welche die Aufmerksamkeit der Forscher auf sich zogen, köstliche Ausbeute bot sich dem Suchenden in der Fülle von Versteinerungen in den verschiedensten Schichten des württembergischen Landes. Früher freilich waren diese Reste ausgestorbener Tiere mißverstanden worden; eine frühere Wissenschaft wußte mit diesen merkwürdigen Gebilden nichts anzufangen; sie wurden als Naturspiele gedeutet, ja in einer unglaublich niedrigen Einschätzung eines allmächtigen Schöpfers als mißglückte Versuche desselben betrachtet. Oft knüpfte in früherer Zeit die Phantasie und der Aberglaube an gefundene Riesenknochen an, und in manchen Kirchen hing ein Mammutzahn oder ein

Schenkelknochen dieser ausgestorbenen Riesenelefanten, so z. B. auch in Alpirsbach. Erst der große Schüler der Hohen Karlschule, Cuvier, erkannte die wahre Natur dieser Gebilde. Wohl dämmerte gerade in Württemberg die Erkenntnis des richtigen Sachverhalts schon früher. Im Jahr 1700 waren durch einen „Granatir von Jhro hochf. durchl. Regiment“ die berühmten „Fossilia Canstadtensis“ gefunden worden, Teile von Zähnen und allerlei Skelettreste des Mammut. In dem alten Fundprotokoll findet sich u. a. der Satz: „Ob nun zwar von vielen Gelehrten dafür gehalten worden, daß diese Zähne etwa von der Sündflut her oder von Elephanten so hin und her in die Erde vergraben worden, nachgeblieben sein möchten, so ist doch glaublicher daß diese Sachen vielmehr mineralia seyn, nach und nach hervorgewachsen.“

In den „Ossements fossiles“, der ersten wissenschaftlichen Arbeit auf dem Gebiete der Paläontologie, stellt Cuvier die Herkunft dieser berühmten Fossilia Canstadtensis unzweifelhaft fest. Bei einem zweiten berühmt gewordenen, 1816 gemachten Mammutfund in dem an Resten diluvialer Säugetiere schier unerschöpflichen Cannstatter Becken zweifelte niemand mehr an der Natur der gewaltigen Zähne. 13 Stoßzähne und 3 Backenzähne lagen hier auf einem Platz zusammen. Auf Befehl des Königs Friedrich wurde unter der sorgfältigen Leitung von Leutnant Natter die ganze Gruppe in ihrer natürlichen Lage ausgehoben und glücklich in das Naturalienkabinett geschafft, wo sie noch heute den stolzen Mittelpunkt des Mammutkastens bildet. König Friedrich interessierte sich in hohem Grade für diese einzigartigen Funde, und dem längeren Verweilen in der feuchten Grube bei Kälte und regnerischer Herbstwitterung am 23. Oktober wird die Erkältung zugeschrieben, die sich rasch in eine gefährliche Krankheit verwandelte und nach wenigen Tagen Württemberg seines ersten Königs beraubte.

Dieser kurze, auf Vollständigkeit keinen Anspruch erhebende historische Rückblick auf die Pflege der Naturwissenschaften in Württemberg und ihre Entwicklung läßt uns mit Recht sagen, daß die Naturwissenschaften im Lande von je eine Heimat hatten und sie sich ganz besonders vom Ende des 18. Jahrhunderts an einer großen Beliebtheit und Pflege erfreuten. Diese Pflege der Naturwissenschaften fand ihren Ausdruck teils in der Anlage von Sammlungen, teils in naturwissenschaftlichen Vereinigungen, die sich die Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse und zugleich die genaue Durchforschung des Landes in naturwissenschaftlicher Beziehung zum Ziel setzten. Der vielversprechende Anfang einer planmäßigen Pflege der Naturwissenschaften sollte durch die Weiterentwicklung keine Täuschung erleiden. In immer weitere Kreise drang das Interesse für die Natur, gepflegt und gefördert durch eifrige Forscher und Lehrer. Das Naturalienkabinett wurde die populärste Sammlung des ganzen Landes, dessen Besuch auch für den einfachsten Bauern, der vom Lande in die Hauptstadt kommt, selbstverständlich ist. Wenn Tausende zum Cannstatter Volksfest kommen, so wandern die Besucher

des Wafens auch in Scharen in das Naturalienkabinett; wird am „Montag nach der Konfirmation“ die glücklich am Ende der Schulzeit angelangte Jugend in die Hauptstadt geführt, so ist ein wesentlicher Punkt des Tagesprogramms der Besuch des Naturalienkabinetts. Auf dem Land wird der Wanderer oft in Erstaunen versetzt, aus einfachem Munde von Ammoniten und anderen Versteinerungen sprechen zu hören, vom braunen und weißen Jura oder gar von einem Arbeiter auf dem Feld Belehrung zu erhalten, wo er die gesuchten Versteinerungen erhalten könne. Kommen in einem Steinbruch oder in einer Riesgrube Versteinerungen zutage, so darf das Naturalienkabinett ziemlich sicher darauf rechnen, sofort benachrichtigt zu werden und Gelegenheit zu erhalten, an Ort und Stelle sich von der Bedeutung des Fundes zu überzeugen, und die große Reichhaltigkeit der württembergischen geologisch-paläontologischen Sammlung an Versteinerungen und besonders auch an den seltensten und kostbarsten Funden, die diese Sammlung zu einer der berühmtesten paläontologischen Sammlungen der ganzen Welt machen, ist nicht zum geringsten Teil auf dieses weitverbreitete Interesse in der Bevölkerung zurückzuführen. So darf ohne Übertreibung gesagt werden, daß in Württemberg naturwissenschaftliches Interesse und naturwissenschaftliche Kenntnisse verbreitet sind wie sonst kaum in deutschen Landen.

Der natürliche Mittelpunkt besonders für die Sammeltätigkeit ist die Kgl. Naturaliensammlung, im Volksmund als „Naturalienkabinett“ bekannt, dem wir aus diesem Grund noch ein paar Worte widmen dürfen. Der Entstehung der Anstalt haben wir schon gedacht. Lange Jahrzehnte führten die im „Herzoglichen Naturalienkabinett“ aufbewahrten Sammlungen ein Wanderleben. Zuerst und für ein ganzes Jahrhundert lang im sogenannten alten Lusthaus aufbewahrt, wanderte das Kunstkabinett und mit ihm das Naturalienkabinett 1746 in den sogenannten „neuen Bau“ und bereits 1751 in den „Prinzenbau“ (der heutigen Wohnung der Herzöge Philipp und Robert von Württemberg), hierdurch glücklich dem Brand entgehend, der 1757 den neuen Bau verzehrte. Nach kurzer Aufbewahrung im „Herrenhaus“ auf dem Markt (1820 abgebrochen) gelangte das Naturalienkabinett mit anderen Sammlungen in die „herzogliche Hohe Karlschule“. Nochmals war den Sammlungen auf ihrer Wanderfahrt ein kurzer, vorübergehender, von 1801 bis 1806 während der Aufenthalt im alten Schloß beschieden, bis sie im Jahr 1826 einen dauernden Platz in dem neuerbauten „Naturalienkabinett“ in der Neckarstraße fanden: mit dem Kgl. Haus- und Staatsarchiv den Platz teilend, sind sie noch heute dort untergebracht.

Zu allen Zeiten erfreute sich das Naturalienkabinett des Wohlwollens des regierenden Fürsten, und neben gelegentlichen Erwerbungen wurden stets auch größere Sammlungen dem Naturalienkabinett einverleibt, teils durch Ankauf, teils durch Schenkungen. Neben dem Naturalienkabinett fand

sich in Stuttgart eine Naturhistorische Sammlung im Besitz der Zentralstelle des Landwirtschaftlichen Vereins. Nach den Bemerkungen von Friedrich Eser in seiner Lebensbeschreibung müssen diese Sammlungen, die sich auf alle Naturobjekte erstreckten und im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts unter der Leitung Dr. Plieningers standen, recht bedeutend gewesen sein; Eser hebt insbesondere die reiche paläontologische Sammlung hervor. Im Lauf der Zeit löste sich diese Sammlung auf, und ihre Bestände gingen größtenteils in den Besitz der Naturaliensammlung über. Zahlreiche Privatsammlungen, oft das Ergebnis jahrzehntelanger Forscher- und Sammel-tätigkeit, kamen durch Kauf an das Naturalienkabinett oder sie wurden von den Besitzern der Sammlung vermacht in richtiger Würdigung der Tatsache, daß Sammlungen, besonders naturhistorische, die, wenn ihrer Erhaltung nicht mehr die genügende Sorgfalt zugewendet wird, allzu rasch dem Verderben entgegengehen, ihren Platz am besten in einer staatlichen Sammlung finden, um dort zu ehrendem Gedächtnis des ehemaligen Besitzers und zum Besten der Wissenschaft bewahrt zu werden. Die letzten Jahrzehnte haben der Naturaliensammlung manchen interessanten Zuwachs aus den Kolonien gebracht.

Es ist ein besonderer Zug der Schwaben, auch in der Fremde, in welche sie der Wandertrieb führt, der Heimat nicht zu vergessen. Es war nur natürlich, daß mit der Erwerbung von Kolonien in verschiedensten Teilen der Erde durch das Deutsche Reich das Naturalienkabinett auch mit Tieren und Pflanzen, mit Gesteinen und Mineralien aus Ost-, West- und Südafrika, von der Inselwelt der Südsee wie von unserem ostasiatischen Gebiet versorgt wurde. Das hohe Interesse, welches die Königlichen Majestäten allen diesen Schenkungen in persönlicher Besichtigung der Objekte und in dem Dank an die Schenkgeber entgegenbrachten, ließ die Söhne schwäbischer Erde, die in fernen Landen ihre Lebensarbeit in den Dienst der deutschen Sache stellten, mit besonderer Freude der Heimat gedenken und ihrer Anhänglichkeit sichtbaren Ausdruck verleihen.

Dabei war einem der Beamten der Naturaliensammlung, dem leider seinem Amt und der Wissenschaft so früh entrissenen Professor Dr. Eberhard Fraas, dem würdigen Nachfolger seines Vaters, vergönnt, durch eigene Forschungsreisen die Wissenschaft und die Sammlungen des Naturalienkabinetts zu fördern. Er holte in den Einöden des nordamerikanischen Badlands die Riesentknochen der ausgestorbenen Schrecken-saurier, und mit dem Blick des Forschers erkannte er die Wichtigkeit der von dem leider seither in treuer Pflichterfüllung in Verteidigung Ostafrikas gefallenem württembergischen Ingenieur B. Sattler im Süden von Deutsch-Ostafrika, im Höhenzug des Tendagura gemachten Funde von Riesentknochen, die ebenfalls von jenen gewaltigen, riesenhaften Landeichsen herrühren, welche die Wissenschaft als Dinosaurier bezeichnet. Dieser aufsehenerregende Fund war die Veranlassung zur Entsendung der deutschen Tendaguru-Expedition, die

unglaubliche Massen von Resten ausgestorbener Tiere in das Museum von Berlin brachte; die ersten nach Europa gebrachten Knochen aber befinden sich im Besitz der Kgl. Naturaliensammlung in Stuttgart.

Das 1826 für die Naturaliensammlung hergestellte Gebäude war im Lauf der Jahre zu klein geworden. Selbst mit dem 1864 in der Richtung Archivstraße angebauten Flügel konnten die Räume den Anforderungen nicht mehr genügen. Da sprengte ein neuer großartiger Fund die Räume: 1911 kam in einer an Resten altdiluvialer Säugetiere überreichen Sandgrube bei Steinheim a. d. Murr ein fast vollständiges Mammutskelett zutage, welches sich als das größte aller in der Welt existierenden Skelette dieses ausgestorbenen Elefanten ergab. Von maßgebender Seite wurde die Notwendigkeit anerkannt, einen solch einzigartigen Fund zur würdigen Aufstellung zu bringen. Die nötig gewordene Erbreiterung des zoologischen Saales führte dank dem Entgegenkommen der hohen Staatsregierung zu einer Erweiterung der Sammelräume in allen drei Stockwerken.

So hat das Naturalienkabinett seinen alten Ruf nicht nur bewahrt, sondern ist in den letzten Jahrzehnten räumlich wie inhaltlich bedeutend gewachsen. Seine Aufgabe ist, von allen drei Naturreichen durch ausgewählte und gut präparierte Stücke ein möglichst übersichtliches Bild zu geben, des Tier- und Pflanzenreichs wie des Aufbaus der Erde mit ihren Versteinerungen. Dabei aber hat natürlich die engere Heimat ihre besondere Berücksichtigung gefunden. Wie der Besucher in der schon erwähnten geologischen Sammlung einen bis ins einzelne gehenden Einblick erhält in den geologischen Aufbau Württembergs mit seinen Versteinerungen, so bietet die zoologische Sammlung dem Beschauer ein vollständiges Bild der Tierwelt des Landes, und umfangreiche Herbarien enthalten alle in Württemberg sich findenden Pflanzen. Die eine besondere Abteilung des Naturalienkabinetts bildende württembergische Sammlung ist zum Teil Eigentum des weiter unten zu erwähnenden Vereins für vaterländische Naturkunde, aber in der Weise mit dem Naturalienkabinett verbunden, daß ihre Verwaltung den Beamten des Naturalienkabinetts untersteht und daß dieselbe einen integrierenden Teil der Sammlungen des Naturalienkabinetts bildet, in dessen Besitz sie bei etwaiger Auflösung des Vereins auch formell übergehen würde. Der Besucher, der in flüchtigem Gang durch die Sammlungsräume geht oder sich zu längerem Studium in denselben verweilt, findet die größeren Objekte aufgestellt. Die Vollständigkeit der württembergischen Sammlung muß sich aber natürlich auch auf die kleinere und kleinste Tierwelt erstrecken, wenn auch diese Tiere wie die Herbarien aus technischen Gründen nicht zur allgemeinen Ausstellung gebracht werden können. Das Naturalienkabinett soll nicht nur eine Schausammlung sein, sondern sie soll auch dem Forscher, der bestimmte Teile oder Pflanzengruppen der Heimat sammeln will, der bestimmte Ablagerungen und deren Versteinerungen zu studieren bezweckt, mit seinem reichen Material an die Hand gehen. Es soll ihm ermöglichen, seine Funde zu vergleichen,

an der Hand von gut bestimmtem Material festzustellen; es soll auf wissenschaftliche Anfragen Auskunft erteilt werden.

Das Naturalienkabinett darf als Landessammlung bezeichnet werden. Neben derselben finden sich aber kleinere Sammlungen ähnlicher Art noch in verschiedenen Teilen Württembergs. In den letzten Jahrzehnten erstanden, legen sie erfreuliches Zeugnis ab von der zunehmenden Bedeutung naturwissenschaftlicher Studien und die Freude an den Naturwissenschaften in weiten Kreisen. Sie sind zum Teil städtisches Eigentum und in diesem Fall meist hervorgegangen aus Privatsammlungen, die der bestimmten Stadt durch Vermächtnis oder Geschenk überwiesen wurden, oder Sammlungen naturwissenschaftlicher Vereine. Zum Teil tragen sie einen ausgesprochen lokalen Charakter und sind in ganz besonderem Maße geeignet, die Heimatkunde zu fördern und die Liebe zur Heimat zu pflegen.

In Oberschwaben dürfen wir einige solcher Sammlungen nennen. Viberach, welches durch seine Kunstsammlungen auch in dieser Beziehung einen Namen unter den oberschwäbischen Städten hat, besitzt eine naturwissenschaftliche Sammlung, die, was die Paläontologie betrifft, eine größere Bedeutung beanspruchen darf. Sie baut sich auf auf der Sammlung des verstorbenen Pfarrers und päpstlichen Rämmerers Dr. J. Probst, früher in Unteressendorf. Unermüdlich sammelte dieser treffliche Kenner Oberschwabens in seinem Forschungsgebiet. Der Meeres-, Brackwasser- und Süßwasser-Molasse war sein besonderes Augenmerk zugewandt, und seine der Stadt Viberach vermachte Sammlung stellt eine vollständige, ausgezeichnete Folge von Versteinerungen aus den verschiedensten Schichten Oberschwabens dar. Dem Vorbild seines Freundes folgend, hat ein anderer Vertreter des geistlichen Standes in Württemberg, Pfarrer Dr. Engel in Kleineislingen, ebenfalls seine Sammlungen dem Museum in Viberach überwiesen. Gleich dem katholischen Geistlichen zeigte der protestantische Pfarrer, wie der Beruf des Geistlichen sich wohl verträgt mit einer eifrigen wissenschaftlichen Betätigung auf dem Gebiet der Naturwissenschaften. Sein Arbeitsfeld ist der Jura. Als trefflichster Kenner seiner Juraheimat hat Dr. Engel Jahrzehnte hindurch auch die kleinsten Aufschlüsse der Schwäbischen Alb abgeklöpft und als Resultat seiner rastlosen Tätigkeit eine reiche Sammlung von Jurafossilien erbeutet.

Dem Verein für Naturkunde in Ravensburg gehört eine naturhistorische Sammlung in Ravensburg, die zusammen mit den Kunst- und Altertumsammlungen in den Räumen des ehemaligen Stadttheaters untergebracht ist. Auch hier bilden die Grundlage paläontologische und geologische Auffammlungen, die in großer Reichhaltigkeit von Fabrikant Friedrich Krauß der Sammlung überwiesen wurden. An sie schließen sich zoologisch-ethnographische Sammlungsgegenstände an.

Das Bodenseemuseum in Friedrichshafen enthält, soweit es sich um naturhistorische Gegenstände handelt, naturgemäß besondere Stücke aus

der näheren Umgebung Friedrichshafens und soll besonders ein Bild von der Tierwelt des Bodensees geben, ebenso wie ein im Entstehen begriffenes Museum in Buchau am Federsee die charakteristische Tierwelt dieses interessanten Moor- und Niedrgebiets vereinigen soll.

Für den Schwarzwald ist ein Museum in Freudenstadt entstanden, welches ein Bild der bemerkenswerten und eigenartigen Fauna dieses Waldgebirges geben soll.

Seit kurzem erst haben auch die Unterländer ein eigenes naturhistorisches Museum erhalten, nach Heilbronns berühmtestem Sohn Robert-Mayer-Museum genannt und Eigentum des eigens zu diesem Zweck gegründeten Museumsvereins. Unter der rührigen Leitung der Herren Kommerzienrat Link und Dr. Wild bezweckt dieses Museum in erster Linie ein Bild der Natur des Unterlandes in einer Ausstellung aus allen drei Naturreichen zu geben, ohne daß jedoch außerwürttembergische Naturalien, die aus irgendwelchem Grund besonders beachtenswert sind, ausgeschlossen wären.

Eine große Sammlung besitzt der Naturwissenschaftliche Verein Reutlingen, in welcher besonders die paläontologische Abteilung nach Überweisung der Sammlung von Pfarrer Gußmann in Eningen Anspruch auf Bedeutung erheben darf.

Ebenso ist zu nennen die Sammlung des Naturwissenschaftlichen Vereins in Gmünd, für welche in der Fachschule für Edelmetallindustrie ein sehr schöner Raum zur Verfügung gestellt ist und um deren Zustandekommen sich in erster Linie auch Freunde der Insektenkunde aus den Kreisen der Gmünder Arbeiter verdient gemacht haben.

Einem engsten Gebiet ist das Höhlenmuseum in Gutenberg gewidmet. Seit den Tagen der Ausgrabungen des Hohlenstein und Hohlenfelsens mit den überreichen Funden des Höhlenbären ist die Höhlenforschung in Württemberg bald mehr, bald weniger mit regem Eifer betrieben worden und hat auf dem Gebiet der Vorgeschichte ein reiches Material zutage gefördert. Während dasselbe zum größten Teil staatlichen Museen, dem Naturalienkabinett, der Staatsammlung vaterländischer Altertümer in Stuttgart wie auch der Universitätsammlung in Tübingen zugegangen ist, sind die durch die Ausgrabungen Pfarrer Gußmanns in Gutenberg in der dortigen Höhle gewonnenen Tierreste in einer kleinen Sammlung in Gutenberg selbst vereinigt.

Alle die genannten Museen sind sozusagen Selbstzweck; sie dienen der Belehrung der Besucher des Museums und verfolgen sonst keine besonderen Ziele. Das letztere gilt von den Sammlungen, die mit einer Lehranstalt verbunden sind. Wir können nicht näher eingehen auf die Sammlungen, die mit höheren Lehranstalten, Gymnasien, Oberrealschulen und neuerdings erfreulicherweise mit der Volksschule verbunden sind. Die höhere Pflege des naturwissenschaftlichen Unterrichts, die der Geist der Zeit, der gewaltige

Fortschritt der Technik, die praktische Verwertung naturwissenschaftlichen Studiums gebieterisch erfordern und der in den neueren Schulplänen des württembergischen Unterrichtswesens erfreulicherweise Rechnung getragen ist, verlangt in weitgehendem Maße den Anschauungsunterricht. Der lebendigste Vortrag, die beste Darstellung kann nicht die Anschauung ersetzen; sie bleiben tote Worte gegenüber dem wirklichen Naturobjekt. So haben alle Schulen heute ihre Sammlungen, die — es liegt dies in der Natur der Sache — in ihrem Ausbau mancherlei Verschiedenheit aufweisen mögen; es ist dies begründet in der Individualität des Lehrers, seinen besonderen Neigungen, nicht selten auch darin, ob es gelingt, einen Gönner der Schulsammlung aufzufinden, welcher die staatlicherseits zur Verfügung gestellten Mittel etwas zu strecken bereit ist. Im ganzen aber zeigen alle diese Sammlungen einen bestimmten Charakter: es sind Lehrsammlungen, bei welchen mehr wie bei jeder anderen Sammlung das Wort zu gelten hat: in der Beschränkung zeigt sich der Meister.

Für die Einrichtung von Schulsammlungen in den Volksschulen ist Vorbild das auf Veranlassung von Rektor Dr. R. S. Luz gegründete staatliche Schulmuseum in Stuttgart. Seinem Charakter nach ist es ebenfalls eine Unterrichtsammlung, und unter den Lehrmitteln für die verschiedenen Unterrichtsfächer befindet sich eine Sammlung von Naturgegenständen aller drei Natureiche, wie sie für eine ausgebaute Volksschule in Betracht kommen.

Höhere Anforderungen werden wir an die Sammlungen der Hochschulen stellen. Je nach dem Charakter der Hochschule wird eine jede Sammlung ihr eigenes Gesicht zeigen, und die besondere Neigung des Sammlungsvorstands für bestimmte Arbeitsgebiete wird hier mehr wie sonst zum Ausdruck kommen können. Ein näheres Eingehen dürfte sich hier wohl erübrigen, da den Hochschulen ein eigenes Kapitel gewidmet ist. Doch soll kurz der naturwissenschaftlichen Sammlungen an den einzelnen Hochschulen gedacht werden. So beansprucht in Tübingen ganz besonderes Interesse die paläontologische wie die geologische Sammlung der Universität. Die erstere enthält die Typensammlung aus dem schwäbischen Jura, welche Quenstedt, der in Schwaben Unvergessene, aus dem Jura zusammengebracht hat. In neuerer Zeit treten die großartigen Saurier der Sammlung in Wettbewerb mit ihren im Stuttgarter Naturalienkabinett aufbewahrten Verwandten. In der mineralogischen Sammlung bewahrt die Meteoritensammlung das Andenken an den Freiherrn von Reichenbach, den vielfach verkannten genialen „Entdecker des Od“. Einen besonderen Charakter trägt die prähistorische Sammlung paläolithischer Funde, insbesondere die Höhlenfunde aus Schwaben, durch deren wissenschaftliche Zusammenstellung R. R. Schmidt Licht in das Dunkel frühesten Vorzeit in Schwaben gebracht hat und eine Parallele zu dem Auftreten des ältesten Steinzeitmenschen in Südfrankreich schaffen konnte.

Die naturwissenschaftlichen Sammlungen der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim tragen, besonders was die zoologische und die mineralogi-

schen Sammlungen anbelangt, in erster Linie den Charakter der Lehrsammlungen; die botanische Sammlung enthält zugleich ein Herbar von mehr als 30 000 Arten. Die naturhistorischen Sammlungen der Technischen Hochschule in Stuttgart können um so mehr sich auf die für den Unterricht in Betracht kommenden und nötigen Naturalien beschränken, als für erweiterte Studien die reichen Sammlungen des Naturalienkabinetts zur Verfügung stehen.

Den größeren und kleineren Sammlungen, welche die Verbreitung der Kenntnis der Naturobjekte bezwecken, hat sich seit wenigen Jahrzehnten eine Sammlung angeschlossen, die der wissenschaftlichen Völkerkunde, der Ethnographie, gewidmet ist. In ihren Anfängen kaum über die klassische Zeit hinausgehend, in welchen Herder seine „Stimmen der Völker“ schrieb, hat die junge Wissenschaft der Völkerkunde ein festeres Gepräge und einen größeren Aufschwung erst seit etwa einem halben Jahrhundert gewonnen. Die Erkenntnis, daß für die wissenschaftliche Entwicklung einer Völkerkunde es nötig sei, im Sammeln von den Erzeugnissen aller Völker, besonders der Naturvölker, eine sichere Grundlage hierfür zu gewinnen, drang erst in letzter Stunde durch, als es gerade noch Zeit war, das Ursprüngliche im Leben der Völker zu studieren, ehe die alles Eigentümliche hinwegschwemmende Welle der unaufhaltsamen Verbreitung der weißen Rasse mit ihrer Segen und Fluch bringenden Kultur über den Erdball Sitten und Gebräuche, Kunstfertigkeit und Eigenartigkeit der Naturvölker vernichtet.

Ethnographische Museen entstanden, und das Stuttgarter Museum für Länder- und Völkerkunde, das Linden-Museum, darf sich rühmen, in unaufhaltsam vorwärts drängender Entwicklung sich in kurzer Zeit den größten gleichartigen Museen in Deutschland an die Seite gestellt zu haben. Aus kleinen Anfängen schuf Graf Karl von Linden, der Vorsitzende des Württembergischen Vereins für Handelsgeographie, in unermüdlicher, über den ganzen Erdball sich erstreckender Werbetätigkeit das Museum. Große Schenkungen von ihm und gleichgesinnten Männern ermöglichten es, den immer mehr anwachsenden Sammlungen in einem stolzen, dem Verein für Handelsgeographie als Besitz zugeschriebenen Bau ein neues, würdiges Heim zu schaffen. Die alte Heimatliebe der Württemberger fand eine neue, reiche Betätigung und erwünschte Gelegenheit, auch in der Ferne der Heimat zu gedenken und dem neuen Museum reiche Sammlungen zu widmen, und die Huld des Königs wandte sich in besonderem Maß diesem während der Regierungszeit des Herrschers entstandenen Museum zu und ließ den hohen Schutzherrn des Württembergischen Vereins für Handelsgeographie besonderes Interesse nehmen an dem Wachsen und Gedeihen des Linden-Museums. Rasch wurde es auf diese Weise ein den älteren Geschwistern sich würdig an die Seite stellendes Bildungsmittel für weiteste Kreise. In der Fülle aller Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens, der zum Ackerbau, den Verrichtungen

der häuslichen Arbeiten nötigen Gerätschaften, den als Kleidung und Schmuck dienenden Erzeugnissen, den Kriegswaffen wie den Geräten für Fischfang und Jagd sehen wir überall ein zusammenfassendes Bild der Kulturhöhe der einzelnen Völker und Stämme, das noch unterstützt wird durch Modelle oder selbst Originale von Häusern und Booten. In allen Abteilungen ist darauf Wert gelegt, durch Figuren oder ganze Gruppen von künstlerischer Ausführung und zum Teil bedeutender Ausdehnung der Sammlung Leben zu verleihen und die zum Teil fremdartig erscheinenden Stücke dem Beschauer in der Art ihrer Verwendung hierdurch näher zu bringen. Besonders gut sind natürlich die deutschen Kolonien vertreten, und die sehr umfassenden Sammlungen sind namentlich für die Jugend das beste Anschauungsmaterial, um vertraut zu werden mit den Ländern und deren Eingeborenen, in denen deutsche Tatkraft festen Fuß gefaßt hat und welche deutsche Tapferkeit und Zähigkeit gegen feindliche Übermacht verteidigen.

Was deutscher Fleiß und deutsche Kultur im Ausland geschaffen haben, soll ein anderes Museum vor Augen führen, welches im Entstehen begriffen ist: das Museum für das Auslandsdeutschtum. Sich von Anfang an der huldvollsten Förderung durch den König erfreuend sowie die Unterstützung führender Persönlichkeiten ganz Deutschlands genießend, soll das Museum dazu beitragen, die Beziehungen zwischen dem Deutschtum im Ausland, wenn daselbe all die Hemmungen, mit welchen es jetzt zu kämpfen hat, siegreich überwunden haben wird, und dem Mutterland aufs engste zu knüpfen und für die Kenntnisse dieser Beziehungen wie die Bedeutung des Auslandsdeutschtums überhaupt eine Zentralstelle zu schaffen. Es soll zu diesem Zweck Verbreitung, Kultur- und Wirtschaftsstellung des Deutschtums im Ausland zur Darstellung bringen und seiner Aufgabe gerecht werden durch Aufstellung von Gegenständen, dem eigentlichen Museum, Errichtung einer Bücherei und eines Archivs und Errichtung einer Auskunfts- und Vermittlungsstelle.

Außer diesen dem öffentlichen Besuch zugänglichen Sammlungen finden sich noch zahlreiche Privatsammlungen im Land, die Zeugnis ablegen von dem großen Interesse für Naturwissenschaft in weiten Kreisen. Wir können sie suchen in Pfarrhäusern oder auf hochgelegenen Bergschlössern des Adels, nicht selten aber auch im einfachen Heim des Arbeiters und Handwerkers, der in seiner karg bemessenen freien Zeit seine Erholung in Mehrung und Erhaltung seiner Sammlung findet.

Der Schilderung der Sammlungen dürfen wir anschließen die Erwähnung der in den letzten Jahren in Württemberg an mehreren Stellen errichteten „geologischen Pyramiden“. Sie sind gewissermaßen auch als naturhistorische Sammlungen aufzufassen, unter freiem Himmel aufgestellt und dienen zur Veranschaulichung des geologischen Aufbaus einer bestimmten Gegend. Die einzelnen geologischen Pyramiden sind naturgemäß immer

dem geologischen Charakter der Landschaft angepasst, in deren Mitte sie als Lehrmittel aufgestellt sind. Die Steine sprechen und erzählen mitsamt den an ihnen angebrachten Fossilien von der Entstehung des Landes.

Die wichtigsten dieser Pyramiden sind die auf der Wilhelmshöhe bei Crailsheim, beim Schloßchen Lichtenstein auf der Schwäbischen Alb, im Stadtgarten von Oberndorf a. Neckar, im Hof der Dammschule in Heilbronn und im Stadtgarten in Stuttgart.

Die älteste dieser Pyramiden wurde von Hofrat Apotheker Biezinger in Crailsheim errichtet; sie stellt den geologischen Aufbau der Umgegend Crailsheims mit seinen charakteristischen Versteinerungen dar, die aus den beiden oberen Gliedern des Trias, aus Muschelkalk und Keuper besteht. Die lehrreiche Pyramide steht inmitten eines vom Erbauer zu einem Naturpark umgeschaffenen Hügels, an welchem gruppenweise die Flora der Alb angesiedelt ist, Botanik und Geologie dem Besucher zum Studium vereint.

Dem Jura ist die geologische Pyramide gewidmet, welche Herzog Wilhelm von Urach, Graf von Württemberg, unter Leitung von Professor Dr. Fraas auf dem Lichtenstein hat errichten lassen, diesem köstlichen sagen- und poesieumwobenen Fleckchen Erde, auf welchem die Pflege der Naturwissenschaft, der Geschichte und Kunst in einem hochgemuten Fürstenhaus seit Generationen eine Heimstätte gefunden hat. Die Pyramide stellt einen Aufbau dar, in welchem die Schichten des gesamten schwäbischen Jura der Reihenfolge nach von unten nach oben, schwarzer, brauner und weißer Jura, plastisch dargestellt und zugleich die den einzelnen Schichten zugehörigen wichtigsten Versteinerungen in Originalexemplaren dem Beschauer vor Augen geführt sind.

Einen ungewöhnlich großen Umfang zeigt die ebenfalls unter der Leitung von Professor Fraas erbaute Doppelpyramide in Oberndorf, zugleich eine gewaltige Spanne Zeit in der Geschichte der Erdentwicklung umfassend. Aus drei Abteilungen bestehend, bringt sie auf einer Basis von 8 Meter Länge und 3 Meter Breite die Gesteinsformation des Schwarzwaldes, die Schichtenbildung der Schwäbischen Alb und durch eine verbindende Brücke das Gäu, den Muschelkalk, zur Darstellung.

Die Heilbronner, der Trias gewidmete Pyramide, um welche sich Hauptlehrer Stettner besonders verdient gemacht hat, stellt den Schichtenaufbau in der Gegend von Heilbronn dar, beginnend mit dem oberen Buntsandstein am Odenwaldrand und abschließend mit der Decke des unteren Lias auf den höchsten Ruppen der Keuperberge. Das die Pyramide einfassende Pflaster deutet an, daß die Trias im wesentlichen auf granitischem Grundgebirge aufliegt.

Im Gegensatz zu diesen mehr oder weniger paläontologischen Pyramiden engeren Gebietes verfolgt die anläßlich der Ausstellung für Gesundheitspflege im Stadtgarten nach den Angaben von Professor Sauer errichtete Pyramide die Aufgabe, einen völligen Überblick über den vertikalen Schichtenaufbau

des Landes zu geben; es ist also eine geologische Pyramide im engeren Sinne des Wortes. Sie zeigt uns tatsächlich dadurch, daß alle Schichten, nicht bloß die harten Bänke, sondern auch die weichen Mergel (die für diese Verwendung nach besonderem Verfahren gehärtet werden mußten) vertreten sind, eine überraschend bunte Mannigfaltigkeit im geologischen Aufbau des Landes, den ganzen in der Natur vorhandenen, 1500 Meter mächtigen Schichtenstoß im Maßstab von etwa 1:500 verkleinert. Alle wichtigeren Schichten sind vertreten. Über dem Sockel von altem Grundgebirge (Granit, Gneis, Granitporphyr im natürlichen Verbandverhältnis dargestellt) liegt in Vertiefungen des alten Grundgebirges Rotliegendes, dann folgt die Trias (Buntsandstein, Muschelfalk, Keuper), durch 20 verschiedene Schichtkomplexe vertreten, darüber, das Juragebirge entsprechend reich gegliedert, tertiärer Molasse-sandstein. Den Abschluß der Pyramide bildet ein Findling von grünem Juliergranit aus der Moräne Oberschwabens. Die tektonischen Erdrindenbewegungen sind durch eine mächtige Verwerfung dargestellt, die den Schichtenstoß links (in der Natur um 60—80 Meter) abgesunken zeigt. Auf der Verwerfungsfläche ist ein Schwertspatgang ausgebildet. Rechts hinten wird der ganze Aufbau bis zum Tertiär von einem mit Basalttuff erfüllten Explosions-schlot (Vulkangebiet von Urach) durchsetzt. Die Hauptquellhorizonte sind durch blaue Linien gekennzeichnet; aufgeschriebene Buchstabensymbole wie G, gn, sn, sm entsprechen Granit, Gneis, unterer Buntsandstein usw. und dienen zum weiteren Verständnis.

Von der Einschaltung von Fossilresten wurde fast ganz abgesehen, um die Maßstäblichkeit der Darstellung nicht zu beeinträchtigen. Diese Pyramide ist zunächst als ein Versuch zu betrachten, der innerhalb einer sehr kurzen gegebenen Zeit ausgeführt wurde und mit sehr geringen Mitteln. Der allgemeine Beifall, den er gefunden hat, läßt hoffen, daß sich nach diesem Vorbild einmal ein Anschauungsmittel wird schaffen lassen, welches das geologische Verständnis unseres Landes in weitesten Kreisen zu fördern geeignet ist.

Manche kleineren Pyramiden sind in Schulhöfen in Anlehnung an diese größeren Vorbilder errichtet worden, so im Hof der Wagenburgschule in Stuttgart, ein wertvolles Material für den Anschauungsunterricht bildend. Die Jugend, die um die Pyramiden herumspielt und manche Viertelstunde den Aufbau mit seinen merkwürdigen Versteinerungen betrachtet, gewinnt einen Blick für den Aufbau des Landes, sie lernt verstehen, was die Steine der Heimat und ihre buntfarbigen Böden erzählen, und daß die merkwürdigen Ammonshörner, die Seeigel und Seesterne von Zeiten berichten, in denen die Meereswooge rauschte, wo heute der friedliche Pflug geht.

Naturhistorische Sammlungen in ihrer Vielgestaltigkeit sind der eine Ausdruck für eine naturwissenschaftliche Betätigung enger oder weiter Kreise. Eine andere Betätigung der Liebe zur Natur und naturwissenschaftlichen Studien finden wir in Vereinen, welche das Studium der Natur zu fördern

bestrebt sind oder wenigstens ihre Mitglieder zur Freude an der Natur und zu deren Verständnis zu erziehen sich zur Aufgabe gestellt haben.

Es ist selbstverständlich, daß Männer mit gleichen Interessen sich zusammenschlossen zu gemeinsamer Aussprache, zur Förderung ihres gleichen geistigen Strebens. Es liegt bekanntlich dem Deutschen besonders nahe, diesen losen Vereinigungen früher oder später eine festere Form zu geben, mit engerem Band die Freunde, die zur Aussprache sich in bestimmter Regelmäßigkeit zu versammeln gewöhnt sind, zu umschließen, einen Verein zu gründen. Aber auch außerhalb der „anerkannten Vereine“ finden wir von je der wissenschaftlichen Konventikel viele, und nicht selten sind gerade von kleineren, zwanglosen Kreisen die fruchtbarsten Gedanken ausgegangen, dürfen sie sich rühmen, in der Weiterentwicklung der von ihnen vertretenen Ansichten besondere Fortschritte erzielt zu haben. So vereinten sich in Württemberg vor bald einem Jahrhundert Männer aller Stände zum Austausch ihrer geologisch-paläontologischen Erfahrungen. Im Sommer wurde fleißig das Land, besonders die Schwäbische Alb, durchwandert, es wurde eifrig kartiert, die Schichten festgestellt und aufgenommen, die Aufschlüsse, die die Steigen des Landes boten, ausgebeutet und in den Wintermonaten kamen, wie heute noch, die Männer des „Steigenklubs“ zusammen, um zu berichten, was der Sommer ihnen gebracht, die Aufnahmen festzustellen, die Versteinerungen zu bestimmen. Was in langen Jahren damals diese Männer geleistet, war eine hochanzuschlagende Vorarbeit für die späteren amtlichen geologischen Landesaufnahmen.

Nicht immer führten solche Vereine ein langes Leben. So erzählt uns Eser von einer „Gesellschaft des Werfts“, die zu Ende der 1850er und in den 1860er Jahren in Stuttgart bestand, vielleicht ein Zweig der in den 1840er Jahren entstandenen und 1850 eingegangenen „Glocke“, welche sich aus gebildeten Elementen, Künstlern, Gelehrten, Aristokraten zusammensetzte und in der auch manches gute naturwissenschaftliche Wort fiel. Sie ist verschollen.

Ein besseres Los war einer anderen gesellschaftlichen Vereinigung von Freunden der Naturforschung beschieden, welche heute noch blüht. Sie wurde in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ins Leben gerufen durch einen rein zufälligen Umstand. Der Württemberger Ludwig, welcher eine zweite Heimat im Raplande gefunden hatte und als Dank für seine reichen zoologischen Schenkungen an das Naturalienkabinett, welche heute noch diese Anstalt als eine der ersten Sammlungen der Welt für die südafrikanische Fauna erscheinen lassen, zum Freiherrn erhoben worden war, war zum Besuch seiner alten Heimat nach Stuttgart gekommen. Bei seiner Abreise gaben ihm Freunde der Naturwissenschaften ein Abschiedsmahl. „Man fand,“ wird uns berichtet, „daß man zusammenpasse, daß diese Vereinigung des Fortsehens wert sei, und man setzte seitdem die Zusammenkünfte an bestimmten Tagen ebenso ungezwungen und stets an gedeckter Tafel, wie die erste, wenn

auch in frugalere Weise fort.“ So entstand die heute noch blühende Gesellschaft, die den humoristischen Namen „Schneckenkranz“ führt, in welcher, wie Eser in seinen Lebenserinnerungen schreibt, stets mannigfache Anregung und Belehrung zu finden ist! Diese Gesellschaft wurde aber zugleich die Stammutter eines Vereins, der heute den Anspruch erheben darf, die Freunde und Förderer der Naturwissenschaft in Württemberg zu vereinen: der Verein für vaterländische Naturkunde in Württemberg. Mancherlei Versuche waren schon gemacht worden zur Gründung ähnlicher Vereine. Schon 1804 war eine Vereinigung von württembergischen und badischen Ärzten und Naturforschern zustande gekommen, allein sie erlag der Ungunst der Zeiten, und ähnliche der Herausgabe wissenschaftlicher periodischer Schriften gewidmete Vereinigungen wußten sich ebenfalls nicht zu halten. Dies war dem Verein für vaterländische Naturkunde beschieden. Er wurde gegründet am 26. August 1844 in Stuttgart. Als ersten Vorsitzenden erwählten die Mitglieder den als Freund der Künste und Wissenschaften bekannten Grafen Wilhelm von Württemberg, nachmaligen Herzog von Urach. Der Verein darf heute auf ein 72jähriges Bestehen zurückblicken und hat die Ehre, Seine Majestät den König als Schutzherrn nennen zu dürfen. Die jährlich von ihm herausgegebenen „Jahreshefte“ nehmen eine ehrenvolle Stelle ein in der wissenschaftlichen Literatur, da sie stets wissenschaftliche Originalarbeiten enthalten. Die Bibliothek zählt infolge des Schriftenaustausches mit rund 200 wissenschaftlichen Gesellschaften und des Alters des Vereins zu den bedeutendsten Bibliotheken wissenschaftlicher Vereinigungen. Während der Sitz des Vereins in Stuttgart ist, bieten der Oberschwäbische, Schwarzwälder und Unterländer Zweigverein in Versammlungen, Vorträgen und Ausflügen den Mitgliedern dieser Landesteile ähnliche Gelegenheiten zu wissenschaftlichem Gedankenaustausch wie der Verein in Stuttgart in seinen wissenschaftlichen Zusammenkünften.

Die besondere Pflege der Anthropologie hat sich der Anthropologische Verein erkoren, der, seine Entstehung der rührigen Tätigkeit auf dem Gebiet der vorgeschichtlichen Forschung O. Fraas und Hölder verdankend, in Ausgrabungen den Spuren des vorgeschichtlichen Menschen in Württemberg nachging und dann auch die ersten Besiedlungen zu Römerzeiten allmählich in sein Arbeitsgebiet hereinzog, während der Altertumsverein sich nach der historischen Richtung hin entwickelte.

Zu den jüngsten Vereinen zählt der Württembergische Verein für Handelsgeographie und deutsche Interessen im Ausland, der unter der Führung des verstorbenen Grafen Karl von Linden rasch eine große Bedeutung erlangte. 1882 gegründet, als der Frühlingssturm kolonialer Begeisterung Deutschland durchbrauste, entwickelte sich im Lauf der Zeit der Verein zugleich mit dem ihm angegliederten Museum für Länder- und Völkerkunde in der Richtung eines geographischen Vereins. In der Zahl seiner Mitglieder nur dem großen, ihm verwandten Verein für Erdkunde

in Berlin nachstehend, ist der Verein für Handelsgeographie dem hohen Ziel nahegekommen, im geistigen Leben Stuttgarts eine hervorragende Rolle zu spielen. Es ist ihm dies gelungen durch die im Winterhalbjahr jede Woche stattfindenden Vorträge, für welche dank der weitverzweigten Beziehungen des Vereins hervorragende Redner auf dem Gebiet geographischer Forschung wie der praktischen Fragen der Kolonialpolitik und wirtschaftlichen Entwicklung des überseeischen Deutschlands zu gewinnen gelingt, wobei der Verein mit der besonders der Pflege der Kolonialpolitik sich widmenden Abteilung Stuttgart des Deutschen Kolonialvereins freundschaftliche Beziehungen unterhält.

Den Vereinen, welche sich die Pflege der Naturwissenschaften aus rein ideellen Motiven oder aus praktischen Gründen angelegen sein lassen, seien noch in kurzer Erwähnung einige Vereine beigelegt, die mehr der Geselligkeit gewidmet sind. Indem sie jedoch ihre Mitglieder erziehen, im Umgang mit der Natur ihre Erholung zu finden, wirken sie in besonderem Maß fördernd im Sinne naturwissenschaftlicher Bildung.

Wir gedenken vor allem der beiden großen Vereine, die sich als ihr Tätigkeitsfeld die beiden landschaftlich anziehendsten Teile Württembergs erkoren haben, des Schwäbischen Albvereins (gegründet 1888) und des Württ. Schwarzwaldvereins (gegründet 1884). Durch Herausgabe trefflicher Karten und eigener Zeitschriften, durch Schaffung von Aussichtstürmen, Schutzhütten und Wegmarkierung haben sie immer weiteren Kreisen die Schönheiten der Alb und des Schwarzwaldes erschlossen und ihren Tausenden von Mitgliedern Wanderziele gegeben. An die Freunde der Rinder der Flora wendet sich der Württembergische Gartenbauverein (gegründet 1878). Während die Vereinigung selbständiger Gärtner Württembergs (gegründet 1904) und der Württ. Obstbauverein (gegründet 1880) mehr praktische Zwecke verfolgen, will der Gartenbauverein ein Mittelpunkt sein für die große Zahl der Blumenfreunde und -liebhaber aus Laienkreisen. Durch Verleihung von Prämien für Ausschmückung der Vorgärten und Balkone der Häuser wie durch kleinere und größere Ausstellungen sucht er die Freude am Blumenschmuck zu heben. Die letzte große Frühjahrsausstellung des Jahres 1913, die sich der besonderen Gunst Ihrer Königlichen Majestäten zu erfreuen hatte, zeigte die Höhe der weltberühmten württembergischen Gärtnereien wie auch die Leistungsfähigkeit des Vereins, der die Ehre hat, den König seinen allerhöchsten Schutzherrn nennen zu dürfen.

Auch auf dem Gebiet der Pflege der Naturwissenschaften, besonders auch in Laienkreisen, zeigt sich ein ständiger Fortschritt. Tief wurzelnd in der angeborenen Liebe der Schwaben zur Natur, erfreuen sich alle diese Bestrebungen in Württemberg seit Jahrhunderten der Förderung und haben im letzten Vierteljahrhundert unter der segensreichen Regierung eines Fürsten, dem der geistige Fortschritt nach allen Richtungen hin am Herzen liegt, eine kräftige Weiterentwicklung, Verbreitung und Vertiefung erfahren.

Quellen:

E. Fraas, Die geognostische Sammlung Württembergs; 3. Aufl. In: Führer durch die N. Naturaliensammlung zu Stuttgart. E. Schweizerbart'sche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1910.

R. Lampert, Die zoologische Sammlung. In: Führer durch die Kgl. Naturaliensammlung zu Stuttgart. E. Schweizerbart'sche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1906.

E. B. Klunzinger, Die zoologische Sammlung der Technischen Hochschule in Stuttgart. Ein Führer für die Studierenden usw. E. Schweizerbart'sche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1903.

Übersicht über die Einrichtungen, die Zwecke, den Lehrplan, die Lehrmittel, Aufnahmebedingungen und sonstigen Verhältnisse der Kgl. Württembergischen Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim. F. Fink, Pfenningen 1906.

R. R. Schmidt, Die diluvialprähistorischen Sammlungen deutscher Funde in Tübingen. Kurt Rabl'sch (H. Stubers Verlag), Würzburg.

Führer durch die Naturalien-, Kunst- und Altertumsammlungen in Ravensburg. Buchdruckerei von Dr. Rabl, Ravensburg 1910.

E. Schüke, Städtische Sammlung der Stadt Wiberach a. N. 1. Die geologisch-paläontologische Sammlung des verstorbenen Pfarrers Dr. J. Probst. Ein kurzer Führer durch dieselbe. Wiberach a. N. 1907.

Wirtschaftsleben



Das Eisenbahnwesen

Von Finanzrat P. Beyerle

Fernab vom Meere und ohne große Flüsse ist Württemberg erst durch die Erfindung der Lokomotive von den Fesseln eines langsamen und kostspieligen, wenig leistungsfähigen Landstraßenverkehrs befreit worden. Nun war auch ihm der Weg zu einem lebhaften Warenaustausch mit den Nachbarn und darüber hinaus mit allen Völkern des europäischen Festlandes, war auch ihm der Zugang zum Meer und zum Welthandel eröffnet, Gewerbesleiß und Unternehmungsgeist konnten sich frei entfalten.

Wenn Württemberg trotzdem erst spät den Eisenbahnbetrieb aufnahm (Eröffnung der ersten Bahn in Bayern 1835, Sachsen 1837, Preußen 1838, Baden 1840, Württemberg 1845), so ist die Ursache nicht etwa darin zu suchen, daß der Wert des neuen Verkehrsmittels nicht früh erkannt worden wäre — beschäftigte sich doch die Regierung schon 1830 mit Eisenbahnplänen —, sondern in den Hindernissen der natürlichen Lage des Landes: zwischen die größere Nordhälfte und das südliche Gebiet schiebt sich einer Mauer gleich die Alb, deren Überschiebung für den jungen Eisenbahnbetrieb ein Wagnis war; große Ebenen und breite Täler fehlen, dagegen sind von kleinen Flüssen in vielen Windungen schmale Rinnen in das Land geschnitten. Mit erheblichen Steigungen, in engen Kurven, mit vielen Tunneln und Brücken müssen Berge und Bäche überwunden werden. Weiter war die Linienführung für den großen Durchgangsverkehr in dem von Bayern und Baden umschlossenen Staatsgebiet in besonderem Maße von den Nachbarn abhängig, sie konnte mehrfach erst nach langen Verhandlungen festgesetzt werden.

Alles dies trug von Anfang an dazu bei, Bau und Betrieb zu erschweren und die Verkehrsentwicklung zu hemmen, es vermochte aber nicht den Eifer und die Liebe zu mindern, mit der Regierung und Volk das kostbare Kleinod der Eisenbahnen pflegte und daraus für den Wohlstand und die Wohlfahrt holte, was die Umstände erlaubten.

Ursprünglich sollten nur die Hauptlinien auf Staatskosten gebaut werden, bald erhielt dieser Begriff eine Auslegung, die nur Bahnen von rein örtlichem Interesse davon ausschloß. Als um das Jahr 1890 die Frage des Nebenbahnbaus brennend wurde, ist auch dieser unter Hintansetzung des fiskalischen Standpunkts in der Hauptsache vom Staat übernommen worden; der Privatbahnbau war immer nur von geringer Bedeutung. Es mag hierin ein Beweis dafür erblickt werden, daß in Württemberg den Bahnen von jeher und so namentlich in der neuesten Zeit eine besonders hohe wirtschaftliche Bedeutung beigemessen wird.

Die folgende Darstellung soll einen Überblick über den heutigen Stand des württembergischen Eisenbahnwesens geben. Sie wird zeigen, daß es auf allen in Betracht kommenden Gebieten der angestrengtesten Arbeit bedurfte, um den Aufgaben gerecht zu werden, die eine früher nicht zu ahnende Entwicklung des Verkehrs gerade während der letzten 25 Jahre gestellt hat.

I. Organisation

Bau und Betrieb eines über ein ganzes Land ausgebreiteten Eisenbahnnetzes erfordert ein Heer von Arbeitskräften, deren richtige Zusammenfassung in einem wohlgegliederten, zweckmäßigen Organismus zu den schwierigsten Aufgaben der Verwaltung zählt.

Die Organisation der württembergischen Eisenbahnen ist in den letzten 25 Jahren nicht wesentlich geändert worden, obwohl sie niemals völlig ruhte, sondern den Zeitverhältnissen entsprechend teils durch weitere Gliederung, teils durch Vereinfachung kleinere und größere Wandlungen erfahren hat. Diese verliefen indes still und nach außen wenig bemerkbar. Für einschneidende Reformen, wie sie Preußen 1895 und Bayern ein Jahrzehnt später so erfolgreich durchführten, fehlten die Voraussetzungen. Württemberg hat die den Dienst erschwerenden Subdirektionen nach Art der früheren preußischen Betriebs- und der bayerischen Oberbahnämter (Betriebsdirektionen) nie gekannt.

Die obere Leitung und Beaufsichtigung der die Eisenbahnen und Posten umfassenden württembergischen Verkehrsanstalten liegt seit 1864 in den Händen des kgl. Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten. Ihm wurde 1881 eine Verkehrsabteilung angegliedert mit einem Direktor (seit 1913) und zwei bis drei Räten. Zum Geschäftskreis des Ministeriums zählen alle wichtigen Maßnahmen, insbesondere die Feststellung des Etats, die Aufstellung von Gesekzentwürfen namentlich über den Neubau und die

Vertretung im Landtage, die Pflege der Beziehungen zum Reich und zu den anderen Staaten, die Behandlung der bedeutenderen Personalangelegenheiten, die Regelung der Personalbezüge, die Organisation und die Erlassung von Dienstanweisungen, die Entscheidung in allen wichtigeren Fragen des Baus und des Betriebs, die Festsetzung der Tarife usw.

Die ständige Fühlung mit den Erwerbständen wird durch einen Beirat der Verkehrsanstalten hergestellt. Dieser besteht aus 30 Vertretern, die der Landwirtschaft, dem Handel und der Industrie, seit 1910 auch dem Handwerk und der Arbeiterschaft sowie sonstigen an Verkehrsfragen beteiligten Kreisen entnommen sind. Sechs Vertreter werden vom König ernannt, die übrigen von den zuständigen Körperschaften gewählt. Die Besorgung der laufenden Geschäfte und die Erledigung dringender Angelegenheiten ist einem ständigen Ausschuss übertragen. Der Beirat wird in der Regel jährlich zweimal versammelt, wobei meistens der Eisenbahnfahrplan und Tarifsachen auf der Tagesordnung stehen.

Zur unmittelbaren Leitung und Verwaltung der Eisenbahnen ist die Generaldirektion der Staatseisenbahnen berufen. Sie ging im Jahr 1881 aus der Vereinigung der früheren Eisenbahndirektion und Baukommission hervor.

An der Spitze steht der Präsident, dem die allgemeine Aufsicht und Verantwortung für den geordneten Geschäftsgang obliegt und der bei allen wichtigen Fragen persönlich mitwirkt. In seiner Abteilung werden vornehmlich die Personalangelegenheiten behandelt.

Von kollegialen Beratungen ist man in den letzten Jahren mehr und mehr abgekommen. In den Gesamtsitzungen werden nur noch Gegenstände vorgetragen, deren Beratung gesetzlich verlangt oder im gemeinsamen Interesse gelegen ist. An Stelle der Sitzungen werden kurze Besprechungen mit den beteiligten Referenten bevorzugt.

Die laufenden Geschäfte werden zum größten Teile von den drei Abteilungen selbständig erledigt oder zur Entscheidung vorbereitet: Der Bauabteilung kommt die Entwerfung der Pläne für Neu- und Umbauten, die Unterhaltung der Bahnanlagen, die Bahnbewachung sowie die Verwaltung des Grundeigentums, der Dienst- und Mietwohnungen usw. zu; die Betriebsabteilung behandelt die Fahrplansachen, den Zug- und Stationsdienst, die Verteilung und Verwendung der Fahrzeuge; der Verwaltungsabteilung ist das Verkehrs- und Tarifwesen, der Rassen- und Rechnungsdienst mit der Statistik, die Beschaffung der Stoffe (Holz, Kohlen, Eisen, Kupfer, Öle), der Werkstättenbetrieb sowie das Wohlfahrtswesen zugewiesen.

Die Abteilungsvorstände stehen etatmäßig im Rang von Direktoren, die übrigen Mitglieder (Referenten) der Generaldirektion im Rang von Oberbau- und Oberfinanzräten oder von Bau- und Finanzräten, auch von Oberfinanzassessoren.

Zurzeit zählt das Kollegium außer dem Präsidenten und 3 Direktoren 8 Oberräte und 16 Räte. Gegenüber dem Stand von 1891 sind es 5 Mitglieder mehr, nämlich der Direktor der Betriebsabteilung (1899) und 4 Referenten, die hauptsächlich für die vermehrten Arbeiten des technischen Dienstes (Elektrotechnik, maschinentechnischer Dienst und umfangreiche Bahnbauten) notwendig geworden sind.

Teils zur Vorbereitung der Arbeiten für die Generaldirektion, teils zur selbständigen Erledigung bestimmter Aufgaben und Aufträge bestehen bei der Generaldirektion zurzeit 18 Hilfsbureaus und zentrale Dienststellen mit 587 Beamten und 48 Unterbeamten. Die Bureaus usw. haben sich in den 25 Jahren infolge erheblicher Geschäftszunahme vermehrt: das Tarif- und Reklamationsbureau wurde geteilt (1892), von der Hauptmagazinverwaltung wurde die Oberbaumaterialverwaltung abgezweigt (1895/97), das bautechnische Bureau spaltete sich 1900 in fünf Unterabteilungen, wovon sich 1903 das hochbautechnische Bureau ablöste; das Bekleidungsamt (früher Montierungsverwaltung) der Rgl. Verkehrsanstalten wurde zum Bekleidungsamt des ganzen württembergischen Staatsdienstes erweitert (1913/14). Dagegen ist das statistische Bureau aus Sparsamkeitsgründen 1915 aufgehoben worden, wie auch früher schon die Stellen eines Kulturinspektors und eines Obermaschinenmeisters eingezogen wurden.

Größere Veränderungen als der innere Dienst weist der äußere auf.

Unter der Generaldirektion stehen zunächst die Betriebs-, Bau-, Maschinen- und Werkstätteninspektionen, denen für ihren Geschäftsbereich je ein Bezirk zugewiesen ist. Ihre Aufgaben wurden im Jahr 1900 neu geordnet.

Den Betriebsinspektionen liegt neben dem Betriebsdienst die Sorge für den Verkehrs- und Kassendienst ob, von der Verwaltung der Station ihres Dienstorts, die ihnen bis 1900 zukam, wurden sie entbunden. Den Bauinspektionen sind die Bahnunterhaltung und -bewachung, auch kleinere Neubauten übertragen, für Neu- und Umbauten größeren Umfangs werden Bauinspektionen errichtet (1914: 21 mit 286 Beamten). In den letzten Jahren wurden die Betriebsinspektionen von 13 auf 10, die Bauinspektionen von 28 auf 23 verringert. Die Entwicklung ist hier nicht abgeschlossen.

Die 5 Werkstätteninspektionen haben die größeren Unterhaltungsarbeiten an den Lokomotiven und Wagen zu besorgen, selten Neubauten auszuführen. Die Cannstatter Werkstätte ist ausschließlich für die Instandhaltung der Wagen, die Eßlinger für die der Lokomotiven bestimmt.

Von ihnen wurden 1893 der Lokomotivdienst und die Ausführung kleinerer Arbeiten an den Fahrzeugen abgetrennt und an 4 Maschineninspektionen übertragen, denen Betriebswerkstätten und Lokomotivstationen zugeteilt sind.

Entsprechend der zunehmenden Verwendung der Elektrizität im Eisenbahndienst wurde im Jahr 1900 eine Telegrapheninspektion für Schwach-

und Starkstromanlagen, für Blitzableiter und besondere Beleuchtungsarten errichtet.

Den Betriebsinspektionen sind 51, den Bauinspektionen 230, den Maschinen- und Werkstätteninspektionen 184 und der Telegrapheninspektion 6 Beamte zugeteilt.

Der am meisten in die Augen fallende Teil des Eisenbahndienstes vollzieht sich auf den Stationen. Sie sind nach der Größe in 5 Klassen geordnet, wovon die 1. Klasse mit Bahnhofinspektoren, die 2. und 3. Klasse mit Bahnhof- und Stationsverwaltern besetzt sind. Auf den Stationen 4. und 5. Klasse wird der Dienst von Haltestellen- und Haltepunktvorstehern, in der Regel von Bahn- oder Weichenwärtern und bei ganz einfachen Verhältnissen von Bahnagenten, meistens von Hilfswärtern oder von Invaliden und deren Frauen besorgt.

Die Klasseneinteilung ist in fortwährendem Fluß, im allgemeinen ist das Bestreben auf die Verringerung der oberen Klassen gerichtet. Gegenwärtig sind es 23 Stationen 1., 64 2., 175 3., 188 4. und 196 5. Klasse, darunter 90 Agenturen, zusammen 646 Stationen (1891: 353). Den größeren Stationen sind nach Bedarf Sekretäre und Assistenten, Bahnhofsaufseher, Weichenwärter und Stationsdiener, Ankuppler, Wagenreiniger, Pufffrauen usw. zugeteilt; vielfach sind bei ihnen besondere Stellen für den Abfertigungs- und Kassendienst (Güterstellen, Stationskassen) errichtet. Auch die aus Zugführern, Schaffnern und Bremsern bestehende Begleitmannschaft der Züge ist hier zu erwähnen.

Eine mehr oder minder große Zahl von Beamten, Unterbeamten und Arbeitern, alle mit den ein- und ausgehenden Zügen, mit den zu- und abreisenden Personen, mit der Verladung der Güter, dem Ordnen und Verstellen der Wagen und der Züge beschäftigt, das ist ein auf jedem größeren Bahnhof täglich zu schauendes Bild modernen Lebens und Regens, ein Bild lawinenartig fortrollender Arbeit, aber auch ein Bild von der Größe der ordnenden und vorsehenden Tätigkeit der leitenden Personen wie von der Ausdauer, der Wachsamkeit und Zuverlässigkeit des gesamten Dienstpersonals.

In Unterordnung unter die Bauinspektionen wird die Bahnbewachung und -unterhaltung von Bahnmeistern ausgeführt. Ihnen sind Oberbahnwärter und Bahnwärter mit dem notwendigen Arbeiterpersonal zugeteilt. Die Zahl der Bahnwärter ist durch die Beseitigung von Bahnübergängen und durch die Einführung von Streckenläufern im letzten Jahrzehnt vermindert, die der Oberbahnwärter infolge Selbstausführung der Gleisarbeiten ständig vermehrt worden.

Im Werkstätdendienst werden die Vorstände von Oberwerkmeistern und Werkmeistern unterstützt. Diesen sind dem Arbeiterstand entnommene Meister beigegeben. Die Arbeiter setzen sich aus Handwerkern und Tagelöhnern zusammen.

Im Lokomotiv- und Wagenaufsichtsdienst sind Betriebswerkmeister nächste Vorgesetzte der Lokomotivführer und Heizer sowie der Wagenmeister. Zu den niederen Arbeiten (Anheizen und Reinigen der Lokomotiven usw.) werden Oberpuker und Puker, Nachtheizer und sonstige Tagelöhner verwendet.

Die Dienstaufgaben der einzelnen Stellen und Personalgruppen sind zur Sicherung eines ersprießlichen Nebeneinander- und Miteinanderarbeitens in zahlreichen Dienstanweisungen festgestellt und gegeneinander abgegrenzt. Die Zuständigkeit der unteren Stellen wurde im letzten Jahrzehnt mehrfach erweitert. Der Schriftverkehr war schon infolge der Spannung zwischen Arbeitslast und -kraft immer auf ein erträgliches Maß beschränkt, er ist im Jahr 1902 durch eine allgemeine Bekanntmachung des Staatsministeriums von allen überflüssigen Formeln befreit worden. Wo die Genehmigung des Ministeriums notwendig ist, wird sie von der Generaldirektion seit langem selbst in wichtigen Fällen häufig durch die bloße Vorlage der Verfügungsentwürfe eingeholt; im Verkehr mit den Bezirkstellen ist die Form des Rand-erlasses und Randberichts üblich. Überall wo der mündliche Verkehr, auch der mit Fernsprecher, angängig ist, wird diesem der Vorzug gegeben.

Vor Ausbruch des Krieges waren über 23 000 Personen im Eisenbahndienst beschäftigt, nicht eingerechnet die beim Eisenbahnbau verwendeten Arbeiter der Unternehmer, die sich auf weit über 5000 belaufen haben. Zählt man die Pensionierten und Invalidierten sowie die zugehörigen Familien herein, so macht die vom Eisenbahndienst lebende Bevölkerung wohl gegen 4% der gesamten Volkszahl aus.

Nach der Statistik von 1913 kamen 1563 Arbeitskräfte auf die allgemeine Verwaltung (innerer Dienst und Inspektionen), 5792 auf die Bahnbewachung und -unterhaltung; 9655 waren im Stations- und Zugbegleitdienst, 5828 im Lokomotiv- (Zugförderungs-) und Werkstättendienst verwendet.

250 Beamte zählten zum höheren Dienst, je hälftig als Techniker und Verwaltungsbeamte, 1958 Beamte zum mittleren Dienst (davon 305 Techniker), und zwar 1008 zum Sekretär-, 950 zum Assistentendienst. 1190 Hilfsbeamte harren der Anstellung oder sind noch im Vorbereitungsdienst. Von 6287 Unterbeamten trifft es 1626 auf den Lokomotiv-, 1567 auf den Zugbegleitdienst; auf den Stations- und Streckendienst kommen 1825 und 1160 Angestellte, der Rest verteilt sich auf die allgemeine Verwaltung und die Werkstätten. An Arbeitern (und Hilfsunterbeamten) waren nötig im Verwaltungs- und Stationsdienst 4651, bei der Bahnunterhaltung 4532, im Werkstätten- und Heizhausbetrieb 3970 Personen.

Verglichen mit dem Jahr 1891, wo 11 600 Personen im Eisenbahndienst beschäftigt waren, beträgt die Zunahme fast 100%. Sie erhält ihre volle Begründung in der Verkehrssteigerung und in der entsprechenden Vermehrung der Betriebsleistungen; denn es stieg von 1891—1913 die Zahl der Reisenden um 334%, das Gewicht der beförderten Güter um 167% und die Zahl der

Züge um 241 %. Die heutigen ums Vielfache vermehrten Leistungen, denen kaum eine Verdoppelung der Arbeitskräfte gegenübersteht, sind nur möglich bei einem gut ausgebildeten, pflichtbewußten und arbeitsfreudigen Personal, einer zweckmäßigen Organisation, einer großen Geschäftsvereinfachung in allen Dienstzweigen; sie sind nur möglich bei voller Ausnutzung der Erfahrungen und Erfindungen, der Neuerungen und Fortschritte im Bau von Bahnanlagen, Lokomotiven und Wagen, bei Verwendung arbeitsparender Maschinen in den Schreibstuben wie in den Werkstätten und auf den sonstigen Arbeitsplätzen.

II. Bahngebiet und Bahnbau

Im Jahr 1891 war in Württemberg das Netz der Haupteisenbahnen im wesentlichen vollendet. Als letztes Glied war im November 1890 die Strecke Tuttlingen—Inzigkofen, der obere Teil der Donaubahn, eröffnet worden. Nebenbahnen waren noch wenige vorhanden. Es bestanden an Hauptbahnen 1560 km, davon 1244 km eingleisig und 316 km zweigleisig, an staatlichen Nebenbahnen 88 km, zusammen 1648 km, an Privatbahnen 31 km. Damit war den Erfordernissen des großen Verkehrs Genüge geleistet, und es konnte nun ein Stillstand im Bau von Hauptbahnen eintreten. Schon machten sich aber weitere Bedürfnisse und Wünsche seitens der noch nicht an das Bahnnetz angeschlossenen Gegenden bemerkbar. Dank der günstigen Entwicklung des Verkehrs sowie des kraftvollen Aufschwungs der Volkswirtschaft wurde es möglich, im Laufe der verflossenen 25 Jahre zahlreiche Gemeinden in den abseits der Hauptlinien gelegenen Landesteilen durch den Bau von Nebenbahnen an den Segnungen des Verkehrs teilnehmen zu lassen. So beginnt mit der Regierung König Wilhelms II. zugleich ein neuer Abschnitt in der Geschichte des württembergischen Eisenbahnbaus, der nun in das Zeichen des Nebenbahnbaus eintrat.

Von der im Dezember 1891 eröffneten Nagold-Altensteiger Bahn bis zu der jüngsten Nebenbahn, der im November 1915 in Betrieb genommenen Teilstrecke Buchau—Dürmentingen, wurden 27 Nebenbahnen mit einer Gesamtlänge von 439 km auf Rechnung des Staates gebaut, wobei die beteiligten Bezirke in der Regel die Kosten des Grunderwerbs und einige andere Lasten übernehmen mußten.

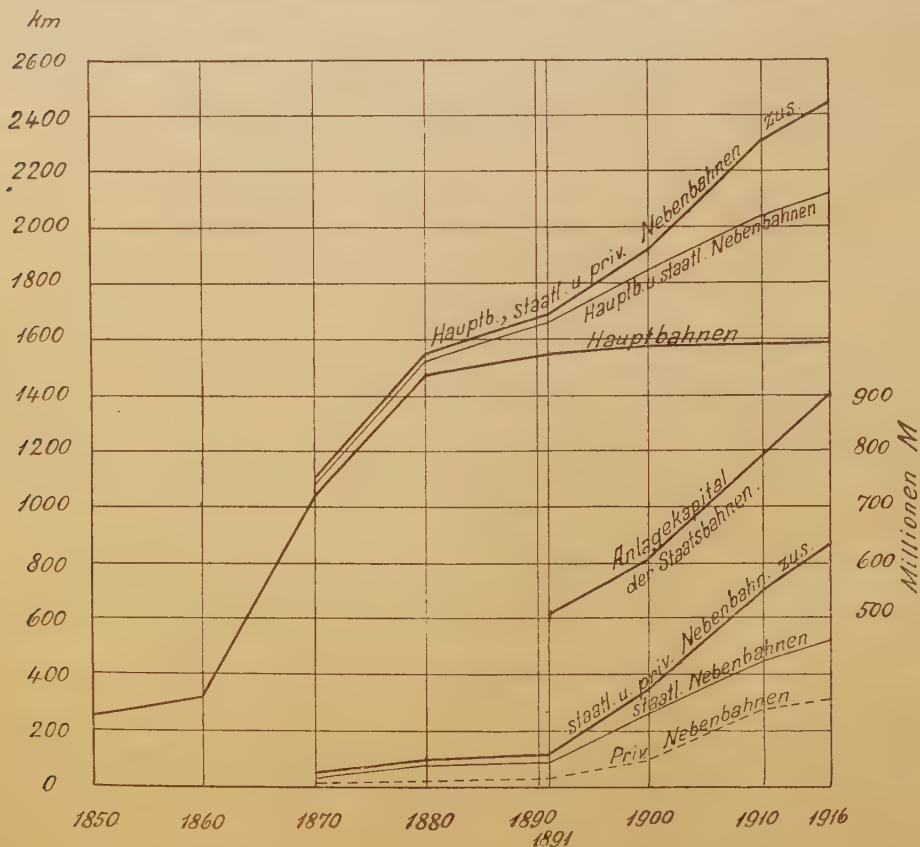
An neuen Hauptbahnen kamen nur zwei Strecken, die Güterbahn von Untertürkheim nach Kornwestheim und die Bodenseegürtelbahn mit zusammen 33 km hinzu.

Von den umfangreichen Ergänzungen und Erweiterungen der bestehenden Bahnanlagen ist vor allem der Bau der zweiten Gleise auf der unteren Neckarbahn, einem Teil der oberen Neckar-, der Rems- und Gäubahn sowie auf der ganzen Südbahn zu nennen. Insgesamt wurden 272 km zweigleisig ausgebaut.

Von großer Bedeutung, insbesondere auch hinsichtlich des Bauaufwands, sind die Bahnhofserweiterungen Heilbronn, Plochingen, Alalen, Ulm, Ravensburg, Reutlingen, Tübingen, Pforzheim u. a., und in neuester Zeit das größte, noch in der Ausführung begriffene Bauunternehmen dieser Art, der Umbau der Bahnhöfe Stuttgart und Cannstatt sowie der Neubau des Verschiebebahnhofs Kornwestheim im Zusammenhang mit dem viergleisigen Ausbau der Hauptbahn von Ludwigsburg bis Plochingen.

Die Länge der Hauptbahnen beträgt heute 1597 km, wovon 1009 km eingleisig, 588 km zwei- und mehrgleisig sind, die der Nebenbahnen 528 km, und zwar 417 km vollspurig und 111 km schmalspurig.

Unter Berücksichtigung der Flächenausdehnung und der Einwohnerzahl erweist sich die Verteilung der Staats- und Privatbahnen auf die vier Regierungskreise ziemlich gleichmäßig. Es treffen im ganzen auf den Neckarkreis 582, auf den Schwarzwaldkreis 536, auf den Jagstkreis 481 und auf den Donaukreis 656 km, zusammen 2255 km, gegen 1517 i. J. 1891. Es hat sich also die Bahnlänge innerhalb des Landes fast um die Hälfte vermehrt, während die Bevölkerung nur von 2 auf $2\frac{1}{2}$ Millionen angewachsen ist. Schon diese kurzen Angaben, die im folgenden auch bildlich dargestellt sind, zeigen die erfreuliche Entwicklung des Bahnbaus in dem hier behandelten Zeitabschnitt.



Außer im Bahnbau hatte die Verwaltung ferner seit Anfang der neunziger Jahre eine lebhafte Tätigkeit im Bau von Nebenanlagen zu entfalten. Die steigenden Bedürfnisse des Betriebs, die Fortschritte der Technik und die Forderungen der Zeit an die Fürsorge für die Beamten und Arbeiter führten zum Neubau und zur Erweiterung der großen Werkstätten Alalen, Cannstatt, Friedrichshafen, Eßlingen und Rottweil, zum Bau von Elektrizitätswerken, zur Herstellung von Weichen- und Signalstellwerken auf sämtlichen Hauptbahnstationen, zur Einführung der Streckenblockung und des Fernsprechers sowie zur Erbauung von Dienst- und Mietwohnungen usw.

Nicht allein in der Ausdehnung der baulichen Anlagen, sondern auch in der Bauweise zeigen die Bauausführungen der vergangenen Jahrzehnte einen erheblichen Fortschritt. Die Zunahme der Zuggewichte und die auf einen möglichst ruhigen Lauf der Züge gerichteten Bestrebungen brachten im Jahr 1895 einen schwereren Oberbau aus 12 m, später 15 m langen Stahlschienen mit einem Gewicht von 43,5 kg auf den Meter und mit einer stoßmildernden Laschenverbindung. Auf dem Gebiet des Brücken- und Tunnelbaus und auch auf dem des Hochbaus hat die umfangreiche Verwendung von Beton und Eisenbeton zu wirtschaftlich und bautechnisch vorteilhaften neuen Bauweisen geführt. Davon zeugt eine Reihe von Bauwerken, insbesondere Wegüber- und -unterführungen, aber auch einige größere Brücken wie die Wallstraßenbrücke in Ulm, die Neckarbrücke in Tübingen, die Gäubahnüberführung über den Nordbahnhof in Stuttgart, die viergleisige Neckarbrücke in Cannstatt u. a., ferner der umgebaute und erweiterte zweigleisige Pragtunnel zwischen Stuttgart und Feuerbach und der Zwillingstunnel für vier Gleise unter dem Rosenstein zwischen Stuttgart und Cannstatt. Auch die Errungenschaften der Maschinentechnik hat sich die Verwaltung beim Bahnbau, bei den Sicherungseinrichtungen und in den Werkstätten weitgehend zunutze gemacht. Hier seien erwähnt die neuen Verfahren der Erdbewegung, Felslösung, Schotterquetzung, Betonbereitung usw. mittels Bagger-, Quetsch-, Misch- und anderen Maschinen, die Weichen- und Signalstellwerke mit mechanischer Einrichtung zur Handbedienung und mit elektrischem Antrieb, sowie die Arbeitsmaschinen aller Art zur Herstellung der Ersatzteile für Lokomotiven und Wagen.

Hervorragende Hochbauten aus neuester Zeit sind das Generaldirektionsgebäude und das begonnene Empfangsgebäude des Hauptbahnhofs Stuttgart.

An Geldmitteln wurden für den Bahnbau in diesen 25 Jahren rund 320 Millionen Mark aufgewendet, und zwar für Neubauten 127 Millionen und für Erweiterungen und Verbesserungen bestehender Anlagen 193 Millionen.

III. Fahrzeuge

Lokomotiven. Im Jahr 1891 wurden die Schnellzüge noch mit Lokomotiven im Gewicht von 40 t geführt, heute mit mehr als doppelt so schweren. Dies allein schon bekundet den großen Fortschritt.

1891 waren 390 Lokomotiven vorhanden, heute 844. Da vorwiegend schwerere Lokomotiven beschafft wurden, ergibt sich die Zunahme der Zugkraft aus der Steigerung des Durchschnittsgewichtes einer Lokomotive mit Tender, das sich von 36,5 auf 50 t oder um 36 % gehoben hat, und aus der Zahl der Achsen, die mit 4546 gegen 1727 ($= 163\%$ mehr) auf nahezu das Dreifache gestiegen sind. Der Anschaffungswert der Lokomotiven und Triebwagen betrug 1891 16,83 Millionen Mark, heute 43,3 Millionen Mark.

Die 1887 für den Schnellzugdienst eingeführte Verbundlokomotive (Ac) mit zwei Treib- und einer Laufachse mußte schon 1892 den vierachsigen E-Lokomotiven mit vorderer und hinterer Laufachse weichen; an deren Stelle trat 1898 die fünfachsigc stärkere D-Lokomotive mit drei Kuppelachsen und einem vorlaufenden Drehgestell. Um die immer größer werdenden Schnellzüge ohne Vorspann auf den ungünstigen Strecken der Haupt- und Südbahn bei kurzen Fahrzeiten pünktlich zu befördern, wurde eine leistungsfähigere Lokomotive mit großem Tender erforderlich, wie sie erstmals 1909 als 3/6-gekuppelte Maschine (C) beschafft wurde. Sie ist mit drei Kuppelachsen, vorlaufendem zweiachsigem Drehgestell und hinterer Laufachse, mit vier in Verbundwirkung arbeitenden Zylindern, mit Überhitzer und neuerdings auch mit Speisewasservorwärmer versehen. Ihr Gewicht beträgt (mit 30 cbm Wasser) 150 t. Bei voller Ausnutzung leistet sie 1900 Pferdestärken, verbraucht in der Stunde 40 Ztr. Kohlen und befördert im Flachland einen Zug von 400 t mit 90—100 km Geschwindigkeit. Die Kosten einer solchen Maschine mit Tender betragen 128 000 M.

Für Personen- und kleinere Schnellzüge dient die 1899 eingeführte AD- und die 1910 erstmals gebaute, vielseitig verwendbare fünfachsigc Tender-Lokomotive T5 mit vorderer und hinterer Laufachse, die bei 74 t Gewicht 72 000 M kostet.

Auch die Güterzuglokomotiven weisen eine lebhaftc Entwicklung nach der Richtung immer stärkerer, schwererer, achsenreicherer Bauart auf. Württemberg ist nach Verbesserung der Dreikuppler-Güterzuglokomotiven zwecks Verwendbarkeit auch an gemischten Zügen durch den Bau der fünffach gekuppelten G-Lokomotiven mit der Einführung sehr starker Einheiten schon 1892 vorangegangen. Was damals noch vielfach als Mißgriff beargwöhnt wurde, gilt jetzt allgemein als wirtschaftlich. Das Laufwerk mußte freilich noch mit Lenkachsen versehen werden, was die weitere Verbreitung derartiger Maschinen erschwerte. Die seit 1905 gebauten fünffach gekuppelten Güterzuglokomotiven (H) konnten ein einfacheres Laufwerk erhalten, ebenso die im Bau befindliche K-Lokomotive (mit sechs gekuppelten Achsen und vorderer Laufachse), die ein Dienstgewicht von 110 t ohne und eine Länge von 20,2 m mit Tender erhält. Diese zugkräftige Lokomotive soll ermöglichen, auch die schwersten Güterzüge von Bretten bis an den Fuß der Geislinger Steige unter Ausnutzung der verstärkten Zugvorrichtungen ohne Vorspann zu schleppen.

Außerdem wurden noch einige Sonderlokomotiven gebaut, z. B. für die Schmalspurbahnen die Lentachslokomotiven Bauart Klose und später (1896) die vereinfachte sogenannte Duplexlokomotive; sodann Zahnradlokomotiven und 1906 besonders kräftige Schiebelokomotiven für die Geislinger Steige, mit denen die geordnete Führung der Schnellzüge auf dieser schwierigen Strecke erreicht worden ist.

An Verbesserungen sind zu nennen: die Geschwindigkeitsmesser, die Einrichtungen für Rauchverminderung, für leichteres Ausladen, für Dauerschmierung und seit 1907 die Verwendung hoch überhitzten Dampfes, wozu später noch die Speisewasservorwärmung kam.

Ehe zur Entwicklung des Wagenbaues übergegangen wird, möge kurz noch des Triebwagens Erwähnung geschehen.

Im Frühjahr 1893 wurde der erste Benzinwagen mit Daimlermotor auf der Strecke Niedlingen—Saulgau in Dienst gestellt, ihm folgte 1896 ein Dampftriebwagen Bauart Serpollet und ein elektrischer Speichervagen. Damit hatte Württemberg die anderwärts gemachten Versuche auf Schaffung eines für den Nachbarschaftsverkehr verwendbaren Fahrzeugs mit geringen Betriebskosten wieder aufgegriffen und den Anstoß und wichtige Grundlagen zur heutigen Entwicklung des Betriebs mit Triebwagen und leichten Zügen gegeben. Auf weitere stärkere Daimler- und Serpolletwagen folgten 1903 die Dampfswagen Bauart Kittel. Zur Zeit sind davon 16 zweiachsige Dampftriebwagen und ein vierachsiger für Schmalspurbahnen, ferner 2 Kleinlokomotiven, alle mit stehenden Röhrenkesseln, mit guten Erfolgen in Benutzung.

Personenwagen. Die Gesamtzahl ist von 1003 (1891) auf 2410 (1915) oder um 140 % gestiegen, ebenso die der Achsen von 2592 auf 6225, die der Sitzplätze sogar von 44 949 auf 136 319 d. i. um 203 %; 1891 kamen auf 1 km Bahnlänge 27,5, 1916 63,9 Sitzplätze. Im Gesamtwert, der von 8,2 auf 30,5 Millionen Mark stieg, drückt sich die bessere Einrichtung und Ausstattung der Personenwagen aus, die insbesondere mit Einführung der D-Zug-Wagen sinnfällig geworden ist. Diese Wagen mit geschlossenen Vorbauten und Faltenbälgen wurden von Württemberg erstmals 1895 als Wagen 1./2. Klasse gebaut, später kamen auch Wagen 2. und 3. Klasse dazu. Das Gewicht des neuesten D-Zug-Wagens 1./2. Klasse beträgt 41,4 t, der Beschaffungspreis 54 000 M.

Am Durchgangswagen wurde festgehalten, Abteilwagen wurden nur vereinzelt beschafft, letztmals 1894. Auch beim Wagen 4. Klasse (1908) hat man sich erneut für den Durchgangswagen mit Mittelgang und offener Plattform entschieden, der als zweiachsiger Wagen mit Sitzbänken leichter und billiger zu erstellen ist als ein gleich geräumiger Abteilwagen ohne solche. Die Einführung der 4. Klasse hatte auf den Wagenpark wesentlichen Einfluß. Wagen 4. Klasse wurden aus 800 älteren Wagen 2. und 3. Klasse hergerichtet, dazu 400 mit je 70 Sitzplätzen um 10 500 M für einen Wagen neu beschafft.

An Sonderbauarten sind kurz zu nennen: die Schmalspur- und Bahnradwagen, Arztwagen für schwere Unfälle (1904) und einige Saalwagen, darunter ein Krankenwagen (1911).

Wichtige Verbesserungen sind die Ausstattung der Wagen 3. Klasse mit Fußmatten (1908), die Plattformabschlüsse an Wagen 4. Klasse (1911), die Ausstattung der 1. und 2. Klasse mit Landschaftsbildern aus Württemberg (1913). Die bereits vor 1891 begonnene Gasbeleuchtung wurde in den nächsten Jahren durchgeführt. 1901 wurden einige Wagen probeweise mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet, 1904 bis 1906 folgten 17 Bahnpostwagen; des hohen Preises und der teuren Unterhaltung wegen kam es nicht zur weiteren Ausdehnung, zumal die ältere Gasbeleuchtung durch Zusatz von Äthylen zum Ölgas schon seit 1900 an Helligkeit wesentlich gewonnen hatte. 1907 wurde mit der Einführung des hängenden Gasglühlichtes begonnen, 1914 ging man zu dem noch heller und sparsamer brennenden Preßgas über, wofür jetzt Steinkohlengas verwendet wird. Der Gesamtaufwand für die Einführung des Gasglühlichtes und Preßgases belief sich bis jetzt auf 493 000 M.

Güterwagen. Am 1. April 1909 trat der Deutsche Staatsbahn-Wagenverband ins Leben. Das bedeutete für die Entwicklung des Güterwagenparks aller deutschen Bahnen einen Wendepunkt.

Es betrug	Ende 1891	1908	1915
die Zahl der württ. Güterwagen . . .	5985	10 249	14 794
das mittlere Ladegewicht eines Wagens	10,38 t	13,34 t	14,14 t
„ „ „ einer Wagenachse	4,90 t	6,54 t	7,01 t

Die 14 794 Güterwagen verteilen sich auf 7905 bedeckte und 6889 offene, unter letzteren 829 Langholzwagen. Der 10-t-Wagen verschwindet immer mehr, es wurden viele ältere auf 12,5 und 15 t Ladegewicht gebracht; für neue zweiachsige Wagen bilden 15 t die Regel, 20-t-Wagen werden für Massengüter gebaut. Die Beschaffungskosten eines 15-t-Güterwagens ohne Bremse betrugen im Herbst 1914 2920 M für einen bedeckten, 2220 M für einen offenen Wagen und 2730 M für einen Plattformwagen.

Als Sonderbauarten sind zu nennen die schmalspurigen Güterwagen mit 10 t und neuerdings sogar mit 15 t Ladefähigkeit, sodann die Rollschemel zur Beförderung von Vollspurwagen auf der Schmalspurbahn (81 Paare).

Mit der Erprobung selbsttätiger Zug- und Stoßvorrichtungen, der sogenannten amerikanischen Kupplung, hat sich die württembergische Eisenbahnverwaltung seit 1913 eingehend beschäftigt; zunächst beschränkt sie sich auf die allmähliche Verstärkung der üblichen Kupplung. Diese sowie die durchgehende Güterzugbremse, mit deren Vorbereitung begonnen ist, werden zur erhöhten Sicherheit des Güterwagendienstes wesentlich beitragen.

Die Beschaffungskosten für den Fuhrpark belaufen sich 1916 auf 124 373 000 M (1891: 42 974 870 M), hiervon trifft es auf die Lokomotiven und Triebwagen 43 321 000 M, auf die Personenwagen 30 480 000 M, auf die Güterwagen 50 572 000 M.

IV. Betrieb und Verkehr

a) Betrieb. Dem Betrieb erwuchsen aus den gesteigerten Anforderungen an die Sicherheit, Schnelligkeit und Häufigkeit der Züge große Aufgaben, zumal die Erweiterung der Bahnanlagen bei der fast sprunghaften Verkehrszunahme den Bedürfnissen nur langsam zu folgen vermochte. Dabei galt es mitunter, in der Erlangung günstiger Verbindungen nicht nur mit dem Verkehr Schritt zu halten, sondern ihm vorzuarbeiten, um ihn in das vom Fremdenstrom lange vernachlässigte Schwabenland zu lenken.

Die allgemeine Verkehrslage gestattete und verlangte, die auf den Hauptverkehrsstraßen bereits vollzogene Trennung des Personen- und Güterzugfahrplans auch auf den anderen Linien weitgehend durchzuführen. Die vielen Einschaltungen von neuen Stationen verlangsamten die Personenzüge und führten mehr und mehr zur Scheidung des Nah- und Fernverkehrs.

Die Pflege des schwächeren Nachbarschaftsverkehrs durch Triebwagen und leichte Züge wurde schon bei den Fahrzeugen erwähnt. Die starke Zugvermehrung zwang zur vollen Ausnutzung der Gleise. Neben dem Ausbau der stark belegten Bahnen in doppelspurige mußte daher der rascheren Zugfolge wegen der Stationsabstand durch Einschaltung von Blockstellen verkürzt werden. Die Betriebssicherheit wurde durch Vermehrung und Vervollkommnung der Signale, der Fahrkontrollapparate auf Gefällen bis herab auf 1:100 und die Streckenblockung auf den verkehrsreichsten Linien (seit 1895) erhöht. Auf den großen Bahnhöfen hat die Ersetzung des ungenügenden Öl- und Gasflammenlichts durch lichtstarke Lampen, insbesondere durch die elektrische Beleuchtung die großen Gefahren der Nachtarbeit erheblich vermindert. Zur Verwendung bei Betriebsunfällen, Militärverladungen usw. wurden 1893 und 1898 fahrbare elektrische Beleuchtungseinrichtungen beschafft. Im Jahr 1902 wurden sodann die Hilfszüge (Hilfs- und Arztwagen) neu geordnet. Das richtige Eingreifen dieser Züge bei Betriebsunfällen wird durch Probealarme fortlaufend geprüft.

Die in den Jahren 1906—1909 durchgeführte Bahnsteigsperrre hat sich für die Abwicklung des Dienstes vorteilhaft erwiesen.

Die Einführung der mitteleuropäischen Zeit im Jahr 1892 durch Vorrückung der für Württemberg maßgebenden Stuttgarter Uhr um 23 Minuten hat den innerdeutschen wie den internationalen Eisenbahnverkehr merklich erleichtert.

Um die Leistungen des Betriebs richtig einzuschätzen, muß man sich die Schwierigkeiten vor Augen halten, die schon die Einlegung eines weiteren Zugs auf Linien mit mittlerer Verkehrsdichtigkeit bereitet. Diese steigern sich bei Annäherung einer Linie an die Grenze der Aufnahmefähigkeit außerordentlich und machen den Fahrplan zu einem kunstvollen Gebilde.

Während sich die Staatsbahnlänge seit 1891 nur um ein Viertel vermehrte, stieg die Zahl der Lokomotivkilometer bis 1913 von 15,2 auf 39,2 Mil-

lionen und die der Züge sogar von 174 776 auf 596 242 = täglich von 18,54 auf 32,71 Züge auf 1 Bahnkilometer. Wenn hier auch die Nebenbahnzüge mit ihren kurzen Strecken mitgerechnet sind, so genügt doch schon die Tatsache, daß sich die Wagenachskilometer von 337,9 auf 728,1 Millionen gehoben haben, um sich einen Begriff von der steigenden Mühe zu machen, die der Fahrplanentwurf bei vollem Friedensverkehr mit all den ungezählten Wünschen auf Einlegung weiterer oder Änderung vorhandener Züge bereitet.

Im unvermeidlichen Zusammenhang mit dem Betriebe stehen als dessen düstere Schatten die Eisenbahnunfälle. Das bedeutendste Eisenbahnunglück in den letzten 25 Jahren ist das Überfahren eines mit Ausflüglern besetzten Fuhrwerks an einem schuldhaft nicht abgeschlossenen Wegübergang bei Siengen (Brenz) im Juli 1899, bei dem 5 Personen getötet, 7 mehr oder weniger schwer verletzt worden sind. Es erreicht nicht die Zahl der Opfer der in den Herbst der Jahre 1868, 1879 und 1889 fallenden schwersten württembergischen Eisenbahnunfälle.

Die großen Schwankungen in den Unfällen, aber auch die schweren Verluste des Krieges im Frieden, den das Eisenbahnpersonal tagtäglich mit der erdrückenden Wucht des rollenden Elements auszukämpfen hat, gehen deutlich aus nachstehender Zusammenstellung hervor:

Es wurden	1891	1898	1906	1913
Reisende getötet	3	6	10	2
„ verletzt	10	5	18	3
Bahnbedienstete getötet	14	18	24	18
„ verletzt	66	38	67	31.

b) Personenverkehr. Raum findet sich ein zweiter Zweig der Eisenbahnverwaltung, der so viele und so deutliche Spuren sorgsamer Pflege aufwies und der die aufgewendete Arbeit mit so großem Erfolge belohnte, wie der Personenverkehr. Fast in jedem Jahresbericht konnte die Verwaltung auf neue ihm dienliche Vorkehrungen und Maßnahmen hinweisen.

Vor allem ist die Ausgestaltung des Fahrplans hervorzuheben, der dem Reisebedürfnis den Weg ebnete. Die 7 576 000 Schnell- und Personenzugkilometer von 1891 sind bis 1913 auf 18 214 000 angewachsen, die täglichen Schnell- und Eilzüge stiegen in dieser Zeit von 41 auf 104 (Sommer 1914).

Mit der Vermehrung der Reisegelegenheit sowohl für den heimatischen wie für den großen durchgehenden internationalen Verkehr ging Hand in Hand eine Kürzung der in unserer schnellebenden Zeit für Geschäft und Gesundheit gleich wichtigen Fahrdauer. Die Reisezeit ab Stuttgart ist — gemessen am Sommerfahrplan 1914 — seit 1891 gefallen: nach Danzig von 27 auf 20, nach Berlin von 15—19 auf 10—15, nach Hamburg von 16—21 auf 12—16, nach den vor dem Krieg viel besuchten Städten London und Paris von 23—37 auf 17—24 und von 12 auf 10, nach Zürich und Mailand von 7—10 auf 5—8 und von 18 auf 12½, nach Triest von 31 auf

15½, nach Wien von 13—27 auf 11—17, nach Konstantinopel von 70 und 74 auf 53—54 Stunden.

Gleichem Zwecke wie die vermehrten und beschleunigten Fahrten diene die Mehrzahl der Tarifänderungen. Die allgemeinen Sätze von 8,0 Pf. für die 1., von 5,3 Pf. für die 2. und von 3,4 Pf. für die 3. Klasse waren schon durch die Einrichtung der Rückfahrkarten, deren Preis durch die einfache Tare der nächst höheren Klasse bestimmt wurde, für den größeren Teil der Fahrten durchbrochen. Die Rückfahrkarten gewannen noch an Bedeutung, als im Jahr 1892 die dreitägige Gültigkeit auf 10 Tage und vom Sommer 1901 an nach preußischem Vorgang sogar auf 45 Tage verlängert worden ist.

Neben einer Reihe von Vergünstigungen (wie die Preisermäßigung für mittellose Kranke 1891, für Krankenkassenmitglieder 1896 und 1901, für Schülerausflüge 1893, für Gesellschaftsfahrten 1894, die Einführung billiger Monats- und Schülerkarten 1895, der Wegfall der höheren Sätze auf den Nebenbahnen 1899, die Einführung zuschlagsfreier Eilzüge 1902) hatten vornehmlich die zwei großzügigen Neuerungen von 1893 und 1907 den nachhaltigsten Einfluß auf die Entwicklung des Personenverkehrs. Die eine brachte kurz vor Jahreschluß die Fahrscheinebücher für 30 Fahrten zu zwei Dritteln des einfachen Preises und die Landeskarten zur beliebigen Fahrt auf dem ganzen Eisenbahnnetz während 15 Tagen zu den Sätzen von 45, 30 und 20 M für die 1., 2. und 3. Klasse. Beide Arten erfreuten sich bald einer großen Beliebtheit. Die Landeskarten warfen im ersten Volljahr 328 144 M, 1906 1 384 785 M ab, die Fahrscheinebücher brachten anfangs 249 387 M, im vorletzten Jahr ihres Bestehens 531 894 M ein.

Nur ungern trennte sich das schwäbische Volk von den liebgewonnenen Einrichtungen, besonders die Landeskarte vermißt es heute noch schmerzlich. Allein die vielerlei Abweichungen von den ordentlichen Sätzen hatten sich allmählich zu einem unübersichtlichen und wegen der vielen Verufenen auch lästigen Tarifgemengsel ausgewachsen. Um aus dem Wirrwarr herauszukommen, haben sich die deutschen Staatsbahnen nach eingehenden Verhandlungen auf ein einheitliches System geeinigt, das mit allen Sondervergünstigungen aufräumen sollte, soweit sie nicht auf wichtigen sozialen Rücksichten beruhten. Insbesondere sollten die Rückfahrkarten beseitigt werden, weil eisenbahnseitig die Bevorzugung des Hin- und Herreisens gegenüber den die doppelte Länge durchfahrenden Personen unbegründet schien. Mit dem 1. Mai 1907 traten die neuen Sätze mit 7 Pf. für die 1., 4,5 Pf. für die 2. und 3 Pf. für die 3. Klasse und einem verbilligten Gepäcktarif in Kraft; ihnen fielen wie erwähnt die Rundreise- und Rückfahrkarten, die württembergischen Landeskarten und die Fahrscheinebücher zum Opfer. Kurz vorher sind die süddeutschen Bahnen durch die am 1. August 1906 eingeführte Fahrkartensteuer ganz unerwartet zur raschen Aufnahme der steuerfreien 4. Klasse (in Baden und Bayern zur 3b-Klasse) mit dem 2-Pf.-Satze gedrängt worden.

Württemberg ging zur 4. Klasse am 1. Oktober 1906 über und benutzte dazu die alten Wagen 3. Klasse. Diesem Umstande wie der schwäbischen Sparsamkeit mag es zuzuschreiben sein, wenn die 4.-Kl.-Reisenden bald so sehr überwogen, daß sich die Verwaltung zu tarifarischen Maßnahmen genötigt sah. Durch die Hinauffekung des 4.-Kl.-Preises auf 2,3 Pf. im Herbst 1909, verbunden mit einigen weiteren Tarifierhöhungen bei den Monatskarten usw., wurden nicht bloß die Einnahmen recht fühlbar vermehrt, sondern auch der Weiterabwanderung in die unteren Klassen Halt geboten. Zwar hat sich als weitere Folge auch eine Verlangsamung der Verkehrszunahme eingestellt, allein das konnte um so leichter hingenommen werden, als die vorausgegangene Entwicklung geradezu stürmisch erfolgt war.

Zur Ergänzung werden einige statistische Zahlen angefügt:

Die Zahl der Reisenden stieg von 1891 mit 17,6 Millionen bei 363,2 Millionen Personenkilometer bis zum Jahr 1913 auf 76,4 Millionen bei 1380,7 Millionen Personenkilometer. Die Hauptzunahme setzte mit dem Jahr 1906 ein, dessen Vorgänger erst bei 45,5 Millionen Reisenden und 840,1 Millionen Personenkilometer angelangt war. An der aufsteigenden Stufenleiter fehlt nur eine Sprosse: das Jahr 1894 zeigte einen kleinen Rückgang, weil Ostern in den März, also in das abgelaufene Rechnungsjahr fiel und das Wetter über Pfingsten und den ganzen Sommer regnerisch war.

Die Einnahmen einschließlich der des Gepäckverkehrs betrugen 1891 12 188 631 *M* und schlossen 1913 mit 33 561 707 *M* ab. Vor der allgemeinen Tarifänderung und der Einführung der 4. Klasse betrug die Jahreseinnahme 23 774 265 *M* (1905).

Eine weitere Bergliederung des Jahres 1913 ergibt 71,7 Millionen Reisende im Binnen- und 4,7 Millionen im Verbandsverkehr (= 93,8 und 6,2%). Die 1. Klasse benutzten 75 400, die 2. 1,8 Millionen, die 3. 14,3 und die 4. 60,2 Millionen Personen (= 0,1, 2,4, 18,8 und 78,7%). Die Einnahmen der Klassen belaufen sich auf 557 336, 2 851 659, 13 012 012 und 15 392 759 *M* (= 1,7, 9,0, 40,9 und 48,4%).

Das starke Mißverhältnis der 4. Klasse zwischen der Zahl der Reisenden mit fast vier Fünfteln des Gesamtverkehrs und den Einnahmen, die noch nicht die Hälfte ausmachen, rührt vom niedrigeren Fahrpreis, besonders aber von der durchschnittlich kürzeren Reiselänge (nicht ganz 14 km gegen 33 km in den anderen Klassen), und von der Berechnung des Arbeiterverkehrs mit seinen 0,9 Pf. für 1 Personenkilometer zu dieser Klasse her. Auf einen Personenkilometer trifft es jetzt im ganzen 2,30 Pf., dagegen 1891 3,24 Pf.; den tiefsten Stand hatte 1908 mit 2,20 Pf. erreicht.

Einer besonderen Würdigung bedarf der Arbeiterverkehr. Im Oktober 1882 wurden Arbeiter-Wochenkarten eingeführt, die ab 1885 mit 60 Pf. für die ersten 5 km und mit 10 Pf. für jeden weiteren Kilometer der Entfernung berechnet werden, und täglich morgens und abends benutzt werden durften. 1892 kamen die Wochenkarten in einer Richtung und 1897 die

Arbeiterrückfahrkarten dazu; die Benutzung während des Tags ist jetzt freigegeben.

Die Zahl der Arbeiterfahrten betrug 1891 bereits 2 991 996 mit 24,6 Millionen Personenkilometern und 246 000 *M* Einnahme, sie wuchs bis 1913 auf 22 193 082 Fahrten mit 243 Millionen Personenkilometern und 2 234 000 *M*, also fast um das Zehnfache an, was 29,1, 17,6 und 7,0 % der Ergebnisse des gesamten Personenverkehrs gleichkommt.

Der Arbeiterverkehr erfreut sich in Württemberg der größten Ausdehnung. Über ihn werden jährlich genaue, für die Bevölkerungsstatistik wertvolle Erhebungen angestellt, die sich auf den Zu- und Abgang auf jeder Station erstrecken. Seine Bedeutung liegt ebensowohl in der Zuführung der nötigen Arbeitskräfte an die Stätten der Gütererzeugung wie in der Trennung des Wohnorts vom Arbeitsplatz, ein Umstand, der auf die Gesundheit und auf das mit der Wohnungsfrage aufs engste verknüpfte Familienleben eine günstige Wirkung ausübt.

c) Güterverkehr. Auch der Güterverkehr hat sich in den vergangenen 25 Jahren mächtig gehoben, wenn auch die Steigerung der des Personenverkehrs nicht ganz gleichkommt. Die Zahl der Güterstellen wurde vermehrt; das Abfertigungsverfahren wurde vereinfacht und beschleunigt (1901 und 1903 Einführung des kartenlosen Verfahrens und der Eisenbahnmarken), der Güterzugfahrplan verbessert, Ferngüterzüge wurden eingelegt, wenige große Umladestellen für den Stückgüterdienst geschaffen usw. Die Einführung der durchgehenden Schnellbremse ist in Vorbereitung.

Nach einem im Jahr 1892 begonnenen Versuch wurde im Jahr 1895 die Sonntagsruhe in der Güterbeförderung in großem Umfange durchgeführt.

Die wichtigste Arbeit wurde auf dem Gebiet des Tarifwesens geleistet. Die Grundeinteilung ist zwar seit fast 40 Jahren dieselbe: Eil- und Stückgut (mit Spezialtarif für bestimmte Güter seit 1892 und 1899), allgemeine Wagenladungsklassen und die drei Spezialtarife; auch die ordentlichen Tariffätze sind in 25 Jahren kaum verändert worden (für den Tonnenkilometer sind außer der Abfertigungsgebühr als Streckensatz angesetzt: beim Stückgut je nach der Entfernung 11—6 Pf., Staffeltarif seit 1897; für die allgemeinen Wagenladungen 6,7 und 6 Pf., für die Spezialtarife 4,5—3,5 und 2,6—2,2 Pf.). Dagegen haben die Fragen veränderter Klasseneinteilung der Güter und namentlich die Bewilligung von Ausnahmetarifen teils im Interesse bestimmter Erwerbstände und Fabrikationszweige, teils in dem der allgemeinen billigen Versorgung mit den Massenartikeln des täglichen Gebrauchs die Verwaltungen unaufhörlich in Anspruch genommen. Hervorzuheben sind die für die Ausfuhr wichtigen Holzausnahmetarife sowie die der Einfuhr zugut kommenden Sondertarife für Steinkohlen, Erdöl, Getreide und besonders der für Düngemittel, Erze, Kartoffeln, Rüben und Torf gültige sogenannte Rohstofftarif mit 1,4 Pf. für 1 tkm von 350 km an.

Um jedem Lande die Frachten zu sichern, die vom Standpunkt des kürzesten Weges aus über seine Linien führen, fanden auf Württembergs Veranlassung in den Jahren 1904/05 Verhandlungen unter den deutschen Regierungen statt, durch die der zulässige Umweg auf 20 % der kürzesten Strecke eingeengt worden ist. Weitere Beschränkungen des Wettbewerbs unter den verschiedenen Linien der deutschen Bahnen stehen in Aussicht.

Zur einheitlichen Wahrung der deutschen Interessen im Tier- und Güterverkehr gegenüber dem Ausland wurde 1909 eine Tarif-, „Gemeinschaft der deutschen Eisenbahnen“ ins Leben gerufen, die sich bereits recht vorteilhaft erwiesen hat.

Die Entwicklung des Güterverkehrs wird in nachstehenden statistischen Zahlen näher dargelegt:

Die Güterzüge haben 1891 3 243 000 km, 1913 6 737 000 km durchlaufen, an Güterwagenachskilometern wurden in diesen Jahren 243,5 und 456,5 Millionen geleistet. Die Zahl der beförderten Tonnen (ohne Militärgut und Tiere) stieg von 4 798 000 auf 13 914 000 t, die Frachteinnahme von 19 498 031 auf 49 475 210 M. Der Tonnenkilometer trug im einen Jahr 4,97 Pf., im anderen 4,29 Pf. ein; das Fallen ist mehr durch die Zunahme der billigen Massengüter als durch Tarifierabsetzungen verursacht. Von dem Gesamtverkehr des Jahres 1913 kommen auf Eil- und Stückgut 10,03, auf allgemeine Wagenladungen 8,29, auf Spezialtarifgüter 37,43 und auf die Ausnahmetariffsendungen 41,09 %; der Rest entfällt auf Tiere (1,56 %), auf Militär- und Dienstgut.

Zur Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage werden noch Angaben über einzelne wichtige Gebrauchsgüter von Wert sein, nämlich über den Kohlen-, Holz-, Getreide-, Obst- und Tierverkehr. Von jeher wird über die Kohleneinfuhr als ungefähren Maßstab der Industrieentwicklung ein genauer Nachweis aufgestellt. Die Gesamtzufuhr an Kohlen betrug 1891 1 032 268 t, wovon 104 582 t zu Schiff; 1913 war sie auf 2 502 128 t angewachsen, wovon 45 695 t auf Wasserfrachten treffen. Die Eisenbahn selbst verbrauchte 1891 etwa 155 000, 1913 411 000 t.

Das Gegenstück dazu bildet der Holzverkehr. Soweit er unter die Ausnahmetarife fällt, umfaßt er 1891 660 370 t, 1913 aber 1 315 968 t. Nach der deutschen Güterstatistik wurden an europäischem Holz 1913 499 532 t aus- und 375 987 t eingeführt.

Der Volksernährung kam die Zufuhr an Getreide zugut, die im Jahr 1891 173 057 t und 1913 267 655 t betrug, ausgeführt wurden in diesen Jahren 52 993 t und 78 926 t. Der Austausch an Mehl und Kleie ergab (1891) 15 712 t und (1913) 179 598 t Eingang und 30 917 t und 32 266 t Ausgang, der von Kartoffeln in denselben Jahren 7769/6387 (1891) und 9440/15 166 t (1910).

Eine große Rolle spielt in Württemberg die Deckung des Obstbedarfs. Nirgends lassen sich die Verkehrswirkungen der heimischen Ernte so gut

verfolgen wie in der Obstbeförderung: gute Ernten bringen der Eisenbahn wenige, geringe Ernten viele (Ausland-) Frachten ein. Nach einer seit 1903 geführten Statistik wurden in den 13 Jahren 1903—1915 920 000 t ein- und etwas über 75 000 t ausgeführt. In den Jahren 1906, 1907, 1909, 1911 und 1913 betrug die Einfuhr zwischen 93 560 und 125 565 t, in den anderen Jahren unter 62 000 t bis herab auf 27 700 (1908) und 36 053 t im Jahr 1914. Die schwächste Mehreinfuhr fällt in das Jahr 1908 mit 13 400 t, die größte in die Jahre 1911 und 1913 mit je über 119 000 t.

Für die augenblicklich so brennende Lebensmittelfrage ist sodann noch der Tierverkehr wichtig: Es wurden 1891 und 1913 eingeführt an Rindvieh 32 218 und 62 625 Stück gegen eine Ausfuhr von 89 505 und 102 827, ferner 51 865 und 179 091 Schweine, während 55 597 und 66 898 außer Landes gegangen sind. An Geflügel kamen in den beiden Jahren 201 854 und 904 376 Stück herein, 170 728 und 273 286 wurden wieder fortgeschickt.

Der hohe Stand des Güterverkehrs nicht weniger als der großartig entwickelte Personenverkehr haben die an die Eisenbahnen gestellten Erwartungen erfüllt. Aus der Möglichkeit jederzeitigen persönlichen Verkehrs und aus dem raschen und regelmäßigen Güterumlauf haben alle Erwerbstände, Forst- und Landwirtschaft, Bergbau, Industrie und Handel reichen Gewinn geschöpft und dem Volk ein Vermögen geschaffen, das zur glücklichen Überwindung der heutigen Kriegsnöte mithilft.

V. Die Finanzen

Um in den großen Betrieb Ordnung und Wirtschaftlichkeit zu bringen, ist ein gutes, alle Zweige und Geschäfte umfassendes klares und übersichtliches Rechnungswesen notwendig. Für die Rechnungsführung der deutschen Eisenbahnverwaltungen war von 1880 an das vom Reichseisenbahnamt festgestellte, etwas umständliche Normalbuchungsformular maßgebend. Auf Preußens Vorgang wurde es 1898 wesentlich vereinfacht; gleichzeitig wurde auch die deutsche Eisenbahnstatistik, die (mit dem Verwaltungsbericht der Rgl. Württembergischen Verkehrsanstalten) eine wichtige Ergänzung der Rechnung bildet, in vielen Beziehungen gekürzt. Beim Vergleichen der späteren Ergebnisse mit den früheren bedarf es daher einiger Vorsicht.

Eine sehr vereinfachte Buchung ergibt sich in Württemberg aus der 1886 eingeführten und seither wiederholt erweiterten Stationsrechnung, der sich 1898 die Baukastenrechnung anschloß. Durch sie werden bei der Eisenbahnhauptklasse Sammelbuchungen fast aller von den Stationsklassen erledigten Kassengeschäfte ermöglicht, so daß drei Beamte die gesamte Buchungsarbeit besorgen können.

Die mächtige Verkehrsentwicklung der letzten 25 Jahre findet selbstverständlich auch in der Rechnung ihren Ausdruck.

Das Anlagekapital hat sich seit 1891 von 504,8 Millionen Mark auf 875,5 Millionen Mark erhöht. Die im Betrieb befindlichen Bahnen kosteten 857 360 420 M., wobei jedoch die Beiträge Dritter mit 22 Millionen Mark (darunter Reich und Preußen mit 13,6 Millionen), ebenso 4,4 Millionen Staatsbeiträge für den Privatbahnbau nicht eingerechnet sind. Der Betriebskilometer stellte sich vor 25 Jahren auf 299 881 M., heute auf 398 068 M. Da der Aufwand für die inzwischen gebauten Nebenbahnen sich weit unter dem Durchschnitt bewegt, kann man ermessen, in welchem Umfang die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Anlagen verbessert worden ist.

Das Kapital wurde mit 39,1 Millionen Mark aus Grundstocksmitteln, mit 41,4 Millionen Mark aus Restmitteln der Staatsverwaltung und mit 751,7 Millionen Mark durch Anlehen aufgebracht; zu 8,3 Millionen Mark sind Überschüsse des Eisenbahnreferendums und zu 33 Millionen Mark Betriebseinnahmen verwendet worden.

Die Eisenbahnschuld stieg von 371,4 auf 618,8 Millionen Mark. Hiernach sind an den Anlehen bereits 132,9 Millionen Mark, meist aus allgemeinen Staatsmitteln abbezahlt worden. Der Zinsbedarf wurde für 1891 auf 15,3 Millionen Mark, für 1914 auf 22,6 Millionen Mark berechnet. Hierin macht sich die Umwandlung der 4prozentigen Staatspapiere in 3½prozentige (1897) geltend.

Das Anlagekapital hat sich seit 1891 um 73,0 %, die Schuld um 66,6 % und der Zinsbetrag um 47,5 % erhöht.

Über die wichtigsten Betriebsergebnisse gibt die am Schluß angefügte statistische Übersicht Auskunft. Es betragen

	1891	1913	Zunahme
die Verkehrseinnahmen . . .	33 880 591 M.	87 235 435 M.	157,5 %
die Gesamteinnahmen . . .	36 219 190 M.	94 295 658 M.	160,3 %
die persönlichen Ausgaben . .	10 527 791 M.	36 922 694 M.	250,7 %
die Gesamtausgaben	24 431 937 M.	68 491 116 M.	180,3 %.

Die Haupteinnahmequelle bildet der Verkehr; darüber hinaus kommen meist nur Rücknahmen vor, d. h. Ersätze für gleichhohe oder höhere Aufwendungen (Arbeiten oder Stoffabgaben für andere Verwaltungen zum Selbstkostenpreis, Erlöse aus Altmaterial, Mieten usw.).

Bei den Verkehrseinnahmen überwiegt der Güterverkehr, aber nicht in dem Maße wie bei den anderen deutschen Staatsbahnen. Das Verhältnis hat sich in den letzten 25 Jahren zugunsten des Personenverkehrs etwas verschoben, indem es 1891 36:64, 1913 aber 38,5:61,5 betrug (bei den deutschen Staatsbahnen stieg es von 28,6:71,4 auf 30,7:69,3). Die württembergischen Staatsbahnen haben im Gegensatz zu den anderen im Personenverkehr mehr die billigen unteren Klassen besetzt, im Güterverkehr stehen sie mit dem hoch tarifierten, aber wenig ergiebigen und einträglichen Stückgutverkehr obenan.

Dem erfreulichen Aufwärtsschreiten der Einnahmen steht eine noch raschere Zunahme der Ausgaben gegenüber. Und hier sind es hauptsächlich

die persönlichen Ausgaben, die das größte Wachstum zeigen, wenn auch ein Teil davon auf die veränderte Verrechnung zurückzuführen ist. Die früher sehr bescheidenen Gehalt- und Lohneinkommen mußten mehrmals kräftig verbessert werden.

Eine dem Personalaufwand ähnliche Steigerung weist die Fahrzeugunterhaltung auf (von 2,9 auf 8,6 Millionen Mark). Sie hängt mit den Lohnsätzen, der Vermehrung der Fahrzeuge und deren Inanspruchnahme, sodann mit der Bestimmung des Staatsbahnwagenverbands zusammen, daß die Wagen am Ort der Beschädigung anstatt in der Heimat auszubessern seien. Der Aufwand begreift daher auch die Arbeiten unserer Werkstätten für die fremden Wagen in sich, deren Ersätze unter den Einnahmen aus den Leistungen für Dritte wieder enthalten sind.

Eine große Veränderung haben die fast ausschließlich dem Güterwagenverkehr entspringenden Fahrzeugmieten durch den Wagenverband erfahren. Da Württemberg die Massengüter von auswärts bezieht, so gingen von jeher mehr fremde Wagen ein als eigene aus. Die Miete für die fremden Fahrzeuge war daher größer als die eigene Einnahme, und zwar 1907 um 706 000 M bei 2,44 Millionen Mark Ausgabe. Jetzt ist sie fast verschwunden, und aus der ständigen Mehrausgabe ist eine beträchtliche Mehreinnahme (1913: über 400 000 M) geworden. Freilich steht diesem Gewinn wieder der Aufwand für den stark vermehrten Güterwagenpark gegenüber.

Trotz der Ausgabensteigerung ist der Überschuß immer größer geworden und hat sich seit 1891 unter mancherlei Schwankungen von 11,8 auf 25,8 Millionen Mark (= 118,7 %) erhöht. Da sich aber auch das Anlagekapital in der Zwischenzeit fast verdoppelt hat, so ist die Rente nur von 2,41 auf 3,16 % gehoben worden.

Die Rente, an der wir den einzelwirtschaftlichen Geschäftserfolg abzulesen pflegen, ist einer der schwächsten Punkte der württembergischen Eisenbahngeschichte. In den numehr 70 Betriebsjahren ist es nur die kurze Spanne von 1854—1867, die eine gute Verzinsung (zwischen 4,16 und 6,39 %) ergeben hat. Von da an bis zum Jahr 1895 reichte der jährliche Überschuß mit der einen Ausnahme von 1888 nicht einmal zur Verzinsung der Eisenbahnschuld aus. Von 1896 an nahm er so zu, daß er den 1897 durch Herabsetzung des Zinsfußes ermäßigten Zinsbedarf meist erheblich überschritt, und zwar unter Außerachtlassung von vier Fehljahren zusammen um fast 44 Millionen Mark. Die vier Fehljahre sind in erster Linie verursacht durch wirtschaftliche Krisen (1901/02 und 1907/08), deren Folgen durch das Zusammentreffen mit notwendigen allgemeinen Gehalt- und Lohnaufbesserungen verschärft worden sind.

Die Finanzen würden ein noch weniger günstiges Bild geben, wenn die Betriebsrechnung auch die seit 1909 größtenteils von der Staatskasse getragene Pensionslast einschloße.

Die Gründe der unzulänglichen Rente sind eingangs schon erwähnt, sie liegen in der Gestaltung des Landes, mit der die Kostspieligkeit der Bahn-

anlagen, der Mangel an gewinnbringendem Verkehr und die teure Betriebsführung zusammenhängt.

An Bemühungen, die Überschüsse zu vermehren und die allgemeine Staatskasse zu entlasten, hat es zu keiner Zeit gefehlt. Von den auf Förderung des Verkehrs hinielenden Maßnahmen war oben in Teil IV die Rede. Durch die Zulassung von Geschäftsanschlügen und Verkaufkästen auf den Bahnhöfen suchte man selbst die kahlen Wandflächen und leeren Winkel nutzbar zu machen.

Bei den Ausgaben hielt die Verwaltung und mit ihr das ganze Personal von jeher auf große Sparsamkeit. Nach preußischem Muster wurde 1897 eine fortlaufende Wirtschaftskontrolle geschaffen, die alle Dienstzweige und Stellen des inneren und äußeren Dienstes umschließt. Eine gründliche Durcharbeitung der Dienstenteilungen des Stations-, Zugbegleit- und Lokomotivpersonals soll eine gute Ausnutzung der Arbeitskräfte sichern, eine große Reihe von Verfügungen und Maßnahmen organisatorischer und technischer Art hatten Personal- und Materialersparnisse zum Zweck. Bis ins kleinste hinein wurden die Einrichtungen studiert, um Vereinfachungen zu erzielen (die kartenlose Güterabfertigung, die Klammernverpackung der Fahrkarten usw. ging von Württemberg aus). Durch langfristige Lieferverträge wurden in kritischen Zeiten große Vorteile erzielt (billige Kohlen bei steigenden Preisen). Mit den Nachbarverwaltungen wurden günstige Abkommen über die einfachste und billigste Dienstbesorgung auf den Übergangsstationen, über die Durchführung von Zügen und die gemeinsame Benutzung der Lokomotiven und Wagen getroffen.

Der von Württemberg ausgegangene Versuch, durch eine Betriebsmittelgemeinschaft die Betriebskosten der deutschen Eisenbahnen zu verringern (1903/06) ist zwar gescheitert, immerhin hat der schon wiederholt erwähnte Staatsbahnwagenverband, der im Anschluß an die Gemeinschaftsverhandlungen zustande kam, durch den Wegfall vieler Leerläufe und der gegenseitigen Einzelabrechnungen als Folge der gemeinsamen Güterwagenbenutzung ansehnliche finanzielle Vorteile (für Württemberg etwa 400 000 M im Jahr) und manche Erleichterung für den Verkehr gebracht.

Die Staatskasse leidet nicht nur unter den Zuschüssen zur Tilgung und Verzinsung der Eisenbahnschuld, sondern auch unter den manchmal großen Schwankungen der Erträge bei außerordentlichen Aufwendungen oder beim Niedergang des Wirtschaftslebens. Zu ihrer Vermeidung wurde im Jahr 1899 ein Gesetz zur Gründung eines Eisenbahnreservefonds erlassen, wonach die an die Staatskasse abzuliefernden Überschüsse im Etat auf den durchschnittlichen Betrag des vorausgegangenen Jahrzehnts bestimmt werden. Höhere Überschüsse werden dem Reservefonds zugewiesen, Fehlbeträge aus ihm ersetzt. Ursprünglich war der Höchstbetrag auf 5 Millionen Mark festgesetzt, seit 1910 ist eine Grenze zwar nicht mehr vorgesehen, jedoch ist bestimmt, daß nach Erreichung von 5 Millionen die Hälfte der ferneren

Überschüsse und nach Erreichung von 10 Millionen Mark zwei Drittel davon an die Staatskasse übergehen. Bei Kriegsausbruch hatte der Fonds 10 Millionen Mark betragen, nachdem über ansehnliche Beträge zu Nebenbahnbauten bereits verfügt worden war. Der Fonds hat sich in den Fehljahren 1901 und 1907/08 sowie in der gegenwärtigen Kriegszeit wohl bewährt und auch in den Überschujahren gute Dienste getan, insofern durch vorübergehende Verwendung seiner Gelder für Baufonds zwecke die Aufnahme von Anlehen verschoben werden konnte.

VI. Personalwesen

Eisenbahnbau und -betrieb machten den Staat zum größten Arbeitgeber seines Gebiets und stellten ihn mit dem Auftauchen und Wachsen der sozialen Frage vor unbekannte und ungeahnte Aufgaben. Es galt, viele tausend Arbeitskräfte aus allen Kreisen und Schichten zusammenzuziehen, zu brauchbaren und zuverlässigen Gliedern des Gesamtdienstes auszubilden, zweckmäßig zu verwenden und mit den Familien in gesunden und kranken Tagen während der Dienstfähigkeit und darüber hinaus angemessen zu versorgen.

Der Eisenbahnbetrieb verlangt ein körperlich und geistig frisches, zuverlässiges und mit dem Dienst wohl vertrautes Personal. Demgemäß muß jeder bei der Annahme vor allem die nötige Rüstigkeit und einen guten Leumund nachweisen.

Das Maß der Vorbildung richtet sich nach dem Dienste, der in einfachen mechanischen Verrichtungen, aber auch in Arbeiten bestehen kann, die ein umfangreiches Wissen und hohe geistige Fähigkeiten voraussetzen.

Der Arbeiter wird nach seinem Eintritt in den Dienst eingeleitet. Wer zum Unterbeamten aufrücken will, hat nach einer mehrmonatigen Ausbildung eine Prüfung in seinem Dienstzweig abzulegen.

Die Prüfungen für den Betrieb- und Verwaltungsbeamtendienst wurden 1884 eingeführt, 1902 und 1909 wesentlich geändert.

Im mittleren Beamtendienst haben die Anwärter des Assistentendienstes, für den Elementarkenntnisse noch genügen, sowie die Praktikanten 2. Klasse des Sekretärdienstes, der den Besuch einer Mittelschule bis zur 7. Klasse erfordert, eine einjährige Probezeit auf einer Station abzuleisten. Nach dreijähriger Verwendung können sie im Anschluß an einen Unterrichtskurs in Stuttgart (seit 1903/1884) ihre Prüfung ablegen, worauf sie zum Eisenbahngehilfen und Praktikanten 1. Klasse aufrücken.

Für den höheren Verwaltungsdienst ist die Erstehung der ersten Justiz- oder einer technischen Diplomprüfung vorgeschrieben; nach zweijährigem Probendienst legt der Kandidat die Assessorprüfung ab.

Der höhere technische Dienst verlangt die Erstehung der Diplomprüfung als Architekt, Bau- oder Maschineningenieur und nach dreijähriger Dienstleistung die Ablegung der Staatsprüfung für Regierungsbaumeister.

Der mittlere technische Dienst (Bahnmeister, Werkmeister, Feldmesser) setzt die Ablegung der Abschlußprüfung an der Baugewerke- und Maschinenbauschule voraus.

Der Aus- und Weiterbildung dienen Dienstanweisungen und Leitfäden, die Bücherei, der Umlauf von Fachschriften, bei den Unterbeamten fortlaufende Unterrichtsstunden; die mittleren und höheren Beamten können Fortbildungskurse besuchen und erhalten zu Studienzwecken Urlaub ins Ausland.

Die feste Anstellung der geprüften Hilfsbeamten und Hilfsunterbeamten richtet sich nach der Zahl der Stellenerledigungen, nach dem Dienstalter und nach dem Grad der Tüchtigkeit. Um die Wartezeiten zu kürzen und über eine dem dienstlichen Bedürfnis entsprechende Stellenzahl zu verfügen, werden fast in jedem Etat neue Stellen für den unteren und mittleren Beamtendienst geschaffen. Eine Bevorzugung in der Anstellung genießen die insbesondere dem Zugbegleit-, aber auch dem Assistentendienst zustrebenden Militär-anwärter. Sie werden auf erledigte Stellen zum Probendienst einberufen und nach Ersthörung der daran anschließenden Prüfung fest angestellt.

Die Rechtsverhältnisse der Beamten wurden wiederholt verbessert, ganz besonders geschah dies durch die Änderungen des Beamtengesetzes in den Jahren 1907 und 1910. Die Anstellung auf jederzeitigen Widerruf wurde abgeschafft, die Rechte der lebenslänglichen Anstellung werden auch den zunächst auf vierteljährige Kündigung Angestellten nach 7 Jahren zuerkannt, die Gehaltvorrückungen sind seit 1893—1899 an das Dienstalter, nicht mehr an den Abgang der Vorderleute (sogenanntes Seelenwärtersystem) gebunden. Der Gehalt wird bei langen Krankheiten nicht mehr gekürzt (vorher wurde nach 6 Monaten ein Drittel einbehalten), die Pensionsbestimmungen sind besonders für die Hinterbliebenen erheblich günstiger gestaltet worden, für unfreiwillig Ausgeschiedene sind Teilpensionen vorgesehen. Die Urlaubsbestimmungen wurden erweitert.

Auch die Arbeiterverhältnisse haben sich zeitgemäß und in der Richtung weitgehender Anpassung an die Beamtenrechte fortentwickelt. Die Entlassung ist nach Verlauf von 10 Dienstjahren nur mit Genehmigung der Generaldirektion zulässig, sie wird fast niemals wegen Verkehrsrückgang verfügt, so daß jeder willige, fleißige Eisenbahnarbeiter in Wirklichkeit eine Lebensstellung innehat. In Krankheitsfällen ist durch die leistungsfähige Betriebskrankenasse, im Falle der Invalidität und des Todes durch die Renten der Invalidenversicherung und der diese ergänzenden Arbeiterpensionskasse für den Arbeiter und seine Angehörigen in einer der Beamtenfürsorge nahekommenden Weise gesorgt. Der Arbeiter erhält einen mit den Dienstjahren steigenden Urlaub von 3—10 Tagen mit Fortbezug des Lohnes. Über die allgemeinen Wünsche und Beschwerden verhandeln die Arbeiter in Arbeiterausschüssen, die seit 1891 in den Werkstätten, seit 1906 auch bei den übrigen Dienststellen errichtet sind.

Für die Schonung und Erholung des Personals wie für die Sicherheit des Betriebs wichtig sind die von den deutschen Regierungen vereinbarten, wiederholt verbesserten Dienst- und Ruhezeitbestimmungen (letztmals 1913 ausgegeben). Die Dienstsichten (einschließlich der Ruhepausen) dürfen je nach der Inanspruchnahme beim Bahnbewachungspersonal 12—14, beim Stationspersonal 10—14, bei strengem Dienst monatlich nicht über 240 Stunden, beim Zugpersonal 10—14, monatlich beim Lokomotivpersonal nicht über 270, beim Zugbegleitpersonal nicht über 300 Stunden betragen; nur unter ganz einfachen Verhältnissen ist eine mäßige Überschreitung gestattet. Die Ruhezeit zwischen zwei Dienstsichten soll 8—10 Stunden umfassen. Monatlich sind 2, bei Nachtdienst mindestens 3 Ruhetage von 32stündiger Dauer zu gewähren. Der Besuch des Gottesdienstes muß mindestens jeden dritten Sonntag ermöglicht werden.

Ein besonderes Anliegen der Verwaltung war stets die zeitgemäße Regelung des Dienst Einkommens. Der Verteuerung der Lebensmittel und dem berechtigten Anspruch auf einen Anteil an dem steigenden Volkswohlstand wurde durch verschiedene allgemeine Gehaltsaufbesserungen Rechnung getragen. Nach der Gehaltsregelung von 1889, die den Beamten eine fünfprozentige Zulage sowie die Einführung eines Wohnungsgeldes von 6, 7 und 9% des Gehalts brachte, erhielten zunächst einzelne Dienstklassen gelegentliche Verbesserungen. Das Jahr 1899 brachte feste Wohnungsgeldsätze, das Jahr 1901 eine allgemeine Aufbesserung. Im Jahr 1907 wurde das Wohnungsgeld erhöht und eine weitere finanzielle Erleichterung durch Beseitigung der Pensionistenbeiträge mit 2 und 3% des Gehalts (neben 25 und 10% Einlagen bei der erstmaligen Anstellung und den späteren Aufbesserungen) herbeigeführt. Eine durchgreifende, ausgiebige Gehaltserhöhung kam im Jahr 1911 zustande.

In gleicher Weise wurde auch für eine stetige Besserstellung der Arbeiter gesorgt. Das Lohnwesen wurde im Jahr 1907 für das ganze Personal neu geregelt und eine Lohnordnung mit festen, nach Arbeiter- und Ortsklassen verschieden bemessenen Sätzen und periodischen Lohnvorrückungen aufgestellt. Im Anschluß an die Gehaltsaufbesserung von 1911 erhielten auch die Arbeiter einen um 30 Pf. für den Tag erhöhten Lohn.

Nach der Statistik berechnet sich der Gesamtverdienst (Gehalt und Lohn einschließlich der Nebenbezüge)

	im Jahr	1891	1898	1906	1913		Steigerung gegen 1891
1. für einen Angestellten auf	.	1761	1797	2032	2530	M	43,7 %
2. für einen Arbeiter auf	. .	781	844	1092	1380	M	76,7 %

Die Fürsorge geht über die Bezahlung eines angemessenen Dienst Einkommens hinaus und hat Wohlfahrtseinrichtungen geschaffen, die den Individuallohn ergänzen.

Schon früh hat die württembergische Verwaltung den Wert gesunder, geräumiger Wohnungen für das Personal erkannt und zu diesem Zweck zahlreiche Dienstwohnungen auf den Stationen und längs der Bahn erstellt, auch wurde der Bau von Mietwohnungen für das Zug- und Werkstattepersonal in größerem Umfang schon in den sechziger Jahren eingeleitet. 1891 ist die Wohnungsfrage erneut aufgegriffen worden. Die bedeutendste Frucht davon sind die auf 75 Gebäude verteilten 541 Wohnungen auf der Prag in Stuttgart, die mit einem Kostenaufwand von 4 800 000 M. erstellt worden sind. Im ganzen stehen heute gegen 5000, meist mit Gärten verbundene Wohnungen dem Personal zur Verfügung, wovon rund 700 den Beamten und über 4000 den Unterbeamten und Arbeitern zugewiesen sind.

An weiteren Einrichtungen sind zu nennen:

Überall sind Aufenthaltsräume eingerichtet, meist mit Liegegelegenheiten und mit Gascochen versehen;

fast 900 Dienstbetten sind für das auswärts übernachtende Personal bestimmt;

38 Badanstalten stehen dem Personal gegen mäßige Vergütung (5—20 Pf.) zur Verfügung.

Durch die Kleiderfürsorge wird über 10 000 Bediensteten kostenfreie Dienstkleidung zuteil. Etwa 1000 Beamte erhalten für das Tragen der Dienstkleider angemessene Vergütungen.

Zur Verdrängung des Alkohols wird Saft- und Sauerwasser zum Preise von 5 und 6 Pf. für $\frac{1}{2}$ l feilgeboten, ferner sind die Dienststellen angewiesen, überall für eine billige, unter besonderen Umständen auch für eine auf Rechnung der Eisenbahnkasse gehende kostenfreie Abgabe von Kaffee und Milch zu sorgen.

Eigene Kantinen bestehen auf den Stationen Mühlacker, Stuttgart und Ulm. Beim Bezug von Kohlen und einigen anderen Artikeln werden Vergünstigungen gewährt.

In Krankheitsfällen genießt ein großer Teil der Angestellten neben dem Fortbezug des Gehalts freie ärztliche Behandlung durch den Bahnarzt, in Wildbad werden dem Unterpersonal Freibäder bewilligt, zu anderen Heilkuren werden Beihilfen gegeben; die Arbeiter gehören einer Betriebskrankenkasse an, die im ersten Halbjahr ein Krankengeld von $\frac{2}{3}$, im zweiten von $\frac{2}{5}$ des Lohnes neben den Invalidenrenten bezahlt, sie schließt auch die Familienhilfe ein. Über die Krankheiten der Angestellten und Arbeiter werden eingehende und fortdauernde Beobachtungen gemacht, das Ergebnis wird jährlich in einer Statistik niedergelegt.

Die dienstunfähig gewordenen Angestellten erhalten einen Ruhegehalt, der bei 40 Dienstjahren 92,5 % für den Gehalt bis zu 2400 M., 85 % für den höheren Gehaltteil beträgt. Auch für die Arbeiter ist durch die Arbeiterpensionskasse in ähnlicher Weise gesorgt, indem sie zu der Invalidenrente

noch eine Zuschußrente erhalten, die bei 40 Dienstjahren 50 % des Lohn-einkommens erreicht.

Die im Dienst verunglückten Personen werden nach der Unfallversicherung und nach dem Unfallfürsorgegesetz entschädigt.

Fast an allen Wohlfahrtseinrichtungen nehmen auch die Familienangehörigen (Frauen und Kinder) teil, insbesondere ist sowohl für die Hinterbliebenen der Angestellten als für die der Arbeiter durch Pensionen und Renten wenigstens bei höherem Dienstalter der Lebensunterhalt für bescheidene Ansprüche gesichert.

Gehalt und Löhne wie deren Ergänzungen durch die Hilfskassen sind für Durchschnittsverhältnisse bemessen. Sie können den einzelnen unter Umständen vor Not nicht schützen. In diesen Fällen wird ihm durch die für Unterstützungszwecke bestimmten Mittel (jährlich 90 000 M) Hilfe zuteil.

Der Selbsthilfe dienen die Sterbekasse (1886) und der Spar- und Darlehensverein für Angehörige der Verkehrsanstalten (1900). Beide Anstalten unterstützt der Staat durch Übernahme der Verwaltungskosten; ebenso erleichtert er die Teilnahme an den privaten Lebensversicherungen durch Einziehung der Prämien im Wege des Gehalt- und Lohnabzuges.

Welche Ausdehnung das Wohlfahrtswesen in den letzten 25 Jahren genommen hat, geht daraus hervor, daß die nach der Rechnung für Wohlfahrtszwecke verwendeten Beträge von 454 481 M im Jahr 1891 auf 2 907 417 M im Jahr 1913 angewachsen sind. Nicht eingerechnet ist hier der Aufwand für die aus der Staatskasse bezahlten Pensionen mit 2 265 000 M (1913) und der für die Wohnungen.

VII. Die Privatbahnen

Der Privatbahnbau beschränkte sich mit einer Ausnahme auf Stichbahnen von nur örtlichem Interesse. Die ersten beiden 1864 und 1873 erbauten Privatbahnen Unterboihingen—Kirchheim u. L. und Meßingen—Urach gingen 1899 und 1904 durch Kauf an den Staat über.

Eine lebhaftere Bautätigkeit setzte ein, als der Staat 1899 sich zu zinsfreien Beiträgen bereit erklärte. In einem Falle beteiligte er sich mit Zeichnung von Aktien. Außer dem Staate mußten auch die Gemeinden und Körperschaften Beiträge übernehmen. Seit 1907 ruht der Privatbahnbau so ziemlich.

Außer drei dem Vorortverkehr dienenden Straßenbahnen zählt Württemberg 17 Privatbahnen mit 296 km, 4 gehören der Aktiengesellschaft Württembergischer Nebenbahnen und 8 der Württembergischen Eisenbahngesellschaft. Die Zahl der beförderten Personen betrug 1913 7 339 000, die der Güter 904 000 t. Den Einnahmen mit 2 641 000 M stehen 1 721 000 M Betriebskosten gegenüber, der Überschuß von 920 000 M gibt eine bescheidene Verzinsung.

VIII. Die Bodenseeschifffahrt

Unser einziges Gewässer, auf dem sich ein reger Verkehr entfalten konnte, bildet der Bodensee. Im Hinblick auf seine geschichtliche Entwicklung wie auf seine landschaftliche Schönheit ist ihm schon die Eigenschaft einer internationalen Verkehrslinie zugeschrieben worden. Durch ihn wird Württemberg unmittelbar mit der Schweiz und Österreich verbunden, was eine wertvolle Ergänzung seines Eisenbahnnetzes bedeutet.

Der württembergische Schiffsparc besteht aus 7 Personendampfschiffen, die mit einer Ausnahme zwischen 1890 und 1913 erbaut worden sind. Sie fassen 3950 Personen und weisen 4185 Pferdekkräfte mit einer Schnelligkeit von 26–27 km in der Stunde auf. Das neueste Schiff, „Hohentwiel“, ist 55,5 m lang, 13 m breit, hat eine 950pferdige Ventilmaschine und kann 600 Personen aufnehmen; es kostete 380 000 M.

Zur Fernhaltung eines unwirtschaftlichen Wettbewerbs haben sich die deutschen Uferstaaten (einschließlich Österreich) zu einem gemeinsamen Personenverkehrsdiensit verständigt. Ebenso bejorgt Württemberg mit der Schweiz den Personen- und Güterverkehr zwischen Friedrichshafen und Romanshorn zu gleichen Teilen, während die verkehrsschwache Linie nach Rorschach von ihm allein bedient wird.

Der Personenverkehr zeigt von 1891 an mit kleinen, von einer ungünstigen Sommerwitterung verursachten Rückschlägen ein erfreuliches Aufsteigen. Die 1899–1901 eröffnete Bodensee-Eggintelsbahn hatte auf ihn wenig Einfluß. Die Zahl der 1891 auf 190 643 berechneten Reisenden von und nach württembergischen Uferstationen ist auf 484 882 im Jahr 1913 angewachsen. Die Höchstzahl entfällt auf 1911 mit 517 076 Reisenden.

Der Güterverkehr vermochte mit dem Personenverkehr nicht Schritt zu halten, er stieg in der genannten Zeit unter Schwankungen und geschwächt durch die Schienenverbindung mit Bregenz (im Herbst 1899) von 90 260 t auf 127 813 t. Auch hier weist das Jahr 1911 den stärksten Verkehr mit 138 169 t auf.

Die württembergischen Schiffe haben die höchste Leistung im Personenverkehr im Jahr 1909 mit 484 566 Reisenden und im Güterverkehr 1911 mit 111 055 t erreicht.

Die Einnahmen aus dem Personenverkehr betrugen 1891 151 969, 1913 341 466 M., der Ertrag des Güterverkehrs stieg von 154 549 auf 162 652 M. Die Ausgaben zeigen von 1897 an eine aufsteigende Linie mit einer Einsenkung im Jahr 1908. Sie betrugen 1891 314 565 M., 1897 293 705 M., 1913 453 023 M.

IX. Der Verkehr im Kriege

Mit dem Tage der Mobilmachung wurde der nicht unbedingt dringliche Güterverkehr auf einige Wochen eingestellt, der Personenverkehr hatte zunächst noch einen großen Aufsturm der behindrängenden Sommergäste und der zu den Waffen eilenden Männer auszuhalten. Vom dritten Tag an war

auch er zunächst auf wenige Züge verwiesen. Der ganze Fahrplan, den vorher kaum sechs große Tafeln faßten, war auf einem kleinen Stück Papier verzeichnet. Seit fast 70 Jahren herrschte keine solche Stille auf den Bahnhöfen wie in den ersten Wochen, soweit nicht die Kriegsvorbereitungen da und dort die Ruhe störten. Dafür rollten aber, als die Militärbeförderungen begannen, auf den nach Westen führenden Linien die Züge mit den schweren Lasten unserer Vaterlandsverteidiger, begleitet von dem Lebewohl ihrer Angehörigen und den Segenswünschen der vielen Tausenden Zuschauer, in kaum unterbrochener Folge Tag und Nacht den Grenzen zu, mit einer Sicherheit und Pünktlichkeit, die die Welt in Staunen setzte.

Aber nicht bloß zum Aufmarsch dienten die Bahnen, bald stellte sich die Notwendigkeit ständiger Truppenverschiebungen zwischen West und Ost und Süd ein. Später kam dann die an Umfang zunehmende Beförderung der Urlauber dazu. Was da in der Stille alles geleistet werden mußte, davon wird erst eine spätere Zeit genaueren Aufschluß geben.

Langsam lebte der allgemeine Verkehr wieder auf, anfangs mit 625 Zügen im Tag gegen 1527 vorher, vom November 1914 an fuhren wieder 930. Heute sind alle Verkehrsbeziehungen, soweit sie nicht das Feindesland betreffen, aufgenommen, und es hat sich ein neuer Verkehr mit den besetzten Gebieten und mit den Balkanbundesgenossen entwickelt.

Die Deckung der Kriegsbedürfnisse, die Versorgung des Volkes mit Nahrungsmitteln und der Industrie mit notleidenden Stoffen hatte eine Flut von Ausnahmetarifen auf fast allen Gebieten des Wirtschaftslebens im Gefolge.

Die Einnahmen aus dem Personenverkehr fielen 1914 um 6 Millionen, auf 27,6 Millionen, die aus dem Güterverkehr um 5,8 Millionen, auf 47,9 Millionen Mark, dagegen gelang es, auch die Ausgaben um 4,5 Millionen auf 65,1 Millionen Mark herabzumindern. Der Fehlbetrag des ersten Kriegsjahres konnte aus dem Reservefonds gedeckt werden, das zweite hat eine fühlbare Besserung gebracht, so daß man auf diesen nicht zurückzugreifen brauchte, sondern ihn sogar wieder auffüllen konnte.

Sind die Finanzsorgen etwas zurückgetreten, so haben sich dafür die mit dem Kriege begonnenen Personalsorgen vermehrt. Schon im ersten Jahr waren 2870 Mann zu den Waffen und zum Feldeisenbahndienst eingezogen und mußten 1260 zum Eisenbahnkolonnendienst in den besetzten feindlichen Gebieten abgegeben werden, jetzt sind die Zahlen auf 3906 und 2108 angewachsen.

Die dadurch entstandenen Lücken konnten nur mit Mühe und unter Beziehung von Frauen geschlossen werden.

Mit den Mannschaften mußten auch Fahrzeuge und allerhand Geräte an die Militäreisenbahnbehörden abgegeben werden. 86 Lokomotiven arbeiten zurzeit in fremdem Lande, die Güterwagen stehen zu einem guten Teile zur Verfügung des Militärs, 300 Personenwagen sind zu Lazarettzügen mit 1400 Betten verwendet worden; ihre Bauart eignet sich so gut, daß sie auch von auswärts hiezu verlangt worden sind.

Im Zusammenhang mit der Leutenot ist auch die dringend gewordene Frage der Kriegsinvalidenbeschäftigung zu erwähnen, mit deren praktischer Lösung bereits begonnen worden ist.

Für die Angehörigen der zum Militärdienst Eingezogenen wird bei Angestellten, ständigen Hilfsbeamten und Hilfsunterbeamten Gehalt und Lohn weiterbezahlt, bei den Arbeitern erhalten Frau und Kinder eine die Reichsunterstützung ergänzende Beihilfe (25 % des Lohnes für Frauen und 5, später 6 % für Kinder und unterstützungsweise auch für Eltern und Geschwister, im ganzen bis zu 50 %). Die bald eingetretene Teuerung verlangte Zulagen für das in der Heimat gebliebene Personal. Sie wurden seit dem Frühjahr 1915 den Arbeitern bis zu 1400 M Lohn, vom November 1915 an allen Angestellten und Arbeitern unter 2100 M Einkommen, als Kinderzulagen steigend von einem Kind unter 16 Jahren mit monatlich 4 M bis zu 15 M bei mehr als 6 Kindern, gewährt. Im Mai 1916 wurde der Rahmen der Empfänger bis auf 2400 M neuestens auf 3200 M Diensteinkommen erweitert, auch sind jetzt kinderlose Familien und Ledige einbezogen. Die Zulagen wurden erhöht, indem für jedes Kind monatlich 3 M angesetzt werden. Hierzu kommen noch in zahlreichen Fällen außerordentliche Unterstützungen.

So haben die Eisenbahnen nicht bloß ihre volle Bereitschaft für den vaterländischen Kriegsdienst erwiesen, sondern auch all den vielen neuen Aufgaben, die im Laufe des ungeheuren Weltkrieges an sie herantraten, sich gewachsen gezeigt.

Fassen wir die Geschichte des Eisenbahnwesens während der 25jährigen Regierung unseres Königs zusammen, so ergibt sich durchweg ein erfreuliches Bild. Das Eisenbahnnetz ist engmaschiger und leistungsfähiger geworden, die Fahrzeuge sind kräftiger, bequemer und schöner als früher, der Betrieb bietet häufigere Fahrgelegenheit bei verkürzter Fahrdauer, der Aufschwung des Personenverkehrs ist geradezu erstaunlich, auch der Güterverkehr ist in flotter Entwicklung begriffen, die Finanzen haben sich trotz weitgehender Tarifiermäßigungen etwas gebessert. Ein gut geschultes Personal, zusammengeschlossen in straffer, zweckmäßiger und genügend flüssiger Organisation, vermag allen Anforderungen gerecht zu werden; es wurde durch wiederholte Einkommenserhöhungen und eine Reihe von Wohlfahrtseinrichtungen zu voller Hingabe an den Dienst und zu mäßiger Steigerung der Lebenshaltung befähigt.

Das Bild wäre nicht vollständig, würden die Eisenbahnen nicht im weiten Rahmen der Volkswirtschaft betrachtet, deren Gradmesser sie in gewissem Sinne sind. Was auch des Landmanns Schweiß erzeugt und was der Fleiß und Unternehmungsgeist in Gewerbe und Handel erschafft und beschafft, die Eisenbahnen haben den Arbeitserfolg erst ermöglicht oder doch begünstigt und erhöht. Sie haben daher am Aufleben und Aufblühen der Volkswirtschaft getreulich mitgewirkt, zum Wachsen des allgemeinen Reichtums das ihrige voll beigetragen und so dem Lande den großen Bauaufwand reichlich vergolten.

X. Statistische Übersicht über die Ergebnisse der Rgl. Württ. Staatsseisenbahnen von 1891—1915

Bemerkung: Das Rechnungsjahr umfaßt die Zeit vom 1. April bis 31. März.

1	2	3	4	5	6	7
Nr.	Stand im Jahre	1891	1898	1906	1913	1914 (Ertragshabr)
I. Bahnen und Fahrzeuge						
1.	Länge km (Staats- und Privatbahnen auf württ. Gebiet) (davon auf 100 qkm Landfläche) (" " 10 000 Einwohner)	1 648 1 532 7,86 7,52	1 760 1 659 8,50 7,86	1 963 2 064 10,58 8,97	2 099 2 249 11,53 9,22	2 104 2 256 11,56 9,25
2.	Mehrgleisige Linien „	316	365	486	588	588
3.	Zinlagkapital M	494 105 052	556 406 321	671 767 155	828 228 911	837 360 420
4.	auf 1 km „	299 881	316 138	342 251	394 592	398 068
5.	Eisenbahnstrecke „	389 366 161	436 590 075	501 188 680	614 781 255	618 810 508
6.	Stationen „	353	428	557	657	639
7.	Lokomotiven (Triebwagen) „	390	541	742	850	855
8.	Personenwagen „	1 003	1 191	1 737	2 352	2 394
9.	Gepäck- und Güterwagen „	6 639	7 721	9 580	14 728	15 164
10.	Kosten der Fahrzeuge M	48 040 964	60 791 047	86 296 898	118 811 693	121 761 790
II. Betrieb und Verkehr						
11.	Lokomotivfahrten km	15 243 849	23 058 510	33 811 181	38 683 321	30 799 197
12.	Schnell- und Eilzüge „	1 348 786	1 934 510	3 020 914	4 239 414	2 399 743
13.	Personenzüge „	6 448 575	7 644 094	12 052 439	13 974 189	10 393 562
14.	Güter- und Arbeitszüge „	3 264 726	4 883 342	6 618 577	6 848 480	5 810 551
15.	Pferdenwagenfahrten akm	94 349 565	129 427 733	214 800 987	271 575 424	212 920 988
16.	Gepäck- und Güterwagenfahrten „	243 531 617	312 071 540	398 756 124	456 513 441	403 393 007
17.	Beförderte Personen „	17 592 078	30 009 774	51 008 165	76 381 879	58 396 195
18.	" " " " " pkm	363 192 046	569 719 106	935 651 091	1 380 669 827	1 225 576 683
19.	" " " " " „	58 888 154	64 595 278	84 450 267	71 465 937	49 807 319
20.	" " " " " „	289 953 473	476 983 164	517 384 806	417 834 754	291 614 108
21.	" " " " " „	—	—	298 717 882 ¹⁾	840 653 169	654 114 945
22.	" " " " " „	14 350 419	28 140 664	35 098 136	50 715 967	230 040 311
23.	Beförderte Güter (= Summe Nr. 24—28) . . . t	5 403 087	7 757 163	10 904 548	14 366 920	11 882 022
24.	" Tiere b)	395 885 832	629 351 415	907 531 420	1 162 004 883	964 065 344
25.	Eil- und Stückgut „	3 746 924	4 523 895	5 989 760	8 343 850	8 096 206
26.	Wagenladungen, allgemeine „	45 689 128	61 412 642	86 367 760	106 833 775	93 092 876
27.	" zu Spezialtarifen „	35 434 151	58 193 281	75 450 920	97 331 592	67 405 067
28.	" " Ausnahmeariften „	151 837 407	245 298 493	329 915 430	430 884 999	317 649 265
29.	" " " " " „	159 178 222	259 923 104	409 809 550	518 609 867	477 821 930

4) 216 1. Октябрь 1906.

1	2	3	4	5	6	7
Nr.	Stand im Jahre	1891	1898	1906	1913	1914 (Kriegsjahr)
III. Finanzen						
Einnahmen						
29.	Personenverkehr	12 188 631	16 906 211	24 787 873	33 561 707	27 620 662
30.	Güterverkehr	21 691 960	31 065 601	41 949 941	53 673 728	47 872 127
31.	Leistungen für Dritte	401 124	1 198 948	1 168 553	2 540 866	2 254 464
32.	Miete aus Fahrzeugen	613 637	1 132 785	1 612 972	446 696	1 226 058
33.	Sonstiges	1 323 838	2 382 388	3 382 891	4 072 661	3 535 444
Ausgaben						
34.	Personalausgaben	10 527 791	14 930 279	24 409 164	36 922 694	36 267 800
35.	Ausstattung und Material	4 301 650	5 583 288	8 356 623	10 191 372	9 112 631
36.	Bahnunterhaltung	5 039 009	5 795 170	7 382 063	10 891 717	9 455 841
37.	Erhebliche Ergänzungen	409 811	1 037 915	1 345 352	1 083 244	517 731
38.	Fahrzeugunterhaltung	2 877 526	4 038 987	5 923 026	9 324 191	8 623 723
39.	Leistungen Dritter	347 511	414 830	428 333	382 727	353 335
40.	Miete von Fahrzeugen	1 050 390	1 482 359	2 293 303	31 398	65 499
41.	Sonstiges	288 060	321 404	564 486	747 017	701 811
42.	Gesamteinnahmen	36 219 190	52 685 933	72 902 230	94 295 658	82 508 755
43.	Gesamtausgaben (ohne Ziff. 37, s. a. 52a)	24 431 957	32 566 317	49 356 998	68 491 116	64 580 640
44.	Überschuß	11 787 233	20 119 616	23 545 232	25 804 542	17 928 115
45.	Rente	2,41	3,64	3,54	3,16	2,15
IV. Personal						
46.	Gesamtzahl	11 599	14 344	18 871	22 838	21 681
47.	Angestellte	4 423	5 285	7 274	8 495	8 666
48.	Hilfsbeamte und Arbeiter	7 176	9 059	11 597	14 343	13 015
49.	Persönliche Ausgaben ¹⁾	13 679 166	17 570 194	27 856 118	41 701 083	40 349 764
50.	darunter für Angestellte	7 786 712	9 497 581	14 783 973	21 496 359	21 739 325
51.	„ „ Hilfsbeamte und Arbeiter	5 892 454	8 072 613	13 072 145	20 204 724	18 610 439
52.	dazu „Wohlfahrtsaufwand“	454 481	973 683	1 713 393	2 907 417	2 800 787
52a.	einschließlich Pensionen aus der Staatskasse ²⁾	525 430	1 179 472	2 068 559	5 172 399	5 380 793

¹⁾ einschl. der in Nr. 36 u. 38 enthaltenen Löhne.

²⁾ Von 1907/09 an werden die Pensionen mit Wegfall von Beamtenbeiträgen ganz auf die Staatskasse übernommen.

Das Post- und Telegraphenwesen

Von Postrat R. Sautter

Die Post wird in Württemberg seit 1851, wo die Postlehenrechte der fürstlichen Familie Thurn und Taxis durch Vertrag abgelöst wurden, von dem Staate betrieben. Um jene Zeit hat der Staat auch den Telegraphen, der vorher nur dem Eisenbahnbetrieb gedient hatte, dem allgemeinen Verkehr geöffnet. Die eigene Verwaltung der Post und des Telegraphen blieb dem Königreich gewahrt, als es sich im Jahr 1871 als Bundesstaat in das neu aufgerichtete Deutsche Reich einfügte.

Die beiden Verkehrszweige wurden mehrere Jahrzehnte hindurch getrennt verwaltet. Im Jahr 1881 vollzog sich die als zweckmäßig erkannte Vereinigung, und bei diesem Anlaß erhielt die Post- und Telegraphenverwaltung den Behördenaufbau, der im wesentlichen noch besteht. Oberste Behörde ist, zugleich für die Eisenbahnen, das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Verkehrsabteilung. Die unmittelbare Leitung des Post- und Telegraphenbetriebs steht der Generaldirektion der Posten und Telegraphen zu.

Dem Telegraphen (Fernschreiber) trat 1882 der Fernsprecher an die Seite. Nun war für die Entwicklung des Nachrichtendienstes ein breiterer Grund gelegt.

Mit zunehmender Kraft setzte der wirtschaftliche Aufschwung ein, der, aus der Saat von 1870/71 hervorgewachsen, in den langen Jahren des Friedens auch unserem Lande eine reiche Entfaltung der schaffenden Kräfte gebracht hat. Dem Post- und Telegraphenwesen, wie dem Verkehrswesen überhaupt, fiel dabei eine wichtige Mitarbeit zu. Es galt, die Einrichtungen nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen auszugestalten und auf alle Landesteile planmäßig zu erstrecken, die Wege zu bereiten, auf denen der Verkehr das Wirtschaftsleben befruchten und von ihm wieder Belebung und Förderung empfangen konnte.

Die Postbeförderung

In den Städten und in größeren Landorten sind Postanstalten eingerichtet, die als örtliche Betriebsstellen die geschäftlichen Beziehungen zwischen den Verkehrtreibenden und der Verwaltung vermitteln. Man nennt

sie je nach Geschäftsumfang und Betriebsform Postämter oder Postagenturen. Ihre Zahl hat sich in den zurückliegenden 25 Jahren von 594 auf 920 erhöht. Außerdem bestehen in Landorten noch 290 Posthilfsstellen.

Die Verbindungen zwischen den Postanstalten werden hergestellt durch den Bahnpostdienst, abseits der Bahn durch Kraftwagenlinien, Personenposten (Postwagen) und Botenposten, innerhalb der Postorte durch Bahnhof- und Ortspostfahrten und Gänge. Dazu kommen die Postverbindungen durch die Schiffe auf dem Bodensee. Später mögen wohl noch Luftposten hinzutreten; ein bescheidener Anfang ist bereits im Jahr 1912 mit der Einrichtung von Postbetriebsstellen an Bord von Zeppelin-Luftschiffen gemacht worden.

Die Zeiten, in denen der Postwagen und der Postillion mit dem vielbesungenen Posthorn die hauptsächlichlichen Verkehrsvermittler bildeten, gehören längst der Vergangenheit an. Mit der Ausdehnung des Bahnnetzes mußte der Postwagen allmählich die verkehrsreicheren Strecken der leistungsfähigeren Eisenbahn überlassen, und im Postbetrieb sind die Bahnposten in die erste Reihe der Beförderungseinrichtungen getreten. Gegen 500 Bahnposten und Schaffnerbahnposten, die zwei Bahnpostämtern mit dem Sitz in Stuttgart und Ulm unterstellt sind, durchfahren in der Friedenszeit täglich das Land. Ein Teil läuft auch über die Grenzen unseres Postgebiets bis zu entfernteren Knotenpunkten der Nachbarverwaltungen. Außerhalb des eigentlichen Bahnpostdienstes befördert das Eisenbahnpersonal in Zügen ohne Posteinrichtung geschlossene Posten. Im ganzen werden jetzt in Friedenszeiten etwa 950 Eisenbahnzüge (gegen 400 im Jahr 1891) regelmäßig zur Postbeförderung benutzt. Hat auch die Eisenbahn dem Postbetrieb die Beschaulichkeit früherer Tage genommen, so hat sie ihm viel belebende Kraft zugeführt und ihn befähigt, umfangreiche Beförderungsleistungen mit der Beschleunigung und Regelmäßigkeit zu vollbringen, die wir heute von der Post gewöhnt sind.

Noch von anderer Seite erwuchs dem mit Pferden bespannten Postwagen ein ernster Wettbewerb. Zu Beginn dieses Jahrhunderts trat der Kraftwagen als öffentliches Verkehrsmittel auf den Plan. Die Postverwaltung ließ sich die Förderung der von Körperschaften, Gemeinden und anderen Unternehmern ins Leben gerufenen Kraftwagenlinien angelegen sein und unterstützte sie durch Übertragung der Postbeförderung, durch unverzinsliche Darlehen und durch Beiträge zur Deckung von Betriebsabmängeln, später durch einmalige Beiträge zu den Einrichtungskosten. Im Jahr 1909 ging die Postverwaltung selbst mit der Einrichtung von Kraftwagenlinien vor, und sie hat in der Folge dem neuen Betriebszweig eine rasche und vielseitige Entwicklung gegeben. Auch ein Teil der Privatlinien ist in den Staatsbetrieb übernommen worden. Für die Instandsetzung der Wagen wurde im Jahr 1912 eine Kraftwagenwerkstätte in Stuttgart eingerichtet. Bei Kriegsausbruch hatte das Land 42 staatliche und 45 andere Kraftwagenlinien mit 136 Wagen und einer Streckenlänge von über 1600 km. Während des Kriegs ruht der

größere Teil der Kraftwagenbetriebe, da die Wagen für wichtigere Zwecke nötig sind, aber nach dem Krieg wird das vielverheißend begonnene Werk tatkräftig fortgesetzt werden.

Wenn auch die neue Zeit den aus ihr geborenen Verkehrsmitteln den Vorzug gibt, so findet der die frühere Zeit vertretende Postwagen in der Bedienung der verkehrsärmeren Gegenden weiterhin ein dankbares Arbeitsgebiet. Vor dem Krieg verkehrte er auf 90 Strecken; in der Kriegszeit hat er außerdem die Lücken der fehlenden Kraftwagen auszufüllen. Die Botenpost, diese ursprünglichste Form der Postverbindung, die aber im Gegensatz zu früher auch durch fahrende Postboten ausgeübt wird, besteht gegenwärtig auf 250 Strecken.

Wo die Wirksamkeit der Bahnposten, Kraftwagen und Postwagen endigt, reiht sich als weiteres Glied der Postbeförderung der Landpostdienst an, der die Landorte und die entlegensten Wohnsitze mit den Postanstalten in regelmäßige Verbindung setzt. Die württembergische Landposteinrichtung hat die Besonderheit, daß die Boten ihren Sitz für die Regel nicht bei der Postanstalt haben, sondern in einem entfernt liegenden Orte ihres Botenbezirks, und daß sie neben dem Postverkehr in bestimmten Grenzen auch den Privatverkehr der Landbewohner auf eigene Rechnung vermitteln. Früher besuchte der Landpostbote die Hauptorte einmal werktags, die kleineren Orte und Wohnsitze jeden anderen Werktag. Im Jahr 1892 erhielten auch diese die werktägliche Bedienung, und zugleich wurde für die größeren Landorte eine Bestellung an Sonntagen eingerichtet. In den Jahren 1908 und 1909 hat dann die Postverwaltung planmäßig die werktäglich zweimalige Begehung der Hauptorte der Landgemeinden durchgeführt. Gegenwärtig erstreckt sich der Landpostdienst auf 1080 Hauptorte und 8100 kleinere Orte und Wohnsitze. Von fahrenden Boten werden 600 Landorte bedient.

Die Gegenstände, welche die Post befördert, geben ein mannigfaltiges Bild. In der Zulassung von Sendungen und in der Festsetzung der Versendungsbedingungen hatte die Post den fortschreitenden Bedürfnissen des Verkehrs Rechnung zu tragen. Die starke Ausdehnung namentlich des geschäftlichen Verkehrs hat für die Post im Verlaufe der letzten Jahrzehnte die Entwicklung zum Massenverkehr gebracht.

Der umfangreichste Verkehrsweig, mit dem sämtliche Volkstriebe in Verührung kommen, ist der Briefverkehr. Im Verwaltungsjahr 1891 beförderte die württembergische Post 83 Millionen Briefe, Postkarten, Drucksachen und Warenproben. Inzwischen sind weitere Versendungsarten aufgekomen, der Kartenbrief, das Geschäftspapier, die Ansichtskarte. Für die Mannigfaltigkeit der Formen und der Herstellungsweise der Brieffendungen hat eine geschäftige Industrie gesorgt, und eine starke Verkehrssteigerung ging damit Hand in Hand. Im Jahr 1913, in dem lehtmals Verkehrsaufnahmen stattfanden, hatte unsere Post 340 Millionen Brieffendungen zu bewältigen. In ähnlichem Verhältnis haben sich auch die Gegenstände vermehrt, die nicht

zum eigentlichen Massenverkehr gehören. So ist die jährliche Zahl der Einschreibsendungen von 700 000 auf über 3 Millionen angewachsen.

Mit der Briefpost steht in nahem Zusammenhang der Zeitungsverkehr. Seine Entwicklung stellt der Steigung der Volksbildung ein gutes Zeugnis aus, denn die jährliche Zahl der von der Post vermittelten Zeitungsnummern hat sich seit 1891 von 48 Millionen auf 145 Millionen erhöht, die Mengen von Zeitungen nicht eingerechnet, die regelmäßig in Paketen versendet werden. Der Zeitungsbezug bei der Post wurde erleichtert durch die Zulassung kürzerer Bezugsfristen, die Einführung der sogenannten Verlegerexemplare und die Einziehung des Zeitungsgeldes durch den Briefträger.

Ein anderer ausgedehnter Verkehrszweig ist die Paket- und Wertfachenbeförderung, für die die Post eine Reihe besonderer Einrichtungen unterhält. An der Steigerung, die der allgemeine Güteraustausch mit dem Aufsteigen der Volkswirtschaft aufweist, hat auch der Paketverkehr der Post teilgenommen. Ihm kam außerdem der Aufbau des Tarifs zustatten, der für kleinere Sendungen auf weite Entfernungen einen mäßigen Einheitsfuß bestimmt. Das Jahr hindurch werden etwa 20 Millionen Pakete durch unsere Post befördert, gegen 8 Millionen im Jahr 1891. Bei den Wertsendungen gleicht der Verkehr jetzt etwa dem von damals. Dies hängt mit der Entwicklung des Postbankverkehrs zusammen, der in besonderem Abschnitt betrachtet werden soll.

Endlich befaßt sich die Post auf den Verbindungen abseits der Bahn auch mit der Beförderung von Personen und Reisegepäck. Dieser Dienstzweig hat mit der Erweiterung des Bahnnetzes viel von seiner früheren Bedeutung verloren. Die Extraposten, für die im Zeitalter der Eisenbahnen kein Bedürfnis mehr besteht, sind im Jahr 1906 in Wegfall gekommen. In neuerer Zeit hat die Personenbeförderung der Post durch die Einrichtung staatlicher Kraftwagenlinien wieder an Ausdehnung gewonnen. Im Jahr 1913 wurden über eine Million Postreisende befördert.

Die grundlegenden Verkehrsbestimmungen für die verschiedenen Dienstzweige sind teils durch Reichsgesetze, insbesondere durch das Postgesetz von 1871, teils durch die Postordnungen gegeben, die für Württemberg und für den Wechselverkehr zwischen den drei deutschen Postgebieten im Jahr 1900 erlassen und inzwischen vielfach ergänzt worden sind. Für den Verkehr mit dem Ausland gelten in der Hauptsache die im Weltpostverein im Jahr 1906 geschlossenen Verträge. Besondere Übereinkommen über den Postaustausch wurden mit der Schweiz im Jahr 1900 und mit Österreich im Jahr 1916 getroffen.

Die rasche Entwicklung des Postfachenverkehrs veranlaßte neben der Vermehrung der Betriebsmittel auch die fortlaufende Verbesserung der örtlichen Betriebseinrichtungen. Die Gelegenheiten zur Einlieferung von Sendungen wurden beträchtlich vermehrt; die Zahl der Briefkästen ist seit 1891 von 3600 auf 5500 gestiegen. Der Annahmedienst der Postanstalten

wurde erweitert. An Orten mit lebhaftem Verkehr sind Automaten für den Verkauf von Wertzeichen aufgestellt worden. Die Postbestellung wurde beschleunigt, und in 22 Städten wurden Fahrten für die Paketbestellung eingerichtet. Für Stuttgart brachte auch die Aufhebung der Privatstadtpost im Jahr 1900 und später die Eingemeindung der benachbarten Gemeinden einschneidende Betriebsänderungen. Zur Verbesserung des Ausgabedienstes wurden Schließfächer in größerer Zahl eingerichtet, sowie Postausweis- und Postlagerkarten eingeführt.

Im inneren Betrieb legte das Anschwellen des Massenverkehrs die planmäßige Durchführung von Geschäftsvereinfachungen nahe. Die Buchung der Sendungen und das Schreibwerk überhaupt wurde eingeschränkt, in allen Dienstzweigen wurden die Geschäftsformen vereinfacht und nach Möglichkeit auch mechanische Hilfsmittel, wie Stempel-, Rechen- und Schreibmaschinen, herangezogen. Diese Vereinfachungen gelangten im wesentlichen im letzten Jahrzehnt zum Vollzug.

Die Gebühren für den Postverkehr haben im Laufe der Jahre mehrfache Wandlungen durchgemacht. Es sind aber die aus der früheren Zeit stammenden ermäßigten Tarife des inneren Verkehrs erhalten geblieben. Die jetzigen Inlandtarife für Brieffsendungen bestehen seit 1908, für Zeitungen seit 1901 und für Paket- und Wertsendungen seit 1894. Die Kriegszeit hat den Post- und ebenso den Telegraphengebühren Zuschläge in der Form von Reichsabgaben beigelegt.

Zur Entrichtung der Gebühren werden in der Mehrzahl der Fälle Postwertzeichen verwendet, deren es in Württemberg drei Arten gibt, nämlich für den allgemeinen Verkehr, den Verkehr der Staatsbehörden und den amtlichen Bezirksverkehr. Hinsichtlich des allgemeinen Verkehrs haben wir seit 1902 ein Übereinkommen mit der Reichspostverwaltung, wonach in ihrem und im württembergischen Gebiet einheitliche Postwertzeichen ausgegeben werden. Dieses Übereinkommen hat sich als förderlich für den Verkehr und als nützlich für unser Land erwiesen. In der gemeinsamen deutschen Postbriefmarke findet die Vereinheitlichung des Postbetriebs, unbeschadet der Selbständigkeit der einzelnen Verwaltung, sichtbaren Ausdruck.

Das Postbankwesen

Die Anfänge des Postbankverkehrs reichen bis in die erste Zeit der staatlichen Verwaltung der Post zurück, aber in seiner planmäßigen Gestaltung ist er ein Kind der Neuzeit.

Seine älteste Form ist die Nachnahme. Zunächst war nur bei geschlossenen Briefen und bei Paketen die Versendung unter Nachnahme zulässig. Seit 1892 können auch offene Brieffsendungen damit belastet werden. In neuerer Zeit hat sich der Nachnahmebriefverkehr stark entwickelt und den Nachnahmepaketverkehr überholt. Insgesamt waren in Württemberg im

Jahr 1891 nicht ganz 1 Million, im Jahr 1913 $4\frac{1}{2}$ Millionen Nachnahmeforderungen zu behandeln. Die Summe der Nachnahmen hat sich in diesem Zeitraum von etwa 9 Millionen auf 81 Millionen Mark jährlich erhöht. Bei der Abwicklung der eingezogenen Beträge gebraucht der Nachnahmedienst die Postanweisung und seit 1910 auch die Zahlkarte des Postscheckverkehrs.

Zur Überweisung von Geldbeträgen ist seit 1867 der Postanweisungsdienst eingerichtet. Die Anweisung entsteht durch die Ausfüllung einer Postanweisungskarte oder auch, bei Übermittlungen innerhalb Württembergs, durch die Ausfertigung eines Postanweisungsumschlags, der zugleich zur Versendung eines Briefs benutzt werden kann. Die Übermittlung nach dem Bestimmungsort geschieht mit der Briefpost, auf Verlangen auch telegraphisch. Bis zur Einführung des Postscheckverkehrs wurden im Postanweisungsdienst große Summen umgesetzt. Im Jahr 1908 war gegen 1891 die jährliche Zahl der Postanweisungen von 4 auf 12 Millionen, der Jahresbetrag von 277 auf 717 Millionen Mark gestiegen. Von da an ist der Postanweisungsverkehr infolge der Abwanderung zum Scheckverkehr stetig zurückgegangen. Immerhin weist er jetzt noch die stattliche Ausdehnung von über 7 Millionen Anweisungen mit rund 400 Millionen Mark im Jahr auf. Um die Barauszahlungen möglichst zu beschränken, werden die Postanweisungsbeträge auch auf das Reichsbank- oder Postscheckkonto des Empfängers überwiesen.

In bescheidenem Rahmen, aber doch in steter Aufwärtsentwicklung bewegt sich der seit 1871 bestehende Postauftragsdienst. Er befaßt sich in der Hauptsache mit der Einziehung von Geldbeträgen gegen Aushändigung von Wechseln oder anderen Papieren, seit 1876 auch mit der Einholung der Annahmeerklärung für Wechsel. Eine neue Art von Aufträgen entstand im Jahr 1908 in den Postprotestaufträgen, bei denen die Post Wechsel zur Zahlung vorlegt und, wenn diese unterbleibt, Protest nach den Vorschriften der Wechselordnung erhebt. Die Postauftragsbriefe gehen der mit der Ausführung beauftragten Postanstalt wie Einschreibbriefe zu. Bei der Abwicklung der eingezogenen Beträge bedient sich der Auftragsdienst des Postanweisungs- oder Scheckverkehrs. In Friedenszeiten hat unsere Post das Jahr hindurch mit rund $\frac{1}{4}$ Million Aufträgen etwa 33 Millionen Mark einzuziehen.

Zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs hat die Postverwaltung seit 1877 ihre Kassen in Orten mit Reichsbankanstalten an den Giroverkehr der Reichsbank angeschlossen. In diesem Giroverkehr werden gegenwärtig, vorwiegend für Überweisungen im inneren Betrieb der Post, das Jahr hindurch $1\frac{1}{2}$ Milliarden Mark umgesetzt und rund 100 Millionen Mark Anweisungsgelder bargeldlos beglichen.

Ein der Allgemeinheit dienender Bankverkehr großen Maßstabs und mit weit gesteckten Zielen ist durch die Einführung des Postscheckverkehrs am 1. Januar 1909 ins Leben gerufen worden. Er erhielt reichsrechtliche Regelung durch das Postscheckgesetz von 1914, dessen Bestimmungen zum Teil auch für Württemberg gelten. Im Anschluß daran ist auf 1. Juli 1914 die

jetzt gültige Postscheckordnung ausgegeben worden. Dabei wurden Verbesserungen des Scheckdienstes eingeführt, die Gebührensätze neu geordnet und teilweise ermäßigt. Im Reiche bestehen im ganzen 14 Postscheckämter. Den Verkehr Württembergs vermittelt das Postscheckamt Stuttgart, an das jetzt nahezu 7000 Kunden angeschlossen sind.

Wir wollen die im täglichen Betrieb des Postscheckamts vorkommenden Geschäftsaufträge kurz betrachten. Da sind zunächst die Zahlkarten, die den Postscheckkunden Geldebeträge übermitteln. Gegen 20 000 solcher Zahlkarten, die bei den Postanstalten und Landpostboten von jedermann ohne Bezahlung einer Gebühr ausgeliefert werden können, strömen täglich aus allen Gegenden des Reichs bei dem Postscheckamt zusammen. Und im ganzen Jahr werden durch die Zahlkarten den Guthaben der Postscheckkunden gegenwärtig 800 Millionen Mark zugeführt. Kleinere Summen fließen ihnen auch durch Postanweisungen zu. Die zweite Hauptgattung der Geschäftsaufträge sind die Schecke. Durch sie verfügt der Postscheckkunde Auszahlungen aus seinem Guthaben, das übrigens nicht unter 50 Mark sinken darf. Auszahlungen an mehrere Empfänger kann er in einem Sammelscheck zusammenfassen. Dient der Scheck zu Abhebungen bei dem Postscheckamt selbst, so nennt man ihn Kassenscheck. Ein Teil der Schecke wird im Abrechnungsverkehr mit der Reichsbank, dem das Scheckamt seit 1911 angeschlossen ist, oder im Reichsbankgiroverkehr abgewickelt. Die weitaus meisten Schecke aber, hauptsächlich für Empfänger, die dem Postscheckverkehr fernstehen, muß das Scheckamt durch Zahlungsanweisungen an die Postanstalten erledigen. Mehrere tausend solcher Zahlungsanweisungen sind hier täglich auszufertigen. Im Jahr erreichen die Auszahlungen durch Schecke bei unserem Postscheckamt jetzt die Höhe von rund 720 Millionen Mark. Erst an dritter Stelle steht die Überweisung von einem Postscheckkonto auf ein anderes. Sie vollzieht sich in den einfachsten Formen, mehrere Aufträge werden zur Sammelüberweisung vereinigt. Die Überweisung umfaßt gegenwärtig in den Gut- und in den Lastschriften jährlich etwa 600 000 Übertragungen; den Postscheckkunden sind damit im Jahr 1915 570 Millionen Mark gutgebracht und 650 Millionen Mark zu Lasten geschrieben worden. Wohl sind im Postscheckwesen nach kaum achtjähriger Wirksamkeit beachtenswerte Erfolge auf dem Gebiet des bargeldlosen Zahlungsverkehrs erzielt worden, aber allzusehr überwiegen noch die baren Zahlungen und viel zu wenig wird in Überweisungen getätigt. Der Überweisungsverkehr kann erst zu voller Geltung kommen, wenn einmal alle Schichten des Volkes in den Kundenkreis des Postscheckamts eingetreten sein werden. Dieses für unsere Volkswirtschaft wichtige Ziel möge in naher Zukunft erreicht werden.

Um die Annehmlichkeiten des Postscheckverkehrs auch für Reisen nutzbar zu machen, wurden im Jahr 1914 Postkreditbriefe eingeführt, die das Postscheckamt ausstellt. Der Inhaber eines Kreditbriefs kann Teilbeträge seines Guthabens bei jeder Postanstalt abheben.

Der deutsche Postscheckverkehr ist bald nach seiner Einführung auch mit den gleichartigen Einrichtungen anderer Länder in Verbindung gebracht worden. Im Jahr 1910 wurde der Postgiroverkehr mit Österreich, Ungarn, der Schweiz und Belgien, im Jahr 1912 mit Luxemburg eingerichtet. Während des Kriegs mußte dieser Giroverkehr teilweise eingestellt werden. Im übrigen aber ist die Entwicklung des Postscheckverkehrs durch den Krieg nicht gehemmt worden, er hat vielmehr in dieser Zeit beträchtliche Fortschritte gemacht. Der Gesamtumsatz des württembergischen Postscheckverkehrs, der im Verwaltungsjahr 1913 2023 Millionen Mark betrug, hat sich im Jahr 1915 auf 2730 Millionen Mark erhöht. Das Guthaben der Postscheckkunden, das bekanntlich nicht verzinst wird, stellte sich Ende 1913 auf nicht ganz 10 Millionen, Ende 1915 aber auf 16 Millionen Mark.

Der Telegraphendienst

Der Wirkungskreis des Telegraphen hat sich gegen früher etwas verschoben, seit der Fernsprecher sich mit ihm in die Bedienung des Nachrichtenschnellverkehrs teilt. Bei guter Verständigung, die jetzt auch auf größere Entfernungen möglich ist, bildet der Fernsprecher das einfachere, rascher wirkende und vielfach auch billigere Verkehrsmittel. Der jüngere Bruder hat den älteren allmählich immer mehr überholt. Es wäre aber verfehlt, zu glauben, daß der Fernsprecher den Telegraphen einmal völlig ersetzen könnte. In der Bedienung des eigentlichen Fernverkehrs und in der Übermittlung der Nachrichten, bei denen die mündliche Weitergabe nicht genügt, bleibt dem Telegraphen ein weites und wichtiges Feld der Betätigung. Dies hat sich besonders in der Kriegszeit gezeigt.

Die allgemeinen Einrichtungen des Telegraphen konnten durch enge Verbindung mit denen des Fernsprechers in vorteilhafter Weise ausgestaltet werden. Für die verwandten Dienstzweige war die Zusammenfassung der Verwaltung geboten. Einige gemeinsame Dienststellen dienen diesem Zweck: die vier Telegrapheninspektionen in Stuttgart, Ulm, Heilbronn und Tübingen, welche als Bezirksstellen seit 1903 eingerichtet sind, die seit derselben Zeit bestehende Telegraphenmaterialverwaltung mit dem Sitz in Vaihingen a. d. F. und die Telegraphenwerkstätte in Stuttgart, die jetzt auf eine mehr als 50jährige Tätigkeit zurückblickt. Auch die Rechtsverhältnisse des Telegraphen und des Fernsprechers sind einheitlich durch Reichsgesetze geregelt worden. Das Gesetz über das Telegraphenwesen des Deutschen Reichs von 1892 umschreibt das ausschließliche Recht des Staats zur Errichtung und zum Betrieb von Telegraphenanlagen für den öffentlichen Nachrichtenverkehr, und das Telegraphenwegegesetz von 1899 hat dem Telegraphen- und Fernsprechtbau die nötige Rechtsgrundlage gegeben.

Dadurch, daß der Telegraph für seine Zwecke die Fernsprecheinrichtungen mitbenutzt, hat sich sein Verkehrsbereich im Laufe der letzten Jahrzehnte

bedeutend ausgedehnt. Zahlreiche Landorte konnten mittels Anschlusses an das Fernsprechnetz auch in den Telegraphendienst einbezogen werden. So hat sich die Zahl der dem öffentlichen Verkehr dienenden Telegraphenanstalten seit 1891 von 540 auf 2450 erhöht. Diese Anstalten sind zum Teil mit dem Post- oder Eisenbahndienst vereinigt, größtenteils sind es Telegraphenhilfsstellen in Landorten, die mit öffentlichen Sprechstellen verbunden sind. Stuttgart besitzt seit 1901 ein selbständiges Telegraphenamts für den Telegraphen- und Fernsprechtbetrieb.

Der Telegraphenbau, durch den Fernsprechtbau wesentlich entlastet, hatte die Aufgabe, neben der Erhaltung der bestehenden Einrichtungen hauptsächlich die dem Fernverkehr dienenden Leitungen zu vermehren und für den Verkehr mit den Nachbarverwaltungen weitere Verbindungswege zu schaffen. Die Gesamtlänge der württembergischen Leitungen, auf denen Telegramme befördert werden, ist seit 1891 von rund 8500 km auf über 19 000 km gestiegen. Der unterirdische Leitungsbau wurde mehr als früher gepflegt; 840 km Leitungen sind in die Erde verlegt. Unsere Bodenseekabel enthalten Drähte von 45 km Länge. Für den unmittelbaren Verkehr mit fremden Verwaltungen bestehen 96 Leitungen gegen 47 im Jahr 1891.

Unter den Telegraphenapparaten herrscht heute noch der Morseapparat vor. Der alte, dem Fachbeamten liebgewordene Geselle hat sich nur einige Verbesserungen gefallen lassen müssen. Übrigens wurden auch die neueren Erfindungen für den Telegraphenbetrieb nutzbar gemacht. Bei großen Ämtern sind Typendruckapparate (Hughes und Ferndrucker) in zunehmender Zahl im Gebrauch. Als Stromquellen werden außer den Batterieelementen seit 1894 auch Sammler verwendet.

Die Versendungsbedingungen für Telegramme sind für den inländischen Verkehr und den deutschen Wechselverkehr durch die Telegraphenordnungen von 1904, für den Auslandsverkehr durch den internationalen Telegraphenvertrag von 1875 und die im Jahre 1908 auf dem Welttelegraphenkongreß zu Lissabon vereinbarte Ausführungsübereinkunft festgesetzt. Sie sind im Laufe der Zeit nach den Bedürfnissen des Verkehrs weitergebildet und gemildert worden. In den letzten Jahren hat die Erwägung, daß eine bessere Ausnützung der Einrichtungen während der verkehrsschwachen Zeiten durch Einräumung günstigerer Bedingungen zu erreichen ist, zur Einführung einiger neuer Telegrammgattungen geführt. Seit 1911 gibt es im deutschen Verkehr sogenannte Brieftelegramme mit ermäßigter Gebühr, die in der Nachtzeit telegraphisch befördert, dem Empfänger aber auf dem gewöhnlichen Postweg zugeführt werden. Im Auslandsverkehr wurden Überseetelegramme zu halber Gebühr und Wochenendtelegramme zugelassen. Die Fortschritte der drahtlosen Telegraphie zeitigten als neue Telegrammart die Funkentelegramme.

Die Entwicklung des Telegrammverkehrs im letzten Vierteljahrhundert läßt die Wirkung der Ausdehnung des Fernsprechwesens deutlich erkennen.

Im inneren württembergischen Verkehr ist die jährliche Zahl der beförderten Telegramme in der Friedenszeit von 260 000 auf 195 000 zurückgegangen. Doch hat sie sich im Verkehr mit anderen Ländern von 800 000 auf 1 900 000 erhöht.

Eine besondere Einrichtung dient dem Zweck, in dringenden Fällen die Benutzung des Telegraphen oder des Fernsprechers während der Dienstruhe der Anstalten zu ermöglichen. Es ist der Unfallmeldedienst. Früher nur für amtliche Meldungen bestimmt, wurde die Einrichtung im Jahr 1904 der Allgemeinheit zugänglich gemacht. Sie ist inzwischen auf das ganze Land ausgebreitet worden. Jetzt bestehen 2250 Unfallmeldestellen, die mit besonderen Weckvorrichtungen versehen sind und teilweise von Angestellten der Oberämter, Amtskörperschaften und Gemeinden bedient werden.

Der Fernsprechdienst

Die erste württembergische Fernsprechanstalt ist am 1. Juni 1882 in Stuttgart mit 75 Teilnehmern eröffnet worden. Manches Widerstreben war erst zu überwinden, und nur sehr langsam gewann der neue Verkehrszweig an Boden. Im Jahr 1891 bestanden 7 allgemeine Fernsprechanstalten, an die 1682 Teilnehmer angeschlossen waren, und 25 öffentliche Sprechstellen zum Verkehr für jedermann. Bei der damaligen Ausdehnung der Einrichtungen konnte von einem Fernsprechnetze im eigentlichen Sinn des Wortes noch nicht gesprochen werden. Die Fernsprechanstalten und Sprechstellen waren unter sich durch im ganzen 28 Leitungen verbunden. Über die württembergische Grenze führten zwei Leitungen, die die Verbindung mit Pforzheim und Mannheim herstellten.

Auf dem Gebiet des Leitungsbaus warteten also der Verwaltung große Aufgaben. Zwar konnte der Fernsprecher zunächst auch Telegraphenleitungen mitbenutzen, die Entwicklung drängte aber bald dazu, ihn ganz mit eigenen Leitungen zu versorgen. In planmäßiger Weise waren die Hauptlinien zu ziehen, um die einzelnen Landesgegenden und zunächst die Städte mit den Verkehrsmittelpunkten zu verbinden. Starke Leitungsmasten bezeichnen den Weg dieser Fernlinien, und auf den Masten ruht meist eine größere Zahl von Drähten, deren jeder seine besondere Bestimmung hat. Ein Teil der Linien ist auch in Kabeln durch die Erde geführt. An die großen Leitungszüge anschließend, sind dann die Drähte weiter auf das platte Land gespannt und allmählich auch die entferntesten Wohnplätze in das Fernsprechnetze einbezogen worden. In rascher Folge waren die Ortsnetze der Fernsprechanstalten zu erweitern, denn die Erkenntnis von der Notwendigkeit oder Nützlichkeit des Fernsprechanchlusses brach sich in den weiten Volksschichten Bahn. Die Einfachleitungen wurden, um die Leistungsfähigkeit zu erhöhen, in Doppelleitungen umgebaut. Der Verkehr mit den Anstalten der Nachbarstaaten heischte die Herstellung einer größeren Zahl Anschluß-

leitungen bis zur Landesgrenze. Zu unmittelbarer Verbindung mit der Schweiz hat die württembergische Verwaltung im Jahr 1906 ein Fernsprechkabel von Friedrichshafen nach Romanshorn durch den Bodensee gelegt. Jetzt umfaßt das staatliche Fernsprecknetz 31 400 Leitungen in Ortsnetzen und 1100 Leitungen in Verbindungsanlagen mit einer gesamten Drahtlänge von 187 000 km. Davon sind 101 000 km unterirdisch und 152 km unterseeisch geführt. 131 Leitungen dienen dem unmittelbaren Verkehr mit anderen Ländern. So hat sich in dem Zeitraum eines Vierteljahrhunderts das junge Bäumchen zu einem stattlichen Baum mit starken Ästen und vielen weit ausgreifenden Zweigen entwickelt.

Bei der Errichtung von Fernsprechanstalten und öffentlichen Sprechstellen schwebte zunächst das Ziel vor, alle Hauptgemeinden des Landes mit einer örtlichen Fernsprecheinrichtung auszustatten. Dieses Ziel kann als erreicht gelten. Daneben sind auch größere Teilgemeinden des Fernsprechers teilhaftig geworden. In neuerer Zeit wurden die Voraussetzungen für den Anschluß von Teilgemeinden gemildert. Gegenwärtig bestehen in 2270 Orten Fernsprechanstalten und öffentliche Sprechstellen, die größtenteils mit Post- oder Telegraphenanstalten vereinigt sind. An die Fernsprechanstalten sind rund 30 000 Teilnehmer angeschlossen. In 130 Sprechstellen sind Fernsprechautomaten aufgestellt.

Die Fernsprechapparate haben, wie es in der Natur einer neuen technischen Einrichtung liegt, im Laufe der Jahre vielfache Verbesserungen erfahren. Namentlich hat die Technik in der Herstellung der Umschalteinrichtungen bedeutende Fortschritte gemacht und den von den Verkehrtreibenden zu benutzenden Apparaten handlichere Formen gegeben. Neben den Wandapparaten gibt es seit 1892 auch Tischapparate. Im ganzen sind in unserem Fernsprechdienst 54 000 Apparate im Gebrauch. Bei den Stromquellen hat sich in zunehmendem Maße der Übergang zu den Trockenelementen und zu den Sammlern vollzogen.

Die Vervollkommnung der technischen Einrichtungen trat schrittweise bei der Ausdehnung des Sprechbereichs der Anstalten in die Erscheinung. Früher konnten Ferngespräche im Inlandverkehr nur zwischen den größeren Orten mit Fernsprechanstalt oder öffentlicher Sprechstelle geführt werden. Im Jahr 1899 sind dann auch die Landorte, in denen Telegraphenanstalten mit Fernsprecbetrieb bestanden, in den allgemeinen Sprechverkehr aufgenommen worden. Die Sprechbeziehungen mit Bayern wurden im Jahr 1898 auf alle beiderseitigen Fernsprechanstalten und im Jahr 1909 auch auf die öffentlichen Sprechstellen erstreckt, so daß seither der Verkehr zwischen beiden Gebieten keinen Beschränkungen mehr unterliegt. Für den Verkehr mit dem Reichspostgebiet sind im Jahr 1905 Grundsätze vereinbart worden, wodurch der Sprechbereich nach der Zahl der Umschaltungen geregelt und namentlich in der verkehrsschwachen Zeit eine ausgedehntere Sprechverbindung ermöglicht worden ist. Unbeschränkter Verkehr ist seit 1909 auch mit

den Sprechstellen in Baden eingeführt. Mit der Schweiz wurden in den Jahren 1906 und 1910, mit Österreich im Jahr 1913 Grundsätze für die Erweiterung der Sprechbeziehungen im gegenseitigen Verkehr verabredet.

Die Bestimmungen für die Fernsprechanschlüsse, die das Verhältnis der Verkehrtreibenden zu der Verwaltung regeln, stammen im wesentlichen aus dem Jahr 1905, sind aber inzwischen mehrfach ergänzt worden. Seit derselben Zeit bestehen auch die jetzt gültigen Gebührensätze für die Benutzung der Fernsprecheinrichtungen. Ihre Bemessung war der Verkehrsentwicklung günstig. Die Zahl der vermittelten Gespräche betrug im Jahr 1891 etwas über $3\frac{1}{2}$ Millionen und übersteigt jetzt 70 Millionen im Jahr.

Das Personal der Post- und Telegraphenverwaltung

Mit der Ausdehnung des Post-, Telegraphen- und Fernsprechbetriebs erweiterte sich der Kreis der darin tätigen Personen. Konnte der Dienst in früherer Zeit selbst in Städten nebenamtlich versehen werden, so verlangt der Betrieb jetzt vorwiegend Beamte, die ihm die volle Arbeitskraft widmen. Die technischen Aufgaben, die in zunehmendem Maße zu lösen waren, haben der Verwaltung auch eine Schar technischer Beamten zugeführt.

Von dem berufsmäßigen Betriebspersonal sind zuerst die Fachbeamten zu betrachten. Sie teilen sich in drei Gruppen, in Beamte der höheren Laufbahn, des Sekretärs- und des Assistentendienstes. Die mit dem Massenverkehr fortschreitende Arbeitsteilung bewirkte durchgreifende Änderungen in der Verwendung der Beamten. Die Postverwaltung ist deshalb seit längerer Zeit darauf bedacht, den höheren und den Sekretärsdienst allmählich soweit als möglich einzuschränken und den Assistentendienst, der auch den Militär-anwärtern zugänglich ist, weiter auszubauen. Sie hat damit im letzten Jahrzehnt einen Teil der Bestrebungen, die sich auf die Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung richten, der Verwirklichung entgegengeführt. Für die Annahme, Ausbildung und Prüfung der Fachbeamten gelten jetzt die im Jahr 1909 ausgegebenen Vorschriften. Die Ausbildung der Beamten fördert die Verwaltung durch die Abhaltung regelmäßiger Unterrichtskurse.

Eine weitere Verschiebung in der Zusammensetzung des Personals ist durch die Verwendung weiblicher Beamten eingetreten. Der Fernsprechdienst bildet ein besonders geeignetes Arbeitsgebiet für die Frau, und die Entwicklung des Fernsprechbetriebs hat ihr rasch vermehrte Gelegenheiten zu lohnender Tätigkeit geboten. Die Verwaltung ging noch einen Schritt weiter, indem sie allmählich auch den Telegraphendienst den weiblichen Beamten zuwies und ihnen außerdem den Zugang zu einigen Zweigen des Postdienstes öffnete. Während im Jahr 1891 kaum ein halbes Hundert weiblicher Beamten im Dienst stand, ist ihre Zahl jetzt auf 1600 gestiegen. Die Postverwaltung hat hier, ohne daß es übrigens ihre Absicht war, einiges zur Lösung der Frauenfrage beigetragen.

Der Dienst der Unterbeamten ist im Laufe der Zeit wesentlich erweitert worden. Es wurden ihnen auch Geschäfte übertragen, die im Betrieb früher von Beamten auszuführen waren, und in Verbindung damit wurde die Klasse der gehobenen Unterbeamten geschaffen.

Die dienstrechtlichen Verhältnisse der berufsmäßigen Beamten und Unterbeamten werden wie die der übrigen Staatsdiener durch das württembergische Beamtengesetz bestimmt. Die Anwärter erhalten nach Vollendung ihrer Ausbildung zunächst Verwendung gegen Taggeld und rücken später nach bestimmten Grundsätzen in etatmäßige Beamtenstellen vor. Durch fortlaufende Vermehrung dieser Stellen wurde in der Friedenszeit erreicht, daß ihre Zahl zwei Drittel der Gesamtzahl der Dienstposten übersteigt. Mit den Stellen für den höheren Dienst und mit den meisten Stellen des Sekretärsdienstes ist Anstellung auf Lebenszeit verbunden. Im übrigen findet zunächst Anstellung mit vierteljähriger Kündigung statt, die nach regelmäßig sieben Dienstjahren in ein unkündbares Dienstverhältnis verwandelt wird. Die Einkommensverhältnisse der berufsmäßigen Beamten sind in den zur Verabschiedung gelangten allgemeinen Gehaltsordnungen fortlaufend verbessert worden. Über das Maß der dienstlichen Inanspruchnahme und über die Sonntagsruhe bestehen seit 1899 allgemeine Regeln, die seither wiederholt zugunsten des Personals gemildert wurden. Zur Förderung der Sonntagsruhe hat die Verwaltung den Annahme-, Beförderungs- und Bestelldienst soweit als möglich eingeschränkt. Hinsichtlich der dem Personal zukommenden Erholungsurlaube sind im Jahr 1912 allgemeine Grundsätze aufgestellt worden.

Der Dienst bei den Postagenturen und Hilfstellen sowie der Landpostdienst wird im Nebenberuf durch Personal besorgt, dessen Amtsverhältnis durch Dienstvertrag bestimmt wird und das regelmäßig auch Gehilfen verwendet, die nur in einem mittelbaren Dienstverhältnis zur Postverwaltung stehen. Endlich sind noch im Telegraphenbau, in der Telegraphenwerkstätte und bei der für Post und Eisenbahn gemeinsamen Druckerei der Verkehrsanstalten Arbeiter beschäftigt, deren Verhältnisse durch Arbeits- und Lohnordnungen geregelt sind. Zu ihrer Vertretung sind seit 1906 Arbeiterausschüsse eingerichtet.

Im ganzen zählt das Personal der Post- und Telegraphenverwaltung jetzt 11 700 Köpfe, 7800 mehr als im Jahr 1891.

Die Fürsorge für das zahlreiche Personal bedarf der steten Aufmerksamkeit der Verwaltung. Zwar sind die Leistungen, welche die beamtenrechtlichen Bestimmungen den Angestellten und ihren Hinterbliebenen und die reichsgesetzlichen Versicherungsvorschriften dem nicht angestellten Personal zuwenden, im Laufe der Zeit wesentlich erhöht worden. Doch bleibt noch viel Raum zu freiwilliger Fürsorgetätigkeit. Mehrere Wohlfahrtseinrichtungen, für Eisenbahn und Post gemeinschaftlich, dienen dieser Aufgabe; über sie findet sich Näheres in dem Abschnitt über das Eisenbahnwesen.

Besondere Erwähnung verdient die Arbeiterpensionskasse, die dem nicht angestellten Personal Zuschußrenten zu den Bezügen aus der Invalidenversicherung gewährt. Die von der Verwaltung vor 25 Jahren eingerichtete Postkrankenkasse bietet ihren Mitgliedern über den Rahmen der gesetzlichen Vorschriften hinaus eine Reihe von Vergünstigungen. Der postärztliche Dienst, der jetzt ebenfalls auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblickt, ist auf das ganze Land ausgebreitet worden. Bedürftige Angehörige der Verwaltung erhalten Unterstützungen aus der Postkasse und aus der König-Karl-Stiftung, der hiefür im letzten Jahrzehnt beträchtliche Mittel zugeführt worden sind. Eine besondere Hilfskasse besteht für die Postillione. In diesem Zusammenhang sei auch des segensreichen Wirkens der Postrat-Cleß-Stiftung gedacht.

Auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge hat sich die Verwaltung frühzeitig betätigt. Für die Unterbeamten in Stuttgart wurde zu Beginn der siebziger Jahre in dem „Postdörfle“ eine größere Zahl billiger Wohnungen mit einer Badanstalt hergestellt. Später hat die Verkehrsverwaltung ein weiteres Wohnviertel in Stuttgart (auf der Prag) für die Unterbeamten von Bahn und Post geschaffen. Außerhalb Stuttgarts bot der Bau neuer Posthäuser Gelegenheit, zugleich den Wohnungsbedürfnissen des Personals Rechnung zu tragen. Besondere Wohngebäude für Postunterbeamte wurden im letzten Jahrzehnt in Ulm und in Heilbronn errichtet. Jetzt sind dem Postpersonal in eigenen und in von der Verwaltung gemieteten Häusern 480 Wohnungen eingeräumt.

Post und Telegraphie im Kriege

In den Nachmittagstunden des 31. Juli 1914 trug der Telegraph die Nachricht von der Erklärung des Kriegszustands mit Blickeseile hinaus in alle Gaue des Reichs. Und nach vergeblichen Mühen der Reichsregierung, den Krieg abzuwenden, folgte am Abend des 1. August die Anordnung der Mobilmachung der gesamten deutschen Streitkräfte. Mit überwältigender Hast drängten sich die Ereignisse, Tag und Nacht waren Telegraph und Fernsprecher in Bewegung. Es häuften sich die Nachrichten, die militärischen Anordnungen, die amtlichen Verfügungen, die geschäftlichen und persönlichen Mitteilungen, die unter den überraschend eingetretenen Verhältnissen der Beförderung harrten. Auch der Postbetrieb sah sich auf einmal vor schwierige Aufgaben gestellt. Der ganze Beförderungsdienst mußte nach dem Kriegsfahrplan der Eisenbahn umgestaltet werden. Neue Einrichtungen waren zu schaffen für die Vermittlung des Postverkehrs des Heeres und seiner zahlreichen Angehörigen. Gleichzeitig öffneten sich überall empfindliche Lücken im Betriebspersonal, von dem ein beträchtlicher Teil zu den Fahnen eilte. In jenen Tagen der Mobilmachung hatten die Beamten aller Dienstzweige und die technischen Einrichtungen die stärkste Belastungsprobe zu bestehen, die je vorkam, und sie haben sie bestanden.

Mit den Truppen zog auch die Feldpost hinaus. Unsere Postverwaltung hatte für die württembergischen Truppenverbände die entsprechende Zahl von Feldpostanstalten aufzustellen und für den Dienst einer Armee-postdirektion einen Armee-postinspektor und sonstiges Personal hinauszusenden. Als treue Begleiter der Truppen haben unsere Feldpostämter und Expeditionen, deren Zahl sich im Verlauf des Kriegs naturgemäß vermehrte, an den militärischen Bewegungen teilgenommen. Auf allen Kriegsschauplätzen, weit drinnen in der Feinde Länder, hat auch die württembergische Feldpost ihre Arbeit verrichtet, unter mannigfachen Schwierigkeiten und Hemmnissen und unter Gefahren, wie sie der Krieg eben mit sich bringt. Was die Feldpost den Tausenden tapferer Kämpfer gewesen ist, für die sie das Band mit der Heimat herstellt, und was die Feldpostanstalten, jede in ihrem Bereich, in stiller, unermüdlicher Arbeit geleistet haben, wird erst nach dem Kriege, wenn auch das militärische Geheimnis keine Beschränkungen mehr auferlegt, volle Würdigung finden. Schon die riesigen Mengen aber, die die Feldpostbeförderung in diesem Weltkrieg umfaßt und die ein Vielfaches des Verkehrs von 1870/71 ausmachen, geben ein Bild von dem Wirken der Feldpost. In den am 1. August 1916 zu Ende gegangenen zwei Kriegsjahren haben unsere Feldpostanstalten über 1 Million Säcke mit Briefen, Karten, Zeitungen und Päckchen an die württembergischen Truppen ausgehändigt und gegen 200 000 Säcke mit Brieffsendungen nach der Heimat eingesammelt, bearbeitet und abgefertigt, ferner die Versendung von etwa 45 Millionen Mark in Postanweisungen und Geldbriefen, größtenteils aus dem Feld nach der Heimat, vermittelt. Eine bekannte Tatsache ist, daß die Feldpost für die Württemberger im allgemeinen umfangreicher ist als die Feldpost vieler anderer Truppen.

In der Heimat machte die Bearbeitung der Feldpostsendungen besondere Einrichtungen nötig. In den ersten Tagen des Kriegs wurde in Stuttgart eine Feldpostsammlung errichtet, die rasch zu einem Großbetrieb heranwuchs. Die Zulassung der Pfundpäckchen im Oktober 1914 hat wesentlich dazu beigetragen. Das 400 Köpfe zählende Personal der Sammelstelle scheidet die Feldpostsendungen, die aus allen Gegenden des Landes täglich in Stuttgart zusammenkommen, nach den zahlreichen Truppeneinheiten aus und schickt sie in Säcken verpackt nach den an der Grenze liegenden Leitpunkten. Rund 1 400 000 solcher Säcke sind in den beiden Kriegsjahren hinausgesandt worden.

Große Schwierigkeiten bot die Beförderung der Feldpakete, denn die stark belegten Etappenwege vermochten weitere Versendungsgegenstände kaum aufzunehmen, und die Feldpost war trotz weitgehender Vermehrung ihrer Betriebsmittel mit Brief- und Päckchensendungen überlastet. Den Anfang mit der Paketbeförderung machten im September 1914 die Etappenkommandanturen in Stuttgart und Ludwigsburg, denen die Post die für die Feldsoldaten bestimmten Pakete kostenlos zuführte. Im Oktober 1914 errichtete sodann die Heeresverwaltung im Reichsgebiet eine Reihe von

Paketdepots; für Württemberg entstand ein solches in Stuttgart, jetzt Militärpaketamt genannt. Diesem werden die in Württemberg eingelieferten Pakete durch die Post und zum Teil durch die Eisenbahn übermittelt, und es befördert sie, nach Truppenteilen ausgeschieden, an die Feldtruppen weiter. Die Versendung von Paketen aus dem Felde nach der Heimat durch die Militärpaketämter und die Post ist seit Februar 1915 eingerichtet. Bis Ende Juli 1916 hat die württembergische Post über 1½ Millionen Feldpakete vermittelt.

Zur Etappentelegraphie, welche die technischen Einrichtungen für die Telegraphen- und Fernsprechverbindungen zwischen Feldheer und allgemeinem Telegraphennetz herstellt, sowie zu Telegraphenbaukolonnen im Feld hatte die Postverwaltung einen Telegrapheninspektor und eine Anzahl Sekretäre und Unterbeamte zu stellen. Auch zur Dienstleistung bei Verkehrsämtern in den besetzten Gebieten sind württembergische Postbeamte berufen worden.

Während draußen Millionen von Männern in Waffen standen, waren in der Heimat von Anfang an alle Hände tätig, die entstandenen Lücken auszufüllen und die wirtschaftliche Arbeit, die durch die plötzliche Einberufung so vieler Männer da und dort ins Stocken gekommen war, wieder in Fluß zu bringen. Dies ist in kurzer Zeit gelungen. So hat sich auch der inländische Postverkehr, der zunächst erheblich zurückgegangen war, im allgemeinen bald wieder erholt. Die anfänglich, namentlich in Verbindung mit dem Eisenbahnfahrplan, eingeführten Dienst einschränkungen konnten nach kurzer Zeit zum großen Teil aufgegeben werden. Einzelne Verkehrszweige, wie der Telegramm-, der Postcheck- und teilweise auch der Zeitungsverkehr, nahmen in der Kriegszeit eine aufsteigende Entwicklung. Der Fernsprechverkehr hat im allgemeinen die Höhe des Friedensverkehrs beibehalten. Eine merkliche Steigerung erfuhr die Postbeförderung sodann durch den viel umfangreicheren Schriftwechsel der militärischen Dienststellen und durch die immer zahlreicher gewordenen Feldpost- und Kriegsgefangenen sendungen. Die von der Post und Telegraphie im Inland während des Kriegs zu bewältigenden Arbeiten übersteigen im ganzen längst den Umfang der Arbeiten in der Friedenszeit. Ein großer Teil der Geschäfte muß aber, da über 3000 Beamte usw. im Heeres-, Feldpost- und Etappentelegraphendienst stehen, durch Hilfskräfte abgewickelt werden, die die Postverwaltung allmählich eingestellt und ausgebildet hat. Nicht unbedeutend ist also auch die Arbeit, die die Daheimgebliebenen in den verschiedenen Betriebszweigen während der langen Kriegszeit zu leisten hatten.

Die Ergebnisse der Post- und Telegraphenverwaltung

Für eine staatliche Verkehrsverwaltung liegt das wichtigste Ergebnis ihrer Tätigkeit in der Erfüllung ihrer volkswirtschaftlichen Aufgaben. Der Erfolg drückt sich in der Aufwärtsentwicklung des Verkehrs und in der

fortschreitenden Erweiterung der Einrichtungen aus. Wie die Post- und Telegraphenverwaltung in dem zurückliegenden Vierteljahrhundert ihre Aufgaben erfüllt hat, mag an der Entwicklung der verschiedenen Verkehrszweige gemessen werden. Und über den Rahmen hinaus, den der Verkehr wies, hat die Post ihre Tätigkeit auch auf Gebiete erstreckt, die ihrem Wirkungskreis an sich fernliegen. Es darf hier auf die Leistungen für die Reichssteuerverwaltung und für die Ausführung der Reichsversicherung hingewiesen werden.

Den volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegenüber muß das geldliche Ergebnis zunächst etwas zurücktreten, doch kommt auch ihm bei der Größe der Betriebsverwaltung, bei der Höhe der Anlagekosten und bei der Rolle, die die Verkehrsanstalten als Teile des Kammerguts im Staatshaushalt spielen, keine untergeordnete Bedeutung zu.

Die Anlagekosten der Post- und Telegraphenverwaltung sind auf 56 Millionen Mark geschätzt. Ein großer Teil davon, nämlich die Summe von 42 Millionen, ist allmählich aus den Erträgen des Betriebs aufgebracht worden; auf Anlehen wurden 10 Millionen genommen, die übrigen 4 Millionen sind aus der Grundstock- und Restverwaltung geschöpft. Die Wirtschaftsführung der Postverwaltung ruht sonach auf gesunden Grundlagen. Die hauptsächlichsten Anlagewerte sind im letzten Vierteljahrhundert durch eine rege Bautätigkeit geschaffen worden. Im Fernsprechwesen, dessen technische Einrichtungen im Jahr 1891 erst einen Wert von weniger als einer Million Mark darstellten, sind seither für mehr als 30 Millionen Mark neue Leitungen und Einrichtungen entstanden. Der Herstellungswert der Telegraphenanlagen, der $2\frac{1}{4}$ Millionen Mark betrug, ist auf mehr als das Doppelte gestiegen. Tatkräftige Förderung fand auch der Bau von Posthäusern. Im Jahr 1891 hatte die Postverwaltung 19 eigene Häuser im Wert von 3 Millionen Mark; die Mehrzahl der Postämter in den Städten war in Mieträumen untergebracht. Heute nennt sie 153 Gebäude ihr Eigen, für die etwa 15 Millionen Mark aufgewendet worden sind.

Die Aufwärtsentwicklung des Verkehrs äußerte sich zahlenmäßig auch in den Rechnungsergebnissen. Hatte die Jahreseinnahme im Jahre 1891 noch die bescheidene Höhe von $9\frac{1}{2}$ Millionen Mark, so erreichte sie im Jahr 1913 dank der Ausgestaltung des Massenverkehrs 32 Millionen, und auch in den Kriegsjahren 1914 und 1915 ist sie nur um etwa eine Million unter diesem Betrag geblieben. Die Jahresausgabe hat sich im gleichen Zeitraum von $8\frac{1}{4}$ auf 23 Millionen Mark erhöht. Die persönlichen Ausgaben sind von 5 auf über 16 Millionen Mark gestiegen. Alljährlich konnte die Postverwaltung einen Betriebsüberschuß an die Staatshauptkasse abliefern, der im Jahr 1891 $1\frac{1}{4}$ Millionen, im Jahr 1913 9 Millionen Mark, in den Kriegsjahren 1914 und 1915 je etwa 8 Millionen Mark betragen hat. Freilich geht von den Überschüssen noch ab, was die Staatskasse an Ruhegehalten und Hinterbliebenenbezügen bezahlt und insbesondere, was als Ausgleichsbetrag für die eigene Postverwaltung, dem Überschuß der Reichspost ent-

sprechend, an die Reichskasse zu entrichten ist. Aber auch dann noch kann das geldliche Ergebnis der Post- und Telegraphenverwaltung als recht befriedigend bezeichnet werden. In der Kriegszeit hat sich überdies die Ausgleichsberechnung mit dem Reich günstig für unsere Staatskasse gestaltet.

Wohl wird das Gesamtbild, das der Rückblick auf die verflossenen 25 Jahre bietet, durch den Krieg etwas getrübt. Er hat der reichen Entwicklung, die alle Verkehrszweige unter den Segnungen des Friedens von Jahr zu Jahr erreichten, Halt geboten. Aber dem Gefüge der Einrichtungen, den Werten, die eine emsige Friedensarbeit schuf, konnte der Krieg nichts anhaben, dank der Tapferkeit unseres heldenmütigen Heeres, das dem Feinde das Eindringen in die heimatischen Fluren wehrte. Die Fortschritte, die der heutige Stand der Einrichtungen gegen früher zeigt, lassen die umfassende Tätigkeit erkennen, welche die Regierung der Vervollkommenung der Postbeförderung, der Verbesserung des Geld- und Bankverkehrs, dem Ausbau des Telegraphen und der Schaffung eines ausgedehnten und wohlgegliederten Fernsprechnetzes gewidmet hat. Bei der kommenden Friedensarbeit werden die Einrichtungen der heimischen Post und Telegraphie kräftige Stützen sein für eine gedeihliche Weiterentwicklung unserer Volkswirtschaft.



Industrie und Handel. Bergbau

Von Syndikus Dr. Klien

Eine Darstellung des Verdeganges von Industrie und Handel des Landes während der 25jährigen Regierungszeit Seiner Majestät König Wilhelms II. begegnet nach zwei Seiten hin Schwierigkeiten: Wirtschaftsgeschichtlich fallen die Jahre 1891—1916 in eine Zeit glänzender Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte und Fähigkeiten Württembergs; sie heben sich aber nicht als eine selbständige neue Epoche aus der Reihe der Vorjahre heraus, sondern bringen vielmehr nur die Fortsetzung, Vertiefung und Erweiterung einer bereits im wesentlichen vollzogenen grundlegenden Neuorganisation des gesamten einheimischen Wirtschaftslebens, die gegen Mitte des vorigen Jahrhunderts durchgreifend einsetzte. Zum anderen läßt sich auch rein äußerlich-ziffermäßig dieser Zeitabschnitt nicht scharf unter Gegenüberstellung der Verhältnisse zu Anfang und Ende der bisherigen 25 Regierungsjahre herausheben, weil die drei umfassenden Reichs-Berufs- und -Betriebszählungen vom 5. Juni 1882, 14. Juni 1895 und 12. Juni 1907 zwar einen wertvollen Einblick in das Jahrzehnt unmittelbar vor dem Regierungsantritt König Wilhelms II. gewähren, dafür aber die letzten neun Regierungsjahre außer Betracht lassen. Auf solche ziffermäßig-mechanische Vergleichung der Regierungsjahre kann aber wohl um so mehr verzichtet werden, als es hier nicht darauf ankommt, gewissermaßen auf Heller und Pfennig eine Bilanz zu ziehen — wobei zudem die Jahre 1914, 1915 und 1916 schon deshalb aus dieser Bilanz ausscheiden müßten, weil infolge der umwälzenden kriegswirtschaftlichen Organisationen weder nach Art und Umfang der gewerblichen

Betätigung, noch nach Zahl und Zusammensetzung der Arbeiterschaft, durch Kapital- und Kreditbasis usw. eine Gleichstellung jener letzten Jahre mit den Friedensjahren angängig wäre —, sondern daß es hier vielmehr gilt, ein anschauliches Bild von Wesensart und Entwicklung von Industrie und Handel des Landes zu entwerfen und deren wachsende Bedeutung unter der an Erfolgen und Fortschritten reich gesegneten Regierung König Wilhelms II. darzulegen.

I. Neuere wirtschaftsgeschichtliche Grundlagen der heutigen Industrie- und Handelsverfassung des Landes

Was Industrie und Handel des Landes in den letzten Jahrzehnten geleistet und erreicht haben, das kann man erst dann voll würdigen, wenn man sich — was im Rahmen dieser Studie freilich nur in aller Kürze geschehen kann — vor Augen hält, von welchen natürlichen Voraussetzungen diese Produktionszweige ihrem Wesen nach abhängig sind und in welchem Umfang diese „natürlichen Voraussetzungen“ speziell in Württemberg erfüllt erscheinen.

Industrie und Handel bedürfen zu ihrer Entfaltung in wirtschaftlicher Beziehung dreier Hauptfaktoren: der menschlichen Arbeitskräfte, der erforderlichen sachlichen Produktionsgrundlage, die in Boden und Naturkräften als Naturgrundlage und dem „Kapital“ als Arbeitsmittel bestehen, und der Verkehrsmöglichkeiten zur Herbeischaffung etwa nicht vorhandener Produktionsmittel wie zum Absatz der fertigen Produkte. Wenn heute in Württemberg, das seiner wirtschaftlichen Bedeutung nach noch bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts einen vorwiegend landwirtschaftlichen Charakter trug, sowohl nach der Beschäftigung der Bevölkerung wie nach der Steuer- und Kapitalkraft Industrie und Handel die erste Stelle unter den produktiven Ständen des Landes einnehmen — erfreulicherweise ohne die wünschenswerte glückliche Weiterentwicklung der einheimischen Landwirtschaft auf die Dauer zu hemmen —, so ist wohl zum wenigsten die „Gunst der natürlichen Verhältnisse“ die Ursache dieses Erfolges gewesen. Den rein natürlichen Voraussetzungen nach finden Industrie und Handel in Württemberg vielmehr eine schmalere Basis für sich vor als die Mehrzahl der großen Industriegebiete Deutschlands. Zwar an menschlichen Arbeitskräften, dem wertvollsten Gut, fehlte es ihm nicht; unter der vorangegangenen Wirtschaftsverfassung mit überwiegend landwirtschaftlichem Charakter vermochte das Land nicht einmal seinen jährlichen Geburtenüberschuß voll zu tragen und mußte ihn teilweise abstoßen. Die Alten unter uns erinnern sich aus ihren jungen Tagen noch der vielfach erschütternden, traurigen Bilder, wenn alljährlich zu Hunderten prächtiges, starkes, junges Volk über See in die „Neue Welt“ oder doch in andere zukunftsreichere Gebiete

Deutschlands auswanderte. Um so mehr mangelte es dem einheimischen Gewerbefleiß an natürlichen Bodenschätzen und an einer günstigen Verkehrslage. Was andere deutsche Wirtschaftsgebiete schon in früheren Jahrhunderten groß und reich machte und ihnen auch heute noch einen gewaltigen Vorsprung sichert: der Reichtum an Mineralien sowie große natürliche Verkehrsstraßen, wie sie die schiffbaren Ströme von alters her in sich gebildet haben, an deren Wasserlauf sich gleichzeitig die großen Heerstraßen der Völker angeschlossen, sie waren dem Lande versagt. Weitab liegt es von den mächtigen Erzlagern Westfalens, von den gewaltigen Kohlenbergwerken am Rhein und an der Saar, auf deren Produkte namhafte Industriezweige des Landes heute angewiesen sind. Nur Salz und Baumaterial liefert der Boden. Von schiffbaren Wasserstraßen wird noch bis heute — ein Mangel, den Industrie und Handel des Landes mit immer größerem Nachdruck durch Anstreben einer Großschiffahrtsstraße auf dem Neckar bis ins Herz des Landes, ferner eines Großschiffahrtsweges auf der Donau bis Ulm und dessen Fortsetzung über den Bodensee zum Rhein heute zu beheben suchen — im wesentlichen nur die Peripherie des Landes berührt: auf der Donau bis Ulm und auf dem Neckar bis Heilbronn.

So ragen denn auch aus dem Mittelalter nur Ulm und Heilbronn als Handelsstädte größeren Stils aus dem Schwabenlande hervor. Die verhältnismäßig bescheidene gewerbliche Betätigung des Landes mußte sich bis ins 19. Jahrhundert hinein im wesentlichen darauf beschränken — und auch das bei allen nicht stapelfähigen Artikeln vorwiegend nur zu eigenwirtschaftlicher, noch nicht verkehrswirtschaftlicher Verwertung —, die einheimischen land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse zu verarbeiten: Müllerei, Bäckerei, Brauerei und Brennerei, ferner als namhafteste hausindustrielle Betätigung die Leinen- und Wollweberei, Strickerei und Wirkerei, weiterhin die handwerkliche Lederverarbeitung (Gerberei, Schuhmachergewerbe usw.), Seilerei, Ramm- und Hutmacherei, die Gewinnung und Verarbeitung von Baumaterialien (Maurer-, Steinhauer-, Zimmergewerbe), die feinere Bearbeitung des Holzes (Tischlerei, Drechslerei, Herstellung von Möbeln, später auch von Klavieren, Uhrgehäusen usw.), zu denen noch als Verarbeiter fremder Hilfsstoffe die Metallgewerbe (insbesondere Messer- und Silberschmiede, ferner Nagel- und Kupferschmiede, Schlosser, Nadler, Gürtler) traten.

Wenn trotz dieser verhältnismäßig recht wenig günstigen natürlichen Produktionsgrundlage und Verkehrslage Industrie und Handel des Landes in den letzten fünf bis sechs Jahrzehnten, insonderheit aber seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, einen ungeahnten Aufschwung erfahren haben, so sind — neben dem unermüdblichen, bohrenden Fleiß der gewerblichen Bevölkerung, dem Wagemut und Unternehmungsgeist der gewerblichen Unternehmer und der sehr nachdrücklichen, weitschauenden Gewerbeförderung durch die Regierung — hierfür zwei die natürliche Pro-

duktionsbedingung des Landes ganz wesentlich verbessernde, die wirtschaftliche Physiognomie der Welt überhaupt ändernde wirtschaftsgeschichtliche Ereignisse von ausschlaggebender Bedeutung gewesen: einerseits die technische Revolution des Arbeitsprozesses durch die Maschine, die zur Massenproduktion führte und eine nie geahnte Steigerung der Kapitalkräfte zur Folge hatte, zum anderen der mit ihr Hand in Hand gehende Aufbau einer neuzeitlichen Verkehrsorganisation durch die Eisenbahnen, die die Ungunst der räumlichen Lage und den Mangel wertvoller eigener Roh- und Hilfsstoffe wenn auch nicht beseitigte, so doch ihren hemmenden Einfluß auf die Produktion wesentlich verminderte und mit überwinden half und allmählich die Vorbedingungen zum Massenbezug und Massenabsatz ermöglichte.

Jener gewaltige Wirtschaftsumschwung, der die wirtschaftlichen Fundamente unseres Landes von Grund aus umschuf, fällt in die Mitte des vorigen Jahrhunderts. Unter dem Eindruck einer durch Missernten noch verschärften allgemeinen wirtschaftlichen Krisis, die zu Anfang der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts das ganze Land in Mitleidenschaft zog und auch durch den unerhörten Abverlaß einer massenhaften Auswanderung nicht zu beheben war, wurde um diese Zeit die Reorganisation der gesamten gewerblichen Verhältnisse als ein Gebot der Not und wirtschaftlichen Selbsterhaltung erkannt und in programmatischer Weise unter Führung der Regierung, die mit dieser Aufgabe die 1848 gegründete „Zentralstelle für Gewerbe und Handel“ betraute, mit größter Energie in die Hand genommen.

Auf Grund sorgfältiger Studien in den damals führenden neuzeitlichen „Industriestaaten“, insbesondere in England und Frankreich sowie in Belgien, wurden deren technische und arbeitsorganisatorische Errungenschaften und Erfahrungen für Württemberg nutzbar zu machen gesucht. Ausländische Fachmänner, Erfinder und Werkmeister wurden herangezogen, Maschinen und Motoren als Muster und Modelle aus dem Ausland bezogen, bald aber — zum Teil unter finanzieller und vielseitiger sonstiger Unterstützung des Staats — im Lande selbst konstruiert und hergestellt und damit ganz neue wichtige Erwerbszweige, insbesondere auf textilindustriellem Gebiet (Trikotweberei, Korsettindustrie usw.), ferner auch in der Maschinenindustrie, Werkzeugfabrikation usw. durch Herausgestaltung zahlreicher Spezialindustrien ins Leben gerufen. Andere altangesessene Gewerbe wurden durch die neue maschinelle Ausrüstung von Grund aus geändert und modernisiert; so die Leinen- und Wollweberei durch Einführung der mechanischen Webstühle, die Strickerei und Wirkerei durch Einführung der Strickmaschine und des Wirkstuhls.

Im engen Zusammenhang mit der erfolgreichen Übernahme der technischen und arbeitsorganisatorischen Fortschritte der Neuzeit standen die viel-

seitigen Bemühungen um die technische Weiterbildung der alten handwerklich geschulten Kräfte wie insbesondere auch um eine neuzeitliche Ausbildung der gewerblichen Jugend. Mit Recht legte die Regierung auf diese neuzeitliche gewerbliche Schulung, die in der Folge die besten Früchte trug, das größte Gewicht. Denn die tausendfachen mechanischen Arbeitskräfte der Maschinen machten zahlreiche, vorher zu gleicher Arbeit berufene und bereite Hände zunächst überflüssig und brachten damit die Gefahr der Arbeitslosigkeit und Not für weite Bevölkerungsschichten und Landesgebiete; sie boten aber andererseits, wie die Erfahrung schon bald lehrte, den technisch geschulten Kräften ungeahnte, vielseitige neue Betätigungsmöglichkeiten und lohnende Erwerbsquellen.

Diese Revolutionierung der Arbeitsverhältnisse zwang auch die anfangs von starker Mutlosigkeit befallenen, zunftmäßig zusammengeschlossenen Handwerkerkreise, umzulernen und nach anfänglichem Widerstreben die neuen technischen Errungenschaften auch sich nutzbar zu machen. Das war um so unerläßlicher, als die neue Zeit inzwischen die alten Fesseln gewerblicher Gebundenheit gewaltsam gesprengt hatte.

Mit der württembergischen Gewerbeordnung von 1862 und der deutschen Gewerbeordnung von 1868/1869 fielen die Schranken der alten Zunftorganisation. Die Gewerbefreiheit riß rücksichtslos die bisherigen Schutzdämme nieder, hinter denen zuletzt so viel den Fortschritt hemmende Bequemlichkeit sich breitgemacht hatte. Neue, wagemutige Elemente strömten durch die weitgeöffneten Tore aller Gewerbe. Die Geißel unbeschränkter Konkurrenz stand über allen, antreibend oder drohend, und ließ nur die Wahl: Niedergang oder Anspannung aller Kräfte unter Anpassung an die veränderten Verhältnisse. Und diese Konkurrenz gestaltete sich um so schärfer, als innerhalb weniger Jahrzehnte durch den raschen Ausbau der Eisenbahnen in Deutschland — die in einem der größten Söhne Schwabens, Friedrich List, ihren beredtesten Propheten und kraftvollsten Förderer fanden — der örtliche Wettbewerb durch den bundesstaatlichen, der bundesstaatliche bald durch den gesamten innerdeutschen und dieser zuletzt durch den internationalen erweitert und verschärft wurde, während andererseits freilich auch die bahnbrechende Ausdehnung des Eisenbahnverkehrs die gewerbliche Tätigkeit auf allen Gebieten durch Erleichterung und Verbilligung des Bezugs wie Absatzes von Rohstoffen, Hilfsstoffen und Fabrikaten wie durch Anbahnung ungehemmter persönlicher Geschäftsverbindungen förderte.

Der allmähliche nationalwirtschaftliche und politische Zusammenschluß Deutschlands ließ dieser inneren Entwicklung die äußere Stütze und den notwendigen weiteren Rahmen. Drängten doch alle jene seit den fünfziger Jahren machtvoll emporstrebenden wirtschaftlichen Kräfte — die sich in anderen deutschen Ländern nicht weniger regten, ja in den nach ihrer Verkehrslage wie nach ihren industriellen Bodenschätzen

begünstigten Gebieten, wie namentlich in Rheinland und Sachsen, teilweise schon viel früher einsetzten und in rascherem Tempo sich vorwärts bewegten — mit innerer Notwendigkeit über die Grenzen des einzelstaatlichen Gebiets zu einer nationalwirtschaftlichen Einigung der deutschen Staaten und wußten diese auch mit raschen Schritten zu erreichen. Was schon in Art. 19 der Deutschen Bundesakte vorgesehen war und durch einzelstaatliche Abmachungen in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts — den „Preußischen Zollverband“ (zwischen Preußen, den wichtigeren thüringischen Staaten, Anhalt, Lippe-Detmold und Mecklenburg-Schwerin während der Jahre 1819—1826 durch sukzessiven Anschluß sich bildend) und den „Süd-deutschen Zollverein“ (1828 zwischen Württemberg, Bayern und den hohenzollernschen Fürstentümern abgeschlossen) — und deren beiderseitigem Handelsvertrag von 1829 sowie den „Zollvereinigungsvertrag“ von 1833 angebahnt wurde, das vollzog in großzügiger Weise der „Deutsche Zoll- und Handelsverein“ von 1834, der die einzelstaatlichen Ein-, Aus- und Durchfuhrzölle an den gemeinschaftlichen Landesgrenzen beseitigte und ein einheitliches Verkehrs- und Wirtschaftsgebiet schuf. Der in den folgenden Jahrzehnten weiter ausgestaltete Wirtschaftskörper bildete zuletzt seit dem korporativen Anschluß des „Norddeutschen Bundes“ — des 1866 gegründeten neuen Bundesstaates — mit seinem „Zollbundesrat“ und „Zollparlament“ die unmittelbare Vorstufe zu dem endgültigen verfassungsrechtlichen (nicht mehr bloß vertragsrechtlichen, kündbaren) wirtschaftspolitischen Zusammenschluß der deutschen Staaten. Die politische Einigung Deutschlands 1871 vollendete auf wirtschaftlichem Gebiete nur, was aus immanenten Kräften heraus schon ohne ein engeres politisches Band sich bereits im wesentlichen vollzogen hatte.

Während so die sechziger Jahre für die neuzeitliche Wirtschaftsentwicklung die entscheidende nationalwirtschaftliche Grundlage schufen, wurden unter der Führung des geeinigten Reiches bald auch die internationalen Handelsbeziehungen für Industrie und Handel Deutschlands ausgebaut. Mit Ende der achtziger Jahre waren diese Beziehungen auch für Württembergs voranstrebende Industrie und seinen Handel bereits so eng und vielseitig, daß zu Beginn des Regierungsantritts König Wilhelms II. in der Tat bereits von der vollzogenen „organischen Verflechtung unseres Wirtschaftslebens mit dem Weltmarkt“ gesprochen werden kann.

Es ist selbstverständlich, daß der geschilderte Übergang von der alten in die neuzeitliche Wirtschaftsverfassung — von der Hand- zur Maschinenarbeit, von der Herstellung auf Einzelbestellung zur Massenproduktion, von der Deckung vorwiegend örtlich beschränkten Bedarfs zur weltwirtschaftlichen Bedarfsdeckung, von der Arbeit unter dem Schutz zünftlerischer Sonderrechte zur Arbeit mit weitgehendster Gewerbe- und Konkurrenzfreiheit — nicht ohne Härten, mannigfache Not und schwere Opfer auch in Württemberg sich vollziehen konnte. Alleingeseffene, vorerst blühende und über das würt-

tembergische Land weitverbreitete Gewerbebezüge wurden um die Mitte des vorigen Jahrhunderts von den technischen Umwälzungen vollständig überrascht und so in ihren Fundamenten erschüttert, daß sie eine schwere Krisis durchzumachen hatten: so in erster Linie die namhafte hausgewerbliche Spinnerei und Weberei. Anderen ursprünglich handwerklichen Gewerbebezügen gelang es, ihre technische Ausrüstung, insbesondere auch seit Einführung von kleinen Arbeitsmaschinen, verhältnismäßig rasch zu vervollkommen, so daß ihnen schwere Schläge und ernstliche Zusammenbrüche auch während der Übergangszeit im wesentlichen erspart blieben und die wirtschaftliche Grundlage der Einzelunternehmungen sich nur allmählich änderte und wieder aufbaute. Das gilt namentlich auch für zahlreiche sich spezialisierende metallverarbeitende Gewerbebezüge. Mit Hilfe neuzeitlicher Kreditorganisationen, wie sie zur Erhaltung der bedrohten mittelständischen Existenzen auf dem Wege der Selbsthilfe und mit Unterstützung der Regierung allenthalben ins Leben gerufen wurden, gelang es zum Teil, solche verhältnismäßig einfacheren Umwandlungen ohne zu tiefe Eingriffe im Sinne einer rein kapitalistischen Neuorganisation zu vollziehen. Die allmählich aus dem Handwerksbetrieb in den industriellen Werkstätten- und Fabrikbetrieb hinübergeführten Gewerbebezüge erhalten zunächst einen „kleinkapitalistischen Charakter“; sie bedürfen zwar einer verstärkten Kapitalbasis und müssen sich der kapitalistischen Produktionsweise und spekulativen Absatzregelung bedienen, bewahren aber im Durchschnitt eine mittlere Betriebsgröße. Begünstigt wird dieser leichtere Übergangsprozeß in einer Anzahl von Gewerbebezügen Württembergs durch die weitgehende Dezentralisation des gewerblichen Lebens bis in die kleinen Plätze des Landes. In einigen Gewerben, die von der technischen Neuerung am wenigsten berührt werden, so in den wichtigsten Nahrungsmittelgewerben, der Bäckerei und der Mähgerei, kommt es bei dem Übergang in die neue Zeit überhaupt nicht zu grundlegenden Änderungen in der wirtschaftlichen und sozialen Verfassung. Die ganz neu, mit größerem und kostspieligem Maschinenpark aufzubauenden Industrien hingegen bedürfen notwendig einer erweiterten Kapitalgrundlage und kapitalistischen Betriebsorganisation und bringen damit auch in Württemberg für weitere Bevölkerungskreise eine soziale Umschichtung unvermeidlich mit sich. Aber auch diese Umwandlung vollzieht sich dank dem Umstand, daß auch die neuzeitlichen Unternehmungen begreiflicherweise — schon um sich das notwendige branchenkundige Arbeitermaterial zu sichern — tunlichst den alten, im ganzen Lande verteilten Produktionsstätten nachgehen und damit nicht nur die kleineren städtischen Gewerbeplätze, sondern zum Teil auch die Dörfer und Flecken bis tief in die Alb und den Schwarzwald aufsuchten, in relativ maßvoller Form.

So sehen wir von der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis in die achtziger Jahre innerhalb weniger Jahrzehnte auf neuzeitlich technischer Grundlage und mit Hilfe der modernen Verkehrsentwicklung in Württemberg eine

Qualitätsindustrie von erstaunlicher Mannigfaltigkeit entstehen, der es gelungen ist, die Ungunst der natürlichen Lage und den Mangel an wichtigen Roh- und Hilfsmaterialien durch hochwertige Verarbeitung zu einem guten Teil wettzumachen — denn je mehr es gelingt, ein Produkt zu veredeln und seinen Wert zu erhöhen, um so weniger vermag die höhere Frachtenrate beim Bezug der Rohstoffe und beim Absatz des fertigen Produkts ein entscheidendes Moment in der Konkurrenzfähigkeit zu bilden — und durch weitgehende Spezialisierung sich im großen Wettbewerb der deutschen Industrien einen ehrenvollen Platz zu erobern.

In der vorstehend kurz angedeuteten neuzeitlichen Wirtschaftsverfassung befanden sich Industrie und Handel des Landes beim Regierungsantritt König Wilhelms II. Auf ihr bauten sie sich in den folgenden Jahrzehnten mit immer größerer Stetigkeit weiter auf. Manche „Kinderkrankheiten“ mußte die junge Industrie freilich noch überwinden, bevor sie die Entwicklungsgefeße klarer erkannte, unter denen sie künftig stand und die sich erst mit der Erweiterung und der Vervollkommenung der Weltwirtschaft schärfer herausarbeiteten. Aber noch aus jeder der Konjunktursenkungen, die der kurvenartigen Aufwärtsbewegung periodisch zu folgen pflegten, hob sich das einheimische Erwerbsleben mit ungebrochener Kraft und ohne jene schweren Zusammenbrüche, von denen der Übergang in die neue Wirtschaftsära begleitet war, empor. Bei den zuletzt in den Jahren 1907 und 1913 beobachteten Konjunkturrückschlägen, die infolge der inzwischen vollzogenen festen Verknüpfung der Wirtschaftsmärkte aller bedeutenden Industrie- und Handelsstaaten der Welt internationaler Natur waren, erwies sich mit aller Deutlichkeit, daß die tiefere Ursache des zeitweiligen Stillstandes nicht in einer ungesunden oder fehlerhaften Neuordnung der Wirtschaftsverhältnisse lag, sondern vielmehr in der außerordentlichen Inanspruchnahme der jungen, noch begrenzten Wirtschaftskräfte und in dem dadurch entstehenden Mißverhältnis zwischen Geldbedarf und Kapitalneubildung. Das Bestreben des deutschen Kaufmanns, das im Produktionsprozeß gewonnene neue Kapital tunlichst sofort wieder produktiv — statt bloß in Rente — anzulegen, um durch Erweiterung bestehender Industrie- und Handelsunternehmungen oder durch Neuinvestierung von Kapitalien die eigene Leistungsfähigkeit immer mehr zu steigern, mußte notwendig zu einer Verlangsamung und zuletzt zu einem Stillstand und zu Rückschlägen führen, sobald die für die jeweilige Investierung erforderlichen (durch den kommenden oder erhofften Geschäftsgewinn zum Teil erst noch zu deckenden) Kapitalgrundlagen für den Weiterbau zu schmal wurden. Je rascher sich daher das einheimische Erwerbsleben umgestaltete und die Industrie auf den verschiedensten Gebieten den Weltmarkt zu gewinnen suchte, um so weniger konnte, trotzdem Handel, Börse, Banken und Verkehr mit allen Mitteln bestrebt waren, diesen Impulsen zu folgen und den ständig steigenden Kapitalansprüchen gerecht zu werden, die Kapital-

neubildung mit jenen sprunghaft steigenden Anforderungen auf die Dauer Schritt halten. Mit der Erschöpfung der flüssigen Leihkapitalien und der damit automatisch verbundenen starken Verteuerung des Zinsfußes trat alsdann jeweils notwendig eine Verlangsamung des allzu raschen Tempos wirtschaftlicher Expansion ein. Auch aus solchen notwendigen Ruhepausen, die zur Konsolidation des Besitzes, zur Sammlung und vorsichtigen Disponierung zwangen, haben zulezt Industrie und Handel des Landes Kraft zu schöpfen gewußt, so daß sie heute in innerlich gesunder Verfassung dastehen und auch die harte Kraftprobe dieser Kriegsjahre nach Leistungsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit in hervorragender Weise bisher bestanden haben.

II. Württemberg's Industrie und Handel im Berufsaufbau des Reiches

Um zur Beurteilung der volkswirtschaftlichen Bedeutung von Industrie und Handel des Landes einen größeren Gesichtswinkel zu finden und zu diesem Zwecke festzustellen, in welchen Ausmaßen sie sich in den großen nationalwirtschaftlichen Rahmen einfügen, empfiehlt es sich, zunächst deren allgemeine Stellung innerhalb des großen Berufsaufbaus im Deutschen Reich klarzulegen. Gestatten diese ziffernmäßigen Vergleiche, die nur einen — aber den wichtigsten — Produktionsfaktor, nämlich die menschliche Arbeitskraft, herausheben, auch nicht ein Gesamturteil über Wert und Bedeutung unseres gewerblichen Lebens für den großen deutschen Wirtschaftskörper, so gewähren sie doch einen vortrefflichen Überblick nicht nur über den Umfang, sondern auch über die spezifische Eigenart der gewerblichen Mitarbeit Württembergs innerhalb des Deutschen Reichs.

Von der Gesamtbevölkerung Deutschlands entfielen auf Württemberg nach den drei großen Berufszählungen von 1882, 1895 und 1907 — auf denen die nachfolgenden Darlegungen fußen — in den genannten Jahren: 4,33 %, 3,99 % und 3,79 %, nämlich 1,95 Millionen, 2,07 Millionen und 2,338 Millionen Einwohner von 45,2 Millionen, 51,77 Millionen und 61,72 Millionen Einwohnern im Reich. Wenn sich auch die Anteilsätze bei Einbeziehung der nach anderen deutschen Bundesstaaten übergesiedelten Württemberger nicht unwesentlich (für 1907 auf 3,97 %) erhöhen, so ändert das an der Tatsache nichts, daß die Volkszahl Württembergs mit der Reichsvolkszahl nicht Schritt hält; namentlich in Norddeutschland ist die Zunahme stärker als im Süden. Zu dem gleichen Ergebnis kommt man auch, wenn man die Anteile, die auf Industrie und Handel Württembergs gegenüber dem rechnerischen „Reichsdurchschnitt“ Württembergs entfallen, vergleicht. Für Industrie und Handel — denen als wichtiges und notwendiges Gegenbild die Landwirtschaft zur Seite gestellt wird — ergeben sich dabei die nachfolgenden Anteilsätze, die sowohl für die

gesamten Berufszugehörigen, einschließlich der nicht beruflich tätigen „Angehörigen“, wie für die nur hauptberuflich in der Branche Erwerbstätigen () nebeneinandergestellt werden:

	1882	1895	1907
Land- und Forstwirtschaft	4,90 (4,78)	5,05 (5,27)	4,99 (5,12)
Industrie, einschließlich Bergbau und			
Bauwesen	4,19 (4,11)	3,57 (3,93)	3,54 (3,84)
Handel und Verkehr	3,16 (3,16)	2,76 (3,01)	2,71 (2,88)
Gegenüber dem württ. Anteil an der			
deutschen Gesamtbevölkerung von	4,33	3,99	3,79

Während sonach die Landwirtschaft die allgemeine württembergische Reichsbevölkerungsrate jeweils nicht nur hielt, sondern regelmäßig noch übertraf, vermochten weder die württembergische Industrie, noch weniger aber bezeichnenderweise Handel und Verkehr des Landes in ihrem Personalbestand den Reichsdurchschnitt in den einzelnen Jahren zu erreichen. Nach den vorangegangenen Ausführungen über die wenig günstige natürliche Lage Württembergs kann das nicht wundernehmen. Wohl aber verdient es alle Würdigung, wenn Württembergs Industrie — abseits von den großen Verkehrsadern und ohne eigene Kohlen- und Erzlager, die als solche schon eine große Arbeiterschaft beschäftigen und von selbst die Schwerindustrie mit ihren Arbeiterheeren anziehen — es vermochte, nach dem anfänglich langsameren Vorwärtsschreiten in der Zeit von 1882 bis 1895 in der nachfolgenden Periode schon bis 1907 und darüber hinaus in noch verstärkterem Maße bis 1912/13 seinen Anteil im Vergleich zu dem jeweiligen Reichsdurchschnitt Württembergs nicht nur zu behaupten, sondern noch wesentlich zu verbessern. Aus dem Vergleich der beiden Kurven geht ohne Zweifel hervor, daß offenbar durch das außerordentliche Wachstum der Industrie der bisherige Rückgang des württembergischen Anteils am Reichsvolkstörper sich sichtbar verlangsamt hat. Bei aller dem darf überhaupt nicht übersehen werden, daß es sich ja überhaupt nicht um „absoluten“ Rückgang handelt; vielmehr ist der Bevölkerungszuwachs im Land (seit 1882 bis 1913 rund $\frac{1}{2}$ Million Menschen) und darunter ganz besonders in Industrie und Handel (rund 450 000 bis 1913) sehr erheblich; er hat sich nur nicht in dem gleichen Tempo wie im Reich als Ganzem vollzogen, und nur insofern zeigt sich bei rechnerisch-statistischem Vergleich zwischen Reich und Bundesstaat eine sinkende Kurve.

Mit voller Deutlichkeit treten die sich tatsächlich zugunsten von Industrie und Handel vollziehenden Verschiebungen im Berufsaufbau während der letzten Jahrzehnte bei einer vergleichenden Darstellung des Berufsaufbaus im Reich und in Württemberg nach der Zahl der in den einzelnen Berufsgruppen tätigen Personen in die Erscheinung. Es entfielen danach:

Auf	Im Jahr	a) Von der Gesamtbevölkerung	b) Von den hauptberuflich Erwerbstätigen	c) Von den haupt- und nebenberuflichen
1. Im Reich:				
		(in Mill.)	(in Mill.)	(in Mill.)
Landwirtschaft (einschl. Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei)	1882	19,22	8,23	11,43
	1895	18,50	8,29	11,94
	1907	17,68	9,88	15,49
Industrie (einschl. Bergbau und Baugewerbe)	1882	16,06	6,40	6,92
	1895	20,25	8,28	8,90
	1907	26,39	11,26	12,01
Handel, Verkehr (einschl. Gast- und Schankwirtschaft)	1882	4,53	1,57	2,00
	1895	5,97	2,34	2,91
	1907	8,28	3,48	4,43
2. In Württemberg:				
		(in Tausend)	(in Tausend)	(in Tausend)
Landwirtschaft (einschl. Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei)	1882	942,9	393,5	577,1
	1895	933,6	437,3	620,8
	1907	882,4	506,1	704,8
Industrie (einschl. Bergbau und Baugewerbe)	1882	674,1	263,0	299,4
	1895	723,8	325,4	369,2
	1907	935,0	432,1	477,4
Handel, Verkehr (einschl. Gast- und Schankwirtschaft)	1882	143,3	49,7	73,0
	1895	164,8	70,4	106,1
	1907	224,1	100,1	149,2

Die vorstehende verschiedenartige statistische Erfassung der gleichen Berufsgruppen legt nach den verschiedensten Richtungen hin die tatsächlichen Verhältnisse und Verschiebungen klar. Man überblickt zunächst (a) die gesamte berufszugehörige Menschenmasse einschließlich der „Angehörigen“, d. h. Nichterwerbenden, wobei jede Person einmal erscheint, zum anderen (b) nur die hauptberuflich erwerbende Bevölkerung ohne die „Angehörigen“ und Berufslosen, wobei die ersteren auch nur einmal gezählt wurden, und (c) endlich die haupt- und nebenberuflich Erwerbstätigen, wobei die letzteren sich teils aus solchen zusammensetzen, die gar keinen erwerbenden Hauptberuf haben (z. B. Ehefrauen), teils aus solchen, die auch haupterwerbend in einem anderen Berufe sind (z. B. Hausgewerbetreibender, der nebenher Landwirt ist usw.).

Nach diesen verschiedenartigen Gesichtspunkten ergibt sich übereinstimmend für das Reich wie für Württemberg die bezeichnende Tatsache, daß die Landwirtschaft in den 25 Jahren zwar an der Gesamtziffer aller Berufszugehörigen verlor, an hauptberuflich Erwerbstätigen aber und noch mehr bei Zusammenfassung der haupt- und nebenberuflich Tätigen nicht unbeträchtlich zugenommen hat. Es sind offensichtlich zahlreiche Arbeitskräfte, namentlich der weibliche und männliche Überschuß an heranwachsender und erwerbsfähiger Jugend, in andere Berufe abgewandert, während sowohl die selbständigen Existenzen — was volkswirtschaftlich besonders wichtig — als auch die durch „Nebenbeschäftigung“ (z. B. durch Bebauung eines Gemüsegartens, eines kleinen Feldes neben hauptberuflich anderweiter Beschäftigung) der Land-

wirtschaft statistisch zuzurechnenden Kreise erfreulicherweise noch zugenommen haben. — In übereinstimmender Richtung, wenn auch in verschiedenartigem Tempo, bewegen sich im Reich wie in Württemberg ferner auch die Bevölkerungszahlen für Industrie und Handel. Sowohl in der Gesamtmasse der Berufszugehörigen wie nach der Zahl der hauptberuflich Erwerbstätigen, endlich auch nach der Zahl der haupt- und nebenberuflich diesen Erwerbskreisen zugehörigen Personen findet hier eine ganz beträchtliche Zunahme statt. Innerhalb des verhältnismäßig kurzen Zeitabschnitts beläuft sich diese Bevölkerungszunahme auf 75—100 % und darüber! Starke Massen strömen diesen Erwerbszweigen somit zu; sie rekrutieren sich zu einem bedeutenden Teil aus dem Überschuß der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Immer weiteren Volkschichten und insgesamt mehr als einer Million Menschen, also annähernd der Hälfte der gesamten Einwohnerschaft Württembergs, gewährt Industrie und Handel heute Unterhalt und lohnenden Verdienst. Auch unter der steigenden Konkurrenz ermöglichen sie bemerkenswerterweise beide, wie aus den vorstehenden Ziffern ohne weiteres abzulesen ist, die Gründung neuer selbständiger Existenzen. Daß sie Tausenden, jung und alt, männlichen wie weiblichen Personen in Stadt und Land auch Nebenbeschäftigung und damit willkommenen Nebenverdienst bieten, ist bekannt.

Wirft man im Zusammenhang damit die vielerörterte Frage auf, ob das Reich als Ganzes und Württemberg als bundesstaatliches Wirtschaftsgebiet den Übergang vom überwiegenden „Agrarstaat“ zum überwiegenden „Industriestaat“ bereits vollzogen haben, so gibt hierauf das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den beiden großen Berufsgruppen innerhalb des Reichs und innerhalb Württembergs den erforderlichen Aufschluß. Die Frage ist, gemessen sowohl an der beruflichen Gesamtmasse der einzelnen Gruppen wie an den hauptberuflich Erwerbstätigen schon während jener 25 Jahre, noch mehr aber nach der weiteren Entwicklung während der letzten neun Jahre, zu bejahen. Das Reich schreitet auf dieser Bahn indes merklich rascher als Württemberg vorwärts: im Reich entfielen auf die Landwirtschaft 1882 rund 42,5 %, 1895 noch 35,8 %, hingegen 1907 nur noch 28,62 % der Gesamtbevölkerung, während in den gleichen Zeiträumen Industrie und Handel zusammen 45,5 %, 50,6 % und 56,2 % aufwiesen. Die Minderung des Verhältnisanteils der Landwirtschaft zugunsten von Industrie und Handel fällt hier außerordentlich in die Augen. In Württemberg glitt der Gesamtmasse der Berufszugehörigen nach in jenen Jahren der Bevölkerungsanteil der Landwirtschaft von 48,2 % auf 45,1 % und 37,8 % herab, während sich der prozentuale Anteil von Industrie und Handel zusammen von 41,7 % auf 42,9 % und 49,5 % hob. Auch in Württemberg fand sonach eine durchgreifende Umschichtung statt, die sich aber unter dem hemmenden Einfluß der ungünstigeren Verkehrslage des Landes ruhiger vollzog.

Günstiger liegen die Verhältnisse für die Landwirtschaft, wenn man die Entwicklung ausschließlich nach der Gestaltung des prozentualen Ver-

hältnisses für die in den einzelnen Berufsgruppen hauptberuflich Erwerbstätigen betrachtet. Danach sank der Anteil der Landwirtschaft im Reich von 1882 bis 1907 nur von 43,4 % auf 32,7 %, während sich der Anteil von Industrie und Handel zusammen von 42,0 % auf 48,7 % hob. Gleichwohl bleibt auch bei dieser Betrachtungsweise die Tatsache bestehen, daß das Reich einen zunehmend industriellen Charakter annimmt. Innerhalb Württembergs ging der prozentuale Bevölkerungsanteil der Landwirtschaft, soweit nur die hauptberuflich Erwerbstätigen gezählt werden, in jenen 25 Jahren von 48,3 % auf 41,3 % zurück, während der entsprechende Anteil von Industrie und Handel zusammen von 38,4 % auf 43,5 % sich hob. Während sonach im Jahre 1882 die württembergische Landwirtschaft noch fast der Hälfte aller hauptberuflich erwerbstätigen Einwohner des Landes eine selbstständige Existenz bot, können Industrie und Handel des Landes bereits 1907 mehr Erwerbsfähigen als die Landwirtschaft eine hauptberufliche Arbeits- und Einkommensquelle gewähren. Die absolute Zahl jener in der Landwirtschaft hauptberuflich Erwerbstätigen war 1882 noch größer als die von Industrie und Handel zusammen, nämlich 393 500 Personen gegenüber 312 700 Personen; schon 1907 übertrafen die gewerblichen Berufsgruppen aber mit 532 200 hauptberuflich in ihnen Erwerbstätigen die landwirtschaftliche Ziffer von 506 100. In den folgenden Jahren hat sich dies noch weiter zugunsten von Industrie und Handel verschoben. Immerhin vollzog sich der Umwandlungsprozeß in Württemberg wesentlich langsamer, „harmonischer“ als im Reich.

Daß bei einem Vergleich der Zahlen der haupt- und nebenberuflich Erwerbstätigen die Landwirtschaft im Reich mit 45,1 % gegenüber 47,9 % von Industrie und Handel sich im wesentlichen noch behauptet und in Württemberg mit 49,9 % gegenüber 44,4 % von Industrie und Handel noch heute an erster Stelle steht, kann das gefällte Gesamturteil über die tatsächlich vollzogene Industrialisierung nicht nur des Reichs, sondern auch Württembergs nicht ändern; denn unter den „nebenberuflich“ in der Landwirtschaft Tätigen werden oben statistisch auch die Tausende von Arbeitern und Angestellten aus Industrie und Handel mit einbezogen, denen es glückt, sich einen Garten oder ein Stückchen Land zum Gemüse- und Früchtebau wie zur Erholung zu sichern. Die gerade in unserer Zeit in hocheifriger Weise fortschreitenden erfolgreichen Bemühungen, auf dem Wege genossenschaftlicher Selbsthilfe (Garten- und Heimstättenkolonien) oder durch unmittelbare Unterstützung der Arbeitgeberschaft, durch Privatkapital oder kommunalpolitische Maßnahmen der gewerblichen Bevölkerung solche gärtnerische bzw. „landwirtschaftliche“ Nebenbeschäftigung zu eröffnen, bedeuten noch keine „Rückkehr zur Landwirtschaft“, sondern eine „Rückkehr zur Natur“; sie sind keine Wiederabkehr von der industriellen Betätigung, sondern stellen eine aus sozialen, hygienischen und auch wirtschaftlichen Erwägungen einsetzende Korrektur von unerwünschten Begleiterscheinungen des industriellen Umwandlungsprozesses dar. Es wird in anderem Zusammenhang (s. unten) im ein-

zeln darauf hinzuweisen sein, welche weitgehende Beziehungen auch sonst noch zwischen Landwirtschaft und Gewerbe in Württemberg bestehen.

Für die Klarlegung der gewerblichen Verhältnisse Württembergs im Vergleich zu denen des Reichs als ganzem Wirtschaftskörper erscheint es weiterhin notwendig, die Stellung der einzelnen württembergischen Industriezweige im Gesamtaufbau der deutschen Industrie zu beleuchten, da hierdurch besser als durch den bloß ziffermäßigen Vergleich der beteiligten Bevölkerungsmassen die spezifische Bedeutung des einheimischen Gewerbes für das wirtschaftliche Ganze schärfer hervorgehoben wird. Zieht man hierbei die Betriebsgrößen der einzelnen gewerblichen Unternehmungen in Vergleich, so ergibt sich aus den Reichsberufszählungen — was nach den vorausgegangenen Ausführungen zu erwarten war —, daß das Reich schon 1895 im Durchschnitt eine „großbetrieblichere“ Industrie aufwies als Württemberg; indes ist aber bereits bis 1907, und seitdem noch mehr, die einheimische Industrie dem Reichsdurchschnitt darin viel näher gerückt. Bei einem Vergleich der innerhalb der einzelnen Industriezweige im Reich wie in Württemberg jeweils beschäftigten Personen aber stellt sich nach der Gewerbestatistik heraus, daß Württemberg hinsichtlich der verarbeitenden Industrien im engeren Sinne des Wortes entwickelter ist als das Reich im ganzen. Dies geht schon daraus hervor, daß nach der Gewerbestatistik (die mit der Berufstatistik nicht genau übereinstimmt) auf Württemberg im Verhältnis zum Reich 3,84 % der deutschen Industriebevölkerung entfallen, während es der Volkszahl nach ja nur 3,79 % (s. oben) umfaßt. Im einzelnen tritt das noch schärfer in die Erscheinung, wenn man einmal diejenigen Zweige hervorhebt, deren Personal jenen erhöhten Anteilssatz noch erheblich übertrifft: Im Jahre 1907 bezifferte sich allein die Zahl derjenigen württembergischen Industriezweige, deren Personal mehr als 6 % der innerhalb der gleichen Branchen im ganzen Reiche gezählten Arbeiterschaft ausmachte, auf über 50 verschiedene Gewerbe- und Industriezweige. Von diesen umfaßten nicht weniger als 10 württembergische Branchen mehr als ein Fünftel aller in den gleichen Branchen innerhalb des Reiches beschäftigten Personen. Einzelne Spezialitäten, nämlich die Zieh- und Mundharmonikafabrikation (37,9 %), die Feigwarenfabrikation (36 %), die Fabrikation von Feuerzeugapparaten (30,8 %) und die Korsettfabrikation (30,4 %), beschäftigen sogar über oder gegen ein Drittel der gesamten einschlägigen deutschen Branchenarbeiterschaft. Ihnen folgten der Anteilgröße nach unter anderem die Fabrikation von Spielwaren aus Filz usw. (27,2 %), von Schußwaffen (25 %), von Linoleum (22,3 %), von Kraftfahrzeugen (20,8 %) u. a. Weitere 14 württembergische industrielle Spezialzweige beschäftigten über 10—20 % der gesamten branchenzugehörigen Personen in Deutschland. Von ihnen seien — zugleich zur Charakterisierung der Vielgestaltigkeit des einleitend angedeuteten Spezialisierungsprozesses

innerhalb der württembergischen Industrie — wenigstens folgende hervor-
gehoben: die Herstellung von Zeitmeßinstrumenten (19,8 %), chirurgischen
Instrumenten (18,8 %), von Gold-, Silber- und Bijouteriewaren (15,1 %),
Kaffeesurrogaten (15,1 %), galvanoplastischen Waren (14,9 %), die Strickerei
und Wirkerei (14,6 %), die Fabrikation von Firnissen, Lacken und Ölen
(13,6 %), die Holzrolladenfabrikation (12,1 %), Seidenspinnerei (10,7 %),
die Herstellung von Maschinen für Brennerei und Brauerei (10,4 %), von
Fahrrädern (10,2 %) und die Möbeltischlerei (10,2 %). Aus der großen
Zahl der mit ihrer Personalziffer im Reich ebenfalls noch namhaft über dem
Reichsdurchschnittsfaß der württembergischen Industrie stehenden Branchen
seien nur noch folgende genannt: die Leinenbleicherei und -färberei (9,8 %),
Baumwollspinnerei (8,9 %), Zementfabrikation (8,7 %) und sonstige Sand-
gewinnung (8,6 %), Pianofortefabrikation und Orgelbau (8,3 %), Draht-
warenfabrikation (8,3 %) und Verarbeitung sonstiger unedler Metalle,
Gerberei (8 %), Essigfabrikation (7,2 %), Ölfabrikation (6,9 %), Papier-
und Pappefabrikation (6,7 %), Salinen (6,3 %), Baumwollweberei (6,2 %),
Bürstenfabrikation (6,1 %) usw. Zwar kann nicht ohne weiteres von der Zahl
der beschäftigten Personen auf die „Leistungsfähigkeit“ der betreffenden
Industrie im allgemeinen und ihren Produktionsumfang im besonderen
geschlossen werden, da ja bekanntlich durch Vermehrung oder Verbesserung des
Maschinenparks wie durch organisatorische Vervollkommen der Betriebe ohne
Schmälerung, ja zumeist noch unter gleichzeitiger beträchtlicher Steigerung
der Gesamtproduktion immer wieder Arbeitskräfte „gespart“ werden können.
Dennoch gewährt der gewählte Maßstab gerade hier einen vortrefflichen
Anhaltspunkt für die Beurteilung, da, wie schon angedeutet, es sich doch
hier bei der Mehrzahl der in Betracht kommenden Fabrikationsgebiete um
„Qualitäts- und Feinindustrien“ im engeren Sinne handelt, bei deren
hochwertigen Artikeln die qualitative Beschaffenheit mehr als die auf den
Markt geworfene Menge für die Konkurrenzfähigkeit entscheidend ist und
deren keine sich gegenüber der scharfen Konkurrenz im Inlande wie im
Auslande auf die Dauer halten könnte, wenn sie nicht sich jederzeit mit
allen Kräften bemühte, sowohl in technischer Beziehung „auf der Höhe
der Zeit“ zu stehen, als insbesondere auch sich einen sorgfältig ausgesuchten,
fachmännisch ausgebildeten Arbeiterstamm heranzuziehen. Je differenzierter
die erforderliche Leistung des Arbeiters, um so weniger können denn auch
solche Feinindustrien durch bloße Kapitalbeschaffung über Nacht aus dem
Boden gestampft werden. Von diesen Erwägungen aus dürfen hier die
ermittelten Personalziffern mit Recht als Anhaltspunkte zur Beurteilung
der tatsächlichen Bedeutung jener württembergischen Industriezweige inner-
halb der gleichartigen Branche in Deutschland herangezogen werden. Es ist
denn auch ganz unbestreitbar, daß unter den genannten Branchen zahlreiche
Spezialitäten der weiterverarbeitenden württembergischen In-
dustrie eine führende Rolle in Deutschland zusteht: so der Fabri-

kation von Zieh- und Mundharmonikas sowie Uhren im Schwarzwald, der Fabrikation von Militärfahrzeugen und Feuerlöschapparaten sowie der Kunststeinindustrie in Ulm, der Trikotwarenindustrie im Stuttgarter und Reutlinger Handelskammerbezirk, der Korsettindustrie in Groß-Stuttgart (einschließlich Cannstatt) und Göppingen, der Schußwaffenfabrikation in Oberndorf, der Kraftfahrzeugfabrikation in Untertürkheim, der Nähfaden- und Papierwarenfabrikation im Heilbronner Handelskammerbezirk, dem Turbinenbau in Heidenheim. Von anderen kann man sagen, daß sie nicht nur der Zahl der beschäftigten Personen, sondern auch dem Ruf ihrer Fabrikate nach Württemberg jedenfalls einen „Hauptsitz“ innerhalb der betreffenden Branche in Deutschland sichern; das gilt beispielsweise für die Fabrikation von Gold-, Silber- und Bijouteriewaren in Smünd, die Verbandstoff- und Rattunfabrikation in Heidenheim, die Zigarrenfabrikation in Heilbronn und Heidenheim, die Fahrradindustrie in Neckarjulfm, die Metallwarenfabrikation in Geislingen, die Werkzeugmaschinenfabrikation im Stuttgarter und Ulmer Bezirk, die Filzindustrie im Reutlinger Handelskammerbezirk, die Pianofortefabrikation in Stuttgart, die Fabrikation von Kaffeefurrogaten in Ludwigsburg u. a.

Bei einem Vergleiche der württembergischen Industriezweige unter sich nach der Größe ihrer Arbeiterschaft verschiebt sich in sehr interessanter Weise das hier vorgezeichnete Bild: Unter den Hauptgruppen stehen heute das Baugewerbe, die Industrie der Maschinen und Apparate und die Textilindustrie (je über 60 000 Arbeiter) sowie die Bekleidungsindustrie an erster Stelle, denen die Nahrungsmittelindustrie und Metallverarbeitung (rund je 50 000) folgen. Unter den einzelnen Industriezweigen standen nach den statistischen Erhebungen von 1907 die Möbeltischlerei mit 15 463 Personen, die Strickerei und Wirkerei (einschließlich Trikotwarenindustrie) mit einer Arbeiterschaft von 15 149, die Baumwollweberei mit 9775, die Baumwollspinnerei mit 8795, die Uhrenindustrie mit 7484 und die Gold-, Silber- und Bijouteriewarenfabrikation mit 7191 Arbeitskräften an der Spitze, denen die Verarbeitung unedler Metalle (7100), das Buchbindereigewerbe (4796), die Papier- und Pappenfabrikation (4457) und Gerberei (3373) in der Arbeiterzahl folgten, während unter den obengenannten „führenden“ Spezialzweigen die Kraftfahrzeugfabrikation mit einer Arbeiterschaft von 3020, die Schußwaffenfabrikation mit 2700, die Zieh- und Mundharmonikaindustrie mit 2684, die Korsettindustrie mit 2628 Arbeitskräften viel weiter zurückstehen. Auch unter denjenigen württembergischen Industriezweigen, die Württemberg innerhalb der einschlägigen Gesamtbranche in Deutschland einen der „Hauptsitze“ sichern, hält keine der Arbeiterzahl nach den Vergleich mit den erstgenannten Großbranchengruppen aus. Beispielsweise bezifferte sich die Arbeiterschaft der Pianofortefabrikation im Jahr 1907 auf 2227, die Fabrikation von Firnissen, Lacken und Ölen auf 1871, von chirurgischen Instrumenten auf 1819. Andere in ganz Deutschland bekannte württem-

bergische Spezialzweige, wie die Fabrikation von Raffeesurrogaten, Feuerlöschapparaten usw., weisen noch heute einen verhältnismäßig kleinen Arbeiterstamm auf, da sie noch auf Einzelunternehmungen aufgebaut sind.

Charakteristisch für die schon angedeutete wenig günstige natürliche Produktionslage Württembergs ist auch, festzustellen, in welchen großen Reichsindustrien Württemberg nicht oder ganz unwesentlich vertreten ist: Nach den reichsstatistischen Ermittlungen von 1907 gehören hierzu aus den Rohstoff gewinnenden und Rohstoff verarbeitenden Industrien: die Gewinnung von Stein- und Braunkohle (im Reich über $\frac{1}{2}$ Million Arbeiter, in Württemberg keine), Eisenerzbergwerke (von rund 35 000 Arbeitern im Reich in Württemberg 45), Silber-, Blei- usw. Hütten (in Württemberg 1 % der einschlägigen deutschen Arbeiterschaft), die Porzellanfabrikation (in Württemberg 0,3 % der branchenzugehörigen deutschen Arbeiterschaft), Glaserzeugung usw., bezeichnenderweise auch die Herstellung von Eisen und Stahl (von 170 614 deutschen Arbeitern in Württemberg nur 375), die Herstellung von Schwarz- und Weißblech (von 22 075 nur 55 Arbeiter); aus den Textilindustrien namentlich die Wollweberei (von 122 769 Gesamtarbeiterschaft nur 1282 Arbeiter, d. h. 1,04 % in Württemberg), unter den Verkehrsindustrien der Schiffsbau (von rund 50 000 Arbeitern nur 124, d. h. 0,25 %) usw. Nähere Begründung dieser bescheidenen Ziffern erübrigt sich nach den vorangegangenen Darlegungen.

Es geht somit auch aus dieser Untersuchung hervor, daß die Besonderheit und Bedeutung der württembergischen Industrie innerhalb Deutschlands als Industriestaat nicht in den großen „Standardindustrien“, wie der Baumwollspinnerei, Baumwollweberei und bestimmten Zweigen der Metallfabrikation, sondern daß sie ganz überwiegend auf dem Gebiete der „verarbeitenden Industrien“, insbesondere der Qualitäts- und Feinindustrie liegt. In kluger Abwägung des unter den gegebenen natürlichen Produktionsverhältnissen in Württemberg Erreichbaren, unterstützt durch die Geschicklichkeit und Intelligenz einer sorgfältig geschulten Arbeiterschaft, hat die württembergische Industrie das Schwergewicht ihrer Tätigkeit auf eine tunlichst weitgehende Veredlung und Werterhöhung des Arbeitsprodukts gelegt und damit nicht nur einen Ehrenplatz unter den deutschen Industrien errungen, sondern auch den Ruf der deutschen Arbeit und Ware als Qualitätsleistung im Ausland zu mehrten gewußt.

Daß damit nicht zuviel gesagt ist, erfährt jeder, der mit offenen Augen im Ausland reist. Unter den vielseitigsten Erfahrungen, auf die der Verfasser bei Reisen und Wanderungen in Österreich-Ungarn, Frankreich, Spanien, Italien, den skandinavischen Ländern usw. in dieser Beziehung hinweisen könnte, seien nur einige wenige hervorgehoben, die aus der bloßen zufälligen Beobachtung heraustreten: Auf einer dreiwöchigen industriellen Studienfahrt, die die amerikanischen Handelskammern den Teilnehmern am V. Internationalen Handelskongreß zu Boston 1912 boten, um ihnen durch

den Besuch der modernsten und angesehensten Industrie-Etablissements einen Einblick in die gegenwärtige Höhe der modernen amerikanischen Industrie zu gewähren, mußten bei Besichtigung der gewaltigen Maschinenanlagen des Niagarafalles die amerikanischen Ingenieure gestehen, daß die ersten und lange Zeit einzigen Turbinenanlagen, die den gewaltigen Druck der Wasserfälle tragen und in elektrische Kraft umsetzen konnten, aus — Heidenheim in Württemberg bezogen werden mußten. In der „Automobilstadt der Welt“, Detroit, in der durchschnittlich im Jahr 225 000 Automobile hergestellt werden, wurde bei Besichtigung der angesehensten Automobilfabrik mitgeteilt, daß sämtliche Automobilteile selbst hergestellt würden bis auf die magnetelektrischen Zünder, die wegen ihrer diffizilen Konstruktion und Herstellung „aus wirtschaftlichen und technischen Gründen“ einer arbeitsteiligen Sonderbehandlung bedürften und — aus Stuttgart bezogen würden. Zu den besten und vornehmsten Automobilen, die bei den Führungen in dieser Stadt der Automobile und auch sonst von reichen amerikanischen Gastgebern zur Verfügung gestellt wurden, gehörten immer, nach eigenen Zugeständnissen der Amerikaner, die Kraftfahrzeuge des bekannten Großunternehmens in Stuttgart-Untertürkheim, das sich noch kurz vor dem Kriege die ersten drei Preise im internationalen Grand-Prix-Rennen auf französischer Erde errang. In Newyork und Chicago fand man Spezialgeschäfte ausschließlich für württembergische Trikotwaren, in Spielwarengeschäften wurden die bekannten württembergischen Filzspielwaren als „Schlager“ ausgelegt und angeboten, in Damengeschäften die württembergischen Korsetten usw. In einer der größten Brauereien Newyorks fanden wir unter den mächtigen kupfergetriebenen Brauereimaschinen solche aus Feuerbach-Stuttgart. Und so ließen sich die Beispiele von jener industriellen Studienreise noch zahlreich vermehren. Sie sollen hier nur darauf hinweisen, was aus den Exportverzeichnissen und der Geschichte des deutschen Exports im einzelnen hervorgeht: daß die Erzeugnisse der württembergischen Industrie heute in alle Welt gehen und nicht zuletzt mit dazu beigetragen haben, die gewalttame „Kennzeichnung“ der Waren mit „made in Germany“ zu einer ehrenvollen Auszeichnung zu machen und den Kreis ihrer ständigen Abnehmer im Ausland ungeahnt zu steigern.

Zu den Exportgebieten der württembergischen Industrie gehören heute in erster Linie: England, Frankreich, Rußland, Österreich-Ungarn, die Vereinigten Staaten von Amerika, Italien, die Schweiz, die skandinavischen Länder (Dänemark, Schweden, Norwegen) und Holland, ferner die Türkei, Südamerika (besonders Brasilien und Argentinien), Mittelamerika (besonders Mexiko), die Balkanländer (Serbien, Bulgarien, Griechenland, Montenegro), Belgien, Spanien, Australien, Afrika, Indien, Japan.

Daß es diesen technisch vorzüglich entwickelten Industrien, die durch die starke Unterbindung des Exports und die Minderung des Absatzes von Luxus-

waren im Inland während des Kriegs an sich in ihrer Weiterarbeit besonders schwer gefährdet waren, in kurzer Zeit möglich sein werde, sich anderen kriegswirtschaftlichen Aufgaben zuzuwenden und — zum Teil unter Einstellung anderer Maschinen und mit Hilfe einer völlig veränderten Organisation der Betriebe — die Herstellung von Kriegsbedarfsartikeln neu aufzunehmen, war zu erwarten. Wo zuvor Luxusartikel aus Metall geformt wurden, da dreht man heute Granaten. Die Maschinenfabrikation ging teilweise zur Herstellung von Bünderteilen über, die Konfektion zur Fertigstellung von Näharbeiten für das Heer. Die chemische Industrie wandte sich in größtem Stile der Herstellung von Nahrungsmittelerersatzstoffen und zur Streckung knapper industrieller Rohstoffbestände der Herstellung industrieller Spar- und Ersatzmittel auf allen Gebieten zu. Die Fabrikation feiner Hölzer und Möbel widmete sich der Deckung der primitiven „Ausstattungsbedürfnisse“ des Schützengrabens, der Herstellung von Stielen für Handgranaten, von Granatkörben usw. Die Fabrikation feiner Sattlerwaren und Reiseeffekten arbeitet zurzeit zum überwiegenden Teil an der Herstellung von Riemen- und Lederzeugen für Infanterie, Kavallerie, Artillerie und von sonstigen militärischen Ausrüstungsgegenständen. In zahlreichen Betrieben der Textilindustrie verdrängen zurzeit die Zeltbahnen, Sandsackstoffe usw. die feineren Gewebe. Ganz hervorragend ist endlich auch der Anteil der württembergischen Industrie an der Lieferung von Kampfmitteln selbst. Daß mit Hunderttausenden von Gewehren aus Oberndorf die deutschen Soldaten ausgerüstet sind, daß zu Wasser wie zu Lande wie in der Luft Rottweil das Pulver, Feuerbach die zur Erzielung der furchtbaren Sprengwirkungen erforderlichen Säuren usw. liefert, daß die Kraft der ausgezeichneten Motore aus Untertürkheim unsere Flieger sicher in dem Luftkampf tragen und ihren guten Teil am Erfolg unserer neuen Waffen haben, davon wissen unsere Soldaten zu erzählen! Ebenso wären hier die Feldküchen aus Ulm zu nennen, die unsere Feldgrauen vortrefflich versorgen. In aller Mund aber, vom jüngsten Schulbuben an bis zur obersten Heeresleitung, sind die Fahrten und Leistungen des jüngsten großen schwäbischen „Fabrikats“: der Zeppelinkreuzer aus Friedrichshafen. Sie, die vorerst allein vermögen, den Krieg ins Land des größten Feindes selbst zu tragen, erzählen in ihrer allen Deutschen gegenwärtigen Entstehungsgeschichte in einem geschlossenen Bild besonders eindrucksvoll von schwäbischem Erfindergeist, von der unzerbrechlichen Energie, die den als richtig erkannten Weg auch bei noch so großen Schwierigkeiten nicht verläßt und keine Hindernisse anerkennt, und die darum zuletzt auch den Erfolg fest in der Hand behält! Wahrlich, diese Industrie erfüllte in sich des großen Schwaben Rat:

„Wer etwas Tüchtiges leisten will,
Hätt' gern was Großes geboren,
Der sammle still und unerschlaft
Im kleinsten Punkte die höchste Kraft.“

(Schiller.)

III. Wirtschaftscharakter, örtliche Verteilung und soziale Gliederung von Industrie und Gewerbe in Württemberg

a) Allgemeiner Betriebscharakter, Betriebsgröße, technische Ausrüstung, Unternehmungsformen und Steuerkraft in Industrie und Gewerbe

Nach den vorangegangenen allgemeineren Hinweisen auf das, was Württembergs Industrie und Handel heute in Deutschland und in der Welt bedeuten, erscheint es notwendig, sich nun auch von Betriebscharakter, Gliederung und örtlicher Verteilung von Industrie und Gewerbe des Landes im besonderen ein Bild zu machen, um deren Bedeutung für Württemberg in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung näher kennen zu lernen. Hierüber gibt die Gewerbestatistik, die neben den Gewerbebetrieben im engeren Sinne auch die Verkehrsgewerbe umfaßt,*) vielseitigen Aufschluß. Sie zeigt im einzelnen, daß die im einleitenden Abschnitt dargelegten allgemeinen neueren Entwicklungstendenzen auch nach den großen grundsätzlichen Umwälzungen seit Mitte des vorigen Jahrhunderts in den letzten Jahrzehnten weiterwirkten und die Neuorganisation organisch weiterbildeten.

In welcher Richtung sich diese Weiterbildung vollzog, das geht in eindeutiger Weise schon aus der Zählung der gewerblichen Haupt- und Nebenbetriebe (unter welch letzteren man begrifflich solche Betriebe versteht, in denen keine Person ihren Hauptberuf oder alleinigen Erwerb findet) hervor: Die Zahl der Hauptbetriebe innerhalb der drei gewerblichen Hauptgruppen (A. Kunst- und Handelsgärtnerei, nichtlandwirtschaftliche Tierzucht und Fischerei; B. Industrie und Kleingewerbe; C. Handel und Verkehr) ist schon während des 25jährigen Zeitraums von 1882—1895—1907 von 143 983 auf 139 863 und weiter bis auf 135 319 zurückgegangen, wobei — und dies ist von besonderer Bedeutung — gleichzeitig die Zahl der in ihnen tätigen Personen von 295 216 auf 388 257 und bis auf 517 813 stieg. Wie tiefgreifend dieser Konzentrationsprozeß gerade im Gewerbe im engeren Sinne (in Industrie, Hausgewerbe und Handwerk, die sich mit der Be- und Verarbeitung von Rohstoffen beschäftigen) ist, erkennt man erst ganz bei gesonderter Zählung der Hauptbetriebe in dieser Gruppe (B). Während nämlich innerhalb der Jahre 1882—1895—1907 in Gärtnerei, nichtlandwirtschaftlicher Tierzucht

*) Die „Gewerbestatistik“, die den Begriff „Gewerbe“ in viel engerem Sinne nimmt als die Berufsstatistik mit deren allgemeiner Unterscheidung zwischen Landwirtschaft und Forstwirtschaft einerseits und Industrie und Gewerbe andererseits, umfaßt im Anschluß, aber ohne Bindung an die Reichs-Gewerbeordnung auch die ganze anorganische Urproduktion (Bergbau usw.), ferner Apothekerbetriebe, Theater usw., weiterhin aber auch die einen „Gewerbebetrieb“ darstellende Kunst- und Handelsgärtnerei, nichtlandwirtschaftliche Tierzüchterei und Fischerei, läßt andererseits aber unter „Handel und Verkehr“ das ganze öffentlich-rechtliche Transportwesen (Staatseisenbahnen, Posten, Telegraphen, Telephon), als außerhalb der Rechtsnormen der Gewerbeordnung stehend, außer Betracht.

und Fischerei (A) die Zahl der Hauptbetriebe von 650 über 1004 bis auf 1237 zunahm und ebenso die Zahl der Betriebe in Handel und Verkehr (C) von 23 515 über 35 578 auf 42 611 stieg, während somit — was bei dem raschen Wachstum der Bevölkerung ohne weiteres erklärlich ist — die der landwirtschaftlichen Erzeugung nahen Gewerbezweige und die Handel und Verkehr dienenden Betriebe der Gründung weiterer Existenzen günstig sind, sank die Summe der Hauptbetriebe bei Industrie und Kleingewerbe von 119 818 im Jahre 1882 in scharfer Kurve über 103 281 (1895) auf 91 471 im Jahre 1907. Das läßt um so mehr denken, als die Zahl der in diesen Hauptbetrieben beschäftigten Personen sich im gleichen Zeitraum beträchtlich vermehrte, nämlich von rund 253 700 über 315 600 bis auf 416 500, und als weiterhin von dem allgemeinen Bevölkerungszuwachs in Württemberg von 267 348 Menschen in der Zeit von 1895—1907 allein auf Betriebe von Industrie und Gewerbe (Gruppe B) über 100 000 arbeitsfähige Personen kamen. Daß sich hierin eine schwerwiegende, im letzten Jahrzehnt noch verstärkte sozialpolitische Umschichtung ankündigt, läßt sich nicht verkennen. Mit der ständig steigenden Zahl gewerbetätiger Personen hat die Zahl der Betriebe, die dem Besitzer einen Haupterwerb oder Alleinerwerb gewähren, nicht nur nicht Schritt halten können, beide Ziffern stehen vielmehr in umgekehrter Entwicklung. Mit anderen Worten: die Zahl der von einem Betrieb abhängigen Personen wächst; die schwächeren selbständigen Existenzen im Gewerbe gehen zugunsten der lebensfähigeren, an Kraft und Ausdehnung hierdurch wachsenden Unternehmungen zurück.

In gleicher Richtung bewegt sich die Entwicklung der „Nebenbetriebe“. Während jener 25 Jahre sind die Nebenbetriebe, die nach der Natur der Verhältnisse häufig in Wirklichkeit „Nebengewerbe“ darstellen, von 40 132 auf 36 328 und weiterhin bis auf 34 919 zurückgegangen. Nur in bestimmten Gruppen, nämlich im Handel und Verkehrsgewerbe, auch in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie hat eine Zunahme der „Nebenbetriebe“ stattgefunden; die Zusammenballungen der Menschen in den größeren Städten bieten eben, wie schon die tägliche Beobachtung lehrt, mehr noch als zur Gründung selbständiger Existenzen Gelegenheit zum Nebenerwerb. So ist z. B. zu erinnern an die Eröffnung von Verkaufsständen für Obst, Gemüse, von kleinen Läden für Schokolade, Bonbons, von Näh- und Pukstuben durch Familienangehörige hauptberuflich anderweit beschäftigter Personen oder durch diese selbst. Zieht man diese besonderen Nebenerwerbsgruppen ab, so tritt in der Senkung von 27 818 über 23 558 auf 18 344 gewerblichen Nebenbetrieben die angedeutete Grundtendenz zur Betriebskonzentration noch viel deutlicher in die Erscheinung. In denjenigen Gewerbezweigen im engeren Sinne, die durch den großen Umwandlungsprozeß seit den 1850er Jahren auf eine neuzeitliche maschinelle Grundlage gestellt wurden — so insbesondere die Textilindustrie, die im Jahre 1882 noch 5571 (1895: 3193), im Jahre 1907 aber nur noch 850 Nebenbetriebe aufwies —, ist dieses Absterben der

kleinen, auf die Dauer wirtschaftlich unlohnenden Nebenbetriebe (z. B. der Handweber) naturgemäß am auffallendsten. Volkswirtschaftlich spielt dieser Vorgang indes nicht annähernd die Rolle wie der vorerwähnte starke Rückgang in der Zahl der Hauptbetriebe von Industrie und Gewerbe.

Unmittelbarer tritt die allmähliche Konzentration der Gewerbebetriebe bei vergleichenden Ermittlungen über die in Württemberg vorherrschenden Betriebsgrößen zutage. Die statistischen Beobachtungen der „durchschnittlichen Betriebsgrößen“ nach Maßgabe der „durchschnittlich“ in den Betrieben beschäftigten Personen können hierfür allerdings keinen allgemeinen Anhaltspunkt geben, weil bei solcher Durchschnittsberechnung die Arbeiter-schaft von Zwerg- und Riesenbetrieben, Fabrikunternehmungen und Klein-handwerklichen Betrieben der verschiedenen „Branchen“ summiert wird.

Mit größerer Anschaulichkeit tritt die neuere Entwicklung zu großgewerblichen Betriebsformen innerhalb von Industrie und Gewerbe Württembergs in die Erscheinung, wenn man einmal die Entwicklung des zahlenmäßigen Verhältnisses zwischen Klein-, Mittel- und Großbetrieben betrachtet. Danach entfielen von sämtlichen zum Gewerbe im engeren Sinne (B) gehörigen Personen auf

	Kleinbetriebe (bis 5 Personen)	Mittelbetriebe (6—20 Personen)	Großbetriebe (21 u. mehr Pers.)
1895:	49,3 % (R 39,6)	12 % (R 13,6)	38,7 % (R 46,5)
1907:	33,6 % (R 29,5)	13 % (R 13,4)	53,4 % (R 57,1)

Die Zahl der „Kleinbetriebe“, die im Jahre 1895 noch fast die Hälfte aller Gewerbeunternehmungen in Württemberg bildeten, ist danach schon in 12 Jahren auf ein Drittel gesunken und gleichzeitig in ähnlichem Verhältnis die Zahl der „Großbetriebe“ um ebensoviel gestiegen, während die Zahl der mittleren Betriebe nahezu konstant blieb. Es kann somit keinem Zweifel unterliegen, daß sich in Württemberg bereits bis 1907 eine ausgesprochene Entwicklung aus einfacheren gewerblichen Verhältnissen zu einer tatsächlichen „Industrialisierung“ vollzogen hat, die inzwischen weitere sehr beträchtliche Fortschritte gemacht hat. Das Reich (R) zeigt übrigens im Vergleiche zu Württemberg — wie im einleitenden Abschnitt bereits in anderem Zusammenhang dargelegt wurde und hier nur bestätigt wird — schon im Jahre 1895 eine fortgeschrittenere Entwicklung zum industriellen Großbetrieb, die sich in der Folge noch weiter zuungunsten der kleingewerblichen Beschäftigung bewegte, während die mittleren Betriebe ihren prozentualen Bestand auch hier behaupteten.

Von „industriellen Großbetrieben“ wird man natürlich erst bei Vorhandensein einer größeren Arbeiter- und Angestelltenzahl (mindestens 50) sprechen, wobei natürlich auch die technische Ausstattung der Betriebe mit Motoren und Maschinen, die Größe der Betriebsräume usw. für die Erfüllung dieses

Begriffs eine gewisse Rolle spielt, während man von „Großindustrie“ erst reden kann, wenn die ausgesprochene Mehrzahl aller Betriebe einer Branche einen solchen großbetrieblichen Charakter trägt. Von diesen Gesichtspunkten aus und unter Zugrundelegung jener vorwiegenden Mindestgröße waren als „württembergische Großindustrien“ bereits im Jahre 1907 anzusehen die Gewerbegruppen: Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate, die chemische Industrie mit der Sondergruppe der Leuchtstoffe, Fette, Seifen, Öle und Firnisse; ferner die Textilindustrie und Papierindustrie, die beide schon im Jahre 1895 einen ausgesprochenen großindustriellen Charakter trugen. Dem großindustriellen Charakter näherten sich schon 1907 weiterhin die Industrien der Steine und Erden, die Lederindustrie, das Baugewerbe und polygraphische Gewerbe, in denen damals noch die Größenklasse von 11—50 Personen vorherrschte. Nach der Gewerbestatistik von 1907 überwog in der Metallindustrie und der Industrie der Leuchtstoffe, Fette, Öle, Seifen usw. die Größenklasse von 51—200 Arbeitern, hingegen hatte in der Maschinenindustrie, der chemischen Industrie, Textilindustrie und Papierindustrie die Größenklasse von 201 bis 1000 Arbeitern das Übergewicht. Auch an „Riesenbetrieben“, wenn man damit Betriebe mit über 1000 Personen bezeichnet, fehlt es dem heutigen Württemberg nicht. Während bei den gewerbestatistischen Erhebungen von 1882 noch kein einziges derart umfangreiches Unternehmen gezählt wurde und im Jahre 1895 erst deren 6 bestanden, hatte sich ihre Zahl bereits bis 1907 auf 14 gehoben, von denen bezeichnenderweise die Hälfte (mit mehr als der Hälfte der in diesen Betrieben beschäftigten 23 996 Personen) auf die Gewerbegruppe der Maschinen, Instrumente und Apparate, also eine erst durch die technischen Umwälzungen seit Mitte des vorigen Jahrhunderts geschaffene „moderne“ Industrie entfiel. Heute ist — wenn man die vorübergehenden beträchtlichen Verschiebungen außer Betracht läßt, die der Krieg mit seinen weitgehenden militärischen Einberufungen von Arbeitskräften, wie andererseits auch mit der zeitweiligen Anschwellung der Arbeiterzahl in einzelnen kriegswirtschaftlich besonders herangezogenen Unternehmen brachte — die Zahl dieser Riesenbetriebe auf mehr als das Doppelte gestiegen. Allein 10 davon entfallen auf Groß-Stuttgart mit Umgebung.

Weitaus die mächtigsten, aber nicht unter das privatwirtschaftliche Gewerbe und die Reichsgewerbeordnung fallende Betriebe sind die des Staates auf dem Gebiete der Eisenbahn und der Post, einschließlich Telephon und Telegraphen. Früher waren Eisenbahn wie auch Post in den deutschen Bundesstaaten große Erwerbsgebiete, während heute nur noch ein sehr bescheidener Rest von „Privateisenbahnen“ auf kapitalistischer Grundlage als „Gewerbe“ (auch in Württemberg noch) betrieben wird. Das Personal dieser beiden fiskalischen Riesenbetriebe in Württemberg wuchs seit dem Jahre 1882 von rund 8000 über 12 000 (1895) auf 19 500 (1907). Auch hier hat sich

der „Betrieb“ inzwischen erheblich bei Eisenbahn und Post vergrößert. Vor Ausbruch des Krieges zählte allein das im Eisenbahndienst beschäftigte Personal über 23 000 Personen (ohne die beim Eisenbahnbau verwendeten Arbeiter privater Unternehmer, die mehr als 5000 Personen zählten).

Zu den sonstigen nicht privatwirtschaftlichen Großbetrieben gehören ferner auch die in den letzten beiden Jahrzehnten sich außerordentlich entwickelnden Kommunalbetriebe der Städte und größeren Gemeindeverbände (Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Hoch- und Tiefbauämter, Straßenbahnen, chemische Laboratorien, Gemeindeforstverwaltungen und -gärtnereien usw.), die indes hier ebenfalls aus diesen Darlegungen ausscheiden.

Ungeachtet dieser entschiedenen großgewerblichen Entwicklung in Württemberg wäre es durchaus unzutreffend, von einem angeblich unaufhaltamen Niedergang des einheimischen Handwerks und Kleingewerbes zu sprechen. Zu solchem Pessimismus, der die Kleingewerbe- und Handwerkerkreise lange Jahre beherrschte und auch heute noch zahlreiche Vertreter findet, liegt nach der Gesamtlage des Kleingewerbes und dem verschiedenartigen Aufgabengkreis von Industrie und Kleingewerbe kein Anlaß vor. Mit der Pflege und Vertiefung seiner wichtigsten Aufgabe, der Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses, wird das Handwerk nicht nur in sich selbst den stärksten Rückhalt finden, sondern sich zugleich auch seinen selbständigen Platz in der gewerblichen Gesamtorganisation neben der Industrie sichern. Wie das Handwerk der Industrie und dem gewerblichen Leben überhaupt durch Einführung sorgfältig ausgebildeter Arbeitskräfte unmittelbar wertvolle Dienste von allgemeiner Bedeutung leistet, so empfängt es seinerseits von der Industrie neue Arbeitsgebiete und Verdienstgelegenheiten wie auch wertvolle arbeitsorganisatorische Anregungen. Ihm bleibt ferner zu einem guten Teil die lokale und vorwiegend individuelle Bedarfsdeckung, mehr aber noch das weite Arbeitsgebiet persönlicher qualifizierter Dienstleistungen. In technischer Beziehung ist es durch die allmähliche, regierungsseitig unterstützte Ausrüstung mit Hand- und Werkzeugmaschinen und motorischer Kraft, in organisatorischer Beziehung durch die sich die Vorteile des Großbetriebs und Großbezugs sichernde Bildung von Genossenschaften zum gemeinschaftlichen Ankauf von Roh- und Hilfsmaterial, durch Gründung von Werkgemeinschaften, ferner auch durch gemeinschaftliche Übernahme von Lieferungen usw. wesentlich gestärkt und „modernisiert“ worden, so daß es, gestützt auf ein weitverzweigtes mittelständisches Kreditwesen, heute auf dem besten Wege erscheint, seine wirtschaftliche Selbständigkeit neben der Industrie neu zu festigen. Hierüber wird von anderer Seite in einem besonderen Abschnitt zu berichten sein. An dieser Stelle genügt es, im Zusammenhang mit den vorgenannten Ausführungen festzustellen, daß das geschilderte Vordringen des großgewerblichen Betriebs keineswegs identisch ist mit einer dauernden Verdrängung oder gar Vernichtung des kleingewerblichen Betriebs.

Aus den gewerbestatistischen Erhebungen von 1907 ergibt sich denn auch, daß die Klein- und Mittelbetriebe sich innerhalb vieler Branchen nicht nur in ihrer Zahl annähernd behaupteten, sondern zusammengenommen sogar in einer Reihe von Gewerbebezweigen noch vermehrten. Solche Zunahme weisen unter den der Industrie näherliegenden Handwerken auf: Flaschner, Installateure, Schlosser, Sattler, Tapeziere, Schreiner, Glaser, Stukkateure, Maler, mehrere Arten von Kunstgewerbetreibenden; aus dem Nahrungsmittelgewerbe: Bäcker, Konditoren, Fleischer, Barbier usw., ferner auch die für die steigenden Stadtbedürfnisse arbeitenden Kunst- und Handelsgärtner usw.

Für die Beurteilung des Betriebscharakters, der Leistungsfähigkeit der einzelnen gewerblichen Betriebe und für die Bewertung der gesamten Gewerbetraft Württembergs bildet die innere organisatorisch-technische Ausrüstung einen wichtigen Maßstab. Hier lassen sich zahlenmäßige Angaben durch Ermittlungen über die Verwendung von Arbeitsmaschinen und Motoren und die damit gewonnenen mechanischen Kräfte beibringen, die für die Gestaltung der Betriebe so entscheidend sind, daß von ihnen auch auf die übrige betriebliche Arbeitsorganisation geschlossen werden kann.

Die Zahl der Betriebe mit motorischer Kraft hob sich im Gesamtgewerbe, einschließlich Handel und Verkehr, in den Jahren 1882—1895 von 4605 auf 6663, also um annähernd die Hälfte, von da bis 1907 aber in raschem Wachstum auf 12 744, also um fast das Doppelte, bildete aber auch dann noch erst 9,4 % aller gewerblichen Hauptbetriebe des Landes. Davon entfielen indes auf Industrie und Kleingewerbe allein 10 980 Motorhauptbetriebe, und unter ihnen fast alle größeren gewerblichen Betriebe. Da allein diese letzteren (s. oben) die größere Hälfte aller gewerblichen Arbeitskräfte umfassen, so folgt daraus zunächst im allgemeinen, daß schon 1907 der größere Teil der in Industrie und Kleingewerbe tätigen Personen in motorisch ausgerüsteten Betrieben beschäftigt war. In außerordentlich verstärktem Maße gilt das infolge der außerordentlichen „Intensivierung“ des Betriebs im letzten Jahrzehnt für die Jetztzeit. Näheren Aufschluß gibt die Verteilung der Motorbetriebe auf die verschiedenen Betriebsgrößtenklassen. Es entfielen auf

Größtenklassen	Gewerbe, einschl. Handel und Verkehr		Industrie und Kleingewerbe im besondern (B)	
	Zahl der Betriebe	Motoren- betriebe	Zahl der Betriebe	Motoren- betriebe
über 1000 Personen	14	14	13	13
201—1000 „	226	220	215	210
51—200 „	984	824	919	785
11—50 „	3911	2056	3160	1881
6—10 „	5374	1706	3845	1566
4 und 5 „	8322	1777	6084	1636
bis 3 Personen	109 151	4282	75 111	4032

Zunächst bestätigt die Übersicht, daß die weitaus größte Zahl der gesamten Motorbetriebe auf die Gewerbebetriebe im engeren Sinne des Wortes fallen, weiterhin aber auch, daß sämtliche Riesenbetriebe und die ganz überwiegende Mehrzahl der „großgewerblichen“ Betriebe (mit über 50 Arbeitskräften) mit Motoren ausgerüstet sind, während mit jeder Minderung der durchschnittlichen Betriebsgrößen der Anteil an der motorischen Ausrüstung fällt. Immerhin wies schon 1907 selbst bei Gewerbebezweigen mit einer vorwiegenden Betriebsgröße von nur 6—10 Personen annähernd die Hälfte der Betriebe, bei den Betrieben von 4—5 Personen noch über ein Viertel der Betriebe motorische Kraft auf. Diese in den folgenden Jahren noch ganz wesentlich ausgebaut ausgezeichnete organisatorisch-technische Gesamtleistung, die bei den wenig günstigen natürlichen Produktionsfaktoren des Landes doppelt wichtig ist, gewährt dem einheimischen Gewerbesleiß eine bedeutende Stütze im erschwerten Konkurrenzkampf.

Noch rascher als die Zahl der Motorenhauptbetriebe wuchs in dem gleichen Zeitraum die Summe der in den Gewerbebetrieben, insbesondere in den industriellen Motoranlagen erzeugten mechanischen Kräfte. Sie stieg von rund 65 000 (1882) auf 104 000 (1895) bis rund 229 000 Pferdestärken im Jahre 1907. An mechanischen Naturkräften zählte man in Württemberg im Jahre 1882 erst 200 000 Pferdestärken, von denen 65 000 gewerbestatistisch nachgewiesen waren; 1895 waren es bereits 354 000 und 1907 nicht weniger als 600 000 Pferdestärken, von denen 104 000 (1895) bzw. 229 000 (1907) gewerbestatistisch nachgewiesen wurden. Unter den einzelnen württembergischen Industriezweigen standen 1907 die Textilindustrie mit 36 024 Pferdestärken (in 279 Betrieben), die Maschinenindustrie mit 28 741 Pferdestärken (in 246 Betrieben), die Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit 18 672 Pferdestärken (in 600 Betrieben), die Industrie der Steine und Erden mit 14 843 Pferdestärken (in 185 Betrieben) weitaus an der Spitze der mit Dampfmotoren arbeitenden Betriebe, denen die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, die Papierindustrie, die Metallverarbeitung, die Lederindustrie, die chemische Industrie usw. in weiterem Abstand folgten. Den größten Kraftzuwachs seit den 1870er Jahren hat wiederum die Maschinen- und Metallverarbeitungsindustrie (über das 25fache) erfahren; doch war auch die Zunahme in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, in der Textilindustrie (das 9fache) sehr beträchtlich. Während sich die menschlichen Arbeitskräfte in Württemberg noch nicht verdoppelten, haben sich die mechanisch erzeugten mehr als verdreifacht!

In ähnlicher Weise ließe sich auch durch eine zahlenmäßige Übersicht über das Anwachsen der Dampfkessel in den einzelnen Industriezweigen und innerhalb der einzelnen industriellen Betriebe — unter denen viele mehr als 10, ja 20—30 und mehr Dampfkessel aufweisen — die Konzentration der industriellen Arbeit und die Großbetriebsbildung nachweisen und die reiche technische Ausrüstung der württembergischen Industrie näher beleuchten.

Sehr verschiedenartig ist natürlich die jeweils gewählte und angewendete Art der Motore, Arbeitsmaschinen und Apparate. Hierüber sind für die einzelnen Gewerbezweige sehr umfangreiche statistische Aufnahmen gemacht worden, aus denen hier nur hervorgehoben sei, daß neben Dampfmotoren der verschiedensten Systeme auch Motore mit elektrischer Kraft, Gas, Spiritus, Petroleum, Öl, Benzin, Äther, Heiß- und Druckluft in weitem Umfang Verwendung finden. Bei den ständigen technischen Neuerungen auf diesen Gebieten beginnen sich erst allmählich bestimmte Typen fester herauszuheben. In den kleineren Plätzen und auf dem Lande wurden dank der stärkeren Ausbreitung der Überlandzentralen während des letzten Jahrzehnts auch die Kleinbetriebe zu einer weitgehenden Verwertung namentlich der elektrischen Kraft unter Einstellung kleiner elektrischer Arbeitsmaschinen angeregt. Die Motorenbenutzung findet sich im wesentlichen bei der Industrie und beim Kleingewerbe, während Handel und Verkehr sich vorwiegend auf die Inanspruchnahme von elektrischer Kraft beschränken.

Es ist ohne weiteres verständlich, daß bei der hier angedeuteten zunehmenden Konzentration der Gewerbebetriebe auch deren Rechts- und Unternehmerform nicht unberührt bleiben konnte. Wenn es auch bei der weitgehenden Spezialisierung des einheimischen gewerblichen Lebens und dem Zurücktreten der eigentlichen „Massenware“ weitaus der Mehrzahl der Unternehmer möglich geblieben ist, ihre Betriebe als Eigenunternehmungen weiterzuführen, so nötigten doch schon die zunehmenden Anforderungen an eine neuzeitliche technische Ausrüstung der Betriebe, die mit der Ausdehnung des Geschäftsradius wachsenden Kapitalanforderungen und Unkosten zu einer ständigen Ausdehnung der Kapitalbasis für das einzelne Unternehmen. Hierzu boten die verschiedenen Gesellschaftsformen die handelsrechtliche Grundlage. Von den einfacheren Rechtsformen der „offenen Handelsgesellschaft“, die vielfach zwischen nahestehenden Geschäftsfreunden eine bleibende Interessen- und Arbeitsgemeinschaft knüpft, bis zur rein kapitalistischen Gesellschaftsform der Aktiengesellschaft hat denn auch in Württemberg die Zahl der Gesellschaftsfirmen, noch mehr aber — was von entscheidender Bedeutung ist — die Zahl der in solchen Unternehmungen tätigen Personen eine Zunahme erfahren. Insbesondere gilt das natürlich von denjenigen Industriezweigen, die, wie die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate, eine Schaffung des modernen Maschinenzeitalters sind oder die, wie die Textilindustrie, Metallverarbeitung, Papierindustrie, chemische Industrie usw., durch die tiefgreifenden neuzeitlichen technischen wie organisatorischen Neuerungen auf eine ganz neue Grundlage gestellt wurden. Den kleineren Unternehmungen kam die aus den neuzeitlichen Erwerbsverhältnissen heraus geborene moderne Rechtsform der „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“, den größeren Unternehmungen insbesondere die Rechtsform der „Kommanditgesellschaft“ und „Aktiengesell-

schaft“ zur Beschaffung der erforderlichen Kapitalien wie zur Minderung des finanziellen Risikos für den Einzelnen zu Hilfe. Den erhöhten Kapitalbedürfnissen des Kleingewerbes und Handwerks diente in erster Linie die Rechtsform der Genossenschaft. Die nachfolgende Übersicht läßt diese neuere Entwicklung für die Zeit von 1895 bis 1907 wenigstens für die wichtigsten Unternehmungsformen des gewerblichen Lebens im einzelnen erkennen:

Unternehmungsform	14. Juni 1895		12. Juni 1907	
	Zahl der Betriebe	Beschäftigte Personen	Zahl der Betriebe	Beschäftigte Personen
Einzelinhaber	57 871	221 093	67 108	275 518
Mehrere Gesellschafter	2 003	62 231	3 050	98 220
Kommanditgesellschaften	25	2 221	82	4 926
Aktiengesellschaften	148	20 842	253	43 279
Gesellschaften m. b. H.	11	683	240	18 105
Eingetragene Genossenschaften . .	115	464	482	2 005

Während sonach die Zahl der in den gewerblichen Betrieben von Einzelinhabern beschäftigten Personen sich ruhig und ungefähr im gleichen Verhältnis zur Zahl der Betriebe hob, schnellte die Zahl der hier genannten gesellschaftlich geleiteten Betriebe und der in ihnen beschäftigten Personen während der genannten zwölf Jahre ungemein rasch empor: die Betriebe von 2302 auf 4107, die Personenzahl von 86 441 auf 166 535! Bei den Kommandit- und Aktiengesellschaften erhöhte sich hierbei die Angestellten- und Arbeiterzahl auf mehr als das Doppelte, bei den Gesellschaften m. b. H. auf das 26fache!

Gleichwohl stellt sich das prozentuale Verhältnis zwischen dem Personenstand der Betriebe von Einzelinhabern und Gesellschaften noch immer zugunsten der ersteren. Im Gesamtgewerbe (also einschließlich Handel und Verkehr) entfielen nämlich in den Jahren 1882, 1895 und 1907 auf die Einzelinhaber noch 72,5 %, 69,5 % und 59,4 % des gesamten Betriebspersonals, auf die mehreren Gesellschaften angehörenden Betriebe 19,1 %, 19,6 % und 21,2 % und auf sonstige verschiedene Arten von Betrieben 8,4 %, 10,9 % und 19,4 % des gesamten in Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr angestellten Personals. Dieses Bild verschob sich indes für Industrie und Kleingewerbe, also für das Gewerbe im engeren Sinne, schon bis zum Jahre 1907 nicht wesentlich. Prozentual entfielen nämlich nach den statistischen Erhebungen dieses Jahres auf:

	Betriebe	Personen
Einzelinhaber	92,1 %	55,5 %
Mehrere Gesellschafter	4,8 „	23,7 „
Kommandit- und Aktiengesellschaften .	0,5 „	11,7 „
Gesellschaften m. b. H.	0,3 „	4,6 „
Alle übrigen	2,3 „	4,5 „

Zwar auch hier noch ein ganz überwiegendes Vorherrschen des Einzelinhaberbetriebs, dagegen bei den Gesellschaftsfirmen — in noch nicht dem zehnten Teil aller Betriebe! — schon annähernd die gleiche Arbeiter- und Angestelltenzahl wie bei den Einzelinhaberunternehmungen. Besonders scharf tritt hierbei namentlich der weite Abstand zwischen Betriebszahl und Arbeiterzahl bei den kapitalistischen Kommandit- und Aktiengesellschaften und den Gesellschaften m. b. H. in die Erscheinung.

Aus der ganzen Natur des gewerblichen Betriebs erklärt sich, daß — im Gegensatz zur Landwirtschaft mit ihrer bleibenden Produktionsgrundlage — die Pachtform gegenüber der Selbstverwaltung in Industrie und Klein-gewerbe verschwindend klein ist; im Jahre 1907 standen 84 739 Eigentümern oder Mitinhabern von Gewerbebetrieben nur 540 Betriebsleiter auf Grund von Pachtverträgen (davon 403 allein in der Nahrungsmittelbranche) und 1246 „sonstige Betriebsleiter“ gegenüber.

Daß bei dieser kraftvollen Entfaltung auch die Steuerkraft von Industrie und Gewerbe sich außerordentlich heben mußte und daß die Steuerertragnisse aus diesen Erwerbszweigen heute für den Staat das finanzielle Rückgrat bilden, ist ohne weiteres verständlich. Nur wenige Zahlen mögen hierfür sprechen, denen wiederum als Vergleichsmaßstab die in Württemberg ja noch immer sehr erheblich vertretene Land- und Forstwirtschaft herangezogen wird. Die Einkommensgliederung der Haupterwerbsklassen wies nach den Einkommensteuerlisten von 1910 folgendes Bild über die der Einschätzung zugrunde gelegten Reinerträge aus verbendem Vermögen (einschließlich Selbstmiete) und Arbeit auf:

Erwerbsklasse	Zahl der eingeschätzten Angehörigen	Reinertrag aus verbendem Vermögen bzw. Arbeit	Darunter Arbeits- einkommen	Verbendes Vermögen aller Art
		Mill. Mark	Mill. Mark	Mill. Mark
Landwirte und Forstwirte	132 747	233,271	8,794	224,477
Gewerbetreibende	75 573	253,735	2,532	251,203
Angestellte und Arbeiter	416 775	553,725	509,348	44,377

Aus den Ziffern geht ohne weiteres hervor, daß heute Industrie und Gewerbe nicht nur für die Mehrheit der Erwerbstätigen in den großen Berufsgruppen die größte Einkommensquelle, sondern auch für den Staat das finanzielle Rückgrat bilden.

b) Örtliche Verteilung von Industrie und Gewerbe

In der Darstellung von Wesen und Bedeutung von Industrie und Handel für den wirtschaftlichen Aufbau des Landes ist ein Überblick über die örtliche Verteilung der Gewerbebezweige schon deshalb wünschenswert, ja kaum entbehrlich, weil die geschilderte Konzentrationsbewegung innerhalb der Gewerbe auch für die Zusammensetzung und Bewegung der Bevölkerung

im ganzen Land, damit aber überhaupt für die wirtschaftliche Struktur der einzelnen Landesbezirke im allgemeinen und die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung im besonderen von sehr wesentlicher Bedeutung ist. Allein schon die oben erwähnte Tatsache, daß von dem bei der letzten Berufszählung sich ergebenden Bevölkerungszuwachs von 267 000 Menschen rund 100 000 auf Industrie und Gewerbe entfielen, läßt auf den unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Verteilung der Gesamtbevölkerung über das Land und der Verteilung der industriellen Siedlungen hinweisen. In der Tat ziehen, wie die nähere Betrachtung lehrt, die bestehenden größeren Industrieplätze des Landes gleich dem Gesetz von der Anziehung der Massen immer mehr Kräfte an sich. Andererseits hielt teilweise die württembergische Industrie dort, wo sie kleinere Plätze oder das Land aufsuchte, zahlreiche sonst den größeren Städten zustrebende Elemente zurück und trug insofern auch zu einer gleichmäßigeren Verteilung der Bevölkerung bei; dies letztere aber in freilich sehr viel geringerem Grade. Von der Gesamtbevölkerung Württembergs hielten sich im Jahre 1895 noch insgesamt 1,226 Millionen Menschen auf dem Lande und nur 0,844 Millionen, also nicht viel mehr als ein Drittel der Bevölkerung, in Städten (bzw. in Gemeinden von 2000 und mehr Einwohnern) auf. Im Jahre 1907 aber verteilte sich die Bevölkerung auf Land und Städte bereits mit 1,215 Millionen: 1,122 Millionen Menschen standen also annähernd im gleichen Größenverhältnis zueinander. Industrie, Handel und Verkehr wiesen dabei folgende örtliche Veränderungen auf:

	Land		Stadt	
	1895	1907	1895	1907
Industrie und Kleingewerbe .	127 837	145 916	197 617	286 198
Handel, Verkehr	19 646	23 047	50 728	77 062
Demgegenüber Land- und Forstwirtschaft	374 093	429 939	63 161	76 122

Für die vielseitige und verhältnismäßig weite Verteilung von Industrie und Gewerbe auf das Land — die für Württemberg ein charakteristisches Moment bildet und in vieler Hinsicht als vorteilhaft für die Allgemeinheit bezeichnet werden darf — spricht die Tatsache, daß das landsässige Gewerbe trotz der industriellen Anziehungskraft der Städte auch weiterhin einen nicht unbedeutenden Personalzuwachs erfahren hat. Ungleich stärker freilich war das Wachstum der städtischen Industrie, die ihren Personalstand während jenes nur zwölfjährigen Zeitraums auf fast das Doppelte des Personals der landsässigen Industrie gebracht hat. Daß mit der zunehmenden „Verstadtung“ der Industrie für die städtischen Industrieplätze ein rascheres Anwachsen auch über die industriell verwerteten Arbeitskräfte

hinaus von selbst gegeben war, bedarf keiner weiteren Darlegung. Mit dem zur Stadt und Fabrik wandernden gewerblichen Arbeiter zieht auch seine Familie; die stärkere Anhäufung von Menschen bringt erfahrungsgemäß für Kleingewerbe, Handel und Verkehr neuen Nährboden und begünstigt die Begründung zahlreicher neuer selbständiger gewerblicher Existenzen und Nebenerwerbe. Diese Wechselwirkung wird durch das tatsächliche Wachstum bestehender größerer und das Emporkommen kleinerer Industrieplätze des Landes in vollem Umfang bestätigt. Es ist kein Zufall, daß schon unter den 1891 zu Beginn der Regierung König Wilhelms II. bestehenden zwölf württembergischen Gemeinden von je mindestens 10 000 Einwohnern (Stuttgart, Ulm, Heilbronn, Eßlingen, Cannstatt, Reutlingen, Ludwigsburg, Gmünd, Göppingen, Tübingen, Ravensburg und Tuttlingen) nahezu alle Sitz bestimmter größerer Industrien und eines erweiterten gewerblichen Lebens sind. Noch deutlicher läßt sich der Einfluß des gewerblichen Lebens auf die Bevölkerungsansammlung bei den bis 1916 inzwischen durch Bevölkerungswachstum neu hinzugekommenen Plätzen von über 10 000 Einwohnern erkennen: Heidenheim, Schwenningen, Geislingen, Feuerbach, Zuffenhausen, Ebingen, Alen, Schramberg, Bödingen (zu denen voraussichtlich noch Kirchheim u. T., Rottweil und Friedrichshafen getreten sind); jeder einzelne dieser Plätze trägt einen ausgesprochenen Industriecharakter und ist Sitz bekannter industrieller Spezialzweige. Die gleiche Beobachtung ließe sich auch bei denjenigen Gemeinden, die in raschem Wachstum während der letzten 25 Jahre den Städten mit 5—10 000 Einwohnern zuwuchsen, nachweisen.

Immerhin ist der zahlenmäßige Anteil der auf dem Lande und in kleinen Plätzen domizilierten Industrie in Württemberg auch heute noch erheblich, insbesondere auch im Vergleich zu Norddeutschland, wo für große bundesstaatliche Gebiete das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft sich so ungleichmäßig und einseitig gestaltet hat, daß ganze Landschaften von Industriestädten förmlich aufgesogen werden — so namentlich in Rheinland und Westfalen, wo Fabrikort an Fabrikort sich unmittelbar reiht und die mächtigen Stadtgebilde mit ihren Vorstädten so weit ausgreifen, daß sie sich berühren oder, wie Barmen und Elberfeld, gar ineinander wachsen —, und daß andererseits fast rein landwirtschaftliche Provinzen bestehen, in denen es an jeder industriellen und gewerblichen Betätigung fehlt.

Von beiden Extremen ist Württemberg glücklicherweise bisher verschont geblieben. Gleichwohl ist eine geographische Konzentration der Gewerbetätigkeit innerhalb des Landes nicht zu verkennen. Drei größere Gebiete bleiben fast rein landwirtschaftlich-kleingewerblich: das Hohenlohesche Land (Jagstkreis), das Gäu mit einem Teil des Schwarzwaldvorlandes und der größere Teil des Donaukreises südlich der Donau. In diesen gewerbearmen Gebieten bewahren die Städte durchschnittlich den Charakter mittlerer

Landstädte. Im übrigen aber verteilen sich, wie ein Blick auf die Karte lehrt, die Industriepläze in weitem Netze. Sie gehen den alten Verkehrsstraßen der Flüsse und Verbindungstäler, zum Teil auch — in wirtschaftlicher Ausnützung der kleinen, heute doppelt wertvollen Wasserkräfte — den Nebentälern nach, so daß von einer Neckartalindustrie am Unter-, Mittel- und Oberlauf des Neckars, von einer Rems-, Filstal-, Brenztal-, Donautal-, Erms-, Schaz-, Nagoldtalindustrie usw. gesprochen werden könnte. Für eine kleinere Gruppe — die wenigen hüttenmännischen Betriebe mit den ihnen angegliederten metallindustriellen Betrieben (Abtsgmünd, Friedrichstal, Königsbrunn, Ludwigstal, Wasseraalzingen und Wilhelmshütte) sowie die Salinen in Hall, Friedrichshall, Sulz, Wilhelmshall und Heilbronn — war die örtliche Ansiedlung an die Urproduktionsstätte von selbst gegeben. Andere mehr abseits der großen Verkehrsstraßen liegende neuzeitlich organisierte Industrien, wie die Uhrenindustrie im Schwarzwald, die Leinenindustrie auf der Alb, knüpften offensichtlich, trotzdem sich die Produktionsgrundlagen, selbst das Arbeitsmaterial (z. B. bei Uhren Metall statt Holz) usw. inzwischen geändert haben, an altgewerbliche Traditionen bestimmter Bezirke an und bauten auf dem noch erhalten gebliebenen wichtigsten Produktionsfaktor, dem gewerblich gerichteten Menschenmaterial, neue Industriezentren auf. Wieder andere, an die alte Hausindustrie anschließende Spezialzweige der Textilindustrie mußten in gleicher Abhängigkeit von diesem Produktionsfaktor und zu dessen Sicherung und Verbilligung den menschlichen Arbeitskräften bis auf die Dörfer nachgehen. Entweder wanderte die Arbeit mit kleinen Arbeitsmaschinen in die einzelnen Heimarbeitsstätten oder aber es entstanden selbst auf ganz entlegenen, an die Eisenbahnen nicht angeschlossenen kleinen Plätzen mit elektrischer Kraft betriebene Werkstätten, in denen Teilarbeiten in fabrikmäßiger Arbeitsteilung hergestellt werden.

Daß der hier angedeutete nahe Zusammenhang zwischen wichtigen Zweigen der württembergischen Industrie und dem Hausgewerbe, namentlich in der Textilindustrie, für die örtliche Verteilung der industriell tätigen Bevölkerung von weitgehender Bedeutung wird, ist offensichtlich. Diese Ausbreitung der gewerblichen Tätigkeit auf das Land wird durch die in Württemberg althergebrachte ausgedehnte hausgewerbliche Nebenbeschäftigung der landwirtschaftlichen Kreise wesentlich unterstützt. Es gibt heute auf dem Lande sowohl Nur-Hausgewerbetreibende, die im festen Arbeitsverhältnis zu industriellen Unternehmungen stehen, wie auch in Wechselarbeit stehende Existenzen, bei denen sich die Familienglieder in landwirtschaftliche Arbeit und Heimarbeit teilen, endlich auch saisonartig in ihrer Hauptbeschäftigung wechselnde Existenzen, bei denen im Sommer die bäuerliche Tätigkeit, im Winter die Heimarbeit für alle Hausgenossen vorherrscht. Die ursprünglichen Zusammenhänge zwischen Industrie und Gewerbe zeigen sich auch heute vielfach noch darin, daß landwirtschaftlicher und gewerblicher Lebenserwerb bei selbständigen Erwerbstätigen noch in

einer Person vereinigt sind. In dieser Beziehung genügt es, hier aus den berufsstatistischen Ergebnissen festzustellen, daß von 41 hierfür wichtigeren Berufsarten, die 1895 insgesamt 151 004 und 1907 noch 146 817 selbständige Erwerbstätige im Haupt- oder Nebenberuf gewerblich beschäftigten, 72 171, d. h. 47,8 % bzw. 66 387, d. h. 45,2 %, selbständig Landwirtschaft ausübten. Vorwiegend allerdings gilt dies für Vertreter handwerklicher und kleingewerblicher Berufe, die mehr der lokalen Bedarfsdeckung dienen. Diese Landhandwerker und Kleingewerbetreibende sahen sich in gleicher Weise wie die landansässigen Kleinhändler, Gast- und Schankwirte usw. schon durch ihren Anteil am aufgeteilten Gemeindeland und wirtschaftlich durch die Bescheidenheit ihrer Umsätze von selbst darauf angewiesen, ihre Existenz — vielfach unter Erwerb und Erweiterung des eigenen Haus- und Grundbesitzes (Obst- und Gemüsegärten, Weinberge usw.) — auf doppelter Grundlage aufzubauen. Bei den Wirten, Metzgern, Schmieden usw. ist die Viehhaltung in der Regel noch mit vorherrschend. Aber auch der landwirtschaftliche Anbau von Kartoffeln, Hülsenfrüchten usw. findet sich bei den „Gewerbetreibenden“ nicht nur in den Dörfern, sondern auch in kleinen Landstädtchen. Die Summe dieser vorwiegend kleingewerblich tätigen Personen verteilt sich bis in alle Winkel des Landes und hat gerade in diesen Winkeln noch seinen „Hauptstiz“ — ein lebendiger Rest aus der „guten alten Zeit“, den die Unrast unserer Tage noch nicht erreicht und aus seiner Behaglichkeit gerüttelt hat. Was der Volkswirt leicht als „rückständig“ empfindet, das entzückt noch heute in den verschlafenen Landstädtchen und den verkehrsentlegenen Gebieten des schönen Schwabenlandes den Wanderer.

Aber die örtliche Verteilung der einzelnen Industrien und Gewerbszweige auf die verschiedenen Landesgebiete gibt die nachfolgende, der „Bezirksstatistik der württembergischen Gemeindestatistik“ von 1910 entnommene Zusammenstellung der württembergischen Oberämter Aufschluß, bei der jeweils nur die zwei der Personenzahl nach vorherrschenden Gewerbe hervorgehoben werden:

Die Bauunternehmung steht in den mächtig aufstrebenden, in ständiger Erweiterung befindlichen Industriezentralen von Stuttgart-Stadt und Ulm an erster, in Ludwigsburg, Herrenberg, Stuttgart-Amt, Rottweil, Tübingen, Biberach, Ravensburg an zweiter Stelle.

Das Maurergewerbe behauptet die erste Stelle nur in einem Oberamtsbezirk, dem von Neresheim, die zweite Stelle in den fünf Bezirken Ellwangen, Mergentheim, Leutkirch, Saulgau, Tettnang, deren Gewerbearmut mit der gleichzeitigen Einreihung in die Gruppe des Beherbergungs- und Erquickungsgewerbes (s. unten) sehr deutlich in die Erscheinung tritt.

Die Möbeltischlerei herrscht in Marbach und Nagold an erster, in Backnang, Spaichingen, Sulz, Gaildorf, Kirchheim u. T. an zweiter Stelle vor.

Die Schuhmacherei nimmt in vier Oberamtsbezirken: Heilbronn, Leonberg, Ludwigsburg und Tuttlingen die erste Stelle und in acht weiteren

Bezirken die zweite Stelle ein: nämlich in denen von Böblingen, Weinsberg, Balingen, Crailsheim, Gerabronn, Hall, Rünzelsau, Öhringen. Neben den als gewerbearm bereits hervorgehobenen Plätzen des Hohenloheschen Gebiets, für die hier nur die Landschusterei ein „erheblicheres“ Gewerbe darstellt, treten unter dieser Gruppe als bekannte Hauptsitze der württembergischen Schuhfabrikation Leonberg und Tuttlingen, daneben auch Heilbronn und Böblingen hervor.

Strickerei und Wirkerei nehmen den ersten Platz in fünf Oberamtsbezirken: Böblingen, Stuttgart-Umt, Balingen, Herrenberg, Niedlingen und den zweiten Platz im Bezirke Nürtingen ein.

Die Baumwollweberei behauptet den ersten Platz im Oberamtsbezirk Reutlingen und Urach und den zweiten Platz in Cannstatt, Vaihingen, Blaubeuren und Göppingen.

Die Baumwollspinnerei steht der Arbeiterzahl nach in den Bezirken Cannstatt und Nürtingen in erster Linie und in den Bezirken Eßlingen, Reutlingen und Urach in zweiter Linie.

Die Maschinenfabrikation (nicht einzeln benannt) herrscht in den Bezirken Alen und Ravensburg an erster und in Heidenheim an zweiter Stelle vor.

Die Uhrmacherei steht im Oberamtsbezirk Rottweil an erster und im Bezirk Oberndorf an zweiter Stelle; die Herstellung von Gold- und Silberwaren in Smünd an erster und im Oberamtsbezirk Nagold an zweiter Stelle, die Zieh- und Mundharmonikafabrikation in Spaichingen an erster und in Tuttlingen an zweiter Stelle.

Den ersten Platz unter den bezirksansässigen Gewerben nehmen folgende gewerbliche Spezialgebiete ein: die Weberei gemischter Waren in Göppingen und Kirchheim u. T., die Leinenweberei im Oberamtsbezirk Münsingen, die Fabrikation von Schußwaffen in Oberndorf, die Zementfabrikation in Blaubeuren und Ehingen, die Herstellung grober Steinwaren (einschließlich das Gewerbe der Steinmehlen) in Maulbronn, die Ziegelei und Herstellung von Tonröhren in Waiblingen, die Tabakfabrikation in Bradenheim und Heidenheim, die Gerberei in Badnang, die Linoleumfabrikation in Bietigheim, die Fabrikation unedler Metalle in Eßlingen, die Fahrradfabrikation in Neckarsulm, die Herstellung von Bürsten und Pinseln in Horb, die Herstellung von Webereimaschinen in Rottenburg, die Schlosserei und Geldschrankfabrikation in Schorndorf, die Fabrikation von Metallwaren aller Art in Geislingen, die Herstellung von Nudeln, Makkaroni usw. in Welzheim, die Torfgräberei und Torfbereitung in Waldsee.

Die zweite Stelle unter den ansässigen Gewerben innerhalb der einzelnen Oberamtsbezirke nehmen ein: die Drechslerei in Besigheim, die Verwertung von Steinbrüchen in Maulbronn, die Konfektions Schneidererei in Stuttgart-Stadt, die Seidenweberei in Waiblingen, die Säg-

müllerei usw. in Freudenstadt, die Holzzurichtung in Neuenbürg, die Eisengießerei in Alen, die Korsettfabrikation im Oberamt Smünd, die Wollweberei in Calw, die Herstellung grober Holzwaren in Laupheim, die Herstellung von Butter, Käse usw. im Oberamt Wangen.

Das Beherbergungs- und Erquickungsgewerbe, also kein Gewerbe im engeren Sinn des Wortes, stand in 21 Oberämtern an erster Stelle, nämlich in denen von Vaihingen, Weinsberg, Calw, Freudenstadt, Neuenbürg, Sulz, Tübingen, Crailsheim, Ellwangen, Gaildorf, Gerabronn, Hall, Rünzelsau, Mergentheim, Öhringen, Biberach, Laupheim, Leutkirch, Saulgau, Tettnang und Wangen, und in 16 weiteren Oberämtern an zweiter Stelle, nämlich in Brackenheim, Heilbronn, Leonberg, Marbach, Neckarfulm, Horb, Rottenburg, Neresheim, Schorndorf, Welzheim, Ehingen, Geislingen, Münsingen, Riedlingen, Ulm, Waldsee. Scheidet man hiervon die Bezirke mit Bädern und Luftkurorten und die Landesuniversitätsstadt aus, so heben sich damit von selbst die Bezirke mit der geringsten gewerblichen Bedeutung heraus, Oberamtsbezirke, die charakteristischerweise zugleich auch an Zahl ihrer Bewohner abgenommen haben.

Diese gedrängte Übersicht über die in den einzelnen Bezirken des Landes vorherrschenden Industrie- und Gewerbebezüge kann selbstverständlich in keiner Weise ein vollständiges Bild von dem Vorkommen und der Verteilung der einzelnen Industrien innerhalb des Landes bieten. In all den Fällen, wo ein Industrieplatz Hauptsitz von mehreren bedeutenden Industriezweigen ist — was auf zahlreiche Städte des Landes, in erster Linie auf Stuttgart selbst als württembergische Industriezentrale, zutrifft —, verschwinden selbst große und in ihrer Industriegruppe führende Branchen unter Umständen gegenüber anderen ortsansässigen, der Personenzahl nach am Platze noch umfangreicheren entweder ganz oder rücken an die zweite Stelle; unberührt bleibt dabei auch, ob eine Industrie etwa der Hauptsitz oder selbst der Alleinsitz eines Industriezweiges ist. So scheiden z. B. Industrien von führender Bedeutung in Deutschland, wie die Pianoforteindustrie, Möbelindustrie, Trikotindustrie, in Stuttgart durch das Überwiegen der Personenzahl in anderen Industrien (Baugewerbe, Konfektionschneiderei) am Platze aus dieser Zusammenstellung aus; ebenso tritt z. B. in Tuttlingen die bedeutende Harmonikaindustrie hinter der Schuhfabrikation zurück usw. Wohl aber wird durch diese Zusammenstellung die industrielle Durchdringung der einzelnen Oberamtsbezirke des Landes charakterisiert. Je kleiner und unbedeutender das gewerbliche Leben eines Bezirks ist, um so leichter können bezeichnenderweise selbst kleingewerbliche Betriebe oder bescheidene Industrieansätze die erste Rolle, die eines Königs im Dorf, spielen. Der Wegfall einer einzigen größeren gewerblichen Anlage wie andererseits auch etwa die Gründung eines neuzeitlichen Fabriketablissemments durch die Initiative eines einzelnen Unternehmers vermag charakteristischerweise in solchen Bezirken schon das Bild des „gewerblichen Lebens“ zu ändern.

Forscht man der geographischen Lage jener bescheidensten gewerblichen Sitze etwas genauer nach, so tritt der Einfluß der Verkehrsverhältnisse auf die örtliche Verteilung der Industrie wie auch der Industriebevölkerung, damit auch auf die Bevölkerungsverteilung überhaupt, deutlicher in die Erscheinung. Die verkehrsentlegenen, vorwiegend landwirtschaftlichen Gebiete sind gewerblich am schwersten daran. Unter den 34 württembergischen Gemeinden, die nach der Gemeindestatistik von 1910 eine Abnahme von mehr als 15% ihrer Einwohnerschaft erlitten, gehörten 15 dem verkehrsarmen, ausgesprochen landwirtschaftlichen Jagstkreis an, dessen Oberämter denn auch in der oben zuletzt aufgeführten gewerbeärmsten Gruppe vertreten sind.

Die vielerörterte, bei Verhandlungen des Landtags über die Bewilligung neuer Eisenbahnlinien immer wiederkehrende Frage des Einflusses eines unmittelbaren Anschlusses an die Eisenbahn spielt hierbei unzweifelhaft eine wichtige, wenn auch nicht allein entscheidende Rolle, da die neuzeitlichen „Verkehrsadern“ zwar eine wesentliche Voraussetzung des gewerblichen Lebens bilden, aber dieses selbst noch nicht hervorrufen, wenn es an den sonstigen Produktionsvoraussetzungen fehlt, und da der industriebringende und industriefördernde Einfluß der Eisenbahnen selbstverständlich für die glücklicheren Anlieger an den Haupt Eisenbahnlinien ungleich deutlicher in die Erscheinung tritt als für die Anlieger an den einsamen „Milchstraßen“ entfernter ländlicher Distrikte. Eine deutliche Sprache spricht jedenfalls die Tatsache, daß die Hälfte der prozentual am auffallendsten zurückgegangenen Gemeinden des Landes über 6 km von den Eisenbahnlinien entfernt liegt. Im allgemeinen sind indes in Württemberg die Voraussetzungen auf dem Verkehrsgebiet für eine weitere Ausdehnung der gewerblichen Betätigung im ganzen Lande recht befriedigend, da zurzeit gegen 70% der Gesamtbevölkerung an die Eisenbahn „angeschlossen“ sind.

Dieses die weitere Ausbreitung des gewerblichen Lebens begünstigende vielverzweigte Netz von Eisenbahnen bringt zugleich den volkswirtschaftlich bedeutsamen Gewinn einer weitgehenden Verteilung der Industriebevölkerung auch auf das Land, unter teilweiser Trennung von Arbeitsstätte und Wohnsitz, mit sich: Der weitwichtigen besonderen Pflege des „Arbeiterverkehrs“ durch die württembergische Eisenbahnverwaltung ist es zu danken, daß ein ganz beträchtlicher Teil auch der in den Fabriken der größeren Industriepläze beschäftigten Arbeiterschaft den Landwohntort beibehalten kann. Mit der Einführung der billigen Arbeiterwochenkarte und Arbeiterrückfahrkarte und eines der fabrikmäßigen Arbeitszeit angepaßten Fahrplanes wurde nach drei Seiten hin Wertvolles geleistet: Der Industrie wurden auch von weiterer Entfernung her die erforderlichen Arbeitskräfte täglich zugeführt, der den Industriestädten vorgelagerten Bevölkerung Arbeit und erweiterter Verdienst geboten und die Industriearbeiterschaft vor den ihr vielfach in den ausgesprochenen Industriestädten drohenden

Nachteilen namentlich auf dem Gebiet der Wohnungsfrage wie auch der Nahrungsmittelversorgung bewahrt. Daß die Ansässigkeit einer zahlreichen Industriebevölkerung auf dem Lande, wo der Arbeiter gleich dem Kleingewerbetreibenden vielfach neben Gemüsegärten auch kleine Äcker besitzt und Kleinvieh hält, namentlich auch in industriell kritischen Zeiten für Industrie und Arbeiterschaft eine wichtige Entlastung bedeutet, sei hier nur angedeutet. Sie bildet eine Stütze in wirtschaftlich unsicheren Zeiten, bei sinkender Konjunktur oder, wie jetzt im Krieg, wenn Arbeiter teilweise entlassen werden müssen oder nur halb beschäftigt werden können, indem sie dem Arbeitgeber die Sorge um die beschäftigungslose Arbeiterschaft wenigstens teilweise mittragen hilft und der Arbeiterschaft ermöglicht, leichter „durchzuhalten“. Die ungewöhnlich rasche Steigerung des Eisenbahn-Arbeiterverkehrs redet am besten von den Erfolgen dieser industriefördernden Verkehrspolitik. Die (erst 1882 eingeführte) Arbeiterwochenkarte wurde 1895 bereits für 209 bzw. 191 Abgangs- bzw. Ankunftsstationen Württembergs, 1907 schon für 452 bzw. 338 Stationen ausgegeben. Die Zahl der Arbeiterkarten belief sich 1891, wie mit berechtigtem Stolz in dem Abschnitt über Eisenbahnwesen nachdrücklich hervorgehoben wurde, bereits auf 2,9 Millionen mit 24,6 Millionen Personenkilometern, stieg aber im Laufe der Jahre ganz erheblich und erreichte 1913 nicht weniger als 22,19 Millionen Fahrten mit 243 Millionen Personenkilometern, erreichte also der geleisteten Fahrtlänge nach rund das Behnfache innerhalb der 25 Regierungsjahre.

c) Gliederung der gewerblichen Arbeiterschaft nach Alter, Familienstand, Berufsstellung und Geschlecht

Arbeitsvermittlung

Zur Abrundung dieser knappen Darlegungen über die örtliche Verteilung der Industriebevölkerung wie des Bildes von Wesen und Bedeutung der württembergischen Industrie überhaupt erscheint es endlich auch von Wert, wenigstens kurz auch noch einen Blick auf den gewerblichen Aufbau nach Alter, Familienstand, Berufsstellung und Geschlecht zu werfen, da dies sowohl für Art und Organisation der einzelnen Industrie- und Gewerbezweige und deren Charakter wie selbstverständlich auch für die soziale Stellung der beteiligten Bevölkerungskreise von einschneidender Bedeutung ist.

Dem Alter nach setzt sich die württembergische Industrie in der großen Masse gewerblicher Arbeitskräfte vorwiegend aus jungen Elementen zusammen. Nach der letzten Berufszählung von 1907 wiesen unter 321 000 gewöhnlichen männlichen Arbeitskräften aller Art (in B) 151 500, also etwa die Hälfte, ein Alter von unter 25 Jahren auf, bei den weiblichen Arbeitskräften sogar wesentlich mehr als die Hälfte (58,5 %), nämlich 45 000 von rund 77 000. Dem Familienstande nach überwiegen denn auch unter den Erwerbstätigen der württembergischen Industrie die ledigen Personen im

ganzen mit 223 000 von 432 000 Erwerbstätigen, d. h. 51 %, und zwar unter den männlichen Personen mit 46,5 % und unter den weiblichen Personen sogar mit 64,4 %, also annähernd zwei Drittel aller weiblichen Erwerbstätigen. Unterscheidet man nach der Berufsstellung bzw. gesellschaftlichen Stellung, so stehen bei den Selbständigen unter den Erwerbstätigen in Industrie und Gewerbe allerdings die Verheirateten weitaus voran: unter je 1000 hauptberuflich Erwerbstätigen sind nur 47 ledig, 766 verheiratet und 187 verwitwet oder geschieden. Sie sind durchschnittlich auch beträchtlich älter als die gewöhnlichen Arbeitskräfte. Bei den mittleren Angestellten, dem „neuen Mittelstand“, stehen 540 Ledige 444 Verheirateten (16 verwitwet oder geschieden) gegenüber, während bei gewöhnlichen Arbeitskräften die Ledigen mit 607 gegen 366 Verheiratete (27 verwitwet oder geschieden) vorherrschen.

Der Anteil des weiblichen Geschlechts an der gewerblichen Arbeit ist innerhalb der württembergischen Industrie in ständigem Wachstum begriffen. Er bezifferte sich für Industrie und Kleingewerbe (B) nach den Berufszählungen von 1882, 1895 und 1907 für die hauptberuflich Erwerbstätigen auf 17,1 %, 20,1 % bzw. 22,0 % und umfaßt heute mehr als ein Viertel der industriellen Gesamtarbeiterschaft. In Handel und Verkehr war er noch viel beträchtlicher, nämlich 26,9 %, 33,2 % und 34,3 %, begriff also mehr als ein Drittel aller in dieser Berufsgruppe arbeitenden Personen. Dieser hier auf Gesamtindustrie und Gesamthandel berechnete Anteil des weiblichen Geschlechts verschiebt sich innerhalb der einzelnen Erwerbszweige aber ganz außerordentlich. Bedeutende Industrie- und Handelszweige tragen der vorwiegenden Zusammensetzung ihres Personals nach einen ausgesprochen „weiblichen Charakter“. Dies gilt insbesondere von großen Zweigen der Textilindustrie, so für die Baumwoll-, Woll- und Seidenweberei, der Baumwoll- und Seidenweberei, in der ganzen Strickerei, Wirkerei und Stickerie, der Spitzenfabrikation, ferner in der Näherei, Wäschekonfektion, Putzmacherei, Korsettfabrikation, Wäscherei und Plätterei, wo die weiblichen Arbeitskräfte die männlichen der Zahl nach weit übertreffen. Ferner herrscht das weibliche Element zahlenmäßig vor im gesamten Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe und Reinigungsgewerbe, in der Fabrikation von Papierwaren und Kartonnagen, Teigwaren, Kakao und Schokolade sowie in der Zigarrenfabrikation. Ebenso übertrifft in zahlreichen Zweigen des Handelsgewerbes die Zahl der weiblichen Angestellten die der männlichen erheblich. Selbstverständlich gilt das in Industrie wie Handel, wie ausdrücklich betont sei, für die normale Arbeitsorganisation im Frieden. Daß im Krieg in noch viel weitgehendem Maße die durch die militärischen Einberufungen aus Industrie, Gewerbe und Handel gezogenen männlichen Arbeitskräfte durch weibliche ersetzt wurden, und zwar auch in denjenigen Industrien, die, wie namentlich die Metallindustrie, sonst vorwiegend auf männlicher Arbeitskraft aufgebaut sind, ist bekannt.

Für die „örtliche Verteilung“ der Industrie ist jene stärkere Verwendung der Frauenarbeit insofern von Bedeutung, als unter den Industrien mit

vorherrschend weiblichen Kräften die Hausindustrie — die den Übergang zwischen Landwirtschaft und eigentlicher Industrie bildet — stark vertreten ist, daher auch ein weites ländliches Netz aufweist.

Welchen außerordentlichen Wechsel die gewerbliche Arbeit für die soziale Stellung der Frau wie deren wirtschaftliche Selbständigkeit im ganzen gegenüber der Landwirtschaft mit sich bringt, zeigt am anschaulichsten die nachfolgende kurze vergleichende Zusammenstellung aus dem Jahre 1907 über die Berufstellung des weiblichen Geschlechts im Erwerbsleben:

Frauenarbeit in	Selbst- ständige	An- gestellte	Mithelfende Familien- angehörige	Andere unselbständige Arbeitskräfte	Im ganzen
Industrie u. Kleingewerbe	15 801	2 595	4 016	72 743	95 155
Handel und Verkehr . .	8 814	2 457	11 798	11 263	34 332
Dagegen Landwirtschaft .	26 491	23	176 781	35 598	238 893
Zusammen	51 106	5 075	192 595	119 604	368 380

Auffallend ist zunächst hierbei, in welchem geringem Grade eine mithelfende Tätigkeit von weiblichen Familienangehörigen bei der Industrie stattfindet bzw. möglich ist. Die industrielle Tätigkeit fordert in der einheimischen Industrie durchschnittlich, von Einzelbranchen abgesehen, eine wirtschaftlich gesonderte, meist qualifizierte Arbeitsleistung der einzelnen Gewerbetreibenden und vorwiegend Beschäftigung in Fabrik und Werkstatt, während in Handel und Verkehr jene Mitarbeit schon viel umfangreicher stattfindet und von der Wohnstätte weit weniger getrennt ist; in der Landwirtschaft ist sie das Vorherrschende. Rechnet man jene mithelfenden Familienangehörigen zu den selbständig erwerbenden Frauen, so bilden die sozial Unabhängigen in der Landwirtschaft 85 % der weiblichen hauptberuflich Erwerbstätigen, während sie in der Industrie noch nicht ein Fünftel, in Handel und Verkehr wenigstens rund ein Drittel der weiblichen hauptberuflich Erwerbstätigen ausmachen. Demzufolge ist die Klasse der abhängigen weiblichen Arbeitskräfte in der Industrie auch weitaus am größten; sie umfaßt in dieser Gruppe über 76 % aller weiblichen Arbeiter; im Handel wesentlich günstiger, nur etwa ein Drittel, in der Landwirtschaft aber am günstigsten, nur reichlich ein Sechstel. Erhebliche Unterschiede weist auch der Familienstand der weiblichen Arbeitskräfte auf. Hier fällt einerseits der stärkere Anteil der verheirateten Frauen in der Landwirtschaft, der von Ledigen in Industrie, Gewerbe und Handel in die Augen. Andererseits zeigen sich dabei auch sehr merkbare Unterschiede nach der Richtung, ob die Frau als Begründerin oder vorwiegend nur als Geschäftsnachfolgerin einer selbständigen wirtschaftlichen männlichen Existenz erscheint. Industrie und Handel weisen hier für die Frauen gegenüber der Landwirtschaft offensichtlich erweiterte Möglichkeiten zur Begründung eigener geschäftlicher Niederlassungen auf. Von jenen 15 801 selbständigen Frauen in

der Industrie waren 7976, also etwa die Hälfte aller, ledig, 3594 verheiratet und 4331 verwitwet oder geschieden; von den 8814 selbständigen Frauen in Handel und Verkehr 1747 ledig, 2149 verheiratet und 4918 verwitwet oder geschieden, während in der Landwirtschaft die Frau weitaus vorwiegend nur als Nachfolgerin und Verwalterin des vom Manne hinterlassenen Besitzums erscheint; es entfielen nämlich im Jahre 1907 von jenen 26491 selbständigen Frauen 22229 auf die Verwitweten oder Geschiedenen, nur 2942 auf die Ledigen und 1320 auf die Verheirateten. Zu solchem Weiterführen erscheint in der Landwirtschaft die Frau in Gemeinschaft mit ihren Angehörigen erfahrungsgemäß leichter in der Lage als in Industrie und Gewerbe.

Je rascher die Arbeiterheere wachsen und je differenzierter die Arbeitsanforderungen und Arbeitsverhältnisse werden, um so größere praktische Bedeutung kommt der raschen und zweckmäßigen Gegenüberstellung von Nachfrage und Angebot auf dem Arbeitsmarke zu. Ein geregelter Ausgleich hierin ist in einem Industriegebiet wie Württemberg, das in erhöhtem Maße auf Qualitätsarbeit und technische Vorbildung angewiesen ist, für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer gleich wichtig und notwendig. Diese wichtige Aufgabe übernimmt die organisatorische Arbeitsvermittlung, die über das bloße Umschauen und die Gelegenheitseinstellung, über den Weg der Zeitungsanzeige hinaus eine systematische Lösung der Frage in Angriff nimmt. Ganz bedeutungslos ist hierbei für die große Masse der gewerblichen wie auch kaufmännischen Arbeitnehmer die gewerbsmäßige Arbeitsvermittlung, die die Vermittlungstätigkeit als Erwerbsquelle benützt, indem sie gegen Taxen oder Gebühren teils Nachweisungen über freie Stellen zur Verfügung hält oder auch direkt die Vermittlung zwischen Arbeitgeber und Arbeitsuchenden übernimmt. Zur Verhütung von Überforderungen oder sonstiger mißbräuchlicher Ausnutzung der Vermittlerrolle unterstehen diese gewerbsmäßigen Vermittler nach der Gewerbeordnung der Konzessionspflicht.

Einen vielfach weitreichenden Einfluß auf den Arbeitsmarkt üben hingegen in Industrie und Handel die Arbeitsvermittlungsorganisationen der industriellen und kaufmännischen Berufsverbände aus. Sowohl die Arbeitgeber- wie die Arbeitnehmerorganisationen haben solche Stellen ins Leben gerufen bzw. sich angegliedert. Diese nichtgewerbsmäßigen Stellen- und Arbeitsnachweise leiden indes, sofern sie nicht auf gewissen gemeinschaftlichen Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beruhen, erfahrungsgemäß leicht darunter, daß sie als „einseitige Interessenvertretung“ einer Arbeitsvertragspartei angesehen werden (ein Vorwurf, gegen den sich diese Organisationen indes energisch verwahren) und alsdann einem planmäßigen Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Frage hinderlich sind. Andererseits kommt diesen Berufsorganisationen in sachlicher Beziehung eine sehr genaue Kenntnis der technischen und organisatorischen Betriebsverhältnisse in den einzelnen Branchen unzweifelhaft zunutze, die eine genaue Anpassung an den jeweiligen

Fall ermöglicht und damit nicht zuletzt die große Anerkennung erklärt, die sie in den beteiligten Kreisen gefunden haben. Um auch hier etwaigen Mißbräuchen vorzubeugen, unterliegen sie im Rahmen des Reichsstellenvermittlungsgesetzes von 1910 einer gewissen landesbehördlichen Überwachung (Anmelde- und Berichterstattungspflicht, eventuell auch Strafen oder auch Unterjagung des Betriebs bei Übertretungen usw.).

Eine dritte Gruppe umfaßt die wichtigen öffentlichen, amtlichen Arbeitsvermittlungsstellen. In erster Linie ist hier der Gemeindearbeitsämter zu gedenken, deren es in Württemberg 1912 bereits 18, und zwar an den sämtlichen größeren Industriep läzen des Landes gab. An gewerblich rührigen Plätzen, wo ein solches Gemeindearbeitsamt nicht besteht, sind in Württemberg vielfach Arbeitsnachweise in Verbindung mit Wanderarbeitsstätten amtlich ins Leben gerufen worden; im Jahre 1912 gab es deren nicht weniger als 20, deren Sitze wiederum in erster Linie die Namen aufstrebender kleinerer Industriep läze tragen. Ein außerordentlich wertvolles organisatorisches Bindeglied zwischen diesen örtlichen Arbeitsnachweistellen hat der Staat durch den sogenannten „Landesverbindungsdiens t“ geschaffen. Mittels einer dem Stuttgarter Arbeitsamt angegliederten Zentralstelle, von der auch Gemeinden ohne öffentlichen Arbeitsnachweis Gebrauch machen können, stehen die örtlichen Vermittlungsstellen miteinander in ständigem Fernsprechverkehr über die jeweils vorliegenden ungedeckten Arbeits- oder Stellenangebote; ihr haben sie ferner mehrmals wöchentlich schriftliche Zusammenstellungen über die örtlichen Stellenverhältnisse zu übermitteln, aus denen laufende Vakanzlisten unverzüglich allen Arbeitsämtern und sämtlichen Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern (kleineren Gemeinden auf Wunsch) zugehen und dort durch öffentlichen Anschlag zur Kenntnis der Stellensuchenden gebracht werden. Durch landesstatistische Zusammenstellungen und periodisch stattfindende Beratungen der Verwaltungsbeamten der Arbeitsämter des Landes werden ständig die Erfahrungen auf diesem wichtigen Gebiet staatlicher Vermittlungstätigkeit, die auch sonst vielseitig sich äußert und für die Staatsmittel zur Verfügung gestellt werden, vertieft und zu verbessern gesucht.

IV. Wirtschaftlicher Charakter von Württembergs Handel und Verkehr

a) Betriebscharakter und soziale Struktur

Zu einem erheblichen Teil sind bereits in den vorangegangenen Darlegungen die wirtschaftlichen Verhältnisse des Handels im Zusammenhang oder Vergleich mit denen von Industrie und Kleingewerbe behandelt worden. Zur Ergänzung jener Darlegung mögen die besonderen Verhältnisse des württembergischen Handels noch in folgendem charakterisiert werden:

Untersucht man in Parallele zu den Ermittlungen in Industrie und Gewerbe den Betriebscharakter und die Betriebsgrößen, so erscheint es hier unerlässlich, zwischen der einzigen Großstadt Württembergs, Stuttgart, und den übrigen Städten des Landes zu unterscheiden, weil bedeutende Zweige des Handels in der Residenz einen so ausgeprägten Sondercharakter und eine so selbständige Ausgestaltung erhalten haben, daß eine glatte Gleichstellung unter Berechnung von „Durchschnittszahlen“ für die Gesamtverhältnisse des Landes ohne solche gesonderte Betrachtung unzutreffende Vorstellungen erwecken müßte.

Es entfielen bei gleicher Größeneinteilung der Betriebe wie in der Industrie von je 100 Personen auf:

Betriebsgröße	Württemberg		Groß-Stuttgart	Das übrige Land
	1895	1907	1907	1907
Kleinbetriebe bis 5 Personen	77,3	68,7	34,8	82,5
Mittelbetriebe, 6—20 Personen . . .	15,6	17,3	25,8	13,5
Großbetriebe, 21 und mehr Personen	7,1	14,0	39,4	4,0

Die kurze Übersicht läßt ohne weiteres erkennen, daß, gemessen an der Personenzahl, der Kleinbetrieb für das Land als Ganzes weitaus noch vorherrscht: 1895 mit mehr als drei Viertel, 1907 noch immer mit mehr als zwei Drittel aller Berufszugehörigen in Handel und Verkehr. Bringt man vollends Stuttgart in Abrechnung, so steht er mit 82,5 % in über vierfacher Mehrheit über Mittel- und Großbetrieben zusammen! In Groß-Stuttgart hingegen steht der Großbetrieb an erster Stelle; mit dem Mittelbetrieb zusammen umfaßt er fast zwei Drittel aller ansässigen Erwerbstätigen im Handels- und Verkehrsgewerbe. Das ist verständlich, wenn man sich daran erinnert, daß hierbei nicht nur die großen Waren- und Konfektionshäuser mit vielen Hunderten von Angestellten sowie die großen Spezialgeschäfte in den verschiedensten Branchenartikeln zählen, sondern daß bei diesen Gruppen auch sehr bedeutende, ganz vorwiegend in Stuttgart domizilierte Großhandelszweige von erheblicher Ausdehnung, wie der Verlagsbuchhandel und die Versicherungsanstalten, mit ihrem Angestelltenheer einbegriffen sind; daß ferner hierzu gehören die Großbanken, unter den Verkehrsgewerben die Hotels, die zahlreichen Expeditionshäuser mit ihrer großen Zahl von Angestellten und Arbeitern, weiterhin die vielverzweigten Konsumvereine usw. Außerdem treten in Groß-Stuttgart, wie in jeder Großstadt mit ihrer weitgehenden Arbeitsteilung, auf dem Handelsgebiete vielerlei Spezialunternehmungen auf, die auf kleineren Plätzen in der Regel überhaupt nicht bestehen und nur noch in den größeren Städten des Landes sich vereinzelt finden, wie die großen Auskunfteien, die Musikalienläden, der Spezialhandel mit Wertpapieren und Effekten, Briefmarken,

Lotterielosen usw. Es versteht sich von selbst, daß diese starke Konzentration und Sondergliederung Handel und Verkehr in der Großstadt Stuttgart ein wesentlich anderes Gesicht geben, als die übrigen Städte des Landes durchschnittlich aufweisen.

Von großen Spezialgebieten abgesehen, deren noch zu gedenken ist, bewegt sich denn auch Handel und Verkehr Württembergs in ruhigen Bahnen und in kleinen Ausmaßen. Schärfer noch als die Industrie haben diese Erwerbsgebiete die ungünstige Verkehrslage des Landes zu spüren. Es kann darum nicht verwundern, daß bei einem Vergleich mit dem Reich wichtige Handelsgebiete mit der durchschnittlichen Entwicklung in Deutschland vorerst nicht Schritt zu halten vermögen. So bleibt Württemberg der Personenzahl nach im Bankverkehr — dem ein besonderer Abschnitt gewidmet wird — relativ hinter dem Reichsdurchschnitt zurück. Die Konzentration dieses Handelsgewerbes in Stuttgart geht daraus hervor, daß 1907 von 315 Hauptbetrieben 78, von 1785 in den Hauptbetrieben beschäftigten Personen aber 941, also über die Hälfte, in Stuttgart sich fanden, und daß unter den Bankgroßbetrieben des Landes jene vier Institute, die ein Personal von 51—200 Personen aufweisen, und von den 26 größeren Banken mit 11—50 Personen 16, von den 34 Bankgeschäften mit 6—10 Personen aber 11 allein in Stuttgart ihren Sitz haben.

Ebenso blieb Württemberg in den Verkehrsgewerben, und zwar im Beherbergungs- und Erquickungs- wie im Transportgewerbe i. e. S., der Arbeiter- und Angestelltenziffer nach hinter der Entwicklung des Reiches zurück. Auf letzterem Gebiete erinnern die zwerghaften Zahlen im Wassertransportgewerbe schmerzlich daran, daß die jahrzehntelange Forderung des württembergischen Erwerbslebens nach einem Großschiffahrtsweg, der immer mehr zur ersten Lebensfrage für das ganze Land und zu einem entscheidenden Faktor für die weitere Entwicklung der württembergischen Industrie wird, noch immer nicht erfüllt und Württemberg von der Großbinnenschiffahrt auch heute noch ausgeschlossen ist. Während man im Reich 1895 im ganzen 92 857 und 1907 bereits 125 469 Personen im Wassertransportgewerbe feststellte, fielen in diesen beiden Jahren auf Württemberg — 196 bzw. 253 Personen! Mag es für den unter Beteiligung der beteiligten Nachbar- und Uferstaaten in diesem Jahr (1916) gegründeten neuen „Südwestdeutschen Kanalverein für Rhein, Donau und Neckar“ von günstiger Vorbedeutung sein, daß er im Jahre des Regierungsjubiläums des Königs an diese wichtige wirtschaftliche Aufgabe der nächsten Zukunft herantritt; möchte es der Zusammenarbeit von Regierung und Interessenvertretung gelingen, zu den in den vergangenen 25 Jahren erreichten bedeutenden Fortschritten auf dem Gebiete des Eisenbahnverkehrs auch die Erschließung eines großzügigen Binnenschiffahrtverkehrs zu fügen!

Unter den Spezialgebieten, auf denen Württemberg den Reichsdurchschnitt nicht nur erreicht, sondern übertrifft, steht in erster Linie das Ver-

sicherungswesen; sehr erheblich ist auch Württembergs Anteil am Buchhandel und Buchverlag. Auf diesen drei Handelsgebieten kann Württemberg sogar eine führende Rolle beanspruchen.

Über die soziale Struktur von Handel und Verkehr, die sich sehr wesentlich von der in Industrie und Gewerbe abhebt, gibt die nachfolgende Aufstellung, die wiederum die Ergebnisse der Berufszählungen in den Jahren 1895 und 1907 in Vergleich zieht, nähere Anhaltspunkte:

	1895	1907
1. Eigentümer, Inhaber aller Arten (einschließlich Alleinbetriebe)	27 532 (39,0 %)	30 998 (31,9 %)
2. Mithelfende Familienangehörige . .	16 109 (22,8 „)	26 423 (27,2 „)
3. Verwaltungs-, Kontor und Bureau- personal	6 242 (8,8 „)	11 292 (11,6 „)
4. Technisches Aufsichtspersonal . . .	64 (0,1 „)	380 (0,4 „)
5. Verheiratete Frauenarbeitskräfte .	422 (0,6 „)	471 (0,5 „)
6. Sonstige Arbeitskräfte	20 239 (28,7 „)	27 690 (28,4 „)
Insgesamt:	70 608 (100 %)	97 254 (100 %)

Im Gegensatz zur Industrie, wo die Selbständigen von 97 592 auf 86 525 zurückgingen, bot das einheimische Handelsgewerbe somit auch bis in die neuere Zeit hinein immer mehr selbständigen Existenzen eine Grundlage, während allerdings bei der zunehmenden Konzentration auch des Handels der prozentuale Anteil der „Inhaber“ an der Gesamtsumme der im Handels- und Verkehrsgewerbe tätigen Personen zurückging. Dafür hob sich die Summe der mithelfenden Familienangehörigen — namentlich in den Kleingeschäften — so kräftig, daß Inhaber und Familienangehörige zusammen, also die wirtschaftlich Unabhängigen, im Jahre 1895 mit 43 641 Personen und 1907 mit 57 421 Personen noch immer die stattliche Mehrheit, nämlich 61,8 % bzw. 59,1 % aller Handelsangehörigen umfaßten, eine soziale Verfassung, die aufs neue das Vorherrschen des Kleinhandelsbetriebs für den überwiegenden Teil des Landes bestätigt. Bei den im Durchschnitt größeren und technisch komplizierteren Verhältnissen in der Industrie und deren differenzierten Anforderungen an die Arbeitskräfte ist es erklärlich, daß die Zahl der mithelfenden meist weiblichen Familienangehörigen in Industrie und Gewerbe viel bescheidener ist; sie bezifferte sich 1895 auf nur 4008 und 1907 auf 8306 Personen, somit auch nach der letzten Berufszählung auf noch nicht ein Drittel der Mithelfer im Handel.

Das „mittlere“ Personal der Handelsangestellten erfuhr zwar eine stattliche Vergrößerung — darunter das Verwaltungs-, Kontor- und Bureaupersonal in 12 Jahren eine Erhöhung auf fast das Doppelte der bisherigen Zahl —, doch war diese Zunahme im Verhältnis zu dem des Gesamtpersonals im Handel und Verkehr ruhig, insbesondere im Vergleich zur Industrie, wo sich das technische Personal mehr als verdreifachte (von 3224 auf 10 156)

und das Kontor- und Bureaupersonal sich mehr als verdoppelte (von 6359 auf 13 241). Der industrielle „neue Mittelstand“ eilt somit in seiner zahlenmäßigen Entwicklung nicht nur absolut, sondern auch relativ — entsprechend dem kräftigeren Vorwärtsdrängen der württembergischen Industrie — dem in Handel und Verkehr voran.

Am markantesten kamen die unterschiedlichen Verhältnisse in Handel und Industrie in der Gruppe der „sonstigen Arbeitskräfte“, also der großen Masse der gewöhnlichen Arbeitskräfte, zum Ausdruck. Die Zunahme dieser abhängigen Arbeitsglieder bewegte sich im Handel ebenfalls in ebenmäßigen Bahnen; ihr prozentualer Anteil am Gesamthandelspersonal senkte sich sogar um ein Weniges, während in der Industrie die dort ausschlaggebende Gruppe von 203 147 Arbeitskräften auf 286 337 rasch stieg, wobei in auffallend steiler Kurve die Zahl der verheirateten Frauenarbeitskräfte von 4970 auf 11 960 sich hob, einer Gruppe, die im Handel nur $\frac{1}{2}$ % aller Arbeitskräfte bildet.

Dieses vom patriarchalischen Standpunkt aus günstige Bild des schwäbischen Handels verändert sich freilich im Sinne einer weit größeren Anhäufung der kapitalistisch abhängigen Angestellten und Arbeiter, wenn man von der „Durchschnittsberechnung“ für das ganze Land absieht und Städte und Land gesondert betrachtet. Alsdann zeigt sich, daß jene Anhäufung sich im wesentlichen auf verhältnismäßig wenige größere Plätze des Landes, in erster Linie Stuttgart, beschränkt, an diesen Konzentrationspunkten von Handel und Verkehr aber durch die rasche Ausdehnung der einzelnen Betriebe beträchtliche Fortschritte macht, während die Verhältnisse in den kleinen Städten und auf dem Land, wo die kleinen Handelsgeschäfte und Läden unter starker, vielfach ausschließlicher Mithilfe der Familienangehörigen geführt werden können, in sozialer Beziehung noch sehr einfach liegen.

Dieser einfachen Verfassung entsprechend überwiegen denn auch bei Handel und Verkehr des Landes in den rechtlichen Unternehmungsformen die Formen des Privatunternehmens und der einfacheren Handelsgesellschaften mit mehr persönlichem Charakter, insbesondere die offene Handelsgesellschaft; daneben findet sich sehr häufig auch die Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung; hingegen ist die Zahl der größeren kapitalistischen Unternehmerformen, der Kommanditgesellschaft und der Aktiengesellschaft, verhältnismäßig gering. Sie beschränkt sich im wesentlichen auf die größeren Industrie- und Handelsplätze, besonders Stuttgart; zu ihnen gehören die Großbanken, vereinzelt große Verlagsanstalten, Versicherungs- und Transportunternehmungen.

b) Warenhandel

Großhandel

Die neuzeitliche Entwicklung, die der Warenhandel Württembergs seit Mitte des letzten Jahrhunderts erfuhr und in den letzten Jahrzehnten beträchtlich ausbaute, hängt mit der neuzeitlichen Entwicklung des Verkehrs

und der Industrie des Landes aufs engste, ja unzertrennlich zusammen. Eisenbahn und Dampfschiff lösten auch hier den Handel von der bisherigen größeren örtlichen Gebundenheit und eröffneten ihm den Weg nicht nur zu allen deutschen Märkten, sondern auch zu den entferntesten Produktionsstätten und Handelsgebieten der Erde.

Die ständig wachsenden Bedürfnisse und Erfolge der aufblühenden jungen württembergischen Industrie brachten dem Handel neue größere Aufgaben und neue Betätigungsgebiete, neue Gewinnchancen und frische Impulse; er wurde Diener wie Schrittmacher für die Industrie. Seiner Sachkunde und Marktkennntnis, zum Teil auch seiner Kreditgewährung bedurften Industrie und Gewerbe zu Produktions- wie Absatzzwecken. Der Übergang zur fabrikmäßigen Massenproduktion, zur Arbeit auf Vorrat statt nur auf Bestellung in beschränktem Umfang, dazu der rasche Wechsel der Konjunkturen (s. oben) bedingte für die Industrie einerseits eine rechtzeitige Deckung mit den unentbehrlichen, überwiegend von auswärts, vielfach vom Ausland zu beziehenden Rohstoffen und Hilfsstoffen (Kohlen, Baumwolle usw.), andererseits die Sicherung eines möglichst gleichmäßigen und raschen Absatzes unter sorgfältigem Ausbau des bisherigen Absatzgebietes und unter Gewinnung immer neuer Absatzgebiete. Hierzu erwies sich die kaufmännische Kalkulations- und Vertriebsweise des Großhandels als unentbehrlich.

Neben der industriellen Bedarfsdeckung erschloß die mit der Industrialisierung steigende Zusammenballung von großen Konsumentengruppen in den Städten dem Großhandel aber auch noch ein zweites wichtiges Gebiet: die Massenversorgung der Konsumenten auf dem Gebiet der Nahrungs- und Genußmittel wie der Kleidung. Auch hier erforderte die Vorausberechnung und Deckung eines Massenbedarfs einen vielseitigen Ausbau der alten Handelszweige unter vielseitiger Spezialisierung für die einzelnen wichtigsten Bedarfsartikel.

Wenn die Handelshäuser der früheren Wirtschaftsepochen zumeist mehrere Gruppen von Waren gleichzeitig geführt hatten, so trat jetzt eine zunehmende Spezialisierung, ähnlich wie in der Industrie, auch im Warengroßhandel ein. Es bildeten sich zur Vertretung der einzelnen wichtigeren Artikel selbständige Handelszweige heraus, die sich ganz vorwiegend an den neuen Konzentrationspunkten des Verkehrs und der Industrie in den wenigen großen Städten des Landes ansiedelten. Hierbei trat auch im Handel eine sichtliche Landflucht auf.

Die lokalen Märkte früherer Zeit überlebten sich rasch. Mit Hilfe des Telegraphen wird es möglich, sich täglich über Tausende von Meilen von der internationalen Marktlage ein Bild zu machen und sich dieser Gesamtlage anzupassen. Die Börsen treten an die Stelle der Märkte. Die Kapitalisierung der riesigen Umsätze übernimmt in steigendem Maße das sich als Sonderzweig des Handels immer mehr ausbildende Bankgewerbe. Zur Regelung des Marktes in den stapelfähigen Hauptlebensmitteln und Futtermitteln bildete sich schon im Jahre 1901 eine feste Vereinigung von Geschäfts-

leuten, die „Landesproduktenbörse Stuttgart“. Wie bei der den Bedürfnissen der Textilindustrie dienenden „Industrie- und Handelsbörse“ in Stuttgart handelt es sich aber hier mehr um börsenähnliche Körperschaften, die satzungsgemäß den Zweck haben, den Mitgliedern durch regelmäßige Zusammenkünfte in den hierfür bestimmten Geschäftsräumen in Stuttgart „Gelegenheit zu gegenseitigen Mitteilungen über die geschäftliche Gesamtlage bestimmter Artikel und zum Meinungsaustausch hierüber sowie zur Anbahnung von geschäftlichen Abschlüssen zu geben“. Auch die dritte dieser Großhandelsinstitutionen, die „Effektenbörse“ in Stuttgart, die nach ihren Satzungen in erster Linie den „Handel in Wertpapieren, Wechseln, Banknoten und Geldsorten per Kasse“ betreiben will, das an den Zentralbörsen des Reichs im Mittelpunkt stehende spekulative Termingeschäft aber nur in der Form vorsieht, daß „Geschäfte mit bestimmter Lieferungszeit, wie sie das Kassengeschäft mit sich bringt, selbstverständlich nicht ausgeschlossen werden“, vermag den Vergleich mit den führenden Börsen Norddeutschlands, Mannheims und Frankfurts nicht auszuhalten. Die einfache Verfassung dieser drei der unmittelbaren Aufsicht der Handelskammer Stuttgart unterstellten „Börsen“ des Landes ist für die Gesamtlage des einheimischen Großhandels durchaus charakteristisch. An sich erweisen sich die Einrichtungen für die gegebenen, noch ganz im Werden begriffenen Verhältnisse als brauchbare und hinreichende Organe zur Lösung ihrer mehr dem inneren Verkehr des Landes gewidmeten Aufgaben.

Wenn der württembergische Großhandel bei allen Fortschritten auf einer ganzen Reihe von Gebieten — deren nachfolgend noch zu gedenken ist — gleichwohl im ganzen innerhalb Deutschlands keine maßgebende und nur in einzelnen Zweigen eine führende Rolle einnimmt, so ist bei der wenig günstigen Verkehrslage des Landes der Umstand von entscheidender Bedeutung gewesen, daß jener Konzentrationsprozeß im Handel, Geld-, Bank- und Börsenwesen, der schon innerhalb des Landes zu beobachten war, in größtem Stil auch innerhalb Deutschlands und in den angrenzenden Staaten, zuletzt auch auf den internationalen Weltmärkten sich unter Bildung einzelner beherrschender Handelszentren vollzog. So wurden innerhalb Deutschlands für die großen Standardartikel der internationalen Märkte die großen Überseeplätze Deutschlands bald zu großen „natürlichen“ Großhandelsmärkten, z. B. für Baumwolle Bremen usw. Daß durch solche Großhandelskonzentration der einheimische Großhandel, soweit er sich nicht an jenen Plätzen eine unmittelbare Vertretung schuf, starke Beeinträchtigungen erfahren mußte, ist ohne weiteres verständlich.

Weitere sehr wesentliche Hemmungen und Schwierigkeiten erwuchsen dem Warengroßhandel dadurch, daß namentlich seit den neunziger Jahren die Industrie sich innerhalb der einzelnen Branchen vielfach zu Kartellen zusammenschloß und durch Aufstellung fester Preisvereinbarungen seine Bewegungsfreiheit wesentlich einschränkte. Trotz erfolgreichen eigenen

Zusammenschlusses mußte der Großhandel, wollte er nicht durch die fortschreitenden direkten Beziehungen zwischen Fabrikanten und Kleinhändler, Produzenten und Verbrauchern allmählich ausgeschaltet werden, sich zu festen Abmachungen („Konditionen“) verstehen, die seine Dispositionsfreiheit einschränkten und seine Gewinnrate vielfach schmälerten. Zu diesen Einschränkungen traten in neuester Zeit die Bildung von Einkaufsvereinigungen des Kleinhandels und Kleingewerbes, die starke Entwicklung der Konsumvereine, Beamtenvereine usw., die vielfach durch direkte Eindeckung beim Produzenten und Fabrikanten den berufsmäßigen Großhandel ausschalteten, wobei indes — was nicht zu übersehen ist — in Wirklichkeit zwar die berufsmäßigen Großhändler „ausgeschaltet“, nicht aber die volkswirtschaftlich nützlichen, zum Teil unentbehrlichen Funktionen und Kalkulationen des Großhandels entbehrt werden konnten; diese werden entweder von den branchenkundigen Führern dieser Konsumentenvereinigungen ihrerseits übernommen, oder aber es traten bei mangelnder Branchenkenntnis empfindliche Mißerfolge ein. Bekanntlich hat es zum Teil auch die Industrie aus kalkulatorischen Gründen versucht, durch „direkten Absatz“ an den Kunden die Vermittlung des Großhandels zu „ersparen“. Auch diese Versuche sind indes oft genug, namentlich in den Fällen, wo es sich um den Absatz von Massenfabrikaten und um den Verkehr mit dem Ausland und mit Übersee handelt, mit starken Verlusten teuer bezahlt worden. Nicht nur, daß dabei die Gleichmäßigkeit und Raschheit des Absatzes litt, wobei die Unterbringung der Lagerbestände namentlich auch in Zeiten sinkender Konjunktur usw. Schwierigkeiten begegnete, sondern es rächte sich vielfach auch der Mangel an genauerer Kenntnis von Land und Leuten, von deren besonderen Bedürfnissen, Wünschen und den gewohnten Ansprüchen an die „Ausstattung“ der Waren, an Art und Länge der unterschiedlichen Kreditgewährung, nicht zuletzt auch der Zahlungsfähigkeit der Kundschaft („Bonität“) — die Kenntnis all jener subtilen geschäftlichen Einzelerfahrungen, deren Sammlung und Verwertung eben zu den Hauptaufgaben des Großhandels gehören und seinen wirtschaftlichen Wert festigen.

Unter den Sonderzweigen des Warengroßhandels zum Vertrieb industrieller Rohprodukte und Halbfabrikate, die in Württemberg eine namhafte Vertretung gefunden haben, sind in erster Linie der Holz-, Häute- und Drogenhandel, ferner der Handel in Lumpen und Pukwolle, in Borsten und Faserstoffen sowie der Garnhandel zu nennen.

Der Holzhandel hat in Württemberg seit Jahrhunderten eine vielfache Stütze gehabt. Hauptsitze waren der Schwarzwald und die für die Flößerei günstig gelegenen alten Handelsstädte Heilbronn und Ulm. Fast ausschließlich wog infolge des Walddreichtums des Landes und seiner verhältnismäßig geringen Besiedelung ehemals das Exportgeschäft vor. Die allgemeine industrielle Entwicklung des Landes, das Emporblühen namhafter Holz verarbeitender Industrien (Möbelindustrie und sonstige Verarbeitung feiner Hölzer, Klavierindustrie usw.) und das ständige Anwachsen der Bevölkerung

(Bautätigkeit) haben heute den Holzimport weitaus in den Vordergrund geschoben. Wertvolle Holzarten werden aus dem Ausland (Skandinavien, Rußland, Nordamerika usw.), Rundhölzer insbesondere aus Bayern und Österreich-Ungarn bezogen. Hauptsitz des Holzhandels sind heute Heilbronn, daneben Stuttgart, Ulm und verschiedene Plätze im Schwarzwald.

Innerhalb des Häutegroßhandels ist es Stuttgart gelungen, sich in Deutschland eine führende Rolle neben Hamburg für den Import von überseeischen Häuten, insbesondere in der Einfuhr von Ripsen aus den großen Überseegebieten (Indien, China, Südamerika), zu sichern. Die Nähe namhafter Lederfabriken und sehr bedeutender, in erster Linie Oberleder verarbeitender Schuhfabriken im Handelskammerbezirk Stuttgart sicherten ein vorteilhaftes Hand-in-Hand-Arbeiten zwischen Industrie und Handel. Hingegen ist der Großhandel in deutschen Häuten, abgesehen von kleiner Ware (Schaf-, Ziegen-, Hasenfellen usw.), außerordentlich zurückgegangen, weil in neuerer Zeit die Metzgergenossenschaften ihre Waren direkt in öffentlichen Versteigerungen und durch Verkaufszentralen an die industriellen Weiterverarbeiter abzugeben wissen. — Der einheimische Lederhandel pflegt, seitdem die größten Schuhfabriken ihren Bedarf unmittelbar bei den Lederfabriken decken, ja sich solche oft angegliedert haben, vorwiegend mit der Versorgung kleiner und mittlerer Fabriken, der Maßgeschäfte usw. sich zu befassen.

Im Drogengroßhandel hatten die Medizinaldrogen von Stuttgart jahrzehntelang eine sehr bedeutende, ja führende Rolle. Das Emporkommen großkapitalistischer Konkurrenzen in Norddeutschland, Mannheim, München usw., das Überhandnehmen der fabrikmäßig hergestellten und vertriebenen „Spezialitäten“ in der Pharmazie sowie die Gründung von Einkaufsgenossenschaften der Apotheker und Kleindrogisten haben den Zweig indes stark eingeschränkt. Immerhin ist er auch heute noch in Stuttgart namhaft vertreten. — Hier findet sich auch ein nicht unerheblicher Handel in technischen Drogen, Farb- und Gerbstoffen und deren Extrakten und Chemikalien.

Einen sehr beträchtlichen, jährlich in viele Millionen Mark gehenden Umsatz hat der Großhandel in Lumpen und Puzwolle im Stuttgarter Handelskammerbezirk gefunden.

Gut vertreten ist dort auch der Handel in Borsten und Faserstoffen.

Der Großhandel in wollenen und baumwollenen Garnen, der früher vorwiegend englische Fabrikate vertrieb, hat sich seit dem machtvollen Emporkommen der deutschen Spinnereien und Zwirnereien vorwiegend der deutschen Ware zugewendet und eine recht günstige Entwicklung und Ausdehnung im Lande erfahren. Namhafte Unternehmungen bestehen in Stuttgart, Heilbronn, Cannstatt, Reutlingen, Ulm usw. Vielfach ist dieser Geschäftszweig gleichzeitig mit dem Großhandel in Posamentier- und Kurzwaren verknüpft.

Eine hervorragende Bedeutung kommt in Württemberg von jeher dem Manufakturwarengroßhandel zu. Die moderne Entwicklung der

deutschen, nicht zuletzt auch der württembergischen Textilindustrie und deren außerordentliche Spezialisierung, ferner der mit der wachsenden Bevölkerung entstehende Massenbedarf und seine Deckung durch die „Konfektion“ (an Stelle der alten Sitte, die Kleidungsstücke im Haus anzufertigen), endlich der mit der steigenden Konsumkraft und erhöhten Lebenshaltung zunehmende Wechsel in der Mode eröffneten dem Manufakturwarengroßhandel auch unsrer Zeit ungeahnt viele neue Erwerbsgebiete und differenzierten ihn in wenigen Jahrzehnten in weitgehendster Weise. Hauptsitz des württembergischen Manufakturwarengroßhandels ist Stuttgart, daneben weisen Ulm, Reutlingen und Heilbronn namhafte Niederlassungen auf.

In anderen früher bedeutenden Großhandelszweigen mit industriellen Roh- und Hilfsstoffen haben die Syndikate den freien Großhandel lahmgelegt. So wurde der freie Handel ausgeschaltet im Großbezug von Kohlen für die Fabriken durch das bekannte „Kohlenkontor“, durch die Spirituszentrale in Spiritus, durch die großen Petroleumtrusts in Petroleum. Ebenso haben in Eisen die großen Syndikate der Produzenten, insbesondere der Stahlwerksverband, den Großhandel gebunden.

Unter den sonstigen Großhandelszweigen in industriellen Produkten seien wenigstens genannt: Schuhgroßhandel (im Anschluß an die hervorragenden Großbetriebe der Schuhfabrikation namentlich des Handelskammerbezirks Stuttgart), Bettfedernhandel (in Verbindung mit der bedeutenden Bettfedernindustrie im gleichen Bezirk), Papier- und Papierwarenhandel, Glas- und Porzellanhandel.

Unter den bedeutenderen Großhandelszweigen in Konsumartikeln sind in Württemberg in erster Linie der Großhandel in Kolonialwaren (Kaffee, Tee, Südfrüchten usw.) und einheimischen Erzeugnissen, insbesondere Getreide und sonstige Landesprodukte, Zucker, Wein und Obst, zu nennen:

Im Kaffeegroßhandel war Württemberg lange Zeit von den großen See-Einfuhrplätzen Hollands (Rotterdam, Amsterdam) sowie von Hamburg und dem Umschlagsplatz Mannheim abhängig; nur Heilbronn mit seinem Wasserweg vermochte sich zeitig einen größeren Anteil zu sichern. Mit der Befreiung des Verkehrs durch die Eisenbahn konnte der Großhandel auch weiteren Fuß im Lande fassen; andererseits schuf ihm die Zentralisation des Kaffeegeschäftes an den Überseeplätzen, namentlich Hamburg, ferner die Gründung von großen Kaffeespezialgeschäften und -Versandhäusern beträchtliche Konkurrenzschwierigkeiten. Immerhin ist es namentlich Heilbronn und weiterhin Stuttgart gelungen, sich dauernd zu behaupten. An diesen beiden Plätzen konzentriert sich auch der Großhandel in Tee.

Der württembergische Zuckergroßhandel hat seinen Hauptsitz in Stuttgart und Heilbronn, wo er in erster Linie Großabnehmer der dort ansässigen Zuckerfabriken ist, daneben aber auch erhebliche Umsätze mit anderen bedeutenden deutschen Zuckerfabriken erzielt.

Auch für Südfrüchte sind Stuttgart und Heilbronn die Hauptstapelplätze, während für Gewürze daneben noch Ulm, Reutlingen, Vöhringen usw. in Frage kommen.

Der Getreidegroßhandel hat in Württemberg erst eine größere Bedeutung gewonnen, seit das Anwachsen der Industriebevölkerung und der damit zusammenhängende gesteigerte Konsum dazu zwang, von der ursprünglich vorherrschenden, verhältnismäßig bescheidenen Ausfuhr an württembergischer Frucht zur Einfuhr, insbesondere von Weizen aus den Vereinigten Staaten, Rußland, Südamerika usw., und von Futtergerste (namentlich aus Rußland) überzugehen. Er blieb indes hierbei von dem durch den Wasserweg begünstigten Mannheim, dem Hauptgetreidestapelplatz für Süddeutschland, abhängig. Wie naheliegend, konnte zuerst Heilbronn einen größeren Anteil an der Einfuhr an sich ziehen. Mit der Ausdehnung der Verkehrswirtschaft und dem Überwiegen des börsenmäßigen Umsatzes trat auch Stuttgart mit der Landesproduktenbörse kräftiger in den Vordergrund. Heilbronn und daneben Stuttgart sind denn auch heute weitaus die bedeutendsten Mittelpunkte der Branche, daneben ist noch Ulm, Reutlingen u. a. für Spezialartikel in Landesprodukten zu nennen.

Ein verhältnismäßig junger Handelszweig ist der Großhandel in Hopfen. Die frühere Abhängigkeit der einheimischen Brauereien vom Hopfenmarkt in Nürnberg, in Böhmen usw. ist durch den erfolgreichen eigenen Hopfenbau in Württemberg, namentlich in den Oberämtern Rottenburg und Tettnang (seit den vierziger Jahren) und durch das damit verbundene Emporkommen des württembergischen Hopfengroßhandels wesentlich eingeschränkt worden. Seit 1891 besitzt Stuttgart einen eigenen Hopfenmarkt, der indes für den inländischen Bedarf keine beherrschende Rolle spielt, da sich die Brauereien heute an den Anbauplätzen selbst einzudecken pflegen. Die Absatzgebiete des württembergischen Hopfengroßhandels erstrecken sich aber weit ins Ausland; besonders England und die Vereinigten Staaten sind Abnehmer. Namhafte Hopfenfirmen befinden sich in Stuttgart-Cannstatt, Laupheim, Rottenburg, Tübingen, Ulm, Tettnang usw.

Ebenfalls recht jung noch ist der württembergische Großhandel in Wein. Erst die erleichterten Bezugsmöglichkeiten durch die Eisenbahn und die Hebung der Zahlkraft und Konsumfähigkeit in den Städten erhöhten in Württemberg mit seinem vielverzweigten Weinbau das Bedürfnis nach größeren Bezügen in deutschem und ausländischem Wein neben der nach wie vor bevorzugten Bedarfsdeckung im eigenen Land aus eigenem Gewächs. Indes hat der einheimische Großhandel sowohl von außen infolge der starken Konkurrenz der sehr bedeutenden Versandgeschäfte und Weingroßhandlungen am Rhein, an der Mosel, in Frankreich usw., wie auch im Lande durch den von alters her in Schwaben beliebten Einkauf auch im großen an der Kelter und durch das Erstarken der Weingärtnergenossenschaften keinen leichten Stand. Hauptstütze des Weingroßhandels sind Stuttgart und Heilbronn; daneben wäre noch

eine ganze Reihe von Plätzen wie Ulm, Ellwangen, Tübingen, Rottweil, Mergentheim usw. zu nennen.

Einen sehr bedeutenden Aufschwung hat in neuerer Zeit auch der Großhandel in Obst erfahren. Trotzdem Württemberg einen der umfangreichsten Obstgärten Deutschlands darstellt (über 9 Millionen tragbare Bäume), ist seine Obsteinfuhr — allerdings weniger das hochwertige Tafelobst als das zur Herstellung des volkstümlichen „Mostes“ verwendete Mostobst — in ständigem Wachsen. Der Mostobstmarkt in Stuttgart ist der größte der Welt.

Detailhandel

Die erhebliche Bedeutung, die dem Detailhandel, d. h. dem Handel, der unmittelbar an den Verbraucher (nicht, wie der Großhandel, ausschließlich an Wiederverkäufer) absetzt, in Württemberg sowohl nach seiner örtlichen Ausdehnung wie der Zahl der an ihm beschäftigten Personen nach zukommt, ist bereits einleitend in diesem Abschnitt gedacht worden. Die Wandlungen, die er innerhalb der letzten Jahrzehnte erfuhr, sind sehr vielseitiger, zum Teil außerordentlicher Natur: Für den Kleinhandel der „Provinz“ liegen die Zeiten nicht allzufern zurück, wo eine große Anzahl von Handwerkern und sonstigen Kleingewerbetreibenden neben der Produktion auf Bestellung Ware regelmäßig auf den Märkten feilbot. Dieser Handel läßt sich auch heute noch bei den periodischen Warenmärkten und auf dem „platten Land“ — vom ortsansässigen Kleinhandel ungern gesehen — beobachten; der Schwerpunkt des Detailvertriebs hat sich aber auch auf den kleinen Plätzen in das Ladengeschäft verlegt. Zu dem Kleinhändler auf dem Dorf, der „alles“ führt, sind in den Kleinstädten bereits Spezialgeschäfte für Kleidung und die wichtigeren Konsumhandelsartikel (Manufakturwarengeschäfte), Schuh- und Lederwarenhandlungen, „Spezerei- und Kolonialwarengeschäfte“, Eisenwarenhandlungen usw. getreten.

Ein völlig neues Gesicht aber hat der Kleinhandel in den größeren Industriestädten, in erster Linie, wie bereits erwähnt, in der Großstadt des Landes, erhalten: dem inneren Aufbau nach durch eine den Großhandel noch übertreffende Spezialisierung, der äußeren Erscheinung nach durch die glänzende Ausstattung der Läden und die bedeutende Ausdehnung der Geschäftsräume. Auch entstanden neue Typen von Detailgeschäften beträchtlichen Umfangs, die zur Erleichterung der Käufer auf eine Kombination praktisch zusammengehöriger verschiedenartiger Waren Bedacht nahmen; so entstanden aus dem alten Eisenkramladen die bedeutenden Geschäfte für Haushaltungs- und Rükeneinrichtungen, in denen man vom Besen bis zum Kochherde sich in allen Bedarfsartikeln des Hauses eindecken kann, die also Gegenstände aus den verschiedensten Materialien (Holz, Eisen, Kupfer, Porzellan usw.) wieder vereinigen. Am weitesten gehen hierin bekanntlich die Warenhäuser, die zu den Stapelartikeln jeder Art und Gattung auch noch die frischen Nahrungsmittel fügten.

Aus der Differenzierung des Geschmacks, der Erhöhung der Ansprüche des kaufenden Publikums und dem raschen Wechsel der Mode erwuchsen dem Kleinhandel zulezt doch — so sehr hierdurch andererseits freilich auch seine „Spesen“ und das Geschäftsrisiko stieg — neue Kräfte und dem Unternehmungsgeist in seinen Reihen immer neue geschäftliche Anregung. Je höher die Spezialisierung und Verfeinerung der Waren wie die Differenzierung des Geschmacks, um so unentbehrlicher erscheint zur erfolgreichen „Bedienung“ des Publikums eine sorgfältige kaufmännische Schulung und eingehende Branchenkunde und um so mehr steht auch dem tüchtigen und kundigen Kleinhändler unsrer Zeit das Feld zur weiteren erfolgreichen Betätigung offen.

Und dies trotz der vielen und starken Feinde, Widerstände und Schwierigkeiten, die die moderne Entwicklung des Geschäftslebens für das Detailgeschäft mit sich gebracht hat. Als „Segner“ werden auf seiten der kleineren Geschäfte namentlich die Warenhäuser, die Versandgeschäfte und andere neuzeitliche Großdetailgeschäfte empfunden, und zwar keineswegs nur in der Großstadt, sondern auch in den kleineren Industriep läzen, ja auf dem Lande, weil jene kapitalkräftigen „Großbetriebe im Kleinhandel“ nicht nur ein weites Netz von Filialbetrieben selbst über die mittleren Städte ausgebaut, sondern ihren Geschäftsradius auch mittels Kraftwagen über die örtlichen Niederlassungen hinaus weit in die Vororte und vielfach bis ins Land ausgedehnt haben. Ferner macht sich in Konsumartikeln die starke Ausdehnung der Konsumvereine mit ihren vielen Filialbetrieben in den einschlägigen Branchen empfindlich bemerkbar. Dazu hat die ständige Vermehrung der Geschäfte überhaupt den Konkurrenzkampf unter den Kleinhandeltreibenden selbst wesentlich verschärft; er fordert heute erhöhte Auslagen für Reklame, Geschäftsausstattung usw. Endlich mindert, namentlich auf den kleineren Plätzen, die eingehende Bearbeitung der Kundschaft durch das „Detailreisen“ der großen Geschäftshäuser aus allen Teilen Deutschlands wie auch der Hausierhandel, der in Württemberg 1910 noch 11 330 steuerpflichtige Personen umfaßte, ferner Wanderlager und Wanderauktionen die Einkünfte des ortsansässigen Handels.

Auf der anderen Seite hat es nach vielen vergeblichen Ansätzen der Kleinhandel verstanden, seine ursprüngliche Zersplitterung mehr und mehr zu überwinden und durch örtlichen Zusammenschluß in rührigen Handels- und Gewerbevereinen, durch gemeinsame Arbeit und gegenseitige Verständigung in Branchenverbänden und in den „Rabattsparevereinen“ den hauptsächlichsten Mißständen im Geschäftsleben, wie sie insbesondere aus ungesunden Unterbietungen, marktshreierischer, irreführender Reklame und insbesondere durch das Borgunwesen entstanden und früher sehr schwer niederdrückten, erfolgreich zu begegnen. Dazu wissen sich heute in verschiedenen Zweigen des Kleinhandels auch die Detaillisten die Vorteile des Großbezugs durch Gründung von „Einkaufsgenossenschaften“ u. dergl. (z. B. in der Kolonialwarenbranche) zu sichern und damit ihren wirtschaftlichen Segnern gegenüber ihre Konkurrenz-

stellung zu festigen. Die Entwicklung erscheint hierin noch nicht abgeschlossen. In diesem festeren Zusammenhalt der Kleinkaufmannschaft liegt jedenfalls die beste Gewähr für eine weitere gedeihliche Entwicklung des Detailhandels.

c) Sondergebiete des Handels

Unter den großen Sondergebieten des einheimischen Handels scheiden zwei große Gruppen hier aus, das Bankwesen und das Versicherungswesen, auf deren Bedeutung in Sonderdarlegungen von anderer Seite hingewiesen werden wird.

Eine weitere Sondergruppe bilden die zahlreichen „Verkehrsgewerbe“, die Hilsgewerbe des Handels darstellen: Hierher gehören die verhältnismäßig bescheidenen privaten Eisenbahnen (Württembergische Nebenbahnen A.-G. und Württembergische Eisenbahngesellschaft), das namentlich in Groß-Stuttgart, Heilbronn, Ulm, Reutlingen und Friedrichshafen wie auch in den kleineren Industrieplätzen aufblühende Speditionsgewerbe, Sammel-Ladungsgeschäft, der Lagereibetrieb und das Hotelgewerbe.

All diese Sondergebiete können hier nur eben gestreift werden.

Einer besonderen Hervorhebung bedarf hingegen noch ein Handelsgebiet, auf dessen hervorragende, über die Grenzen des Landes weit hinausreichende Bedeutung das Schwabenland mit Recht stolz ist: der Verlagsbuchhandel mit seinen Hilsgewerken.

Die ruhmvolle Geschichte des Stuttgarter Verlagsbuchhandels — dessen Ruf mit der Übersiedlung des Cotta'schen Geschäfts von Tübingen nach Stuttgart (1810) sich gründete — braucht hier nicht wiederholt zu werden. Aufgebaut wurde er einerseits auf der unerschöpflichen Fülle neuen deutschen Geisteslebens im 19. Jahrhundert und dem Unternehmungsgeist weitblickender, genialer Verleger andererseits, die es verstanden, die bedeutendsten literarischen Geister ihrer Zeit heranzuziehen und in nahem persönlichem Austausch eine ideale Zusammenarbeit zwischen literarischer Produktion und deren buchhändlerischer Verwertung zu sichern.

Die Begründer des literarischen Weltrufs des Stuttgarter Verlagsbuchhandels hinterließen ein gewichtiges Erbe, dessen Weiterführung dem Verlagsbuchhandel unserer Zeit keine geringe Aufgabe stellte. Die starken Umwälzungen im Wirtschafts- und Geistesleben Deutschlands waren Stuttgart zunächst nicht günstig. Wenn früher unter der politischen Gebundenheit Deutschlands das freier gesinnte Schwabenland unter seinem weitblickenden König Wilhelm I. den Denkern und Dichtern des werdenden neuen Deutschlands eine Freistätte bot und sie an sich zog, so übte nach der politischen Befreiung Deutschlands um die Mitte des 19. Jahrhunderts und nach der politischen Einigung des Reiches 1871 nunmehr die neue Reichshauptstadt eine starke Anziehungs- und Konzentrationskraft wie im geschäftlichen, so auch im literarischen Leben aus. Dies konnte auf die Dauer nicht ohne starke

Einwirkung auch auf das Stuttgarter Verlagsgeschäft bleiben. Neben Berlin und der alten Buchhändlerstadt Leipzig erwuchs dem einheimischen Buchhandel dazu in dem künstlerisch gerichteten München ein neuer bedeutender Konkurrent.

Aus der Fülle dessen, was in nimmermüdem Bestreben geleistet wurde, können hier nur zur Charakterisierung der außerordentlichen Vielseitigkeit des heutigen Verlagsbuchhandels die größeren Gebiete herausgegriffen werden: So ist zu erinnern an die großen Volksausgaben unserer Klassiker, die auch den Minderbemittelten den Besitz der besten Werke ermöglichen, an die außerordentlich reichhaltigen Jugendschriften belehrender und unterhaltender Art (auch Bilderbücher, Märchenbücher usw.), an den in sich wieder vielverzweigten Verlag von naturwissenschaftlichen und technischen Werken, an die Herausgabe politischer Schriften verschiedener Richtung, Memoiren, Volkschriften aller Art, billiger, auf den Massenbezug berechneter schöngeistiger und unterhaltender Literatur, insbesondere von Romanen (gesellschaftliche Romane, historische Romane usw.), von Werken über Kunst und Kunstgewerbe, ferner an die Prachtausgaben unserer Klassiker, an zahlreiche illustrierte Reisebeschreibungen usw. Ungewöhnliche Reichhaltigkeit weist auch der Zeitschriftenverlag auf, der ebensowohl den Bedürfnissen der Jugend wie der Familienunterhaltung, den wissenschaftlichen wie den literarischen Strömungen unserer Zeit zu dienen bemüht ist.

Daß im Gefolge des Verlagsbuchhandels das buchhändlerische Kommissionsgeschäft sowie die sogenannten Barsortimente und der Sortimentsbuchhandel eine beträchtliche Ausdehnung gewonnen haben, sei hier nur angedeutet.

Starke geschäftliche, durch kapitalistische Konzentration auch auf diesem Gebiet beschleunigte Änderungen, die selbst im Buchhandel zu bedeutenden Gründungen in Form der „Aktiengesellschaft“ führten, sind so im Verlaufe der letzten Jahrzehnte an den Stuttgarter Verlagsbuchhandel herangetreten. Kleinere, ältere Unternehmungen wurden aufgesogen, andere Unternehmungen zusammengelegt; dort schieden sich Spezialzweige aus und bildeten neue selbständige Unternehmungen; hier wieder traten sie in ein kartellartiges Verhältnis zueinander. Wie stark aber auch der Umwandlungsprozeß im einzelnen war: neues Leben drängte immer wieder auf dem alten starken Stamme nach, so daß man hoffen darf, daß auch unter den erschwerten Konkurrenzverhältnissen Stuttgart seinen Rang als einen der Hauptsitze des deutschen Verlagsbuchhandels behaupten wird.

Nicht unerwähnt bleibe endlich, daß neben Stuttgart als namhafte Stätten des Verlagsbuchhandels in erster Linie noch Tübingen (namentlich für den Verlag wissenschaftlicher Werke) und Reutlingen (in erster Linie für den Verlag von Jugend- und Volkschriften) sich einen festen Ruf begründet haben; auch Ulm, Heilbronn, Eßlingen und Ravensburg wären noch zu nennen.

V. Staatliche Industrie- und Gewerbeförderung in Württemberg. Gesetzliche Vertretung von Industrie und Handel

Das vorgezeichnete Bild des württembergischen Gewerbesfleißes, das von viel Mühe und Arbeit, aber auch von Erfolgen und kraftvollem Vorwärtsdrängen erzählt, verdient insofern eine Ergänzung, als wenigstens in Kürze noch der wichtigsten staatlichen Maßnahmen zur Förderung von Industrie und Gewerbe im Lande und der Körperschaften gedacht werde, in deren Händen gesetzlich die Pflege von Industrie, Gewerbe und Handel gelegt wurde: der Rgl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel als Mittelpunkt der gesamten Industrie, Kleingewerbe und Handel umfassenden staatlichen Gewerbeförderung in Württemberg und der Handelskammern als der gesetzlichen Interessenvertretung von Industrie und Handel.

Auf dem Gebiete der Industrie- und Gewerbeförderung, das der Rgl. Zentralstelle als große und dankbare Aufgabe anvertraut ist, wurde — und wird noch heute — Außerordentliches in Württemberg geleistet. Unentbehrlich schien diese staatliche Hilfe und Fürsorge auch für die Industrie in jener Zeit, als die alten Grundlagen des gewerblichen Lebens zerfielen und auf ihren Trümmern die neue „industrielle“ Welt aufzubauen war. Mit welcher Energie und welch großem Erfolge damals die helfende Hand des Staates durch die im Jahre 1848 hierfür ins Leben gerufene Rgl. Zentralstelle eingriff, indem sie unter beträchtlichen materiellen Beihilfen neue Industrien ins Land zog, neuzeitliche Maschinen einführte und industrielle Führer und Arbeitskräfte zu gewinnen wußte, die Wunden zu heilen und das Neue allenthalben zu fördern suchte — daran wurde bereits im einleitenden Kapitel erinnert. Heute, wo die Industrie in den Sattel gehoben ist und längst selbständig reiten gelernt hat, liegt der Schwerpunkt der vielseitigen Gewerbeförderung der Rgl. Zentralstelle in der „Fürsorge für die Ausbildung und Fortbildung der Handel- und Gewerbetreibenden und in der sonstigen fördernden Einwirkung auf die wirtschaftliche und technische Hebung in Industrie, Gewerbe und Handel“. Ferner kommt der Rgl. Zentralstelle nach ihren „Grundbestimmungen“ zu „die Beratung der Staats- und Gemeindebehörden in wirtschaftlichen, sozialpolitischen und technischen Fragen, die Vermittlung von Wünschen des Gewerbe- und Handelsstandes und Beantragung von Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung bei den zuständigen Behörden“ sowie die „Fürsorge für die Arbeitnehmer in Gewerbe und Handel“.

Ihre erziehlische, unterrichtende und belehrende Aufgabe sucht sie heute zu verwirklichen durch ausgedehnte und ausgezeichnete Sammlungen, durch Veranstaltung von Veröffentlichungen, Vorträgen, Wettbewerben, Ausstellungen, Unterrichtskursen auf den verschiedensten Gebieten, durch Unterstützung von Lehrenden und Lernenden sowie von

gewerblichen Anstalten und Einrichtungen aller Art zur Förderung von Gewerbe und Handel (z. B. gewerblichen Vereinigungen, Genossenschaften, Unterrichtsveranstaltungen usw.), insbesondere aber auch durch eigene Errichtung, Leitung und Unterhaltung von gewerblichen Schulen und besonderen Anstalten.

Unter diesen der Rgl. Zentralstelle unmittelbar unterstellten „besonderen Anstalten“ auf industriellem Gebiet sind namentlich zu nennen: das bereits genannte Landesgewerbemuseum mit seinen hervorragenden technischen und kunstgewerblichen Sammlungen und seiner reichhaltigen Bibliothek nebst Vorbildersammlung, die Beratungsstelle für das Baugewerbe und die dieser angegliederte Modellierwerkstätte, die Technische Beratungsstelle, die Beratungsstelle für gewerblichen Rechtsschutz, die Handelsauskunftsstelle (sämtlich in Stuttgart) sowie das Prüfungsamt für Textilstoffe (Reutlingen). Hierher gehört auch das chemische Laboratorium der Rgl. Zentralstelle in Stuttgart, das den Gewerbe- und Handeltreibenden Gelegenheit gibt, gegen mäßige (für Kleingewerbetreibende und deren Genossenschaften usw. noch besonders verbilligte) Gebühren Rohstoffe, Hilfsstoffe und Fabrikate einer zuverlässigen Untersuchung auf Zusammensetzung, Güte und Wert unterziehen zu lassen.

Als für die Industrie bedeutungsvollste, der Leitung und Aufsicht der Rgl. Zentralstelle unterstellte Unterrichtsanstalten sind noch im besonderen hervorzuheben: das Technikum für Textilindustrie in Reutlingen, die Webschulen in Sindelfingen und Laichingen, die Weblehrwerkstätte für Handweberei in Sontheim, die Stickschule für Handstickerei in Wollschlügen, die Fachschule für Feinmechanik, Uhrmacherei und Elektromechanik in Schwenningen, die Fachschule für Edelmetallindustrie in Schwäbisch-Gmünd, die Fachschule für das Buchdruckgewerbe in Stuttgart, die Lehrwerkstätte für das Gerbereigewerbe in Meßingen, die Käseereilehr- und Versuchsanstalt in Wangen (Allgäu), drei Bauhandwerkerschulen in Vöhringen, Schwäbisch-Hall und Rottweil sowie die Baugewerkschule in Stuttgart und die höhere Maschinenbauschule in Esslingen. Dazu treten noch außerordentlich zahlreiche Veranstaltungen für das Handwerk, deren an anderer Stelle in einem besonderen Kapitel gedacht wird; unter ihnen sind die Lehrlingswerkstätten für die Jugend und die praktisch-technischen, die theoretisch-technischen und die kunstgewerblichen Meisterkurse sowie der baugewerbliche Meisterkurs zur Weiterbildung der selbständigen Gewerbetreibenden von hervorragender Bedeutung für die gewerbliche Durchbildung im Lande.

Die bedeutendste unter diesen vorstehend genannten Anstalten ist zweifellos das Technikum für die Textilindustrie in Reutlingen, das sich aus einer mit vereinigten Mitteln des Staates und der Stadt Reutlingen ursprünglich nur für Handweberei eingerichteten bescheidenen Fachschule unter allmählicher Erweiterung durch Einrichtung einer Abteilung für mechanische Weberei (1865), für Wirkerei (1876), für Spinnerei (1891),

einer Musterzeichnerschule (1898) und einer Abteilung für Appretur und Färberei (1903) zu einer der ersten technischen Lehranstalten Deutschlands emporgeschwungen hat, die vielfach vorbildlich im Reiche wirkt. Eine doppelte Aufgabe stellt sich dieses Technikum: es will durch gründlichen theoretischen und praktischen Unterricht tüchtige Textiltechniker, Fabrikanten, Fabrikdirektoren, Musterzeichner, Spinnmeister, Web- und Wirkmeister für die verschiedenen Zweige der Textilindustrie ausbilden und die textilindustriellen Kreise im besonderen mit der Konstruktion der Spinn-, Web-, Wirk-, Strick-, Bleich- und Appreturmaschinen bekannt machen; zum anderen auch jungen Kaufleuten Gelegenheit geben, sich die wichtigsten technischen Kenntnisse namentlich über die verschiedenen Rohstoffe, Gespinste, Gewebe und deren Behandlung, Herstellung und Prüfung zu verschaffen. Diese verschiedenen Abteilungen enthalten denn auch für alle genannten Unterrichtszweige Sortimente von Maschinen, die fabrikmäßig täglich in Gang gesetzt werden. Der technische Schulbetrieb ist Sache eines aus Textilindustriellen bestehenden Webstuhlvereins. Von praktischem Wert ist der Umstand, daß organisatorisch die Schule in steter Fühlung mit den Fortschritten in der Textilindustrie ist.

Die übrigen genannten Einzelschulen haben enger begrenzte und niedriger gesteckte Lehrziele und bilden insofern eine Ergänzung des Technikums, als sie den besonderen örtlichen Bedürfnissen der dort ansässigen Textilindustriezweige dienen. Sie geben den jugendlichen Arbeitern und Lehrlingen der Fabrik- und Hausindustrie Gelegenheit, sich auch ohne Aussetzung der Berufsarbeit in den Abendstunden Kenntnisse und Fertigkeiten (Musterzeichnen, Materialkenntnis usw.) zu erwerben, und können zugleich als Vorschule für das Reutlinger Technikum besucht werden. Damit sorgen sie an den einzelnen Plätzen unmittelbar für den unerläßlichen Nachwuchs an sorgfältig ausgebildeten Arbeitern und Technikern. So macht sich die Webschule in Laichingen die Förderung der Leinenindustrie in den Alborten zur Aufgabe; die Webschule in Sindelfingen die Vor- und Weiterbildung der Arbeiterschaft für die dortige Tapissier- und Jacquardweberei. Die Weblehrwerkstätte in Sontheim und die Stickschule in Wolfschlugen dienen der Hebung der dortigen Hausindustrien. — Die Spitzenklöppelschule in Rönngen, die die dort seit langem eingebürgerte Hausindustrie fördern will, hat insofern eine Sonderstellung, als sie nicht wie die vorgenannten eine staatlich unterstützte Gemeindevorrichtung, sondern ein gemeinnütziges Privatunternehmen ist, das von der Rgl. Zentralstelle durch Gewährung eines Beitrags unterstützt wird.

Während die wichtigeren dieser für die Textilindustrie bestehenden staatlich unterstützten Fachschulen hauptsächlich der Großindustrie dienen sollen, stellt die 1900 ins Leben gerufene Fachschule für Feinmechanik einschließlich Uhrmacherei und Elektromechanik in Schwenningen eine für die Großindustrie wie für das Handwerk bestimmte rein staatliche Unterrichtsanstalt dar. Sie hat den Zweck, in den verschiedenen

Zweigen der Feinmechanik tüchtige und erfahrene Werkmeister heranzubilden und auch selbständigen Gewerbetreibenden eine gediegene Ausbildung zu ermöglichen sowie Industrie und Kleingewerbe in mechanisch-technischen Angelegenheiten durch Erteilung von fachmännischem Rat zur Seite zu stehen.

Die Fachschule für das Buchdruckgewerbe in Stuttgart ist eine Schöpfung des „Vereins der Stuttgarter Buchdruckereibesitzer“, die durch Beiträge des Staats, der Stadt Stuttgart und der Vereinsmitglieder gestützt wird und dazu bestimmt ist, die praktische Werkstattelehre für Lehrlinge der beiden letzten Lehrjahre durch geeigneten, in den Abendstunden erteilten Unterricht in technischen Fächern zu ergänzen (Setzer- und Druckerabteilung) und damit für einen gründlich geschulten Gehilfenstand Sorge zu tragen.

Die Lehrwerkstätte für das Gerbereigewerbe in Mezingen will im Rahmen einer Handwerkslehre tüchtige Vorarbeiter, Werkführer und Handwerksmeister heranbilden, erstreckt sich demgemäß auch nicht auf das moderne Schnellgerbverfahren, ist aber doch mittelbar durch die fachmännische Bildung des gewerblichen Nachwuchses auch für die Industrie von Wert.

Gegenüber all diesen außerordentlich vielseitigen, auf die Berufsbildung und Berufsberatung in Industrie, Gewerbe und Handel hinielenden staatlichen Maßnahmen ist die Gewährung staatlicher Kapitalien an gewerbliche Privatunternehmungen, die in der Zeit des unentwickelten Bank- und Kreditwesens bei Reorganisation des gesamten gewerblichen Lebens sehr beträchtlich war, naturgemäß wesentlich zurückgetreten. Solche Beiträge werden heute vorzugsweise nur noch an kleingewerbliche Unternehmungen gewährt und auch dann nur in Fällen, wo damit ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse gefördert wird; so in erster Linie, wenn es sich um die Einführung eines im Lande noch nicht vertretenen Industrie- oder Gewerbezweiges handelt, ferner zur Unterstützung von Hausindustrie und zu einmaligen Unterstützungen neuer Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften im Kleingewerbe u. a.

Die Handelskammern sind die gesetzlichen Interessenvertretungen für Industrie und Handel, während die gesetzliche Interessenvertretung des Handwerks den Handwerkskammern übertragen ist. Württemberg ist seit den fünfziger Jahren in nicht weniger als acht Handelskammerbezirke (mit den Sitzen in Stuttgart, Heilbronn, Ulm, Reutlingen, Heidenheim, Ravensburg, Rottweil und Calw) eingeteilt, während zur Vertretung des Handwerks (unter Abzweigung von den bisherigen Handels- und Gewerbekammern) das Land seit dem Jahre 1900 in vier größere Handwerkskammerbezirke geteilt wurde (mit dem Sitz in Stuttgart, Ulm, Heilbronn und Reutlingen). Die Handelskammern haben gesetzlich die Aufgabe, „die Gesamtinteressen der Handel- und Gewerbetreibenden ihrer Bezirke wahrzunehmen, insbesondere die Behörden in der Förderung des Handels und der Gewerbe

durch tatsächliche Mitteilungen, Anträge und Erstattungen von Gutachten zu unterstützen. Sie sollen in allen wichtigen, die Interessen des Handels oder der Gewerbe berührenden Angelegenheiten gehört werden und haben alljährlich dem Ministerium des Innern über den Zustand des Handels und der Gewerbe ihres Bezirks, über wünschenswerte Verbesserungen und über die mögliche Art der Ausführung derselben Bericht zu erstatten“.

Innerhalb dieses weitgezogenen gesetzlichen Rahmens hat die Tätigkeit der Handelskammern im Laufe der Jahre einen sehr beträchtlichen Umfang angenommen. Die Kammern haben sich vor Erlaß der bedeutenderen, die Interessen von Industrie und Handel berührenden neuen Reichs- oder Landesgesetze und Verordnungen von Verwaltungs(Polizei-)behörden usw. gutachtlich zu äußern, hierbei Wünsche oder Bedenken ihrer Mandanten zu ermitteln, zu prüfen und zu vertreten, ebenso auch Verbesserungen bestehender Gesetze und Verordnungen bei den Reichs- und Landesregierungen sowie den ständischen Vertretungen in Anregung zu bringen. So haben sie sich in der Reichs- und Landessteuergesetzgebung, auf den außerordentlich umfangreichen Gebieten der Sozialpolitik und des Kleinhandels, des Geld-, Bank- und Börsenwesens, Maß- und Gewichtswesens, im Patent-, Muster- und Zeichenschutz wie Urheberrecht usw. in Form von Gutachten oder Initiativanträgen zu den gesetzgeberischen Maßnahmen zu äußern. In sehr erheblichem Maße werden sie auf dem Gebiete des Verkehrs in Anspruch genommen: Auf dem Gebiete des Postwesens kommt insbesondere die Verbesserung des Brief- und Postpaketverkehrs, des Fernsprech- und des von den Handelskammern des Landes seinerzeit lebhaft befürworteten Postscheckverkehrs für sie in Frage, wobei sie ebenso von ihren Mandanten wie von der Postverwaltung selbst in Anspruch genommen werden. Das gleiche gilt für das Eisenbahnwesen, wo ihre Aufmerksamkeit sowohl dem Personenverkehr (Tarif, Fahrpläne) wie insbesondere dem Güterverkehr — für dessen Erleichterung, Verbilligung und Beschleunigung sie auch durch ihre Vertreter in der Ständigen Tarift Kommission der deutschen Eisenbahnen und im Beirat der Württembergischen Verkehrsanstalten wirken können — gewidmet ist. Mit besonderem Nachdruck haben auf verkehrsorganisatorischem Gebiet die württembergischen Handelskammern sich dem Gedanken der Vereinheitlichung der deutschen Eisenbahnen zugewendet und hierfür auch den Deutschen Handelstag als Gesamtvertretung der deutschen Handelskammern gewonnen. Auf dem Gebiete des Wasserverkehrs vertreten die (jetzt im „Württembergischen Handelskammertag“ zusammengeschlossenen) Kammern des Landes in neuerer Zeit die Forderung nach einer einheitlichen Wasserstraßenpolitik unter Führung des Reichs und als alte Forderung die Schaffung von Großschiffahrtsstraßen für Württemberg. Zur Sicherung von Recht und guter kaufmännischer Sitte stellen sie unter ständiger Fühlungnahme mit den beteiligten Industrie- und Handelskreisen für die verschiedenen Branchen „Handelsgebräuche“ fest, die für die Rechtsprechung der Gerichte

und die Weiterbildung des Handelsrechtes von steigender Bedeutung sind. Für die gerichtlichen Einzelstreitfälle werden sie von den Gerichten zur Benennung von Sachverständigen in zunehmendem Maße herangezogen. Ebenso pflegt man sie auch bei außergerichtlichen Streitigkeiten oder zur Regelung der allgemeinen Geschäftsverhältnisse innerhalb ganzer Branchen (Aufstellung bindender „Geschäftsbedingungen“) von den beteiligten Kreisen als unparteiische Instanz in Anspruch zu nehmen. Die Kammern stellen sich die Bekämpfung von Mißständen aller Art im Geschäftsleben (z. B. die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs mit seinen unerfreulichen Begleiterscheinungen) zur besonderen Aufgabe. Auf dem Gebiete des Außenhandels stehen sie den Interessenten mit Rat und Tat zur Seite; sie sammeln und sichten das Material für neue Handelsverträge, beobachten deren Wirkungen auf Industrie und Handel, geben Auskünfte in Zollangelegenheiten, erteilen die zollamtlich erforderlichen Ursprungszeugnisse, führen die amtlichen Listen über unzuverlässige Firmen im Ausland usw. Selbstverständlich lassen sie sich auch die Förderung des kaufmännischen und gewerblichen Unterrichtswesens und der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungen angelegen sein. Ihre umfangreichen gedruckten Jahresberichte bilden in diesem Sinne eine fortlaufende wirtschaftsgeschichtliche Chronik nicht nur von dem wirtschaftlichen Werdegang des praktischen Erwerbslebens, sondern auch von Gesetzgebung und Verwaltung auf dem Gebiete von Industrie und Handel.

Eine ganz außergewöhnliche Erweiterung und vielfache Änderung ihrer sonstigen Tätigkeit hat der Krieg für die Handelskammern mit sich gebracht. In voller Erkenntnis der gewaltigen wirtschaftlichen Umwälzungen, die bei längerer Dauer des Völkerringens und der starken Unterbindung des Verkehrs mit dem Ausland zu erwarten waren, haben sich die Kammern seit Ausbruch des Krieges mit aller Kraft in den Dienst der kriegswirtschaftlichen Neuorganisation des gesamten Erwerbslebens gestellt. Es ist heute noch nicht die Zeit, hiervon im einzelnen zu berichten. Erinnerung sei nur an die weitgehende Inanspruchnahme durch die Reichs- und Staatsbehörden und die neueren kriegswirtschaftlichen Organisationen von Reich, Staat und Kommunen sowie namentlich auch durch Militärbehörden (vielseitigste Mitwirkung bei der staatlichen Einfuhr- und Ausfuhrüberwachung, bei den umfangreichen Bestandsaufnahmen aller Art usw., Beurteilung von Firmen, Aufstellung und Entsendung von Sachverständigen auf allen Gebieten, Begutachtung von Zurückstellungsgesuchen usw.). Bei Ausarbeitung und Durchführung der erforderlichen Neuordnungen auf dem weiten Gebiete der Nahrungsmittelversorgung, der Sicherstellung und Streckung der Bekleidungsvorräte für die minderbemittelte Bevölkerung, bei der reichsgesetzlichen Regelung der industriellen Bedarfsdeckung, die der Versorgung der Industrie mit Roh- und Hilfsstoffen zur Weiterarbeit für Heeres- und Zivilbedarf diente, mußten sie mit Rat und Tat den Behörden wie ihren Man-

danten zur Seite stehen. Der Unterbringung arbeitsloser Arbeitskräfte in anderen Branchen bei staatlichen Betriebseinschränkungen und sonstigen wichtigen sozialen Maßnahmen (Wiedereinstellung von Kriegsverletzten, vielseitige Unterstützung der Familien und Hinterbliebenen ausmarschierter Angehöriger von Industrie und Handel) widmeten sie ihre Aufmerksamkeit. Ein besonders wichtiges Arbeitsfeld bildete für sie auch die Regelung der Seereslieferungen, da für die Weiterbeschäftigung der zu einem sehr beträchtlichen Teil auf den Export angewiesenen Qualitäts- und Luxusindustrien Württembergs mit der Unterbindung der Ausfuhr, der behördlichen Beschlagnahme von Rohstoffen und der Einschränkung der Arbeit für den Zivilbedarf die Gewinnung anderer Arbeitsgebiete und Aufträge eine Lebensfrage bildete. Daß es in bewunderungswürdiger Weise der einheimischen Industrie auf kriegswirtschaftlichem Gebiete gelang, solche neuen Gebiete zu finden und unverzüglich einzuschlagen, ist allgemein bekannt. Zu erinnern wäre weiter an die Mitwirkung der Kammern bei Lösung der zahlreichen Verkehrsfragen auf dem Gebiete von Eisenbahn, Post und Schifffahrt, bei der Schaffung der verschiedenartigsten Kreditorganisationen, wie sie namentlich zu Anfang des Kriegs erforderlich waren, auf die außerordentlich umfangreiche unentgeltliche Beratungstätigkeit auf allen gewerblichen Gebieten, die vielseitige Inanspruchnahme als unparteiische schiedsrichterliche Instanz bei außergerichtlicher Lösung von Streitigkeiten, die der Krieg durch Gefährdung oder Zerreißten der alten Lieferungsverträge mit sich brachte. All dies im einzelnen zu würdigen, wird der Geschichte der kriegswirtschaftlichen Organisation Deutschlands vorbehalten bleiben.

Die Handelskammern haben Sitz und Stimme im Beirat der Kgl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel; auch sind ihnen zwei Sitze in der Ersten Ständekammer gesetzlich gewährleistet.

Während die Handelskammern die allgemeinen Interessen, das „Gesamtinteresse“ von Industrie und Handel amtlich zu vertreten haben, stellen sich die sehr zahlreichen freien Interessenvertretungen in Industrie und Handel die Aufgabe, die besonderen Interessen ihrer Mitglieder auch unmittelbar zum Ausdruck zu bringen. Die Einzelarbeit dieser freien Verbände und Vereinigungen bildet eine wertvolle Ergänzung und zugleich vielseitige Unterstützung der Tätigkeit der Handelskammern. Je einheitlicher beide Hand in Hand arbeiten, um so mehr wird das sachliche Ziel beider erreicht werden: in der Förderung von Industrie und Handel zugleich auch dem Allgemeinwohl zu dienen.

Gewerbe und Handwerk

Von Dr. F. Gerhardt, Sekretär der Handwerkskammer Stuttgart

Als nach Deutschlands siegreichem Feldzug 1870/71 ein außerordentliches Aufblühen der Industrie erfolgte, entwickelte und verbreitete sich immer mehr die Ansicht, das Handwerk müsse in dem gleichzeitig einsetzenden Kampf mit Großkapital und Großindustrie unterliegen. Es wurde der vollständige Untergang des Handwerks vorausgesagt, und selbst mitten in der Handwerkerbewegung stehende Personen haben noch zu Anfang dieses Jahrhunderts befürchtet, der Zerfallsprozeß werde sogar verhältnismäßig schnell vor sich gehen. Ja, es gab Leute, denen dieser Zerfallsprozeß nicht schnell genug gehen konnte. Offensichtlich hat der Großbetrieb auf das Wesen des Handwerks eingewirkt. Er hat die Anfangsstadien der Produktion an sich gezogen und dem Handwerk noch die Vollendung, das Anpassen, überlassen (Schäfte-, Schloßfabrikation), oder er hat sich die Herstellung geeigneter Artikel angeeignet (Bürsten-, Pinsel-, Nadel-, Nagelfabrikation), oder er vereinigt verschiedene Handwerke in einem einzigen Betrieb, wie es z. B. bei der Wagenbauanstalt der Fall ist, wo Wagner, Schmiede, Sattler, Glaser, Maler zu gemeinsamem Produktionsprozeß vereint sind. Hat nun auch in Württemberg der Großbetrieb auf diese Weise auf das Arbeitsfeld des Handwerks eingewirkt, so hat er dasselbe doch nicht zu verdrängen vermocht. Sind auch einzelne Handwerkszweige verschwunden, so sind dafür auf der anderen Seite neue entstanden. Vor allem aber ist eine Spezialisierung der einzelnen Gewerbe eingetreten, so z. B. im chemographischen Gewerbe (Reproduktionsphotographen, Strich-, Auto-, Farbenäher); im Feinmechanikergewerbe (Elektromechaniker, -monteure, -installateure, chirurgische Instrumentenmacher, Optiker); im Mechanikergewerbe (Maschinenschlosser, Metall-dreher, Eisendreher, Windenmacher, Automobilmechaniker, Werkzeugmacher).

Auch in Württemberg hat das Handwerk seine Widerstandskraft und Leistungsfähigkeit erwiesen; die Zahl der Betriebe hat sich vermehrt, das Gewerbesteuerkapital ist angewachsen, wie aus den Berichten der Handwerkskammern ersichtlich ist.

Lehrlingswesen

In der Erkenntnis, daß einem tüchtigen und leistungsfähigen Handwerkerstand ein gesundes, auf einer sachgemäßen und gründlichen Ausbildung beruhendes Lehrlingswesen zugrunde liegen müsse, hat der Gesetzgeber dem

Handwerkslehrling besondere Aufmerksamkeit gewidmet und eine Reihe von Bestimmungen getroffen, die einerseits dem Lehrling die Gewähr bieten, daß er von seinem Lehrherrn in einer zweckentsprechenden Weise auf seinen künftigen Beruf vorgebildet wird, und die andererseits dem Lehrherrn eine gewisse Gegenleistung sichern.

Die Regelung des Lehrlingswesens sowie die Überwachung der für das Lehrlingswesen geltenden Vorschriften ist den Handwerkskammern übertragen worden, welche in Erfüllung dieser Aufgaben besondere gleichlautende Vorschriften zur näheren Regelung des Lehrlingswesens erlassen haben, die von dem Rgl. Ministerium des Innern durch Verfügung vom 9. Dezember 1909 genehmigt worden sind und somit Gesetzeskraft haben.

Diese Vorschriften haben nähere Bestimmungen getroffen über die Annahme und Entlassung von Lehrlingen; sie haben vor allem den Lehrherren die Verpflichtung zum Abschluß eines ordnungsmäßigen Lehrvertrags sowie zur Anmeldung ihrer Lehrlinge zur Lehrlingsrolle der Handwerkskammer auferlegt. Dies war der erste Schritt zur Herbeiführung einer Ordnung im Lehrlingswesen, denn die früher lediglich bei den Innungen zu erfolgende Anmeldung wurde vielfach nicht beachtet. Erst durch diese Maßnahme hat man einen Überblick über den im Handwerk vorhandenen Nachwuchs gewonnen, hat man erfahren, wie viele Lehrlinge etwa vorhanden sind und wo sie sich befinden, so daß man in der Lage ist, die gebotene Ausbildung zu überwachen und bei der Anmeldung zur Gesellenprüfung nachzuprüfen, ob die betreffenden jungen Leute eine vorgeschriebene ordnungsmäßige Lehrzeit durchgemacht und ob auch alle zurlassungsfähigen Lehrlinge zur Prüfung sich gemeldet haben. Die Anmeldung selbst hat durch Einsendung eines Lehrvertrags zu erfolgen.

Bei der Berufswahl findet die schulentlassene Jugend bei den seit einigen Jahren von Gemeinden, Handwerkskammern und gewerblichen Vereinigungen ins Leben gerufenen Lehrstellenvermittlungen bereitwilligst Unterstützung. Da die Handwerkskammern die Personen, die im Besitz der Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen sind, kennen, da sie durch besondere Beauftragte die Handwerksbetriebe kontrollieren, da ihnen die Ergebnisse der Gesellenprüfungen genau bekannt sind und sie somit über die in den Betrieben gebotene Ausbildungsmöglichkeit unterrichtet sind, dürften sie zur Vermittlung von Lehrstellen für Handwerkslehrlinge besonders geeignet sein. So haben auch die Kammern Stuttgart (1911) und Reutlingen (1913) Lehrstellenvermittlungsstellen eingerichtet, die trotz ihres kurzen Bestehens gute Erfolge aufzuweisen haben.

Nicht unerwähnt dürfen hier die Beratungen der Lehrer bei der Berufswahl ihrer Schüler bleiben. Erwünscht wäre, daß noch mehr junge Leute mit besserer Schulbildung sich dem Handwerk zuwenden, denn wie heute einerseits an das Können des Handwerkers größere Anforderungen gestellt werden,

so bietet einem tüchtigen Handwerker sein Beruf auch eine gesicherte Zukunft. Besonders stark ist der Andrang zu den Berufen der Elektroinstallateure, Mechaniker und Schlosser, während eine ständige Nachfrage nach Lehrlingen besonders in den Berufen der Glaser, Rüfer, Maler, Schmiede, Tapezierer und Wagner herrscht; im Glaser- und Rüferhandwerk jedoch ist der Lehrlingsmangel am größten.

Genaue Angaben über die in ganz Württemberg in den einzelnen Jahren vorhandenen Handwerkslehrlinge liegen nicht vor, aus den Aufzeichnungen einzelner Kammern läßt sich jedoch erkennen, daß seit 1901 bis 1913 ein langsames, aber ständiges Anwachsen der Zahl der Lehrlinge stattgefunden hat, was erklärlicherweise mit der Zunahme der Bevölkerungsziffer zusammenhängt. Im Jahr 1909 waren in den einzelnen Kammerbezirken Lehrlinge zur Lehrlingsrolle angemeldet: Heilbronn 3119, Reutlingen 4874, Stuttgart 6682, Ulm 5606, zusammen 20 281.

Es werden jedoch bei weitem nicht in allen Handwerksbetrieben Lehrlinge gehalten. So hatten im Handwerkskammerbezirk Stuttgart im Jahre 1912 von den vorhandenen 24 608 Handwerksbetrieben nur 4286 = 17,4 % Betriebe insgesamt 6761 Lehrlinge.

Wie diese sich auf die einzelnen Betriebe verteilen, zeigt folgende Übersicht. Es waren:

je	1 Lehrling in 2845 Betrieben oder 66,38 % der Betriebe überhaupt
" 2	" " 970 " " 22,63 % " " "
" 3—5	" " 421 " " 9,82 % " " "
" 6—10	" " 42 " " 0,98 % " " "
mehr als 10	" " 8 " " 0,19 % " " "
zusammen 4286 Betriebe oder 100 %.	

Um der Lehrlingszüchterei zu steuern, ist von den Kammern Reutlingen und Stuttgart für einzelne Berufe die Zahl der Lehrlinge festgesetzt worden, die nach dem Verhältnis der Zahl der beschäftigten Gesellen gehalten werden dürfen.

Die Mindestlehrzeit, die früher zwei Jahre betrug und namentlich in den Berufen der Bäcker und Metzger üblich war, ist auf 3 Jahre festgesetzt worden. Da im Laufe der Jahre die Anforderungen, die an die Fertigkeit eines jungen Gesellen gestellt werden, größer geworden sind, so tritt das Bestreben nach Einführung einer 3½jährigen Mindestlehrzeit immer stärker auf, und zwar namentlich in den größeren Städten; eine Lehrzeit von 4 Jahren ist üblich in den Berufen der graphischen Gewerbe, der Gold- und Silberschmiede, Graveure, Mechaniker und Ziseleure. Für das Buchdruckgewerbe ist die Mindestlehrzeit mit Genehmigung des kgl. Ministeriums vom 13. November 1911 auf 4 Jahre festgesetzt worden.

Leider werden die Lehrverhältnisse nur zu oft grundlos, namentlich im dritten Lehrjahr, wo der Lehrling so weit ausgebildet ist, um in einer

Fabrik einige Mark baren Lohn verdienen zu können, vor Beendigung der Lehrzeit gelöst.

Auch die weiblichen Lehrlinge sind den Vorschriften der Handwerkskammern unterstellt worden, und zwar gelten für sie die gleichen Bestimmungen wie für die männlichen, nur besteht insofern eine Ausnahme, als für die Handwerkszweige der Frauen- und Kinderkleidernäherei eine Mindestlehrzeit von 2 Jahren zugelassen ist, die jedoch in absehbarer Zeit auf 3 Jahre ausgedehnt werden dürfte.

Den Gesellenprüfungen wird weit höherer Wert beigemessen als ehemals; die Beteiligung an ihnen ist eine größere, sie beträgt etwa 95% aller Lehrlinge. Seit Bestehen der Handwerkskammern haben sich 82680 Lehrlinge der Gesellenprüfung unterzogen. Die Abnahme der Prüfungen ist mit ganz erheblichen Unkosten verbunden; diese haben nach Abzug der Einnahme an Prüfungsgebühren in 15 Jahren 210700 M betragen.

Gewerbliches Unterrichtswesen

Württemberg hatte in der Mitte des vorigen Jahrhunderts seine seit 1825 bestehenden Sonntagsgewerbeschulen zu eigentlichen gewerblichen Fortbildungsschulen erweitert und sich dadurch den Ruhm einer muster-gültigen Regelung der wichtigen Fürsorge für den gewerblichen Nachwuchs erworben. Die Grundzüge des gewerblichen Fortbildungsschulwesens in Württemberg waren: Freiwilliger Schulbesuch, Betonung des gewerblichen Charakters der Schule, Unterricht an den Werktagabenden und Sonntagsvormittagen, Schulgeld, freiwillige Unterhaltung der Schule durch die Gemeinde und nebenamtliche Tätigkeit der Lehrer.

Ursprünglich als Muster Schulen gedacht, in denen mit strebsamen und talentvollen Schülern durch Fernhalten unbegabter und träger Elemente trotz der Verlegung des Unterrichts auf die Abendstunden gute Unterrichtserfolge erzielt werden sollten, hat sich diese Bestimmung bald geändert, und die gewerblichen Fortbildungsschulen Württembergs hatten trotz ihrer Freiwilligkeit einen höheren Schulbesuch aufzuweisen als die Fortbildungsschulen im übrigen Reich. Mit dieser äußeren Entwicklung hielt jedoch die innere Ausgestaltung der Schule nicht Schritt. Die gewerbliche Fortbildungsschule blieb in der Hauptsache nur eine Fortsetzung der Volksschule mit den Fächern Deutsch, Rechnen, Zeichnen und Buchführung; nur im Fachzeichnen wurden die beruflichen Bedürfnisse der Schüler berücksichtigt; der theoretischen Ergänzung der praktischen Tagesarbeit sowie der bei dem verschärften wirtschaftlichen Wettbewerb dringend nötigen gewerblichen und allgemein staatsbürgerlichen Bildung trug die Fortbildungsschule nicht Rechnung. Die in enger Anlehnung an die gewerbliche Praxis erfolgte planmäßige Durchführung des beruflichen Fortbildungsschulunterrichts in Baden und einer Anzahl größerer deutscher Städte ließ immer mehr erkennen, daß

Württemberg auf diesem Gebiet von anderen deutschen Staaten stark überflügelt worden war.

Es wurde daher in weiten Kreisen des Gewerbestandes freudig begrüßt, als die württembergische Regierung im Mai 1905 in der Kammer der Abgeordneten den Plan einer durchgreifenden Neuordnung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens entwickelte, die dann ihren Abschluß in dem Gesetz betreffend die Gewerbe- und Handelsschulen (vom 22. Juli 1906) fand, das in seinen wesentlichsten Bestimmungen am 1. April 1909 in Kraft trat. Nach diesem Gesetz sind die Gemeinden zur Errichtung und Unterhaltung von Gewerbe- und Handelsschulen in der Regel verpflichtet, wenn in den gewerblichen und kaufmännischen Betrieben ihres Bezirks im Durchschnitt dreier aufeinanderfolgender Jahre mindestens 40 schulpflichtige Lehrlinge und Arbeiter unter 18 Jahren beschäftigt sind. Ist für eine Gemeinde eine Gewerbeschule errichtet, so sind alle in vorstehend genannten Betrieben beschäftigten Lehrlinge und Arbeiter (Gesellen) unter 18 Jahren, ohne Rücksicht auf ihren Wohnort, zum Besuch der Schule drei Jahre lang verpflichtet, und zwar — soweit sie nicht solchen Berufsarten angehören, die vom Schulbesuch überhaupt ausgeschlossen sind (ungelernte Arbeiter) — auch ehemalige Schüler höherer Lehranstalten, selbst solche, die im Besitz des Berechtigungsscheines zum einjährig-freiwilligen Militärdienst sind. Es kann aber auch ein Schüler vor Ablauf der vorgeschriebenen drei Jahre von dem Schulbesuch entbunden werden, wenn er das Lehrziel der Schule erreicht hat. Dagegen ist die Vollendung einer Lehrzeit ohne Einfluß auf die Schulpflicht. Ebenso bringt nicht etwa, wie so viele junge Leute glauben, die Erreichung des 18. Lebensjahres eine sofortige Befreiung vom Schulbesuch mit sich, sondern der Betreffende hat die Schule noch bis zum Ende des laufenden Schulhalbjahres zu besuchen.

Besteht an und für sich eine Verpflichtung der in kaufmännischen oder gewerblichen Betrieben beschäftigten weiblichen Jugend nicht, so kann dieselbe durch Gemeindebeschluß herbeigeführt werden.

Da die Schulpflicht sich auf drei Jahre erstreckt, so sind an den Gewerbe- und Handelsschulen für die Pflichtschüler mindestens drei aufsteigende Jahreskurse einzurichten, in welchen in mindestens 40 Unterrichtswochen wöchentlich sieben Stunden zu erteilen sind.

Der Pflichtunterricht ist Tagesunterricht und hat bis sieben Uhr abends beendet zu sein; er soll womöglich auf zwei Halbtage in der Woche verteilt werden; freiwilliger Unterricht darf auch in den Abendstunden bis spätestens neun Uhr erteilt werden.

Die Lehrkräfte an den Gewerbe- und Handelsschulen sind teils im Hauptamt, teils im Nebenamt angestellt. Sie müssen den Nachweis einer besonderen Ausbildung erbringen. Zurzeit werden die Zeugnisse der Gewerbelehrerprüfung an der staatlichen Gewerbelehrerbildungsanstalt Karlsruhe und die Handelslehreramtprüfungen an den Handelshochschulen im

allgemeinen als Nachweis der von den Gewerbe- und Handelslehrern der oberen Stufe verlangten Ausbildung anerkannt.

Was nun die Wirkung der Neuregelung des gewerblichen Unterrichtswesens anbelangt, so dürfte wohl die Zeit noch zu kurz sein, ein endgültiges Urteil zu fällen, zumal es auch durch den Krieg, wenn auch keine einschneidenden, aber doch unliebsame Störungen erlitten hat. Immerhin kann gesagt werden, daß diese Neuregelung einen großen Fortschritt darstellt.

Bedeutete auch der Tagesunterricht für den Handwerkerstand ein gewisses Opfer, so war er sich in seiner Gesamtheit wohl bewußt, daß dieses Opfer im Interesse der besseren Ausbildung seines Standes unbedingt gebracht werden mußte, und so hat er sich denn auch im allgemeinen mit jener Neuerung abgefunden. Wenn einzelne Handwerker gegen den Tagesunterricht anzukämpfen suchten, die übrigens wenig Anklang gefunden haben, so wird man ihnen dies nicht zu sehr verargen, wenn man sich in die Lage des Kleinmeisters versetzt, der nur den Lehrling als Hilfskraft hat und somit bei seinen Arbeiten vielfach auf dessen Beihilfe angewiesen ist und ihn immer am notwendigsten braucht, wenn er zur Schule muß!

Neben den Gewerbeschulen werden auch von einzelnen Innungen Innungsfachschulen unterhalten, deren Besuch von demjenigen der Gewerbeschule befreit, wenn ihr Unterricht als ausreichender Ersatz anerkannt wird. Sind Innungsfachschulen nach den Bestimmungen des Gewerbeschulgesetzes eingerichtet und der schultechnischen Aufsicht des Gewerbeschulrats unterstellt, so erhalten sie Staatsbeiträge. Es unterhalten jedoch nur wenige Innungen derart eingerichtete Fachschulen.

Eine größere Anzahl von Innungen, namentlich die der Friseure, halten Fachkurse ab, während andere Vereinigungen, wie Handwerkervereine, insbesondere aber Gewerbevereine, für selbständige Gewerbetreibende und deren Frauen sowie für Gewerbegehilfen Kurse für Buchführung, Kostenberechnung und Wechsellehre veranstalten. Zuweilen ist mit dem Unterricht handwerkliche Gesetzeskunde (Gewerberecht, Versicherungswesen, gerichtliches Mahn- und Klagverfahren, Genossenschaftswesen) verbunden, und dann dienen sie als Vorbereitung auf die Meisterprüfung.

Ferner machen die Handwerkskammern von der ihnen eingeräumten Befugnis, Veranstaltungen zur Förderung der gewerblichen, technischen und sittlichen Ausbildung der Meister, Gesellen und Lehrlinge zu treffen, insofern Gebrauch, als sie Unterrichtskurse, namentlich Vorbereitungskurse auf die Meisterprüfung in Buchführung und Gesetzeskunde abhalten und die von den gewerblichen Vereinigungen ihres Bezirks veranstalteten Kurse durch Gewährung von Beiträgen unterstützen sowie auch einzelnen Handwerkern zum Besuch von Kursen (Genossenschaftswesen u. dergl.), Fachschulen, Ausstellungen u. dergl. Beihilfe leisten.

Dagegen erübrigt sich für die Kammern die Veranstaltung von praktischen Kursen, da dies von der kgl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel

durch Veranstaltung sogenannter Meisterkurse in ausgedehnter Weise geschieht. Diese Kurse, in erster Linie für Handwerksmeister bestimmt, streben, indem sie den üblichen Grad der Ausbildung als vorhanden voraussetzen, nur eine Ergänzung, Verbesserung und Vertiefung dieser Bildung in einzelnen Teilen an. Die Dauer der Kurse erstreckt sich je nach der Ausdehnung des Unterrichtsstoffes auf drei bis sechs Wochen. Der Unterricht ist größtenteils unentgeltlich. Der Besuch der Kurse ist ein recht befriedigender, besonders seitdem sie auch außerhalb Stuttgarts veranstaltet werden.

Meistertitel und Meisterprüfungen

Der Meistertitel ist durch das Handwerkergesetz von 1897 gesetzlich geschützt. Es sind nur noch solche Handwerker berechtigt, den Meistertitel in Verbindung mit der Bezeichnung eines Handwerks zu führen, die am 1. Oktober 1901 das betreffende Handwerk persönlich selbständig, d. h. auf eigene Rechnung, ausgeübt haben, alle übrigen dürfen den Meistertitel nur führen, wenn sie das 24. Lebensjahr vollendet und die Meisterprüfung bestanden haben. Die Einführung der Meisterprüfung bezweckte eine bessere Ausbildung der Gesellen und Hebung des Ansehens des Handwerkerstandes. Der Meistertitel birgt neben einem idealen auch einen praktischen Wert in sich, indem er der Öffentlichkeit die Gewähr dafür bietet, daß der Inhaber sein Fach zum mindesten so weit versteht, um den bei der Meisterprüfung gestellten Anforderungen entsprechen zu können. Eine Verleihung des Meistertitels gibt es nicht. Der Meisterprüfung, die durch die bei den Handwerkskammern errichteten Prüfungskommissionen — nicht von den Innungen, wie es früher der Fall war — abgenommen wird, haben sich in Württemberg bis 1. September 1916 insgesamt 11 103 Handwerker, worunter 122 Kriegsinvaliden, unterzogen, davon 944 ohne Erfolg. Die Einführung der Meisterprüfung erfolgte allmählich und zunächst mit ziemlicher Rücksichtnahme auf den Prüfling. Seit den letzten fünf bis sechs Jahren ist aber in dieser Beziehung ein merklicher Umschwung eingetreten, die gestellten Anforderungen sind wesentlich höher und die Leistungen dementsprechend besser. Dies muß auch sein, sonst haben die Prüfungen keinen Zweck!

Innungs- und Vereinswesen

Schon auf Grund der Gewerbeordnung von 1869 war es möglich, freie Innungen zu errichten, doch legte jene den Innungen nur eine geringe Bedeutung bei. In ihrer gegenwärtigen Fassung gestattet die Gewerbeordnung durch ihren § 81 denjenigen, die ein Gewerbe selbständig betreiben, zur Förderung der gemeinsamen gewerblichen Interessen zu einer Innung zusammenzutreten. Den Weg, den die Innungen zur Erreichung ihres Zieles, Förderung der gemeinsamen gewerblichen Interessen, einzuschlagen nötig

haben, schreibt ihnen der Gesetzgeber theils vor, theils überläßt er es ihnen, sich denselben selbst zu wählen. So erstrecken sich die Aufgaben der Innung auf Pflege des Gemeingeistes sowie Aufrechterhaltung und Stärkung der Standesehre unter den Mitgliedern, Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen (Herbergswesen, Arbeitsnachweis), Regelung des Lehrlingswesens, Schlichtung von Streitigkeiten, die zwischen den Innungsmitgliedern und ihren Lehrlingen entstehen. Als freiwillige Aufgaben kommen in Frage: Veranstaltungen zur Förderung der gewerblichen, technischen und sittlichen Ausbildung der Meister, Gesellen und Lehrlinge, Abnahme der Gesellenprüfungen, Schaffung von Unterstützungskassen, Bildung von Schiedsgerichten zur Schlichtung von aus dem Arbeitsverhältnis entstehenden Streitigkeiten und die Einrichtung gemeinschaftlicher Geschäftsbetriebe (Genossenschaften).

Die Rechtsverhältnisse der Innungen werden durch Satzungen geregelt, welche den in der Gewerbeordnung vorgesehenen Bestimmungen entsprechen müssen. Bei Errichtung von Krankenkassen, Schiedsgerichten und gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieben sind besondere Nebenstatuten aufzustellen. Die Innung kann unter ihrem Namen Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, vor Gericht klagen und verklagt werden; sie untersteht aber der Aufsicht der Behörde.

Waren infolge der Abänderung der Gewerbeordnung vom Jahre 1881, welche denjenigen Innungen ein Privilegium gewährte, die sich auf dem Gebiet des Lehrlingswesens bewährt hatten, eine Anzahl Innungen gegründet worden, so vermochte der Innungsgedanke doch nicht sich so schnell im Handwerk einzuleben, daß es sich zu einem größeren Teil in Innungen vereint hätte, was namentlich auch von Württemberg galt. Aber auch die bestehenden Innungen hatten trotz ihres teilweise guten Erfolges infolge des den Mitgliedern ohne weiteres freistehenden Austritts nicht den Erwartungen entsprochen, die man auf sie gesetzt hatte. Daher erfüllten Reichstag und Regierung die Forderung des Handwerks auf Zulassung von Zwangsinnungen (1897). Die Errichtung einer Zwangsinnung erfolgt durch Anordnung der Kreisregierung, wenn die Mehrheit der in Betracht kommenden selbständigen Handwerker einem dahin gehenden Antrag zustimmen, der Bezirk der Innung so abgegrenzt ist, daß kein Zwangsmitglied durch die Entfernung seines Wohnortes vom Sitz der Innung gehindert wird, am Innungsleben teilzunehmen und die Innungseinrichtungen zu benützen, und wenn die Zahl der im Bezirk vorhandenen selbständigen Handwerker zur Bildung einer leistungsfähigen Innung ausreicht.

Die Aufgaben der Zwangsinnung sind die gleichen wie die der freien Innung, nur ist ihr infolge ihres Zwangscharakters untersagt, gemeinschaftliche Geschäftsbetriebe einzurichten, ebenso darf sie ihre Mitglieder in der Festsetzung der Preise ihrer Waren und Leistungen nicht beschränken. (§ 100 q RGO.)

Zur Vertretung gemeinsamer Interessen der Innungen können für alle oder mehrere derselben Aufsichtsbehörde unterstehenden Innungen Innungsausschüsse gebildet werden; von dieser Befugnis ist in Württemberg bisher nicht Gebrauch gemacht worden. Dagegen bestehen Innungsverbände, d. h. Vereinigungen mehrerer nicht derselben Aufsichtsbehörde unterstehenden Innungen zur Wahrung der Interessen der in den Innungen vertretenen Gewerbe; eine Anzahl derselben sind aber keine reinen Innungsverbände, sondern nehmen auch Einzelmitglieder und freie Fachvereinigungen auf.

Die neben den Innungen als fachliche Vertretungen bestehenden örtlichen Fachvereinigungen, die namentlich von denjenigen bevorzugt werden, die dem Innungsgedanken nicht hold sind und in den Innungen vielfach noch reaktionäre Gebilde erblicken, haben in den letzten zehn Jahren recht an Zahl und Bedeutung verloren. Der freie Charakter der Fachvereine verführt zu Interessenlosigkeit am Verein, und nur besonders geeignete Führer vermögen diesem entgegenzuwirken. So haben sich verschiedene Fachvereinigungen in freie Innungen oder gar in Zwangsinnungen umgewandelt, wenn sie nicht vorzogen, sich ganz aufzulösen.

Im Gegensatz zu den Innungen und Fachvereinigungen, die in der Hauptfache die beruflichen Interessen vertreten, bildeten sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Gewerbevereine, um unter dem Grundsatz der Gewerbefreiheit der Förderung des Gewerbes überhaupt zu dienen. Sie nehmen auch Personen, die nicht Gewerbetreibende sind, aber Interesse an der Förderung des Gewerbes haben, als Mitglieder auf. Der erste württembergische Gewerbeverein wurde 1831 in Hall gegründet, nachdem schon 1830 eine „Gesellschaft zur Förderung der Gewerbe in Württemberg“ entstanden war, welche die Anregung zur Bildung örtlicher Vereine gab. Größere Bewegung in die Entwicklung der Gewerbevereine brachte das politische Jahr 1848 sowie die Erklärung der Gewerbefreiheit in den sechziger Jahren. Die Gewerbevereine suchen ihren Zweck zu erreichen, indem sie die Beziehungen der Mitglieder untereinander und zu Vereinen mit ähnlichen Interessenvertretungen pflegen, indem sie die Fragen erörtern, die den Gewerbebestand berühren, namentlich die Hindernisse erforschen, die dem Gewerbewesen entgegenstehen, und auf deren Abstellung hinzuwirken suchen. Ferner suchen sie die gewerbliche Bildung durch Einrichtung von Büchereien, Veranstaltung von Vorträgen, Unterrichtskursen und Ausstellungen zu fördern. Sie können auf eine erspriessliche Tätigkeit zurückblicken. Sie haben gar manche für das Gewerbe wichtige Frage mit Erfolg behandelt und sich namentlich um die Förderung der Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses und um das Lehrlingsprüfungswesen große Verdienste erworben, insbesondere in der Zeit, wo die Handwerkskammern noch nicht bestanden und das Innungsleben ruhte.

Eine neue Gruppe von Handwerkervereinigungen wurde 1895 mit der Gründung des Handwerkerlandesverbandes ins Leben gerufen,

der den Zusammenschluß des Handwerkerstandes bezweckt und der somit Angehörige der verschiedensten Handwerksberufe, aber nur solche, als Mitglieder aufnimmt. Die Hebung des Handwerks im allgemeinen erstrebend, trat der Verband damals namentlich für die im Handwerkergesetz von 1897 enthaltenen Forderungen (insbesondere Handwerkskammern) ein und stellte sich im übrigen die gleichen Aufgaben wie die Gewerbevereine, nur mit dem Unterschied, daß sie sich auf die das Handwerk berührenden Fragen beschränkten. Auch sie haben sich in den 20 Jahren ihres Bestehens als lebens- und leistungsfähig erwiesen.

In welchem Maße die gewerbliche Organisation sich in Württemberg entwickelt hat, zeigt schon eine Gegenüberstellung ihrer Stärke in den Jahren 1901 und 1914:

	Freie Innungen		Zwangsinnungen		Fach- vereinigungen		Handwerker- vereine		Gewerbe- vereine	
	Zahl	Mitgl.- stand	Zahl	Mitgl.- stand	Zahl	Mitgl.- stand	Zahl	Mitgl.- stand	Zahl	Mitgl.- stand
1901	48	1939	9	744	76	2672	99	5902	176	14 333
1914	214	7450	122	7612	92	3017	89	4250	192	24 154

An Landesfachverbänden waren im Jahr 1904 insgesamt 11 mit 3914 Mitgliedern, im Jahr 1914 deren 34 mit 16 800 Mitgliedern vorhanden.

Gewerbliches Genossenschaftswesen

In der Mitte des vorigen Jahrhunderts, der neuen Entwicklungsperiode des Verkehrs, des Handels und der Industrie, machten sich im Handwerkerstand Mängel geltend, die ihn am Wettbewerb mit der neuen Entwicklung hemmten. Diese Mängel waren in der Hauptsache zu suchen in mangelnder Befriedigung des Kredits, den schwierigen Absatzverhältnissen, der geringen Möglichkeit, die Rohstoffe so preiswert und vorteilhaft einzukaufen, daß der Kleingewerbetreibende konkurrenzfähig blieb, und in der rückständigen Betriebsweise.

Alle diese Mängel erkennend, richtete Schulze, der Vater des deutschen Genossenschaftswesens, anfangs der fünfziger Jahre einen offenen Brief an die deutschen Handwerker, in dem er empfahl, sich der modernen Betriebsweise anzupassen, nicht aber anzukämpfen gegen Kapital und Fabrik. „Deutsche Handwerker, sucht euch alle die Momente nutzbar zu machen, in denen heute das Übergewicht des Kapitals und des fabrikmäßigen Betriebs liegt!“ so lautete der damalige Ruf; hierzu war der Zusammenschluß der einzelnen kleinen Kräfte zu Genossenschaften nötig.

Diese Gedanken faßten in den sechziger und siebziger Jahren auch in Württemberg Wurzel. Überall wurden Kreditgenossenschaften (Gewerbankten, Volksbanken, Vorschußvereine) gegründet, die schon damals, wie auch heute noch, überaus segensreich wirkten, von denen sich aber insolge

des gesetzlichen Revisionszwangs, den das Genossenschaftsgezet von 1889 brachte, verschiedene auflösten.

Schwieriger war die Lösung der Frage des Absatzes. Von den Gemeinden und Gewerbevereinen wurden den Kleingewerbetreibenden Gewerbehallen zur Verfügung gestellt, die nicht nur stets zeigen sollten, welche Waren am Platze verfertigt wurden, sondern die sich auch zu Kaufhäusern entwickeln sollten; sie brachten aber den erhofften Erfolg nicht, sondern verschwanden allmählich wieder.

Die zu jener Zeit bestehenden wenigen Einkaufsgenossenschaften waren mit geringen Ausnahmen auch nur freie Vereinigungen, die, ohne einen eigentlichen Geschäftsbetrieb zu haben, gemeinsam gelegentlich einmal eine Konjunktur ausnützten.

Weit mehr Verständnis wurde den Werkgenossenschaften entgegengebracht, namentlich im Metzgergewerbe; unsere blühendsten Metzgergenossenschaften wurden in den siebziger Jahren gegründet.

Eine stärkere Entwicklung des gewerblichen Genossenschaftswesens trat in Württemberg aber erst mit Beginn dieses Jahrhunderts ein, als ihm die Rgl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel ein erhöhtes Interesse entgegenbrachte und die ins Leben gerufenen Handwerkskammern die Förderung des Genossenschaftswesens als wichtige Aufgabe erkannt hatten. So erschienen 1903 im Gewerbeblatt eine Reihe von Artikeln, die sich mit der Weiterentwicklung der gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften befaßten und als Mittel hierzu bezeichneten:

Zusammenschluß der eingetragenen gewerblichen Genossenschaften zu einem Verband, der die Revision der ihm angeschlossenen Genossenschaften sowie die gemeinsame Wahrnehmung der Interessen der Verbandsgenossenschaften zum Zweck hätte;

Aufstellung eines Beamten für das gewerbliche Genossenschaftswesen durch diesen Verband mit finanzieller Unterstützung der Handwerkskammern und des Staates;

planmäßige Ausbildung von Kleingewerbetreibenden für das Genossenschaftswesen im allgemeinen und in der Buchführung im besonderen durch Unterrichtskurse, welche von der Rgl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel einzurichten wären.

Diese Vorschläge konnten gar bald verwirklicht werden. Schon am 17. April 1904 wurde auf Anregung der Rgl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel und unter Mitwirkung der Handwerkskammern der Verband der württembergischen Handwerker-Genossenschaften e. V. in Stuttgart gegründet, der seit seinem Bestehen eine lebhafte und wirksame Tätigkeit entwickelt hat, nicht nur bezüglich der Revision, sondern namentlich auch bezüglich der fortgesetzten eingehenden Beratungen und Unterweisungen der einzelnen Genossenschaften. Was der Verband mit Unterstützung der Rgl. Zentralstelle und der Handwerkskammern seit seiner

Gründung geleistet, geht schon aus seiner Entwicklung hervor. An seinem ersten Verbandstag (1. Oktober 1905) gehörten ihm 13 Einkaufs- (Rohstoff-), 13 Werk-, 4 Verkaufs- und 2 Produktivgenossenschaften an; diese 32 Genossenschaften umfaßten 976 Mitglieder; an seinem zehnten Verbandstag (31. Oktober 1915) war die Zahl der Genossenschaften auf 79, die ihrer Mitglieder auf 3538 gestiegen, und zwar waren es 42 Einkaufs-, 28 Werk-, 8 Verkaufsgenossenschaften und 1 Einziehungsgenossenschaft.

In letzter Zeit sind dem Verband weitere Genossenschaften beigetreten, denn die Beteiligung des Handwerks an den Kriegslieferungen macht die Schaffung von Werkgenossenschaften erforderlich, deren Weiterbestehen nach dem Kriege gewährleistet sein dürfte, wie auch zu erwarten ist, daß die Gestaltung des Wirtschaftslebens nach dem Kriege dem Genossenschaftswesen eine große Zukunft bringen wird.

Handwerkskammern

Es hat fast ein halbes Jahrhundert vergehen müssen, ehe die Forderungen des Handwerks nach einer auf gesetzlicher Grundlage beruhenden Interessenvertretung zur Wirklichkeit wurden, denn im Sturmjahr 1848, auf dem ersten deutschen Handwerker- und Gewerbetag in Frankfurt a. M., war es, als man zum ersten Male nach einer solchen verlangte. blieb der Erfolg zunächst auch aus, so führte der feste Wille des Handwerks im Jahre 1897 doch zum Ziel! Und auch Handwerker aus Stuttgart haben an dem Zustandekommen der Handwerkskammern fleißig mitgeholfen; es waren die führenden Personen in den damals schon bestehenden Innungen der Bäcker, Friseure, Glaser, Metzger und Schuhmacher.

Eingeführt worden sind dann die vier württembergischen Handwerkskammern zu Stuttgart, Ulm, Heilbronn und Reutlingen durch Verfügung des kgl. Ministeriums des Innern vom 31. Oktober 1899. Im Herbst 1900 fanden die ersten Handwerkskammerwahlen statt und Ende November bzw. Anfang Dezember des gleichen Jahres waren die konstituierenden Versammlungen der einzelnen Kammern.

Die Handwerkskammern setzen sich zusammen aus je 24 Mitgliedern und je 12 Ersatzmännern. Dem ihnen beigegebenen Gesellenausschuß gehören je 8 Mitglieder und 8 Ersatzmänner an.

Die Wahl der Kammermitglieder und deren Ersatzmänner erfolgt durch die vorstehend genannten vier Gruppen der Handwerkerorganisationen, indem bei der alle drei Jahre stattfindenden Hauptwahl 10 Sitze für Mitglieder und 5 für Ersatzmänner nach den Stärkeverhältnissen der Organisationsgruppen diesen zugeteilt werden und dann jede Gruppe für sich, aber in ihrer Gesamtheit, so viele Mitglieder bzw. Ersatzmänner wählt, als auf sie entfallen. Die Wahl erfolgt auf sechs Jahre. Nach Zusammentritt der Kammer wählt diese 4 weitere Kammermitglieder und 2 Ersatzmänner, aber

nur auf drei Jahre. Diese Zuwahl ist vorgesehen, um einerseits die Möglichkeit zu bieten, solche Handwerker, die ihren Beruf nicht mehr ausüben, sich aber um das Handwerk, insbesondere um die Kammer selbst, verdient gemacht haben, der Kammer als Mitglied erhalten zu können, andererseits um solchen Berufen oder Kreisen, die bei der Hauptwahl nicht berücksichtigt werden konnten, eine Vertretung in der Kammer noch sichern zu können.

Die Mitglieder und Ersatzmänner des Gesellenausschusses werden je zur Hälfte von den bei den Innungen bestehenden Gesellenausschüssen gewählt. Die auf diese Weise Gewählten haben dann die anderen Mitglieder und Ersatzmänner zu wählen.

Die Kammern haben den Zweck, die Interessen des Handwerks zu vertreten, und zwar einmal gegenüber den gesetzgebenden und verwaltenden Organen, denn je bedeutsamer die Fragen sind, welche bei der modernen Entwicklung der Verhältnisse im Handwerk an die Gesetzgebung und an die Verwaltung herantreten, um so notwendiger ist es, daß die Regierung bei den im Interesse des Handwerks zu treffenden Maßnahmen des Beirats und der Mitwirkung des gesamten Handwerkerstandes nicht entbehrt.

Sodann haben die Kammern als Selbstverwaltungskörper des Handwerks gesetzliche Bestimmungen zu erwägen und weiter auszubauen, deren Durchführung zu überwachen und aus eigener Initiative Einrichtungen zur Förderung des Handwerks zu schaffen.

Es steht daher von den besonderen Aufgaben, die ihnen von Gesetzes wegen vorgeschrieben sind, obenan die Regelung des Lehrlingswesens sowie die Überwachung der Durchführung der für das Lehrlingswesen geltenden Vorschriften.

Sollte der Handwerkerstand gekräftigt und gestählt werden, um in dem scharfen Konkurrenzkampf, den Großkapital und Großbetrieb ihm aufzuzwingen, zu bestehen, so mußte von unten, beim Lehrling, angefangen werden. Es mußte dafür gesorgt werden, daß der Lehrling in seiner Lehrzeit auch etwas Tüchtiges lernt, denn aus einem schlechten Lehrling ist noch selten ein guter Geselle und aus einem schlechten Gesellen noch viel seltener ein tüchtiger Meister geworden.

Hier mußte die Tätigkeit der Handwerkskammern zunächst einsetzen, denn im Lehrlingswesen herrschten unerquickliche Zustände. Hier mußte zuerst Ordnung geschaffen werden. In welcher Weise dies geschehen, ist in dem zweiten Abschnitt behandelt worden.

Das hauptsächlichste und wichtigste Betätigungsgebiet der Handwerkskammern ist die Beratung von Wünschen und Anträgen, die Unterstützung der Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung des Handwerks durch tatsächliche Mitteilungen sowie Erstattung von Gutachten über die Verhältnisse des Handwerks.

Diese Aufgabe bietet den Handwerkskammern Gelegenheit, mitzuwirken bei der Schaffung von Gesetzen, welche die Verhältnisse des Handwerks

berühren, sowie Einrichtungen zu treffen, die im Interesse des Handwerks liegen bzw. die Aufhebung oder Abänderung von Gesetzen und Einrichtungen zu veranlassen, wenn sie nicht im Interesse des Handwerks gelegen sind.

Die Handwerkskammern beschränken sich jedoch bei weitem nicht auf die ihnen gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben, sondern suchen den Handwerkerstand in jeder nur denkbaren Weise zu fördern. Den einzelnen Handwerkern dienen sie mit Aufklärung, Raterteilung, Beistand bei Einziehung von Forderungen u. dergl.

Über die von den Handwerkskammern seit ihrem Bestehen entfaltete Tätigkeit und Erfolge auch nur ein annähernd zutreffendes Bild zu geben, ist der hier zur Verfügung stehende Raum zu beschränkt. Es sei aber das Urteil erwähnt, das führende Personen im Handwerk über die Tätigkeit der Handwerkskammern gefällt und das dahin lautet, daß die von den Kammern geleistete Arbeit durchaus beachtenswert ist und auf die Entwicklung des Handwerks in den letzten 15 Jahren einen erfolgreichen und nachdrücklichen Einfluß ausgeübt hat.

Das Submissionswesen

Bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts wurden öffentliche Arbeiten unter der Hand vergeben. Hin und wieder hatte man es auch mit der reihenweisen Vergabung an die Zunftmeister oder mit der Überlassung der Arbeit an die Innungen versucht. Da beantragten Gewerbetreibende, die nicht auf dem Boden der Innungen standen, die Einführung des Submissionsprinzips für die Verdingung aller öffentlichen Arbeiten. So führte 1850 der Gewerbeverein Stuttgart in einer Eingabe aus: Er habe nach reiflicher Beratung für die Vergabung öffentlicher Arbeiten den Weg der Submission als den besten erkannt; welche Vorschläge für den Weg einer billigen Verteilung und Preisbestimmung durch Experten, Zunftvorstände usw. gemacht würden, sie seien und blieben stets unpraktisch und führten zu der mehr oder minder begründeten Parteilichkeit; die Leidenschaft und der Leichtsinns der Aufkordanten reiße sie zu unüberlegten Offerten hin, bei manchen Angeboten werde schon im voraus darauf ausgegangen, geringe Ware zu liefern; nur das Submissionsverfahren ermögliche es den Gewerbetreibenden, ruhig zu überlegen und zu berechnen und das Angebot innerhalb der Grenze des mittleren Überschlagpreises zu halten.

Aber nicht allzulange herrschte diese Ansicht! Die neue Vergabungsart nach dem Grundsatz der Mindestforderung förderte große Mißstände zutage, und nach kaum 30 Jahren wurden gegen das Submissionsverfahren die gleichen Gründe geltend gemacht wie damals gegen das Abstreichverfahren, namentlich auch der Mangel an ruhiger Überlegung. Besonders ungünstig wirkte auch das Abgebotsverfahren nach Prozenten. Es wurden nun jene Mißstände auch von der Regierung anerkannt, und herrschte somit über die

Notwendigkeit einer Reform des Submissionswesens Einhelligkeit, so gingen doch die Ansichten über die Art der Durchführung derselben sehr weit auseinander.

Von den verschiedenen Vorschlägen sei nur das „Mittelpreisverfahren“ angeführt, mit dem man Ende der neunziger Jahre des Rätsels Lösung gefunden zu haben glaubte. Bei demselben sollte stets dasjenige Angebot berücksichtigt werden, das sich in der Mitte zwischen dem niedrigsten und höchsten Angebot hielt. Wo dieses Verfahren eingeführt war, bewährte es sich zunächst, da die gewohnheitsmäßigen Abbieter ausgeschaltet wurden. Gar bald aber zeigten sich auch hier Mängel, die namentlich darin bestanden, daß dabei der Zufall eine große Rolle spielte und daß auch hohe Scheinangebote abgegeben wurden, um den Mittelpreis in die Höhe zu schrauben. Daß sich ein derartiges Verfahren nicht lange halten konnte, leuchtet ohne weiteres ein. Es wurde daher auch in die ministerielle Verfügung vom 19. Januar 1903, welche die diesbezüglichen Verfügungen des Ministeriums des Innern und der Finanzen vom 19. April 1888 und die im Bereich der Verwaltung der Verkehrsanstalten geltende Verfügung vom 5. Juli 1886 abänderte und zusammenfaßte, nicht aufgenommen. Dagegen enthielt die neue Verfügung eine Bestimmung, nach welcher das niedrigste Gebot als solches bei der Zuschlagserteilung keineswegs ausschließlich zu berücksichtigen war. Der Zuschlag durfte nur auf ein in jeder Beziehung annehmbares, die tüchtige und rechtzeitige Ausführung der Arbeit oder Lieferung gewährleistendes Gebot erteilt werden.

Das Handwerk erhoffte in der Durchführung dieser Bestimmung eine Bessergestaltung der Verhältnisse, und zwar um so mehr, als die Zweite Kammer am 31. März 1903 ausdrücklich wünschte, es möchten die Gemeinden und Amtskörperschaften diese neuen staatlichen Submissionsbedingungen und Bestimmungen auch ihrerseits ihren Submissionen zugrunde legen, sowie seitens der Ministerien an die untergebenen Behörden strenge Weisungen ergehen, an diese neuen Bestimmungen sich zu halten, worauf der damalige Herr Staatsminister des Innern, Dr. von Pischek, versicherte, darüber zu wachen, daß von den ihm unterstehenden Behörden den Bestimmungen der Verfügung auch wirklich nachgelebt werde. Aber es kam anders! Die vergebenden Behörden beachteten die Verfügung zu wenig; sie fanden meist Gründe für die Berücksichtigung des niedrigsten Angebots. Es wurden daher bald neue Klagen im Handwerk laut, die, von den Handwerkskammern der Regierung vorgetragen, dazu führten, daß diese im Jahr 1910 einer Abänderung der Submissionsbestimmungen vom 19. Januar 1903 nähertrat. Da forderten die vier Kammern in allererster Linie eine gesetzliche Regelung des Verdingungswesens, ferner wurde in der Hauptsache gewünscht: Zuziehung von Sachverständigen bei der Aufstellung von Voranschlägen und Preisberechnungen, ausschließliche Berücksichtigung der zur Führung des Meistertitels berechtigten Handwerker, Vergabung von Jahres-

arbeiten an ortsansässige Gewerbetreibende im Turnus, Beteiligung von möglichst vielen Handwerkern an den Arbeiten, daher Ausschreibung der Arbeiten in möglichst kleinen Losen und Ausschluß der Generalunternehmer, Ausschluß von Unternehmern, welche die übernommenen Lieferungen ganz oder teilweise von Strafanstalten beziehen, Lieferung des Materials durch Handwerker, Einführung der Streiklausel usw.

Unter Führung des Verbandes württembergischer Gewerbe- und Handwerkervereine richtete auch das organisierte Handwerk eine Eingabe an Regierung und Landstände, die die gleichen Forderungen stellte. Die Rgl. Regierung überwies diese Eingaben dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß der Zweiten Kammer, nahm aber in Form einer ministeriellen Verfügung vom 18. März 1912 die Neuregelung des Submissionswesens vor, ehe die Landstände Gelegenheit hatten, sich in ihren Kammern mit dieser Frage zu befassen. Letzteres geschah sodann im Frühjahr 1914, denn obwohl jene Verfügung die Möglichkeit zu einer nicht unwesentlichen Bessergestaltung des staatlichen Submissionswesens bot, berücksichtigte sie verschiedene Forderungen, auf deren Erfüllung das Handwerk besonderen Wert legte, nicht oder wenigstens nicht in der gewünschten Weise.

In den Verhandlungen der Ständekammern wurden noch verschiedene Wünsche des Handwerks anerkannt, so die jeweilige Beiziehung von Sachverständigen bei der Aufstellung von allgemeinen Bedingungen, Preisberechnungen und Preisverzeichnissen für regelmäßig vorkommende Arbeiten und Lieferungen. Sodann sollen auch bei Abnahme von handwerksmäßigen Arbeiten in geeigneten Fällen Sachverständige aus dem Handwerk zugezogen werden. Ferner soll bei handwerksmäßig herzustellenden Arbeiten die Lieferung des Materials dem Handwerker in der Regel überlassen werden. Vor allem aber haben die Landstände anerkannt, daß der Zuschlag nur zu einem angemessenen Preis zu erteilen ist. Was die vom Handwerk gewünschte gesetzliche Regelung anbelangt, so befürwortete die Zweite Kammer diesen Wunsch der Rgl. Regierung gegenüber, während die Erste Kammer diesem Beschluß nicht beitrug.

Eine Abänderung der Verfügung der Ministerien vom 18. März 1912 ist inzwischen noch nicht erfolgt.

Zwecks besonderer Wahrnehmung der Interessen des Handwerks auf dem Gebiete des öffentlichen und privaten Verdingungswesens haben die Handwerkskammern zu Reutlingen, Stuttgart und Ulm je ein besonderes Verdingungsamt an die Kammer angegliedert, während bei der Kammer Heilbronn ein wirtschaftlicher Ausschuß diese Aufgaben mit versieht.

Einen weiteren Schritt in der Förderung des Verdingungswesens haben die Handwerkskammern in der Schaffung einer „Landesverdingungsstelle für das württembergische Handwerk“ getan. Gegenstand dieses als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründeten Unternehmens ist in der Hauptsache die Vermittlung und Übernahme von

Arbeiten und Lieferungen für die Heeresverwaltung zum Zwecke der gerechten Verteilung unter die selbständigen Handwerksmeister des Königreichs.

Diese Stelle, die, unter Mitwirkung der Rgl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel gegründet, ihrer Aufsicht untersteht, hat die Anerkennung der Rgl. Militärverwaltung gefunden und ist im Juli d. J. in Tätigkeit getreten; ihr Erfolg wird in der Hauptsache davon abhängig sein, ob das Handwerk den Zweck derselben erfasst und sich in die erforderliche Organisation einzureihen versteht.

Staatliche Förderung des Kleingewerbes

Zur Wahrnehmung der staatlichen Gewerbebeförderung besteht in Württemberg seit 1848 eine besondere Landesbehörde, die Rgl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel; ihr Wirkungskreis erstreckt sich nicht nur auf die Förderung des Kleingewerbes, wie dies bei ähnlichen Behörden anderer Staaten der Fall ist, sondern ihre Bestrebungen gelten sowohl der Förderung der Interessen der Großindustrie und des Handels als auch derjenigen des Handwerks sowie derjenigen der Arbeitgeber wie auch der Arbeitnehmer (technische und kaufmännische Angestellte, Gesellen, Lehrlinge, Gehilfen, Fabrikarbeiter). In den nachstehenden Zeilen sollen jedoch nur die der Förderung des Kleingewerbes und Handwerks dienenden Einrichtungen der Zentralstelle kurz erörtert werden.

Zur Förderung einer allseitigen beruflichen Ausbildung der Lehrlinge im Handwerk sowie ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Entwicklung gewährt die Zentralstelle besonders tüchtigen Handwerkern, die zur Führung des Meistertitels befugt sind und sich zur planmäßigen Unterweisung von Lehrlingen in ihrem Gewerbe und deren Erziehung im häuslichen Verband verpflichten, nach Anhörung der Handwerkskammern Staatszuschüsse in Höhe von 150 bis 200 M. Als Lehrlinge für diese „staatlich unterstützten Lehrlingswerkstätten“ werden nur solche ordnungsmäßig aus der Schule entlassene junge Leute zugelassen, welche die für das betreffende Handwerk notwendigen geistigen und körperlichen Eigenschaften besitzen. Der Lehrherr hat den Lehrling dem Zweck einer allseitigen Ausbildung entsprechend in allen Handwerksfertigkeiten und Handwerksvorteilen zu unterweisen sowie überhaupt die sich auf die Ausbildung von Handwerkslehrlingen beziehenden, in der Gewerbeordnung und in den von den Handwerkskammern erlassenen Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens vorgesehenen Bestimmungen zu beachten. Insonderheit ist der Lehrherr verbunden, über die Dauer des mit der Zentralstelle abgeschlossenen Vertrags die vereinbarte Zahl von Lehrlingen einzustellen, ohne sie zu überschreiten. Besonders tüchtigen Lehrmeistern, die sich durch gediegene Unterweisung ihrer Lehrlinge auszeichnen, werden unter Umständen Beiträge zur Anschaffung von Werkzeugen und

Werkzeugmaschinen gewährt. Die Zahl der im Jahre 1912 in Württemberg vorhandenen Lehrlingswerkstätten betrug 208 bei 326 Lehrlingen.

Um über die Erfolge der Lehrlingswerkstätten einen Überblick zu gewinnen und einen Einblick in die Ergebnisse der Ausbildung in die einzelnen Werkstätten zu ermöglichen, werden dieselben jährlich ein- bis zweimal von dem staatlichen Wanderlehrer besucht und müssen die Lehrlinge Probearbeiten anfertigen und zu den von der Zentralstelle veranstalteten Ausstellungen einsenden.

Diese in der Regel alljährlich stattfindenden Landesausstellungen von Lehrlingsarbeiten sollen, abgesehen von dem vorstehend genannten Zweck, einen dauernden Überblick über den Stand der Lehrlingsausbildung ermöglichen, die Lehrmeister zu planmäßig fortschreitender und gleichmäßiger Ausbildung der Lehrlinge hinleiten und durch Auszeichnung hervorragender Arbeiten mit Preisen Lehrlinge wie Lehrmeister zum Wettstreit anregen; gleichzeitig sind sie geeignet, eine Ausglei chung in Bestimmung und Beurteilung der Gesellenprüfungsarbeiten durch die Gesellenprüfungsausschüsse der Handwerkskammern und der Innungen herbeizuführen.

Während die in Lehrlingswerkstätten beschäftigten Lehrlinge zur Beteiligung an der Ausstellung verpflichtet sind, ist dieselbe sonst eine freiwillige, und zwar werden Arbeiten von solchen Lehrlingen, die mindestens neun Monate in der Lehre sind, zugelassen. Bei den im letzten Lehrjahr stehenden Lehrlingen ist Voraussetzung, daß sie die Gesellenprüfung „gut“ bestanden haben; diese haben dann ihr Gesellenstück einzusenden, während für die jüngeren Lehrlinge bestimmte Arbeiten vorgesehen sind. Um die Gewähr dafür zu haben, daß die Gegenstände vom Aussteller selbstständig ausgeführt sind, sind sie in fremder Werkstätte anzufertigen. Betont sei, daß auch Fabriklehrlinge zur Ausstellung zugelassen werden.

Die ausgestellten Gegenstände werden durch Sachverständige der einzelnen Gewerbe, die von den Handwerkskammern vorgeschlagen werden, beurteilt. Für hervorragende Leistungen werden Preise gewährt, und zwar als 1. und 2. Preise je 20 M bzw. 10 M, als 3. Preise Bücher. Die Geldpreise werden in Sparkassenscheinen gegeben. Die Ausstellungen erfreuen sich in der Regel einer großen Beteiligung und werden allgemein als geeignetes Mittel zur Hebung der Lehrlingsausbildung anerkannt.

Ferner wird auch das Gesellenprüfungswesen von der Zentralstelle insofern gefördert, als sie den Handwerkskammern zu den Kosten der Gesellenprüfungen Unterstützungen gewährt; an diese Unterstützung ist die Bedingung geknüpft, daß von den Prüfungsausschüssen der Kammer auch die Fabriklehrlinge geprüft werden.

Die für Gewerbelehrlinge getroffenen Veranstaltungen, wie Lehrlingshorte, Lehrlingsnachmittage und -abende u. dergl., werden von der Zentralstelle durch Gewährung von Beiträgen zu deren Kosten und schenkweiser Überlassung von geeigneten Büchern unterstützt.

An Fachschulen, welche der Kgl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel unterstehen und an deren Unterhaltungskosten der Staat beteiligt ist, seien genannt: die Bauhandwerkerschulen in Biberach, Hall und Rottweil, die Baugewerkeschule Stuttgart und die höhere Maschinenbauschule Eßlingen, die Fachschule für Feinmechanik einschließlich Uhrmacherei und Elektrotechnik in Schwenningen, die Fachschule für Edelmetallindustrie in Gmünd, die Lehrwerkstätte für das Gerbereigewerbe in Meßingen, die Webeschulen in Sindelfingen und Laichingen, die Weblehrwerkstätte in Sontheim und die Stickschule in Wolfschlugen.

Beiträge aus Mitteln der Zentralstelle erhalten die privaten, aber auf gemeinnütziger Grundlage betriebenen Fachschulen für das Buchdrucker-gewerbe in Stuttgart und die Käseversuchs- und Lehranstalt in Wangen.

Die für ältere, besonders selbständige Gewerbetreibende von der Zentralstelle veranstalteten Meisterkurse sind bereits im Abschnitt über gewerbliches Unterrichtswesen erwähnt, es wäre nur noch anzuführen, daß die Zentralstelle auch zu den von den Handwerkskammern und gewerblichen Vereinigungen abgehaltenen Meister-Buchführungs- und Fachkursen Beiträge leistet.

Auch erhalten einzelne Gewerbetreibende Unterstützungen zu ihrer Ausbildung mittels Reisen.

Einer besonderen Beliebtheit erfreuen sich die auf das Gewerbewesen beziehenden Vorträge, welche die Zentralstelle durch ihren Wanderlehrer in den gewerblichen Vereinigungen halten läßt.

Ferner ist der Gewerbeförderungstätigkeit der Zentralstelle auf dem Gebiete der Erteilung von Rat und Auskunft zu gedenken, welcher die Beratungsstelle für das Baugewerbe, diejenige für gewerblichen Rechtsschutz, die technische Beratungsstelle und die Handelsauskunftsstelle dienen.

Schließlich ist noch die Förderung des gewerblichen Ausstellungswesens durch die Zentralstelle zu erwähnen. So veranstaltet einerseits das Landesgewerbemuseum, um den einheimischen Gewerbetreibenden für ihre Produktion mustergültige Vorbilder vorzuführen oder sie mit neuen technischen Fortschritten bekannt zu machen, Sonderausstellungen, die in den letzten Jahren namentlich als Wanderausstellungen eine größere Bedeutung erlangt haben. Andererseits fördert die Zentralstelle die Orts- und Bezirksgewerbeausstellungen, während sie Landesausstellungen selbst veranstaltet, deren letzte die Württembergische Bauausstellung 1908 war.

Schlußwort

Wie das württembergische Handwerk im Konkurrenzkampf mit dem Großbetrieb den Beweis für seine Lebensfähigkeit erbracht hat, so hat es während des Krieges seine Leistungsfähigkeit gezeigt. Die jahrelangen Bemühungen, insbesondere der Handwerkskammern, eine angemessene Beteiligung des Handwerks an den Militärlieferungen zu erreichen, denen bisher immer

der Zweifel an der Leistungsfähigkeit des Handwerks bei Großaufträgen entgegengesetzt wurde, sind in diesem Krieg endlich von Erfolg gekrönt gewesen; unter Führung der Handwerkskammern hat das Handwerk seine wirtschaftliche Organisation ausgebaut und konnte so nicht nur bei der Beschaffung von Wagen sowie von Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen für Mann und Pferd, sondern auch bei der Bearbeitung von Granaten in befriedigender Weise beteiligt werden. Die Ausführung der Aufträge ist nicht nur in zufriedenstellender, sondern verschiedentlich auch in mustergültiger Weise erfolgt.

Weder die Stürme der Zeit, weder der Kampf mit Großkapital und Großindustrie, noch die Stürme des Krieges haben vermocht, das Handwerk hinwegzufegen. Handwerk hat feste Wurzeln!

Seine Widerstandskraft aber verdankt das Handwerk der Förderung des Staates, der Wirkung der Handwerkskammern und den Bemühungen seiner Vereinigungen!



Bankwesen

Von Professor Dr. Kaulla

Die volkswirtschaftlich wichtigste Funktion des Bankwesens ist die Kreditvermittlung, d. h. die Vermittlung zwischen denjenigen Personen, die Kapital anzulegen haben, und denen, die solches im Weg des Kredits aufnehmen wollen. An sich ist dies ein Gewerbe wie ein anderes, das jedermann betreiben kann, sofern er nur selbst hinreichend Kredit genießt, um Kapitalien anvertraut zu erhalten, die er alsdann wieder an andere ausleiht. Wie auf vielen anderen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens, so hat es die neuzeitliche Entwicklung aber auch auf dem Gebiet des Bankwesens, insbesondere in Deutschland, mit sich gebracht, daß der Großbetrieb den Kleinbetrieb mehr und mehr verdrängte. Verschiedene Umstände haben hierbei zusammengewirkt. Der wichtigste unter ihnen ist der, daß der Kapitalbedarf, der Befriedigung verlangt, infolge des gewaltigen Emporsteigens der deutschen Industrie in den letzten Jahrzehnten ins Riesengroße gewachsen ist. Je kapitalkräftiger aber ein Kreditgeber selbst ist, desto eher vermag er diesen Ansprüchen zu genügen und desto eher fließen ihm daher auch gerade die großen Geschäfte zu. Der Kleine muß gegen den Großen um so mehr zurücktreten, als geschäftliche Klugheit gebietet, das Risiko auf eine Vielheit von Geschäften zu verteilen und sich nicht auf ein Geschäft einzulassen, das schon allein die Kapitalkraft des Einzelnen ganz oder auch nur zum größten Teil in Anspruch nehmen würde.

So kam es, daß in den letzten Jahrzehnten das Bestreben nach einer immer größeren Konzentrierung von Kapitalien im deutschen Bankwesen

um sich gegriffen hat. Dank der Rechtsform der Aktiengesellschaft ist es möglich, eine beliebig große Zahl von einzelnen Beteiligungen mit beschränktem Risiko (Aktien) zu einem einheitlichen Gesellschaftskapital zusammenzuschweißen, dessen Gesamtgröße völlig dem Bedarf angepaßt werden kann. Teils durch unmittelbare Vermehrung des eigenen Kapitals haben die deutschen Banken ihre Kapitalkraft vergrößert, teils aber auch auf dem Weg der Verschmelzung verschiedener Institute, sei es durch völligen Aufkauf eines Konkurrenten oder unter Belassung seiner Selbständigkeit in größerem oder geringerem Umfang; auch die lose Form einer freundschaftlichen Gruppenbildung zum Zweck der gemeinsamen Übernahme großer Geschäfte dient demselben Ziel. Diese ganze Entwicklung hat in Deutschland dazu geführt, daß jetzt fast das ganze deutsche Bankwesen in eine verhältnismäßig kleine Zahl von Gruppen aufgeteilt ist. An der Spitze der umfassendsten vier Gruppen steht je eine der folgenden vier Berliner Großbanken: Darmstädter Bank für Handel und Industrie (Aktienkapital 160 Millionen Mark) Deutsche Bank (250 Millionen Mark), Diskonto-Gesellschaft (300 Millionen Mark) und Dresdner Bank (200 Millionen Mark)

Die einzige von diesen vier führenden deutschen Großbanken, die sich eine unmittelbare Niederlassung in Württemberg geschaffen hat, ist die Dresdner Bank, die seit 1910 eine Filiale in Stuttgart besitzt. Diese Filiale ist übrigens nicht als eine völlige Neuschöpfung ins Leben gerufen worden, sondern trat an die Stelle eines Stuttgarter Bankinstituts, der Württembergischen Landesbank, deren gesamtes Geschäft sie übernahm. Die Landesbank selbst hatte ihre Entstehung dem wirtschaftlichen Aufschwung verdankt, der sich in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Deutschland einstellte. Sie wurde Anfang 1899 durch einige außerwürttembergische Bankfirmen unter Führung des Stuttgarter Bankhauses Dörtenbach & Cie. mit einem Aktienkapital von 6 Millionen Mark errichtet, das seit 1900 voll eingezahlt war. Gleichzeitig mit der Gründung der Landesbank trat die Stuttgarter Bankfirma Breuning & Fischer in Liquidation und die Landesbank übernahm einen Teil der Geschäfte dieses Hauses. Unter den auswärtigen Banken, die an der Errichtung der Landesbank beteiligt waren, hatte sich die Deutsche Genossenschaftsbank von Sörgel, Parrisius & Co. in Frankfurt und Berlin befunden. Diese ging im Jahr 1904 in der Dresdner Bank auf, so daß sich nun von selbst eine nähere Beziehung zwischen dieser letzteren und der Landesbank ergab. Diese Verbindung nahm bald eine noch festere Gestalt an; die Dresdner Bank übernahm einen größeren Betrag des Aktienkapitals der Landesbank als dauernde Beteiligung und erhielt eine Vertretung im Aufsichtsrat der Landesbank. Als der ungemein rasch gewachsene Geschäftsumfang der Landesbank, die sich von Beginn ihrer Tätigkeit an als eine äußerst scharfe Konkurrentin der anderen württembergischen Banken erwiesen hatte, eine Vermehrung ihres

Aktienkapitals um 2 Millionen Mark angezeigt erscheinen ließ, war es wiederum die Dresdner Bank, die die neuen Aktien in diesem Betrag übernahm. Mit dem 1. Januar 1910 gab die Landesbank ihre Selbständigkeit völlig auf und wurde in eine Filiale der Dresdner Bank umgewandelt; die Aktionäre der Landesbank erhielten dabei für je 9 Aktien der Landesbank je 6 der Dresdner Bank. Die Ziffern des württembergischen Geschäfts der Dresdner Bank stecken seither in den Ziffern ihrer Gesamtbilanz, und es entzieht sich daher der Kenntnis der Öffentlichkeit, wieviel Kapital der Dresdner Bank zurzeit in Württemberg arbeitet und mit welchem Ergebnis.

Die Diskonto-Gesellschaft in Berlin besitzt seit dem Jahr 1906 einen festen Stützpunkt in Württemberg. Das Bankhaus Stahl & Federer, dessen Bestehen auf das Ende des 18. Jahrhunderts zurückreicht, nahm damals seine Umwandlung aus einer offenen Handelsgesellschaft in eine Aktiengesellschaft vor und trat gleichzeitig in eine enge Geschäftsverbindung mit der Diskonto-Gesellschaft in Berlin, ohne jedoch seine Selbständigkeit dabei aufzugeben. Die Diskonto-Gesellschaft besitzt nun eine feste Beteiligung an dem Aktienkapital der Firma und entsendet ihre Vertreter sowohl in den Vorstand als in den Aufsichtsrat. Das Kapital der Aktiengesellschaft wurde bei ihrer Gründung auf 10 Millionen Mark bemessen. Hiervon wurden zunächst 62½ % eingezahlt, der Rest bis zum Jahr 1910 bei gleichzeitiger Erhöhung des Kapitals um weitere 2 Millionen Mark, so daß die Firma seither mit einem voll eingezahlten Aktienkapital von 12 Millionen Mark arbeitet. Die Dividende betrug bisher alljährlich 6 %.

Die Württembergische Vereinsbank in Stuttgart vertritt die Gruppe der Deutschen Bank. Während aber in den beiden vorerwähnten Fällen der Angliederung einer württembergischen Bank an eine Berliner Großbank der Hergang sich so darstellte, daß die letztere von ihrer Seite aus einen Stützpunkt in Württemberg suchte und fand, ist die Verbindung der Vereinsbank mit der Deutschen Bank in der umgekehrten Weise entstanden. Die Vereinsbank hat im Jahr 1869 mit einem eingezahlten Geschäftskapital von 800 000 Gulden ihre Tätigkeit begonnen. In der Erkenntnis, daß die Entwicklung nach einem einigen Deutschland drängte und daß das wirtschaftliche Leben Württembergs, zumal das Bankwesen, sich diesem größeren Ganzen organisch einfügen mußte, um an dem von der politischen Einigung zu erwartenden Aufschwung vollen Anteil nehmen zu können, richtete sie schon von ihrer Entstehung an ihr Augenmerk darauf, feste Beziehungen zu außerwürttembergischen Bankfirmen herzustellen und an besonders wichtigen deutschen Plätzen, die ein zur Bankverbindung geeignetes Haus noch nicht aufwiesen, die Errichtung eines solchen im Verein mit anderen Interessenten zu fördern. So fand sie sich bereits im Jahr 1870 mit einer Reihe anderer deutscher Bankhäuser zusammen, um in Berlin ein eigenes Bankinstitut zur

Pflege dieser Beziehungen, zugleich übrigens auch zur Förderung des deutschen Auslandsverkehrs ins Leben zu rufen: die Deutsche Bank. Die Deutsche Bank ist der Württembergischen Vereinsbank und allen anderen Bankinstituten, denen sie ihre Entstehung verdankt, längst weit über den Kopf gewachsen; die Häuser, in deren Gefolgschaft sie groß geworden, stehen heute unter ihrer Führung. Die Württembergische Vereinsbank hat aber ihre Selbständigkeit bis jetzt behauptet; so eng die geschäftlichen Beziehungen sind, so beschränkt sich doch das unmittelbare Interesse der Deutschen Bank an der Vereinsbank auf den Besitz eines gewissen Betrags von Aktien, woneben seit 1916 auch eine gegenseitige Vertretung der beiden Banken in ihren Aufsichtsratskollegien besteht. Das Aktienkapital der Vereinsbank ist mit dem steigenden Geschäftsumfang stetig vergrößert worden. Es hatte 1881 18 Millionen Mark erreicht und ist 1905 und 1906 um je 3, 1909 um 6 und 1912 um 10 auf nunmehr 40 Millionen Mark gestiegen. Die Dividende hatte schon seit 1894 bis 1913 regelmäßig 7 % betragen; für die beiden Kriegsjahre 1914 und 1915 sind vorsichtshalber nur 6 % verteilt worden.

Zur vierten großen deutschen Bankengruppe, derjenigen der Darmstädter Bank, hat bis in die jüngste Vergangenheit (1916) die Württembergische Bankanstalt vorm. Pflaum & Cie. in Stuttgart gehört. Diese ist hervorgegangen aus der Bankfirma Pflaum & Cie. in Stuttgart, die 1855 begründet und seit 1866 von der Darmstädter Bank kommanditiert worden war. 1881 erfolgte im Zusammengehen mit der Darmstädter Bank und zugleich der Württembergischen Vereinsbank die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von zunächst 6 Millionen Mark. Sowohl die Darmstädter Bank als die Vereinsbank beteiligten sich mit einem erheblichen Aktienbesitz und erhielten im Aufsichtsrat eine mehrfache Vertretung. Zugleich mit dieser Umwandlung kam zwischen der neuen Firma und der Vereinsbank im Interesse einer gemeinschaftlichen Tätigkeit ein bis 1930 gültiger Kartellvertrag zustande, auf Grund dessen Gewinn und Verlust beider Institute, ohne daß deren Selbständigkeit nach außen berührt wurde, beim Bilanzabschluß alljährlich zusammengeworfen und alsdann im Verhältnis des beiderseitigen Aktienkapitals verteilt wird. Die hier gewählte Art des Zusammenschlusses hat sich so gut bewährt, daß in neuerer Zeit sowohl Großbanken als bedeutende industrielle Unternehmungen dieses in Württemberg geschaffene Vorbild nachgeahmt haben, nicht immer freilich mit dem gleichen guten Erfolg, dessen Voraussetzung ein Zusammenarbeiten intimster Art ist, wie es bei den beiden Stuttgarter Banken durch die besondere Organisation ihrer inneren Geschäftsleitung gewährleistet wird. Das Aktienkapital der Bankanstalt erfuhr 1905 und 1906 eine Erhöhung um je 1 Million Mark, gleichzeitig mit den damaligen Erhöhungen des Kapitals der Vereinsbank, und beläuft sich seit 1909 auf 10 Millionen Mark. Die Dividende ist die gleiche wie bei der Vereinsbank. 1916 vollzog die Bankanstalt ihren völligen

Anschluß an die Vereinsbank und damit an die Gruppe der Deutschen Bank unter Rücktritt der Darmstädter Bank. Die bisherigen Vertreter der letzteren im Aufsichtsrat der Bankanstalt schieden nun aus diesem aus.

Vereinsbank und Bankanstalt zusammen sind als Hauptinteressenten an der Rgl. Württembergischen Hofbank beteiligt. Diese, 1817 aus einem älteren Privatbankhaus (M. und J. Raulla) hervorgegangen, war bis zum Aufkommen der Aktienbanken das bedeutendste Bankgeschäft in Württemberg gewesen. Der Tätigkeit, die sie, unmittelbar unter den Augen des Landesherrn stehend, oft in sehr großzügiger Weise in dieser Zeit entfaltete, darf ein guter Teil des Verdienstes um die Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte des Landes zugesprochen werden. Als der wachsende Geschäftsumfang im Lauf der Zeit eine Änderung der aus kleinen Verhältnissen stammenden Organisation der Bank wünschenswert machte, wurde sie 1906 von den bisherigen Beteiligten in Verbindung mit den genannten beiden Banken in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt, deren Stammkapital auf 10 Millionen Mark festgesetzt wurde und zu 50 % eingezahlt ist. Alle diese drei Banken zusammen sind wieder die Hauptbeteiligten bei dem Bankhaus Dörtenbach & Cie. in Stuttgart, ebenfalls einer der ältesten württembergischen Bankfirmen. Das Haus wurde 1909 von seinen bisherigen Inhabern im Verein mit jenen drei Banken zu einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgestaltet; das Stammkapital beträgt 4 Millionen Mark, von denen $1\frac{1}{4}$ Millionen eingezahlt sind. Die bereits erwähnten Kapitalerhöhungen, die in den Jahren 1906 und 1909 bei der Vereinsbank und der Bankanstalt stattgefunden haben, waren durch die neue Beteiligung bei der Hofbank und bei Dörtenbach & Cie. veranlaßt.

Um die Kapitalmacht der einzelnen Bankinstitute richtig einzuschätzen, genügt aber nicht die Kenntnis der Höhe ihres eigentlichen Gesellschaftskapitals (Aktienkapitals). Zu diesem treten vielmehr die Reserven, die neben ihm, für Fälle außergewöhnlichen Bedarfs, angesammelt sind. Diese sind in den Bilanzen ausgewiesen — so Ende 1915 bei der Vereinsbank $14\frac{1}{2}$, bei der Bankanstalt rund $3\frac{3}{4}$ Millionen Mark, neben beträchtlichen Spezialrückstellungen für die Pensionierung des Beamtenpersonals — oder sie bestehen auch als „stille“ Reserven einfach in einer niedrigen Bewertung der Aktiva in der Bilanz, in welchem Fall ihre Höhe für den Außenstehenden nicht ohne weiteres erkennbar ist.

Ferner kommt es auf die Masse des den einzelnen Banken anvertrauten fremden Vermögens an. Je mehr fremde Gelder einer Bank zur Verfügung stehen, desto größere Kredite kann sie auch ihrerseits einräumen und desto größer ist daher ihre finanzielle Bedeutung. Nur muß sie für ihre Liquidität sorgen, d. h. dafür, daß auf den Rückfluß der ausstehenden Gelder nicht nur überhaupt mit Sicherheit, sondern gerade zu den Zeiten gerechnet werden kann, zu denen die Bank darauf gefaßt sein muß, die bei ihr stehenden fremden Guthaben selbst wieder heimzahlen zu

müssen. Der Gesamtbetrag dieser fremden Gelder ist naturgemäß fortgesetzt Schwankungen unterworfen; auch ist ihr Wert für die Bank verschieden, je nachdem sie auf längere oder nur auf kurze Frist zur Verfügung stehen. Ende 1913, dem letzten vollen Geschäftsjahr vor dem Krieg, betrugen die „Depositen“, soweit sie nicht schon binnen 7 Tagen rückzahlbar waren, bei der Vereinsbank 18,3, bei Stahl & Federer 6,9, Hofbank 3,3, Dörtenbach & Cie. 1,2, Bankanstalt 0,8 Millionen Mark. Während des Kriegs haben diese Ziffern ungewöhnliche Veränderungen erfahren, und zwar ist als Regel bei den Kreditinstituten aller Arten in ganz Deutschland eine außerordentliche Steigerung eingetreten. Diese rührt insbesondere daher, daß zahlreiche Kunden, die früher große Kredite in Anspruch zu nehmen pflegten, nun in die Lage kamen, ihrerseits flüssige Gelder in größerem Maßstab bei der Bank stehen zu lassen, was wohl zum Teil auf Kriegsgewinne, insbesondere aber darauf zurückzuführen ist, daß Betriebskapitalien, die in normalen Zeiten im Betrieb selbst ihre Verwendung finden, nun wegen Geschäftstillle als verzinsliche Depositen bei den Banken liegen, um nicht ganz brach zu bleiben.

Die bisher genannten Bankinstitute betreiben grundsätzlich alle Zweige des gewöhnlichen Bankgeschäftes. Sie geben ihren Kunden Kredit, sei es mit oder ohne besondere Sicherheit. Sie betreiben das Diskontieren von Wechsell, d. h. den Ankauf von Wechsell einige Zeit vor Verfall unter Abzug von Zwischenzinsen bis zum Verfalltag. Der Verkäufer des Wechsels kommt so zu seinem Geld, ohne den Fälligkeitstermin gegenüber dem Wechselschuldner (z. B. dem Abnehmer seiner Waren) erst abwarten zu müssen, während die Bank in einem guten Diskontwechsel eine bequeme Anlage für überschüssige Gelder besitzt, die durch Weiterverkauf (Rediskontieren) insbesondere an die Reichsbank oder Notenbank (vgl. unten) wiederum in bares Geld verwandelt werden kann. In neuerer Zeit ist es häufig geworden, dem Kunden auch in der Form Kredit zu gewähren, daß ihm gestattet wird, Wechsel auf die Bank zu ziehen, die diese dann akzeptiert; so erscheint dann die Bank als Wechselschuldner (natürlich gegen Deckung seitens des Kunden für die von ihr zu machenden Zahlungen), und der Kunde kann die Wechsel nach Belieben anderswo diskontieren lassen.

Bei der Vereinsbank spielt der Hypothekarkredit eine besondere Rolle. Sie schafft sich die Mittel für die Gewährung hypothekarischer Darlehen durch die Ausgabe von Pfandbriefen, d. h. von Schuldverschreibungen auf den Inhaber, für die nicht allein die Bank als solche, sondern insbesondere auch die bestellten Hypotheken als spezielle Sicherheit haften; diese Pfandbriefe werden dem Publikum als Kapitalanlage zum Kauf angeboten. Die Vereinsbank betreibt das Pfandbriefgeschäft seit 1878. Das deutsche Hypothekenbankgesetz vom 13. Juli 1899 hat den Betrieb dieser Geschäftsart von der Erteilung einer staatlichen Konzession abhängig gemacht, die im Interesse einer soliden Deckung der Pfandbriefe an die Einhaltung gewisser Normativ-

bestimmungen gebunden ist; die Überwachung obliegt einem Staatskommissar und einem als Vertrauensmann der Pfandbriefgläubiger bestellten Treuhänder. Ende 1915 waren Pfandbriefe der Vereinsbank im Nominalbetrag von 42,7 Millionen Mark im Umlauf; ihnen standen Hypothekendarlehen von 43,1 Millionen Mark gegenüber, die fast durchweg auf städtische und Fabrikgrundstücke gegeben waren.

Wenn es sich nicht bloß um die Beschaffung solcher Mittel handelt, die für den laufenden Geschäftsbetrieb der Kundschaft benötigt werden und deren regelmäßiger Rückfluß aus diesem Betrieb erwartet wird, sondern um die Festlegung eines Darlehens auf eine lange Zeitdauer, so kann es bei sehr großen Beträgen zweckmäßig sein, diese Darlehensschuld in Teilschuldverschreibungen (Obligationen) zu zerlegen und diese dem Publikum zum Kauf anzubieten. In dieser Weise gestaltet sich vor allem die Kreditaufnahme der größten Schuldner der neuzeitlichen Volkswirtschaft: der öffentlichen Körper. Zur Übernahme der württembergischen Staatsanleihen haben sich schon seit längerer Zeit die größeren Bankinstitute des Landes, ohne Rücksicht auf die sonst unter ihnen bestehende Konkurrenz, außerdem einige große außerwürttembergische Banken zu einem einheitlichen Konsortium unter Führung der Vereinsbank zusammengeschlossen. Ein ähnlich zusammengesetztes kleineres Konsortium pflegt auch die Anleihen der Stadt Stuttgart zu übernehmen, während für die anderen Städte des Landes, bei denen es sich um weniger große Beträge handelt, ein gleiches Zusammenhalten der leitenden Bankhäuser nicht in Betracht kommt; um diese Anleihen bewerben sich daher regelmäßig eine Mehrheit kleinerer Konsortien württembergischer und auch nichtwürttembergischer Häuser, unter denen dann die Anleihe mit demjenigen abgeschlossen wird, das die vorteilhaftesten Bedingungen bietet. Die Anleihen des Deutschen Reiches werden in normalen Zeiten von der Gesamtheit der größten deutschen Bankhäuser übernommen; aus Württemberg gehört seit 1880 die Vereinsbank diesem Konsortium an, während die anderen Häuser des Landes durch Unterbeteiligungen bei ihren im Konsortium befindlichen Geschäftsfreunden an diesen Anleihen teilnehmen. Bei der Emission aller dieser Anleihen ist der Hergang der, daß das Konsortium dem Fiskus die Anleihe zunächst aus eigenen Mitteln zur Verfügung stellt und das ausgelegte Kapital durch Verkauf der Obligationen an das Publikum wieder hereinzubringen sucht. Bei den Kriegsanleihen des Reiches ist aber ein anderes Verfahren gewählt worden, weil es sich hier um Beträge handelt, die die Kräfte der Banken allein weit übersteigen würden, und weil zudem die Höhe der Anleihen gar nicht von vornherein feststeht, sondern es darauf ankommt, schlechthin so viel Geld wie möglich aufzubringen. Bei den Kriegsanleihen wurden die Banken daher, unter Führung der Reichsbank, nur als Zeichnungsstellen tätig, die ohne eigenes Risiko dem Reich gerade so viel auf seine Anleihen zu übergeben haben, als das Publikum und sie selbst eben gezeichnet haben. Als solche Zeichnungsstellen wurden deshalb auch nicht nur die jenem Konsortium

angehörigen Banken, sondern grundsätzlich alle Bankbetriebe sowie sonstige geeignete Institute herangezogen und außerdem wurde dem Publikum freigestellt, auch bei den Postanstalten seine Zeichnungen niederzulegen.

Ähnlich wie bei der Emission von Schuldverschreibungen ist der Hergang dann, wenn es sich darum handelt, das Kapital für Aktiengesellschaften zu beschaffen oder zu vermehren. Die Banken stellen die Mittel bereit, indem sie einen entsprechenden Betrag von Aktien übernehmen, und suchen dann diese Aktien an das Publikum zu verkaufen. Je günstiger die Zukunft des Unternehmens, um dessen Aktien es sich handelt, beurteilt wird, desto größer ist die Aussicht, die Aktien zu einem höheren als dem Übernahmekurs abzugeben. Der Möglichkeit, auf diese Weise Gewinn zu erzielen, steht freilich die Gefahr eines Verlustes im entgegengesetzten Fall gegenüber. Das sogenannte Gründungsgeschäft der Banken hat somit einen ausgesprochen spekulativen Charakter. Es ist aber zugleich von besonderer Wichtigkeit für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, weil es eben des Wagemuts der Bankhäuser, die sich diesem Geschäftszweig widmen, bedarf, damit Gewerbe und Handel zu großzügigen Unternehmungen die notwendigen Mittel finden. Nicht selten sind hierbei die Banken selbst die treibende Kraft. Die bedeutendsten industriellen Gründungen in Württemberg, auch wichtige Gründungen außerhalb des Landes sind durch die Vereinsbank oder doch unter ihrer Mitwirkung zustande gekommen. Auch die anderen drei Banken des Vereinsbankkonzerns haben erfolgreiche Gründungsgeschäfte zu verzeichnen. Eine rege Gründungstätigkeit hat die Landesbank während der kurzen Zeit ihres Bestehens entfaltet. Dagegen haben sich Stahl & Federer bisher verhältnismäßig wenig mit Gründungsgeschäften befaßt.

Soweit die Banken Wertpapiere, die die Kundschaft zu erwerben wünscht, nicht aus ihren eigenen Beständen verkaufen können, und solche Wertpapiere, die ihnen von der Kundschaft zum Verkauf aufgegeben werden, nicht für sich selbst ankaufen wollen, übernehmen sie es, gegen eine Kommissionsgebühr den An- oder Verkauf an der Börse auszuführen. Die wichtigste Effektenbörse Deutschlands ist, auch für Württemberg, längst die Berliner Börse, wie dies der überragenden Stellung der Berliner Banken, insbesondere auf dem Emissionsgebiet, entspricht. Die Frankfurter Börse, einst weitaus die erste in Deutschland, besitzt zwar für Süddeutschland auch jetzt noch besondere Bedeutung, ist aber neben der Berliner völlig an die zweite Stelle gerückt. Auch Württemberg hat, in Stuttgart, eine eigene Effektenbörse, die in den sechziger Jahren auf Betreiben der Kgl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel ins Leben gerufen wurde; diese Stuttgarter Börse ist aber nur von lokalem Interesse.

Wie der Konkurrenzkampf die Berliner Großbanken dazu geführt hat, möglichst an allen Brempunkten des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland

festen Fuß zu fassen, um die Kundschaft an sich zu ziehen, so hat in neuerer Zeit ein ähnlicher Zug aufs Land auch unter den Stuttgarter Banken eingesezt. Die Vereinsbank hatte freilich schon von Anfang diesen Weg beschritten. In Heilbronn wurde schon 1869 eine Filiale errichtet, sodann 1871 je eine solche in Reutlingen und in Ulm. Seit der Wende des Jahrhunderts, vollends aber seit dem Ende von dessen erstem Jahrzehnt, mit der Verschärfung der Bankenkonzurrenz in Stuttgart selbst, hat diese Entwicklung sehr rasche Fortschritte gemacht. Zurzeit besitzt die Vereinsbank 13 Filialen, nämlich außer den schon genannten solche in Alen, Ebingen, Gmünd, Göppingen, Heidenheim, Leutkirch, Ludwigsburg, Mergentheim, Ravensburg und Tübingen, außerdem noch 17 Depositenkassen (d. h. kleinere Filialen mit einem beschränkteren Geschäftskreis), wovon drei in Groß-Stuttgart und zwei außerhalb des Landes (in Hechingen und Tauberbischofsheim). Ferner besitzt die Vereinsbank Kommanditen in Cannstatt (Hartenstein & Co.), Eßlingen, Kirchheim und Heilbronn, am leztgenannten Plaze seit 1913 durch Beteiligung an der alten Firma Rümelin & Co., die vorher in einem ähnlichen Verhältnis zur Darmstädter Bank gestanden hatte und die insbesondere auf dem Gebiet des Gründungswesens auf eine sehr erfolgreiche Tätigkeit zurückblickt. Auch die Errichtung der zuvor genannten Niederlassungen war, bei Übernahme einer eingeseffenen Privatfirma des betreffenden Plazes, zunächst mehrfach in der loseren Form der Kommanditbeteiligung erfolgt, die bei einem für die Bank auf die Kommanditeinlage beschränkten Risiko dem bisherigen Inhaber seine äußere Selbständigkeit und auch nach innen eine größere Bewegungsfreiheit beläßt, als sie der völlig abhängige Leiter einer bloßen Filiale besitzt. Der Wunsch, die Leitung und Kontrolle vollständig in die Hand zu bekommen, hat aber in verschiedenen Fällen zur Umwandlung der Kommanditen in Filialen geführt. Die Stuttgarter Filiale der Dresdner Bank verfügt neben zwei Depositenkassen in Stuttgart und Cannstatt noch über zwei Geschäftsstellen im Land, die die Landesbank im Jahr 1900 errichtet hatte, nämlich in Ulm und Heilbronn. Stahl & Federer haben alsbald nach Umwandlung des Hauses zu einer Aktiengesellschaft begonnen, Filialen zu errichten. Zurzeit bestehen solche in Cannstatt, Eßlingen, Friedrichshafen, Ludwigsburg, Pfullingen, Ravensburg, Reutlingen, Gmünd, Hall, Buffenhäusen, Tübingen sowie eine Depositenkasse in Stuttgart. Kommanditbeteiligungen bestehen in Horb und Rünzelsau. Die Filialgründung in Eßlingen erfolgte 1910 unter Übernahme der Eßlinger Aktienbank, deren Kapital seit 1905 2 Millionen Mark betragen hatte; die oben erwähnte Kapitalerhöhung der Stahl-&-Federer-A.-G. im Jahre 1910 war durch diese Transaktion veranlaßt. Im übrigen sind die Filialen der Stuttgarter Banken zumeist an die Stelle ortsansässiger Privatfirmen getreten.

Daß in so zahlreichen Fällen der Privatbankier (Einzelskaufmann, offene Handelsgesellschaft) dem Ausdehnungsdrang der Aktienbanken gewichen ist, ist eine Erscheinung, die sich nicht nur in Württemberg, sondern in ganz

Deutschland im Laufe der letzten Jahrzehnte geltend gemacht hat. Sie ist auch keine Besonderheit des Bankiergewerbes, sondern besitzt ihr Gegenstück in den meisten anderen Gewerben, in denen ebenfalls die Aktiengesellschaft den Privatbetrieb immer mehr zurückgedrängt hat. Dies rührt in erster Linie daher, daß eben die Aktienform der Kapitalkonzentration und damit der Entwicklung von Großbetrieben günstiger ist, die als solche den kleineren Konkurrenten im wirtschaftlichen Kampf überlegen zu sein pflegen. Das älteste, heute noch bestehende Privatbankhaus in Württemberg ist die Firma G. H. Kellers Söhne in Stuttgart; sie gehört dem Konsortium für die württembergischen Staatsanleihen und demjenigen für die Anleihen der Stadt Stuttgart an. Mitglied dieser beiden Konsortien ist auch das Bankhaus Paul Kapff in Stuttgart. Das Hauptbetätigungsgebiet aller noch bestehender Privatbankfirmen ist das regelmäßige Kundengeschäft und insbesondere die Vermögensverwaltung für persönliche Geschäftsfreunde.

Einen sehr wichtigen Bestandteil des württembergischen Bankwesens bilden die Genossenschaftsbanken, die dem Kreditbedürfnis des erwerbstätigen Mittelstandes zu dienen bestimmt sind. Ihre Entwicklung knüpft sich an den Gedanken des genossenschaftlichen Zusammenschlusses in der Form, wie ihn zuerst Schulze-Delisch seit Mitte des vorigen Jahrhunderts vertreten hatte: die interessierten Gewerbetreibenden sollten sich zu „Vorschußvereinen“ zusammenschließen durch Bildung eines eigenen Vereinsvermögens mittels Übernahme obligatorischer Geschäftsanteile und unter solidarischer Haftung der Mitglieder für die Vereinsschulden. Seit Durchführung der Gewerbefreiheit (1862) entstanden zahlreiche Banken dieses Systems, insbesondere 1863 die jetzt weitaus größte Genossenschaftsbank des Landes, die Gewerbebank Ulm. Im Jahr 1913 war Württemberg mit einem Netz von 124 Genossenschaftsbanken dieses Systems — sie bezeichnen sich als Gewerbebanken, Spar- und Vorschußbanken, Volksbanken u. dergl. — überzogen, darunter 55 mit beschränkter Haftpflicht. Die Rechnungsergebnisse lagen vor von insgesamt 114 Vereinen, die bei einem Stand von etwa 69400 Mitgliedern über 31 Millionen Mark Geschäftsanteile und 11,5 Millionen Mark Reserven verfügten und an Vorschüssen auf feste Ziele 140,8 Millionen Mark ausstehen hatten; die in laufender Rechnung gewährten Kredite betrugen etwa 452 Millionen Mark. Seit 1898 besteht die „Zentralkasse Württembergischer Genossenschaften in Ulm e. G. m. b. H.“, deren Geschäfte die Gewerbebank Ulm besorgt und deren Zweck es ist, als Geldausgleichsstelle zwischen den Genossenschaften zu dienen und den Kredit bei der Reichsbank, namentlich in kritischen Zeiten, zu vermitteln.

Obwohl sich einige unter den Genossenschaftsbanken speziell in den Dienst der Landwirtschaft gestellt hatten, war es doch schon bald offenbar geworden, daß für die Landwirtschaft andere Krediteinrichtungen erforderlich sind als für den Gewerbebestand. Einen wesentlichen Unterschied bedeutet es

schon, daß die Gewerbetreibenden zumeist in der Stadt, am Sitz ihrer Gewerbebank, leben, während die Landwirte über einen großen Bezirk verstreut sind, so daß die Bankleitung den erforderlichen Überblick über die Kreditwürdigkeit der Mitglieder nicht ohne einen weitverzweigten Dienst von Agenten gewinnen kann. Ferner aber kann der Umsatz bei einer landwirtschaftlichen Bank kein so rascher sein wie bei einer Gewerbebank; denn sie muß sich darauf einrichten, längeren Kredit zu geben, weil die kleinen Landwirte im allgemeinen nur in der nächsten Zeit nach der Ernte auf sichere Einnahmen rechnen können. Eine allgemeine Organisation des landwirtschaftlichen Kreditwesens glückte daher erst, als seit 1880 das Raiffeisensche Darlehenskassensystem Eingang gefunden hatte, dessen Grundsätze (vor allem Beschränkung der Kassen auf je eine Gemeinde, ferner Zulassung ratenweiser Heimbezahlung länger befristeter Darlehen) auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft eigens zugeschnitten sind. Die Verwaltung dieser Darlehenskassen wird unentgeltlich als Ehrenamt besorgt; ihre Zahl ist bis Ende 1913 auf 1261 angewachsen, die seit 1893 eine eigene Geldausgleichsstelle in der „Landwirtschaftlichen Genossenschaftszentralkasse“ in Stuttgart besitzen. Diese Zentralkasse ist eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, während die Vereine selbst den Grundsatz der unbeschränkten Haftung ihrer Mitglieder haben. Im letzten Geschäftsjahr vor dem Krieg hatten diese Vereine zirka 148 000 Mitglieder; die eingezahlten Geschäftsguthaben betrugen zirka 3, die Reservefonds über 4,6 Millionen Mark. Die Einlagen der Genossen beliefen sich auf insgesamt 108,5 Millionen Mark, die von den Genossen in Anspruch genommenen Kredite auf zirka 112,5 Millionen Mark, teils in laufender Rechnung, teils auf feste Ziele.

Dem Kreditbedürfnis des Mittelstandes verdanken ferner auch eine Reihe von kleineren Aktienbanken und Gesellschaften mit beschränkter Haftung im Land ihre Entstehung. Die bedeutendsten unter ihnen sind die Stuttgarter Gewerbekasse (Aktienkapital 800 000 M.; 1882 errichtet) und die Heilbronner Gewerbekasse (Aktienkapital 1,2 Millionen Mark; 1901 errichtet), die ganz insbesondere demjenigen Teil des kreditbedürftigen Publikums zu dienen bestimmt sind, dessen geschäftlicher Verkehr sich für die größeren Banken nicht eignet.

Eine besondere Art von Instituten der Kreditvermittlung sind die öffentlichen Sparkassen (vgl. oben S. 185 und 321), die sich vor allem durch ihren gemeinnützigen Charakter von den eigentlichen Bankbetrieben unterscheiden. Ihr eigentlicher Zweck ist ein sozialer, nämlich die Pflege des Spartriebs der minderbemittelten Volkskreise, deren Sparpfennige — von jeder Person nicht mehr als ein bestimmter Höchstbetrag — gesammelt, unentgeltlich und sicher verwaltet und den Einlegern verzinst werden. Die Einführung einer Sparkasse, die auch den bemittelten Kreisen offen stehen sollte, schwebte der Allgemeinen Rentenanstalt zu Stuttgart vor, als sie sich im Jahre 1855 neben ihrem Hauptzweck, dem Versicherungsgewerbe (vgl. S. 902 ff.)

auch dem Bankgeschäft zuwandte. Es wurden Spareinlagen ohne Höchstgrenze angenommen und so die Grundlage für einen Bankbetrieb geschaffen, der allmählich eine sehr ansehnliche Bedeutung erlangt hat, Ende 1915 verfügte die Rentenanstalt über zirka 5,8 Millionen Mark Einlagen gegen Spartassenscheine mit Kündigungsfristen, neben den Einlagen in laufender Rechnung. Des weiteren zieht sie Gelder durch Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber an sich, von denen Ende 1915 über 7 Millionen Mark im Umlauf waren. Die Verwaltung des Bankbetriebs erfolgt unter Aufsicht der Staatsregierung und unter Beschränkung auf die sichersten Arten bankmäßiger Anlage.

Ausschließlich der Pflege des Hypothekarkredits dienen in Württemberg zwei Institute: der Württembergische Kreditverein und die Württembergische Hypothekenbank, beide in Stuttgart.

Der Kreditverein verdankt dem Kreditbedürfnis insbesondere der Landwirtschaft seine Entstehung. Er wurde bereits 1825 errichtet und verfolgt den Zweck, seinen Mitgliedern Rentendarlehen zu verschaffen, also, dem Bedürfnis der Landwirtschaft entsprechend, solche Darlehen, die in kleinen, auf eine lange Reihe von Jahren (10—50 Jahre) verteilten Raten (Annuitäten) zu tilgen sind, bei grundsätzlichem Ausschluß vorzeitiger Kündigung durch den Gläubiger. Der Mindestbetrag eines Darlehens ist von ursprünglich 2000 Gulden aus gemeinnützigen Gründen immer mehr, zuletzt 1902 auf 500 M herabgesetzt worden. Die für die Ausleihungen erforderlichen Mittel werden in erster Linie durch Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber mit entsprechend langer Laufzeit beschafft, von denen Ende 1915 105 Millionen Mark im Umlaufe waren; ihnen standen Rentendarlehen von zusammen 108 Millionen Mark mit entsprechendem Zinsertrag gegenüber. Der aus dem Betriebsgewinn des Vereins angesammelte Reservefonds belief sich auf 8 Millionen Mark.

Die Hypothekenbank ist 1867 entstanden, als neben dem landwirtschaftlichen auch das städtische Bedürfnis nach Hypothekarkredit immer wichtiger wurde, da mit dem Anwachsen der industriellen Zentren die Bautätigkeit in den Städten ihren großen Aufschwung nahm. Die Bank bezieht innerhalb des ganzen Deutschen Reiches; das Hauptgebiet ihrer Tätigkeit ist aber Württemberg, wo sie Ende 1915 von ihren insgesamt 220 Millionen Mark Hypothekendarlehen über 71 Millionen Mark ausstehen hatte; ihr Umlauf an Pfandbriefen betrug 198,8 Millionen Mark. Sie ist eine Aktiengesellschaft. Ihr Kapital von ursprünglich 2 Millionen Gulden wurde mit dem Wachsen des Geschäftsumfangs allmählich immer mehr, zuletzt 1911 auf 13 Millionen Mark erhöht, woneben Ende 1915 Reserven von 4,6 und ein Pensionsfonds von $\frac{1}{2}$ Million Mark standen. An Dividenden wurden 1900—1911 $7\frac{1}{2}\%$, dann $8\frac{1}{2}\%$, nach Kriegsausbruch 1914 vorsichtshalber 7 und 1915 wieder die alten $7\frac{1}{2}\%$ verteilt. Besondere Hervorhebung

verdient, daß, als 1900 in Norddeutschland der Zusammenbruch verschiedener großer Hypothekenbanken das Vertrauen zu den Bodenkreditanstalten furchtbar erschütterte, die Kurse der württembergischen Institute sich verhältnismäßig fest behaupten konnten und der Verkauf der württembergischen Pfandbriefe keine Unterbrechung erlitt. Der Grund dieser erfreulichen Erscheinung lag darin, daß die württembergischen Institute seit jeher, nicht erst seit den strengen Vorschriften des Hypothekenbankgesetzes von 1899, in ihrer ganzen Verwaltung, die der Staatsaufsicht untersteht, und insbesondere bei ihren Ausleihungen nach den Grundsätzen der äußersten Solidität verfahren; bemerkenswerterweise haben sie auch schon vor der jetzigen reichsgesetzlichen Sicherung der Rechte der Pfandbriefgläubiger diesen das Recht gegeben, durch besondere Vertrauensleute eine Kontrolle der Geschäftsführung auszuüben. Die Schuldverschreibungen (Pfandbriefe) sowohl des Kreditvereins als der Hypothekenbank sind durch Verfügung des Ministeriums des Innern zur Anlegung von Mündelgeld in Württemberg zugelassen. Daß ihr Absatz während des Krieges (in Württemberg nicht anders als in ganz Deutschland) tatsächlich zum Stillstand gekommen ist, hängt nicht mit einer Verminderung des Vertrauens zu diesen Instituten, sondern lediglich damit zusammen, daß seither die Kriegsanleihen den Absatz aller anderen Anlagepapiere völlig zurückgedrängt haben.

Die Reichsbank, die sofort mit ihrer Errichtung auch in Württemberg ihre Tätigkeit begann, steht wie im ganzen Reich, so auch hier als eine „Bank der Bankiers“ gewissermaßen in der Mitte des gesamten Bankverkehrs. Dank ihrem Recht zur Ausgabe von Banknoten ist sie der größte Diskonteur, an dem vor allem auch die anderen Banken stets rechnen können einen Abnehmer für Wechsel von erstklassiger Güte zu finden. Dank dem Umstand ferner, daß sie das ganze Reich mit einem dichten Netz von Filialen überzogen hat, ist sie die größte Vermittlerin des Überweisungsverkehrs zwischen verschiedenen Plätzen. In Württemberg hat die Reichsbank ihre Wirksamkeit 1876 mit einer Hauptstelle in Stuttgart und Nebenstellen in Ulm, Heilbronn und Reutlingen eröffnet. Als weitere Nebenstellen folgten: Göppingen 1883, Gmünd und Ravensburg 1892, Rottweil 1895, Heidenheim und Ehlingen 1899, Badnang 1900, Tuttlingen 1903, Geislingen und Biberach 1904, Aalen 1906, Friedrichshafen 1908, Schwenningen 1910. Die Nebenstelle Ulm wurde 1898 in eine Reichsbankstelle umgewandelt und ihr die Nebenstellen Aalen, Biberach, Friedrichshafen, Geislingen, Heidenheim, Ravensburg, außerdem Memmingen unterstellt. Gestützt auf dieses Netz von Filialen, ist es der Reichsbank gelungen, sich eine führende Stellung im Geld- und Kreditwesen des ganzen Landes zu sichern und diese Stellung fortdauernd zu verstärken. Von großer Wichtigkeit für den Zahlungsverkehr ist es, daß die Reichsbank wie an allen großen Bankplätzen des Reiches, so auch bei ihrer Hauptstelle in Stuttgart eine „Abrechnungsstelle“ errichtet hat, die dazu dient, den größeren

Bankinstituten des Platzes den täglichen Ausgleich ihrer gegenseitigen Verpflichtungen auf dem einfachen Weg der Verrechnung zu ermöglichen. Unter den 13 Mitgliedern der Stuttgarter Abrechnungsstelle sind 1913 ungefähr 152 000 Posten im Wert von 465 Millionen Mark zur Verrechnung gelangt.

Die Württembergische Notenbank in Stuttgart ist 1871 als letzte einzelstaatliche Notenbank Deutschlands errichtet worden, ehe die Reichsgesetzgebung die Entstehung neuer Notenbanken ausgeschlossen hat. Ihr Aktienkapital beträgt 9 Millionen Mark, woneben Ende 1915 zirka 1,8 Millionen Mark Reserven standen. An den Staat hat die Notenbank, ähnlich wie die Reichsbank an das Reich (jedoch in weit geringerem Maß), einen Teil ihres Gewinnes abzuführen, solange sie im Besitz des Rechts zur Notenausgabe ist. Dieser Anteil hat im letzten Friedensjahr, 1913, neben einer Dividende von $6\frac{3}{4}\%$ für die Aktionäre, etwa 100 000 M., 1915 neben 5 % Dividende etwa 18 000 M. betragen. Für die Deckung der Noten der Notenbank gilt, wie für die Reichsbanknoten, der Grundsatz, daß sie zu mindestens einem Drittel in kursfähigem deutschem Geld, in Gold oder in Reichskassenscheinen und im übrigen in diskontierten Wechseln mit einer Verfallzeit von höchstens drei Monaten und mit mindestens zwei zweifellos guten Unterschriften bestehen muß. Das Festlegen von Geld in Hypothekendarlehen ist den Notenbanken nicht gestattet; ferner sind ihnen alle Geschäfte spekulativen Charakters gesetzlich verboten. Das eigentliche Betätigungsfeld jeder Notenbank ist das Diskontieren von Wechseln unter Verwendung ihrer Noten zur Zahlung des Kaufpreises, weil dieses Geschäft bei hinreichender Vorsicht in besonderem Grade die Vorzüge der Sicherheit und der Flüssigkeit der Geldanlage vereinigt.

Die Württembergische Notenbank hatte, wie auch die anderen einzelstaatlichen Notenbanken, von Anfang an einen schweren Stand neben der Reichsbank. Sie wurde noch mehr beengt, seit den Notenbanken gesetzlich (seit 1901) nur noch in engbegrenztem Umfang die Möglichkeit offen steht, zu einem billigeren Zinssatz zu diskontieren als die Reichsbank, damit die Diskontpolitik der Reichsbank in ihrer Wirksamkeit auf den Markt nicht beeinträchtigt werde. Die Notenbanken suchen sich seither in weitgehendem Maß mit einer Beleihung der Wechsel an Stelle der Diskontierung zu behelfen. Ferner verlegte sich die Württembergische Notenbank darauf, daß sie, dem Vorbild der Reichsbank folgend und es überbietend, zahlreiche Nebenplätze im Lande errichtete. 1915 besaß sie 71 Agenturen und außerdem 19 Pariplätze, auf die sie Wechsel unter den gleichen Bedingungen wie Wechsel auf Reichsbankplätze annimmt. Diese Einrichtung ist in hohem Grad der Entwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zugut gekommen. Der Jahresumsatz der Notenbank im Scheckverkehr, der 1900 noch kaum 30 Millionen Mark betragen hatte, ging in den folgenden Jahren sprunghaft in die Höhe; er erreichte in den zwei letzten Jahren vor dem Krieg 1,3 und 1915 die Rekord-

höhe von beinahe 2½ Milliarden Mark: der Krieg hat auch weitere Kreise erkennen gelehrt, welch hohe Wichtigkeit der Entwicklung des Scheckverkehrs zukommt.

Daß Württemberg in der Gesamtheit der geschilderten Krediteinrichtungen in normalen Zeiten eine dem Bedürfnis völlig entsprechende Organisation besitzt, darf als eine offenkundige Tatsache bezeichnet werden. Der Kriegsausbruch nötigte aber zu außerordentlichen Maßnahmen. Denn man mußte damit rechnen, daß auf der einen Seite die Barzahlung im gesamten Handel und Verkehr zurückgehen und die Außenstände schwerer einbringlich werden und daß auf der anderen Seite die bestehenden Kreditinstitute bei der Gewährung von Krediten zurückhaltender verfahren würden. Der überaus ernsten Gefahr, die dergestalt ins Auge gefaßt werden mußte, suchte das schon in den ersten Tagen nach Kriegsausbruch vom Reich erlassene Darlehenskassengesetz zu begegnen.

Auf dessen Grundlage wurden Darlehenskassen im ganzen Reich errichtet, in Württemberg solche in Stuttgart und Ulm, die die Aufgabe erhielten, auf Wertpapiere und marktgängige Waren Darlehen zu geben. Im Betrag dieser Darlehen geben sie kleine Noten aus, deren Sicherheit in der Haftung des Reiches, der Darlehenschuldner und der von den letzteren bestellten Pfänder besteht und die daher den Reichskassenscheinen als Deckung für die Noten der Notenbanken (siehe oben) gleichgestellt werden konnten. Die Verwaltung der Darlehenskassen ist der Reichsbank anvertraut worden, die bei Kriegsausbruch der doppelten Aufgabe gegenüberstand und diese in glänzender Weise bewältigt hat, einerseits dem Reich die Kriegsmittel, insbesondere die für die Mobilmachung erforderlichen Gelder zur Verfügung zu stellen, andererseits dem außerordentlich gesteigerten Bedarf des privaten Verkehrs an Zahlungsmitteln und Kredit zu entsprechen.

Die Inanspruchnahme der Darlehenskassen ist im ganzen Reich hinter dem erwarteten Bedürfnis zurückgeblieben. Bei den privaten Kreditinstituten, die nach Kriegsausbruch in Deutschland ins Leben gerufen wurden, zeigte sich im allgemeinen die gleiche erfreuliche Erscheinung. In Württemberg war es die Kgl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel, deren Initiative sofort nach der Mobilmachung einen wirtschaftlichen Kriegsausschuß zwecks Beratung geeigneter Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet berief und diesem unter anderem auch die Sorge für das Kreditwesen übertrug.

Das Ergebnis dieser Bemühungen war die Errichtung der Württembergischen Kriegskreditbank in Stuttgart, die am 8. September 1914, dank lebhafter Beteiligung sowohl der öffentlichen Körperschaften als der Geschäftswelt, insbesondere der Banken, und auch Privater, als ein gemeinnütziges Institut errichtet werden konnte. Ihr Aktienkapital beträgt 2,9 Millionen Mark bei einer Einzahlung von bisher zirka 25 %. Die Dividende darf 4 % nicht überschreiten und ein bei der Liquidation sich etwa ergebender Überschuß

muß zu gemeinnützigen Zwecken verwendet werden. Die bankgeschäftliche Tätigkeit beschränkt sich ausschließlich auf die Kreditgewährung; die in Anspruch genommenen Kredite beliefen sich am 31. März 1916 auf 1,3 Millionen Mark. Die verhältnismäßig geringe Inanspruchnahme der Bank darf als ein Beweis dafür gewertet werden, daß eben schon die bestehenden Banken und sonstigen Krediteinrichtungen des Landes sich auch während des Krieges ihrer Aufgabe gewachsen gezeigt haben. Das deutsche Bankwesen und insbesondere auch dasjenige Württembergs hat sich in dieser schweren Zeit als eine kräftige Stütze der heimischen Volkswirtschaft bewährt.

Das Privatversicherungswesen

Von R. Lindeboom

A. Allgemeines

Die Vorsorge ist eine jener Pflichten, deren allgemeine Betätigung auf die materielle und sittliche Wohlfahrt eines Staates von wesentlichem Einfluß sind. Ohne die Entwicklungsgeschichte des Vorsorgegedankens wäre daher das Spiegelbild von Württembergs Aufstieg unter der Regierung seines gegenwärtigen Herrschers in einem wichtigen Stücke lückenhaft. Das Versicherungswesen ist berufen, denselben in der Allgemeinheit systematisch zu pflegen.

Vorsorge ist gleichbedeutend mit Sicherung der Zukunft, und diese läßt sich nur über den Weg materieller Hilfeleistung bewerkstelligen. Jene Einrichtung, die es sich zur Aufgabe macht, durch Förderung des Vorsorgegedankens zur Erhaltung und Festigung der Gesellschaft beizutragen, wird daher zum aktiven Eingriff auch ins rein wirtschaftliche Gesellschaftsgetriebe gedrängt. So untersteht neben dem sittlichen auch der wirtschaftliche Aufstieg des Staates dem unmittelbaren Einfluß der Versicherung.

An der Pflege des Vorsorgegedankens gebührt in Württemberg, neben der sozialen Versicherung, dem Privatversicherungswesen ein hervorragender Anteil. Die Landeshauptstadt gilt als Versicherungszentrale, nicht so sehr, weil sie über hundert Agenturen und Bezirksdirektionen auswärtiger, teilweise auch außerdeutscher Institute, sondern vornehmlich, weil sie den Haupt- und Mutter Sitz einer Reihe von bedeutenden Unternehmungen in sich birgt. Württemberg ist in der Lage, auf nahezu allen wichtigen Gebieten sein Versicherungsbedürfnis bei heimischen Gesellschaften zu decken, ohne befürchten zu müssen, daß, mangels hinreichender Breite der Grundlage, der Zuverlässigkeit des Schutzes Abbruch geschehe. In den meisten Zweigen haben die heimischen Gesellschaften ihren Tätigkeitsbereich schon längst über die Grenzen des engeren Vaterlandes hinaus geweitet und ein Gesamtgeschäft aufgebaut, das die oberste Forderung aller Versicherung, die Verteilung des Wagnisses, in durchaus angemessenem Grade erfüllt. Volkswirtschaftlich ist dieser Zustand zu begrüßen. In der „Ware“ Versicherung ist der Umsatz, auch bei Beschränkung auf das wirtschaftlich dringliche Maß, so stark, daß die Selbsterzeugung dem Abfluß ganz bedeutender

Wertsummen vorzubeugen und die eigene Zahlungsbilanz entsprechend zu stärken vermag.

Trotz einheitlicher gesetzlicher Regelung der Privatversicherung für das ganze Reich teilen sich bundesstaatliche Landesbehörden und eine Reichsbehörde in die Beaufsichtigung. Grundsätzlich unterstehen den Landesbehörden nur solche Unternehmungen, deren Betrieb planmäßig auf ein Bundesgebiet beschränkt ist. In Württemberg ist die landesbehördliche Aufsicht in der Weise geregelt, daß für bestimmungsmäßig auf die Stadtdirektion Stuttgart oder ein Oberamt beschränkte Unternehmungen das betreffende Oberamt (Stadtdirektion Stuttgart), andernfalls die Kreisregierung zuständig ist. Bei den der Landesaufsicht unterstellten Unternehmungen handelt es sich, abgesehen von den teilweise bedeutenden Hauspensionskassen heimischer Großunternehmungen, meistens um örtliche Viehgilden, örtliche Krankenkassen, Totenladen und ähnliches. Allein an lokalen Viehversicherungsvereinen zählt man in Württemberg zurzeit über 500, bei denen etwa 5—6 % der Pferde und 18—20 % des Rindviehs versichert sind. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Kassen ist in ihrer Gesamtheit nicht zu unterschätzen, wegen ihrer überwiegend örtlichen oder auf einen geschlossenen Personenkreis beschränkten Bedeutung konnten sie indessen bei den folgenden Betrachtungen ausscheiden. Gleiches gilt von einigen in Württemberg beheimateten Unternehmungen, deren Geschäftsbetrieb sich zwar über die Landesgrenzen hinaus erstreckt, welche aber sachlich oder hinsichtlich des Personenkreises eng begrenzt sind. Als die wichtigeren unter diesen sind zu erwähnen zwei in Smünd beheimatete Kranken- und Sterbekassen für das Gold- und Silbergewerbe, sodann in Stuttgart die Sterbekasse der Friseur- und Perückenmacherinnungen des Süddeutschen Bezirksverbandes, die Krankenkasse des kaufmännischen Vereins, die Württembergische Privat-Kranken- und Sterbekasse und die Allgemeine Zuschuß-Kranken- und Begräbniskasse der Kxlographen Deutschlands.

Sachlich und tatsächlich bedeutend, teilweise in Deutschland mit an führender Stelle, sind folgende heimischen Unternehmungen:

die Württ. Privat-Feuer-Versicherung a. G. in Stuttgart,	gegr. 1828
die Allgemeine Rentenanstalt zu Stuttgart,	„ 1833
die Württ. Transport-Versicherungs-Gesellschaft in Heilbronn,	„ 1837
die Stuttgarter Lebensversicherungs-Bank a. G. in Stuttgart,	„ 1854
der Allgemeine Deutsche Versicherungsverein a. G. in Stuttgart,	„ 1875
die Stuttgarter Pferde-Versicherungs-Gesellschaft a. G. in Stuttgart,	„ 1875
die Stuttgart-Berliner Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Stuttgart,	„ 1891
die Erste Württ. Vieh-Versicherungs-Gesellschaft a. G. in Stuttgart,	„ 1894

Am gesamten deutschen Großgeschäft ist Württemberg nach der Zahl der Unternehmungen mit 3,5 % beteiligt. Neben unserem Anteil an der Reichsbevölkerung, der rund 3,75 % beträgt, ist das ein durchaus angemessenes, unter Berücksichtigung unserer wirtschaftlich ungünstigen geographischen Lage sogar ein recht günstiges Verhältnis. Für die Bedeutung des württembergischen innerhalb des deutschen Gesamtversicherungsmarktes ist diese Messungsweise freilich nicht geeignet. Wir werden bei Besprechung der einzelnen Zweige sehen, daß sich bei sachgemäßer Bewertung für Württemberg geradezu eindrucksvolle Größen ergeben.

Während die Zahl der Großunternehmungen in Württemberg seit 25 Jahren nur um eine gestiegen ist, hat sich ihr Aufgabenkreis bedeutend geweitet. Mehr als ein Duzend neuer Versicherungszweige fanden in rascher Folge Aufnahme. Dieselben werden in der Hauptsache von der Stuttgart-Berliner Versicherungs-Aktien-Gesellschaft betrieben und finden bei der Besprechung dieser eingehendere Erwähnung.

Dagegen mußte die früher betriebene Kranken- und Invalidenversicherung wegen der aus der räumlichen Verteilung erwachsenden Kontrollschwierigkeiten mit der Zeit bei uns im wesentlichen den örtlichen Vereinigungen überlassen werden.

Ein im Jahre 1910 von der „Stuttgart-Berliner“ gemeinsam mit dem „Deutschen Kreditversicherungsverband a. G.“ in Stuttgart unternommener neuartiger Versuch zur Lösung der Kreditversicherungsfrage fand in 1912 ein rasches Ende. Schon die ersten Erfahrungen erschwerten den Entschluß zu den weiteren kostspieligen Einrichtungen.

Die Hauptarbeit hat dem Ausbau der schon vor 1891 betriebenen großen Versicherungszweige — Feuer-, Lebens-, Haftpflicht-, Unfall-, Transport- und Viehversicherung — gegolten. Jedem Versicherungszweig erwächst aus seinem Sondergebiet eine stark ausgesprochene Eigenart und mit dieser die Notwendigkeit eingehender Fachbetätigung auf den verschiedensten Gebieten des neuzeitlichen Kultur- und Wirtschaftslebens. Nicht selten gerade in den dornenreichsten Abschnitten! Lebensversicherung und Finanzwirtschaft, Feuerversicherung und gewerblicher sowie industrieller Großbetrieb, Transportversicherung und Welthandel, Haftpflichtversicherung und Rechtsstaat — das sind einige der geistigen Werkstatt der Privatversicherung entlehnte Begriffsverbindungen, welche mit der Bedeutung der Aufgaben auch ihre Schwierigkeit ahnen lassen. Ein kleines, unter materiell ungünstigen Voraussetzungen schaffendes Land ehrt schon der Versuch, derart umfassende Probleme zu lösen. Die Rückschau darf hohe Befriedigung erwecken. In Entwurf, Ausprägung der Einzelheiten und Breite der Grundlage kann die heimische Privatversicherung als Gesamtheit den Vergleich mit dem Reich durchaus aushalten. Die acht württembergischen Direktionen beschäftigen zurzeit im Innendienst einen Stab von 2600 Mitarbeitern zur Bewältigung der vielgestaltigen Aufgaben, die der Fleiß von über 20 000

Außenbeamten und Vertretern täglich aus allen Gauen Deutschlands wie vom Auslande zuführt. In einem Vierteljahrhundert hat sich die jährliche Prämieinnahme von 20,5 auf 111,3 Millionen Mark, die Zahl der Versicherungsscheine von 330 000 auf über 1 700 000 gehoben. Für Schäden wurden in 1891 10,5 Millionen Mark, in 1914 dagegen 83 Millionen verausgabt. Daß auch die Vermögensbestände von 149,7 auf 728 Millionen Mark stiegen, zeugt von ebenso sicherer als glänzender Entwicklung.

B. Der Versicherungsbestand und seine Bewegung

I. Lebensversicherung

Im direkten Lebensversicherungsgeschäft sind drei heimische Gesellschaften tätig: die Allgemeine Rentenanstalt, die Stuttgarter Lebensversicherungsbank und der Allgemeine Deutsche Versicherungs-Verein, alle drei auf Gegenseitigkeit ihrer Mitglieder.

Die Allgemeine Rentenanstalt war anfänglich eine Klassenrentenanstalt mit unbestimmt steigenden Renten. Im Jahre 1855 erfolgte die Einführung von Sterbetafeln und festen, zum voraus berechneten Tariffähren; 1861 wurde die Lebensversicherung aufgenommen, welche jetzt von der Anstalt, neben der Rentenversicherung, in allen wichtigen Formen gepflegt wird. Die Gesellschaft arbeitet nur im Deutschen Reich. Außer dem Versicherungsgeschäft wird seit 1855 im Nebenbetriebe auf Rechnung der Anstalt unter besonderer Aufsicht der Kgl. Württembergischen Regierung ein Bankkommissionsgeschäft, verbunden mit einer Spar- und Depositenkasse und der Ausgabe von Schuldscheinen der Anstalt, geführt.

Der Schwerpunkt der Anstaltstätigkeit lag in den letzten 25 Jahren unverkennbar in der finanziellen Festigung. Es ist der Gesellschaft gelungen, ihre freien Garantiemittel in dieser Zeit nahezu zu verdoppeln. Ende 1914 verfügte sie über ein Reinvermögen von 9,2 Millionen Mark, gleich 114 % der Prämieinnahme des gleichen Jahres. Mit über 3 Millionen Mark versicherter Jahresrente besitzt die Rentenanstalt eines der bedeutendsten Rentengeschäfte Deutschlands; in der Lebensversicherung hat sie mit rund 180 Millionen Mark Versicherungssumme ebenfalls einen recht ansehnlichen Bestand aufgebaut. Die Gesamtaktiven der Gesellschaft haben sich im Zeitraum 1891—1914 von 68 auf 116 Millionen Mark gehoben.

Die Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. hat im Jahre 1854 mit dem Betrieb der Alters- und Todesfallversicherung ihre geschäftliche Tätigkeit eröffnet. Im Jahre 1855 gliederte sie sich, zur Hebung vor allem des ländlichen Realkredits, einen getrennten Rechnung führenden Kapitalistenverein an, der 1886 wieder aufgelöst wurde, da er sich bei der Geldanlage als unangenehmer Konkurrent erwies.

An Stelle der Altersversicherung trat in 1903 die Versicherung mit bestimmter Verfallzeit. Neben diesen zeichnet die Bank Versicherungen auf Lebensdauer und abgekürzte (Ab- und Erlebens-) Versicherungen. In der Alters-, Renten- und Überlebensversicherung werden keine Neuabschlüsse mehr gemacht. Das Arbeitsgebiet umfaßt das Deutsche Reich, Österreich, die Schweiz, Holland, Belgien, Deutsch-Südwestafrika und die Südafrikanische Union.

Die Entwicklung der Bank nahm im letzten Vierteljahrhundert einen in jeder Beziehung sehr günstigen Verlauf. Ende 1891 waren 64 944 Versicherungen über 344 Millionen Mark Kapital in Kraft. Die gesamten Bankfonds beliefen sich auf 91,8 Millionen Mark, worunter 16,9 Millionen Extra- und Dividendenreserven. Ende 1914 buchte das Institut 172 799 Versicherungsscheine über 1166 Millionen Mark Versicherungssumme; die Fonds waren auf 457,8 Millionen Mark gestiegen, worunter 78,1 Millionen Mark Extra- und Dividendenreserven. Mit diesen gewaltigen Summen steht die „Alte Stuttgarter“ heute an dritter Stelle unter allen deutschen Lebensversicherungsgesellschaften.

Der Allgemeine Deutsche Versicherungsverein a. G., über dessen Einrichtungen und Werdegang bei Besprechung der Haftpflicht- und Unfallversicherung eingehender berichtet wird, nahm die eigentliche große Lebensversicherung erst 1898 auf. Ende 1914 wies der „Verein“ in seiner Lebensabteilung 153 709 Versicherungsscheine über 262,6 Millionen Mark Kapital aus, wofür 65,3 Millionen Mark Rücklagen vorhanden waren. Mit diesem Bestand hat das junge Lebensversicherungsgeschäft des Instituts schon mehr als die Hälfte der älteren Gesellschaften überholt.

Die von den heimischen Gesellschaften gepflegten Arten der Lebensversicherung lassen sich auf drei Hauptgruppen zurückführen: Rentenversicherungen, Versicherungen auf den Erlebensfall und Todesfallversicherungen. Diese in ihren wesentlichen Zügen schon vor 25 Jahren eingeführten Formen sind inzwischen im Geiste zeitgemäßen Fortschrittes bedeutend vervollkommenet worden. Der neuzeitliche Ausbau setzte etwa im Beginn der achtziger Jahre ein, fand jedoch erst vor wenigen Jahren mit der Anpassung an das Gesetz über den Versicherungsvertrag in gewisser Hinsicht seinen vorläufigen Abschluß.

Manche Schranke ist im letzten Vierteljahrhundert gefallen. Die Voraussetzungen und Formalitäten für die Aufnahme wurden vereinfacht, die Vertragsbedingungen in liberalem Geiste gemildert. Die „Weltpolice“, die Erleichterung der Bestimmungen über Selbstmord, Zweikampf, Berufsveränderung, Seedienst und Seereisen, die Erschwerung der Anfechtbarkeit, Verjährung und Verfallbarkeit, endlich der neuzeitliche Ausbau der Gesellschaftsverfassungen und technischen Betriebsgrundlagen — vor allem der Tarife und Dividendenpläne — sind wertvolle Früchte dieser

Zeit. Einrichtungen mit so schwieriger Eigenart wie die Lebensversicherung lassen sich nur schrittweise umgestalten. Nicht weniger als 27 Neubearbeitungen der Satzung wurden in der Berichtszeit von den heimischen Gesellschaften vorgenommen.

Die älteste Form württembergischer Lebensversicherung ist die Rentenversicherung, welche von jeher als sofort beginnende, gleichbleibende oder steigende, Leibrente und als aufgeschobene Rente geboten wurde. Erstere ist hauptsächlich für unabhängige Personen gedacht, welche mit den Zinsen ihres Vermögens nicht ausreichen und gezwungen sind, allmählich das Kapital mitzuverbrauchen. Sie kann auch von zwei Personen in der Weise genommen werden, daß nach dem Ableben der einen die Rente in voller Höhe weiterbezahlt wird bis zum Tode der längstlebenden Person. Die steigende Rente ist inzwischen aufgegeben worden. Aufgeschobene Renten dienen vornehmlich der Altersversorgung und bieten daher gegen kleine Einlagen in der Jugend beträchtliche Renten im Alter. Sie sind vor allem für die freien Berufe berechnet als Ersatz für die Pensionsberechtigung festbesoldeter Berufsarten. Mit einer Unterform, der sogenannten aufgeschobenen Rente auf unbestimmte Zeit, erregte die Allgemeine Rentenanstalt in Deutschland berechtigtes Aufsehen. Die Einlagen stehen bei dieser nach Höhe und Zeit im Belieben der Versicherten; sobald dieselben auf 200 M angewachsen sind, kann jederzeit der Übergang zum Rentenbezug erfolgen und wieder unterbrochen werden. Es handelt sich demnach um einen ebenso leichten als zweckmäßigen Weg, die Ersparnisse der jüngeren Jahre zur Erwerbung einer Pension im Alter zu verwerten. Eine weitere Spielart der aufgeschobenen Rente schuf der Allgemeine Deutsche Versicherungs-Verein in seiner Pensionsversicherung, welche die Rente schon mit dem etwaigen Eintritt der Berufsunfähigkeit gewährleistet.

Der Rententarif hat im letzten Vierteljahrhundert eine durchgreifende Umgestaltung erfahren. Die hauptsächlich in der allgemeinen Lebensverlängerung begründete rückläufige Bewegung der Betriebsergebnisse veranlaßte die „Rentenanstalt“ um die Wende des Jahrhunderts zu eingehenden statistischen Erhebungen, welche zur Einführung eines nach Geschlechtern getrennten Tarifes führten und von verschiedenen Gesellschaften als geeignete Rechnungsgrundlagen verwertet wurden.

Das Rentengeschäft ist besonders eng mit dem allgemeinen Wirtschaftsleben verknüpft. Steigende Anlagezinsen und weichende Kurse wirken lähmend auf den Verkauf von Papieren zu Renteneinlagen, während sinkende Zinsen und anziehende Kurse dazu reizen. Der wirtschaftliche Wellengang der letzten 25 Jahre war daher im württembergischen Rentengeschäft deutlich wahrnehmbar. Im allgemeinen zeigte das Geschäft bis 1898 steigende Neigung; die folgenden drei Jahre starker Kursrückgänge, unsicherer politischer und schlechter Börsenlage brachten einen fühlbaren Rückschlag. In 1902 begann die Erholung; die nächsten Jahre erlaubten ruhige Weiterentwicklung,

bis 1911 eine neue rückläufige Bewegung einsetzte, die bis zum Kriegsausbruch anhielt. Während die versicherte Jahresrente (ausschließlich Deckungskapital für aufgeschobene Renten) sich von 1891 bis Ende 1914 von 1,62 auf 3,26 Millionen hob, ging die Zahl der Versicherungsscheine von rund 20 000 auf 13 700 zurück. Die durchschnittliche Höhe einer Jahresrente beträgt zurzeit 238,18 M. Reichlich 96 % des württembergischen Leibrentengeschäftes entfallen auf die „Allgemeine Rentenanstalt“.

Die Erlebensfallversicherung hat den Zweck, statt für den Todesfall auf gewisse Fälle des Lebens (Ausstattung von Kindern, Militärdienst, bestimmtes Alter) ein vorausbestimmtes Kapital sicherzustellen. Ihre Hauptformen sind heute die Militärdienst- und Brautaussteuerversicherung und die Altersversorgung. Letztere hat den Vorzug, den Fälligkeitstermin des versicherten Kapitals nicht an ein bestimmtes Ereignis zu binden, sondern der freien Vorausbestimmung des Versicherten anheimzugeben. Gewisse Formen der Erlebensversicherung wurden ursprünglich für ein notwendiges Gegengewicht zur Todesfallversicherung, vor allem in Zeiten stark erhöhter Sterblichkeit, gehalten. Als später die Todesfallversicherung sie nach Personenzahl und Versicherungssumme stark überflügelte, brach allmählich die Erkenntnis ihrer Unzulänglichkeit für die von ihr erwartete ausgleichende Wirkung durch, und das Interesse wandte sich mehr der gemischten Todesfallversicherung und der Versicherung mit festem Auszahlungstermin zu. Im deutschen Gesamtgeschäft ist die Erlebensfallversicherung seit längerem in starker Abnahme begriffen. Württemberg hat im Gegensatz hierzu für die letzten 25 Jahre ununterbrochenen, wenngleich mäßigen Zugang zu verzeichnen. Die „Alte Stuttgarter“ führt diese Versicherungsart seit 1904 nicht weiter, die „Rentenanstalt“ pflegt sie ohne Nachdruck als Sparversicherung und bucht ebenfalls Abnahme. Der Zuwachs entfällt demnach ausschließlich auf den „Allgemeinen Deutschen Versicherungs-Verein“, dessen Bestand sich von 8000 Versicherungen über 8,4 Millionen Mark Versicherungssumme Ende 1891 auf 29 500 Versicherungsscheine über 47 Millionen Mark Kapital Ende 1914 gehoben hat.

Die wichtigste Form der Versicherung des menschlichen Lebens ist die Todesfallversicherung, welche von den heimischen Gesellschaften in vier Hauptformen gepflegt wird: als einfache Lebensversicherung, als abgekürzte Lebensversicherung, als Versicherung zweier verbundener Leben und als Versicherung mit bestimmter Verfallzeit.

Bei der einfachen Lebensversicherung ist das Kapital nach dem Tode des Versicherten oder nach Erreichung eines bestimmten Höchstalters (80. bis 90. Lebensjahr) zahlbar. Diese ausschließlich der Hinterbliebenenfürsorge dienende billige, aber starre Versicherungsart wurde im Laufe der Zeit stark verdrängt durch die beweglichere gemischte oder abgekürzte Versicherung,

bei welcher das Kapital beim Tode, spätestens aber nach Ablauf einer vom Versicherten selbst bestimmten Anzahl von Jahren fällig ist. Die hohe Anpassungsfähigkeit der abgekürzten Versicherung ist durch reichhaltige Tarife den verschiedensten Wünschen und wirtschaftlichen Lagen dienstbar gemacht worden. Bemerkenswert sind der Tarif mit ermäßigten Anfangsprämien der Alten Stuttgarter, die Tafeln für ununterbrochen fallende Prämien, mittels deren die Rentenanstalt vorteilhaft in tarismäßig festgelegten Abstufungen die Wirkung der steigenden Dividende erzielt, die vom Allgemeinen Deutschen Versicherungs-Verein vorgesehene erhöhte Versicherungssumme während der ersten zehn Versicherungsjahre und der von der Alten Stuttgarter und vom Versicherungs-Verein vorgesehene Tarif für Einschluß der Invalidität.

Die Versicherung mit bestimmter Verfallzeit, bei welcher das Kapital nach einer im voraus bestimmten Anzahl von Jahren fällig wird, die Prämienzahlung aber, falls der Versicherte den Endtermin der Versicherung nicht erlebt, mit dessen Tode aufhört, erfreut sich für Zwecke der Kinderausbildung wachsenden Zuspruchs. Versicherungen zweier verbundener Leben, wobei das Kapital nach dem Tode der zuerst sterbenden Person zur Auszahlung gelangt, zeichnet in Württemberg nur noch die Rentenanstalt, übrigens auch nur in verschwindender Anzahl.

Über die Bewegung des gesamten Versicherungsbestandes orientiert die Tafel I. Dieselbe weist eine Vermehrung von 185 % nach Zahl der Versicherungen und 291 % nach Versicherungssumme aus. Unter Berücksichtigung aller Abgänge bleibt ein durchschnittlicher Reinzuwachs von nahezu 11 000 Policen über 50,8 Millionen Mark Kapital für das einzelne Betriebsjahr. Die absoluten Endsummen der reinen Neuproduktion haben sich bis 1914 von Jahr zu Jahr gesteigert. Die durchschnittliche Versicherungssumme bewegt sich mit 4304 M pro Police, gegenüber von 3740 M in 1891, auf der Höhe des Reichsdurchschnittes der deutschen Gesellschaften. Unsere heimischen Institute halten heute 9,8 % aller bei 52 privaten deutschen Unternehmungen versicherten Summen, vom württembergischen Geschäft entfallen 72,67 % auf die „Alte Stuttgarter“, 16,17 % auf den „Versicherungs-Verein“ und 11,16 % auf die „Rentenanstalt“; letztere besitzt außerdem über 96 % des bedeutenden württembergischen Rentengeschäfts. Die ganze Berichtsperiode kennzeichnet sich durch kräftige, gleichmäßige Vorwärtsbewegung. Der vorzeitige Verfall betrug im letzten Jahrzehnt — einschließlich Umwandlung und Rückkäufe 1,15 %; als Verfall ohne jegliche Vergütung sogar nur 0,55 % der Versicherungssumme. Selbst das Kriegsjahr 1914 brachte noch einen bescheidenen Zugang.

Dem heimischen Lebensversicherungsgeschäft steht eine weitere Befruchtung bevor durch die Versicherung gefährdeter Leben, der sogenannten Abgelehnten, der sich unter Führung des Allgemeinen

Tafel I. Bewegung des Versicherungsbestandes in 1891—1914

Bewegung des gesamten Versicherungsbestandes										907		
Versicherungsart	Geschäftsumfang am 31. Dezember 1891				Geschäftsumfang am 31. Dezember 1914							
	Polizen- zahl	Ver- sicherungssumme in 1000 Mark	Jahres- rente in 1000 Mark	Prä- mien- einnahme	Polizenzahl		Versicherungssumme		Jahresrente		Prämien-einnahme	
					Zahl	Zuwachs	Betrag	Zu- wachs	Betrag	Zu- wachs	Betrag	Zu- wachs
Leben insgesamt	135284	410959	1652	15838	386064	185 %	1607434	291 %	3267	98 %	65705	315 %
davon Rentenanstalt	39896	54094	1641	3086	59738	—	179059	—	3149	—	7618	—
„ Alte Stuttgarter	65005	343674	11	12224	172827	—	1165762	—	4	—	47271	—
„ „ Versicherungs-Verein	30383	13191	—	528	153499	—	262613	—	114	—	10816	—
Saftpflicht	31458	—	—	965	616517	1860 %	—	—	—	—	19097	1879 %
Unfall	28529	—	—	723	190741	569 %	—	—	—	—	6981	866 %
Feuer insgesamt	135559	822354	—	1513	454625	235 %	4303245	423 %	—	—	9056	499 %
davon Württemb. Privat.	135559	822354	—	1513	283892	—	2724255	—	—	—	6340	—
„ Stuttgart-Berliner	—	—	—	—	170733	—	1578990	—	—	—	2716	—
Transport, Heilbronner	—	—	—	1357	—	—	—	—	—	—	2544	87 %
Einbruch	—	—	—	—	29798	—	491041	—	—	—	570	—
Wasser	—	—	—	—	8239	—	275902	—	—	—	224	—
Maschinen	—	—	—	—	890	—	70386	—	—	—	154	—
Glas und Wertgegenstände	—	—	—	—	10793	—	12263	—	—	—	232	—
Sturm	—	—	—	—	1827	—	84913	—	—	—	80	—
Fahrzeug	—	—	—	—	2174	—	21564	—	—	—	938	—
Kredit und Hypotheken	—	—	—	—	31	—	9570	—	—	—	33	—
Kaution und Veruntreuung	—	—	—	—	2060	—	23763	—	—	—	222	—
Rückversicherung	—	—	—	—	—	—	2018002	—	—	—	5068	—
Viehversicherung insgesamt	—	3476	—	143	—	—	10961	215 %	—	—	393	175 %
davon Stuttg. Pferdeversicherung	—	3476	—	143	—	—	8762	—	—	—	316	—
„ Erste Württ. Viehversicher.	—	—	—	—	—	—	2199	—	—	—	77	—
Summen:	330830	1236789	1652	20539	1703759	415 %	8929044	622 %	3267	98 %	111297	442 %

Deutschen Versicherungs-Vereins und unter Beteiligung einer großen Anzahl anderer Lebensversicherungsgesellschaften eine demnächst in Stuttgart ins Leben tretende neue Aktiengesellschaft widmen wird.

II. Haftpflicht- und Unfallversicherung

Diesen beiden Versicherungszweigen widmen sich in Württemberg der Allgemeine Deutsche Versicherungs-Verein und die Stuttgart-Berliner Versicherungs-Aktiengesellschaft; letztere übernimmt keine Neuabschlüsse mehr.

Der Allgemeine Deutsche Versicherungs-Verein a. G. hat im Jahre 1875 mit dem Betriebe der Haftpflicht- und Unfallversicherung sowie einer Kranken- und Sterbekasse seine Arbeit begonnen. In der Lebensversicherung beschränkte er sich bis 1898 auf die Aussteuer- und Militärdienstversicherung sowie die Altersversorgung. Der Betrieb der Krankenkasse wurde später eingestellt. In seiner Verfassung weicht der Allgemeine Deutsche Versicherungs-Verein von allen übrigen deutschen Gegenseitigkeitsunternehmungen ab. Seine drei Abteilungen — Haftpflicht, Unfall und Leben — sind je in eine Anzahl selbständig abrechnender Versicherungsgemeinschaften (Sektionen) aufgeteilt, für deren Zusammensetzung die Gleichartigkeit oder Ähnlichkeit des Berufes oder der beantragten Versicherungsart maßgebend ist. Diese Gliederung verbindet in ihrem Aufbau die Vorzüge des Großbetriebes mit den Vorteilen der Berufsvereinigung. — Der Verein arbeitet nur im Deutschen Reich.

Vom kräftigen Aufstieg des Instituts in den letzten 25 Jahren und von seiner heutigen Stärke zeugen folgende Zahlen: Ende 1891 waren 90 972 Versicherungen mit 3 Millionen Mark Jahresprämie in Kraft; schwach 4 Millionen Mark bedeckten die gesamten Rücklagen. Ende 1914 liefen beim Versicherungs-Verein 990 586 Versicherungen mit rund 37 Millionen Mark Jahresprämie; die Aktiven waren von 4 auf 134 Millionen, die Rücklagen auf 129,6 Millionen (darunter 23,4 Millionen freie Reserven) angewachsen. In der Lebensversicherung zählt der Versicherungs-Verein heute zu den angesehenen Instituten, in der Unfallversicherung steht er unter 31 deutschen Unternehmungen an zweiter Stelle, und in der Haftpflichtversicherung ist er das weitaus größte Unternehmen überhaupt. *)

Zweck der Haftpflichtversicherung ist, gegen die finanziellen Folgen der gesetzlich zu vertretenden Schädigung Dritter zu schützen, Zweck der Unfallversicherung, die finanziellen Folgen persönlicher Unfälle auszugleichen.

Beide Zweige waren ursprünglich nahezu ausschließlich auf die Arbeiterversicherung eingestellt; man übernahm Betriebshaftpflichtversicherungen

*) In der regulären Unfallversicherung besitzt der „Versicherungs-Verein“ ebenfalls das größte deutsche Geschäft. An Gesamtunfallprämie wird er von der „Viktoria“ übertroffen, dank deren starkem Bestand an lebenslänglichen Eisenbahn- und Dampfschiff-Unglücksversicherungen.

womöglich nur in Verbindung mit einer Kollektivunfallversicherung für die Betriebsangestellten. Die gleichzeitige Unfallversicherung sollte den gefährlicheren haftpflichtrechtlichen Ersatzforderungen vorbeugen, war also als Entlastung der Haftpflicht gedacht. Nach Einführung des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juni 1886 gingen die Wege auseinander. Mitte der achtziger Jahre verlegte der Gründer des „Versicherungs-Vereins“, C. G. Molt, das Schwergewicht der Haftpflichtversicherung von der Arbeiterversicherung auf die allgemeine gesetzliche Haftpflicht. Damit war der Grundstein der heutigen deutschen Haftpflichtversicherung gelegt. Binnen kurzer Zeit erhielt diese einen so tragfähigen Unterbau, daß der Versicherungs-Verein sie von der Unfallversicherung loslösen konnte. Für die Stuttgarter Haftpflichtversicherung begann nun in Ausbau und Beteiligung ein förmlicher Siegeslauf. Zu Beginn der neunziger Jahre konnten neben schweren Risiken wie Bahnen, Schifffahrt u. a. m. schon die für unversicherbar gehaltenen „Vermögensschäden“ übernommen werden. *) Seither ist der Kreis auf fast jedes neue Risiko erweitert worden, das aus der neuzeitlichen Kultur geboren ward. Manch wissenschaftliche und technische Errungenschaft verdankt ihre schnelle Ausbeutung dem finanziellen Rückhalt, den ihr die Stuttgarter Haftpflichtversicherung, vielfach unter schweren eigenen Opfern, in der kostspieligen Zeit des Tastens bot. Wir erwähnen die Einführung des Automobils, der Röntgenbehandlung und der fahrbaren Kraftmaschinen. Als besonders wertvoll erwies sich hierbei, daß der Versicherungs-Verein an der unbegrenzten Versicherungssumme festhielt. Mit der fortschreitenden Durchforschung des Neulandes wurden auch die Kultivierungsmethoden: Bedingungen, Formen und Tarife, wesentlich vereinfacht. Überall ging der Stuttgarter Verein bahnbrechend voran, und das hat ihm mit der Zeit ein beispielloses Übergewicht gesichert. Der Stuttgarter Versicherungs-Verein hält ein Drittel des gesamten deutschen Haftpflichtgeschäfts und ist weitaus das größte Haftpflichtinstitut des Kontinents. Ende 1914 waren bei demselben 617 000 Haftpflichtversicherungen mit 19 Millionen Mark Jahresprämie in Kraft. Ende 1891 zählte man erst 31 000 Policen mit 965 000 M. jährlicher Prämie!

Bei Aufnahme der Unfallversicherung hatte der Versicherungs-Verein, zum erstenmal in Deutschland, die Versicherung von den beruflichen auf die außerberuflichen Unfälle ausgedehnt. Mitte der achtziger Jahre steckte er derselben als Hauptziel die Einzelversicherung, welche die durch die gesetzliche Arbeiterversicherung eingeengte Kollektivversicherung bald überflügelte. Der eigentliche Aufschwung des Stuttgarter wie des deutschen Unfallgeschäfts überhaupt setzte indessen erst mit der in 1905 erfolgten Gründung des Unfallsyndikates ein, dessen Tätigkeit der neuzeitliche Ausbau gemeinschaftlicher

*) In der Haftpflichtversicherung versteht man unter „Vermögensschäden“ solche Vermögensseinbußen, die weder durch eine Personen- noch durch eine Sachbeschädigung herbeigeführt sind.

Versicherungsbedingungen im wesentlichen zu verdanken ist. An den fortschrittlichen Syndikatsbestrebungen nahm der Stuttgarter Verein regen Anteil, und manche Verbesserung und Neuprägung ist auf seinen Einfluß zurückzuführen, von letzteren z. B. die wichtige Auto-Fahrgastversicherung. Zugleich war der Verein erfolgreich bemüht, die Unfallversicherung stets den neuesten Zeiterfordernissen anzupassen; das ist sogar sein ausgesprochenes Sondergebiet geworden. So widmet er unter anderem der wichtigen Schulbesuchversicherung, welche allein schon zirka 250 000 Schulkinder umfaßt, den Jugendorganisationen und der Fliegerversicherung besonders eifrige Pflege. Zwischen- durch wurden auch die Formen der Kollektivversicherung wiederholt in einer Weise verjüngt, die wegen ihrer Vorzüge dem Versicherungs-Verein nach und nach reichlich die Hälfte des deutschen Bestandes zuführte.

Ende 1914 konnte der Allgemeine Deutsche Versicherungs-Verein in seiner Unfallabteilung einen Bestand von 191 000 Versicherungen mit rund 8 Millionen Mark Jahresprämie ausweisen. Bemerkenswert ist, daß nach dem letzten Friedensstand 114 000 aktive Heeresangehörige beim Verein gegen Unfall versichert waren.

III. Feuerversicherung

Die Feuerversicherung wird von der „Württembergischen Feuerversicherung a. G.“ und der „Stuttgart-Berliner Versicherungs-Aktiengesellschaft“ betrieben.

Die 1828 von dem Ulmer Fabrikanten Georg Wechßler gegründete Württembergische Feuerversicherung a. G. betreibt neben der Feuerversicherung auch die Mietverlust- und Betriebsverlustversicherung. Die Aufnahme der Einbruchdiebstahl-, Wasserleitungs- und Glasversicherung ist vorgesehen. Die Anstalt, bis 1902 nur in Württemberg und Hohenzollern tätig, arbeitet gegenwärtig im ganzen Reich. Für ihre umsichtige Leitung spricht die Tatsache, daß seit 1879 unverändert 60 % Dividende an die Versicherten vergütet wurden. Ende 1915 waren bei der „Württembergischen“ 283 900 Policen über 2,7 Milliarden Mark in Kraft. Der Versicherungsbestand hat sich innerhalb 25 Jahren nach Policenzahl stark verdoppelt, nach Wertsumme mehr als verdreifacht. Die durchschnittliche Versicherungssumme einer Police stieg 1891—1902 von 6100 M auf 6700 M, seither, hauptsächlich infolge wachsender Beteiligung am industriellen Risiko, auf 9600 M; sie ist im außer-württembergischen Geschäft mit 16 700 M nahezu doppelt so hoch als im württembergischen. Unter den deutschen gegenseitigen Feueranstalten wird die „Württembergische“ nur von der „Gotha“ an Größe übertroffen.

Die Stuttgart-Berliner Versicherungs-Aktiengesellschaft wurde im Jahre 1891 mit einem Grundkapital von 2 Millionen Mark, das inzwischen auf 10 Millionen, bei 25 % Einzahlung, erhöht worden ist, errichtet. Zweck der Gesellschaft ist der direkte Betrieb aller Versicherungszweige, mit Aus-

nahme der See-, Hagel-, Vieh- und Lebensversicherung; die Rückversicherung in den direkt betriebenen Zweigen mit Einschluß der Lebensversicherung und die Garantieleistung für sämtliche Verbindlichkeiten des Allgemeinen Deutschen Versicherungs-Vereins, bevor dieser Nachschuß von seinen Mitgliedern erhebt. Die Garantieleistung war ursprünglich Hauptzweck des Instituts. Im direkten Feuergeschäft erst seit wenigen Jahren tätig, trat die Gesellschaft im Herbst 1914 durch selbstschuldnerische Übernahme des bedeutenden deutschen Bestandes der North British and Mercantile Feuerversicherungs-Aktiengesellschaft in London und Edinburg mit einem Schlage unter die namhaften deutschen Feuerversicherer. Ihr Bestand belief sich Ende 1914 im direkten Geschäft auf 170 700 Policen über 1,57 Milliarden Versicherungssumme, welche sich um 1,8 Milliarden in Rückdeckung übernommene Werte auf 3,4 Milliarden erhöht.

Insgesamt waren Ende 1914 bei den beiden württembergischen Instituten für 6,1 Milliarden Werte gegen Feuer versichert. — Daß Württemberg nicht, wie die meisten übrigen Bundesstaaten, von der Sucht, kleine und kleinste Rassen zu gründen, heimgesucht wurde, kam der Entwicklung der heimischen Feuerversicherung zugute.

IV. Viehversicherung

Der Viehversicherung widmen sich: die 1875 gegründete „Stuttgarter Pferdeversicherungs-Gesellschaft a. G.“ und die „Erste Württembergische Vieh-Versicherungs-Gesellschaft a. G.“, errichtet 1894. Erstere versichert nur Pferde, letztere auch Rindvieh, Schweine, Schafe, Ziegen und Hunde. Hauptzweck beider ist die Viehlebens- und Minderwertversicherung nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit. Gegen feste Prämien und ohne daß der Versicherungsnehmer Mitglied der Anstalt wird, werden auch kurzfristige Versicherungen geboten für das Transport- und Ausstellungsrisiko, für Fohlen- und Jungviehweiden, Militärpferde (Manöverversicherung!), trächtige Stuten und Zuchtkühe und für das Operationsrisiko. Viehlebensschäden werden in festen Quoten aus der ursprünglichen Versicherungssumme ersetzt, was für die Versicherten vorteilhafter ist als die vielfach übliche Entschädigung aus dem Schätzungswert beim Schadenereignis. Die Vergütung der Minderwertschäden wird fallweise vereinbart. Beide Institute sind auch in Bayern, Baden, Hessen, Hohenzollern und Elsaß-Lothringen eingeführt. Die äußeren Umstände waren der Entwicklung nicht immer günstig. Futterknappheit führte in 1893, 1897, 1904 und 1907 zu zahlreichen Verkäufen, um die Wende des Jahrhunderts machte sich in Bayern die staatliche Konkurrenz durch scheinbar billigere Prämien bei wesentlich ungünstigeren Bedingungen unangenehm fühlbar, in 1909/1910 die flauere Konjunktur. Trotzdem konnte die Stuttgarter Pferdeversicherung ihren Bestand in 25 Jahren nach Zahl nahezu verdoppeln und nach Wertsumme fast ver-

dreifachen. Der Durchschnittswert eines versicherten Tieres stieg von 689 *M.* auf 1077 *M.* In der Berichtsperiode waren 188 600 Pferde mit 160,8 Millionen Gesamtwert bei der Gesellschaft versichert. Die Erste Württembergische hat seit ihrer Errichtung 7100 Pferde und 24 900 Stück Rind- und Kleinvieh unter Risiko gehabt. *)

V. Rückversicherung und sonstige Versicherungszweige

Die Rückversicherung wird in Württemberg planmäßig nur von der Stuttgart-Berliner Versicherungs-Aktiengesellschaft gepflegt. Das Institut hat außerdem, vor allem im letzten Jahrzehnt, den heimischen Versicherungsmarkt auf eine Anzahl neuer Gebiete erweitert. Wir nennen die Einbruchdiebstahl-, Glas- und Wasserleitungsschadenversicherung, die Sturm-, Maschinen- und Fahrzeugversicherung, die Versicherung von Wertgegenständen, die Hypotheken-, Kredit-, Kautions- und Veruntreuungsversicherung, abgesehen von den drei ersten, junge, teilweise noch von keinem anderen deutschen Unternehmen gepflegte Zweige. Daß trotzdem in den meisten, wie Tafel I ausweist, schon nennenswerte Summen gezeichnet wurden, spricht für ihre Berechtigung. Besonders die 1909 aufgenommene Kautionsversicherung erfreut sich wachsenden Zuspruchs seitens Personen in Vertrauensstellung und bei Unternehmern, die für irgendwelche gestundete Verpflichtungen Sicherheit zu hinterlegen haben. Mit der Kredit- und Hypothekenversicherung steht die Gesellschaft noch in den Anfängen. Das Einbruch- und Wasserleitungsgeschäft ist innerhalb weniger Jahre zu recht namhaftem Umfange angewachsen; das Institut steht in diesen Zweigen unter 56 bzw. 27 deutschen Unternehmungen an achter bzw. sechster Stelle. Ende 1914 waren bei der Stuttgart-Berliner, einschließlich 25 000 in Rückdeckung übernommener, über 260 000 Policen mit $8\frac{3}{4}$ Millionen Mark Jahresprämie in Kraft.

VI. Transportversicherung

Die Transportversicherung ist in Württemberg durch die 1837 gegründete „Württembergische Transportversicherungs-Gesellschaft“

*) Ein nationales Hagelversicherungsinstitut besitzt Württemberg nicht. Die 1828 zur ausschließlichen Tätigkeit in Württemberg ins Leben gerufene gegenseitige „Württembergische Hagel-Anstalt in Stuttgart“ mußte trotz staatlicher Unterstützung schon 1863 ihre Tore schließen. Die örtliche Beschränkung auf die engere, zudem noch besonders hagelgefährdete Heimat verhinderte die notwendige Schadenskompensierung. Die 1839 gegründete Heilbronner hatte sich schon 1843 aufgelöst. Ende 1897 regte die württembergische Kammer der Standesherren die Einführung der Zwangshagelversicherung an (Antrag Fürst Hohenlohe-Jagstberg). Auf Grund der früheren Erfahrungen und wohl auch im Hinblick auf die wenig befriedigenden Ergebnisse der ebenfalls örtlich begrenzten bayerischen staatlichen Landeshagelanstalt, trat der Staatsminister des Innern der Anregung entschieden entgegen. Dagegen wurde den heimischen Landwirten die Versicherung erleichtert durch besondere Vereinbarungen der Regierung mit einer auf breiter Grundlage arbeitenden norddeutschen Gesellschaft.

zu Heilbronn vertreten, welche mit einem Aktienkapital von 2,5 Millionen Mark, bei 25 % Einzahlung, die Versicherung gegen die Gefahren der Schifffahrt und des Landtransportes betreibt. Hervorgegangen aus den lokalen Bedürfnissen des Heilbronner Wasserverkehrs, wurde das Unternehmen allmählich weiter ausgedehnt. Mit dem Aufschwung von Deutschlands Handel und Industrie in den siebziger Jahren ging es später rasch in die Höhe. Von 1838 bis 1871 waren im ganzen nur 2,9 Millionen Mark Prämie vereinnahmt worden, in 1872 stieg die Jahresprämie auf über 300 000 M. Das Jahr 1891 brachte 1,35, 1912 über 3 und selbst das Kriegsjahr 1914 noch reichlich 2½ Millionen Mark Prämie. 1891 zählte die Rheinschifffahrt schon 6530 Segelschiffe und 717 Dampfer, und in 1894 setzte die „Hapag“ mit 5 Dampfern von je 7000 bis 8000 Tonnen Tragfähigkeit die ersten deutschen Ozeanriesen in Fahrt. Mit diesem mächtigen Anwachsen des deutschen Güterverkehrs dehnte und rechte sich auch das Heilbronner Transportunternehmen. Die 1895 als Tochterinstitut gegründete „Heilbronner Versicherungs-Gesellschaft“ wurde nach 14jährigem Bestehen vom Stammgeschäft aufgenommen. Die „Württembergische Transport“ arbeitet heute unmittelbar in Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Norwegen und Holland, unterhält aber Beziehungen zu allen großen Stapelplätzen der Welt.

C. Die Ergebnisse des Geschäftsbetriebes

Im nachfolgenden soll vom Standpunkt der versicherten Bevölkerung die Frage nach dem Umfang von Leistung und Gegenleistung beantwortet werden, der Einfluß der Rückversicherung ist daher bei allen Zweigen, ausgenommen Transportversicherung, unberücksichtigt geblieben.

Vereinnahmt wurden von 1891 bis Ende 1914 an Prämien 1329 Millionen, an Zinsen und Sonstigem 350 Millionen, zusammen 1679 Millionen Mark. Die Schäden erforderten (einschließlich der Ende 1914 noch schwebenden) 654,2 Millionen, den Reserven wurden 437,7 Millionen zugeführt und für die Verwaltung 211,6 Millionen verausgabte, so daß ein Bruttoüberschuß von 375,5 Millionen verblieb, wovon 319,7 Millionen Mark als verteilte oder bereitgehaltene Dividende an die Versicherten zurückgingen. Schäden, Zuführungen an die Reserven und Versichertengewinne machen über 106 % der Prämie aus, wurden also noch teilweise, die Verwaltungskosten sogar vollständig, aus den Zinsen gedeckt, was als Beweis hervorragend wirtschaftlichen Betriebes gelten darf. Die Kosten der Verwaltung betrugen 15,9 % der Prämie oder 12,6 % der Gesamteinnahme. Daß der an sich günstige Satz seit Jahren mäßig ansteigt, ist teils auf die zunehmende Höherlegung der allgemeinen Lebenshaltung zurückzuführen, teils auf die steigende Fülle unfruchtbarer Geschäftshandlungen, die den Versicherern aus der Staatsaufsicht und verschiedenen neuen Gesetzen (Angestellten-, Stempel-

steuer-, Wehrbeitrags-, Besitzsteuergesetz) erwachsen. — Aus der Landesgesetzgebung drohte dem Versicherungsbetrieb zweimal schwere Belastung; 1895 durch den Entwurf des Gesetzes über die progressive Einkommensteuer, später durch das 1911 in Kraft getretene württembergische Sportelgesetz, welches für einen großen Teil der von den heimischen Gesellschaften abgeschlossenen Verträge Doppelbesteuerung zur Folge hatte. Im ersten Fall gelang es, zugunsten der Gegenseitigkeitsinstitute, im zweiten allgemein eine Milderung zu erwirken. Im Oktober 1913 wurde durch die Übertragung des Versicherungstempels von den Einzelstaaten auf das Reich die Doppelbesteuerung ganz beseitigt. Die Mitte der neunziger Jahre brachte auch in Württemberg nach preußischem Muster Vorschriften für Rechnungslegung und Berichterstattung, doch blieb der partikularistische Staatseingriff erträglich, während er in anderen Bundesstaaten, vor allem Oldenburg, Baden, Bayern und Preußen, als Ausfluß der damaligen Monopolbestrebungen, reaktionären Charakter annahm.

Unter den Ausgaben der Tafel II erscheinen weder die Kosten der Rückversicherung noch die bedeutenden Kursverluste an den Wertpapieren (in 1904—1913 allein bei drei großen Instituten 2,7 Millionen), weshalb der errechnete Bruttoüberschuß den Reingewinn nicht unerheblich übersteigt. Da die Gewinnbeteiligung der Versicherten über 85 % des Bruttoüberschusses beträgt, überdies ansehnliche Teile des letzteren den Beamtenfürsorgeeinrichtungen zugeführt wurden, sinkt der Unternehmergewinn auf ein sehr bescheidenes Maß, was bei dem überwiegenden Gegenseitigkeitscharakter der heimischen Versicherung ohne weiteres erklärlich ist.

In den einzelnen Zweigen war der Geschäftsverlauf recht verschieden. Die Lebensversicherung blickt auf eine Glanzperiode zurück. Abgesehen von den Influenzajahren 1891/92 blieb die Sterblichkeit bis zum Kriegsausbruch von äußeren ungünstigen Einflüssen verschont. Bei verhältnismäßig ruhigem Ausgleich von Auf und Nieder zeigte der Gewinn aus der Untersterblichkeit, teilweise unter dem Einfluß der Ende der achtziger Jahre an Stelle der englischen getretenen, höhere Mortalität normierenden deutschen Sterbetafeln, im allgemeinen steigende Tendenz. Vom sinkenden Zinsfuß wurde die Lebensversicherung weniger berührt, einmal weil sie schon seit längerem nur mit $3\frac{1}{2}$ % rechnet, andererseits weil die Vermögenswerte überwiegend in Hypotheken angelegt sind, welche dem Weichen der Zinsen nicht so sehr ausgesetzt sind. Da sie nicht spekuliert, vermochten auch die Bankkrisenjahre um die Wende des Jahrhunderts ihren Betrieb nicht zu stören. Der Unkostensatz von 9,9 % der Prämie bzw. 7,28 % der Gesamteinnahmen ist um so günstiger, als der Bestand nicht unerheblich von sogenannten kleinen Versicherungen (Sterbekasse und ähnliches) und jungen Policen durchsetzt war, die bekanntlich den Betrieb stark verteuern. Das solide Gebaren in langen ruhigen Geschäftsjahren hat die heimischen Lebensinstitute derart gefestigt, daß die sehr bedeutenden Kriegsschäden die Leistungs-

Tafel II. Betriebsergebnisse 1891—1914

Alle Verhältnisse sind auf Spalte 2 berechnet

Versicherungsgegenstand	Einnahmen in 1000 Mark			Ausgaben in 1000 Mark								Gewinnanteile der Versicherten	
	Prämie	Zinsen und Sonstige	Summen	Schäden		Zunachs der Reserven		Steuern und Ver- waltungskosten		Bruttoüberschuß		Betrag	%
				Betrag	%	Betrag	%	Betrag	%	Betrag	%		
1	2	3	4	5		6		7		8		9	
Leben	864116	316093	1180209	448471	51,9	394085	45,6	85942	9,9	251711	29,1	226432	26,2
Haftpflicht	234802	11776	246578	94680	40,3	22331	9,5	69341	29,5	60226	25,6	43500	18,5
Unfall	81752	2514	84266	45467	55,6	7743	9,5	23375	28,6	7681	9,4	5888	7,2
Feuer	82028	15998	98026	24854	30,3	10514	12,8	15780	19,2	46878	57,1	43877	53,5
Transport	34863	1591	36454	27224	78,1	415	1,19	6117	17,5	2698	7,7	—	—
Einbruch	3977	392	4369	1103	27,7	558	14	1791	45	917	23	—	—
Wasser	1848	143	1991	452	24,5	244	13,2	784	42,4	511	27,7	—	—
Maschinen	1189	119	1308	672	56,5	97	8,1	484	40,7	55	4,6	—	—
Glas	1087	115	1202	532	48,9	181	16,7	474	43,6	15	1,4	—	—
Sturm	462	16	478	156	33,8	43	9,3	176	38	103	22,3	—	—
Vieh	7199	127	7326	5808	80,7	307	4,3	1177	16,3	34	0,5	—	—
Rückversicherung und Sonstige	15871	1191	17062	4820	30,4	1251	7,9	6224	39,2	4767	30	—	—
Summen:	1329194	350075	1679269	654239	49,2	437769	32,9	211665	15,9	375596	28,3	319697	24,1

fähigkeit nicht erschüttert haben und teilweise sogar von Schmälerungen der Versichertendividende abgesehen werden konnte. — Für ihre Gewinnbeteiligung stehen den Versicherten bei den heimischen Instituten alle zeitgemäßen Formen zur Wahl.

Als Zeichen hoher Anerkennung der heimischen privaten Lebensversicherung darf es gedeutet werden, daß die kgl. Regierung die Zulassung der öffentlich-rechtlichen Lebensversicherung in Württemberg bisher nicht für zweckmäßig erachtete.

Das Haftpflichtgeschäft ist durch anhaltendes Steigen der Schäden charakterisiert. Im Durchschnitt der Berichtsperiode betrug der Schaden 40,3 % der Prämie, für das letzte Jahrzehnt ergaben sich schon 44,5 %. Von 1900 bis Ende 1913 stiegen die Schadenmeldungen von 5 % der jeweiligen Policenzahl auf 9,86 %, also fast auf das Doppelte. Gesetzgebung, wachsende Kenntnis der Gesetzesbestimmungen im Publikum und Rechtsprechung begünstigten die Haftpflichtansprüche, während die fortschreitenden Eroberungen der Technik die Haftpflichtgefahren auf allen Gebieten steigerten. Der Stuttgarter Versicherungs-Verein hatte in der Berichtszeit über 600 000 Schadenfälle zu regulieren. Daß hiervon kaum über 200 zum Prozeß mit dem Versicherten führten, ist bei der schwierigen Natur der Haftpflichtschäden ein glänzendes Ergebnis. Der Unkostenatz von 29,5 % der Prämie ist für die Verhältnisse der Haftpflichtversicherung mit ihren kurzfristigen und veränderlichen Verträgen recht günstig.

Die Unfallversicherung weist mit 55,6 % der Prämie einen Schadenatz auf, dessen beträchtliche Höhe einerseits in der fortschreitenden Verbesserung der Versicherungsbedingungen, andererseits in einer großen Begehrlichkeit, die sich teilweise bis zum Rentenhunger steigert, ihre Erklärung findet. Bezeichnend ist die schon seit längeren Jahren gemachte Erfahrung, daß in Deutschland mehr als 20 % der angeblichen Unfälle auf Personen entfallen, die noch kein Jahr versichert sind. In der sogenannten „traumatischen Neurose“ oder „Psychose“, einer seelischen Störung nach erlittenem Unfall, findet die Sucht nach Rente in neuerer Zeit besonders reichliche Nahrung. Der Stuttgarter Verein entschädigte in der Berichtszeit rund 370 000 Unfälle.

Für den Verlauf der Feuerversicherung darf das Geschäft der „Württembergischen Privat“ als maßgebend gelten, da die Feuerabteilung der Stuttgart-Berliner erst im Herbst 1914 namhaften Umfang annahm. Die „Württembergische“ hatte in der Berichtszeit mit 32 000 Brandschäden und 22,1 Millionen Mark Aufwand durchschnittlich 7 % der jeweiligen Policenzahl zu entschädigen. Auf 1000 M Versicherungssumme kam durchschnittlich 66 Pf., auf 1000 M Bruttoprämie 318 M Ersatz. Besonders ungünstig waren die Jahre 1891, 1893, 1904 (Isfeld und Binsdorf!) und 1911. Die Schadenturve schwankte bis zu 104 %, was für die Zweckmäßigkeit der üblichen hohen Vorprämien spricht.

Die Viehversicherung hat in der Berichtsperiode 80 % ihrer Gesamteinnahmen für Schäden verbraucht und trotzdem keine Nachschüsse erhoben. Nur durch besondere Sparsamkeit und Umsicht konnte der Verlust, den nahezu die Hälfte der Berichtsjahre brachte, jeweils aus den Rücklagen gedeckt und außerdem Ende 1914 noch 38,6 % der Jahresprämie als freie Reserve bereitgehalten werden. Rund 12000 Pferde wurden in der Berichtsperiode entzündet. Krankheiten der Bewegungs- und Verdauungsorgane (schlechtes Futter, zu frischer Hafer) verursachten beinahe die Hälfte aller Schadenfälle.

Die Transportversicherung bucht für eine 24jährige Betriebsperiode 9 % der Prämie für eigene Rechnung als Reingewinn; für einen so gefährlichen und wirtschaftlich notwendigen Zweig ein bescheidenes Ergebnis. Die Minderung des Risikos aus der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse zu Lande und zur See wurde aufgehoben durch die erweiterten, die Schiffseigner immer mehr entlastenden Konditionen. An Stelle der Totalschäden traten mehr Partikularschäden. Auch die Zunahme der Feuerschäden und der in ungebundener Konkurrenz begründete Prämienniedergang beeinträchtigten das Geschäft. Immerhin bleiben die Ergebnisse der „Heilbronner“, gemessen am deutschen Gesamtdurchschnitt, befriedigend.

In der Rückversicherung und den übrigen Versicherungszweigen waren die Ergebnisse im allgemeinen günstig. Das Einbruchgeschäft leidet neuerdings neben den wirklichen unter fingierten Diebstählen. Die Glasversicherung hatte gegen steigende Materialpreise und vermehrte Schäden durch die witterungsempfindlichen eisernen Spiegelscheibenrahmen zu kämpfen. Die Sturm- und Wasserschadenversicherung verliefen günstig, die Maschinenversicherung war weniger ertragreich.

Bei der großen Bedeutung der Rücklagen für die Versicherung häuft diese, vor allem in Leben, ganz bedeutende Wertsummen. Ende 1914 belief sich das Gesamtvermögen der heimischen Institute auf 728 Millionen Mark, wovon 80,27 % in Hypotheken und Anleihen an kommunale Körperschaften, 4,63 % in Wertpapieren, 2,04 % in Grundbesitz und 6,59 % in Police-darlehen und gestundeten Prämien (Leben) angelegt waren. Die festen Anlagen rentierten seit einer langen Reihe von Jahren durchschnittlich zu über 4 %, ein Satz, der beim Überwiegen der Wertpapiere wegen der andauernden starken Kursverluste bei weitem nicht erreicht worden wäre. Der geringe Wertpapierbestand erklärt sich aus reinen Zweckmäßigkeitserwägungen. Die Württembergische Privatversicherung zeichnete auf die vier ersten Kriegsanleihen rund 128 Millionen, zu etwa zwei Drittel für eigene Rechnung, wozu sie neben patriotischer Pflicht auch die Güte des Papierses veranlaßte. Beweis, daß sie nicht die Wertpapiere an sich, sondern nur solche ablehnt, deren Besitz Schaden befürchten läßt. Diese Anlagepolitik hat durch den Krieg ihre volle Rechtfertigung bekommen. Die Bedeutung der Privat-

versicherung für den heimischen Hypothekenmarkt ergibt sich aus der Tatsache, daß Ende 1914 248 Millionen Mark bei derselben in württembergischen Hypotheken investiert waren. Sehr erhebliche Summen waren auch an württembergische kommunale Körperschaften ausgeliehen.

Aus ihren Vermögensbeständen hat die heimische Versicherung im Laufe der Zeit namhafte Summen der Beamtenfürsorge zugeschieden. Ende 1914 waren hierfür noch weit über 5 Millionen vorhanden. Auch für die zum Heeresdienst Einberufenen betätigte sich die Fürsorge der Direktionen in reichlichem Maße. Der freiwillige Aufwand für dieselben belief sich bis Ende 1915 nahezu auf 1,5 Millionen Mark.

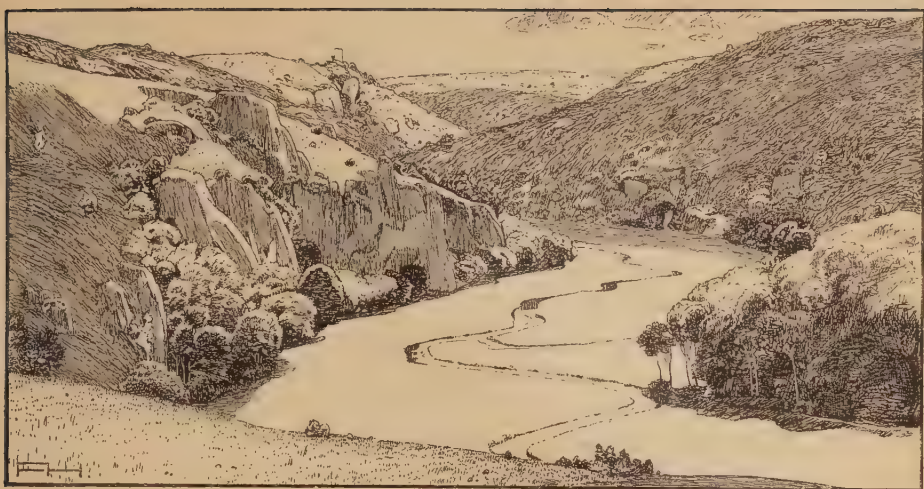
Die Versicherung ist keine einfache Funktion des Geldumlaufs, sie hat mit der öffentlichen Meinung Zusammenhang und nährt sich von deren Vertrauen. Die heimische Privatversicherung hat dieses Vertrauen in der Vergangenheit durch ihre Leistungen gerechtfertigt; durch ihre heutige Vertrags- und finanziellen Grundlagen ermöglicht sie daselbe für die Zukunft.

Mit Stolz darf zum Schluß wiederholt werden, daß Württemberg heute Deutschlands größtes Haftpflicht-, zweitgrößtes Unfall- und drittgrößtes Lebensversicherungsinstitut besitzt. *)

Quellen:

- Affekturanz-Jahrbuch, herausgegeben von Ehrenzweig. Wien 1892 u. ff.
 Affekturanz-Kompaß, herausgegeben von Wischniofsky. Wien u. Berlin 1893 u. ff.
 Brämer, Hermann und Karl, Das Versicherungswesen, Leipzig 1894.
 Geschäftsberichte der einzelnen Versicherungsgesellschaften.
 Hilbert, Dr. Hans, Die Kapitalanlagen der deutschen Privatversicherungsgesellschaften. Gena 1908.
 Jahrbuch für das Versicherungswesen im Deutschen Reich, herausg. von Dr. jur. Neumann. Berlin.
 Manes, Dr. Alfred, Versicherungswesen. 2. Aufl. Leipzig 1912.
 Manes, Dr. Alfred, Versicherungslexikon, Tübingen 1909 u. 1913.
 Veröffentlichungen des Kaiserlichen Aufsichtsamtes für Privatversicherung. Berlin 1902 u. ff.
 Versicherungskalender, Deutscher, herausgegeben von Wallmann. Berlin-Lantwiz.

*) Vgl. Fußnote Seite 908.



Die Landwirtschaft

Von Direktor E. von Strebel

Es dürfte wohl kaum ein zweites Land von der Größe Württembergs geben, das in seinen einzelnen Teilen eine gleiche Verschiedenartigkeit im geologischen Aufbau, der Gestaltung des Geländes, der Höhenlage, den Boden-, Anbau- und Wasserverhältnissen, der Grundbesitzverteilung und Siedelung aufweist. Dadurch schon wird eine Beschreibung der württembergischen Landwirtschaft und ihrer Entwicklung besonders in den letzten 25 Jahren umständlich, und da außerdem der Raum für dieselbe beschränkt ist, so wird es doppelt schwierig, ein einigermaßen vollständiges und zutreffendes Bild zu geben. Immerhin soll dies in den nachstehenden Ausführungen so gut als möglich versucht werden, dieselben können sich jedoch wegen der durch den Krieg vielfach veränderten Verhältnisse nur auf die Zeit bis zum Jahr 1914 beziehen.

A. Die natürlichen Grundlagen der württembergischen Landwirtschaft

Als solche sind anzusehen: das Klima, die Witterungsverhältnisse, der Boden und die Lage.

I. Das Klima ist in dem verhältnismäßig kleinen Land Württemberg mit seiner Gesamtfläche von 19 513,6 qkm auffallend verschieden. Es erklärt sich dies aus dem bis nahezu 1000 m betragenden Unterschied in der Höhenlage der verschiedenen Landesgebiete. Dieselben weisen eine mittlere

Jahrestemperatur von 4,5 bis 10° C, nach dem fünfundsiebzigjährigen Mittel von 34 Stationen von 5,1 bis 9,8° C auf. *)

Ähnlich verhält es sich mit den Niederschlagsmengen. Die von 94 Beobachtungsstationen angestellten Messungen ergaben, daß in den einzelnen Landesgegenden im Mittel von 15 Jahren die jährliche Niederschlagsmenge zwischen 614 und 1925 mm schwankt und daß dieselbe sich vorwiegend in den Grenzen von 600—800 mm bewegt. Wir haben also trockene und feuchte, milde und raue Gegenden und damit die landwirtschaftlichen Klimate: Wein-, Winter- und Sommergetreide-Klima sowie das feuchte Weide- und Waldklima. Die herrschende Windrichtung ist die west- und südwestliche, damit hängt auch zusammen, daß die querliegenden Höhenzüge besonders auf der Westseite viel, auf der Ostseite weniger Niederschläge erhalten, im südöstlichen Landesgebiet ist der Einfluß der Voralpen deutlich bemerkbar.

Die geographische Lage und die Oberflächengestaltung mag es mit sich bringen, daß die Gewitter zahlreich und oft von Hagel begleitet sind. In der milderen Landesgegend kommen jährlich 15—20, in der rauheren 30—50 Gewitter vor, auf etwa 20 Gewitter kann ein Hagelfall gerechnet werden. Die bis auf das Jahr 1828 zurückgehende Hagelstatistik **) beweist die beträchtliche Hagelgefährlichkeit Württembergs, sie findet ihren Ausdruck in der hohen Versicherungsprämie. Der Hagelschaden beträgt im Mittel über 2 M auf den Kopf der Bevölkerung, das schwerste Hagelwetter fiel auf das Jahr 1897 mit einem Schaden von über 19 Millionen Mark. Empfindlichen Schaden verursachen die nicht seltenen, Anfang bis Mitte Mai sich einstellenden, besonders die Baumbüte treffenden Spätfroste, auch Frühfroste führen hier und da zu beträchtlichem Schaden, besonders in den Weinbergen. Die für den Landwirt so wichtige Vorhersage des Wetters hat sich aus wenig befriedigenden Anfängen durch die Tätigkeit der Meteorologischen Zentralstation recht gut entwickelt, so daß die Zuverlässigkeit der Prognose gewachsen ist. Die rasche und weite Verbreitung derselben sowie die tägliche Herausgabe einer Wetterkarte ist schon seit einer Reihe von Jahren durchgeführt.

II. Von ganz besonderer Bedeutung sind die Bodenverhältnisse. Diese haben ihre Grundlage in dem geologischen Aufbau der Gesteinsformationen und ihrer einzelnen Schichten. Man hat das Land mit der landwirtschaftlich benützten Fläche von 12 428,28 qkm nach dem vorwiegenden Auftreten der bodenbildenden Formationen in folgende Gebiete eingeteilt: ***)

1. Das Schwarzwaldgebiet (ca. 1294 qkm = 6,6 %) in der Höhengelage von ca. 600—1152 m. Hier zeigen die tief eingeschnittenen Täler der Enz, Murg und Forbach mit anstehendem Rotliegendem, Granit und Gneis grußige, kalireiche, ziemlich schwere Böden, die vorwiegend die Unterlage von

*) Nr. 1 und Nr. 3, Jahrgang 1905, 2. Heft, mit 27 Karten über die Verteilung von Wärme und Feuchtigkeit.

**) Nr. 3, Jahrgang 1892.

***) Nr. 1 und Nr. 2.

Wiesen bilden, höher liegt der mächtige Buntsandstein, welcher einen mehr oder weniger mageren, kalkarmen Boden liefert, der, soweit er nicht bewaldet ist, als Ackerland mit Dinkel, Roggen, Hafer und Kartoffeln bestellt wird oder seine Nutzung als Wiese findet.

2. Das flachwellige Neckarland mit dem Muschelkalk und der Lettenkohle (2735 qkm = 14 %) in der Höhenlage von ca. 180—400 m. Zutage tritt der erstere besonders an den steil abfallenden Hängen des Neckars, der Enz, des Kochers, während auf der Höhe auf dem warmen, etwas zerklüfteten Kalkgestein in großer Ausdehnung und beträchtlicher Mächtigkeit die Lettenkohle aufgelagert ist und außerdem teilweise noch Lößlehm. In den Tälern ist angeschwemmter, tiefgründiger Boden gelagert. Der primitive, auf dem Gestein liegende Muschelkalkboden ist steinig, leicht, lehmig und tätig, er ist der Weinbergsboden der südlichen Hänge. Lettenkohle und Löß liefern tiefgründige, sehr fruchtbare, für den Anbau aller Gewächse geeignete Böden, die sich besonders auch für tiefwurzelnde Pflanzen wie Obstbäume, Hopfen, Rüben und Luzern eignen.

3. Das Reupergebiet (3220 qkm = 16,5 %), in der Höhenlage von 300—750 m, sehr verschiedenartig in seinem Aufbau, grob- und feinkörnige Sandsteine, Gipschichten und Mergel in allen Farben aufweisend. Das Gelände ist meist hügelig, ein Bergland mit mäßigen Höhen, zahlreichen Einschnitten und überaus verschiedenen Böden. Während der grobkörnige Stubensandstein sehr magere, der Schilfsandstein etwas bessere Sandböden liefert, zeigen sich die Reupermergelböden als bündige fruchtbare Unterlagen sowohl für Laubwald und die ausgedehnten Wiesen als auch für den Ackerbau und bei günstiger Lage auch für den Wein- und Obstbau besonders geeignet.

4. Das Vorland der Schwäbischen Alb (1790 qkm = 9,2 %). Es besteht aus den Schichten des schwarzen und braunen Juras mit Steinmergeln, Mergelschiefen und Kalksteinen, streckenweise auch eisenküssigem Sand. Die mehr oder weniger schweren und fruchtbaren Böden der ersteren Schichten tragen Getreide, Klee, Hackfrüchte, auch gedeiht, wie z. B. auf den Fildern, Kraut sehr gut. Obst- und Wiesenbau ist ausgedehnt.

5. Die Hochfläche der Schwäbischen Alb (2865 qkm = 14,7 %), in der Höhenlage von 660—1000 m. Sie streicht mit dem mächtigen weißen Jura von Südwest nach Nordost. Das hellgefärbte, zerklüftete Kalkgestein liefert vermöge seines Eisen- und Tongehaltes einen meist steinigen und leichten braunen Lehmboden, aus welchem das Wasser und der Kalk leicht versinkt, weshalb diese Böden meist kalkarm und trocken sind. Bei dem rauhen Klima gedeihen noch Getreide (besonders Dinkel und Hafer), Erbsen, Espar, Klee, Kohlraben und Kartoffeln. Die Höhenwiesen sind vielfach nur einmähdig, Buchenwald ist ziemlich ausgedehnt. Bemerkenswert ist die großartige Albwasserversorgung.

6. Das oberschwäbische Schuttländ (7608 qkm = 39 %), in der Höhenlage von etwa 400 bis gegen 1100 m. Es stellt ein Gemisch der ver-

schiedensten Gesteinstrümmer von Graniten, Gneisen, Hornblende- und Tonschiefer sowie Kalksteinen in allen Stufen der Zerkleinerung dar, die infolge der diluvialen Vergletscherung durch den ganz Oberschwaben bedeckenden Rheingletscher aus den Alpen herausgeschafft und hier abgelagert worden sind. Es finden sich grob- und feinsandige Böden, meist mit Riesunterlage, aber genügender lehmiger Feinerde, welche recht befriedigende Erträge an Getreide, Klee, Kohlrüben usw. liefern. Die ganze Gegend ist wasserreich, im südlichen Teile Oberschwabens finden sich ausgedehnte Moorgebiete, gegen den Bodensee hin wird Obst und Hopfen mit bestem Erfolg gebaut.

Die Kenntnis der geognostischen und Bodenverhältnisse des Landes wurde schon vor Jahrzehnten sehr gefördert durch die 1859—1892 vollzogene Landesaufnahme und Herstellung einer geognostischen Karte im Maßstab von 1:50 000. Im Jahre 1903 ist Einleitung zur Durchführung einer neuen, den Forderungen der Wissenschaft, Technik und Landwirtschaft noch mehr gerecht werdenden geologischen Landesaufnahme durch Schaffung einer geologischen Landesanstalt getroffen worden, welche die Aufgabe hat, diese Aufnahme unter Benützung des bereits vorhandenen Materials vorzunehmen und eine neue geologisch-agronomische Karte im Maßstab von 1:25 000 in 184 Blättern herzustellen. Daß dieselbe die bodenkundliche Seite eingehender in Karte und Beschreibung behandelt, kann nur begrüßt werden. *)

Entsprechend den verschiedenartigen geologischen Unterlagen und den Höhenunterschieden des Geländes ist der Boden des Landes von sehr verschiedener Beschaffenheit. Primitive oder Verwitterungsböden finden sich besonders auf der Hochebene der Schwäbischen Alb, dann im Bunt- und Keuper sandsteingebiet und einem Teil des schwarzen Jura, angeschwemmte Böden in den Tälern und als diluviale Überlagerungen auf Jura- und Lettenkohlenunterlage, Ries- und Sandböden im oberschwäbischen Schuttland. Agronomisch betrachtet sind die Böden des Stubensandsteines, dann des Buntsandsteins und die Molasse sandböden die von Natur ärmsten, am reichsten und fruchtbarsten erweisen sich die tiefgründigen Löß- und Diluviallehme, dann folgen die Lehm Böden des schwarzen Jura, die Keupermergelböden und weite Strecken des Molassegebietes, ferner verschiedene Übergangsformen, hierauf die feichten Böden der Schwäbischen Alb, während verschiedene schwere Ton- und Mergelböden, besonders des Keupers, wegen Undurchlässigkeit des Untergrundes, unsichere und geringe Erträge liefern. Über die Durchlässigkeit der Böden gibt die Hydrographische Durchlässigkeitskarte einen guten Überblick. **)

III. Die landwirtschaftlich benützte Fläche und die Kulturarten. Aus den in den Württembergischen Jahrbüchern und dem Statistischen Jahrbuch enthaltenen Zusammenstellungen läßt sich die landwirtschaftlich

*) Nr. 6, S. 266 u. f.

**) Nr. 7.

benützte Fläche, die Ausdehnung der Kulturarten und der Flächenunterschied in den einzelnen Jahren ersehen. *)

	1884 ha	1894 ha	1904 ha	1914 ha
A. Acker- und Gartenland	879 282	880 791	871 848	855 848
I. Angeblühtes Ackerland	794 334	816 528	823 010	814 584
1. Getreide und Hülsenfrüchte	539 584	551 822	536 184	519 512
2. Hackfrüchte und Gemüse	118 081	132 836	147 719	158 796
3. Handelsgewächse	25 215	17 126	12 743	7 291
4. Futterpflanzen	111 454	114 744	126 364	128 985
II. Gartenland	10 065	12 662	17 284	20 114
III. Brache und Ackerweide	74 883	51 601	31 554	21 150
B. Wiesen	286 858	289 400	297 116	307 467
C. Weiden und Hutungen	65 812	54 909	53 551	49 746
D. Weinberge	23 453	21 673	21 352	18 647
	1 255 405	1 246 773	1 243 867	1 231 708

Die Zahlen dieser Zusammenstellung reden eine deutliche Sprache, sie geben ein erfreuliches Bild von der weiteren Entwicklung der württembergischen Landwirtschaft, von einer fortschreitenden Intensivierung derselben, zugleich aber auch von dem Einfluß gewisser Faktoren auf einzelne Betriebszweige, unter welchen die Produktpreise und die Arbeiterverhältnisse am meisten hervortreten.

Am auffallendsten ist die starke Abnahme der Brache und Ackerweide. Das Einhalten der reinen Brache, welche früher bei der Dreifelderwirtschaft die Regel war, wird zur Ausnahme und beschränkt sich mehr und mehr auf Gegenden mit rauhem Klima und schwerem Boden oder auf einzelne Ausnahmefälle, die Regel ist bei der vorwiegend üblichen Dreifelderwirtschaft der Anbau des Brachfeldes mit Futterpflanzen und Hackfrüchten und oft auch Handelspflanzen. Dadurch sind in 30 Jahren ca. 50 000 ha einer höheren Ertragsfähigkeit zugeführt worden. Nicht unwesentlich ist auch die Abnahme der Weiden und Hutungen. Beiderlei Erscheinungen sind in Gemeinschaft mit der Ausdehnung der Garten-, Gemüse- und Hackfruchtfläche deutliche Beweise einer fortschreitenden Intensivierung des Feldbaues, Beweise des erfolgreichen Bestrebens, aus der gegebenen Fläche selbst mit größerem Aufwand höhere Ertragswerte herauszuwirtschaften. Ferner ist folgendes bemerkenswert. Der Gewinn an früherem Brachland brachte keine Ausdehnung des Ackerfeldes mit sich, dagegen eine Zunahme der Feldfutterfläche und eine Vergrößerung des Wiesenlandes, es zeigt sich darin deutlich eine gewisse Verlegung des Schwerpunktes des Betriebs nach der Seite der Viehhaltung hin. Und wenn endlich der Anbau der Handelspflanzen sowie der Weinbau zurückgegangen ist, so waren bei ersterem die stetig

*) Nr. 5, Jahrgang 1902/03 und 1908/09.

sinkenden Preise, bei letzterem die Häufung von Mißjahren schuld, in beiden Fällen mag auch die Ungunst der Arbeiterverhältnisse mitgewirkt haben.

Inwieweit bei dieser Verschiebung der Kulturarten auch der Waldbau beteiligt ist, soll hier nicht weiter dargelegt, sondern nur erwähnt werden, daß die Waldfläche mit 600 415 ha in einem günstigen Verhältnis zur landwirtschaftlich benützten Fläche steht. Nach der Aufnahme von 1900 ist der Wald zu etwa je einem Drittel Staats- und Körperschaftswald, zu je einem Sechstel Domäne- oder standesherrlicher, im übrigen bauerlicher Besitz.

B. Die wirtschaftlichen Grundlagen der württembergischen Landwirtschaft

I. Die landwirtschaftliche Bevölkerung

Die Berufszählung vom 12. Juni 1907 hat im Vergleich zu derjenigen vom 14. Juni 1895 eine Zunahme von 267 348 Einwohnern ergeben. Gezählt wurden 1895: 2 070 662 gegen 1907: 2 338 010 Einwohner. Während die landwirtschaftliche Bevölkerung im Jahr 1895 noch 45½ % der Gesamtbevölkerung ausmachte, ist sie 1907 auf 37,7 % zurückgegangen, und zwar spricht sich diese Veränderung am schärfsten in dem dichtbevölkerten Neckarkreis aus, indem dort die Landwirtschaft 29,6 %, die Industrie, einschließlich des Bauwesens, 45,7 % der Bevölkerung umfaßt, während im Schwarzwaldkreis die Ziffern 40,9 gegen 41,8 %, im Jagstkreis 49 gegen 32,3 % und im Donaukreis 42,4 gegen 35,3 % ein langsames Zurückweichen bzw. sogar noch ein Überwiegen der landwirtschaftlichen Bevölkerung beweisen. Daß sich diese Wandlungen in den einzelnen Bezirken sehr ungleich abspielten, ist erklärlich, im ganzen aber ist die landwirtschaftliche Bevölkerung von 1895 bis 1907 von 933 576 auf 882 421 Personen gesunken, hat also um 51 155 Personen abgenommen. Man kann also recht wohl von einer Landflucht reden in dem Sinn der Abwanderung nach der Stadt, aber auch von einem Sichabwenden von der Landwirtschaft, indem besonders ein Teil der weiblichen Bevölkerung ständig bei der Industrie Beschäftigung sucht oder den Sommer über in Bädern, Sommerfrischen usw. lohnenden Verdienst findet oder als Diensthote nach den Städten zieht. *)

Die Art der Siedelung ist eine verschiedene. In den milderen Landesgegenden, also im Unterland, dann aber auch am Albtrauf, auf den Filbern, im Gäu und auf der Alb ist das Zusammenleben in geschlossenen Dörfern (Dorfwirtschaft) üblich, in Oberschwaben, im Schwarzwald und einem Teil des Jagstkreises ist die Hofwirtschaft oder das Weilersystem heimisch, da und dort finden sich auch Reihendörfer. Mit diesen Arten der Siedelung hängt auch die Art der Feldwirtschaft insofern zusammen, als der Dorfwirtschaft verhältnismäßig große, in Gewanne zerfallende Markungen eigen

*) Nr. 3, Jahrgang 1911, S. 103.

sind, welche mehr oder weniger weitgehende Parzellierung und Gemengelage der Teilstücke aufweisen, während es sich bei der Hofwirtschaft mehr um größere, ganz oder nahezu vollständig arrondierte Einzelhöfe oder Hofgüter handelt.

II. Die Besitzverhältnisse

Die gesamte landwirtschaftlich benützte Bodenfläche ist die Unterlage für eine große Zahl von Einzelbetrieben verschiedener Größe, Zusammensetzung und Art der Bewirtschaftung. Im allgemeinen ist Württemberg das Land des vorherrschenden Kleinbesitzes. Die Betriebsstatistik nach der Aufnahme vom 12. Juni 1912*) gibt in fünf Klassen zusammengezogen ein zutreffendes Bild von den verschiedenen Betriebsgrößen und ihrer Anbaufläche nach dem Stand vom Jahr 1907:

Größenklasse	Zahl der Betriebe	Hierunter		Landwirtschaftlich benutzte Fläche					
		nur Eigenland	mit Pachtland	ha	Ackerland ha	Garten ha	Wiese ha	Weinberg ha	Weide ha
I unter 2 ha . .	167 878	93 205	11 667	159 194	60 607	4 375	36 819	5 342	130
II 2—5 ha . . .	83 752	33 779	328	353 029	171 169	3 219	90 596	6 769	346
III 5—20 ha . . .	56 372	31 096	241	646 138	335 339	5 758	162 706	3 599	2 385
IV 20—100 ha . .	6 710	4 971	271	268 576	133 292	2 271	58 263	331	3 085
V 100 u. mehr ha	117	29	69	26 961	12 826	119	3 647	13	2 003
Summe	314 829	163 080	12 576	1 453 898	713 233	15 742	352 031	16 054	7 949

Bei der Größenklasse I handelt es sich vorwiegend gar nicht um eigentliche Betriebe, die den Besitzer vollständig beschäftigen und ernähren, sondern mehr um Teilstücke, welche von Nichtlandwirten bebaut werden, und wo man von Betrieben reden kann, ist zur Ergänzung noch Nebenarbeit und -verdienst nötig. Die Klasse II ist die der kleinbäuerlichen Betriebe, welche der Zahl nach 57 % der Klasse II—V und der Fläche nach 27,3 % derselben umfassen. Sie betreiben neben Feldbau besonders Aufzucht von Kälbern, Schweinen und Geflügel, beschäftigen sich in günstigen Lagen außerdem mit Feldgemüse-, Wein- und Obstbau.

Die Klasse III umfaßt die mittel- und großbäuerlichen Betriebe mit 38,3 % der Zahl und 50 % der Fläche der Klassen II—V. Der Schwerpunkt liegt in Feld- und Wiesenbau und der Viehzucht, in manchen Gegenden vorwiegend in der letzteren.

Zur Klasse IV gehören Kron- und staatliche, größtenteils verpachtete Domänen, Güter größerer Grundbesitzer und Großbauernhöfe. Die Anzahl und die bewirtschaftete Fläche ist bescheiden mit 4 bzw. 20,7 % der Klassen II—V.

Die Klasse V weist nur 0,08 % der Betriebe und 2,08 % der Fläche von Klasse II—V auf, sie umfaßt die größeren Pachtgüter, Domänen und standesherrschaftlichen Güter.

Die Betriebsweise der Güter von Klasse IV und V ist verschieden, während in den meisten Gegenden der Getreidebau neben der Viehhaltung

*) Nr. 5, Jahrgang 1908 und 1909, S. 98/99.

im Vordergrund steht, zeigen manche Betriebe der milderen Gegenden ausgedehnten Zuckerrübenbau mit viehschwachem Betrieb.

Aus der obigen Tabelle ergibt sich weiter, daß, abgesehen von Klasse I, wo es sich um viele gepachtete kleine Teilstücke handelt, die Pachtung nach Zahl der Fälle und auch der Fläche bedeutend gegen das Eigenland zurückbleibt. Ferner ist sehr bezeichnend, daß die Klasse III die größte Fläche überhaupt, die größte Acker-, Garten- und Wiesenfläche und — um dies zur Vervollständigung gleich hier anzuführen — auch den stärksten Bestand an Rindvieh, speziell an Rühen, ebenso an Schweinen und Geflügel aufweist. Der Schwerpunkt des landwirtschaftlichen Betriebes liegt also in Württemberg weder im Großgrundbesitz noch in der Zwergwirtschaft, sondern im Bauernbetrieb und besonders in den Bauernwirtschaften in der Größe von etwa 5—20 ha, und faßt man die Betriebe von 2—20 ha zusammen, so machen sie als selbständige, unabhängige wirtschaftliche Unternehmungen nicht weniger als 95 % aller Betriebe (Klasse II—V) aus und bewirtschaften 77 % der gesamten landwirtschaftlich benützten Fläche.

Mit dieser Besitzverteilung hängt aufs engste der Charakter des Familienbetriebes zusammen, welchen diese Bauernbetriebe aufweisen. Während die größeren Wirtschaften vorwiegend auf fremde Arbeitskräfte angewiesen sind, handelt es sich im Bauernbetrieb um das Zusammenarbeiten aller Familienglieder unter Ausschluß oder nur beschränkter Verwendung fremder Arbeitskräfte. Der Bauer ist Unternehmer und Mitarbeiter zugleich, er und die Seinigen haben ein gleiches Interesse an der Rentabilität des Betriebes, der ihnen Heimat, Arbeitsverdienst und Einkommen zugleich bietet, alle hängen mit gleicher Zähigkeit an der mit vielem Fleiß bebauten eigenen heimischen Scholle, und im bäuerlichen Betrieb bildet sich ganz von selbst eine Arbeitsteilung aus auf Grund des Alters, Geschlechts, der körperlichen Leistungsfähigkeit sowie besonderen und individuellen Befähigung für gewisse Arbeiten, so daß selbst die kleinste Kraft, die Kinderhand, sich noch nützlich betätigen kann. Da im schwäbischen Bauernhaus Einfachheit der Lebenshaltung, Fleiß und Sparsamkeit herrscht, so kommen die Bauern trotz mancher Schwächen, die in der Natur des kleinen Betriebes liegen, doch vorwärts. Die Erhaltung des Familienbesitzes ist unter diesen Umständen von wesentlicher Bedeutung, es wird derselben in einigen Landesgegenden durch das gewohnheitsmäßige Anerberecht entsprochen, nach welcher gewöhnlich der älteste Sohn im Erbfall den Hof unter Abfindung der Miterben zu einem mäßigen Anschlag („Rindskauf“) übernimmt. Dieses Gewohnheitsrecht besteht besonders in Oberschwaben, im Fränkischen, einem Teil des Schwarzwaldes und gegen das Ries hin, während im übrigen, besonders dem milderen Teil des Landes mit vorwiegendem Kleinbesitz, die Teilung in natura die Regel ist. Der hierdurch ermöglichten zu weit gehenden Parzellierung arbeitet der Umstand erfolgreich entgegen, daß bei der Gründung eines neuen Hausstandes die ererbten oder als Mitgift erhaltenen Grundstücke wieder zu einer Einheit

zusammengeworfen werden, ferner ist es das eifrige Bestreben des jungen Bauern, seinen Besitz durch Zukauf zu vergrößern, und wenn das eine oder andere Grundstück noch frei bleiben sollte, so ist es kein Unglück, wenn dadurch einem kleinen Handwerker oder Tagelöhner ermöglicht wird, etwas Grundbesitz zu erwerben und dadurch sesshaft zu werden.

Das seither Gesagte gilt von dem freien, ungebundenen Besitz. An gebundenem, insbesondere Fideikommißbesitz, weist Württemberg folgende landwirtschaftlich benützte Flächen auf:*)

Im Besitze des Hofamtergutes	5851 ha	= 0,47 %	der landw. Gesamtfläche
" " des Staates	4310 "	= 0,30 "	" " " "
" " der Standesherrn	9136 "	= 0,74 "	" " " "
" " der Ritterschaft	15997 "	= 1,30 "	" " " "
" " der bürgerlichen Fideikommiße . . ca. 200 "			
		2,81 %	" " "

Man sieht, daß von Latifundienwirtschaft in Württemberg nicht die Rede sein kann, auch von einer Aufsaugung von bäuerlichem Besitz zur Bildung von Fideikommissen ist wenig zu bemerken.

Noch ist eine Form mehr oder weniger gebundenen Besitzes zu erwähnen, nämlich die Allmenden. Die Ausdehnung derselben wurde vor ca. 20 Jahren mit 23 011 ha angegeben. Zum Teil wird die Allmendfläche durch die Gemeindeverwaltung jetzt noch in kleine Stücke aufgeteilt und den ansässigen Familien zur Nuzung überlassen, in zahlreichen anderen Fällen aber hat die Gemeinde die Fläche als Schafweide oder als Obstbaumgut in eigenen Betrieb genommen oder aufgeforstet, sofern sie nicht vorher schon Wald war.

Der Liegenschaftsverkehr wird durch das Rgl. Statistische Landesamt fortgesetzt verfolgt. Er ist im allgemeinen ein ziemlich lebhafter, in den einzelnen Jahren aber je nach dem Geldstand und der Lage der Landwirtschaft verschieden. Nach dem letzten Bericht**) vollzog er sich mit den beigefügten Umsätzen folgendermaßen:

Jahr	Freihändige Veräußerungen		Kindsäufe (steuerfrei bis zu 20 000 M.)		
	Zahl	Umsatzsumme	Zahl	Umsatzsumme	Steuerfrei
1911	62612	256 449 733 M.	6043	31 578 464 M.	53,9 %
1912	58575	224 225 674 „	5673	28 382 000 „	46,0 „

Von besonderer Bedeutung ist die Frage von den Bodenpreisen und dem Verhältnis von Ertragswert zum Verkehrswert oder laufenden Preis.***)

In den Jahren 1906/07 waren in den ländlichen Gemeinden unter 2000 Einwohnern die mittleren Verkaufspreise folgende pro Hektar:

*) Nr. 8.

**) Nr. 3, Jahrgang 1914, 2. Heft, S. 314.

***) Nr. 3, Jahrgang 1909, S. 331 u. ff.

	Acker	Wiesen	Wiesen höher als Acker
Nekarkreis	3136,0 M	3566,9 M	430,9 M = 13,7 %
Schwarzwaldkreis	2238,4 „	2883,9 „	645,5 „ = 28,7 „
Jagstkreis	1824,6 „	2160,7 „	336,1 „ = 18,4 „
Donaukreis	1679,3 „	1854,1 „	174,8 „ = 10,4 „
Land im ganzen	2197,6 „	2479,2 „	281,6 „ = 13,2 „

Es sind also die Preise der Äcker bis zu 46 % auseinanderliegend, ferner zeigt sich, daß die Wiesen durchweg höher im Preise stehen als die Äcker, was mit der ungleichen Verteilung des für Wiesen passenden Geländes, mit der Kleeefähigkeit des Bodens, der Ausdehnung der Viehhaltung und den Arbeiterverhältnissen zusammenhängen mag.

Wenn man den Ertragswert der Grundstücke dem 33,3fachen des Steuerkapitals gleichstellt und ihn mit den Verkehrswerten vergleicht, so zeigt sich, daß im Jahre 1897 im ganzen bei Äckern und Wiesen beide Werte fast gleich waren, daß dagegen 1907 die Verkehrswerte um ca. 25 % sich höher stellten als die Ertragswerte, was bei Gärten und Weinbergen schon früher der Fall war.

III. Die Arbeiterverhältnisse

Der landwirtschaftliche Betrieb erfordert neben anderem eine gewisse Summe von menschlicher, tierischer und Maschinenarbeit. Für Württemberg liegen die Verhältnisse menschliche Arbeit betreffend insofern nicht ungünstig, als ein Drittel aller Betriebe Familienbetriebe sind. Mit zunehmender Größe, Intensität und Vielseitigkeit des Betriebes wächst jedoch der Bedarf an Arbeitskräften, und da macht sich schon in den größeren Bauernbetrieben und noch mehr auf den noch größeren Gütern trotz hoher Löhne ein oft recht empfindlicher Mangel an brauchbaren Dienstboten und Tagelöhnern geltend, welcher schließlich dazu führte, daß etwa seit 1900 in steigendem Maße fremde Arbeiter (meist Polen) zur rechtzeitigen Bewältigung der Geschäfte bezogen werden mußten. Nach Oberschwaben kommt über Sommer eine größere Anzahl von „Güterkindern“ aus dem Vorarlberg.

Eine ziffernmäßige Darstellung des Verhältnisses zwischen Betriebsgröße und Betriebspersonal, einschließlich der landwirtschaftlichen Beamten, liefert die Aufnahme vom 12. Juni 1907, auf sechs Größenklassen zusammengezogen. *)

Betriebs- größtenklasse	Betriebe überhaupt	In Prozenten aller Betriebe	Personal der Betriebe		Auf einen Be- trieb entfallen Personen
			überhaupt	in Prozenten des Personals	
0—1 ha	121 696	38,7	125 482	16,7	1,0
1—2 „	46 182	14,7	94 875	12,6	2,1
2—5 „	83 752	26,6	238 979	31,8	2,9
5—20 „	56 372	17,9	236 082	31,4	4,2
20—100 „	6 710	2,1	51 785	6,9	7,8
100 u. mehr „	117	0,04	4 821	0,6	41,4
	314 829	100,00	752 022	100,0	2,4

*) Nr. 4, Jahrgang 1909, Nr. 4, S. 72.

Es zeigt diese Tabelle, daß auf die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe von 2—20 ha 44,5 % aller Betriebe und 63,2 % aller Arbeitskräfte entfallen und die Großbetriebe nach Zahl und absoluter Größe des Personals zurückstehen, während die prozentische Ziffer der letzteren die höchste ist, und zugleich beschäftigen die größeren Betriebe am meisten fremde Arbeitskräfte, die Betriebe von: 20—100 ha 52,42 %, 100 und mehr 89,83 %. Ein noch zutreffenderes Bild erhält man, wenn nur die Betriebe von 2 und mehr Hektar verglichen werden. Im übrigen ergeben die in obengenannter Arbeit angestellten Untersuchungen, daß die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen weiblichen Personen (412 720) gegenüber derjenigen der männlichen (339 202) überwiegt, jedoch nur in den Betrieben bis zu 5 ha, je größer sie sind, desto mehr tritt das weibliche Element zurück. Da, wie erwähnt, drei Viertel aller Betriebe Familienbetriebe sind, so kommt auch die Kinderarbeit in Betracht. Die Erhebung vom 15. November 1904 hat ergeben, daß z. B. im Neckarkreis 23,3 % der die Schule besuchenden Kinder zeitweise landwirtschaftlich beschäftigt wurden.

Während in den Familienbetrieben der eigene Betrieb die Arbeits Gelegenheit und sein Rohertrag nach Abzug der Ausgaben den je nach den Erträgen und Produktenpreisen schwankenden Arbeitsverdienst liefert, handelt es sich bei dem Gesinde und den Tagelöhnern um Ablohnung, welche bei dem ersteren in freier Verpflegung und Geldlohn, bei den Tagelöhnern meist nur in letzterem besteht. Sowohl Gesinde- als Tagelöhne sind seit Jahrzehnten in stetem Steigen begriffen, auch die Ansprüche hinsichtlich der Verpflegung sind gewachsen, zugleich aber sind auch die Produktenpreise gestiegen. Wenn nun in dem Familienbetrieb die seitherige Einfachheit der Lebensweise beibehalten, zugleich die mit der Intensivierung des Betriebs zusammenhängende Forderung der stärkeren Heranziehung der Familienglieder zur Arbeit erfüllt wird, so sind diese Betriebe besser daran als die fast nur mit fremden Arbeitskräften arbeitenden größeren Wirtschaften. In diesen waren die Löhne im Jahre 1912 ungefähr folgende:

Unterkunft und Verpflegung		Für Knechte pro Jahr	Für Mägde pro Jahr
für Knechte pro Tag	1,40 bis 1,80 M	511 bis 657 M	
„ Mägde „ „	1,10 „ 1,40 „		401 bis 511 M
Barer Jahreslohn		400 „ 550 „	300 „ 450 „
Summe		911 bis 1207 M	701 bis 961 M
		Männer	Frauen
Für Tagelöhner.	Im Sommer	2,20 bis 3,40 M	1,50 bis 2,00 M
	„ Winter	2,00 „ 3,00 „	1,40 „ 1,80 „

Die Tagelöhne sowohl der männlichen wie auch der weiblichen Arbeiter sind in allen Landesteilen namhaft gestiegen, und zwar von 1898—1909 bei den ersteren um 41,8, bei den letzteren um 43,4 %. Sie sind 1912 fast überall höher gewesen als der ortsübliche Tagelohn.

Dem oft recht empfindlichen Arbeitermangel sucht man von seiten der Landwirte, Vereine und Behörden abzuhefeln durch entsprechend hohe Löhne, Prämierung und Auszeichnung für langjährige Dienstzeit, Atfordarbeit, Gesindeordnung, Arbeitsnachweis u. a.

Bei dem ausgedehnten Feldbau spielt die tierische Arbeit eine wichtige Rolle. Es wurden gezählt am 2. Dezember 1912: 70 487 Zugpferde, daneben wird eine beträchtliche Zahl von Ochsen und Stieren (1912: 57 312) sowie etwa die Hälfte der Rüge zum Zug verwendet. Die letzteren sind für die Kleinbäuerlichen Betriebe völlig genügende und billige Arbeitstiere, da sie zugleich Nutztiere sind.

Über Maschinenarbeit siehe Seite 944.

IV. Absatz, Verkehr und Preise

Die landwirtschaftliche Produktion und die Verwertung der Erzeugnisse ist einmal auf den eigenen Bedarf der landwirtschaftlichen Bevölkerung und dann auf den Verkauf eingestellt. Je kleiner der Betrieb ist, desto mehr wird von dem, was erzeugt wird, im eigenen Haus verwendet. Die mehr auf den Verkauf angewiesenen Betriebe finden für alle Erzeugnisse mehr oder weniger regelmäßigen Absatz, welcher durch die guten Verkehrswege und das Eisenbahnnetz begünstigt wird. Zahlreiche Märkte, die Produktenbörse in Stuttgart, die Proviantämter sowie Absatz-, Verkaufs- und Verwertungsgenossenschaften erleichtern den Verkauf. Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse haben im allgemeinen in den letzten Jahren eine steigende Tendenz gehabt, sie betrugen 1907:*)

Preise für 100 kg

Weizen	22,81 M	Mehl Nr. 0 . . .	33,02 M	Heu	6,26 M
Kernen	21,58 "	" " 1	31,66 "	Stroh	4,78 "
Dintel	14,82 "	" " 2	30,30 "	Kleie	10,43 "
Gerste	21,46 "	" " 3	28,95 "	Kartoffeln 5,20 bis 8,46	"
Hafer	19,26 "	" " 4	27,20 "	1 l Milch . . . 12 bis 20 Pf.	"

Viehmarktpreise 1907

für 100 kg Lebendgewicht		für 1 Stück		für 100 kg Schlachtgewicht		für 100 kg Schlachtgewicht	
Ochsen	80,40 <i>M</i>	Läufers Schwein	34,99 <i>M</i>	Ochsen	167 <i>M</i>	Rühe	112 <i>M</i>
Rühe	67,14 "	Milchschwein	15,32 "	Farren	145 "	Kälber . . .	178 "
Jungvieh . . .	75,86 "			Stiere	163 "	Schweine . .	121 "

V. Die Kapitalverhältnisse

Dieselben liegen in der württembergischen Landwirtschaft ähnlich wie in den Nachbarländern. Das Bestreben, den Grundbesitz weiter auszudehnen, führt vielfach zu einer Überzahlung des Bodens, damit zu einer oft zu weitgehenden Verschuldung und zugleich zu einem Mangel an laufenden Betriebsmitteln. Im übrigen bestehen für die Befriedigung des Grundkredits geeignete Einrichtungen in Gestalt der Landes- und BezirksSparkassen, des Württembergischen Kreditvereins, der Württembergischen Hypothekenbank u. a.,

*) Nr. 5, S. 216 u. f. Jahresmittel der Preise der Stuttgarter Landesproduktenbörse.

für den Betriebskredit die landwirtschaftlichen Genossenschaften und im besonderen die Darlehenskassenvereine. (Näheres siehe unter Bankwesen.)

Über den Grad der Verschuldung wurden 1884/85 in 7 und 1895 in 126 Gemeinden über die Eintragung von Pfandschulden Erhebungen angestellt, welche sich auf den jeweiligen Stand in den Jahren 1874, 1884 und 1894 bezogen. *) Dieselben ergaben, daß in diesen 126 Gemeinden Pfandschulden eingetragen waren am 1. Januar: *)

1874: 33861205 *M* 1884: 42097631 *M* 1894: 47538255 *M*

Zunahme: 1874/84 24,3 %; 1884/94 12,9 %; 1874/94 40,4 %.

Die Pfandschulden erwuchsen zu ca. 30 % aus Liegenschaftskäufen, zu ca. 60 % aus sonstigen Ursachen und zu ca. 10 % aus Sutsübernahmen und Erbteilungen. Die Hypothekarstatistik wurde 1897 auf das ganze Land ausgedehnt und bezog sich auf die Neueintragungen und Löschungen 1897, 1899 und 1904. Die landwirtschaftlichen Hypothekeneintragungen und die Beträge beziffern sich *) 1897 mit 18252 Fällen im Betrag von 33170646 gegen 1904 mit 16138 Fällen und 32342966 *M*, also kein wesentlicher Unterschied. Am meisten belastet ist der stark parzellerte, allerdings auch den teuersten Boden aufweisende Neckarkreis (39 %), dann folgt der Donaukreis (28 %), hierauf der Jagstkreis (17 %) und endlich der Schwarzwaldkreis (16 %). Von einer bedenklichen Zunahme der Verschuldung kann man also nicht reden, immerhin ist zu beachten, daß nach den Untersuchungen von Zeller **) die württembergische Landwirtschaft mit etwa 280 Millionen Pfandschulden und etwa 120 Millionen unversicherter Schulden, also im ganzen mit rund 400 Millionen belastet ist, und daß die Verzinsung der ersteren allein eine Belastung der landwirtschaftlichen Betriebe von 11,5 Millionen Mark mit sich bringt. (Näheres über Hypothekenkredit und Zinsfuß siehe Bankwesen.)

C. Die landwirtschaftlichen Betriebszweige

I. Der Ackerbau

Wie aus der auf Seite 923 gegebenen Tabelle hervorgeht, umfaßt das Ackerland zirka zwei Drittel der landwirtschaftlich benützten Fläche. In welcher Ausdehnung dasselbe für den Anbau der verschiedenartigen Gewächse in Anspruch genommen wird, welche Veränderungen zwischen 1884 und 1914 vorkamen, zeigt dieselbe Tabelle.

Im einzelnen folgendes. Abgesehen von Hafer deckt Württemberg seinen Bedarf an Getreide nicht vollständig, es hat sich mehr auf die Ausfuhr von Vieh und tierischen Erzeugnissen eingerichtet. An Brotgetreide wird besonders der Dinkel angebaut, doch weicht er mit der fortschreitenden Bodenkultur auf den besseren Böden mehr und mehr dem Weizen, die Roggenfläche

*) Nr. 3, Jahrgang 1906, 1. Heft.

**) Nr. 3, Jahrgang 1899, 2. Heft.

beträgt nur etwa ein Fünftel der Weizen- und Dinkelfläche. Am größten ist die Haferfläche, um ein Drittel kleiner das Gerstenareal. Die Mehreinfuhr betrug 1897/1916 pro Jahr: bei Weizen 155 000 t, bei Roggen 2400 t, bei Gerste 51 000 t. Dagegen wurde an Hafer mehr ausgeführt: 74 301 t. Nach Abzug des Saatgutes trifft auf den Kopf der Bevölkerung etwa 215 kg Brotgetreide, was im Land erzeugt wird. Eine wesentliche Förderung erfuhr der Getreidebau durch die Bevorzugung der neueren ergiebigeren Sorten und den besseren Anbau derselben. Die vergleichenden Anbauversuche der Kgl. Saatzuchtanstalt und ihre sonstige Tätigkeit, die durch die Kgl. Zentralstelle für die Landwirtschaft angeordnete Anbau- und Düngungsversuche haben in Gemeinschaft mit den Saatgutzüchtern und den Saatzbauwirtschaften wesentlich zur Hebung des Getreidebaus beigetragen. Die Kultur der Hülsenfrüchte ist wegen der geringeren Sicherheit und der mäßigen Preise zurückgegangen, Erbsen und Ackerbohnen nehmen die Fläche von 2900 und 2500 ha ein. Der Anbau der Hackfrüchte findet im bäuerlichen Betrieb im Brachfeld statt und wird im allgemeinen sorgfältig durchgeführt, neben der immer ausgedehnter angebauten Kartoffel stehen die Futterrüben, in den rauheren Landesgegenden die Kohlrüben, in den milderen auf guten Böden Zuckerrüben und Zichorien mehr oder weniger ausgedehnt im Anbau, obgleich die für erstere von den Zuckerfabriken bezahlten Preise in keinem Verhältnis zum heutigen Aufwand stehen. In den größeren Wirtschaften spielt sich der Hackfruchtbau unter Verwendung aller neuzeitlichen Hilfsmittel (Maschinen, Kunstdünger usw.) ab.

Während früher in den größeren Betrieben der Repsbau, in den kleineren die Kultur von Mohn, dann von Gespinstpflanzen nicht unbedeutend war, ist sie infolge der ausländischen Konkurrenz, der sinkenden Preise und der ungünstigeren Arbeiterverhältnisse immer mehr zurückgegangen, so z. B. von 1874 bis 1912:

Bei Reps und Rübsen	von 8293 ha	auf 963 ha	Bei Flachs	von 6077 ha	auf 443 ha
„ Mohn	„ 2599 „	„ 676 „	„ Hanf	„ 7333 „	„ 158 „

Dagegen ist die Einschränkung geringer oder eine Erweiterung zu bemerken bei:

Tabak	von 250 ha	auf 264 ha	Hopfen	von 5071 ha	auf 3280 ha
Zichorie	„ 819 „	„ 1375 „	Kopfstohl	„ ca. 2000 „	„ 4566 „

Tabak wird ausschließlich im Unterland, in den Bezirken Neckarfulm, Heilbronn, Vaihingen u. a., und zwar nur von den kleineren Landwirten kultiviert, auch der Zichorienbau beschränkt sich auf das Unterland, für Hopfen kommen die Bezirke Lettang, Rottenburg, Horb und die Umgebung von Weil der Stadt in Betracht, und will man zu den Handelspflanzen noch die Zuckerrüben rechnen, so hat sich ihr Anbau von 3814 auf 4271 ha ausgedehnt. Derselbe hat insofern eine besondere wirtschaftliche Bedeutung, als er durch die Notwendigkeit der Tieffkultur, starker Verwendung von Kunstdünger, sorgfältiger Unkrautbekämpfung zu sorgsamem Feldbau zwingt und nicht nur ein reines, sehr fruchtbares Feld hinterläßt, sondern auch das Gedeihen der Nachfrüchte befördert und noch den Vorteil gewährt,

daß bei der Ernte die Blätter und bei der Verarbeitung Futtermittel, wie Schnitzel und Melasse, und als Düngemittel Scheideschlamm zurückbleiben.

Hier wäre noch der Anbau von Korbweiden auf ca. 350 ha anzuführen, die Kultur von Arznei- und Gewürzpflanzen ist eine sehr beschränkte, dagegen hat sich der Feldgemüsebau ausgedehnt, auch der Anbau von gelben Rüben, Erbsen, Gurken usw. für Konservenfabriken erweiterte sich.

Eine nicht unwesentliche Ausdehnung hat der Feldfutterbau erfahren. Die Hauptrolle spielt der Kottlee, neben ihm wird in geeigneter Lage Luzerne und auf den Albböden Espar gebaut und außerdem Futtermais, Wicken und Senf.

Die Erträge, welche das Ackerfeld liefert, sind unter anderem in hohem Grad abhängig von der Jahreswitterung, weshalb man nur einen Durchschnittsertrag von etwa 10 Jahren als Maßstab anlegen kann. Die Erträge der letzten Jahrzehnte zeigen eine steigende Richtung, diese ist hauptsächlich zurückzuführen auf bessere Kultur, stärkere Düngung, besonders mit Kunstdünger,*) und Anbau ertragreicherer Sorten. Immerhin ist auffallend, daß die Ertragsziffern bei den meisten Früchten niedriger sind als diejenigen der Nachbarländer und des Deutschen Reichs. Es kann sein, daß dies teilweise von zu niedrigen Angaben der Einzelerträge herrührt, immerhin sollte dieser noch nicht ganz aufgeklärte Ertragsunterschied ein weiterer Ansporn zur Steigerung der Erträge sein.

Der Landesdurchschnittsertrag war in den nachstehenden Perioden folgender:**)

Früchte	Ertrag von 1 ha			Der Geldwert der Ernte betrug 1906			
	Mittel von 1878 bis 1887 dz	Mittel von 1898 bis 1907 dz	Zunahme des Ertrags dz	Früchte	Preis für 1 dz M	Erntewert M	%
Winterweizen .	13,4	15,9	2,5	Dinkel	19,28	35 792 780	8,21
Sommerweizen	12,0	13,6	1,6	Weizen	19,00	9 986 153	2,29
Dinkel (Kernen)	10,8	12,5	1,7	Roggen	17,60	9 694 379	2,22
Winterroggen .	11,8	14,2	2,4	Gerste	18,00	25 272 432	5,80
Sommerroggen .	9,3	10,4	1,1	Hafer	16,78	38 943 477	8,93
Sommergerste .	14,3	14,8	0,5	Mischfrucht	18,28	60 158 874	1,38
Hafer	12,2	14,2	2,0	Hülsenfrüchte . . .	18,27	1 508 073	0,35
Kartoffeln . . .	84,2	113,0	28,8	Körner, Summa	—	127 213 168	29,18
Futterrüben . .	266,6	276,2	9,6	Stroh	4,40	57 000 000	3,08
Hopfen	6,1	7,3	1,2	Getreide, Summa	—	184 213 168	42,26
Klee (Heu) . . .	50,0	54,5	4,5	Kartoffeln	6,36	55 786 772	12,81
Wiesen (Heu u. Ohmd)	41,7	48,7	7,0	Sonstige Hackfrüchte	1,39	13 410 178	3,07
				Handelspflanzen . .	—	9 384 653	2,14
				Futterpflanzen . . .	—	146 188 408	33,54
				Erntewert des Ackerbaues, Summa	—	413 983 197	94,97
				Hierzu: Obstbau	—	7 589 377	1,74
				„ Weinbau	—	1 774 180	0,41
				„ Gartenbau	—	12 548 060	2,88
				Gesamterntewert (ohne Wiesen, Obst und Wein)	—	435 894 796	100,00

*) Nr. 12.

**) Nr. 4, Jahrgang 1908, und Nr. 7.

Der gesamte Geldwert des dem landwirtschaftlichen Kulturboden Württembergs (ohne Wiesen und Weiden) abgerungenen Ertrages war in den Jahren 1878/80 283 230 300 *M*, im Jahre 1906 dagegen 435 894 796 *M*, also in letzterem um 152 664 496 *M* höher. Dieses Plus ist zurückzuführen auf die größere Anbaufläche und die höheren Erträge, nicht aber auf die höheren Preise, denn diese waren 1878/80 bei Getreide durchschnittlich für 1 dz um 3,17 *M* höher.

Das übliche Wirtschafts- und Ackerbausystem betreffend sei bemerkt, daß die verbesserte Dreifelderwirtschaft mit der Reihenfolge: 1. Winterfrucht, 2. Sommerfrucht, 3. Brachfrüchte (Klee, Kartoffeln, Rüben usw.) nebst den dazugehörenden Wiesen (ca. 3 : 1) das herrschende System ist. In den feuchten Gegenden findet sich eine Annäherung an die Egartenwirtschaft, die bis zur reinen Wiesen- und Weidewirtschaft geht, in fruchtbaren Landesgebieten kommen nicht selten Betriebe mit sehr starkem Hackfruchtbau oder Getreidebau vor, und zahlreiche Umläufe der Früchte auf dem Ackerfeld stellen Zwischenstufen von Felder- und Fruchtwechselwirtschaften oder auch freie Wirtschaften dar, welche sich überhaupt an keine feste Fruchtfolge binden.

II. Der Wiesenbau

Unter Angabe der Wiesenfläche ist schon Seite 923 darauf verwiesen worden, daß sie im Wachsen begriffen ist. Die Wiesen liegen vorwiegend in den engeren und weiteren Fluß- und Bachtälern, überhaupt in den feuchteren Lagen und sind dort — besonders wo sie zur Bewässerung gerichtet sind — drei- bis zweimähdig, auf den trockeneren Höhen nur einmähdig und liefern dann noch eine Nachweide. Die Düngung erfolgt teils mit Stallmist und Gülle, teils mit Kalisalz und Thomasmehl. Besonders durch die Kunstdüngung und auch durch die Bewässerung sind die Erträge von 1878—1906*) von 41,7 auf 54,96 dz gestiegen. Rechnet man für 1 dz Wiesenheu und Öhmd nur 4 *M*, so betrug der Geldwert der Ernte von 1 ha im Jahr 1906 64 719 028 *M*.**)

III. Die Weiden

Sie sind teils ständige, teils Wechsel-, teils zufällige Weiden. Die ersteren sind die natürlichen Weideflächen, wie sie sich auf der Schwäbischen Alb an Hängen des Muschelkalkes oder anderer Gebirgszüge und hügeligen Geländes überhaupt finden, sie sind vorwiegend Schafweiden, auch die Weiden des Allgäus, des Schwarzwaldes, der Gesteüte, Fohlen- und Jungviehweiden zählen hierher. Wenig ausgedehnt sind die Wechselweiden des Waldlandes, die zufälligen Weiden bieten Stoppel-, Brach-, Klee- und Rübenfelder, also

*) Nr. 2, S. 238.

**) Nr. 3, 2. Heft, S. 171.

zeitweilige Weideflächen des Ackerlandes. Die Fläche der ständigen Weiden ist infolge Umbruchs, Umwandlung in Wiese oder Aufforstung unter Einfluß der abnehmenden Rentabilität der Schafhaltung von 65 812 ha im Jahr 1880 auf 52 935 ha im Jahr 1906 zurückgegangen. Die Erträge der ständigen natürlichen Weiden sind meist gering, es wird für die nächste Zeit eine dankbare Aufgabe sein, sie durch Verwendung von Kunstdünger zu größerer Fruchtbarkeit zu bringen, um der wieder ausblühenden Schafhaltung das nötige Weidefutter zu bieten. Der Geldertrag der ständigen Weiden kann, zu 15 M pro Hektar gerechnet, für 1906 mit 794 025 M angenommen werden.

IV. Der Obstbau

Derselbe wird überall in Württemberg betrieben. Ein gewisser Zwang, mit welchem frühere Fürsten den Obstbau einführten, zeigt jetzt seine wohlthätigen Folgen. Obstbäume finden sich in fast zu zahlreichen Sorten als Hochstämme längs der Straßen, in regelmäßigen Beständen auf Baumäckern, Wiesen und Weiden oder einzeln stehend, ferner als Halbhochstämme oder als Spalierbäume in Gärten. Im Jahre 1912 ergab die Zählung der Obstbäume folgende Anzahl ertragsfähiger Bäume mit dem ermittelten Ertrag und Geldwert derselben. *)

Kreis	Apfelbäume			Birnbäume			Geldwert der Obsternte 1912 M
	Anzahl	Ertrag dz	Wert M	Anzahl	Ertrag dz	Wert M	
Neckarkreis	1603744	436946	3281896	605607	129753	771971	4053867
Schwarzwaldkreis	1054570	127572	980901	461745	85639	536526	1517427
Jagstkreis	1049803	225529	1636312	487441	125802	629317	2265629
Donautkreis	1360927	277013	1952712	479345	152379	760413	2713125
Württemberg	5069044	1067060	7851821	2034138	493573	2698227	10550048

Kreis	Pflaumen und Zwetschgen			Kirschen			Geldwert der Obsternte 1912 M
	Anzahl	Ertrag dz	Wert M	Anzahl	Ertrag dz	Wert M	
Neckarkreis	510016	4254	44861	145686	1188	41958	86819
Schwarzwaldkreis	444805	6640	71281	97640	867	21492	92773
Jagstkreis	482672	14030	98797	57237	404	10310	109107
Donautkreis	302825	5507	65628	65616	1655	43209	108837
Württemberg	1740318	30431	280567	366179	4114	116969	397536

Der Geldwert des in den einzelnen Jahren schwankenden Obstertrags betrug im Mittel des Jahres 1878/87 6 432 638 M, 1898/1907 7 105 492 M.

Die Zahl der Obstbäume ist im Steigen begriffen; im Jahr 1900 kamen 557 auf 1 qkm gegen 311 im Deutschen Reich, auch die Erträge sind höhere geworden, wesentlich mit auch durch die seitens der kgl. Zentralstelle für die Landwirtschaft dem Obstbau zuteil werdende Förderung, durch die

*) Nr. 3, Jahrgang 1914, 1. Heft.

sehr rege Tätigkeit des Württembergischen Obstbauvereins, durch Kurse, Prämiiierungen, durch die Ausbildung und Verwendung von Baumwarten, endlich durch bessere Pflege und Düngung der Obstbäume. Da die ländliche und Arbeiterbevölkerung sehr an den Genuß von Obstmost gewöhnt ist, fand seither in obstarmen Jahren eine bedeutende Einfuhr von Mostobst statt, und zwar besonders aus Frankreich, Österreich und der Schweiz mit einem Werte, der in einzelnen Jahren bis an den Wert des mittleren Landesertrags ging. Im übrigen wird für gewöhnlich viel Obst im Haushalt verwendet, anderes gedörrt und Tafelobst zum Verkauf gebracht. Eine gute Einrichtung ist die vom Obstbauverein geschaffene und staatlich unterstützte Zentralvermittlungsstelle für Obstverwertung.

V. Der Weinbau

Den Ansprüchen des Weinstocks entsprechend beschränkt sich der in Württemberg seit 1000 Jahren heimische Weinbau auf die folgenden mittleren Landesgegenden: Neckar-, Rems- und Enztal, ferner Zabergäu, Roher- und Jagsttal, Taubergrund und Bodenseegegend. Die Weinbergfläche ist von 1827 bis 1907 um 5136 ha oder 19,7% zurückgegangen, sie betrug im Jahr 1912 19 597 ha = etwa 14% der Weinbaufläche Deutschlands. Die Weinberge sind teils Eigentum der Krone und des ritterschaftlichen Adels, überwiegend aber sind sie im Besitz von Berufsweingärtnern oder von Landwirten, welche nebenher Weinbau treiben. Auf einen Weingärtner entfällt nur eine Fläche von 0,36 ha, bei den letzteren steht die Weinbergfläche in verschiedenem Verhältnis zur Betriebsfläche. Bei der Unsicherheit der Erträge erscheinen die kleineren Betriebe ökonomisch gefährdet, wenn nur Weinbau getrieben wird, bei den weinbauenden Landwirten dagegen wird ein Weinmischjahr durch den Ertrag des Feldbaues und der Milchwirtschaft eher ausgeglichen und leichter ertragen. Die Weinberge, welche vorwiegend an Steilhängen liegen, werden mit großem Fleiß bewirtschaftet, aber leider mit recht wechselndem Erfolg, was schon daraus hervorgeht, daß der Wert des Landesweinertrages im Jahr 1904 20 308 627 M., 1912 4 946 903 M., *) dagegen 1906 nur 1 774 180 M. betrug. Der Durchschnitt von 1827 bis 1912 rechnet sich mit 9 141 821 M. *)

Die Ursachen der großen Ertragschwankungen liegen in der Jahreswitterung, in dem Auftreten von Pflanzentränkheiten (*Peronospora* und *Oidium*), von tierischen Feinden (Heu- und Sauerwurm, Rebschildlaus usw.), besonders ist von solchen zu nennen die Reblaus, deren Bekämpfung reichsgesetzlich geregelt ist. In den Erträgen stehen die württembergischen Weinberge denjenigen anderer deutscher Länder nach, dagegen findet ein gewisser Ausgleich statt durch die höheren Preise der in der Regel schon in der Kelter verkauften Weine.

*) Nr. 3, Jahrgang 1914, 1. Heft.

Der Weinbau findet von jeher eine staatliche Förderung durch mancherlei Einrichtungen, wie die Weinbauschule und Versuchstation in Weinsberg, die Nebveredlungsanstalt in Offenau, Aufstellung von Sachverständigen, außerdem besonders in Mißjahren Steuernachlaß und Beiträge aller Art, dann ist die Tätigkeit des Weinbauvereins eine sehr rege, während die Weingärtnergenossenschaften sowohl die Beschaffung von Bedarfsartikeln besorgen als auch für Verbesserung der Keltern und damit des Weines selbst und seinen Verkauf bemüht sind.

VI. Die Tierhaltung

Sie ist in Württemberg sehr ausgedehnt. Die Zählung vom 2. Dezember 1912 ergab: *)

	Anzahl	Geldwert M.		Anzahl	Geldwert M.
Pferde	116 115	85 736 900	Schweine . . .	482 221	35 029 200
Esel	219	47 000	Ziegen	112 142	3 565 200
Rindvieh	1 068 612	376 437 500	Geflügel	3 250 962	Nicht ermittelt
Schafe	214 080	7 831 200	Bienenstöcke . .	166 319	Besgl.

Der Geldwert dieses Tierbestandes betrug rund 508,6 Millionen Mark.

1. Die Pferdeezucht

Sie wird betrieben zur Deckung des landwirtschaftlichen, militärischen und Fuhrwerksbedarfs sowie für den Handel. Man kann nicht sagen, daß Württemberg ein für den Betrieb lohnender Pferdeezucht besonders geeignetes Land sei, dazu ist der Boden zu teuer und zu zerstückelt, für die Landwirtschaft kann sie nur als Hauspferdeezucht in Betracht kommen, eigentliche Gestütsbetriebe sind nur das Rgl. Privatgestüt Weil-Scharnhausen und das Rgl. Landgestüt. Mit Rücksicht auf die militärischen Bedürfnisse hat man seit Jahrzehnten das Zuchtziel des Artilleriestangenpferdes verfolgt und die Zucht unter Benützung der vom Rgl. Landgestüt aufgestellten Hengste besonders in Oberschwaben, einem Teil der Schwäbischen Alb sowie einigen weiteren Landesgebieten ausgedehnter betrieben. Die Grundlage der ganzen Zucht bildet das Stammgestüt in Marbach mit ca. 70 Stuten und der Nachzucht sowie ca. 130 Landbeschälern. Da es den Züchtern oft schwerfällt, den Fohlen den nötigen Weidegang im eigenen Betrieb zu ermöglichen, haben Pferdeezucht- und landwirtschaftliche Vereine 14 Rostfohlenweiden, welche ständig staatlich unterstützt werden, eingerichtet, auf welchen 1907 474 Fohlen liefen. Eine zweite Einrichtung ist die seit 1897 bestehende, mit dem Landgestüt verbundene Fohlenaufzuchtanstalt, welche jährlich von den Züchtern 90 Fohlen aufkauft, ihnen später die von den dreijährigen Stuten zur Zucht tauglichen wieder zugänglich macht und die übrigen an das Remontedepot verkauft.

*) Nr. 3, Jahrgang 1913, 3. Heft.

In neuerer Zeit hat sich eine zweite Zuchtrichtung geltend gemacht, nämlich die Zucht des Kaltblüters in Gestalt des rheinisch-belgischen Pferdes bzw. Ardenners. Die mit Staatsunterstützung angekauften Hengste und Stuten sind teils im Vereins-, teils im Privatbesitz, die Züchtervereinigungen haben sich zu einem Verband zusammengeschlossen, die Kaltblutucht ist in Zunahme begriffen.

Außer durch die weitgehende staatliche Unterstützung wird die Pferdezucht durch Vereinstätigkeit gefördert. Für die Halbblutucht arbeiten der Württembergische, Oberschwäbische und Fränkische Pferdezuchtverein, für die Kaltblutucht der obengenannte Verband. Der erstgenannte, mit größeren Mitteln arbeitende Verein unterstützt die Züchter durch Beschaffung von Zuchtstuten, Beiträge, Rörung, Prämien und Belehrung unter Verwendung eines staatlich angestellten Pferdezuchtinspektors, der übrigens auch für die Kaltblutucht tätig ist.

2. Die Rindviehhaltung.

Sie steht bei der Tierhaltung in Württemberg obenan, sowohl was die Stückzahl als die Verteilung, den Geldwert und die wirtschaftliche Bedeutung anlangt. Den stärksten Viehbestand im Verhältnis zur landwirtschaftlich benützten Fläche wies 1907 von allen deutschen Staaten Württemberg auf. Im Lande selbst ist der Donaukreis der viehreichste, im übrigen verteilt sich der Viehstand weit überwiegend auf die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe. Die Statistik*) betreffend die Viehzählung vom 2. Dezember 1912 ergibt einen Gesamtviehbestand von 1 068 612 Stück, welcher sich aus 425 427 Tieren unter zwei Jahren und 630 452 Tieren von zwei Jahren und darüber zusammensetzt. Unter den letzteren waren 578 443 Rühе, 7392 Zuchtfarren und 57 350 Stiere und Ochsen; die Zahl der im Vorjahr geborenen Kälber war 389 809. Schwankungen in der Größe des Viehstandes wurden besonders nach den futterarmen Jahren 1893 und 1911 beobachtet, im allgemeinen aber nahm der Viehstand in den letzten Jahrzehnten nicht nur der Zahl nach zu, sondern auch in Formen und Gewicht, in der Wüchsigkeit, in der Nutzbarkeit, besonders auch im Milchertrag, und damit im Zucht- und Nutzwert. Der Wert des Rindviehbestandes wurde 1912 mit 376 437 500 M (der des ganzen Tierbestandes mit 508 647 000 M) ermittelt, was gegenüber dem Wert im Jahre 1900 mit rund 215,5 Millionen Mark einen großen Fortschritt bedeutet. Sehr bezeichnend ist ferner, daß rund drei Viertel des Rindviehbestandes auf die Betriebsgrößen von 2 bis 20 ha, also auf Bauernwirtschaften entfällt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Betriebe sind so gestaltet, daß sich die Nutzung zweckmäßigerweise einmal auf die eigentliche Zucht und Aufzucht der jungen Tiere, zugleich aber auch auf Milchgewinnung, ferner in ausgedehntem Maß auf die Verwendung von Rühеn zum Zug bezieht und auch die gelegentliche oder ständige Mast von Vieh Platz greift. So

*) Nr. 3, Jahrgang 1913, 3. Heft.

ergibt sich denn ganz von selbst, daß für die württembergischen Verhältnisse eine Viehrasse sich am besten eignet, welche die verschiedenen Nutzungszwecke soweit möglich in sich vereinigt, was am meisten beim Simmentaler Vieh und seinen Kreuzungen mit Landvieh zutrifft. Von den Landschlägen ist der Alb- und Tedschlag in der Kreuzung mit Simmentalern aufgegangen, der Limpurger Schlag ist noch in der Gegend von Smünd und Alen rein erhalten, ebenso der Allgäuer in Oberschwaben. Der Triesdorfer Schlag ist verschwunden, dagegen besteht noch der Rosensteiner Schlag, eine Züchtung König Wilhelms I., bei welcher Holländer, Limpurger-, Allgäuer-, Alderney- und Zebublut verwendet wurde. Weit überwiegend ist das Simmentaler- oder Fleckvieh und seine Kreuzungen, bei dessen Zucht in neuerer Zeit mehr auf Milchergiebigkeit als großes Körpergewicht gesehen wird.

Über die Körpermaße und Leistungen der württembergischen Viehschläge siehe Quellen Nr. 10 und 11.

Die bedeutenden Fortschritte, welche die Rindviehzucht in den letzten Jahrzehnten gemacht hat, sind wesentlich zurückzuführen auf die vielseitige und nachhaltige staatliche Fürsorge, auf die steigenden Viehpreise und das unter anderem auch durch die Bezirksviehprämierungen und Landesfairs geförderte Verständnis für richtige Ernährung und Aufzucht wie für Beurteilung von Körperformen und Nutzungseigenschaften. Die staatlichen Maßnahmen beziehen sich einmal auf Verbesserung der Zucht durch das Farrenhaltungsgesetz vom 24. Mai 1897, welches an Stelle desjenigen vom 16. Juni 1882 trat, ferner auf Verwilligung von Staatsbeiträgen zur Einrichtung von Gemeindefarrenhaltungen und Anschaffung guter Zuchtfarren. Bedeutende Beträge wurden in Form von Prämien bei den Bezirks- und Landesviehschauen verteilt, und mit der Entwicklung des Zuchtgenossenschaftswesens und Schaffung von Zuchtverbänden sind die Staatsbeiträge vorwiegend für diese verwendet worden. Zuchtinspektoren und Geschäftsführer wirken belehrend und anregend, leiten die Auswahl und Rörung der Zuchttiere, die Bildung von Genossenschaften, die Führung der Herdbücher und die Zusammenfassung ersterer zu Verbänden. So bestehen jetzt zwei Verbände von Genossenschaften für das Fleckvieh und je einer für Limpurger und Allgäuer Vieh. Außerdem wirken einige zwanzig Vereins- und Genossenschaftsweiden, welche wesentliche Gründungs- und Betriebsbeiträge erhalten, sehr günstig auf die Aufzucht. Die Einrichtung von Rindviehkontrollvereinen sind die Vornahme von Probemelkungen ist im Werk. Weide- und Melkkurse und ebenfalls im Gang.

In engem Zusammenhang mit der Rindviehzucht steht die Milchwirtschaft.*) Die bei der Viehhaltung gewonnene Milch findet Verwendung bei der Kälberaufzucht, im eigenen landwirtschaftlichen Haushalt (2,7 Millionen Hektoliter), für die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung (2,3 Millionen

*) Nr. 3, Jahrgang 1907, 2. Heft, und Nr. 16.

Hektoliter), durch Verarbeitung im eigenen landwirtschaftlichen Betrieb (1 Million Hektoliter) und durch eine solche in genossenschaftlichen und gewerblichen Molkereien (3 Millionen Hektoliter). Die Gesamtmenge der erzeugten Milch ist zirka 9 Millionen Hektoliter mit dem nieder gerechneten Wert von 13,5 Pf. pro Liter = 121,5 Millionen Mark.

Den Bedarf der Städte an Frischmilch befriedigen die in ihrer Nähe befindlichen Abmelkwirtschaften, dann die kleineren Milcherzeuger der Umgebung, mit Benutzung der Bahn die größeren entfernten Betriebe sowie die Milchverkaufsgenossenschaften. Mit dem Wachsen der städtischen Bevölkerung erweitert sich das Bezugsgebiet, zumal die Abmelkwirtschaften sich vielfach in viehschwache Betriebe verwandeln. Zahlreiche Molkereigenossenschaften (339) verarbeiten die im Haushalt übrige Milch auf Butter unter Rückgabe der für die Haltung von Kälbern und Schweinen wichtigen Magermilch, die größeren gewerblichen Molkereien des Allgäus auf Käse und auch auf Butter. Im Jahre 1907 stellten die „Vereinigten Käsereien des württembergischen Allgäus“ aus 26 241 hl Milch 4348 Zentner Käse und 591 Zentner Butter im Gesamtwert von 377 Millionen Mark her. Die dabei abfallenden Molken usw. werden durch Schweinemast verwertet. — Die Gesamtproduktion im Jahr beträgt ca. 135 000 dz Butter und 130 000 dz Käse im Wert von zusammen 40 Millionen Mark.

Der Viehhandel in den Stallungen, auf den Märkten und im Umherziehen ist ein ziemlich ausgedehnter. Neuere Erscheinungen bestehen in Viehverwertungsgenossenschaften, Veröffentlichung erzielter Preise im landwirtschaftlichen Wochenblatt und Zunahme des Handels nach Lebendgewicht auch bei Großvieh. Die Mehrausfuhr Württembergs an Vieh schwankt zwischen 50 000 und 70 000 Stück im Jahr.

3. Die Schweinehaltung

Sie wird weniger ausgedehnt betrieben als die Rindviehhaltung, auch sind die Schwankungen des Bestandes in den einzelnen Jahren größer. So betrug die Zahl der Schweine 1892: 394 616, im Jahr 1904: 549 744, dagegen 1912 nur 482 221 Stück. Im Gegensatz zur Viehhaltung besteht bei der Schweinehaltung eine Mehreinfuhr besonders in Form von Läufern. Sie betrug jährlich 1892—1896: 23 712 Stück, dagegen 1912: 194 728 Stück. In den kleineren Betrieben herrscht die Zucht, in den größeren die Mast vor. Die alten Landschläge, wie der Schwäbisch-Hällische, der Weilderstädter und Filderschlag, sind fast ganz verschwunden, vorherrschend wird jetzt das veredelte Landschwein und vereinzelt das deutsche Edelschwein gezüchtet, für letzteres besteht eine, für ersteres sechs Zuchtstationen.

Die staatlichen Maßnahmen zur Hebung der Schweinezucht beziehen sich auf Beiträge zur Verbesserung von Stallbauten, auf Verwilligung solcher an landwirtschaftliche Vereine zur Prämiiierung von Ebern, ferner

an Erhaltungsgenossenschaften und Schweinezuchtstationen, auch die Überlassung des Impfstoffs für Rotlaufimpfung zu ermäßigtem Preise hat gut gewirkt. Sehr günstig wirkt das neue Erhaltungsgesetz.

4. Die Schafhaltung

Dieselbe war früher sehr ausgedehnt (1865 703 656 Stück gegen 1912 mit 214081 Stück). Die Ursachen dieses Rückgangs sind zu suchen in der Einschränkung des Weidelandes, dem Anbau des Brachfeldes, Ablösung der Weiderechte, dem Sinken der Wollpreise, dem Unterbinden des Hammelhandels nach Frankreich und dem Steigen der Milch- und Fleischpreise. Weit vorwiegend ist die Zucht des heimischen Bastardschafes. Die Schafhalter besitzen — abgesehen von größeren Gütern — meist keine eigenen Weiden, sondern pachten solche für den Winter in den mildereren, für den Sommer in den rauheren Gegenden und werden so zu Wanderschäfern. Die Ausfuhr von Schafen ist gering, die auf den Wollmärkten umgesetzte Wollmenge betrug 1907 4900 dz à 276 M.

Die staatlichen Maßnahmen zur Förderung der Schafzucht bestehen in der jährlichen Prämiiierung von Böcken und bei der Landesstaffschau auch von Muttertieren. Bemerkenswert ist auch die Bildung eines Schäfervereins und die Zusammenstellung einer Auslese bester Muttertiere aus mehreren guten Herden zu einer Stammutterherde, welche unter Benutzung zweier ausgezeichnete Böcke besonders gutes Zuchtmaterial liefern soll.

5. Die Ziegenzucht

Die Zahl der Ziegen, welche als Milchtiere für den kleinen Mann, den Tagelöhner und Fabrikarbeiter eine immer größere Bedeutung erlangen, hat sich von 70305 im Jahr 1883 auf 112 142 im Jahr 1912 erhöht. Gehalten werden besonders die Schwarzwälder-, die Saanen- und die Toggenburger Ziege. Die zu einem Landesverband zusammengeschlossenen Ziegenzuchtvereine, auch einsichtsvolle Industrielle tun mit Unterstützung der Rgl. Zentralstelle für die Landwirtschaft manches zur Förderung der Ziegenzucht, die jüngst angestellten Leistungsprüfungen bezeugen die Nützlichkeit dieses Haustiers. *)

6. Die Geflügelzucht

Erst in den letzten Jahrzehnten hat man der vielfach vernachlässigten oder sportlich behandelten Geflügelzucht mehr Aufmerksamkeit geschenkt, was in Anbetracht der starken Einfuhr von Eiern und Geflügel nur zu begrüßen ist. Besonders die Geflügelzuchtvereine und der Landesverband derselben haben mit unter Benutzung staatlicher Mittel die Hebung der Geflügelzucht mit Erfolg gefördert durch Errichtung von Zuchtstationen nach festgelegtem Zuchtziel, durch Bezirks- und Landesausstellungen, durch Belehrung, Vermittlung von Bruteiern, Zucht nach Leistung und durch Ein-

*) Nr. 10.

richtung von Eierverkaufsgenossenschaften. Gehalten und verbreitet werden besonders die anerkannten Rassen: von Hühnern die rebhuhnfarbigen, weißen und gelben Italiener und die schwarzen Minorca, von Gänsen die Italiener und Emdener, von Enten die indische Lauf- und die Pekingente. Im Jahr wurden 2 912 920 Hühner, 193 685 Gänse und 140 529 Enten gezüchtet.

7. Die Kaninchenzucht

Dieselbe wird unter Benützung verschiedener Rassen von vielen kleinen Züchtern mit Erfolg betrieben. Es hat sich besonders der „Bund württembergischer Kaninchenzuchtvereine und Einzelzüchter“ die Hebung dieser Zucht seither angelegen sein lassen und erfreut sich auch der Förderung seiner Zwecke durch Staatsbeiträge.

8. Die Bienenzucht

Bei dem ausgedehnten Wiesen-, Klee- und Obstbau, den ausgedehnten Waldungen und zahlreichen Lindenbäumen sowie einer Honig spendenden Unkraut- und anderen Flora ist es erklärlich, daß die Bienenzucht in Württemberg als Nebenbeschäftigung und gelegentliche Erwerbsquelle ziemlich ausgedehnt betrieben wird. Im Jahr 1813 waren es 38 210, im Jahr 1912 dagegen 166 319 Stöcke, und zwar vorwiegend solche mit beweglichen Waben. Die Honigerträge sind freilich sehr von der Witterung abhängig und deshalb wechselnd, der Landesertrag wurde 1900 zu 1 057 974 kg, im Jahr 1912 nur zu 164 800 kg geschätzt. Wesentliche Fortschritte wurden von hervorragenden Bienenzüchtern wie Dzierzon und von Berlepsch gemacht, Belehrung, Musterbienenstände, Kurse und entsprechende Literatur sorgen für die Fortbildung der Imker, welche in dem 1880 geschaffenen Landesverein für Bienenzucht einen Zusammenschluß gefunden haben. Derselbe wird durch die Rgl. Zentralstelle für die Landwirtschaft durch obige Einrichtungen sowie durch Staatsbeiträge unterstützt.

D. Die Landwirtschaftspflege

Allerdings sind die württembergischen Landwirte als selbständige Unternehmer in erster Linie auf sich selbst gestellt, das gemeinsame Interesse verbindet sie auch zu gemeinsamer genossenschaftlicher und Vereinstätigkeit, aber es gibt Aufgaben, welche über die Kräfte des einzelnen und der Vereinigung hinausgehen, Aufgaben, welche sich auf die Hebung des ganzen Standes, den Schutz, die Förderung und Sicherung des landwirtschaftlichen Gewerbes und die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion beziehen, die nur durch die Staatsregierung, ihre Organe und Mittel gelöst werden können. Und in der Tat durfte die Landwirtschaft sich der weitgehenden Fürsorge der württembergischen Könige wie der Rgl. Staatsregierung von jeher erfreuen, und heute quittiert sie durch reichliche Lieferung von Volksnahrungsmitteln für die ihr gewordene andauernde Unterstützung und Förderung.

An der Spitze der für die Landwirtschaft tätigen Regierungsorgane steht die dem Rgl. Ministerium des Innern und für Schulsachen auch dem Rgl. Ministerium für Kirchen- und Schulwesen unterstellte Rgl. Zentralstelle für die Landwirtschaft, welcher sowohl die Förderung der Landwirtschaft als auch die Vertretung des Landwirtschaftlichen Vereins obliegt. Sie hat zu diesem Zweck ihren Vorstand, ihre ständigen Beamten und Sachverständigen, einen Verwaltungsausschuß, ein zum Teil von den Gauverbänden gewähltes Gesamtkollegium und endlich ein eigenes Organ in dem „Württembergischen Wochenblatt für Landwirtschaft“, dessen Redakteur auch den landwirtschaftlichen Kalender zu besorgen hat. Neueren Datums ist die landwirtschaftliche Buchstelle. Im nachstehenden soll kurz auf die vielseitige Tätigkeit der Rgl. Zentralstelle, ihre Einrichtungen und Leistungen verwiesen werden.

I. Das Unterrichts- und Versuchswesen*)

In dem Abschnitt „Landwirtschaftliche Hochschule“ ist diese samt den Instituten sowie Acker- und Gartenbauschule in Hohenheim behandelt. Der Rgl. Zentralstelle sind unterstellt: Die Ackerbauschulen in Kirchberg, Ellwangen und Ochsenhausen, praktisch-theoretische Schulen, hauptsächlich für Bauernsöhne bestimmt, mit zweijährigem Kurs. Die Weinbauschule in Weinsberg mit demselben Charakter und der gleichen Kursdauer, besonders für Weingärtneröhne bestimmt. Die 9 landwirtschaftlichen Winterschulen für Bauernsöhne, der Unterricht wird in zwei Wintern erteilt, außerdem sorgen landwirtschaftliche Fortbildungsschulen für Belehrung und Haushaltungsschulen erhalten Beiträge, ferner dienen außer ihnen die Wanderkochkurse zur Fortbildung der Landmädchen. Eine ganze Reihe von periodischen Kursen findet statt:**) Kurse über Obstbau und Obstverwertung, über Weinbau, Weingärung und Unterjuchung, Kurse über Bienenzucht, Fischzucht, auch werden Molkerei- und Käseerei- sowie Melk- und Weidekurse und solche über Hufbeschlag und landwirtschaftliches Maschinenwesen abgehalten. Bei der Abhaltung dieser meist gut besuchten Kurse leisten die verschiedenen landwirtschaftlichen Sachverständigen, besonders auch von Hohenheim, sehr wertvolle Dienste.

Hier darf wohl auch der vielseitigen, erfolgreichen Tätigkeit der Vorstände der Ackerbauschulen, der Landwirtschaftsinspektoren und Landwirtschaftslehrer und Tierzuchtinspektoren gedacht werden, welche sie sowohl im Vereinswesen, als bei besonderen Aufgaben und im persönlichen Verkehr mit den Landwirten entfalten. Ohne sie wäre auch die systematische Durchführung von zahlreichen Düngungsversuchen***) und Ermittlungen aller Art nicht möglich gewesen.

*) Nr. 13.

**) Nr. 2, S. 101 u. f. und 134.

***) Nr. 12.

II. Das Meliorationswesen

bezieht sich hauptsächlich auf die Regelung der Wasserverhältnisse sowohl im Boden selbst als bei offenen Wasserläufen, also kommt in Betracht die Ent- und Bewässerung des Bodens, Bachkorrektur, Moorkultur und Aufforstung von Steilhängen. Die erste Anstellung eines Kulturingenieurs im Jahr 1873, eines zweiten 1890 führte beim Wachsen der Geschäfte, besonders durch das neue Wasserrechtsgesetz, im Jahr 1903 zur Einrichtung von 4 Kreiskulturinspektionen und der Anstellung von weiteren Kulturingenieuren und einer Anzahl von Kulturaufscheidern. Vom Jahr 1881 bis 1906*) sind 3908 ha drainiert worden, wozu 1913 ha Wiesenentwässerungen kommen und 419 ha Wiesen bewässerbar gemacht wurden. Die gegenwärtig im Gang befindliche systematische Durchforschung des Moorgebietes in Oberschwaben wird, in Verbindung mit dem verabschiedeten Moorgenossenschaftsgesetz vom 4. August 1915, die weitere Verbesserung und Ausnützung dieser Fläche fördern.

III. Das Feldbereinigungswesen**)

Dasselbe spielt bei der noch auf vielen Markungen herrschenden weitgehenden Parzellierung, der Gemengelage der Grundstücke, den vielfachen Mißformen der Grundstücke, dem oft mangelhaften Wasserablauf, dem Mangel an ständigen Wegen und dem herrschenden Flurzwang und Trepprecht eine wichtige Rolle. Zur Beseitigung dieser Übelstände braucht man ein wirksames Gesetz und eine Vereinigungsbehörde. Das erstere erhielt man im Gesetz von 1886, die Behörde ist die Rgl. Zentralstelle für die Landwirtschaft mit ihrer Abteilung für Feldbereinigungswesen. Die ausführenden Organe sind die Oberämter, die Kulturinspektionen, die Vereinigungsfeldmesser, Revisionsgeometer und die Vollzugskommissionen. Von 1886 bis 1911 sind im Lande in 663 Gemeinden 843 Unternehmen mit der Gesamtfläche von 111 343 ha, welche im Besitz von 129 268 Beteiligten waren, mit einem Aufwand in den einzelnen Kreisen von 86 bis 107 M für 1 ha durchgeführt worden.

IV. Das landwirtschaftliche Bauwesen

Da dasselbe in mancher Hinsicht zu wünschen übrig läßt, wurde 1904 ein Sachverständiger für landwirtschaftliches Bauwesen angestellt, der die Landwirte in Bausachen zu beraten hat.

V. Das landwirtschaftliche Maschinenwesen

hat unter dem Einfluß der ungünstigen Arbeiterverhältnisse und der Forderungen des intensiveren Betriebes eine bedeutende Ausdehnung erfahren.***)

*) Nr. 2, S. 134.

**) Nr. 17.

***) Nr. 5, Jahrgang 1908/09, S. 105.

Da die Beschaffung und Verwendung der Maschinen mancherlei Schwierigkeit bietet, so ist der Professor für Maschinentechnik in Hohenheim als Sachverständiger und Berater tätig, außerdem werden von ihm Kurse und Vorträge abgehalten. Ungemein rasch hat sich die Benützung des elektrischen Stromes für Beleuchtung und Kraftbetrieb eingeführt,*) es ist dadurch bis in die kleinen Betriebe hinein eine wesentliche Erleichterung, Vereinfachung und Verbilligung zustande gekommen.

VI. Das landwirtschaftliche Versicherungswesen

Es wird auf den Abschnitt Privatversicherungswesen verwiesen, nur möge hier erwähnt werden, daß durch staatliche Maßnahmen sowohl das Hagel- als auch das Viehversicherungswesen eine fortgesetzte kräftige Unterstützung erfährt.

VII. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen

Es ist für die württembergische Landwirtschaft von hervorragender Bedeutung, die Entwicklung desselben ist eine hochehrfreuliche. Die Behandlung desselben ist für den Abschnitt „Bankwesen“ vorbehalten worden.

VIII. Das Vereinswesen und die landwirtschaftliche Interessenvertretung

Zur „Förderung des ökonomischen Wohlstandes“ ist von König Wilhelm I. im Jahre 1817/18 der Landwirtschaftliche Verein in dem Sinn gegründet worden, daß oberamtweise die Bezirksvereine sich bilden und ihre Spitze in der „Zentralstelle des Landwirtschaftlichen Vereins“ finden sollten. Nach ihrer 1848 erfolgten Umwandlung in ein Landeskollegium unter dem Namen „Zentralstelle für die Landwirtschaft“ und der vorübergehenden Bestellung von Kreisvertretern kam nach wiederholter Anregung durch die Wanderversammlungen württembergischer Landwirte 1877 ein Statut des Landwirtschaftlichen Vereins zustande, nach welchem unter anderem die 64 Bezirksvereine sich zu 12 Gauverbänden zusammenschließen, welche durch 12 gewählte Vertreter Sitz und Stimme im Gesamtkollegium der Zentralstelle erhalten. Die landwirtschaftlichen Bezirksvereine erheben gegen Lieferung des Landwirtschaftlichen Wochenblattes einen Jahresbeitrag von 2 M und erhalten einen Staatsbeitrag, die Gauverbände sind auf die Beiträge à 50 M der Bezirksvereine und von Staatsbeiträgen für besondere Unternehmungen angewiesen. Im Deutschen Landwirtschaftsrat ist der Landwirtschaftliche Verein durch 5 Abgeordnete vertreten. Die Frage der Errichtung einer Landwirtschaftskammer ist noch in der Schwebe, doch besteht die Aussicht, daß eine solche wie in anderen deutschen Staaten in Bälde zustande kommen wird.

*) Nr. 14.

Quellen:

- Nr. 1. Rgl. Statistisches Landesamt, Das Königreich Württemberg, 1904, 3 Bände.
 „ 2. Rgl. Zentralstelle für die Landwirtschaft, Die Landwirtschaft und die Landwirtschafts-
 pflege in Württemberg, Denkschrift 1908.
 „ 3. Rgl. Statistisches Landesamt, Württemb. Jahrbücher für Statistik und Landeskunde.
 „ 4. Dasf., Mitteilungen 1908.
 „ 5. Dasf., Statistisches Handbuch.
 „ 6. Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft, Jahrbuch 1898 und 1908.
 „ 7. Hydrographisches Bureau der Rgl. Ministerialabteilung für Straßen- und Wasserbau,
 Hydrographische Durchlässigkeitskarte 1891.
 „ 8. Hans Freih. von O w - W a c h e n d o r f, Die Familien-Fideikomnisse in Württemberg.
 „ 9. Rgl. Zentralstelle für die Landwirtschaft, Ergebnisse der Erhebungen über die Lage
 der bäuerlichen Landwirtschaft 1884/85.
 „ 10. Im Auftrag derselben bearbeitet von Landw.-Inspektor S t r ö b e l e, Ergebnisse der
 Milchleistungsprüfungen, 1912.
 „ 11. Im Auftrag derselben bearbeitet von Ökonomierat S c h m i d b e r g e r, Untersuchungen
 über die Körpermaße der drei württembergischen Viehschläge, 1915.
 „ 12. Im Auftrag derselben bearbeitet von Landw.-Lehrer G i l d, Ergebnisse der 1911/13
 durchgeführten Düngungsversuche, 1914.
 „ 13. Dr. P a u l u s, Das landwirtschaftliche Unterrichtswesen in Württemberg, 1907.
 „ 14. F o r s t r e u t e r, Die Bedeutung der Elektrizität in der Landwirtschaft, 1911.
 „ 15. S i e g l i n, Prof. Dr., Die Rinderzucht in Württemberg, 1887.
 „ 16. Dr. F r ü d i n g e r, Die Milchwirtschaft in Württemberg. Mit Karte. 1908.
 „ 17. Rgl. Zentralstelle für die Landwirtschaft, „25 Jahre Feldbereinigung“. 1911.

Die Forstwirtschaft

Von Oberforststrat Müller

Deutsche Dichter besingen begeistert des Waldes Schönheit; alt und jung freut sich auf den Gang zum Wald im Lenzschmuck oder in schattiger Rühle, durch herbstlich gefärbte oder schneebedeckte Bestände; uns Jäger zieht es mit Allgewalt auf Schnepfenstrich und Hahnenbalz, zur Pirsch auf den Rehbock im Sommerkleid, zur Hirschbrunst und Treibjagd im Herbstwald; der Forstmann, der sich des Waldes Pflege zur Lebensaufgabe gestellt hat, hängt mit ganzem Herzen an dem geliebten Forst. Aber gerade er darf nicht bloß seiner Schönheit sich freuen, er hat als praktischer Geschäftsmann ihn zu nutzen, abwägend und rechnend das in ihm festgelegte Kapital umzutreiben. So liegt es bei aller Poesie, die den Wald umgibt, in der Natur der Sache, daß eine Schilderung der Forstwirtschaft zu einem nüchternen Vortrag über ihre Ziele und Ergebnisse werden muß. Und doch wird bei der heutigen Bedeutung der Forstwirtschaft im allgemeinen Erwerbsleben und im Haushalt des Staates ein Einblick in dieses Gebiet manchem willkommen sein.

Waldfläche Württembergs, Verteilung nach dem Besitzstand

Nach den letztmals im Jahre 1913 im Deutschen Reich durchgeführten Erhebungen über die Bodenbenutzung beträgt die Gesamtwaldfläche in Württemberg 604724 ha oder rund 31 % der Landesoberfläche; unser Land gehört somit zu den reicher bewaldeten Gegenden Deutschlands, dessen Waldprozent sich nur auf rund 26 stellt. Die Bewaldungsziffer ist in den einzelnen Landesgegenden sehr verschieden, weitaus am höchsten im Schwarzwald, in dessen eigentlichem Gebiet sie sich auf 50 %, in den Oberämtern Freudenstadt und Neuenbürg sogar durchschnittlich auf 70 % stellt. Die geringste Bewaldung weist Oberschwaben mit 25 %, dann der Neckarkreis mit 27 % der Bodenoberfläche auf, während der Jagstkreis mit 31,6 % dem Landesdurchschnitt am nächsten kommt.

Nahezu je ein Drittel der Waldfläche befindet sich in der Hand des Staates und der öffentlichen Körperschaften, so daß mit Einrechnung des fideikommissarischen Besitzes die nachhaltige Bewirtschaftung für vier Fünftel der gesamten Waldfläche gewährleistet ist. Bemerkenswert

erscheint, was durch die Erhebungen über die Bodenbenutzung von 1900 nachgewiesen ist, daß der Gemeindewaldbesitz zumeist in den altwürttembergischen Landesteilen liegt und sich vorzugsweise auf die westliche Hälfte des Landes beschränkt, daß dagegen der Fideikommiß- und größere Privatwaldbesitz nur in Neuwürttemberg von erheblicher Bedeutung ist, wo der Waldbesitz der früheren Landesherren und der Kirche große Ausdehnung erlangt hatte, die Gemeinden (abgesehen von den früheren Reichsstädten) dagegen über wenig Waldbesitz verfügten.

Wenn die nachstehenden Darlegungen vorzugsweise sich mit den Staatswaldungen beschäftigen, so dürfte dies in der Natur der Sache liegen, insofern sie den größten, nach einheitlichen Grundsätzen verwalteten Besitz darstellen und in ihren Betriebsergebnissen alljährlich eingehend statistisch behandelt werden, was bei den Körperschafts- und Privatwaldungen nicht in gleicher Weise zutrifft.

Staatswaldungen, Bestockungsverhältnisse, Verjüngungsbetrieb

Der Staatswaldbesitz ist hervorgegangen aus den zur vormaligen Herzoglich württembergischen Familienfideikommiß gehörenden Waldungen nebst den vom König neu erworbenen Grundstücken (mit Ausnahme der hofkammerlichen Forste) und bildet nach Flächenausdehnung und Selbstertrag den weitaus bedeutendsten Teil des ehemaligen Kammerguts. Der Waldbesitz wurde durch Zukäufe, namentlich in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts und noch bis in die neueste Zeit erheblich vermehrt; so kamen in den letzten 25 Jahren über 2000 ha hinzu. Die fiskalische Bedeutung dieser Erwerbungen tritt besonders hervor, wenn man bedenkt, daß die Waldungen größtenteils zu einer Zeit angekauft wurden, in welcher der Waldertrag und damit auch der Waldpreis nur einen Bruchteil der heutigen Werte dargestellt hat. Die Gesamtfläche des in Verwaltung der Forstämter stehenden Staatsgrundbesitzes beträgt nach der letzten statistischen Veröffentlichung (auf 1. April 1912) 199 339 ha, wovon die ertragsfähige Holzbodenfläche 187 172 ha, der Nebengrund (Äcker, Wiesen, Torfmoore) 5944 ha einnimmt, während der Rest mit 6223 ha auf Wege, Gewässer, Öden entfällt. Der forstliche Nebengrund erhielt im Jahre 1911 einen Zuwachs von über 3000 ha; es kamen damals die einzeln verpachteten landwirtschaftlichen Grundstücke mit den Fischwassern aus der Verwaltung der Kameralämter in diejenige der Forstämter.

Nach der Bestockung zerfallen die Staatswaldungen des Landes in fünf natürliche Waldgebiete, und zwar in drei Gebiete mit vorherrschendem Nadelholz, Schwarzwald, Nordostland und Oberschwaben, und in zwei Laubholzgebiete, Unterland und Schwäbische Alb. In der Bestockungsart dieser

- letzteren zwei Gebiete vollziehen sich aber in neuerer Zeit bemerkenswerte Wandlungen insofern, als — meist aus Gründen höherer Wertserzeugung — das Laubholz hinter das Nadelholz zurücktreten muß. Bestehen die Waldungen im Alter von mehr als 80 Jahren noch zu vier Fünftel aus Laubholz, so hat in den jungen Beständen bis zu 40 Jahren das Nadelholz bereits nahezu zwei Drittel der Fläche erobert. Immerhin sind diesem Vordringen des Nadelholzes schon durch die Terraingestaltung (z. B. Steilhänge der Alb) und durch die Standortsverhältnisse gewisse Schranken gezogen, die auch vom landschaftlichen Standpunkt aus begrüßt werden können.

Der Anzucht der Eiche wurde in den letzten Jahrzehnten wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt, was auf die hohen Eichenholzpreise und weiterhin auf die Erwägung zurückzuführen ist, daß die einheimische Forstwirtschaft auf Erzeugung der verschiedensten Holzsortimente und Befriedigung jeglichen Bedarfs sich einrichten muß. Nur sind die für Eichen geeigneten Standorte in unserem Land nicht allzu zahlreich vertreten. Was die Rotbuche anbelangt, so geht ihre Anzucht in reinen Beständen mehr und mehr zurück, weil sie in Beziehung auf Nukholzerzeugung allen anderen Holzarten nachsteht; für eine vorwiegende Brennholzwirtschaft ist aber in der Jetztzeit kein Raum mehr. In Mischung mit anderen Holzarten ist dagegen der Rotbuche wegen ihrer günstigen Einwirkung auf den Boden eine weitgehende Erhaltung und Verbreitung gesichert; so wird sie jetzt vielfach auch der Tanne und Fichte beigemischt und damit in Gegenden eingebürgert, in denen sie von Haus aus nicht vertreten oder durch die Wirtschaft früherer Zeiten verdrängt war, wie im Schwarzwald und in anderen Nadelholzgebieten.

Wenn heutzutage die Vorzüge gemischter Bestände, wie dies auch in Württemberg der Fall ist, in zunehmendem Maße gewürdigt werden, so ist die praktische Verwertung dieser Erkenntnis durch die neuerdings eingetretene Wandlung im Verjüngungsbetrieb erleichtert, ja zum Teil erst möglich geworden. Die Entwicklung der Lehre und Praxis des Waldbaus hat nämlich die Rückkehr zur natürlichen Verjüngung, d. h. zur Begründung der neuen Bestände durch den Samenabfall des bisherigen Bestandes veranlaßt und selbst bei solchen Holzarten herbeigeführt, bei denen sie nur vereinzelt noch in Übung stand, wie bei Fichte und Kiefer. Ferner ist an Stelle des Großflächenbetriebs, der durch gleichzeitige Verjüngung großer zusammenhängender Flächen sich kennzeichnet und der unter der Herrschaft des früheren Forsteinrichtungsverfahrens starke Verbreitung gefunden hatte, im Laufe der Zeit mehr und mehr der Kleinflächenbetrieb getreten. Für beides, Naturverjüngung und Kleinflächenbetrieb, ist neuerer Zeit namentlich Professor Dr. Wagner in Tübingen erfolgreich eingetreten. Der Schutz, den die angrenzenden Althölzer gegen Austrocknung durch Sonne und Wind den Kulturen gewähren, die Möglichkeit weiterer Besamung durch die Althölzer, kurz alle die Vorzüge kleiner Schläge, womöglich in Form schmaler Saumschläge, sind so unverkennbar, daß diese sich fast überall eingebürgert haben,

wie sie auch schon in den anfangs der sechziger Jahre ausgegebenen Wirtschaftsregeln vorgesehen waren, damals aber wenig Beachtung fanden. Neue Wirtschaftsregeln sind zurzeit noch nicht ausgegeben, die waldbaulichen Vorschriften werden vielmehr in den Wirtschaftsplänen für die einzelnen Forstbezirke niedergelegt.

Wie der Verjüngungsbetrieb sich verfeinert hat, so steht auch die Bestandespflege ganz auf der Höhe der Zeit. An Reinigungshieben in jüngeren Beständen geschieht sehr viel, und in welchem Maße der Durchforstungsbetrieb, namentlich im Weg der „Hochdurchforstung“, d. h. der Auslichtung des Kronenraumes, sich gehoben hat, geht am besten aus einer Gegenüberstellung der Durchforstungserträge der letzten zwei Jahrzehnte hervor: 1891/95 fielen durchschnittlich jährlich 143 200 fm, 1908/12 dagegen 237 700 fm an.

Es darf daher wohl festgestellt werden, daß die Anwendung der neueren Grundlehren des Waldbaus in unserem Land eine weite Verbreitung gefunden hat, wie auch die zahlreichen Veröffentlichungen württembergischer Forstleute in der Fachliteratur (Wagner, Heck, Eberhard, Harisch, Ramm) Zeugnis für die wissenschaftlichen Bestrebungen auf diesem Gebiet ablegen.

Verwaltung des staatlichen Forstbesitzes, Forstorganisation

Im Jahre 1902 kam eine Neueinrichtung des Staatsforstdienstes zustande, derzufolge die aus den früheren Revierämtern hervorgegangenen Forstämter (neuer Ordnung) der Forstdirektion unmittelbar unterstellt wurden. Um die Bedeutung der Neuregelung voll würdigen zu können, muß kurz auf die geschichtliche Entwicklung dieses Zweiges der Staatsverwaltung zurückgegriffen werden.

Im Anfang des vorigen Jahrhunderts war infolge davon, daß unser Land längere Zeit keine forstliche Unterrichtsstätte besessen hatte, die fachliche Ausbildung des größeren Teiles der württembergischen Forstbeamten eine ungenügende. Diesem Umstand mußte die Forstorganisation von 1826 Rechnung tragen, indem sie nur eine kleine Zahl von Stellen für höher gebildete Forstbeamte (26 „Oberförstereien“, später „Forstämter“) schuf, welche die Verwaltung des staatlichen Forstbesitzes zu besorgen hatten und denen 171 Revierförster für den Betriebsvollzug unterstellt waren. Bald zeigte sich, daß die Forstämter bei ihrer kleinen Zahl der Verwaltung des gesamten Staatswaldbesitzes bis ins einzelne nicht nachkommen konnten, und da die Zahl der Forstämter sich nicht vermehren ließ, so blieb nur der Weg übrig, einen Teil der Aufgaben und Befugnisse der Forstmeister den Revierförstern zu übertragen. Während diese Verschiebungen in den der Organisation folgenden Jahrzehnten stufenweise vorgenommen wurden, steigerte sich in der gleichen Zeit mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung auch die Intensität der Forstwirtschaft und der Ertrag der Waldungen in hohem Maße,

und dadurch vermehrten sich die Anforderungen an die Tätigkeit der Revierverwalter weiter.

Selbstredend mußte Hand in Hand damit die fachliche Ausbildung der künftigen Forstbeamten immer mehr gehoben werden; 1817 war ein Lehrstuhl für Forstwissenschaft an der Landesuniversität gegründet worden, der bis 1840 bestand, daneben wurde von 1820 ab forstlicher Unterricht an der Akademie Hohenheim erteilt; 1868 wurde die niedere Dienstprüfung beseitigt und von allen Anwärtern für den Forstdienst das Zeugnis der Reife für die Hochschule verlangt; 1881 endlich wurde das forstliche Unterrichtswesen wieder ganz mit der Landesuniversität verbunden. So ergab sich ein wechselseitiges Fortschreiten der Ausbildung der Forstbeamten, Steigerung der Aufgaben der Revierverwalter und Hebung ihrer äußeren Stellung, das bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts andauerte.

Mit der letzten Stufe dieser Entwicklung (1888) war das Oberförstersystem im Gegensatz zum Revierförstersystem (1822) nahezu durchgeführt, wie sie auch den Revierverwaltern den Titel „Oberförster“ gebracht hatte. Die Zahl der Forstämter war auf 16, ihre Tätigkeit im wesentlichen auf Kontrolle beschränkt. Allein solange diese Ämter eben bestanden, konnten die letzten Folgerungen nicht gezogen und die Oberförster in die amtliche Stellung und in die Gehaltsbezüge der ihnen nach Bildungsgang und Bedeutung der Ämter gleichstehenden übrigen Beamten nicht eingereiht werden, was ihren Kollegen in anderen Bundesstaaten, denen sie in Beziehung auf Fachbildung und Leistungen nicht nachstanden, längst zuteil geworden war. Dieses Mißverhältnis erweckte im Kreise der Oberförster eine übrigens ebenso durch fachliche wie durch persönliche Rücksichten getragene Unzufriedenheit. Die Forstmeister konnten sich ihrerseits wegen der Unmöglichkeit schärferer Abgrenzung der Tätigkeit und Befugnisse gegen oben und unten und der daraus sich ergebenden Anselbständigkeit ebenfalls nicht befriedigt fühlen. Und auch die vier Mitglieder der leitenden Behörde, die bei der Ausdehnung ihrer Aufsichtsbezirke die einzelnen Reviere nur aus Anlaß der Fertigung neuer Wirtschaftsplane und deren Zwischenrevision, also alle fünf Jahre, besuchen konnten, empfanden diese lose Fühlung mit dem ganzen äußeren Betrieb, dessen Regelung doch zu ihrer Obliegenheit gehörte, als einen bedauerlichen Mißstand. Eine engere Verbindung war nur auf dem Weg zu erreichen, daß die Forstämter aufgehoben, die Inspektion im gesamten Umfang der leitenden Behörde übertragen und die Zahl ihrer forstlichen Mitglieder entsprechend vermehrt würde.

So herrschte in allen forstlichen Kreisen die Überzeugung von der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit baldiger Änderung der bestehenden Verhältnisse. Auch über die Form der neuen Einrichtung waren die Ansichten zum größten Teil in Übereinstimmung. Verschiedene hinderliche Umstände führten aber dazu, daß die Vorbereitungen, die im Jahre 1896 begonnen wurden und auch im gleichen Jahre zu einem fertigen Plan geführt hatten, noch bis zum

Jahre 1901 sich hinzogen. Das persönliche Interesse, das König Wilhelm II. der Angelegenheit entgegenbrachte, trug wesentlich dazu bei, daß trotz jener Hindernisse der Entwurf für die Neuorganisation und für die erforderlichen Gesetzesänderungen im Januar 1901 den Ständen vorgelegt wurde, welche sie wenige Monate nachher mit geringfügigen Änderungen annahmen.

Mit dem 1. April 1902 trat sodann die Neuordnung in Kraft. Leider war es dem Manne, der den hervorragendsten Anteil an deren Vorbereitung hatte, Oberforstrat Hugo von Speidel, nicht mehr vergönnt, sie auch durchzuführen. Speidel war im Februar 1901 als Nachfolger des langjährigen Vorstandes, Staatsrats Dr. von Dorrer, an die Spitze der Verwaltung getreten, aber schon nach sechs Wochen riß ihn der Tod im 57. Lebensjahr nach einer äußerst verdienstvollen Tätigkeit mitten aus dem Berufsleben heraus. Die Durchführung der Organisation nach dem vorliegenden Entwurf fiel dem Direktor Dr. von Graner zu, an dessen Stelle in die Vorstandschaft im Jahre 1913 Direktor von Keller getreten ist.

Vierzehn Jahre besteht nun die neue Diensteseinrichtung und anerkanntermaßen hat sie in allen wesentlichen Teilen sich bewährt und in der von ihr berührten Beamtschaft allseitige Befriedigung hervorgerufen. Einzelne Zweige bedürfen noch des weiteren Ausbaus, wie ja bei einer Verwaltung selbst von so konservativem Gepräge in Anpassung ihrer Einrichtungen an die Erfordernisse der Gegenwart niemals Stillstand eintreten darf. Aber die Grundzüge der jetzigen Dienstesverfassung werden bestehen bleiben.

Die Forstdirektion, die eine Ministerialabteilung des Finanzministeriums bildet und an deren Spitze ein fachmännischer Direktor steht, setzt sich zusammen aus 11 forsttechnischen Mitgliedern und je einem Referenten für die Rechtsangelegenheiten, die Verwaltungssachen und für den Waldwegbau. Den forsttechnischen Mitgliedern kommt je für eine gewisse Zahl von Forstbezirken die örtliche Inspektion, wie die Bearbeitung der schriftlichen Angelegenheiten zu. Die Gesamtzahl der Forstbezirke ist in 20 Forstverbände eingeteilt, die je 5—8 Bezirke in zusammenhängender Lage und mit unter sich möglichst gleichartigen Verhältnissen umschließen. Von den 11 forstlichen Referenten haben 9 je 2 Forstverbände zu versehen, deren einer vorwiegend aus Nadelholz-, der andere vorwiegend aus Laubholzforsten besteht, zwei weiteren Referenten mit ausgedehnten Sachreferaten ist dagegen nur je ein Forstverband zugewiesen. Für die meisten Geschäftszweige der Verwaltung sind nämlich im Interesse der Einheitlichkeit und Gründlichkeit Sachreferenten bestellt, deren Aufgabe in der Bearbeitung der allgemeinen Angelegenheiten auf dem Gebiet und in Mitwirkung bei Erledigung wichtigerer Einzelfälle liegt. Als die bedeutendsten Sachreferate sind zu nennen das Forsteinrichtungswesen, die Personalangelegenheiten der Forstschußbeamten und der Holzverkauf; für diese Angelegenheiten wie für die technische Bearbeitung der Wegbauten sind besondere Bureaus ein-

gerichtet, von denen hier nur das letztgenannte bautechnische Bureau als württembergische Sondereinrichtung hervorgehoben werden soll. Während nämlich bei anderen deutschen Forstverwaltungen die Ausarbeitung von Entwürfen für Wegneubauten eine Aufgabe der örtlichen Forstbeamten bildet, beschränkt sich bei uns die Mitwirkung der Forstämter auf den Nachweis der Notwendigkeit eines Wegbaus und auf die Feststellung des allgemeinen Wegverlaufs; die technische Bearbeitung und Ausführung liegt dagegen in der Hand von Berufstechnikern. Diese seit mehr als 40 Jahren bestehende Einrichtung hat sich sehr bewährt, insofern die jahrelange Beschäftigung derselben Persönlichkeiten mit dem gleichen Gegenstand die Anpassung der Wegbauten an die besonderen Bedürfnisse des Holztransports sehr gefördert und doch die Ausnutzung aller ingenieurtechnischen Fortschritte ermöglicht hat. Der Erfolg zeigt sich in dem zweckmäßigen, mit möglichst geringem Aufwand verbundenen Ausbau des Wegenetzes in den Waldungen.

Der Inspektionsdienst führt die forstlichen Mitglieder der leitenden Behörde alljährlich, mitunter mehrmals, in jeden einzelnen Forstbezirk, und hierin liegt für diese Instanz der Schwerpunkt der neuen Diensteseinrichtung. Die Referenten können die an die leitende Behörde gelangenden Angelegenheiten auf Grund besserer Orts- und Sachkenntnis bearbeiten und sind nicht mehr, wie früher vielfach, allein auf die schriftlichen Darlegungen der äußeren Beamten angewiesen. Daneben gewinnt die Erfüllung der allgemeinen Aufgaben der leitenden Behörden an Sicherheit insofern, als der Sitz an der Zentrale den einzelnen Forstaufsichtsbeamten mehr Übersicht und Einblick verleiht und als die nahe Fühlung dieser Beamten mit ihren Aufsichtsbezirken die Rücksichtnahme auf die vielseitigen Verhältnisse des Landes sicherstellt.

Nicht geringer sind aber die Vorteile anzuschlagen, welche die Neuorganisation den Forstämtern brachte. Eine befriedigende Stellung des Forstamtsvorstandes ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie für den größten Teil der Beamten die letzte erreichbare Stufe darstellt; keine andere staatliche Laufbahn bietet so geringe Möglichkeit des Aufrückens in höhere Stellen, wie die forstliche. Es war deshalb mit Freuden zu begrüßen, daß die neue Diensteseinrichtung unter allen von ihr betroffenen Beamten den Forstamtsvorständen die größten ökonomischen Vorteile brachte. Aber ebenso hoch wie diese Errungenschaft nach der persönlichen Seite ist der Fortschritt in der dienstlichen Stellung anzuschlagen: die Erweiterung der Befugnisse und die Verleihung tunlichster Selbständigkeit, die zugleich durch das aus ihr entspringende Verantwortlichkeitsgefühl den kräftigsten Antrieb zur vollen Erfüllung der Berufsaufgaben bildet.

Ein Haupterfordernis für die dauernde Befriedigung des Oberförsters liegt auch darin, daß der Schwerpunkt seiner Tätigkeit in den Wald verlegt wird, daß also der auswärtige Dienst nicht unter allzuvieler Kanzleiarbeit leidet. Dies trifft für unsere Verwaltung im großen ganzen zu und wird ge-

fördert durch die tunlichst einfache Regelung des gesamten schriftlichen Dienstes und weiterhin dadurch, daß die Größe der einzelnen Forstbezirke mäßig bemessen ist. Zurzeit bestehen 146 Forstämter, so daß die Durchschnittsfläche an Staats- und Körperschaftswaldungen sich auf 2617 ha stellt, also kleiner ist als z. B. in Baden und Bayern. Einen Vergleichsmaßstab zu anderen Ländern kann die Fläche allein nicht bilden; die Terrainverhältnisse, der örtliche Zusammenhang der Waldungen, der ganze forstliche Betrieb, die Gestaltung des Hilfs- und Schutzdienstes, der Amteraufbau in den übrigen Zweigen der Staatsverwaltung und die geschichtliche Entwicklung, alle diese Verhältnisse müssen bei Beurteilung der Frage mitberücksichtigt werden und lassen den damaligen Stand als für unser Land richtig bemessen erscheinen.

Größeren oder besonders geschäftsreichen Forstbezirken sind zur Unterstützung zweite Beamte beigegeben, Forstamtänner oder Forstassessoren. Auch in der Verwendung dieser dem Vorbereitungsdienst angehörenden Beamten hat die Forstorganisation von 1902 wesentliche Änderungen gebracht. Den Forstämtern alter Ordnung waren zweite Beamte als Forstamtsassistenten beigegeben, eine Beamtenkategorie, die den Übergang zum Revierverwalter bildete. Gab deren völlig auf den Ranzleidienst beschränkte Tätigkeit immerhin eine wertvolle formale Schulung für die spätere Laufbahn ab, so mußte die jahrelange Unterbindung jeder Tätigkeit im Walde unmittelbar vor der Übernahme eines Reviers als Mißstand empfunden werden, und es ist sehr zu begrüßen, daß nunmehr der Vorbereitungsdienst in der Hauptsache in den Wald verlegt und hierdurch eine bessere Grundlage für künftige selbständige Verwaltungstätigkeit geschaffen ist.

Der Schutzdienst wird in Württemberg durch Forstwärte und in entlegenen kleineren Distrikten durch Waldschützen versehen. Zur Anstellung als Forstwärte werden nur Unteroffiziere, und zwar in erster Linie solche angenommen, die dem Stand der Waldbarbeiter oder verwandten Betrieben angehören. Sie werden nach dem Austritt aus dem Heeresdienst als Anwärter zur praktischen Ausbildung einem Forstamt zugeteilt und am Schluß der Lehre in einem dreimonatigen Kurs theoretisch ausgebildet, nach dessen erfolgreichem Besuch die Anstellung als Forstwart erfolgt. Die dermalige Kursdauer ist etwas knapp; jedenfalls aber erscheint eine erhebliche Ausdehnung — nach dem Vorgang anderer Staaten — bei der guten Volksschulbildung in Württemberg und bei richtiger Auswahl unter den Bewerbern nicht angezeigt, da nach den bisherigen Erfahrungen die Leistungsfähigkeit der Forstwärte den an sie gestellten Anforderungen vollständig genügt. Entsprechend der früheren militärischen Organisation des Forstschutzdienstes besteht für die Ausrüstung und Bewaffnung der Forstwärte und für die Besorgung der übrigen Personalangelegenheiten das Kommando der Forstwache, das einem der forstlichen Mitglieder der Forstdirektion als Kommandeur und Personalreferenten unterstellt ist.

Um noch auf die beamtenrechtliche Stellung und auf das Diensteinkommen der württembergischen Staatsforstbeamten einzugehen, sei erwähnt, daß die Beamten der höheren Laufbahn mit der Ernennung zum Forstamtmann, dagegen die Forstwarte nach siebenjähriger Dienstzeit in die Klasse der lebenslänglichen Beamten eintreten. Im Dienst-einkommen sind die Mitglieder der Forstdirektion denjenigen der übrigen Landeskollegien, die Forstamtsvorstände den Bezirksbeamten (jedoch mit An-hängung einer weiteren Gehaltsklasse nach unten), die Forstamtmänner den zweiten Beamten der Bezirksämter und die Forstassessoren den Assessoren der übrigen Departements gleichgestellt. Für den persönlichen Aufwand im auswärtigen Dienst beziehen sämtliche äußeren Beamten eine Pauschent-schädigung. Auf der Mehrzahl der Stellen haben die Oberförster ein Dienst-pferd zu halten, an dessen Stelle in geeigneten Bezirken ein Kraftwagen treten kann; in den übrigen Fällen werden Mietgefahrte gegen Ersatz der Auslagen benutzt.

Die Befähigung für den Forstverwaltungsdienst wird nach einer im Jahre 1913 ergangenen Rgl. Verordnung erworben durch die Erstehung dreier Prüfungen, nämlich der Vorprüfung, für welche ein mindestens zweijähriges Studium an einer deutschen Hochschule oder Forstakademie die Voraussetzung bildet, und der Fachprüfung, zu deren Ablegung ein weiteres zweijähriges Studium erfordert wird. Diese beiden Prüfungen werden am Sitz der Landesuniversität abgelegt. Die Staats-prüfung endlich wird nach einer zweieinhalbjährigen Referendarzeit, von der ein Jahr auch zu weiterem Studium auf Hochschulen zugebracht werden kann, erstanden. Bei der Vorprüfung wird für die Zulassung der Nachweis der Militärdienstfähigkeit, bei der Fachprüfung der des abgeleisteten Ein-jährig-Freiwilligen-Dienstes erfordert.

Forsteinrichtung, Holznutzung, Forstreserverfonds

Im Gegensatz zu der Landwirtschaft, bei der Saat und Ernte innerhalb eines Jahres sich vollzieht, muß die Forstverwaltung bei ihren meisten Pro-dukten mit einer sehr langen Erzeugungsdauer rechnen. Das noch nicht ernte-reife Holz wächst zu Vorräten an, deren Größe von dem Erzeugungszeitraum („Umtrieb“), von Holzart und Standortsgüte abhängig ist und deren Kapital-wert ein Mehrfaches des Bodenwerts beträgt.

Die Aufgabe der Forsteinrichtung ist es nun, für die im Walde vertretenen Holzarten die richtige Umtriebszeit zu bestimmen, die einzelnen Holzbestände nach Alter, Beschaffenheit und Masse aufzunehmen und an der Hand dieser Erhebungen festzustellen, wie groß die Holznutzung sein darf, die bei nachhaltiger Wirtschaft dem Wald entnommen werden kann. Dabei hat die Forsteinrichtung den ganzen Betrieb zeitlich und örtlich so zu regeln,

daß die Zuwachsleistung des Waldes auf ihr wertvollstes Maß gehoben wird, und hat deshalb die dem Alter nach hiebsreifen und die zuwachsarmen Bestände für die Nutzung im einzelnen auszuwählen und daneben Sorge zu tragen, daß der Betrieb sich tunlichst ohne Gefährdung durch Naturereignisse abwickelt.

Für Bestimmung der Höhe der Holznutzung hatte die württembergische Forsteinrichtung früher nur die Holzmassen, seit 1862 neben der Masse auch die Fläche der verschiedenen Altersklassen berücksichtigt. War durch die Hereinziehung der Fläche eine sicherere Grundlage für die richtige Festsetzung der Holznutzung geschaffen und mehr Ordnung in den forstlichen Betrieb gebracht, so hafteten dem Verfahren doch erhebliche Mängel an, deren Aufzählung hier zu weit führen würde. Es war wiederum der schon oben erwähnte H. von Speidel, der zuerst in der Literatur auf diese Mängel hinwies und die Anregung zur Wahl eines anderen Verfahrens gab. Die daraufhin im Jahre 1898 eingetretene Neuordnung ist als einer der bedeutendsten Fortschritte auf dem Gebiet des württembergischen Forstwesens vom letzten Vierteljahrhundert zu bezeichnen. Das Speidelsche Verfahren bestimmt, unter Verzicht auf die bisherige, eine ganze Umtriebszeit umfassende und deshalb praktisch unhaltbare Regelung, die Hiebsfläche nur für die nächstliegende Periode von 20 Jahren. Dabei dient als Hauptanhalt die der Umtriebszeit entsprechende Normalfläche einer Periode. Abweichungen von der Normalfläche sind aber nach Maßgabe des Altersklassenverhältnisses zulässig, so daß die Nutzungsfläche des nächstliegenden 20jährigen Zeitraums bei einem Abmangel an hiebsreifen Beständen unter den Normalbetrag herabgesetzt und im entgegengesetzten Fall über ihn erhöht werden kann. Die Fürsorge für die Zukunft beschränkt sich auf die Beachtung einer guten Hiebsfolge und Bestandesordnung bei Auswahl der zu verjüngenden Waldteile und auf rechtzeitige Beseitigung späterer Betriebshindernisse, wie sie z. B. in Verwachsung verschiedenaltiger Bestände liegen können; dagegen wird die Sorge für die Nachhaltigkeit späterer Perioden im allgemeinen der Zukunft überlassen. Das Verfahren vermeidet somit Überflüssiges und ordnet dafür den Betrieb für die nächstliegende Zeit mit größerer Sicherheit. Die Wirkung dieser klareren Erfassung des Ziels der Forsteinrichtung trat sofort in der Höhe der Holznutzung zutage: in der Zeit von 1895/99 bis 1910/14 stieg die jährliche „Hauptnutzung“, d. h. diejenige Holznutzung, die sich aus dem Verjüngungsbetrieb ergibt, um rund 130 000 fm.

Die dem Verfahren innewohnende größere Freiheit schuf aber zugleich Raum für den weiteren Fortschritt, den das Jahr 1905 mit der auf Anregung des damaligen ritterschaftlichen Abgeordneten Oberforstrats a. D. Grafen von Urkull-Gyllenband erfolgten Gründung eines Forstreservesfonds brachte. Dieser Fonds dient als ein Ausgleichsfonds zweierlei Zwecken, zunächst einem Ausgleich zwischen längeren Zeiträumen. Wenn, wie dies in Württemberg der Fall, die Holzvorräte der gesamten Staatswaldungen infolge zu reichlicher Vertretung der Althölzer größer sind, als die derzeitige,

der Nachhaltigkeit entsprechende Holznutzung erfordern würde, so müßte, wenn man auf Nachhaltigkeit nicht verzichten will, der die Normalfläche überschießende Teil der Althölzer so lange übergehalten werden, bis diejenigen Altersklassen, welche hinter der Normalfläche zurückbleiben, in das haubare Alter eingetreten sind. Da aber überalterte Holzbestände meist im Zuwachs nachlassen, so ist mit dieser Maßregel ein größerer Zuwachsverlust verbunden. Das Reservefonds-gesetz ermöglicht nun einen außerordentlichen Eingriff in den Überschuß der Althölzer und ordnet die zinsbringende Anlegung des nach Abzug der Gewinnungs- usw. Kosten verbleibenden reinen Erlöses aus der außerordentlichen Nutzung im Forstreservefonds an, wodurch wenigstens für einen Teil des Altholzüberschusses der Zuwachsverlust vermieden wird. Später, wenn die Periode der Mindernutzung eintritt und die jährliche Holznutzung unter 1 050 000 fm sinken wird, hat der Fonds mit seinen Beständen einzutreten und die Einnahmen der Laufenden Verwaltung entsprechend zu ergänzen.

Die zweite Ausgleichung ist jeweils mehr vorübergehender Natur und dient dem Zweck der Erfüllung des jährlichen Geldetats. Der Reservefonds kann nämlich herangezogen werden, wenn der Reinertrag der Staatsforsten gegenüber dem im Hauptfinanzetat veranschlagten Betrag zurückbleibt, oder wenn die Holznutzung beim Eintritt eines erheblichen Preisrückgangs nicht in der veranschlagten Höhe erhoben wird. In beiden Fällen sind dem Reservefonds die entnommenen Beträge wieder zu ersetzen. Dies sind die wesentlichen Bestimmungen des Forstreservefondsgesetzes, das, in zweiter Auflage unterm 25. Juli 1910 erlassen, während seiner Gültigkeitsdauer die Erhebung einer außerordentlichen Nutzung in der Höhe von 1 Million Festmeter gestattet. Nachdem zufolge des Reservefondsgesetzes von 1905 bereits der Reinertrag von 300 000 fm dem Fonds einverleibt worden war, ist dieser mit den seit 1910 hinzugekommenen 440 000 fm auf eine stattliche Summe angewachsen, deren Zinsen der Laufenden Verwaltung zugut kommen. In den Kriegsjahren 1915/16 konnte die volle etatsmäßige Nutzung nicht erhoben werden, so daß der Fonds erstmals in Anspruch genommen werden konnte. Aber auch, wenn sich dies ungehen läßt, hat der Fonds der Verwaltung völlige Freiheit in Bemessung der Holznutzung während der kritischen Zeit gewahrt und ihr damit einen wertvollen Dienst geleistet.

Verkauf der Walderzeugnisse, Nebennutzungen, Wald- ertrag im ganzen

An den Abschnitt über die Holznutzung schließt sich zweckmäßig an der Verkauf der Walderzeugnisse. Auch hier ist zunächst der günstigen Einwirkung der neuen Forstorganisation zu gedenken, die durch die unmittelbare Verbindung der leitenden Behörde mit den Forstämtern eine straffere Zusammenfassung und Leitung des gesamten Verkaufswesens ermöglicht.

Fördernd hat hierbei namentlich die Errichtung einer besonderen Geschäftsstelle bei der Forstdirektion für den Holzverkauf gewirkt, der neben der unmittelbaren Verwertung einzelner Holzsortimente die Entlastung der Forstämter von einem Teil der Schreibarbeiten des Verkaufswesens zufällt. Die wesentlichste Aufgabe der Geschäftsstelle besteht aber in Sammlung und statistischer Verarbeitung der Holzverkaufserlöse, deren regelmäßige und möglichst rasche Bekanntgabe sowohl die Forstämter wie die Holzkäufer über den Stand der Absatzverhältnisse auf dem laufenden erhält. Dieser Überblick über die Marktlage ist für die Forstämter um so wichtiger, als ihnen mit der freien Entscheidung über den Zuschlag bei öffentlichen Versteigerungen, bei denen es sich oft um sehr hohe Summen handelt, eine weitgehende Selbstständigkeit eingeräumt ist. Der Verkauf des Holzes im Wege des mündlichen oder schriftlichen Aufstreichs bildet die Regel. Wie der meist übliche Verkauf des Holzes im aufbereiteten Zustand dem Käufer die zuverlässigste Preiseinschätzung der Ware ermöglicht, so gewährt andererseits dem Verkäufer das herrschende Barzahlungssystem die größtmögliche Sicherung gegen Verluste. Die Barzahlung schließt eine Zahlungsfrist von einem Monat und die Bedingung in sich, daß vor geleisteter Bezahlung das Holz nicht abgeführt werden darf. Nach Ablauf der Zahlungsfrist wird aber, soweit kein Bedenken vorliegt, der Kaufpreis gegen Verzinsung noch weiter auf drei Monate gestundet.

Neben dem Holzsertrag fließen der Forstverwaltung weitere Einnahmen zu aus den sogenannten Nebennutzungen. Darunter fällt, nach der Höhe der Einnahmen geordnet, in erster Linie der Ertrag der landwirtschaftlichen Grundstücke, der sich zurzeit auf 390 000 *M* stellt. Die mehrjährige Verpachtung bildet die Regel, nur ein kleiner Teil steht in Selbstverwaltung der Forstämter. Dies trifft auch zu bei den Seen und Fischwassern, welche einen jährlichen Ertrag von mehr als 50 000 *M* abwerfen, übrigens dank der Hebung der Fischzucht und des Interesses für die Fischerei in neuerer Zeit einer fortgesetzten Ertragsteigerung sich erfreuen. Die Bedeutung der Waldstreu ist, nachdem die Streurechte durch das Ablösungsgesetz vom 26. März 1873 beseitigt worden sind, sowie zufolge der durch den intensiven landwirtschaftlichen Betrieb vermehrten Futter- und Stroherzeugung wesentlich zurückgetreten. In gewöhnlichen Jahren beschränkt sich die Streuabgabe auf Wege, Klingen und auf solche Flächen, in denen die Entfernung der Streu aus forstwirtschaftlichen Gründen angezeigt ist. Um so mehr kann der Wald in Zeiten der Not der Landwirtschaft unter die Arme greifen. Die Waldweide ist mit verschwindenden Ausnahmen ganz außer Übung gekommen. Zu erwähnen ist noch der Torfnutzungsbetrieb, der übrigens nur im Forstbezirk Schussenried eine größere Rolle spielt. Aus dem dortigen, 300 ha großen Torfried werden teils mit Hand-, teils mit Maschinenbetrieb jährlich 15 000 cbm Brenntorf und 60 000 cbm Torfstreu und Torfmull gewonnen. Obwohl nicht eigentlich unter die Nebennutzungen fallend, sei doch hier noch kurz die Gerbrindegewinnung erwähnt. Nach einem

Aufschwung in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts war der Eichen-schälbetrieb mit der Einfuhr billiger Gerbstoffe aus dem Ausland schon seit den neunziger Jahren nahezu verschwunden. Die durch den Krieg geschaffene Absperrung vom Ausland machte es aber wie bei sonstigen Rohstoffen notwendig, im eigenen Land wieder Gerbmittel in Form von Eichen- und Fichtenrinde zu beschaffen, und dies ist 1915 und 1916 in großem Maßstab geschehen.

Die Staatsjagden sind, da der Jagd in dem vorliegenden Werk ein besonderer Abschnitt gewidmet ist, hier nur als Einnahmequelle mit einem jährlichen Ertrag von 100 000 *M* zu erwähnen.

Nachdem nun die forstlichen Einnahmequellen im einzelnen erörtert sind, sei noch an der Hand der „Forststatistischen Mitteilungen aus Württemberg“ dargelegt, in welchem großartigem Maßstab der Waldertrag im ganzen im Laufe der letzten 25 Jahre sich gehoben hat. Die Forststatistik für die Jahre 1913 und 1914 ist infolge des Kriegs noch nicht bearbeitet, so daß die Vergleiche auf die Jahre 1890—1912 beschränkt werden muß. Stellt man die beiden Jahrfünfte 1890/94 und 1908/12 mit ihren Durchschnittsergebnissen einander gegenüber, so ergibt sich folgendes: die jährliche Holznutzung ist von 877 600 fm auf 1 142 300 fm oder um 30 %, der Bruttoholzertrag von 10,9 auf 19,9 Millionen Mark oder um 82 % gestiegen. Die Verschiedenheit dieser prozentischen Zunahme weist darauf hin, daß auch die Holzpreise sich bedeutend gehoben haben: betrug der Durchschnittserlös für ein Festmeter am Anfang des Zeitraums 12,40 *M*, so stellt er sich am Schluß auf 17,40 *M*. Am stärksten tritt aber die Steigerung beim gesamten Reinertrag der Staatsforsten zutage, der von 6,67 Millionen auf 13,3 Millionen Mark, also auf das Doppelte angewachsen ist. Mit dem auf ein Hektar entfallenden Reinertrag von 58,3 *M* marschiert die württembergische Staatsforstverwaltung an der Spitze sämtlicher größerer deutscher Forstverwaltungen, wobei freilich nicht unbeachtet bleiben darf, daß der Zeitraum von 1908/12 in seiner Jahresnutzung von 1,14 Millionen Festmeter eine Reservefondsnutzung von durchschnittlich jährlich 70 000 fm in sich schließt. Aber auch wenn man von dieser Reservefondsnutzung absieht, erscheint der Zeitabschnitt in so günstigem Lichte, daß der Staatsforstverwaltung das Zeugnis nicht vorenthalten werden kann, sie habe die Zeit des starken wirtschaftlichen Aufschwungs auch für ihren Teil reichlich ausgenutzt. Dieser Eindruck verstärkt sich, wenn zum Vergleich der unmittelbar vorhergehende Zeitraum herangezogen wird. In den 30 Jahren 1860—1890 konnte der Bruttoertrag nur um 20 %, der Reinertrag sogar nur um 14 % sich heben.

Körperschaftswaldungen

Unter den Begriff „Körperschaftswaldungen“ fallen die Waldungen der politischen Gemeinden und der von öffentlichen Körperschaften verwalteten Stiftungen. Der gesamte Waldbesitz dieser Körperschaften be-

trägt nach den im Jahre 1913 veranstalteten Erhebungen über die Bodenbenutzung 199 791 ha, wovon 185 000 ha auf die politischen Gemeinden entfallen. Daß die politischen Gemeinden unseres Landes über einen so stattlichen Waldbesitz, der einem Anteil an der Gesamtwaldfläche von nahezu 30 % entspricht, verfügen, ist zumeist dem glücklichen Umstand zu verdanken, daß der Gemeinbesitz am alten Markwald geschlossen erhalten und von den Gemeinden übernommen wurde. Während in anderen deutschen Ländern der Markwald, soweit er nicht an die Landesherren überging, unter die Markgenossen verteilt wurde, nahm bei uns, wenigstens im altwürttembergischen Gebiet, wie überhaupt in Südwestdeutschland, die Eigentumsfrage diesen für die Gemeinden jetzt überaus wertvollen Verlauf. Einzelne Gemeinden kamen erst später, nämlich im Weg der Ablösung von Holz-, Streu- und Weiderechtigkeiten, durch Abtretung von Staatswaldungen zu einem oft sehr bedeutenden Waldbesitz, wie Baiersbronn, Freudenstadt, Wildbad u. a.

Schon die Forstordnung von 1614 und die Kommunalordnung von 1758 hatten gewisse Vorschriften für die Behandlung der Gemeindewaldungen gegeben. Aber erst durch das Gesetz vom 16. August 1875 wurde die Wirtschaft in den Körperschaftswaldungen in geordnete Bahnen gelenkt. Das Wesentliche dieses Gesetzes, das nach der Neuorganisation des Forstdienstes unterm 19. Februar 1902 den veränderten Verhältnissen angepaßt wurde, geht dahin, daß der Wirtschafts- und Nutzungsbetrieb in den Körperschaftswaldungen sich innerhalb der Grenzen der Nachhaltigkeit zu bewegen habe, auf Wirtschaftsplane zu stützen sei und daß die Aufstellung der Wirtschaftsplane und der jährlichen Betriebsplane, wie auch die technische Betriebsführung durch Sachverständige zu erfolgen habe, welche die Befähigung für den Staatsforstdienst erlangt haben müssen. Die Wahl der Sachverständigen bleibt zunächst den Vertretern der Körperschaft überlassen. Verzichtet sie auf die Anstellung eines eigenen Sachverständigen, so geht die technische Betriebsführung an die Organe der Staatsforstverwaltung über. Da bei Erlassung des Gesetzes von 1875 unter den 1829 waldbesitzenden Körperschaften nur 43 über einen Waldbesitz von mehr als 600 ha verfügten, so kam die Aufstellung eines eigenen Sachverständigen nur bei einer kleinen Zahl ernstlich in Frage. Doch führte die da und dort herrschende Abneigung gegen den Anschluß an die Staatsbeförderung bei einer Anzahl von Körperschaften zum Zusammenschluß behufs Aufstellung eines gemeinschaftlichen Wirtschaftsführers, und so machten immerhin 121 Körperschaften mit einer Waldfläche von zusammen 44 200 ha Gebrauch von dem ihnen eingeräumten Recht, während die Betriebsführung in 146 200 ha an die staatlichen Forstbehörden überging. In der Zwischenzeit haben jedoch zahlreiche weitere Körperschaften den Anschluß an die staatlichen Einrichtungen vorgezogen, so daß jetzt nur noch rund 13 000 ha von 14 eigenen Sachverständigen bewirtschaftet werden, und die Zahl der letzteren wird sich in absehbarer Zeit noch weiter verringern.

Die Aufsicht über die gesamten Körperschaftswaldungen führt in Unterordnung unter das Ministerium des Innern die Körperschaftsforstdirektion, die sich aus dem Vorstand und den forsttechnischen Mitgliedern der staatlichen leitenden Behörde und zwei Beamten aus dem Departement des Innern zusammensetzt und an deren Sitzungen außerdem zwei Körperschaftsbeamte als stimmberechtigte Mitglieder teilnehmen.

Die Aufstellung der Wirtschafts- und Betriebspläne für die Körperschaftswaldungen sowie die Betriebsführung richtet sich im wesentlichen nach den Vorschriften für die Staatswaldungen. Ein Mitwirkungsrecht ist aber den Körperschaften dadurch gesichert, daß im Einvernehmen mit ihnen die maßgebenden Grundsätze bezüglich der Wahl der Holzart, Betriebsart und Umrtriebszeit festzustellen sind und daß ihnen die Pläne vor dem Vollzug zur Einsicht und Anerkennung übergeben werden. Soweit die Betriebsführung in den Händen der staatlichen Organe liegt, erstreckt sich deren Tätigkeit nur auf den technischen Betrieb, also nicht auf die Verwertung der Walderzeugnisse und die Geldverrechnung.

Wie schon aus dem vermehrten Beitritt der Körperschaften zur Staatsbeförderung hervorgeht, vollzieht sich die Wirtschaftsführung durch die staatlichen Organe fast ausnahmslos in gutem Einvernehmen mit den Körperschaften und findet deren Anerkennung. Die Kosten der Staatsbeförderung, die in einer jährlichen Vergütung von (früher 80 Pf.) jetzt 1 M 60 Pf. für den Hektar bestehen, stellen sich für die Körperschaften auch erheblich niedriger als diejenigen eines eigenen Technikers, und andererseits haben sich die Walderträge, von denen allerdings nur der Naturalertrag an Holz bekannt ist, seit Bestehen des Gesetzes um 50 % gehoben. Von den weiteren günstigen Wirkungen des Gesetzes sei nur noch ein Punkt hervorgehoben, der sich auf die Laubholzwaldungen der Körperschaften bezieht. Die Mittelwaldwirtschaft, die 1875 noch auf 29 % der gesamten Körperschaftswaldfläche herrschte, weicht mehr und mehr dem Hochwaldbetrieb und ist jetzt auf 9 % der Fläche zurückgegangen. Dieser Übergang zu dem höhere Werte erzeugenden Hochwald ist technisch nicht einfach, verursacht viel Einzelarbeit und war daher nur möglich unter Leitung der Wirtschaft durch Sachverständige.

Zusammenfassend darf der Erfolg des Gesetzes von 1875 und der jetzige Stand der Körperschaftswaldungen als durchaus günstig bezeichnet werden.

Privatwaldungen

Bezüglich der Fläche der Privatwaldungen bieten die vom Reich ausgehenden Erhebungen über die Bodenbenutzung, da sie sich auf die Steuerkataster der Gemeinden stützen, sichere Anhaltspunkte, und aus diesen läßt sich entnehmen, daß zurzeit die Privatwaldfläche im ganzen rund 202 200 ha umfaßt, wovon auf die Fideikommißwaldungen 81 540 ha entfallen. Von den rund 70 000 Privatwaldbesitzern unseres Landes verfügen 60 % je über

eine Waldfläche von weniger als 1 ha und weitere 35 % über eine solche von nicht mehr als 10 ha. Diese außerordentliche Zersplitterung schließt von vornherein jede genauere Kenntnis über den Stand und über die Walderträge der Privatwaldungen aus. Sie beschränkt aber auch die gesetzliche Einwirkung, wie solche aus der Forsthoheit des Staates abgeleitet werden kann, auf forstpolizeiliche Vorschriften, die nur die Erhaltung des Waldes als solchen anstreben. In dieser Hinsicht sieht das unterm 19. Februar 1902 in neuer Fassung erlassene Forstpolizeigesetz von 1879 das Verbot willkürlicher Ausstockung, die Verpflichtung zur Wiederaufforstung holzlos gewordener Waldflächen, das Verbot ordnungswidriger Bewirtschaftung, insbesondere übermäßiger Streunutzung, Maßregeln zur Erhaltung des Waldbestandes in den sogenannten Schutzwaldungen, Verpflichtung zur Anzeige drohender Gefahren durch Naturereignisse oder schädliche Tiere vor. Die Privatbesitzer genießen hiernach fast unbeschränkte Freiheit in der Bewirtschaftung ihrer Waldungen, und es kann auf Grund der langjährigen Erfahrungen festgestellt werden, daß dieser allgemeine Teil des Forstpolizeigesetzes, abgesehen von Gesuchen um Erlaubnis zur Ausstockung, nur in seltenen Fällen zur Anwendung kommt. Die Forstämter haben die Verpflichtung, innerhalb des Bereichs ihres Forstpolizeibezirks die Privatwaldungen in fünfjährigem Umlauf zu visitieren. Aber auch hierbei ergeben sich im großen ganzen wenig Anstände. Denn wirksamer als gesetzliche Vorschriften ist die Erkenntnis des zunehmenden Wertes der Waldungen, wie er sich in den hohen Holzpreisen ausspricht, ist ferner die Neigung der Bevölkerung, das im Staats- und Körperschaftswald gegebene Vorbild zweckmäßiger Waldbehandlung auf den Privatwald zu übertragen. Und wenn die Mittel zur Wiederinstandsetzung heruntergekommener Waldungen fehlen, ist das Endergebnis meist Verkauf solcher Waldflächen an den Staat, die Gemeinde oder an kapitalkräftigere Private. So liegen also in Absicht auf die Privatwaldungen nennenswerte Mißstände nicht vor.

Schlußbetrachtung

Eine die gesamte Forstwirtschaft zusammenfassende Schlußbetrachtung sollte über die Höhe des im Walde verkörperten Volksvermögens, die Größe der gesamten Holznutzung und der aus der Forstwirtschaft fließenden Gelderträge Auskunft geben können. Allein die Berechnung des Kapitalwertes der Waldungen stößt auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Schon eher läßt sich die gesamte Holznutzung schätzen. Die Reichsstatistik zieht sie sogar in den Kreis ihrer Erhebungen; nach den Ergebnissen von 1900 wurde sie auf 2,3 Millionen Festmeter berechnet, wovon auf den Staatswald 944 000, auf den Körperschaftswald 682 000 fm entfielen. Da nun inzwischen, wie oben erwähnt, die Holznutzung im Staatswald auf 1 141 000 und diejenige im Gemeindewald auf 757 000 fm gestiegen ist, so wäre die jetzige Gesamtholzproduktion auf mindestens 2,6 Millionen Festmeter zu veranschlagen.

Hier dürfte auch noch auf die Verwendung des einheimischen Holzes einzugehen und den Zusammenhang zwischen Forstwirtschaft einerseits und Handel, Industrie und Gewerbe andererseits zu beleuchten sein. Württemberg war infolge seines Waldbreitums wie auch infolge der langsamen Entwicklung seiner Industrie von jeher ein holzausführendes Land und ist es heute noch. Während aber bis vor nicht langer Zeit das Stammholz zum großen Teil als unbearbeitetes Rundholz dem Rhein zuwanderte, um dort innerhalb und außerhalb deutschen Gebietes erst verarbeitet zu werden, hat in den letzten 15 Jahren infolge Ausdehnung der einheimischen Sägeindustrie der Rundhollexport immer mehr abgenommen. Noch 1902 wurden 171 000 fm mehr ausgeführt als eingeführt, und schon im Jahre 1911, für welches der letzte statistische Nachweis vorliegt, war die Einfuhr an Rundholz um 19 000 fm größer als die Ausfuhr. Im Verein mit der vermehrten Holzproduktion unseres Landes bedeutet dies einen jetzigen Mehrverbrauch der Sägeindustrie von mindestens 400 000 fm, ein glänzendes Zeugnis für den Stand und den Unternehmungsgeist dieser Industrie. Da die Ausfuhr an Schnittholz im Jahre 1911 nur unbedeutend höher war als 1902, ergibt sich zugleich, daß die Mehrleistung der Sägewerke mit 400 000 fm von dem einheimischen Wohnungsbaugewerbe und der Industrie glatt aufgenommen und verwendet worden ist.

Und nun noch ein Wort über den Geldwert der jährlichen Holzherzeugung, bezüglich dessen man allerdings auf Schätzung angewiesen ist, aber in dem Holzerlös aus Staatswaldungen eine annähernd sichere Grundlage hat. Im Durchschnitt der drei vor dem Kriegeausbruch vorangehenden Wirtschaftsjahre erlöste die Staatsforstverwaltung für ein Festmeter Holz, ineinander gerechnet, 18 M 20 Pf. Legt man für die gesamten Waldungen einen Erlös von 17 M 20 Pf. zugrunde, so berechnet sich die Holzbruttoeinnahme aus den Waldungen Württembergs auf 44,7 Millionen Mark und der gesamte Walbertrag (einschließlich Nebennutzungen) auf 46 Millionen Mark. Stellt man diese Zahlen dem Anfang unseres 25jährigen Zeitraums gegenüber, für welchen die Holzproduktion auf 2,1 Millionen Festmeter, der Durchschnittserlös auf 12 M 40 Pf. und der Bruttoholzertrag auf 26 Millionen Mark zu veranschlagen ist, so ergibt sich das Bild einer großartigen Entwicklung der Forstwirtschaft. Zweifellos ist diese mit zu danken dem kräftigen Aufblühen des gesamten übrigen Erwerbslebens, mit dem sie im Laufe der Zeit in einen viel engeren Zusammenhang getreten ist, so daß man nicht mit Unrecht den jeweiligen Stand der Holzpreise als ein gutes Barometer der wirtschaftlichen Konjunktur bezeichnet. Der Zusammenhang hat sich während der Kriegszeit auch in anderer Richtung dargetan. Abgesehen davon, daß die Forstwirtschaft den normalen Bedarf der Heeresverwaltung im Stellungskampf für Unterstände und Hindernisse, für Holzvolle und Baracken zu decken hat und der Landwirtschaft ungezählte Mengen an Streumaterial und Futter liefert, sind manche Zweige der Industrie nach der Absperrung vom Ausland

mit dem Bezug ihrer Rohstoffe auf den Wald angewiesen, so die Lederindustrie mit dem Gerbstoff, die Papierindustrie mit dem Holzrohstoff und auf die eingeleitete Harzgewinnung warten sehnlichst die Seifen-, Lackwaren-, Papier- und die Munitionsfabriken.

Aber was die oben gegebenen Zahlen an Erfolgen bedeuten, darf die Gegenwart nur zum kleineren Teil sich zurechnen. Wenn ihr auch das Verdienst, der wirtschaftlichen Entwicklung den Puls richtig abgefühlt zu haben, zugesprochen werden muß, so stammen die Früchte, die sie erntet, doch aus einer weit zurückliegenden Tätigkeit. Mehrere Generationen haben daran gearbeitet, sie haben die Holzbestände begründet, in Jahrzehnten gehegt und gepflegt und sie uns als erntereifes Produkt hinterlassen. Und auch in den anderen Errungenschaften des letzten Vierteljahrhunderts stehen wir auf den Schultern der Vergangenheit. Für die lebende Generation handelte es sich darum, diese Errungenschaften auszunutzen. Daneben hat sie freilich auch in Begründung und Pflege der Waldungen ihre Schuldigkeit getan und mit den Mitteln der fortschreitenden Wissenschaft und Wirtschaft die Holzversorgung der kommenden Geschlechter sichergestellt.

Von Schiller wird erzählt, daß er während eines Erholungsaufenthaltes in Ilmenau und dem nahen Gebirge mit Forstleuten zusammentraf, die damit beschäftigt waren, die Wirtschaft eines Forsts in Abtrieb und Anbau für lange Zeiträume zu ordnen; eine Karte lag vor, die das den Forstmännern vorschwebende Bild des Forsts im kommenden Jahrhundert und darüber hinaus wiedergab. Aufmerksam und still betrachtete der Dichter die Hilfsmittel des ordnenden Forstmannes, überschaute bald den Zweck und tat den Ausdruck: „Ich hielt Euch Jäger für gemeine Menschen, deren Taten sich über das Töten des Wildes nicht erheben. Aber Ihr seid groß: Ihr wirkt unbekannt, unbelohnt, frei von des Egoismus Tyrannei, und Eures stillen Fleißes Früchte reifen der späten Nachwelt noch.“

Hoffen wir, daß auch die Arbeit des letzten Vierteljahrhunderts den kommenden Geschlechtern reiche Erfolge bringe:

Pfleget den Wald! Er ist des Wohlstands sichere Quelle,
Schnell verheert ihn die Art, langsam nur wächst er heran.
All unser Schaffen und Tun, die Enkel werden es richten,
Sorgen mit Fleiß wir zur Zeit, daß sie uns rühmen dereinst.

(O. von Riesenthal.)

Quellen:

- Die forstlichen Verhältnisse Württembergs, 1880,
Graner, Die Forstverwaltung Württembergs, 1913.
Zeller, Die forststatistischen Erhebungen in Württemberg, 1902.
Forststatistische Mitteilungen aus Württemberg, 1882—1912.
Statistisches Handbuch für das Königreich Württemberg, 1914.
Denkschrift, betreffend die Einrichtung des Staatsforstdienstes in Württemberg (Verh. der Württ. Kammer d. Abg., 1901).



Die Jagd

Von Hofjagdinspektor Forstmeister Lanz

Einleitung

Die württembergischen Herrscher waren mit wenigen Ausnahmen der Jagd als einem ritterlichen Sport von jeher mit besonderer Vorliebe zugetan. In welchem Maße dies schon bei den ältesten Vorfahren derselben der Fall war, kann, obgleich hierüber keine verbürgten Nachrichten vorliegen, mit ziemlicher Sicherheit daraus geschlossen werden, daß sie gerade jagdliche Abzeichen, nämlich drei Hirschstangen und ein Hifthorn, zu ihrem Wappen erwählten. Von den Herzogen Württembergs seit Graf Eberhard im Bart ist es bekannt, daß sie sämtlich große Jagdliebhaber waren und mehrere derselben als ausübende Jäger zu den deutschen Fürsten gehörten, welche hierin in ihrem Zeitalter ein besonderes Ansehen genossen. Auch König Wilhelm II. ist ein Freund der Jagd und läßt ihr, soweit dies mit der heutigen Bodenkultur vereinbar ist, Schutz und Pflege angedeihen.

Die königlichen Jagdreviere befinden sich im Schönbuch, bei Stuttgart, am Bodensee und im Schwarzwald. Der bedeutendste dieser Hofjagddistrikte ist der Schönbuch. Er liegt etwa 5 Stunden südlich von Stuttgart zwischen den Städten Böblingen, Herrenberg, Tübingen und umfaßt die Staatsreviere Bebenhausen, Entringen, Einsiedel, Herrenberg, Weil im Schönbuch sowie einen Teil von Plattenhardt. Dieselben bilden durch Hinzupachtung von etwa 30 Gemeinde- und einigen Gutsjagden einen geschlossenen Waldjagdkomplex von über 10 000 ha. Dieses Areal wurde zur Verminderung des Wildschadens auf den angrenzenden bäuerlichen Grundstücken zu Dreivierteln mit einem Zaun gegen das Feld abgesperrt. Das Wild hat aber auf zwei Seiten freien Ab- und Zuwechsel,

weshalb der Distrikt Schönbuch als freie Wildbahn anzusprechen ist. Im südöstlichen Teil dieses Waldkomplexes liegt das uralte frühere Zisterzienserkloster Bebenhausen, welches im Jahre 1868 von König Karl zu einem Jagdschloß eingerichtet wurde. Seit dieser Zeit nehmen die Königlichen Majestäten fast jedes Jahr daselbst einen mehrwöchigen Aufenthalt, während dessen der König die Jagd auszuüben pflegt. König Wilhelm bevorzugt hierbei als echter Weidmann die Pirsche auf den Edelhirsch, welche namentlich in der zweiten Hälfte des September, während der Brunstzeit, erfolgreich ist. Er hat von diesem edlen Wilde schon sehr viele, darunter hervorragend kapitale Stücke erlegt. Von Mitte November ab beginnen im Schönbuch die Treibjagden auf Hochwild, zu welchen die Majestäten Anverwandte des Königshauses, fürstliche Gäste, Angehörige des heimischen Adels, die Hofchargen und einige sonstige Herren einzuladen pflegen. Im Jahre 1893 war auch der Deutsche Kaiser einer Einladung des Königs zu den Hofjagden nach Bebenhausen gefolgt. Die Jagden finden an zwölf hintereinanderliegenden Tagen, natürlich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, statt und liefern Strecken von 20 bis 30 Hirschen und 80 bis 100 Stück Rehwild.

Etwas kleiner, ca. 7700 ha umfassend, ist der Hofjagddistrikt Stuttgart. Zu demselben gehört der Rot- und Schwarzwildpark bei der Solitude, die Fasanerie Händtle, der Favoritepark bei Ludwigsburg, ferner in freier Wildbahn 364 ha Hofammerwald, 813 ha Staatswald, 1127 ha Gemeindewald und rund 4500 ha Feldjagd der Gemeinden Ditzingen, Gerlingen, Korntal, Münchingen, Weil im Dorf und Zuffenhausen. Die im Rotwildpark gehaltenen Edelhirsche sowie die Damshausler des Favoriteparkes können bezüglich der Geweihbildung mit den besten Hirschen Deutschlands in Konkurrenz treten. Dies beweisen die Ehrenpreise, welche der König alljährlich auf der großen Berliner Geweihausstellung hierfür erhält. Das Rot- und Damwild wird hauptsächlich auf Pirschfahrten, das Schwarzwild dagegen ausschließlich auf Treibjagden abgeschossen. Ebenso finden in der Fasanerie sowie in der freien Wildbahn des Hofjagddistrikts Stuttgart, welche neben Rehwild einen guten Stand an Fasanen und Hasen aufweist, im Herbst eine Reihe von Treibjagden statt. Zu denselben läßt der König an die Mitglieder des Königlichen Hauses, die Gesandten, die Hofchargen und eine größere Anzahl von Offizieren und Beamten Einladungen ergehen. Diese Jagden gehören zu den besten des Landes, und hat namentlich die am Hubertustag abgehaltene Walddreibjagd bei der Solitude und die Feldjagd auf Hasen bei Ditzingen—Gerlingen einen für das Jägerherz verlockenden Ruf.

Am Bodensee befindet sich in der Umgebung von Friedrichshafen der Hofjagddistrikt Oberschwaben. Den Grundstock desselben bilden Staatswaldungen des Forstamts Tettnang, welche durch Hinzupachtung von Gemeinde- und Gutsjagden zu einem Jagdkomplex von etwa 3300 ha erweitert worden sind. Der König pflegt von Juli bis Ende Oktober im

Schloß Friedrichshafen Aufenthalt zu nehmen und obliegt während dieser Zeit, da ein vorzüglicher Rehwildstand mit sehr guter Gehörnbildung vorhanden ist, gern und mit großem Erfolg der Pirschjagd auf Rehböcke. Mehrere Hundert, meist ausnehmend gute Rehgeweide, welche der hohe Weidmann hier geschossen hat, legen ein beredtes Zeugnis hiervon ab.

Im Schwarzwald sind in den Staatsrevieren Baiersbronn, Hoffstett, Klosterreichenbach und Obertal die besten Auerhahnbalzplätze für die königliche Hofjagd gepachtet. Der König besuchte in früheren Jahren regelmäßig die Balzplätze auf dem Kniebis, zum letztenmal im Jahre 1907 mit seinem hohen Gaste, dem Großherzog von Mecklenburg-Strelitz. Nachdem aber nunmehr seit den letzten zehn Jahren die Auerhahnbalz im Schönbuch ganz gut geworden ist, bevorzugt König Wilhelm diesen Jagddistrikt, der von Stuttgart aus leichter erreicht werden kann.

Im Gegensatz zur Jetztzeit, in welcher das Hofjagdgebiet verhältnismäßig klein geworden ist und zumeist aus gepachteten Jagden besteht, befand sich unter der Regierung der Herzöge die Jagd, insbesondere die hohe Jagd, entsprechend der Rechtsanschauung damaliger Zeit, daß das Jagdrecht ein Ausfluß der Hoheitsrechte sei, im größten Teil des Landes in der Hand des jeweiligen Regenten. Von dem Adel, den Klöstern und den Untertanen durfte in dem herrschaftlichen Jagdgebiet — dem Forst — meist nur die niedere Jagd, und auch diese nur aus besonderer Vergünstigung, ausgeübt werden. Hierzu sei angefügt, daß man heutzutage das Rot-, Dam-, Schwarzwild und den Auerhahn zur hohen Jagd rechnet, während früher auch noch der Fasan, der Birkhahn und verschiedene andere Vogelarten als Vertreter derselben galten. Alles übrige Nutzwild gehörte zur niederen Jagd. Erst König Wilhelm I. hat im Jahre 1848 das früher einen Bestandteil der Krondotation bildende Jagdrecht des Regenten in Staatswaldungen der Staatsfinanzverwaltung übertragen. Im Gegensatz zum Forst stand in den Freipirschgebieten, deren es mehrere in Württemberg gab, das gleiche Jagdrecht teils allen Insassen, teils einer Mehrheit derselben zu. Diese jagdrechtlichen Verhältnisse früherer Zeit waren in ihren Einzelheiten so vielgestaltig und haben so zahlreiche Änderungen erfahren, daß sie hier nur angedeutet werden können. Wer sich über dieselben eingehender zu unterrichten wünscht, findet hierzu Gelegenheit in dem Werke „Das Jagdwesen in Württemberg unter den Herzogen“ von Freiherrn von Wagner.

Die jagdbaren Tiere

Eine allgemein gültige Begriffsbestimmung für dieselben gibt es nicht, da in Deutschland fast jeder Bundesstaat hierüber anderer Ansicht ist. Die württembergische Jagdgesetzgebung führt die jagdbaren Tiere nicht nach Arten auf, wie dies beispielsweise in Preußen, Bayern und Baden der

Fall ist. Auf Grund der nachher genannten jagdgesetzlichen Bestimmungen und der seither üblichen Praxis können als „jagdbar“ gelten:

Vom Haarwild: das Rot-, Dam-, Schwarz-, Rehwild, der Gase, die Raubtiere, auch Gemse und Biber, wenn sie sich zu uns verirren.

Vom Federwild: das Auer-, Birk-, Haselwild, Fasan, Rebhuhn, Wachtel, Wildtauben, Wildenten, Schnepfen, Bekassinen. Außerdem alle übrigen wildlebenden Hühner-, Wasser- und Sumpfvögel sowie die Raubvögel, mit Ausnahme derjenigen, welche durch eine gesetzliche Bestimmung das ganze Jahr über geschützt sind.

Das Rotwild ist von jeher in Württemberg heimisch und kam bis Ende des 18. Jahrhunderts in den meisten Landesteilen vor. Am zahlreichsten war es zu allen Zeiten im Schönbuch und seinen Ausläufern bis Leonberg vertreten, weshalb derselbe früher „die Mutter alles Wildbrets“ genannt wurde. Dort haben alle Regenten Württembergs seit 1348 die Jagd auf den Edelhirsch ausgeübt und dort vermochte auch die jagdliche Mißwirtschaft des Jahres 1848 dieses edle Wild nicht auszurotten, während es damals in den übrigen Teilen des Landes mit wenigen Ausnahmen seinen Untergang fand. Zu diesen Ausnahmen gehört die Aalegg und der Aalbuch mit einem heutzutage kaum nennenswerten Bestande, sodann der Schwarzwald zwischen Freudenstadt und Neuenbürg, welcher dort teils stärker, teils schwächer mit Rotwild besetzt ist.

Das Damwild wurde bei uns im 16. Jahrhundert eingeführt. Schon zur Zeit Herzog Christophs finden wir es „in Parken gehalten“ erwähnt, in die freie Wildbahn hat es wahrscheinlich erst Eberhard III. verpflanzt. Es war im 16. Jahrhundert in den Waldungen zwischen Ludwigsburg und Böblingen zahlreich vertreten, heute kommt es noch im Schönbuch, im Leonberger und Gerlinger Wald in geringer Anzahl vor.

Das Schwarzwild war früher in Württemberg allgemein verbreitet. Hauptsächlich der Schönbuch und die angrenzenden Waldungen bis vor die Tore Stuttgarts beherbergten gewaltige Mengen dieses Wildes. So wurden beispielsweise allein im Leonberger Forst während der Jahre 1770—1790 10 414 Wildschweine erlegt. Nach dem Jahre 1850 kann der ursprüngliche Stand desselben als ausgerottet gelten, da die später auftretenden Exemplare ohne Zweifel teils aus den Vogesen, teils aus dem Odenwald eingewandert sind. Die bedeutendste dieser Einwanderungen fand im Jahre 1881 im Schönbuch und einigen Teilen des Schwarzwaldes statt. Sie hielt bis 1886 an. Eine zweite folgte im Stromberg von 1901/02. Wegen des großen Schadens, den das Schwarzwild der Landwirtschaft zufügt, soll dasselbe nach Art. 12/3 des Jagdgesetzes außerhalb der Tiergärten ausgerottet werden.

Das Rehwild kam zu allen Zeiten und kommt heute noch in den meisten württembergischen Waldungen vor, und zwar jetzt vielfach weit zahlreicher als in früheren Jahrhunderten, da ihm die vielen Raubtiere starken Abbruch

taten und das zahlreiche Rot- und Schwarzwild seine Daseinsbedingungen beeinträchtigten. Hierdurch ist es Gemeingut aller Volkskreise geworden und erfreut sich wegen seiner zierlichen Erscheinung besonderer Beliebtheit. Hinsichtlich seiner Körperstärke und Geweihbildung lassen sich in einigen Landesteilen wesentliche Unterschiede feststellen, die mit den geologischen Formationen im Zusammenhang stehen. Jura, Muschelkalk und Diluvium erzeugen stärkeren Körperbau und bessere Geweihe.

Der Hase, wer kennt ihn nicht, dieses verbreitetste Wild unseres Landes? In Oberschwaben, im Schwarzwald, auf der Alb und im südlichen Teile des Jagstkreises ist er zwar nur schwach vertreten, denn diese Landesteile bieten nicht die Lebensbedingungen, welche Meister Lampe liebt. Er bevorzugt sandhaltige, sich leicht erwärmende Böden sowie Gegenden mit vorwiegendem Getreide-, Rüben- und Weinbau. Dementsprechend treffen wir ihn in großer Zahl nur im Neckarkreis zwischen Stuttgart und Heilbronn, stellenweise auch im Hohenlohischen. Da können von 20 Schützen einige hundert, ja bis zu tausend Stück an einem Tag auf der Treibjagd geschossen werden.

Das Raubwild. Der Bär wurde im 17. Jahrhundert ausgerottet, der letzte Wolf in Württemberg 1840, der letzte Luchs 1846 geschossen. Der Fischotter und die Wildkatze, vor nicht langer Zeit hierzulande noch häufig, sind jetzt infolge Zerstörung ihrer Aufenthaltsorte und starker Verfolgung sehr selten geworden. Fast das gleiche läßt sich vom Edelmarder sagen. Überall, aber in mäßiger Zahl, findet sich noch der Dachs, der Steinmarder und der Iltis, zahlreich ist nur der Fuchs, das große und kleine Wiesel vertreten.

Das Auerwild ist seit den letzten 25 Jahren wieder in vielen Landesteilen heimisch geworden, in welchen jahrhundertlang keine Spur mehr von ihm vorhanden war. Bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts kam dasselbe im größten Teile Württembergs vor. Aus dem Jahre 1738 stammt die letzte Aufzeichnung hierüber, von da ab scheint es auf den Schwarzwald beschränkt gewesen zu sein. Von dorthier begann in den 1890er Jahren eine Einwanderung, zunächst in den Rottenburger Stadtwald, dann 1897 in den Schönbuch. Bald darauf trat es schon in den Waldungen bei Vaihingen a. F., Leonberg und Gerlingen auf. Heute finden wir es außerdem, allerdings vereinzelt, bei Heilbronn, Hall, Ellwangen, im Hohenlohischen und noch in manchen anderen Landesteilen. Diese Ausbreitung ist um so erfreulicher, als der gewaltige Urvogel nicht nur eine schöne Zierde der Wälder bildet, sondern auch so gut wie keinen Schaden anrichtet.

Etwas seltener findet sich bei uns das Birkwild vertreten. Es liebt nicht, wie der Auerhahn, große, zusammenhängende Waldungen, sondern Abwechslung von Wald und Feld und bevorzugt Moorlandschaften. Deshalb kommt dasselbe zahlreich nur in den Torfmooren Oberschwabens, sonst ganz vereinzelt vor. Das Haselhuhn lebt als Standwild im Schwarzwald, auf der Alb und ihren Ausläufern, tritt im übrigen da und dort als Gast auf.

Allgemein verbreitet ist dagegen das Rebhuhn, in Gegenden mit großer Feldfläche zahlreich, in bewaldeten Teilen selten. An Zahl sehr zurückgegangen sind in den letzten Jahrzehnten die Wachteln, so zwar, daß ihnen die Ausrottung droht, wenn sie nicht ganz geschont werden. Ein Fremdling in unserer Fauna ist der Fasan. Er stammt aus Asien und wurde in Württemberg wahrscheinlich erst durch Herzog Eberhard III. in die freie Wildbahn verbracht. Seit etwa zwanzig Jahren hat sich die gewöhnlichste Art desselben, der Kupferfasan, im Lande weit verbreitet. Auch sein schönster Vertreter, der Königsfasan, mit dem prächtigen, bis zu 1,4 m langen Stoß (Schwanz) gewinnt erfreulicherweise mehr und mehr an Ausdehnung. Ersterer bevorzugt als Aufenthaltsort den Waldrand und das Feld, letzterer das Innere großer Laubwälder. Von den übrigen jagdbaren Vögeln kommen die Wildtauben (Ringel-, Hohl-, Turteltaube), die Wildenten (Stock-, Rrickente), die Waldschnepfe und die Bekassine überall da, wo für ihr Fortkommen günstige Verhältnisse bestehen, in mäßiger Zahl vor. Was sonst noch zu den jagdbaren Vögeln gehört, sind in Württemberg seltene Gäste. Sie können wegen der sehr großen Anzahl hier nur namentlich aufgeführt werden: Schneehuhn, Steinhuhn, wildes Truthuhn, Steppenhuhn, Trappen, Taucher, Säuer, fremde Entenarten, Wildgänse, wilde Schwäne, Kormoran, Möwen (mit Ausnahme der Lachmöwe), Seeschwalben, Wasserhühner, Kranich, sonstige schnepfenartige Vögel, Brachvogel, Reiher, Uhu, Adler (m. A. der Schrei- und Seeadler), Falken (m. A. des Turmfalken), Weihen, Geier, Habicht, Sperber. Die beiden letzteren Arten sind nicht selten.

Die Jagdarten

haben im Laufe der Zeiten verschiedene Wandlungen durchgemacht. Vor und noch zu Beginn der Herzogszeit wurden die starken Wildarten unter Beihilfe von Hunden mit dem Jagdspeer (Eberspieß, Saufeder) angegriffen und erlegt. So hielt sich Herzog Ulrich (1499—1550), der ein besonders eifriger und kühner Jäger war, zu diesem Zweck über 2000 Jagdhunde. Daneben war das Fangen des Wildes in Gruben; Schlingen und Netzen eine besonders beliebte Jagdmethode. Außerdem wurde das Beizen mit dem Jagdfalken fleißig geübt. Später kam das Schießen mit der Armbrust, dann mit dem Feuergewehr in Schwung. Schon zur Zeit Herzog Ludwigs (1568—1593) tritt eine Art Treibjagd unter Verwendung von Jagdgarnen und Tüchern in die Erscheinung, welche allmählich in die eingestellten Jagen — einen Massenabschuß — überging. Letzterer wurde unter Eberhard Ludwig (1677 bis 1733) und Karl Eugen (1737—1793) mit großem Prunke, einmal unter Zuhilfenahme von mehr als 20 000 Treibern, in Szene gesetzt. Unter Eberhard Ludwig fand auch die aus Frankreich stammende Parforcejagd — ein Hetzen des Wildes mit einer Hundemeute, welcher die Jäger zu Pferd folgen — bei uns Eingang.

In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts beginnen diejenigen Jagdarten, welche heute noch üblich sind: Pirsche, Anstand, Suchjagd, Lockjagd, Kiegeln, Treibjagd. Die zwei zuerst genannten Arten finden hauptsächlich auf den Hirsch, Rehbock, Auer- und Birkhahn Anwendung, wobei die Brunst- bzw. Balzzeit dieses Wildes vom Jäger besonders ausgenutzt wird. Hasen, Fasanen, Rebhühner, Wachteln, Wildenten, Schnepfen, Bekassinen werden mit dem Hühnerhunde, welcher sie aufsucht und vorstehen soll, gejagt (Suchjagd). Soweit dies im Walde geschieht, heißt man die Suchjagd „Buschieren“. Das Raubwild wird entweder in Fallen (Kastenfallen, Tellereisen, Schwanenhals) gefangen oder unter Verwendung von Hunden im Bau aufgestöbert, gegraben und geschossen. Unter Lockjagd versteht man das Herbeilocken des Wildes durch Nachahmung einer Tierstimme. Sie findet Verwendung auf den Hirsch, Rehbock, Fuchs, Wiesel, Birk- und Haselhahn, die Wildtauben. Das Kiegeln besteht in dem leisen Durchdrücken eines Walzteiles durch einen oder mehrere Treiber, welche das Wild auf den Stand des Jägers hinzulocken suchen. Fast auf alle Wildarten wird die Treibjagd angewendet, bei welcher man ein Wald- oder Feldstück mit Schützen umstellt und das Wild durch eine größere Anzahl von Treibern denselben zuzujagen sucht. Hierbei gibt es einzelne Plätze, auf welchen das Wild mit Vorliebe ausbricht, z. B. beim Rotwild den Rückwechsel, aber keine in jedem Falle sicheren Stände. Eine besondere Art der Treibjagd bildet das Kesseltreiben, der böhmische Trieb und die Treibjagd unter Verwendung von Lappen.

Das Vergiften des Wildes sowie das Fangen in Schlingen gilt als unweidmännisch und ist überdies gesetzlich verboten. Von dem weidgerechten Jäger wird das Hoch-, Dam-, Schwarzwild sowie der Rehbock auf Pirsche und Anstand nur mit der Kugel, nicht mit Schrot geschossen.

Ein unentbehrlicher Gehilfe bei der Jagd ist der Jagdhund, welcher benutzt wird als Vorstehhund, um das gesunde, als Schweißhund das kranke Wild aufzusuchen, als Stöberhund, um das Wild aus einer Dickung, als Erdhund aus dem Bau herauszujagen, als Apportierhund, um ein getötetes oder angeschossenes Stück dem Jäger zu bringen. Die hierzu bei uns am häufigsten verwendeten Hunderassen werden eingeteilt in: Schweißhunde, deutsche (lang-, kurz-, stichelhaarige) Vorstehhunde, kurz-, lang-, rauhhaarige Dachshunde.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Jagd*)

Es ist ohne Zweifel berechtigt, von einer volkswirtschaftlichen Bedeutung der Jagd zu sprechen, dagegen muß vor einseitiger Überhebung derselben gewarnt werden. In Württemberg gibt es außer für die Staatswaldungen

*) Wer sich über die jetzt geltende Jagdpolizei und das Jagdrecht eingehend unterrichten will, lese das Handwörterbuch der württembergischen Verwaltung von Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Haller S. 415—422 nach.

keine statistischen Aufzeichnungen hierüber, deshalb können die für sie in Betracht kommenden Faktoren nur kurze Erwähnung finden: 1. die Größe des Jagdgebietes (Staats-, Gemeinde-, Privatjagden) und die durch Verpachtung desselben erzielten Pachtzinse. 2. Der jährliche Wildanfall, nach Art und Zahl geordnet, sowie der Geldwert desselben. Er ist auf die Fleischversorgung des Landes von Einfluß, ferner gilt das Wildbret als eine besonders gesunde und schmackhafte Nahrung. 3. Die durch die Jagd besoldeten Beamten und beschäftigten Arbeiter. Zahl derselben und Gesamthöhe des Einkommens. 4. Die Staatseinnahmen aus Jagdkarten, Jagdsporel, Jagdhundesteuer. 5. Die Gewerbe, welche durch die Jagd Beschäftigung erhalten. Hierfür kommt in Betracht der Verbrauch von Jagdwaffen, Munition, Ausrüstungsgegenständen, Futtermitteln, ferner die Industrie für Pelz- und Filzwaren, Geweihmöbel und sonstige Geweihgegenstände. 6. Die Beeinflussung des Grundwertes durch die Jagd. Der Preis des landwirtschaftlich weniger wertvollen Grund und Bodens wird durch sie erhöht. 7. Die Jagd ist ein Mittel zur Erholung und Stärkung der Gesundheit des einzelnen, sie fördert die Kriegstüchtigkeit eines Volkes, indem durch dieselbe die angestregten Nerven gebessert, der Wille und die Entschlußfähigkeit gestählt, die Sinne geschärft werden. 8. Sie trägt zur Erhaltung der Naturschönheit bei, da eine weidmännisch betriebene Jagd das Wild schon und der Allgemeinheit zur Freude erhält. Ein Wald ohne Wild würde dem deutschen Volkscharakter widerstreben. 9. Der Wildschaden bedeutet, wenn er in erheblichem Maße auftritt, eine Schwächung des Volksvermögens. Derselbe ist daher möglichst zu vermeiden, indem der Wildstand nach Art und Zahl der Bodenkultur angepaßt wird. Wenn ein wesentlicher Wildschaden angerichtet wurde, so muß derselbe vom Jagdberechtigten in hinreichendem Maße ersetzt werden.

Auf dieser Grundlage wird die Jagd ihre Berechtigung auch im modernen volkswirtschaftlichen Haushalte behalten. Dies ist um so mehr der Fall, als das Wild und die Jagd zur Volksernährung und Gesundheit, zur Förderung von Gewerbe und Handel sowie zur Naturschönheit wesentlich beitragen und deshalb beachtenswerte Faktoren des Nationalkapitals sind.

Quellen:

Jehr. v. Wagner, Das Jagdwesen in Württemberg unter den Herzogen.
Dr. Galler, Handwörterbuch der württembergischen Verwaltung.

Fischerei

Von Dr. H. Sieglin, Professor a. D., Landesfischereisachverständiger

Jahrhundertlang galt Fischerei als gleichbedeutend mit Fischfang. Die Tätigkeit der Fischer bestand ausschließlich darin, die ohne ihr Zutun in den Bächen, Flüssen und Seen entstandenen Fische in ihre Gewalt zu bekommen. Die allerersten, vorsichtigen Versuche einer intensiveren Bewirtschaftung unserer Gewässer wurden in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts gemacht, so daß die gewaltige Umwälzung des gesamten Fischereiwesens in Württemberg sich erst in den letzten 60 Jahren vollzogen hat.

Unserem König Wilhelm I., dem großen Freund und Kenner aller Zweige der Tierzucht, gebührt in erster Linie das Verdienst, mit Scharfblick die volkswirtschaftliche Bedeutung der Fischzucht erkannt zu haben. Als er davon gehört hatte, daß es einfachen Fischern in den Vogesen gelungen sei, aus künstlich befruchteten Forelleneiern kräftige Brut zu erzielen, entsandte er den Professor Dr. von Rueff in Hohenheim nach Frankreich mit dem Auftrag, diese Massenvermehrung der Fische in Verbindung mit Schutzbrütung kennen zu lernen und in Württemberg einzuführen. Auf Rueffs Rat wurde dann mit einem Aufwand von 799 fl. 12 kr. am Monrepossee bei Ludwigsburg eine Forellenbrutanstalt errichtet, und als diese kurz darauf durch Hochwasser zerstört worden war, gelang es im Frühjahr 1856, an dem laufenden Brunnen des Gestüts Scharnhausen die erste Forellenbrut nach der neuen Methode zu erzielen. Sie wurde in den nahen Röschbach eingeseht und gedieh hier zur Freude des Königs prächtig. Da auf Grund weiterer praktischer Erfahrungen in den folgenden Jahren die Ausbeute auf 50—80 % stieg, während in der freien Natur nur einige wenige Prozente der Eier Fische liefern, erhielt auch die kgl. Zentralstelle für die Landwirtschaft den Auftrag zur Förderung der künstlichen Fischzucht. In ihren Rechnungen erscheint erstmals im Jahre 1861 ein Aufwand von 24 fl. 46 kr. für diesen Zweck. Vom Jahr 1863 an ließ sie künstlich befruchtete, angebrütete Forelleneier aus Bayern kommen, um sie kostenlos oder zu ermäßigten Preisen an Liebhaber abzugeben. Auch wurden staatliche Preise für die Aufstellung von Brutapparaten und Anlage von Teichen ausgelobt. So entstanden bis Rueffs Tod im Jahre 1885 in verschiedenen Landesteilen kleine Brutanstalten, die allerdings von meist nur kurzer Dauer waren und immer ganz wenige tausend aus Bayern bezogene Forelleneier vollends

ausbrüteten. Die erzielte Brut wurde dann in die nächsten Bäche eingeseht und sich selbst überlassen. Brutfütterung kannte man damals noch nicht. So blieb bis zum Jahre 1885 die künstliche Fischzucht mehr oder weniger eine Spielerei und erlangte nirgends im Lande wirtschaftliche Bedeutung.

Der gewaltige Aufschwung des Fischereiwesens in Württemberg ist hauptsächlich zurückzuführen auf das Zusammenwirken folgender vier Umstände: 1. die Einführung der künstlichen Fütterung von Brut und Fischen; 2. die Anlage leistungsfähiger Fischzuchtanstalten mit zweckmäßigen Aufzuchtteichen für die verschiedenen Altersklassen; 3. die Einbürgerung einer Anzahl wertvoller fremder Ruffischarten; 4. die Gründung von Orts- und Bezirksfischereivereinen in allen Landesteilen und ihr Zusammenschluß zu einem Landesverein.

Die Beschaffung von geeignetem Futter für die junge, zarte Forellenbrut bereitete anfangs große Schwierigkeiten. Zuerst suchte man lebendes Futter, wie es die Brut in den Bächen aufzunehmen pflegt, zu erzielen durch Züchtung von Flohkrebse, Hüpferlingen, Wasserflöhen und Muscheltrebschen in Gruben und Gräben oder, da die massenhafte Vermehrung dieser Futtertierchen in unserem Klima im Freien nicht früh genug eintritt, in Fässern und anderen Behältern, die in Viehställen oder in geheizten Räumen aufgestellt wurden. Erst allmählich erlernten unsere Züchter die unschädliche Verfütterung von feinst verteilter Milz, Leber und Hirn, neben gekochten Geflügeleiern, Dickmilch und geronnenem Blut an die Brut, und die Verfütterung von Schlachthausabfällen (Tragsäcke, ungeborene Tiere, Hoden usw.) nebst Pferde- und Fischfleisch in gekochtem und zerkleinertem Zustand sowie Schnecken, Würmern usw. an ältere Fische. Diese Fütterungsmethode hat sich so bewährt, daß in Württemberg (wie wohl in keinem anderen Land) bis zum Beginn des Krieges von fast sämtlichen städtischen Schlachthäusern derartige Abfälle und von der Fleischbeschau beanstandete Tiere und Teile von solchen, deren Vernichtung durch Feuer früher allgemein üblich gewesen war, an Fischzuchtanstalten zu mäßigen Preisen abgegeben wurden. Dabei hat sich nie ein Anstand ergeben, da die meisten Infektionserreger und Scharozer warmblütiger Tiere für Fische glücklicherweise unschädlich sind. Die als Fischfutter in Betracht kommenden Schlachthausabfälle enthalten nach Menge und Beschaffenheit alle zum Aufbau des Fischkörpers nötigen Stoffe mit alleiniger Ausnahme des phosphorsauren Kalkes, da das an solchem besonders reiche Knochengerüst der Warmblüter auch in feinst zerkleinerter Form sich als Fischfutter nicht eignet. Dagegen hat sich für alle unsere Salmoniden- und Cypridinenarten eine Beigabe von Fischmehl vorzüglich bewährt; auch von solchem, das vorwiegend aus getrockneten und ganz fein gemahlenen Seefischköpfen hergestellt wird. Letztere eignen sich für diesen Zweck sogar besonders gut, weil sie zwar viel

phosphorsauren Kalk, dagegen wenig Fett enthalten, und der Verdauungsapparat der Fische auf die Verarbeitung eines fettreichen Futters nicht eingerichtet ist. Gegen den Bezug von Fischmehl, das insofern ebenfalls aus Abfällen bereitet wird, als bis vor wenigen Jahren die von den frisch-gefangenen großen Seefischen abgeschnittenen Köpfe stets sofort über Bord geworfen wurden, hatten manche württembergische Züchter das Bedenken, daß er durch den hohen Stückguttarif zu sehr verteuert wird und daß häufig Verfälschungen mit minderwertigen Stoffen (Kadavermehl), die der einzelne Besteller nicht leicht nachweisen kann, vorkommen. Es wurde daher im Jahre 1914 die Württembergische Fischerei-Ein- und Verkaufs-Genossenschaft e. G. m. b. H. in Stuttgart ins Leben gerufen, der sich schon über 70 Fischzüchter aus Württemberg und Hohenzollern angeschlossen haben. Sie bezieht die Futtermittel waggonweise bis Stuttgart, sorgt für ihre chemische und bakteriologische Untersuchung und läßt sie als Stückgüter den Bestellern zugehen. Dadurch werden die Nachteile unserer geographischen Lage wesentlich vermindert und unsere Fischzüchter in den Stand gesetzt, mit ihren norddeutschen Berufsgenossen, denen billige kleine Hochseefische, Fischrogen, Garnelen usw., in frischem Zustand zur Verfügung stehen, zu konkurrieren.

Erst nachdem es durch viele systematische Versuche gelungen war, leicht erhältliche Futtermittel ausfindig zu machen, konnte daran gedacht werden, zur Anlage größerer Fischzuchtanstalten aufzufordern. Dies geschah hauptsächlich in 7 je dreitägigen theoretisch-praktischen Fischereikursen, die mit finanzieller Unterstützung der Kgl. Zentralstelle für die Landwirtschaft in Hohenheim durch den Landesfischereisachverständigen unter Mitwirkung des Professor Dr. Klunzinger vom Jahr 1894 an, anfangs alljährlich und später in jedem zweiten Jahr, abgehalten und dann vom Württembergischen Landesfischereiverein in Tübingen und Hall in ähnlicher Weise fortgesetzt wurden. In jeder der daraufhin entstandenen neuen Zuchtanstalten werden mehrere hunderttausend Eier künstlich befruchtet und die Brut vom Verschwinden des Dottersacks an so reichlich gefüttert, daß die Forellen schon im Alter von 18 bis 20 Monaten das marktfähige Mindestmaß von 20 cm erreichen. Nebenbei können große Mengen freßfähiger Brut sowie von halb- und einjährigen Sehlungen an die Besitzer und Pächter von Forellentümpeln zu mäßigen Preisen abgegeben werden. Von dieser günstigen Bezugsgelegenheit wurde denn auch mehr und mehr Gebrauch gemacht, und insofern haben diese großen modernen Fischzuchtanstalten zur Steigerung der Fischerträge im ganzen Land wesentlich beigetragen. Während, wie erwähnt, die wenigen tausend Forelleneier, die in der ersten Hälfte der achtziger Jahre bei uns ausgebrütet wurden, größtenteils aus Bayern bezogen werden mußten, deckt Württemberg seit einer Reihe von Jahren nicht nur seinen eigenen großen Bedarf an Besatzfischen, sondern liefert sehr

bedeutende Mengen von Fischeiern, Fischbrut, Setzlingen aller Art und Speisefischen anderen, zum Teil recht entfernten Ländern.

Die Möglichkeit, Besatzfische billig und von guter Beschaffenheit in der Nähe zu bekommen, hat eine besonders große Bedeutung erlangt für eine Reihe einheimischer Bäche (namentlich im Unterland), in denen wegen Mangels an Laichstellen früher keine Forellen vorkamen, wo solche aber recht wohl gedeihen, wenn sie als Brut oder Halbjährige eingesetzt werden. Für derartige Bäche werden jetzt nahezu ebenso hohe Pachtpreise bezahlt wie für alte Forellengewässer, während noch vor 20 Jahren lange Strecken für jährlich 20—50 Pf. zu pachten waren. Der Hauptvorteil der neuen Art von Aufzuchtteichen mit starker Wasserströmung liegt aber darin, daß sie sehr dicht besetzt werden können. Die mittelalterlichen großen und tiefen Klosterteiche pflegte man so zu besetzen, daß auf 1 a Wasserfläche 3—5 Fische kamen, und in 1 km bester Forellenbäche befinden sich unter natürlichen Verhältnissen meist nur etwa 2000—3000 Fische — in beiden Fällen ohne künstliche Fütterung. In den jetzigen schmalen Aufzuchtteichen kommen dagegen auf 1 qm Wasserfläche 50—60, sogar nicht selten 100 Forellen. Dadurch wird es möglich, von 1 ha Wasserfläche jährlich Fische im Wert von 25 000 bis 30 000 M zu verkaufen. Es ist das ein Rohertrag, wie er nicht leicht durch eine andere landwirtschaftliche Produktion erzielt werden kann und den Vorzug besitzt, daß er von Witterungsverhältnissen ziemlich unabhängig ist, sowie daß die Geschäftsunkosten prozentisch nicht sehr ins Gewicht fallen. Wenn die Zahl solcher leistungsfähiger Fischzuchtanstalten sich von Jahr zu Jahr vermehrt, so ist dies auch dem Umstand zu verdanken, daß die vier Rgl. Kulturinspektionen des Landes durch den Erlaß der Rgl. Zentralstelle für die Landwirtschaft vom 20. November 1911 ermächtigt worden sind, Pläne für derartige Anlagen auszuarbeiten und deren Ausführung durch ihr technisches Personal auf Wunsch überwachen zu lassen.

Württemberg ist nicht gerade reich an besseren Fischarten. Unsere kühlen Gebirgsbäche waren früher ausschließlich mit Bachforellen bevölkert. Ihnen schließen sich die Äschen da an, wo die Bäche geringeres Gefälle und wärmeres Wasser haben. Sodann haben wir in jedem Hauptwassergebiet eine Riesensalmonidenart, die 20—25 kg schwer und 75—100 cm lang wird: in der Donau den Huchen, im Neckar den aus dem Rhein immer seltener aufsteigenden Lachs und im Bodensee (neben dem wirtschaftlich bedeutungslosen Seesaibling) die Seeforelle, die zum Laichen im Herbst in den Oberrhein aufsteigt. Es lag deshalb nahe, die Einbürgerung weiterer Edelfischarten zu versuchen. Der Berichtersteller bezog daher für eigene Rechnung und ohne staatliche Beihilfe im Winter 1885/86 unter anderem je 2000 Eier der kalifornischen Regenbogenforelle und des amerikanischen Bachsaiblings, die in Hohenheim mit Erfolg ausgebrütet wurden. Erstere mehr

für Teiche und Flüsse, letztere für kalte Quellbäche. Beide stehen der Forelle hinsichtlich der Schmachthaftigkeit des Fleisches unter gleichen Aufzuchtbedingungen nicht nach, übertreffen sie aber in bezug auf Anspruchslosigkeit, schöne Färbung und Schnellwüchsigkeit. Sie haben daher rasch Verbreitung gefunden und wurden schon bald in größerer Zahl gezüchtet als die 6 einheimischen Salmonidenarten. Es ist das ein Vorgang, wie er bis jetzt von keinem anderen Gebiet der Tierzucht bzw. Zoologie bekannt geworden ist. Nach den Ermittlungen des Württembergischen Landesfischereivereins sind in Württemberg ausgebrütet worden in den Jahren 1912/14 Eier von

Bachforellen	8 180 500	Regenbogenforellen . .	14 394 500
Äschen	9 000	Bachsaiblingen	5 979 400
	Zus. 8 189 500		Zus. 20 373 900

Namentlich die Einführung der Regenbogenforelle hat hauptsächlich zur Anlage großer Fischzüchtereien mit Aufzuchtteichen Veranlassung gegeben, da sie sich nicht nur mit totem Futter begnügt, sondern auch eine sehr dichte Besetzung der Teiche und Transportfässer erträgt. Ohne ihre Massenerzeugung wäre es nicht möglich gewesen, während des Krieges die Märkte an zwei fleischlosen Wochentagen genügend zu versorgen und außerdem Lazaretten und Erholungsstätten so viele Fische zu spenden. Auch mit verschiedenen Arten von Mittelfischen wurden die heimischen Gewässer bevölkert. So kam früher der Aal im ganzen Stromgebiet der Donau nicht vor. Seit dem Jahre 1884 wurde in die württembergische Donaustrasse mit bestem Erfolg italienische und später englische Aalbrut eingesetzt. In Hohenheim wurden die ersten aus Galizien bezogenen Zandererier, russischen Maräneneier, ferner amerikanische Forellenbarsche und Schwarzbarsche usw. ausgebrütet. Eine württembergische Zanderzuchtstation liefert seitdem alljährlich Zanderjährlinge, die in unseren tieferen Flußstrecken sowie im Bodensee prächtig gedeihen.

Besondere Erwähnung verdient die Entwicklung der Bodenseefischerei. Noch in den achtziger Jahren wohnten an dem etwa 22 km langen württembergischen Bodenseeufer nur 3 Fischer, die ihre bescheidenen Fangergebnisse zum größten Teil hausierend absetzten und genötigt waren, den Überschuß nach Glücksfängen an Fischhändler jenseits des Sees für Schleuderpreise zu liefern. Heute finden vom württembergischen Ufer aus auf der gleichen Wasserfläche über 60 Fischerfamilien ihr gutes Auskommen; ein großer Teil derselben hat eine Verkaufsgenossenschaft in Friedrichshafen gegründet, außerdem werden alle Bodenseefische von zwei unternehmungslustigen und leistungsfähigen, mit Röhleinrichtungen versehenen Fischhandlungen am württembergischen Ufer gerne gekauft und weithin verschickt. Wie ist nun diese Steigerung des Ertrags um etwa das Zwanzigfache in drei Jahrzehnten zu erklären? Die wichtigsten einheimischen Bodenseefische sind die verschiedenen Felchenarten (Blau-, Silber- und Kropffelchen, sowie

Gangfische), von denen früher allgemein angenommen wurde, daß sie künstlich nicht vermehrt werden können, weil sie meist in den Netzen absterben und nur tot in die Hände der Fischer kommen. Auf Grund von Spermatozoenuntersuchungen wagte es der Landesfischereisachverständige trotzdem, vom Winter 1884/85 an Versuche mit künstlicher Vermehrung zu machen, die zuerst am württembergischen Ufer zu Erfolgen führten. Mit allerhöchster Genehmigung des Königs wurde daher im Kgl. Schloßgarten in Friedrichshafen eine Felchenbrutanstalt errichtet und von dieser dem See eine von Jahr zu Jahr sich steigende Brutmenge zugeführt. Allmählich folgten diesem Beispiel die übrigen Bodenseeuerstaaten, und nachdem in Langenargen eine zweite staatliche Anstalt ins Leben gerufen worden war, konnten im Winter 1915/16 am württembergischen Ufer 20 639 000 und in sämtlichen etwa 12 Anstalten am See gegen 100 Millionen Eier ausgebrütet werden. Dementsprechend steigerten sich auch die Fangergebnisse namentlich der Blaufelchen immer mehr. Allein von dieser Fischart wurden an das württembergische Ufer gebracht:

im Jahr 1909	55 409 Stück	im Wert von	49 933 M
" " 1910	58 857	" " " "	48 763 M
" " 1911	66 505	" " " "	58 311 M
" " 1912	79 500	" " " "	67 750 M
" " 1913	183 511	" " " "	90 726 M
" " 1914	186 279	" " " "	64 888 M
" " 1915	104 653	" " " "	46 983 M

Die bedauerliche Unterbrechung des Aufstiegs erklärt sich nur dadurch, daß mit dem Kriegsbeginn die Mehrzahl unserer kräftigen und wetterfesten Berufsfischer zur Marine oder zum Heer eingezogen wurde. Andernfalls hätte sich der Ertrag auch in den letzten 7 Jahren wieder mindestens verdoppelt, dank dem harmonischen Zusammenarbeiten der Wissenschaft und Praxis in allen fünf Bodenseeuerstaaten.

Der Württembergische Landesfischereiverein wurde gegründet am 12. Februar 1892 und dadurch ein Mittelpunkt für die damals vorhandenen und größtenteils wenige Jahre vorher ins Leben gerufenen 45 Bezirks- und Ortsfischereivereine des Landes sowie für alle fischereilichen Bestrebungen geschaffen. Zu seiner ersprißlichen Tätigkeit in 25 Jahren hat wesentlich der Umstand beigetragen, daß Seine Majestät der König die Gnade gehabt hat, die Schutzherrschaft über den Landesverein von Anfang an zu übernehmen und seinen Bestrebungen stets tatkräftige Unterstützung zu leihen. Leider kann hier wegen Platzmangels nicht auf die Einzelheiten der vielseitigen Leistungen des Landesvereins und seiner angeschlossenen Vereine eingegangen werden. Besondere Betonung verdienen aber seine alljährlichen bedeutenden Aufwendungen für reichliche und sachgemäße

Befezung unserer öffentlichen Gewässer sowie das Aussetzen von Preisen für Anzeigen, die sich auf Übertretungen fischereilicher Geseze und Vorschriften beziehen. Auch sind wesentlich unter seiner Mitwirkung die Fischer allmählich zu der Überzeugung gebracht worden, daß weniger ein allgemeines Schonen des Fischbestandes durch Nichtfangen anzustreben ist, sondern daß, wie bei der Bewirtschaftung von Gärten und Äckern Saat und Ernte aufeinander folgen, die erste Voraussetzung für die Erzielung reichlicher und sicherer Erträge aus Fischwassern richtige Befezung durch Brut oder Jungfische ist, daß dann aber auch wieder möglichst vollständiges Abernten, Ausfischen notwendig wird, damit insbesondere die größeren Raubfische unter dem Nachwuchs nicht zu viel Schaden anrichten. Neben dem Landesfischereiverein mit seinen rund 2500 Mitgliedern, aber in freundschaftlichen Beziehungen zu demselben, steht der Württembergische Anglerverein, der für reichliche Befezung und beste pflegliche Behandlung seiner Pachtwasser wie der seiner Mitglieder ebenfalls in aner kennenswerter Weise Sorge trägt.

Selbstverständlich hat die Zunahme der Materialerträge durch die moderne intensive Bewirtschaftung der Gewässer auch die Pachtpreise beeinflusst. Nach der Zusammenstellung in den Württembergischen Jahrbüchern für Statistik und Landeskunde 1895, Heft 2, S. 65—271, gibt es in Württemberg außer dem Bodenseeanteil und Nebenberechtigungen rund 4200 selbständige Fischereiberechtigungen, von denen 900 auf den Staat, 935 auf Gemeinden und 2365 auf Private entfallen. Da über die staatseigentümlichen Fischwasserstrecken genaue Zahlen vorliegen, sollen wenigstens diese hier aufgeführt werden. Aber unzweifelhaft hat sich die Preissteigerung in ähnlicher Weise auch auf die Pachtwasser von Gemeinden und Privaten erstreckt. Für die von den Rgl. Forstämtern (früher Rgl. Kameralämtern) verwalteten staatlichen Fluß- und Bachstrecken*) gelten folgende Zahlen je am 1. Januar:

Im Jahr	Gesamtlänge der staatl. Fischwasserstrecken km	Gesamter jährl. Pachtpreis M	Somit Geld- ertrag für 1 km
1869	1926,61	5990,56	3,11 M
1894	1926,61	15460,23	8,02 „
1900	2003,90	23257,89	11,10 „
1908	2080,00	38817,15	18,66 „
1916	2104,70	48065,68	22,83 „

Demgemäß stellt sich die durchschnittliche Pachtpreissteigerung für 1 km
von 1869 bis 1894 wie 100 : 257,
„ 1869 „ 1900 „ 100 : 356,
„ 1869 „ 1908 „ 100 : 600,
„ 1869 „ 1916 „ 100 : 734.

*) Außerdem stehen weitere 22,22 km staatlicher Bäche in der Verwaltung der Rgl. Bau- und Bergdirektion, des Rgl. Landesoberstallmeisteramts und der Rgl. Badverwaltung Wildbad.

Die tatsächliche durchschnittliche Pachtpreissteigerung ist insofern wesentlich größer, als der Kilometerzuwachs hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß das Fischereirecht in einer Reihe kleiner herrenloser Bäche, die wegen ihres geringen Zuflusses als Fischwasser früher gar nicht in Betracht kamen und deswegen auch nur ganz bescheidene Erträge abwerfen können, vom Staat in Anspruch genommen wurde. Andererseits sind vorzügliche staatliche Fischwasserstrecken an Gemeinden und Private verkauft und durch industrielle oder städtische Abwässer derartig verunreinigt worden, daß in ihnen Fische jetzt nicht mehr leben können. Auch der Erlös aus der Bodenseefischerei, die durch Ausgabe staatlicher Erlaubnisscheine (Patente) genutzt wird, ist in den Jahren 1908—1914 von 1352 auf 1914 *M.*, somit in 7 Jahren um weitere 41,5 % gestiegen.

Durch diesen großartigen Aufschwung der so lange wenig beachteten Fischerei, namentlich in den letzten 2—3 Jahrzehnten, ist es erreicht worden, daß unsere noch nicht verunreinigten Gewässer nicht nur während des Weltkrieges recht beträchtliche Mengen wertvoller menschlicher Nahrungsmittel liefern konnten, sondern auch später noch weitere Ertragssteigerungen erwarten lassen.

Quellen:

Einbürgerung fremder Aushfischarten in Württemberg, von Professor Dr. Sieglin in Hohenheim. — Jahreshefte des Vereins für vaterländische Naturkunde in Württemberg. 1892, 48. Jahrgang, S. 27 u. ff.

Zusammenstellung der in Württemberg geltenden, die Fischerei betreffenden gesetzlichen Bestimmungen. Herausgegeben und mit Anmerkungen versehen im Auftrag des Württ. Landesfischereivereins von Professor Dr. Sieglin. 1894. Druck von Armbruster & Nierder in Tübingen.

Die Fischereiverhältnisse in Württemberg nach den Erhebungen der K. Zentralstelle für die Landwirtschaft. Bearbeitet von Professor Dr. Sieglin. Stuttgart 1895.

Fischzüchterische Bestrebungen in Süddeutschland, von Professor Dr. Sieglin in Hohenheim. — Jahrbuch der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft Berlin. Band 23, S. 390—459 b. J. 1908.

Das Leben im Wasser, von Professor Dr. G. Jäger u. Sieglin. 2. Aufl. Francksche Verlagshandlung, Stuttgart 1909.

Das Privatgestüt Weil und das Rennwesen in Württemberg

Von Gustav Rau, Leutnant d. R.

Das Königliche Privatgestüt Weil ist einer der schönsten Edelsteine in der Krone Württembergs. Seit 100 Jahren bestehend, war es immer eine der ersten Stätten in der edlen Pferdezucht Deutschlands. Es hat sogar, als die Zeit der Araber war und die Weiler Araberzucht ihre höchste Blüte erreichte, europäischen Ruf besessen, galt es doch als das beste Gestüt arabischen Blutes auf dem Kontinent. So finden wir in Weil wichtige hippologische Traditionen verkörpert; auch mannigfache und werthe Überlieferungen persönlicher Art an eine der allersympathischsten Persönlichkeiten der Geschichte Württembergs, an König Wilhelm I., den Gründer der Weiler Zucht. Wilhelm I. war wohl einer der pferdeverständigsten Monarchen, die je auf einem Throne saßen. Als er die Weiler Araberzucht ins Leben rief, befriedigte er nicht nur eine persönliche Passion für das schönste und edelste Tier der Schöpfung, sondern er hat damit der Landwirtschaft Württembergs außerordentlich genützt, Württemberg im Laufe weniger Jahrzehnte eine blühende Pferdezucht geschaffen. Die edlen Hengste aus Weil belegten die Stuten der Landleute und verschafften diesen vornehme, vorzügliche, leicht verkäufliche Pferde. So hatte Weil einen außerordentlichen direkten Einfluß auf die württembergische Landespferdezucht. Heute ist dieser geringer geworden. Die Verhältnisse in der Landwirtschaft haben sich völlig geändert. Der Landmann kommt fast in allen Theilen Deutschlands nicht mehr mit einem leichten Pferde arabischen Blutes aus. Er braucht ein stärkeres, schwereres Pferd; die intensiver betriebene Landwirtschaft mit dem tiefen Pflügen fordert es. Die Industrie, die von jeher die Hauptabnehmerin der pferdezüchtenden Landleute war, verlangt möglichst schwere Pferde. Diese Umstände haben der Bedeutung des arabischen Blutes allgemein Abbruch getan. Das arabische Blut besitzt heute aber immer noch seinen Wert für die Zucht des edlen Militärpferdes, wenn sich diese im Laufe der letzten Jahrzehnte auch mehr und mehr an das englische Vollblutpferd anlehnte. Die Erfahrungen des Weltkrieges haben jedoch gezeigt, daß der Wert des arabischen Blutes nicht geringer geworden ist. Es enthält immer noch alle guten Reime, die es von jeher so wertvoll machten: Gesundheit, Ausdauer, Anspruchslosigkeit. So haben die

Rassen, die viel arabisches Blut führen, im Kriege, der so außerordentliche Anforderungen an die Pferde stellt, besonders gut abgeschnitten.

Was Wilhelm I. für die engere Zucht Württembergs tat, versucht Wilhelm II. der Landespferdezucht des großen Gesamtvaterlandes Deutschland durch das englische Vollblutgestüt zu schaffen: eine Quelle des kostbaren und besten Blutes, das der Halbblutzucht ihre für die Zucht des Soldatenpferdes so notwendigen stählenden Kräfte gibt.

Weil steht in seiner Eigenart und in jener hippologischen Mannigfaltigkeit, ferner in der Verbindung von Zucht und Sport einzig da. Seine Eigenart und Mannigfaltigkeit umschließen drei verschiedene Zuchten: die alte arabische Zucht, eine ebenso alte Halbblutzucht und eine viel jüngere englische Vollblutzucht, die man als die in moderne Verhältnisse und Forderungen übertragene Fortsetzung und Ausgestaltung der arabischen Zucht betrachten kann. Weils Eigenart besteht auch in seiner herrlichen Lage und in seiner Größe, die in ihrer vollen Ausnützung der englischen Vollblutzucht zugute kommt, so daß kein Vollblutgestüt in Deutschland sich auch nur annähernd mit der Ausdehnung der Weiden von Weil messen kann. Die Verbindung von Zucht und Sport ist insofern wahrhaft ideal zu nennen, als die in Weil gezüchteten Vollblutpferde auf derselben Scholle trainiert, d. h. für die Prüfung auf der Rennbahn vorbereitet werden. Der Königliche Rennstall befindet sich in Weil. Daneben erstreckt sich auf dem Areal des Gestütes die Rennbahn, eine der schönsten in ganz Deutschland, was Ausdehnung der Linienführung betrifft.

Weil liegt zum Teil in der Neckarebene (2 km von Eßlingen), zum größeren Teile ziehen sich die Anlagen an den Hängen der nördlich und nordöstlich zum Neckar abfallenden Ausläufer der Filderebene hinauf, über die Hochebene hinüber, nahe dem südlich gelegenen, bis zum Röschtal reichenden Vorwerk Scharnhausen. Scharnhausen, nach Süden offen, bietet den Pferden einen besseren Aufenthalt als das niedrig gelegene, gegen Nordost und Nord geöffnete Weil. Der Boden eignet sich gut für die Zucht edler Pferde. Die Weiler sind immer durch Knochenstärke und Trockenheit aufgefallen. Die Araber haben in den 100 Jahren ihren Adel und den Glanz ihrer Rasse auf dem Weiler Boden nicht verloren. Die Böden im Tale sind angeschwemmt mit reichlichem Kalkgehalt. Der Boden auf der Hochebene und deren Abhängen besteht aus gebundenen Lehmen. Stellenweise findet sich Tonmergel. Der Kalkgehalt ist fast überall genügend. Es wird jedoch allgemein durch Kalkung nachgeholfen.

Landschaftlich voll der schönsten Reize, mit schwellenden Wiesen und Weiden, Gruppen alter herrlicher Eichen, die Koppeln von hohen lebenden Hecken umrahmt, schönen, alten, behaglichen, stilvollen Gebäuden und Stallungen, von allen Punkten der Hochebene aus einen herrlichen Fernblick auf das schöne Land gestattend, bietet Weil-Scharnhausen eine Fülle augenblick-

licher Schönheit, hippologischer Sehenswürdigkeit und fesselnder Geschichte, wie kaum ein zweites deutsches Gestüt. Nichts schöneres als das grüne Scharnhausen mit seinen weidenden Pferdeherden im Morgensonnenschein!

Seit 1810 werden in Scharnhausen Pferde gezüchtet. Der damalige Kronprinz stellte in jenem Jahre in Scharnhausen Zuchtpferde auf. 1817 wurden dann die Domänen Weil, Scharnhausen und Hohenheim vom König für Gestützzwecke eingerichtet.

Die arabische Vollblutzucht in Weil

Schon in der Einleitung fielen einige Streiflichter über ihre Bedeutung einst und heute. Sie ist jetzt auf einige wenige Stuten zusammengeschrumpft, den letzten Hüterinnen kostbaren Blutes und einer wertvollen Tradition. Die Stuten gehen zum Teil auf die Begründerinnen der Weiler Araberzucht zurück und lassen daher ihren Stammbaum in die Ferne von 100 Jahren genau verfolgen. Sie stellen noch die ganze Schönheit, den Adel, die Anmut, die Zierlichkeit der arabischen Rasse dar. Als Deckhengst dient der von der preussischen Gestütsverwaltung übernommene, in dem berühmten russischen Arabergestüt Glawuta des Fürsten Sangukto gezogene Vollblutaraber Dardzilung.

Für leichte, edle Rassen, denen man Straffheit, höchsten Adel und die dem Soldatenpferd notwendige Genügsamkeit erhalten will, ist der Araber immer noch das beste Mittel, und so ist Weil bis auf die letzte Zeit eine wichtige Quelle gewesen, aus der geschöpft wurde, wenn gutes arabisches Zuchtmaterial gebraucht wurde. Zwei große Araberzuchten in Österreich-Ungarn, die des Herrn v. Lobos in Taurow (Galizien), und des Herrn L. Pfeiffer in Wisnyewce (Syrmien), bauen sich ganz auf Weiler Blut auf. Vor allem hat das große österreichische Staatsgestüt Radauz von Weil den größten Nutzen gehabt. Es kaufte im Jahre 1896 den schon zehn Jahre in Weil benutzten Amurath. Dieser hat in Radauz eine große Familie begründet. Überall, wo in Österreich-Ungarn mit orientalischem Blute gezüchtet wird, ist Amuraths Blut vertreten. Er wurde steinalt, und in seinem Alter umgaben ihn unzählige Töchter, Enkelkinder, Söhne und Enkel. Söhne von ihm sind aus Österreich auch nach Deutschland gekommen und haben, wie Amurath in Hannover und Amurath in Holstein, ganz hervorragend gewirkt.

König Wilhelm scheute, als er die Araberzucht in Weil anlegte, kein Mittel, das allerbeste arabische Blut zu bekommen. Er ließ beständig überall Umschau halten und vereinigte schon nach wenigen Jahren eine Fülle des allerkostbarsten Blutes, dessen gewaltige produktive Kraft bis heute angehalten hat. In sorgfamer Auswahl und Pflege des Guten und Ausmerzung des Minderen verstand man es, der Zucht eine gesteigerte Lebensfähigkeit zu geben. Die erste arabische Vollblutstute kam 1816. Sie wurde bei dem bekannten Arabermanne Baron Fectig in Triest gekauft und hieß Murana.

Ihr Blut war rein und kostbar und findet sich heute noch im Gestüt. 1819 kaufte Graf Nzewusky, der beste Kenner des arabischen Pferdes seiner Zeit, im Auftrage des Königs für Weil bei den Beduinen 8 Hengste und 12 Stuten. Wieder von Baron Fectig stammt der 1817 nach Weil gekommene, bis 1838 verwendete Bairactar, an Schönheit und Bedeutung ein Überpferd und zweifellos der beste arabische Hengst, der je nach Deutschland gelangt ist. Fast jedes Jahr brachte einige wertvolle Erwerbungen. Jeder Freund des arabischen Pferdes — und das war in jenen Jahren jeder Pferdemann — pilgerte nach Weil, die Araberzucht des Königs zu sehen.

Die Weiler Halbblutzuht

Sie hat die Aufgabe, den Marstall des Königs mit Reit- und Wagenpferden schwarzer Farbe zu versehen. Da innerhalb der schwarzen Farbe geblieben werden muß, ist die Aufgabe schon dadurch nicht leicht, noch schwieriger aber durch die hohen Anforderungen an die Pferde, denn es wird viel Knochenstärke verlangt, um die schweren Hofwagen auf den hügeligen Straßen zu ziehen, dann höchster Adel der Pferde, viel Nerv, um andauernd und mit höchster Energie zu gehen; ferner wird verlangt eine auffallende Aktion, d. h. schöne, hohe, gefällige Trabbewegung. Es wird also alles gefordert, dessen Innehaltung die Halbblutzuht so schwierig macht. Man hat es in Weil verstanden, ein gutes Halbblut zu schaffen und zu erhalten, das eines königlichen Marstalles wert ist.

Die Halbblutzuht begann schon 1818 mit orientalischen Pferden. Später kamen englische Halbblutstuten in die Zuht. Dann wiederholt ostpreußisches Blut aus dem Hauptgestüt Trakehnen. Die Weiler Halbblutzuht glitt dann bewußt immer mehr auf die Trakehner Grundlage hinüber. Die letzten guten Hengste Trakehner Blutes waren Seeräuber, 1888—1897 benutzt, und der sehr bewährte Manzanares (1900—1910). Nebenher lief zur Erhaltung von Nerv und Stahl die Verwendung englischer Vollbluthengste.

Heute stehen der Weiler Halbblutzuht zur Verfügung: Der schwarze Vollbluthengst Serpent, der in Frankreich große Hindernisrennen gewonnen hat, der in Allstedt, dem Hofgestüte des Großherzogs von Sachsen-Weimar, nach Trakehner Blut gezüchtete schwere Halbbluthengst Nordstern, und der schwarze Holsteiner Laudon, der mit mächtigen Knochen mächtigen Gang verbindet und im Stammgestüt Marbach schon Gutes geleistet hat.

Die Halbblutstutenherde in Weil besteht zurzeit aus 25 Stuten. Alle sind einige Jahre im Marstall gewesen und dort durch den täglichen Gebrauch auf Gesundheit, Härte und guten Gang geprüft worden.

Die englische Vollblutzuht in Weil

Wenn man sagt, daß die Araberzucht in Weil die persönlichste Schöpfung Wilhelms I. war, so ist die englische Vollblutzuht in Weil die ureigenste

Schöpfung Wilhelms II. Der hohe Herr hat in behutsamem Aufbau Stein auf Stein zu dem jetzt stattlichen Bau zusammengetragen. Er hat alle Leiden und Freuden, die Mißerfolge und die erhebenden Stunden des Züchters erlebt, jedes der in Weil gezogenen Pferde in seiner Entwicklung vom Tage der Geburt an durch alle Wechsel der Laufbahn gekannt und sich eine Fülle von Erfahrung erworben, wie sie nur langjährige passionierte Züchter besitzen können.

Die englische Vollblutzucht in Weil ist aus kleinen Anfängen herausgewachsen und steht heute, vor allem nach den diesjährigen Erfolgen der Weiler Pferde, neben den besten Zuchten des englischen Vollblutes in Deutschland. In den paar letzten Jahren sind alle Anstrengungen gemacht worden, die Produktion qualitativ zu steigern. Alle natürlichen Quellen, die Weil besitzt, sind erst voll erschlossen worden. Die jungen Vollblüter werden jetzt nicht mehr in dem niedrig gelegenen, oft kalten Nebeln ausgesetzt, nach Süden nicht offenen Weil aufgezogen, sondern sie wachsen jetzt auf den sonnigen Scharnhäuser Höhen heran, die durch ihre Lage nach Süden eine frühe Vegetation aufweisen. Auf diesen Höhen befinden sich prachtvolle Weiden, deren volle Kraft jetzt durch Drainage und rationelle Düngung mit Kalk, Kali, Phosphorsäure und Stickstoff erschlossen wurde. Statt der früher beschränkt benützten Weiden ist jetzt alles für die Vollblutpferde herangezogen, was an Weide vorhanden ist. Man hat sogar neue angelegt, und von den 350 ha, die Weil-Scharnhäuser umschließen, liegt jetzt der größte Teil in Weiden. Die Pferde sind den ganzen Tag draußen, tummeln sich und weiden auf den weiten Koppeln, denn das Vollblutpferd, das so früh auf der Rennbahn den schärfsten Prüfungen auf seine Widerstandskraft ausgesetzt wird, muß eine gute Jugend haben. Es sollen ihm große Weiden mit den besten frischen Gräsern zur Verfügung stehen, von denen es die beste Nahrung wählen kann. Kalkhaltiger Boden muß den Aufbau eines harten Organismus begünstigen. Große Flächen müssen gestatten, daß das junge Pferd sich von allem Anfang an im Galoppieren, das sein Lebenselement wird, üben kann. Das Galoppieren mit der Stählung von Lungen und Herz muß in den Jugendtagen erlernt werden. Wer es erst auf der Rennbahn lernen muß, kommt zum Gewinnen zu spät. Heute besitzt Weil viel mehr Weiden als jedes andere deutsche Vollblutgestüt. Das macht sich in einer auffälligen Steigerung der Rennfähigkeit der in Weil gezogenen Pferde bemerkbar.

In den letzten Jahren hat die Weiler Vollblutstutenherde mehr und mehr eine sorgfältige Erneuerung erfahren, die die besten Aussichten für die Zukunft gibt. Hervorragend empfohlene fremde Stuten wurden angekauft und besonders qualifizierte Stuten der eigenen Zucht eingestellt.

Die Anfänge der Weiler Vollblutzucht begannen mit dem Jahre 1892. Bis 1895 waren elf Stuten vorhanden, von denen mehrere für die Zucht schon reichlich alt waren und nichts von Belang brachten. Der König stellte

die Zucht zuerst auf die Produktion von Pferden für Hindernisrennen ein, ging dann aber zu der klassischsten Art der Prüfung, dem Flachrennen, über. Das erste Pferd, das die Farben des Königs in einem Flachrennen trug, war der braune Hengst Wilhelm von Predo-Wunderblume, der am 31. August 1895 in den Hamilton Stakes zu Baden-Baden Dritter wurde. Am 31. Mai 1898 hatte die Weiler Vollblutzucht mit der braunen Stute Scylla von Carmaux-Scarpa ihren ersten Sieg auf flacher Bahn errungen.

Von Anfang an hatte sich Weil bemüht, ein gutes Vaterpferd zu bekommen, um der Zucht eine feste Stütze zu verschaffen. Der erste Hengst war Parsee, der nichts Besonderes lieferte, und von dem etwas besseren Pumpernickel abgelöst wurde. Diesem folgte Donnerschlag, der aber nicht genug Qualität besaß. Im Jahre 1897 erwarb Weil den auf der Rennbahn ausgezeichnet bewährten hochklassigen Dorn, der alle Qualitäten für einen guten Beschäler besaß, aber schon nach einem Jahre einging. 1899 kam aus Frankreich Cazabat, gleichzeitig der in Deutschland gezogene Ausmäcker, zwei bewährte Rennpferde, die Weil manches gute Pferd machten, aber doch nicht ganz gut genug waren, große Sieger zu liefern. Perchant, den der König in England gekauft hatte und der ihm manches gute Rennen gewann, bekam auch einige Stuten zu decken. Die drei Hengste sind eingegangen. Weil hält für die englischen Vollblutstuten nun keinen eigenen Hengst mehr, sondern es sendet seine Stuten zur Bedeckung zu den besten Vollbluthengsten in Deutschland.

Die Mutterstutenherde in Weil weist zurzeit die folgende Zusammenfassung auf:

Roscha, geb. 1896 v. Chamant-Rosa Alba v. Flibustier-Nixe v. Neptunus, von Herrn A. von Raulla gezüchtet und von diesem an das Privatgestüt Weil verkauft, hat sich in der Zucht recht gut bewährt und viele rennfähige Produkte geliefert, von denen die French-Fox-Tochter Ruffle das Beste war. Mit 96 520 M. Gesamtgewinnen schnitten die Roscha-Kinder auf der Rennbahn ab.

Tannstidor, geb. 1848 v. Matchmaker-Freia v. Hermit-Thursday v. Thor-manby.

Eine hervorragende Stute ist die in England geborene Tannstidor (16 900 M. eigne Renngewinne), deren Kinder für Weil bereits 145 420 M. zusammenbrachten; allen voran die ausgezeichnete Tausendschön, dann noch die guten Troß und Traum.

Pride of Windermere, geb. 1899 v. Pride-Miasma v. Prism-Myotis v. Newminster,

gleichfalls aus England stammend, hat Weil viel genützt und einige tüchtige Pferde gegeben, von denen der Cazabat-Sohn Pride of Weil der Beste war. Pride of Windermere gewann 4000 M., ihre Kinder über 35 000 M. auf flacher Bahn.

Butterfly Dance, geb. 1899 v. Saraband-Mariposa v. Martagon-Lady Glower v. Lord Clifden.

Ausgezeichnet hatte sich Butterfly Dance durch ihre Söhne Schmetterling und Blauer Dunst sowie durch ihre Töchter Blue Darling und Bracing Air bewährt. Die in England geborene Stute ist Weils erfolgreichste Mutter, denn ihre Nachkommen gewannen für die königlichen Farben 147 465 M. Butterfly Dance ging 1916 ein. Diese Saraband-Tochter war ein überaus glücklicher Griff für Weil gewesen.

Hecuba, geb. 1901 v. Cazabat-Hegemonie v. Fulmen-Alhambra v. The Palmer.

Im Gestüt Weil gezogen ist die Cazabat-Tochter Hecuba, die in den königlichen Farben gute Rennen gewann und dann in der Zucht die Mutter einer ganzen Reihe nützlicher Pferde wie Heil Dir Licht, Hofwarpnir, Hoffnungsstrahl, Held und Harlekin wurde. Der Felssohn Harlekin, der rechte Bruder von Hofwarpnir und Held (jetzt zweijährig) gilt nach der Art, wie er sein erstes Rennen gewann, als recht gutes Pferd. Hecubas Kinder gewannen fast 70 000 M. Die Stute selbst trug als Rennpferd 38 100 M. zusammen.

Lucca, geb. 1901 v. Cazabat-Lucerna v. Sir Bevys-Illuminata v. Risber, gleichfalls in Weil geboren, aber in den Farben des Herrn A. von Raulla gelaufen, war die beste Stute ihres Jahrganges und hatte das größte Stutenrennen, den Preis der Diana gewonnen (45 700 M. Gesamtgewinne). Im Gestüt hat Lucca noch wenig geleistet. L'Amour ist ihr bestes Produkt. 26 040 M. entfielen bis jetzt an Gewinnen auf ihre Nachkommen.

Obilot, geb. 1901 v. Cazabat-Ortrud v. Bend Or-Vaurienne v. Galopin, auch in Weil geboren und wie Hecuba und Lucca eine Cazabat-Tochter, gewann 15 000 M. und brachte im Gestüt bisher die hübsch gelaufenen Obenhinaus, Oberleutnant und Oberstwachmeister, die sich, an andere Ställe verkauft, als sehr gute Hindernispferde bewährten.

Line of Life, geb. 1901 Sweetheart-Lady Palmist v. Wise Man-Gipsy Queen v. Ringcraft,

ist eine amerikanische Stute, die 12jährig für Weil erstanden wurde und sich durch ihre jetzt dreijährige ausgezeichnete Tochter Leben und Leben lassen bereits recht gut bezahlt gemacht hat. In Amerika gewann Line of Life 10 600 M. Ihre Tochter Leben und Leben lassen hatte bis 15. Juli 1916 schon 22 190 M. gewonnen.

Well Matched, geb. 1905 Matchmaker-Be Cannie v. Jack of Olan-Reticeme v. Vespasian,

aus England gekommen, hat Weil Well off, Well matched, Werweiß und Williburg gegeben, die, wenn auch nichts Besonderes, doch alle Rennfähigkeit besaßen.

Flying Agnes, geb. 1906 Matchmaker-Dark Agnes v. Cyllene-Agnes Court v. Hampton,

in England geboren, stammt aus einer besonders guten weiblichen Linie. Sie hat in England schon zwei Sieger gebracht; ihr erstes in Deutschland geborenes Produkt ist der jetzt zweijährige Fliegende Aar, der ein tüchtiges Rennpferd darstellt.

Laverna, geb. 1904 v. Pioneer-Lauriole v. Springfield-Baruma v. Hermit, gewann für Weil auf der Rennbahn 38 500 M. Im Gestüt hat sie bisher viel Unglück gehabt, da sie verfohlte und schlecht aufnahm, so daß sie erst ein einziges Produkt auf der Rennbahn hatte, die jetzt dreijährige, gut gelaufene Loin du Val. Man erhofft von dem ausgezeichneten Blute und der Rennklasse Lavernas noch ein gutes Produkt.

Lady Mine, geb. 1905 Royal Hampton-Minting Queen v. Minting-Empress Queen v. Strathconan.

Gutes Blut bewog die Leitung von Weil, einen Versuch mit dieser Stute in der Zucht zu machen. Erfolg muß noch abgewartet werden.

Tausendtschön, geb. 1906 v. Rock Sand-Tannsticker v. Matchmaker-Freia v. Hermit,

hat glänzende Rennen für Weil (im ganzen 70 400 M.) gewonnen. Sie ist eine prachtvolle, höchst qualitätsvolle Stute, die auch im Gestüt eine Perle zu werden verspricht. Als zweites Produkt hat sie die ausgezeichnete, jetzt dreijährige Gouverneur-Tochter Treue gebracht, die neben der Gräfinerin Adresse das beste Pferd ihres Jahrganges ist.

Heil Dir Licht, geb. 1907 v. Flying Fox-Hecuba v. Cazabat-Hegemonie v. Fulmen,

hat gleichfalls die Weiler Farben getragen. Sie war sehr schnell und gewann 11 300 M. Man darf gute Produkte von ihr erwarten.

Royal Scarlet, geb. 1907 v. William the Third-Brilliana v. Sheen-Atalanta v. Galopin.

Ganz ausgezeichnet im Blute ist Royal Scarlet, in England geboren. Ihr Vater William the Third gilt als einer der qualitativsten Hengste der englischen Vollblutzucht; ihre Mutter Brilliana ist eine Tochter der Atalanta, die den berühmten Virshire gebär. Das erste Produkt von Royal Scarlet, der jetzt zweijährige Sieboto, verspricht viel.

Sati, geb. 1908 v. Symington-Sable Or v. Driflam-Port Mahon v. Dutch Skater,

wurde nach einer schönen Rennlaufbahn (sie gewann 36 900 M.) für Weil gekauft. Durch ihre Rennform und ihr gutes Blut verspricht sie für Weil hervorragend zu werden. Ihr zweites Produkt ist ein jetzt einjähriger recht ansprechender Dark-Ronald-Sohn.

Margiana, geb. 1905 v. Calveley-Mascha v. Charibert-Maria v. The Palmer,
in dem berühmten Oppenheimschen Gestüt Schlenderhan geboren, wurde wegen ihrer kostbaren Abstammung gekauft. Ihre Mutter Mascha (Siegerin im Austria-Preis) hat den hervorragenden Hengst Majestic gebracht, der heute als Beschäler in Schlenderhan steht. Margianas Gewinne auf flacher Bahn belaufen sich auf 35 600 M.

Roma, geb. 1908 v. Matchbox-Romola v. Sperbers Bruder-Ramelton Lassie v. Melton.

Ein gutes Rennpferd war auch die Matchbox-Tochter Roma (26 700 M.), die Weil aus dem Raullaschen Besitze übernahm; Matchbox war lange Jahre der erfolgreichste der in Österreich-Ungarn tätigen Vollbluthengste.

Consequenz, geb. 1910 v. Ausmärker-Caravelle v. Kaintrailles-Byfleet v. Blair Athol,

in Weil gezogen (Gewinnsumme 24 000 M.), war ein treues, zähes Rennpferd. Ihre Mutter Caravelle hat Weil außer ihr einige tüchtige Rennpferde geliefert.

Ruffle, geb. 1911 v. French Fox-Roscha v. Chamant-Rosa Alba v. Flibustier,
von Herrn von Raulla gezogen, in Weil aufgewachsen, brachte es auf 37 980 M. Renngewinne. Ihr Rennvermögen und ihr gutes Blut rechtfertigen sehr wohl einen Versuch in der Zucht mit ihr.

Flying Thoughts, geb. 1911 v. Flying-Fox-Tannsticker v. Matchmaker-Freia v. Hermit,

wie Heil Dir Licht von dem berühmten Flying Fox stammend, für den der Franzose Blanc auf der Auktion der Pferde des Herzogs von Westminster einst eine Million Franken bezahlte, war als Rennpferd mäßig (Gewinn 13 200 M.); bedingt aber durch ihr Blut den Versuch eines züchterischen Unternehmens, da sie auch mütterlicherseits als Tochter der Tannsticker vollendet gezogen ist.

Bracing Air, geb. 1911 v. Hannibal-Butterfly Dance v. Saraband-Mariposa v. Martagon,

soll das Blut der ausgezeichneten Butterfly Dance im Gestüt fortpflanzen. Sie gewann auf der Rennbahn 18 100 M. und ist in jeder Beziehung eine der besten Hoffnungen von Weil.

Von den zuletzt genannten Stuten stehen Bracing Air, Flying Thoughts, Ruffle, Consequenz, Margiana und Roma am Anfang ihrer Verwendung in der Zucht. Produkte von ihnen sind noch nicht gelaufen.

Es ist eine Herde von Stuten, deren Zusammensetzung das Beste verspricht.

Ein Bild von den Erfolgen Weils gibt die Aufstellung derjenigen in Weil gezüchteten Pferde, die mehr als 20 000 M. auf der Rennbahn gewonnen haben.

Name	Vater	Mutter	Gewinn- summe
Schmetterling	Amphion	Butterfly Dance	70 531 M
Tausendschön	Rock Sand	Tannsticker	70 400 M
Hecuba	Cazabat	Hegemonie	38 125 M
Traum	Cazabat od. Ausmärk.	Tannsticker	37 245 M
Blauer Dunst	Hannibal	Butterfly Dance	34 668 M
Troß	Hannibal	Tannsticker	31 455 M
Leibfuchs	Matchmaker	Lady Fisher	30 550 M
Pride of Weil	Cazabat	Pride of Windermere	28 270 M
Hofwarpmir	Fels	Hecuba	27 330 M
Rannegießer	Ausmärker	Caravelle	26 405 M
Consequenz	Ausmärker	Caravelle	24 040 M
Leben und leben lassen	Marta Santa	Line of Life	22 190 M
Tänzerin	Ausmärker	Tercerola	20 440 M
Blue Darling	Hannibal	Butterfly Dance	20 400 M
Fischerin Du Kleine	Matchmaker	Lady Fisher	20 025 M

Pferde, die nicht in Weil gezogen sind, aber die königlichen Farben trugen, gewannen zusammen 190 119 M. Im einzelnen Perchant (58 120 M), Irrtum (53 469 M), Laverna (29 440 M), Yvonne (22 500 M), Sideslip (16 380 M), Witch Finder (10 210 M). 132 Pferde haben bisher die königlichen Farben auf der Rennbahn getragen. 84 davon zum Siege. Die in Weil geborenen Pferde gewannen für den König auf flacher Bahn 971 310 M. Dazu die Gewinne der nicht in Weil geborenen Pferde, so daß die Summe aller Gewinne auf flacher Bahn 1 161 429 M beträgt.

Dazu kommen noch die großen Erfolge der aus Weil verkauften Pferde in den Hindernisrennen. Pferde aus Weil haben im Laufe der Jahre auf der Hindernisbahn gegen eine Million Mark gewonnen. Die bekanntesten von ihnen sind: Alslaug (Hauptjagdrennen, Berlin), Scribifax (Hauptdürdenrennen, Berlin), Prince of Wales (Badenia), Pech von Weil, Hausfreund, Nr. 23, Chassaki, Rannegießer, Cap Martin, Karnakfarnanz, Claremont, Cigarette, Kreppwör, Carp Diem, Corregidor, Kialar, Rückenjunge, Sneggjudr, Solconda, Gallmücke, Gialar, Hegau, Habacht, Humoreske, Irène de S., Fischerin Du Kleine, Liebesritter, Palstab, Scramafax, Perdita, Wassertropfen und Princeß of Wales.

So hat Weil eine schöne Summe von Erfolgen. Aber, darf man ohne Übertreibung sagen, noch eine größere an Hoffnungen, denn des Königs an gemachten Erfahrungen gesteigerter Wille hat heute in Weil alle Einrichtungen getroffen, die immer Besseres für die Zukunft versprechen und die den schönen schwarzroten Farben ganz sicher steigende Erfolge schaffen werden, zum Nutzen und Wohle der edlen Pferdezuucht Deutschlands, die durch den Krieg so sehr gelitten hat. Möge das Werk der Weiler Vollblutzuucht weiter ausgebaut und für alle Zeiten gesichert werden.

Das Rennwesen in Württemberg

Die Einrichtung und Abhaltung von Rennen in Württemberg ist alt. König Wilhelm I. hatte bereits die Notwendigkeit erkannt, die in Weil gezüchteten edlen Pferde zu prüfen. Im Jahre 1834 trat der Württembergische Rennverein ins Leben, der seine Rennen auf dem Cannstatter Wasen abhielt. Später hörten diese speziellen Leistungsprüfungen der Weiler Zucht auf. Die Rennen auf dem Cannstatter Wasen lebten jedoch in anderer Form wieder auf, als Rennen für die Offiziere. Alljährlich wurde auf dem Wasen eine Rennbahn hergerichtet. Die Rennen, meist über Hindernisse führend, hatten aber nur einen beschränkten Umfang und besaßen keine größere Bedeutung.

Erst mit dem Regierungsantritt Wilhelms II. nahm der Rennsport in Württemberg einen neuen, bedeutenden Aufschwung. Der König stellte dem Württembergischen Rennverein auf Weiler Gebiet ein großes Gelände zur Anlage einer Rennbahn zur Verfügung, und es entstand die schöne, große Weiler Bahn, die im Jahre 1892 eröffnet wurde. Die Aufgaben wurden nun ganz andere als auf dem Cannstatter Wasen. Man führte den Flachrennsport größeren Stils ein, behielt aber auch Hindernisrennen bei, die bedeutend höhere Preise erhielten.

Durch seine schöne Bahn ist Stuttgart ein von den Rennställen gerne besuchter Platz geworden. Oft hat der König die Freude, die Produkte seiner Vollblutzucht in Weil siegreich zu sehen.

Um der Bahn von Stuttgart-Weil ein klassisches Flachrennen zu verschaffen, wurde der mit 20 000 M. ausgestattete Schwabenpreis ins Leben gerufen. In ihm laufen alljährlich einige der besten Pferde. Dreimal konnten königliche Pferde das große Rennen gewinnen, dessen Siegerliste anbei folgt.

Siegerliste Schwabenpreis

	Besitzer	Name des Pferdes	Vater	Mutter	Alter	Gewicht kg	Name des Reiters	Es ließen
1901	Herr S. Suermondt	Augustus Imperator	Regy-ur	Augusta	3jähr.	51 $\frac{1}{2}$	A. Sedford	6
1902	Herr F. Althof	Don Augusto	Ben Gough	Dunhone	3jähr.	47 $\frac{1}{2}$	S. Ellwood	6
1903	Herr Weinberg	Karl XII.	Wasa	Königsbraut	3jähr.	54 $\frac{1}{2}$	N. Hill	7
1904	Kgl. Württ. Privatgestüt Weil	Hecuba	Cazabat	Hegemonie	3jähr.	50	W. S. Jones	6
1905	Herr S. v. Treskow	Verfligt	Bandit	Victoria	4jähr.	64 $\frac{1}{2}$	Th. Bastian	6
1906	Herr Weinberg	Zenith	Archer	Zenobia	4jähr.	66 $\frac{1}{2}$	Th. Korb	5
1907	Herren C. v. Lang-Duchhof und A. v. Schmieder	Herero	Elopement	Ha Ha	3jähr.	47 $\frac{1}{2}$	J. E. Boardman	8
1908	Kgl. Hauptgestüt Gradiß	Südring	Kirkconnel	Sanctissima	3jähr.	50	W. S. Jones	6
1909	Kgl. Württ. Privatgestüt Weil	Tausendschön	Red Sand	Tannstador	3jähr.	51 $\frac{1}{2}$	W. Shaw	5
1910	Herr J. Olde	Soa	Common	Mrs. Hodgson	4jähr.	61 $\frac{1}{2}$	S. Blades	7
1911	Kgl. Württ. Privatgestüt Weil	Lustschiffer	Galtee More	Lady Fisher	3jähr.	48 $\frac{1}{2}$	Alb. Schläfte	6
1912	Kgl. Hauptgestüt Gradiß	Wasserflie	Saint Maclou	Water Lily	3jähr.	54 $\frac{1}{2}$	F. Bullock	4
1913	Kgl. Hauptgestüt Gradiß	Saparanda	Arb Patrick	Sibernia	3jähr.	51 $\frac{1}{2}$	F. Bullock	6
1914	Kgl. Hauptgestüt Gradiß	Logarithmus	Galtee More	Lady Honora	3jähr.	49	W. Warne	6
		Rauchtopaz	Tuti	Topaz	3jähr.	51 $\frac{1}{2}$	M. Jensch	

Der Gedanke, der bei der Gründung des Rennens leitete, war, eine Anzahl von Derby Pferden vor dem Derby in Stuttgart-Weil zusammen mit älteren Pferden über die Distanz des Derbys einer Vorprüfung zu unterziehen. Es stellte sich aber heraus, daß 2400 m für Dreijährige im Mai (das ist der Monat, in den das Rennen gewöhnlich fällt) noch zu weit sind. Man hat die Distanz daher auf 2000 m herabgesetzt.

Neben dem Schwabenpreis wird von wichtigeren Flachrennen in Weil noch der Subskriptionspreis gelaufen und seit 1914 das Geyr-Memorial (Preis 9000 M), zur Erinnerung an Erzellenz Freiherr v. Geyr, dem langjährigen hochverdienten Vorsitzenden des Württembergischen Rennvereins.

Von den Hindernisrennen sind am bedeutendsten die beiden Jagdrennen. Preis von Weil (Ehrenpreis des Königs und 12 000 M) sowie der Preis von Nachod (Ehrenpreis der Königin und 8000 M). Seit langem bewirbt sich um diese beiden schönen Rennen alljährlich eine Anzahl der besten Pferde und Reiter. Die Linienführung der Weiler Hindernisbahn ist für Pferde, die etwas können, ideal. Hier lassen sich Galoppier- und Springvermögen zur Geltung bringen.

008388

UNIVERSITY OF VICTORIA
Library
VICTORIA, B.C.

